

**5. Parteitag
der CDU Deutschlands**

PROTOKOLL

21.-23. Februar 1994 • Hamburg



SICHER IN DIE ZUKUNFT

CDU



**5. Parteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands**

Niederschrift

Hamburg, 21.–23. Februar 1994

Herausgeber:

Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle,
53113 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Verlag und Gesamtherstellung:

Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Eröffnung und Begrüßung: Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB, Vorsitzender der CDU Deutschlands	9
Wahl des Tagungspräsidiums	12
Beschlußfassung über die Tagesordnung.....	12
Bestätigung der Antragskommission	14
Wahl der Mandatsprüfungskommission	14
Wahl einer Stimmzählkommission	14
Grußworte	
– Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau	15
– Dirk Fischer, Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Hamburg.....	17
– Bundesminister Dr. Theo Waigel Vorsitzender der CSU	389
Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl	19
Bericht der Mandatsprüfungskommission	40
Aussprache	41
Beratung und Beschlußfassung über den Antrag des Bundesvorstandes „Für Wachstum und Beschäftigung“.....	91
Einführung: Christa Thoben.....	91

Beratung und Beschlußfassung zu Anträgen auf Änderungen des Satzungs- rechtes der CDU, u.a. Finanz- und Beitragsordnung	156
Sonstige Anträge	158, 373
Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Peter Hintze	170
Beratung und Beschlußfassung über das	180
Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands	
Einführung: Dr. Reinhard Göhner	180
Kapitel I	
„Wir Christliche Demokraten“	
Einführung: Dr. Bernhard Vogel.....	187
Dr. Angela Merkel.....	211
Kapitel II	
„Für die freie Entfaltung der Person in unserer Gesellschaft“	
Einführung: Prof. Dr. Rita Süßmuth.....	217
Hermann Gröhe.....	244
Kapitel III	
„Für eine Ökologische und Soziale Marktwirtschaft“	
Einführung: Matthias Wissmann	277
Dr. Norbert Blüm.....	310
Kapitel IV	
„Für einen freiheitlichen Staat“	
Einführung: Prof. Dr. Rupert Scholz	325
Manfred Kanther.....	334

Kapitel V

„Für eine freie und friedliche Welt“

Einführung: Volker Rühle.....	342
Prof. Dr. Günther Rinsche.....	346

Kapitel VI

„Für die Bewahrung der Schöpfung“

Einführung: Arnold Vaatz.....	365
Christian Wulff.....	370

Beschlußfassung über das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands.....	375
---	-----

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Wolfgang Schäuble.....	376
--	-----

Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl.....	402
---	-----

ANHANG:

Beschlußprotokoll.....	408
------------------------	-----

Beschlüsse

– Grundsatzprogramm.....	417
– Für Wachstum und Beschäftigung.....	479
– Finanz- und Beitragsordnung.....	496
– Sonstige Beschlüsse.....	504

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP.....	506
---	-----

Namensverzeichnis.....	511
------------------------	-----

Montag, 21. Februar 1994

Erste Plenarsitzung

Beginn: 11.11 Uhr

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Gäste! Liebe Freunde aus der Christlich Demokratischen Union Deutschlands!

Hiermit eröffne ich den 5. Parteitag der CDU und begrüße Sie alle sehr, sehr herzlich hier in Hamburg.

(Beifall)

Mein ganz besonderer Gruß gilt Ihnen allen, den Delegierten aus den Orts-, Kreis- und Landesverbänden, die Sie für die vielen hunderttausend Mitglieder unserer Partei hierher nach Hamburg gekommen sind.

Meine Damen und Herren, er hat angekündigt, er wolle kommen; ich kann ihn aber noch nicht sehen, ich will ihn dennoch hier begrüßen: Aus gutem Grunde will ich heute an erster Stelle besonders herzlich unseren Freund Rainer Barzel begrüßen.

(Beifall)

Ich freue mich, daß er nach seinem Unfall wieder genesen ist und heute hier bei uns sein kann. Ich glaube, die allermeisten von uns - ich jedenfalls will es für mich bekennen - haben in diesen Wochen viel an Rainer Barzel gedacht. Angesichts der Tatsachen, die jetzt aus allen möglichen Archiven an das Tageslicht kommen, kann man nachempfinden, wie es ihm zumute ist, wenn er dieses und jenes liest. Ich möchte es in diesem Satz zusammenfassen: Wir haben allen Grund, ihm für das zu danken, was er gegen viele Anfeindungen für die deutsche Einheit und damit für unser Vaterland getan hat.

(Lebhafter Beifall)

Ganz besonders herzlich begrüße ich den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, unseren Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten, unseren Freund Roman Herzog.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Lieber Roman Herzog, dies ist Ihr Beifall. Ich kann dem eigentlich nur hinzufügen: Wir alle wünschen Ihnen auf Ihrem Weg alles Gute, viel Erfolg und Gottes Segen.

(Beifall)

Mein besonders herzlicher Gruß gilt Ihnen, lieber Lothar de Maizière.

(Anhaltender lebhafter Beifall. - Dr. Rainer Barzel betritt den Saal und wird mit Beifall begrüßt)

Lieber Rainer Barzel, bitte nehmen Sie hier Platz. Ich habe Sie gerade schon begrüßt.

(Dr. Rainer Barzel: Der Flieger ging nicht!)

Verständigen wir uns darauf, daß auch beim Flieger die Regierung schuld ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich unsere Freunde aus dem Ausland. Namentlich begrüße ich unsere Freunde Alois Mock und Wilfried Martens.

(Beifall)

Besonders herzlich darf ich auch diejenigen begrüßen, die heute hierhergekommen sind und uns in diesen Tagen vor allem bei der Diskussion über das Grundsatzprogramm und auch bei der Diskussion über die Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik mit ihrem Rat zur Verfügung stehen.

Liebe Freunde, ich bedanke mich besonders herzlich bei Ihnen, Propst Herberger, und bei Ihnen, Monsignore von de Berg, für das geistliche Wort und den Gottesdienst heute früh.

(Beifall)

Ich darf das so sagen, weil Sie ja an die Einweihung der Katholischen Akademie durch Kardinal Doepfner in Ihrem Schlußwort erinnert haben. Wir haben eine besonders innige Erfahrung mit dem christlichen Hamburg machen dürfen, und dafür danken wir ganz besonders herzlich.

(Beifall)

Ich begrüße Herrn Oberkirchenrat Kalinna und Herrn Prälaten Bocklet sowie für den Zentralrat der Juden in Deutschland Herrn Ignatz Bubis.

(Beifall)

Besonders herzlich begrüße ich die zahlreichen Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Aus unserer täglichen Erfahrung wissen wir, mit welcher Freude sie über unsere Tagung berichten werden.

(Heiterkeit und Beifall)

Dafür bedanke ich mich schon im voraus sehr herzlich.

Dann gilt ein herzlicher Gruß Ihnen, Herrn Dr. Henning Voscherau, dem Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg.

(Beifall)

Ich darf die Gelegenheit nutzen, um Sie zu bitten, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt für die freundliche und gastliche Aufnahme und für die Hilfe und Unterstützung, die wir bei diesem Parteitag hier bei Ihnen finden, zu danken.

(Beifall)

Sie sind hier auf einem CDU-Parteitag; hier gilt das freie Wort. Ich könnte mir vorstellen, daß Sie hier das eine oder andere aussprechen können, vielleicht auch wollen, was auf anderen Parteitagen nicht ganz so einfach ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Deswegen begrüße ich Sie besonders in dieser, wie ich denke, sympathischen Umgebung.

Meine Damen und Herren, unser ganz herzliches Dankeschön gilt unserem Freund Dirk Fischer, dem Landesvorsitzenden der Partei hier in Hamburg, und allen seinen Mitarbeitern für die Unterstützung, die wir hier auf diesem Parteitag finden.

(Beifall)

Liebe Freunde, an diesen Parteitag richten sich große Erwartungen - von Mitgliedern, von Anhängern, von Wählern und natürlich - ich will sie dazu herzlich einladen - von unseren politischen Gegnern.

Für uns ist der Parteitag Auftakt zu dem Wahlmarathon 1994. Wir werden hier in Hamburg zu den zentralen Fragen der deutschen Politik unsere Position deutlich machen und gleichzeitig mit der Verabschiedung unseres Grundsatzprogramms zeigen, auf welchen grundsätzlichen ethischen Positionen wir stehen. Ich glaube, am einfachsten läßt sich das in dem Thema, das hier gilt, mit unserem Parteitagsmotto zusammenfassen: „Deutschland. Wir packen's an.“ Ich lade uns alle ein, in diesen Tagen in Hamburg dafür ein Beispiel zu geben.

(Beifall)

Liebe Freunde, einer guten Tradition folgend, wollen wir auch zu Beginn dieses Parteitages all jener gedenken, die seit dem letzten Bundesparteitag verstorben sind. Stellvertretend für die vielen will ich nennen:

Alois Becker, geboren 1910, gestorben im September 1993. Er war von 1956 bis 1969 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Wadern an der Saar, von 1960 bis 1968 Chef der Staatskanzlei des Saarlandes, von 1968 bis 1974 war er Justizminister des Saarlandes und Bevollmächtigter des Saarlandes beim Bund.

Ich nenne Theopont Diez, geboren 1908, gestorben im Oktober 1993. Er war von 1946 bis 1969 Oberbürgermeister von Singen am Hohentwiel. Er war Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung von Baden-Württemberg und 20 Jahre lang Mitglied des Landtags.

Ich nenne Dr. Friedrich Täubrich, geboren 1920, gestorben im November 1993. Er war seit 1948 Mitglied der CDU. 1952 floh er wegen drohender Verhaftung nach Westberlin. 1990 kehrte er nach Mecklenburg-Vorpommern zurück. Dort war er bis zu seinem Tod Mitglied des Landtags und Alterspräsident des Parlaments.

Ich nenne Gerd Lausen, geboren 1928, gestorben im November 1993. Er war von 1962 bis 1973 Landrat des Kreises Flensburg. Von 1967 bis 1973 war er Abgeordneter des Landtags und seit 1970 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. Von 1973 bis 1978 war er Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein.

Ich nenne Carl Damm, geboren 1927, gestorben im Dezember 1993. Er war von 1953 bis 1966 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, von 1968 bis 1974 stellvertretender Landesvorsitzender der CDU in Hamburg und von 1965 bis 1980 Mitglied des Deutschen Bundestags.

Ich nenne Martin Schiestl, geboren 1924, gestorben im Dezember 1993. Er war seit 1954 Landessozialsekretär, von 1957 bis 1988 Landes- und später Bezirksgeschäftsführer der CDU Südbaden.

Ich nenne Bernhard Sälzer, geboren 1940, gestorben im Dezember 1993. Er war von 1970 bis 1976 Mitglied des Hessischen Landtags, von 1976 bis 1979 Bürgermeister der Stadt Marburg, anschließend Stadtverordneter in Darmstadt. Von 1979 bis zu

seinem Tod war er Mitglied des Europäischen Parlaments. Er war stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei.

Ich nenne Irmgard Reichhardt, geboren 1935, gestorben im Februar 1994. Sie war von 1973 bis 1987 Präsidentin des Landfrauenverbandes Hessen, von 1979 bis 1987 Vizepräsidentin und von 1986 bis 1987 Präsidentin des Deutschen Landfrauenverbandes. Von 1987 bis 1991 war sie hessische Ministerin für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz.

Ich nenne Otto van Volxem, geboren 1913, gestorben im Februar 1994. Er war seit 1948 Mitglied des Kreistages Saarburg, von 1951 bis 1971 Mitglied des Landtages von Rheinland-Pfalz, von 1957 bis 1959 Staatsminister des Innern und von 1959 bis 1971 Präsident des Landtages von Rheinland-Pfalz.

Liebe Freunde, ich habe diese wenigen Namen stellvertretend für viele genannt. Wir wollen unseren Toten ein stilles Gebet widmen. - Ich danke Ihnen.

Tagesordnungspunkt 2: Wahl des Tagungspräsidiums

Meine Damen und Herren, nach der Ordnung des Parteitages liegt Ihnen der Vorschlag für die Wahl des Tagungspräsidiums vor. Darf ich die Frage stellen, ob weitere Vorschläge gemacht werden? - Soweit ich erkennen kann, ist dies nicht der Fall. Wer mit dem Vorschlag, der Ihnen vorliegt, einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Dann ist es einstimmig so beschlossen. Damit darf ich Ihnen, lieber Dirk Fischer, die Tagungsleitung übertragen.

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Delegierte! Ich möchte mich namens des Tagungspräsidiums für das Vertrauen des Parteitages herzlich bedanken. Wir werden uns bemühen, den Parteitag ordnungsgemäß, fair und zügig zu leiten, und wir bitten Sie darum, uns bei diesem Bemühen zu unterstützen.

Ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Beschlußfassung über die Tagesordnung

Die Tagesordnung für den 5. Parteitag der CDU ist Ihnen mit der Einladung fristgerecht zugegangen und liegt in Ihren Tagungsunterlagen vor. Wer mit der vorgeschlagenen Tagesordnung einverstanden ist, den bitte ich jetzt um das Erheben der Stimmkarte. - Die Gegenprobe, bitte! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen worden.

Für die Zeitplanung zur Grundsatzprogrammdiskussion am Dienstag lassen Sie mich bitte auf folgendes hinweisen. Wir werden das Grundsatzprogramm kapitelweise aufrufen, und wir haben dafür eine Zeitplanung aufgestellt, nach der wir bei konzentrierter Diskussion die Beratungen bis Mitternacht abschließen können.

Gestatten Sie mir außerdem einige geschäftsleitende Bemerkungen zur Tagungsfolge. Wir schlagen Ihnen vor, als Frist für die Einreichung von Anträgen zum Themenbereich „Wachstum und Beschäftigung“ - das ist der Antrag G 1 des Bundesvorstandes - Montag, den 21. Februar, also heute, 14 Uhr, festzulegen. Für die Einreichung von Anträgen zum Grundsatzprogramm, zum Satzungsrecht der CDU

und von sonstigen Anträgen soll die Frist auf Montag, den 21. Februar, also heute, 18.30 Uhr, festgelegt werden. Wenn Sie mit diesen Vorschlägen einverstanden sind, bitte ich um das Erheben der Stimmkarte. - Die Gegenprobe, bitte! - Enthaltungen? - Auch dies ist einstimmig gebilligt worden.

Erlauben Sie mir nun einige weitere geschäftsleitende Bemerkungen. Die Initiativanträge werden im Tagungsbüro in das Textverarbeitungssystem geschrieben und auf einem entsprechenden Antragsformular mit dem Vordruck für 30 Unterschriften ausgedruckt. Delegierte, die einen Initiativantrag unterstützen, werden gebeten, zur Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Anträge die auf der Stimmkarte angegebene Delegiertennummer bei der Unterschrift mit anzufügen, damit die Rechtmäßigkeit der Unterschrift an Hand der Delegiertenliste festgestellt werden kann. Nach Vollzug der 30 Unterschriften sind die Initiativanträge innerhalb der beschlossenen Fristen im Tagungsbüro abzugeben.

Zu der unter Tagesordnungspunkt 12 folgenden Aussprache möchte ich schon jetzt darauf hinweisen, daß Wortmeldungen auf Wortmeldezetteln, die den Delegierten mit den Unterlagen ausgehändigt worden sind, beim Tagungspräsidium abgegeben werden müssen. Auf der von Ihnen aus gesehen rechten Seite vor der Bühne sitzt eine Mitarbeiterin, die die Wortmeldungen annimmt; von dort aus werden die Wortmeldezettel dem amtierenden Tagungspräsidenten zugeleitet. Ich bitte Sie, die Wortmeldezettel vollständig auszufüllen und auch gegebenenfalls anzugeben, von welchem der im Saal aufgestellten Mikrophone Sie sprechen möchten.

Letztlich möchte ich zur Tagungsfolge auf folgendes hinweisen:

Erstens. Der Bericht zum Tagesordnungspunkt 11:

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments

wird schriftlich vorgelegt.

Zweitens. Heute abend lädt Sie die Hamburger CDU um 20 Uhr, soweit wir pünktlich fertig werden, zum Hamburg-Abend ein.

(Beifall)

Diese gesellige Veranstaltung findet hier im Gebäude des Congreß-Centrums im Saal 3 statt, also auf der unteren Eingangsebene.

Meine Damen und Herren, der Parteivorsitzende hat bei der Eröffnung bereits einige Gäste begrüßt. Darüber hinaus möchte ich an dieser Stelle alle Gäste aus dem In- und Ausland herzlich willkommen heißen. Wir freuen uns sehr, daß sie so zahlreich unserer Einladung gefolgt sind.

Ich bitte um Nachsicht, daß angesichts der erfreulich großen Zahl der Gäste eine weitere namentliche Begrüßung im einzelnen leider nicht möglich ist. Allen Teilnehmern des Parteitages liegt eine ausführliche Gästeliste vor. Wir freuen uns über den Besuch von Ihnen allen und danken für das Interesse, das Sie unserer Partei und unserer Arbeit entgegenbringen.

In einem Fall gestatten Sie mir aber bitte, von der allgemeinen Begrüßung abzuweichen. Ich möchte in unserer Mitte sehr herzlich die Frau unseres Bundeskanzlers, Frau Hannelore Kohl, begrüßen.

(Beifall)

Wir freuen uns, Frau Kohl, alle sehr, daß Sie nach Hamburg gekommen sind und wollen Ihnen bei dieser Gelegenheit gerne für ein gesellschaftliches und soziales Engagement danken. Als kleines Zeichen unserer Dankbarkeit haben wir Ihnen soeben einen Blumenstrauß überreichen lassen.

(Beifall)

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 4 auf:

Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission

Die Liste mit den Vorschlägen liegt Ihnen ausgedruckt vor. Ich frage, ob Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind. Wenn Ja, dann heben Sie bitte die Stimmkarte. - Gegenprobe. - Enthaltungen. - Dieses ist einstimmig so gebilligt worden.

Ich möchte darauf hinweisen, daß heute, Montag, 21. Februar, um 15.00 Uhr eine erste Sitzung der Antragskommission zu den G-Anträgen stattfindet. Eine weitere Sitzung der Antragskommission ist für Dienstag, also morgen, 8.00 Uhr vorgesehen. Der Sitzungsort ist jeweils Saal 8.

Ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 5 auf:

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Ich mache darauf aufmerksam, daß gemäß § 10 Abs. 1 des Statuts die Mandatsprüfungskommission für Parteitage üblicherweise vom Bundesausschuß gewählt wird. Da aber zwischen dem Parteitag im September 1993 in Berlin und dem jetzigen Parteitag keine Sitzung des Bundesausschusses stattfand, hat dieser Parteitag die Mandatsprüfungskommission zu wählen.

Den entsprechenden Vorschlag des Bundesvorstands finden Sie in Ihren Unterlagen. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Bitte die Gegenprobe. - Enthaltungen. - Das ist einstimmig so gebilligt worden.

Die Mandatsprüfungskommission wird ihren Bericht heute nachmittag unter Tagesordnungspunkt 13 abgeben. Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden gebeten, sich um 12.30 Uhr im Büro des Organisationsleiters einzufinden.

Ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 6 auf:

Wahl einer Stimmzählkommission

Die Liste mit den vorgeschlagenen Personen befindet sich in Ihren Unterlagen. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Gegenprobe. - Enthaltungen. - Das ist einstimmig gebilligt worden.

Die Mitglieder der Stimmzählkommission treffen sich zu einer Vorbesprechung um 13.30 Uhr im Saal 8.

Josef Stock, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich freue mich, namens des Bundesparteitages der CDU in unseren Reihen den ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Herrn Dr. Henning Voscherau, begrüßen zu dürfen. Wir freuen uns, daß Sie hier sind. Ich darf Sie bitten, Herr Voscherau, zu uns ein Grußwort zu sprechen.

(Beifall)

Dr. Henning Voscherau: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Hamburg freut sich, erneut einen Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in seinen Mauern zu haben, den Parteitag einer so großen Volkspartei, die für unsere deutsche Demokratie wichtig ist.

(Beifall)

Als Bürgermeister der Stadt drücke ich diese Freude aus und bin sicher, ich spreche dabei für eine sehr sehr große Mehrheit der Hamburgerinnen und Hamburger - weit über den Kreis der engeren Anhänger der Hamburger CDU hinaus.

Meine Damen und Herren, ich wäre kein guter Bürgermeister, wenn ich jetzt nicht die Gelegenheit nutzen würde, ganz zu Beginn einen Nagel einzuschlagen und mich aus aktuellem Anlaß bei dem Bundeskanzler herzlich zu bedanken.

(Beifall)

Herr Bundeskanzler, wir haben in diesem Jahr sicherlich öfter die Freude, Sie in Hamburg begrüßen zu dürfen. Kürzlich war das vor der Handelskammer zu Hamburg der Fall. Sie haben dort namens der Bundesregierung ausgeführt, daß Sie sicherstellen wollen, daß der Seegerichtshof der Vereinten Nationen, also die erste internationale UN-Organisation überhaupt auf deutschem Boden, nach Hamburg kommen wird. Das ist eine große Freude für alle Deutschen, denke ich, und für uns Hamburger ganz besonders. Deswegen bedanke ich mich dafür.

(Beifall)

Ich vermute, es ist kein Geheimnis, wenn man auf die Idee kommen könnte, dieser Bundesparteitag der CDU bietet für Ihre große Partei den Startschuß in das Superwahljahr 1994 mit seinen 18 oder 19 Wahlen. Gleichzeitig haben wir jetzt 1994 das Jahr 4 der Deutschen Einheit: Keine leichte Konstellation für die deutsche Demokratie, für den Prozeß der inneren Einigung Deutschlands, auch keine leichte Situation für alle Parteien, die in vielen Kommunen, in vielen Ländern, im Juni in der gesamten geeinten Republik zur Europawahl und im Oktober zur Bundestagswahl in den Wahlkampf ziehen müssen.

In diesem Jahr 4 der Deutschen Einheit findet man überall in Deutschland unverändert Enttäuschung und Ernüchterung, gelegentlich Schlimmeres. Deswegen, so denke ich, werden alle Demokraten versuchen, offensiv dafür zu werben, daß in diesem Jahr die Wählerinnen und Wähler Entscheidungen treffen, wie wir unsere Demokratie und die Lösungsfähigkeit stärken, statt sie zu schwächen.

(Beifall)

Deutschland steht gegenwärtig - so wird vielfach beschrieben - in der tiefsten Rezession seit der Währungsreform 1948. Gleichzeitig haben wir es mit einer Strukturkrise zu tun, die die industrielle Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrieerzeugnisse in Frage stellt. Vor wenigen Tagen konnten wir alle lesen, daß ein amerikanisches

Meinungsforschungsinstitut - Gallup - festgestellt hat: „Made in Germany“ ist zurückgefallen - auf Platz 2 oder 3 - hinter „Made in Japan“ oder ist allenfalls gleichauf mit „Made in US“. Das ist Grund zur Sorge. Ich denke, auch das gilt für uns alle gemeinsam. Dagegen muß etwas Durchgreifendes getan werden.

Dieses Super-Wahljahr geht uns alle an - bei 2,75 Millionen Arbeitslosen im Westen und 1,29 Millionen Arbeitslosen im Osten des geeinten Deutschland und gleichzeitig in einer politischen Diskussion, die das Wort von einer Krise der Parteiendemokratie zuläßt; ein Befund, der aus der Sicht vieler Wählerinnen und Wähler alle Parteien trifft.

Ich vermute, Ihnen ist in Erinnerung, daß bei der Bürgerschaftswahl in der Freien und Hansestadt Hamburg im September 1993 im Ergebnis 42,4 % nicht in dem neugewählten Landesparlament repräsentiert sind, 42,4 %! Das ist ein sehr hoher, ein zu hoher Anteil. Wenn gleichzeitig in dieser Stadt, deren Bürgerinnen und Bürger sich über alle Parteigrenzen hinweg etwas darauf zugute halten, die weltoffenste, toleranteste der deutschen Großstädte zu sein, insgesamt 7,6 % der Wählerinnen und Wähler Rechtsextremisten gewählt haben und nur durch den Zufall der Gegeneinanderkandidatur keine dieser Parteien in die Bürgerschaft eingezogen ist, so ist auch das Anlaß zur Sorge. Dabei glaube ich nicht, daß es um Hamburgensien des Jahres 1993 ging, die dieses Ergebnis bewirkt haben, zumal sich innerparteiliche Turbulenzen in Hamburg 1993 ausnahmsweise nicht mit dem Namen SPD verbunden haben.

Vor diesem Hintergrund kommt es auf uns alle an, darauf, daß man 1994 diesen Wahlkampf als einen inhaltlich streitigen, argumentierenden Wahlkampf führt, der die Grenzen der persönlichen Fairneß nicht verletzt und deshalb einen Beitrag dazu leistet, daß die Glaubwürdigkeit der demokratischen Parteien wiedergewonnen werden kann.

(Beifall)

Wenn wir, die kandidierenden demokratischen Parteien, auch politische Gegner sind, so sind wir doch demokratische Partner und sollten das nicht vergessen.

(Beifall)

Die Wahlen werden in der Mitte gewonnen, und um die Mitte wird gekämpft werden; das muß so sein. Dennoch und gerade deshalb muß verhindert werden, daß das politische Spektrum an den Rändern weiter ausfranst. Wir müssen gemeinsam den Erfolg extremistischer Parteien verhindern. Wir müssen die weitere Erosion der Parteiendemokratie zu einem Halt bringen. Gemeinsam, denke ich, sollte bewiesen werden,

daß es den großen deutschen Volksparteien nicht kurzfristig um Machterhalt oder Machtgewinn, sondern langfristig um das Wohl des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger geht.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Hamburger Parteitage der CDU waren stets Momente der Zäsur, Vorboten von Umbruch und Erneuerung. 1953 haben Sie im Deutschen Schauspielhaus Ihr Hamburger Programm verabschiedet, 1957 das Hamburger Manifest. 1973 wurde der Startschuß zur Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms gegeben, und zwar unter dem Vorsitz Richard von Weizsäckers. 1981 rüstete sich die CDU Deutschlands zur Wende. 1990 haben wir uns darüber gefreut, daß Sie in Hamburg Ihren Vereinigungsparteitag begangen haben.

Darüber, was der CDU-Bundesparteitag 1994 signalisiert, Hoffnungen auszudrücken oder auch Befürchtungen auszusprechen, verbietet mir die Rolle als kommunaler Oberbürgermeister, der Sie alle hier begrüßt. Ich wünsche der CDU Deutschlands einen produktiven, erfolgreichen Parteitag und uns allen einen erfolgreichen, fairen Wahlkampf durch das ganze Jahr 1994. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Josef Stock, Tagungspräsidium: Herr Erster Bürgermeister, sehr geehrter Herr Dr. Voscherau! Der CDU-Bundesparteitag dankt Ihnen für Ihr Grußwort. Er dankt Ihnen und allen Bürgerinnen und Bürgern für die offene und freundliche Aufnahme hier in Hamburg.

Zukunftsoffenheit - Sie haben von „Made in Germany“ gesprochen - verbindet sich in der nächsten Zeit mit dem Stichwort „Transrapid“. Tun Sie alles, damit Planung und Bau in Hamburg schnell und zügig vorankommen!

(Beifall)

Wir in Niedersachsen wissen - wenn ich das als CDU-Vorsitzender in Niedersachsen anfügen darf -, was es bedeutet, wenn ein solches Projekt „ausgebremst“ wird. Ich sage Ihnen aber zu: Nach dem 13. März haben Sie in Niedersachsen mit Christian Wulff einen kraftvollen Mitstreiter, so daß dieses Projekt zum Erfolg kommt.

(Beifall)

Noch einmal herzlichen Dank!

Ich darf nun den CDU-Vorsitzenden vom Hamburg, unseren Freund Dirk Fischer, bitten, zu uns zu sprechen. Bitte schön, Herr Fischer.

Dirk Fischer: Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, lieber Herr Dr. Kohl! Liebe Delegierte und Gäste der Christlich Demokratischen Union Deutschlands! Ich begrüße Sie als Landesvorsitzender der Hamburger CDU ganz besonders herzlich in unserer schönen Stadt Hamburg und hoffe, daß Sie sich in diesen Tagen in dieser winterlichen Landschaft besonders wohlfühlen werden.

Ich bin sicher, daß wir mit dem 5. Parteitag der CDU Deutschlands an die bundespolitisch wichtigen Parteitage in Hamburg - der Herr Bürgermeister hat sie soeben schon aufgezählt - anknüpfen werden. Dazu wünsche ich unserer Arbeit Geschlossenheit, offene Diskussionen, am Ende überzeugende Konzepte und die Kraft, den Menschen in unserem Land die Ergebnisse unserer Ideen und Visionen glaubhaft vermitteln zu können.

Wenn wir an die Parteitage zurückdenken, die in Hamburg stattgefunden haben, dann sind von ihnen wesentliche Impulse ausgegangen: für die Außenpolitik, für die politische und gesellschaftliche Entwicklung im Innern und den wirtschaftlichen Aufbau unseres Landes nach dem Kriege: das Hamburger Programm von 1953, das erst im Jahre 1968 durch das Berliner Programm abgelöst wurde, 1957 das Hamburger Manifest und dann, wie soeben bereits erwähnt, der Beschluß zur Ausarbeitung eines ersten Grundsatzprogramms im Jahre 1973. Ich möchte aus dem Beschluß zitieren. Dort heißt es:

Aufgabe einer Volkspartei ist es, die Auseinandersetzung über die Grundfragen der Zeit zu führen. Intoleranz und Klassenkampf sind Rückfälle in verhängnisvolle Irrtümer der Vergangenheit und bedrohen

unseren freiheitlichen Rechtsstaat. Die CDU wird sich vor diesen Herausforderungen nur bewähren, wenn sie sich auf ihre Pflichten und Chancen als Volkspartei besinnt.

Das, liebe Freunde, sind Worte, die heute aktueller denn je zuvor sind.

(Vereinzelt Beifall)

Ich erinnere mich aber auch sehr gerne an den Parteitag 1981 in diesem Raum. Wir haben ihn damals als Jugendparteitag bezeichnet. Wir haben mit gut 500 jungen Menschen eine offene Diskussion über Zukunftsfragen unseres Landes geführt.

Schließlich fand hier als letzter der unvergessene Parteitag des Jahres 1990 statt, der Vereinigungsparteitag. Wer erinnert sich nicht an die ergreifenden Beitrittserklärungen der neuen Landesverbände in diesem Saal?

Sie, Herr Bundeskanzler, sagten damals: Jeder kann darauf vertrauen; in dieser schwierigen Phase stehen wir zusammen. Nationale Solidarität und soziale Gerechtigkeit sind für uns heute keine leeren Floskeln, sondern selbstverständliche Verpflichtungen.

Diese Worte und Sätze gelten heute ebenso wie damals, meine Freunde. Deshalb ist mein Wunsch zu Beginn des Mammutwahljahres 1994, daß wir solidarisch und entschlossen für die Ziele der Christlich Demokratischen Union kämpfen. Herr Bürgermeister Voscherau, Sie haben soeben eines zu erwähnen versäumt: Nach CDU-Parteitag in Hamburg ist stets der große bundespolitische Erfolg erzielt worden. Deswegen finde ich es ein besonders gutes Omen, daß wir dieses Mal in Hamburg tagen: Es muß 1994 wieder so sein.

(Beifall)

Wir Hamburger haben schon so manche Sturmflut erlebt. Die letzte ist wenige Tage her. Leider wurden häufig die besten Chancen von Fluten des politischen Versagens weggespült. Denn keine Stadt Deutschlands hat von der wiedergewonnenen Einheit unseres Vaterlandes wirtschaftlich und finanziell so profitiert wie Hamburg. Wir haben das natürliche Hinterland zurückgewonnen, haben eine deutliche Steigerung des Hafenumschlages und vereinigungsbedingte Mehreinkommen in Milliardenhöhe. Doch statt damit die Finanzen zu sanieren und in die Zukunft zu investieren, sind diese Chance leider vertan worden. Denn die Pro-Kopf-Verschuldung der Hamburger wird nur von den ebenfalls von der SPD regierten Ländern Bremen und Saarland übertroffen.

Statt sich an der notwendigen Bahnreform zu beteiligen, hat Hamburg als einziges Land im Bundesrat dagegen gestimmt. Ich sehe mit Bedauern - ich greife die Worte des Freundes Stock auf -, daß, statt die einmalige Chance der Transrapidstrecke Hamburg-Berlin zu nutzen, leider immer noch ein klares Bekenntnis des Stadt-SPD-Senats fehlt, sich hinter dieses Projekt zu stellen und zu sagen: Wir wollen es, und wir werden alles tun, um dieser neuen Technologie zum Durchbruch zu verhelfen.

(Vereinzelt Beifall)

Unsere Regierungspartei SPD in Hamburg, die seit 1957 ununterbrochen an der Macht ist, sitzt auf einem so hohen Roß, daß sich ihre Flügel in der Selbstgefälligkeit der Macht mehr bekämpfen, als dem Wohle der Stadt zu dienen. Aber bekanntlich ist schon Ikarus seiner Flügel nicht mehr Herr geworden.

Es gibt eine neue Kraft, die vieles bewegen wollte, aber nur eines bewegt hat: daß die SPD auf Krücken weiterregieren kann. Meine Freunde, man glaubt es kaum: Mittlerweile wurde ein Psychologieprofessor engagiert, um die Fraktionssitzungen der Statt-Partei zu leiten. Das sagt wohl alles.

(Vereinzelt Beifall)

Aber auch die CDU als Partei in dieser Stadt hat widrige Winde erlebt, meine Damen und Herren. Doch bekanntermaßen haben Unwetter immer wieder etwas Reinigendes. Von Petrarca stammt der Satz: Wohlbehagen ermattet den Geist, Schwierigkeiten erziehen und kräftigen ihn. Deswegen sage ich mit Zuversicht für die Hamburger CDU: Wir haben in den letzten zwei Jahren hart an uns gearbeitet. Wir werden diese harte Arbeit in der Zukunft fortsetzen, um mehr und stärker der wirkliche demokratische Wettbewerber zur Dauerregierungspartei SPD in dieser Stadt zu werden.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Freunde, wir stehen vor einem anstrengenden Jahr, einem Jahr voller Herausforderungen. Geben wir in diesem Wahljahr 1994 den Miesmachern und selbsternannten Heilsbringern keine Chance. Machen wir den Menschen in unseren Lande deutlich, daß es zur Politik der Union keine Alternative gibt.

Ihnen, lieber Herr Bundeskanzler, möchte ich zur weiteren erfolgreichen Arbeit als Präsent einen Schiffsmaschinentelegrafen zu dem nach wie vor gültigen Satz des Vereinigungsparteitages schenken: Nur Mut, Deutschland! Viel Erfolg, Europa! Als Hamburger sage ich dazu: Volle Kraft voraus!

(Beifall)

Josef Stock, Tagungspräsidium: Lieber Dirk Fischer, herzlichen Dank für Ihr Grußwort, herzlichen Dank auch für den Mut und die Einsatzbereitschaft, mit der Sie die CDU Hamburg führen. Ich bin sicher, daß sich das schon bei den Europawahl und erst recht bei der Bundestagswahl auszahlen wird. Ich bin Ihnen aber auch dafür dankbar, daß Sie an unseren Hamburger Parteitag nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes erinnert haben. Vielleicht sollten wir uns alle die Stimmung dieses Parteitages in Erinnerung rufen und bei mancher oft sehr kleinkarierten Finanzdiskussion, die wir führen, dankbar dafür sein, daß uns die Wiedervereinigung Deutschlands nur Geld und kein Blut gekostet hat, meine Damen und Herren, liebe Freunde.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 8 auf:

Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

Ich erteile unserem Bundesvorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, das Wort:

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit anhaltendem Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Vorhin durfte ich zur Eröffnung sagen, wie viele unserer Mitglieder, Anhänger und Wähler, aber auch unserer politischen Gegner, in diesen Tagen auf dieses Haus nach Hamburg schauen, um die Ergebnisse unseres Parteitages zur Kenntnis zu nehmen und vor allem unsere Antwort auf die Frage zu hören: Wie ist diese Christlich Demokratische Union jetzt,

im Februar 1994, im Alltag des Geredes und Geschriebes, beisammen? Wie wird es mit der Union weitergehen?

Ich denke, es tut gut, wenn wir hier eine ganz nüchterne, aber ehrliche Standortbestimmung vornehmen, und jeder von uns sich noch einmal ganz klar macht, worum es jetzt geht. Es spricht sich so einfach dahin: 18 Wahlen. Aber wenn ich so in den Saal schaue und Sie hier sitzen sehe - Kreisvorsitzende, Ehrenamtliche, Hauptamtliche -, dann weiß ich, dann wissen wir, was es heißt: 20 Tage bis zur Landtagswahl in Niedersachsen, bis zur Europawahl noch dreieinhalb Monate, bis zur Bundestagswahl noch acht Monate, die Landtagswahlen in allen neuen Bundesländern und in Bayern, Kommunalwahlen in fünf alten Bundesländern und Kommunalwahlen in vier neuen Bundesländern. Das heißt Arbeit, das heißt Mühe, das heißt auch Ärger und Verdruß, das heißt in diesem Augenblick aber vor allem: Kämpfen, liebe Freunde, egal ob wir Rückenwind oder, wie im Augenblick, Gegenwind haben!

(Beifall)

Das muß das erste Signal sein, das von Hamburg ausgeht. Darum bitte ich Sie, ja ich fordere Sie dazu auf, daß wir von Hamburg nach Hause zurückkehren und unseren Wählern sagen: Wir, die Union Deutschlands, wollen alle Wahlen, die ich genannt habe, gewinnen. Das Ziel ist Sieg und nicht Platz.

(Beifall)

Das erste Signal geht nach Niedersachsen, zu unserem Freund Christian Wulff und allen Freunden, die dort kämpfen. Dazu meine Bitte: Alle diejenigen, die aufgefordert werden - es können gar nicht genug sein -, nach Niedersachsen zu kommen, mögen gemeinsam mit uns zu den Wählern gehen, unsere Politik erläutern und für unsere Sache werben. Das ist in Niedersachsen gut zu machen. Dort steht ein prima Kandidat zur Wahl, der alles mitbringt, was ein junger Kandidat braucht.

(Anhaltender Beifall)

Deswegen - das sage ich vor allem im Namen unserer niedersächsischen Freunde - genügt es nicht, hier zu klatschen, sondern erforderlich ist, daß wir gemeinsam kämpfen und daß nirgendwo der Eindruck entsteht, als wollte der eine oder andere nicht kämpfen. Das ist Voraussetzung, wenn wir gewinnen wollen.

(Beifall)

Am Beispiel Niedersachsen und Hessen erleben wir ja, was rot-grün in diesem dramatischen Augenblick deutscher Geschichte bedeutet, wo es nicht länger möglich ist, am Status quo festzuhalten, Besitzstände zu zementieren, sondern wo es darum gehen muß, daß wir Zukunft sichern und gewinnen. Am Beispiel von Niedersachsen und von Hessen kann man zeigen, wie es aussehen würde, wenn die Wünsche der Sozialdemokraten Wirklichkeit würden, nämlich mit rot-grün die Macht und die Verantwortung in Deutschland zu übernehmen. Das müssen wir den Wählern deutlich machen.

(Beifall)

Der Wähler muß wissen, worum es geht, wo die Unterschiede sind. All denen, die uns Ratschläge geben, wie wir uns zum Wahlsieg bewegen sollten - etwa wie ein Slalomfahrer dem Ziel entgegen -, sage ich: Der Wähler will die Unterschiede nicht verwischt haben.

Ich bin für einen fairen Wahlkampf. Aber fair kann nicht heißen, daß uns die einen prügeln und wir dann die andere Wange hinhalten. Das tun wir nicht.

(Beifall)

Unser Land steht vor einer Weichenstellung. Jeder spürt das. Wir müssen deutlich machen, für was wir stehen: für eine Politik für Frieden und Freiheit. Wir müssen den Menschen sagen, daß dies nicht eine milde Gabe des Himmels ist. Vielmehr ist in diesen Wochen und Monaten wieder spürbar, wie richtig das Bismarck-Wort ist, daß sich in der Außenpolitik das Schicksal einer Nation erfüllt.

Politik für Frieden und Freiheit für Deutschland heißt immer Freundschaft und Partnerschaft mit unseren Nachbarn. Seit Konrad Adenauer war unser wichtigstes Ziel, verlässliche Freunde und Partner zu sein. Das hat unseren Erfolg in der Welt begründet.

(Beifall)

Das heißt Politik für Stopp und für Abbau der Arbeitslosigkeit: 4 Millionen Arbeitslose können und dürfen wir nicht hinnehmen. Das ist die große innenpolitische Herausforderung für unser Land.

(Beifall)

Aber das heißt auch Politik für Investitionen, Politik für Wachstum. Und auch das will ich aussprechen: Das heißt auch, daß sich alle daran beteiligen müssen, daß es nicht so billig abgehen kann nach dem Motto: Wenn es gutgeht, waren es Unternehmen und Gewerkschaften, wenn es schlechtgeht, war es die Politik. Nein, wir alle haben hier eine gemeinsame Verantwortung.

(Beifall)

Wachstum und zukunftssichere Arbeitsplätze bedeuten immer, daß wir fähig sind zur Erneuerung und zum Umdenken. Mancher wundert sich, daß wir jetzt, in diesem Wahlkampf, vor einer etwas ungewöhnlichen Lage stehen: Diejenigen, die am Wahltag seit zwölf Jahren die Verantwortung tragen, sprechen vom Weiterentwickeln, von der Zukunftssicherung und von der Notwendigkeit des Umdenkens, und diejenigen, die dran wollen, sprechen von den Besitzständen. Mir gefällt diese Einteilung, weil sie uns zwingt und notwendig macht, daß wir den Menschen jetzt sagen, was ist, auch scheinbar Unbequemes aussprechen und das Erforderliche durchsetzen.

Das Land wird keine Zukunft haben, wenn wir jetzt nicht Einkehr halten und die Zukunftsperspektiven sehen, wenn wir nicht dazu fähig sind, ganz nüchtern zu fragen: Was ist gut geraten in diesen Jahrzehnten - es ist vieles sehr gut geraten -, und was hat sich nicht bewährt?

Die Sozialdemokraten gehen - wie eigentlich immer wieder in den letzten Jahrzehnten - den sehr bequemen Weg. Sie würden das Land, wenn sie die Verantwortung hätten, in eine internationale Isolierung führen. Willy Brandt hat es ja gesagt: Die deutschen Sozialdemokraten gegen den Rest der Welt. Wenn Sie sich einmal die jetzige Position der deutschen Sozialdemokraten innerhalb der Sozialistischen Internationale in Europa betrachten, werden Sie feststellen, daß diese völlig isoliert sind.

Das Wort Isolation, liebe Freunde, darf aber nie wieder ein Leitwort deutscher Politik werden.

(Beifall)

Wir haben in diesem Jahrhundert bitter dafür bezahlt, daß sich unser Land in die Isolierung begeben hat oder sich zu manchen Zeitpunkten in die Isolierung auch hat drängen lassen. Wir müssen bündnisfähig bleiben, und die Voraussetzung dafür ist, daß wir Vertrauen genießen.

Eben war mit gutem Grund viel vom Vereinigungsparteitag der Union hier in Hamburg die Rede. Wir hätten diesen Tag der Deutschen Einheit nie erlebt, wenn unsere Freunde im Westen, unsere Partner im Osten uns nicht vertraut hätten. Vertrauen ist die Voraussetzung für alles, im privaten wie im politischen Leben.

(Beifall)

Das Wahljahr 1994 ist nicht nur bei uns in Deutschland, sondern in allen Industrieländern ein schwieriges Jahr. So richtig diese Feststellung ist, so wenig nützt sie uns politisch im eigenen Land. Wir erleben einen dramatischen Wandel in der Welt, in Europa und in Deutschland. Für den Bürger ist die schnelle Abfolge von Ereignissen Tag für Tag mit neuen, mit dramatischen Bildern kaum mehr nachvollziehbar. Viele fühlen sich überfordert. Das erzeugt Unsicherheitsgefühle, das erzeugt Ängste, das erzeugt völlig übersteigerte Erwartungen an die Politik.

Dann gibt es dieses Wort von der Verdrossenheit; wir haben es heute früh schon gehört. Dann redet man von Politikverdrossenheit. Ich füge hinzu: Ich sehe überhaupt nur Verdrossenheit. Denn wenn ich die Mitgliedsverluste der CDU mit denen der Gewerkschaften in Proportion setze, habe ich nicht den Eindruck, daß wir besser dran wären als die anderen oder umgekehrt. Die feineren Leute in den Arbeitgeberverbänden reden von ihren Austrittszahlen nicht; auch diese sind beachtlich. Auch die Zahlen bei den Kirchen und beim Sport kennen wir. Wir haben eine Entwicklung, die sehr viel tiefer geht: daß Menschen sich immer schwerer binden und bereit sind, sich festzulegen. Davon ist natürlich auch die Politik betroffen. Aber gerade weil dies so ist, können wir nicht jedem Zeitgeist sofort nachgeben. Nein, wir müssen für ein Programm stehen, wir müssen es in einer verständlichen Sprache vortragen und wir müssen massiv gegen jene vorgehen, die als falsche Propheten die Ängste und die Unsicherheitsgefühle für eigene politische Zwecke ausnutzen wollen.

Meine Damen und Herren, noch selten zuvor ist so unentwegt versucht worden, mit Miesmacherei und mit dem Schüren von Pessimismus Politik zu machen. Ein Zeuge, der es wirklich wert ist, hier gehört zu werden, ist Martin Walser. Er hat in diesen Tagen in seiner Ehrendoktorrede in Dresden gesagt:

Es gibt offenbar prinzipiell schlecht Aufgelegte, die es mit ihrer persönlichen Verdrossenheit nicht aushalten. Also sollen wir alle diese Verdrossenheit teilen.

Dann fährt er fort:

Aber eine Partei, die historische Schwierigkeiten nur zu parteilicher Polemik nutzt, zeigt, daß sie noch keinen Vorschlag machen kann zur Überwindung der Schwierigkeiten.

Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

(Beifall)

Das heißt für uns und das heißt für mich: Wir kämpfen um jede Stimme, und wir vertreten unsere Überzeugung offensiv. Offensiv, meine Damen und Herren, heißt,

sich dem Kampf stellen. Offensiv heißt nicht, zu Hintergrundgesprächen einzuladen und das - möglichst ohne Absender - unter die Leute zu bringen, was man sonst nicht wagt, offen zu sagen. Das ist keine große Kunst.

(Beifall)

Offensiv heißt nicht, seine eigene Betroffenheit so zu pflegen, daß man den Blick für die Wirklichkeit des Lebens verliert. Offensiv heißt für mich nicht, Angst vor der eigenen Courage zu haben und vor jenen in die Knie zu gehen, die sich mächtig dünken, weil sie vielleicht über die Möglichkeiten der Druckerzeugnisse oder über die Medien verfügen. Wir stehen für unsere Politik ein. Wir werden gewinnen, wenn wir vor niemandem in die Knie gehen, liebe Freunde. Das ist das Entscheidende.

(Anhaltender Beifall)

Das soll nicht das Ende der Diskussion bedeuten, überhaupt nicht. Eine so große Partei, eine so große politische Gemeinschaft muß selbstverständlich um den richtigen Weg in die Zukunft ringen. Sie muß es mit Respekt vor der Meinung des anderen tun. Wir müssen fähig sein, Argumente zu hören und zu wägen. Aber, meine Damen und Herren, wir dürfen auch den Wahlkalender nicht gänzlich außer acht lassen. Wenn in drei Wochen in einem Bundesland Wahlen sind, hat jeder in der Union in Deutschland die Pflicht, an die Wahlkämpfer zu denken, die jetzt bei Schnee und Eis abends über das Land ziehen und für diese Partei den Kopf hinhalten.

(Beifall)

Es kann auch für niemanden - ich sage „niemanden“, weil ich das genau so meine - einen Logenplatz im Staatstheater der Republik geben, wo man mit leicht amüsiert Miene beobachtet, was da ein paar große „Narren“ auf der Bühne aufführen. Wer sich in diesen Zeiten zu Lasten des Ganzen profiliert, schließt sich selbst aus der Gemeinschaft aus.

(Beifall)

Deswegen, liebe Freunde, laßt uns jetzt nicht darüber diskutieren, daß wir für den Fall, daß wir entsprechend abschneiden, vielleicht eine große Koalition machen und dann bei den Sozialdemokraten unterschlüpfen. Dort ist es zwar miefig, aber warm. Das kann doch nicht unsere Politik sein, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir wollen die Fortsetzung der Koalition aus CDU, CSU und FDP, und dies wahrlich nicht aus Liebesgefühlen gegenüber der FDP. Aber es ist eine Frage der Vernunft. Wie anders können wir Zukunftsfragen der deutschen Politik, wie sie jetzt in ganz elementarer Weise anstehen, entscheiden? Ich - nicht nur ich - denke, das ist uns trotz allem, was uns manchmal auch bei der FDP ärgert, am besten mit der FDP möglich. Deswegen laßt uns aufhören, den Sozialdemokraten bei der Wahl zu helfen, indem wir von vornherein so tun, als seien sie der künftige Partner!

(Beifall)

Wenn ich das sage - damit da kein Zweifel aufkommt -, stehe ich zu dem Satz, daß die Christlich Demokratische Union Deutschlands natürlich mit allen demokratischen Parteien koalitionsfähig ist. Wir haben in den Ländern solche Koalitionen, und ich

unterstütze sie. Aber für den Bund verheißt eine Große Koalition nichts Gutes, und wir wollen doch etwas Gutes für unser Land.

(Beifall)

Deshalb, liebe Freunde, sage ich ganz knapp: Wer eine andere Politik will, der hat zwischen jetzt und Mittwoch Spätnachmittag die Chance, das von dieser Stelle aus zu vertreten. Aber wenn wir am Mittwoch nach Hause gehen, ist mit solchen Debatten Schluß. Dann kämpfen wir gemeinsam. Wer das nicht will, steht im Abseits.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Freunde, jedes Jahrzehnt hat sein Signum, und Politik in den 90er Jahren ist auch deswegen schwieriger geworden, weil unser Land und unser Volk Stimmungen stärker unterliegen als in früheren Zeiten. Das zeigt sich nicht nur in der Demoskopie, das zeigt sich überall.

Ich will an einem Beispiel verdeutlichen, wie vergeßlich wir sind, ich sage dies auch zu mir selbst.

Im Juni 1993 haben in Bad Kleinen Beamte der GSG 9 und des Bundeskriminalamtes Terroristen gestellt. Dabei wurde ein Beamter der GSG 9 ermordet. Der Täter, ein Terrorist, kam selbst ums Leben - jetzt erwiesen: durch Selbsttötung. Beschuldigt wurde in den Tagen danach nicht der Täter. Beschuldigt wurde der Beamte, der für unser Land, für unsere Freiheit sein Leben ließ.

(Beifall)

Sehen Sie, meine Damen und Herren, wenn wir es zulassen - das hat etwas mit uns, wie wir hier sitzen, zu tun; das ist nicht eine Sache des Kanzlers, des Parteivorsitzenden, sondern das ist unser aller Sache -, daß in Deutschland eine Stimmung erzeugt wird, wonach der Ermordete beweisen muß, daß er kein Mörder ist; wenn wir eine Entwicklung haben, daß derjenige, der einen solchen Täter als Mörder bezeichnet, bei der Staatsanwaltschaft angezeigt wird und öffentlich zur Verantwortung gezogen wird; und wenn wir jetzt schon gar nicht mehr über das Opfer reden: dann ist das alles unerträglich für das Klima in unserem Land!

(Beifall)

Am Beispiel des getöteten Beamten der GSG 9 will ich gerne einmal die Gelegenheit wahrnehmen, all denen Dank zu sagen, die Tag und Nacht für unsere Sicherheit sorgen und die viel zu wenig mit Sympathie unterstützt werden.

(Beifall)

Lassen wir uns nicht ins Bockshorn jagen von dem, was da täglich gesagt wird! Viele gucken mich ja im Moment wie einen etwas abartigen Vogel an.

(Heiterkeit)

Dies geschieht nach dem Motto: „Wieso kann der überhaupt noch von Wahlsieg reden?“ Meine Damen und Herren, ich orientiere mich an meiner Erfahrung. Meine Erfahrung ist ja so, daß ich unentwegt von Sympathiewellen in diesen Jahrzehnten getragen wurde. Auch das wissen Sie.

(Heiterkeit)

Sehen Sie, ich erinnere mich noch genau an den Dezember 1982 und den Januar 1983, als viele - auch in unserer Partei - sagten: Ihr werdet doch jetzt - kaum seid Ihr an der Macht - mit vorgezogenen Neuwahlen den Regierungswechsel nicht gleich wieder verspielen. Mein Argument, wir könnten nicht ohne Legitimation durch eine Neuwahl die Stationierung der Pershings durchsetzen, hat - jedenfalls am Anfang - nur ein geringes Gewicht gehabt. Unsere sozialdemokratischen Kollegen sind damals aus den Ministerien ausgezogen, saßen auf ihren Koffern im Bundeshaus und sagten: Das ist ein Betriebsunfall. Bald kommen wir wieder zurück.

Nun ja, es sind mittlerweile zwölf Jahre geworden. Die Koffer sind ausgepackt, und ich bin dafür, daß sie die Koffer auch noch einstweilen in der Kofferkammer lassen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wo stünden wir denn heute, wo wäre die deutsche Einheit, wo wäre übrigens jetzt in diesen Tagen die NATO im früheren Jugoslawien, wenn wir damals der SPD gefolgt wären?

(Beifall)

Ich brauche nicht soweit zurückzugehen. Unter uns sitzt Lothar de Maizière. Erinnern Sie sich noch an den Februar 1990? Das werden wir ja noch tun dürfen. Da las ich doch damals - und manche derer, die so intelligent geschrieben haben, schauen mir jetzt zu, und deswegen begrüße ich die besonders herzlich -

(Heiterkeit)

meine Damen und Herren: Das sind uralte sozialdemokratische Kernlande - Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.

Dann hieß es: Wie könnt Ihr angesichts dieser Tatsache denn überhaupt in den Wahlkampf ziehen? Man hatte uns doch null Chancen eingeräumt. Es waren viele Faktoren, die zu unserem Erfolg führten, das ist wahr. Aber wir haben die Wahl gewonnen, meine Damen und Herren. Wir haben die Wahl zur ersten frei gewählten Volkskammer mit Lothar de Maizière und mit unseren Freunden gewonnen. Das ist die Realität.

(Beifall)

Deshalb - ich sage es ganz einfach -: Wie immer der Wind jetzt sein mag, ob er sich dreht, liegt entscheidend an uns. Wenn wir wirklich von Bürgernähe nicht nur reden, sondern bürgernah sind, wenn wir uns Gesprächen und Diskussionen stellen, wenn wir unsere Programmatik und unsere personale Repräsentanz glaubwürdig vorstellen und vorleben, dann haben wir diese Chance. Deswegen: Lassen Sie uns gemeinsam uns auf den Weg machen.

Wir müssen hier in Hamburg vor allem sagen, weshalb wir erneut die Regierungsverantwortung in Bonn übernehmen wollen, worum wir uns bewerben und mit welchen Argumenten wir dies tun. Ich denke, das erste und wichtigste ist, daß wir im Bereich der Innenpolitik fähig sind, trotz 4 Millionen Arbeitslosen, trotz all der Probleme, die damit zusammenhängen, den Standort Deutschland für die Zukunft zu sichern; daß wir wissen, daß ohne Leistung kein Wachstum möglich ist und es keine Arbeitsplätze für die Zukunft und keine soziale Sicherheit gibt; und daß deshalb, liebe Freunde, ob es uns paßt oder nicht, Umdenken angesagt ist.

Die Veränderungen in der Welt sind so dramatisch, und als Industrienation haben wir so viel neue Konkurrenz bekommen, daß es notwendig ist, auch Besitzstände in Frage zu stellen.

Wir wollen gewählt werden, weil unsere Gesellschaftspolitik den Menschen Halt, Heimat und Orientierung sichert. Wir wollen gewählt werden, weil wir für einen starken freiheitlichen Rechtsstaat stehen - nicht einen Nachtwächterstaat, sondern für einen Staat, der Schutz und Schirm für seine Bürger ist.

Wir wollen gewählt werden, weil wir eintreten für den Zusammenhalt zwischen den Generationen, zwischen Jung und Alt, für die Stärkung der Familie mit Kindern, für Anerkennung, Respekt und Zuneigung gegenüber der Generation der Älteren, auf deren Schultern wir stehen.

Wir wollen gewählt werden, weil unsere Außen- und Sicherheitspolitik Frieden und Freiheit garantiert und weil wir verlässliche Partner sind.

Dazu gehört auch - und ich beziehe mich hier ganz besonders und ausdrücklich auf alle meine Vorgänger im Parteivorsitz, lieber Rainer Barzel, genauso wie auf jene im Amt des Bundeskanzlers, soweit sie aus der Union kamen -: Wir waren und wir bleiben die Europapartei. Deutsche Einheit und europäische Einigung sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

(Beifall)

Wir wollen gewählt werden, weil für uns Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit Richtschnur unserer Politik sind und weil auch die Diskussion auf diesem Parteitag zum Grundsatzprogramm dies einmal mehr deutlich macht.

Wir wollen gewählt werden, meine Damen und Herren, weil wir nicht wanken, wenn es um eine scharfe und ohne Wenn und Aber gelebte Abgrenzung gegenüber den Radikalen von rechts und links geht. Rechtsradikale sind für uns ewig Gestrige, die nichts aus der Geschichte gelernt haben, und Linksradikale sind verantwortlich für die materiellen und seelischen Verwüstungen in einem Teil Deutschlands. Das heißt: Rechts- und Linksradikale sind eine Schande für unser Land!

(Beifall)

Liebe Freunde, wir wollen auch gewählt werden, weil wir auf eine erfolgreiche Bilanz verweisen können. Dies auszusprechen heißt natürlich auch, daß vergangene Erfolge schnell vergessen werden. Aber wenn Sie die Ihnen vorliegenden Unterlagen über unsere Erfolge und Leistungen in den letzten Jahren einmal studieren, werden Sie erkennen, daß in einer kurzen Zeitspanne Hervorragendes geleistet wurde. Wir sollten das immer wieder den Menschen in Erinnerung rufen.

Es war immerhin möglich - und das waren wir -, von 1983 bis kurz vor der deutschen Einheit die Staatsquote drastisch zurückzuführen. Das Durchschnittseinkommen der Beschäftigten stieg um real fast 18 %. Daß wir Arbeitsplätze schaffen können, haben wir mit über 3 Millionen neuen Arbeitsplätzen bewiesen. Ich sage dies, weil ja die Sozialdemokraten in ihrer Politik des Miesmachens verwischen wollen, daß die Stabilität der alten Bundesrepublik des Jahres 1989 überhaupt erst die Voraussetzung geschaffen hat, um die ökonomischen Herausforderungen der deutschen Einheit in den Jahren danach meistern zu können.

(Beifall)

Liebe Freunde, dazu gehört auch, daß wir nicht nur an das Geld denken. Schauen wir uns doch hier im Saal einmal um. Wir sehen hier die Kolleginnen und Kollegen aus Brandenburg, aus dem Osten Berlins, aus Sachsen, aus Sachsen-Anhalt, aus Thüringen und aus Mecklenburg-Vorpommern. Zunächst einmal ist zu sagen: Wir sind glücklich im geeinten deutschen Vaterland. Das ist das Erste und das Allerwichtigste.

(Anhaltender Beifall)

Ein Traum ist Wirklichkeit geworden.

Ich habe in diesen Tagen mit Boris Jelzin besprochen, wie der Tag Ende August abläuft, wenn die letzten russischen Soldaten nach 50 Jahren abziehen. Ich frage jeden von uns und mich auch: Hätten wir es für möglich gehalten, daß dies in aller Freundschaft, in Partnerschaft, in enger Zusammenarbeit nach 50 Jahren geschieht? Das ist doch phantastisch. Das ist ein Grund zum Freuen. Man braucht doch nicht in den Keller zu gehen, um zu verbergen, daß man Freude empfinden kann. Wo sind wir, was dies angeht, in Deutschland eigentlich hingekommen?

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, halten wir einen Moment inne, und stellen wir uns die Frage - jeder kann diese Frage doch beantworten -: Wann hat es in der jüngeren deutschen Geschichte je einen Zeitabschnitt gegeben, in dem die Regierung unseres Landes exzellente, freundschaftliche Beziehungen zu Washington, Moskau, Paris und London hatte? Das ist der Erfolg **unserer** Politik! Sagen wir es den Leuten draußen, daß dieser nicht durch Sozialdemokraten verspielt werden darf, die das Land in die Isolierung führen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Danke zu sagen sollte in unserem Land nicht altmodisch werden, weder im privaten Umgang noch in der Politik. Deswegen war es für mich eine große Freude, daß ich in diesen Tagen in Washington George Bush und seinen Mitarbeitern noch einmal den Dank unseres Landes aussprechen konnte, wie ich es auch bei jeder Gelegenheit gegenüber Michail Gorbatschow tue. Wir wollen nicht vergessen, was diese beiden Männer und andere für uns getan haben.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, zu dieser Dankbarkeit sollte vor allem auch in den alten Bundesländern der Dank an unsere 17 Millionen Landsleute in der früheren DDR gehören, die mit dem Ruf „Deutschland, einig Vaterland“ dieses große Werk überhaupt erst möglich gemacht haben.

(Lebhafter Beifall)

Wir karten nicht nach, wir kramen auch nicht in alten Akten, wenn wir sagen: In dieser großen Stunde unseres Volkes haben die Sozialdemokraten abseits gestanden. Sie haben sich getäuscht. Ich sage dies vor allem deshalb, weil ich fast täglich Briefe von Bürgermeistern, Oberbürgermeistern, Landräten, Landespolitikern bekomme, nicht zuletzt aus meiner Heimat, die mich dringend ermahnen, alles zu tun, damit die amerikanische Truppen bei uns im Lande bleiben. Es sind die gleichen Leute, die in ihren Ratsversammlungen jahrelang gegen die Amerikaner gehetzt haben. „Ami go home“, so hieß es damals.

(Lebhafter Beifall)

Es ist auch kein Graben in alten Akten und schon gar keine „Schlamm Schlacht“ - ich nehme diese Stasiakten auch gar nicht in die Hand -, wenn ich von den Ereignissen dieser Jahre ausgehe, etwa vom Beschluß der SPD-Bundestagsfraktion von 1984 - das ist kein Stasi-Geheimnis, sondern ein öffentlich bekannter Beschluß -, die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter zu schließen. Worum ging es denn bei dieser Stelle? Man muß es sagen, weil die Leute es in der kurzen Zeit vergessen haben. Es ging doch nach den Erfahrungen mit Mauer und Stacheldraht darum, in Westdeutschland eine Stelle zur Dokumentation der Akte der Unmenschlichkeit, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter der SED-Diktatur aufzubauen - es sind in diesen Jahren immerhin über 40 000 Mißhandlungen, Folterungen usw. registriert worden -, um später einmal die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen zu können. Es war eine der wichtigsten Forderungen Honeckers auch mir gegenüber, diesen Stachel im Fleisch der damaligen DDR zu beseitigen.

Meine Damen und Herren, wir erinnern jetzt daran, daß es unerträglich ist, wenn dies heute verniedlicht wird. Wir erinnern heute daran, daß man doch eigentlich nicht gut für die Menschlichkeit und die Menschenrechte in Chile oder in Südafrika, wie damals geschehen, demonstrieren und dabei die eigenen Landsleute vergessen kann. Nicht mehr und nicht weniger sagen wir dazu. Dieses Recht werden wir uns auch jetzt im Wahlkampf nehmen, nicht zuletzt bei den 17 Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in der früheren DDR, in den jetzigen neuen Bundesländern, wenn angesichts der Übergangsprobleme, die wir nun gemeinsam zu lösen haben, Miesmacherei betrieben wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir vergessen auch nicht, daß führende deutsche Sozialdemokraten die andere schlimme Forderung Honeckers zu akzeptieren bereit waren, unsere Landsleute auszubürgern - mit der Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft. Da ich im Sommer 1989 die Verhandlungen mit der ungarischen Regierung geführt habe, weiß ich, wohin wir gekommen wären, wenn wir in dieser Frage unseren Kotau vor Honecker gemacht hätten, als Zigtausende von Landsleuten aus der DDR von Ungarn aus über die Grenze nach Österreich in die Freiheit kamen. Das ist die Erfahrung der Geschichte. Hier geht es nicht darum, wie Herr Thierse meint, daß man jetzt die Akten schließt und anschließend eine Historikerkommission einsetzt. Ich habe nichts gegen die Einsetzung einer Historikerkommission. Aber auch diese würde zu dem gleichen Befund kommen, nämlich daß in einer entscheidenden Phase deutscher Geschichte führende deutsche Sozialdemokraten ein Stück Zukunft des Landes verraten haben. Das ist die Wahrheit.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, wir haben jetzt die ebenso wichtige wie schwierige Aufgabe, im Blick auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unseres Landes den Standort - dieser Begriff ist mir zu technisch, aber er ist halt zutreffend - zu überdenken. Das heißt, daß wir uns nicht der Illusion hingeben dürfen, es genüge, jetzt eine Verbesserung der Wirtschaftslage zu erreichen, ohne gleichzeitig tiefgehende Verwerfungen beseitigen zu müssen. Dies ist eben kein „normaler“ Konjunkturreinbruch gewesen. Es sind dabei vielmehr tiefe strukturelle Verwerfungen, die in Jahrzehnten gewachsen sind, deutlich geworden.

Es ist auch wahr - ich muß mich deswegen nicht unter die Gurus einreihen -, daß es deutliche Signale für eine Verbesserung der konjunkturellen Situation gibt. Machen

wir uns aber keine Illusionen: Es wird noch längere Zeit dauern, bis wir eine positive Auswirkung auf dem Arbeitsmarkt erleben. Der Arbeitsmarkt ist für mich keine statistische Größe, ebensowenig die derzeitige Zahl der Arbeitslosen von 4 Millionen. Wir sollten uns von der Statistik abwenden und in die Gesichter der Menschen schauen. Diejenigen, die arbeiten wollen - ich denke nicht an diejenigen, die sich drücken und das Sozialsystem ausbeuten -, die vielen Millionen, die arbeiten wollen, stellen sich, wenn sie nicht arbeiten können - vor allem dann, wenn sie länger arbeitslos sind -, immer mehr die Frage: Werden wir überhaupt noch gebraucht?

Eine Christlich Demokratische Union, die der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet ist - wir sind nicht Anhänger der Marktwirtschaft; wir sind Anhänger der **Sozialen** Marktwirtschaft -,

(Beifall)

muß es umtreiben, wenn eine solche Frage gestellt wird.

Wir müssen über alles nachdenken, und wir müssen handeln, um hier so rasch wie möglich Abhilfe zu schaffen.

Es nützt nichts, wenn wir uns jetzt gegenseitig die Schuld zuschieben. Es ist natürlich wahr, daß zu Tarifabschlüssen immer zwei Unterschriften gehören: die der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Es ist natürlich wahr, daß wir nach Jahrzehnten eine dramatische Überregulierung in vielen Bereichen unseres Landes haben. Sie sehen es doch jetzt beim Aufbau in den neuen Ländern, wie sich diese Überregulierungen und Vorschriften praktisch auswirken.

Wenn Ludwig Erhard 1953 schon mit einer solchen Überregulierung konfrontiert worden wäre, wäre der Aufschwung erst Jahrzehnte später erfolgt. Wir müssen jetzt wirklich den Mut aufbringen und sagen: Wir wollen den Rechtsstaat und nicht den Rechtsmittelstaat. Wir müssen entsprechende Konsequenzen ziehen und eine Menge Bürokratie abbauen.

(Beifall)

Und wenn wir vieles nur einmal fünf Jahre ruhen lassen, wenn wir das Baugesetzbuch der Bundesrepublik, auf das wir, auch ich, zu Beginn der achtziger Jahre noch stolz waren - für fünf Jahre in den Frigidaire tätten, würde besser, schöner und mehr gebaut. Das ist meine Überzeugung.

(Lebhafter Beifall)

Deswegen plädiere ich leidenschaftlich dafür, daß wir das jetzt versuchen. Da werden wir neue Fehler machen. Aber wer gar nichts tut, macht natürlich den allergrößten Fehler.

Wir haben gerade zwei Projekte hinter uns gebracht: z. B. die Bahnreform, die ein Opus für sich ist. Hier sitzt Matthias Wissmann; er ist nun der glückliche Verkehrsminister - er hat es verdient -, der es geschafft hat.

(Beifall)

Angefangen aber hat es Hans-Christoph Seeböhm Ende der fünfziger Jahre. Überlegen Sie: Für die unabdingbare Notwendigkeit, die Straße zu entlasten und nicht alle Güter über die Straßen und Autobahnen zu schleppen, für die absolute Notwendigkeit, schnelle Züge zu bauen und bei uns fahren zu lassen, haben wir Jahrzehnte

gebraucht. Das ist für ein Industrieland, das Weltspitze sein will, ein Luxus, den wir uns nicht mehr erlauben können.

(Lebhafter Beifall)

Schauen Sie sich das Thema „Postreform“ an. Da geht es um viele, viele Zehntausende modernster Arbeitsplätze. Im Ausland setzt man auf uns. Unser verstorbener Freund Jozsef Antall hat noch kurz vor seinem Tod in einer seiner letzten Kabinettsitzungen durchgesetzt, daß die Modernisierung der ungarischen Post den Deutschen übertragen wird. Er hat es mit der klassischen Begründung versehen: „Die Deutschen werden in kurzer Zeit wieder die modernste Post der Welt haben.“ Er hat daran geglaubt. Warum glauben wir es eigentlich nicht, liebe Freunde?

(Heiterkeit und Beifall)

Warum tun wir es nicht trotz aller Schwierigkeiten, die wir haben?

Ich glaube, wenn wir das Thema so angehen und die Frage nach der Sicherung des Standorts zu unserem Thema machen, dann werden wir auch mit Recht auf großartige Ergebnisse verweisen können. Ich wünschte mir beispielsweise, daß alle Kammerpräsidenten, wenn sie ihre Forderungen gegenüber der Politik erheben - das ist in Ordnung -, immer ihre Reden damit beginnen, daß die Unternehmensteuern in der Bundesrepublik auf das bisher niedrigste Niveau gesenkt worden sind. Das ist ein hervorragender Impuls für Wachstum und Beschäftigung.

Ich wünsche mir zum zweiten, daß Arbeitgeber und Gewerkschaften - jetzt muß ich ehrlich sagen, auch wir, der Staat, die öffentliche Hand, auch der Bundeskanzler für den Bund als Gesprächspartner - endlich damit anfangen, flexible Arbeitszeiten zu realisieren und nicht nur darüber zu sprechen.

(Beifall)

Anders gefragt: Muß eigentlich erst Massenarbeitslosigkeit dieser Art kommen, damit wir im Automobilbereich - in Rastatt oder in Kaiserslautern - zu Vereinbarungen kommen, die vorher nicht möglich waren?

Jetzt wird diskutiert, wir wollten den heiligen Sonntag gefährden. Davon ist keine Rede. Aber, meine Damen und Herren, wir waren doch auf dem besten Weg, den Samstag viel heiliger zu machen, als der Sonntag es je war. Das ist doch die Erfahrung, die wir gemacht haben.

(Lebhafter Beifall)

Jetzt endlich, nach langem, viel zu langem Gezerre haben wir das Gentechnikgesetz novellieren können. Das alles gehört doch zu der Frage: Wird diese Bundesrepublik Deutschland, unser Land, es schaffen, der internationalen Konkurrenz gewachsen zu sein? Ich kann es nicht oft genug wiederholen: Wir sind kein rohstoffreiches Land. Von der Kohle abgesehen haben wir kaum Bodenschätze.

Die, die jetzt bei der Kohle nur kurzfristig rechnen, will ich warnen, und ich will ihnen sagen: Ich halte das für eine kurzsichtige Politik. Das ist ähnlich wie bei der Landwirtschaft. Es gibt Bereiche, die eben nicht nur nach marktwirtschaftlichen Kategorien zu betrachten sind. Wir brauchen morgen und übermorgen und in Jahrzehnten die Sicherung unserer Ernährungsbasis durch unsere Bauern. Wir brauchen eine Energiebasis, wir werden auch die Kohle noch brauchen, auch noch im 21. Jahrhundert. Und ich sage, weil ich in Hamburg bin: Man kann nicht ein Küstenland sein, mit

Meereszugang und sagen: Aus der Wertindustrie steigen wir völlig aus. Es gibt diese drei großen wichtigen Bereiche, bei denen Sie natürlich nicht den Ludwig-Erhard-Preis bekommen, das weiß ich. Aber Sie bekommen ein Stück Zukunft.

Wir brauchen Verständnis für die Notwendigkeit, in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt unseren Mann, unsere Frau zu stehen. Anders ausgedrückt: Wir sind nicht viel schlechter geworden, aber die anderen sind viel besser geworden.

Früher haben wir immer nur von Taiwan, von Japan geredet. Jetzt, liebe Freunde, haben wir die Konkurrenz doch vor der Haustür. Wir wollen sie doch. Es ist doch elementar für unsere Sicherheit, daß die Russen oder die Ukrainer oder die Tschechen oder die Polen so schnell wie möglich wirtschaftlich auf die Beine kommen.

Vor unserer Haustür, in der Tschechei, haben wir ein Land, in dem eines der intelligentesten Völker Europas lebt. Wenn in einem großen europäischen Konzern in diesem Land in Brünn drei-DM-Stundenlohn für den Metallfacharbeiter bezahlt werden und in Mannheim 40 DM, dann ist für jeden erkennbar, was das für den Wettbewerb bedeutet. Das kann natürlich nicht heißen, daß wir von den 40 DM runtergehen; das kann auch nicht heißen, daß es in Brünn bei den drei DM bleibt. Aber wir müssen uns schon etwas anstrengen, um das einigermaßen aufzuholen, wo es um Zukunftsentwicklung geht: Bei den Investitionen in erstklassige Ausbildung, bei der Qualifizierung der Arbeitnehmer, bei der Verbesserung der Infrastruktur. Ich sprach von der Bahnreform, ich sprach von der Postreform. Das, was unser Hamburger Landesvorsitzender gerade dem Bürgermeister ins Stammbuch geschrieben hat, gehört mit dazu, der Transrapid.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben keine Probleme mit Großunternehmen, wir haben keine Probleme mit europa- und weltweit operierenden Unternehmen. Wir sind dankbar für jeden Arbeitsplatz. Nur: Erhardsche Politik bedeutet immer, das zu stärken, was in der Wirtschaft immer die Antriebsfeder gewesen ist: den Mittelstand: Er ist die bewegende dynamische Kraft! Das muß wieder deutlich werden, und zwar mit all dem, was dazu gehört.

(Lebhafter Beifall)

Dazu gehört auch etwas anderes, was auf diesem Parteitag eine große Rolle spielen wird: nämlich die vernünftige Verbindung von Ökologie und Ökonomie. Ich gebrauche eigentlich viel lieber das Wort „Schöpfung“ als den Begriff Umwelt, weil es sehr viel mehr von unserer ethischen Verantwortung ausdrückt. Wir, unsere Generation, haben nicht das Recht, Umwelt und Umweltschutz in unserem Land verkommen zu lassen.

Wenn ich das alles zusammenfasse, heißt das: Wir brauchen mehr Flexibilität, wir brauchen mehr Innovation. Und wir brauchen Stabilität; das hat mit Haushalt und Währung zu tun. Flexibilität ist beispielsweise, daß wir das tun, was überfällig ist, nämlich daß wir mehr Teilzeitarbeitsplätze schaffen. Liebe Freunde, es ist doch nicht zu verstehen, daß zweieinhalb Millionen Menschen in der Bundesrepublik, die Arbeit haben, bei Befragungen sagen, sie würden auch gerne Teilzeitarbeit leisten, daß wir aber aus mir völlig unverständlichen Gründen - übrigens auch beim Staat, der da auch ein miserables Beispiel gibt - nicht recht vorankommen.

(Beifall)

In den Niederlanden ist jeder dritte Arbeitnehmer teilzeitbeschäftigt, bei uns ist es jeder sechste. Wenn wir die niederländischen Verhältnisse auf uns umrechnen, kommen wir auf rund zwei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze. Wir brauchen doch nicht bis zum Jahr 2000 zu warten, sondern können das jetzt doch wirklich auf den Weg bringen. Die gesetzlichen Grundlagen sind doch längst geschaffen!

Wir haben jetzt auch beim Chemie-Abschluß - lassen Sie mich das ruhig einmal rühmend sagen - Beispiele von mehr Flexibilität, und ich sage Ihnen ganz offen: Ich kann überhaupt nicht verstehen, daß, während eine große Gewerkschaft wie die IG Chemie und die chemische Industrie - und das ist ja nicht irgendjemand in Deutschland - zu solchen Abschlüssen kommen, jetzt in der Metall-Industrie in diesen Tagen ernsthaft über Streik und Aussperrung geredet wird. Wir versündigen uns doch an der Zukunft unseres Landes, wenn wir uns jetzt solche Experimente leisten!

(Lebhafter Beifall)

Ich sprach vom Umdenken, auch im Blick auf Innovationen. Da stehen wir besonders in der Verantwortung. Es geht dabei nämlich auch um die Frage unserer Mitverantwortung in der Vergangenheit und unserer Verantwortung für die Zukunft, was ein technik- und forschungsfreundliches Klima in Deutschland anbelangt. Sehen Sie, meine Damen und Herren, wir haben zu lange geduldet, daß Unsinn im Lande betrieben wird: daß man jungen Leuten eingeredet hat, daß sie Furcht haben müssen, daß wir ihnen nicht das Ja zum Leben, das Ja zur Zukunft mit auf den Weg gaben, sondern eine Grundstimmung, wie Sie sie heute ja manchmal finden, daß man möglichst lange beim Studium oder sonstwo verweilt, weil es „draußen“ kalt sein könnte. Wir brauchen aber doch junge Leute, die sich etwas zutrauen!

(Beifall)

Geschehen muß das im Elternhaus und in der Schule und von mir aus gelegentlich auch einmal in einer Predigt am Sonntag; das alles zusammen kann für junge Leute sehr nützlich sein.

(Beifall)

Auf diesem Felde zeigt sich ja ein Teil der Heuchelei. Denn es ist auch etwas ganz anderes, was noch sehr viel tiefer geht, angesprochen: Wir haben ganz selbstverständlich sehr viel Sinn dafür und viel Freude daran, wenn unsere Sportler Hochleistungen vollbringen. In diesen Tagen der Olympischen Winterspiele ist das ganz offenbar. Da werden die Medaillen gezählt, und viele sind davon persönlich berührt. Da ist das Beispiel einer jungen Skiläuferin für Hunderttausende von jungen Leuten motivierend, und zwar in dem Sinne, daß sie selber auch etwas leisten wollen. Warum übertragen wir diese Lebenserfahrung des Sports nicht auf Technik und Wissenschaft? Warum sagen wir nicht endlich wieder ein klares Ja zu einer der Voraussetzungen für einen funktionierenden Staat, nämlich das Ja zu Leistungseliten? Keine Demokratie kann ohne Leistungseliten existieren, und das zeigt sich vor allem auf dem Feld der Forschung und Technik.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, ich predige hier keinen blinden Fortschrittsglauben. Am Ende dieses Jahrhunderts haben wir begriffen, was es heißt, daß technischer und wissenschaftlicher Fortschritt immer eine ethische Grundlage haben muß, daß nicht alles, was machbar ist, erlaubt ist. Aber wir können nicht den Lebensstandard und die soziale

Sicherheit unseres Landes erhalten, wenn wir hier nicht an der Spitze der Entwicklungen in der Welt stehen, wenn unsere Unternehmungen nicht mehr darüber nachdenken, daß aus Forschungsergebnissen marktgängige, marktfähige Produkte gemacht werden. Das ist eben nicht primär die Sache der Politik. Die Politik muß den Rahmen setzen; dafür bin ich, und das kann die Wirtschaft auch zu Recht einfordern. Aber, meine Damen und Herren, wenn ich gelegentlich dieses öffentliche Jammern höre, dann finde ich, sollte jeder vor seiner eigenen Tür kehren. Wir haben Fehler gemacht, aber andere haben auch welche gemacht, und wenn wir alle jetzt die Fehler beseitigen, wird das Land eine gute Zukunft haben. So einfach ist das eigentlich!

(Beifall)

Dazu gehört ein Drittes: Zukunftssicherung durch Stabilität. Da sind wir ja nun völlig einer Meinung: solide Staatsfinanzen, stabile D-Mark. Wir können die Schuldenlast des Staates nicht weiter erhöhen. Wir haben die Staatsquote seit 1982 gesenkt, aber sie ist wieder auf eine Höhe gestiegen, die intolerabel ist. Wir können nicht fortdauernd weiter Steuern erhöhen; damit wird der Leistungswille des Landes und der Bürger zerstört. Wir haben die wirtschaftliche Leistungskraft in ein vernünftiges Verhältnis zum Sozialstaat zu setzen, und deswegen müssen wir sparen. Es gibt keine weiteren Verteilungsspielräume. Schulden, Zinslasten, höhere Steuern - das ist ein Teufelskreis.

Wir sollten deswegen auch ehrlich miteinander sein und sagen, was geht und was nicht geht. In einem Land wie Deutschland, in dem die Gesamtheit der Sozialleistungen eine Billion DM ausmacht, und zwar bei drei Billionen DM Sozialprodukt, kann es eine weitere Steigerung nicht geben. Das heißt nicht, daß wir den Sozialstaat abbauen müssen, aber es heißt, daß wir ihn umbauen müssen. Wir müssen den Mißbrauch bekämpfen, aber ich bitte mir wirklich aus, daß in der CDU nicht nur vom Mißbrauch bei den Arbeitslosen - den es ja leider gibt - geredet wird, sondern genauso vom Steuer- und Subventionsbetrug. Alle drei Formen des Mißbrauchs sind gleichermaßen kein Kavaliersdelikt.

(Beifall)

Liebe Freunde, da müssen wir etwas tun, und ich kann Sie nur immer wieder bitten, das den Menschen zu sagen, weil es die zentrale Ausgangslage für Zukunftsüberlegungen ist: Wir müssen das in einer demographischen Situation tun, die in ihrer Bedeutsamkeit und in ihren Auswirkungen von vielen immer noch nicht begriffen wird. Es ist die freie Entscheidung der Deutschen, daß wir jetzt im dritten Jahrzehnt eine der niedrigsten Geburtenraten in der Welt haben. Es ist erfreulich, daß wir eine steigende Lebenserwartung haben, im Jahre 2000 bei Männern 75, bei Frauen fast 81 Jahre. Wir zählen jetzt über drei Millionen über 80jährige in Deutschland, und Sie kennen die Auswirkungen auf Arbeitsmarkt, soziale Sicherungssysteme, Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt.

Meine Damen und Herren, die Zahl der Rentner steigt. Deswegen auch dazu ein klares Wort: Diese Rentner sind nicht irgendwelche Leute irgendwo, sondern es ist, je nach unserem Alter, die Generation unserer Eltern oder der Großeltern. Die Rente, das ist nicht ein mildes Geschenk, das der Staat den Leuten macht, sondern ist Ergebnis der Lebensleistung eines Mannes und einer Frau. Wenn das so ist, haben sie einen Anspruch auf eine sichere Rente. Deswegen laßt uns damit aufhören,

hypothetische Überlegungen anzustellen, die am Ende die Menschen ins Unglück stürzen. Das kann nicht unsere Politik sein!

(Lebhafter Beifall)

Für uns bleibt es bei den Prinzipien Lohn- und Beitragsbezogenheit und Sicherung des Lebensstandards im Alter.

Aus den Zahlen ergibt sich im übrigen ein Weiteres, nämlich die absolute Notwendigkeit der Pflegeversicherung, und da gehört das, was jetzt passiert, zu den völlig unverständlichen Vorgängen unserer Tage. Wir wissen, daß es keine zusätzliche Belastung der Wirtschaft geben darf, und dabei bleiben wir. Aber wir haben 1,8 Millionen Pflegebedürftige in Deutschland. Und was machen wir jetzt? Wir haben 30 Urlaubstage. Wir haben zwischen 11 und 14 Feiertagen. Das macht acht Wochen Freizeit. Jetzt geht es nicht einmal darum, zwei Feiertage zu streichen - sie werden beibehalten -, sondern darum, diese zwei Feiertage in der Lohnfortzahlung nicht zu berücksichtigen. Alternativ wird dem Arbeitnehmer die Chance gegeben, diese Tage aus seinem Urlaub auszugleichen. Darüber streiten und streiten wir, und die Alten - ich sage nicht „die Senioren“, sondern „die Alten“, weil das der Wirklichkeit viel näherkommt - bleiben auf der Strecke. Ich empfinde es als völlig unerträglich, wie diese Diskussion abläuft!

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, gleichzeitig nimmt in den deutschen Städten die Zahl der Singles zu. Es sind rund 50 % Single-Haushalte, darunter sechs Millionen Menschen zwischen 25 und 65 Jahren. Hier ist doch erkennbar, daß im Großklima des Landes gegenwärtig etwas nicht stimmt. Deswegen ist es nicht, wie manche meinen, eine CDU-Narrheit - es gibt dazu ja auch eigenartige Äußerungen aus der FDP, was ich überhaupt nicht verstehen kann -, wenn wir sagen: Das Thema „Familie und Kind“ ist das zentrale Thema, wenn wir miteinander über die mittel- und langfristige Zukunftssicherung reden.

(Beifall)

Wir haben da ja Großartiges auf den Weg gebracht, vom Familienlastenausgleich über Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld bis zur Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung und vieles andere mehr.

Aber es genügt nicht.

Ich verspreche im Blick auf die Finanzlage des Bundes - und so wird auch unser Wahlprogramm aussehen - keine gewaltigen Summenveränderungen. Wir müssen in der nächsten Legislaturperiode, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, im steuerlichen Bereich für die Wirtschaft, für die Investitionsförderung etwas tun.

Aber wir müssen auch - und wenn es nur in kleinen Schritten geht - einen weiteren Schritt im Blick auf Familien mit Kindern tun.

Meine Damen und Herren, das ist nicht irgendein Thema. Ich bin für eine stärkere steuerliche Entlastung der Familien, für die Anhebung, die ohnedies aus Verfassungsgründen notwendig ist, des steuerlichen Freibetrags auf die Höhe des Existenzminimums und wir müssen sicherlich auch über weitere Dinge reden. Ich bitte mir

allerdings aus, daß wir vorher, das heißt bevor wir öffentlich darüber reden, untereinander darüber sprechen.

(Beifall)

Aber - und das füge ich warnend hinzu, weil ich fürchte, auch wir sind dem Zeitgeist ein wenig anheimgefallen -, so wichtig das Materielle ist, wir haben etwas viel Schlimmeres zu beklagen, nämlich, daß eine unübersehbare Kälte in unserer Gesellschaft im Verhältnis zu Kindern eingekehrt ist - und das zu bekämpfen ist mindestens genauso bedeutsam wie alles, was wir finanziell tun können.

Das Ja zum Kind ist eine ganz persönliche Entscheidung. Da hat der Staat nicht hineinzureden. Aber wenn Kinder da sind, muß der Staat Schutz und Schirm geben. Der Alltag einer Familie mit Kindern, und vor allem der Alltag von Alleinerziehenden, nicht zuletzt von alleinerziehenden Frauen, ist oft eher deprimierend im Blick auf die Art und Weise, wie die Gesellschaft - das ist unsere Gesellschaft, liebe Freunde - mit ihnen umgeht.

(Beifall)

Lassen Sie mich ein Wort zum Thema Einheit des Vaterlandes sagen. Ich sagte es schon: Wir sind glücklich über das Geschenk der Einheit. Aber wahr ist auch, daß wir feststellen mußten, daß 40 Jahre Trennung viel tiefere Spuren hinterlassen haben, als wir - auch ich - vermutet hatten.

Daß die Beseitigung der Erblasten des SED-Regimes eine zentrale Aufgabe ist, ist auch wahr. Wenn wir verhältnismäßig mehr Geld aus der Bundeskasse für die neuen als für die alten Länder ausgeben, dann plädiere ich dafür, daß wir den Menschen im Westen sagen, daß die, die 40 Jahre haben warten müssen, jetzt Vorfahrt haben.

Es geht bei mir zu Hause um eine neue Rheinbrücke. Man hat 30 Jahre lang über sie gestritten, 30 Jahre lang hat man keinen Platz dafür gefunden, und jetzt hat eben die Autobahn von Rostock nach Lübeck Vorrang. Denn sie wird für die Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern benötigt.

(Beifall)

Lassen wir uns nicht von denen beeindrucken, die sagen, man könne solche Prioritäten den Menschen in den alten Bundesländern nicht zumuten. Die große Mehrheit der Bürger im Westen Deutschlands weiß sehr wohl, daß diese These von der Vorfahrt für die neuen Bundesländer richtig ist.

Aber was wir jetzt brauchen, sind neben dem, was ökonomisch geschehen muß, vor allem Fortschritte im menschlichen Miteinander. Davon werden Millionen jeden Tag berührt. Ich muß Ihnen sagen: Was mich immer wieder bedrückt, ist die Tatsache, mit wie wenig Einfühlungsvermögen wir einander begegnen. Da wird doch manches in der alten Bundesrepublik von oben herab gesagt. Dabei wird fast immer vergessen, was es zum Beispiel heißt, daß so mancher Landesminister, Landrat oder Bürgermeister in den neuen Bundesländern noch vor fünf Jahren Facharzt oder Krankenschwester war oder sonst einem Beruf nachging, in dem man keine Verwaltungserfahrung sammeln konnte. Jetzt verhandeln sie mit Weltkonzernen über Automobilansiedlungen und vieles andere mehr. Dabei geht natürlich nicht alles ganz perfekt. Nur, wer

in die deutsche Kommunalpolitik im Westen guckt, wird doch im Ernst nicht sagen wollen, da gehe alles perfekt.

(Beifall)

Lesen Sie doch die Lokalzeitungen.

In der Politik der alten Bundesrepublik sind doch Leute aktiv - ich schließe mich mit ein -, die jahrelang von einem bestimmten Politikstil geprägt wurden. Da weiß man, da steht die Kamera, dann knöpft man das Jacket zu. Man läßt die nächste Worthülse ab, wenn man nichts sagen will. Man ist eben relativ glatt im Umgang. Dann gilt man als „fit“.

Aber, meine Damen und Herren, diese Glätte geht jemandem ab, wenn er 40 Jahre sozusagen auf einem anderen Stern gelebt hat, wenn er 40 Jahre geglaubt hat, daß freie öffentliche Meinung gleichbedeutend ist mit Fairneß. Ich erlebe das bei den Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Bundesländern, die im Bundestag sind und die jetzt erleben müssen, daß es mit dem politischen Umgangsformen im Westen nicht immer zum Besten steht. Ich habe es bei Kabinettskollegen erlebt, die dann plötzlich glauben, sie ständen mit dem Rücken an der Wand.

Was wir brauchen, ist nicht ein Plakat, auf dem „Solidarität“ steht, sondern vernünftige Gespräche miteinander. Im Gottesdienst hieß es heute „Geduld miteinander haben“, und das ist das allerwichtigste, was wir jetzt in Deutschland brauchen.

(Anhaltender Beifall)

Aber zum Bild gehört auch - ich füge es hinzu -, daß wir unseren Landsleuten in den neuen Ländern sagen, daß der Wohlstand der alten Bundesrepublik nicht in vier Jahren entstanden ist, sondern Jahrzehnte gebraucht hat und daß wir auch hier Geduld im Umgang miteinander üben müssen.

Ich habe keinen Zweifel, daß wir das, was wir wollen, gemeinsam erreichen - trotz all der Sorgen und Nöte, die ich und auch Sie bei der völligen Veränderung der Lebensperspektiven sehen. Aber wenn ich heute etwa sehe, wie sich die Straßen und Autobahnen der neuen Länder präsentieren; wenn ich mir vorstelle, daß in 40 Jahren DDR genau 1,8 Millionen Telefonanschlüsse geschaffen wurden und es inzwischen, nach wenigen Jahren, 4,1 Millionen davon gibt; wenn ich das Schicksal der Rentner - das liegt mir besonders am Herzen - betrachte, die vor der Deutschen Einheit bei 45 Arbeitsjahren auf 450 bis 500 Ostmark Rente im Monat kamen und jetzt bei 1 250 DM angelangt sind, dann brauchen wir uns wahrlich nicht zu entschuldigen. Das ist ein Stück gelebter Solidarität in Deutschland.

(Beifall)

Daß wir uns dabei auch vertan haben - auch ich -, räume ich jeden Tag ein. Als wir damals - Lothar de Maizière, Wolfgang Schäuble und andere - über die innerdeutschen Staatsverträge verhandelten, wurde das DDR-Vermögen - im April 1990 - auf 1 000 Milliarden DM geschätzt. Nicht nur wir haben das so geschätzt, es waren auch große Gurus jenseits des Atlantik, die diese Schätzungen gemacht haben. Dann haben wir gesagt, wir schreiben in das Vertragswerk zur Deutschen Einheit hinein, daß, wenn alles abgerechnet ist und etwas übrig bleibt - Detlev Rohwedder nannte noch die Summe von 600 Milliarden DM -, es für die damaligen Einwohner der DDR gutgeschrieben wird.

Liebe Freunde, das war nicht vor 40 Jahren, damit wir uns nicht falsch verstehen. Das war vor vier Jahren. Wenn ich die Bundestagsdebatte dazu nachlese - ich will Sie nicht damit langweilen -, hätte uns jeder andere, auch jeder Sozialdemokrat, schwerste Vorwürfe gemacht, wenn wir gesagt hätten: Wir machen das nicht. Die Prognosen waren doch noch ganz anderer Art!

So habe auch ich mich getäuscht. Ich habe nicht erwartet, daß die Sowjetunion zusammenbricht, daß aus einem Handel in einem Umfang von 25 Milliarden mühsam - mit Hermes-Bürgschaften - jetzt ein Handel in einem Umfang von knapp fünf Milliarden geworden ist. Aber in einem habe ich mich nicht getäuscht: erstens bei der deutschen Einheit und zweitens - ich bleibe dabei -: Es gibt, wenn auch zeitlich etwas später, blühende Landschaften in den Ländern, die früher die DDR bildeten.

(Beifall)

Liebe Freunde, das erwartet auch die ganze Welt von uns. Francois Mitterrand verwendet immer die gleiche Formel: „Die Deutschen haben große Probleme. Sie wären nicht die richtigen Deutschen, wenn sie nicht die Probleme meistern würden.“ - Jetzt folgt ein Satz, den nicht ich sage, den ich aber zitiere. - „Und danach werden sie stärker sein als je zuvor.“ -

Sehen Sie, da sind wir bei einem zentralen Punkt unserer Gegenwart. Es gibt bei allen unseren Nachbarn die Frage: Was ist eigentlich mit euch Deutschen los? Wofür steht ihr? Wenn Volker Rühle mit seinen Kollegen verhandelt, dann heißt es: Darfst du das eigentlich tun? - Wenn der Außenminister verhandelt, dann kommt er zurück und sagt: Es war furchtbar. Alle haben gesagt: Dieses und jenes muß geschehen, und alle haben an mir vorbeigekuckt, denn wir sind ja nicht handlungsfähig. - Sehen Sie, meine Damen und Herren, es ist - ich sage es einmal so - gegen die Ehre und gegen die Würde unseres Landes, daß wir Mitglied der Vereinten Nationen sind und die Rechte in Anspruch nehmen, aber uns vor den Pflichten drücken, wenn die Unwetter der Geschichte heruntergehen.

(Beifall)

Es spricht gegen uns, die wir Politik gestalten, wenn wir uns in dieser Frage nicht zusammenfinden, sondern nach Karlsruhe gehen nach dem Motto: Es ist viel bequemer, unseren „Kram“ in Karlsruhe abzuladen als selbst unsere Pflicht zu tun. - Es spricht gegen uns. Wir sollten aufhören, von Politikverdrossenheit zu reden, wenn Politiker nicht fähig sind, die notwendigen Voraussetzungen zum Handeln zu schaffen.

Ich denke, wir erleben in diesen Stunden - ich meine es ganz wörtlich - die Möglichkeit einer neuen Chance. So wie es heute morgen aussieht, wird das, was mit dem NATO-Ultimatum beabsichtigt war, jetzt wohl Wirklichkeit, jedenfalls im Raume Sarajevo. Ich selbst habe in den letzten Tagen und - ich muß auch sagen - Nächten wirklich daran mitgearbeitet, daß dieses entsetzliche Blutvergießen, dieses schreckliche Morden ein Ende hat, erst an diesem Ort und dann an anderen. Ich will ausdrücklich sagen, daß ich es begrüße, daß mit Boris Jelzin und der russischen Regierung jetzt eine weitere wichtige Kraft hier Verantwortung übernommen hat. Ich habe versucht, viel dafür zu tun, daß dies möglich ist. Ich würde es auch begrüßen, wenn wir, die dazu aufgerufen sind, in den nächsten Wochen - wir haben nicht viel Zeit - alle Kraft investieren, um zu einem Gesamtplan zu kommen. Es gibt ja vernünftige Ansatzpunkte, um das ganze Elend im früheren Jugoslawien jetzt zu beseitigen und nach

sorgfältiger Vorbereitung auch zu einer ganz hochrangigen internationalen Konferenz zu kommen.

Wir müssen alles tun, um im Rahmen unserer Möglichkeiten unseren Beitrag dazu zu leisten. Aber sehen Sie, an diesem Beispiel zeigt sich eben - das ist nicht oft wiederholbar -, daß wir als Deutsche uns nicht in die Nische stellen dürfen, wenn die Unwetter der Geschichte heruntergehen. Das nimmt man uns nicht ab. Man kann nicht eines der stärksten Länder in Europa sein, man kann nicht eine wichtige Rolle in der Welt wahrnehmen wollen, aber nach dem Motto von Rot-Grün in Deutschland sagen: Wenn es uns erforderlich erscheint, spielen wir mit, wenn nicht, gehen wir vom Spielfeld und warten in der Dusche, bis alles vorbei ist. Das ist keine Politik. Das ist ein Elend für unser Land. Wir müssen auch deswegen die Wahl gewinnen, damit dieses Elend nicht weiter praktiziert wird.

(Beifall)

Liebe Freunde, zu einer solchen Politik gehört auch das klare und uneingeschränkte Ja zur Bundeswehr.

(Beifall)

Es gibt wenige Dinge, die mir in den letzten Wochen so schwergefallen sind, wie die Zustimmung zu den notwendigen Sparmaßnahmen im Bereich der Bundeswehr und im Bereich der Forschung und Technik. Das kann kein Dauerzustand sein. Wir müssen beim Umschichten auch in andere Bereiche hineingehen. Aber neben dem Geld geht es vor allem wiederum um die Frage des Denkens, des Fühlens. Ist dies die Armee unserer Kinder, unserer Söhne, oder nicht? Erlauben wir, daß im Land, und in der Gesellschaft eine Stimmung erzeugt wird, nach der Soldaten für ihren Dienst geschmäht werden oder nach der - freundlicher ausgedrückt - diejenigen, die dienen, gemessen an denen, die nicht dienen, als die Dummen gelten? Das ist inakzeptabel.

(Beifall)

Liebe Freunde, bei allem Respekt vor den jungen Leuten - ich habe großen Respekt vor jungen Leuten -, die ihren Ersatzdienst leisten, in Krankenhäusern, in Bethel oder anderswo: Die Priorität liegt bei der Wehrpflicht. Das ist wichtig für die Zukunft. Ich sage ebenso klar: Ich bin und bleibe ein überzeugter Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht. Wer daran etwas ändert, ändert etwas an der Grundstruktur unseres Landes. Das kann man nicht oft genug sagen, auch wenn es unbequem ist.

(Beifall)

Die Erfahrungen in Jugoslawien lehren uns ein Weiteres. Ich denke, dies ist ganz, ganz wichtig. - Ich sage das auch an meine eigene Adresse : wir müssen unsere Argumentation im Kampf um die politische Einheit Europas wieder mehr auf das wirklich Entscheidende konzentrieren. Wir wollen die Politische Union des Maastricht-Vertrages. Wir wollen die Wirtschafts- und Währungsunion unter den klaren Bedingungen einer stabilen Ökonomie, vor allem einer stabilen Währung, an der nicht gerüttelt werden darf. Aber, liebe Freunde, das alles war umsonst, wenn wir in Europa nicht Frieden und Freiheit erhalten können. Die Frage, die sich uns nach den Erfahrungen der letzten Monate und Jahre jetzt stellt, ist doch: Ist die Einigung Europas nicht vor allem die Frage nach Krieg und Frieden?

In sechs Jahren ist das Jahrhundert zu Ende. Natürlich wiederholt sich Geschichte nicht ganz genau. Aber es gab schon einmal eine Zeit - als Aristide Briand und Gustav Stresemann den Friedensnobelpreis bekamen -, in der in Europa und in Deutschland fast alle glaubten, es werde nie wieder Krieg zwischen Deutschen und Franzosen geben. Acht Jahre später kam Hitler, wieder sechs Jahre später der Zweite Weltkrieg. Geschichte wiederholt sich nicht. Aber glaubt in diesem Saal jemand ernsthaft, daß die entsetzlichen Beispiele von Rassenhaß, von „ethnischer Säuberung“, von Religionsfeindlichkeit, von Chauvinismus schlimmster Art auf dem Balkan, daß diese bösen Geister nur dort leben und nie auswandern können? Hören wir nicht aus anderen Teilen Europas, von Moskau angefangen, Töne, die uns - wir wollen sie nicht überbewerten - doch zumindest nachdenklich stimmen müssen? Das heißt doch, daß dieses Land, Deutschland, unser Land, geographisch, geopolitisch in der Mitte Europas gelegen, das Land mit den meisten Grenzen, auf Gedeih und Verderb mit der europäischen Einigung verbunden ist. Wenn wir sie aufkündigen, gehen wir wieder in die Isolierung und wieder in die Irre. Das ist die Erfahrung der Geschichte.

(Beifall)

Deshalb wollen wir dieses Europa bauen, wie es immer unsere Vision war, egal was andere aus opportunistischen Gründen jetzt, vor Wahltagen dazu sagen. Das ist nicht unsere Politik. Es soll so werden, wie wir es in dem Antrag beschrieben haben, der Ihnen morgen vorgelegt wird:

Die Europäische Union muß freiheitlich, demokratisch, föderal, subsidiär und bundesstaatlich gestaltet werden. Weil Europa die Zukunft der Nation sichert, sichert es auch ihre Identität.

Mit der Erfahrung gemeinschaftlichen Handelns wächst auch die europäische Identität. Sie ist in der Gemeinsamkeit der kulturellen Wurzeln der Völker und in der Schicksalhaftigkeit ihrer Interessen zugrunde gelegt. Heimatische Verwurzelung, nationale Identität und europäische Gemeinsamkeit ergänzen und bedingen sich.

Das ist unser Europa. Wir bleiben Bürger der Stadt Hamburg. Wir bleiben Menschen aus Schleswig-Holstein oder aus Niedersachsen. Das ist unsere Heimat. Deutschland ist unser Vaterland. Die gemeinsame Zukunft ist Europa. Wenn wir das so verstehen, verstehen es auch die Menschen im Lande.

(Beifall)

Sehen Sie, liebe Freunde, deshalb ist auch das Grundsatzprogramm so wichtig. Tagespolitik hat ihre Bedeutung. Tagespolitik bringt die Schlagzeilen. Aber wenn der Kompaß unserer Gemeinschaft nicht mehr stimmt, verlieren wir die Zukunftsfähigkeit und mit ihr die Zukunftschance.

Alles, was den Aufbau der alten Bundesrepublik geprägt hat, ging auf die Leitideen unserer Union seit 1945/46 zurück. Das alles war auch Voraussetzung für die Einheit und für das freiheitlichste Gemeinwesen, das die Deutschen in ihrer Geschichte je hatten. 48 Jahre haben wir jetzt das Geschenk des Friedens. 48 Jahre, meine Damen und Herren: Davon konnten unsere Gründungsväter und -mütter nur träumen. Es ist fast 50 Jahre her, daß hier in Hamburg Wolfgang Borchert „Draußen vor der Tür“ schrieb, ein Stück, das eine ganze Generation tief erschüttert hat. Es ist gerade 51 Jahre her, daß diese Stadt in einem schrecklichen Angriff zerstört wurde, mit vielen Zehntausenden von Toten.

Bei der Vorbereitung auf diese Rede kamen mir zufällig die Memoiren des Botschafters der Vereinigten Staaten, eines Freundes unseres Landes, Vernon Walters, in die Hand. Er schreibt in diesem Buch von einem Deutschlandbesuch im Jahre 1948 mit Averell Harriman, einem anderen großen Amerikaner, der in der europäischen Geschichte eine große Rolle spielte:

Wir besuchten 1948 eine deutsche Familie in den Resten eines ausgebombten Hauses. Sie lebten in dem einzigen noch bewohnbaren Teil des Hauses, nämlich im Keller. Als wir an die Oberfläche zurückkehrten, fragte ich, ob ich jemals im Leben eine wiederaufgebaute deutsche Stadt kennenlernen würde. Harriman entgegnete: „Das werden Sie, und zwar schon sehr bald.“ Er fragte mich, ob ich gesehen hätte, was die deutsche Familie in ihrem Keller auf dem Tisch liegen gehabt hatte: „Eine Schale mit Blumen“, erwiderte ich. Da sagte Harriman in sehr feierlichem Ton: „Menschen, die inmitten eines solchen Meeres der Zerstörung Blumen pflücken und auf den Tisch stellen können, sind auch in der Lage, alles andere wieder aufzubauen.“

Liebe Freunde, das war die Generation unserer Eltern, unserer Großeltern. Ich finde, bei der zweiten großen Herausforderung der Deutschen nach dem ersten großen Anlauf der 50er Jahre sind Blumen ein gutes Symbol. Sorgen wir dafür, daß die Blumen auf dem Tisch stehen: als Symbol eines friedlichen, eines freien Deutschland, eines weltoffenen, eines gastfreien Deutschland, eines Deutschland, in dem Haß gegen Deutsche oder Ausländer nie eine Heimat haben kann. Dann wird dieses Deutschland das sein, was wir uns wünschen: unser schönes Vaterland. Dafür lohnt es sich zu arbeiten.

(Langanhaltender lebhafter Beifall -
Die Delegierten erheben sich - „Helmut, Helmut!“-Rufe)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Der Parteitag hat Ihnen, Herr Bundeskanzler, mit dieser langanhaltenden, stehenden Ovation nicht nur für eine große, mobilisierende Rede, sondern auch für Ihre großartigen Leistungen gedankt, die Sie für unser deutsches Vaterland und für unsere Partei in vielen Jahren und Jahrzehnten geleistet haben.

(Beifall)

Ihre Rede ist sowohl eine gute Grundlage für die Gestaltung einer sicheren Zukunft unseres Vaterlandes in Frieden und Freiheit als auch ein Impuls für das kämpferische Vertreten dieser Botschaft gegenüber den Menschen in Deutschland in den nächsten Monaten, in denen es besonders darauf ankommt. Ich bin sicher, diese Rede wird ihre Wirkung in der ganzen Partei erreichen und für uns die Basis sein für einen politischen Aufstieg, der enden muß und enden soll im Wahlsieg am 16. Oktober 1994. Noch einmal herzlichen Dank.

(Beifall)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 13 auf:

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Ich möchte schon jetzt den Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission für ihre sorgfältige Arbeit herzlichen Dank sagen.

Bevor ich das Wort dem Vorsitzenden der Kommission, Wulf Rüdiger Brocke, erteile, darf ich darauf hinweisen, daß wir die Beratungen ohne Mittagspause fortsetzen. Ich bitte deswegen, den Saal nicht vollständig zu verlassen. Ich bitte darüber hinaus die ersten vier Redner, sich bereit zu halten: Hermann-Josef Arentz, Dr. Angela Merkel, Christian Wulff und Herbert Reul.

Nunmehr hat das Wort Wulf Rüdiger Brocke.

Wulf Rüdiger Brocke, Mandatsprüfungskommission: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Sie konnte dabei feststellen, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1 000 voll stimmberechtigten Delegierten. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 12.50 Uhr von den 1 000 voll stimmberechtigten Delegierten des 5. Parteitages 915 anwesend. Der Parteitag ist beschlußfähig.

(Beifall)

Josef Stock, Tagungspräsidium: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 12:

Aussprache zu dem Bericht

Das Wort hat Hermann-Josef Arentz.

Hermann-Josef Arentz: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Helmut Kohl hat zu Beginn seiner Rede gesagt: Wir wollen die Wahlen gewinnen. Die Reaktion des Parteitages auf seine Rede und nach seiner Rede hat gezeigt: Wir alle wollen die Wahlen gewinnen. Es sind nicht einige; wir alle wollen sie gewinnen. Deswegen will ich drei Punkte ansprechen, von denen ich glaube, daß sie für die Chancen der Union in diesem Wahljahr wichtig sind.

Erstens. Ich bin dem Bundeskanzler sehr dankbar dafür, daß er von der absoluten Notwendigkeit der Pflegeversicherung gesprochen hat. Bei der Pflegeversicherung geht es um mehr als um die Frage eines neuen sozialpolitischen Gesetzes. Bei der Pflegeversicherung geht es schlicht und ergreifend darum, ob wir einen sozialpolitischen Leuchtturm in dieser Legislaturperiode hinbekommen oder ob wir an dieser Aufgabe scheitern.

Das Schlimme, meine Damen und Herren, ist ja: Egal, woran sie schließlich scheitern wird - wenn sie denn scheitert -, es wird uns und nicht anderen als Versagen zugerechnet werden. Deswegen habe ich die ganz herzliche Bitte, bei den kommenden Verhandlungen im Vermittlungsausschuß alles Verantwortbare und Mögliche zu tun - durch Bewegung auf allen Seiten -, damit das Vorhaben der Pflegeversicherung in den nächsten Monaten noch verwirklicht und Gesetz werden kann.

(Beifall)

Zweitens. Helmut Kohl hat von der Sozialen Marktwirtschaft gesprochen. Ich unterstreiche das und sage: Wir dürfen uns in der Union keine falschen Frontstellungen erlauben. Es geht nicht um ein Gegeneinander von Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik. Wir werden als CDU nur Erfolg haben, wenn wir das Miteinander von Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik vorbildlich durchexerzieren.

Wer nur auf die Wirtschaftspolitik alleine setzt - da sind die Leute vielleicht bei der FDP besser aufgehoben. Wer nur auf die Sozialpolitik alleine setzt - da gehen die Leute wahrscheinlich zur SPD. Das Erfolgsrezept der CDU heißt Soziale Marktwirtschaft, Gleichrangigkeit von Sozialpolitik und von Wirtschaftspolitik.

In dem Zusammenhang muß ich sagen: Ich war etwas bedrückt, als ich in Zeitungen Überschriften gelesen habe, daß die Zeit der 68er und damit der Umverteiler in der Union vorbei sei. Sind denn Helmut Kohl und Norbert Blüm, die seit 1982 die Politik bestimmen, Alt-68er oder Umverteiler? Es ist doch absurd, wenn wir mit solchen Vorwürfen an die eigene Adresse arbeiten. Also bei allem Streit in der Sache, der ja nötig ist, doch bitte nicht die einen oder die anderen als Gute oder als Böse zu erklären.

Drittens. Ich glaube, daß die Erfolgsaussicht der Union auch etwas damit zu tun hat, ob wir aufhören, die Leute mit Themen zu nerven, die im Grunde überhaupt keine Themen sind. Ich will dafür zwei Beispiele nennen.

Ich nenne das Beispiel des Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, der nicht müde wird, immer noch von den Karenztagen zu reden. Ich bitte darum, diesen toten Hund in der Gruft zu lassen und nicht immer wieder rauszuholen. Das hilft Herrn Scharping und der SPD, aber nicht der CDU.

Das gleiche, meine lieben Parteifreunde, gilt auch für die Rentendebatte, die kurz vor Jahreswechsel wieder losgetreten worden ist. Wer sagt, die Renten der Alten seien sicher, aber die Generation der 40jährigen, also meine Generation, könne nicht mehr darauf setzen, der gefährdet auch die Renten der Alten. Denn wer soll noch als Jüngerer und Erwerbstätiger in ein System einzahlen, wenn ihm gesagt wird, für die Alten sei es noch sicher, aber für die Jungen sei es eben nicht mehr sicher?

In diesem Sinne bitte ich: Wenn hinsichtlich solcher Fragen Diskussionsbedarf besteht, dann gehen wir doch hin und legen Anträge auf dem Parteitag vor. Hier im Plenum sollen sich diejenigen stellen, die so etwas wollen. Hier können wir darüber diskutieren, aber bitte nicht so, daß uns von oben vorexerziert wird, wie man mit solchen Themen zwar publikumswirksam in die Medien kommt, aber vergessen wird, daß dabei für die Union nichts Gutes herauskommt.

Deswegen sage ich zum Schluß: Wir werden nach meiner Überzeugung die Wahlen gewinnen. Die einzigen, die das verhindern können, sind nicht die Sozialdemokraten - dafür sind sie nicht gut genug -, die einzigen, die es verhindern können, sind wir selber. Davor warne ich uns. Ich bitte daher darum, in den nächsten zehn Monaten neben viel Engagement bei Sachthemen auch Disziplin und Solidarität zu üben. - Danke schön.

(Beifall)

Josef Stock, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat Frau Minister Angela Merkel.

Dr. Angela Merkel: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! 1990 war ich zum erstenmal in meinem Leben auf einem Parteitag, und das war hier in Hamburg. Es war wenige Tage vor der deutschen Einheit. Ich habe in der Zwischenzeit in der CDU der Bundesrepublik Deutschland Freundschaft, Entgegenkommen, sicherlich auch Zurückhaltung und Unverständnis erfahren. Ich bin inzwischen auch in den alten

Bundesländern viel herumgekommen. Ich muß Ihnen sagen, ich bin froh, daß uns allen eines erhalten geblieben ist: die Freude über die deutsche Einheit.

(Beifall)

Aber seitdem sind nun mehr als drei Jahre vergangen. Ein Jugendlicher aus Niedersachsen hat mir bei einer Wahlkampfveranstaltung folgende Frage gestellt: Wie wollen Sie von der CDU den Arbeitslosen im Osten eigentlich klarmachen, daß sie wieder CDU wählen sollen? Liebe Freunde, wir stehen natürlich vor der Aufgabe, genau dies zu erklären: Warum sollen die Menschen uns wählen? Daß diese Frage gestellt wird, zeigt eben auch, daß es notwendig ist, weiterhin Zusammenhänge zu erklären, deutlich zu machen, welche Regeln in der Demokratie gelten. Mir wird zu Hause immer wieder die Frage gestellt, die man im Westen vielleicht gar nicht so verstehen kann: Warum hat der Sozialismus eigentlich versagt? Wir müssen Antworten darauf geben, um sicherzustellen, daß es keine sozialistischen Experimente in diesem Land mehr geben wird.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn wir auf diese Frage antworten, dann müssen wir immer sagen: Welche Alternativen hätte es denn zur deutschen Einheit gegeben? Was hätte man anders machen können, und was hätte besser laufen können? Sicherlich gibt es an vielen Stellen Dinge, die wir falsch gemacht haben. Aber schauen Sie doch einmal nach Polen, in die Tschechische Republik, nach Ungarn und in die frühere Sowjetunion! Dann sehen wir auch, welche Chancen wir haben und welches Leiden wir nicht durchmachen müssen, weil wir die deutsche Einheit so haben, wie wir sie haben.

(Beifall)

Liebe Freunde, in den letzten drei Jahren ist viel vorangekommen. Es sind Dinge vorangekommen, die in normalen Zeiten der alten Bundesrepublik Deutschland eben nicht geschafft wurden: die Reform von Post und Bahn, Bürokratie wurde zum erstenmal seit Jahren wieder abgebaut und nicht aufgebaut, die Treuhandanstalt hat die Privatisierungsarbeit fast beendet, beschleunigtes Planungsrecht gilt inzwischen in ganz Deutschland. Wenn ich mir anschau, daß man sich in Hessen vor etwa fünf Jahren mächtig gefreut hat, weil die Umgehung von Eltville im Rheingau endlich, 40 Jahre, nachdem die Planungen begonnen wurden, fertig geworden war, dann kann ich nur sagen: So dürfen wir es bei der deutschen Einheit nicht machen.

(Beifall)

Wir, liebe Freunde, brauchen die Autobahn von Lübeck nach Stettin, und wir brauchen sie bald. Es zählt jeder Tag, an dem sie früher gebaut wird, weil die Uhren anders gehen und weil sie eine Lebensader für unser Land Mecklenburg-Vorpommern ist.

(Beifall)

Darin besteht für mich die Chance der deutschen Einheit. Die Probleme der neuen Bundesländer haben uns doch mit Macht darauf gebracht: Auch im Westen kann es nicht so weitergehen, wie es 40 Jahre lang gegangen ist.

Liebe Freunde, ich bin dem Geltungsbereich des Grundgesetzes 1990 beigetreten, weil ich immer geglaubt habe, daß die Bundesrepublik Deutschland ein lernfähiges System ist, ein System, das sich auf neue Herausforderungen einstellen kann. Jetzt gibt es wieder neue Herausforderungen. Die deutsche Einheit ist auch eine Folge

eines gewaltigen Zusammenbruchs eines ganzen Weltsystems, des kommunistischen Weltsystems. Die Demokratie steht vor einer völlig neuen Bewährungsprobe. Sie muß sich aus sich selbst heraus definieren. Das Feindbild ist weg. Deshalb müssen wir uns ganz klar werden, welche Herausforderungen heute vor uns stehen.

Liebe Freunde, ich habe manchmal den Eindruck, daß wir immer noch auf den Konfliktlinien vergangener Jahre verharren: hier Wirtschaftsflügel, dort Sozialpolitik, hier Familienpolitik, dort Erwerbstätigkeit der Frau, hier Ökologie, dort Ökonomie. Wir müssen Diskussionen führen, in denen ganz klar wird, daß es nicht mehr so sein wird wie in den vergangenen Jahren, in denen wir jedes Jahr Zuwächse hatten und in denen diese Zuwächse nur auf verschiedene Teile der Gesellschaft verteilt werden mußten. Wir werden in den nächsten Jahren Politik machen müssen, ohne daß es Zuwächse gibt. Deshalb lohnt es sich nicht, partikularistische Verteilungskämpfe zu führen, vielmehr müssen wir uns überlegen: Wie soll dieses Deutschland, das geeinte Deutschland, aussehen? Haben wir als Partei schon genügend klare Vorstellungen darüber, wie dieses Deutschland der Zukunft aussehen soll?

Ich möchte kurz drei Beispiele nennen, die mir persönlich wichtig sind:

Erstens. Wir wollen ein Land, das seine Verantwortung in der Welt wahrnehmen kann. Liebe Freunde, wir als neue Bundesländer sind nicht Mitglied der Bundesrepublik Deutschland geworden, um uns international zu drücken. Früher durften wir nichts machen, weil die Sowjets in der DDR bestimmt haben. Heute wollen wir unsere Pflichten und Rechte freiheitlich und demokratisch in Anspruch nehmen. Liebe Freunde, was tut die SPD in einer solchen Situation? Sie ruft das Bundesverfassungsgericht an, wenn wir unsere Soldaten nach Somalia schicken, und anschließend erklärt Herr Scharping auf der Wehrkundetagung in München, es gäbe keine Unterschiede in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland zwischen SPD und CDU.

(Beifall)

Zweitens. Wir alle fordern richtigerweise, daß Bindungen und Gemeinsinn in unserer Gesellschaft gestärkt werden müssen. Liebe Freunde, aus meiner Sicht wird dies ohne die Familie nicht gehen. Was sagt die SPD an dieser Stelle? Sie fordert die Gleichsetzung von nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Ehen, sie setzt darauf, daß die Gleichberechtigung der Frau lediglich - ich betone: lediglich - über die Erwerbsarbeit geht, und sie begründet, wo immer es geht, daß die Erziehungsfähigkeit der Familie in dieser Gesellschaft nicht mehr gegeben sei.

Liebe Freunde, dies können nicht die Antworten auf diese Thematik sein. Meiner Meinung nach brauchen wir eine Anerkennung der verschiedenen Formen von Arbeit in unserer Gesellschaft und vor allen Dingen auch eine verbesserte Anerkennung der Formen von Arbeit in unserer Gesellschaft, die von Frauen geleistet werden.

(Beifall)

Dazu gehört die Anerkennung der Familienarbeit, und dazu gehört die Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit.

(Beifall)

Wenn wir dies nicht besser schaffen, als wir es heute schaffen - immerhin haben wir den Einstieg in Gang gebracht -, dann wird natürlich das eintreten, was die Sozialdemokraten immer wieder beschwören: Die Erziehungskraft der Familie wird nachlassen, und die Bindungskraft in der Gesellschaft wird weiter abnehmen.

Ein dritter Punkt: Die zentrale Aufgabe auch in den neuen Bundesländern ist die Schaffung von Arbeitsplätzen. Was bietet uns die SPD? Vor allem Oskar Lafontaines Eingeständnis auf dem Parteitag in Wiesbaden, daß keine sozialdemokratische Regierung Europas gegen Arbeitslosigkeit ein Rezept hat. Die SPD in meinem Heimatland Mecklenburg-Vorpommern bietet eine Arbeitsplatzgarantie für unter Zwanzigjährige an und sagt - wie bei allen Beschlüssen der SPD - nicht, wie man diese Garantie bezahlen soll.

Liebe Freunde, wir haben seit 1982 drei Millionen Arbeitsplätze geschaffen. Wir werden mit der Förderung von Existenzgründungen, mit dem Abbau von Bürokratie, mit dem Vereinfachen des Planungsrechts neue Arbeitsplätze schaffen - und zwar auf der Grundlage, daß wir die Leistungsbereitschaft der Menschen in diesem Lande fördern. Genau dies ist es, was wir schaffen müssen: Daß die Menschen Lust haben, etwas in diesem Lande und für dieses Land zu leisten.

(Beifall)

Liebe Freunde, an diesen drei Beispielen wird, glaube ich, klar: Es geht in diesem Jahr um sehr viel. Es geht darum, neue Wege für die Bundesrepublik Deutschland zu finden. Ich finde, es lohnt sich, dafür zu kämpfen und zu streiten und dafür auch zu den Menschen hinauszugehen, die nicht täglich in unsere Parteiversammlungen kommen, um sie zu überzeugen, daß sie zur Wahl gehen und daß sie uns wählen. Ich freue mich auf die nächsten Monate.

(Beifall)

Josef Stock, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Angela Merkel. Das Wort hat Herbert Reul.

Herbert Reul: Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Es ist eine ganz schwierige Zeit, in der wir Politik machen müssen, weil - der Bundeskanzler hat es gesagt - die Menschen mit Parteien, mit Politikern Schwierigkeiten haben und weil sie bei den Fragen, die anstehen und die sie bedrücken, schnelle unmittelbare Antworten erwarten, die Antworten aber nicht so einfach zu machen sind.

Trotzdem bin ich ganz sicher, daß das eine Zeit ist, die für die Union günstig und gut ist. Wenn wir es schaffen, nicht gesundzureden, nicht an den Problemen vorbeizureden, nicht den Eindruck erwecken, wir würden „Weiter so Deutschland“ spielen, sondern wenn wir innehalten, ein Stückchen nachdenken und auch versuchen, neue Antworten zu finden, wie das für diesen Parteitag z.B. heute nachmittag mit dem Projekt „Wachstum und Beschäftigung“ und auch mit dem Grundsatzprogramm vorgesehen ist, dann geht es.

Ich finde, es steht der Union gut an, wenn wir in diesen Tagen und Wochen auch klar sagen, daß nicht alles hundertprozentig funktioniert hat. Ich frage mich manchmal: Wenn ein Unternehmensvorstand am Ende seiner Amtszeit ein Testat vorgelegt bekäme, 90 % in Ordnung, 10 % lagen daneben, dann würde jeder sagen, daß dies eine großartige Truppe war. Diesen Vorstand, den wählen wir sofort wieder, den setzen wir wieder ins Amt, so würde es heißen.

Wir aber diskutieren nur über die 10 % - wo etwas schiefgegangen ist, wo etwas nicht hundertprozentig funktioniert hat. Ich denke, wir lassen uns nicht die Zeit, ein wenig auch einmal darüber nachzudenken, wie das denn eigentlich mit unserer Konkurrenz aussieht. Ich komme aus Nordrhein-Westfalen, und daher kommt ja auch einer der

Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten, nämlich unserer Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen, Herr Rau.

Ich frage mich in den letzten Wochen und Monaten, warum es uns eigentlich so schwerfällt, ein wenig stärker darauf hinzuweisen, wie dieser Mann diese Bundespräsidentschaftskandidatur betreibt.

Ich habe keine Veranstaltung in den letzten Monaten erlebt, wo Herr Rau nicht für sich selber warb und sich als Präsidentschaftskandidat angepriesen hat.

Schlicht und einfach gesagt: Ich halte das für peinlich. Wenn er allerdings dann auch noch den Kandidaten anderer Parteien, z.B. Herrn Herzog, Tips gibt, was diese zu machen haben, nämlich daß beispielsweise Herr Herzog sein Amt ruhen lassen solle, dann finde ich das peinlich. Ich finde das wirklich peinlich; denn Herr Rau hat sich vor ein paar Wochen noch als Landesparteivorsitzender in Nordrhein-Westfalen wählen lassen. Also wenn schon, dann sollten bitte die gleichen Maßstäbe angelegt werden.

(Beifall)

Wenn man über diesen Mann diskutiert und sich die öffentliche Berichterstattung anschaut, dann fällt es mir wirklich schwer, noch nachzuvollziehen, daß es in dieser Republik mit rechten Dingen zugeht, und zwar wenn es um die Aufklärung von Tatbeständen geht, wenn es ganz simpel um die Darstellung von Tatbeständen geht.

1986/87 hat der Kanzlerkandidat Rau seine Mitstreiter mit der SED verhandeln lassen. Es ist nachgewiesen, da gibt es Akten, da gibt es Geschriebenes schwarz auf weiß, daß damals Herr Rau seine Mitstreiter, z.B. Herrn Bahr, hat verhandeln lassen, um eine Zusage in der Asylfrage zu bekommen. Damals ist der Versuch unternommen worden, eine kurzfristige Wahlkampfhilfe zu bekommen, um dementsprechend dann zuzusagen, daß man dann die DDR-Staatsbürgerschaft anerkenne. Ich frage mich: Was soll eigentlich noch passieren in der Republik, daß auch einmal über solche Sachverhalte - breit und öffentlich dargestellt - berichtet wird, und nicht derjenige, der das zum Thema macht, in die Ecke gestellt wird? Ich halte es für notwendig, daß wir in der Auseinandersetzung auch auf solche Punkte hinweisen.

Ich will Ihnen nicht vorenthalten, meine Damen und Herren, daß dieser SPD-Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen auf konkrete Nachfragen von uns hin, ob es denn da Verhandlungen gegeben habe, ob es denn zeitliche Absprachen zwischen diesem Versuch einer Wahlkampfhilfe und seiner Verkündung gegeben hat, dem nordrhein-westfälischen Parlament 1991 - also auf diese klaren Fragen - mit einem klaren Nein geantwortet hat, obwohl klar und deutlich nachzuvollziehen und zu lesen ist, daß es natürlich noch in der letzten Minute zeitliche Absprachen gegeben hat, als Herr Rau nämlich darum gebeten hatte, doch bitte die Verkündung dieses Stoffes ein paar Stunden herauszuschieben, damit er das der Presse vortragen könne.

Meine Damen und Herren, da gibt es einen SPD-Ministerpräsidenten, der auch Präsidentschaftskandidat ist, der das Parlament in Düsseldorf belogen hat, der nicht eingegriffen hat, als seine eigenen Parteikollegen - er ist immerhin stellvertretender Bundesvorsitzender - unseren Kandidaten Heitmann übelst angegriffen haben, und der bereit war, für kurzfristige Wahlkampfhilfe die DDR-Staatsbürgerschaft anzuerkennen. Die Öffentlichkeit feiert ihn nach wie vor als einen integren, als einen tollen Politiker. Das ist eine absolut verrückte Lage, finde ich.

Wir, wir lösen ein Problem nach dem anderen, haken es ab, betrachten es als erledigt, stellen das Problem in den Schrank und sagen: Wo ist das nächste Problem? Die Menschen merken überhaupt nicht, wie wir ein Problem nach dem anderen, wie wir ein Stück Arbeit nach der anderen erledigt haben.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, ich glaube, die Arbeit, das darzustellen, was wir geleistet haben, die Arbeit, auch darauf hinzuweisen, wo andere Versäumnisse haben, die werden uns andere nicht abnehmen - weder die SPD noch die Medien -, sondern das werden wir schon ein Stückchen selber tun müssen.

Meine Erfahrung der letzten Tage und Wochen, wenn ich abends unterwegs bin, ist, daß unsere Mitglieder auch darauf warten, solche Informationen zu bekommen, ein Stück angesteckt zu werden von der Atmosphäre, die wir hier soeben miteinander erlebt haben.

Ich bin ganz sicher, wenn wir das tun, haben wir viel bessere Chancen, als wir oft selber glauben. Auch der Christian Wulff wird in ein paar Wochen in Hannover möglicherweise ein ganz anderes Ergebnis hinlegen, als mancher heute hier noch denkt.

Es wäre doch ein Treppenwitz der Geschichte, wenn wir, die CDU, die deutsche Einheit zustande bekommen hätten, nachher aber Sozialdemokraten regieren. Das kann und darf nicht wahr sein. Deshalb lohnt jede Anstrengung. - Danke.

(Beifall)

Josef Stock, Tagungspräsidium: Das Wort hat als nächster der Bundesvorsitzende der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Klaus Bregger. Herr Bregger, Sie haben das Wort.

Klaus E. Bregger: Herr Tagungspräsident! Herr Bundeskanzler! Liebe Parteifreunde! Die Union hat in den vergangenen Tagen die Chance genutzt, das unsoziale kollektive Ausgabendenken zurückzudrängen. Mit einer für unsere Partei ungewöhnlichen Schnelligkeit haben der Bundesvorstand, die Fraktion und die Bundesregierung ein Aktionsprogramm diskutiert und verabschiedet, welches wirtschaftspolitische Entscheidungen zu Gunsten der Wirtschaft beinhaltet, die vor gut einem Jahr für uns noch undenkbar gewesen wäre.

Als kritischer Unternehmer in dieser Partei und Sprecher des Wirtschaftsflügels der Union danke ich dem Bundeskanzler, Wolfgang Schäuble und der Fraktion ausdrücklich für diesen Beweis, daß unsere Partei in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten sehr schnell regenerationsfähig ist. Ich danke aber insbesondere auch der „Toto“-Kommission - so habe ich sie einmal genannt -, der Töpfer-Thoben-Kommission, die hier eine maßgebliche Arbeit geleistet hat; denn wenn diese Arbeit umgesetzt wird, dann werden wir relativ schnell auch einen entsprechenden Totogewinn in Deutschland daraus haben.

Liebe Freunde, unsere Partei hat sich damit wieder auf die Soziale Marktwirtschaft und ihre wirtschaftspolitische Kompetenz besonnen. Aber schnelle Umsetzung in der Praxis ist jetzt angesagt. Deshalb heißt unser Programm: Arbeitsplätze, Arbeitsplätze und nochmals Arbeitsplätze - und dieses mit Helmut Kohl.

(Beifall)

Hier beweist sich, daß eine gute Wirtschaftspolitik die beste Voraussetzung für eine noch bessere Sozialpolitik ist; denn wir sind verpflichtet, uns den sozialen Ängsten der Bürger anzunehmen. Ein Großteil unserer Mitmenschen bangt um die Arbeitsplätze und fürchtet die zunehmende Arbeitslosigkeit. Deshalb muß gerade unsere Partei als die Partei der Mitte, als die Partei der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sich mit den arbeitswilligen Arbeitslosen in unserem Land solidarisieren. Ein Recht auf Arbeit kann zwar justiziabel nicht postuliert werden, aber gerade die Union kann den moralischen Anspruch voll inhaltlich auf Arbeit unterstützen.

Die Tendenzen der letzten 20 Jahre zum kollektiven Ausgabendenken müssen von uns beeinflußt und zurückgedrängt werden. Damit meine ich vornehmlich natürlich den Mißbrauch. Es ist von uns wieder zu mobilisieren: die individuelle Leistung der Leistungsfähigen - und wir unterstützen voll die Forderung des Kanzlers: es muß wieder eine Elite herausgebildet werden.

60 % der Bevölkerung, liebe Freunde, halten es heute für eine zutreffende Beschreibung der Gesellschaft, daß der einzelne immer mehr staatliche Unterstützung erwartet, ohne sich viel um eigene Verantwortung zu kümmern. Die Union muß deshalb wieder Eigenverantwortung und Selbständigkeit fördern, und zwar unter Anerkennung des Sozialstaates.

Der Herausforderung Nummer 1, der steigenden Arbeitslosigkeit, steht die Politik seit Jahren scheinbar hilflos gegenüber. Es gibt aber Rezepte. So muß z.B. die Fortsetzung der Unternehmensteuerreform diejenigen begünstigen, die ihr Geld in Unternehmen investieren und damit Arbeitsplätze schaffen, anstatt es als Festgeld anzulegen.

(Beifall)

Wer glaubhaft und mit Kompetenz die Wege aufzeigt, wie mittelfristig neue Arbeitsplätze geschaffen werden, dem werden die Arbeitnehmer, die Unternehmer und die Arbeitslosen im Herbst ihr Votum geben. Meine Damen und Herren, jahrzehntelang hingen an den Unternehmungen Schilder: Wir suchen Mitarbeiter. - Die Union hat jetzt Schilder dieser Art herauszuhängen: Wir suchen Unternehmer, die Mitarbeiter beschäftigen. - Das muß unser Ziel sein. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, daß sich dieser Parteitag ausführlich mit der Thematik von Beschäftigung und Wachstum befaßt und daß am zweiten Tag über das Grundsatzprogramm diskutiert wird. Meine Damen und Herren, derjenige, bei dem das Dach brennt, braucht derzeit nicht den Keller aufzuräumen. Der Politik für mehr Beschäftigung hat sich alles andere unterzuordnen.

Liebe Freunde, die Menschen werden aber auch sorgfältig registrieren, mit welchem Stil wir Politik und Wahlkampf betreiben. Die Frauen und Männer hier, die in der Wirtschaft tätig sind, wissen, daß es immer erfolgreicher ist, das eigene Produkt zu loben und anzupreisen. Sie wissen, daß derjenige auf Zurückhaltung stößt, der das Konkurrenzprodukt schlechtmacht. Wir haben ein gutes Produkt. Wir haben unsere politische Produktpalette erweitert. Überlassen wir die Intrigen deshalb den Kommunisten und ihren Nachfolgern. Überlassen wir es den linken Presseorganen, im persönlichen Sumpf der Politiker zu wühlen. Distanzieren wir uns von derartigen Wahlkampfmethoden.

(Vereinzelt Beifall)

Wir aber sollten dem Bürger auf's Maul schauen und ihm durch richtungsweisende Kompetenz die Zweifel an der Zukunft nehmen. Der Ministerpräsident von Baden-

Württemberg hat es für Zweifler auf den einfachen Nenner gebracht: Auch im Zweifel CDU! - Ich füge hinzu, liebe Freunde: Mit Grün-Rot ist die Wirtschaft tot. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Annemarie Engelhardt, Tagungspräsidium: Danke schön. Das Wort hat Herr Ministerpräsident Berndt Seite.

Dr. Berndt Seite: Frau Präsidentin! Meine lieben Parteifreunde! Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Wir in Mecklenburg-Vorpommern werden um jede Stimme kämpfen, Herr Bundeskanzler. Wir wissen, wie schwer wir es im Land haben, wenn wir das Ergebnis von 1990 sehen.

Ich möchte Ihnen meine Meinung zu folgenden Fragen sagen. Wie ist die Stimmung im Osten? Wie sind die Chancen unserer Partei im Superwahljahr? Ich denke, bei der Beantwortung kann man sich nicht allein auf demoskopische Untersuchungen stützen, sondern muß dem Volk auf's Maul schauen. Man muß mit den Bürgern im Osten unseres Vaterlandes in Kontakt treten und sie über ihre Sorgen und Nöte befragen. Ich kenne inzwischen den Wert von Demoskopie. Meine Landsleute im Osten denken oftmals völlig anders, als es sich mancher Umfrager vielleicht wünscht.

Liebe Parteifreunde, ich bin kein Schönfärber. Deswegen muß ich Ihnen sagen, daß meine Landsleute zwar anerkennen, daß wir nach einer dreijährigen schwierigen Aufbauarbeit auf große Erfolge blicken können, daß sie nicht nur sehen, sondern auch anerkennen, daß sich unser Land, nicht zuletzt auch dank der gewaltigen Hilfe aus dem Westen, in einer stetigen Aufwärtsentwicklung befindet. Dennoch sind die Menschen häufig ungeduldig, und sie sind zum Teil auch unzufrieden damit, daß wir nicht noch mehr schaffen konnten. Ich erinnere meine Landsleute dann immer daran, wie es in Polen und in Rußland aussieht. Ich sage den Menschen dann immer: CDU - schneller geht es nicht.

Eines können wir aber 1994 nicht erwarten: Dankbarkeitswähler. Dankbarkeit ist keine politische Kategorie. Die Menschen erwarten, daß wir ihnen Hoffnung und Wegweisung geben.

(Vereinzelt Beifall)

Sie erwarten, daß wir klare Aussagen mit hoher Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit treffen. Jede Verfehlung wird uns gnadenlos aufgelistet. Wer aus dieser Ungeduld der Menschen aber nun folgert, daß sie der CDU und ihrer Regierung den Rücken kehren wollen, liegt völlig schief. Natürlich drückt die hohe Arbeitslosigkeit auf die Stimmung der Menschen. Aber glauben Sie mir: Die überwältigende Mehrheit meiner Landsleute hat nicht vergessen, wer uns alle diese Schwierigkeiten eingebrockt hat, wer über 40 Jahre soviel Leid und Unglück über unser Land gebracht hat.

Die Menschen bei uns haben vom Sozialismus, in welcher Spielart auch immer, die Nase gestrichen voll. Wir sind dankbar dafür, im vereinten Vaterland zu leben. Auf unseren ganz entschiedenen Widerstand wird deshalb die SED-Nachfolgepartei, die PDS, mit ihrem Vorhaben stoßen, eine zweite Jahrhundertlüge zu konstruieren, indem sie, wie in der letzten Landtagssitzung in Schwerin geschehen, behauptet, Bespitzelung, Unterdrückung und Vernichtung Andersdenkender habe es im DDR-Staat nicht

gegeben. Nach der Auschwitz-Lüge die DDR-Lüge! Wir müssen uns dagegen stemmen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, eine derartige Verhöhnung der Opfer des SED-Unrechtsregimes dürfen wir nicht zulassen. Ich kann Ihnen an einem Beispiel ganz konkret belegen, wie in der sogenannten DDR mit Andersdenkenden verfahren wurde. Nach einem Bescheid, den ich letzte Woche bekommen habe, sollte der Tierarzt und Synodale der Evangelischen Landeskirche Mecklenburgs, Berndt Seite, im politischen Krisenfall interniert werden. In dem Bescheid wurde zugleich der Ort angegeben, wohin ich verbracht werden sollte. Die Nachfolger dieser Leute wagen es heute schon wieder, alles Lüge zu nennen. Man sollte es eigentlich nicht für möglich halten.

Liebe Parteifreunde, wir werden alles daransetzen, daß die Kommunisten nicht wieder hochkommen.

(Beifall)

Die Menschen in den neuen Bundesländern erwarten von der CDU keine Schließung der Stasiakten, Verstärkung der Kommission „Regierungskriminalität“, Überprüfung aller Angestellten von Bundesbehörden und der Arbeitsämter im Osten Deutschlands, keine Übernahme derer in den öffentlichen Dienst im Westen, die im Osten entlassen wurden. Die Menschen erwarten von der CDU, daß Stasigeneräle als Postdiebe bestraft werden und nicht Unrecht Recht wird, daß die Machenschaften zwischen SPD und SED an das Tageslicht kommen, daß das Entschädigungs- und das Vertriebenengesetz bald verabschiedet wird, die Belange der Menschen in den neuen Bundesländern nachhaltig berücksichtigt werden und das Zweite SED-Unrechtsbereinigungsgesetz und das Sachenrechtsbereinigungsgesetz noch in dieser Legislaturperiode in Kraft treten.

Ich fordere meine Mitbürgerinnen und Mitbürger im Osten auf, nachhaltig die Verarbeitung der Vergangenheit zu betreiben. Der Ungeist von Potsdam hat die Kommunisten im Osten wieder hoffähig gemacht. Wir haben es bei den Wahlen in Brandenburg gesehen.

Lassen Sie uns beweisen, daß die CDU die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit konsequent und entschlossen sucht. Allerdings bitte ich die Parteifreunde in den alten Bundesländern, bei der Beurteilung unserer Vergangenheit Zurückhaltung zu üben.

Meine Damen und Herren, die SPD zeigt sich in Mecklenburg-Vorpommern im übrigen beständig alternativlos und konzeptionslos und stürzt sich aus lauter Verzweiflung darüber sogar mit der PDS gemeinsam ins Boot, um die Soziale Marktwirtschaft zu attackieren und Sozialneid im Land zu schüren. Mehr ist ihnen bisher nicht eingefallen. Die Menschen werden darauf aber nicht hereinfallen. Sogar die Presse in unserem Land bestätigte kürzlich die Konzeptionslosigkeit der SPD, als sie über deren Wahlprogramm berichtete.

Liebe Parteifreunde, um es nach allem auf den Punkt zu bringen: Unsere Chancen im Osten werden besser. Meine Landsleute sind sehr bodenständig. Sie kennen noch die alten Bauernregeln und wissen deshalb: Im tiefen Wasser wechselt man die Pferde nicht.

Viele Menschen spüren schon, daß die Erneuerung Deutschlands auch vom Osten ausgeht. Hier findet neue wirtschaftliche Entwicklung statt. Hier steht das Tor zum Osten; man muß es nur aufstoßen, um damit zukünftige Märkte zu erschließen.

Bei uns wird modernste Technologie installiert. Hier wird das neue Symbol für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland, der Transrapid, fahren. Hier findet ganz einfach Zukunft statt. Wir haben eine neue Zukunft im geeinten Deutschland gefunden.

Deshalb, liebe Parteifreunde, freue ich mich auf die Wahlen in diesem Jahr. Wir werden es unserem halb- und tiefroten politischen Gegner zeigen. Er weiß besser als wir im Osten, worum es bei den Wahlen in diesem Jahr geht. Ich sage Ihnen: Die CDU im Osten wird voll motiviert und mobilisiert um jede Stimme kämpfen.

In dieser schwierigen Zeit braucht unser Vaterland Kontinuität und keine Experimente. Wir wollen mit Helmut Kohl, dem Kanzler der Einheit, die Zukunft Deutschlands weiter gestalten.

(Beifall)

Annemarie Engelhardt, Tagungspräsidium: Danke schön. - Das Wort hat der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Hermann Gröhe.

Hermann Gröhe: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben heute vormittag einen sehr kämpferischen Bundeskanzler erlebt. Darüber habe ich mich sehr gefreut. Und ich freue mich darauf, daß sich die gesamte Partei, dieser Parteitag davon haben anstecken lassen.

Schluß mit der Verzagtheit; aus einer verzagten Partei kommt kein fröhlicher Wahlkampf - das darf ich einmal in Abwandlung eines etwas deftigern Luther-Wortes sagen. Sie können sich jedenfalls auf eine kämpferische Junge Union, die siegen will, verlassen.

(Beifall)

Die Verzagten bitte ich gleich, sich in ihrem Kämmerlein einzuschließen und den Wahlkämpfern nicht die gute Laune zu verderben. Siegeswille und Kritikbereitschaft schließen sich aber nicht aus. Gerade weil wir siegen wollen, müssen wir alles tun, um die unzureichende Attraktivität der Union für junge Leute zu erhöhen. Hier ist aller Einsatz erforderlich. Dies zeigen Umfragen, dies zeigen aber auch die letzten Wahlergebnisse.

Darüber, wie wir uns mehr dem Lebensgefühl junger Menschen als Union öffnen können, haben wir im letzten CDU-Bundesvorstand sehr intensiv debattiert. Lassen Sie mich auch hier vor diesem Parteitag die wichtigsten Anliegen der Jungen Union vortragen. Nur eine lebendige, lebhaft diskutierende, nach innen und außen streitbare Partei ist eine interessante Partei und damit für junge Leute attraktiv. Deshalb hoffe ich auf viel produktiven Zoff in der Sache im Rahmen dieses Parteitags.

Soll nun die Soziale Marktwirtschaft zur ökologischen Sozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt werden? Ich sehe darin den entscheidenden Modernisierungsschub, den spannendsten Modernisierungsschub für unsere Programmatik. Oder ist darin eine Verwässerung unseres Markenzeichens zu sehen? Was sind die richtigen Instrumente, um endlich nachzulegen und die Situation junger Familien nachhaltig zu verbessern? Das sind Themen, die den Streit in der Sache lohnend machen.

Wer solchen Streit für störend hält, huldigt falschem Geschlossenheitsdenken. Außerdem ist guter Streit in der Sache eine Chance für uns, die personelle Breite der Union insgesamt wieder deutlicher werden zu lassen.

(Beifall)

Nicht darin, Streit zu vermeiden, sondern darin, Streit richtig zu organisieren, muß politische Führung auch in der Union liegen.

(Beifall)

Was wir nicht brauchen, sind Personalquerelen; und was wir schon gar nicht brauchen ist: Pizza, Steuer, Trallala.

(Beifall)

Aber wichtige Fragen müssen rechtzeitig diskutiert werden, auch bevor wir glauben, alle Antworten zu wissen. Genannt seien nur die Konsequenzen aus der demographischen Entwicklung.

Aufgabe der Führungsgremien der Partei ist es, als Clearingstelle fruchtbaren Meinungsstreit zu organisieren und Stimmenwirrwarr und Durcheinander zu vermeiden. Es muß etwa diskutiert werden: Ist es eigentlich richtig, in einer Zeit, in der wir den erweiterten internationalen Auftrag der Bundeswehr der Bevölkerung erst erläutern müssen, nun auch die Debatte um den Einsatz der Bundeswehr im Inneren loszutreten? Ich bezweifle dies, hätte darüber aber gern im Parteivorstand diskutiert.

Ist es richtig, öffentlich Überlegungen anzustellen, den Kinderfreibetrag für Eltern von Studenten von Leistungsnachweisen abhängig zu machen, ohne den Zusammenhang mit dem einklagbaren Unterhaltsanspruch von Kindern gegen ihre Eltern überhaupt zu berücksichtigen, und dies in einer Zeit, in der der Kinderfreibetrag noch nicht einmal die verfassungsgerichtlich gebotene Höhe erreicht hat?

Meine Damen und Herren, natürlich darf man gerade in Wahlkampfzeiten von der Partei und ihren Gliederungen Solidarität einfordern. Aber man muß sie uns auch ermöglichen. Rechtzeitige Debatten über anstehende Fragen können zu gemeinsam erarbeiteter Geschlossenheit beitragen, die weiter trägt als verordnete Geschlossenheit, die zumeist nur bis zum nächsten Interviewangebot andauert. Solche Debatten verlangen mehr Achtung vor Mindermeinungen, aber auch den Willen zum gemeinsamen Ergebnis. Dafür, finde ich, bietet dieser Parteitag gute Gelegenheit.

Als Junge Union erscheint uns Sachstreit auch geboten, um mancher rückwärts gewandten Tendenz, die sich zum Teil an der Parteibasis breitmacht, entgegenzutreten.

(Beifall)

Deswegen wollen wir unmißverständlich Kurs halten in Sachen Europa, um erst gar nicht den Eindruck entstehen zu lassen, wir ließen uns von einer antieuropäischen Überbetonung des Nationalen anstecken.

(Beifall)

Deshalb wollen wir klare Aussagen im Sinne einer modernen Frauen- und Familienpolitik. Es macht sich zum Teil bereits in der Union vor Ort wieder ein reichlich verstaubtes Frauenbild breit, wonach Frauenerwerbstätigkeit geradezu ein sozialer Betriebsunfall sei. Meine Damen und Herren, Hunderttausende gut ausgebildete

junge Frauen werden sich nicht auf die Reservebank dieser Gesellschaft zurück-schicken lassen. Sie haben dabei die volle Unterstützung der Jungen Union.

(Beifall)

Unser Ziel ist es, so zu einer modernen, einer lebendigen, einer streitbaren Partei beizutragen, für die wir gern kämpfen wollen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Annemarie Engelhardt: Danke schön. Meine Damen und Herren, ich darf Sie daran erinnern, daß sich die Antragskommission um 15 Uhr, im Saal 8 zu der Sitzung zusammenfindet.

Das Wort hat nun der Innenminister des Landes Sachsen, Heinz Eggert.

Heinz Eggert: Liebe Freunde, es ist eigentlich schade, daß wir es in Deutschland technologisch noch nicht dazu gebracht haben, einen Wahlknopf zu installieren, damit per Knopfdruck wenigstens einmal für drei Minuten im Leben die Situation von vor vier Jahren wieder hergestellt wird. Ich glaube, das wäre besonders für den Osten eine sehr gute Erfahrung, noch einmal auf den alten, holperigen Abtreibungsstrecken, die sich Autobahn nannten, zu fahren, noch einmal zu sehen, wie die Altbausubstanz weiter ungehindert einstürzt, noch einmal zu sehen, daß man in dem alten Autogefährt, in dem knapp zwei Leute Platz hatten, nicht so schnell fahren kann wie in dem neu gekauften Wagen. Ich sage das an die Adresse jener, die seit vier Jahren weinend durch das Land laufen und den Verlust der Errungenschaften der DDR beklagen, ohne darauf aufmerksam zu machen, welch ungeheurer Preis dafür bezahlt werden mußte.

(Beifall)

Wir haben momentan den größten D-Mark-Transfer aller Zeiten von West nach Ost. Ich verstehe zum Teil die Verärgerung im Westen, daß aus dem Osten dafür nicht gedankt wird. Ich verstehe aber auch die Verärgerung im Osten, wenn man in westlicher Arroganz glaubt, behaupten zu müssen, daß der Zusammenbruch der DDR gleichzeitig auch die Entwertung der Lebensleistungen der Menschen wäre, die 40 Jahre in diesem Land gelebt haben. Das stimmt einfach nicht.

(Beifall)

Ich glaube, das ist etwas, was wir noch viel stärker nach außen sichtbar machen müssen: nämlich daß die Lebensleistungen der Menschen auch in 40 Jahren DDR nicht durch das Pleitegehen dieses Staates entwertet worden sind.

Eines ist klar: Der Kommunismus war letztlich für alle Deutschen ein kostspieliges Experiment. Alle Deutschen haben gezahlt und zahlen noch für die linksideologischen Experimente der vergangenen Jahre, und deshalb sollte man auf jeden Fall verhindern, daß sich so etwas wiederholt.

(Beifall)

Ich sage das ganz besonders an die Adresse jener, die auf dem warmen Kissen der Sozialen Marktwirtschaft mit sehr viel Sympathie diese Experimente beobachtet und gestützt haben, ohne es eigentlich nötig zu haben, und an dieser Stelle scheint die SPD besonders aktiv gewesen zu sein. Es hat nichts mit einer politischen Schlamm-schlacht zu tun, wenn ich sehr genau wissen möchte, ob meine Familie und ich, ob meine Freunde, ob 17 Millionen DDR-Bürger politische Verfügungsmasse in einem politischen Spiel gewesen sind, in dem man die DDR-Staatsbürgerschaft anerkennen

wollte; denn was das für jeden einzelnen von uns bedeutet hätte, ist, glaube ich, jedem klar.'

(Beifall)

So sehr es auch ein Glück bedeutet, in einem Land freiheitlich-demokratischer Ordnung geboren zu sein, so deutlich müssen wir fragen, ob sich dieses Land Politiker leisten kann, bei denen die Erfahrung von Freiheit zur Fahrlässigkeit im Umgang damit führt.

Nun aber einiges zu unserer eigenen Partei: In Dresden, in dem Erich Kästner großgeworden ist, sind die Sätze geschrieben worden: Wir wollen, daß es sich ändert; wir wollen aber nicht, daß wir uns ändern. - Ich will uns mit diesen Dichterworten auch in der kurzen verfügbaren Zeit einmal einen Spiegel vorhalten. In unserem Programm, das wir morgen beschließen werden, wird von einer gewissen Tendenz zur Verfestigung von Strukturen und zur Ritualisierung von Entscheidungsvorgängen in gesellschaftlichen Organisation gesprochen. Ich denke, auch die CDU ist davon nicht frei. Wenn ich lese, daß die sachlich-ethisch verantwortbare Entscheidung selbstverständlich wichtiger sei als der Gewinn von Gremienmehrheiten und Machtpositionen, so ist das, wenn wir es nicht selbst in unserer täglichen Arbeit spüren und für andere erlebbar machen, eine nicht hinzunehmende Beschönigung.

Wir haben eine Programmkommission für dieses Programm von morgen. Meine Frage ist, ob wir nicht ab und zu auch einmal eine Kontrollkommission für unsere Programmatik brauchen.

(Beifall)

Denn ich glaube schon: Wir müssen uns ändern, wenn wir wollen, daß es sich ändert, wenn wir wollen, daß CDU-Politik an der Basis nicht als verordnete Politik empfunden wird, und wenn wir wollen, daß man uns glaubt, daß die sachlich-ethisch verantwortbaren Entscheidungen wichtiger sind als Gremienmehrheiten und Machtpositionen.

Wir dürfen nicht innerparteiliche Diskussionen fordern und gleichzeitig von Abweichlern reden, nicht Besitzstände verteidigen und gleichzeitig Opfer einfordern. Ich glaube, daß die ungeheure personelle und programmatische Breite der CDU gleichzeitig auch unser Reichtum und unser Kraftquell ist.

(Beifall)

Sie machen nämlich eines nach außen ganz klar: Wir sind keine auf ein enges Ziel verengte Lobbypartei. Ich wünsche mir, daß wir uns zusammensetzen, um uns auseinanderzusetzen. Wir setzen uns manchmal viel zu sehr zusammen, ohne uns auseinanderzusetzen, und wir setzen uns manchmal auseinander, ohne vorher zusammengesessen zu haben.

(Beifall)

Liebe Freunde, 80 % unserer Probleme sind hausgemacht. Sie haben etwas mit Personalquerelen zu tun, die nicht mit der politischen Gesamtschau zusammenhängen, sondern mit Individualinteressen. Ich glaube, an dieser Stelle haben wir zu arbeiten.

Was ich nicht verstehe, ist die teilweise verbreitete Untergangsstimmung. Die CDU hat sich - Helmut Kohl hat das deutlich gemacht - für dieses Volk eingesetzt, konstruktiv und den Erfordernissen entsprechend. Ist denn nicht der beste Beweis

dafür die pirouettenhafte Annäherung der Opposition in all den wichtigen Fragen? Ich denke an die Asylgesetzgebung, an die innere Sicherheit und an den kürzlich von der SPD bekundeten Willen zu Privatisierung und Deregulierung. Es fehlt ja nur noch, daß Scharping und Lafontaine den Wertewandel proklamieren. Was wir den Leuten sagen müssen, ist: Wenn ihr wählt, dann entscheidet euch, ob ihr das Original haben wollt oder eine Kopie, die, je näher sie an die Basis rückt, immer schwächer wird.

(Beifall)

Wir atmen momentan alle sehr kurz. Ein Bauer, der jeden Morgen wieder die Kartoffeln ausgräbt, um zu sehen, ob sie keimen, wird im Herbst nicht ernten.

(Beifall)

Von daher brauchen wir einen etwas längeren Atem, denn ich glaube, wir wollen doch alle zusammen im Herbst die Ernte in die Scheuer einfahren. - Vielen Dank.

(Beifall)

Annemarie Engelhardt, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Minister! - Ich rufe auf die Bundesvorsitzende des RCDS, Tamara Zieschang.

Tamara Zieschang: Frau Tagungspräsidentin! Sehr verehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Die Aufregung der großen Parteien im Vorfeld des Wahlmarathons wirkt auf einen Studentenverband wie uns im Ring Christlich-Demokratischer Studenten merkwürdig, stellen wir uns doch jährlich den Wahlen zum Studentenparlament und zu den Fachschaften. Der heiße Wahlkampf steht für uns ein- bis zweimal pro Jahr auf der Tagesordnung. Es besteht aber kein Zweifel daran, daß das bereits angebrochene Wahljahr 1994 Thema vieler Diskussionen in Hörsälen und Mensen ist.

Was erwarten junge Menschen von einer Partei, die sich für weitere vier Jahre der Regierungsverantwortung stellen will? Ich will versuchen, diese Frage mit drei Leitsätzen zu beantworten.

Erstens: Keine Denkverbote, sondern Mut zum Umdenken. In der aktuellen wirtschaftlichen Situation erwarten junge Menschen, daß Tabus aufgebrochen werden. Dazu zählt an erster Stelle die Subventionspolitik. Subventionen können zwar kurzfristig stabilisierend wirken; mittelfristig schädigen sie aber die Gesamtwirtschaft, denn durch Subventionen wird der Wettbewerb verzerrt und damit die Wettbewerbsfähigkeit überlebensfähiger Branchen verhindert. Subventionen erhalten keine Arbeitsplätze; sie verhindern nur die Entstehung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze. Heute muß deshalb der Weg für neue exportfähige Produkte freigemacht werden.

Meine Damen und Herren, die dritte industrielle Revolution darf nicht vor Deutschlands Toren haltmachen. Der Dienstleistungssektor muß ausgebaut werden und der Wandel vom Low-Tech- zum High-Tech-Standort muß vollzogen werden. Das heißt, heute sind Wirtschaft und Politik mehr denn je gefordert, die Budgets für Forschung und Entwicklung aufzustocken. Ziel muß die Investition in Forschung und in Köpfe sein, nicht eine Erhöhung des Kohlepfennigs. Nicht eine Politik aus dem Geschenkkarton, sondern Technologie- und Innovationsförderung ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Sanierung des Standorts Deutschland. Hier muß sich die CDU endlich das zu eigen machen, was Sie, Herr Ministerpräsident Teufel, in der Standortdiskussion dankenswerterweise vorausgedacht haben.

Eine Politik ohne Bart, das heißt: Alte Zöpfe müssen fallen. Dies gilt nicht nur für die Subventionspolitik, sondern auch für die Rentendiskussion. Es ist gerade zwei Jahre her, daß die letzte Rentenreform verabschiedet wurde, aber schon mehrten sich kritische Stimmen, die zu Recht angesichts der demographischen Entwicklung den Kollaps des Rentensystems vorhersehen. Die Diskussion über einen Umbau des Rentensystems darf nicht zum Tabu erklärt werden; Denkverbote sind hier fehl am Platze.

Sicherlich darf mit den Ängsten älterer Menschen im Hinblick auf ihre Rente nicht gespielt werden, aber spielen Sie bitte auch nicht mit den Ängsten junger Menschen. Eine Politik, die sich ausschließlich an den Bedürfnissen der über 60jährigen orientiert, ist für junge Menschen nicht akzeptabel.

(Beifall)

Junge Menschen erwarten von der Politik langfristiges Denken, nicht ein kurzfristiges Schielen auf die kommenden Wahlen.

Eine junge Generation fühlt sich nicht mehr durch eine Politik vertreten, die ihr kaum mehr zumutbare Lasten aufbürdet; vielmehr erwarten wir die Solidarität mit der jüngeren Generation, zumal sie auch von uns eingefordert wird. Das heißt auch: Wir erwarten Mut zum Umdenken.

Zweitens: Keine Eiertänze, sondern Mut zur Gradlinigkeit. Es gäbe viele Beispiele, die belegen, wie politische Vorschläge heute als Allheilmittel gefeiert und morgen als Schnapsidee abgetan werden. Als Vorsitzende des RCDS will ich zunächst zwei Beispiele herausgreifen, die uns Studenten betreffen. Es ist ein Eiertanz, wenn 1992 bei der Reform der Juristenausbildung die Abschaffung der Zwischenprüfung vom Bundestag beschlossen wird und 1994 im Rahmen der Novellierung des BAföG von der Bundesregierung Leistungsnachweise nach dem zweiten Semester eingefordert werden.

(Zustimmung)

Durch solche Vorschläge erweckt die Politik den Eindruck, daß die eine Hand nicht weiß, was die andere morgen macht. So sinnvoll und wünschenswert der Versuch auch ist, Sozialmißbrauch im Bereich des BAföG zu unterbinden, so ungeeignet erscheint diese Maßnahme.

Auf mehr Verständnis wäre bei Studenten der Vorschlag gestoßen, das BAföG bis zum vierten Semester generell als Vollدارlehen und ab dem vierten Semester als Vollzuschuß zu gewähren. Für den normalen BAföG-Empfänger würden sich dadurch keine Veränderungen ergeben, aber mögliche Sozialschnorrer, die BAföG erhalten, obwohl sie keinen Studienabschluß anstreben, müßten dann nach vier Semestern alles zurückzahlen.

Diese Maßnahme würde zum einen Sozialmißbrauch unterbinden, und zum anderen hätte die Politik konsequentes Handeln unter Beweis stellen können. Hier wurde eine Chance verpaßt.

Ähnlich stellt sich das auch in einem anderen Bereich dar. Die Ansprachen zum Jahr der Familie sind kaum verklungen, da entpuppen sie sich schon als rhetorische Pflichtübungen. Denn derzeit wird laut darüber nachgedacht, Kindergeld und Ausbildungsfreibeträge an Leistungsnachweise zu koppeln. In Zukunft könnten also Eltern

kein Kindergeld und keine Ausbildungsfreibeträge mehr erhalten, obwohl ihr Kind einen einklagbaren Unterhaltsanspruch ihnen gegenüber geltend machen kann.

Das ist eine paradoxe Situation, die mit dem Ziel der Förderung der Familie wenig zu tun hat. Hier sollte die CDU ihre Politik noch einmal überdenken und ihre Glaubwürdigkeit unter Beweis stellen.

Glaubwürdigkeit und Gradlinigkeit müssen über den hochschulpolitischen Bereich hinaus bewiesen werden. Denn es ist ein Eiertanz, wenn man sich über das mangelnde Engagement junger Menschen in der Gesellschaft beklagt und gleichzeitig die Spielräume für Entfaltung und Kreativität junger Menschen immer weiter einschränkt.

Die wachsende Staatsverschuldung schränkt die fiskalische Handlungsfähigkeit immer weiter ein, so daß kaum noch Geld für zukunftsweisende Investitionen zur Verfügung steht. Alles in allem werden uns, der jüngeren Generation, durch die Staatsverschuldung, wie aber auch durch die Umweltbelastung unzumutbare Lasten aufgebürdet.

Die Zukunft unserer Generation, der jungen Generation, wird hier bedenkenlos verfrühstückt. Aber dies scheint nicht auszureichen, wenn man die Forderungen nach der Einführung eines sozialen Pflichtjahres für alle immer wieder ertönen hört.

Was wird hier mit dem Leben junger Menschen gemacht, wenn soziales Engagement staatlich verordnet wird. Wie ist überhaupt die Forderung nach kürzeren Ausbildungszeiten mit dieser Maßnahme in Einklang zu bringen? Wer studiert und nach seinem Hochschulabschluß beruflich tätig wird und eine Familie gründet, leistet auch einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft, aber das wird leider allzu häufig vergessen.

Vergessen wird augenscheinlich auch, was jungen Frauen mit der Einführung eines sozialen Pflichtjahres aufgebürdet wird. Die Kinderlosigkeit scheint zum Leitbild dieser Gesellschaft deklariert zu werden.

Drittens: Keine Palaverpolitik, sondern Mut zum Handeln. Das Motto „Taten statt Worte“ kann man fast schon nicht mehr hören. Trotzdem erwarten junge Menschen, daß zumindest ein Bruchteil dessen, was unser politisches und gesellschaftliches Führungspersonal bei jeder Gelegenheit an Wegweisendem von sich gibt, in konsequentes und widerspruchsfreies Handeln umgesetzt wird.

Das ist heute um so wichtiger, wenn wir unserer Probleme noch Herr werden wollen. Nicht die Tyrannei des status quo, sondern der Mut zum entschlossenen Handeln muß Leitbild der Politik der CDU sein. - Vielen Dank.

(Beifall)

Annemarie Engelhardt, Tagungspräsidium: Danke schön. Meine Damen und Herren, im Sinne eines zügigen Fortgangs, darf ich folgende Delegierte bitten, sich in die Nähe des Rednerpults zu begeben: Herrn Marcus Ostermann, Bundesvorsitzender der Schülerunion, Frau Ursula Körtner aus Niedersachsen und Herrn Klaus Escher aus dem Bundesvorstand der Jungen Union. - Das Wort hat jetzt Klaus Herrmann aus Baden-Württemberg.

Klaus Herrmann: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben in den letzten Jahren auf Parteitagen viel über Parteireformen diskutiert und dabei die Mitwirkung und Mitarbeit der Basis eingefordert. Ich bin jetzt seit einigen Jahren

Delegierter beim Bundesparteitag und muß feststellen, daß bei dem hier praktizierten Verfahren eine wirkungsvolle Mitgestaltung kaum möglich ist.

(Beifall)

Hier wird bei der Beratung von Leitträgen in allen Fällen über ein Votum der Antragskommission zu jeder Ziffer abgestimmt. Damit werden zum Teil 50 bis 60 Anträge im Paket erledigt. Dabei ist es eigentlich unmöglich, einzelne Veränderungen gegen das Gesamtvotum der Antragskommission durchzubringen.

Deshalb meine Bitte: Lassen Sie morgen bei wichtigen, zentralen Punkten Einzelabstimmungen über Anträge zu. Mit etwas gutem Willen der Antragskommission, Herr Vorsitzender Hintze, und des Tagungspräsidiums ist es möglich, daß wir auch dann im vorgesehenen Zeitrahmen unser Pensum schaffen.

Hierbei besteht zwar die Gefahr, daß die Delegierten einmal etwas beschließen, was die Antragskommission nicht will, aber ich glaube, das ist kein Schaden für die Partei. Ich sage das heute bewußt in der allgemeinen Aussprache, weil wir unseren Worten über mehr Parteitagsdemokratie gerade auch morgen beim Grundsatzprogramm Taten folgen lassen können.

Herr Bundeskanzler und Herr Generalsekretär, Sie sind langjährige, erfahrene Parteitagsstrategen. Sie haben sich sicher früher auch manchmal geärgert, daß immer nur im Paket abgestimmt wurde. Wir Jüngeren und auch viele andere Delegierte zählen morgen auf Sie.

Wenn wir am Mittwoch nachmittag nach Hause fahren, dann wollen wir das in dem Bewußtsein tun, daß wir wirklich etwas am Grundsatzprogramm mitbewegt haben und nicht nur die Empfehlung einer übermächtigen Antragskommission abgesegnet haben.

(Beifall)

Prof. Dr. Günter Rinsche, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Das Wort hat Marcus Ostermann, Jugend und Politik, Schülerunion. - Danach spricht Frau Ursula Körtner.

Marcus Ostermann: Verehrter Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir sind hier heute in einer Stadt zusammengekommen, um ein Grundsatzprogramm zu diskutieren. Der Anteil der CDU bei den jungen Menschen zwischen 18 und 30 Jahren lag bei der letzten Bürgerschaftswahl, der Landtagswahl um die 11 %, der Anteil der Grünen betrug 25 %. Sie waren fast doppelt so stark wie wir.

Ich trage in mir etwas die Befürchtung, daß die CDU immer weniger für Jugendliche attraktiv sein könnte. Wir als Schülerunion möchten, daß sich die Jugend wieder mehr mit der CDU identifizieren kann, so wie ich persönlich das kann, und daß die CDU auch die richtige Partei für junge Menschen ist.

Das müssen wir klar machen, denn es nützt nichts, wenn wir uns hier treffen, uns alle einig sind, wie geschlossen wir stehen und draußen bei den jungen Menschen in diesem Land diese Nachricht nicht ankommt. Sicherlich gibt es gute Ansätze. Ich denke gerade an Kandidaten wie Christian Wulff, Stefan Schwarz, aber gerade auch der Umgang mit letzterem zeigt, wie die Öffentlichkeit auf solche Dinge reagiert.

Objektive Zusammenhänge spielen gar nicht die entscheidende Rolle. Es ist die Frage, wie die jungen Menschen in diesem Land solche Botschaften aufnehmen. Ich

halte nicht viel von derartigem Gejammer. Mir ist es wichtiger, daß wir entscheiden, uns 1994 zusammzusetzen und gemeinsam, Junge und Alte, in der Partei 1994 wieder Helmut Kohl zum Bundeskanzler zu machen.

Ich erlaube mir, Ihnen vielleicht eine kleine Anregung mit auf den Weg zu geben, was junge Menschen in diesem Lande wollen. Ich glaube, ich bin vielleicht der jüngste Redner hier. Ich bin auch ein Vertreter der Generation unter 20. Das sind Wähler, die morgen und übermorgen Politik machen wollen.

Wir jungen Menschen wollen klare Worte, wir wollen Probleme, die uns betreffen, konkret angesprochen sehen. Wir können auch einmal vertragen, daß ein Politiker paßt, anstatt daß viel heiße Luft geredet wird. Politik muß wieder klarer und durchsichtiger gemacht werden. Wir müssen uns auf einige Themen für 1994 einigen.

Es kann nicht sein, daß jede Woche eine andere Sau durchs Dorf gejagt wird, und die Leute nicht mehr wissen, wo der Ball langrollt.

(Beifall)

Meine Botschaft an Sie soll sein, Politik wieder ehrlicher und vor allem transparenter zu gestalten. Ich hätte das alles bestimmt nicht erwähnt, wenn ich nicht der Meinung wäre, daß wir die Chancen haben, die Jugend noch ansprechen zu können. Ich möchte, daß die CDU auch in Zukunft die große Volkspartei der Mitte bleibt. Ich glaube, daß wir auch die Möglichkeit dazu haben.

Die Rede des Bundeskanzlers, Dr. Helmut Kohl, hat meiner Meinung nach den richtigen Umschwung in die richtige Richtung bewirkt. Ich glaube, daß wir es gemeinsam packen können. Vergessen wir aber dabei bitte nicht die jungen Leute. - Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall)

Prof. Dr. Günter Rinsche, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Marcus Ostermann. Das Wort hat Frau Ursula Körtner aus Niedersachsen.

Ursula Körtner: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreunde! Wenn ich mich hier so umsehe, dann stelle ich fest, es sieht aus wie im Deutschen Bundestag: leere Bänke, leere Reihen. Aber wenigstens geht die Mikrofonanlage.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, ich freue mich, daß Sie wieder da sind. Denn Sie haben eine Rede gehalten, mit der ich mich in vielen Teilen einverstanden erklären kann und hinter der ich voll stehe. Aber es gibt auch Teile - und dafür stehe ich hier -, bei denen muß ich Ihnen widersprechen.

Sie haben sehr richtig gesagt: Wer nichts tut, kann auch keine Fehler machen. Aber Herr Bundeskanzler, wenn man einsieht, daß man Fehler gemacht hat, muß man auch bereit sein, diese Fehler zu korrigieren. Ich frage Sie, Herr Bundeskanzler: Kann es sich dieser 5. Parteitag der CDU wirklich leisten, im Superwahljahr 1994 zu einem für Millionen von Menschen existenziell wichtigen und zu einem für diese Partei erheblich wahlentscheidenden Thema überhaupt nichts zu sagen, ja nicht einmal einen Antrag einzubringen?

1,1 Millionen Arbeitnehmer im Baugewerbe und ihre Familienangehörigen, Hunderte von kleinen und mittleren Betrieben werden durch Ihre Neuregelung im Bereich des Schlechtwettergeldes in Existenznot - nicht in Existenzbedrängnis, sondern in Existenznot - gebracht. Die SPD und die IG Bau planen einen gemeinsamen Wahlkampf,

eine Wahlkampfgroßkampagne, und lachen sich über uns, die CDU, krank, weil wir der beste Wahlhelfer der SPD werden.

Herr Bundeskanzler, die SPD hat die Argumente auf ihrer Seite. Das ist leider eine Tatsache. Wir können diese Regelung nicht als Sparmaßnahme verkaufen, weil sie tatsächlich keine solche ist. Das Gegenteil ist der Fall. Das weiß draußen in der Bevölkerung jeder. Die Leute können eins und eins zusammenzählen. Diese Sparversion nimmt Ihnen niemand mehr ab.

Herr Bundeskanzler, wir reden auf unseren Parteitag immer wieder - wir tun es ja auch heute - von Arbeitsplatzsicherung. Wir reden von der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und bringen mit derartigen Schnellschüssen eine Schlüsselbranche, die für die Sicherung des Wirtschaftsstandorts von großer Bedeutung ist, in die größte Krise der Nachkriegszeit. Es wird nicht die großen Betriebe treffen, Herr Bundeskanzler, sondern es wird die kleinen, die mittleren Betriebe treffen. Wir haben ein Mittelstandsprogramm aufgestellt; wir wollen gerade diese Betriebe stärken. Sie haben heute in Ihrer Grundsatzrede erklärt: Der Mittelstand ist der Motor unserer Wirtschaft.

Herr Bundeskanzler, wir können hier noch soviel beschließen und noch so viel und schön reden: Wir werden von den Menschen draußen daran gemessen, was wir tun. Was tun wir denn in dieser Frage? Wenn das Wetter in den Monaten März und November dieses Jahres schlecht ist - das können Sie, Herr Bundeskanzler, und das kann auch der Herr Blüm nicht beeinflussen -, dann stehen Hunderttausende von Arbeitnehmern im Baugewerbe ohne jeden Pfennig Lohn, ohne jeden Schutz da. Sie bekommen kein Arbeitslosengeld, sie bekommen kein Kurzarbeitergeld, sie bekommen keine Sozialhilfe. Wenn nicht gearbeitet werden kann, bekommen diese Leute kein Geld. Herr Bundeskanzler, diese Menschen haben Familien zu unterhalten. Sie haben keine Rücklagen; sie haben kein „dickes Bankkonto“, um schlechte Zeiten zu überbrücken. Sie haben Verpflichtungen: Sie müssen ihre Miete bezahlen, und sie müssen ihre Familien unterhalten.

Herr Bundeskanzler Kohl, diese Menschen haben der CDU vertraut. Viele von ihnen - das kann ich Ihnen versichern - waren bisher gute und treue CDU-Wähler. Aber, meine Damen und Herren, damit noch nicht genug: Wenn die CDU etwas tut, dann macht sie das auch gründlich. In den Schlechtwettermonaten, die noch übriggeblieben sind - das sind der Dezember, der Januar und der Februar -, bekommen die Arbeitnehmer vom Bau, wenn sie witterungsbedingt nicht arbeiten können, nach Ihrer neuen Regelung nur noch 54 % ihres Normallohnes. Wenn diese Menschen aber arbeitslos würden, dann bekämen sie 62 % ihres bisherigen Lohnes. Und was sagt die CDU immer wieder? „Arbeit muß sich lohnen.“ - Wo lohnt sich die Arbeit? Diese Leute werden dafür bestraft, daß sie arbeiten; diese Leute werden dafür bestraft, daß sie am Bau arbeiten.

Meine Damen und Herren, was ist denn das Ergebnis? Herr Blüm ist in seiner Argumentation immer sehr fachmännisch; aber er geht auch häufig haarscharf an den Tatsachen vorbei. Gerade in den kleinen Baubetrieben häufen sich die Kündigungen gerade jüngerer Facharbeiter, die wir am Bau behalten wollen. Sie sagen: Wir möchten gern dort arbeiten, aber wir können es nicht; wir können es unseren Familien nicht zumuten. Herr Blüm, diese Leute gehen weg vom Bau. Sie sind Fachkräfte, sie sind gut ausgebildet. Ich will Ihnen nur sagen, was es bedeutet, wenn man am Bau mit fachfremden Leuten arbeiten muß: Dann wird die Arbeit am Bau teuer. Dann wird

es Luxus werden zu bauen, und alle Steuerzahler werden die daraus entstehenden Mehrkosten bezahlen müssen.

Herr Blüm, ich frage Sie auch: Wissen Sie eigentlich, was Sie damit einer ganzen Branche angetan haben; einer Branche, die jahrzehntelang um Fachkräfte, um Nachwuchs geworben hat und die Jahrzehnte gebraucht hat, um das Image des Saisonbetriebes wieder loszuwerden?

Herr Bundeskanzler, ich bitte Sie, ich beschwöre Sie wirklich: Lassen Sie diese Partei nicht ins offene Messer laufen! Die IG Bau - Sie wissen das - hat einen Musterprozeß angekündigt. Die Auswirkungen werden exakt vor der Bundestagswahl zum Tragen kommen. Was, glauben Sie, passiert, wenn die Klage Erfolg hat? Dann müssen die Arbeitsämter die Lohnkosten für die Monate März und November voll übernehmen, und was das bedeutet, Herr Blüm, wissen Sie sicher besser als ich.

Herr Bundeskanzler, ich bitte Sie: Setzen Sie auf diesem Parteitag ein Zeichen! Setzen Sie die Übergangsregelungen beim Schlechtwettergeld wenigstens bis einschließlich März 1995 aus! Geben Sie den Tarifpartnern damit Zeit, Vorschläge zu erarbeiten! Damit helfen Sie erstens den Menschen und nehmen zweitens der SPD und der IG Bau den Wind aus den Segeln. Sie hätten damit auch sämtliche Baugewerbeverbände und sämtliche kleinen Firmen auf Ihrer Seite. Ich bitte auch Sie, meine lieben Parteifreunde, denn Sie sind der Souverän dieser Partei: Machen Sie bei einer solch unsozialen Regelung nicht mit! Es ist eine parteischädigende Regelung. Es muß in dieser Partei auch möglich sein, eine Entscheidung von unten nach oben zu korrigieren und nicht immer nur das zu „fressen“, was uns vorgekaut wird.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, ich spreche Sie jetzt an: Lassen Sie nicht zu, daß solche Entscheidungen getroffen werden! Sie helfen damit erstens dieser Partei und zweitens diesem Bundeskanzler. Ich denke, daß manche Leute manchmal auch zu ihrem Glück gezwungen werden müssen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Günter Rinsche, Tagungspräsidium: Das waren direkte Fragen an Norbert Blüm, und nun kommen die direkten Antworten von Norbert Blüm.

Dr. Norbert Blüm: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich finde es sehr gut, daß sich eine Frau, Frau Körtner, für die Maurer einsetzt.

(Beifall)

So stelle ich mir überhaupt eine Volkspartei vor. So stelle ich mir überhaupt das Verhältnis von Männern und Frauen vor. Ich finde es gut, daß Männer Frauenthemen aufgreifen und daß Frauen auch Themen hier vor dem Parteitag vortragen, die eine so hart schaffende Arbeiterschaft wie die Maurer beschäftigt.

Im übrigen, Frau Körtner, das haben wir schon auf dem Parteitag im Oktober besprochen. Es wird hier nicht zum erstenmal erörtert. Es gibt gute Argumente; Sie haben gute vorgetragen. Ich nenne Ihnen jetzt die Gegenargumente. Es sind nicht nur die Baubetriebe, die unter Witterungseinflüssen leiden. Betroffen ist auch die Landwirtschaft, der Verkehr, die Binnenschifffahrt. In diesen Bereichen hat es noch nie Schlechtwettergeld gegeben. Ist es nicht vielleicht vernünftiger, wenn die Tarifpartner untereinander ein Jahresarbeitsentgelt vereinbaren und dann auch dafür

sorgen, daß das ganze Jahr über gearbeitet wird? Wenn in Schweden - verehrte Parteifreundin, Schweden liegt bekanntlich nicht südlich, sondern nördlich von uns - das ganze Jahr durchgebaut wird, natürlich mit Winterbauförderung, dann muß das in Deutschland auch möglich sein.

Das Schlechtwettergeld ist nicht die beste aller Erfindungen. Die Maurer verlieren 23 % an Einkommen, trotz Schlechtwettergeldes. Folgendes wäre sehr viel vernünftiger: erstens Winterbauförderung und zweitens ein Jahresarbeitsentgelt. Ich habe nie eingesehen, wieso die Maurer im Sommer, wenn die Sonne scheint, dieselbe Wochenarbeitszeit haben wie im Winter, wenn sie sich die Knochen blaufrisieren. Das vermag ich nicht einzusehen.

(Beifall)

Es handelt sich in der Tat um eine klassische Form von Beitragssubvention. Wenn wir Geld zuviel hätten, liebe Frau Körtner, dann könnte man ja darüber reden. Aber das Geld brauchen wir eher, um mehr Arbeit für diejenigen zu schaffen, die draußen sind. Ich halte es für möglich - neben Ihnen sitzt ja ein Tarifpartner -, daß die Tarifpartner dieses Problem unter sich - ohne staatliche Hilfe - mit einer Umlage lösen.

Ich will darauf hinweisen, daß das Baugewerbe nicht das Gewerbe ist, das in dieser Zeit am meisten Not leidet.

Deshalb laßt uns gemeinsam dafür eintreten, daß es das ganze Jahr über Beschäftigung gibt. Dann brauchen wir kein Schlechtwettergeld. Winterbauförderung und vernünftige Tarifverträge, die ein Jahresentgelt vereinbaren, halte ich für besser, als immer nach dem Staat und nach der Bundesanstalt für Arbeit zu rufen.

(Beifall)

Prof. Dr. Günter Rinsche, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Norbert Blüm. - Als nächster spricht Klaus Escher, Bundesvorstand der Jungen Union.

Klaus Escher: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute einen kämpferischen Helmut Kohl erlebt. Ich glaube, daß es der Partei gutgetan hat, zeigen zu können, daß sie in diesem Wahlkampf hinter Helmut Kohl steht und daß sie die Hände nicht nur zum Beifall rührt, sondern auch zum Wahlkampf, wenn wir in die Kreisverbände zurückgehen.

Es hat gutgetan zu zeigen, daß der vermutliche Kanzlerkandidat der SPD - man weiß es bei denen nicht so genau, je nachdem, wo noch ein Untersuchungsausschuß stattfindet - mit der Spritzigkeit einer seit drei Tagen geöffneten Mineralwasserflasche Politik zu machen versucht. Wir hingegen haben gezeigt, daß der Amtsinhaber an Dynamik bei weitem überlegen ist.

(Vereinzelt Beifall)

Mir hat, Herr Bundeskanzler, wenn ich das direkt sagen darf, die Außenpolitik besonders gut gefallen. Denn wir können den Unterschied zwischen sozialdemokratischer und christdemokratischer Politik an nichts anderem so gut deutlich machen wie an der Frage, wie wir uns der Verantwortung Deutschlands in der Welt stellen. Rudolf Scharpings Motto in der Außenpolitik ist: Die Verbündeten ziehen nach Somalia, die Genossen ziehen nach Karlsruhe. Das ist die Alternative, die sich in der Außenpolitik stellt.

(Vereinzelt Beifall)

Aber da dies ein Parteitag der CDU ist, ist es auch wichtig, bei den verbündeten Parteien - ich meine insbesondere die Christlich-Soziale Union - nachzufragen, ob dort noch alle Tassen im Schrank sind. Wenn ich mir eine lange Karriere wie die des Max Streibl, des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten, ansehe, dann muß ich fragen: Welcher Teufel reitet diesen Mann, daß er sich mit Schönhuber zum Kaffee trifft?

(Beifall)

Das hat der CDU sehr geschadet, der CSU ebenfalls. Wer sich mit Schönhuber zum Kaffee trifft, kann auch mit Gregor Gysi in die Sauna gehen. Das ist nämlich die Kehrseite. Wir lehnen sowohl rechts- als auch linksradikale Parteien ab. Max Streibl schadet den Wahlaussichten der Christlich-Sozialen und der Christlich Demokratischen Union im Jahre 1994.

(Vereinzelt Beifall)

Ebenso schadet derjenige, der Helmut Kohl in Sachen Europapolitik vorwirft, er sei ein Illusionist. Wer das tut und sagt, Bundeskanzler Helmut Kohls Europapolitik sei eine Politik, die einer Illusion hinterherläuft, der entpuppt sich als ein bayerischer Provinzialist. Ich glaube, auch das ist eine wichtige Aussage.

(Vereinzelt Beifall)

Ich darf noch einige Dinge erwähnen, die diese Partei, uns, betreffen. Ich glaube, Herr Bundeskanzler und Parteivorsitzender, der Optimismus, den Sie verbreitet haben, ist gut. Aber Realismus ist ebenfalls ein guter Ratgeber. Der Wahlkampf in den nächsten Wochen und Monaten ist mit Optimismus allein nicht zu bestreiten. Die Situation ist sehr schwierig. Deswegen dürfen wir vor die Wählerinnen und Wähler nicht mit der Mentalität treten: Wir schaffen das schon; alles, was sich als Hindernis auftut, wird aus dem Weg geräumt. Vielmehr müssen wir auch bereit sein, über unsere eigenen Fehler zu reden. Das ist das, was wir wollen: einen Realismus und nicht einen Optimismus um jeden Preis.

Ein letzter Satz: zur Geschlossenheit. Geschlossenheit einzufordern ist richtig. Diese Partei will auch geschlossen hinter Bundeskanzler Helmut Kohl in den Wahlkampf ziehen. Aber Geschlossenheit hat eine Voraussetzung und hängt mit etwas anderem zusammen, nämlich mit dem Führungsstil. Wenn Geschlossenheit eingefordert werden soll, hat das den Preis eines kommunikativen Führungsstils. Das heißt, Entscheidungen müssen so getroffen werden, daß der Pluralismus in der Partei nicht nur formal vorhanden ist, sondern daß er sich auf die politischen Entscheidungen auch auswirkt. Herr Bundeskanzler, Geschlossenheit ist gut. Kommunikativer Führungsstil, der möglichst viele auch kritische Geister einbindet, ist noch besser. In diesem Sinne sollte sich die Partei weiterentwickeln.

(Beifall)

Prof. Dr. Günter Rinsche, Tagungspräsidium: Danke schön. - Das Wort hat Rainer Eppelmann.

Rainer Eppelmann: Herr Präsident! Verehrter Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wage etwas, was ich als Pfarrer nie gewagt habe. Ich wage eine Prognose, indem ich sage: Entgegen mancher Prophezeiung, entgegen mancher

Angst - unser Bundesparteitag in Hamburg wird nicht als Krematorium in die Geschichte eingehen, sondern als Tankstelle.

(Beifall)

Diese Einschätzung macht mir Mut, an einen Zeitpunkt zu erinnern - ich freue mich darüber, daß das andere vor mir auch schon getan haben -, der inzwischen fast vier Jahre zurückliegt. Es sagte damals jemand von uns - wie ich finde, zu Recht -, wir seien das glücklichste Volk der Welt. Damals habe ich bei vielen Menschen Tränen in den Augen gesehen. Auch mir ging es so. Heute sehe ich wieder Tränen. Ich habe den Eindruck, die Tränen heute wie die damals - das haben Tränen so an sich - verschleiern uns ein wenig den Blick. Damals haben sie uns die Größe der Aufgabe zu klein und unsere eigenen Kräfte und Möglichkeiten zu groß sehen lassen. Die Tränen heute allerdings bewirken offensichtlich bei vielen Menschen fast ein Stadium von Blindheit.

Ich nehme ein Wort auf, das dem Kanzler immer wieder mit Wonne um die Ohren gehauen wird: das von den blühenden Landschaften. Das wird kritisch und höhnisch angesprochen, damit soll offensichtlich ausgedrückt werden, daß diejenigen von uns, die aus den neuen Bundesländern kommen, als Wüstenbewohner bezeichnet werden müßten, da es keine blühenden Landschaften gibt. Da frage ich mich: Wo gucken die Leute hin?

(Beifall)

Ich weiß nicht, ob es jemanden gibt, der sagen kann, wie viele Dächer in den letzten drei Jahren neu gedeckt worden sind, wie viele Häuser eine Be- und Entwässerung neu bekommen haben, wie viele Häuser überhaupt eine Chance bekommen haben, daß sie noch stehen bzw. daß sie wieder bewohnbar sind, wie viele Bäder eingebaut und gefliest worden sind,

(Beifall)

wie viele Autobahnen, wie viele Bundesstraßen neu gebaut, wie viele Kilometer Telefonleitungen verlegt worden sind.

Ich habe mir sagen lassen: In den letzten dreieinhalb Jahren - das kann man auch in Monaten ausrechnen und kommt dabei auf eine Zahl, die der Anzahl der Jahre entspricht, die die DDR existiert hat - sind über 3 Millionen Telefonanschlüsse gelegt worden. Von 1889 bis 1989 - darin sind die 45 Jahre DDR enthalten - sind es höchstens 1,6 Millionen gewesen.

Wer hat daran schuld - das sei meine nächste Frage -, wenn wir in den neuen Bundesländern 17 Millionen Kilometer Telefonleitungen verlegen müssen, bis das Netz dort so dicht sein wird, wie ihr es schon lange habt? Helmut Kohl oder Berndt Seite? Nicht einmal Manfred Stolpe hat daran schuld. Wenn man es an Namen festmachen will, dann sind das doch wohl die Ulbrichts, die Honeckers, die Mielkes und die SED. Das wollen wir bitte nicht vergessen.

(Beifall)

Ich kann verstehen, daß die anderen nicht von unseren guten Taten reden. Das würden wir vielleicht auch nicht machen, wenn wir in der Opposition wären. Darum laßt uns ein Wort unseres Freundes Norbert Blüm beherzigen. Er sagt immer wieder: Gutes tun und davon reden. Ich kann nur sagen: Wir haben viel Gutes getan. Wir

wären dumm, wenn wir davon nicht immer wieder reden würden. Ich kann die Tränen verstehen: in einer Zeit, wo sich manche Hoffnung nicht erfüllt hat, wo wir feststellen, der Weg ist länger und komplizierter; so mancher Wunsch wird vielleicht überhaupt nicht in Erfüllung gehen, auch nicht für Rheinland-Pfälzer und Baden-Württemberger.

Deswegen kann ich die Traurigkeit verstehen. Sie darf uns aber doch nicht dazu verführen, daß wir nur das sehen, was wir noch nicht erreicht haben. Wir müssen vielmehr auch das sehen, was wir geschaffen haben. Brauchen wir dazu die Österreicher und die Niederländer, die uns sagen, was wir in den letzten dreieinhalb Jahren geschaffen haben? Ich glaube, das können wir auch alleine feststellen.

Wer Wahlen gewinnen will, liebe Parteifreunde, und zwar nicht nur mit einem guten Ergebnis, sondern auch wieder den Kanzler stellen will, der muß Volkspartei bleiben wollen. Ich mache uns Mut, daß wir das auch tatsächlich bleiben: die ganze Mitte und ein bißchen die Flügel ausfüllen und nicht bei manchen den Eindruck erwecken, als ob wir auf dem engen Platz, auf dem die FDP sitzt, auch noch sitzen wollten. Das wird nicht gelingen, das wird höchstens dazu beitragen, daß wir eine Menge Menschen verlieren.

(Beifall)

Darum war ich ungeheuer froh über das deutliche Wort von Helmut Kohl zur Pflegeversicherung, das ja nicht nur der Bundesvorsitzende der CDU, sondern gleichzeitig auch der Bundeskanzler der CDU/CSU-FDP-geführten Regierung gesprochen hat. Ich hoffe, daß diese Worte zur Pflegeversicherung auch von unseren Koalitionspartnern in der CSU und in der FDP gehört worden sind.

(Beifall)

Ich habe den Eindruck, wir müssen auch über das Rentenüberleitungsgesetz neu nachdenken. Wir haben das 1990 in dem ehrlichen Bemühen formuliert, eine möglichst allgemeinverträgliche und gerechte Lösung zu finden. Auch an dem Punkt sind wir heute, 1994, klüger, als wir das 1990 gewesen sind. Wir werden uns auf den Weg machen müssen, damit nicht weiter der fatale Eindruck entsteht, daß Menschen aus moralischen oder ethischen Gründen sozial bestraft werden.

(Beifall)

Ich sage Ihnen ehrlich: Lieber gebe ich einem, von dem ich den Eindruck habe, er verdient es nicht so sehr, ein bißchen mehr, als daß ich mit dem Verdacht leben muß, einer, der es zu bekommen hat, bekommt es nicht. Das wäre ganz schlimm.

Eines muß ich noch sagen. Ich ärgere mich immer fürchterlich - ich möchte den Namen nicht nennen -, wenn der Mensch, der den Posten von Helmut Kohl haben möchte, den Eindruck in unserem Land verbreiten möchte, als ob wir die Partei der sozialen Kälte wären. Ich frage mich immer, woher er das hat und worauf er spekuliert. Spekuliert er auf die Dummheit oder auf das Nichtinformiertsein von vielen Menschen? Bei Bürgern aus den neuen Bundesländern ist das ja vielleicht möglich.

Ich erinnere mich noch daran: Als ich Bürger der Bundesrepublik Deutschland wurde, bin ich ein bißchen naiv davon ausgegangen, die soziale Partei der Bundesrepublik Deutschland sind die Sozialdemokraten. Das sagt ja schon der Name. Für mich war es ein regelrechtes Aha-Erlebnis, als ich auf einmal feststellen mußte, daß die

entscheidenden sozialpolitischen Leistungen der alten Bundesrepublik von CDU-geführten Regierungen in die Wege geleitet worden sind.

(Beifall)

Ich möchte sie kurz aufzählen - es sind mehr als zwei Sachen -: die Montanmitbestimmung, das Betriebsverfassungsgesetz, das Kriegsoferversorgungsgesetz, der Familienlastenausgleich, die dynamische Altersversorgung, die Eigentumpolitik, das Bundessozialhilfegesetz, das Arbeitsförderungsgesetz, die Anerkennung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung, Erziehungsurlaub, Erziehungsgeld sowie das Beschäftigungsförderungsgesetz.

Alles das sind Gesetze, die ich mir aus dem sozialen Feld der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr wegdenken kann. Wir sind keine Partei der sozialen Härte, sondern die Geschichte und unser Tun haben bewiesen: Wir sind das soziale Herz dieser Gesellschaft Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Als letztes: Ich habe mich - ich muß ein Geständnis machen - fast gar nicht hier nach vorne getraut, weil ich - Sie werden das sicher bemerkt haben - einen Bart trage.

(Heiterkeit)

Ich hatte fast den Eindruck: Um Gottes willen, jetzt darfst Du nicht mehr. Aber dann ist mir deutlich geworden, daß dort nicht steht „Politiker ohne Bart“, sondern „Politik ohne Bart“. Damit könnte ich leben, sage Ihnen aber: Egal, ob mit oder ohne Bart, wir sollten keine Bretter vor den Köpfen haben, d. h. wir sollten die Augen immer offenhalten für die Wirklichkeit, die wir, meine ich, gut mitgestaltet haben.

Lassen Sie mich zum Abschluß dichten: Vorwärts für unser aller Wohl, weiter mit der CDU und Helmut Kohl.

(Beifall)

Prof. Dr. Günter Rinsche, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Rainer Eppelmann, auch für das gute Gedicht sowie die klaren und notwendigen Worte. Das Wort hat nunmehr Adi Hörksen.

Heinz-Adolf Hörksen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Rede des Bundeskanzlers hat uns alle bewegt. Ich glaube, jeder hat gespürt: Hier steht ein Mann, mit dem man Wahlen gewinnen kann.

Ich denke aber, wir sollten auf ein paar Punkte verstärkt eingehen. Ich will einen Punkt besonders ansprechen: Ich persönlich - ich denke, Sie alle und die Bürgerinnen und Bürger im Lande auch - haben es satt, immer wieder zwischen Ost und West, zwischen Egoisten und Nichtegoisten zu unterscheiden. Meine Damen und Herren, ich behaupte: Kein Land der Erde wäre in der Lage, auch nur Vergleichbares zu tun wie die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland im Zuge der Wiedervereinigung. Wir dürfen ihnen nicht immer wieder erzählen, daß sie etwas gegeneinander unternehmen, sondern wir müssen ihnen sagen, was sie tun: 180 Milliarden DM jährlicher Transfer von West nach Ost. 40 Milliarden DM kommen zurück. 140 Milliarden DM netto, meine Damen und Herren! Können Sie mir ein Land auf der Erde nennen, das Vergleichbares bringt? Das müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern sagen und nicht immer nur auf sie eindreschen und ihnen sagen, was sie alles verkehrt machen. Wir haben die Pflicht, das einmal deutlich zu sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen, daß die alte Bundesrepublik Deutschland über Jahrzehnte gut daran getan hat, einen sozialen Frieden geschaffen zu haben. Selbst das von vielen als Musterknabe immer wieder genannte Japan, aber auch Großbritannien haben mehr Streiktage als die Bundesrepublik, auch wenn festzustellen ist, daß wir heute vor einer schwierigen Situation stehen. Es könnte wieder zu Streiks kommen, was außerordentlich schlecht wäre. Aber wenn wir die gesamte Situation der Bundesrepublik Deutschland berücksichtigen, müssen wir feststellen, daß wir die wenigsten Streiktage auf der ganzen Welt haben. Das hat etwas damit zu tun, daß auch die Arbeitnehmer in dieser Republik begreifen, daß es uns besser geht als überall anders auf der Welt. Das sollten wir auch jetzt nicht verspielen.

(Beifall)

Deswegen meine herzliche Bitte an Sie alle, meine Damen und Herren, insbesondere an unseren Parteivorsitzenden, an den Bundeskanzler, alles nur Mögliche zu tun, die Pflegeversicherung jetzt zu verabschieden.

(Beifall)

Die Menschen werden die strategischen Spiele nicht mitmachen. Niemand sollte glauben, wir könnten am Ende, wenn das gescheitert ist, irgendeiner Partei die Schuld daran geben. Nein, die Menschen erwarten von uns als der führenden Regierungspartei, daß wir jetzt, hier und heute, dieses große soziale Problem lösen. Deswegen bitte ich Sie herzlich um Ihre Unterstützung. Es wird nicht gutgehen, meine Damen und Herren, wenn wir am Ende sagen: Aber die haben es nicht gewollt.

Deswegen muß der Druck auf die Sozialdemokraten verstärkt werden, die sich nunmehr verweigern, wo es darum geht, auf zwei Tage Urlaub zu verzichten und dafür die Pflegeversicherung zu bekommen. Meine Damen und Herren, das ist unbegreiflich angesichts der Situation, in der wir uns in der Bundesrepublik Deutschland befinden. Deswegen müssen wir alles tun, um den Druck auf die Sozialdemokraten zu verstärken, damit sie begreifen: Jetzt ist die Stunde gekommen. Was will ein Arbeitnehmer mehr bei durchschnittlich 30 Tagen Urlaub und, wie gesagt, bei 11 bis 14 Feiertagen im Jahr?

Dann geht es darum, daß wir zwei Urlaubstage opfern. Es ist so oft gesagt, aber hier ist es wirklich wahr: Den Ärmsten der Armen in dieser Gesellschaft eine Chance für die Zukunft zu geben, daß sie menschenwürdig leben können, darum bitte ich Sie, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Pia-Madeleine Garitz, Tagungspräsidium: Vielen Dank an Adi Hörsken für seine eindringlichen Worte. Es spricht jetzt Herr Dr. Dieter Murmann zu uns. Sie haben das Wort.

Dr. Dieter Murmann: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der spätere Reichskanzler Fürst Otto von Bismarck hat 1866 gesagt, wir Deutsche sind ebenso schnell berauscht wie verzagt. Wer 1989/1990 auf Deutschland geblickt hat, erinnert den Rausch der Begeisterung. Schon 1993 war ein Jahr, das von Verzagttheit geprägt war. 1994, nach dieser Rede des Bundeskanzlers, ab diesem Parteitag wird es zwischen CDU und SPD eine

Arbeitsteilung geben müssen. CDU steht für anhaltende Aufbruchstimmung und Siegeswillen, SPD steht für Miesmacherei und fehlende Kompetenz.

(Beifall)

Ich habe mich von der Rede des Bundeskanzlers - nicht nur von den Blumen - heute gern begeistern lassen. Kolping hatte schon recht: Wer Mut zeigt, macht Mut. Jeder von Ihnen, meine Damen und Herren, kann helfen. Wir brauchen weniger unausgereifte öffentliche Ratschläge; das gilt auch für Kabinettsmitglieder. Wir brauchen mehr Berechenbarkeit. Berechenbarkeit brauchen die Investoren, Berechenbarkeit brauchen die Leistungsträger, Verheiratete und Unverheiratete, und Berechenbarkeit brauchen natürlich auch die Familien.

Aufbruchstimmung wird am Ende dieser Rezession auch uns, die Wirtschaft, erfassen. Die CDU hilft mit dem Aktionsprogramm für Wachstum und Beschäftigung. Sie hilft auch mit dem neuen Grundsatzprogramm, in dem Unternehmer wieder vorkommen. Daß wir die Überschrift „Freiheit und Verantwortung“ gewählt haben, ist für mich ein Signal an die Leistungsträger, aber auch an alle Bürger, der Eigenverantwortung mehr Raum zu geben.

Was tut die Wirtschaft selbst? Sie macht sich fit. In den Unternehmen ist klar: Der Abbau von Hierarchien, der Aufbau neuer Produkte und Technologien ist heute das allgemein akzeptierte System zum Überleben.

Allerdings brauchen wir, meine Damen und Herren, in der Tarifpolitik eine Korrektur unserer eigenen Fehlentwicklungen, eine Umkehr zu wettbewerbsfähigen Tarifen, die eine Umkehr zu mehr Beschäftigung bedeuten muß. Politik und Wirtschaft sind sich in dieser Beziehung einig. Die Tarifparteien tragen die vorrangige Verantwortung für die Arbeitsplätze und die Beschäftigung. Wie der Bundeskanzler bin auch ich gegen einen Vernichtungstreik in der Metallindustrie. Aber die Politik benennt zu Recht die Verantwortung der Arbeitgeber für die sogenannte zweite Unterschrift und damit auch für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts.

Die Studie „Baden-Württemberg 2000“ beschreibt die Bundesrepublik Deutschland, also unseren Standort, zwischen den sogenannten Mühlsteinen der Niedriglohn- und der Hochtechnologieländer. Das ist richtig. Es besteht globaler Wettbewerb vor unserer Tür, aber auch weltweit. Trotzdem gibt es gute Chancen für Deutschland. Die CDU ist bei der Bereinigung unserer Strukturprobleme auf dem Vormarsch. Die Privatisierung von Bahn und Post - heute schon angesprochen - nenne ich nur als ein Beispiel. Aber wir müssen auch wissen, daß die Wettbewerber, unsere Konkurrenten auf den anderen Kontinenten, auch nicht nur Stärken haben. Die Amerikaner und Japaner haben auch Schwächen. Selbst die in aller Welt gefürchtete japanische Industrie braucht neue Strategien, so ist gerade in diesen Tagen landauf, landab zu hören. Ich verkenne nicht: Uns hilft im Augenblick die japanische Währung, d.h. der starke Yen. Er hilft uns zu Hause, aber er hilft uns natürlich auch auf den asiatischen Märkten.

Es gibt auch, meine Damen und Herren, keine allgemeine Technologieüberlegenheit der Japaner. Das kann ich jedenfalls für die Branchen, die ich seit 25 Jahren nun wirklich gut kenne, nicht behaupten. Da gibt es auch Lizenzen, die von hier nach Japan gegeben werden und eben nicht umgekehrt. Insofern, meine ich, ist Furcht ein schlechter Ratgeber, und sie ist auch nicht angemessen.

Was die Wirtschaft bewegt, ist die Frage: Hat die SPD eigentlich eine wirtschaftliche Kompetenz? Ich muß Ihnen sagen, ich halte das für ein Gerücht, für eine richtige Falschmeldung.

(Beifall)

Sie alle wissen aus den Haushaltsberatungen und aus dem Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat, die SPD blockiert, wo sie nur kann. Sie begreift nicht, daß, wie es das Wort schon sagt, Schuldenmachen mit Schuld zu tun hat. Die steuerpolitischen Vorschläge, wie wir sie seit Jahren kennen, bedeuten eben auch nichts anderes als die alte Umverteilung und die Bestrafung der sogenannten Leistungsträger. Ein Beispiel ist der neue Vorschlag von Herrn Kronawitter, früher Oberbürgermeister aus München, der schlicht empfiehlt, wir sollten doch die Vermögensteuer zwanzigmal so hoch ansetzen wie bisher, dann würden auch einige Großgrundbesitzer ausreichend bestraft. Meine Damen und Herren, ich kann mir nicht vorstellen, daß das, wenn wir dabei auch an ausländische Investoren in Deutschland denken, für den Standort Deutschland attraktiv ist.

(Vereinzelt Beifall)

Mangelhafte Kompetenz zeigt die SPD auch in der Energiepolitik. Sie verweigert den Energiekonsens. Sie ist nach wie vor für den Ausstieg aus der Kernenergie. Das bedeutet eine offene Flanke unseres Standorts gegenüber anderen Ländern.

Alles in allem, meine Damen und Herren: Ich als Unternehmer glaube, daß die SPD, so wie sie sich heute darstellt, nicht regierungsfähig ist. Wir können ihr unser Land nicht anvertrauen.

(Vereinzelt Beifall)

Dafür erwarten wir die notwendige Modernisierung von Staat und Gesellschaft von der Union. Diese Tage werden uns ein Beispiel dafür geben, daß wir auf diesem Gebiet auch tatsächlich Vorschläge und Fortschritte machen.

Für das Wahljahr 1994 und für den Wahlkampf berufe ich mich auf ein Wort aus den neuen Bundesländern. Es steht über dem berühmten Gewandhaus in Leipzig und heißt: „Eine ernste Sache ist eine reine Freude.“ Meine Damen und Herren, in diesem Sinne wollen wir siegen. Ich rufe dem Bundeskanzler mit einem Wort des Strategen Clausewitz zu: „Sie können alles wagen, die Zeit verlangt es von Ihnen.“ - Vielen Dank.

(Beifall)

Pia-Madeleine Garitz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Murmann. Es spricht jetzt Herr Bundespräsident - - Pardon, Herr Bundesminister Norbert Blüm, Sie haben das Wort.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich entschuldige mich für diesen Versprecher.

Dr. Norbert Blüm: Fürchtet euch nicht, ich bleibe Arbeitsminister.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine lieben Freunde, ich will zu einem ganz ernsten Thema reden, nämlich zu dem Thema Pflege. Ich finde, dieser Parteitag muß noch einmal kraftvoll den Willen dokumentieren: Die CDU will die Pflege. Wir wollen sie.

(Beifall)

Es ist kein Thema für Spezialisten, sondern es geht um die Frage, ob unsere Gesellschaft ein Herz hat, und zwar für die Schwächsten, für diejenigen, die sich nicht wehren können. Die anderen, die Rabatz machen können, die schaffen es ohne unsere Hilfe. Die Pflegebedürftigen können keinen Rabatz machen - und ihre Angehörigen auch nicht. Eine Partei, die das „C“ im Namen führt, die muß stellvertretend für die kämpfen, die sich nicht selber wehren können. Das ist das Thema. Die Pflege.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, die Pflegeversicherung muß kommen. Wenn sie nicht kommt, haben wir uns alle - ich sage: alle - bis auf die Knochen blamiert - SPD, CDU, CSU und FDP.

(Beifall)

Wenn die Pflegeversicherung nicht kommt, ist das eine kostenlose Wahlwerbung für die Partei der Nichtwähler. Wenn sie nicht kommt, ist das Futter für Parteiverdrossenheit. 20 Jahre Diskussion und zwei Meter vor dem rettenden Ufer, da kann man doch die Pflegeversicherung nicht absaufen lassen. Das kann man nicht.

(Beifall)

Deshalb mein Appell - wirklich in letzter Stunde; drei Tage vor dem Vermittlungsausschuß - : Springt alle über Eure Schatten! Es geht jetzt nicht um Rechthaberei, es geht jetzt nicht um Parteitaktik. Wahlkampf haben wir noch rechtzeitig. Jetzt geht es um die Pflegebedürftigen. Das ist ein Projekt, indem die Glaubwürdigkeit der Parteien zur Debatte steht.

(Beifall)

Es geht darum, ob wir nur noch Taktik machen oder Probleme lösen. Man muß sich vorstellen, meine lieben Freunde, wir sind uns nach großen Anstrengungen in der CDU einig. Viele waren ja daran beteiligt. Es ist uns ja nicht leichtgefallen, uns auf ein Modell mit der CSU, mit der FDP und mit der SPD zu einigen. Pflege und Krankheit liegen in naher Nachbarschaft und gehen ineinander über. Deshalb steht das unter dem Dach der Krankenversicherung. Über all das sind wir uns einig, und zwar CDU, CSU, FDP und SPD.

Jetzt erkläre einmal einer Mutter mit einem pflegebedürftigen Kind, wir wären uns in der Sache einig, wegen der Bezahlung würden wir es aber fahren lassen. Das versteht die Welt nicht mehr. Ich jedenfalls verstehe das nicht.

(Beifall)

Die Einigung geht noch weiter. Wir sind uns auch einig, daß nicht draufgesattelt wird. Wir sind uns einig, daß die Belastungen der Wirtschaft ausgeglichen werden. Wir sind uns auch einig, daß die Pflegeversicherung in zwei Schritten kommt, nämlich zuerst die ambulante, dann die stationäre. Viermal sind wir uns einig.

Erklärt einmal, außer den Spezialisten, dem Einwohner eines Pflegeheimes, wieso wir bei soviel Einigkeit die letzten Schritte, die letzten Zentimeter nicht schaffen. Mein

Appell an alle Beteiligten, an SPD, FDP, CDU und CSU, lautet: Laßt uns jetzt nicht in die Schützengräben von Wahlkämpfen zurücksinken, laßt uns den Vermittlungsausschuß am Donnerstag nutzen. Alle sollten über ihren Schatten springen. Wir sollten den letzten Versuch machen, nun wirklich nach 20 Jahren Diskussion endlich die drängende Frage befriedigend zu erledigen.

(Beifall)

Man muß sich das alles einmal ganz langsam vergegenwärtigen. Es geht um Bezahlung. Die einen sagen: ein Feiertag. Die anderen sagen: zwei Feiertage. Die dritten sagen: kein Feiertag. Die vierten sagen: keine Einschränkung der Lohnfortzahlung. Die fünften sagen: kein Urlaub. Dies kommt mir vor wie die Hauptversammlung der Firma Geizhals AG. Es kommt mir vor wie ein Narrenhaus. Gegenüber der Realität ist das Narrenhaus geradezu eine Versammlung von Nobelpreisträgern. Wir werden uns doch wohl über die Bezahlung einigen können. Da müssen alle von ihren hohen Positionen herunter, denn es muß bezahlt werden. Laßt uns die Diskussion - auch der zurückliegenden Monate - nutzen. Laßt uns einmal selbstkritisch den Zustand unserer Gesellschaft überprüfen.

Ich sage dies jetzt nicht rechthaberisch, sondern wir sollten uns einmal gemeinsam - sozusagen kollektiv - vor den Spiegel stellen. Diese Diskussion ist ein Lehrmittel für die Schwierigkeiten der Veränderungen in unserer Gesellschaft. Wissen Sie, so über Veränderungen, über Reformen, da können Sie reden, da können Sie ganze Säle zum kochen bringen, aber wehe sie gehen von der hohen Linie der abstrakten Ideen herunter auf die konkrete Verwirklichung. Ich hätte mir gewünscht, meine - ich sage - Freunde, fallen Sie jetzt nicht in Ohnmacht - Freunde in der IG Metall hätten einmal für die Pflegebedürftigen wenigstens halb so viel demonstriert, wie sie in dieser Woche für Lohn demonstrieren. Ich hätte mich gefreut.

(Beifall)

Die Solidarität würde nicht erst beim eigenen Portemonnaie anfangen. Sie würde bei den Ärmsten anfangen. Die Hälfte hätte schon gutgetan.

(Beifall)

Als wir über die Kompensation gesprochen haben, betraf der erste Vorschlag die Karenztage. Die Tinte war noch nicht trocken, da waren bereits Millionen von Flugblättern verteilt. Ich hätte mir gewünscht, es wäre auch nur ein viertel für die Mutter verteilt worden, die ihre Angehörigen seit 20 Jahren pflegt und bis zum heutigen Tag keinen Rentenanspruch hat. Das verstehe ich unter Solidarität - nicht die Stärke.

(Beifall)

Langsam, langsam. Ich mache die Runde noch voll. Ich habe auch die Arbeitgeber und ihre eindrucksvollen Beiträge studiert. Dies geschah nicht aus Rechthaberei. Aber ein Satz hat mir wehgetan. Ich meine den Satz gegen die solidarische Pflegeversicherung: Privatversicherung, weil jede Generation für sich selber sorgt. Meine Damen und Herren, reflektieren Sie einmal diesen Satz. Da sind die Indianer weiter. Wirklich. Das ist ein barbarischer Satz. Es ist abendländisches Kulturgut, daß die Jungen für die Alten sorgen. Es gibt nur ein Gebot, das mit einer irdischen Verheißung versehen ist, und das ist das vierte Gebot. Es gibt diesbezüglich nur ein einziges Gebot. Deshalb gilt: Es gibt überhaupt keine Lösung der Probleme, wenn ich die Generationen auseinanderhalten will. Es gibt überhaupt keine Lösung, wenn jeder nur noch an sich

selber denkt. Dann geht dieser Staat vor die Hunde. Dann können wir große Feste feiern. Die Ausnüchterung wird schrecklich sein.

(Beifall)

Dann sehe ich die SPD. Jeder Vorschlag, der in die Nähe von Lohn- und Arbeitsrecht kommt, ist sofort ein Eingriff in die Tarifautonomie. Merkt Ihr eigentlich nicht, wohin wir kommen? Der Staat wird ja bewegungsunfähig, wenn alles sozusagen durch Tarifverträge abgedichtet werden kann. Ich bin Verteidiger, auch gegen manchen Heißspornigen in unseren Reihen, der Tarifautonomie, für Gehaltsfragen, für Lohnfragen und für Arbeitszeiten, aber es kann doch nicht alles durch Tarifverträge so festgelegt werden, daß der Gesetzgeber gar nichts zu tun hat. Dann wäre ja der Unterschied zur Monarchie folgender: Da waren die Herrschenden von Gottes Gnaden, und in der Demokratie wären wir von Tarifpartners Gnaden. Dann wäre ja jede Veränderung unnötig. Es muß doch möglich sein, daß der Gesetzgeber, der Souverän unserer Gesellschaft, etwas verändert, ohne daß darauf sofort Tarifautonomie geschrien wird.

Dann sehe ich in Bayern bei der Fest-Feiertags-Diskussion - alles ein Beitrag zum Zustand unserer Gesellschaft. Wir geben keinen Feiertag her, weil wir das Tafelsilber nicht verscherbeln. Ich habe gesucht, wo dieser Satz in der Bibel zu finden ist. Die Bibel spricht von den Armen, Lahmen, Tauben, Blinden, Huren und Heiligen, aber von Menschen, die ihre silbernen Löffel nicht für einen Bettler hergeben, davon spricht das Neue Testament nicht. Also: Wir sind kein Tafelsilberbewahrer.

(Beifall)

In der Bibel steht, der Sabbat ist um des Menschen Willen da, nicht aber die Menschen um des Sabbat Willen.

Lassen Sie mich, damit wir die Sammlung noch vollmachen, noch etwas sagen, dies aber nicht, um Recht zu behalten, sondern um einmal so am Ende dieser Debatte Bilanz zu ziehen: Ich hätte mir von den Kirchen, von meiner Kirche, eine großzügige Geste erwartet, und zwar nicht auf Aufforderung, einen Feiertag anzubieten. Sie hätte die ganzen Lobbyisten beschämt. Wir haben Kirchen, die sich wie Tarifpartner benehmen. Ich hätte mir gewünscht, ohne Aufforderung für die Ärmsten der Armen hätten die Kirchen auch in Ländern mit 14 Feiertagen um Gottes Willen einen Feiertag hergeben können. Wissen Sie, was das ist, ein Feiertag? Ich habe es ausgerechnet. Wenn wir einen Feiertag opferten, müßten die Arbeiter auf die Werkstage umgelegt drei Minuten am Tag mehr arbeiten. Das ist so viel wie der Abstand zwischen Trockenrasur und Naßrasur. Das ist das ganze, um das die Gesellschaft streitet. Das ist kein Opfer.

(Beifall)

Das ist noch nicht einmal ein Almosen. Wie fett seid Ihr eigentlich geworden, wenn Ihr nicht einmal acht Stunden für die Pflegebedürftigen etwas tun wollt?

Ich schenke euch die ganzen Kundgebungen, die erbaulichen Reden. Drei Minuten pro Tag - Gewerkschaften, Arbeitgeber, SPD, CDU, wenn ihr das nicht zustande bringt, dann schmort in eurem eigenen Saft. Die Gesellschaft wird an ihrem Egoismus ersticken. Das neue goldene Kalb - selbst wenn dabei gefeiert wird - wird die Gesellschaft zugrunde richten.

(Beifall)

Ich frage mit Respekt und ohne Ironie: Wo ist die ganze emanzipative Bewegung? Pflege ist ein Frauenthema. Die Männergesellschaft hat die Pflege den Frauen überantwortet. Eine Pflegeversicherung könnte hier große Abhilfe schaffen. Denken wir nur an das Alter. Es ist die alte Rentnerin, die ihren Mann pflegt. Sie tut es so lange, bis sie es nicht mehr kann. Dann gehen sie beide ins Heim.

Würde unsere Gesellschaft die ambulante Pflege - hauswirtschaftliche Dienste usw. - stützen, könnten viele in ihren eigenen vier Wänden bleiben, in denen sie ein ganzes Leben lang gelebt haben, Glück und Schicksal mit ihren Kindern geteilt haben. Mein Gott, es geht bei der Pflegeversicherung doch nicht nur um Geld. Es geht um eine neue nachbarschaftliche Gesellschaft. Es geht nicht um Verheimung und Austeilen von Geld.

Es geht darum, daß die Menschen zu Hause bleiben können, daß sie Nachbarn haben, daß sie Stützung bekommen, und zwar nicht nur in Form von Geld, sondern auch durch ambulante Dienste.

Pflege ist auch ein Thema im Zusammenhang mit Beschäftigung. Die Bundesanstalt für Arbeit schätzt, daß allein im Zusammenhang mit der Pflege 150 000 Menschen Beschäftigung finden könnten. 150 000 neue Beschäftigungsplätze - das ist das beste und am schnellsten wirksame Beschäftigungsprogramm, das ich kenne. Das versteht doch niemand: Da verlangen Menschen nach Hilfe, und wir haben Arbeitslose in großer Zahl. Es könnten viele im Pflegebereich helfen. Es gäbe neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Das ist ein Thema, das wirklich nicht kleinkarierten Überlegungen geopfert werden darf.

Verehrter Herr Bundeskanzler - Ihre Aufmerksamkeit schätzend wie immer -

(Heiterkeit)

ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie das Pflege Thema heute morgen noch einmal zum Herzensthema der CDU erklärt haben. Dieses Herz sollte nicht nur heute schlagen. Meine Bitte an alle - CDU, SPD, FDP - ist: Laßt die Vermittlungsbemühungen am Donnerstag nicht scheitern. Für mich wäre das sonst mehr als nur das Scheitern eines Projektes. Für mich ist es der Test, ob unsere Gesellschaft überhaupt noch veränderungsfähig ist, ob Parteipolitik über alles geht oder ob alle den letzten Zentimeter schaffen wollen - Prestigeüberlegungen müßten dann in den Hintergrund treten; alle müßten von den hohen Rössern herunter. Wir dürfen das Pflegeprojekt nicht scheitern lassen. Wir müssen alles dafür tun, daß das Projekt nicht in Rechthaberei und Taktik versinkt. Wir sind dies der älteren Generation schuldig. Wir haben mittlerweile 20 Jahre über die Pflegeversicherung geredet. Es langt jetzt! Jetzt brauchen wir die Pflegeversicherung!

(Langanhaltender lebhafter Beifall und Bravo-Rufe)

Pia-Madeleine Garitz, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank, Herr Minister Blüm, für diese Worte. Der Beifall spricht für Sie und für Ihre Rede.

(Anhaltender Beifall - Ein Teil der Anwesenden erhebt sich von den Plätzen - Bravo-Rufe)

Vielen Dank! - Lassen Sie uns in der Rednerliste fortfahren. Das Wort hat Herr Andreas Renner.

Andreas Renner: Sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Vorsitzende hat heute morgen eine große Rede gehalten. Ich würde mir wünschen, daß von diesem Parteitag endlich auch so etwas wie eine Aufbruchsstimmung ausgeht. Ich bin beileibe kein Geschlossenheitspapst. Was mich in der letzten Zeit aber wahnsinnig macht, ist die Tatsache, daß täglich neue Sauen durch das Dorf getrieben werden, bevor alte überhaupt erlegt worden sind; damit will ich sagen: bevor alte politische Projekte in der Realität überhaupt umgesetzt worden sind.

(Vereinzelt Beifall)

Ein Beispiel ist der unsägliche Vorschlag einer Strafsteuer für kinderlose Ehepaare.

(Vereinzelt Beifall)

Seit zehn Jahren diskutieren wir darüber, daß wir endlich ein Familiensplitting - also etwas Positives für die Kinderreichen - wollen. Was machen wir? Wir setzen es nicht um, sondern diskutieren jetzt wieder über ein völlig anderes Konzept. Das kann doch nicht wahr sein, und es kapiert auch niemand mehr.

Ich denke, wir müssen endlich einmal - Herr Minister Blüm hat es gerade in eindrucksvoller Weise dargestellt - über die konkreten Probleme dieser Zeit miteinander diskutieren und in der Sache streiten, statt jeden Tag immer nur um neue Hirngespinnste zu ringen.

Ein Projekt, das es zu realisieren gilt, ist die Pflegeversicherung. Sie brennt uns auf den Nägeln, und sie brennt auch den Gemeinden unglaublich auf den Nägeln. Die Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland und die Schaffung von Arbeitsplätzen sind doch Themen, die die Leute im Jahre 1994 interessieren. Irgendwelche Pizzasteuern oder andere Dinge, wie sie bereits angesprochen worden sind, interessieren sie nicht.

Wie sieht die Realität aus? Der Vorsitzende gibt die Parole aus, die Reihen sollten jetzt endlich geschlossen sein. Zwei Tage später können wir von Spitzenpolitikern in den Gazetten wieder das Gegenteil lesen. Meine Damen und Herren, das sollte, wie ich denke, nicht das Ziel unserer Politik sein. Ich habe weiß Gott keinen Nachholbedarf an Kohl-Kritik. Man sollte diese aber dann anbringen, wenn es angebracht ist. Man sollte also nicht im Nebel herumstochern. Im Frühjahr 1994 muß man, wie ich glaube, durchaus geschlossen an die Sache herangehen. Mir drängt sich der Eindruck auf, daß es bei uns zu viele Spitzenpolitiker gibt, die in Staatslimousinen herumfahren und im Staatsapparat verbontzt sind, ungefähr so wie jene in Ostdeutschland Ende der 80er Jahre. Diesen Spitzenpolitikern geht jede Kampfeslust und jede Siegesgewißheit ab. Ich meine, wir als Basis sollten diesen Spitzenpolitikern den Weg wieder einmal weisen.

Meine Damen und Herren, ich möchte nun noch einiges im Blick auf die Kommunen sagen. Ich denke, daß es im Superwahljahr 1994 wichtig ist, zwei oder drei Punkte deutlich zu machen, die uns bewegen. Wir sind die Leidtragenden des Abbaus vieler Leistungen der Länder und des Bundes. Die Ost-West-Mittelverteilung hat nicht immer gut funktioniert. Wir brauchen deshalb, wenn es 1995 zu einem neuen Länderfinanzausgleich kommt, wie ich glaube, auch ein neues Überdenken der Verteilung der Mittel, die nach Osten gehen. Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, wir als Westgemeinden - das muß man vielleicht auch einmal deutlich sagen - nehmen derzeit Kredite auf, die zum Teil aus Mitteln finanziert werden, die die Gemeinden im Osten nicht verbauen können. Das ist keine Kritik daran, daß die Gemeinden im Osten zu wenig

tun. Sie können das viele, was wir ihnen zumuten wollen, in den Jahren nicht erreichen. Deshalb brauchen wir eine gerechte Verteilung der Mittel zwischen West und Ost, damit auch wir im Westen nicht ganz verlorengelassen werden und etwas von der Kraft abschöpfen können, die wir in den Aufbau Ost mit einbringen. Ich bitte Sie deshalb noch einmal, im Zuge des Länderfinanzausgleichs 1995 die Finanzsituation der Kommunen zu überdenken und uns als Gemeinden im Westen mehr zukommen zu lassen, als es in den vergangenen Jahren geschehen ist. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Pia-Madeleine Garitz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Andreas Renner. Jetzt spricht Johannes Gerster zu uns.

Johannes Gerster: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Den ganzen Tag ist mir die Presse auf den Fersen und will mich zu meinem Bart interviewen. Ich möchte das klarstellen: Man muß keinen Bart haben; aber wer einen Bart hat, muß ein Gesicht haben. Deswegen habe ich einen Bart, und deswegen muß der Scharping seinen Bart abrasieren, sonst machen wir das, meine Damen, meine Herren.

(Beifall)

Denn wir sollten das wahre Gesicht dieses Kanzlerkandidaten näher kennenlernen.

An ihren Reden werdet ihr sie erkennen. Vor Unternehmern redet er wie ein Unternehmer; vor der IG Metall redet er wie ein Gewerkschafter; vor den Jägern redet er wie ein Jäger; und mit seinem Freund Joschka Fischer redet er so, als würde er jeden Morgen einen Jäger frühstücken. Meine Damen, meine Herren, dieser Mann redet in Bonn anders, als er in Rheinland-Pfalz handelt. Dieser Teilzeitministerpräsident gibt Vorgaben für Bonn, die er in Rheinland-Pfalz nicht hält. So fordert er eine Nullrunde, die er für die Bundesregierung einführen will, wenn er Bundeskanzler ist. Die Wahrheit ist, daß die Bundesregierung, der Bundeskanzler, die Minister, die Staatssekretäre seit drei Jahren auf jede Gehaltserhöhung verzichten, während die Gehälter des Herrn Scharping und seiner Regierungsmannschaft wachsen. Er soll in Rheinland-Pfalz das tun, was er für Bonn ankündigt, meine Damen, meine Herren.

(Beifall)

Für Bonn kündigt er die Verkleinerung der Bundesregierung an, während er in Rheinland-Pfalz die Zahl der Minister von 9 auf 11 erhöht hat. Um eine Genossin zu bedienen, hat er ein Miniministerium mit sage und schreibe 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geschaffen, nur um einer Ministerin Dienstwagen, persönliches Büro und Propagandamöglichkeiten zu schaffen. Ich fordere Herrn Scharping auf, bevor er die Verkleinerung der Bundesregierung verlangt, in Rheinland-Pfalz die Regierung wieder so zuzuschneiden, wie sie über 40 Jahre bei der CDU selbstverständlich war. Herr Scharping, verkleinern Sie die Landesregierung von Rheinland-Pfalz.

(Beifall)

Meine Damen, meine Herren, dieser Teilzeitministerpräsident kündigt den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz an und nutzt sein Amt, um Opposition und Obstruktion in Bonn zu machen und Rheinland-Pfalz nur noch im Eilzugtempo zu durchqueren. 20 Jahre haben die Sozialdemokraten beklagt, daß die verbündeten Streitkräfte Rheinland-Pfalz belasten. 20 Jahre beklagten sie, daß die verbündeten Flugzeugträger Europas eine Last sind. Jetzt sind die Verbündeten abgezogen; wir

haben hervorragende Konversionsflächen; wir könnten hervorragende Standorte für Wirtschaft, Handel, Technik, Gewerbe und für alle Industriezweige ansiedeln. Statt ein Konzept vorzulegen, meine Damen, meine Herren, zeigt er mit dem Finger auf Bonn und macht zur gleichen Zeit Gesetze in Rheinland-Pfalz, die die Arbeitsplätze verteuern:

Ein Freistellungsgesetz für Bildung, ein Personalvertretungsgesetz mit einer Verteuerung der Mitbestimmung um erhebliche Beträge, ein Verbandsklagegesetz, das die Durchführung der Verfahren weiterhin kompliziert; und zu allem Überfluß, meine Damen, meine Herren, will er Mülheim-Kärlich nicht an das Netz lassen, weil angeblich die Entsorgung nicht gesichert sei. Meine Damen, meine Herren, was ist das für eine Politik, die Energie, Arbeitskosten, Lohnkosten und Arbeit teurer macht? Herr Scharping soll, bevor er weiter von Wirtschaftskraft redet, in Rheinland-Pfalz die Konsequenz ziehen und die verteuernenden Gesetze zurücknehmen, meine Damen, meine Herren.

(Beifall)

In einem einzigen Interview beklagt er, daß die Steuern so hoch sind, und er sagt im gleichen Interview: Wer 2 000 DM Steuern zahlt, könnte auch 2 200 DM Steuern zahlen. Meine Damen, meine Herren, auch hier liegen Reden und Handeln Lichtjahre auseinander.

(Beifall)

Ich fordere Herrn Scharping auf: Er soll seine Reden auf Linie bringen und klar erklären, ob er die Steuern erhöhen, ob er sie belassen oder ob er sie senken will.

Der dritte Bereich, meine Damen, meine Herren: Die SPD ist auf ihrem Parteitag angeblich unter der Führung Scharpings für den Einsatz technischer Mittel zur Überwachung von Großgangstern. Meine Damen, meine Herren, im nächsten Schritt wird ein Verfahren beschlossen, das acht Wochen dauert, bis man die Mittel überhaupt einsetzen kann. Es fehlt in diesem Gesetz nur noch eine gesetzliche Pflicht der Großgangster, acht Wochen vorher zu melden, wann sie sich wo treffen, um Straftaten zu planen, zu verabreden und durchzuführen; denn nur dann wäre die Polizei überhaupt fähig, diese Aktionen durchzuführen. Auch hier redet er anders, als er handelt, meine Damen, meine Herren; das müssen wir deutlich machen.

(Beifall)

In München erklärt er, zwischen der Bundesregierung und der SPD gebe es keinerlei Unterschiede in der Außen- und Sicherheitspolitik. Meine Damen, meine Herren, in Wahrheit wehrt er sich nach wie vor bis vor das Verfassungsgericht gegen den Einsatz der Bundeswehr für friedenserhaltende Maßnahmen im Auftrag der UNO. Auch hier sollte Herr Scharping so handeln, wie er ständig redet. Wir sind nicht auf einer Linie; er hat eine andere Außenpolitik, er hat eine andere Sicherheitspolitik. Das sollten wir draußen deutlich machen, liebe Parteifreunde.

Wer regieren will, muß führen. Wer führen will, muß auch unangenehme Wahrheiten sagen. Wer allen nach dem Munde redet, ist orientierungslos. Wer orientierungslos ist, ist politisch gefährlich. Meine Damen, meine Herren, so jemandem kann man nicht Deutschland und die Regierung für Deutschland in schwieriger Zeit überlassen.

Gegen Scharping, mit oder ohne Bart - entscheidend ist das Gesicht. Und das ist bei Scharping orientierungslos, konturenlos, erfolglos. Deswegen, meine Damen, meine

Herren, sollten wir durch Kampf diese Bundestagswahl gewinnen. Wir wollen sie gewinnen, wir können sie gewinnen, und wir werden sie gewinnen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Pia-Madeleine Garitz, Tagungspräsidentin: Vielen Dank, Johannes Gerster. - Es spricht jetzt zu uns Christian Wulff.

(Lebhafter Beifall)

Herr Wulff, Sie haben das Wort.

Christian Wulff: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich bin froh, daß die Bundespartei auf diesem Parteitag die Verzagtheit, die man hier und da spüren und fühlen konnte, ablegen will, und daß Sie verstehen, daß wir es bereits in 20 Tagen packen wollen. Wir wollen in 20 Tagen die Regierung Schröder/Trittin in Niedersachsen ablösen und dabei doch in Erinnerung rufen, daß sich diese Partei am besten auf sich selbst verläßt - nicht allein auf den Bundeskanzler, nicht allein auf Aufbruch und Geschlossenheit, nicht allein auf Außen- und Sicherheitspolitik und schon gar nicht allein auf die Erfolge der Vergangenheit.

Wähler überlegen heute außerordentlich lange, ob sie überhaupt wählen, ob sie aus Protest oder als Denkmittel wählen und ob sie uns ihr Vertrauen erneut oder zum letzten Mal schenken.

Meine Damen und Herren, in Niedersachsen sind die Versammlungen überwältigend gut besucht. Es sind aber viele da, die zwar politikinteressiert, aber doch ein wenig verunsichert sind. Dies ist für Regierung und Opposition eine Riesengefahr, aber auch eine Riesenchance. Wir müssen in der CDU Deutschlands etwas am Politikmanagement verbessern.

Ich bin froh, daß wir die Ankündigungen der Weihnachtszeit - das ist hier heute vielfach angesprochen worden, und es mußte auch angesprochen werden - in den letzten Wochen nicht mehr gehört haben, daß wir nicht ständig erleben, daß dieses oder jenes Thema ohne Vorbereitung durch die Partei auf die Tagesordnung der Politik gerät und dann die Menschen verunsichert werden. Ob es die Belastung von Kinderlosen ist oder ob es die Bundeswehreinsätze im Inland waren - in einer Zeit, in der immer mehr Bürger nicht mehr belastbar sind, in der Steuervereinfachung auf die Tagesordnung der Politik gehört, ist dies eine reine Katastrophe, wenn wir die Menschen weiter verunsichern.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn wir die nächsten acht Monate die Wahlen siegreich bestreiten wollen, dann müssen wir begreifen, daß von Norbert Blüm bis Helmut Kohl eben vor allem das umzusetzen ist, was hier an Inhalten im Bereich der Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland angesprochen wird. Die Menschen erwarten von uns noch mehr konkrete Signale, im kleinen wie im großen. Sie erwarten von uns, daß wir bei uns mit der Verschlingung unserer Strukturen anfangen und z. B. den Deutschen Bundestag verkleinern - selbst wenn es nur zum Jahr 2002 oder später ist. Die Menschen erwarten von uns, daß wir bei der Pflegeversicherung die Sozialdemokraten zum Einlenken zwingen; sie erwarten dies zu Recht. Sie erwarten von uns, daß wir in den Bereichen ernst machen, für die wir Zuständigkeit haben; das ist vor allem der Bereich der Verwaltung des Bundes.

Meine Damen und Herren, die Verzagtheit, die wir hier für die Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes lösen, müssen wir auch für die Landtagswahlen und für die Europawahl ablegen. Wir müssen uns auf alle Wahlen in vollem Umfang konzentrieren, und ich setze hierbei auf die Unterstützung der Bundespartei.

Es kann uns nicht egal sein, wenn das Wort „Sozialabbau“ das Modewort des Jahres 1993 geworden ist, und dies vor dem Hintergrund, daß vor zehn Jahren 580 Milliarden DM für den Sozialbereich aufgewandt wurden und im letzten Jahr über 1 000 Milliarden. Wenn es also nahezu eine Verdoppelung der Sozialausgaben gibt und wenn es dann die Propaganda der Sozialdemokraten schafft, „Sozialabbau“ zum Wort des Jahres zu machen, ist das eine schlichte Katastrophe.

(Beifall)

Die Sozialdemokraten, die in diesem Land jetzt Ellbogenmentalität und Sozialabbau beschwören, verfallen in eine Sprache der Agitation, in klassenkämpferischen Radikalismus des vergangenen Jahrhunderts. Sie betreiben Politik mit der Angst der Menschen vor schwierigen Umstellungen, auf die wir uns vorbereiten, und sie bekommen vielleicht kurzzeitig Erfolg; auf Dauer aber schaden sie dem Land und entsprechen der Herausforderung, vor der wir stehen, nicht.

Meine Damen und Herren, es ist eine reine Katastrophe, wenn die Sozialdemokraten auf dem Felde der Wirtschaftspolitik Kompetenz gewonnen haben, aber all das Notwendige, worüber wir heute diskutieren, behindert haben. Sozialdemokraten haben die Bahnreform, die Postreform, das Gentechnikgesetz, die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und das Standortsicherungsgesetz behindert. Der niedersächsische Minister für Bundesangelegenheiten, Trittin, hat im deutschen Bundesrat erklärt, das Standortsicherungsgesetz mache die Reichen reicher und die Armen ärmer. Dies zeigt, daß Sozialdemokraten, vor allem rot-grüne Mehrheiten, nichts von dem begriffen haben, was notwendig ist, daß nämlich Großbritannien und andere Länder damit werben, daß sie eine Körperschaftsteuer von 30 % haben, während sie in Deutschland bei 50 % liegt. Jeden Tag gehen Unternehmen von hier nach England oder nach Italien, zuletzt die Firma Black & Decker, weil sie sagen: Anderswo sind die Produktionsbedingungen besser. In den letzten Jahren sind eine Million Arbeitsplätze von deutschen Unternehmen im Ausland geschaffen worden, Arbeitsplätze, die auch hätten hier entstehen können, wenn die Bedingungen bei uns wieder besser wären. Deswegen brauchen wir auch ein anderes, ein investitionsfreundlicheres Klima im Hinblick auf den Industriestandort Deutschland, vor allem ein investitionsfreundliches Klima bei den Blockierern im deutschen Bundesrat, den Sozialdemokraten und den rot-grünen Mehrheiten.

Sozialdemokraten profilieren sich im Bereich des Managements des Mangels. Sie fragen nicht, wie wir mehr Produkte aus unserem Land in der Welt verkaufen können, sondern wie wir immer mehr Arbeitnehmer auf immer weniger vorhandene Arbeitsplätze verteilen. Am Ende wird die Viertagewoche, die Dreitagewoche, die Zweitagewoche zur sozialen Verarmung von immer mehr Arbeitnehmern in diesem Land führen, aber nicht dazu, die soziale Situation der Menschen in unserem Lande zu verbessern.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir wollen es am 13. März in Niedersachsen wissen, weil die Menschen in Niedersachsen Erfahrungen gemacht haben mit rot-grüner Politik,

die Gerhard Schröder auch für den Bund als Modell empfohlen hat, Erfahrungen mit einer aufgeblähten Bürokratie und allein 8 900 zusätzlichen Stellen in der Landesverwaltung, Erfahrungen mit durch die Verbandsklage verlängerten Genehmigungsverfahren, Erfahrungen mit der Verschwendung öffentlicher Gelder, indem vor allem die eigene Klientel in den öffentlichen Dienst gebracht wurde. Die Investitionsquote im Land Niedersachsen ist heute die niedrigste in der Geschichte, und daran kann man erkennen, was dem Bund drohen würde, wenn Sozialdemokraten und Grüne im Bund die Mehrheit bekämen.

(Beifall)

Niemals zuvor ist in diesem Umfang Technologie- und Forschungsfeindlichkeit zum politischen Programm einer Regierung erhoben worden wie in Niedersachsen. Niemals zuvor ist der Mittelstand so vernachlässigt worden. Niedersachsen ist heute das Bundesland, welches die geringste Zahl von Unternehmensneugründungen hat. Immer mehr Niedersachsen machen - und das ist etwas, was wir im Hinblick auf die Bundestagswahl-Auseinandersetzung auf den Bund übertragen können - diese Erfahrung mit Rot-Grün, wollen den politischen Wechsel und wollen dementsprechend den Wechsel im Bund verhindern. Die CDU in Niedersachsen hatte bei der Bundestags- und der Kommunalwahl mit der FDP zusammen mehr Stimmen als Schröder und Trittin für Rot-Grün. Deshalb wollen wir es Eberhard Diepgen nachmachen, der Rot-Grün in Berlin nach vier Jahren abgelöst hat.

(Zurufe)

Nach drei Jahren, weil dann die Wahl stattfand; wir haben die Gelegenheit, Rot-Grün abzulösen und es den Berlinern nachzumachen, erst nach vier Jahren, aber wir wollen keinen Tag länger damit warten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, in einem Bundesland, in dem wir 42 % zu verteidigen haben, in einem Bundesland, wo wir die Erfahrungen der Union und die Erneuerung miteinander verknüpfen, in einem Bundesland, wo wir bei allen Wahlen seit 1990 die Mehrheit gegenüber der amtierenden Regierung errungen haben, in einem solchen Land wie Niedersachsen wollen wir gewinnen, können wir gewinnen und werden wir gewinnen, wenn von diesem Parteitag die entsprechenden Signale ausgehen und wenn wir in den verbleibenden 20 Tagen gemeinsam kämpfen.

Wir haben in Niedersachsen eine rot-grüne Streitkoalition, eine Regierung, die die Menschen nicht mehr erreicht, einen Ministerpräsidenten, der als Macho und auch als Aktivist einen Politikertyp repräsentiert, der ausgedient hat. Was die Bundesrepublik braucht, was Niedersachsen bräuchte, wären Politiker, die Verlässlichkeit, Visionen und Zukunftsentwürfe haben. Rot-Grün ist ein Auslaufmodell, kein Zukunftsmodell, weder für ein Bundesland noch für den Bund. Gerhard Schröder hat im Mai empfohlen, Rot-Grün müsse auch in Bonn regieren, er müsse Bundeskanzler werden. Eventuell wäre dann Joschka Fischer Verkehrsminister, Jürgen Trittin Innenminister und Frau Volmer Außenministerin. Das ist für dieses Land eine Vorstellung, die wir verhindern müssen und die wir verhindern werden, sowohl im Land als auch im Bund, weil weder Gerhard Schröder in Niedersachsen noch Rudolf Scharping im Bund die Alternativen zu unserer Politik sind. Deswegen werden wir in drei Wochen den Regierungswechsel in Niedersachsen herbeiführen. - Vielen Dank.

(Langanhaltender Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christian Wulff, für diesen eindrucksvollen Beitrag!

Meine Damen und Herren, liebe Delegierte, wir haben jetzt folgende schwierige Geschäftslage. Es gab die Planung, um 16 Uhr mit der Debatte des Antrages des Bundesvorstandes für Wachstum und Beschäftigung zu beginnen.

(Zustimmung)

Wir haben allerdings noch elf Wortmeldungen.

(Widerspruch)

Ich weiß, daß viele sich auf diese Wortmeldungen auch eingerichtet haben. Es gibt für mich jetzt die Möglichkeit, mit Ihrer freundlichen Unterstützung diese Debatte innerhalb einer halben Stunde zu einem Ende zu bringen; das würde aber voraussetzen, daß alle es akzeptieren, auf drei Minuten Redezeit beschränkt zu sein.

(Zustimmung)

Da die Geschäftsordnung in § 18 dem amtierenden Präsidenten nur das Recht gibt, die Redezeit auf fünf Minuten zu beschränken, möchte ich darüber abstimmen lassen. Zum einen schließe ich die Rednerliste, und dann bitte ich jene, die mit Drei-Minuten-Beiträgen einverstanden sind, das durch ein Handzeichen kundzutun. - Danke schön. Die Gegenprobe, bitte! ~ Enthaltungen? - Es ist mit sehr großer Mehrheit so beschlossen worden.

Der nächste Redner ist Herr Dr. Frank-Michael Pietzsch, Landesverband Thüringen. Ich bitte aber auch schon die folgenden Redner, nach vorn zu kommen, damit wir nicht durch das Anmarschieren einen weiteren Zeitverlust haben. Falls jemand auf seinen Redebeitrag verzichten möchte, bitte ich, das dem Präsidium bekanntzugeben. - Bitte sehr!

Dr. Frank-Michael Pietzsch: Herr Präsident! Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Ganze in drei Minuten abzuhandeln, ist knapp, aber ich versuche es. Zunächst einmal meinem Kollegen Norbert Blüm einen ganz herzlichen Dank für das engagierte Plädoyer für die Pflegeversicherung.

Als Sozialminister des Landes Thüringen kann ich dieses nur von ganzem Herzen unterstützen. Denn die Pflegeversicherung, die Pflege im ambulanten Bereich und die Pflege im stationären Bereich sind auch für die alten Bundesländer sehr wichtig. Aber machen Sie sich bitte Gedanken darüber, und stellen Sie sich vor, wie die Pflegesituation in den neuen Bundesländern aussieht.

Wir haben einen Nachholbedarf in der Größenordnung von acht bis zehn Milliarden DM, um unsere Alten- und Pflegeheime auf den Stand der Mindestbauverordnung zu bringen. Das können wir aus eigener Kraft einfach nicht schaffen. Ich bitte, genau wie Norbert Blüm, herzlich: Tun wir alles, daß diese Pflegeversicherung Wirklichkeit wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, etwas anderes liegt mir sehr am Herzen. Es liegt mir die Situation, die zwischen den neuen und alten Bundesländern herrscht, am Herzen. 1989/90 bei der Wiedervereinigung habe ich sehr häufig gesagt: Uns in den neuen Bundesländern bedeutet das Wort Freiheit noch etwas. Es ist schön, daß das Wort

Freiheit unterdessen auch in den neuen Bundesländern zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist.

Ich habe leider manchmal den Eindruck, es ist zu einer zu großen Selbstverständlichkeit geworden. Ich glaube, wir müssen gerade als CDU versuchen, das herüberzubringen, was Freiheit bedeutet. Denn das ist ein Grundanliegen unserer Politik.

Ich möchte jetzt etwas anderes nennen. Ich beobachte eine gewisse Entzweiung. Es ist vorhin gesagt worden, das Wort Sozialabbau ist das Wort des Jahres. Wir als CDU sollten zu Unworten des Jahres 1993 die Worte Ossi und Wessi machen. Ich kann sie nicht mehr hören. Es entstehen Täler zwischen den alten und neuen Bundesländern.

(Beifall)

Ich bitte Sie herzlich von diesem Platz aus: Ab heute sollen für die CDU die Worte Ossi und Wessi von diesem Parteitag ausgehend Unworte sein, die in unserer Partei nichts zu suchen haben. - Danke.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Nächster Redner ist Gerd Scheffhold, Landesverband Baden-Württemberg.

Ich bitte, sich bereitzuhalten, damit wir nicht unnötige Zeitverluste haben: Leo Lennartz, Landesverband NRW, Niko Galandt, Landesverband Schleswig-Holstein.

Ist Herr Scheffhold im Saal? Das ist nicht der Fall. Dann bitte Herr Leo Lennartz, Landesverband NRW.

Leo Lennartz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das mit den drei Minuten ist bei mir schon eine alte Kiste. Ich komme immer dran, wenn die Redezeit beschränkt wird. Aber ich kann auch in drei Minuten das herüberbringen, was wichtig ist.

Der Herr Vorsitzende hat heute morgen eine längere Rede gehalten und sehr viele Punkte angesprochen. Er hat gesagt: Wir wollen damit in den Wahlkampf gehen. Irgendwann muß auch Schluß mit der Diskussion sein. Herr Vorsitzender, ich würde Ihnen sofort zustimmen, wenn Sie in Ihrer Rede alles angesprochen hätten, was da rein gehört.

Sie haben von der Familie gesprochen, Sie haben auch von der Überalterung der Menschen gesprochen. Sie haben aber nicht darüber gesprochen, was die Leute mir dauernd auf der Straße sagen und warum sie aus der CDU austreten, nämlich daß sie in dieser Partei einen Wertewandel feststellen, mit dem sie sich nicht mehr identifizieren wollen. Dieser Wertewandel kommt auch in unserem neuen Grundsatprogramm zum Ausdruck.

Aus diesem Grunde gibt es viele Leute, die mit der Fassung, wie sie vorliegt, überhaupt nicht einverstanden sind. Ich würde daher meinen, wenn Sie wollen, daß die Diskussion zu Ende ist, dann müssen Sie zuerst die Diskussion über die Grundwerte wieder führen.

Auf dem Parteitag in Düsseldorf habe ich Sie und Herrn Schäuble gefragt, warum Sie in der Diskussion über die Abtreibung nicht das Wort ergriffen haben. Sie haben mir keine Antwort gegeben. Sie sind mir die Antwort schuldig geblieben. Die Leute fragen mich, was hat der Kohl gesagt, und ich muß sagen, er hat nichts gesagt. Das ist natürlich auch eine Antwort.

Wenn Norbert Blüm vorhin gesagt hat, er hätte sich gefreut, wenn die IG Metall einmal für die Pflegeversicherung demonstriert hätte, dann muß ich sagen: Norbert Blüm stell dich an meine Seite und demonstriere für die Leute, die wirklich die Schwächsten in unsrer Gesellschaft sind. Das sind nicht die Pflegebedürftigen. Die Pflegebedürftigen haben ja Gott sei Dank noch eine Lobby.

Es gibt aber Menschen in unserer Gesellschaft, die haben keine Lobby. Das sind die Ungeborenen. Ich muß das noch einmal sagen. Ich habe drei Minuten Zeit, um zu reden. Das sind aber drei Minuten mehr, als sich die Fraktion bisher mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts beschäftigt hat.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts - ich gebe das hier zu Protokoll - halte ich für einen erheblichen und gefährlichen Anschlag auf das Grundgesetz unserer Bundesrepublik. Ich will das hier zu Protokoll geben, damit man in späterer Zeit darüber nachdenkt. Ich fordere die Fraktion und Herrn Dr. Kohl auf, hier zu sagen, wie sie sich demnächst in der Abtreibungsdiskussion verhalten und wie sie abstimmen werden.

Denn was die Fraktion jetzt vorgelegt hat, ist eine Fristenregelung. Eine Fristenregelung widerspricht der Diskussion und der Entscheidung des Mannheimer Parteitags. Das müssen wir jetzt endlich einmal klarstellen. Darum bitte ich jetzt.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Nächster Redner ist Herr Nico Gallandt, Landesverband Schleswig-Holstein. Danach bitte Hubert Schill, Landesverband Braunschweig und Dieter Lorenz, ebenfalls Landesverband Braunschweig.

Nico Gallandt: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Zum Thema Pflegeversicherung ist heute schon einiges gesagt worden und in der flammenden Rede von Norbert Blüm sicher auch das Wesentliche. Ich würde mir wünschen, wenn wir gemeinsam heute die Worte: Wir, die Union, wollen die Pflegeversicherung, aussprechen, dann müssen wir auch die Worte ergänzen: Im Zweifel auch ohne Rücksicht auf die Koalition.

Denn liebe Parteifreunde, an der Basis draußen erkläre ich keinem mehr, daß wir uns inhaltlich im Wesentlichen einig sind, und nur weil einige Starrköpfe in der FDP meinen, eine eigene Kontur nach außen tragen zu müssen, werden wichtige Reformen in dieser Legislaturperiode nicht mehr durchgeführt. Mit einer solchen Haltung würden wir in den Wahlen schlecht aussehen. Das können wir uns nicht leisten.

Ich meine, in dieser Koalition ist die Pflege nur ein Punkt. Man könnte, wenn man etwas mehr Zeit als drei Minuten hätte, noch weitere aufführen, wo letztlich die Verweigerungshaltung der Freien Demokraten die Union in die Gefahr bringt, grundsätzliche Überzeugungen über Bord zu werfen.

Sehen wir uns das Thema großer Lauschangriff an. Es ist heute von Herrn Gerster ganz kurz angesprochen worden. Die SPD, die Sozialdemokratie, in totaler Isolierung konnte dem Bürger gegenüber überhaupt nicht mehr klarmachen, warum sie nicht bereit ist, organisierter Kriminalität in diesem Land energisch und konsequent die Stirn zu bieten.

Wie sieht es heute aus? Wir haben uns letztlich trotz der guten Beschlüsse unseres Parteitages von der FDP bei der Umsetzung dieser wichtigen Frage ausbremsen lassen müssen, und die Sozialdemokratie läuft mit ihrem butterweichen Wischi-Wa-

schi-Beschluß durch die Gegend und tut so, als würde sie der organisierten Kriminalität die Stirn bieten. Ich meine, wir sind es uns schuldig, deutlich zu machen, daß Koalition sicherlich zweckvoll ist, aber nur solange, wie man sich in ihr wiederfindet. Und das gilt es, der FDP vor diesen Wahlen sehr deutlich zu sagen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Nunmehr spricht Hubert Schill, Landesverband Braunschweig.

Hubert Schill: Herr Präsident: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Heute vormittag haben wir von Dr. Helmut Kohl, unserem Bundesvorsitzenden, ganz klare Worte gehört, nicht nur zur Pflegeversicherung, sondern auch zu einigen anderen Dingen, wie zum Beispiel, daß nicht jede Woche ein neues Schwein oder eine neue Sau durchs Dorf gejagt wird unter dem Motto: Ich muß mich mal wieder in Erinnerung bringen.

Ich bin auch Mitglied der CDU, und ich bin Landesfürst. Da muß ich, wenn ich andere Probleme nicht aufgreife, mit einem Reizwort antreten, egal was es ist. Ist es nun etwa, das Benzin um eine Mark pro Liter zu verteuern oder aber beim nächsten Mal zu sagen: Unsere Renten sind nicht sicher.

Allein diese Sätze schaden uns mehr als alles andere. Sie zeigen nicht auf, wie man dem begegnen könnte. Das wird nicht getan, sondern man ergeht sich vielmehr in Allgemeinplätzen.

Der Bundeskanzler hat gesagt: Ich lasse mich von niemandem in die Knie zwingen. - Ich bin dafür, daß er diesen Satz so wörtlich nimmt, wie er ihn hier gesagt hat. Den Parteifreunden, die solche Sätze jede Woche irgendwo einmal unter das Volk bringen, sollte er zeigen, wer hier der Vorsitzende ist; ich will nicht sagen: der Vordenker, denn das muß er nicht sein; dafür ist die Mannschaft zu groß. Aber er muß die Richtung angeben und muß diese Parteifreunde wieder in die Schranken verweisen.

Ein Letztes: Herr Bundeskanzler, Sie sprachen davon, daß wir in diesem Jahr so viele Wahlen zu bestehen hätten, und Sie haben einige aufgeführt. Mit Sicherheit ist bei der Aufzählung der vielen Wahlen eine Wahl untergegangen: Denken Sie daran, daß wir in diesem Jahr wieder Betriebsratswahlen haben. Betriebsratswahlen sind in meinen Augen, in den Augen eines Arbeitnehmers, mindestens so wichtig wie eine Bundestagswahl.

(Beifall)

Es wäre gut, wenn wir hierzu auch einmal etwas aus Ihrem Munde zu hören bekämen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! - Nunmehr bitte Herr Dieter Lorenz (Landesverband Braunschweig).

Dieter Lorenz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte bisher etwa zwanzigmal Gelegenheit, an Bundesparteitagen teilzunehmen. Man ist begeistert und erlebt, wie die hohen Herren und Damen hier diskutieren und reden. Dann komme ich nach Hause, wo ich seit 12 Jahren Bürgermeister bin, und höre die Entgegnung. Man vernimmt das Echo des Parteitages und sieht, wie das Volk wirklich über uns denkt.

Warum ist das so? Man sagt immer, daß Politiker genauso sind wie die Gesellschaft. Aber das Volk erwartet von den politisch Tätigen, daß sie besser sind als die Gesellschaft. Die vielen Dinge, die bisweilen durch die Zeitungen geistern, daß jemand Geld oder Leistungen in Anspruch nimmt, die nicht durch seine eigene Arbeit erworben worden sind, geben ein schiefes Bild. Wir müssen uns sagen lassen, daß wir bemüht sein müssen, besser zu sein als die Gesellschaft.

Ein Zweites. Herr Kohl, Sie haben heute gesagt: Wer sich selbst zu Lasten der Gemeinschaft profiliert, schließt sich aus. - Wenn wir dies ernst nehmen würden, dann wäre mancher Delegiertenplatz hier im Raum wahrscheinlich leer. Ich bedauere das sehr. Ich habe schon öfter gesagt: Die Einigkeit ist entscheidend für die CDU. - Was erlebt man dann? Dieses Beispiel wurde bereits erwähnt: Zum Jahresschluß wurde die Rente in Frage gestellt. Sofort kommt aus dem Kreis der Alten die Bemerkung: Müssen wir denn in Sorge um unsere Rente sein? - Das schafft viel Unmut. Ich meine, wer so etwas tut, kann als Hans Dominik der CDU die Note „Eins“ bekommen, aber im Hinblick auf CDU-Freundlichkeit und im Hinblick auf die Förderung der Gemeinschaft nur die Note „Fünf“. Es ist schade, daß es so etwas gibt.

Warum ist unsere CDU in der Bevölkerung nicht gut angesehen? Das Problem ist: Wer spricht für die CDU? Herr Kohl hat heute eine begeisternde Rede gehalten. Man wagt es eigentlich gar nicht, Kritik zu üben. Nur, wenn Herr Kohl spricht, spricht er als Bundeskanzler, und er spricht als Kanzler einer Koalition. Das Volk möchte aber wissen: Was will die CDU? Darum, meine Damen und Herren, sind wir aufgefordert, beim nächsten Parteitag eine Lösung zu finden, aus der deutlich wird, wer allein für die CDU spricht. Die Verantwortlichen sind aufgerufen, uns auf dem nächsten Bundesparteitag einen Vorschlag zu unterbreiten, wie die CDU mehr zur Geltung kommen kann. - Ich bedanke mich.

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Danke sehr! - Als nächster spricht Rolf Berend (Landesverband Thüringen), bitte.

Rolf Berend: Verehrter Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Es sind heute schon einige Themen angeschnitten worden. Obwohl in vier Monaten die Europawahl stattfindet, ist dieses Thema heute - außer in der Rede unseres Bundeskanzlers - kaum zur Sprache gekommen. Gerade in den neuen Bundesländern - ich spreche hier als Vertreter Thüringens im Europäischen Parlament - haben wir am 12. Juni eine Uraufführung: Wir gehen das erste Mal zur europäischen Urne. Ich weiß, daß viele hier im Saal diese Wahl als eine Art Nebenkriegsschauplatz abtun wollen. Liebe Freunde, ich wage zu behaupten, daß die Wahl zum Europäischen Parlament am 12. Juni eine signifikante Bedeutung für alle nachfolgenden Wahlen haben wird. Es ist kein Geheimnis, daß die neuen Bundesländer nun nicht gerade in einer euphorischen Europastimmung sind. Die Schuld haben teilweise auch wir, weil es uns in den letzten Jahren nicht gelungen ist, klarzumachen, daß die Europäische Union auch Helfer bei den Übergangsproblemen in den neuen Bundesländern ist.

Es ist richtig, daß wir - ich rede insofern als Mitglied des Regionalpolitischen Ausschusses des Europäischen Parlaments - in das förderwürdigste Gebiet dieser Gemeinschaft eingestuft wurden, daß wir bis 1999 28 Milliarden DM bekommen. Die Bürger fragen zu Recht: Wo und wie wird das Geld untergebracht? Liebe Freunde, hier besteht meines Erachtens ein Defizit, das wir in den nächsten Monaten ausbügeln müssen. Es muß uns gelingen - ich appelliere von dieser Stelle aus an unsere

Bürgermeister und Landräte -, ein wenig mehr Ehrlichkeit im Umgang mit Fördermitteln zu demonstrieren, indem beispielsweise auf den Schildern vor Gewerbegebieten in den neuen Bundesländern steht: „Dieses Gebiet wurde mit Mitteln der Europäischen Gemeinschaft gefördert.“ Es würde manche europapolitische Wahlveranstaltung ersetzen, wenn Otto Normalverbraucher sieht und liest: Brüssel hilft vor Ort in den neuen Bundesländern.

Liebe Freunde, das soll ein Appell sein. Dann käme Brüssel auch aus dem Dunstkreis heraus, ein wütendes Regulierungsinstrument zu sein. Die EU ist ein echter Helfer beim Aufbau in den neuen Bundesländern.

Lassen Sie mich in aller gebotenen Kürze noch ein Drittes sagen. Ich werde immer wieder gefragt, gerade in diesen Monaten vor den Wahlen: Warum sollen wir als Europäer CDU wählen, warum nicht SPD, warum nicht FDP? Liebe Freunde, eine Antwort unter vielen möchte ich klar und deutlich nennen: Christdemokraten müssen in großer Anzahl nach Straßburg und Brüssel, um die rot-grüne Regulierungswut dort einzudämmen. Das heißt auch, daß wir wissen, was reguliert werden muß entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip. Wir wissen, was in die Ebene des Bundes und was in die Ebene des Landes gehört. Wir wissen auch, was auf europäischem Parkett geregelt werden muß. Ein Grund ist, der rot-grünen Regulierungswut bis 1999 in Brüssel und Straßburg Einhalt zu gebieten.

Deutschland braucht Europa, und Europa braucht Deutschland: So klang es heute morgen schon einmal von hier aus. Ich möchte für die neuen Bundesländer noch eine Ergänzung machen. Konrad Adenauer hat vor mehr als 40 Jahren gesagt:

Europa war zunächst ein Traum für wenige. Es wurde eine Hoffnung für viele und ist heute eine Notwendigkeit für alle, ja eine Notwendigkeit und kein notwendiges Übel.

So Konrad Adenauer vor 40 Jahren!

(Beifall)

Liebe Freunde, das trifft heute für die neuen Bundesländer mindestens in demselben Maße zu. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Vielen Dank! - Nun hat sich Fritz Niedergesäß, Landesverband Berlin, gemeldet. - Bitte sehr.

Fritz Niedergesäß: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Arbeitslosigkeit ist sicherlich das Schlimmste, was uns hier bewegt. Wir müssen feststellen, daß nicht die CDU und nicht die Treuhand und auch nicht irgendwelche Organe, die jetzt die Macht haben, wie uns von der SPD immer weisgemacht wird, die Fabriken im Osten abgewickelt und kaputtgemacht haben, sondern daß dies lediglich auf die Schlußwirtschaft von 40 Jahren Sozialismus zurückzuführen war. Wir haben im Osten Deutschlands ein Aufbauwerk zu vollbringen, das ohnegleichen ist. Deshalb wundert es mich um so mehr, daß wir so viele Arbeitslose haben.

Warum haben wir so viele Arbeitslose? Ich werde den Eindruck nicht los, daß das Gesetzeswerk - in erster Linie durch die Forderungen geschaffen, die die Gewerkschaften mit Unterstützung der SPD immer wieder nach oben peitschen - den Zutritt

zum Arbeitsmarkt verwehrt. Ein Maurer muß 15 DM in der Stunde verdienen, sonst darf er gar nicht erst zur Arbeit gehen.

Ich fordere ganz klar, Öffnungsklauseln einzuführen, gerade für den Bereich der neuen Länder, um die Leute wieder in Arbeit zu bringen.

Wir haben bei der Brandenburger Wahl feststellen müssen: Die Arbeitslosen wählen alles andere, bloß nicht CDU. Deshalb erscheint es glaubwürdig, daß wir die einzige Partei sind, die die Arbeitslosigkeit wirklich abschaffen will. Deshalb fordere ich: Arbeit für alle. Wir haben die Möglichkeiten, das zu bewältigen. In der Zeitung habe ich letzgens gelesen, wir haben vier Millionen Arbeitslose, aber gleichzeitig vier Millionen Schwarzarbeiter. Da kann irgend etwas nicht zusammengehen.

Ich fordere den Arbeitsminister auf, mit dem gleichen Elan, mit dem er die Pflegeversicherung durchbringen will - für die ich natürlich bin; ich würde sogar vier Tage opfern oder von mir aus auch noch mehr -, das Problem, Arbeit für alle zu schaffen, anzupacken und die verflixten Kisten, die aus dem Westen in die Einheit gebracht worden sind, die Wohlstandsansprüche, die goldenen Kälber, von denen Norbert Blüm gesprochen hat, endlich zu schlachten und die Mottenkisten kaputtzutreten, damit wir die Leute wieder in Arbeit bringen. Wir haben es nötig, gerade wir im Osten, bei dem Zustand unserer Städte und Kommunen, mehr Leute im Bauwesen und in anderen Bereichen zu beschäftigen. Ich halte das alles für möglich.

Der Kanzler hat heute angemahnt, daß die Baugesetzgebung für die neuen Länder zur Zeit ein Kreuz ist. Ich höre schon seit drei, vier Jahren von allen möglichen Seiten, daß wir trotz Beschleunigungsgesetzen mit dem Verkehrswegebau im Osten Deutschlands nicht so in Tritt kommen, wie wir uns das vorgestellt haben. Frau Merkel hat angemahnt, daß der Autobahnbau in Mecklenburg nicht in Gang kommt. Herr Eggert hat festgestellt, daß in Sachsen und anderswo Probleme bestehen.

Ich fordere alle, die in Verantwortung stehen, auf, ein paar Vorschläge zu machen, wie wir die Planungszeiten verkürzen und wie wir die Dinge auf den Weg bringen können. Wir müssen verhindern, daß Rot-Grün auch nur die geringste Chance in der Bundesrepublik bekommt. Wir haben in Brandenburg, im Umland von Berlin, eine Ampelkoalition. Meine Damen und Herren, dem Lande Brandenburg geht es so wie dem Säugling, der bei der Geburt zuwenig Sauerstoff gekriegt hat: Es bleibt ein dauerhafter Schaden zurück. Das wollen wir verhindern. Wir können es uns nicht leisten, bei der nächsten Wahl in die Gefahr zu geraten, Rot-Grün zu bekommen.

Wir hatten im vorigen Jahr im Lande Brandenburg im Bauwesen eine Steigerungsrate von 12 %. Alle anderen O-Länder hatten eine Steigerungsrate von 30 %. Woher kommt das? Weil die in Brandenburg letztendlich alles verhindern, weil Rot-Grün nicht fähig ist, die Probleme, die heute anstehen, zu lösen.

Ein letztes Wort zu Ost-West; ich will das i - Ossi-Wessi - weglassen. Wir, die wir aus den neuen Ländern kommen, sind in den letzten vierzig Jahren nicht unter Tage marschiert. Wir haben unsere Kraft eingebracht, um dieses Land nicht völlig verrotten zu lassen. Ich möchte an Sie appellieren: Haben Sie Vertrauen zu uns. Denn in einigen Reden schwang mit, daß das Geld vielleicht gar nicht so nutzbringend eingesetzt wird, wie das im Westen der Fall gewesen wäre. Haben Sie Vertrauen in die neuen Länder, meine Damen und Herren. Die Leute wollen arbeiten, die Leute wollen den Aufbau.

Wir werden das miteinander packen. Ich hoffe, daß wir alle an einem Strick ziehen. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Nunmehr bitte Herr Armin Laschet, Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Armin Laschet: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erfolgreiche Politik lebt von Visionen. Das war immer die Stärke der Union: Soziale Marktwirtschaft, als sich kaum jemand etwas darunter vorstellen konnte, deutsche Einheit, als während des Kalten Krieges kaum jemand daran glauben konnte, europäische Einigung, Vereinigte Staaten von Europa zu einem Zeitpunkt, als dieses Europa in Trümmern lag. Eines unserer Probleme scheint zur Zeit zu sein, daß sich die Visionen erfüllt haben. Die Soziale Marktwirtschaft ist heute ein Modell für die ganze Welt. Die deutsche Einheit ist in Frieden erreicht worden. Die Europäische Union ist mit dem Vertrag von Maastricht eingeleitet worden.

Welche Visionen haben wir heute? Wir leiden scheinbar unter dem Erfolg unserer Visionen, ohne daß wir neue aufgebaut haben. Als jemand, der aus dem Westen Deutschlands, aus Aachen, kommt, kann ich Ihnen sagen: Wir könnten auch heute noch etwas mehr Mut bei europäischen Visionen gebrauchen.

(Vereinzelt Beifall)

Es macht sich der Eindruck breit, daß sich nach der kritisch geführten Maastricht-Debatte in Frankreich und auch bei uns ein Rückzug andeutet. Der bayerische Ministerpräsident redet und schwadroniert, man müsse von Adenauer weggehen. Er sagt, wir müßten weg vom europäischen Bundesstaat, und führt als Kronzeugen unser neues Grundsatzprogramm an, weil dort die bundesstaatliche Ordnung gestrichen war.

Meine Damen und Herren, ich begrüße, daß sich die Antragskommission dazu durchgerungen hat, die bundesstaatliche Ordnung wieder festzuschreiben. Wir sind in dieser Sache kein Kronzeuge für Herrn Stoiber.

(Vereinzelt Beifall)

Herr Bundeskanzler, viele Jüngere stehen eher bei der Politik Adenauers als bei vielen, die jetzt eine neue Politik in Europa einläuten wollen. Reden wir nicht soviel über Stahlquoten und Weizenpreise, sondern reden wir mehr über die Idee Europas. Reden wir nicht soviel über EG-Richtlinien und -Verordnungen, sondern sprechen wir über die Werte, die in eine europäische Verfassung hineingehören. Wir werden merken, daß es die Werte unseres Grundgesetzes sind, das nicht national ist, sondern immer europäisch war.

Denken wir nicht soviel darüber nach, wo und wie wir in Berlin unsere nationale Identität finden können, sondern suchen wir unsere europäische Identität. Nicht Hauptstädte, nicht Regierungssitze vermitteln Identität, sondern Regionen vor Ort, überschaubare Einheiten, Ideen und Überzeugungen.

Wenn wir das tun, wenn wir über Europa reden und uns ein wenig von dem modisch gewordenen nationalen Pathos schenken, haben wir wieder Visionen. Dann erreichen wir die Menschen, und zwar nicht nur für die Europawahl am 12. Juni. - Ich danke Ihnen.

(Vereinzelt Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Frau Rita Waschbüsch, bitte.

Rita Waschbüsch: Herr Präsident! Meine lieben Damen und Herren! Mich hat ein Satz von Norbert Blüm und dem Redner nach ihm geärgert und zu dieser Wortmeldung bewegt, die sehr spontan kam.

Herr Blüm, ich teile - das wissen Sie - Ihren Zorn und Ihre Rage darüber, daß wir zwanzig Jahre darüber reden, wir wollten die Pflegeversicherung, und daß wir nun kurz vor dem Ziel vor solchen Hürden stehen. Ich teile Ihren heiligen Zorn darüber. Ich spreche Ihnen jedoch das Recht ab, in diesem heiligen Zorn Rundumschläge auszuteilen und auch solche zu treffen, die das nicht verdient haben. Die FDP nennen Sie zu Recht. Die könnten noch mehr Prügel vertragen. Sie müßten sie auch kriegen. Das sind die Hauptschuldigen. Aber Sie dürfen nicht verschweigen: Zuständig sind auch die Tarifparteien. Sie und ich können in unserer CDA nachfragen. Alle Leute sagen mir: Wenn es um die 1,7 Millionen Pflegebedürftigen geht, würde ich gern eine halbe Stunde in der Woche mehr arbeiten. Soviel braucht man zur Finanzierung der Pflegeversicherung gar nicht. Das wäre viel intelligenter als das, was Sie an Rechenakrobatik mit Feiertagen und Zuschlägen, mit Freistellen und Urlaub gemacht haben. Machen mußten: Das will ich nicht bestreiten.

Aber jetzt die Kirchen, die, wie es in der Bibel steht, lieber Herr Blüm, die Feiertage brauchen, um sich den Mühseligen und Beladenen, den Schwachen zuzuwenden zu können, in die Prügel einzubeziehen, das ist ein Stück falscher Rage. Das sollten Sie nicht tun. Sie sollten die Richtigen prügeln.

Zweitens. Nach Ihnen sprach ein Redner von der Strafsteuer für die Kinderlosen. Meine lieben Damen und Herren, Strafe bezahlen über Jahre hinweg diejenigen, die die Zukunft der Nation großziehen, die Kinder haben in diesem Land.

(Vereinzelt Beifall)

Sie bezahlen Strafe, weil sie wegen Kindererziehung gegenüber denen benachteiligt sind, die keine Kinder haben. Man braucht sich noch nicht einmal die Renten der Kinderlosen anzuschauen, die sie wegen besserer Rentenbiographien im Vergleich zu denen kassieren können, die die Kinder großziehen; man muß einfach die Gegenwart sehen.

Ich möchte die Union wirklich mahnen, das nicht verlorengelassen zu lassen, was Sie, lieber Herr Blüm, erreicht haben. Es begann ja unmittelbar nach der Wende mit der Änderung in der Rentenversicherung und wurde vor allen Dingen 1986 mit dem Erziehungsgeld und der Anrechnung des Babyjahres im Rentenrecht fortgesetzt. Es gibt nun einmal zwei Entscheidungen des Verfassungsgerichts, die sagen, daß das Existenzminimum für Kinder bis spätestens 1996 freizustellen ist.

Ich wehre mich dagegen - hier ist wohl Frau Rönsch gemeint; verzeihen Sie, Herr Präsident, wenn ich ein bißchen die Zeit überziehe -, wenn eine mutige Ministerin kritisiert wird,

(Widerspruch)

weil sie die Wahrheit ausspricht, komme sie zum jetzigen Zeitpunkt gelegen oder nicht. Sie hat klargemacht, daß wir mit dem richtigen Familiensplitting, über das wir im Rahmen des Grundsatzprogramms diskutieren werden - das wir im übrigen kappen müssen, weil wir sonst auch die Wohlhabenden bevorzugen würden, wie uns das immer vorgeworfen wird -, für die sozial schwachen Familien zunächst gar nichts

bewegen werden. Das können Sie nur, indem Sie diejenigen - und das ist die ehrliche Antwort, die Frau Rönsch gibt - stärker belasten, die keine Kinder haben. Und das müssen Sie wiederum denen geben, die Kinder großziehen.

Wer diese Wahrheit nicht sagen will, wer sie vor Wahlen verschweigt, der redet nicht für Familien mit Kindern. Dann wird auch nichts in diese Richtung passieren. Gerechtigkeit muß man auch vor Wahlen anmahnen dürfen. Das geht nur mit dieser Umverteilung. Das ist keine Strafsteuer; Frau Rönsch hat das im übrigen Zukunftsbeitrag genannt. Ich denke, den sollten alle gerne leisten.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Als letzter Redner in der Aussprache hat nunmehr Alexander Graf von Schwerin, Landesverband Nordrhein-Westfalen, das Wort. Bitte sehr.

Alexander Graf von Schwerin: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich halte es parteistrategisch für eine gute Lösung, daß der Kanzler anfängt und ich aufhöre.

(Zuruf: Selbstüberschätzung!)

- Selbstüberschätzung? Junge, ich wiege 140 kg. Da kannst Du gar nicht mehr schätzen.

Wichtiger Parteitag habe ich mir aufgeschrieben. Visionen waren eben noch gefragt. Wir haben einen wichtigen Parteitag, wir wollen die Weichen für die Zukunft stellen. Wir wollen - das habe ich der Rede des Kanzlers entnommen - Volkspartei bleiben. Das halte ich für ganz wichtig.

Ich komme aus Duisburg. Da ist meine erste Vision: Eine Umfrage unter Fachleuten hat vor einigen Monaten ergeben, daß der MSV Duisburg in der Bundesliga überhaupt keine Chancen hat. Die Jungs stehen oben an der Spitze.

(Zuruf: Nicht mehr lange!)

- Nicht mehr lange? Du hast ja keine Ahnung.

Wenn ich jetzt einmal an die CDU denke, liebe Freunde: Was haben wir für Umfragen? Da sind wir schon im Keller, in der Minus-2-Ebene und in der Minus-3-Ebene. Deswegen sage ich frank und frei: Hört nicht auf andere, wir sind es selber schuld. Wir können es selber leisten. Laßt uns kämpfen, und zwar als Mannschaft.

Wie ist es denn mit dem Mannschaftsgeist bestellt?

(Zuruf: Sehr gut!)

Bis heute hat es eine Diskussion auch über Mannschaftskapitäne gegeben. Ich sage - ich habe das früher gewußt, und ich stehe auch dazu -: Wir hatten immer einen Mannschaftskapitän, und seit heute weiß es wirklich jeder, daß wir einen guten und tollen Mannschaftskapitän haben.

(Beifall)

Wer jetzt glaubt, ich lobhudele ihn, weil ich irgend etwas werden will, der hat Sand dran. Ich will überhaupt nichts werden. Ich bleibe ehrenamtlich, ich kandidiere wieder für den Betriebsrat. - Ja, klatscht ruhig einmal.

(Beifall)

Ich sage noch etwas: Wer Helmut Kohl anguckt - er weiß, ich habe eine Vorliebe für solche Vergleiche -, muß bedenken: Nachfolger müssen auch immer in den Anzug des Vorgängers passen. Liebe Freunde, da muß sich hier schon jeder warm anziehen. Das gilt auch für Professoren, die draußen Interviews zu Steuern und zur Rentenreform geben.

(Heiterkeit und Beifall)

Zu einer Mannschaft gehören auch Leistungsträger und Einzelkötter. Nur, dabei zählt die Leistung. Das will ich doch noch einmal klar und deutlich sagen. Kurzum: In einer Mannschaft sind alle wichtig, diejenigen, die hinten arbeiten, und diejenigen, die vorne arbeiten, auch die, die die Tore schießen. Aber bitte weniger Eigentore!

Ich trage das mit, was hier über andere Mannschaften gesagt worden ist, über SPD und FDP. Aber eins muß ich auch einmal sagen: Es gibt manche Leute, die einem wirklich die Wut in den Bauch treiben. Davon gibt es aus meiner Sicht eine Menge. Ich habe vor einigen Tagen eine Karnevalssitzung gesehen, in der Herr Möllemann eine Bütenrede gehalten hat. Er hat u. a. über die Truppe der Zurückgetretenen gesprochen, die er gründen wolle. Das empfinde ich als eine Unverfrorenheit. Ein Beispiel: Unser ehemaliger Innenminister, unser Freund Rudi Seiters, und Möllemann - das ist wirklich ein Vergleich - ich sage es mit meinen Worten - von Kuhmist und Kaviar.

(Heiterkeit und Beifall)

Zeigen wir also wieder unsere Wertvorstellungen nach draußen: Gradlinigkeit, Glaubwürdigkeit. Kämpfen wir wieder um Vertrauen, liebe Freunde. Nehmen wir aus Ludwigshafen auch Althergebrachtes in die morgige Diskussion mit. Erfüllen wir C wieder mit Christlich, D mit Demokratisch, und vergessen wir vor allem nicht das U für Union. Packen wir es wirklich an, liebe Freunde. Dampf drauf!

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, damit ist die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 12 beendet. - Das Wort hat nunmehr der Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute früh verstarb in Bonn unser Freund Albrecht Hasinger.

(Die Delegierten erheben sich)

Albrecht Hasinger wurde im Juni 1935 geboren und war nach seiner Studienzeit ohne jede Unterbrechung in wichtigen Funktionen unserer Partei, unseres Landes tätig. Er begann als junger Mann im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, hat in den Jahren der Opposition als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsfraktion wichtige Anstöße gegeben. Er war Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse in einer schwierigen Zeit, während der Opposition. Und wenn wir morgen über das Grundsatzprogramm diskutieren, diskutieren wir auch über das noch geltende Grundsatzprogramm, an dem er ganz wesentlich mitgearbeitet hat.

Er war von 1976 bis 1980 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er war von 1981 bis 1989 Staatssekretär beim Senator für Gesundheit und Soziales in Berlin. Er hat über Jahre hinweg unseren Bundesfachausschuß für Sozial- und Gesundheitspolitik geführt. Er hat wichtige Funktionen im Bereich der deutschen Familienverbände wahr-

genommen. Er war seit 1991 Staatssekretär im Bundesministerium für Familie und Senioren.

Wer aus nächster Nähe miterlebt hat, wie er sich mit großer Energie, aber auch mit einem tiefen Glauben gegen die übermächtige Krankheit gewehrt hat, der hat erfahren können, welche Persönlichkeit er auch in einer für ihn schlimmen Zeit war.

Wir haben Albrecht Hasinger viel zu verdanken. Wir wollen unserem heimgegangenen Freund ein stilles Gebet widmen. - Ich danke Ihnen.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Beratung und Beschlußfassung über den Antrag des Bundesvorstandes „Für Wachstum und Beschäftigung“

Dieser Antrag trägt den Kennbuchstaben G 1; Sie finden ihn in der Antragsbroschüre ab Seite 591.

Das Thema Wachstum und Beschäftigung ist ein, wenn nicht sogar das zentrale Thema in den Wahlkampfauseinandersetzungen des Jahres 1994. Unsere Diskussion auf diesem Parteitag soll deshalb auch die Kompetenz der CDU sichtbar werden lassen, wirtschaftliche und soziale Sicherung für alle Deutschen schaffen zu können. Wir werden zu diesem Thema sicherlich außerordentlich fundierte Beiträge aus Ihren Reihen erhalten.

Darüber hinaus hören wir im Rahmen dieser Debatte Beiträge von Gästen unseres Parteitags, die auf Grund ihrer beruflichen Verantwortung wesentliche Aspekte unserer Thematik fundiert darstellen können.

Meine Damen und Herren, bevor ich den Initiatoren dieses Antrags das Wort gebe, möchte ich den beiden Vorsitzenden der Bundesvorstandskommission, die diesen Antrag des Bundesvorstands in vielen Sitzungen mit zahlreichen externen Experten erarbeitet haben, sehr herzlich danken.

(Beifall)

Wir bedanken uns insbesondere bei der Hauptgeschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer Münster, Frau Christa Thoben, ebenso wie bei unserem Bundesumweltminister, Professor Dr. Klaus Töpfer.

(Beifall)

Ich erteile das Wort zu einer Einführung in den Antrag des Bundesvorstands nunmehr Frau Christa Thoben.

Christa Thoben: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Antrag „Für Wachstum und Beschäftigung“ will der Bundesvorstand bestimmten Versuchungen nicht erliegen. Trotz Beginn eines Wahlmarathons wollen wir weder in diesem Themenfeld zu allgemein bleiben noch und schon gar nicht Illusionen über das erwecken, was kurzfristig mit Aussicht auf Erfolg getan werden kann, um ein, zwei oder drei Millionen Menschen zusätzlich in Arbeit zu bringen. Wir wollen nicht mit Showeffekten arbeiten und auch nicht in Aktionismus verfallen, wie das die eine oder andere Zeitung unterstellt. Wir benennen nüchtern die Möglichkeiten der Politik, aber auch ihre Grenzen. Wir bieten keine Patentrezepte. Aber - das ist unsere Aufgabe -

nach nüchternem Abwägen von Handlungsmöglichkeiten machen wir Vorschläge, die teilweise bereits ins Gesetzgebungsverfahren der Bundestagsfraktion Eingang gefunden haben. Nüchternheit ist nach unserer Überzeugung auch angesichts von vier Millionen Arbeitslosen das Gebot der Stunde.

Das Quasi-Gegenmodell kann als Hochkonjunktur in Betroffenheit beschrieben werden. Es gibt Hochkonjunktur, was Mitleidsbekundungen angeht. Aber reicht das, um zu hilfreichen, sachdienlichen Entscheidungen zu kommen? Wir wollen es lieber mit Alfred Marschall halten: Zwar ein heißes Herz, aber bitte den kühlen Kopf in dessen Dienst stellen.

Im Gegensatz zur SPD ist unser Feld auch nicht das Hantieren mit Neidparolen als Ersatz für mutige und entschlossene Weichenstellungen zur Zukunftssicherung.

Wenn wir zu Beginn des Jahres 1994 dieses Papier vorlegen, so tun wir das einmal deshalb, weil die Lage dies erfordert, aber wir liefern damit auch einen unübersehbaren Beweis dafür, daß wir in Wahlzeiten handlungs- und entscheidungsfähig sind.

Meine Damen und Herren, nüchtern und ohne Illusionen Mut aufbringen - vor welchem Hintergrund müssen wir und alle anderen Beteiligten dies tun? Wenige Hintergründe dafür zur Einführung in dieses Papier. Erstens. Früher konnten wir uns in Deutschland darauf verlassen, daß uns unser technischer Vorsprung einen Produktivitätsvorsprung sicherte und daß diese Kenntnisse eben nicht weltweit verfügbar und auch nicht beliebig und einfach transferierbar waren. Der in Westdeutschland erworbene technologische Vorsprung schmilzt jedoch angesichts hervorragender Leistungen in anderen Teilen der Welt ab. Vorsprünge wollen laufend wieder neu erworben werden. Kostenniveaus, die sich bei einem bestimmten Vorsprung bedienen, vertreten lassen, geraten damit ebenfalls ins Gerede und sind so nicht mehr zu sichern. Wir brauchen eine Doppelstrategie: einerseits Beherrschen der Kosten und andererseits mutiger, entschlossener Aufbruch zu viel mehr Neuem, gerade auch im Bereich Technik, zu neuen Produkten und zu Innovationen.

Meine Damen und Herren, mit der Öffnung der Grenzen nach Mittel- und Osteuropa erleben wir außerdem in unmittelbarer Nachbarschaft unvorstellbar niedrige Löhne und sonstige weitaus günstigere Produktionsbedingungen in nur wenigen hundert Kilometern, von bestimmten neuen Bundesländern aus sogar in unter hundert Kilometer Entfernung. Große Transportwege nach Südostasien boten noch einen gewissen Schutz oder verleiteten zu der Illusion, von dort aus ließen sich unsere Märkte nicht so gut beliefern. Jetzt: die Konkurrenz, unvorstellbar kostengünstig und gleichzeitig qualifiziert, rückt uns, um es landläufig auszudrücken, auf die Pelle. Die Menschen dort sind hochmotiviert, sie haben Biß, sie wollen, daß es ihnen allen besser geht. Sie strengen sich für unsere Begriffe, für unsere jetzigen Erfahrungen unvorstellbar an. Das mag den Ruf nach Abschottung an den Grenzen und die Meinung verständlich machen, zu sagen, jetzt gibt es neben Sozialdumping noch Ökodumping, und am besten verbietet man, daß aus diesen Ländern etwas zu uns exportiert werden kann. So einladend die Versuchung ist, einer solchen Überlegung nachzugeben - eine strategisch aussichtsreiche Antwort auf das, was wir hier zu bewältigen haben ist das nicht.

Wir haben in Deutschland zusätzlich die große Herausforderung der Vollendung der inneren Einheit zu bewältigen. Ein unvorstellbarer Umfang unproduktiver Arbeitsplätze muß modernisiert, völlig neu gestaltet und geschaffen werden. Das verlangt den Menschen in den neuen Bundesländern aus der Sicht der alten Bundesländer nie

erlebte, nie auszuhaltende Anpassungen ab, über die wir nach meiner Überzeugung zuwenig positiv reden.

(Beifall)

Deshalb ist Gegenstand unseres Papiers auch, all denen in den alten Bundesländern, die immer noch meinen, allein die 17 Millionen hätten den Wandel zu bewältigen, und bei uns bleibt es, wie es war, zuzurufen: Auch wir werden davon nicht nur tangiert, sondern, um es noch einmal flapsig auszudrücken, voll erwischt werden.

(Beifall)

Je früher wir das einsehen, je früher wir an den notwendigen Veränderungen mitwirken, um so schneller, um so aussichtsreicher ist das Bewältigen der Krise.

Meine Damen und Herren, die Knappheit der Produktionsfaktoren - so drücken das Ökonomen aus - haben sich nachhaltig verändert. Knapp ist bei uns auf absehbare Zeit - absehbar ist ganz schön lange - nicht mehr die Arbeitskraft, die derzeit zudem mit hohen Kosten belastet ist. Knapp sind vielmehr neue technische Ideen, kaufmännischer Sachverstand, unternehmerischer Wagemut, aber auch die ökologischen Ressourcen.

Wie wollen wir mit dieser Herausforderung umgehen? Wir müssen den Bürgern sagen, daß die Rezession, der Umbau der Wirtschaft für einige Zeit Belastungen für alle mit sich bringen wird und gemeinsame Anstrengungen notwendig macht. Wenn wir es nicht schaffen, alle - alle! - gesellschaftlichen Gruppen von dieser Aufgabe zu überzeugen, werden wir im jeweiligen Schuldzuweisen hängenbleiben und keine sachdienlichen Antworten finden. Der Aufschwung, selbst wenn die Talsohle durchschritten ist, findet nicht als allererstes auf dem Arbeitsmarkt statt, sondern in unseren Köpfen. Je schneller wir umdenken, um so schneller geht es auch auf dem Arbeitsmarkt aufwärts.

(Beifall)

Deshalb brauchen wir z.B. eine enorme Kraftanstrengung für neue Produkte, für Innovationen, für moderne Technologien. Da gibt es eine verquere Debatte, ob das, was wir hier vorschlagen, nämlich einen Technologierat, nicht genau in die falsche Richtung weist. Wir meinen, nein. Wenn es denn stimmt, daß wir im Zusammenhang mit modernen Technologien Akzeptanzprobleme haben: Wie wollen wir die denn überwinden? Doch nicht durch eine Parteitagrede. Aber wenn wir einen institutionalisierten Dialog auslösen, indem einmal jährlich eine Expertenrunde, gesetzlich abgesichert, einen Bericht vorlegt, zu dem die Bundesregierung Stellung nimmt und feststellt: Was von dem, was den Experten als sinnvoll erscheint, wollen wir machen?, dann lösen wir einen Dialog aus, vor dem man nicht mehr so schnell wegrennen kann. Deshalb plädieren wir für einen Technologierat, allerdings nicht im Sinne von Investitionslenkung oder Rückfall darin, daß eine kleine Gruppe Investitionen besser steuern könne als die Vielzahl der Unternehmer. Aber wir brauchen den öffentlichen Dialog über Chancen moderner Techniken, weil wir nach unserer Überzeugung sonst noch mehr verpassen, noch mehr riskieren, daß die Anwendung von Kenntnissen im Ausland und nicht bei uns stattfindet und wir damit Chancen verspielen.

Meine Damen und Herren, es gibt Menschen, die meinen, man könne auf so etwas verzichten, man könne sich doch bei den Produkten, bei denen man sich auskenne, anstrengen, und dann bliebe es zwar bei diesem Wohlstand, nur, der sei ja auch schon

sehr schön. Warum müßte man denn schon wieder zu neuen Ufern und noch Schwierigeres und noch Neuere unternehmen?

Meine Damen und Herren, ich will das an einem Beispiel deutlich machen. Unsere Lohn- und Wohlstandsstruktur ist wie ein Zirkuszelt. Sie wird getragen von Spitzenleistungen, von den hohen Masten. Darüber ist alles gespannt - auch der Lohn, den ein Busfahrer bei uns verdienen kann. Der ist nämlich nicht deshalb deutlich höher als in Prag, weil der besser Bus fährt, sondern weil wir mit anderen Spitzenleistungen das Wohlstandsniveau insgesamt anheben.

(Beifall)

Wenn diese hohen Masten nicht mehr da sind, dann mag man immer noch davon träumen, daß das Zelt in der Luft schwebt, die empirische Erfahrung spricht jedoch dagegen. Deshalb werben wir für Eliten, für Spitzenleistungen und für Kraftanstrengungen, weil sonst alle in ihrem Wohlstand zurückfallen werden - nicht nur eine vermeintlich kleine Gruppe, die mit ihren Kenntnissen viel verdient.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben auch ein ehrgeiziges Ziel im Rahmen der Haushalts- und Finanzpolitik in dieses Papier hineingeschrieben. Wir denken, es ist wichtig, deutlich zu machen, daß die jetzige Verschuldung zwar als Begleiterscheinung der immensen Kraftanstrengung im Zusammenhang mit der deutschen Einheit *geradenoch tolerierbar ist, aber daß sie nicht geduldet werden darf, sondern Ansporn sein muß, so schnell wie eben möglich davon herunterzukommen*; denn sie ist nicht nur eine Überlastung des Staates und bedeutet, daß er in seinen zentralen Aufgaben gar nicht mehr so leistungsfähig sein kann, weil er große Kraftanstrengungen zur Bedienung der Schulden aufbringen muß, sondern die Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch die öffentlichen Haushalte lähmt auch Investitions- und Wachstumsschancen in der Privatwirtschaft.

Meine Damen und Herren, Gegenstand des Papiers ist auch ein Hinweis, der vielleicht von manchem überlesen worden ist. Dort heißt es: *Viele Unternehmen haben sich im Umstrukturierungsprozeß auf Kosten der Sozialkassen entlastet. Diese Kosten müssen zukünftig nach der Sanierung an die sozialen Sicherungssysteme zurückgegeben werden; denn was erleben wir denn? Die Unternehmen, die sich schlanker setzen, die sich von Beschäftigten trennen, die sie unter den veränderten Bedingungen nicht mehr brauchen - tun sie es nicht sehr häufig dadurch, daß sie diese Menschen bei Norbert Blüm mit allen möglichen Begründungen abliefern? Teils unter der Überschrift Vorruehstand, teils nach dem Motto „Wir qualifizieren Euch mit Mitte Fünfzig noch einmal“, obwohl ihnen jeder Mitarbeiter eines Arbeitsamtes sagt: Am Ende ist die Vermittlungschance null. Wir verlagern Kosten auf Sozialkassen, die dort nicht hingehören. Das muß aufhören.*

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bei der kurzen Zeit, die mir für die Einführung gegeben ist, kann ich nicht alle Maßnahmen hier vorstellen, aber, ich denke, ein paar zusätzliche sind mir gestattet. Unter Forderung des Mittelstandes: Die Förderung der Existenzgründungen wird wieder aufgenommen. Das Eigenkapitalhilfeprogramm, bereits in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht, wird auch wieder auf die alten Bundesländer ausgedehnt.

Aber bitte: Wenn Sie „Mittelstand“ über einem Kapitel lesen und möglicherweise meinen, das sei mit eineinhalb Seiten viel zu wenig, der Mittelstand habe eine viel größere Bedeutung, und deshalb müßte der Text länger sein, so gilt: Ich warne vor diesem Mißverständnis. Mittelstandspolitik spielt sich nicht nur unter der Überschrift von Förderprogrammen, die sich an kleine und mittlere Unternehmen wenden, ab. Mittelstandspolitik ist Privatisierungspolitik. Mittelstandspolitik ist Deregulierung.

(Beifall)

Mittelstandspolitik heißt auch solide Staatsfinanzen. Das heißt: Bitte reduzieren Sie das Thema nicht auf diese eine Seite, bei der wir etwas Spezifisches sagen, sondern erkennen Sie, daß die anderen Felder der Politik Chancen eröffnen, die gerade kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommen. Das gilt auch und nicht zuletzt in den neuen Bundesländern.

Zu den neuen Bundesländern: Zu Beginn des Jahres 1994 etwas zu sagen, was nicht schon gesagt worden ist, und etwas als Botschaft auszusenden, was vielleicht doch noch ein Stück mehr sein kann als das, was wir bisher schon kennen - ich denke, es war und ist gut, die Arbeit der Treuhandanstalt insgesamt ausgesprochen positiv zu bewerten.

(Beifall)

Gleichzeitig wissen wir, so wie Frau Breuel, von der ich annehme, daß sie dazu gleich noch etwas sagen wird: Sie hat noch so ein paar Schätzchen. Bei diesen Schätzchen geht es teilweise um die letzten industriellen Bestandteile in einzelnen Regionen. Es gibt eine Debatte darüber. Es geht um die Frage: Kann man die denn jetzt eigentlich sang- und klanglos erledigen? Oder muß einem da etwas einfallen? Dies frage ich vor dem Hintergrund, wenn denn alle Beteiligten sagen: Zwar im Moment keine Privatisierung möglich, aber im Prinzip sanierungsfähig. Wie soll das dann aussehen?

Wir möchten keine Dauersubventionen, um das hier ganz deutlich zu sagen. Aber wir möchten das noch einmal - und ich denke, das passiert in einigen Bundesländern bereits - durchgesehen wird. Gibt es Sanierungschancen, wo man durch noch etwas Zeitkaufen etwas Positives bewirken kann? Denn eines ist ja richtig: Die Kenntnisse, die in ehemaligen industriellen Regionen jetzt da sind, kann man dann auch nicht ohne mittelfristigen und langfristigen Verlust für die Entwicklungschancen der Region einfach aufgeben. Deshalb noch einmal die Prüfung: Was gibt es an Chancen? Gibt es noch etwas Zeitkauf als Beitrag zum Erhalt dieser industriell geprägten Regionen, weil daraus wieder neue Wachstums- und Beschäftigungschancen entstehen könnten?

Wir brauchen auch, meine Damen und Herren, das Erschließen neuer Beschäftigungsfelder - insgesamt vor allen Dingen im Bereich der Dienstleistungen. Es ist kein Zufall: In Deutschland ist der Begriff Dienstleistung schon negativer besetzt, während es in den USA „service industries“ heißt. Was machen wir da eigentlich? Wir wissen, daß es vielfältige Chancen für Beschäftigung gibt - z.B. im privaten Haushalt. Den ganzen Bereich der Schwarzarbeit, den wir da im Moment mit deutlich über 2 Millionen beobachten können, will ich nicht unerwähnt lassen. Aber wir haben eine Reihe von Beschäftigungsfeldern, die wir derzeit nicht in reguläre Arbeitsverhältnisse überführt haben. Auch dort muß es noch einmal zu einer Kraftanstrengung kommen. Wir denken, das ist überfällig.

Trotzdem: All diese Maßnahmen, die ich bisher erwähnt habe, sind selbstverständlich keine, die innerhalb von vier bis sechs Wochen sehr viel Neues an Beschäftigung bringen. Sie sind unverzichtbar. Sie sind richtig. Sie sind auch die richtigen Weichenstellungen. Gleichzeitig wissen wir: Für den Übergang brauchen wir Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne, brauchen wir vor allem aber auch die Bereitschaft der Tarifpartner, sich auf die veränderte Situation einzustellen.

Meine Damen und Herren, häufig wird vergessen und nicht vorgetragen, daß seit 1982 3 Millionen Menschen zusätzlich Arbeit und Beschäftigung gefunden haben, in diesem Zeitraum aber die Arbeitslosigkeit nur um 600 000 gesunken ist. Wir haben also unvorstellbare Veränderungen bei der Suche nach Arbeit - einmal auf Grund des Zustroms aus dem Ausland, auf Grund demographischer Entwicklungen, aber auch, weil Frauen im viel stärkerem Umfang als früher am Erwerbsleben teilnehmen wollen. Daraus ergeben sich zusätzliche Anpassungserfordernisse - gerade, was den letzten Punkt angeht, nach meiner Überzeugung auch für die Tarifpartner.

Der Bundeskanzler hat in seiner Rede das Defizit bei der Teilzeitbeschäftigung schon angesprochen. Wir machen hier dazu den konkreten Vorschlag: Wenn man in einer wirtschaftlich schwierigen Situation mehr Leute bewegen möchte, Teilzeitjobs anzunehmen, und die Arbeitgeber ermutigen möchte, sie doch auch anzubieten, dann dürfen die Menschen dabei nicht in das Risiko laufen, wenn sie dann trotzdem den Arbeitsplatz verlieren, praktisch auf ein Viertel ihrer ursprünglichen Bezüge zurückgeworfen zu werden. Dort der Vorschlag: Zeitlich befristet den Erhalt der Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung, als wenn es um Vollzeitbeschäftigung ginge.

Meine Damen und Herren, wir haben auch Anlaß, der eigenen Partei zu danken, daß sie diesen Vorschlägen, gerade was Tarifpolitik und Arbeitszeitpolitik angeht, gefolgt ist. Ich erlaube mir den Hinweis, daß diese Beschlußlage und diese Überlegungen vor zwei Jahren die Mehrheit des Parteitags und auch des Bundesvorstands nach meiner Einschätzung nicht gefunden hätten. Einsicht kommt. Sie wächst. Es muß vielleicht nicht gerade Not sein, die Beten lehrt, aber Einsicht verstärkt, daß man doch überlegen muß, ob da z.B. nicht doch Einstiegstarife eine richtige Überlegung sind.

Ich denke, es steht uns gut an, der ersten Gewerkschaft, die solche Überlegungen mit in einen Tarifvertrag eingebracht hat, für dieses Beispiel zu danken und andere zu ermutigen, nicht nur über die zu verhandeln, die derzeit in Arbeit und Brot sind, sondern auch denen Chancen zum Einstieg zu eröffnen, die zur Zeit draußen vor der Tür stehen.

Strittig, aber nach unserer Überzeugung dennoch notwendig ist die Schärfung einiger Instrumente in der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Meine Damen und Herren, worum geht es dabei? Zuallererst geht es darum, daß sich auch bei uns jetzt die Bereitschaft breitmacht, neben der amtlichen Arbeitsverwaltung private Arbeitsvermittlung zuzulassen.

(Beifall)

Wir denken, das ist überfällig. Ich kann auch einen Teil der Debatte überhaupt nicht nachvollziehen, in dem immer wieder gesagt wird, dann würden sich die privaten Vermittler die guten Risiken auswählen, und die schlechten Risiken blieben bei der Arbeitsverwaltung. Was wäre denn schlimm daran, wenn sich die Arbeitsverwaltung

endlich ganz auf die schwierigen Fälle konzentrieren könnte und diese nicht immer quasi als Bestand in ihrer Kartei führen würde?

(Beifall)

Ich sehe darin keine Fehlentwicklung. Versuche dieser Art sind notwendig. Ich freue mich sehr auf den ersten Erfahrungsaustausch, den wir danach gemeinsam begutachten können.

Meine Damen und Herren, im letzten Jahr haben wir 180 000 Saisonarbeiter aus Nichtmitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft in unser Land geholt, damit wir die Ernte von den Feldern bekamen. Diese Saisonarbeiter werden von vielen, gerade auch Mittelständlern, weiter gewünscht. Es heißt: Wir finden auf dem deutschen Arbeitsmarkt die Menschen nicht, die diese Tätigkeit ausführen wollen. - Können wir uns diese resignative Haltung angesichts von 4 Millionen Arbeitslosen eigentlich leisten? Wir meinen: nein.

(Beifall)

Wir sagen deshalb in Absprache mit dem Bundesarbeitsminister: Diese Möglichkeit muß eingeschränkt werden. Den jungen Arbeitslosen, für die diese Tätigkeit zumutbar ist und die sie trotzdem verweigern, muß zeitlich befristet die Unterstützung entzogen werden.

(Vereinzelt Beifall)

Nur so werden wir lernen, daß wir in einer veränderten Situation auch mit anderen Maßnahmen - auch des Staates - reagieren müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, solange Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nur einen geringen Umfang haben und nur eine kleine Gruppe betreffen, kann man sie vielleicht so organisieren, wie wir das früher getan haben. Es kommt aber zu einem qualitativen Sprung, wenn diese Maßnahmen inzwischen auf mehr als 100 000 Menschen Anwendung finden. Dann wird es nämlich zu einem Problem, wenn wir die Menschen in diesem Bereich genauso bezahlen wie im regulären Arbeitsmarkt. Viele kennen Fälle, daß dann der Wechsel in ein reguläres rentables Arbeitsverhältnis gar nicht mehr angestrebt wird, weil man möglicherweise sogar das Risiko eingeht, bei einem Wechsel des Tarifgebietes weniger zu verdienen als in dem staatlich subventionierten Arbeitsverhältnis. Deshalb wollen wir, daß in allen subventionierten Arbeitsverhältnissen nur noch maximal 80 % des Tariflohns, der auf dem originären Arbeitsmarkt gezahlt würde, ausgezahlt werden dürfen.

Zur Abrundung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums ist folgendes zu fordern. Wir haben häufig die Situation, daß ein Bundesland bei spektakulären Unternehmenszusammenbrüchen ganz selbstverständlich an Norbert Blüm und an die Bundesregierung mit der Bitte herantritt: Nun macht etwas Zusätzliches. Macht etwas, was nur auf uns paßt. Ihr könnt uns in dieser Situation nicht allein lassen. - Diese Bitte äußert man besonders dann gern, wenn man selber finanziell gar nicht in die Pflicht genommen wird. Wir verstehen diese Sorge der Länder, aber wir möchten auch die Länder in solchen spektakulären Fällen in die Pflicht nehmen. Deswegen treten wir in eng begrenzten Ausnahmefällen für die Anwendung des § 249 h auch in den alten Bundesländern ein. Uns ist bewußt, daß dies eine Gratwanderung ist. Wir brauchen diese Möglichkeit aber, um auch den Bundesländern ein Instrument an die Hand zu

geben, mit dem sie belegen können, daß sie selber bereit sind, in Ausnahmesituationen etwas selber zu tun und nicht nur auf andere Töpfe zugreifen wollen.

Ich möchte auf eine letzte Maßnahme zu sprechen kommen. Was ich eben gesagt habe, gilt auch für Kommunen. Auch diese tun sich leicht, zu sagen: Es muß jetzt unbedingt zusätzlich etwas passieren. Der Zusammenbruch des dominierenden Unternehmens in unserem Bereich ist von uns nicht zu verkraften. - Das mag ja so sein. Die Maßnahme muß dann aber auch so strukturiert werden, daß der eigene Anteil aus kommunalen Kassen deutlich wird. In anderer Leute Kassen zu greifen und das als Beweis für verantwortliche Politik gegenüber dem Wähler auszugeben - das geht nicht mehr und wird von uns nicht mehr getragen. Deswegen schlagen wir diese Maßnahme vor.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, so etwas in einem Wahljahr zu tun ist einerseits mit Risiken verbunden. Nach unserer Überzeugung sind die Chancen allerdings deutlich größer. Max Weber verlangt von Politikern Leidenschaft, Verantwortungsbewußtsein und Augenmaß. Es sind zu viele unterwegs, die glauben, wenn man sehr viel Leidenschaft mitbrächte, könnte man auf Verantwortungsbewußtsein und Augenmaß verzichten. Das ist ein Irrglaube. Verantwortungsbewußtsein erwächst aus Sachkenntnis, und Augenmaß ist in der Wirtschaftspolitik wie in der Sozialpolitik eine Meßlatte, auf die wir gar nicht verzichten können. Wir müssen, so schwierig, so problematisch das Einzelschicksal auch sein kann, die Kraft aufbringen, Abstand zu halten, um Regeln zu finden, nach denen eine Wirtschaft, eine Gesellschaft, ein Arbeitsmarkt in schwieriger Zeit funktionieren können. Vielleicht gibt es schönere Zeiten; die jetzige Zeit aber ist die unsrige. Wir schlagen das vor, was wir uns zutrauen, und wollen damit die Zukunft gewinnen. - Danke schön.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Thoben. - Meine Damen und Herren, es war vorgesehen, daß auch Herr Minister Töpfer eine Einführung in das Thema gibt. Wir haben eben mit ihm vereinbart, daß er am Schluß der Aussprache redet und dann eine Art Zusammenfassung vornimmt.

Ich kann jetzt die Aussprache eröffnen. Gleich zu Beginn kann ich einen unserer Gäste sehr herzlich begrüßen, den Vorsitzenden des Vorstandes der Siemens AG, Herrn Dr. Heinrich von Pierer. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich bitte Sie um Ihren Beitrag.

(Dr. Helmut Kohl:
Ein bekannter Mittelständler!)

Dr. Heinrich von Pierer: Der Herr Bundeskanzler hat mich gerade als bekannten Mittelständler begrüßt. Es hätte mir etwas gefehlt, wenn ich dieses Mal nicht als Mittelständler begrüßt worden wäre.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben in unserem „mittelständischen“ Unternehmen ein Modell entwickelt, mit dem wir einigermaßen zuverlässig die aktuelle Konjunkturentwicklung voraussagen können. Frühindikatoren - so nennt man das.

Die gute Nachricht: Im letzten Monat haben erstmalig alle Frühindikatoren nach oben gezeigt.

(Beifall)

Wir gehen also davon aus, daß wir diese Aufwärtsentwicklung noch im Laufe unseres Geschäftsjahres spüren werden. Unser Geschäftsjahr ist aber erst am 30.9. zu Ende.

Die schlechte Nachricht: Es könnte uns, der deutschen Wirtschaft, dabei wie einem Jens Weißflog ergehen, den man zum Wettbewerb mit den Besten der Welt mit zu kurzen Skiern und einer Bleiweste antreten läßt.

Wo liegt das Problem? Der Standort Deutschland trifft heute auf ein verändertes internationales Umfeld. Hier sind erstens die Öffnung nach Osten und die Öffnung für Waren aus dem Osten zu nennen. Niemand kann für die Abschaffung der offenen Grenzen eintreten. In dieser Hinsicht unterstütze ich ganz das, was Frau Thoben soeben gesagt hat.

Ich möchte bezüglich der Lohnhöhen aber nicht im Abstrakten bleiben, sondern ganz konkret werden. Die Löhne in Osteuropa, in den an unser Land angrenzenden Staaten sind um 90 % niedriger als bei uns. Während wir in einer unserer Fabriken in Deutschland die Arbeitsstunde mit 40 DM rechnen, kostet sie in einer Motorenfabrik in der Slowakei gerade 3 DM. 40 DM gegenüber 3 DM! An der Qualität und an der Motivation der dortigen Arbeitnehmer ist aber nichts auszusetzen. Wir können dort um 30 bis 40 % kostengünstiger produzieren als bei uns in Deutschland.

Die technischen Standards sind freilich noch niedrig, also niedrige Löhne und noch niedrigere technische Standards.

Aber - und damit bin ich beim zweiten Punkt der Veränderungen - unser Geschäft ist internationaler geworden, die Wirtschaft globalisierter. Es gibt Regionen, in denen niedrige Löhne, aber hohe technische Standards und ein hohes Qualitätsbewußtsein zusammentreffen - das ist in Südostasien, also Hongkong, Singapur, Malaysia usw.

Auch hier möchte ich nicht abstrakt bleiben, sondern möglichst konkret werden. Wir haben z. B. in unserer Chip-Fabrik in Regensburg für eine Montagestunde 31 DM zu bezahlen, in Villach in Österreich sind es noch 26 DM, in Singapur sind es nur 8 DM, und in Penang und in Malacka - beides in Malaysia - sind es 2,50 DM. Dort wird mit großem Einsatz und hohem Qualitätsbewußtsein gleich gut gearbeitet wie in unseren Fabrikationsstätten. Also: Die Produktivität und die Qualität sind nicht niedriger als bei uns.

Ein Drittel unserer Arbeitsplätze hängt vom Export ab. Wir müssen uns dabei mit Unternehmen im internationalen Wettbewerb messen, die solche Produktionsstätten in diesen Ländern haben. Aber auch in Deutschland ist der Wettbewerb härter geworden. Auch hier haben wir es mit der internationalen Konkurrenz zu tun, die sich diese Kostenvorteile sichert.

Niemand in Deutschland darf darauf setzen, daß unser Lebensstandard am Weltmarkt finanziert wird, wenn wir nicht entsprechende Vorteile bieten können. Die Aussage, die in China, wenn wir unsere Anlagen dort verkaufen wollen, schon gefallen ist - „Leider ist eine Anlage aus Deutschland etwas teurer, weil da die Löhne etwas höher sind“ -, führt uns nicht sehr viel weiter.

Was ist nun zu tun? Ich glaube, daß es wenig bringt, sich gegenseitig die Schuld zuzuweisen und in die Vergangenheit zu blicken; sondern wir müssen nach vorne sehen und schauen, was wir verändern können. Ich habe hierfür kein Patentrezept, aber ich habe doch eine Reihe von Vorschlägen. Diese richten sich in erster Linie an die Unternehmen und erst in zweiter Linie heute hier an die Politik.

Was müssen die Unternehmer nach meiner Überzeugung tun? - Wir müssen unsere Produktivität verbessern. Die Rückstände in der Produktivität zu ausländischen Unternehmen betragen heute häufig 20 bis 30 %, also 20 bis 30 % Produktivitätsrückstand im internationalen Vergleich. Notwendig ist Sparsamkeit; das allein reicht aber natürlich nicht aus. Wir müssen die Prozesse beschleunigen, wir müssen auch Hierarchien abbauen. Es wird dabei auch zu einem Personalabbau kommen. Auch wenn der Personalabbau kein Selbstzweck ist, so ist er doch häufig die notwendige Folge, um die Produktivität zu verbessern. Auch wenn wir versuchen, diesen Personalabbau so sozialverträglich wie möglich zu gestalten, bleibt eine Härte übrig.

Mit Teilzeitarbeit kann ein Teil des Problems gelöst werden. Aber ich möchte auch darauf hinweisen, daß dies nicht ein Problem ist, das die Unternehmen allein lösen können. Wir bieten in unserem Unternehmen schon seit langem Teilzeitarbeit an; wir haben auch eine ganze Reihe von Teilzeitarbeitsverhältnissen. Wir erleben es aber, daß die Teilzeitarbeit von denen, denen wir sie anbieten, nur unzureichend genutzt wird.

Kosten und Personal abzubauen reicht natürlich nicht aus. Es muß etwas Zweites hinzukommen, und damit meine ich eine neue Innovationsinitiative. Wir brauchen neue und bessere Produkte, mit denen wir schneller auf den Markt kommen, und zwar nach Möglichkeit als erste auf den Markt kommen. Zweiter Sieger zu sein ist schon eine halbe Niederlage.

Wir müssen ein neues Bewußtsein der Herausforderung schaffen. Wir müssen immer wieder darauf aufmerksam machen, daß höchste Löhne, beste Sozialleistungen und längste Freizeit nur mit Spitzentechnik einhergehen. Nur der, der über Spitzentechnik verfügt, der kann auch höchste Löhne bezahlen.

Außerdem brauchen wir als drittes eine neue Wachstumsinitiative. Wir müssen wieder wachsen, und zwar mit neuen Produkten, um unsere hohen Kosten für Forschung und Entwicklung abzudecken. Wir müssen aber auch auf neue Märkte kommen. Dabei schauen wir - was neue Märkte angeht - natürlich auch nach Osteuropa. Aber wir wissen, daß das, was wir dort tun, langfristig angelegt ist, daß es uns kurzfristig nicht über unsere Schwierigkeiten hinweghelfen kann. Der Bedarf an Dingen, die die deutsche Industrie zu bieten hat - vor allem an einer Verbesserung der Infrastruktur -, ist grenzenlos. Aber die finanziellen Möglichkeiten sind doch sehr beschränkt.

Wir schauen deshalb nach Südostasien. Wir hatten es uns angewöhnt, von einer Weltrezession zu sprechen. Aber wir erleben es, daß diese Weltrezession in Südostasien nicht stattgefunden hat. Dort ist das Wachstum ungebrochen - auch über die letzten Jahre -, und liegt bei 10 bis 15 %. Wir wollen an den sich öffnenden und wachsenden Märkten Anteil nehmen.

Aber, meine Damen und Herren, wir können auch von der Lernfreude, von der Dynamik, die dort herrscht, von der Technikfreundlichkeit, kurz: von dem Unternehmertum, von der Aufbruchstimmung, die dort zu spüren ist, lernen. Das alles wirkt in diesen Ländern wie ein vierter Produktionsfaktor, an dem es uns so mangelt.

Ich begrüße in diesem Zusammenhang dankbar die Unterstützung der Bundesregierung. Wir erleben - ob wir es wollen oder nicht -, daß der internationale Wettbewerb von einem Wettbewerb der Unternehmen auch zu einem Wettbewerb der Nationen geworden ist. Große Projekte werden nicht nur nach Preis, Qualität und Lieferzeit und vielleicht nach etwas Verhandlungsgeschick vergeben, sondern heute spielt politische Unterstützung eine große Rolle. Wir sehen es mit Dankbarkeit, wie die Bundesregierung hier in den letzten Jahren ihre Einstellung verändert hat.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir dürfen uns aber keinen Illusionen hingeben, daß es eine einfache Flucht aus den Problemen der Arbeitslosigkeit in eine Dienstleistungsgesellschaft gibt. Nun möchte ich mir nicht anmaßen, über die Themen zu sprechen, wie viele etwa als Haushaltskräfte unterkommen können. Ich möchte nur über die Dienstleistungsgesellschaft in der Industrie reden. Da, meine ich, sollte man keine Illusionen nähren. Wer die Produktionsbasis verliert, verliert auch die Basis für Forschung und Entwicklung, für Software und Engineering. Wir brauchen eine gesunde Produktionsbasis in unserem Land, sonst werden wir auch auf diesen Gebieten keine Stiche mehr machen.

Im übrigen gilt das, was ich vorhin für die Kosten der Produktion Richtung Osteuropa und Richtung Südostasien mit den gravierenden Unterschieden gesagt habe, natürlich auch auf dem Ingenieurgebiet. Auch dort gibt es ähnlich gravierende Unterschiede. Leider bestehen solche Unterschiede heute auch schon zu den USA, wo ein amerikanischer Ingenieur, von dem man nun wirklich nicht sagen kann, daß er etwa eine geringere Motivation oder eine geringere Qualifikation als unsere Menschen in Deutschland hätte, zwei Drittel von seinen deutschen Kollegen kostet.

Meine Damen und Herren, ich habe in der kurzen Zeit ganz bewußt den Schwerpunkt auf das gesetzt, was die Industrie und was die Unternehmer tun müssen. Also: Produktivität verbessern, Innovationen beschleunigen und neue Märkte suchen. Aber das heißt nicht, daß ich keine Wünsche an die Politik in Bund, Land und Kommunen hätte. Die Zeit ist etwas zu knapp, dies vollständig darzustellen.

Ich mache es kurz: Ich bitte darum, keine weiteren Belastungen für die Wirtschaft vorzusehen.

(Beifall)

Die Wirtschaft braucht eine Atempause, um sich zu konsolidieren, und ich meine damit vor allem immer neue Vorschläge für neue Steuern und Lenkungsabgaben, wie sie meistens übers Wochenende von Politikern aller Couleur vorgebracht werden.

(Beifall)

Das gilt auch für den Umweltschutz. Ich denke, wir können stolz auf das Niveau sein, das wir in unserem Lande erreicht haben und das, so denke ich, in vielen Bereichen beispiellos in der Welt dasteht. Aber ich meine, daß wir uns auch hier weitere Belastungen im Augenblick nicht leisten sollten.

(Beifall)

Es wäre schon ein großer Erfolg, wenn wir das Niveau halten können, das wir gemeinsam geschaffen haben, und wir sollten eine europäische Harmonisierung anstreben, um auch andere an unser hohes deutsches Niveau heranzuführen.

(Zustimmung)

Ich habe die Diskussion vorhin nur phasenweise miterlebt und sage jetzt sicher etwas Unpopuläres, aber ich sage es doch: Ich kann gut verstehen, daß wir die Fürsorge für alte Menschen brauchen, auch eine Vorsorge für die Pflege. Aber ich glaube, daß dies unbedingt ohne weitere Belastungen für die Wirtschaft abgehen muß,

(Beifall)

Die Wirtschaft braucht eine Atempause, um sich zu konsolidieren, und ich meine damit vor allem immer neue Vorschläge für neue Steuern und Lenkungsabgaben, wie sie meistens übers Wochenende von Politikern aller Couleur vorgebracht werden.

(Beifall)

Das gilt auch für den Umweltschutz. Ich denke, wir können stolz auf das Niveau sein, das wir in unserem Lande erreicht haben und das, so denke ich, in vielen Bereichen beispiellos in der Welt dasteht. Aber ich meine, daß wir uns auch hier weitere Belastungen im Augenblick nicht leisten sollten.

(Beifall)

Es wäre schon ein großer Erfolg, wenn wir das Niveau halten können, das wir gemeinsam geschaffen haben, und wir sollten eine europäische Harmonisierung anstreben, um auch andere an unser hohes deutsches Niveau heranzuführen.

(Zustimmung)

Ich habe die Diskussion vorhin nur phasenweise miterlebt und sage jetzt sicher etwas Unpopuläres, aber ich sage es doch: Ich kann gut verstehen, daß wir die Fürsorge für alte Menschen brauchen, auch eine Vorsorge für die Pflege. Aber ich glaube, daß dies unbedingt ohne weitere Belastungen für die Wirtschaft abgehen muß,

(Zustimmung)

und zwar nicht nur heute, sondern auch auf die Zukunft gerichtet.

(Beifall)

Mir will es, gelinde gesagt, nicht ganz einleuchten, wie die Einführung der umlagefinanzierten Pflegeversicherung - so steht es im Programm - als Signal, nämlich als positives Signal - so ist es ja wohl gemeint - für ausländische Investoren gepriesen werden kann.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren, ich habe kürzlich an einer Fernsehdiskussion teilgenommen. Der Titel war: Deutsche Unternehmer, mutlos, kraftlos, ohne Perspektive - natürlich, wie es sich gehört, mit einem Fragezeichen, aber das wird ja nicht gesprochen. Zugegeben, wir haben Probleme, auch die deutschen Unternehmen haben viele Probleme; aber wir sind nicht mutlos, sondern wir sind voller Optimismus, und wir sind auch nicht kraftlos, sondern wir sind voller Energie, diese Probleme auch anzugehen, und wir sind nicht ohne Perspektive; vielmehr wollen wir die Maßstäbe für andere

setzen, die Maßstäbe, nach denen sich andere richten müssen, und das gilt, glaube ich, gleichzeitig für die Unternehmen und für die Politik. - Danke schön.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr von Pierer. - Als nächster hat der Bundesminister für Verkehr, Matthias Wissmann, das Wort.

Matthias Wissmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich glaube, daß es gut ist, daß dieser Antrag zu Wachstum und Beschäftigung ähnlich wie auch unser neuer Grundsatzprogrammentwurf den Willen zum Umdenken und zum verändernden Handeln zum Ausdruck bringt, und ich finde, es gibt kein besseres Signal für ein solches Umdenken, als wenn beim Parteitag eine Unternehmerpersönlichkeit wie Heinrich von Pierer spricht, weil ich der Meinung bin, es müßte selbstverständlicher sein, daß Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gewerkschaften die Türen nicht gegenseitig abschließen, sondern in einen strategischen Dialog eintreten, aus dem Konsequenzen erwachsen.

(Zustimmung)

Denn eines können wir von den Japanern lernen: Sie finden am Ende den Konsens. Wir streiten zuviel und kommen zuwenig zum Handeln.

(Beifall)

Deswegen bin ich froh, daß wir hier beispielhaft zeigen, daß wir zusammen auch zum Handeln entschlossen sind.

Liebe Parteifreunde, handeln ist, so meine ich, vor allem auf zwei Feldern von Zukunftsinvestitionen für Arbeitsplätze und Beschäftigung zwingend geboten: Erstens im Bereich von Forschung und Technologie. Es ist ja nicht nur ein Problem der Politik, sondern, wie Herr von Pierer und viele andere sicher ebenfalls berichten könnten, auch ein Problem der Wirtschaft, daß man dazu neigt, in Zeiten knapper Kassen nicht dort zu sparen, wo man eigentlich sparen müßte, nämlich bei den gewachsenen Gebirgen von Besitzständen, sondern dort, wo man am wenigsten sparen darf, will man Zukunft gewinnen, nämlich bei Forschung, Wissenschaft und Technologie.

(Zustimmung)

Der Anteil der deutschen Wirtschaft am Forschungsbudget der Bundesrepublik Deutschland ist seit 1989 kontinuierlich zurückgegangen, von damals 62 auf jetzt 59 %, und wir in der Politik wissen alle auch, wie schwer es ist, den Korridor für Forschung und Technologie in einem Verteilungskampf auch bei Sparmaßnahmen zu erhalten.

Aber, liebe Freunde, was in dem Antrag zum Ausdruck kommt und was auch mir persönlich besonders wichtig ist: Ich glaube, unsere Zeit braucht Zeichen für unseren politischen Willen, großen Technologien in Deutschland auch dann zum Durchbruch zu verhelfen, wenn die Zahl der Bedenkenträger noch groß ist.

(Zustimmung)

Gerade eben hat der Chef von Siemens gesprochen. Er könnte selber viel besser als ich berichten, wie jahrelang Bedenken dazu geführt haben, daß wir in Deutschland die ICE-Technologie später eingeführt haben als die Franzosen den TGV.

Liebe Freunde, in einer ähnlichen Gefahr standen wir bis jetzt nach der jahrelangen Diskussion um die Magnetschwebbahn, den Transrapid, eine Verkehrstechnik des 21. Jahrhunderts, eine, bei der wir in der technischen Entwicklung fünf Jahre vor den Japanern her sind, eine, die eine Anschlußtechnologie zur Rad-Schiene-Technik werden kann.

Deswegen will ich hier klar sagen, daß ich es für einen großen Fortschritt halte, daß es jetzt ein dem Kabinett vorliegendes Konzept zur privaten Finanzierung des Betriebs des Transrapid, also ein Konzept auf rein privatwirtschaftlicher Grundlage, gibt, damit ergänzend die öffentliche Hand die Strecke finanzieren kann, wie sie es beim Hochgeschwindigkeitssystem ICE ebenfalls tut.

Ich meine, wir sollten es hier anders machen als bei der Energietechnik: nicht auch noch diese Technik ins Museum abfahren lassen, sondern noch in diesem Jahr die klare Entscheidung für den Transrapid auf der Strecke Hamburg-Berlin treffen - als ein Zeichen für unseren Zukunftswillen.

(Beifall)

Liebe Freunde, ähnliche Entscheidungen für die Zukunft, auch für die Zukunft von Arbeitsplätzen, treffen wir gemeinsam, wenn wir den Verkehrswegebau betreiben. 1994 sind im Bundeshaushalt 26,4 Milliarden DM für den Ausbau von Schiene, Straße und Wasserstraße vorgesehen, davon 13,2 Milliarden, also die Hälfte, in den neuen Bundesländern. Liebe Freunde, vielleicht lassen wir es gar nicht genug deutlich werden: Zwischen 1991 und 1993 wurden in den neuen Bundesländern 35,6 Milliarden DM für den Verkehrswegebau ausgegeben, und weil es ja heute in Deutschland so üblich ist, daß man guter Leute Leistungen schnell vergißt, will ich sagen: Das ist nicht zuletzt auch eine Leistung meines Vorgängers Günther Krause,

(Beifall)

der die Kraft und den Mut gehabt hat, dies auf den Weg zu bringen.

Wir dürfen nicht vergessen: Eine Milliarde Verkehrsweginvestitionen sichern etwa 12 000 Arbeitsplätze. Gleichzeitig wissen wir alle: Eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur schafft Voraussetzungen dafür, daß nicht nur in den neuen Bundesländern, sondern überall Betriebe entstehen können, Mittelstand entstehen kann, neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Verkehrswegebau ist die Voraussetzung dafür, daß wir Aufschwung auch dort schaffen, wo er bisher nicht erfolgt ist.

Liebe Freunde, allerdings müssen wir uns dabei an das Diktat knapperer Kassen halten.

Es mag nicht gern von jedem gehört werden. Aber ich glaube, daß wir uns in Deutschland einen Standard beim Schienen- und Straßenausbau leisten, den wir uns in Zeiten knapper Kassen nicht mehr leisten können.

Ich habe vor kurzem ein Autobahnstück eröffnet und war von den Lärmschutzwänden an beiden Seiten ganz beeindruckt. Ich habe auch verstanden, warum auf der einen Seite eine Lärmschutzwand war. Dort war nämlich ein Wohngebiet. Ich habe aber nicht verstanden, warum auch auf der anderen Seite eine prachtvolle und sicher sehr teure Lärmschutzwand stehen mußte. Ich erkundigte mich bei den Verantwortlichen vor Ort. Nach mehrmaligem Nachfragen, ob dort vielleicht ein Wohngebiet entstehen werde - es war keins zu sehen -, sagte mir der zuständige Beamte: Herr

Minister, die Lärmschutzwand auf der rechten Seite ist aus Gründen der Symmetrie angebracht worden.

Liebe Freunde, wir haben dann im Verkehrsministerium Konsequenzen gezogen und gesagt: In Zeiten knapper Kassen muß alles für den Sicherheitsstandard und alles für den Umweltstandard getan werden, aber Überflüssiges können wir uns nicht mehr leisten.

(Beifall)

Wir haben inzwischen Kürzungen durchgesetzt, die vorsehen, daß wir durch eine Normalisierung der Standards im Straßenbau pro Jahr 100 Millionen DM und im Schienenbau noch einmal 80 bis 100 Millionen DM sparen. Wenn wir mit unserem Geld vernünftig umgehen, dann müssen wir auf normalere Standards schauen, wie sie in allen anderen Ländern üblich sind.

Klar ist natürlich, daß wir heute in einer Zeit wachsenden Umweltbewußtseins, in einer Zeit verstopfter Straßen eine Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene anstreben müssen. Wir reden nicht nur darüber. Die Bahnreform, von der heute schon die Rede war, zielt auf eine moderne Bahn, eine privat organisierte Bahn, die aggressiv um Verkehrsmarkanteile kämpft und die dafür sorgt, daß die Schiene im Güter- und Personenverkehr wieder stärker Verkehrsmarkanteile gewinnen kann.

Die LKW-Gebühr, die wir in Europa durchgesetzt haben, die ab 1. Januar 1995 kommt, sorgt dafür, daß es erstmals zu einer vernünftigen Anlastung der Wegekosten kommt. Ich füge hinzu, es war keinem in Deutschland mehr verständlich zu machen, warum der deutsche Autofahrer auf vielen fremden Straßen Gebühren zahlen soll, es uns aber versagt ist, allein für den Lkw Gebühren auf deutschen Straßen zu verlangen. Ich bin froh, daß diese Entscheidung jetzt gefallen ist und am 1. Januar 1995 in Kraft treten kann.

(Beifall)

Der jetzt verabschiedete Bundesverkehrswegeplan sieht erstmals mehr Investitionen für die Schiene als für die Straße vor. Wir geben im Bundesverkehrswegeplan 47 % der Investitionen für die Schiene und 46 % für die Straße aus. Wir machen damit mit unserer Zusage Ernst: Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene.

All dies ist nicht nur verkehrspolitisch notwendig. Es ist auch wirtschaftspolitisch richtig. Denn sinnvolle Verkehrspolitik ist immer auch Umwelt- und Wirtschaftspolitik.

Wenn es uns dann noch gelingt, daß wir große Verkehrsvorhaben nicht mehr in den Planungs- und Bauzeiträumen alter Art bewältigen - Schnellbahnstrecke Stuttgart-Mannheim: erster Entwurf 22 Jahre, bevor der erste Zug fuhr, Schnellbahnstraße Stuttgart-Stuttgart-Flughafen: erster Entwurf 23 Jahre, bevor der erste Zug vor - , wenn wir jetzt mit dem am 1. Januar 1994 durchgesetzten neuen Planungsrecht in der Hälfte der Zeit die großen Vorhaben durchsetzen, dann sind wir auch in der Lage, die Renovierung unserer Verkehrsinfrastruktur rechtzeitig zu erreichen, die wir brauchen, wenn wir Wachstum und Beschäftigung sicherstellen wollen.

Mir lag daran, Ihnen klar zu machen, daß es einen engen Zusammenhang von Verkehrs- und Wirtschaftspolitik gibt. Ich bin froh, daß dieser Zusammenhang im

Antrag Wachstum und Beschäftigung auch mit der notwendigen Klarheit zum Ausdruck kommt.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Ich begrüße wiederum einen unserer Gäste, und zwar den Präses der Handelskammer Hamburg, Dr. Klaus Asche, und bitte ihn um das Wort.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt etwa 30 Wortmeldungen. Sind Sie einverstanden, daß wir hiermit die Rednerliste schließen?

(Beifall)

Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. Herr Dr. Asche, Sie haben das Wort.

Dr. Klaus Asche: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir Mittelständler, die vermeintlichen oder wirklichen, wie ich, fühlen sich vielleicht ein wenig beklommen, wenn wir gleichsam von der ciceronischen Gewalt derer umgeben werden, die hier das Wort ergreifen. Ich selbst könnte es mir ganz einfach machen, wenn ich etwas zum Arbeitsmarkt sagen will.

Ich könnte anmerken, daß die Schrift für Wachstum und Beschäftigung eigentlich ausreicht um dazu zu nicken. Kein Wunder bei der Federführung von Frau Thoben und Professor Töpfer. Es würde ausreichen, mit einer nicht unbekanntenen Hamburger Firma zu sagen: Es gibt viel zu tun, packen wir's an.

Aber ich habe immer wieder die Befürchtung, daß das Problem unserer Zeit nicht die Analyse ist, nicht die Frage, was zu tun sei - das ist hier vorbildlich niedergelegt -, sondern daß es an der Kraft und an der Entschlossenheit fehlt, die Dinge wirklich anzupacken, das Richtige und Unerläßliche und oft genug das absolut Überfällige nun so schnell wie möglich auch in die Praxis umzusetzen.

(Beifall)

Zum Thema Arbeitsmarkt sollte man anmerken, daß hier bereits bei der Definition Probleme aufkreuzen. Denn auf diesem Feld findet kaum noch ein Markt statt. Gleichwohl möchte ich dazu wenige Bemerkungen machen. Ich bin erschrocken, viele von Ihnen sicherlich auch, wenn wir heute über vier Millionen registrierte Arbeitslose sprechen, gelegentlich sogar über sechs Millionen und dabei den Eindruck erwecken, als ob es sich hier um Menschen in unserem Vaterland handelt, die sofort bereit, in der Lage und willens wären, eine Arbeit aufzunehmen.

Ich glaube, wir müssen besonders empfindlich sein, wenn wir die Zahl sechs Millionen hören. Denn es war diese Zahl, die im Herbst 1932 den Marsch in die Dunkelheit ankündigte. Ich halte es für unverantwortlich, damit immer die Frage zu verbinden, ob denn nicht vielleicht Bonn doch wie Weimar sei. Ein bekannter Hamburger Ökonom hat erst vor wenigen Tagen völlig richtig gesagt: Mit der offenen, der verdeckten oder gar noch in der stillen Reserve vorhandenen Größenordnung - niemand weiß so recht, was stille Reserven sind -, also mit der versteckten Arbeitslosigkeit, kommen vielleicht sechs Millionen zusammen, die immer wieder genannt werden.

Man meint, sie könnten mit 1932 verglichen werden. Aber es stimmt nicht, daß wir in Deutschland sechs Millionen mehr Arbeitsplätze brauchen. Viele der vermeintlichen

Anwärter stehen überhaupt nicht zur Verfügung. Außerdem dürfte die Sucharbeitslosigkeit inzwischen eine Millionengröße sein. Auch wenn man das berücksichtigt, bleibt eine Aufgabe von enormer Dimension bestehen. Das ist keine Frage.

Zurück noch einmal zu diesem, wie ich meine unerträglichen Vergleich mit der Weimarer Republik. Wir alle wissen, meine Damen und Herren, damals litt man unter einer unvorstellbaren wirklichen Depression. Der materielle Bestand des Vermögens war durch den Krieg verloren gegangen. Und wichtiger noch, das Vertrauen in Staat und Demokratie war verloren gegangen. Elend, Armut und Hunger, das waren Heimsuchungen, wie wir sie uns kaum vorstellen können.

Heute haben wir eine Absicherung, um die wir weithin beneidet werden. Allein in den westlichen Bundesländern haben wir in den privaten Haushalten ein Nettovermögen von über acht Billionen. Das ist eine unvorstellbare Zahl. Unsere Landsleute heute sind - ich füge hinzu: Gott sei Dank - durch ein soziales Netz geschützt, das seinesgleichen auf der ganzen Welt sucht. Am wichtigsten ist vielleicht, daß unser demokratisch verfaßter Rechtsstaat nach wie vor von einer großen Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert wird.

Zur aktuellen Lage: Der deutliche Anstieg der Zahl der registrierten Arbeitslosen als Folge der Konjunkturschwäche und - Herr von Pierer wies darauf hin - auch eigener struktureller Probleme darf nicht den Blick dafür verstellen, daß die Situation auf dem Arbeitsmarkt eine höchst differenzierte Betrachtung fordert, nicht nur im Vergleich Ost/West.

Zunächst einmal haben wir festzustellen, daß die Zahl der Erwerbstätigen im Durchschnitt des letzten Jahres trotz der Flaute noch immer um 2,7 Millionen Personen höher war als 1983. Bei der Diskussion über die Entwicklung des Arbeitsmarkts in den östlichen Bundesländern wird ignoriert, daß die Beschäftigungslücke 1993 weit unter der des Jahres 1991 lag, und zwar trotz der Probleme gerade im industriellen Bereich, über die wir sicher noch etwas hören werden.

Von großer Bedeutung ist aber, daß nur ein Teil der arbeitslos Gemeldeten wirklich in der Lage ist, unverzüglich einen Arbeitsplatz einzunehmen. Meine Damen und Herren, ich möchte Mißverständnissen vorbeugen: Ich plädiere keineswegs für eine Änderung der Nürnberger Statistiken; nur, es ist nicht nur realitätsfern, sondern auch schlicht falsch, anzunehmen, die von den Arbeitsämtern betreuten Menschen stünden dem Markt tatsächlich und ohne Einschränkung zur Verfügung. Eine große Zahl - ich will das nicht rügen - meldet sich allein zur Wahrnehmung sozialrechtlicher Ansprüche arbeitslos. Andere können auf Grund gesundheitlicher Einschränkungen nur bedingt oder gar nicht arbeiten. Eine weitere Gruppe kann es nicht auf Grund mangelnder Qualifikation. Darüber hinaus wissen wir, daß es natürlich - wie in allen anderen Ländern - Menschen gibt, die nicht dazu zu bewegen sind zu arbeiten.

Zu bedenken ist auch die Frage der immer wieder als arbeitslos reklamierten Vorrüheständler. Wir alle wissen doch, daß ein großer Teil von ihnen die Chance, sich ein wenig eher aus dem Berufsleben zu verabschieden, gern wahrgenommen hat. Ich glaube, damit leisten wir ihnen auch einen guten Dienst.

Wenn man die gerade im Februar natürlich auch saisonal beeinflusste Zahl von 4 Millionen Arbeitslosen hört, so muß man bedenken, meine Damen und Herren, daß ein beträchtlicher Teil der wirklich Arbeit Suchenden innerhalb von nur drei Monaten eine neue Position findet. Viele dieser sogenannten Fluktuations-Arbeitslosen küm-

mern sich bei einem Wechsel richtigerweise rechtzeitig um einen neuen Job. Natürlich gibt es, wie überall auf der Welt, eine ganze Menge Menschen, die nicht das geringste Interesse an irgendeiner normalen Tätigkeit haben. Sie ziehen die immer bedrohlicher werdende Kombination zwischen dem Erschleichen staatlicher Leistungen und Schwarzarbeit zu Lasten Dritter vor. Sie plündern damit den Staat aus, nicht mit geringerem Unrechtsbewußtsein als Steuerhinterzieher und Subventionsschwindler. Wenn die Annahme des Landesarbeitsamtes Berlin/Brandenburg zutrifft - das klang vorhin schon an -, daß wir ebenso viele Schwarzarbeiter wie registrierte Arbeitslose haben, dann können wir, selbst wenn die Zahl geringer ist, immerhin ahnen, um welche Dimensionen es hier geht. Allein im Baubereich, so meint die Branche, arbeiten 500 000 Menschen ständig schwarz.

Angesichts dieser Differenzierung ist es notwendig, neben der normalen Statistik eine Sozialstatistik vorzulegen, die aufzeigt, wer dem Arbeitsmarkt ohne Einschränkung, mobil und flexibel, zur Verfügung steht. Das gilt natürlich vor allem für Langzeitarbeitslose. Auf die Verbesserung - das ist ein zentraler Punkt - ihrer Lage müssen wir uns konzentrieren, und zwar auch mit Hilfe privater Vermittler; das wurde gesagt. In ihrem Interesse müssen wir dafür sorgen, daß offene Stellen möglichst lückenlos vermittelt werden. Die zur Zeit veröffentlichten dürften nach meiner Schätzung vielleicht ein Drittel bis ein Viertel ausmachen. Viele Firmen suchen längst nicht mehr über die Arbeitsämter.

Arbeitslosigkeit ist ohne Zweifel nicht nur eine bedrückende Situation für den einzelnen, der wirklich arbeiten und sich und seine Familie aus eigener Kraft erhalten will. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, aber auch ein Gebot der ökonomischen Vernunft, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den unfreiwillig Arbeitslosen Perspektiven zu bieten. Der Königsweg aus jeder Arbeitslosigkeit heraus würde - auch das wurde gerade dargestellt - über Produkt- und Prozeßinnovationen und gleichzeitig über eine Steuer-, Tarif- und Sozialpolitik führen, die die für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung notwendigen Gewinne zuläßt.

Die Behauptung, es gebe in einer Volkswirtschaft nur eine bestimmte Menge an Arbeit, die lediglich gerechter verteilt werden müsse, ist grundfalsch. Richtig ist, daß die Höhe der Arbeitskosten über den Umfang der angebotenen Arbeit entscheidet. Mit anderen Worten: Das Potential an Arbeit ist leicht zu erhöhen, wenn sie bezahlbar ist. Zurückhaltung an der Front der Löhne und vor allen Dingen bei den Lohnnebenleistungen ist darum geboten.

Darüber hinaus brauchen wir mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt. Auch in Zeiten hoher registrierter Arbeitslosigkeit haben Branchen, wie etwa die Bauwirtschaft, die Gastronomie, bestimmte Handwerke, aber auch der Pflege- und Sicherheitsbereich, größte Schwierigkeiten, geeignete Kräfte zu finden. Sie befinden sich oft genug in einem Zustand unternehmerischer Notwehr. Wenn es uns nicht gelingt, um ein Beispiel zu nennen, die Arbeit auf dem Bau als ebenbürtig der im Bergbau, im Kalibereich oder im Kohlebereich, zu vermitteln, dann machen wir alle etwas falsch.

Mehr Flexibilität brauchen wir nicht nur bei den Arbeitskosten, sondern natürlich auch bei den gesetzlichen Rahmenbedingungen. Ich bin mit dem Bundeskanzler der Meinung, daß die Teilzeitarbeit ein äußerst wichtiger Faktor sein wird. Das Potential ist groß, wenn man sich die relativ niedrige Arbeitsquote in Deutschland ansieht; sie beträgt nur 15 %. Würden wir 3 % unserer gegenwärtig vorhandenen Arbeitsplätze

zur Verfügung stellen, wären das 1 Million. Ich fürchte, wir würden sie nicht einmal unterbringen.

Über das Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik, über die Qualifikation und darüber, was hinzuzufügen ist, ist bereits gesprochen worden. Ich warne allerdings davor - auch angesichts der leeren Kassen -, sinnlos Geld auszugeben. Nicht jeder ungelernete Langzeitarbeitslose hat das Zeug zum Industrieelektroniker. Das heißt: Die Ziele müssen an dem persönlich Erreichbaren ausgerichtet werden.

Über die Gefahren des zweiten Arbeitsmarktes haben wir bereits gesprochen. Sie gelten vor allen Dingen für die kleinen und mittleren Unternehmen. Hier sollte ich erwähnen, daß im Handelskammerbereich Hamburg über 90 000 von 100 000 Firmen zu dieser Gruppe gehören.

Flexibilität und Mobilität, wie sie nach dem letzten Krieg erzwungenermaßen gefordert waren, müssen unser Ziel sein, um den Wirtschaftsstandort Hamburg verteidigen zu können. Die Mobilität wird dabei nach meiner Einschätzung keine geringere Rolle spielen als die bereits behandelte Flexibilität. Ich bedauere außerordentlich, daß man auch in den östlichen Ländern zu wenig zeigt, daß der große Wechsel von Ost nach West inzwischen von einem Wechsel von West nach Ost ausgeglichen wird und daß das Wort „Go east, young men“ inzwischen verstanden wird, wie ich bei meinen Söhnen, die in Leipzig und Jena arbeiten, eigentlich immer wieder feststellen kann.

Wir müssen im übrigen darauf hinweisen, daß gerade in großstädtischen Ballungsgebieten wie etwa in Hamburg die Pendler eine alte Tradition haben. Meine Damen und Herren, ich empfinde es eigentlich ein bißchen als unanständig, wenn man den Begriff des Pendlers mit einer Art karitativem Akt verwechselt. Ich glaube, wir brauchen sie, und sie sind in dieser Position gut aufgehoben.

Ich komme zum Ausgangspunkt zurück. Wenn die Politik Kraft und Entschlossenheit aufbringt, auch das im Hinblick auf den Arbeitsmarkt Erforderliche zu beschließen - Ihr Papier enthält alle wesentlichen Punkte - und nun endlich - das ist Ihre Aufgabe in Parlamenten und Regierungen - in die Praxis umzusetzen, dann haben wir keinen Grund, in Pessimismus zu verfallen, allerdings auch nur dann. - Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Asche. Als nächste begrüße ich die Präsidentin der Treuhandanstalt, Frau Birgit Breuel, und erteile ihr das Wort.

Birgit Breuel (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Treuhand Erfahrungen sind Erfahrungen in Ostdeutschland vor Ort. Dazu einige Stichworte und Schlußfolgerungen. Als wir im Sommer 1990 begonnen haben, waren wir ziemlich allein: Es gab noch keine Verantwortlichen in den Ländern, keine Kommunen und keine Verbände.

Wir waren deshalb für ziemlich alles verantwortlich.

Heute ist das fast umgekehrt. Die neuen Länder werden immer mehr zu treuhandfreien Zonen. Das will heißen, meine Damen und Herren: Die Übergangszeit, die von der Treuhand zwangsweise mitgeprägt worden ist, weil wir diese große Verantwortung zugeordnet bekommen haben, neigt sich dem Ende zu. Normalität kommt auf die Tagesordnung.

Heute sind noch 2 % der Beschäftigten in Ostdeutschland in Treuhandbetrieben. 98 % arbeiten bereits in privatisierten, reprivatisierten oder kommunalisierten Betrieben oder in Existenzgründungen, was mindestens genauso wichtig ist.

Wir waren uns bei allem, was wir getan haben - das beinhaltete ganz gewiß auch eine Vielzahl von schwierigen und schmerzlichen Entscheidungen -, immer bewußt, daß wir den Menschen viel zugemutet haben. Denn - das sollte keiner vergessen - es gab nicht nur Freude über die unverhoffte Einheit, sondern auch den Schmerz der täglichen Anstrengung, des täglichen Neu-Lernens.

Wichtig war und ist, Soziale Marktwirtschaft, die heute abend hier im Mittelpunkt der Diskussion steht, eben nicht einfach als Programm überzustülpen, sondern den Menschen die Möglichkeit zu geben, an der Sozialen Marktwirtschaft aktiv mitzuwirken.

Deshalb haben wir ein Programm entwickelt, nach dem etwa 20 % aller unserer Privatisierungen an ostdeutsche Führungskräfte gegangen sind, sehr häufig mit Mitarbeiterbeteiligung. Das ist eine für mich interessante und praktikable Form von Eigenkapitalbildung und sozialer Bekömmlichkeit, meine Damen und Herren. Das ist vielleicht ein Punkt, der hier noch etwas mehr Aufmerksamkeit genießen könnte.

(Vereinzelt Beifall)

Aber nicht nur die zweieinhalbtausend Privatisierungen an ostdeutsche Führungskräfte, auch fast viereinhalbtausend Reprivatisierungen, also Rückgaben von zu DDR-Zeiten enteigneten Betrieben, oder fast 20 000 Privatisierungen im Einzel- und im Großhandel sind die Grundlage für einen heimischen Mittelstand und ein Grundstock für wettbewerbsfähige ostdeutsche Unternehmensstrukturen. Ich glaube, ich sage nichts Falsches, wenn ich darauf hinweise: Das beginnt sich positiv auszuwirken. Handwerksbetriebe beispielsweise gehören schon heute zu jenen Wirtschaftsbereichen, in denen - endlich - die Zahl der Beschäftigten steigt.

Dennoch brauchen gerade diese Firmen sorgfältige Unterstützung, z. B. maßgeschneiderte Finanzierungsberatung durch ihre Hausbanken oder eine faire Behandlung durch Lieferanten,

(Vereinzelt Beifall)

die manchmal bei weniger Erfahrenen, die nicht schon viele Jahre Marktwirtschaft kennen, andere Meßlaten anzulegen scheinen.

Insgesamt, meine Damen und Herren, haben wir inzwischen 49 000 Privatisierungsverträge, darunter auch einige mit Schiebern und Gaunern. Die haben wir übrigens überwiegend selber entdeckt und angezeigt. Die Unternehmensprivatisierung geht ihrem Ende zu.

Jetzt geht es darum, alles zu tun, was die neuen Eigentümer und die Belegschaften auf dem schwierigen Weg in schwarze Zahlen entlastet, und alles zu vermeiden, was sie zusätzlich belastet. Frau Thoben, damit es kein Mißverständnis gibt: Wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß wir unsere Arbeit nicht abschließen werden, bevor wir nicht für jedes von uns als sanierungsfähig eingestufte Unternehmen eine vernünftige Lösung gefunden haben. Alles andere wäre schlicht absurd. Das heißt nicht, daß das, was mancher Politiker aus seiner Sicht von oben herab als industriellen Kern definiert, auch wirklich sanierungsfähig ist. Hier können uns gelegentlich Welten trennen.

Die baldige Erledigung der operativen Aufgabe der Treuhand heißt auch, andere müssen mehr Verantwortung übernehmen: die neuen Eigentümer, Landespolitiker, kommunale Entscheidungsträger und Tarifparteien. Ich finde, daß der Antrag, der hier von Frau Thoben erläutert worden ist, eine Vielzahl von hilfreichen Unterstützungsmaßnahmen auch für ostdeutsche Unternehmen aufzeigt. Ich füge jedoch hinzu, meine Damen und Herren: Gesetze, Verordnungen oder Erlasse zur Wirtschaftspolitik müssen auch verständlich sein, einfach zu handhaben und zügig durchzuführen. Mir scheint manchmal, daß das, was sich im Westen über vierzig Jahre zu einem Verwaltungs-High-Tech entwickelt hat, ein völlig falsches Angebot für die ostdeutschen Länder darstellt

(Vereinzelt Beifall)

und deshalb manch guter Vorschlag - seien es Präferenzen für öffentliche Aufträge oder die engagiert betriebene Einkaufsinitiative Ost - durchaus seine Schwierigkeiten hat.

Ich will ein Zweites betonen. Wer die Menschen in Ostdeutschland in eine materielle Aufholjagd ohnegleichen drängen will, verlangt Unmenschliches.

(Vereinzelt Beifall)

In Abwandlung eines vielzitierten Wortes eines Altbundeskanzlers sage ich aus meiner persönlichen Erfahrung heraus folgendes: 5 % mehr Sicherheit für die Arbeitsplätze in Ostdeutschland sind mehr wert als 5 % mehr Lohn.

(Beifall)

Zum Schluß, meine Damen und Herren - das ist heute schon oft betont worden -: Die Aufgaben, die noch auf uns warten, werden wir nur gemeinsam lösen können, Ostdeutsche wie Westdeutsche. Nur so werden wir aus Herausforderungen Chancen, Perspektiven und Zuversicht gestalten können.

Ich möchte Sie bitten, dabei eines nicht zu vergessen: In einem historisch sehr kurzen Zeitraum wird in den neuen Ländern eine gesamte Volkswirtschaft modernisiert. Das gilt für die Infrastruktur wie für die Suprastruktur. Bei allen Sorgen um den Arbeitsmarkt, Sorgen, die uns noch lange begleiten werden: Die neuen Ländern haben die große und - so füge ich hinzu - die größere Chance, ein sehr attraktiver Standort zu werden. - Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Breuel. Wir wünschen Ihnen bei Ihrer schwierigen Tätigkeit weiterhin guten Erfolg. - Nun erteile ich dem Minister für Forschung und Technologie, Dr. Paul Krüger, das Wort.

Dr. Paul Krüger (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Diskussion um den Standort Deutschland und auch die Diskussion heute über den Antrag für mehr Wachstum und Beschäftigung machen deutlich: Forschung und Technologie rücken wieder in den Vordergrund. Das finde ich besonders erfreulich.

Ich glaube, in dieser Diskussion müssen wir nicht nur der breiten Öffentlichkeit vermitteln, sondern vor allem selbst begreifen: Technik, Forschung und Technologie sind mehr denn je Voraussetzung zur Erhaltung des Wohlstands in Deutschlands. Wir

in Deutschland müssen - das ist durch Vorredner schon sehr deutlich zum Ausdruck gekommen - unser Fell teurer als andere zu Markte tragen.

Wir müssen auch in die breite öffentliche Diskussion dringen und stärker ins Bewußtsein rücken, daß nur mit den Ergebnissen von Forschung und Technologie - mögen sie in der Vergangenheit auch dazu beigetragen haben, Probleme dieser Welt zu schaffen bzw. zu verschärfen - die Probleme dieser Welt gelöst werden können.

Die Diskussion, die wir führen, zeigt, daß es in Deutschland an Risikobereitschaft fehlt. Ich hatte früher über meinem Schreibtisch einen Spruch hängen, der lautete: Ohne Risiko keine Entwicklung. Ich habe mit meiner Mannschaft versucht, alle Aufgaben, die wir in Angriff genommen haben, hinsichtlich ihrer Lösung mit einem möglichst hohen Risiko zu versehen. Ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen, auch vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um den Transrapid: Wir müssen in Deutschland risikobereiter sein.

(Beifall)

Ich glaube, die fehlende Akzeptanz für Forschung und Technologie, über die wir in Deutschland diskutieren, hat ihren Ursprung auch in der mangelnden Risikobereitschaft. Das fehlende Risiko in dieser Gesellschaft wird zunehmend selbst zum Risiko für diese Gesellschaft.

In diesen Zusammenhang - das ist heute auch schon gesagt worden - gehört auch die Bereitstellung von Risikokapital. Wir haben in Deutschland genug Geld. Wir verstehen es zuwenig, es in Kapital umzusetzen, insbesondere in Risikokapital.

Wir haben einen strategischen Dialog zu Problemen der Forschungs- und Technologiepolitik begonnen. Wir haben als erstes erkannt: Forschungspolitik ist nicht in erster Linie Förderpolitik. Herr von Pierer - er nimmt teil an diesem Strategiedialog - hat gesagt: Wir brauchen in Deutschland eine Innovationsoffensive.

Wir haben zwei wesentliche Bereiche besprochen und definiert, in denen wir vorwärtskommen müssen. Wir müssen zuallererst die Umsetzung von Ergebnissen der Grundlagenforschung in die Anwendung verbessern. Meine Damen und Herren, wir haben nach wie vor eine hervorragende Grundlagenforschung in Deutschland, auch laut OECD-Statistik, aber wir verstehen es zuwenig, die gewonnenen Ergebnisse der Grundlagenforschung in die Anwendung umzusetzen, obwohl wir ausgezeichnete Produktionsstrukturen in Deutschland haben. Die Schnittstellen zwischen beiden Bereichen stimmen nicht mehr.

Wir müssen uns fragen: Was wollen wir umsetzen, und wohin wollen wir es umsetzen? Sie wissen, daß ich aus der ehemaligen DDR komme. Wir hatten damals ein geflügeltes Wort, das lautete: Wir wissen zwar nicht, was wir wollen, aber das mit aller Konsequenz. Ich habe im Westen manchmal den Eindruck, den ich so umschreiben möchte: Wir wissen zwar nicht was wir wollen, aber das ohne jede Konsequenz. Es muß uns gelingen, wieder zu wissen, was wir wollen, und das dann auch konsequent umzusetzen, wie uns das z.B. die Japaner vorgemacht haben.

(Beifall)

Das heißt, wir müssen zielorientierter arbeiten. Wir sind in einen Zieldialog eingetreten, der uns genauer vermitteln soll, wohin wir wollen, und zwar ausgehend von der Anwendung. Wenn hier

gelegentlich gesagt wird, wir müßten wissen, in welchen Technologien wir stark sein müßten, dann sage ich: Das ist nicht der Punkt. Sie können heute hundert Wissenschaftler befragen; sie werden Ihnen allen die gleichen Technologiebereiche nennen, die für das nächste Jahrtausend interessant sind.

Wir haben uns in zu viele Anwendungen verzettelt. Wenn wir derzeit 12 000 Einzelprojekte allein in meinem Ministerium fördern, dann mag Ihnen das deutlich machen, daß wir uns zuwenig auf Schwerpunkte konzentriert haben. Ich glaube, der Zieldialog wird uns dazu führen, daß wir Technologie mit der Anwendung stärker verbinden. In diesem Dialog sitzen sich Wissenschaftler, die quasi für die Entwicklung von Technologien zuständig sind, und Praktiker, Akteure aus der Anwendung, aus der Wirtschaft, aus der Medizin und vielen anderen Bereichen, gegenüber. Wir versuchen, Strategien im Bereich der Anwendungen für die Zukunft zu entwickeln.

Für jedes Anwendungsgebiet, beispielsweise den Verkehr, gibt es eine Fülle von Technologien, die für dieses Anwendungsgebiet relevant sind. Mikroelektronik als Technologie kommt heute z. B. in allen Anwendungsbereichen vor. Ebenso Mikrosystemtechnik; das geht bis hin zur Satellitennavigation. Wir müssen uns aber einmal einigen, ob wir nun das eine, das andere oder alle Projekte im Bereich von Verkehrsleitsystemen fördern wollen.

Wir können es uns in Zukunft nicht mehr leisten, 20 oder 30 Projekte mit völlig unterschiedlichen Ansätzen gleichzeitig zu fördern. Wenn wir denn die Satellitennavigation als die Technologie erkennen, auf die wir unsere Verkehrsleittechnik aufbauen wollen, müssen wir sie auch als solche deklarieren und im Verbund zwischen Wirtschaft und Wissenschaft in der Zukunft fördern und umsetzen. Und umsetzen, meine Damen und Herren, heißt natürlich auch, daß wir die Grundlagenforschung, die den Humus für die Entwicklung liefert, auch weiter wie bisher fördern wollen.

Wir werden - das habe ich gesagt - über den Zieldialog, den wir eingeleitet haben, bei Verbundprojekten stärker zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zusammenarbeiten. Wir werden versuchen, nicht die Anzahl der Beteiligten zu reduzieren, aber die Anzahl der Projekte. Wir wollen klarer wissen, was wir wollen, und wir werden konsequent an der Umsetzung arbeiten.

Ein zweiter Schwerpunkt, den wir im Strategiedialog erkannt haben und der heute auch schon in vielen Reden deutlich zum Ausdruck kam, betrifft die Verbesserung der Rahmenbedingungen nicht nur für die Forschung, sondern natürlich auch für die Wirtschaft; denn wo keine Wirtschaft ist, wird auch keine Forschung sein. Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, der ich aus den neuen Bundesländern komme, sagen, wie ernst die Situation im Bereich der Industrieforschung in den neuen Bundesländern aussieht. Wir haben dort derzeit noch etwa 15 000 Menschen im Bereich der Industrieforschung beschäftigt. Wir wissen, daß wir mindestens 75 000 brauchten, wollten wir den gleichen Stand wie in den alten Bundesländern erreichen. Wir liegen also unter einem Fünftel.

Wir müßten, wollten wir gleiche Verhältnisse wie in den alten Bundesländern schaffen, etwa 12 Milliarden DM aus der Industrie, aus dem Mittelstand für Belange der Forschung ausgeben. Wir geben derzeit ganze 600 Millionen DM aus, ein Zwanzigstel von dem, was wir ausgeben müßten, wollten wir gleiche Bedingungen wie in den alten Ländern schaffen. Und nur 1,9 % der technologieintensiven Exportprodukte Deutschlands kommen aus den neuen Bundesländern.

Diese Zahlen sollen Ihnen nur verdeutlichen, wie groß die Defizite sind und wie stark hier auch staatliche Förderung gefragt ist. Gerade an der Stelle, meine Damen und Herren, hoffe ich auch auf Ihr Verständnis für Förderpräferenzen in den neuen Bundesländern. Aber ich hoffe insbesondere auch, allen Beteiligten aus der Industrie und aus der Wirtschaft vermitteln zu können, daß ihr Engagement in den neuen Bundesländern auch im Bereich der Forschung stärker als bisher gefragt ist.

Meine Damen und Herren, zu den Rahmenbedingungen, die ich ansprach, zählt ein ganzer Komplex von Wirkungen, die negativ sind. Wenn der Bundeskanzler heute auf das Gentechnikgesetz eingegangen ist, darf ich an dieser Stelle vermerken, daß ein großes deutsches Chemieunternehmen Deutschland bereits verlassen hat, als es noch kein Gentechnikgesetz gab. Nachdem in Deutschland erfolgreich das Blutpräparat Faktor VIII entwickelt worden war, ging man in die USA, um es dort zu produzieren, und zwar deshalb, weil man bei optimistischer Einschätzung erwarten konnte, in Deutschland die Genehmigung für die Produktion nach einer Zeit von etwa sechs bis acht Jahren zu erhalten. Dagegen konnte in den USA nach drei Monaten mit dem Bau der notwendigen Fabrik begonnen werden.

Vielleicht macht Ihnen dieses Beispiel deutlich, wie komplex die Frage der Rahmenbedingungen ist. Wir brauchen also wesentlich verkürzte Genehmigungsfristen in Deutschland. Wir brauchen geringere Gebühren für Patente oder etwa auch für Telekommunikationsleistungen.

Wir haben in Deutschland die „information highways“, von denen Clinton spricht, wir machen sie nur nicht zugänglich, weil die Kosten für ihre Nutzung zu hoch sind. Wir brauchen - ich möchte nur einige Beispiele nennen - Steuerpräferenzen für Forschung und Technologie. Wir sind von den großen Industrienationen das einzige Land in der Welt, in dem es in diesem Bereich keine Steuerpräferenz gibt. Wir brauchen natürlich auch Möglichkeiten der Risikokapitalbereitstellung. Da ist es nicht damit getan, nur Geld zur Verfügung zu stellen. Wir brauchen Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen, die hin bis zum Börsenrecht reichen.

Ich glaube, ich konnte Ihnen wenigstens deutlich machen, wie komplex die Maßnahmen sind, über die wir nachdenken und die wir zu realisieren begonnen haben. Daß sich der Bundeskanzler persönlich an die Spitze des Dialogs über Forschung und Technologie am Standort Deutschland gestellt hat, macht mir Mut bezüglich der Umsetzung von Schwerpunkten, die hier zu Recht angemahnt worden ist.

Lassen Sie uns, meine Damen und Herren, unter dem Motto „Wachstum aus Intelligenz“ neue Lösungen angehen, lassen Sie uns bekannte Probleme abbauen, und lassen Sie uns mit Mut und Risiko neue Wege beschreiten. - Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Heinz-Adolf Hörsken das Wort.

Heinz-Adolf Hörsken: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden heute über Wachstum und Beschäftigung, fassen darüber Beschlüsse und setzen sie auch politisch um. Wir können politisch noch soviel tun, wenn die Menschen keine Perspektive bekommen, wie sie in Zukunft zumindest daran glauben können, wieder einen Arbeitsplatz zu bekommen, wenn es uns nicht gelingt - ich will die Zahl 6 Millionen gar nicht aufnehmen -, allen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, die arbeiten

wollen - sicherlich gibt es einen Teil, der sich im Netz der sozialen Sicherung aufhält -, eine Chance zu geben, werden wir keine politische Zukunft haben.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen ist es wichtig, daß wir auch die positiven Elemente unserer Wirtschaft, unserer Gesellschaft benennen. Spätestens bei Ludwig Erhard hat doch eigentlich jeder gelernt, daß zu einem vernünftigen Wirtschaften auch ein Stück Psychologie gehört. Wenn wir den Standort Bundesrepublik Deutschland in unverhältnismäßiger Weise zerreden, dann dürfen wir uns nicht wundern, daß Menschen keine Lust haben, in der Bundesrepublik Deutschland zu investieren. Warum machen wir denn nicht deutlich, daß die Bundesrepublik Deutschland auch positive Elemente hat, wie beispielsweise eine hochqualifizierte Ausbildung, die ihresgleichen auf dieser Welt sucht? Das duale Ausbildungssystem der Bundesrepublik Deutschland gehört zu den positiven Elementen unserer Wirtschaftspolitik.

Es ist aber falsch, wenn wir permanent davon reden, daß wir - es ist sicherlich nicht einfach vergleichbar - zwar mehr Studenten als Lehrlinge haben, wir aber alles tun, um unsere eigenen Kinder durch das Abitur zu peitschen. Dann müssen wir auch den Mut haben, zu sagen, daß eine mittelständische Existenz beispielsweise als Handwerksmeister genauso ein Sozialprestige wie eine akademische Ausbildung hat. Wenn uns dies nicht gelingt, geht keiner in die Ausbildung.

(Beifall)

Das hat noch überhaupt nichts mit der Politik, sondern sehr viel damit zu tun, wie wir als Eltern selber mit unseren Kindern umgehen.

Sicherlich muß an der Infrastruktur in der Bundesrepublik Deutschland gearbeitet werden. Aber nennen Sie mir doch ein Land auf dieser Erde, das eine vergleichbare Verkehrsinfrastruktur wie die Bundesrepublik Deutschland hat! Das müssen wir den Menschen doch erst einmal sagen. Ob das die Straßen, die Schienen, die Wasserwege sind, das alles muß woanders doch erst einmal gebaut werden. Natürlich muß, insbesondere in den neuen Bundesländern, mehr passieren. Aber das, was wir haben, ist doch schon ein Prä. Das müssen wir auch einmal positiv ausdrücken.

Der Verkehrsminister hat davon gesprochen: Ich glaube, Ihnen wie mir tut es in der Seele weh, wenn ich erfahren muß, daß demnächst ein Hochgeschwindigkeitszug von Paris nach Köln und später nach Berlin fährt, es aber kein deutscher Zug sein wird, sondern ein französischer Zug. In einem Hochtechnologieiland wie der Bundesrepublik Deutschland sind wir angeblich in der Lage, einen Hochtechnologiezug zu produzieren, aber nicht in der Lage - Frankreich und die Bundesrepublik haben unterschiedliche Frequenzen -, Frequenzen umzuschalten.

(Vereinzelt Beifall)

Es darf doch wohl nicht wahr sein, daß dort in Zukunft ein Zug fährt, der nicht ein deutscher Zug ist. Das muß doch partnerschaftlich laufen. Deswegen, Herr von Pierer, bitte ich Sie, alle Anstrengungen, die Sie in Ihrem Bereich zu verantworten haben, zu unternehmen, damit nicht Wahrheit wird, was jetzt noch an die Wand gemalt ist.

Ganz wichtig ist, daß die Politik ein weiteres Stück bewältigen muß. Wir müssen in der Bundesrepublik Deutschland die Auseinandersetzung mit der Bevölkerung aufnehmen, Abstand von jener Technologiefeindlichkeit zu nehmen, die den Deutschen in einer dumpfen Art und Weise beigebracht wird. Eine Industrienation muß dann,

wenn sie Industrieprodukte herstellt, am Ende auch mit einem Restrisiko leben. Dies geht nicht anders. Sonst werden wir eine grüne Wiese, einen blauen Himmel und weiße Schäfchen haben, und dann haben wir Arbeitsplätze höchstens noch für Hirten. Dann sind wir aber keine Industrienation mehr.

(Beifall)

Diese Auseinandersetzung in diesem Wahljahr muß eine Aufgabe der Christlich Demokratischen Union sein.

Lassen Sie mich einen Hinweis auf die soziale Wirklichkeit geben. Wir haben heute morgen in anderen Zusammenhängen schon über die Pflegeversicherung gesprochen. Wir brauchen auch neue soziale Antworten. Aber wir wissen auch, daß wir die Pflegeversicherung der Wirtschaft in der aktuellen Situation nicht einfach draufsatteln können. Dazu stehen auch die Arbeitnehmer in dieser Partei. Wir müssen an dieses Thema aber auch mit Phantasie herangehen. Warum - diese Position wäre, wenn wir sie einnehmen könnten, jetzt eine richtig entkrampfende Position - haben wir bei der Vermögensbildung für Arbeitnehmer auf halber Strecke haltgemacht? Im Tarifstreit könnten wir entkrampfend wirken, wenn die Arbeitnehmer Vermögen bilden könnten und nicht direkt beim Konsum gespart würde.

(Vereinzelt Beifall)

Solche Dinge müssen wir fortführen. Das ist eine alte, eine originäre christlich-demokratische Position. Sie müßte auch jetzt weiterverfolgt werden.

Daß wir die kleine Aktiengesellschaft brauchen, darüber gibt es keinen Streit. Gerade die Finanzbeschaffung im mittelständischen Bereich muß positiver gestaltet werden. Ich vermag aber nicht einzusehen, daß dabei die - davon reden wir - Eindrittelmitbestimmung abgeschafft werden soll. Meine Damen und Herren, Sie müssen mir erst einmal erklären, wieso da eine Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz jetzt abgeschafft werden soll. Nein, das ist der verkehrte Weg. Wir brauchen die Mitbestimmung, damit die Arbeitnehmer auch mitgestalten und mitverantworten können.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen sie nämlich zur Mitverantwortung heranziehen.

Lassen Sie mich ein Letztes sagen. Im Rahmen der Auseinandersetzung über die Pflegeversicherung habe ich mir in meinem Wahlkreis die Pflegesätze angeschaut.

Die höchsten Pflegesätze betragen in einem kommunal-geführten Pflegeheim 4 700 DM. Allerdings betragen auch die niedrigsten Pflegesätze in einem anderen, ebenfalls kommunal-geführten Pflegeheim, immerhin 3 700 DM. Dazwischen gab es einige private Pflegeheime sowie Pflegeheime von freien Trägern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ist von vornherein nicht gleich klar, ob denn Privatisierung auch immer kostengünstiger ist. Ich bin dafür, daß wir in weitem Maße Privatisierungen vornehmen, aber dabei muß von vornherein eine Effizienzprüfung stattfinden. Das darf nicht so sein, daß geglaubt wird, allein die Privatisierung sei schon der Weg, sondern wir müssen sicherstellen, daß da, wo privatisiert wird, dann auch kostengünstigere Herstellungen oder Dienstleistungen gewährleistet sind. Nur dann gibt Privatisierung einen Sinn, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Schließlich, als letztes: Wir haben in der Politik eine große Aufgabe. Ich bin Ihnen dankbar, Herr von Pierer, für das, was Sie hier vorhin unter anderem oder in erster Linie an die Adresse der Unternehmer gesagt haben. Das, finde ich, ist hervorragend. Wir können nicht alles nur auf soziale Einschränkungsmaßnahmen hin überprüfen. So würden wir uns den Blick für notwendige Produktivitätssteigerungen verstellen.

Bei mir im Wahlkreis in Rüsselsheim gibt es ein Automobilwerk. Die haben im vergangenen Jahr eine Produktivitätssteigerung von 10 % erreicht. Die haben eine Perspektive für die nächsten vier Jahre von jeweils 10 %. Kann mir denn einmal jemand erklären, warum diese 10 %, die im letzten Jahr möglich waren, nicht schon in den Jahren zuvor möglich waren? Das hat doch mit Sicherheit nichts damit zu tun, daß wir hier eine soziale Überbordung haben, sondern das hat etwas damit zu tun, daß Manager endlich begriffen haben, was ihre Aufgabe ist, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das, glaube ich, muß man auch der deutschen Wirtschaft sagen! - Schönen Dank.

(Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Hörsken. Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt einem unserer Gäste das Wort geben. Ich darf herzlich bei uns Herrn Uwe Bartsch, den Vorsitzenden der Mittelstandsvereinigung aus Brandenburg, begrüßen.

Uwe Bartsch (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich stehe hier als Deutscher im Sinne des Grundgesetzes - weder als einer der ersten noch der zweiten Klasse. Als Elektroingenieur und Mittelständler fühle ich mich als Teil eines gemeinsamen Ganzen. Ich will offen sein. Ich bin es leid, daß zwischen Ost und West, zwischen alt und neu, Keile getrieben werden. Wenn uns Deutschland tatsächlich am Herzen liegt, dann sollten Flügelkämpfe, Grabenkämpfe und personalpolitische Querelen ein für allemal der Vergangenheit angehören.

Als Unternehmer eines 60-Mann-Betriebes erlebe ich tagtäglich, wie die Stimmung im Lande ist. Ich weiß, was die Menschen bedrückt und welche Ängste sie haben. In einer Zeit des permanenten Umbruchs, der bis heute noch nicht abgeschlossen zu sein scheint, steht der eine oder andere hilflos, sogar manchmal kopflös da.

Unruhe, Hektik und Leistungsdruck sind an der Tagesordnung. Alles, worauf man jahrzehntelang aufbauen konnte, gilt nicht mehr. Ich weiß nicht, ob Sie sich in diesen allumfassenden Strukturwandel hineinversetzen können. In Brandenburg und anderswo hat bis heute kaum jemand die Zeit gefunden, sich ernsthaft über den Umfang des Wandels ein Bild zu machen. Dies gilt für die vermeintlichen Vorzüge der damaligen DDR und die verheißenden Vorzüge der Bundesrepublik Deutschland. Schwerfällige Bürokratie, langwierige Genehmigungsverfahren, Konkurrenzdruck, manchmal hemdsärmeliges Marktverhalten der in- und ausländischen Mitbewerber versüßen nicht gerade den Alltag. Gab und gibt es nicht Wünsche, Träume und Visionen? Muß denn alles aus Sensationgier zerredet werden? Werden nicht gerade heute Wünsche, Träume, Visionen und Hoffnungen mehr denn je gebraucht? Früher gab es das sogenannte Tal der Ahnungslosen.

Zur Erklärung: Dies war nicht die DDR in Gänze, sondern die Region um Dresden, die kein Westfernsehen empfangen konnte. Nur, was wissen wir denn tatsächlich voneinander? Geben wir uns wirklich Mühe, miteinander zu arbeiten, miteinander zu

reden, statt übereinander herzuziehen und uns gegenseitig auszuboten? Verstehen wir die deutsche Einheit in Freiheit beidseits der Elbe als eine Chance oder eher als eine Last? Manche meinen, es habe sich nichts geändert. Nur scheinen diese vergessen zu haben, was wirklich war. Vielleicht liegt es in der Natur des Menschen, daß er das Schlechte verdrängt und das vermeintlich Gute hochstilisiert. Daß dies offensichtlich so verstanden wird, zeigt die Wiederbelebung einer DDR-Nostalgie. Was sich alles geändert hat, sehen wir an den Straßen, an der Kommunikationstechnik, an den Städten und an unserem täglichen Tun.

(Beifall)

Vielfach ist es ein psychologisches Problem. Vier Jahre neue Länder bedeuten eine etwa 15jährige bundesrepublikanische Entwicklung. Hochgerechnet kann dies auch Ängste in den Altbundesländern hervorrufen. Ich meine, wir brauchen Zuversicht und Mut. Wir brauchen Ideen! Wir brauchen Taten! Wir brauchen Erfolge und die Möglichkeit, unsere Erfolge kundzutun. Hierbei sind wir alle gefordert. Dies ist nicht die Zeit gegenseitiger Schuldzuweisungen. Es ist aber die Zeit, auch wenn es fünf vor zwölf ist, jetzt gemeinsam das Ruder herumzureißen. Ich will kein zweites sozialistisches Deutschland. Ich habe genug von Nörglern und von Besserwissern. Ich habe genug von der immer zu beobachtenden Schwarz-Weiß-Malerei. Ich habe genug von Szenarien, die Deutschland am Abgrund darstellen.

Die CDU hat kürzlich in Windhagen ein wirtschaftspolitisches Programm beraten. Es soll Stimmen geben, die dies schon lange erwarteten. Manche meinen, dieses Programm komme zu spät. Manche sagen: Endlich, es ist da. Ich sage, es ist gut, daß sich die CDU auf ihre klassischen Aktionsfelder besinnt. Es ist gut, daß man sich die Mühe gemacht hat, ein Aktionsprogramm für Wachstum und Beschäftigung ins Leben zu rufen. Kompetenz in der Wirtschaft, Kompetenz in der Außen- und Sicherheitspolitik, Kompetenz in der Inneren Sicherheit, Kompetenz in der Finanzpolitik und Kompetenz auf dem Sozialsektor sind die klassischen Felder, in denen sich die Union bewährt hat.

Alle Felder sind nach außen gleich wichtig. Dennoch ist die Kompetenz in Wirtschaftsfragen ganz oben anzusiedeln. Richtig ist zwar, daß Wirtschaftspolitik nicht alles ist, dennoch ist ohne eine florierende und funktionsfähige Wirtschaft faßt alles nichts. Die CDU kann nicht alle Felder gleichzeitig gut besetzen. Wer alles macht, erreicht im Grunde genommen wenig. Wer wenig erreicht, bietet Angriffsflächen und muß erleben, wie er vorgeführt wird.

Manche meinen, die wirtschaftlich rezessive Situation rühre daher, daß die CDU seit Jahrzehnten keinen Wirtschaftsminister gestellt hat. Diese Erklärung ist zu einfach. Bevor die CDU den Anspruch auf das Amt des Wirtschaftsministers erhebt, sollte sie erkennbar wirtschaftspolitische Impulse setzen. Die Wirtschaft, der Mittelstand sowie die Unternehmerinnen und Unternehmer brauchen diese Impulse. Sie hoffen darauf. Das Papier von Wildhagen ist ein guter Anfang. Es setzt Zeichen.

Jetzt müssen schleunigst Taten folgen. Der Mittelstand lechzt förmlich nach Signalen. Wer in der Lage ist, die wirtschaftspolitischen Probleme zu lösen, wird die Chance erhalten, die Geschichte Deutschlands für weitere vier Jahre zu bestimmen. Hierzu gehört auch, daß endlich begriffen wird, daß die Zeit des Verteilens um des Verteilens Willen ein für allemal vorbei ist. Es gibt nichts mehr zu verteilen. Es gibt nur noch etwas in Form von Vorleistungen zu investieren. Stichworte sind hier die Schaffung von Rahmenbedingungen und vergleichbaren Chancen.

Seien wir ehrlich gegenüber uns selbst. Haben wir nicht alle erlebt, daß die einen das Geld verdient haben und andere im gleichen Atemzug dafür gesorgt haben, daß es wieder ausgegeben wird? Haben nicht Sozialpläne und freiwillige Leistungen überhand genommen? Haben wir nicht - Hand aufs Herz - alle über unsere Verhältnisse gelebt?

Die DDR ist in Konkurs gegangen, weil der Sozialismus keine Wirtschaftspolitik, sondern eine reine Sozialpolitik betrieben hat. Es ist ungemein einfach, anderen nach dem Munde zu reden. Dennoch kommt es darauf an, unbequeme Wahrheiten auf den Tisch zu legen. Hinzu kommt, daß wir streitbarer und konfliktbereiter sein müssen.

Ich möchte eine Brücke zwischen Ost und West bauen, helfen, vorhandene Vorurteile abzubauen und Jahrzehnte währende Gräben zuzuschütten. Ich möchte mit dazu beitragen, daß wir auf einem tragfähigen Fundament unsere Zukunft gemeinsam gestalten können.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Stimmung im Osten nicht gerade rosig ist. Gern vergleiche ich dies mit der Trotzphase Heranwachsender. Orientierungslosigkeit grassiert. Moralische Grundwerte werden als variabel gehandelt. Was heute gilt, hat vielleicht morgen keinen Bestand mehr. Sind wir ein Volk von Angsthasen? Ich meine: nein. Sind wir ein Volk von perspektivlosen Nörglern? Manche wollen es uns einreden.

Wo bleibt eigentlich die konzertierte Aktion aller Beteiligten? Wo bleibt das gemeinsame Anpacken der Probleme? Silberstreifen am Horizont sind zwar erkennbar, aber werden sie auch wahrgenommen? Werden sie registriert? Werden sie gewürdigt? Solange wir nicht begreifen, daß Leistungsanspruchnahme nur dann erfolgen kann, wenn vorher Leistungen erbracht worden sind, oder daß in sieben fetten Jahren Polster für sieben magere Jahre anzulegen sind, werden wir es nicht schaffen.

Die Stimmung ist nicht gut, aber auch nicht hoffnungslos. Ich weiß, daß gute Meldungen keinen Meldungscharakter haben. Wie heißt es aber so schön: Tue Gutes und rede darüber? Neben Frust gibt es auch Optimismus. Diesen gilt es zu stärken und auszubauen: mehr Ansporn für mehr Mut, Mut, um weiterzumachen. Wir sollten uns tunlichst davor hüten, unser eigenes Süppchen zu kochen. Das will heißen: Vorbilder sind gefragt. Zur Vorbildfunktion gehört auch die Basisnähe. Dies soll keine Worthülse sein. Dies sollte in der Tat unser aller Aufgabe sein.

Reden wir miteinander, und zeigen wir vor allen Dingen Verständnis, und hören wir auch einmal zu. Gerade das Zuhören ist die Voraussetzung schlechthin, daß Deutschland zusammenwächst und sich nicht wieder auseinanderdividiert. Machen wir uns doch die Mühe und gehen in die Gaststätten, auf die Märkte und in die Betriebe. Reden wir mit unseren Nachbarn, unseren Mitarbeitern und Kollegen. Tauschen wir uns mit denen aus, die Sorgen haben. Ermutigen wir jeden, sich selbst einzubringen. Ebnen wir nicht denen das Feld, die ein anderes Deutschland wollen. Die Gysis und Hildebrandts treiben doch gerade in Brandenburg ihr Unwesen. Die rein populistischen Rattenfänger lassen nicht locker. Wir bekämpfen die extreme Rechte und vergessen, daß die Linke ebenso aktiv ist.

(Vereinzelt Beifall)

Die geschulten Führungskader sind nicht wegzudiskutieren. Sie sind einfach da. Sie aber wollen dieses Deutschland nicht. Sie träumen vom dritten sozialistischen Weg. Sie meinen, nur die Führung der DDR habe versagt, das System sei jedoch im Grunde genommen gut gewesen. Ich kann nur davor warnen und möchte es nie wieder

erleben, daß uns Seilschaften, Lobbyisten und Politbonzen regieren und mit uns menschenverachtend umgehen.

Verstehen wir uns daher als Teile und Multiplikatoren einer guten Sache. Beschäftigen wir uns weniger mit uns selbst, und konzentrieren wir uns vielmehr auf das, worauf es wirklich ankommt. Verhalten wir uns so, wie es im Namen der CDU steht. Gehen wir christlich miteinander um. Seien wir auch für andere da und helfen dort, wo Hilfe wirklich gebraucht wird. Beleben wir unser Selbstwertgefühl. Seien wir auch auf das stolz, was wir bislang erreicht haben.

Wahlen wurden mit dem Slogan gewonnen, daß sich Leistung lohnen müsse. Dieser Satz hat nach wie vor Gültigkeit. Eine gesunde Portion von Optimismus, mehr Biß, mehr Mut und mehr Zuversicht wünsche ich mir für die CDU, für die Unternehmerinnen und Unternehmer, einfach für uns alle.

Wir müssen uns mit denen, die Arbeit haben, und denen, die Arbeit suchen, solidarisieren. Wir müssen alles daransetzen, damit genügend Arbeitsplätze geschaffen werden. Ich bin stolz darauf, 60 Arbeitsplätze geschaffen zu haben. 60 Arbeitsplätze bedeuten Perspektive und Einkommen für 60 Familien. Nicht unerwähnt soll dabei bleiben, daß mein Tag weit mehr als acht Stunden hat.

Gleichzeitig kämpfe ich für die CDU, was gerade in Brandenburg keine einfache Aufgabe ist. Dennoch: Wer sich nicht einbringt und sich nicht einzubringen gewillt ist, darf sich halt nicht wundern, wenn andere das Spiel bestimmen. Glauben Sie mir: Fast drei Jahre Ampelkoalition in Brandenburg sind genug.

In Deutschland gibt es 3,2 Millionen mittelständische Unternehmen. Was ist, wenn jedes Unternehmen nur einen Mitarbeiter zusätzlich einstellt? Ich lasse diese Frage bewußt im Raum stehen und bitte Sie, sie mit den monatlichen Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit ins Verhältnis zu setzen.

Wir brauchen weniger Bürokratie, weniger Staat und dafür mehr Markt. Wir brauchen mehr Unternehmer und mehr Mittelstand, mehr Unternehmer, die etwas unternehmen und damit sichere und perspektivische Arbeitsplätze schaffen. Ich bin 1990 in die CDU von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl als Dank für die deutsche Einheit eingetreten.

(Beifall)

Da Dank viel zu selten gezollt wird, möchte ich auch an dieser Stelle einmal für die milliardenschweren Transfers Dank sagen, die jährlich von West nach Ost geflossen sind und die, wie ich hoffe, noch für eine Weile weiter fließen werden. Diese Opfer sollen und dürfen nicht umsonst gewesen sein. Das gemeinsame Ziel kann nur lauten: Wir wollen es gemeinsam schaffen. Der Wille dazu muß allerdings auch dasein. Am Mittelstand in den neuen Ländern wird es nicht scheitern. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Bartsch. Als nächster hat der Ministerpräsident von Sachsen, Herr Professor Biedenkopf, das Wort. Ihm folgt Herr Austermann.

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf (mit Beifall begrüßt): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Daß wir heute nachmittag bis in den Abend hinein unsere Überlegungen und Programme zu den Bereichen Wirtschaft und

Arbeit diskutieren, ist eine gute Sache. Frau Breuel hat vorhin in ihrem Diskussionsbeitrag auf die enorme Leistung verwiesen, die die Menschen in den neuen Bundesländern, in den ostdeutschen Ländern in den letzten Jahren erbracht haben. Ich glaube - das möchte ich hier am Anfang noch einmal sagen -, daß nicht alle sich über die Dimension dieser Leistung klar sind.

Wir müssen in den neuen Bundesländern in zwei bis drei Jahren Strukturanpassungen bewältigen, die in den alten Bundesländern in einem Zeitraum von 20 bis 30 Jahren stattgefunden haben. Die Geschwindigkeit ist eine andere Qualität. Wenn innerhalb von drei Jahren die Arbeitsplätze im Braunkohlenbergbau von über 100 000 auf knapp 30 000 reduziert werden, wenn sie in der Maschinenindustrie von 100 % auf 20 % und in einem Bereich wie der Textilindustrie von 100 % auf 17 % reduziert werden, dann kommt es in den Regionen, in denen ein solcher Zusammenbruch stattfindet, nicht nur zu Entlassungen in einen überfüllten Arbeitsmarkt, sondern auch zu einer völligen Veränderung der Lebensverhältnisse der Menschen. Daß die Menschen, die dort leben, diese Veränderungen so, wie sie es tatsächlich getan haben, mitgetragen haben, ohne zu revoltieren, ist der wichtigste Beitrag zum bisherigen Erfolg der deutschen Einheit, der überhaupt geleistet worden ist.

(Beifall)

Ich schicke das voraus, weil ich mich im Rahmen der Fülle der Themen, die durch den Antrag des Bundesvorstandes angesprochen sind, auf das zentrale Thema der Arbeitslosigkeit konzentrieren will. Ich möchte dem, was geschrieben und gesagt worden ist, einige, wie ich glaube, wichtige Überlegungen für unsere weitere Arbeit hinzufügen.

Ich stimme dem Bundeskanzler und anderen, die hier vor mir zum Thema gesprochen haben, uneingeschränkt zu: An unserer Fähigkeit, unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung so zu verändern, daß sie in ausreichendem Umfang Mitarbeitschancen bietet, werden wir innenpolitisch gemessen. Noch so viele sonstige gut gelungene Dinge werden untergehen, wenn diese zentrale Frage in den Augen der Bevölkerung nicht angemessen gelöst ist. Liebe Freunde, das setzt aber voraus, daß man sich zunächst einmal über die Dimension der Aufgabe und die inneren Zusammenhänge der verschiedenen Fragen verständigt. Für die Christlich Demokratische Union war der Zusammenhang oder, wie Hans Katzer zu sagen pflegte, die Einheit von Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik immer eine zentrale Frage.

Wir haben immer versucht zu vermeiden, daß man die Wirtschaftsfragen für sich löst, die Finanzfragen für sich löst und die Sozialfragen für sich löst und daß man dann möglicherweise auch noch innerhalb der jeweiligen Bereiche die Mittelstandsfragen für sich löst, die Kartellfragen für sich löst und auf diese Weise lauter einzelne Gebiete beackert, ohne Rücksicht darauf, ob das Ganze überhaupt noch zusammenpaßt.

Wir können die Probleme auf dem Arbeitsmarkt nur lösen, wenn wir die Zusammenhänge beachten. Vorhin hat ein Redner gesagt: Wir fordern Arbeit für alle. Ich finde, das ist ein sehr guter Satz. Aber der Satz fordert dazu auf zu fragen: An wen richtet sich denn die Forderung? Wer soll sie denn einlösen? Da kommen verschiedene in Frage. Da kommt zunächst der Staat in Frage. Ganz offensichtlich kann der Staat diese Forderung aber nicht einlösen. Wir befassen uns im Osten noch stärker als im Westen mit der Frage, wie wir die staatliche Beschäftigung verringern können, weil wir in vielen Bereichen der Meinung sind, daß der Staat eher zu viele als zu wenige

Menschen beschäftigt. Der Staat kommt jedenfalls als Arbeitgeber zur Einlösung der Forderung „Arbeit für alle“ nicht in Frage.

Wer kommt denn dann in Frage? Wir denken sehr viel und sehr intensiv an die großen Unternehmungen in unserem Land, also nicht an die ganz kleinen und mittleren, sondern an die größeren Betriebe; ein Mittelständler (Herr von Pierer) dieser Dimension hat vorhin zu uns gesprochen. Diese Unternehmen werden in den nächsten Jahren nur in begrenztem Umfang neue Arbeitsplätze schaffen. Sie werden zunächst einmal - das können wir in allen Geschäftsberichten, auf allen Hauptversammlungen, in allen Wirtschaftsteilen lesen - ihre Unternehmen, ich will nicht sagen: abspecken, aber trimmen und auf neue sehr schwierige Konkurrenzsituationen vorbereiten.

Über den Ursprung dieser schwierigen Konkurrenzsituation haben wir auch schon etwas gehört. Was sich in Europa dramatisch verändert hat, ist, daß Hongkong und Taiwan nur noch eine Reisedstunde weg sind. Durch die Beseitigung der europäischen Teilung und durch die Bereitschaft der osteuropäischen Völker, dem Sozialismus zu entsagen, weil er gescheitert ist, und statt dessen marktwirtschaftliche Ordnungen in dem Maße aufzubauen, indem sie das können, haben sich diese Märkte geöffnet. Wenn der größte Hersteller für Oberbekleidung in Deutschland, Klaus Steilmann, inzwischen mehrere Fabriken in der Ukraine hat und eine ganz neue Arbeitsteilung in seinem Unternehmen organisiert und viele, viele andere das in Zukunft auch tun werden, dann können wir, wenn wir das jetzt auf die Gesamtwirtschaft projizieren, ermessen, was da auf uns zukommt.

Christa Thoben hat von dem Zelt mit den Masten gesprochen. Wenn man zehn Masten hat, die das große Zelt tragen - ich will das Bild wiederholen -, dann hat man sehr viel mehr Wohlstandsplatz unter diesem Zelt. Wenn die Zahl der Masten geringer wird, weil man nur noch in wenigen Bereichen Weltmeister ist, und die Leistung, sprich: die Höhe der Masten, sinkt, ist der Platz immer kleiner und vor allen Dingen immer enger.

Es kommen also in erster Linie die kleinen und mittleren Unternehmen und die Selbständigen für die Einlösung dieser Forderungen in Frage.

Hier ist der erste Punkt, den ich festhalten möchte: Was wir viel zu wenig diskutieren - das muß jetzt auf der Grundlage dessen, was wir hier Gutes vorliegen haben, weiter ergänzt werden -, ist die sehr praktische, für uns alle aber entscheidende Frage: Wie kommen Arbeitsplätze eigentlich zustande? Was ist das denn, wenn da ein Arbeitsplatz entsteht? Ein Arbeitsplatz kommt durch eine schöpferische Leistung zustande. Ein Mensch entscheidet sich, nicht nur selbständig zu sein - was schon die Schaffung eines Arbeitsplatzes ist -, sondern auch dafür, am Markt Bedürfnisse zu ermitteln und etwas zu organisieren, mit dem man diese Bedürfnisse befriedigen kann. Wenn er dazu Dritte braucht, schafft er Arbeitsplätze. Das ist eine schöpferische Leistung. Es gibt aber keinen Anspruch gegen die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, die das können, das auch zu machen. Das heißt, man kann von ihnen nicht verlangen, Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir können noch so viel beschließen, wir können noch so viele Gesetze machen - wenn wir die eigentlichen Gründe für die Bereitschaft, diese schöpferische Leistung zu erbringen, verfehlen, wird sie nicht erbracht. Wenn mehr Menschen Arbeitnehmer, aber immer weniger Menschen Arbeitgeber werden wollen, haben wir Arbeitslosigkeit.

(Beifall)

Das ist zunächst einmal ein Grundsachverhalt, mit dem man sich befassen muß. Also müssen wir uns fragen: Welche Bedingungen müssen denn erfüllt sein, damit die Leute bereit sind, Arbeitgeber zu werden? Da gibt es materielle und immaterielle Bedingungen.

Von den materiellen Bedingungen ist in dem Text ausführlich die Rede: Steuersenkungen, Verringerung der Bürokratie, also Verringerung des Regelwerkes, in dem sich viele kleine und mittlere Unternehmen verheddern. Wir geben heute in Deutschland mehr für die sogenannten Transaktionskosten, d. h. für Beratungskosten, aus als je zuvor. Die Bürokratien erzeugen ganze neue Beraterwirtschaftszweige, die potentielle und existentielle kleine und mittlere Unternehmen beraten, wie sie sich durch das Dickicht der Bürokratie finden. Diese Beratung ist zwar auch eine Wertschöpfung, aber keine sehr produktive.

(Beifall)

Man könnte die Dinge auch anders organisieren. Wir haben - wenn ich das sagen darf - in Sachen von einem kleinen Unternehmer auf der Leipziger Messe das Motto übernommen: „Fortschritt ist der Weg vom Primitiven über das Komplizierte zum Einfachen.“

(Beifall)

Wir befinden uns zur Zeit im Stadium des Komplizierten. Mein Eindruck ist manchmal, daß wir dann, wenn neue Probleme auftauchen, der Meinung sind, es sei nicht gut, sie zu lösen, indem wir die Dinge einfacher machen, sondern indem wir sie komplizierter machen. Das heißt, wir steigern die Kompliziertheit, um Probleme zu lösen und lösen sie deshalb immer weniger. Also, diese Fragen haben wir im Blick.

Aber wie ist es denn mit den immateriellen Bedingungen? Wie ist es denn mit den Nebenbedingungen, die erfüllt werden müssen, damit jemand Unternehmer wird? Da gibt es eine ganze Reihe von offenen Fragen. Die in meinen Augen erste und wichtigste Frage lautet: Was muß man für Bindungen und für Lasten eingehen, wenn man Arbeitgeber wird? Wie ist das im Verhältnis zu den Arbeitnehmern? Ich weiß, diese Frage wird nicht gern diskutiert. Da gilt das Gebiet, das ich vorhin angesprochen habe. Das ist voller Besitzstände und voller Tabus.

Ich will Sie nur auf ein Problem aufmerksam machen: Wir haben - das diskutieren wir, und das klingt auch im Grundsatzprogramm an - eine sehr starke Tendenz in unserem Land - im übrigen in allen westeuropäischen Ländern, aber in unserem Land in besonderer Weise - zur Individualisierung und Selbstverwirklichung. Dagegen ist nichts einzuwenden. Nur, diese Tendenz wird in Deutschland so gesehen: es sei die Aufgabe des Staates oder der Politik, diese Bewegung möglichst zu erleichtern. Das heißt, ich möchte eine Situation haben, in der ich möglichst viele individuelle Wünsche verwirklichen, mich selbst verwirklichen kann und möglichst wenigen Bindungen unterworfen bin.

Wenn man Arbeitgeber wird, sich selbständig macht, muß man sich einer Menge von Bindungen unterwerfen, und zwar nicht nur für sich selbst, sondern auch für Dritte. Mein Eindruck ist, daß wir zunehmend ein Problem haben, und zwar nicht deshalb, weil uns die Arbeit ausgeht, sondern weil uns die Arbeitgeber ausgehen,

(Beifall)

und daß immer mehr Leute, die eigentlich geeignet wären, Arbeitgeber zu sein, sagen: Wir wollen lieber Arbeitnehmer sein, denn dann genießen wir einen umfassenden Schutz; und wenn wir Arbeitgeber sind, genießen wir diesen umfassenden Schutz nicht. Diese Probleme müssen wir diskutieren. Wir müssen uns fragen: Wie können wir erreichen, daß jemand, der sich selbständig macht, nicht eine enorme Hürde überwinden muß, weil seine gesamte soziale Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist?

(Beifall)

Wie können wir erreichen, daß der Handwerksmeister, der abends mit seiner Frau darüber diskutiert, ob er aus dem Betrieb ausscheiden und sich selbständig machen muß, in der Lage ist, seiner Frau zu erklären, daß sie dann noch immer eine vernünftige Krankenversicherung, noch immer eine vernünftige Altersversicherung, noch immer Urlaub, noch immer zusätzliche Möglichkeiten haben und trotzdem unabhängig sind.

Heute kann ein großer Teil derer, die sich mit diesem Gedanken tragen, ihre Frauen nicht davon überzeugen, daß sie dann immer noch dieselbe Situation haben,

(Zustimmung)

und deshalb bleiben sie im Betrieb, schaffen keine Arbeitsplätze, und wir haben zusätzliche Arbeitslosigkeit.

(Beifall)

Das heißt, ich nehme die Forderung des Bundeskanzlers auf: Wir müssen umdenken. Wir müssen nicht nur nach den Steuern fragen, sondern müssen auch fragen, welche Gesamtbedingungen denn gegeben sein müssen, daß Menschen bereit sind, die für die Gesellschaft unverzichtbare Funktion des Arbeitgebers zu übernehmen.

Lassen Sie mich Ihnen zum Abschluß ein paar Zahlen mit auf den Weg geben, damit wir wissen, worüber wir reden, wenn wir die Forderung nach Arbeit für alle aufstellen. Wir haben - der Bundeskanzler hat es schon erwähnt - von 1982 bis 1992 in Westdeutschland - ich spreche jetzt nur von Westdeutschland; der ostdeutsche Arbeitsmarkt ist in einer Ausnahmesituation - einen Zuwachs der Beschäftigung von über drei Millionen bei einer relativ konstanten Wohnbevölkerung gehabt. Das heißt, der Anteil derer innerhalb der Wohnbevölkerung, die in den Arbeitsmarkt eingetreten sind, hat sich wesentlich erhöht.

Wir hatten Ende 1992 eine Beschäftigungsquote - das ist der Anteil der Beschäftigten an der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren - von 70 %. Wir hatten in der Nachkriegszeit noch nie eine so hohe Beschäftigungsquote, und trotzdem hatten wir 1,8 Millionen Arbeitslose.

Wir hatten in der Zeit von Januar bis September 1993 rund 3,4 Millionen Meldungen bei den Arbeitsämtern von Menschen, die gesagt haben: Wir suchen Arbeit. Von diesen rund 3,4 Millionen waren 1,23 Millionen vorher nie im Arbeitsmarkt, d. h. sie sind neu in den Arbeitsmarkt eingetreten. Dazu sind neu eingetreten rund 250 000 Schulentlassene.

Jetzt stellt sich die entscheidende Frage: Wenn wir jeden, der zusätzlich in den Arbeitsmarkt geht, mit einem Arbeitsplatz ausstatten müssen, wie erreichen wir, daß gleichzeitig irgendein Bürger in der Bundesrepublik Deutschland sich entscheidet, einen zusätzlichen Arbeitsplatz zu schaffen? Denn der Staat kann das nicht; und wenn

wir den Menschen erzählen würden, wir als Politiker könnten diese Arbeitsplätze schaffen, würden wir sie in die Irre führen. Wir müssen sie zurückverweisen auf die Leistung in der Gesellschaft, die erbracht werden muß, und müssen mit ihnen darüber diskutieren, welche Bedingungen wir alle gemeinsam - nicht nur die Arbeitgeber, sondern vor allem die Arbeitnehmer - akzeptieren müssen, damit diese spezielle schöpferische Leistung, Arbeit zu schaffen und Arbeitsplätze zu erhalten, in ausreichendem Umfang erbracht wird. Für andere Spezialberufe haben wir mit solchen Diskussionen in Deutschland überhaupt keine Schwierigkeiten, aber die Diskussion um den Beruf Arbeitgeber wird anders geführt. Mein Eindruck ist, wenn wir nicht sehr viel analytischer und tiefer an die Sache mit dem Arbeitsmarkt herangehen, vor allem was die Schaffung neuer Arbeitsplätze betrifft, werden wir auch politisch falsche Entscheidungen treffen.

Ich habe all das, was ich hier vortrage, auch schon - jedenfalls in nuce - im letzten Dezember bei den Gewerkschaften vorgetragen, und ich muß sagen, ich bin auf großes Interesse gestoßen. Es ist gar nicht so, daß wir hier einen Kapital-Arbeit-Konflikt haben, sondern das Problem liegt ganz woanders. Das Problem liegt darin, daß unser Arbeitsmarkt das Ergebnis einer historischen Entwicklung ist, die von ganz anderen Voraussetzungen ausging, als sie heute bestehen.

An einem letzten Punkt will ich das deutlich machen: Wir finanzieren unser gesamtes Sozialsystem über die Arbeitsverträge. Die Folge ist, daß wir heute von einem durchschnittlichen Bruttoeinkommen - einschließlich Arbeitgeberbeitrag, der ja auch Lohnkosten darstellt - im Durchschnitt etwa 50 %, also die Hälfte, für Abgaben und Steuern zur Verfügung stellen. Das heißt, die Hälfte dessen, was der Arbeitnehmer an seinem Arbeitsplatz an Wertschöpfung erarbeitet, landet nie in seiner Lohntüte oder auf seinem Lohnkonto, sondern woanders. Nun ist es so: Wenn ich die Arbeit mit den Kosten des gesamten Sozialsystems belaste, muß ich diese Kosten auch im Ausland verdienen. Herr von Pierer hat uns ja etwas über die Arbeitskosten erzählt. Es sind eben nicht nur die Arbeitskosten, die wir im Ausland verdienen müssen; wir müssen auch die gesamten Sozialkosten im Ausland verdienen. Wenn wir nur die Nettobeträge verdienen müßten, stünden wir natürlich völlig anders da.

Da wir uns nun aber entschieden haben, die Arbeit zu belasten und die Sozialsysteme nicht anders zu finanzieren, z. B. auf eine Weise, die es uns erlauben würde, die Kosten für die Sozialsysteme an der Grenze zurückzulassen, was etwa bei indirekten Steuern der Fall ist,

(Zustimmung)

erschweren wir uns den Export unserer Güter dadurch, daß wir alle Exportgüter mit den Gesamtkosten unseres Sozialsystems belasten, und zwar auf den Exportmärkten, und das macht natürlich unsere Position auf den internationalen Märkten sehr viel schwieriger.

Damit will ich zeigen, daß das, was wir gesagt haben - Einheit von Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik -, hervorragend exemplifiziert werden kann an dem Problem der Arbeit. Ich bin davon überzeugt, daß wir die Arbeitslosigkeit in Deutschland nur in den Griff bekommen, wenn wir eine grundlegende Reformdiskussion über die Frage des Verhältnisses von Arbeit und Sozialsystem führen.

(Zustimmung)

Ich habe 1985 auf dem Essener Parteitag den Vorschlag gemacht, darüber zu reden, ob man nicht das Arbeits- und das Sozialverhältnis voneinander lösen muß und das Arbeitsverhältnis als ein sehr mobiles, flexibles, veränderbares Verhältnis ausgestaltet muß, das Sozialverhältnis hingegen als ein sehr stabiles, zuverlässiges, dauerhaftes Verhältnis, damit wir sowohl eine stabile soziale Sicherheit als auch eine sehr flexible Arbeit haben. Diese Diskussion wartet immer noch darauf, geführt zu werden. Ich sehe jetzt mit Freude, daß sie aufgegriffen wird und daß sie woanders auch geführt wird. Ich möchte uns in der Weiterentwicklung der Gedanken, die heute hier zur Entscheidung stehen, auffordern, genau dies zu tun. Wenn wir nicht der grundsätzlichen Aufforderung - umdenken, neu denken, neu gestalten - folgen, dann können wir das zentrale Problem der modernen Industriegesellschaft nicht lösen: Wie bekomme ich unter Bedingungen der Freiheit der Bürgerinnen und Bürger eine Koordination zwischen den Wünschen im Arbeitsmarkt zustande, daß nämlich genug Leute bereit sind, Arbeitsplätze zu schaffen, damit alle anderen arbeiten können? - Vielen Dank.

(Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Professor Biedenkopf!

Meine Damen und Herren, bevor ich jetzt Herrn Austermann und dann Ministerpräsident Teufel das Wort gebe, möchte ich eine Bitte äußern. Ich habe noch 16 Wortmeldungen. Damit wir halbwegs in der Zeit bleiben und damit alle angemeldeten Rednerinnen und Redner zu Wort kommen können, bitte ich die jetzt nachfolgenden, sich mit ihrem Redebeitrag auf fünf Minuten zu begrenzen. Bitte, Herr Austermann.

Dietrich Austermann: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir alle haben eben den eindrucksvollen Beitrag unseres Freundes Professor Biedenkopf gehört. Wir alle wissen, daß wir zur Zeit über das Thema „Wachstum und Beschäftigung“ und über den entsprechenden Antrag des Bundesvorstandes diskutieren. Jetzt fragt sich natürlich jeder, der heute, morgen und übermorgen hieran teilnimmt und der dann am Donnerstag wieder Wahlkampf in Niedersachsen oder zur Kommunalwahl in Schleswig-Holstein oder in anderen Bundesländern macht: Was tun wir, was enthält der Vorschlag des Bundesvorstandes tatsächlich für dieses Jahr an zusätzlichen Initiativen für Wachstum und Beschäftigung?

Professor Biedenkopf hat auf die Notwendigkeit eines völligen Umdenkens, einer neuen Diskussion hingewiesen, und so schlecht ist der Antrag des Bundesvorstandes in dieser Hinsicht gar nicht. Der Bereich der Existenzgründungsoffensive, des Eigenkapitalhilfeprogramms und der Innovationsförderung ist ja in ihm enthalten. Ich sage deshalb, daß es manchmal besser ist, wenn wir unsere Anträge genau zur Kenntnis nehmen. Es sind weitere gute Positionen auch für die Zukunft darin enthalten, die schnell und wirksam umgesetzt werden können.

Professor Biedenkopf hat auch darauf hingewiesen, daß wir in letzter Zeit in den neuen Bundesländern eine große Zahl von Arbeitsplätzen verloren haben, und zwar deshalb verloren haben, weil die Produktivität in den Betrieben nicht gewährleistet war. Diese Situation hat sich bisher in vielen Bereichen weitgehend nicht geändert. Ich darf einen Satz sagen, der vielleicht manche von Ihnen überraschen wird, der aber trotzdem der Wahrheit entspricht: Seit der Wiedervereinigung sind die Löhne in Gesamtdeutschland um 30 % gestiegen, ohne daß die Produktivität zugenommen hat.

Jeder kann sich ausrechnen, daß das einen enormen Druck auf den Betrieb zur Kostensenkung ausübt. Ein weiteres: Der verständlichen Forderung in den neuen Bundesländern nach höheren Löhnen kann vom Betrieb nicht nachgegeben werden, solange die Wettbewerbsgleichheit nicht da ist.

Erfahrene Wirtschaftsfachleute sagen heute: Man wird etwa 20 Jahre brauchen, bis die Produktivität pro Kopf in den neuen Bundesländern der Produktivität im Westen entspricht. Was muß daraus für eine Schlußfolgerung gezogen werden? Ich glaube, daß wir in der Tat, neben dem, was im Aktionsprogramm der Bundesregierung, unserer Fraktion im Bundestag vorgeschlagen ist, einen neuen Ansatz brauchen.

Als geborener Berliner, jetzt Schleswig-Holsteiner, möchte ich Ihnen anempfehlen, mit vielen Mitunterzeichnern dieses Antrages G 7 das aufzunehmen, was in Berlin über viele Jahrzehnte mit Erfolg betrieben worden ist, was meines Erachtens auf die neuen Bundesländer übertragen werden sollte.

Wir schlagen vor, daß in den neuen Bundesländern Lohnzuschüsse nach dem Modell der früheren Berliner Einkommenssteuerpräferenz zumindest bei Löhnen unter Westniveau und/oder Umsatzsteuerpräferenz für Betriebe eingeführt werden. Wir sagen das deshalb, weil wir damit erreichen wollen, daß möglichst viele Betriebe möglichst lange ihre Leute halten können, auch wenn sie in der Produktivität noch nicht so weit sind, wie sie gern sein wollten, um wettbewerbsfähig zu sein.

Wie funktioniert heute die Förderung? Heute wird im wesentlichen nach der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung regionaler Wirtschaftsstrukturen gefördert. Wir kriegen an den Stadt- und Dorfrändern in den neuen Bundesländern ständig neue Einkaufszentren und viele neue Tankstellen. Sie und andere Bereiche werden mit Bundes- und Landeshilfe massiv finanziell unterstützt.

Wir sind der Meinung, daß dies der falsche Weg ist. Es ist deshalb der falsche Weg, weil die, die dort investieren, die Investitionen nicht brauchen. Wir schlagen deshalb vor, an anderer Stelle, nämlich direkt beim Arbeitnehmer, anzusetzen. Dies wäre ein Weg, wie man noch in diesem Jahr konkrete Entscheidungen treffen und den Menschen ein deutliches Signal geben könnte, das über das Programm des Bundesvorstandes hinausgeht.

Wir zahlen zur Zeit aus dem Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit für die Arbeitslosigkeit gewaltige Beträge. Die Beitragszahler im Westen bringen dies mit ihren Beiträgen auf. Sie alle zahlen zwei Prozent mehr an Beiträgen, als sie zahlen müßten, wenn nicht Arbeitslosigkeit und Rentenversicherung in den neuen Bundesländern finanziert werden müßten. Wenn man umgekehrt darüber nachdenkt, daß man Beschäftigung weiter finanziell unterstützt, kann man das Arbeitsamt von diesen Zahlungen entlasten.

Der Bund zahlt allein in diesem Jahr 28 Milliarden DM an Zuschüssen für die Bundesanstalt für Arbeit. Wenn in den neuen Bundesländern mehr Arbeitsplätze besetzt würden, könnte dies erspart werden. Ich glaube, daß wir deshalb dazu kommen müssen, eine völlige Umstrukturierung der Förderung und der Finanzierung neuer Investitionen vorzusehen, nicht aber kapitalintensive Investition zu unterstützen, die Arbeitsplätze wegrationalisieren, sondern lieber dabei einzusteigen, Arbeit zu unterstützen.

Ich sage das deshalb, weil die Menschen nach diesem Parteitag fragen: Was habt ihr konkret, nicht an Programmen für die Zukunft, für die nächste Zeit, für die nächsten

fünf oder zehn Jahre an neuen Ideen und neuen Modellen entwickelt - das ist wichtig -, sondern sie fragen vor allem: Was habt ihr getan, um in diesem Jahr, im Jahre 1994, in den neuen Bundesländern Veränderungen vorzunehmen, die auch positive Auswirkungen für die finanzielle Seite der alten Bundesländer haben werden.

Ich möchte Sie deshalb mit unseren Antragstellern aus Schleswig-Holstein bitten, mit uns zu beschließen und dies nicht als Begräbnis zweiter Klasse an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Wir sollten heute beschließen, daß wir in den neuen Bundesländern Lohnzuschüsse nach dem Berliner Modell einführen und Umsatzsteuerpfeferenzen für die Betriebe wiedereinführen. Wir können die Mittel einsparen und können sie dadurch gewinnen, daß wir Investitionen, die ohnehin getätigt werden, nicht unterstützen.

Lassen Sie mich ein letztes sagen. In einem Punkt wünsche ich mir eine weitere Konkretisierung des Antrages des Bundesvorstands, des Antrages für Wachstum und Beschäftigung, und zwar an der Stelle, wo vorgeschlagen oder gefordert wird, daß wir die Neuverschuldung weiter konsequent zurückführen. Ich bin der Meinung, das ist nicht konkret genug. Wir müssen von uns aus deutlich sagen, bis zu welchem Termin, bis zu welchem Tag, wir die Neuverschuldung auf Null gebracht haben wollen. Wenn dies nicht innerhalb der nächsten Legislaturperiode gelingt, muß klar gesagt werden, bis zum Jahre 2000 wollen wir das Ziel erreichen. Auch dies dient der Beschäftigung und sorgt dafür, daß der Bund den Kapitalmarkt nicht über die Maßen in Anspruch nimmt, daß Zinsen billig bleiben und dafür viel investiert werden kann. - Herzlichen Dank. Ich bitte um Unterstützung für unseren Antrag.

(Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Herr Ministerpräsident Teufel bitte und danach Herr Dr. Merbach.

Erwin Teufel: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Es ist offensichtlich: Wir haben in Deutschland die schwerste wirtschaftliche Krise der Nachkriegszeit. Der konjunkturelle Teil der Krise ist hoffentlich bald zu Ende. Dafür gibt es erste Fakten und Anzeichen. Aber wir werden mit der Strukturkrise, mit der Kostenkrise, mit der partiellen Technologiekrise und vor allem mit der Arbeitslosigkeit noch lange zu tun haben.

Wir haben eine Kostenkrise, die zu einer sehr schwierigen Wettbewerbssituation für unsere Wirtschaft auf allen Märkten der Welt geführt hat. Herr von Pierer hat überzeugend die Löhne und Lohnzusatzkosten im internationalen Vergleich für alle seine Standorte genannt, Standorte mit gleicher Produktivität, wie etwa in den Vereinigten Staaten, Standorte mit einer etwas geringeren Produktivität und trotzdem ganz erheblich niedrigeren Kosten.

Nun stehen wir, Gott sei Dank, nicht mehr am Anfang der Entwicklung. Unsere Wirtschaft hat gewaltige Anstrengungen unternommen, um die Produktivität zu steigern und die Kosten zu senken. Der zweite Teil der Strukturkrise ist mir auch heute in der Diskussion noch zu kurz gekommen. Es ist, auch bei differenzierter Betrachtung, eine Technologiekrise.

In einem erheblichen Teil von Hochtechnologien sind wir voll konkurrenzfähig: in der Umwelttechnik, in der Energietechnik, in der Chemie, in wesentlichen Teilen des Fahrzeugbaus, auch des Maschinenbaus, um nur einige Beispiele zu nennen. Aber man kann nicht bestreiten, daß wir in erheblichen Teilen der Informationstechnik, in

der Gen- und Biotechnologie, bei neuen Werkstoffen ganz erhebliche Rückstände haben; Rückstände weniger in der Forschung, aber in der Umsetzung in neue Produkte und in neue Produktionsverfahren.

Ich glaube deshalb, daß eine Politik der Förderung der Bildung, der Forschung und des Technologietransfers absoluten Vorrang haben muß. Wir werden nicht konkurrenzfähig werden mit den Billiglohnländern der Welt. Wir haben nur den einen Ausweg, durch neue Arbeitsplätze mit einer hohen Wertschöpfung in den Feldern der Hochtechnologie mithalten zu können.

Der Druck der wirtschaftlichen Krise schärfte erfreulicherweise den Blick für die Realitäten und Notwendigkeiten.

Das gilt für die Unternehmer. Das gilt vor allem auch für unsere Betriebsräte, die eine Fülle von Betriebsvereinbarungen in den letzten Monaten abgeschlossen haben, die man noch vor wenigen Jahren für ganz und gar unmöglich gehalten hätte. Was in Untertürkheim zustande kam, und die Motorenfertigung bei Daimler Benz im internationalen Wettbewerb für diesen Standort gesichert hat, was in Rastatt zustande kam und ermöglicht, daß der neue Stadtwagen von Daimler Benz in Deutschland und nicht an ursprünglich sehr viel günstigeren Standorten im Ausland gebaut wird, was in den letzten Tagen bei Audi möglich gewesen ist, mit der Standortsicherung des Standorts Ingoldstadt und einer Produktion des geplanten Kleinwagens in Deutschland und in Bayern und nicht an anderen Standorten, ist, glaube ich, ganz bemerkenswert.

In Verhandlungen mit den Betriebsräten und den Gewerkschaften wurden die Kosten kräftig gesenkt und mit flexibleren Arbeitszeiten und längeren Maschinenlaufzeiten deutliche Zeichen für die Standortsicherung, vor allem auch für die Beschäftigungssicherung gesetzt.

In der chemischen Industrie einigten sich die Tarifpartner auf eine moderate Lohnerhöhung und, was noch wichtiger ist, auf eine Erweiterung des Arbeitszeitkorridors sowie auf leicht abgesenkte Einstiegstarife für Berufsanfänger und für zuvor Arbeitslose. Das sind richtige und wichtige Ansätze.

Die gleiche Vernunft hat sich in den Tarifvertragsverhandlungen der Metallindustrie leider noch nicht durchgesetzt. Wir können uns die alten Rituale der Tarifauseinandersetzungen gerade jetzt nicht leisten.

(Beifall)

Ich sage es offen: Streiks und Aussperrungen, etwa in der Metallindustrie, wären zu diesem Zeitpunkt verheerend

(Beifall)

für die ersten zarten Ansätze einer konjunkturellen Erholung, für unsere Volkswirtschaft, aber auch für die psychologische Wirkung im Ausland. Ich appelliere deshalb eindringlich an die Vernunft aller Beteiligten: Nehmt Rücksicht auf das Gemeinwohl! Nehmt Rücksicht auf die Sicherung von Arbeitsplätzen! Nehmt Rücksicht auf diejenigen, die längst keine Arbeit mehr haben.

(Beifall)

Die Lohnabschlüsse der nächsten Jahre müssen sich insbesondere an der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen orientieren. Reale Lohnsteigerungen sind bei 30 % höheren Kosten gegenüber unseren Hauptwettbewerbern nicht zu verkraften. Das

wird im übrigen von den Bürgern unseres Landes akzeptiert. Nach einer Umfrage, die in Baden-Württemberg durchgeführt wurde, würden 80 % der Bürger unseres Landes für eine begrenzte Zeit auf Lohnerhöhungen verzichten, wenn ihr Arbeitsplatz dadurch gerettet werden könnte. Das zeigt: Viele Arbeitnehmer und Betriebsräte sind weiter als ihre Funktionäre.

(Beifall)

Auch die Entwicklung in den neuen Bundesländern macht Mut. Viele Bürgerinnen und Bürger beweisen dort in Handwerk, Handel, im Dienstleistungsbereich, in der Bauindustrie und in weiteren Wirtschaftssektoren ihre unternehmerischen Fähigkeiten. Sie widerlegen damit eindrucksvoll Vorurteile, die es teilweise im Westen gibt.

Es geht im Osten kräftiger aufwärts, als manche es wahrhaben wollen: 6 bis 7 % Wachstum, Stillstand beim Beschäftigungsabbau, Innovationen und Erhaltung und Neubau von Unternehmen. Die Stimmung im Osten Deutschlands ist im übrigen besser als im Westen: 50 % der Bevölkerung in den neuen Bundesländern gingen nach einer Allensbacher Umfrage zum Jahresende mit Zuversicht ins neue Jahr; im Westen waren es ganze 39 %.

Es ist unverkennbar: Die Sicherung des Standorts Deutschland macht deutliche Fortschritte. Die Stimmung in der Wirtschaft wird in diesen Wochen merklich besser. Nach einer aktuellen Umfrage erhöhte sich der Anteil der Manager, die innerhalb dieses Jahres eine Aufwärtsentwicklung erwarten, gegenüber dem Vorjahr von 28 % auf 56 %.

Dazu haben die Maßnahmen dieser Bundesregierung und des Bundestages entscheidend beigetragen. Dazu gehören: das Standortsicherungsgesetz, das Investitionserleichterungsgesetz, das Wohnbaulandgesetz, die endliche Novellierung des Gentechnikgesetzes, das Planungsvereinfachungsgesetz, der Entwurf des Arbeitsrechtsgesetzes, flexiblere Arbeits- und Maschinenlaufzeiten und nicht zuletzt das Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung. Meine Damen und Herren, die Regierung Kohl hat uns 1982 aus der damaligen Wirtschaftskrise herausgeführt. Wir trauen ihr zu, daß sie uns auch aus dieser Wirtschaftskrise herausführen wird.

(Beifall)

Die Bürger unseres Landes werden der politischen Kraft ihr Vertrauen schenken, die kompetent und offensiv auf die gewaltigen globalen Herausforderungen reagiert. Der SPD-Sozialexperte Dreßler will die Arbeitslosigkeit innerhalb von vier Jahren halbieren. Lafontaine dagegen stellt nüchtern fest, daß nirgendwo in Europa regierende Sozialdemokraten Massenarbeitslosigkeit verhindern konnten. Die SPD weiß nicht, was sie will. Schröder will mit Blick auf VW und seinen Wahlkampf in Niedersachsen nicht, daß die Mineralölsteuer weiter erhöht wird. Der SPD-Schattenverkehrsminister Zöpel behauptet das genaue Gegenteil. Entschieden sei nichts, verkündet SPD-Generalsekretär Verheugen.

Wir kennen das aus anderen Bereichen. Die SPD ist für und gegen Kernkraftwerke, für und gegen Mineralölsteuererhöhungen. Lafontaine will die Entwicklung der Löhne an der Produktivität orientieren, aber sein Vorschlag wird im Leitantrag zum Wiesbadener Parteitag schlicht gestrichen, und seither haben wir von ihm nichts mehr zu diesem Thema gehört. Klaus Bölling hat dies treffend mit dem Satz kommentiert: „Das ist eine Niederlage für den ökonomischen Sachverstand.“ - Tatsache ist: Ökonomische Wahrheiten können auch nicht durch SPD-Parteitagsbeschlüsse außer Kraft

gesetzt werden. Die Nach-Schmidt-Generation braucht eine Nachrüstung in ökonomischen Sachverstand.

(Beifall)

Das neue Wirtschaftsprogramm der CDU, über das wir diskutieren, enthält konkrete Maßnahmen, wie die Wachstums- und Innovationskräfte der Wirtschaft gestärkt und Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen werden können. Notwendig ist eine schnelle und konsequente Anpassung der deutschen Wirtschaft an die veränderten Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft.

Wir müssen erstens Kosten reduzieren und die Produktivität steigern, wie Herr von Pierer vorhin zu Recht gesagt hat.

Wir müssen zweitens neue Märkte erschließen. Wir sind sehr gut auf dem europäischen Markt. 70 % unserer Exporte gehen in den EWR. Wir haben in den letzten zehn Jahren die Hälfte unseres Anteils auf dem nordamerikanischen Markt verloren, und wir sind mit ganzen 7 % auf dem Wachstumsmarkt des ausgehenden 20. Jahrhunderts vertreten, nämlich auf dem asiatischen Markt. Deswegen ist das Asien-Programm der Bundesregierung ebenso richtig und notwendig wie der Asien-Pazifik-Ausschuß der deutschen Wirtschaft, dem Herr von Pierer vorsteht.

Drittens. Wir müssen neue Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung schaffen. Das erfordert Spitzenleistung in der Forschung, Innovation, neue Produkte und neue Produktionsverfahren, Konzentration auf Arbeitsplätze im Hochtechnologiebereich.

Viertens. Wir brauchen einen Technologierat. Herr Bundeskanzler, Sie haben mit durchgesetzt, daß diese Forderung in diesem Programm enthalten ist. Ich bitte Sie, daß diese Forderung nun auch bald umgesetzt wird. - Vielen Dank! Das wird ein entscheidender Schritt in die Zukunft sein. Davon bin ich fest überzeugt.

(Beifall)

Fünftens. Wir brauchen in unserem Land eine neue Einstellung zum technischen Fortschritt.

Sechstens. Wir brauchen eine wissensorientierte Gesellschaft. Bildung, Ausbildung und Weiterbildung sind die Ressourcen für wirtschaftlichen Erfolg. Das neue Wirtschaftsprogramm greift hier wichtige bildungspolitische Forderungen auf, die wir in Berlin beschlossen haben.

Was wir auch brauchen, ist eine strikte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Wir müssen stärker Finanzmittel aus bisher subventionierten Bereichen in zukunftssträchtige Projekte der Infrastruktur und moderner Technologien umschichten, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Zu einem bescheidenen Staat gehört auch, daß er seine eigenen Gesetze und Verordnungen unter dem Gesichtspunkt überprüft, ob sie unbedingt notwendig sind oder ob sie in der Praxis eher zur Gängelung des Bürgers und der Wirtschaft führen. Neben Technologiefolgenabschätzung sollten wir in unserem Land Gesetzesfolgenabschätzung betreiben und auch den Mut zur Korrektur von Gesetzen haben, die sich negativ auswirken.

(Beifall)

Die zügige Genehmigung von Investitionsvorhaben wird immer stärker zu einem wichtigen Standortvorteil.

Meine Damen und Herren, wir wollen auch in Zukunft erstklassig bleiben. Wir sind aus der Abstiegszone heraus und kämpfen um einen Spitzenplatz in der Liga der weltbesten Industrienationen.

(Beifall)

Wer aufhört, besser zu werden, der hört bald auf, gut zu sein. Immer wieder hat uns Ludwig Erhard aufgefordert, an die eigene Kraft zu glauben. Wir brauchen ein Ziel, eine hohe Motivation und eine große gemeinsame Anstrengung. Dann werden wir den wirtschaftlichen Wettbewerb und den politischen Wettbewerb dieses Jahres gewinnen.

(Anhaltender Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident Teufel, für diesen Beitrag. Meine Damen und Herren, bevor ich das Wort weitergebe, bitte ich um Ihr Verständnis. Ich sehe mich leider gezwungen, von § 18 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung Gebrauch zu machen, wonach die amtierende Präsidentin die Redezeit auf fünf Minuten begrenzen kann. Ich muß das tun; sonst kommen wir in der uns gesetzten Zeit überhaupt nicht zu Rande. - Jetzt hat Herr Professor Merbach das Wort.

Prof. Dr. Wolfgang Merbach (vereinzelt mit Beifall begrüßt): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich habe mir vorsorglich das Jacket zugemacht, Herr Bundeskanzler. Ich komme aus Brandenburg. Ich habe in echt preußischer Tradition auch schon am Rednerpult gestanden, ehe der Beifall verebbt war.

Meine Damen und Herren, zunächst zwei Vorausbemerkungen zu meiner Person. Ich komme, wie gesagt, aus Brandenburg und dort direkt aus der Höhle des Löwen, nämlich Strausberg, wo 46 % PDS wählen. Wir sind trotzdem nicht von früh bis abends verdrossen, sondern wir sehen das als Herausforderung. Sie werden es am Beitrag von Herrn Eppelmann heute schon gemerkt haben.

(Vereinzelt Beifall)

Ich arbeite im Zentrum für Agrarlandschaftsforschung in Müncheberg östlich von Berlin. Wir beschäftigen uns mit den Auswirkungen menschlicher Tätigkeiten auf die Ökosysteme und mit der Erarbeitung umweltgerechter Landnutzungssysteme im weitesten Sinne. In meinem Institut nutzen wir dazu auch moderne Technologien, u. a. die Gentechnologie. Somit weiß ich, welcher Widerstand und welche Schwierigkeiten mit diesen Dingen verbunden sind.

Die beiden Beschlußentwürfe - auch der von morgen - beinhalten, daß die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschlands von der Forschung und von der Entwicklung der Schlüsseltechnologien abhängen. Dem kann man sicher nur voll zustimmen.

Ich möchte in einigen Thesen Grundvoraussetzungen nennen, die ich für notwendig halte, um das umzusetzen.

These 1. Wir können die Mittel für Forschung nicht dauerhaft kürzen oder einfrieren, weil Forschung erst langfristig wirksam wird. Es hilft auch nicht viel, über zuwenig Patente zu sprechen, wenn man dafür höhere Gebühren verlangt.

These 2. Die knappen Mittel müssen auf zukunftssträchtige Entwicklungen konzentriert werden. In beiden vorliegenden Entwürfen wird auf die wichtigen Richtungen orientiert, nämlich Biotechnologie, Gentechnologie, Ökosystemforschung, Informationstechnik, Energieforschung und einiges andere mehr. Ich stimme auch der Schaffung eines Technologierates zu, der Defizite aufzeigen und Strategien erarbeiten soll, die vorrangig finanziell abzusichern wären. Er müßte nur bald mit der Arbeit beginnen.

These 3. Eine bessere Abstimmung zwischen den Trägern der Forschung - ich meine die Ressorts, ich meine die Richtungen der Forschung, ich meine auch den Ausgleich zwischen Bund und Ländern - muß hergestellt werden. Es macht keinen Sinn, wenn z. B. ein Land wie das meinige für Lieblingsprojekte in der Landesforschung Geld aus den Einrichtungen herausnimmt, die von Bund und Land finanziert sind, so daß der Bund seine Mittel notgedrungen zurückzieht.

These 4. Die verschiedenen, auch im Beschlußentwurf aufgeführten Säulen der Forschung, nämlich die vorwiegend staatlich geförderte Grundlagenforschung - hier schließe ich die Universitäten in ihrer Einheit von Forschung und Lehre ein -, die anwendungsorientierte Grundlagenforschung und die produktorientierte Forschung müssen kooperationsfähig, gegenseitig personell durchlässig und stärker interdisziplinär gestaltet werden. Denn alle Erfahrungen zeigen, daß die sogenannten Grenzgebiete der Forschung und der Wissenschaft besonders innovativ sind.

Meine Damen und Herren, die Ausbildung an den Universitäten und Hochschulen muß den zukünftigen Forschungsanforderungen angepaßt werden. Das haben wir im Bildungsprogramm festgelegt.

Wir dürfen - das ist der letzte Punkt - zukunftssträchtige Technologien nicht weiter verteufeln lassen. Wir haben beispielsweise bei der Freisetzung transgener Pflanzen einen sehr deutlichen Rückstand gegenüber dem Ausland. Während auf der Welt bisher tausend vorgekommen sind, haben wir bis jetzt in Deutschland zwei gehabt. Ein drittes ist in der Diskussion.

Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Natürlich müssen die möglichen Risiken und ethischen Bedenken berücksichtigt werden. Aber - der Forschungsminister hat es gesagt - eine völlige Risikofreiheit gibt es nicht, wenn man in Neuland vordringen will.

Zu allen diesen Punkten haben wir die Grundaussagen vorliegen. Deshalb empfehle ich die Vorlage zur Annahme. Ich meine, entscheidend ist aber, daß sie in der Politik mit Leben erfüllt werden. Das kostet Mühe, und das kostet Geld. Es sind jedoch Investitionen in die Zukunft.

Lassen Sie mich etwas flapsig schließen. Es ist vielleicht doch im Interesse kommender Generationen zumutbar, daß wir das nicht Wirklichkeit werden lassen, was Gitta Haenning singt und ich manchmal gehässig als die neue Nationalhymne vieler Zeitgenossen empfinde:

Ich will alles, ich will alles, und zwar sofort.

Nein, meine Damen und Herren, nehmen wir nicht alles an, sondern packen wir es an. - Danke.

(Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Jetzt hat Herr Peter Rauen aus Rheinland-Pfalz das Wort.

Peter Rauen: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Es ist gut, daß im Mittelpunkt des Tages heute steht: Wie kommen wir zu mehr Beschäftigung? Der Kanzler hat heute morgen schon gesagt: Wir hatten in den 80er Jahren eine Zunahme von rund 3 Millionen Beschäftigten in den alten Bundesländern. Professor Biedenkopf hat es präzisiert: in den Jahren 1982 bis 1992. Ich darf es vervollständigen: Wir haben in dieser Zeitspanne in kleinen und mittleren Betrieben eine Zunahme von 4 Millionen Arbeitsplätzen gehabt, während im gleichen Zeitraum in der Großindustrie 1 Million Arbeitsplätze abgebaut wurden.

Das heißt, hinsichtlich der Frage, wie kommen wir zu neuen Arbeitsplätzen, spielt es eine große Rolle, wie die Rahmensetzung für die kleinen und mittleren Betriebe ist.

Ich finde, mit das Wichtigste in diesem wirklich guten Papier des Bundesvorstandes ist die Formulierung, daß wir die Staatsquote wieder zurückdrängen wollen. Der Bundeskanzler hat es heute morgen gesagt: Einigungsbedingt ist der staatliche Anteil auf 53 % dessen gestiegen, was wir miteinander erarbeitet haben. Jetzt steht als Zielsetzung in dem Papier, daß schrittweise bis zum Jahr 2000 wieder die Staatsquote erreicht werden soll, die wir vor der Wiedervereinigung hatten.

Was heißt das aber? Die Staatsquote wird ja noch in 1994 und 1995 auf etwa 53 % steigen. Wenn wir das auf 46 % zurückführen wollen, bedeutet das nach den Finanz-, Sozial- und Wirtschaftsdaten des Jahres 1993, daß der Staat, also Bund, Länder und Gemeinden plus die Sozialversicherungsträger, jährlich rund 230 Milliarden DM weniger ausgeben können. Das ist eine finanzpolitisch gewaltige Zielsetzung, über die man einige Takte nachdenken muß.

Das kann nur nach dem Vorbild der 80er Jahre gehen, d.h. es muß gelingen, daß das Bruttosozialprodukt nominal stärker steigt, als die staatlichen Ausgaben prozentual steigen. Wir wissen, wenn das Bruttosozialprodukt nominal um ein Prozent mehr steigt als die Ausgaben des Staates, bedeutet das rund 12 Milliarden DM mehr an Einnahmen in den staatlichen Kassen. Das heißt, wenn wir diese Zielsetzung erreichen wollen und davon ausgehen, daß wir eine Differenz von zwei Prozentpunkten schaffen, können wir bis zum Jahr 2000 etwa 110 Milliarden DM mehr einsparen.

Das bedeutet darüber hinaus, daß wir wie in den 80er Jahren Steuern und Abgaben senken müssen. Weiter bedeutet das, daß wir Subventionen kürzen müssen, wenn wir diese Zielsetzung erreichen wollen. Das deutet auf einen schlankeren Staat hin. Das heißt, es muß mehr in der privaten Verantwortung belassen bleiben.

Es ist überhaupt keine Frage, daß die Zunahme um drei Millionen Arbeitsplätzen in den 80er Jahren ein Ergebnis der Tatsache war, daß es gelungen ist, die Staatsquote von 50 % in 1982 auf 45,3 % in 1989 zurückzudrängen. Wenn wir, die Union, wirklich die Kraft haben, die Zielsetzung, die in diesem Papier formuliert ist, auch zu erreichen, wird das einen gewaltigen Schub geben in Richtung mehr Arbeitsplätze vor allem in kleinen und mittleren Betrieben. Das ist das beste Investitionsprogramm, das wir auflegen können.

Meine Damen und Herren, ich möchte die Zeit nicht zu sehr strapazieren. Welche andere politische Kraft in dieser Republik als die Union kann denn überhaupt glaubhaft versichern, dieses Ziel zu erreichen? Die Union hat das mit diesem Kanzler in den 80er Jahren bewiesen. Wir mußten die Staatsquote ausweiten, aber wir werden das

Ziel erreichen, sie wieder zurückzubringen. Wir haben den Mut, uns zu dem alten Spruch zu bekennen: Weniger Staat und mehr privat. Laßt uns auf die Kraft des einzelnen setzen, und laßt uns wegkommen von der Kollektivkraft des Staates. Ich glaube, wenn wir das machen, sind wir auf dem richtigen Weg. Nur die Union wird es schaffen, diesen Weg in Deutschland zu beschreiten. - Schönen Dank.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Rainer Haungs.

Rainer Haungs: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung, das wir heute abend diskutieren, ist ein sehr optimistisches Programm. Es enthält, wenn man es genau liest, durchaus die Visionen, die gefordert werden. Es bejaht den Wandel, es fordert allerdings von uns allen - nicht nur von der Politik - auch die Bereitschaft zum Wandel.

Aufbruchstimmung, meine lieben Freunde, kann man nicht verordnen. Man kann sie auch nicht am runden Tisch beschließen. Es bedarf meiner Meinung nach zweier Dinge - über beide wurde von den Vorrednern schon ausführlich gesprochen -: Erstens die richtigen Rahmenbedingungen, die richtigen Anreize, und zweitens bedarf es in einer Marktwirtschaft vor allem aktiver Unternehmer. Wir haben bei beidem einen Nachholbedarf.

Den Unternehmern - das sieht das Programm richtig - kommt eine Schlüsselstellung zu. Neue Märkte erobern, neue Produkte entwickeln, neue Arbeitsplätze schaffen, das können keine Bürokraten, das können keine Politiker. Die eingeladenen Gäste haben uns ja eindrucksvoll gesagt, daß das die Aufgabe der Unternehmer in einer sich wandelnden Gesellschaft ist. Dafür braucht man Freiräume und Flexibilität.

Wir sind bereit, eine Politik durchzusetzen - gegen die SPD, sehr oft auch gegen den Bundesrat -, die diesen neuen Aufbruch ermöglicht. Wie heute vom Bundeskanzler in seiner großen Rede gefordert, sind es Maßnahmen, die auf den ersten Blick nicht immer populär sind.

Eine ehrliche Bestandsaufnahme zeigt: Viele in unserer Gesellschaft wollen den Wandel nicht. Die SPD erweckt - ganz im Opportunismus der sozialdemokratischen Verteilungsgesinnung - den Eindruck, man könnte viel Geld bei den Reichen holen, ohne beim sozialen Konsum umzuschichten und zu sparen. Das ist nicht der Weg, der uns aus der heutigen Krise führt. Wir können nicht gleichzeitig die neuen Bundesländer aufbauen,

Zukunftsinvestitionen vornehmen, in der ganzen Welt wettbewerbsfähig sein und gleichzeitig so weitermachen wie bisher. Nein!

Die Bundestagsfraktion hat ein 30-Punkte-Programm aufgelegt und den Weg gezeigt. Einige der Positionen, die in unserem heute zu diskutierenden Programm stehen, sind bereits auf dem Weg der Realisierung. Die Union und diese Bundesregierung hatten den Mut zur Analyse; die Bundesregierung hat den Standortbericht vorgelegt. Jetzt haben wir, meine Damen und Herren, auch die Pflicht zur Tat. Gerade in schwierigen Zeiten müssen wir in der Union diese Dinge realisieren; denn jemand anders wird es nicht tun.

Wir gehen die Arbeitslosigkeit konzeptionell anders an als die SPD. Wir haben in der Vergangenheit gezeigt, daß es möglich ist, drei Millionen Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir werden bei der Durchsetzung der Maßnahmen, die in diesem Programm beschrieben sind, wieder auf den Wachstumspfad gelangen.

Unser derzeitiges Problem, meine Damen und Herren, besteht nicht darin, daß wir zuwenig tun. Es stürmt eher zuviel auf unsere Mitbürger ein. Wir werden sehr viel Mühe haben, das anspruchsvolle Programm unseren Mitbürgern zu erklären. Wir werden sehr viel Mühe haben, die Situation mit Entschlossenheit und Tatkraft zu bewältigen. Ich habe allerdings keinen Zweifel daran, daß wir in den nächsten Jahren die Arbeitsplätze in Deutschland schaffen, den Standort Deutschland so entwickeln, wie es diskutiert wurde, wenn wir die Programme umsetzen, die wir heute und morgen beschließen werden.

Drei Punkte noch einmal in aller Kürze und zum Abschluß: Bei der Besteuerung des unternehmerischen Risikos müssen wir in die Mitte der Wettbewerbsländer kommen, d.h. wir müssen deutlich reduzieren. Beim Abbau von Bürokratie und Überregulierung müssen die Schritte, die wir begonnen haben, fortgeführt werden. Schließlich müssen wir beim Aufbau neuer Unternehmen in den neuen und in den alten Bundesländern - gerade mit Blick auf die kleinen und mittleren Unternehmen - mehr tun als in der Vergangenheit; denn hier entstehen durch den Strukturwandel neue Arbeitsplätze.

Ich komme zum Schluß, liebe Freunde. Die Arbeitsmärkte dynamisieren heißt Arbeitsbedingungen so festlegen, daß der Wunsch nach Arbeit und sinnvoller Betätigung erfüllt werden kann. Wir scheuen den Wandel nicht. Wir werden die entsprechenden Maßnahmen durchsetzen. Wir hoffen, daß wir dadurch unseren Beitrag zur Gesundung der Wirtschaft liefern. - Vielen Dank.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Danke sehr. - Jetzt hat das Wort Herr Dr. Gölder.

Dr. Georg Gölder: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ministerpräsident Teufel hat vorhin gesagt, bei der heutigen Debatte komme ihm ein Aspekt zu kurz weg. Das sei die Technologiekrise oder die Investitionslücke.

Man kann vereinfacht sagen: Unsere Probleme bestehen zu einem Drittel aus der Kostenfrage, zu einem Drittel aus der mangelnden Flexibilität und Reaktionsfähigkeit und zu einem Drittel aus der Innovationslücke.

Dazu eine ganz kurze Bemerkung. Ich habe die Sorge, daß sich auch unsere Partei über die Tragweite dieses Aspekts beileibe noch nicht im klaren ist. Wir reden über Lohnkosten, über Lohnnebenkosten, Maschinenlaufzeiten, Flexibilisierung der Arbeitszeit, aber wir sehen nicht die dramatische Gefahr, die daraus erwächst, daß - ich verkürze und vergrößere - der Wissenschaftsstandort und Wirtschaftsstandort Deutschland bis zum heutigen Tag im wesentlichen ein Standort der zweiten industriellen Revolution ist. Sie konnten in der letzten Woche lesen, der deutsche Maschinenbau hat 1993 weiter an Position verloren, vor allem im Verhältnis zu dem Hauptkonkurrenten Japan.

Warum? Weil die deutschen Produzenten für einen großen Teil der komplizierten Steuerungssysteme auf Japan angewiesen sind. Ab einem bestimmten Punkt wird dann nicht nur die Steuerung von den Japanern gekauft, sondern die ganze Maschine.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich fragen, wo wir unser Geld verdienen, fallen einem nach wie vor zuerst Maschinenbau, Elektrotechnik und die Chemie ein. Alle drei Stichworte sind Stichworte der zweiten industriellen Revolution, der Zeit, in der

Deutschland sowohl als Wissenschafts-, als auch als Wirtschaftsstandort die Position Nummer eins war.

Sicher - es ist schon gesagt worden -, wir sind in vielen Bereichen durchaus mit an der Weltspitze dabei: Verkehrstechnik, Umwelttechnik, Energietechnik, glücklicherweise neuerdings auch in der Telekommunikation. Aber - wenn mir dieser kleine kritische Einwand erlaubt ist - ich habe auch bei diesem verdienstvollen Antrag das Gefühl, daß die Tragweite der Innovationslücke nicht ausreichend gesehen wird und vielleicht nicht hart genug formuliert ist. Auf Seite 595 heißt es: „Unser Platz an der Spitze der Weltwirtschaft ...“ Das stimmt doch einfach nicht mehr. Bei den Entwicklungslinien des 21. Jahrhunderts liegen wir weltweit mit Müh und Not noch auf Platz 3, mit wachsendem Abstand zu den Vereinigten Staaten.

Ich habe eine kleine Broschüre des Bundesministers für Forschung und Technologie aus dem Jahr 1993 hier, unterschrieben hat Matthias Wissmann. Da sind die Zukunftsperspektiven beschrieben: Werkstoffe von morgen, Nanotechnologie, Mikroelektronik, Systemtechnik, Software und Simulation, Molekularelektronik, Zellbiotechnologie und Produktions- und Managementtechnik.

Es gibt in so vielen Debatten - so heißt der Fachausdruck - Topoi oder Axiome, die an ganz bestimmten Stellen kommen. Das ist das duale System, das ist einzigartig, und dann klatschen alle. Dann kommen die deutschen Meister und der große Befähigungsnachweis, und dann klatschen alle. Dann kommt auch das Stichwort Grundlagenforschung, und dann wird gesagt, wir seien nach wie vor in der Welt in der Spitzengruppe oder führend. Ich bezweifle das. Wir sind, soweit wir das heute sagen können, auch in der Grundlagenforschung in den wichtigen Disziplinen der ersten 30 Jahre des nächsten Jahrhunderts nicht mehr in der Spitzengruppe und nicht mehr weltweit führend. Ich sehe darin ein dramatisches Problem. Arbeit wird weiter auswandern. Je mehr unsere Nachbarn und andere Länder in der Welt das, was wir können, genausogut, aber zu geringeren Preisen können, um so mehr sind wir auf eine große Anstrengung in der Wertschöpfung angewiesen.

Meine Damen und Herren, die deutsche Grundlagenforschung ist traditionell unpolitisch und nicht zweckgebunden. Manche in der Union sagen, die Wirtschaft weiß am besten, worauf es ankommt. Entschuldigen Sie bitte, ich möchte das ein bißchen bezweifeln. Die Pleite in der Gentechnik haben nicht nur die bösen Parlamente und die bösen Bürokraten zu verantworten. Die Amerikaner sagten uns letzte Woche in Frankfurt beim 5. Amerikanisch-Deutschen Wirtschaftsforum alle, daß es auch die eingefahrenen Denkstrukturen der deutschen Chemie gewesen sind, die es unmöglich gemacht haben, das Thema Biotechnologie entsprechend seiner Bedeutung zu erkennen. Ich glaube, an diesem Punkt wird sich vieles entscheiden, wenn wir die nächsten zehn, zwanzig Jahre ins Auge fassen.

Herr Krüger hat von der Schnittstelle gesprochen, im Antrag ist von „Technologierat“ die Rede. Ich bin ein bißchen skeptisch, ob ein solches Gremium in der Lage sein wird, die Schnittstelle und die Lücke besser zu schließen. Ich glaube, wir haben dazu noch kein Patentzept.

Eines nur am Rande. Risikokapital sollte eines der selbstverständlichsten Stichworte der nächsten Jahre sein. Ich sage es ein bißchen ironisch. Wir haben in Deutschland eine Bank, die zu den zehn größten Banken der Erde gehört. Wenn diese Bank in den letzten zwanzig Jahren Risikokapital auf Teufel komm raus zur Verfügung gestellt hätte, hätte sie viel Geld verdient. Sie hätte in jedem Fall weniger verloren, als sie

allein bei der Metallgesellschaft verloren hat. Die Schnittstelle und deren Umsetzung wird in der Zukunft eine entscheidende Frage sein. Auch wir als Union müssen auf diesen Aspekt stärker achten und ihn meines Erachtens auch noch stärker gemeinsam diskutieren.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Danke sehr. Herr Hermann Schnipkowitz.

Hermann Schnipkowitz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in den letzten zwei Stunden wertvolle geschliffene Reden gehört. Bei diesen Reden ist mir eines aufgefallen: Die Arbeitslosigkeit wird dadurch in absehbarer Zeit nicht beseitigt. Das heißt, wir nehmen unsere eigenen Parteitagebeschlüsse nicht ernst. Als wir die Einladung bekamen und ich las, daß wir über Teilzeitarbeit reden, habe ich gedacht, wir haben darüber auf dem Parteitag schon einmal geredet. Wir haben dieses Thema auf dem Parteitag am 25./26. Mai 1983 in Köln gesprochen. Ich habe noch für Niedersachsen einen Antrag für mehr Teilzeitarbeit begründet. Wir haben einen ganzen Tag über Jugendarbeitslosigkeit gesprochen. Heiner Geißler hat damals verkündet, im Kabinett sei letzte Woche beschlossen worden, die Voraussetzungen für mehr Teilzeitarbeitsplätze zu schaffen. Bis heute haben wir auf diesem Gebiet fast nichts gemacht.

Deswegen würde ich gern einiges zum Thema Teilzeitarbeit ansprechen. Wenn wir die Wahlen wirklich gewinnen wollen, dann dürfen wir nicht sagen, was eventuell in den nächsten fünf Jahren möglich ist, sondern dann müssen wir versuchen, das umzusetzen, was morgen möglich ist. Wenn jeder Bürgermeister und jeder, der Verantwortung trägt, sofort beginnt, mehr Teilzeitarbeitsplätze einzurichten, dann werden wir in kurzer Zeit Hunderttausende von neuen Arbeitsplätzen geschaffen haben. Wir müssen nur bereit sein zu teilen.

(Beifall)

Daß das möglich ist, hat der Bundeskanzler heute morgen und letztens auch schon im Fernsehen am Beispiel der Niederlande gezeigt. Dort gibt es 30 % Teilzeitarbeitsplätze. Nicht nur in den Niederlanden, sondern in allen skandinavischen Ländern, in England, in den USA und selbst in Japan gibt es mehr Teilzeitarbeitsplätze als in der Bundesrepublik Deutschland. Wir tun uns schwer, eine diesen Ländern vergleichbare Situation zu erreichen. Hier würde ich mir auch nicht, Herr Bundeskanzler, von den Führern der Gewerkschaften verhalten lassen, was Sie alles falsch gemacht haben. Ich würde den Herren sagen: Sie machen Tarifverträge, Sie streiken für mehr Geld, dann streiken Sie eventuell für mehr Teilzeitarbeitsplätze, daß Menschen, die ohne Arbeit sind, in Zukunft auch Arbeit haben.

(Beifall)

Das Institut der Deutschen Wirtschaft hat eine Aufstellung gemacht, wie die einzelnen Länder die Teilzeitarbeitsplätze bezahlen. Wir Deutsche sind Schlußlicht, vor allem, wenn es um das Thema Teilzeitarbeit für Männer geht.

Dann sind wir ganz am Schluß der Skala.

(Beifall)

Ich vermag nicht einzusehen, meine Damen und Herren, warum unbedingt nur die Frauen Teilzeitarbeit machen und die Paschas, wir aber müssen 48 oder 38 Stunden arbeiten.

(Beifall)

Ich hätte mir manchmal gewünscht, ich hätte einmal nur 20 Stunden arbeiten können. Wenn meine Frau dann auch nur 20 oder 30 Stunden gearbeitet hätte, dann hätte ich mich ein bißchen weiterbilden können. Ich mußte mir alles so auf meine eigene Art zustande bringen.

Nur, eines sage ich: Ich habe beide Seiten erlebt. Ich war 29 Jahre als Hauer unter Tage. Ich weiß, wie es einem Arbeitnehmer zumute ist. Ich war 14 1/2 Jahre Sozialminister. Ich habe damals, als wir einen Parteitag hatten, schon gesagt: Wir stellen hier junge Leute in den psychiatrischen Landeskrankenhäusern und in den Versorgungsämtern, wo ich zuständig war, ein, und die bekommen dann anschließend nur einen halben Arbeitsplatz. Ist es denn nicht besser, wir geben allen jungen Menschen, allen Menschen, die arbeiten wollen, eine Möglichkeit, als immer nur den Besitzenden zu geben? Die kriegen 14 Monatsgehälter. Andere aber sind immer außen vor, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Lassen Sie mich ein letztes sagen. Ich wollte heute keinen namentlich nennen. Aber vorhin hat Professor Biedenkopf hier gesagt: Wir haben drei Millionen neue Arbeitsplätze. Aber, wir haben nicht mehr Wohnberechtigte, oder wie er sich ausgedrückt hat. Meine Damen und Herren, wieviel Menschen sind in den letzten zehn Jahren, seit dem Helmut Kohl Bundeskanzler ist, vor allem aus dem Osten, in unser Land gekommen? Alleine in den letzten vier Jahren sind jedes Jahr eine Million Menschen aus den östlichen Ländern - als Spätaussiedler usw. sowie Asylanten - gekommen. Sind die denn in der Luft zerflogen? Die haben doch auch unseren Arbeitsmarkt belastet. Warum sagen wir das denn nicht, meine Damen und Herren? Warum sagen wir unseren Bürgern nicht: Wir haben in den letzten Jahren jedes Jahr eine Million Fremde in unserem Land aufgenommen. Die wollen hier arbeiten, und die haben zum Teil Arbeitsplätze bei uns bekommen. Wir aber schämen uns, das zu sagen.

Jedes andere Land dieser Erde wäre durch die Wiedervereinigung und auch durch die vielen Menschen, die in unser Land gekommen sind, in die Knie gegangen. Nur wir versuchen, uns immer nur zu entschuldigen, was wir nicht können.

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Ich mache hier heute abend jetzt doch ein bißchen Wahlkampf. Ich rede über ein Thema. Ich rede darüber, wie gut wir in der Sozialpolitik sind. Das wagen ja manche auch nicht zu sagen. Da haben sie immer so ein „aber“ in ihren Sätzen. Das gilt selbst für unsere Spitzenfunktionäre hier oben. Es heißt, was ist das alles schrecklich bei uns usw. Ich sage immer wieder - das habe ich schon als Minister dem Gerhard Schröder, der saß da so vor mir wie der Bundeskanzler, gesagt -: Sagt mir ein Land auf dieser Erde, nur ein einziges, in dem die soziale Sicherheit und das Gesundheitswesen besser sind als in Deutschland.

(Beifall)

Aber da sage ich nicht erst: Jetzt müßt Ihr fünf Mark für ein Rezept bezahlen, sondern ich sage: Ihr kriegt mit 85 Jahren noch ein neues Hüftgelenk, Ihr kriegt noch Bypässe

usw. Das alles kriegt Ihr umsonst, nämlich auf Krankenschein. Jetzt meckern Sie nicht, meine Damen und Herren, sondern klatschen Sie Beifall, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich will nichts mehr werden. Wer so lange gearbeitet hat, der hat wirklich genug getan. Nur, solange ich gewählt werde, mache ich mit.

Wissen Sie, ich habe immer gesagt: Ich komme nicht als Ersatzdelinquant. Ich werde als ehemaliger Minister sowieso eingeladen. Nur, wenn die jungen Leute keine Zeit haben, und ich doch hierher muß, dann will ich vielleicht auch noch einen kleinen Beitrag leisten; wenn ich meine, er ist sinnvoll. Mir geht es nur darum, und deshalb sage ich das hier, daß die Union auch in Zukunft in Deutschland Verantwortung tragen kann. Wenn wir alle fleißig sind, wenn wir alle wirklich kämpfen, dann habe ich überhaupt keine Sorge. Nur, wenn wir natürlich meinen: Um Gottes Willen, lassen wir das einmal die Spitzenfritzen machen, und wir anderen, wir sehen zu, daß wir auf der Landesliste einen schönen Platz bekommen, dann ist die Welt in Ordnung. Dazu würde ich sagen: Wenn alle kämpfen, dann werden wir auch die Wahlen gewinnen. - Danke schön.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Nächste Wortmeldung ist Erhard Alber.

Erhard Alber (mit Beifall begrüßt): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Es fällt mir jetzt etwas schwer, nach meinen hochkarätigen Vorrednern hier wieder etwas in die Niederungen der Politik zurückzukehren. Zuerst einmal eines: Ich freue mich über den Antrag. Er zeigt, daß die CDU die Partei der Sozialen Marktwirtschaft und der sozialen Finanzen ist. Das ist das Positive.

Aber ich sehe auch zwei Probleme bei der Arbeit vor Ort. Wenn ich dieses Programm als Wahlkampfgrundlage verkaufen soll, kann ich nicht mit einem Programm von 20 Seiten kommen. Da sagt jeder: Prima, aber was steht drin? Wenn ich etwas vor Ort wirklich erreichen will, dann brauche ich ein Programm, das auf zehn Punkte begrenzt ist. Da müßte jeder Punkt zwei bis drei Sätze enthalten. Damit kann ich Wahlkampf machen.

Hier ist, denke ich, unsere Spitze der Partei aufgerufen, uns wirklich etwas in die Hand zu geben. Ich meine zehn Punkte mit ein paar Sätzen, mit denen man wirklich etwas machen kann. In Diskussionen kann ich dann durchaus die große Fassung, die wir hier verabschieden, heranziehen.

Der zweite Punkt, bei dem ich ein riesiges Problem sehe, ist folgender: Man muß aufpassen, daß Taten und Worte auch wirklich übereinstimmen. Wir beschließen jetzt ganz groß Innovationen, die Tatsache, daß die Forschung gefördert werden soll usw. Vor wenigen Wochen hat die Bundesregierung aber beschlossen, den Forschungs-etat zu kürzen. Wie ich das draußen vertreten soll, ist mir ehrlich gesagt ein Rätsel. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Danke sehr. Professor Pinger.

Prof. Dr. Winfried Pinger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir haben hier die Vorlage für ein gutes und fundiertes Programm, und vieles von

dem, was hier in dem Programm steht, wird ja dann auch in aller Kürze auf den parlamentarischen Weg gebracht, d.h. in diesem Jahr noch umgesetzt. Ich meine aber, daß es nun auch darauf ankommt, die Ziele und den Inhalt des Programms noch etwas griffiger nach außen zu formulieren.

Ich meine, wir sollten uns nicht scheuen, und wir sollten auch durchaus den Mut haben zu sagen: Wir werden bis zum Jahre 2000 die vier Millionen zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen, die zur Zeit fehlen. Wenn da immer wieder Zweifel aufkommen, und sie sind da, die Zweifel, dann können wir gewiß auf die drei Millionen Arbeitsplätze hinweisen, die in den Jahren von 1982 bis 1990 zusätzlich geschaffen worden sind.

Aber wir können auch hinweisen auf fundierte Gutachten - etwa von Roland Berger, der ja nicht irgendeiner ist -, der sagt: Wir haben die Möglichkeit, wir haben das Potential, bis zum Jahre 2000 11,3 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen. Er sagt: Bei pessimistischer Betrachtungsweise sind es dann sieben Millionen Arbeitsplätze, wenn die Voraussetzungen gegeben sind. Er nennt sechs Voraussetzungen, die ich kurz erwähnen will.

Erstens. Die Schließung der Innovationslücke, von der schon die Rede gewesen ist. Herr Gölter hat mit Recht darauf hingewiesen.

Wir leiden an einer Innovationslücke, d.h. wir müssen mehr hochtechnologische Industrie schaffen.

Das heißt, daß wir unseren Weltmarktanteil, der zur Zeit bei 14,2 % liegt, anheben müssen, und zwar in Richtung der USA - 28,5 %. Anders ausgedrückt: Das Wachstum dieses Industrieteils hochmoderner Technologie muß von derzeit 4,9 % auf 8 % steigen. Und das ist möglich.

Zweitens. Wir müssen mit dieser Hochtechnologie auf die Märkte, die die Wachstumsmärkte sind in der Welt, und das sind nun einmal die in Asien und jetzt auch wieder in den USA. Wenn wir in diesen Wachstumsmärkten dann den Weltmarktanteil haben werden, den wir im übrigen auf der Welt haben, nämlich 11,5 %, dann können alleine in diesem Bereich nach den Feststellungen von Roland Berger 760 000 Arbeitsplätze geschaffen werden, und das sind ja nun die ganz modernen Arbeitsplätze.

Drittens. Ich erwähne an dieser Stelle die Teilzeitarbeit. Darüber ist viel gesprochen worden. Berechnungen von Roland Berger: zwei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze bis zum Jahr 2000.

Viertens. Der Anteil der privaten Dienstleistungen kann von derzeit 43 % auf 51 % erhöht werden. Dann hätten wir gleichgezogen, was den internationalen Level angeht.

Fünftens. Natürlich muß auch die Arbeitskostenkrise bewältigt werden. Das heißt, daß es weder in diesem noch im nächsten Jahr zu Reallohnsteigerungen kommen dürfte.

Sechstens. Schließlich - bei diesen Punkten will ich es belassen - muß das schwierige und kritische Thema der Einführung von Niedriglöhnen für Minderqualifizierte angegangen werden. Wenn wir die Minderqualifizierten nicht in die Arbeitslosigkeit schicken wollen, müssen wir dieses Problem angehen, wobei es gleichzeitig allerdings zu einer Erhöhung des steuerlichen Freibetrags kommen müßte, damit das Ganze erträglich bleibt.

Lassen Sie mich nun noch auf folgenden Gesichtspunkt hinweisen. Das Problem der Innovationslücke und das Problem der zusätzlichen Arbeitsplätze sind nur mit dem Mittelstand zu bewältigen. Die Innovationen und die zukünftigen Arbeitsplätze finden sich im Bereich des Mittelstands. In dem Programm steht, daß wir die Unternehmenssteuerreform weiterführen wollen, d.h. die Unternehmenssteuern senken wollen. Ich meine, daß es insbesondere darauf ankommt, die Unternehmenssteuern bei den Gewinnen, die im Unternehmen bleiben, zu senken. Es geht um Entlastungen beim nicht entnommenen Gewinn, damit das Eigenkapitalproblem gelöst werden kann. Ein Arbeitsplatz im Mittelstand kostet mindestens 100 000 DM. Durchschnittlich sind es 182 000 DM. Es muß also ein angemessenes Eigenkapital vorhanden sein. Wenn man dieses aus dem versteuerten Einkommen schaffen muß - das ist derzeit der Fall -, haben wir nicht das geeignete Steuersystem. Das ist natürlich nicht nur ein Thema der Steuern, aber auch ein Thema der Steuern. Dort sollten wir ansetzen.

Ein letzter Punkt. Deutschland - wir packen es an. Wir müssen der Bevölkerung aber klarmachen, daß wir wissen, daß die Probleme, die wir vor uns haben, nicht schon heute und morgen gelöst werden können - sie müssen natürlich in diesem Jahre angegangen werden -, sondern daß wir noch eine lange und schwierige Wegstrecke vor uns haben, damit die Sockelarbeitslosigkeit, die in den letzten Jahren ja immer höher geworden ist, endlich abgebaut werden kann. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Danke. Herr Scheffold!

Gerd Scheffold: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gerade sagte ein Delegierter zu mir: Der Herr Reul sieht aus wie eine schlanke Version von Joschka Fischer. - Und jetzt hat Herr Reul auch noch das Schild mit diesem Namen vor sich!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun aber zum Thema. Wir streiten uns seit Monaten darüber, ob wir nun eine Konjunkturkrise, eine Strukturkrise, eine Technologiekrise oder eine Kostenkrise haben. Ich meine, wir haben alles zusammen. Hinzu kommt, daß wir in unserem Lande auch noch eine Geisteskrise haben, und diese ist die schlimmste.

Lassen Sie mich zu drei Punkten des Papiers, das im großen und ganzen zu begrüßen ist, noch Anmerkungen machen. Ich will mich dabei auf drei Branchen beziehen.

Erstens will ich auf den Bereich der Industrie eingehen. Ich halte das für richtig, was Herr von Pierer heute nachmittag gesagt hat. Wir sollten, wie es auch der amerikanische Präsident oder der französische Präsident tun, die Scheu aufgeben, im Ausland um Hilfe bei der Akquisition von Aufträgen für die deutsche Industrie zu werben, vor allem, wenn es sich um Staatshandelsländer handelt.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, der Kanzlerkandidat der SPD hat am Aschermittwoch in Vilshofen gesagt, Herr Kohl solle nicht nach Asien fahren, sondern lieber daheim bleiben. Damit qualifiziert er sich eindeutig als Provinzpolitiker ab.

(Beifall)

Zweitens: dual use. Wir sollten hier dringend zu einer Änderung kommen. Wenn wir einem Produzenten von Einrichtungen für Bäckereien und Eisdiele durch das Amt in Eschborn verbieten, solche Einrichtungen nach Afrika zu liefern, und dafür die

Begründung angeführt wird, daß in den Eisgeräten auch Pulver gemischt werden könnte, dann versteht das, wie ich glaube, kein vernünftiger Mensch mehr. Man kann Arbeitsplätze so auch kaputt machen. Ich habe in Baden-Württemberg eine ganze Reihe von Beispielen dieser Art erlebt.

(Beifall)

Der zweite Bereich, den ich ansprechen möchte, ist der Handel. Wer glaubt, man könne die Probleme des Wirtschaftsstandortes Deutschland mit der Abschaffung des Rabattgesetzes und des Ladenschlußgesetzes lösen, ist auch auf dem Holzweg.

(Beifall)

Ich bin sehr für Deregulierung. Deregulierung kann man aber nicht in das Blinde hinein betreiben, sondern man muß sich genau überlegen, welchen Effekt man eigentlich erzielen will. Ich erziele etwas Gutes, wenn etwas wachstumsfördernd oder beschäftigungsfördernd ist, wenn ich Unternehmenskosten einspare oder wenn ich beim Staat Bürokratie und Kosten einspare. Ich will die Situation im Falle des Ladenschlußgesetzes jetzt einmal beleuchten. Ist die Abschaffung des Ladenschlußgesetzes beschäftigungsfördernd? Welche Frauen suchen denn Teilzeitarbeitsplätze in den Abendstunden? Die Frauen suchen die Teilzeitarbeitsplätze doch in den Morgenstunden. Die Abschaffung dieses Gesetzes wird insofern nicht beschäftigungsfördernd wirken. Fehlanzeige!

Ist die Abschaffung dieses Gesetzes wachstumsfördernd? Der Kuchen, den die Verbraucher darstellen, ist begrenzt und nicht beliebig vergrößerbar. Es käme also allenfalls zu einer Umverteilung.

Wie steht es mit der Einsparung von Unternehmenskosten? Längere Öffnungszeiten in den Läden führen zu höheren Kosten und nicht zu geringeren Kosten.

Eine Einsparung der Staatskosten kann ich auch nicht erkennen. Ich füge noch eines hinzu: Wenn nun einige kommen - solche Vorschläge kamen auch schon aus unserer Partei - und tolle Vorschläge in der Form machen, daß gesagt wird, innerhalb eines Gesamtrahmens von meinetwegen sechs Uhr bis zwölf Uhr nachts könne man die Läden für eine bestimmte Zeit offenhalten, dann muß ich fragen: Wo leben die Leute, die solche Vorschläge machen? Ich brauche dann wahrscheinlich eine Parkscheibe für die Einstellung der Geschäftszeiten oder eine Ladenschlußpolizei.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herr Scheffold!

Gerd Scheffold: Meine dritte Bemerkung bezieht sich auf das Handwerk. In dem Papier steht auch etwas zur Beschäftigung. Ich erlebe es als Landtagsabgeordneter wie auch als Geschäftsführer des Bundes der Selbständigen fast täglich, daß mich Handwerker anrufen und sagen: Laßt mir doch meinen Kroaten, meinen Serben, meinen Bosnier. Helfen Sie mir bitte, damit die Leute dableiben. Ich bekomme keinen Deutschen für diese Arbeitsplätze. - Meine Damen und Herren, deswegen sollten wir uns auch einmal Gedanken in der Richtung machen, wie es die Mittelstandsvereinigung getan hat - heute ist der entsprechende Artikel in der „Welt“ erschienen -, nämlich daß wir in der Frage der Zumutbarkeit beim AFG etwas tun.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herr Scheffold, ich bitte zum Schluß zu kommen.

Gerd Scheffold: Herr Präsident, eine letzte Anmerkung. Ich habe mich heute früh zu Wort gemeldet. Meine Wortmeldung ist aus Versehen in die allgemeine Aussprache gerutscht. Ich bin jetzt hier ganz am Schluß gelandet. Einige hat man lange reden und Vorlesungen halten lassen. Ich als ganz normaler Delegierter bestehe aber darauf, daß ich nicht hintanstehe.

(Beifall)

Deshalb habe ich mir erlaubt, um ein bis zwei Minuten zu überziehen. - Danke sehr.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Die nächste Wortmeldung ist die von Herrn von Wogau, Baden-Württemberg.

Dr. Karl von Wogau: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren hier über ein Programm zu Wachstum und Arbeitslosigkeit, in dem auch auf das Programm der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu Wachstum und Arbeitslosigkeit Bezug genommen wird. Wir stellen fest, daß es eine Diskussion über den Standort Deutschland gibt. Diese Diskussion über den Standort Deutschland ist aber in Wirklichkeit eine Diskussion über den Standort Europäische Union, denn *die Probleme, über die wir zur Zeit hier in Deutschland diskutieren, haben mittlerweile fast alle Mitgliedsländer in der Europäischen Union.* Wir haben das gemeinsame Problem, daß nach jeder Rezession der Sockel der Arbeitslosigkeit höher wird, und zwar in der ganzen Europäischen Gemeinschaft. Wir liegen in der Gemeinschaft, was den Sockel der Arbeitslosigkeit angeht, bei elf Prozent, während wir in Japan bei zweieinhalb Prozent liegen. Das zeigt, daß dies ein speziell europäisches Problem ist.

Wir haben das gemeinsame Problem, daß wir bei den sogenannten alten Produkten noch stark sind, daß aber neue Entwicklungen in erster Linie in den USA und in Japan stattfinden. Das ist ein gemeinsames europäisches Problem.

Wir haben das gemeinsame Problem, daß unsere Kosten zu hoch sind. Unsere Energiekosten in Europa liegen 40 % über denen in den USA. Das gleiche gilt für die Kosten von Telekommunikation und Transport.

Wir haben das gemeinsame Problem, daß der Staatsanteil in allen europäischen Ländern zu hoch ist. In der Europäischen Gemeinschaft liegt er bei 51 %, in den USA bei 39 % und in Japan bei 31 %.

Wir haben das gemeinsame Problem, daß sich in unserer unmittelbaren Nachbarschaft Niedriglohnländer befinden.

Noch vor zehn Jahren gingen deutsche Unternehmen, die beschäftigungsintensiv waren, nach Spanien, weil sie dort auf billige Löhne hofften. Die sind in Spanien mittlerweile gewaltig angestiegen. Mittlerweile gehen die gleichen Unternehmungen nicht mehr nach Spanien, auch nicht mehr nach Portugal, sondern sie gehen nach Ungarn und in die Tschechoslowakei.

Was ist nun der europäische Beitrag, der Beitrag, den die Europäische Gemeinschaft in ihrem Weißbuch vorschlägt? Es ist in erster Linie ein Beitrag zur Senkung der Kosten für die Unternehmen, zum ersten durch Abbau von Bürokratismus. Ein erster wichtiger Schritt auf diesem Wege war die Verwirklichung des Europäischen Binnen-

marktes. Da wurden 3600 unterschiedliche Regelungen, die in den zwölf Ländern der Europäischen Gemeinschaft bestanden, durch 300 gemeinsame Regelungen ersetzt. Das ist im Grunde das größte Liberalisierungsprogramm, seit Ludwig Erhard bei uns die Soziale Marktwirtschaft eingesetzt hat.

Als ein kleines Beispiel kann man herausheben, daß durch die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes jährlich 70 Millionen Zolldokumente weggefallen sind. Aber das war nur ein erster Schritt.

Der zweite Schritt muß jetzt getan werden. Wir brauchen niedrigere Kosten und mehr Wettbewerb im Bereich von Energie und Telekommunikation. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat hier Vorschläge vorgelegt, die jetzt im Wege des Mitentscheidungsverfahrens im Europäischen Parlament beraten werden.

Wir brauchen zum dritten eine Verbesserung der europäischen Verkehrsinfrastruktur. Hier ist noch vieles zu tun. Wenn ich mir hier das Programm der Kommission ansehe, stelle ich fest, daß da ein Hochgeschwindigkeitszug von Paris nach Straßburg und ein anderer von Karlsruhe nach Berlin geplant ist. Es gibt aber noch kein durchgehendes europäisches Konzept; und das brauchen wir, insbesondere auch zur Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene.

Der Lastkraftwagen ist in der unmittelbaren Nachbarschaft in der Kleinverteilung nicht zu ersetzen. Es ist aber doch nicht einzusehen, daß 40-Tonnen-Laster von Kopenhagen bis nach Messina durch die ganze Europäische Gemeinschaft reisen. Hier brauchen wir die Verlagerung auf die Schiene. Da lohnt es sich auch. Hier brauchen wir ein gemeinsames europäisches Konzept.

Zum Schluß möchte ich aber darauf hinweisen, was nach unserer Auffassung die Grundlagen für einen neuen Aufschwung in Europa sein müssen und wofür wir als christliche Demokraten im Europäischen Parlament stehen. Da ist zum ersten das stabile Geld. Hier haben wir hart gekämpft. Auch gegen große Widerstände aus der sozialistischen Fraktion haben wir die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank durchgesetzt. Das ist mittlerweile die Mehrheitsmeinung im Europäischen Parlament.

Wir haben uns auch durchgesetzt, als es darum ging, die strengen Kriterien von Maastricht einzuhalten. Auch das ist heute die Mehrheitsmeinung im Europäischen Parlament.

Wir setzen auf die kleinen und mittleren Unternehmungen, weil wir der Auffassung sind, daß im Europäischen Binnenmarkt die eigentliche Herausforderung darin zu sehen ist, daß der große europäische Markt auch für die kleinen und mittleren Unternehmungen geöffnet wird. Wir stehen für eine klare Absage an den Protektionismus.

Der Erfolg der Uruguay-Runde, die Tatsache, daß wir das durchgesetzt haben - Sie, Herr Bundeskanzler, haben dieser Uruguay-Runde in Europa zum Durchbruch verholfen - zeigen, daß die Europäische Gemeinschaft eben keine Festung Europa wird, sondern daß sie dem offenen Welthandel weiter verpflichtet bleibt.

Schließlich - auch das muß man sagen -, in der Europäischen Gemeinschaft waren die Ideen von Ludwig Erhard nicht immer unumstritten. Wir stehen dafür, daß nicht die Planwirtschaft, sondern die Soziale Marktwirtschaft das richtige Konzept ist, um die heutige Krise zu überwinden. - Vielen Dank.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Hansjürgen Doss spricht als nächster. Danach hat Professor Dr. Töpfer die Möglichkeit zu einer abschließenden Bemerkung.

Hansjürgen Doss: Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Bei einer Freisprechungsfeier von Gesellen gab es eine Umfrage, wer von den 60 Freigesprochenen sich selbständig machen will. Es war ein einziger.

Professor Biedenkopf sprach davon, daß wir nicht genug Menschen haben, die die Freude des Selbständigseins, aber auch die großen Lasten übernehmen. Er sah darin eine der Ursachen der Arbeitslosigkeit, die wir haben. Er hat zweifelnd recht. Nur, wenn dann einer sein klammes Herz in beide Hände nimmt, mit seiner Frau spricht oder die Frau mit dem Mann und sagt „Wir nehmen den Kredit auf“, und wenn er das wagt - ich habe das hinter mir; das war vor 30 Jahren; ich weiß also, wovon ich rede -, dann kommen viele Mühen, viele Risiken, vieles, was man nicht kennt. Würde man es kennen, würde man es vielleicht gar nicht tun. Wenn sich dann so einer mit viel Arbeit, mit viel Risiko, mit Zurückstellen von eigenen Wünschen, Urlaub und anderem in eine etwas bessere Position gearbeitet hat, dann wird er - das ist die Mutation vom Angestellten - der Besserverdiener. Diesem Besserverdiener gilt es das Fell abzuziehen, weil bei dem nicht nur etwas zu holen ist, sondern weil es natürlich auch zutiefst unmoralisch ist, daß er so viel respektive daß er mehr verdient.

Das heißt, wenn wir, Professor Biedenkopf, mehr junge Leute diese fantastische Chance der Sozialen Marktwirtschaft nutzen lassen wollen - ich spreche auch mit der Jungen Union darüber; ich würde mich freuen, wir würden mehr darüber reden -, um über die Wahlmöglichkeiten, in abhängiger Beschäftigung oder in Selbständigkeit das Leben zu gestalten, zu entscheiden, dann muß ich mich aber auch darum kümmern, unter welchen Bedingungen Selbständigkeit in unserer Republik eine Chance hat.

Glaubwürdigkeit, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, besteht darin, daß Reden und Handeln in einem direkten, übereinstimmenden Bezug stehen. Wir haben mit diesem Programm, Frau Thoben, zurückgefunden - ich empfinde das so - zu unseren eigenen Wurzeln. Ich bin darüber glücklich.

(Beifall)

Es gab Phasen, in denen wir darüber nachgedacht haben, was Soziale Marktwirtschaft war. Die Soziale Marktwirtschaft ist ein Markenzeichen der Union. Niemand anderer in dieser Bundesrepublik Deutschland ist in der Lage, sie mit Leben zu erfüllen, so wie wir das können, wie das heute Platz gegriffen hat.

(Beifall)

Ich will gleich dazu sagen: Wenn ich jetzt zurückkehre in die Realität, auf die Baustelle, auf der ich bin, dann höre ich dort türkisch, portugiesisch; ich gehe dann in die Weinberge, dort höre ich polnisch und Gott weiß was alles. Dann sagen mir die Leute, in dem Alltag, in dem sie leben, gibt es Massenarbeitslosigkeit; aber sie bekommen doch keinen mehr. Das heißt also, wir müssen uns einer ganzen Reihe von Problemen ganz konkret direkt zuwenden. Wir müssen Mut dazu haben, damit wir nicht vor dem zurückschrecken, was wir zu diskutieren haben. Wir müssen hinterfragen, ob es richtig ist, daß sich jemand, der staatliche Transferleistungen bekommt, fast so gutstellt, wie der, der einen Nettolohn bekommt; ich könnte Ihnen das nachweisen. Darüber müssen wir reden. Da müssen wir Lösungen finden. Das ist doch gar keine Frage.

Daß das geht, haben wir in der Fraktion bewiesen. Norbert Blüm, Wolfgang Schäuble, vielen Dank. Wir haben es mit einem 30-Punkte-Programm bewiesen, und zwar innerhalb kürzester Zeit, in dem wir endlich viele unserer eigenen Wünsche durchgesetzt haben. Es geht. Die Bundesregierung hat es aufgegriffen; und es ist im Werden.

Ich empfehle Ihnen allen: Wenn Sie jetzt in die Wahlkämpfe, nach draußen gehen, dann nehmen Sie dieses Aktionsprogramm, diese 30 Punkte mit. Es steht wahn Sinnig viel drin, was sich lohnt, nach draußen deutlich zu machen. Denn die Leute sind es im Grunde genommen leid, daß wir nur ankündigen. Was sie von uns wollen, ist, daß wir handeln, daß sie nachvollziehen können, daß wir handeln, daß sie begreifen, was wir damit wollen. Deswegen muß sich Politik am Ende in konkreten Maßnahmen wiederfinden. In diesem Punkte-Programm ist das der Fall. Deswegen ermutige ich Sie, mit diesen Punkten in den Wahlkampf zu ziehen.

Ich glaube, daß wir mit Helmut Kohl eine gute Chance haben, die Voraussetzungen zu schaffen, damit wir in den nächsten vier Jahren den Bund weiter regieren werden. - Ich bedanke mich.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Danke sehr. - Zu einem abschließenden Beitrag darf ich Herrn Professor Dr. Töpfer das Wort geben.

Prof. Dr. Klaus Töpfer: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine wahrlich hohe Hypothek, die auf mir jetzt liegt: Ich bin der letzte Redner vor dem Hamburg-Abend und darf zusammenfassen:

Zunächst einmal möchte ich denen danken, die mit ihren Wortmeldungen dazu beigetragen haben, daß dieses Programm, das wir erarbeitet haben, das der Bundesvorstand beschlossen hat, weiter ausgefüllt werden kann. Ich danke in ganz besonderer Weise unseren Gästen, die hier aus ihrer Erfahrung Wesentliches beigetragen haben; ich danke Herrn von Pierer und allen, die noch hier sind, dafür, daß sie uns diese Chance gegeben haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte nur auf einen Punkt noch einmal aufmerksam machen: Ist das, was wir hier vorgelegt haben, ein in sich geschlossenes Konzept, oder ist es lediglich eine Zusammenfügung einzelner wünschenswerter Einzelmaßnahmen? Ich glaube, es ist ein geschlossenes Gesamtkonzept. Wenn Sie mich fragen, unter welchen Generalnennen ich es stellen möchte, so glaube ich, daß es unter der Überschrift steht: Barrieren wegräumen für Selbständigkeit, Selbständigkeit allerdings in einem weiteren Sinne, als der eine oder andere es hier heute angesprochen hat. Ich erinnere mich immer an meinen alten Universitätslehrer Helmut Schelsky, der einmal den Unterschied zwischen dem selbständigen und dem betreuten Menschen herausgearbeitet hat: Selbständig ist der, der Eigenverantwortung übernimmt, selbständig ist der, der wirklich entscheidet. Ich glaube, dieses Selbständige müssen wir wieder herausarbeiten, dafür müssen wir Chancen eröffnen, die Barrieren müssen weggeräumt werden.

Daß diese Selbständigkeit in der Vergangenheit erheblichen Barrieren gegenüberstand, ist keine Frage. Das gilt für den Teil Deutschlands, der von einer Zentralverwaltungswirtschaft heruntergewirtschaftet wurde. Dort war Eigenständigkeit, war Selbständigkeit geradezu verboten. Aber auch bei uns haben wir durch die verschiedenen bürokratischen Strukturen viel Selbständigkeit und Willen zur Selbständigkeit verschüttet. Wir haben Verhaltensweisen, die Selbständigkeit verhindern, sich verkrü-

sten lassen. Deshalb betone ich noch einmal: Selbständigkeit wieder möglich machen, Barrieren wegräumen, die der Selbständigkeit im Wege stehen - das ist unsere Aufgabe.

Das gilt im Bereich der Forschung und der Technologie. Hier ist viel über Finanzen gesagt worden, die wir dafür mehr brauchen werden. Ich glaube aber, wir brauchen in hohem Maße auch eine Änderung unseres Denkens, unserer gesellschaftlichen Atmosphäre in der Frage, wie wir der Technik gegenüberstehen. Wir haben jetzt in Energiekonsensgesprächen viel über eine Weiterentwicklung der Kernenergie gesprochen, über eine Option für neue Kernkraftwerke. Wir wollten da, wie wir es genannt haben, den Fadenriß vermeiden. Ich befürchte, der Faden reißt gegenwärtig bereits dadurch, daß in der Gesellschaft eine Stimmung gegen solche Techniken da ist, so daß gar keine jungen Menschen mehr auf die Idee kommen, diese Technologien zu studieren und sich dafür zu engagieren. Dort reißt der Faden in unseren Universitäten aus einer solchen geistigen Position heraus, und dort muß angesetzt werden, wenn wir vorankommen wollen.

(Beifall)

Es scheint mir also als ein wichtiger Punkt noch weiter herausgearbeitet werden zu müssen, daß wir aus dieser Schiefelage herauskommen, in die uns die Ausstiegstheoretiker gebracht haben. Meine Damen und Herren, diese Technologien sind unumgänglich notwendig, wenn wir die Probleme, die uns weltweit und auch bei uns gestellt sind, bewältigen wollen.

Es ist über die Kohle und über die Frage gesprochen worden, ob das nicht eine alte Technik ist. Mindestens 80 % der gesamten Energieversorgung der Welt beruhen auf fossilen Energieträgern. **Wir** müssen es sein, die mit intelligenter Technik fossile Energieträger wie Kohle, Mineralöl und Gas nutzen. Das sind die Exportartikel, die wir brauchen, wenn wir - vom Klimaeffekt bis hin zum sparsamen Umgang mit knappen Ressourcen - helfen wollen.

Bei uns müssen solche intelligenten Techniken entwickelt werden, und es wäre hervorragend, wenn die deutsche Technik etwa des Hochtemperaturreaktors nicht in Nordrhein-Westfalen vor die Hunde gegangen wäre, sondern wenn wir durch diese Technik Hochtemperatur hätten für Kohle und für Wasserstoff nutzen können. Das wäre ein Signal gewesen! Lassen Sie uns also dafür diejenigen heranziehen, die diese Techniken kaputtgemacht haben.

(Beifall)

Das gleiche gilt in vielen anderen Bereichen. Wir sind eine Welt, die täglich 280 000 Menschen netto mehr hat. Wir können die damit verbundenen Probleme nur mit moderner Technik bewältigen. Es ist nicht nur eine Frage für unseren Standort; es ist auch eine Frage nach den Aufgaben, die eine Technologiennation wie Deutschland weltweit zu erfüllen hat.

Meine Damen und Herren, es kann nicht sein, daß man etwa in Niedersachsen - und wir sind ja im Wahlkampf in Niedersachsen - zu Hause eine hohe Moral bezüglich der Vermeidung von Abfällen vorbringt - mit dem Ergebnis, daß in Niedersachsen die Anlagen für die Abfallbeseitigung nicht gebaut werden und daß daher exportiert werden muß. Diese doppelte Moral kann mit uns keine Zukunft haben!

(Beifall)

Solche Herausforderungen der Industriegesellschaft sind bei **uns** mit hoher Technologie zu bewältigen.

Solche Beispielfälle gibt es auf breiter Front. Das Leitmotiv der 60er und der 70er Jahre war es, die Grenzen des Wachstums - wie der Club of Rome gesagt hat - zu beachten. Unsere Aufgabe muß es sein, Kräfte freizusetzen, damit es zu einem Wachstum der Grenzen kommt, damit wir die Probleme, die sich weltweit stellen, auch bewältigen können.

Barrieren für Selbständigkeit wegräumen: Der Bereich des Umsetzens in marktfähige Produkte ist mehrmals angesprochen worden und ist, glaube ich, mit Recht unterstrichen worden. Wir müssen das durch Wagniskapital erleichtern. In unserem Programm steht es nachhaltig drin. Es geht um Wagniskapital gerade dort, wo Personalinvestitionen, Investitionen in geistiges Kapital, getroffen werden. Es wäre hervorragend, wenn die Banken die Bankenmilliarde, die sie für den Einsatz in den neuen Bundesländern zugesagt haben, gerade für risikoreichere Existenzgründungen einsetzen könnten.

(Beifall)

Es wäre höchste Zeit für Existenzgründungen. Das ist Wagniskapital, das wir, wie ich meine, ganz dringend brauchen.

Wir brauchen mehr Flexibilität. Es ist im Zusammenhang mit Existenzgründungsdarlehen bereits gehandelt worden. 500 Millionen DM, davon können 10 000 Existenzgründungen gefördert werden. Weiter: kleine Aktiengesellschaften, um den Zugang zum Kapitalmarkt zu ermöglichen, Markteinführung, Exportunterstützung, all dies bedeutet Überwindung von Barrieren für Selbständigkeit. Das ist das grundsätzliche Motiv, das uns geleitet hat.

Das gilt natürlich auch für die Frage der Barrieren für Selbständigkeit aus der Bürokratie. Die Regelungsdichte darf nicht zur Blockade von Investitionen führen. Lassen Sie mich das auch als Umweltminister deutlich sagen: Demjenigen, der glaubt, mit langen Genehmigungszeiten würde man der Umwelt dienen, sei gesagt, daß genau das Gegenteil der Fall ist.

(Zustimmung)

Die neue Anlage ist auch umweltfreundlicher als die alte, und die alte vom Netz kann. Das ist auch Fortschritt für die Umweltentlastung.

(Beifall)

Wir können nicht in eine ökologische Selbstblockade hineinkommen, indem man nicht mehr oder nur mit langen Zeitabläufen genehmigt. Dies gilt von der Verkehrsinfrastruktur bis hin zu welchen Fragen der Abfallpolitik auch immer, und es gilt natürlich für jede unternehmerische Investition ganz genauso.

Auch hier wieder Selbständigkeit im weiten Sinne: Wir brauchen Beamte, die ihren Ermessensspielraum nutzen und die auch entscheiden, die Verantwortung übernehmen, und ich denke, daß wir das eher einfordern können, wenn wir neben einer „lean administration“, neben einer schlanken Verwaltung auch eine schlanke Gesetzgebung haben und das abbauen, was dort abgebaut werden kann,

(Zustimmung)

eben damit Beamte auch wieder Ermessensspielräume nutzen und Verantwortung übernehmen können.

(Beifall)

Übrigens sollte man an manchen Stellen weniger die Beamten kritisieren als uns Politiker, die wir es immer noch nicht geschafft haben, solche Gesetze und Verordnungen zu machen, die wirklich umsetzbar sind.

(Beifall)

Auch das ist hier ja mehr als einmal gesagt worden.

Barrieren für Selbständigkeit abbauen durch Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt: ein wichtiger Punkt, der mehrmals angesprochen worden ist. Meine Damen und Herren, wir sind in der Tradition, daß wir Eigentum, Wohlstand für alle schaffen, und deswegen sollten wir die Möglichkeit nutzen, die Tarifpartner zu bitten, alle, aber auch wirklich alle Konzepte für Investivlöhne durchzusetzen. Norbert Blüm hat auf den Kombi-Lohn hingewiesen.

Warum können wir nicht eine Sockelbezahlung haben und den Zusatz vom Erfolg des Unternehmens abhängig machen und damit auch die Möglichkeit nutzen, investive Komponenten damit zu verbinden?

Ich glaube, es wäre eine hervorragende Möglichkeit, dadurch die soziale Bindung in der Sozialen Marktwirtschaft zu verstärken. Wir brauchen neue Handlungsspielräume für Selbständigkeit durch Privatisierung. Peter Rauhen hat das mit aller Klarheit gesagt, andere auch. Wir müssen die Staatsquote durch die stärkere Privatisierung von Aufgaben senken. Darum geht es. Das ist das beste Mittelstandsförderungsprogramm, das wir uns überhaupt denken können.

Wenn ich sehe, wie wenig Kläranlagen bisher in privater Finanzierung und Trägerschaft durchgeführt worden sind, dann ist das ein Zeichen dafür. Respekt vor denen in den neuen Bundesländern. Dort wird es gemacht.

Wenn die alten Bundesländer genauso progressiv handeln würden, wären wir ein ganz gutes Stück weiter in der Privatisierung von öffentlichen Aufgaben.

(Beifall)

Ich glaube, daß wir bei der Privatisierung wichtige Bereiche der gesamten Infrastruktur einbeziehen müssen.

Wir brauchen die Stärkung der Selbständigkeit, der Eigenverantwortung auch dadurch, daß die Differenz zwischen Brutto- und Nettolöhnen deutlich verringert wird.

Meine Damen und Herren, Kurt Biedenkopf hat es, wie ich meine, sehr klar herausgearbeitet. Unser Problem besteht darin, daß die Differenz zwischen Brutto- und Nettolöhnen zu groß ist und daß sich die sozialbezogenen Kosten in den Exportpreisen entsprechend niederschlagen. Lassen Sie uns also überlegen, ob es nicht möglich ist, und wie weit es möglich ist, Arbeit und Investitionen geringer zu belasten und privaten Verbrauch und private Vermögen dafür höher zu belasten, um damit soziale Sicherung zu erreichen. Dabei sollte besonders der Energieverbrauch berücksichtigt werden. Das wird für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes von großer Bedeutung sein.

Wir sehen, daß wir an vielen Stellen die Möglichkeit haben, die Perspektiven durch Technik, durch eine entsprechende Berücksichtigung der Knappheiten der Umweltmedien Luft, Wasser und Boden auch zu einem Vorteil des Standortes werden zu lassen. Ich bin der Überzeugung, daß eine umweltbezogene Absicherung des Wachstumsprozesses Markenzeichen dieser unserer Wirtschaftspolitik sein kann, wie es in der Vergangenheit bezüglich der sozialen Sicherheit ebenso gewesen ist.

Zusammengefaßt: Es ist ein Programm, das bemüht ist, uns ein klares, unverwechselbares Profil in der Wirtschaftsstrukturpolitik zu geben. Es ist der Versuch, nicht in alte Rezepte zurückzufallen, nicht in die Dauersubvention von nicht wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen zurückzufallen - so wichtig die Erhaltung der industriellen Kerne in den neuen Bundesländern ist -, nicht zurückzufallen in alte Konjunkturprogramme - so wichtig es ist, Infrastruktur auszubauen und den Standort abzusichern -, nicht zurückzufallen in eine sogenannte aktive Lohn- und Einkommenspolitik der Nachfrage wegen, so wie es jetzt etwa von Lafontaine wieder proklamiert wird, sondern klar zu machen, daß Löhne auch Kostenkomponenten sind und daß dieses zusammen nur zu einer Absicherung des Standortes führen kann.

Ich bin froh, daß dieses Programm nicht Papier geblieben ist. Es ist der Bundestagsfraktion, es ist dem Fraktionsvorsitzenden Schäuble zu danken, daß wir das Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung schon auf den Weg gebracht haben. Es ist zu begrüßen, daß ein Beschäftigungsförderungsgesetz bereits in Angriff genommen worden ist. Hier ist nicht mehr die Lücke zwischen Programm und Umsetzung, sondern hier wird ein Programm unmittelbar umgesetzt, ein gutes Beispiel dafür, daß wir weiter die Verantwortung in diesem Land tragen und daß wir mit gutem Konzept, aber auch mit Mut zum Handeln in die Zukunft gehen. - Ich danke Ihnen sehr herzlich.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Professor Töpfer. Meine Damen und Herren, damit ist die Rednerliste der allgemeinen Aussprache zum Antrag G 1 des Bundesvorstands erschöpft. Wir müssen uns jetzt noch ein paar Minuten auf das Abstimmungsverfahren konzentrieren, denn wir kommen jetzt zur Beschlußfassung über den Antrag G 1. Dazu benötigen Sie die dicke Antragsbroschüre mit den Seiten 591 ff und die Ihnen vorliegende Sammlung der Initiativanträge I.

Der Antrag des Bundesvorstands G 1 hat 20 Ziffern. Ich schlage Ihnen vor, nicht über jede Ziffer einzeln, sondern über zusammenhängende Teile abschnittsweise abzustimmen, sofern nicht Initiativanträge zu der einen oder anderen Ziffer vorhanden sind. Sind Sie damit einverstanden? Ich sehe, das ist der Fall.

Dann möchte ich als Begründung für die Initiativanträge noch kurz der Bundestagspräsidentin, Frau Süssmuth, das Wort geben.

Prof. Dr. Rita Süssmuth: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich mache es ganz kurz. Sie haben als Tischvorlage die Sammlung der Initiativanträge. Wir haben sie in der Antragskommission erörtert. Dort wurden sie zur Empfehlung angenommen, mit Ausnahme eines Antrags, der der Bundestagsfraktion zur Überweisung empfohlen wird.

Was steht hinter diesen Anträgen? Das Papier G 1, über das wir gleich abstimmen, ist natürlich entscheidend von den Fragen nach dem Standort und der Zukunftssicherung geprägt. Daran sind Männer und Frauen beteiligt. Ich denke, daß gerade

Umdenken und Kreativität der Frauen bereits von der Wirtschaft in hohem Maße entdeckt wird. Wir wissen auch, in welchem Maße in den neuen Ländern Existensgründerinnen unterwegs sind. Der Anteil ist fast doppelt so hoch wie in den alten Ländern.

Ich verweise darauf, daß Qualifizierung für die Beteiligung an der Erwerbsarbeit in der Zukunft entscheidend ist. Das ist ein wichtiges Frauenthema. Deswegen haben wir in den Anträgen folgende Ergänzungen vorgenommen, die sich auf die Schwerpunkte wie folgt beziehen:

1. Uns ist wichtig, daß bei der Schaffung der Arbeitsplätze in den privaten Haushalten - Ziffer 13 Abs. 1 -, wie auch schon in der Bundestagsfraktion vereinbart, **sozialversicherungspflichtige** Arbeitsplätze geschaffen werden. Nur sie können von der Steuer in Abzug gebracht werden.
2. Bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze, insbesondere im Bereich der Pflege, ist wichtig, daß wir entsprechend den Vorschlägen der Pflegeverbände familienfreundliche Arbeitszeiten schaffen. Das ist möglich, und in Folge dessen haben wir es als Antrag aufgenommen, denn damit wird die Fluktuation begrenzt.
3. Ein wichtiger Punkt, in zwei Anträgen ausgedrückt, ist die Schaffung der Teilzeitarbeit. Denn noch immer haben wir auf dem Arbeitsmarkt eine Situation, daß entweder nur Vollerwerbsarbeitsplätze angeboten werden oder gar kein Arbeitsplatz. Ich möchte entsprechend der Initiative des Bundeskanzlers heute morgen und insbesondere von Hermann Schnipkoweit heute nachmittag sagen: Wir müssen von diesem Parteitag mit einer Offensive für die Teilzeit weggehen. Diese haben wir in die Anträge aufgenommen.

Es muß darum gehen, daß Frauen nicht länger überproportional von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Betriebs- und Personalräte müssen dafür Sorge tragen, daß entsprechend dem Gleichberechtigungsgesetz verfahren wird und sie schließlich auch an den Maßnahmen entsprechend den Beschlüssen zum Arbeitsförderungsgesetz beteiligt werden.

Ich danke Ihnen und bitte um Zustimmung.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Schönen Dank Frau Süssmuth. Ich rufe das Kapitel I des Antrags G auf: Den Standort Deutschland sichern. Das ist die Seite 591 ff. Gibt es dazu noch irgendwelche Wortmeldungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wünscht die Antragskommission das Wort? - Das ist auch nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer dem Kapitel I, das sind die Ziffern 1 bis 4 des Antrages des Bundesvorstandes zustimmen möchte, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Ich sehe eine Gegenstimme. - Enthaltungen? - Dann ist das Kapitel I angenommen.

Ich rufe die Ziffern 5 bis 11 von II auf. Sie finden sie auf der Seite 594 ff. Gibt es dazu Wortmeldungen? Wünscht die Antragskommission das Wort? Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Wer dem Kapitel II, und zwar den Ziffern 5 bis 11, zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das Kapitel II, Ziffern 5 bis 11, einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 12 aus Kapitel II des Antrages des Bundesvorstandes auf Seite 602 auf. Dazu gehört erstmalig ein Antrag aus der Liste der Initiativanträge, und zwar der Initiativantrag G 7. Wird dazu das Wort gewünscht? - Wünscht die Antragskommission auch nicht das Wort?

Die Empfehlung der Antragskommission liegt vor. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag G 7 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Wird dazu noch einmal das Wort gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission, die Ziffer 12 anzunehmen sowie den Antrag G 7 an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen! - Vereinzelte Gegenstimmen. Enthaltungen? - Wenige Enthaltungen.

Damit ist auch die Ziffer 12 entsprechend der Empfehlung der Antragskommission einschließlich des Antrags G 7 der Initiativanträge so beschlossen, wie es die Antragskommission empfohlen hat.

Ich rufe jetzt die Ziffer 13 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Sie finden die Ziffer 13 auf der Seite 603 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge G 2 und G 3 aus der Sammlung der Initiativanträge. Wünscht die Antragskommission dazu das Wort? - Bitte schön, Frau Thoben.

Christa Thoben, Antragskommission: Das Votum der Antragskommission haben Sie ja gehört. Ich möchte ergänzend dazu vorschlagen, auf der Seite 603, zweiter Spiegelstrich unter Ziffer 13, den ersten Satz schlicht zu streichen. Er ist bei der Überarbeitung des Textes nach den Beratungen dargeblieben, paßt aber nicht in den Ablauf und führt auch zu falschen Assoziationen. Wenn Sie Ziffer 13 einschließlich der Streichung akzeptieren würden, wäre das der Antragskommission lieber.

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Frau Thoben. Gibt es Wortmeldungen dazu? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Ziffer 13 und der Anträge G 2 und G 3 in der vorgeschlagenen Form und bittet Sie, auf der Seite 603 unter Ziffer 13 im zweiten Spiegelstrich, also im letzten Absatz, den ersten Satz zu streichen. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich ebenfalls um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen! - Ich sehe vereinzelt Gegenstimmen. Enthaltungen? - Ich kann keine erkennen. Damit ist auch die Ziffer 13 mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe die Ziffern 14 bis 17 des Antrages des Bundesvorstandes auf den Seiten 604 ff. auf. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Die Antragskommission wünscht dazu auch nicht das Wort, wie ich sehe.

Dann lasse ich abstimmen. Wer den Ziffern 14 bis 17 des Antrages des Bundesvorstandes zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Ich sehe nichts. Enthaltungen? - Ich sehe auch keine. Damit sind die Ziffern 14 bis 17 beschlossen.

Ich rufe sodann die Ziffer 18 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Sie finden die Ziffer 18 auf der Seite 606 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Initiativanträge G 4 und G 8. Wünscht die Antragskommission das Wort dazu? - Das ist nicht der Fall. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Ziffer 18 und der Anträge G 4 und G 8 in der vorgeschlagenen Fassung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenstimmen! - Zwei Gegenstimmen. Enthaltungen? - Vereinzelt, wenige Enthaltungen, wie ich erkennen kann. Dann ist die Ziffer 18 ebenfalls gemäß der Empfehlung der Antragskommission beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 19 auf Seite 607 auf. Das Wort wird dazu nicht gewünscht. Die Antragskommission wünscht ebenfalls nicht das Wort.

Dann kommen wir auch hier zur Abstimmung. Wer der Ziffer 19 in der vorgeschlagenen Fassung zustimmt, wie es die Antragskommission empfiehlt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenstimmen, bitte! - Vereinzelt Gegenstimmen. Enthaltungen? - Ich kann keine erkennen. Damit ist auch die Ziffer 19 angenommen.

Ich rufe jetzt die Ziffer 20 des Antrages des Bundesvorstandes auf Seite 607 ff. auf. Dazu gehört der Initiativantrag G 6. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist auch nicht der Fall. Die Antragskommission wünscht auch nicht das Wort.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Ziffer 20 und des Antrages G 6 in der vorgeschlagenen Fassung. Wer dem zustimmt, den bitte ich ebenfalls noch einmal um das Kartenzeichen. - Die Gegenstimmen! - Nein, wir wollen ganz klar sehen. Der Ministerpräsident hat dagegen gestimmt. - Es waren drei Gegenstimmen. Enthaltungen? - Ich kann jetzt keine erkennen. Damit ist die Ziffer 20 jedenfalls mit großer Mehrheit angenommen.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, wir haben damit nach der motivierenden Rede des Bundesvorsitzenden auch das Wesentliche - noch nicht alles - des ersten Tages erledigt. Wir haben den Antrag des Bundesvorstandes intensiv mit unseren Gästen diskutiert. Ich glaube, bevor wir zur Schlußabstimmung kommen, liegt es im Sinne des Parteitages, daß wir allen Diskussionsteilnehmern, insbesondere unseren Gästen, die uns bis zuletzt in der Diskussion hier begleitet haben, noch einmal sehr herzlich für ihre Anwesenheit danken.

(Beifall)

Mein Dank gilt aber auch - das sage ich, glaube ich, auch im Interesse des Parteitages - den beiden Persönlichkeiten unserer Partei, die die Antragsberatungen so sachlich und sicher geführt haben, Christa Thoben und Klaus Töpfer.

(Beifall)

Vor der Schlußabstimmung möchte ich die Mitglieder der Antragskommission bitten, sich zur nächsten Sitzung morgen früh um 8 Uhr einzufinden.

Wir kommen jetzt zur Schlußabstimmung über diesen Antrag, liebe Freunde. Wer dem Antrag G 1 des Bundesvorstandes in der Fassung, die sich durch die Einzelabstimmung ergeben hat, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenstimmen! - Jetzt kann ich keine erkennen. - Entschuldigung, ich sehe wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Meine Damen und Herren, damit ist dieser Antrag mit ganz großer Mehrheit angenommen. Ich glaube, es ist ein großer Erfolg für den ersten Tag unseres Bundesparteitages.

(Beifall)

Bevor ich Sie, meine Damen und Herren, jetzt in den Hamburger Abend entlasse, mache ich Sie darauf aufmerksam, daß der Parteitag mit seinen Beratungen morgen pünktlich um 9 Uhr beginnt, und zwar mit dem Thema, das alle Delegierten erfahrungsgemäß ungemein interessiert, nämlich mit Finanzanträgen. Ich kann also nur herzlich darum bitten, rechtzeitig zu erscheinen. Wer morgen zu spät kommt, den bestraft nicht das Leben, sondern der Parteitag. Morgen um 9 Uhr erwarte ich Sie alle hier wieder. Bernd Neumann wird den Parteitag eröffnen.

Ansonsten wünsche ich uns allen einen fröhlichen und gelösten Hamburger Abend.

(Beifall)

(Schluß: 20.49 Uhr)

Dienstag, 22. Februar 1994
Zweite Plenarsitzung
Beginn: 9.07 Uhr

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich eröffne die zweite Plenarsitzung. Ich hoffe, daß Sie den schönen Hamburg-Abend gut überstanden haben.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe die Freude, heute ein Geburtstagskind zu beglückwünschen. Ich gratuliere Sabine Jess aus Schleswig-Holstein sehr herzlich zu Ihrem heutigen Geburtstag.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Beratung und Beschlußfassung zu Anträgen auf Änderung des Satzungsrechtes der CDU, u. a. Finanz- und Beitragsordnung

Diese Anträge tragen den Kennbuchstaben H und sind ab Seite 610 in der Antragsbroschüre abgedruckt.

Ich rufe den Antrag H 1 auf Seite 610 der Antragsbroschüre auf. Dieser Antrag des Bundesvorstands zieht die satzungsrechtlichen Konsequenzen aus der rechtlichen Neuordnung der Parteienfinanzierung. Zur kurzen Begründung gebe ich unserer Bundesschatzmeisterin, Frau Brigitte Baumeister, das Wort.

Brigitte Baumeister: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom April 1992 sowie durch das neue Parteienfinanzierungsgesetz sind einige Bestimmungen unserer Finanz- und Beitragsordnung außer Kraft gesetzt. Deshalb ist eine Anpassung der Finanz- und Beitragsordnung an die neuen gesetzlichen Bestimmungen notwendig geworden. Sie schafft mehr Klarheit und erleichtert den Parteigremien die Einhaltung der gesetzlichen Auflagen.

Die Vorschriften über den Rechenschaftsbericht übernehmen die gesetzlichen Erfordernisse des neuen Parteienfinanzierungsgesetzes. Danach ist es zwingend notwendig, daß die jeweiligen Landesverbände eine lückenlose Aufstellung aller Zuwendungen je Zuwender mit Namen und Anschrift zusammen mit den Rechenschaftsberichten übergeben. Das führt - das ist uns bewußt - zu einem erheblichen personellen und finanziellen Mehraufwand. Um beides in Grenzen zu halten, wird zur Zeit an einem Programm zur datenmäßigen Erfassung gearbeitet.

Das neue Parteienfinanzierungsgesetz sieht darüber hinaus die Verpflichtung zu einem parteiinternen Finanzausgleich vor. Die vorgesehene Formulierung entspricht dem Gesetzestext.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, daß ich froh darüber bin, daß wir eine vorläufige Regelung des parteiinternen Finanzausgleichs für das Jahr 1994 einstimmig und einvernehmlich haben finden können. In dieser einvernehmlichen Regelung ist es uns

gelingen, den Bedürfnissen der einzelnen Landesverbände mit ihrer unterschiedlichen Struktur Rechnung zu tragen. Ich danke an dieser Stelle allen - denn das war wahrlich keine einfache Aufgabe -, daß es uns mit dieser vorläufigen Regelung gelungen ist, für das Jahr 1994 zumindest einigermaßen Planungssicherheit zu bekommen.

Es ist unser Ziel, den parteiinternen Finanzausgleich zwischen der Bundespartei und den Landesverbänden einvernehmlich zu regeln. Der Bundesschatzmeister wird die Spendenakquisition im Benehmen mit der Bundesfinanzkommission und dem jeweiligen Landesverband, aus dem potentielle Spender kommen, vornehmen.

Weiter wird vorgeschlagen, daß anstelle des bisherigen Finanzausschusses die Bundesfinanzkommission zu bilden ist. Der Bundesfinanzkommission gehören künftig sowohl Schatzmeister als auch Landesvorsitzende, Generalsekretäre, Landesgeschäftsführer oder andere Funktionsträger an. Ihre Aufgabe wird es sein, die Geschäftsordnung des Bundesschatzmeisters zu erarbeiten und eine endgültige Regelung für einen parteiinternen Finanzausgleich zu finden. Das, meine lieben Parteifreunde, wird eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Bundesfinanzkommission sein.

Mir liegt sehr viel daran - das möchte ich an dieser Stelle betonen -, daß wir auch hier einvernehmlich und vertrauensvoll zusammenarbeiten und daß sowohl den Interessen der Bundespartei einerseits als auch den Interessen der Landesverbände andererseits Rechnung getragen wird. Das, so meine ich, kann man nur in einer vertrauensvollen Zusammenarbeit erreichen. Dazu rufe ich uns alle auf.

(Vereinzelt Beifall)

Ferner ist in der neuen Finanz- und Beitragsordnung die Stärkung der Rechte der Schatzmeister enthalten. Ihnen ist die Möglichkeit des Einspruchs bei Ausgaben und Kreditaufnahmen gegeben, die nicht im Haushalt für das laufende Jahr vorgesehen sind, also bei allen Ausgaben, die nicht etatisiert sind. Hier bekommen die Schatzmeister in Zukunft ein Einspruchsrecht. Ich glaube, daß das auch richtig ist.

Ferner ist die Stärkung der Rechte der Rechnungsprüfer vorgesehen. Auch das, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ist sinnvoll. Denn die Rechnungsprüfer üben die wichtige Aufgabe der Kontrolle und Überwachung aus. Ich meine, daß das nur realisiert und gewährleistet werden kann, wenn ihre Rechte in der Finanz- und Beitragsordnung gestärkt werden.

Das sind im wesentlichen die Inhalte der Finanz- und Beitragsordnung, die wir zu verabschieden haben. Liebe Parteifreunde, ich bitte, dem Vorschlag des Bundesvorstandes Ihre Zustimmung zu erteilen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Baumeister. - Meine Damen und Herren, die Antragskommission empfiehlt, den Antrag H 1 des Bundesvorstandes anzunehmen. Mir liegen dazu keine Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen worden.

Ich komme dann zu den Anträgen H 2 und H 3 auf der Seite 619 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, diese Anträge gemeinsam zu behandeln und

in der ausgedruckten Fassung der Antragskommission anzunehmen. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu H 2 und H 3 zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Diese Anträge sind ebenfalls einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag H 4 auf der Seite 620 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag H 4 an die Finanzkommission der CDU zu überweisen.

Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu H 4 zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit angenommen.

Damit kommen wir zu den Initiativanträgen H 5 und H 6. Durch die Erklärung von Frau Baumeister ist dem Anliegen der Antragsteller Rechnung getragen worden. Mir ist signalisiert worden, daß sie deshalb diese Anträge zurückziehen. Das bedeutet, daß wir die Initiativanträge H 5 und H 6 nicht behandeln.

Meine Damen und Herren, das waren die Anträge zum Satzungsrecht, die wir damit abgeschlossen haben.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Sonstige Anträge

Diese Anträge tragen den Kennbuchstaben S und sind ab Seite 621 der Antragsbroschüre abgedruckt.

Ich rufe Antrag S 1 auf Seite 621 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Dazu gibt es, wie es scheint, keine Wortmeldung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag S 2 auf Seite 621 auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit angenommen.

S 3 auf Seite 621. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag S 3 an die Bundestagsfraktion und an die Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern zu überweisen. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

S 4. Frau Kollegin Hellwig wird dazu seitens der Antragskommission einen Vorschlag machen.

Dr. Renate Hellwig, Antragskommission: Die Antragskommission hat heute morgen beschlossen, zu empfehlen, den Antrag S 4 gemeinsam mit dem Antrag S 37 des

Landesverbandes Baden-Württemberg an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Wir bitten um Zustimmung.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, hierzu gibt es keine Wortmeldungen. Wenn Sie einverstanden sind, stimmen wir über die Empfehlung der Antragskommission ab, beide Anträge an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Ich wiederhole: Es geht um die Anträge S 4 und S 37.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit so beschließen.

Ich rufe den Antrag S 5 auf Seite 630 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag S 5 ebenfalls an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Dazu gibt es keine Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen.

S 6 auf Seite 630. Es wird empfohlen, auch diesen Antrag an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Das Wort wird dazu, wie ich sehe, nicht gewünscht.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit so beschlossen.

S 7 auf Seite 630. Der Antrag soll auf Empfehlung der Antragskommission ebenfalls an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion überwiesen werden. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ebenfalls mit großer Mehrheit so beschlossen.

S 8 auf Seite 630. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag S 8 an den Bundesausschuß Medienpolitik mit der Maßgabe zu überweisen, im Sinne des Antragstellers tätig zu werden. Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

S 9, Seite 630 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag an die Bundestagsfraktion und an die Landtagsfraktionen der CDU zu überweisen. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dieser Empfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

S 10 auf Seite 630 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag an die Bundestagsfraktion und die Landtagsfraktionen zu überweisen. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dieser Empfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ebenfalls einstimmig so beschlossen.

S 11 auf Seite 631 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag S 11 anzunehmen. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

S 12 auf Seite 631 der Antragsbroschüre. Es wird empfohlen, diesen Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Antrag S 13 auf Seite 631 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag S 13 abzulehnen. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit angenommen.

S 14 auf Seite 631. Es wird empfohlen, den Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit so angenommen.

S 15 auf Seite 631 der Antragsbroschüre. Es wird empfohlen, diesen Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit so beschlossen.

S 16 auf Seite 631. Es wird empfohlen, diesen Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich ebenfalls um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ebenfalls mit großer Mehrheit so beschlossen.

Antrag S 17 auf Seite 632 der Antragsbroschüre. Hier wird empfohlen, den Antrag S 17 an den Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen zu überweisen. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ebenfalls mit großer Mehrheit so angenommen.

S 18 auf Seite 632. Es wird empfohlen, diesen Antrag an die CDU-Fraktion im Landtag des Freistaates Sachsen zu überweisen. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ebenfalls mit großer Mehrheit so beschlossen.

S 19 auf Seite 632. Es wird empfohlen, diesen Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit so beschlossen.

S 20 auf Seite 632. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag S 20 in der Fassung der Antragskommission anzunehmen. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

S 21. Dieser Antrag - so die Empfehlung der Antragskommission - wird im Rahmen des neuen Grundsatzprogramms behandelt.

S 22 des Kreisverbandes Görlitz auf Seite 633 der Antragsbroschüre. Es wird empfohlen, den Antrag anzunehmen. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen.

S 23 auf Seite 633 der Antragsbroschüre. Die Empfehlung lautet, diesen Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu den Anträgen S 24 und S 25 auf den Seiten 633 bis 639 der Antragsbroschüre. Wir wollen diese Anträge zusammen behandeln. Die Antragskommission empfiehlt Erledigung und Überweisung von Teilen des Antrags S 25 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit so beschlossen.

S 26 auf Seite 639 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit so beschlossen.

S 27 auf Seite 639 f der Antragsbroschüre. Es wird empfohlen, diesen Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit so beschlossen.

S 28 auf Seite 640 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe die Anträge S 29 und weitere auf Seite 640 der Antragsbroschüre sowie die Anträge B 48, B 55, B 62, B 66 und B 89 auf. Diese Anträge sollen zusammen behandelt werden. Die Antragskommission empfiehlt, diese Anträge an den Bundesvorstand zu überweisen. Zusätzlich zu dieser ausgedruckten Empfehlung soll - nach erneuter Beratung in der Antragskommission - dem Bundesvorstand aufgegeben werden, dem nächsten Parteitag einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten. Hier liegt mir eine Wortmeldung vor, und zwar von Frau Nicole Bonnie vom RCDS. Frau Bonnie, Sie haben das Wort.

Nicole Bonnie: Herr Tagungspräsident! Herr Bundeskanzler! Bei diesem Antrag besonders meine Damen! Meine Herren! „Mit Grips ohne Schlips“, dieser Werbeslogan der Frauen-Union fiel mir auf dem Weg in diesen Tagungsraum ins Auge. Die Frauen-Union ist auch Antragstellerin des Antrags S 29, gegen den ich hier sprechen möchte.

(Vereinzelt Beifall)

Daß nicht nur Politik ohne Schlips, sondern Politik auch ohne Bart Symbol guter Politik ist, zeigt uns ein weiteres in den letzten Tagen viel diskutiertes Plakat. Während man beim Kanzler-Plakat den eigentlichen, den tieferen Sinn schnell entdeckt, suche ich den tieferen Sinn hinter dem Frauen-Union-Plakat vergebens. Es drängt sich der Eindruck auf, daß hier politische Kompetenz an Äußerlichkeiten festgemacht wird.

(Beifall)

Leider fühle ich mich nach der Lektüre des Antrags in diesem Eindruck bestätigt. Hier wird so getan, als würde aus der Äußerlichkeit, eine Frau zu sein, automatisch politische Kompetenz hergeleitet.

(Beifall)

Uns allen ist klar, daß in unserer Partei allein die Kompetenz, nicht Proporz bei der Auswahl der Mandatsträger die entscheidende Rolle spielen sollte.

(Beifall)

Offensichtlich scheint nach Meinung der Frauen-Union die Fraueneigenschaft schon eine solche Kompetenz zu garantieren, daß ein Drittel aller Mandate und Parteipositionen durch Frauen besetzt werden sollen. Nun frage ich den Antragsteller: Wenn schon aus der Eigenschaft, eine Frau zu sein, eine derartige Kompetenz folgt, warum kann sich dieses Drittel nicht selbst durchsetzen?

(Beifall)

Warum bedarf es einer Frauenquote? Die Quote ist eine dirigistische Maßnahme, die uns Frauen die Verantwortlichkeit abnimmt. Ich, meine Damen und Herren, und,

denke ich, mit mir die meisten Frauen in diesem Raum trauen uns zu, unsere Ziele eigenverantwortlich zu erreichen.

(Beifall)

Im Gegenteil, die Abnahme unserer Eigenverantwortung durch die Quote empfinde ich als Entmündigung.

(Beifall)

Wir im RCDS haben keine Angst vor Männern, aber die Männer sollten Angst vor der Quote haben, denn sie werden durch eine Quote schlechtergestellt als Frauen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir Frauen haben das Selbstbewußtsein zu wissen, daß wir gleiche Voraussetzungen haben wie Männer. Weder Schlips noch Bart zu haben macht uns weder besser noch schlechter. Eine Quote haben wir nicht nötig.

(Vereinzelt Beifall)

Mit dem Stigma der Quotenfrau möchten wir uns nicht behaften. In der CDU muß klar sein: Frauen in Mandat und Amt sind kompetente Frauen, keine Quotenfrauen.

(Beifall)

Zum Schluß eines: Sollten in dieser Partei Männer im einen oder anderen Fall bessergestellt werden, fände ich dies tragisch. Dann sind Wege zu finden, diese Ungleichbehandlung zu beenden. Die Quote ist das Einfachste und Einfallsloseste, was man sich an Frauenförderungsmaßnahmen denken kann.

(Beifall)

Ich habe die CDU auch immer als die Partei des Einfallsreichtums begriffen, die nicht den einfachen, sondern den richtigen, dafür auch schwierigen Weg bereit ist zu gehen. Würden wir mit dieser Quotenforderung der SPD als Partei der Einfallslosigkeit, die den einfachen und falschen Weg propagiert, hinterherlaufen, wäre ich zutiefst enttäuscht.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns diesen Antrag gar nicht erst überweisen, sondern lehnen Sie im Interesse der Partei, vor allem aber im Interesse der Frauen diesen Antrag mit der Frauenquote ab! - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, als nächster hat unser Parteivorsitzender das Wort.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Liebe Freunde! Ich habe viel Verständnis, daß sich in einem solchen Augenblick eine Menge Emotionen entladen. Da wir eine freie, offene und diskussionsfreudige Partei sind, ist das auch in Ordnung. Aber die Antragskommission hat einen klugen Vorschlag gemacht. Sie hat vorgeschlagen, daß der Antrag der Frauen-Union an den Bundesvorstand überwiesen wird und daß der Bundesvorstand auf dem nächsten Parteitag

einen Vorschlag unterbreitet, der vorher an die Kreisverbände geht, breit diskutiert wird, und dann werden wir entscheiden.

(Vereinzelt Beifall)

Alles andere - das sage ich ganz offen - halte ich für völlig inakzeptabel.

(Vereinzelt Beifall)

Daß dies ein wichtiges Thema ist, liegt auf der Hand. Denn es ist kein Ruhmesblatt - Sie müssen schon ertragen, daß ich das als Parteivorsitzender sage -, daß in vielen Bereichen unserer Partei, wenn es um Ämter und Mandate geht, eine Frau im Regelfall wesentlich besser sein muß als ihre männliche Konkurrenz, wenn sie zum Zug kommen will.

(Beifall)

Die Gründe sind bekannt. Daß Kandidaturen nicht immer mit letzter Klugheit vorbereitet werden, ist auch wahr. Aber, meine Damen und Herren, Klugheit ist keine geschlechtsspezifische Sache,

(Vereinzelt Beifall)

vielmehr ist dies bei Kandidaturen nach allen Seiten hin zu beobachten.

Deswegen bitte ich Sie wirklich - überlegen Sie einmal, wie wir gestern über dieses Jahr gesprochen haben! -, dieses Thema in diesem Jahr nicht weiter streitig auszutragen, sondern möglichst rasch - das ist meine herzliche Bitte an Sie - dem Beschluß der Antragskommission folgen. Dann können wir im Spätherbst, wenn die Termine vorbei sind, dieses Thema mit Lust und Laune diskutieren und hoffentlich zu einem vernünftigen Ergebnis kommen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Vereinzelt Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Sie haben den Vorschlag der Antragskommission gehört - der Bundeskanzler hat ihn gerade noch einmal begründet -, daß wir diesen Antrag überweisen, daß der Bundesvorstand aufgefordert wird, auf dem nächsten Parteitag einen konkreten Vorschlag zu machen. Es läge natürlich in der Logik der Sache, daß wir darüber hier nicht weiter diskutieren, denn sonst hätte der Vorschlag ja keinen besonderen Sinn. Es liegt mir eine Reihe von Wortmeldungen vor. Was halten Sie davon, wenn wir Frau Süssmuth jetzt noch das Wort geben - sie besteht darauf -

(Beifall und vereinzelt Widerspruch)

und daß wir dann über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen?

Prof. Dr. Rita Süssmuth: Auch wenn Sie pfeifen, nehme ich das Wort, nachdem ich es bekommen habe.

(Beifall)

Ich glaube, es besteht kein Anlaß, sich hier aufzuregen. Es ist notwendig, daß wir uns als Volkspartei Gedanken darüber machen, daß wir nicht immer mehr Zustimmung von den Wählerinnen - bei den jungen Frauen und bei den älteren Frauen - verlieren.

(Beifall)

Es sind keine verrückt gewordenen Frauen, die diesen Antrag formuliert haben. Wir haben Parteitagsbeschlüsse gefaßt; man verläßt sich auf den Bericht des Generalsekretärs und sagt an der Basis: Irgendwoher werden die Frauen schon kommen. - Es kann ja nicht unser Anliegen sein, immer mehr Frauen zu entmutigen. Wir brauchen folglich Verfahrensregelungen. Bei der Aufstellung von Landeslisten wurde wiederum erkennbar, daß nach den alten Methoden nicht länger verfahren werden kann.

(Beifall)

Deshalb haben wir beantragt, das in Ruhe zu debattieren, Verfahrensregelungen mit den Kreisverbänden und den Landesverbänden zu erörtern, Vorschläge zu erarbeiten und auf dem nächsten Parteitag darüber zu beschließen.

Ich sage Ihnen noch einmal - dies sage ich auch für meine Person -: Niemand von uns hat es nötig, eine Quotenfrau zu sein.

(Beifall)

Wir alle haben aber dafür zu sorgen, daß die Frauen auch wirklich als Mandats- und Amtsträgerinnen präsent sind. Wenn der Bundeskanzler nicht an verschiedenen Stellen dafür gesorgt hätte, daß Frauen vertreten sind, hätten wir noch weniger Frauen als Mandats- und Amtsträgerinnen.

(Beifall)

Deswegen sage ich in aller Ruhe, ohne populistisch zu sein - auch ich war einmal eine Studentin und habe damals manches anders empfunden; ich habe insofern Verständnis für die Haltung des RCDS -: Ich bitte um Zustimmung zu dem vorgeschlagenen Verfahren. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, da wir den Vorschlag ja erst ausarbeiten wollen - Frau Süßmuth hat das eben noch einmal begründet -, ist, wie ich glaube, jetzt der Zeitpunkt gekommen, zu dem wir abstimmen könnten. Ich bitte diejenigen, die sich noch zu Wort gemeldet haben, einverstanden zu sein, daß wir so verfahren.

(Beifall)

- Ich sehe nur Zustimmung. Das ist prima.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag der Antragskommission zu Antrag S 29 und weiteren Anträgen folgt - Überweisung an den Bundesvorstand mit dem Auftrag, auf dem nächsten Parteitag einen konkreten Vorschlag zu machen -, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist diesem Vorschlag mit großer Mehrheit gefolgt worden.

(Beifall)

Ich rufe Antrag S 30 auf. Bei diesem Antrag geht es um Wahlwerbespots. Es liegt eine Wortmeldung von Herrn Rösenberg aus Nordrhein-Westfalen vor.

Antonius Rösenberg: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will wenige Sätze zu dem Antrag S 30 des CDU-Kreisverbandes Höxter sagen. Der CDU-Kreisverband Höxter vertritt die Auffassung, daß die CDU-Bundespartei auf Wahlwerbespots in Fernsehen und Rundfunk verzichten kann.

Wir begründen das wie folgt. Nach Ergebnissen von Meinungsumfragen sagen ca. 70 % der Bundesbürger auf Grund der bisherigen Erfahrungen, daß sie von der Ausstrahlung von Wahlwerbespots im Fernsehen und Rundfunk nichts halten. Stellen Sie sich ein Unternehmen vor, das in den Markt hinein fragt und dann bei der Rückkoppelung erfährt: 70 % lehnen ein Produkt ab. Man würde dann schnellstens die Entscheidung treffen, ein solches Produkt vom Markt zu nehmen. Die politischen Parteien aber klammern sich daran und halten sich vehement daran fest. Wir sind der Meinung, daß Werbespots keine Informationsquelle darstellen. Sie bieten keine Argumente zur Abwägung einer Wahlentscheidung. Sie bieten auch keine Möglichkeit einer umfassenden Darstellung der politischen Parteien. Die Wählerinnen und Wähler reihen sie in die Platitüden allgemeiner Werbespots ein und lehnen sie, wie ich sagte, überwiegend ab.

Im Hinblick auf die Wahlen in diesem Jahr bieten uns die Rundfunk- und Fernsehanstalten eine Vielzahl von Möglichkeiten, so daß unsere Funktionsträgerinnen und Funktionsträger die Medien durchaus nutzen können, um unsere Politik den Menschen draußen darzustellen. Herr Bundesvorsitzender, ich erinnere an die hervorragende Sendung „Zur Sache, Kanzler“ vor einigen Tagen oder an „Was nun, Herr Bundeskanzler?“, wo Sie sich, die CDU und auch die Regierung hervorragend vertreten haben.

(Beifall)

Das sind meines Erachtens geeignete Möglichkeiten, um die Bürger aufzurütteln. Sie haben gestern davon gesprochen, daß wir auf den Straßen und Märkten kämpfen sollten. Wir sollten auch die Medienplätze in Rundfunk und Fernsehen nutzen. Wenn dann noch hinzukommt, daß einige, über die wir uns gestern kritisch geäußert haben, es unterlassen, bereits vor der Morgenandacht früh um 6 Uhr vor die Kameras und Mikrophone zu treten, um Querschüsse abzugeben, und wir die anderen uns verbleibenden Möglichkeiten mit Selbstbewußtsein nutzen, dann können wir auf solche Wahlwerbespots, von denen die Bürger eh nichts halten, verzichten. Ich bitte darum, der Empfehlung der Antragskommission nicht zu folgen und unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat unser Generalsekretär Peter Hintze das Wort.

Peter Hintze, Generalsekretär der CDU: Lieber Antonius Rösenberg, so sympathisch mir der Vorschlag auch in den Ohren klingt, ich möchte Sie, liebe Delegierte, doch bitten, der Empfehlung der Antragskommission zu folgen und den Antrag abzulehnen. Das Fernsehen ist in den kommenden 18 Wahlkämpfen das wichtigste Kommunikationsmittel überhaupt.

Wir müssen es derzeitig hinnehmen - ich darf Sie hierbei einen Moment um Ihre Aufmerksamkeit bitten -, daß der Ehemann der brandenburgischen Sozialministerin Regine Hildebrandt von der ARD die Bühne bekommt, als scheinbar unabhängiger Kommentator zur Abwahl der Bundesregierung aufzufordern. Das ist aus meiner Sicht an sich schon ein Skandal.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nicht vorschlagen, den Sozis, nachdem sie die Kommentarpfätze schon in der erwähnten Art und Weise belegen, nun noch den Gefallen zu tun, ihnen auch die Werbepfätze zu überlassen. Das müssen wir ablehnen.

(Beifall)

Ich weiß nicht, wie Sie Werbespots empfinden. Tatsache ist, daß gerade die Werbespots von Parteien - wir haben das natürlich gründlich untersucht - ein hohes Maß an Aufmerksamkeit finden. Sie sind eine unserer wenigen Chancen, unmanipuliert durch Abhängige oder Unabhängige, die damit umgehen, auf dem Bildschirm zu erscheinen und auch etwas von der Emotion herüberzubringen, die gestern auch auf diesem Parteitag zu spüren war. Auf ein solches Mittel können und dürfen wir nicht verzichten. Deswegen bitte ich Sie: Lehnen Sie diesen Antrag ab.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Antragskommission empfiehlt, Antrag S 30 abzulehnen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit ist es so beschlossen, wie die Antragskommission es vorgeschlagen hat.

Ich rufe den Antrag S 31 auf; Sie finden ihn auf Seite 640 in den Anträgen der Antragskommission. Diese empfiehlt, den Antrag S 31 abzulehnen. Dazu liegt mir eine Wortmeldung von Herrn Dr. Wilhelm Hansen, Landesverband Baden-Württemberg, vor. Ich bitte ihn, das Wort zu nehmen.

Dr. Wilhelm Hansen, Konstanz: Meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst möchte ich den Regisseuren des Parteitages gratulieren. Dieser Antrag, den der Kreisverband Konstanz eingebracht hat, ist in der Broschüre mit dem Tenor abgedruckt worden, nicht aber mit der Begründung. Ich möchte für die zukünftigen Beratungen anregen, daß man auch die Begründung von Anträgen abdruckt, damit sich der Parteitag ein Bild über die Argumente machen kann.

Weil dieses nicht geschehen ist, will ich Ihnen einige Argumente unseres Antrags vortragen, vorab aber sagen, worum es uns geht. Wir haben vorgeschlagen, die *Wahlperiode des Bundestages auf fünf Jahre zu erweitern*. Wir sind der Meinung, daß dadurch eine größere Ruhe in das politische Leben kommt und daß das Parlament eine längere Zeit zur Verfügung hat, um sachbezogen zu arbeiten. Ich meine, daß man über eine solche Überlegung durchaus nachdenken sollte und im Rahmen der Diskussion um die Änderung des Grundgesetzes auch dieses Thema besprechen sollte.

Der zweite Antrag geht dahin, die Mandatszeiten zu begrenzen, und zwar für Regierungsmitglieder auf zwei Wahlperioden und für Abgeordnete auf drei Wahlperioden. Wir sind der Meinung, daß insbesondere der Punkt „Begrenzung der Mandatszeiten für Regierungsmitglieder auf zwei Wahlperioden“ außerordentlich wichtig ist. Es ist meines Erachtens so, daß es einen seltsamen Gegensatz zwischen dem gibt, was viele Mitglieder unserer Partei denken, und dem, was auf Parteitagen offiziell vermittelt wird. Hier wird eine Scheinwirklichkeit vorgelebt. Das zeigt dieser Antrag. Dieser

Antrag ist von den Regisseuren des Parteitages im Grunde genommen totgeschwiegen worden, da man die Begründung nicht abgedruckt hat.

Im Kreisverband Konstanz hat es von den Mitgliedern diesen Antrag gegeben. Es war keine Initiative des Kreisvorstandes. Die Mitglieder haben vorgeschlagen, eine solche Diskussion nochmals zu beginnen - obwohl sie in Baden-Württemberg bereits stattgefunden hat -, weil man mit der Art und Weise, wie Politik in unserem Lande abgewickelt wird, unzufrieden ist.

Wir haben gestern gehört, daß es wichtig ist, wieder Eliten in Deutschland zu fördern. Das hat man auf die Wirtschaft bezogen. Es gab dafür großen Beifall. Wir brauchen aber auch eine politische Elite, und zwar eine Elite, die sich durch Fachlichkeit ausweist, eine Elite, deren Motivation ausschließlich das allgemeine Wohl ist, nicht aber auch von persönlichen Interessen, persönlichen Lebensgestaltungswünschen motiviert wird. Dies erreichen wir nur dann, wenn es die Möglichkeit des Wechsels gibt. Die Möglichkeit des Wechsels über Parteitage ist nahezu ausgeschlossen. Innerhalb der Partei wird erfolgreich Regie geführt. Kritik darf geäußert werden, solange sie nicht weh tut. Kritik, die weh tut, wird nicht abgedruckt.

(Beifall)

Aus diesem Grunde sind wir der Meinung: Es muß eine Diskussion stattfinden. Wir müssen darüber nachdenken: Wie können wir die Union verändern, wie können wir die Parteien in unserem Land verändern, damit Demokratie wieder vollständige Sympathie aller Bürger erfährt? Die Bürger wollen sich in den Parteien wiederfinden. Das beinhaltet aber auch, daß die Möglichkeit besteht, daß auch andere Personen in wichtigen Entscheidungsfunktionen tätig sein können.

Es ist sehr angenehm zu erleben, wie sich jahrzehntelang verdiente Minister im Laufe der Zeit in einem Gremium so wohl fühlen, daß sie karnevalsähnliche Reden halten können und dafür sehr viel Zustimmung bekommen. Ich meine, daß dies nicht ausreicht. Das bringt im Augenblick - auf dem Parteitag - eine Zustimmung, geht aber an dem Bedürfnis, an dem, was die Menschen denken, vorbei.

(Beifall)

Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten: Denken Sie ernsthaft über diesen Antrag nach. Wir werden ihn wieder stellen. Er kann nicht auf diese Weise wie hier - durch Weglassen der Begründung - totgeschwiegen werden. Vielleicht haben wir dann im November eine größere Basis für die Diskussion solcher Punkte. Es gibt dann unter Umständen weniger Betroffene.

Das ist aber nicht das Ziel der CDU des Kreisverbandes Konstanz. Man will jetzt mehr die Ziele der Partei durchsetzen und nicht die Ziele einzelner Persönlichkeiten. Die Interessen von Persönlichkeiten müssen den Zielen der CDU hintangestellt werden. Deswegen plädieren wir für einen Wechsel, für eine Wahlzeitbegrenzung.

Abschließend: Dieser Antrag bezieht sich nicht auf den Bundeskanzler und den Parteivorsitzenden.

(Heiterkeit)

- Eindeutig nicht. Ich sage das deshalb, weil es uns darum geht, die Zukunft zu gestalten. Es geht uns nicht primär darum, jetzt, in dieser Zeit in die erfolgreiche Regierungsmannschaft des Bundeskanzlers einzugreifen. Wir wollen die Zukunft

gestalten. Das ist auch Aufgabe eines Parteitages. Aus diesem Grunde denke ich: Man sollte in der Lage sein, das Thema jetzt nicht unter dem Gesichtspunkt „Mißtrauen gegenüber der gegenwärtigen Regierung“ oder „Nichteinverständnis mit dem Bundesvorsitzenden“ behandeln. Aber künftig wollen wir glückliche Minister haben, die nach zehn Jahren ihr Amt aufgeben können, ohne durch einen Skandal oder durch sonstige unangenehme Begleiterscheinungen aus dem Amt getrieben worden zu sein. Insofern wollen wir auch den Verantwortungsträgern helfen. - Vielen Dank.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Das Wort für die Antragskommission hat Frau Renate Hellwig.

Dr. Renate Hellwig, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Liebe Delegierte! Die Antragskommission lehnt diesen Antrag mit folgender Begründung ab. Wir werden uns auf Seite 465 f. im Grundsatzprogramm mit dieser Frage „Erweiterung und Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten“ heute sowieso noch ausführlich beschäftigen. Wir haben eine Reihe von Anträgen zu diesem Thema. Wir haben auch die Anregungen, insbesondere was das Eingehen von Parteientscheidungen in Regierungs- und Parlamentsarbeit anbelangt, aufgenommen.

Aber eine apodiktische Feststellung, mein lieber Herr Vorredner - ob Sie es wollen oder nicht -, daß nämlich ein Regierungsmandat höchstens zwei Wahlperioden betrifft, würde natürlich auch den Kanzler treffen, auch wenn Sie sagen, Sie hätten ihn damit nicht gemeint. Man muß schon genau wissen, was Wortlaut und Interpretation möglicherweise hergeben.

Was das Mandat betrifft, zu dem man höchstens zweimal gewählt werden kann, meine Damen und Herren: Wir Baden-Württemberger haben - wenn ich das so sagen darf - sowieso die Urwahl in Form der Mitgliederwahl. Ich empfehle das durchaus auch den anderen Landesverbänden. Ich bin gerade durch ein solches Feuer mit zwei Gegenkandidaten gegangen. Also: Von Ohnmacht der Partei gegenüber der Frage, ob sie einen Abgeordneten oder eine Abgeordnete wiederhaben will oder nicht, kann zumindest bei der Urwahl nicht die Rede sein.

(Beifall)

Die GRÜNEN, meine Damen und Herren, haben die Erfahrung machen müssen, daß sie mit ihrer ursprünglichen apodiktischen Feststellung nach höchstens zwei Wahlperioden ihre besten Spitzenkräfte aus dem Bundestag rausgehauen haben

(Beifall)

und sie dann - wie Joschka Fischer - zu Landesministern machen mußten, um sie wieder auferstehen zu lassen. Ich wollte Ihnen nur ein paar Beispiele geben. Selbst diejenigen, die geglaubt haben, sie erfänden die Parteiarbeit noch einmal ganz neu, mußten sich in dieser Hinsicht korrigieren.

Wir sollten Zuversicht genug haben, daß sich Qualität durch qualifizierte Delegierte und Mitglieder durchsetzt und nicht entsprechend in der Versenkung verschwindet. Ich bitte um Zustimmung. - Vielen Dank.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor. Ich wiederhole: Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag S 31 abzulehnen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe!

- Enthaltungen! - Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich komme zum Antrag S 32 auf Seite 641 der Antragsbroschüre. Es wird empfohlen, diesen Antrag an die Bundesfinanzkommission der CDU zu überweisen. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit ist über die fristgerecht eingereichten sonstigen Anträge Beschluß gefaßt worden. Der Tagesordnungspunkt 17 wird dennoch morgen früh noch einmal aufgerufen, weil es ja zum S-Bereich weitere Initiativanträge gibt.

Ich bedanke mich für die Diskussion zu diesen verschiedenen Anträgen sehr herzlich. Bevor ich dem Generalsekretär das Wort erteile, hat der Herr Bundeskanzler ums Wort gebeten. Bitte!

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Als ich gestern morgen den Parteitag eröffnen konnte, habe ich eine Reihe von Persönlichkeiten, Freunde aus unserem Kreis und Gäste, begrüßt. Steffen Heitmann war gestern früh noch nicht hier, ist aber jetzt hier, und jetzt will ich ihn sehr, sehr herzlich begrüßen.

(Anhaltender Beifall)

Lieber Steffen Heitmann, ich will die Gelegenheit vor dem Parteitag noch einmal wahrnehmen - ich habe es auch gegenüber der Öffentlichkeit bei anderer Gelegenheit selbstverständlich getan -, Ihnen sehr, sehr herzlich zu danken, zu danken für Ihren Dienst an unserer Sache, für die Bereitschaft, sich zur Verfügung zu stellen und vor allem auch in einer für Sie sehr schweren Zeit das zu zeigen, was wir alle von Ihnen erwartet haben: Sie sind eine Persönlichkeit von Rang, eine Persönlichkeit mit Charakter und mit Stehvermögen. Sie haben deutlich gemacht, daß 40 Jahre SED-Regime einem aufrechten Charakter auch Gelegenheit gaben, seinen Mann zu stehen. Dafür danke ich Ihnen sehr, sehr herzlich.

(Beifall)

Liebe Freunde, das war ein Wort des Willkommens und des Dankes. Ich denke und hoffe, Steffen Heitmann wird bei guter Gesundheit in unserem Kreis noch viel bewirken. Auch dafür will ich ihm jetzt schon danken. Danke schön!

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 9 auf:

Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands

Ich erteile unserem Freund Peter Hintze das Wort.

Peter Hintze, Generalsekretär der CDU: Herr Präsident! Lieber Herr Bundeskanzler! Liebe Parteifreunde! Wir stehen in einem Wahljahr, das zu Recht ein Superwahljahr genannt wird: Wir haben mehr Wahlen zu bestreiten als je zuvor, und von den zweiten gesamtdeutschen Wahlen hängt die Zukunft Deutschlands ganz entscheidend ab.

Für mich gibt es keinen Zweifel: Deutschland befindet sich in einer Phase des Umbruchs und des Wandels. Die politische Gretchenfrage lautet: Wer kann diesen

Wandel am besten gestalten? Ich sage Ihnen, wie meine Antwort und die Antwort der CDU auf diese wahlentscheidende Frage lautet: Wir, die Christlichen Demokraten, sind es, die Deutschland in eine sichere Zukunft führen. Wir haben die besseren Konzepte, wir haben die besseren Perspektiven, und, liebe Freunde, wir haben den besseren Spitzenkandidaten.

(Beifall)

Lieber Helmut Kohl, wenn noch irgendein Zweifel beim verehrten politischen Gegner oder bei einem Teil der uns kritisch begleitenden Medien da war, spätestens seit gestern weiß es die ganze deutsche Öffentlichkeit: In Sachen Wahlkampf stehen wir alle geschlossen wie ein Mann und eine Frau hinter Ihnen, lieber Herr Bundeskanzler!

(Beifall)

Natürlich, wir haben Gegenwind, und auch das müssen wir bei der Wahlstrategie bedenken: Eine begeisterte Stimmung im Saal ist noch nicht das Stimmresultat am Tag der Wahl selbst. Es gibt nicht wenige, die an unserer Politik zweifeln. Die Wahlergebnisse in Hamburg oder bei den letzten Kommunalwahlen in Brandenburg und die aktuellen Umfragezahlen müssen uns warnen. Sie signalisieren ein Stück Unzufriedenheit, Unzufriedenheit mit den Veränderungen, die wir den Bürgern abfordern.

Aber, liebe Freunde, wir gewinnen auch Sympathie. Ich spüre, daß die Zustimmung zu unserer Politik wächst. Viele Menschen - auch und gerade in den neuen Bundesländern - erkennen an, was wir geleistet haben. Immer mehr Menschen erkennen, daß sich mutige Politik gerade auch in unpopulären Entscheidungen erweist.

Deshalb haben wir alle Aussichten, die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler auch wieder für uns zu gewinnen. Wir müssen unsere Chancen aber auch ergreifen und dürfen dabei weder den Fehler der Selbstüberschätzung noch den der Resignation begehen. Vor allen Dingen aber brauchen wir Geschlossenheit; denn nur wenn wir gemeinsam stark sind, werden wir siegen!

Ich sage es unverhohlen: Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich wage manchmal kaum den Nachrichtenteil einer Zeitung aufzuschlagen - besonders kritisch ist das am Wochenende - oder ins Fernsehen zu schauen, oft genug sind die Nachrichten voll von Kuriositäten, was die Vorschläge so mancher Politiker - leider auch aus den eigenen Reihen - angeht.

(Zustimmung)

Am einen Tag wird eine Fahrradsteuer gefordert, am anderen Tag eine Pizzasteuer, dann wird die Rente in Frage gestellt, dann gibt es eine Sondersteuer für Kinderlose, mit der wir zwei Tage vor dem Parteitag konfrontiert werden, Mallorca wird als 17. Bundesland aufgenommen, und was da noch alles kommt. Liebe Freunde, dieses Hickhack schürt Politikverdrossenheit und schadet unserer Partei! Daran sollte jeder denken, der sich in unserem Namen äußert.

(Beifall)

Was erwarten denn die Menschen von uns? Nicht, daß wir strittige Themen nicht diskutieren, aber daß wir die Reihenfolge einhalten: erst gründlich nachdenken, dann

miteinander über die Fragen sprechen und dann das Gefundene öffentlich gemeinsam vertreten. Wenn wir so antreten, dann, so glaube ich, wird es auch gut werden.

(Beifall)

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch ein Wort zu den Medien sagen, die ja unseren Parteitag und unsere politische Arbeit gründlich und kritisch verfolgen. Das Jahr 1994, in dem wir stehen, wird auch ein Jahr der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens sein; denn ihnen kommt gerade in einem Wahljahr besondere Bedeutung zu. Angesichts des beachtlich großen Teils von Bürgern, die von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen wollen, und angesichts der extremistischen Parteien, die sich zur Wahl stellen, wird die Art und Weise der Vermittlung von Politik für das politische Klima von größter Bedeutung sein. Ich appelliere deshalb an alle Journalistinnen und Journalisten: Tragen Sie dazu bei, daß sich die politische Auseinandersetzung und öffentliche Meinungsbildung in einer sachlichen und unpolemischen Weise vollziehen kann. Das sind Sie unserer Demokratie und Ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl schuldig.

(Beifall)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch einen kritischen Punkt ansprechen - zum Thema Fairneß der Medien. Es gehört für mich zu den übelsten Methoden des Journalismus, wenn bestimmte Magazine primitive Parolen erfinden, Mitarbeiter und Kollegen ausspionieren, daraus unverschämte Fortsetzungsromane stricken und sich zum Stichwortgeber für die Opposition aufspielen. Meine Freunde, wenn die Medien meinen, sie könnten damit den Parteivorsitzenden oder den Generalsekretär aushebeln, dann irren Sie sich. Wir werden uns nicht beeindrucken lassen. Wir werden mit aller Entschlossenheit und Entschiedenheit uns dagegen zur Wehr setzen, daß unsere CDU durch solche Methoden in den Schmutz gezogen wird, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ein Versuch der Kampfkraftschwächung ist ja, daß uns und der Öffentlichkeit aufgeschwätzt werden soll, wir seien politikmüde. Liebe Freunde, wir sind weder politikmüde noch lustlos in Sachen Wahlkampf. Im Gegenteil! Wir sind diejenigen, die Politik in Deutschland gestalten und Perspektiven aufweisen, wir sind diejenigen, die in den drängenden Fragen unserer Zeit vom Asylrecht bis zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hier Antwort geben. Das lassen wir uns nicht kaputtschreiben und auch von niemandem kaputtreden, liebe Freunde.

(Beifall)

Die Probleme von heute lassen sich nicht auf morgen verschieben. Die Menschen in Deutschland haben ein ganz großes Gefühl für den Veränderungsbedarf, und sie verbinden dieses Gefühl für den Veränderungsbedarf auch mit einem ganz starken Wunsch nach Sicherheit. Diese Konstellation ist unsere große Chance; denn dafür stehen wir mit unserer Politik, die notwendigen Veränderungen einzuleiten und durchzustehen, ohne die sichere Grundlage aus Werten, Grundüberzeugungen, aus den Grundprinzipien unserer Gesellschaft in Frage zu stellen - Prinzipien, die sich bewährt haben und die gleichzeitig zukunfts offen und praxisnah sind.

Mit unserem neuen Grundsatzprogramm geben wir Antwort auf die drängenden Fragen. Im Vorfeld ist ja diskutiert worden, ob man in einem Wahljahr ein Grundsatz-

programm braucht. Ich muß Ihnen sagen, liebe Freunde, jeder, der dieses Programm gelesen hat, wird die Antwort wissen: Dieses Programm gibt in den wichtigen Politikfeldern Auskunft über unser politisches Handeln in der Regierungsverantwortung in den nächsten Jahren, und die Bürger haben einen Anspruch darauf, dies auch von uns zu hören. Deswegen ist das Grundsatzprogramm ein gutes Fundament für dieses Wahljahr mit den 18 Wahlgängen im vereinten Deutschland.

(Beifall)

Lassen Sie mich kurz die wichtigsten Fragen ansprechen; denn die Menschen fragen uns ja: Welches Bild von der Zukunft habt Ihr? Wir werden am Wahltag nicht dafür prämiert, was wir in der Vergangenheit geschaffen haben, sondern am Wahltag gibt es eine Entscheidung, wem die Bürgerinnen und Bürger die Zukunft anvertrauen. Hier geben wir auf diesem Parteitag Rechenschaft über unsere Vorstellungen von der Zukunft.

1. Unsere Antwort auf die zunehmende Zersplitterung unserer Gesellschaft lautet: Wir als CDU wollen die Familien weiter stärken. Wir werden den Familienlastenausgleich zu einem echten Familienleistungsausgleich weiterentwickeln. Unser Motto lautet: Wer Kinder erzieht, der soll auch weniger Steuern zahlen.

(Beifall)

2. Unsere Antwort auf vier Millionen Arbeitslose lautet: Wir nehmen das Schicksal jedes einzelnen ernst, der unverschuldet in die Arbeitslosigkeit geraten ist, und wir wissen, wie bedrückend es für einen Menschen ist, unabhängig von seiner materiellen Situation, wenn er arbeitslos ist. Aber es gibt hier nur eine erfolgreiche Therapie, und dafür stehen wir, und das müssen wir in der politischen Auseinandersetzung deutlich machen. Die Therapie heißt: die Wirtschaft stärken, so wie wir es gestern diskutiert haben. Nur eine starke Wirtschaft sichert Arbeitsplätze, und denen, die jetzt immer über Verteilung sprechen, sagen wir: Verteilt werden kann nur das, was zuvor auch erwirtschaftet wurde. Und dafür müssen die Grundlagen neu geschaffen werden.

(Beifall)

Und wir werden, liebe Freunde, die Soziale Marktwirtschaft zur Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft ausbauen und damit neue zukunftsträchtige Arbeitsplätze sichern.

3. Unsere Antwort auf die demographische Entwicklung und die neuen sozialpolitischen Aufgaben lautete: Wir werden den Sozialstaat umbauen. Wir müssen heute umschichten, damit auch morgen soziale Gerechtigkeit und sozialer Ausgleich möglich sind.

4. Unsere Antwort auf die steigende Bedrohung durch Gewalt und Kriminalität lautet: Wir werden unseren Staat auf seine wesentlichen Kernbereiche konzentrieren. Hierzu gehört für mich vor allem die Stärkung der Inneren Sicherheit. Wir, die CDU, stehen ein für das Recht des Bürgers auf Sicherheit.

Liebe Freunde, gestatten Sie mir ein Wort zu unserem verehrten Koalitionspartner, den Freien Demokraten, zum Stichwort „Elektronische Beweissicherung“. Für einen Liberalismus, der Schwerverbrechern fahndungsfreie Räume überläßt, hat in Deutschland niemand Verständnis. Ich bin sicher, auch kein Wähler der FDP.

(Beifall)

Und weil das im Vorfeld vielleicht mißverstanden worden ist: Wir bauen auf die Fortsetzung dieser Koalition. Aber der Wahlkampf, den wir planen, ist kein Koalitionswahlkampf, sondern ein Unionswahlkampf. Wir werden den Wählerinnen und Wählern im Wahlkampf klipp und klar sagen, welches unsere Position ist, wie unser Profil ist und wofür sie sich entscheiden, wenn sie CDU oder CSU wählen. Und so muß es auch sein, liebe Freunde.

(Beifall)

5. Unsere Antwort auf Krieg und Zerstörung in Europa lautet: Wir werden Europa stark machen. Wir werden eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik schaffen. Wir wollen nicht überlegen, wie man das alles wieder rückgängig machen kann, sondern wir wollen überlegen, wie wir es so zukunftsfest machen, daß wir angesichts von Mord, Vergewaltigung und tausendfachem Leid in Europa nie wieder mit gebundenen Händen dastehen.

(Beifall)

Und schließlich 6. Unsere Antwort auf die globalen ökologischen Probleme, die Abholzung der Regenwälder und die Aufheizung des Klimas lautet: Unser Wirtschaften muß den Erfordernissen der Natur in neuer Weise Rechnung tragen. Der Bundeskanzler hat in Rio einen wichtigen Grundstein zu einer globalen Umweltstrategie gelegt, bei der wir an die Schöpfung insgesamt denken und durch die die Armen der Welt eine Chance zur Entwicklung aus eigener Kraft bekommen. Gottes Schöpfung zu bewahren ist und bleibt unsere Aufgabe. Auch dafür stehen wir mit dem „C“ in unserem Parteinamen, und dazu stehen wir, liebe Freunde.

(Beifall)

Wenn wir das erreichen wollen, was wir uns politisch vornehmen, wenn wir den Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert gerecht werden wollen, dann brauchen wir ein Umdenken auf allen Ebenen - auch dort, wo es unbequem ist, wo es etwas abfordert, wo es uns etwas abfordert. Wir brauchen ein Umdenken in Staat und Gesellschaft, wir brauchen ein Umdenken in Wirtschaft und Politik, und wir brauchen eine Entscheidung für das, was im neuen Programm die „freie und verantwortliche Gesellschaft“ genannt wird:

- für die Solidarität und gegen den Egoismus in unserem Land;
- für die Erneuerung von Werten und Tugenden und gegen einen überzogenen Individualismus auf Kosten anderer;
- für die Festigung der Demokratie und gegen jedweden Extremismus von links oder von rechts.

(Beifall)

Kleinmut und Kleingeist, Nörgelei und Pessimismus sind schlechte Ratgeber. Wer eine gerechtere, wer eine humanere Gesellschaft will, der sollte sich gerade in unserer Zeit von den Werten christlich-demokratischer Politik leiten lassen. Das christliche Verständnis vom Menschen lehrt uns, das Positive zu sehen, nicht nur Zuschauer zu sein, sondern unsere Verantwortung in Staat und Gesellschaft zu übernehmen.

Wir müssen das auch ein Stück weit von den Bürgern einfordern. Liebe Freunde, ich finde es richtig, daß wir uns mit uns kritisch auseinandersetzen. Ich werde das gleich tun. Aber wir müssen auch umgekehrt den Menschen in unserem Landes sagen, daß

wir ihre Mithilfe und ihre Mitwirkung brauchen, weil in einer Gesellschaft, in der der Staat alles allein machen soll und die Bürger nur Zuschauer sind, nichts mehr richtig gehen kann. Wir brauchen eine neue Initiative für mehr Gemeinsinn und mehr Engagement von allen Bürgern unseres Landes.

(Beifall)

Liebe Freunde, Rom ist nicht an einem Tag erbaut worden, und die Erneuerung unserer Gesellschaft in unserem vereinten Land wird uns auch nicht an einem Tag gelingen. Aber Resignation ist wirklich nicht angesagt. Wir haben gestern Rainer Eppelmann gehört. Mich hat sehr beeindruckt, wie er zu uns gesprochen hat. Schauen wir auf die neuen Länder: So viele Straßen wurden gebaut, so viele Häuser renoviert, so viele Firmen gegründet, so viele Gewässer gereinigt und so viele neue Arbeitsplätze geschaffen, deshalb dürfen wir uns die Erfolge der inneren Einheit nicht zerreden lassen - und schon gar nicht von denjenigen, die gegen die Einigung unseres Landes gearbeitet haben.

(Beifall)

Im Gegenteil: Jeder, der sich das Geleistete mit offenen Augen anschaut, der wird bestätigen können: In vier Jahren der Freiheit ist in den neuen Bundesländern mehr geschaffen worden als in 40 Jahren Sozialismus.

(Beifall)

Der Wandel in Deutschland erfordert schließlich auch eine Erneuerung von Politik und Parteien. Wenn sich die Gesellschaft ändern soll, dann müssen Politik und Staat ein Vorbild geben. Denn wir können nichts von den Bürgern einfordern, was wir selbst bei uns nicht leisten. Dieses Vorbild ist unsere Pflicht, und darauf hat der Bürger auch ein Recht.

Ich sage Ihnen, was sich daraus für unsere CDU ergibt. Auch wir brauchen als Partei eine Erneuerung, weg von der zum Teil auch lieb gewordenen Ritualisierung und Verkrustung. Wir brauchen die stärkere Öffnung hin zu den Bürgerinnen und Bürgern.

Nach Abschluß unserer Grundsatzdiskussion, die die inhaltliche Frage betrifft, wird unsere Parteiarbeit ganz im Zeichen einer umfassenden Parteireform stehen. Ich werde mich gemeinsam mit Helmut Kohl um ihre Durchsetzung kümmern und darüber auf den nächsten Parteitag berichten.

Es ist auch gut, daß soeben eine Diskussion aufflackerte, die viele Gefühle freisetzte: Wie können wir sicherstellen, daß bei uns mehr Frauen in Ämtern und Mandaten politische Verantwortung übernehmen, wie können wir sicherstellen, daß immer wieder auch neue Generationen den Weg in unsere Partei finden, wie können wir sicherstellen, daß die Parteiarbeit vor Ort lebendiger wird, damit unsere Kandidaten überall in Urwahlen durch die Mitglieder gewählt werden können, damit unsere Partei nach außen und nach innen hin attraktiver wird. Dafür brauchen wir die Parteireformen.

Wandel in der Politik bedeutet schließlich auch eine Verschlanung, eine Verkleinerung der Parlamente, eine Verkleinerung der Verwaltungen und der Apparate.

(Beifall)

Der Vorschlag von Wolfgang Schäuble, den Deutschen Bundestag wieder auf die ursprüngliche Größe zurückzuführen, um das Parlament handlungsfähiger zu ma-

chen, ist natürlich - wie das immer ist, wenn es an Besitzstände geht - auch auf kritische Diskussion gestoßen. Das ist ja auch nicht schlecht. Aber ich bin der Meinung, wenn wir in der Politik kein Vorbild setzen, dann können wir auch von den Bürgern nicht Entsprechendes einfordern. Erst wenn wir im eigenen Haus ernst machen, werden die Menschen im Land bereit sein, den Wandel mitzuvollziehen.

(Beifall)

Dieser Wandel in Deutschland - da darf es keinen Zweifel geben - muß eine wertorientierte Erneuerung unserer Gesellschaft sein. Begriffe wie Pflichterfüllung und Gemeinsinn sind lange verhöhnt worden. Heute wissen wir, wie wichtig diese Tugenden für unser friedliches Zusammenleben sind. Andere mögen abfällig über unsere Sekundärtugenden reden, für uns waren und sind sie die Grundlagen einer freien und verantwortlichen Gesellschaft. Dazu stehen wir.

(Beifall)

Wir in der CDU haben den Mut, von Pflichten und Tugenden zu sprechen. Gemeinsinn, Verantwortung und Engagement des Einzelnen wollen wir fördern. Das Mitdenken des größeren Ganzen, ein stärkeres Wir-Gefühl und das Engagement des Bürgers für die staatlich verfaßte Gemeinschaft müssen dringend wiederbelebt werden. Damit üben wir natürlich auch ein Stück Gesellschaftskritik. Denn wir wollen eine Erneuerung in Deutschland. Für diese konservative Erneuerung der Gesellschaft in Deutschland treten wir ein. Und es ist an der hohen Zeit, liebe Freunde.

(Beifall)

Die Bürgerinnen und Bürger - das ist die wahlentscheidende Frage - werden nicht aufhören zu fragen, welche der Parteien den Wandel in Freiheit gerecht und sozial gestaltet. Lassen wir uns nicht von einigen Meinungsmachern täuschen: Bei allem, was Politikverdrossenheit genannt wird, besteht nach wie vor eine sehr sehr große Erwartungshaltung uns gegenüber. Die Bürger erwarten gerade von uns Christlichen Demokraten eine wertbegründete Politik, die über den Tag hinausweist, eine Politik, die sich für die Chancen unserer Kinder und Kindeskinde stark macht. Ich sage Ihnen: Wir werden diese Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger nicht enttäuschen.

(Beifall)

Nun gibt es manche Stimmen, die sagen, die Sozialdemokraten hätten die Kraft, den Wandel in Deutschland zu gestalten. Ich habe da meine Zweifel. Anspruch und Wirklichkeit liegen bei der SPD meilenweit auseinander.

(Beifall)

Es gibt z.B. einen Kanzlerkandidaten - im Moment übrigens der fünfte in Folge -, der behauptet, er wolle die Politik verschlanken, und wenn man ihn bloß an die Regierung ließe, die Zahl der Minister und Staatssekretäre reduzieren. Das ist ohne Frage ein interessanter Vorschlag, denn auch das muß Teil einer umfassenden Reform von Staat und Politik sein.

Aber ich frage Sie: Kann man einem Kanzlerkandidaten trauen, der das dem deutschen Volk verspricht und in seinem Bundesland, wo er die Regelungskompetenz hat, das genaue Gegenteil tut? Noch nie war die Zahl der Minister und Staatssekretär in

Rheinland-Pfalz so groß wie unter seiner Regierung. Da sage ich: Anspruch und Wirklichkeit, Herr Scharping!

(Lebhafter Beifall)

Da gibt es einen finanzpolitischen Fachmann aus dem Saarland; der möchte gerne Wirtschafts- und Finanzminister werden, am besten beides zugleich. Er erzählt im Land, daß er die Staatsquote senken, die Subventionen abbauen und die Wirtschaft stärken möchte; gute Vorschläge! Aber ich frage Sie: Kann man einen solchem Politiker trauen, wenn er in dem Bundesland, in dem er die Verantwortung hat, das genaue Gegenteil tut? Einem Mann, der in Sachen Arbeitsplätze, Wirtschaftsentwicklung und Staatshaushalt die rote Laterne in der Hand hält! Anspruch und Wirklichkeit, Herr Lafontaine!

(Beifall)

Und da gibt es einen SPD-Ministerpräsidenten, der landauf, landab verkündet, daß er sich für moderne Technologien und die Schaffung von zukunftssträchtigen Arbeitsplätzen einsetzt. Auch das ist eine wichtige Maßnahme zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Aber ich frage Sie wiederum: Kann man einem Politiker trauen, der - wie Herr Schröder - im Bundesrat vom Standortsicherungsgesetz bis zur Gentechniknovelle gegen alles stimmt, was Arbeitsplätze sichert und neue schafft? Auch hier sage ich: Anspruch und Wirklichkeit, Herr Schröder!

(Beifall)

Nun gibt es hier die schnellste Korrekturmöglichkeit: Die Wählerinnen und Wähler in Niedersachsen haben zum Glück Gelegenheit, am 13. März eine ganz wichtige Korrektur in Sachen Zukunftssicherung und Arbeitsplätze vorzunehmen. Ich möchte ihnen aus Hamburg zurufen: Wählen Sie eine starke CDU und Christian Wulff zum neuen Ministerpräsidenten in Niedersachsen!

(Beifall)

Interessanterweise scheut die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ganz bewußt die inhaltliche Auseinandersetzung mit uns. Achten Sie einmal darauf! Es wird den Menschen vieles versprochen; es werden viele schöne Packungen auf den Tisch gestellt, aber wenn man sie aufmacht, so sind sie leer. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit unserer Politik, was ja eigentlich die Aufgabe der Opposition wäre, fällt weitgehend aus. Wir haben - das kann man zwischendurch einmal feststellen - in diesem Sinne eine wirklich miserable Opposition. Jede Regierung hat auch Anspruch auf eine anständige Opposition. Wir hoffen, daß die SPD einmal dahin zurückfindet.

(Beifall)

Das einzige, was die SPD seit Monaten tut, ist eine Blockadepolitik auf allen Ebenen. Wo es um Sachfragen geht, blockiert die SPD im Bundesrat die Verabschiedung wichtigster Gesetze. Damit - das sage ich mit Bedacht - tut sie der Demokratie keinen guten Dienst. Im Gegenteil, sie schadet der Demokratie und nährt das Unbehagen an ihren Institutionen. Ich sage Ihnen: Wer Politikblockade betreibt wie die SPD, der darf sich über Politikverdrossenheit bei den Bürgern nicht wundern.

(Beifall)

Ich muß leider noch einen Moment bei den Sozialdemokraten bleiben. Eine Partei, die sich immer noch - bis auf den heutigen Tag - der Tradition des demokratischen

Sozialismus verpflichtet fühlt, eine Partei, die sich wie die SPD in ihrem Grundsat-
programm nach wie vor zu einem solchen Ziel bekennt, eine solche Partei hat die
Lehren der Geschichte nicht begriffen, und eine solche Partei kann und darf die
Zukunft Deutschlands nicht in den Händen halten, liebe Freunde.

(Beifall)

Bevor die SPD zur Wahl antritt, sollte sie sich vielleicht erst einmal Klarheit über ihre
Vergangenheit verschaffen. Wir haben keine Parteitradition, die in die Absurdität des
Sozialismus verweist. Ich frage Sie: Wo steht denn eine SPD, die nicht willens und
nicht in der Lage ist, ihre eigene Vergangenheit aufzuarbeiten, die sich vehement
weigert, über ihre Verstrickungen mit der SED Auskunft zu geben?

Ein klarer und unumstößlicher Antikommunismus hat in der SPD - jedenfalls in den
letzten Jahrzehnten - beharrlich gefehlt, während er für uns Christlichen Demokraten
eine Selbstverständlichkeit war. Freiheit statt Sozialismus: Das war immer unsere
Antwort auf die Diktatur des Sozialismus à la Honecker & Co., liebe Freunde.

(Beifall)

Im Unterschied zur SPD waren wir, die CDU Deutschlands, es, die in der Geschichte
unseres Landes alle entscheidenden Weichenstellungen durchgesetzt haben. Ich
frage Sie: Wo waren denn die Sozialdemokraten, als es um die Integration Deutsch-
lands in die NATO oder um die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses ging?
Wie viele Jahre hat denn die SPD gebraucht, um sich zur Sozialen Marktwirtschaft
durchzurufen? Wo waren die Sozialdemokraten Rau, Lafontaine, Scharping und wie
sie alle heißen, als es darum ging, an der Einheit Deutschlands festzuhalten? Damit
dürfte eines klar sein - dies sei allen Anhängern sozialdemokratischer Positionen, aber
auch allen Anhängern einer Großen Koalition gesagt -: Der Wandel in Deutschland
kann nicht einer Partei überlassen werden, die in der Vergangenheit in einer derarti-
gen Weise versagt hat, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir Christlichen Demokraten können selbstbewußt in die kommenden Wahlen gehen.
Ich will Ihnen auch sagen, was uns stark macht und was uns die Kraft für die
Gestaltung des Wandels in Deutschland gibt.

Erstens. Wir sind die Partei, deren langfristige Ziele und Strategien sich von Konrad
Adenauer bis Helmut Kohl als richtig und sicher für die Zukunft Deutschlands erwiesen
haben. Wir waren es, die für die Soziale Marktwirtschaft gekämpft und sie durchge-
setzt haben. Wir waren es, die für die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte-
und Verteidigungsgemeinschaft gestritten haben. Wir sind es, die die Einheit Deutsch-
lands auch in schwierigen Zeiten getragen und gestaltet haben. Und wir sind es, die
für die Einigung Europas und für die Gestaltung der inneren Einheit in Deutschland
eintreten.

Zweitens. Die geistige Quelle, aus der wir Kraft schöpfen, ist unser gemeinsames
Bekenntnis zu den Werten und Zielen christlich-demokratischer Politik. Es ist ein
Bekenntnis zum Menschen als Geschöpf Gottes, ausgestattet mit einer Würde, die
unantastbar ist. Und es ist ein Bekenntnis zu einer freiheitlichen Parteitradition, die
sich den Werten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit verpflichtet weiß.

Wir müssen den Menschen klar und deutlich sagen: Die Idee der verantworteten
Freiheit gehört zum Kern des christlichen Verständnisses vom Menschen. Aus ihr

folgen unsere Vorstellungen von Gesellschaft und Staat, von Familie und Gerechtigkeit, von Sozialer Marktwirtschaft, Bewahrung der Schöpfung und einer verantwortlichen Außenpolitik. Es sind die Werte und Ideale des christlichen Abendlandes, für die wir uns stark machen. Dafür müssen wir uns nicht verstecken, sondern darauf können wir stolz sein.

(Beifall)

Der Wähler muß wissen: Wir garantieren mit Helmut Kohl Kontinuität, Sicherheit und gleichzeitig die Kraft zur Erneuerung. Mit uns wird es keine Status-quo-Politik geben, die sich an überkommene Besitzstände klammert. Mit uns wird es auch keine waghalsigen außenpolitischen Experimente geben, die Frieden und Sicherheit gefährden. Wir werden vielmehr alle Chancen ergreifen, um Deutschlands Zukunft zu sichern.

Liebe Freunde, wir sind hier nach Hamburg gekommen, um über die Grundsätze, Maßstäbe und Ziele christlich-demokratischer Politik in diesem so wichtigen Wahljahr zu sprechen. Unsere lebendige und erfolgreiche Diskussion macht deutlich, daß wir uns geistig nicht verabschiedet haben. Im Gegenteil: Wir zeigen auf diesem Hamburger Parteitag, daß wir uns kritisch und programmatisch auf weitere Legislaturperioden in der Regierungsverantwortung einstellen.

(Beifall)

Nichts veranschaulicht das besser als unsere Programmdiskussion. Drei Jahre haben wir diskutiert, einen intensiven Dialog geführt. 2500 Anträge sind aus der Mitte der Partei erarbeitet worden. Noch nie gab es in der Geschichte unserer CDU so viele und gut erarbeitete Anträge. Ich danke an dieser Stelle - ich denke, in Ihrer aller Namen - Reinhard Göhner und seiner Kommission für ihre großartige Arbeit.

(Beifall)

Nicht die vermeintlich Progressiven von vorgestern, sondern wir sind es, die den Wandel in Deutschland herbeigeführt haben, die den Wandel wollen und die auch den Mut haben, diesen Wandel zu gestalten.

Wir Christliche Demokraten stehen für die deutsche Einheit und die Einigung Europas, für die Soziale Marktwirtschaft und für die Synthese von Ökonomie und Ökologie, für die innere und die äußere Sicherheit, für Freiheit und Verantwortung und für eine neue Ethik des Gemeinsinns und der Solidarität in unserem Land. Mit unserem neuen Grundsatzprogramm legen wir das Fundament für die Erneuerung Deutschlands.

Liebe Freunde, im Wahljahr 1994 werden die Weichen für die Zukunft Deutschlands gestellt. Es geht um eine grundlegende Richtungsentscheidung. Ich sage Ihnen hier zum Schluß: Wenn wir gemeinsam kämpfen, sind wir stark. Wenn wir gemeinsam unsere Überzeugungen vertreten, dann werden wir gewinnen. Zu uns gibt es keine vernünftige Alternative. - Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Lieber Peter Hintze, Sie haben das Amt des Generalsekretärs in einer wohl äußerst schwierigen Zeit inne. 18 Wahlen innerhalb von sieben Monaten: Das hat es bisher noch nicht gegeben. Alle erwarten und brauchen Hilfe und Unterstützung der Bundespartei und des Konrad-Adenauer-Hauses.

Die Vorbereitungen für diese Wahlen, insbesondere der Europa- und der Bundestagswahl, befinden sich - das belegt eine allen Delegierten vorliegende Info-Mappe - auf einem hervorragenden Stand. Lieber Peter Hintze, der Parteitag dankt Ihnen für Ihre kämpferische Rede, aber insbesondere für Ihren engagierten Einsatz und den Einsatz Ihrer Mitarbeiter im Konrad-Adenauer-Haus.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte nun einen ausländischen Gast auf unserem Parteitag begrüßen, einen engen und langjährigen Freund der CDU Deutschlands. Ich heiße den schwedischen Ministerpräsidenten, Carl Bildt, herzlich willkommen.

(Anhaltender Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 15 auf:

Beratung und Beschlußfassung über das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands

Ich möchte zu Beginn der Beratungen auch namens des Präsidiums ein herzliches Wort des Dankes an jene beiden Parteifreunde sagen, die als Vorsitzende der Grundsatzprogramm-Kommission mit großem Engagement die Arbeit am neuen Programm geleitet haben. Unser Dank gilt Lothar de Maizière und Reinhard Göhner. Unser Dank gilt aber auch allen Mitgliedern der Kommission und der Unterkommissionen der Grundsatzprogrammarbeit, die ihre Zeit geopfert und die ihr Wissen und ihre Kreativität in die Programmarbeit eingebracht haben.

Zu einer Einführung in das neue Grundsatzprogramm erteile ich dem Vorsitzenden der Programmkommission, Dr. Reinhard Göhner, das Wort.

Dr. Reinhard Göhner: Liebe Freunde! Hier in diesem Saal haben wir am Vorabend der Wiedervereinigung, am 2. Oktober 1990, beschlossen, unser Grundsatzprogramm von 1978 fortzuschreiben. Es sind nicht die 16 Jahre, die uns vom Ludwigshafener Programm trennen, sondern die großen geistigen und politischen Umbrüche in Deutschland, Europa und der Welt, die eine solche Fortschreibung erfordern. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts, der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes, der fortschreitenden Integration Europas und der Überwindung der Spaltung Europas sind wir in eine neue Epoche unserer Geschichte eingetreten.

Aber nicht nur diese äußeren Umbrüche fordern von uns neue Antworten. Auch der innere Wandel in Deutschland ist tiefgreifend, und wir brauchen mehr als tagespolitische Antworten. Wir Deutschen können aus dieser zweiten Chance der Geschichte mehr machen als bisher. Wir brauchen dazu eine neue Wertedebatte: für die geistige und gesellschaftliche innere Einheit unseres Landes, gegen die Zunahme von Gewalt und Radikalismus in unserer Gesellschaft und gegen den kurzatmigen Pragmatismus der schlagzeilenorientierten politischen Unkultur unserer Zeit.

(Vereinzelt Beifall)

Die Schaffung der inneren Einheit erfordert geistig und gesellschaftlich eine Rückbesinnung auf die wesentlichen Bürgertugenden und Werte. Das zunehmend einseitige, rein individualistische Freiheitsverständnis unserer Zeit hat zu einem verstärkten Rückzug in die Privatheit geführt und in der Tendenz zu einer besitzstandsverteidi-

genden Ellenbogengesellschaft. Gewiß: Individualität, Selbstverwirklichung und Selbstentfaltung sind wichtige Elemente unseres Grundwertes der Freiheit. Aber die Verantwortung für die Gemeinschaft gehört untrennbar zu unserem Freiheitsverständnis dazu. Deshalb wollen wir unser Grundsatzprogramm unter das Motto „Freiheit in Verantwortung“ stellen, um diesen in unserer Gesellschaft zunehmend aufgelösten Zusammenhang wiederherzustellen.

Wir brauchen nicht nur eine neue Wertedebatte, sondern wir brauchen auch eine neue Gesellschaftskritik: gegen den scheinbar grenzenlosen Individualismus, den Rückzug ins Private und die tendenzielle Abwendung vieler Menschen von allem Politischen, Öffentlichen, Gemeinschaftlichen, Sozialen, Gewerkschaftlichen und Kirchlichen.

Ein Leitbild für die Gesellschaft und Gesellschaftskritik hat in der Programmatik der CDU nicht gerade Tradition. Im Gegenteil: Gesellschaftskritik war Ende der 60er und in den 70er Jahren eine Domäne der Linken. Aber der notwendigen und wirkungsvollen Debatte über Politikverdrossenheit muß jetzt diese neue Gesellschaftskritik von uns Christlichen Demokraten folgen, weil die Debatte über Politikverdrossenheit nur an einem Symptom des Zustands unserer Gesellschaft kuriert.

Wir brauchen eine breite Diskussion über die dahinterliegenden tieferen Ursachen.

(Beifall)

Denn daß die Volksparteien, die Gewerkschaften, die Kirchen, die Arbeitgeberverbände, andere große gesellschaftliche Institutionen derzeit allesamt an Attraktivität, an Ansehen, an Zustimmung und Mitgliedern verlieren, hat eine gesamtgesellschaftliche Ursache, die über die von den jeweiligen Organisationen zu verantwortenden Ursachen weit hinausgeht: Unsere privatistische Rückzugsgesellschaft ist die Folge des einseitig individualistischen Freiheitsverständnisses. Die neue Wertedebatte und die neue Gesellschaftskritik stehen daher in einem inneren Zusammenhang der Erneuerung unserer Gesellschaft.

Die Idee verantworteter Freiheit gehört zu unserem christlichen Verständnis vom Menschen. Der Mensch ist zur Freiheit berufen und verantwortlich für das, was er aus dieser Freiheit macht. Unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind untrennbar miteinander verbunden. Aus dieser Grundüberzeugung erwächst unser Leitbild für eine freie und verantwortliche Gesellschaft, einer Bürgergesellschaft, die eben das Gegenmodell zur individualistisch-privatistischen Rückzugsgesellschaft unserer Tage darstellt.

Zur Freiheit gehört für uns die Verantwortung, zu Rechten die Pflichten, zum Eigeninteresse das Gemeinwohl und zum freien Bürger das Staatsbürgerbewußtsein.

(Beifall)

Bürgertugenden und Bürgerpflichten, Loyalität und Mitwirkung kennzeichnen einen demokratischen Patriotismus und damit unser Leitbild der freien und verantwortlichen Gesellschaft.

Dieses Leitbild prägt auch unser Konzept für die Zukunft von Wirtschaft, Arbeit und sozialer Gerechtigkeit. Neue soziale und wirtschaftliche Herausforderungen, die besonderen Anstrengungen zum Aufbau in den neuen Ländern, die Situation der öffentlichen Finanzen, all das macht uns klar: Wir stehen am Ende einer Epoche der Verteilung. Wir stehen am Beginn einer Epoche, in der von uns allen im umfassenden Sinne mehr Leistung verlangt wird.

Die Wohlstandsgesellschaft der alten Bundesrepublik kommt aus einer wachstumsverwöhnten Zeit. Wir waren - und in den Köpfen mancher sind wir noch - eine Verteilungsgesellschaft. Jetzt sind wir dazu gezwungen, eine Verantwortungsgesellschaft zu werden. Der einzelne Bürger kann gegenüber Gemeinschaft und Staat eben nicht in erster Linie Konsument oder Kunde sein, der beim Staat oder der Gemeinschaft Leistungen und Angebote wie aus einem Warenhauskatalog abrufen. Wir können eben nicht den Staat als Vollkaskoversicherung für alle denkbaren individuellen Lebensrisiken benutzen, meine Freunde.

(Beifall)

Eigenverantwortung, Eigenvorsorge, Selbstbeteiligung und solidarisches Miteinander sind die Kennzeichen einer freien und verantwortlichen Gesellschaft. Und das heißt gleichzeitig: den Staat nicht überfordern, damit der Staat stark sein kann, wo er gefordert ist.

Liebe Freunde, der Programmentwurf enthält nicht einen einzigen Vorschlag, der zu höheren Staatsausgaben führt. Wo Mehrausgaben erforderlich sind, wird ein aufkommensneutraler Umschichtungsvorschlag konzipiert.

Dieses Grundsatzprogramm ist kein politisches Wunschkonzert mit allen möglichen Forderungen, die lieb und teuer sind. Von dem Wünschenswerten ist nur das durch Umbau Finanzierbare aufgenommen. Und ich appelliere an uns alle, heute alle Anträge abzulehnen, die diesen Weg der finanzpolitischen Solidität verlassen.

(Beifall)

Wir sind mit unserem Konzept der Rückführung von Neuverschuldung, Staatsquote, Steuern und Abgaben - so wie wir von 1983 bis 1989 Neuverschuldung, Staats- und Abgabenquote zurückgeführt haben - nur dann glaubwürdig, wenn wir auf neue ausgabenerhöhende Forderungen verzichten.

Umschichtungen und Umbau sind nötig, und zwar vor allem solche Umschichtungen, meine Freunde, die der Familie zugute kommen. Wer die freie und verantwortliche Gesellschaft will, muß die Familie als Fundament unserer Gesellschaft stärken und unterstützen. Dort lernen die Menschen die Tugenden, die Eigenschaften, die Fähigkeiten, die für eine freie und verantwortliche Gesellschaft unverzichtbar sind: Liebe und Vertrauen, Toleranz und Rücksichtnahme, Opferbereitschaft und Mitverantwortung, Selbständigkeit und Mündigkeit. Deshalb wollen wir neue Prioritäten zugunsten von Familien mit Kindern setzen.

Deshalb streben wir den neuen Familienleistungsausgleich an. Nicht Lastenausgleich; nein, die Leistungen der Familie für die Gemeinschaft wollen wir ausgleichen durch eine stärkere steuerliche Entlastung.

(Beifall)

Das erreichen wir durch das wohlabgewogene Familiensplitting, das wir nach ausführlicher Diskussion, nach intensiven Gesprächen mit Steuerexperten und Finanzwissenschaftlern in den Programmentwurf aufgenommen haben, und nicht durch eine besondere Steuer für Kinderlose.

Auch aus wirtschaftlichen Gründen schlagen wir in diesem Grundsatzprogramm eine vollständige Neustrukturierung unseres Steuersystems vor. Wir haben gestern ein zukunftsweisendes Aktionsprogramm für Wachstum und Beschäftigung beschlossen.

Im Entwurf des Grundsatzprogramms legen wir einige langfristig angelegte, sehr viel weiter greifende Vorschläge vor. Dazu gehört die Neustrukturierung unseres Steuersystems.

Der entscheidende ökonomische Mangel unseres Steuersystems heute ist die im internationalen wirtschaftlichen Wettbewerb zu hohe Belastung der produktiven Faktoren Arbeit und Betriebs- und Sachkapital durch die direkten Steuern. Wer bei uns arbeitet oder Arbeitsplätze schafft, zahlt dafür höhere Steuern als in fast allen anderen Industrieländern der Erde. Deshalb lautet unsere Devise: Runter mit den direkten Steuern und statt dessen den Konsum insbesondere bei Energieverbrauch und Umweltbelastungen steuerlich stärker belasten.

Indem wir das Steuersystem also ökonomisch und ökologisch neu strukturieren, stellen wir wichtige Weichen für die Fortentwicklung zur Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft sowie zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Meine Freunde, diese Fortentwicklung zu einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft, verbunden mit der Bewahrung der Schöpfung, gehört zu den großen Botschaften des neuen Grundsatzprogramms. Im 78er-Programm kommt - bezeichnend für ein programmatisches und politisches Defizit der damaligen Zeit, dem auch die CDU erlag - das Wort Schöpfung nicht ein einziges Mal vor. Für eine christlich-demokratische Partei eigentlich ein erstaunlicher Tatbestand. Wer von Schöpfung spricht, kann den Schöpfer nicht außer acht lassen.

Nach unserem christlichen Verständnis umfaßt Schöpfung Mensch und Natur - beides als Gottes Werk. Der Mensch ist eingewoben in das Netzwerk der Natur.

Deshalb sprechen wir uns dafür aus, unseren Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität ein neues Prinzip hinzuzufügen: das der Vernetzung - die Rückbindung all unseren Handelns und Wirkens in das tragende Netzwerk der Natur. Ich bin davon überzeugt: Vernetzung wird einer der Schlüsselbegriffe der Zukunft werden; denn er steht für die Synthese von Ökonomie und Ökologie, von technischem Können und ethischer Verantwortung; er steht für ein ganzheitliches Denken in den Kreisläufen der Natur.

Wahrung der Schöpfung, d.h. für uns gestalten, damit die Zusammenhänge und Wechselseitigkeiten im Netzwerk von Mensch, Natur und Umwelt erhalten werden. Damit ziehen wir zugleich ethische Grenzen für die Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Wo die Würde des Menschen berührt oder die Schöpfung insgesamt gefährdet ist, liegen diese ethischen Grenzen.

Vernetztes Denken, das gilt es auch für die Zusammenhänge von Ökonomie und Ökologie zu verwirklichen. Wir treten mit diesem Programm für ein grundlegendes neues Verständnis von Wachstum und Wohlstand ein. Wachstum, meine Freunde, kann nicht mehr allein die Mehrung von Gütern und Dienstleistungen unter Außerachtlassung der ökologischen Hypotheken sein, die wir scheinbar kostenlos aufnehmen und die sich als Altlasten später wieder präsentieren. Zum neuen Verständnis von Wohlstand gehört eben eine gesunde Umwelt, eine geschützte Natur.

Wir sehen deshalb die Notwendigkeit zum Umdenken in allen Industriegesellschaften. Das neue Verständnis von Wachstum und Wohlstand wird ermöglicht durch die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft, indem wir den Weg zu ökologisch ehrlichen Preisen gehen und die Kosten für die Inanspruchnahme von Umwelt und unterlasse-

ner Umweltvorsorge einbeziehen. Damit wird eine neue Art von Wachstum ermöglicht, eine neue Art von Wachstum, das eben nicht zunehmend Rohstoffe, Energie und Umwelt verbraucht, sondern endliche Ressourcen schont und regenerative Ressourcen nutzt. Dieses neue Wachstum gründet sich auf menschliche Intelligenz, auf Wissenschaft, auf Forschung und vor allem auf Technik und technische Fortentwicklung, meine Freunde.

Diese Grundphilosophie der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft besteht darin, daß wir die bisher feste Statik des alten Ordnungsrechtes durch marktwirtschaftliche Instrumente ergänzen, das heißt auch, daß wir sie zu einem erheblichen Teil ersetzen. Deshalb wollen wir steuerliche Anreize für die Umweltschonung und die Umweltentlastung verstärken. Deshalb wollen wir den Umwelt- und Energieverbrauch stärker besteuern und Abgaben zur Vermeidung von Abfällen, Treibhausgasen und Schadstoffen einführen.

Meine Freunde, es gehört für mich zu den Überraschungen dieses Parteitages, daß in den 2 500 Anträgen zum Grundsatzprogramm nicht in einem einzigen Antrag diese Vorschläge in Frage gestellt werden. Deshalb glaube ich, heute sagen zu können: Wir werden diesen Wurf einer neuen ökologischen Ordnung wagen. Wir müssen es wagen, weil das relativ starre alte Umweltrecht aus Ge- und Verboten, Stand der Technik und Grenzwerten keinen hinreichenden Anreiz bietet, innerhalb des Erlaubten zu höherer Umwelteffizienz beizutragen.

(Beifall)

Einen Effizienzverlust werden wir uns wirtschaftlich und ökologisch in Zukunft nicht leisten können. Davon bin ich überzeugt.

(Beifall)

Neue Wachstumsmärkte öffnen sich weltweit für Umwelttechnologien. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um in dieser Technologie weiter führend zu sein. Wo wollen wir denn neue Arbeitsplätze schaffen, wenn nicht auf diesen Wachstumsmärkten, meine Freunde?

(Beifall)

In Zeiten größerer wirtschaftlicher Herausforderungen hat Umweltpolitik nicht gerade Konjunktur. Das kann auch wirtschaftlich gefährlich sein. Die teuerste Umweltpolitik ist die der unterlassenen Umweltvorsorge. Die Schäden der rücksichtslosen Ausbeutung von Mensch und Natur durch die sozialistischen Staatswirtschaften belegen das doch eindrucksvoll.

Deshalb, liebe Freunde: Lassen Sie uns heute nicht den fatalen Fehler machen, aus falschen wirtschaftlichen Überlegungen heraus die große, generationenschwere Aufgabe an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert, nämlich die Bewahrung der Schöpfung, kleiner zu schreiben, als diese Herausforderung wirklich ist für uns.

(Beifall)

Deshalb: Unser neues Verständnis von Wachstum und Wohlstand, unsere Konzeption der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft, unsere Vernetzung von Ökonomie und Ökologie, unsere ethische Begründung für die Bewahrung der Schöpfung müssen eine der zentralen Botschaften unseres neuen Grundsatzprogramms werden.

Freiheit in Verantwortung, die Freiheit zum Umgang mit der Schöpfung schließt die Verantwortung für ihre Bewahrung ein, meine Freunde.

(Beifall)

Genauso wie wir diesem Prinzip der verantworteten Freiheit für unsere neue Art des Wirtschaftens Rechnung tragen müssen, so gilt dies auch für unsere Außen- und Sicherheitspolitik. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes ist die Chance auf Freiheit nach ganz Europa zurückgekehrt. So wie unsere Bündnispartner Frieden und Freiheit der alten Bundesrepublik über Jahrzehnte hinweg verantwortungsvoll geschützt haben, ist es jetzt unsere Verantwortung, in der Gemeinschaft freier Völker unsere außen- und sicherheitspolitischen Pflichten zu übernehmen. Das freiheitliche Europa ist eine Verantwortungsgemeinschaft, und Deutschland kann sich nicht mit einer neuen Sonderrolle, mit einer internationalen Isolation davonstellen.

Liebe Freunde, die Christlich Demokratische Union bleibt mit diesem Grundsatzprogramm die Partei der europäischen Einigung. Wir wollen eine starke Europäische Union mit zusätzlichen Befugnissen, zusätzlichen Zuständigkeiten und zusätzlichen politischen Souveränitätsrechten.

Wir wollen eine größere Europäische Union, die unseren mittel- und osteuropäischen Nachbarn das Tor öffnet. Wir nehmen deshalb in diesem Programmentwurf Korrekturen gegenüber dem '78er Programm vor. Das mißverständliche Ziel der Vereinigten Staaten von Europa und das meines Erachtens die europäische Idee gefährdende Ziel eines europäischen Staates tauchen nicht mehr auf.

Ich will hier klar sagen, daß ich gegen einen europäischen Staat bin, gegen einen - wie Hermann Lübke es nennt - europäischen Großstaat.

(Beifall)

Das Verhältnis der europäischen Union zu den Nationalstaaten, die sich wandeln werden, aber die wir nicht auflösen wollen, dieses Verhältnis wird sich anders, geschichtlich neuartig gestalten und ist nicht mit alten staatsrechtlichen Begriffen zu fassen. Natürlich ist die Europäische Union bereits heute erheblich mehr als ein Staatenbund, und für uns kommt die Rückführung der europäischen Integration auf eine jederzeit wieder lösbare lockere Form überhaupt nicht in Frage.

(Beifall)

Wir wollen ja schließlich zusätzliche Hohheitsrechte für Gesetzgebung, für die europäische Währung und für die Innere und Äußere Sicherheit auf die europäische Ebene übertragen.

Wenn es in der Kompromißformulierung der Antragskommission jetzt heißt, daß die Europäische Union bundesstaatlich gestaltet werden muß, so bedeutet dies eine föderative Ordnung zwischen der europäischen Ebene und den nationalen Ebenen. Damit wird die innere Struktur eines Zweikammersystems zwischen Europaparlament und dem Europäischen Rat als der Vertretung der nationalen Regierung gekennzeichnet. Demokratisch, subsidiär, rechtstaatlich, föderal, stark und offen für unsere mittel-europäischen Nachbarn - so stellen wir uns die Zukunft der Europäischen Union vor, meine Freunde.

(Beifall)

Peter Hintze hat in seiner eindrucksvollen Rede auf die großen visionären Grundentscheidungen der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts hingewiesen, jene visionären Grundentscheidungen, die von der CDU, von Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Helmut Kohl gegen den überwiegenden Widerstand der Sozialdemokraten durchgesetzt wurden: die Westeinbindung der Bundesrepublik, die Soziale Marktwirtschaft - weltweites Vorbild -, die europäische Integration, die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes. Hinter jeder dieser Grundentscheidungen standen und stehen Visionen.

Jetzt, an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert, liebe Freunde, wird es darauf ankommen, unsere Visionen für die nächsten Jahrzehnte aufzuzeigen und zu verwirklichen: die Vision einer freien und verantwortlichen Gesellschaft, jener Bürgergesellschaft, die an Stelle einer individualistisch-privatistischen Rückzugsgesellschaft von uns verwirklicht wird und mit der wir die innere und geistige Einheit Deutschlands gestalten können; die Vision einer gesamteuropäischen Friedensordnung jetzt, Ausgangs eines Jahrhunderts, in dem Deutschland und Europa zweimal im Krieg lagen und in dem wir jetzt die Chance einer wirklich gesamteuropäischen Friedensordnung haben; schließlich die Vision zur Bewahrung der Schöpfung als globale Aufgabe der Menschheit, zu der wir mit unserem Weg der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft, mit unserem neuen Verständnis von Wachstum und Wohlstand einen entscheidenden Beitrag leisten können.

Liebe Freunde, Peter Hintze hat deutlich gemacht: Wir sind dabei, die Umbrüche, den tiefgreifenden inneren und äußeren Wandel zu gestalten. Während diejenigen, die einst Reformen auf ihre Fahnen schrieben, heute in Besitzstandswahrung, Status quo und altem Denken verharren und blockieren, gestalten wir den Wandel. Das ist für uns eine große strategische Chance. Auf bewährten Grundsätzen, auf festen Grundwerten, auf dem Fundament unseres christlichen Verständnisses vom Menschen bewahren wir Bewährtes und gestalten das Neue in einer neuen Epoche unserer Geschichte. Die Menschen spüren, daß wir in einer Zeit leben, in der sich bereits vieles verändert hat.

Wir Christliche Demokraten sind diejenigen, die die Zeit des Wandels nutzen. Mit dem neuen Grundsatzprogramm werden wir uns als eine moderne Volks- und Programmpartei erweisen. Wer demgegenüber jeden Besitzstand für unantastbar erklärt, jede Veränderung im Innern als unsozial diffamiert, wer Deutschlands Rolle in der Welt aus dem alten Denken des Jahres 1989 und der geteilten Welt bestimmen will, der verpaßt diese Zeit, meine Freunde.

(Beifall)

Wir haben die Chance, unsere Visionen der Zukunft zu verwirklichen. So wie wir die visionären Grundentscheidungen der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts in Deutschland geprägt haben, werden wir die Chance haben, unsere Visionen der freien und verantwortlichen Gesellschaft in einer gesamteuropäischen Union für Frieden und Freiheit und der Bewahrung der Schöpfung zu verwirklichen.

Mit diesem Grundsatzprogramm werden wir glaubwürdig deutlich machen können: Deutschland - wir packen's an.

(Anhaltender Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Reinhard Göhner, der Parteitag hat mit diesem starken Beifall nicht nur für die überzeugende Einbringungsrede gedankt, sondern

auch für die große und umfassende Arbeit, die Sie für unsere Partei in der Erarbeitung des Grundsatzprogramms geleistet haben. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir werden die Beratung und Beschlußfassung über das neue Grundsatzprogramm jetzt so strukturieren, daß wir der Kapiteleinteilung folgen. Zu den Unterkapiteln wird es zunächst eine Einführung geben. Danach können wir in die Diskussion und Beschlußfassung über die einzelnen Ziffern des Antrags des Bundesvorstands eintreten. Das Tagungspräsidium wird bemüht sein, die Beratung konzentriert zu führen. Wir bitten alle Delegierten sehr herzlich, uns bei diesem Bemühen zu unterstützen, insbesondere Ihre Wortmeldungszettel frühzeitig einzureichen und sich schon zum Rednerpult zu begeben, wenn Sie aufgerufen worden sind.

Ich möchte aber zunächst in unserer Mitte einen weiteren guten langjährigen Freund der CDU Deutschlands willkommen heißen. Ich begrüße den Arbeitsminister von Großbritannien, David Hunt.

(Beifall)

Ich rufe dann Kapitel I des Grundsatzprogramms, „Wir Christliche Demokraten“ auf. Zu einer Einführung in Abschnitt 1, „Wer wir sind“, erteile ich jetzt dem Ministerpräsidenten von Thüringen, unserem Freund Dr. Bernhard Vogel, das Wort.

Dr. Bernhard Vogel (mit Beifall begrüßt): Herr Parteitagpräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Hier in dieser Halle haben wir am 1. Oktober 1990 beschlossen, das Ludwigshafener Grundsatzprogramm zu überprüfen, es fortzuschreiben und es zu erneuern. Erneuern, meine Freunde, heißt nicht, täglich etwas Neues zu sagen, sondern erneuern heißt, die alten Grundsätze zeitgemäß neu auszusagen. Selten ist ein Programm deswegen erneuerungsbedürftig, weil es in wesentlichen Punkten erfüllt ist. Wir schreiben ein neues Programm, weil einer der zentralen Punkte des Ludwigshafener Programms erfüllt ist: Wir sind ein wiedervereinigtes Volk. Deswegen müssen wir neue Ziele in unserem Grundsatzprogramm formulieren.

(Beifall)

Dabei sind wir die erste deutsche Partei, die dieses Programm gemeinsam für alle deutschen Länder schreibt und als ein Programm versteht, das für unser ganzes Vaterland Gültigkeit haben wird.

Zwei Positionen sind klar. Die erste: Dieses Programm steht in der Tradition unserer Partei. Es steht in der Tradition christlich-demokratischer Programmatik und ist vom christlichen Verständnis vom Menschen und den daraus abgeleiteten Grundwerten geprägt. Zweitens: Wir müssen in diesem Geist neue Antworten auf neue Fragen auf dem Hintergrund der deutschen Einheit, auf dem Hintergrund des Endes des Ost-West-Konflikts und auf dem Hintergrund der Neuordnung Europas geben.

Das erste Kapitel unseres neuen Grundsatzprogramms ist mit den Worten „Wir Christliche Demokraten“ überschrieben. Das heißt, es geht um unser Selbstverständnis, es geht um unser Selbstverständnis als Christliche Demokraten und um unser Selbstverständnis als Bürger einer geeinten Nation. Dieses erste Kapitel ist in zwei Teile gegliedert. Der erste Teil beschreibt die Entfaltung des christlichen Verständnisses der Menschen und die daraus abgeleiteten Grundwerte, der zweite Teil, den nachher Frau Merkel vorstellen wird, bezieht sich auf unser Selbstverständnis als

Deutsche vor dem Hintergrund der Einheit Deutschlands und der damit verbundenen Chancen und Umbrüche.

Meine Damen und Herren, die Grundsatzkommission war sich von ihrer ersten Sitzung an darüber einig: Das christlich-demokratische Profil unserer Partei darf nicht abgeschwächt, sondern es muß gestärkt werden. Profil ist gefragt, meine Freunde.

(Beifall)

Wir glauben, daß es richtig und daß es notwendig ist, angesichts der Entkirchlichung und angesichts der Säkularisierung unserer Gesellschaft den Menschen wieder Wertorientierung zu geben. Wertorientierung, nicht aber Populismus ist gefragt.

(Beifall)

Es sind Werte gefragt, an denen man sich orientieren und festhalten kann. So ist es notwendig, daß wir unter der Überschrift „Wer wir sind“ ein klares Bekenntnis zum christlichen Verständnis des Menschen ablegen, zu einem Menschenbild, das den Menschen als Geschöpf Gottes begreift und das seine Fehlbarkeit und Grenzen sieht, aber angesichts dieser Fehlbarkeit und Grenzen nicht resigniert, sondern sich der Herausforderung stellt. Wir wollen eine Partei sein, die die Menschen so sieht, wie sie wirklich sind. Wir wollen eine Partei sein, die sich dazu bekennt, daß in unseren Verfassungen der Name Gottes vorkommt.

(Beifall)

Gerade wegen dieses Bekenntnisses wissen wir natürlich um die Grenzen und um die Schuldhaftigkeit des Menschen. Aber nur derjenige, der um die Grenzen des Menschen weiß, kann sich auch zu den Grenzen des Staates und zu den Grenzen der Politik bekennen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir wissen um die Grenzen, und wir sind überzeugt, daß wir auferufen sind, verantwortlich unsere Welt zu gestalten. Wir bekennen uns dazu, einen Weltauftrag zu haben. Wir erteilen jeder Flucht aus der Verantwortung eine Absage.

(Beifall)

Man mag uns kritisieren. Man mag die politischen Parteien kritisieren. Wer sie kritisiert, sollte aber in eine Partei eintreten und vormachen, daß er es bessermachen kann. Er sollte nicht nur auf der Bank der Kritiker sitzen.

(Beifall)

Unter der Überschrift „Wer wir sind“ weisen wir aber nicht nur auf unser Selbstverständnis hin, sondern wir beziehen uns auch ausdrücklich auf die Tradition dieser Partei. Wir beziehen uns auf und bekennen uns zu Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, Jakob Kaiser und Helene Weber.

(Beifall)

Die wichtigen Gründergestalten unserer Partei sagen aus, wo die geistigen und die politischen Wurzeln unserer Partei liegen. Sie liegen auch im christlich motivierten Widerstand gegen den nationalsozialistischen Terror. In den Konzentrationslagern

Hitlers, in den Kreisen des Widerstandes gegen Hitler waren christliche Demokraten und haben ihren Blutzoll entrichtet. Sie sind Mitgründer unserer heutigen Idee.

(Beifall)

Wir bekennen uns zur Sozialethik der christlichen Kirchen, zur liberalen Tradition, die in der europäischen Aufklärung wurzelt. Daraus ist die Volkspartei entstanden, eine Volkspartei, in der katholische und evangelische Christen ebenso ihre Heimat finden wie Konservative, Liberale und christlich Soziale, eine Partei, in der Männer und Frauen aus allen Regionen Deutschlands und aus allen sozialen Schichten und demokratischen Traditionen zusammenfinden. Wir sind nicht die Partei der geballten Faust, sondern der ausgestreckten Hand, meine Freunde.

(Beifall)

Zu unserer Tradition gehört schließlich die Erfahrung und das Lebenswerk vieler Menschen im Osten Deutschlands, die wir nicht vergessen haben und die wir nicht vergessen wollen. Meine Damen und Herren, christliche Demokraten, die unter dem Unrechtsregime der SED gelitten haben, haben genauso an der Geschichte unserer Partei mitgeschrieben wie die, die hier Freiheit gestaltet haben.

(Beifall)

Unsere Programmatik ist durch die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit geprägt. Zu diesen Grundwerten mag man neu Stellung beziehen, aber diese Grundwerte kann man nicht beliebig alle zehn Jahre in Frage stellen.

(Beifall)

Dies gilt zuallererst für den Grundwert der Freiheit. Hier kommt es darauf an, die Freiheit des einzelnen zu sichern, aber diese Freiheit auch mit der Verpflichtung des einzelnen gegenüber der Gemeinschaft in Verbindung zu bringen. Weil wir deutlich machen wollen, daß in einer zunehmend entsolidarisierten Gesellschaft, in einer Gesellschaft zunehmender Ellenbogenmentalität der einzelne natürlich das Recht auf freie Entfaltung hat, sich aber nur in der Gemeinschaft entfalten kann, erteilen wir eine Absage an diejenigen, die meinen, wenn jeder an sich denkt, dann sei schon an alle gedacht.

(Beifall)

Nein, meine Damen und Herren, Dienst am anderen ist auch Ausfluß des Ideals der Freiheit des Menschen.

(Beifall)

Ähnliches gilt für die Solidarität. Wer nach Solidarität ruft, versteht darunter Hilfe der anderen. Er muß darunter aber auch die Bereitschaft verstehen, anderen helfen zu wollen. Ich halte es für einen zentralen Satz unseres Programms, in einer Gesellschaft, die die Gefahr in sich schließt, sich immer mehr in Interessengruppen aufzuspalten, das Zusammenwirken aller zu betonen. Wir wollen Selbständigkeit des einzelnen; aber Gemeinwohl geht vor Egoismus, meine Freunde.

(Beifall)

Wir glauben: Wer sich von der Solidarität für andere ausschließt und nur für seinen persönlichen Vorteil wirtschaftet und lebt, der entzieht sich letztlich der Gemeinschaft, und er entzieht der Gemeinschaft letztlich die Grundlage des sozialen Friedens.

Wir alle wissen, daß die Solidarität nach der Wiedervereinigung besonders gefordert ist. Meine Freunde, wir werden die innere Einheit in Deutschland nur finden, wenn sich die Deutschen in Ost und West - wir alle, meine Freunde - als solidarische Gemeinschaft verstehen.

(Beifall)

Darüber hinaus müssen wir darauf achten, unser Solidaritätsdenken auch auf nachfolgende Generationen zu beziehen. Wir dürfen nicht auf Kosten unserer Kinder und Enkel leben. Wir müssen erkennen, daß Solidarität auch die Not der Menschen in anderen Kontinenten mit einschließt.

Bei allen Sorgen, die wir gegenwärtig haben: Es kann nicht angehen, daß wir hier in Deutschland über die Sorgen im eigenen Land die Not der ärmsten Länder in Afrika, in Asien und in Lateinamerika vergessen.

(Beifall)

Gerechtigkeit: Gerade in bezug auf den Grundwert der Gerechtigkeit unterscheidet sich christlich-demokratische Programmatik von anderen Politikansätzen. Denn wer ein christliches Verständnis vom Menschen hat, der ist gefeit vor falscher Überhöhung und falschen Gerechtigkeits- und Machbarkeitsforderungen. Wir müssen klar sagen: Eine absolute Gerechtigkeit wird es in dieser Welt nicht geben. Wir bekennen uns ausdrücklich zur sozialen Gerechtigkeit; sie verpflichtet uns, vor allem denjenigen zu helfen, die nur unzureichend zur Hilfe fähig sind.

Meine Damen und Herren, Gerechtigkeit verpflichtet zur Hilfe für den Schwachen, Gerechtigkeit verpflichtet aber auch zur Leistung für den, der etwas leisten kann.

(Beifall)

Wer etwas leisten kann und die Hilfe der anderen in Anspruch nimmt, versündigt sich gegen die Gerechtigkeit. Das muß klar ausgedrückt werden.

(Beifall)

Es ist für uns selbstverständlich, daß wir alles tun müssen, damit jeder in Deutschland Recht findet und seine Chance wahrnehmen kann, durch seine Leistung sein Leben zu verbessern.

Als Ministerpräsident eines jungen Landes, meine Damen und Herren, glaube ich, es ist im geeinten Deutschland eine besondere Aufgabe, daß wir uns um Gerechtigkeit und Recht gerade für jene Bürgerinnen und Bürger bemühen, denen über Jahrzehnte hin Gerechtigkeit und Recht vorenthalten worden sind.

(Beifall)

Ich halte es für einen wichtigen Satz, für ein wichtiges Signal, daß sich die CDU Deutschlands auch in der konkreten Politik - nicht nur in einem Grundsatzprogramm - um die Verwirklichung von Gerechtigkeit bemüht.

(Beifall)

Der vorliegende Abschnitt, der jetzt zur Diskussion aufgerufen ist, meine Freunde, ist so etwas wie die Visitenkarte des neuen Programms. Er besagt offen und gerade heraus, wo der geistige und wo der politische Standort der CDU als Volkspartei ist. Er macht denjenigen, die nach Kontinuität und Tradition rufen, deutlich, daß wir eine Partei sind, die das eine mit dem anderen zu verbinden weiß: das Gute zu bewahren,

Bewährtes zu schützen und Neues zu wagen. Die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind die geistige Orientierung unserer Politik. Daran hat sich nichts geändert, und daran, meine Freunde, darf sich auch nichts ändern. Denn gerade die Vermittlung einer wertbegründenden Politik ist unverwechselbare Aufgabe der CDU Deutschlands für unsere Gesellschaft und für unseren Staat.

Wir wollen von Hamburg in unsere Kreis- und Ortsverbände zurückgehen mit mehr und nicht mit weniger Profil, in einer Zeit, die Orientierung sucht, die Parteien und Politiker sucht, die nicht nur nach dem Munde reden, sondern die auch Hoffnung und Orientierung geben. Das will das erste Kapitel dieses Programms ausdrücken.

(Anhaltender Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir danken unserem Freund Bernhard Vogel für seine Einführung in das Kapitel I unseres Grundsatzprogramms. In diesem Kapitel geht es um die Identität der CDU Deutschlands, es geht um unser Menschenbild und um die Grundwerte unserer Politik.

Vor Eintritt in die Einzelberatungen der Anträge schlägt das Tagungspräsidium vor, daß eine kurze Generaldebatte geführt wird. Dazu liegen vier Wortmeldungen vor. Es sind dies die Wortmeldungen des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, unseres Freundes Christoph Bergner, des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Heiner Geißler, sowie des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Erwin Teufel und des Delegierten Leo Dautzenberg.

Im Anschluß daran wollen wir in die Diskussion und die Verabschiedung der vorliegenden Anträge eintreten. Das Wort hat nunmehr Christoph Bergner.

Dr. Christoph Bergner: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich eine Frage aufgreifen möchte, die mir im Vorfeld dieses Parteitags und im Vorfeld der Programmdiskussion häufiger, besonders von Journalisten, gestellt wurde. Die Frage lautet: Was wollt ihr in den neuen Bundesländern denn mit einem Grundsatzprogramm? Habt ihr nichts Wichtigeres zu tun? Mit anderen Worten: Wen soll man denn in den neuen Bundesländern mit solchen grundsätzlichen Aussagen hinter dem Ofen hervorlocken?

Lassen Sie mich kurz hierzu Stellung nehmen. Richtig ist: Die Situation in den neuen Bundesländern wird durch elementare Veränderungen geprägt. Deshalb entfaltet auch nicht jedes Thema, das in den alten Bundesländern Brisanz besitzt, bei uns eine vergleichbare Öffentlichkeitswirkung. Auch die Programmdiskussion wird im Osten überlagert sein von elementaren Entwicklungen, vom Strukturwandel in Industrie und Landwirtschaft, von Arbeitslosigkeit, Wohnungsprivatisierung - die Stichworte ließen sich fortsetzen.

Richtig ist auch, daß ein solches Grundsatzprogramm an sich keine Massenlektüre ist und daß dieses Programm es natürlich schwer haben wird, in der Informationsflut zu bestehen, die gerade in diesen Monaten wieder auf die Bürger in den neuen Bundesländern hereinbricht.

Richtig ist, daß ein Grundsatzprogramm keine Patentantworten auf Tagesfragen gibt. Dort, wo Tagesfragen brennen - wie in den neuen Bundesländern -, herrscht deshalb eine gewisse Skepsis, wenn man sich grundsätzlichen Betrachtungen und Überlegungen öffnen soll.

Trotzdem glaube ich - dies will ich hier ganz offensiv vertreten -, daß gerade in den neuen Bundesländern die Suche nach politischer Orientierung größer ist, als es aus Meinungsforschungsinstituten deutlich wird.

(Beifall)

Wir haben in Sachsen-Anhalt - dies ist das Beispiel, von dem ich hier reden kann - im Dezember letzten Jahres als CDU einen schweren Konflikt durchstehen müssen. Wenn wir nicht geschwächt, sondern, wie ich glaube, eher gestärkt daraus hervorgegangen sind, dann deshalb, weil wir uns in der Konfliktlage zu Grundsätzen und zu Grundwerten bekannt haben:

(Beifall)

Zum Grundsatz der exemplarischen Freiheitsrechte frei gewählter Parlamentarier, zu den Grundlinien repräsentativer Demokratie.

Ich glaube, gerade an Hand des Zuspruchs, den wir im Ergebnis dieses Konfliktes erfahren haben - und den auch ich erleben durfte: Das Vertrauen der Bürger in den neuen Bundesländern gewinnt nicht die Partei, die sich zum Objekt des Zeitgeistes macht, sondern die Partei, die sich zu Grundsätzen bekennt.

(Beifall)

Deshalb gilt es auch dort, sich zu Grundsätzen zu bekennen, wo sie mit Blick auf die neuen Bundesländer unselbstverständlich sind, und hier erwähne ich ausdrücklich den Bezug auf das christliche Menschenbild.

Es ist richtig - und von dieser Realität müssen wir ausgehen -, daß wir, wenn wir allein die Mitgliedschaft in Kirchen und Religionsgemeinschaften betrachten, eine eher deprimierende Statistik vor uns haben, und dennoch muß ich sagen: Der Bezug zum Fundament „christliches Menschenbild“ ist auch vor dem Hintergrund dieser Statistik unerlässlich, denn ich sehe zu diesem Bezug auf das christliche Menschenbild in den neuen Bundesländern nur problematische Alternativen.

Richtig ist auch, daß wir es im Osten Deutschlands mit einer gewissen Ideologiemüdigkeit zu tun haben. Dennoch, so glaube ich, wird das Grundsatzprogramm gerade mit seinem ersten Teil seine Wirkung dort entfalten, wo es von der Begrenztheit menschlichen Handelns spricht. In den Köpfen der Bürger unserer Länder leben die Ideologien des Marxismus noch insofern fort, als der Politik Heilserwartungen entgegengebracht werden. Diese Heilserwartungen zu brechen muß unser wichtiges Anliegen sein, damit ein nüchterner und sachlicher Blick für die Möglichkeiten der Politik geöffnet wird.

Deshalb lassen Sie mich angesichts aller skeptischen Betrachtungen, welchen Wert ein Grundsatzprogramm dieser Art für die neuen Bundesländer hat, mit der Feststellung schließen: In den neuen Bundesländern braucht man - das ist richtig - Geld, Investitionen und Arbeitsplätze, aber man braucht auch politische Grundsätze, die glaubwürdig vertreten werden, und dies sollten wir tun. - Danke schön.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christoph Bergner! Das Wort hat nunmehr Dr. Heiner Geißler.

Dr. Heiner Geißler: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war mein erster Bundesparteitag als Generalsekretär, als wir 1978 das Ludwigshafener

Grundsatzprogramm verabschiedet haben. Deswegen möchte ich jetzt etwas zu diesem neuen Programm sagen.

Es gibt eine wichtige Unterscheidung zwischen der SPD und uns: Die Sozialdemokraten haben ein Lied, und sie haben auch eine Fahne. Wir haben kein Lied - außer dem Deutschlandlied - und keine Fahne, aber wir haben ein Programm. Die CDU ist von einem Kanzlerwahlverein unter Konrad Adenauer unter dem Vorsitz von Helmut Kohl in der Zeit, als Kurt Biedenkopf und ich Generalsekretär waren, zu einer Programmpartei geworden, und dies ist wichtig, weil anders eine Volkspartei nicht zusammenbleiben kann.

(Beifall)

Dieses Grundsatzprogramm, auch das neue, ist die wichtige Voraussetzung dafür, daß wir eine Union bleiben, in der die geschichtlichen Strömungen unseres Volkes, die christlich-soziale, die konservative und die liberale, zu etwas Neuem zusammengefaßt worden sind. Lassen wir uns auch heute unter veränderten politischen Bedingungen nicht auseinanderdividieren in Konservative - möglicherweise sogar Nationalkonservative -, Christlich-Soziale und Liberale, sondern bleiben wir Christliche Demokraten; das ist etwas ganz anderes als diese Einzelformationen.

(Beifall)

Nun heißt es in dem neuen Entwurf zu den Volksparteien, sie greifen geschichtliche Anliegen und politische Fragen auf und tragen zur politischen Willensbildung bei; so der Antrag des Bundesvorstandes. Das wird nicht ohne Diskussion gehen, auch nicht in den eigenen Reihen.

Nun verstehe ich etwas von Streit; ich war zwölf Jahre Generalsekretär. Ich bin von Natur aus ein friedlicher Mensch,

(Heiterkeit und Beifall)

aber wenn man sich in den Defensive befindet - der Kollege Haase sitzt da vor mir; er ist auch ein Beispiel für kämpferisches Eintreten gewesen -, dann muß man Streit anfangen, Streit mit dem politischen Gegner und vor allem Streit wegen wichtiger politischer Fragen. Lieber Herr Göhner, dann fangen wir einmal Streit an, z. B. um Europa. Wie das Europa von morgen aussehen soll, das ist eine ganz entscheidende Frage,

(Beifall)

und dann müssen wir den Streit nicht nur mit der SPD anfangen. Es gibt ja breite neonationalistische Fronten in unserem Land, die uns wieder zurückwerfen wollen.

Wir sollten auch Streit anfangen wegen der Familie. Was die Bundesfamilienministerin vorgeschlagen hat, kam vielleicht zur Unzeit; mir wäre es lieber gewesen, die Bundesregierung hätte den Streit vor drei oder vier Monaten angefangen, dann hätte er sich wirklich rentiert.

(Zustimmung)

Wir müssen über die Frage reden: Wie sieht der Familienlastenausgleich der Zukunft aus?

Wenn ich auf gestern zurückblicke: Das war eine prima Rede des Bundeskanzlers, und es ist völlig richtig: Nur wer sich selber imponiert, imponiert auch anderen.

(Heiterkeit und Beifall)

Es gibt viel mehr Leute, die kapitulieren, als solche, die scheitern. Das alles ist richtig, und mit der SPD müssen wir uns auseinandersetzen, aber nicht nur mit der SPD selber und mit Herrn Scharping, sondern auch mit denen, die ihm das Postament aufbauen. Wenn ich sehe, wie Herr Scharping von Arbeitgebervertretern, von Vertretern der Arbeitgeberverbände auf Cocktailpartys von Industrie- und Handelskammern hofiert wird, dann fällt mir nur ein: Die Berühmtheit manches Zeitgenossen ist unmittelbar mit der Dummheit seiner Bewunderer verbunden.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall)

- Ja, das ist so!

(Zustimmung)

Aber wir müssen ehrlich zu uns selber sein. Wir sind in keiner einfachen Situation. Glauben Sie mir das eine: So schwierig war es fast noch nie, und darüber sollten wir nicht hinwegreden. Auf die Frage „Sind die Politiker imstande, den Herausforderungen zu begegnen?“ antworten im Westen gerade noch 25 % der Leute mit Ja und in Ostdeutschland noch 16 %. Die Shell-Studie, eine seriöse Studie über die Jugend, sagt - und das hat mich am meisten erschüttert -, 82 % der Jugendlichen glauben, sie würden von den Politikern betrogen.

Liebe Parteifreunde, wir haben nicht zu viele Diskussionen bei uns; wir haben in Wirklichkeit in Deutschland, auch wir in der CDU, eine Vertrauenskrise. Die Leute haben Schwierigkeiten, uns zu glauben. Deswegen ist die entscheidende Frage - auch dafür, wie wir die Wahlen gewinnen wollen -: Wie können wir Vertrauen und Kompetenz zurückgewinnen? Darauf kommt es an: Wie können wir Vertrauen und Kompetenz zurückgewinnen?

(Beifall)

Es wäre wirklich, wie der Sozialwissenschaftler Deutsch einmal gesagt hat, die Arroganz der Macht, wenn wir dies nicht wahrnehmen würden. Das erreicht man nicht durch Selbstbeschwörung, sondern durch Argumentation und Glaubwürdigkeit.

In unserem Entwurf eines Grundsatzprogramms heißt es in der Ziffer 107:

Die politische Willensbildung

- in der CDU -

muß von Fairneß, Toleranz und Kompromißfähigkeit, aber auch von Grundsatztreue getragen sein.

Es geht bei unseren Diskussionen nicht um eine andere Politik, sondern es geht um die Grundsätze. Und diese Grundsätze, die im Menschenbild, das wir haben, begründet sind, haben Konsequenzen. Das bedeutet eben möglichst wenige Entscheidungen von oben herunter, nichts versprechen, was man nicht halten kann, und nach den Wahlen das machen, was man vorher gesagt hat.

Die Menschen - das hat Helmut Kohl gestern zu Recht gesagt - sehen im Fernsehen Bilder, die ständig wechseln, und Bilder - dies füge ich hinzu - von unvorstellbarer Armut und Grausamkeit, aber sie sehen vor allem die Widersprüche in unserer Politik.

Gegen den Irak wurde ein technisch perfektionierter, blutiger und teurer Krieg geführt. Gleichzeitig schlugen sich die serbischen Generale vor Lachen auf die Schenkel, weil dieselben industriellen Supermächte bis heute dem Abschlachten in Bosnien-Herzegowina tatenlos zusehen.

(Beifall)

Die Klimakatastrophe rückt näher, aber das eigene Land droht im Verkehrsinfarkt zu ersticken. Wir haben eine Asyldebatte geführt, aber eine Milliarde Menschen - das sagt die Weltbank - müssen pro Tag von dem Gegenwert eines Dollars leben, und 2,5 Milliarden Menschen - das steht im Entwicklungshilfebericht der Bundesregierung - haben keinen Zugang zu ärztlichen Diensten. Und wir sind die Zeitzeugen einer Völkerwanderung. Man kann heute die Straße von Gibraltar mit einem Surfbrett, mit Segel ausgestattet, in zwanzig Minuten überqueren, und man überschreitet damit gleichzeitig die Armutsgrenze zwischen Europa und dem Rest der Welt.

Wir können das Elend nicht auf unseren Sozialämtern lösen, aber wir müssen Konsequenzen ziehen durch eine Änderung unserer Außenwirtschaftspolitik, durch die Öffnung unserer Grenzen. Die Bundesregierung hat es Gott sei Dank in den GATT-Verhandlungen erreicht, daß sie besser ausfielen, als es die Franzosen wollten.

Die innere Einheit ist noch nicht vollendet. Ein Widerspruch. Rußland droht auseinanderzubrechen, und der islamischen Fundamentalismus droht überall im islamischen Bereich seine Gottesstaaten zu errichten. Das sind alles Dinge, die sich vor unserer Haustür abspielen und die unsere Politik in Deutschland unmittelbar betreffen. Das wissen die Menschen. Sie sehen es jeden Tag, und unsere Aufgabe wäre es, ihnen die Zusammenhänge zu erklären, die geschichtlichen Entwicklungen, die sich hier vollzogen haben, daß wir die Zeitzeugen des größten Umbruchs sind, den die Weltgeschichte in den letzten Jahrhunderten erlebt hat.

Und weil die Leute den Eindruck haben, daß ihnen die Politik in den Zusammenhängen nicht richtig erklärt wird, breitet sich Unsicherheit aus und die Neigung, in simple Lösungen zu flüchten. Individualisierung, nationale Abschottung, Fremdenhaß, die Weigerung, an argumentativen, diskursiven demokratischen Lösungen teilzuhaben, und die Neigung, sich in radikale Parteien zu flüchten, sind die Konsequenzen.

Deswegen: Wenn wir Glaubwürdigkeit als Christliche Demokraten realisieren wollen, dann müssen wir den Menschen Orientierung geben. Und wer wäre eigentlich mehr geeignet als wir Christlichen Demokraten, diese Orientierung zu vermitteln! Alle großen politischen Entscheidungen seit 1949 sind nicht von der SPD, sondern von uns, von den Christlichen Demokraten, initiiert, in Gang gesetzt und auch verabschiedet worden - die deutsche Einheit, die Soziale Marktwirtschaft und die europäische Einigung. Und jetzt erwarten die Leute eigentlich zu Recht von uns: Was sagt denn Ihr, wie soll die Welt von morgen aussehen? Was habt Ihr für Perspektiven und Inhalte für Deutschland und Europa?

Bundestagswahlen kann man dadurch gewinnen, daß man sie zu Richtungsentscheidungen macht. Dadurch gibt man Orientierung und Sicherheit. Und die Möglichkeit, diese Richtungen deutlich zu machen, das ist zum Beispiel unser Menschenbild, das Menschenbild in seinen Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Nur - darüber haben wir schon geredet - das hat Konsequenzen, konkrete Konsequenzen, die wir genau erkennen. Da liegt die Unterscheidungslinie zu den Sozialdemokraten

und zu den Liberalen. Der Bundeskanzler hat von Isolation geredet, in der sich die Sozialdemokraten befinden. Das ist ein außenpolitisches Phänomen, aber im Grunde genommen ist es ein ethisches Versagen, nämlich das Bündnis der SPD mit dem Gesinnungspazifismus vor zehn Jahren in einer falschen Bewertung der Grundwerte. Egon Bahr sagte, der Friede ist der oberste Grundwert. Das war der grundlegende Fehler. Der Friede ist kein Grundwert, sondern der Friede ist das Ergebnis der Realisierung unserer Grundwerte - der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität.

(Beifall)

An diesem historischen Fehler leiden die Sozialdemokraten bis heute. Davon haben sie sich nicht befreit. Deswegen klagen sie vor dem Bundesverfassungsgericht, weil ein deutscher Zerstörer in der Adria umherfährt, um das UNO-Embargo zu überwachen. Die Bundeswehr war nach unserer Meinung - Volker Rühle, da waren wir immer einer Meinung! - nie eine Nationalarmee, sondern Bestandteil einer Wertegemeinschaft der freien Völker der Welt zur Verteidigung der Freiheit und der Demokratie. Und daran hat sich bis heute nichts geändert. Nur der Aktionsradius ist größer geworden. Unsere Verantwortung ist globaler, und dieser globalen Verantwortung für Demokratie und Freiheit entziehen sich die Sozialdemokraten.

(Beifall)

Wir müssen einmal die Frage stellen: Was wäre aus Berlin, aus der Freiheit der Berlinerinnen und Berliner geworden, wenn sich die Amerikaner, die Franzosen und die Engländer genauso unmoralisch verhalten hätten wie heute die Sozialdemokraten in bezug auf die UNO?

(Beifall)

Unser Menschenbild ist das Kriterium, und der Mensch, wie er geht und steht, ist der eigentliche Mensch. Marx hat einmal gesagt, der Mensch, wie er geht und steht, ist nicht der eigentliche Mensch, sondern er muß der richtigen Klasse angehören. Und die Nazis haben gesagt, er muß der richtigen Rasse angehören. Aber wir sagen doch wohl: So, wie er ist, ist seine Menschenwürde unteilbar. Aber das hat Konsequenzen. Unabhängig davon nämlich ist die Menschenwürde unteilbar, ob die Menschen geboren sind oder ungeboren,

(Beifall)

ob Mann oder Frau, ob gesund oder krank, ob voll leistungsfähig oder behindert, aber auch - und jetzt wird die Sache schon härter in den Konsequenzen - unabhängig davon, ob er Deutscher oder Ausländer, Weißer oder Schwarzer, Christ oder Buddhist ist.

(Beifall)

Darin unterscheiden wir uns von den anderen. Und wenn wir dies den Menschen klarmachen, dann gewinnen wir Vertrauen zurück und Glaubwürdigkeit. Geboren oder ungeboren hat nicht nur strafrechtlich Relevanz, sondern bedeutet, daß wir zum Beispiel den Rechtsanspruch der Familien auf einen Kindergartenplatz wirklich durchsetzen.

(Beifall)

Das haben wir gesagt, und es gehört zur Glaubwürdigkeit, daß wir dabei bleiben.

Unabhängig davon, ob jung oder alt: Die zwei Millionen Pflegebedürftigen gehören zu den Hilflosesten in unserer Gesellschaft. Sie haben keine Lobby. Die Glaubwürdigkeit unseres Menschenbildes wird davon abhängen, ob wir es zulassen, daß mächtige Organisationen, die über die notwendigen Droh- und Störpotentiale verfügen, sich gegen uns, die demokratisch gewählten Vertreter des ganzen Volkes, die wir auch für die Hilflosen zuständig sind, durchsetzen. Das wird die entscheidende Frage sein.

(Lebhafter Beifall)

Wenn wir vom Sparen reden, dann müssen wir die Sache auch richtig begründen. Wir sparen, weil wir uns nicht weiter verschulden wollen, weil wir nicht das Holz unserer Kinder verfeuern dürfen. Das ist der Grund, warum wir sparen.

(Beifall)

Ein bißchen mehr Information täte in der jetzigen Situation nicht schlecht. Jung und alt: Das bedeutet auch, daß wir als Politiker eine Verantwortung haben. Wer ein öffentliches Amt hat, muß gegen sich höhere Maßstäbe gelten lassen, als es für den Normalmenschen gilt. Das ist meine Auffassung.

(Beifall)

Er muß Vorbild für junge Leute sein können. Es gibt eine Loyalität von unten nach oben, ohne die kann kein Mensch ein Amt ausüben. Aber es gibt auch eine Loyalität von oben nach unten, und das bedeutet, daß diejenigen, die ein Amt haben, sich besonders anstrengen müssen, damit sie dieser Forderung genügen.

Wenn wir das Arbeitslosengeld kürzen, weil wir sparen wollen, dürfen wir uns gleichzeitig keine finanziellen Eskapaden bei Mitgliedern gleich welcher Regierungen in Deutschland leisten.

(Beifall)

Wir dürfen uns auch nicht in eine falsche Schlachtordnung, Kopf gegen Herz, abdrängen lassen. Für mich wird die ganze Spardiskussion zum mechanisch geführt. Wir sind als christliche Demokraten auch dazu da, zu sagen: Hinter allem, was wir machen, sehen wir das Schicksal des einzelnen Menschen, z. B. auch des Arbeitslosen, eines Menschen, der 25 oder 30 Jahre gearbeitet hat und der arbeitslos wird und irgendwann in der Sozialhilfe landet. Das muß man den Menschen erst einmal verständlich machen. Wir sollten zum Ausdruck bringen, daß wir das wissen und daß wir nicht herzlos über diese Schicksale weggehen. Diesen Eindruck dürfen wir nicht erwecken, alle miteinander nicht, wenn wir diese Dinge bereden.

Wir müssen wieder Zugang zu den Problemen finden. Das ist z. B. das Ergebnis einer Analyse der letzten Landtagswahl in Baden-Württemberg. Erwin, Du kennst es ja. Wir müssen wieder Zugang zu den Problemen der durch die Arbeitslosigkeit verunsicherten Industriearbeiterschaft und zu der durch hohe Mieten geschockten städtischen Wohnbevölkerung finden. Wir müssen eine Volkspartei bleiben. Wir sind eine Partei auch für die kleinen Leute. Das muß klar gemacht werden. Wir sind auch eine Partei für den braven, einfachen Steuerzahler.

(Beifall)

Zum Rechtsradikalismus: Das hat etwas mit der Grundwertediskussion zu tun. Man muß mit den Leuten reden - man muß fast schon sagen, man muß mit den Kindern reden -, die ihre Brandfackeln auf Häuser werfen, in denen Menschen wohnen, die

eine andere Hautfarbe oder eine andere Herkunft haben. Vielen von diesen jungen Leuten hat das Gewissen leider nicht geschlagen, bevor sie die Fackeln geschleudert haben, und hinterher auch nicht.

Wie kann es aber auch anders sein, wenn diese jungen Leute im Westen wie im Osten in ihrem ganzen jungen Leben weder vom Elternhaus, noch in der Schule irgendetwas von Gott und den zehn Geboten gehört haben.

(Beifall)

Wir brauchen im Interesse unserer Grundwerte wieder eine Rückbesinnung auf die Notwendigkeit, in Schule und Erziehung die menschlichen Grundwerte, die christlichen Grundwerte und Tugenden wieder zur Grundlage unseres Bildungssystems zu machen.

(Lebhafter Beifall)

Ich wollte noch etwas zu Europa sagen, aber das mache ich heute nachmittag.

Ich habe vor einem halben Jahr an einem Symposium der Bertelsmannstiftung in Wittenberg teilgenommen. Hans Küng, der das Weltethos bei der Konferenz der Weltreligionen in Chicago im letzten Jahr mit seinen fünf Maximen der elementaren Menschlichkeit proklamiert hat, hat dieses in der Stadtkirche von Wittenberg in einer Predigt dargestellt. Anschließend gab es eine Diskussion, an der Andrzej Szczypiorski, der polnische Schriftsteller, Hans Küng, Friedrich Schorlemmer, Erhard Eppler und ich teilgenommen haben. Andrzej Szczypiorski und ich haben Hans Küng in seiner Projektion des Weltethos unterstützt.

Erhard Eppler hat - für mich nicht verwunderlich - gesagt: Die Erfahrung seines politischen Lebens sei eher der Zynismus. Ich glaube, wir müssen dem etwas entgegensetzen, was Ausdruck unseres Grundsatzprogrammes ist, daß wir als christliche Demokraten an die geistige und moralische Kraft des Menschen unverbrüchlich glauben um mit den Herausforderungen unserer Geschichte fertig werden. - Danke schön.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, der Bundesparteitag dankt Heiner Geißler für seine nachdenklichen, grundsatzfesten und mit Perspektiven versehenen Ausführungen zu den Grundfragen unserer gemeinsamen Politik.

(Beifall)

Das Wort hat nunmehr der baden-württembergische Ministerpräsident, unser Freund Erwin Teufel.

Erwin Teufel: Herr Parteitagpräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Das, was ich sagen möchte, schließt nahtlos an das an, was mein Freund Heiner Geißler gerade ausgeführt hat und wofür wir ihm zu Recht gedankt haben. In diesem Wahljahr geht es nicht nur darum, ob die Koalition der Mitte vor Rot-Grün liegt. Es geht bei dieser Wahl auch darum, daß die Demokratie in Deutschland gestärkt und nicht geschwächt wird. Es war die Volkspartei CDU, die nach dem Krieg einen entscheidenden Beitrag für das Gelingen des zweiten Versuchs einer Demokratie in Deutschland geleistet hat. Bonn wurde nicht Weimar, weil die heillose Parteienzersplitterung von Weimar verhindert wurde, weil die Konfessionen sich nicht weiter

bekämpften, weil Christen zusammenarbeiteten, weil die bürgerliche Mitte zur gestaltenden Kraft in Deutschland wurde.

Daß das vereinte Deutschland eine stabile und handlungsfähige Demokratie bleibt, daß Berlin nicht Weimar wird, das ist unser Auftrag, und dafür braucht Deutschland eine starke CDU.

(Beifall)

Ich sage dies angesichts des Ansturms zahlloser neuer rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Parteien, die alle in der öligen Brühe der Parteienverdrossenheit nach Wählerstimmen fischen. Wir bekämpfen mit aller Entschiedenheit jede rechtsextremistische Partei oder Gruppierung. Im Gegensatz zur SPD haben wir uns immer von jeder Form des politischen Extremismus - ob von rechts oder von links - entschieden und konsequent abgegrenzt.

(Vereinzelt Beifall)

Wir werden Statt-Parteien, Bürgerbünde und ähnliche Gruppierungen als das bezeichnen, was sie entgegen ihrem eigenen populistischen Gerede sind: konzeptionslose Verweigerer und Stimmungsschmarotzer.

(Beifall)

Sie stabilisieren nicht, sie destabilisieren. Sie führen nicht zu schnelleren und klareren Entscheidungen, sondern zur Verzögerung von Entscheidungen, ja zur Entscheidungsunfähigkeit. Gerade in schwierigen Umbruchzeiten können wir uns immer weniger Parteienzersplitterung und handlungsunfähige Regierungen leisten. Deshalb sage ich auch: In der Hand des Wählers liegt es, Weimarer Verhältnisse, italienische Verhältnisse zu verhindern. Jeder in Deutschland, der zur Wahl geht, muß seine Stimmabgabe verantworten können. Auch Wahlenthaltung ist nicht zu verantworten. Wer nicht wählt, gefährdet das Erreichte. Er verliert das Recht zur Kritik, er verliert auch die Legitimation, sich über politische Fehlentwicklungen, die er ja mit seiner Stimme korrigieren könnte, aufzuregen.

Unsere Gesellschaft befindet sich im Umbruch. Unsicherheit und Orientierungslosigkeit sind Kennzeichen jeder Umbruchsituation. Politischer Extremismus, ausländergefeindliche Gewalttaten, Drogenkonsum, Gewalt in den Schulen, eine dramatisch steigende Welle der Kriminalität sind Alarmzeichen. Sie haben dazu geführt, daß diejenigen Tonangeber in den Medien und auf den Kathedern, die nur in den emanzipatorischen Vokabeln und in jeder Form von Selbstverwirklichung den Fortschritt schlechthin gesehen haben, merklich sprachlos geworden sind.

Heute gibt es so etwas wie eine neue Nachdenklichkeit. Es ist selbst unter der linksliberalen Schickeria nicht verboten zu fragen: Was geht in unseren jungen Menschen vor? Was ist in unseren Familien los? Wo liegen erzieherische Defizite? Was ist gestört in unseren sozialen Beziehungen? Werte haben wieder Konjunktur. Jahrelang wurden wir ausgelacht, wenn wir die Worte „Tugend“ oder „Pflicht“ in den Mund genommen haben.

Jetzt haben selbst linksgerichtete Verlage ganze Buchreihen zu diesen Themen aufgelegt. Dort werden plötzlich wieder Begriffe wie Treue, Höflichkeit, Verlässlichkeit, Disziplin, Geduld usw. abgehandelt. Ich zitiere aus einem dieser im letzten Jahr erschienenen Bücher zum Thema „Moral“:

Die Orte, an denen früher moralische Orientierungen, ja der Sinn des Lebens verhandelt und angesprochen wurden, die Parteilokale, die Kirchenbänke, sind heute leer. Dennoch bleibt das Bedürfnis nach Orientierung bestehen.

Ich denke, daß die CDU sich selbst aufgeben würde, wenn sie nicht mehr den Anspruch erheben würde, daß in ihren Parteilokalen, in ihren Versammlungen, in ihren Parteiprogrammen politische und ethische Orientierung geboten wird.

(Beifall)

Die CDU ist mehr als eine materielle Interessengemeinschaft zur Wahrung des Besitzstandes. Die CDU ist die Volkspartei, die christliche Wertvorstellungen und die Grund- und Menschenrechte der Aufklärung zur Grundlage ihres politischen Handelns macht.

An welchem Bild vom Menschen wollen wir uns orientieren? Sind Menschen, was die Christliche Soziallehre lange wußte, nicht immer zugleich gut und böse, egoistisch und altruistisch, Individuen und Gemeinschaftswesen? Sehen sie nicht sich selbst, und sind sie nicht doch auf moralische Verpflichtungen ansprechbar, auf den eigenen Vorteil bedacht und doch fähig, für die Gemeinschaft Opfer zu bringen? Wäre es nicht gerade Aufgabe einer christlich-demokratischen Politik, die Menschen auf diese andere, bessere Seite anzusprechen, ihre Sehnsucht nach Fairneß, nach Gerechtigkeit und nach Gemeinschaft zu mobilisieren?

Liebe Freunde, es ist an der Zeit, daß in einer Gesellschaft, die durch Interessengegensätze, durch Konflikte, durch Meinungsunterschiede, durch ideologische Gegensätze zerrissen ist, die Idee des Gemeinwohls, die Idee des Dienens, die Unterscheidung von Gut und Böse wieder stärker betont wird. Welche Partei sollte dafür besser geeignet sein als die CDU?

Wir müssen in der Politik gewiß jeden Tag Sachprobleme lösen. Wir müssen aber auch aufzeigen, welche Grundwerte uns leiten und welche Ziele wir haben. Orientierung und Sicherheit müssen wir unseren Bürgern vermitteln, wenn wir über diese Wahl hinaus die Zukunft unseres Landes gewinnen wollen.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Erwin Teufel.

Als letztem Redner im Rahmen der Generaldebatte erteile ich nunmehr dem Delegierten Dautzenberg aus Nordrhein-Westfalen das Wort.

Leo Dautzenberg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für den Kreisverband Heinsberg darf ich zum Antrag A 16 sprechen. Er spiegelt die Grundsatzproblematik auch unserer Diskussion im Kreisverband wider. Soeben ist betont worden, wie verdienstvoll die Arbeit der Grundsatzprogrammkommission war. Ich glaube, ich kann das beurteilen, weil ich selber im Kreisverband einen Arbeitskreis „Grundsatzprogramm“ geleitet habe. Viele Parteimitglieder, die sonst mandatsmäßig nicht eingebunden sind, haben sich engagiert an dieser Diskussion beteiligt. Von daher, meine ich, müßten wir deren Überlegungen und Vorstellungen noch stärker mit in unsere Grundsatzprogrammdiskussion einbeziehen.

Ich meine, von daher ist es angebracht, daß man das in der grundsätzlichen Aussprache so wiedergibt. Viele Delegierte und auch viele Kreisverbände waren durchaus der Meinung - man sieht es an den Anträgen -, daß das gültige Grundsatzprogramm von

Ludwigshafen die richtige Grundlage für die Weiterentwicklung unserer Grundsatzdiskussion gewesen wäre.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, ich spreche hier für die vielen Mitglieder, die das in den Diskussionen vor Ort so kundgetan haben. Von daher bitte ich um mehr Verständnis dafür, daß das auch so in die Grundsatzausprache eingebracht wird.

Rekapitulieren wir einmal. Von 1972 bis 1978 haben wir über sechs Jahre hinweg die Grundsatzdiskussion geführt. Wir haben in Ludwigshafen ein Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands verabschiedet, das wirklich den Namen Grundsatzprogramm einer christlich demokratischen Partei verdient. Wenn man sieht, welche Grundsatzpositionen wir dort bezogen haben, welchen Wertebezug es gab, so erscheint der erste Entwurf des neuen Grundsatzprogramms als nichts anderes als eine Nivellierung, eine Anpassung an den Zeitgeist, und der zweite Entwurf, der des Bundesvorstandes, spiegelt in etwa die kritische Diskussion in den Kreisverbänden wider, ohne grundsätzlich zu den Positionen von Ludwigshafen zurückzufinden.

(Vereinzelt Beifall)

Von daher plädiere ich dafür, meine Damen und Herren, daß wir auf der Grundlage des Ludwigshafeners Grundsatzprogramms die Erfordernisse, die aus der langersehnten Einheit Deutschlands entstanden sind, und damit verbunden der größeren Verantwortung in der Welt und auch die Erfordernisse auf Grund der europäischen Integration in das gültige Grundsatzprogramm einarbeiten.

Ich sage das hier, weil weder die Grundsatzprogramm-Kommission noch der Bundesvorstand bisher diesem Grundanliegen von vielen Kreisverbänden - man sieht es an den Antragsunterlagen - Rechnung getragen haben.

Meine Damen und Herren, ich darf einmal darstellen, wie schwierig die Arbeit in unserem Kreisverband zur Diskussion des Grundsatzprogramms war. Allein vom methodischen Ansatz her war es sehr mühsam, den neuen Entwurf überhaupt zu beraten, weil er im Vergleich zum bestehenden Grundsatzprogramm keine Grundstruktur mehr hatte. Da muß ich fragen: War das Methode, um nachher bestimmte Ergebnisse zu erhalten, oder haben wir tatsächlich unsere inhaltlichen Positionen so verändert, daß wir zu bestimmten Positionen, für die wir einmal standen, nicht mehr stehen?

Ich unterstütze das, was vom Ministerpräsidenten Vogel ausgeführt wurde: Wie wichtig es ist, daß eine Partei ein Grundsatzprogramm hat. Aber, meine Damen und Herren, viel wichtiger ist noch, daß diese Grundsatzpositionen durch das tägliche Regierungshandeln und das politische Handeln durchgesetzt werden. Sonst wird ein Grundsatzprogramm Makulatur.

(Vereinzelt Beifall)

Deutlich werden die Nivellierung und die Niveauunterschiede zum Grundsatzprogramm, wenn man betrachtet, wie mühsam der Weg über das Präsidium hin zum Bundesvorstand in bezug auf die Position zur europäischen Integration und zu einem föderalen, subsidiär gestalteten Bundesstaat war. Denn vorher gab es andere Positionen. Man muß sich fragen: „Was war bisher die Politik der CDU zur europäischen Integration?“ und: „Stehen wir tatsächlich noch in der Tradition von Konrad Adenauer?“

Von daher, Herr Präsident, beantrage ich noch einmal formal, über unseren Antrag A 16 abstimmen zu lassen. Ich glaube, wir sind das unseren Mitgliedern in den Kreisverbänden schuldig, die sich viel Arbeit gemacht haben, die der Überzeugung waren, daß, aufbauend auf das Ludwigshafener Programm, die Notwendigkeiten der Aktualität und vor allen Dingen der Einheit Deutschlands und die Erfordernisse der europäischen Integration eingearbeitet werden müssen. Wenn dann solche Positionen noch in Regierungs- und politisches Handeln umgesetzt werden, dann können wir wahrlich stolz auf unsere Christlich Demokratische Union sein. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir lassen über jeden der gestellten Anträge formal befinden. Es war auch die Absicht des Tagungspräsidiums, über die Anträge aus den Kreisverbänden, die sich dafür ausgesprochen haben, es beim alten Grundsatzprogramm zu belassen, am Beginn der Antragsberatungen abstimmen zu lassen.

Ich habe jetzt noch eine Wortmeldung zu dem Thema „Grundsatzprogramm, ja oder nein“ vorliegen. Es ist die des Delegierten Lennartz aus Nordrhein-Westfalen.

Leo Lennartz (vereinzelt mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche für den Kreisverband Euskirchen. Wir haben den Antrag A 14 gestellt, der mit dem Antrag von Heinsberg nahezu deckungsgleich ist: Wir sollten jetzt nicht das neue Grundsatzprogramm verabschieden, sondern das bisherige ausbauen.

Ein solcher Antrag ist - das kann ich verstehen - für manche eine arge Provokation. Ich bitte ihn aber nicht als solche zu bewerten. Ich bin selber Vorsitzender eines Stadtverbandes. Ich habe die Kommission geleitet, die sich über viele Monate mit der Diskussion über die hier vorliegenden Entwürfe beschäftigt hat. Von daher ist es mir ein Bedürfnis, denen Dank auszusprechen, die es unternommen haben, ein neues Grundsatzprogramm zu schreiben.

Aber gleichzeitig muß ich auch sagen: Die Tatsache der 2500 Abänderungsanträge, die hier immer als Zeichen einer lebendigen Demokratie gewertet werden, können auch anders gesehen werden. Es kann nämlich auch sein, daß der Entwurf in der vorliegenden Form so nicht akzeptabel ist.

Herr Dautzenberg hat das eben schon ziemlich deutlich gemacht. Ich brauche das nicht zu wiederholen. Wenn man den jetzigen Entwurf und das bisher geltende Parteiprogramm miteinander vergleicht, wird man feststellen müssen, daß in den entscheidenden Punkten unseres Selbstverständnisses eine Achsenverschiebung vorgenommen worden ist. Das Wort von der Achsenverschiebung steht auch im Antrag des Kreisverbandes Euskirchen. Jedoch ist dieses Wort von der Antragskommission oder von der Redaktion nicht in den Antragsausdruck übernommen worden. Ich muß also dasselbe konstatieren wie soeben der Kollege aus Konstanz: Die Anträge erscheinen hier im Text noch nicht einmal in dem Wortlaut, in dem sie eingereicht worden sind. Ich halte das für ein unseriöses Vorgehen, wie ich schon einige andere Dinge in der Partei als unseriös habe bezeichnen müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Ganz abgesehen von der schlechten Situation in diesem Auditorium, die überhaupt keine Kommunikation unter den Mitgliedern ermöglicht: Es ist wirklich notwendig, daß

die Delegierten zu ihrem Recht kommen und über das sprechen können, wozu sie von ihren Parteifreundinnen und -freunden hierher entsandt worden sind. Sonst können wir uns nämlich diese Veranstaltung sparen.

(Vereinzelt Beifall)

Was die Achsenverschiebung angeht, meine Damen und Herren, so bitte ich Sie - ich will das gar nicht lange ausführen -, sich noch einmal anzusehen, was über den Menschen ausgesagt worden ist. Unser Freund Vogel hat vorhin ausgeführt: Alte Grundsätze müssen zeitgemäß ausgedrückt werden. Aber das zeitgemäße Ausdrücken braucht nicht darin zu bestehen, daß man die Aussagen inhaltlich verändert. Vielmehr müssen die inhaltlich unveränderten Aussagen so formuliert werden, daß sie in der jetzigen Zeit verstanden werden. Das ist ein ganz gravierender Unterschied.

Von daher darf ich nochmals darauf hinweisen, daß der Mensch und sein Lebensrecht zwar genannt werden, ebenso die Verteidigung des Lebensrechtes, aber so klar und deutlich, wie das dankenswerterweise Heiner Geißler heute morgen gesagt hat, ist das in diesem Programm nicht herausgekommen. Vor allen Dingen wird an einer Stelle gesagt, daß behinderte Kinder angenommen werden sollen. Jeder aus der Parteikommission wird natürlich widersprechen, wenn ich sage: Das klingt nach Verleihung von Lebensrecht.

Aber Sie wissen genau, meine Damen und Herren, daß es bei der Diskussion über die embryopathische Indikation darum geht, ob das eine unzumutbare Situation ist, ob nicht entschieden werden kann, ob dieses Kind lebt oder nicht lebt.

Wenn wir anfangen, Lebensrecht zuzuteilen, dann werden wir natürlich auch das Recht für uns in Anspruch nehmen müssen, dieses Recht irgendwann wieder zu entziehen. Das wird dann jeden von Ihnen treffen. Ich will nur auf die Konsequenzen dieser Überlegungen hinweisen.

Dann wird von der Bindung an Gott gesprochen. Der Vorsitzende der Programmkommission hat das heute morgen etwas flüchtig gestreift. Ich habe mich auch hier gefreut, von Heiner Geißler etwas von den Zehn Geboten zu hören. Ich wiederhole das, was ich auf dem Parteitag in Wiesbaden gesagt habe: Jeder Mensch ist von Gott gewollt, weil Gott nämlich jedem Menschen eine eigene, individuelle Seele einhaucht. Dieser Schöpfungsvorgang Gottes findet in jedem Menschen statt, und da zunächst auch wieder im ungeborenen. Diese Seele trägt der Mensch sein ganzes Leben mit sich.

Ich möchte auf einen anderen Punkt hinweisen, der nach unserer Auffassung eine Achsenverschiebung andeutet. Es werden Begriffe übernommen, die so ohne weiteres nicht übernommen werden dürfen. Es wird von der Ökologie gesprochen, und zwar in einem Sinne, der schon in gewisser Weise vorgeprägt ist. Wenn Sie jetzt über den Antrag abstimmen werden, ob wir eine Ökologische und Soziale Marktwirtschaft haben werden, müssen Sie sich natürlich sehr genau überlegen, ob das überhaupt noch in den Griff zu bekommen ist, was wir bisher als die Grundkomponente unseres politischen Tuns in Deutschland und auch in der Welt verstanden haben, nämlich eine Soziale Marktwirtschaft zu betreiben.

Wir haben gehört, daß Herr Göhner das Wort Vernetzung gebraucht hat. Er mißt dem Wort Vernetzung einen ganz besonderen Wert zu. Ich muß dazu sagen: Vernetzung ist ein ideologisch festgelegter Begriff. Vernetzung findet sich in vielen esoterischen Kreisen, in vielen Gruppierungen, die mit „religiös“ nicht mehr viel zu tun haben wollen.

Das Wort von der Vernetzung halte ich für ganz verderblich. Bisher hat man von der Beachtung von Zusammenhängen gesprochen. Wenn jetzt der Begriff Vernetzung eingeführt wird, wird damit nicht nur ein neues Wort gebraucht, sondern es wird eine ideologische Standortveränderung vorgenommen.

Ich sage das alles deshalb, meine lieben Freunde, weil wir vermeiden möchten, daß die Mitgliederpartei, auf die Heiner Geißler eben abgehoben hat, irgendwo wieder zu einem Wählerverein wird. Einige Journalisten haben diese Entwicklung schon vorhergesagt. Das können Sie heute morgen in der Zeitung lesen.

Die haben uns wieder etwas über den Ablauf des Parteitages erzählt und wie sie das als Außenstehende werten. Bei aller Kritik muß man ja auch einmal auf die Kritiker hören. Da muß ich natürlich sagen: Wir müssen aufpassen, daß wir uns mit unserer Partei nicht in Richtung auf einen Wählerverein bewegen.

(Zuruf: Aufhören!)

Es ist natürlich möglich, daß Sie das wollen. Das ist eine andere Frage. Dann muß man aber sauber darüber diskutieren. Ich jedenfalls - das ist mein Schlußwort - möchte nicht erleben, daß wir in einigen Jahren in unserer Partei eine Diskussion darüber führen müssen - wie in Italien -, ob wir unseren Namen noch führen dürfen oder ob wir einen anderen Namen führen müssen, weil eben der Standort, den wir zwischenzeitlich eingenommen haben, nicht mehr stimmt.

Aus diesem Grunde haben wir gesagt: Altes Programm, erweitert um die Aussagen über Deutschland und Europa. Aussagen über Deutschland sind mit Recht eingefordert worden; wir brauchen eine Konzeption für unser neues - „neues“ klein geschrieben - Deutschland. Diese Konzeption ist in diesem Programm nicht vorhanden. Wir brauchen außerdem eine Konzeption für die Position Deutschlands in Europa. Auch diese Konzeption ist in dem neuen Parteiprogramm nicht enthalten.

Wir haben seit vier Jahren die Souveränität, meine lieben Freunde. Wir haben vier Jahre Zeit gehabt, diese Konzeption zu entwickeln. Sie ist noch nicht da; sie ist dringend notwendig. Deshalb bitte ich, unserem Antrag zuzustimmen.

(Vereinzelter Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Das Wort hat abschließend zu dieser Debatte der Generalsekretär.

Peter Hintze, Generalsekretär der CDU: Liebe Freunde! Brauchen wir ein neues Grundsatzprogramm? Ich will das sehr kurz und präzise auf den Punkt bringen: Wir brauchen es, und wir würden die Fragen unserer Zeit verfehlen, wenn wir sagen, das Projekt können wir in Ruhe liegenlassen.

Ich sage Ihnen, warum wir ein neues Programm brauchen. Der erste Grund ist der erfreulichste Grund, den eine politische Partei für sich in Anspruch nehmen kann: Wichtige Grundforderungen unseres 78er-Programms sind erfüllt. Denken Sie an unser Ziel, die deutsche Einheit herbeizuführen. Denken Sie im Bereich der Familie an unsere Reformprojekte vom Erziehungsurlaub bis zum Erziehungsgeld. Wir haben unser Programm erfüllt.

Der zweite Grund ist: Wir wollen mit unserem neuen Programm auf neue Fragen antworten, auf den inneren und äußeren Wandel, auf die Veränderung der Gesell-

schaft. Als CDU sagen wir: Wir müssen hierauf mit einem deutlichen Akzent reagieren. Dieser Akzent heißt in einer komplizierter werdenden Welt Verantwortung.

Deswegen bitte ich: Rechtfertigen Sie die viele Programmvorarbeit, die geleistet wurde. Stimmen Sie gegen die beiden Anträge, und lassen Sie uns jetzt in die inhaltliche Diskussion eintreten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission, die beiden Anträge A 14 und A 16 abzulehnen. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, wer also dafür ist, daß wir jetzt in die Einzelberatung unseres Grundsatzprogramms eintreten, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Damit hat der Bundesparteitag mit übergroßer Mehrheit beschlossen, jetzt in die Beratung des Grundsatzprogramms und der dazu vorliegenden Anträge einzutreten. Das Wort hat der Generalsekretär.

Peter Hintze, Generalsekretär der CDU: Liebe Freunde, bevor wir jetzt in die Beratung eintreten, will ich noch ein kurzes Wort des Dankes aussprechen. Die 2 500 Anträge sind von Reinhard Göhner und seiner Kommission gründlich durchgearbeitet worden. Ich finde, wir sollten auch einmal dem Sekretariat der Grundsatzprogrammkommission, Dr. Gauly und seinen Mitarbeitern, ein herzliches Wort des Dankes sagen.

(Beifall)

Sie haben die Arbeit dieser Kommission begleitet und, wie ich finde, uns heute eine gute und spannende Diskussion ermöglicht.

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde, gemäß der Empfehlung der Antragskommission rufe ich jetzt die Anträge A 1 bis A 42 und A 443 sowie A 444 auf. Diese Anträge allgemeiner Art finden Sie in der Antragsbroschüre auf den Seiten 1 bis 10 und in der Sammlung der Initiativanträge II.

In der rechten Spalte sind die Empfehlungen der Antragskommission zu diesen Anträgen abgedruckt. Die Antragskommission hat über diese Anträge heute morgen noch einmal diskutiert und ihre Empfehlung noch einmal geändert. Sie empfiehlt die Annahme des Antrages A 4.

Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Anträge A 1 bis A 42 abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommissionen zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen und 1 Enthaltung so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 1 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Sie finden den Text der Ziffer 1 auf Seite 11 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge A 43 bis A 48 auf den Seiten 11 und 12 der Antragsbroschüre und Antrag A 50 auf Seite 13.

Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages A 43. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei 1 Gegenstimme und wenigen Enthaltungen so beschlossen.

Ich rufe auf die Ziffer 2 des Antrags des Bundesvorstandes. Sie finden den Text auf Seite 12 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge A 49 und A 51 bis A 62 auf den Seiten 12 bis 15 der Antragsbroschüre. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist dann bei wenigen Enthaltungen so beschlossen.

Ich rufe auf die Ziffer 3 des Antrags des Bundesvorstandes. Sie finden den Text auf Seite 15 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge A 63 bis A 83 auf den Seiten 15 bis 20 der Antragsbroschüre sowie Antrag A 445. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf die Ziffer 4 des Antrags des Bundesvorstandes, abgedruckt auf Seite 20 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge A 84 bis A 87 auf den Seiten 20 bis 21 der Antragsbroschüre. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme von A 84 und A 86. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um ein Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf die Ziffer 5 des Antrags des Bundesvorstandes. Sie finden den Text auf Seite 21 der Antragsbroschüre. Es geht um die Anträge A 88 bis A 108 auf den Seiten 21 bis 25. Dazu sind drei Wortmeldungen eingegangen.

Zunächst einmal rufe ich auf zu einem Wortbeitrag den Bundesvorsitzenden der Senioren-Union, Herrn Staatssekretär Dr. Bernhard Worms.

Dr. Bernhard Worms: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte für die Senioren-Union einen Antrag einbringen. Im Votum der Antragskommission in der fünftletzten Zeile heißt es: „die das Bild der Partei prägten“. Es geht darum, dieses Wort „prägten“ zu streichen und zu ersetzen durch das Wort „entstellten“. Damit folgen wir auch dem Antrag des Landesverbandes Brandenburg. - Vielen Dank.

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Nächste Wortmeldung: Dr. Vette, Brandenburg.

Dr. Markus Vette: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst für die Möglichkeit bedanken, als ständiger Gast aus den neuen Bundesländern an dieser Herausforderung der Erarbeitung des Grundsatzprogramms teilzunehmen. Eine solche Herausforderung nimmt man natürlich an.

Ich möchte zu dem Antrag sprechen und plädiere für den Antrag A 88. Erlauben Sie mir bitte, daß ich noch einmal auf die Dinge eingehe, die Christoph Bergner schon angesprochen hat. Das christliche Verständnis vom Menschen mag für viele im Saal eine Selbstverständlichkeit sein. Dort, wo ich herkomme, herrscht noch ein anderes Menschenbild.

Vor fünf Jahren war das andere Menschenbild so ausgeprägt, daß es eine Erziehung zu einer allseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeit geben sollte, die größt-

höchstmögliche Leistungen für die Gesellschaft, für den Staat zu erbringen hatte. Es ist hier nicht der Ort und die Zeit, auf die geistesgeschichtliche Linie von Bebel über Marx bis Bloch einzugehen - was ja erst durch Jonas zurückgenommen wurde -, sondern ich möchte nur auf die dreifache Verwendung des Superlatives bei größtmöglichst eingehen. An ihrer Sprache werdet ihr sie erkennen.

Meine Damen und Herren, die Auseinandersetzung mit der Utopie, die Auseinandersetzung mit dem Versuch, die zehn Gebote durch zehn Gebote der sozialistischen Moral zu ersetzen, wird uns noch eine ganze Zeit beschäftigen. Ich bin davon überzeugt, daß es nicht die schlechte Ökonomie und auch nicht die Senilität der alten Leute in Wandlitz war, sondern daß es ein falsches Menschenbild war, das das Scheitern des Sozialismus letzten Endes verursacht hat.

(Beifall)

Die Zeit gebietet Kürze. Ich plädiere für diesen Antrag und denke, daß wir, indem wir uns dieser Grundsatzprogrammdiskussion zu Beginn des Wahljahres stellen, die besten Voraussetzungen dafür schaffen, daß wir den Bürgern sagen, wer wir sind, was wir wollen. Das vermittelt Identität und Orientierung für die CDU. - Vielen Dank.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Die Antragskommission begrüßt diese Darlegungen. Wir können jetzt eintreten in eine Abstimmung auf der Basis dessen, was soeben noch einmal von Dr. Vette und vorher von Bernhard Worms bekräftigend zum Ausdruck gebracht worden ist.

Wer Zustimmung signalisieren will, den bitte ich um ein Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf die Ziffer 6 des Antrags des Bundesvorstandes. Sie finden den Text auf Seite 25 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge A 109 bis A 117 sowie A 44, A 48, A 52, A 54 und A 73 auf den Seiten 25 bis 27 der Antragsbroschüre.

Dazu gibt es eine Wortmeldung. Es ist die Wortmeldung des Delegierten Stephan Eisel, Landesverband Nordrhein-Westfalen. Stephan Eisel, bitte schön.

Dr. Stephan Eisel: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich spreche für den Antrag A 114 des Kreisverbandes Bonn und möchte um Ihre Zustimmung bitten. Wir sind in der Ziffer 6. In dieser Ziffer 6 des Grundsatzprogramms geht es um unsere Grundwerte und das christliche Menschenbild.

Der Auftrag des Hamburger Vereinigungsparteitages war gewesen, das Grundsatzprogramm zu ergänzen und fortzuschreiben, und nach einigen, nicht besonders gut gelungenen Versuchen in den ersten Entwürfen, auch den Grundwerteteil neu zu formulieren, ist im jetzigen Entwurf weitgehend die Formulierung aus dem Ludwigs-hafener Programm zu den Grundwerten übernommen worden.

Ich halte das für richtig und gut, weil eine Partei wie die Christlich Demokratische Union nicht innerhalb von 15 Jahren ihr Verständnis von Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität neu definieren muß. Außerdem haben diese Grundwerte durch die Vereinigung ja einen historischen Sieg errungen und sind bestätigt worden.

Was aus unserer Sicht fehlt - deswegen schlagen wir einen Satz zur Ergänzung vor -, ist, daß die Ziffer 6 um einen ausdrücklichen Hinweis darauf ergänzt wird, daß das,

was jetzt an Grundwerteerklärungen kommt, einen Bezug zum Ludwigshafener Programm hat.

Damit würde auch dem Anliegen vieler Kreisverbände Rechnung getragen werden, daß an einer prominenten Stelle unseres neuen Grundatzprogramms der Bezug zu dem Ludwigshafener Programm steht.

Er ist für viele Parteifreunde in den alten Bundesländern wichtig, aber, wie ich heute morgen von Herrn Bergner im Fernsehen gehört habe, er war auch für viele, die in den neuen Bundesländern in die CDU eingetreten sind, ein wichtiger Bezug.

Ich glaube, daß wir deutlich machen sollten: Dieses Grundsatzprogramm von Hamburg steht auf den Schultern von Ludwigshafen. Wir sollten zugleich deutlich machen, daß wir in den Grundsätzen bezüglich des christlichen Menschenbildes und der Grundwerte in der Kontinuität stehen und keinen Kurswechsel vollziehen. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag A 114 zuzustimmen. Fundament unserer Politik bleiben dabei die in unserem Ludwigshafener Grundsatzprogramm formulierten Grundüberzeugungen zum Verständnis des Menschen und der Grundwerte. Das wird in den anschließenden Ziffern im einzelnen durch wörtliche Zitate aus Ludwigshafen in dem vorhandenen Programmtext belegt. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsident: Das Wort dazu hat Dr. Reinhard Göhner.

Dr. Reinhard Göhner: Liebe Freunde! Der Vorredner hat völlig recht. Wir stehen mit diesem Grundsatzprogrammtext, was das christliche Verständnis vom Menschen, was die Grundwerte angeht, voll zu dem, was wir schon im Ludwigshafener Programm formuliert haben.

Wir haben die Fragen ergänzt, die sich aus der Gestaltung der inneren und geistigen Einheit Deutschlands ergeben, was sich aus unserem Leitbild der freien und verantwortlichen Gesellschaft ergibt.

Wir stehen mit diesem Programmtext auch in der Tradition des früheren Düsseldorf-Programms, des Berliner Programms, des Wiesbadener Programms. Ich denke, es ist richtig, daß wir diese Kontinuität inhaltlich deutlich machen. Dazu müssen wir eine Bezugnahme nicht ausdrücklich herstellen, sondern wir müssen sie inhaltlich, so wie es im Programmtext der Fall ist, deutlich machen. Deswegen bitte ich Sie, dem Votum der Antragskommission zu folgen.

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen auf der Basis des Votums der Antragskommission ab, so wie es durch Dr. Göhner eben noch einmal vorgetragen wurde. Wer für diese Auffassung stimmt, den bitte ich um ein Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei zwei Gegenstimmen ist der Antrag damit -

(Zurufe: Zählen!)

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß wir immer auf der Basis des Votums der Antragskommission abstimmen. Die Antragskommission hat ihre Auffassung durch Dr. Göhner eben noch einmal dargelegt. Die Empfehlung war Ablehnung des gestellten Antrags. Dazu habe ich um ein Stimmvotum gebeten. Wir wiederholen diese Abstimmung. Wer dafür ist, daß dem Votum der Antragskommission gefolgt

wird, den bitte ich um ein Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit so angenommen.

Ich rufe die Ziffern 7 bis 11 des Antrags des Bundesvorstands auf. Sie finden diese Ziffern einschließlich der dazu gestellten Anträge in der Antragsbroschüre auf den Seiten 28 bis 34. Wer den jeweiligen Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 12 des Antrags des Bundesvorstands auf. Sie finden den Text auf Seite 34 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge A 149 bis A 171 auf den Seiten 34 bis 42 der Antragsbroschüre und Antrag A 447. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Ziffern 13 bis 20 des Antrags des Bundesvorstands auf. Sie finden diese Ziffern einschließlich der dazu gestellten Anträge in der Antragsbroschüre auf den Seiten 42 bis 58. Wer den jeweiligen Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einer Gegenstimme so beschlossen.

Ich rufe die Ziffern 21 bis 25 des Antrags des Bundesvorstands auf. Sie finden diese Ziffern einschließlich der dazu gestellten Anträge auf den Seiten 58 bis 72 der Antragsbroschüre. Wer den jeweiligen Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Es liegt keine Wortmeldung bei uns vor. Aber wenn Sie die Wortmeldung abgeben, erhalten Sie selbstverständlich Rederecht. Die Wortmeldungen müssen beim Tagungspräsidium eingehen. Bitte, Sie haben das Wort.

Bruno Johannes Orth: Sehr geehrter Herr Sitzungspräsident! Liebe Parteifreunde! Ich finde es merkwürdig, daß eine ordnungsgemäß abgegebene Wortmeldung nicht vorliegt. Das muß ich doch vermerken. Sie ist rechtzeitig angekommen.

Meine Wortmeldung bezieht sich auf die Ziffern 23 bis 27 des Programms. Allerdings ist das in der Zusammenfassung, wie ich merke, jetzt überschritten. Es gibt in unserem Programm, das ich insgesamt für recht gut und umsichtig halte, doch einige Ungereimtheiten. Zu diesen Ungereimtheiten gehört, daß die Antragskommission nicht gemerkt hat, daß erstens ein Antrag gestellt worden ist, eine Ziffer umzustellen, und zwar Ziffer 50 Abs. 4. Das ist in Kapitel I. Wenn Sie nachschauen, was in Ziffer 50 Abs. 4 steht, dann sehen Sie, daß im Zusammenhang mit der Familie über Wehrgerechtigkeit, Wehrpflicht und Dienstpflicht gesprochen wird. Dies ist ein Versäumnis der Antragskommission.

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Darf ich Sie einen Augenblick unterbrechen. - Sie reden jetzt zu einem Antrag, der unter Kapitel II erscheint. Wir sind im Moment in der Beratung der Anträge zu Kapitel I. Deshalb möchte ich Ihnen zusichern, daß Ihre Wortmeldung zu Kapitel II registriert worden ist und dort auch aufgerufen werden wird. Ich bitte Sie, Ihre Einlassung unter diesem Gesichtspunkt jetzt zurückzustellen und uns die weitere Erörterung im Rahmen des Kapitels I ermöglichen.

Bruno Johannes Orth: Herr Sitzungspräsident, diesem Argument kann ich leider nicht folgen, denn die Antragskommission hat ein unlogisches Argument gebracht.

Nach meinem Wortverständnis muß bei einem Antrag, der zu Kapitel I vorliegt, auch geschaut werden, auf was sich dieser Antrag bezieht. Er bezog sich auf eine Stelle in Kapitel I, nämlich etwas einzufügen, was ursprünglich in Kapitel II unter Ziffer 50 vorgesehen war. Es schien uns im Rhein-Neckar-Kreis - dieser Antrag wurde aus dem Rhein-Neckar-Kreis gestellt - nicht ganz logisch, daß dieser wichtige Antrag zur Wehrpflicht und zu der Frage einer allgemeinen Dienstpflicht, Dienste an der Gemeinschaft, nicht im Abschnitt „Solidarität“ steht, wohin er gehört. Unser Programm sollte nicht so sein, daß wir an verschiedenen Stellen dieselben Aussagen machen, die sich dann zum Teil widersprechen, wir es dann verabschieden und am Schluß einen Salat haben, aber kein geschlossenes Programm.

Ich stelle in unserem Programmwurf, der sehr umfangreich ist, noch mehrere solcher Dinge fest. Ich glaube, es wäre wirklich besser gewesen, wenn die Antragskommission und die entsprechenden sicher qualifizierten Ausschüsse da etwas sorgfältiger gewesen wären. Es wird nämlich unlogisch, wenn wir jetzt etwas verabschieden, was dann später wieder aufgehoben werden soll. Das geht nicht. Ich bitte, das zu bedenken.

Vielleicht könnte ich gerade vortragen, worum es geht. Dann wird auch deutlich, daß wir im Rhein-Neckar-Kreis mit einem Kompromiß einverstanden sind, daß es im Anschluß an den Abschnitt über die Familie erscheint. Obwohl mir die Fragen der Familie ungeheuer wichtig sind - das ist mein eigentliches Metier -, gehört die Frage einer allgemeinen Dienstpflicht doch in den Abschnitt „Solidarität“ hinein. Dort ist sie richtig angesiedelt.

Wir haben noch einen Abschnitt, bei dem es ähnlich ist. Die Antragskommission hat dies anscheinend auch nicht gemerkt. In Antrag E 150 des Landesverbands Hamburg ist ebenfalls dasselbe gefordert, was wir schon vorher im Antrag A 32 gefordert haben. Der Landesverband Baden-Württemberg - dem würden wir uns anschließen - hat dies sehr sachkundig im Antrag B 271 zu Ziffer 50 vorgeschlagen.

Ich glaube, in der Substanz sind wir uns im Grunde im klaren, daß hier etwas geschehen muß. Ich habe am Samstag die Schlagzeile der „Welt“ gelesen, die das Ganze wirklich richtig erfaßt hat. Wir müssen ein Programm verabschieden, das gegen den Egotrip, der heute nicht nur in der Jugend, sondern auch in anderen Bereichen verbreitet ist, gerichtet ist. Dieses Programm muß in so klarer und deutlicher Form verabschiedet werden, daß keine Mißverständnisse möglich sind und keine Widersprüchlichkeiten bestehen.

Die Antragskommission hat unter Kapitel V das abgelehnt, was sie unter Kapitel II der Fraktion überweisen will. Das geht in sich nicht. Schauen Sie bitte nach, und dann werden Sie merken, daß hier Widersprüche hineinkämen, die wir nicht lassen können.

Ich denke, wir im Rhein-Neckar-Kreis haben uns die Mühe gemacht - das tun wir immer, wenn etwas vorliegt -, das Programm genau durchzuschauen. Das haben wir auch diesmal getan.

(Vereinzelt Beifall)

Es gibt also einen Antrag folgenden Inhalts - ich sollte ihn einmal nennen -: Wir sollten Ziffer 50 Abs. 4 vorziehen. Allerdings hat das Konsequenzen, weil die damit verbundenen Anträge auch vorher hätten erledigt werden müssen. Das hat die Antragskommission offensichtlich nicht erkannt, so gut die Arbeit war.

Ich bitte darum, so zu verfahren, daß wir der Antragskommission die Generalvollmacht geben, eine Schlußredaktion vorzunehmen, die dann wirklich ein schlüssiges und in sich widerspruchsfreies Programm ermöglicht. Das sehe ich im Augenblick leider noch nicht als gegeben an. Ich würde mich dann bei Ziffer 50 wieder zu Wort melden.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Das Wort hat Reinhard Göhner.

Dr. Reinhard Göhner, Antragskommission: Liebe Freunde! Die Situation ist recht eindeutig.

Erstens. Wir haben eben beschlossen, daß eine Redaktionskommission eingesetzt wird.

Zweitens. Wir sind jetzt bei den Grundwerten, und zwar im Moment bei dem Grundwert Solidarität. Wenn wir alle Sachfragen wie z. B. die Frage der Dienstpflicht oder den Bereich der Sozialpolitik, der ja ebenfalls etwas mit dem Grundwert Solidarität zu tun hat, im Zusammenhang mit den Grundwerten selbst behandeln würden, hätten wir in unserem Programm nur ein einziges Kapitel, das sich auf die Grundwerte bezieht.

Bei den Grundwerten beschreiben wir die ethischen Grundwerte aus unserem christlichen Verständnis vom Menschen. Wir beschreiben unsere Grundwerte und entwickeln bei den verschiedenen Politikfeldern anschließend, welche Konsequenzen sich daraus ergeben. Natürlich werden wir über die Fragen der Wehrgerechtigkeit, der Dienstpflicht, des Zivildienstes gleich diskutieren, aber jeweils an den Stellen, an denen in den einzelnen Sachkapiteln über diese Fragen zu entscheiden ist. Das wird in der Tat im Rahmen von Kapitel II und Kapitel V geschehen. Nirgendwo anders können wir es tun.

(Beifall)

Peter Jacoby, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir treten nun in die Abstimmung ein. Wir stimmen über die Ziffern 21 bis 25 ab, und zwar unter der Maßgabe, wie sie von Reinhard Göhner eben noch einmal dargelegt worden ist. Sie finden diese Ziffern einschließlich der dazugehörigen Anträge auf den Seiten 58 bis 72 der Antragsbroschüre. Wer den jeweiligen Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Ich rufe die Ziffern 26 bis 31 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Diese Ziffern sind in der Antragsbroschüre auf den Seiten 72 bis 84 abgedruckt.

Wer den jeweiligen Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu Kapitel I Abschnitt 2: Die Chancen des Umbruchs nutzen - Die Einheit Deutschlands in Freiheit und Verantwortung gestalten.

Zu einer Einführung in diesen Abschnitt erteile ich der Vorsitzenden des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern, Frau Bundesminister Dr. Angela Merkel, das Wort.

Dr. Angela Merkel: Herr Präsident! Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! In Kapitel I sagen wir unter dem Thema „Wer wir sind“ in Abschnitt 2: „Die Chancen des Umbruchs nutzen - Die Einheit Deutschlands in Freiheit und Verantwortung gestalten“.

ten." - Dieser Abschnitt spiegelt die Freude über die deutsche Einheit wider. Er ist nicht vom Geiste des Verdrusses getragen.

Es ist ein kurzer, prägnanter Abschnitt, der sagt: Die deutsche Einheit ist Bestandteil einer großen Umwälzung. Diese große Umwälzung macht es erforderlich, daß wir unsere Politik neu bestimmen.

Liebe Freunde, warum hat die CDU 1990 die Wahlen gewonnen? Weil die CDU eine Partei ist, die sich zu den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit bekennt, weil die CDU aber auch deutlich gemacht hat, daß sie diese Grundwerte nicht nur in der Theorie beherrscht, sondern sie auch in der Praxis lebt. Wir als Ostdeutsche haben damals empfunden: Die Mitglieder der CDU und allen voran der Bundeskanzler Helmut Kohl haben sich über die deutsche Einheit gefreut. Wir haben immer wieder erlebt, daß Lafontaine die Einheit in die Quere kam. Er hat sich nicht gefreut, er hat nur die Probleme beschrieben.

Heute ist es für uns wichtig, daß wir die Umbrüche und die Veränderungen, die die Menschen in den neuen Bundesländern miterlebt haben, so gestalten, daß sie auch merken, daß uns die Grundwerte etwas wert sind.

Liebe Freunde, es haben nicht alle in den neuen Bundesländern den Eindruck, daß es gerecht zugeht, wenn es beispielsweise um den Verlust des Arbeitsplatzes geht. Es haben nicht alle in den neuen Bundesländern den Eindruck, daß wir immer solidarisch zwischen Ost und West sind. Wenn diese beiden Grundwerte nicht gelten, dann hat das zur Folge, daß auch die Freiheit an Glanz verliert und daß die Menschen fragen: Was ist das für eine Gesellschaft?

Deshalb ist es wichtig, daß wir uns in unserem Land Zeit füreinander nehmen, daß wir Geduld haben, daß wir nicht nur die Bilder, die wir voneinander haben, pflegen, sondern auch miteinander sprechen und uns miteinander austauschen.

Liebe Freunde, in diesem Kapitel ist ganz klar gesagt: Es geht nicht darum, daß in den neuen Bundesländern in möglichst kurzer Zeit alles so wird, wie es in den alten Bundesländern ist. In diesem Kapitel wird gesagt: Wir wollen die Menschen in den neuen Bundesländern mit ihrer Lebensgeschichte als Teil der ganzen deutschen Geschichte annehmen.

(Beifall)

Wir wollen, daß etwas Neues, etwas Gemeinsames aus unseren deutschen Nachkriegserfahrungen entsteht. Deshalb ist die deutsche Einheit auch nicht ein Problem oder eine Summe von vielen Problemen. Sie ist vielmehr eine Chance für eine neue Bundesrepublik Deutschland auf der Basis der gleichen Grundwerte, auf der Sie hier in der alten Bundesrepublik viele Jahre lang leben konnten.

Die deutsche Einheit ist eine Chance zur Erneuerung für ganz Deutschland. Und viele Impulse für die Erneuerung der Bundesrepublik Deutschland gehen von den neuen Bundesländern aus. Schauen Sie aufmerksam hin, was dort passiert. Vieles ist beispielgebend für ganz Deutschland.

(Beifall)

Diese Chance hat auch etwas damit zu tun, daß wir durch die deutsche Einheit bestimmte Probleme bewältigen müssen, daß wir daraus lernen und zum Handeln gezwungen werden.

Liebe Freunde, wir aus den neuen Bundesländern - das möchte ich an einigen Beispielen noch erklären - kommen mit Erfahrungen aus 40 Jahren kommunistischer Diktatur in das neue Deutschland. Deshalb haben wir einen sehr scharfen Blick für die Entwicklungen hier in der alten Bundesrepublik Deutschland. Durch das neue Grundsatzprogramm zieht sich eine bestimmte Akzentsetzung, die darauf zurückzuführen ist, daß wir aus den neuen Bundesländern unsere Sicht mit eingebracht haben.

In vielen Bereichen stellen sich neue Fragen. Als erstes: Wie halten wir es mit dem Leistungsbegriff? Ich habe manchmal den Eindruck, daß auch in der CDU nicht mehr ganz genau zwischen Gleichheit und Gerechtigkeit unterschieden wird. Wir sind eine Partei, die sich zur Leistung und zur Leistungsfähigkeit der Menschen bekennt. Unterschiede der Leistungsfähigkeit von Menschen bedingen auch Unterschiede in den jeweiligen Lebensformen. Wir müssen aber auch eine Diskussion darüber führen, daß es Spaß macht, in diesem Land und für dieses Land Leistungen zu vollbringen.

(Beifall)

Wenn Leistung wieder mehr im Vordergrund stehen soll, dann sind auch im Bildungssystem Veränderungen nötig. Die CDU hat leider nur noch in wenigen der alten Bundesländer die Gelegenheit, die Schulpolitik nach ihren Vorstellungen zu bestimmen. In den neuen Bundesländern ist das anders.

(Beifall)

Um so mehr haben wir dort die Möglichkeit, Reformen vorzunehmen, die für ganz Deutschland beispielhaft sein können. Ich nenne z.B. die Reform unserer Universitäten. Sehen Sie sich die Hochschulgesetze in den neuen Bundesländern, z.B. von Sachsen und von Mecklenburg-Vorpommern an. Hier zeigt sich, daß Leistungsbereitschaft wieder belohnt wird, auch beim Hochschulstudium. Ein anderes Beispiel der Förderung von Leistung ist die Unterstützung von Existenzgründungen. Kurt Biedenkopf hat dazu gestern ausführlich gesprochen.

Für mich ist es ganz wichtig, daß durch Leistungsbereitschaft das Selbstbewußtsein der Bürger in den neuen Bundesländern gestärkt wird. Wir müssen deshalb Leistungsbereitschaft fördern und dürfen keine Gleichmacherei betreiben.

Ich möchte ein zweites Beispiel ansprechen. Wir müssen nach den Lebenswegen der Frauen fragen. Ich glaube, daß die Unterschiede zwischen Ost und West sich viel drastischer in den Lebenswegen der Frauen als in denen der Männer zeigen.

(Beifall)

Frauen waren in der früheren DDR zumeist erwerbstätig.

Was können wir ihnen heute über das sagen, was wir als CDU wollen? Wie sollen Frauen in dieser demokratischen Gesellschaft leben? Sie erleben, daß sie schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Das müssen wir ausgleichen. Aber sie erleben eben auch, daß die Kindererziehung und die ehrenamtliche Tätigkeit im Grunde nur wenig anerkannt werden. Ein freundliches „Vergelt's Gott“ von der Frauenministerin - das war es dann an manchen Stellen schon.

(Beifall)

Deshalb wird es, wenn wir sagen, daß wir die Wahlfreiheit für Männer und Frauen in dieser Gesellschaft lebbar machen wollen, ganz wichtig sein, daß wir die verschiede-

nen Formen von Arbeit in ähnlicher Weise anerkennen und dies auch durch unsere Politik deutlich machen; hier gibt es noch manches zu tun.

(Beifall)

Ein drittes Beispiel. Wir bekennen uns in diesem Programmabschnitt ausdrücklich zu unserer nationalen Identität. Liebe Freunde, wir durften in der früheren DDR nie sagen, daß wir uns als Deutsche fühlen; wir sollten uns als DDR-Bürger fühlen. Das hat glücklicherweise nie geklappt, und auch deshalb ist es zur deutschen Einheit gekommen.

Aber lassen Sie uns auch jetzt gemeinsam über unsere Nation, über unsere nationale Identität sprechen.

(Beifall)

Sprechen wir über unsere Geschichte - über die schwierigen Teile unserer Vergangenheit, über die wir uns schämen müssen, aber auch über die Teile der deutschen Geschichte, auf die wir stolz sein können. Beide Teile gibt es; beide gehören zu unserer Identität.

Aus meiner Sicht können wir nur gemeinsam gute Europäer werden, wenn wir uns nicht dauernd schamhaft verkriechen, sobald es darum geht zu sagen: Jawohl, wir freuen uns, als Deutsche in einem wiedervereinigten Vaterland zu leben.

(Beifall)

Ein vierter Punkt, meine Damen und Herren, ist die Frage der Offenheit unserer Gesellschaft. Wir haben in der früheren DDR in einer geschlossenen Gesellschaft gelebt. Das war das Ende einer lernfähigen Gesellschaft. Das bedeutete Stillstand und keine Entwicklung. „Offene Gesellschaft“ bedeutet genau das Gegenteil. Sie ist offen für alle demokratischen Entwicklungen und Richtungen. Und sie ist ebenso abwehrbereit gegen alles, was mit Rassenhaß, mit Rechtsextremismus, aber auch mit Linksextremismus zu tun hat.

Sicherlich ist eine offene Gesellschaft eine anstrengende Gesellschaft. Aus meiner Sicht lohnt es sich aber, diese Offenheit der Gesellschaft zu bewahren.

Zum Schluß möchte ich sagen: Wir haben ganz bewußt eine Erläuterung zu dem Grundwert Freiheit gegeben. Wir haben nämlich gesagt: Freiheit und Verantwortung gehören zusammen. Vieles, was wir im Zuge der deutschen Einheit an Enttäuschungen erlebt haben, hängt damit zusammen, daß wir den Begriff Freiheit nicht von Anfang an vollständig erklärt haben. Viele haben Freiheit als Beliebigkeit verstanden. Viele haben nicht erkannt, daß eine freiheitliche Entscheidung immer auch eine verantwortete Entscheidung sein muß.

Liebe Freunde, das DDR-System war ein System der organisierten Verantwortungslosigkeit. Das nützte der Diktatur. Mit diesem Grundsatzprogramm und als Lehre aus der Geschichte der früheren DDR müssen wir als Politiker und als CDU einen Beitrag dafür leisten, die Menschen dazu zu ermuntern, mündige Bürger in dieser Demokratie zu sein. Wir dürfen als Politiker nicht der Gefahr erliegen, alles und jedes zu versprechen, sondern wir müssen die Bedingungen dafür schaffen, daß diese Demokratie lebbar ist. Ansonsten wird uns die Freiheit verlorengehen.

Dieses Grundsatzprogramm sagt ganz deutlich: Die Demokratie braucht Pflege, sie braucht mündige Bürger - nur so können wir in Ost und West die Grundwerte lebendig

erhalten. Das wünsche ich uns auch heute bei den Diskussionen über dieses Kapitel.
- Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Karl-Heinz Daehre, Tagungspräsidium: Vielen Dank an unsere stellvertretende Bundesvorsitzende und Bundesministerin Angela Merkel.

Meine Damen und Herren, ich rufe nun die Ziffern 32 bis 35 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Sie finden diese Ziffern - einschließlich der dazu gestellten Anträge - in der Antragsbroschüre auf den Seiten 84 bis 91.

Meine Damen und Herren, es liegt mir eine Wortmeldung von Herrn Dieter Burkert vor. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

Hans-Dieter Burkert: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir haben gerade die Einführung von Angela Merkel in das zweite Subkapitel gehört: die Chancen des Umbruchs nutzen, die Einheit Deutschlands in Freiheit und Verantwortung gestalten.

Ich halte es mit Heiner Geißler, der vorhin gesagt hat: Wir müssen in der Lage sein, uns auch untereinander zu streiten. Ich tue das in bezug auf bestimmte Begriffe, und zwar a) hinsichtlich des Begriffes „Wiedervereinigung“ in den Ziffern 32 und 37 des Bundesvorstandes und b) in bezug auf den Begriff „Menschen im Osten“, z. B. in Ziffer 33.

Wir müssen ehrlich sein: Der 3. Oktober 1990 - bei aller Freude über das, was nicht zuletzt unserem Bundeskanzler gelungen ist - war streng genommen - ich habe den Mut, das hier zu sagen, ich wollte es eigentlich schon in Berlin tun - keine Wiedervereinigung. Es war eine Neuvereinigung, denn nichts - das ist mein erstes Argument - ist nachher so gewesen wie vorher - Gott sei Dank, füge ich hinzu. Der Begriff „Wiedervereinigung“ ist also falsch; er ist begrifflich das, was man zwischen 1949 und 1990 - ich bin einige Jahrzehnte in der CDU - darunter verstanden hat, nämlich ein Gesamtdeutschland mit Ostpreußen, Westpreußen, Hinterpomern, Schlesien usw. Wir können den Begriff nach dem 3. Oktober 1990 nicht benutzen. Das ist historisch, begrifflich, sprachlich und letztlich politisch unkorrekt; sorry.

Es gibt einen zweiten Grund, warum der Begriff „Wiedervereinigung“ nicht stimmt. In Art. 7 Abs. 2 des sogenannten Zwei-plus-Vier-Vertrages vom 12. September 1990 - er wurde damals zusammen mit Präsident Bush und Präsident Gorbatschow abgeschlossen - steht „Vereinigung Deutschlands“. Dieser Ausdruck ist korrekt. Wir als regierungstragende Partei sollten nicht hinter dem Begriffsstatus eines international anerkannten quasi Ersatzfriedensvertrages zurückstehen. Soviel habe ich zum Punkt „Wiedervereinigung“ zu sagen: Es muß „Vereinigung Deutschlands“ heißen.

Ich komme zum Ausdruck „Menschen im Osten“. Wenn in Nummer 138 des Leitantes des Bundesvorstandes von „Heimat im Osten“ die Rede ist, dann ist das korrekt, weil damit die Gebiete östlich der Oder/Neiße gemeint sind. Wenn aber in anderen Ziffern, z. B. in Ziffer 33 und auch in Ziffer 37, gesagt wird „Menschen im Osten“ und wenn damit Menschen in Mittelddeutschland zwischen Elbe und Oder gemeint sind, dann ist das inkorrekt. Diese Menschen sind „Menschen in Mittelddeutschland“ und nicht „Menschen im Osten“. Denn sonst kommt Eichendorff aus Fernost; er ist nämlich geborener Schlesier. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Karl-Heinz Daehre, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei zwei Enthaltungen ist die Empfehlung mehrheitlich so angenommen.

Meine Damen und Herren, wer den jeweiligen Empfehlungen der Antragskommission, wie eben vorgetragen, zustimmt, was die Ziffern 32 bis 35 angeht, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei einer Stimmenthaltung ist dies mehrheitlich so angenommen.

Ich rufe nun die Ziffer 38 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Sie finden den Text auf Seite 97 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge A 371, A 414 bis A 442 und E 29 auf den Seiten 97 bis 105 der Antragsbroschüre und Antrag A 450. Wird dazu das Wort gewünscht? - Dann kommen wir zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist dies einstimmig so beschlossen.

Ich habe jetzt eine Wortmeldung von Herrn Böhr. Bitte!

Christoph Böhr: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf den Antrag A 422 lenken. Es geht in diesem Zusammenhang um eine Ergänzung des zweiten Teils von Kapitel I unseres neuen Grundsatzprogramms, nämlich um das Leitbild der verantworteten Freiheit. Es geht um dieses Leitbild im Blick auf die Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit und vor allem im Blick auf die sowohl innenpolitischen wie außenpolitischen Folgen, die sich aus diesem Leitbild ergeben.

Ich denke, in dem, was Angela Merkel eben gesagt hat, wurde sehr deutlich, daß wir im Moment erst den Beginn eines Umbruchs erleben, und keiner von uns kann heute sagen, was am Ende dieses Prozesses, am Ende dieses Umbruchs stehen wird.

Das, was wir im ersten Kapitel dieses Programms als unser neues Leitbild beschreiben, nämlich Freiheit und Verantwortung als die beiden zentralen Begriffe, die in dieser Zeit des Umbruchs Orientierung geben können, hat nicht nur für die Innenpolitik seine Konsequenzen, sondern gilt genauso und in vergleichbarer Weise auch für die Außenpolitik. Mir scheint, es macht einen guten Sinn, wenn wir am Ende dieses ersten Kapitels, in dem wir unsere Grundwerte beschreiben und in dem wir beschreiben, was Orientierung für unsere Politik in dieser Zeit des Umbruchs ist, diese Aussagen noch einmal bündeln - im Blick auf die innenpolitischen Konsequenzen und im Blick auf die außenpolitischen Konsequenzen. Deswegen bitten wir darum, nach Ziffer 38 in zwei weiteren Ziffern diese Ergänzung vorzunehmen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Karl-Heinz Daehre, Tagungspräsidium: Herr Göhner, bitte.

Dr. Reinhard Göhner, Antragskommission: Liebe Freunde, dieser Antrag des Landesverbandes Rheinland-Pfalz enthält, wenn ich es richtig sehe, in seinem Vorschlag zu den neuen Ziffern 41 und 42 einen ganz wichtigen und zentralen Gedanken zusätzlich zu dem, was wir ausgeführt haben, nämlich den Zusammenhang zwischen der freien und verantwortlichen Gesellschaft im Innern und der Verantwortungsgemeinschaft in Europa, in einem Europa, in dem die Freiheit zurückgekehrt ist und in

dem wir nun die gemeinsame Verantwortung dafür haben, daß sie sich auch in Mittel- und Osteuropa stabilisieren kann.

Ich möchte Ihnen für die Antragskommission vorschlagen, daß wir die Ziffern 41 und 42 deshalb übernehmen, wobei wir in der Redaktionskommission die genaue Einpassung vor oder hinter Ziffer 38 festlegen müssen; da müssen einige Formulierungen angepaßt werden. Allerdings sollten wir - das darf ich in Übereinstimmung auch mit dem Antragsteller sagen - die beiden ersten Absätze nicht aufnehmen, weil das, wie Christoph Böhr richtig gesagt hat, nur noch einmal eine Wiederholung dessen wäre, was wir vorher schon haben. Deshalb ist unser Vorschlag, ergänzend das, was im Antrag von Rheinland-Pfalz als Ziffer 41 und als Ziffer 42 vorgesehen ist, in die Ziffer 38 noch mit aufzunehmen.

Dr. Karl-Heinz Daehre, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Ich lasse darüber abstimmen. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einer Stimmenthaltung so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit haben wir das Ende des ersten Kapitels des neuen Grundsatzprogramms erreicht. Ich bedanke mich bei Ihnen im Namen des Tagungspräsidiums für Ihre zügige und konstruktive Mitarbeit und übergebe den Vorsitz an Frau Dr. Böhmer.

Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, im Rahmen des Tagesordnungspunktes 15 erreichen wir nun das Kapitel II des Entwurfs eines neuen Grundsatzprogramms. Dieses Kapitel trägt die Überschrift „Für die freie Entfaltung der Person in unserer Gesellschaft“. Zu den Abschnitten „Gleichberechtigung und Partnerschaft“ sowie „Die Familie“ hören wir jetzt eine Einführung durch die Präsidentin des Deutschen Bundestages und Vorsitzende der Frauen-Union, Frau Professor Dr. Rita Süßmuth. Frau Professor Süßmuth, ich darf Ihnen das Wort erteilen.

Prof. Dr. Rita Süßmuth: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich führe ein in den Abschnitt II, der ja von dem Grundgedanken lebt: für die freie Entfaltung der Person in unserer Gesellschaft. Darin heißt es: Jeder soll die Chance haben, sich so zu entwickeln, wie es seinen Fähigkeiten und Begabungen entspricht. Der Freiheit der Person entspricht die Verantwortung, die jeder für sich selbst, für seine Angehörigen und die Gemeinschaft insgesamt zu übernehmen hat.

Das liest sich so selbstverständlich, und es klingt auch das so vertraut, was beispielsweise in den Abschnitten zu Gleichberechtigung und Partnerschaft von Mann und Frau, zur Familie, zur Jugend, zu den Behinderten und zu den Senioren als Grundsatzaussagen steht. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß diese Fragen nicht weniger zukunftsentscheidend sind als die Fragen des Standorts Deutschland, denn Sie können eine Zukunft nur mit Menschen bauen.

(Beifall)

Wer meint, dies sei eher eine private Nische, der muß sich nicht wundern, wenn er immer wieder erfährt, daß es an Fähigkeiten wie Initiative, Risikobereitschaft und Zukunftsvertrauen fehlt, denn woher sollen Menschen es nehmen, wenn sie es nicht als erstes in den Familien erfahren?

(Zustimmung)

Was Kinder, Jugendliche, Frauen, Behinderte und ältere Menschen erfahren, ist abhängig von dem, was wir ihnen vermitteln. Insofern ist dieser Bereich und ist die

Zuständigkeit und das Engagement der CDU in diesem Bereich zukunftsentscheidend. Denn kein Unternehmer kann all das nachholen, was jungen Menschen vorher nicht vermittelt worden ist. Deswegen gehört zur Freiheit der Person das Lernen von Verantwortung.

Lassen Sie mich wie Heiner Geißler heute morgen noch einmal wiederholen: Es genügt nicht, in unseren Bildungseinrichtungen - ob Betrieb oder Hochschule, vorgelegert Schule und Kindergarten - allein auf Wissen und Qualifizierung abzustellen, wenn es uns nicht gelingt, wie Mahatma Gandhi gesagt hat, Wissen in Charakter zu verwandeln, Menschen verantwortungs- und persönlichkeitsfähig zu machen.

(Beifall)

Ob es die Zehn Gebote sind oder die fünf Grundregeln, wie Hans Küng sie aufgestellt hat, wer nicht in die Regeln des menschlichen Miteinanders eingeübt wird, der entwickelt sehr rasch ein Gegeneinander und fragt nur: Was gilt für mich, und was habe ich an Rechten? Er fragt nicht mehr: Welche Rücksichten habe ich auf den anderen zu nehmen?

(Beifall)

Deswegen ist eine der wichtigsten Voraussetzungen die Einübung in die Regeln des Miteinanders und konsequentes Einhalten dieser Regeln; denn wir haben mit dem Gewaltphänomen jeweils den harten Verstoß gegen Regeln, die nicht eingeübt sind.

Wenn wir uns dies zur Voraussetzung machen, dann gilt es, gerade jenen Bereich der Gesellschaft zu stärken, der sich mehr und mehr ins Abseits gedrängt fühlt. Ich beginne also bei der freien Entfaltung der Person mit den Familien.

Warum fühlen sich Familien ins Abseits gedrängt, obwohl wir doch wie keine andere Partei oder Regierung vor uns seit den achtziger Jahren soviel für die Familien getan haben?

Ich erinnere an die Aufwertung der Familientätigkeit im Bereich der Erziehungszeiten, ich erinnere an das Erziehungsgeld, das fast 14 Milliarden von den 58 Milliarden DM ausmacht, die für Familien ausgegeben werden. Dennoch ist es das Lebensgefühl der Familien, daß sie eher abseits stehen, daß sie sich rechtfertigen müssen, warum sie denn eine Familie gründen und Kinder in einer Gesellschaft haben, die immer mehr kinderlos ist.

(Beifall)

Es liegt daran - anders als in Zeiten, in denen das Kinderhaben selbstverständlich war, wo man seine Situation auch weniger mit der von Kinderlosen vergleichen konnte -, daß sie heute sichtbar spüren, daß sie Leistungen erbringen, die weder anerkannt werden noch daß sie dafür einen gerechten Familienleistungsausgleich erhalten.

Es kommt hinzu, daß unsere Gesellschaft immer noch nicht begriffen hat, je weniger Kinder sie hat, desto mehr verarmt sie im Bereich Fürsorglichkeit, Kreativität, Miteinander,

(Beifall)

im Erleben von Bindungen. In keinem Bereich gehen Menschen längerfristige Bindungen ein als mit Kindern, und zwar nicht bis zum 3., 10. oder 20. Lebensjahr, sondern Eltern bleiben wir letztlich ein Leben lang, auch wenn wir nicht mehr für die Kinder

zahlen. Und wer diese Bindungen nicht mehr eingeht, erfährt auch nicht mehr, was es heißt, sich nicht beliebig aus Bindungen verabschieden zu können.

(Beifall)

Deswegen ist gerade das Ja zu Kindern eine Frage auch zu langfristigen Bindungen.

Wir erfahren sehr viel über Vorbehalte und Scheu, Bindungen einzugehen, auch wenn Menschen sich danach sehnen, aber wenig gelernt, wie Bindungen auch in krisenhaften Situationen durchzuhalten sind. Deswegen sind die Netze um Familien herum und der Erziehungsbereich, einschließlich der Beratung und Unterstützung, lebenswichtig.

Ich nenne ein Zweites. Wenn Familien permanent spüren, daß Kinder störend sind: Was soll sie eigentlich zu der Annahme ermutigen, daß Kinder in unserer Gesellschaft erwünscht sind?

(Beifall)

In der Wohnung ist der Single bevorzugt, der keinen Lärm macht. Es gibt ein Plakat, das lautet „Kindergeschrei ist Zukunftsmusik“. Vielleicht sollten wir das mehr verbreiten,

(Beifall)

denn nichts schadet einer Gesellschaft mehr als Friedhofsruhe. Die können wir haben ohne Kinder in unserer Gesellschaft.

Wir sagen ja zu ohrenbetäubendem Lärm, aber Kinderlärm lehnen wir ab in Wohnungen. Kinder wirken im öffentlichen Bereich überall eher als störend. Insofern sage ich noch einmal ganz eindringlich: Mit Kindern zusammenzuleben, muß wieder selbstverständlich werden; nicht nur Eltern sind für Kinder verantwortlich, sondern wir alle sind mitverantwortlich. Das gilt in gleicher Weise für unser Zusammenleben mit der älteren Generation.

Meine Kernthese hier: Wir sind im wissenschaftlich-technischen Bereich sehr viel innovativer - bei allem, was gegenwärtig fehlt - als in der Frage, wie wir eigentlich unser Zusammenleben gestalten. Es kann ja nicht sein, daß auch für die Zukunft immer noch die Frage gestellt wird, entweder Kind oder Beruf. Was andere Nachbarstaaten uns vorgemacht haben, muß auch bei uns möglich sein.

(Beifall)

Und es kann nicht sein, daß wir gar die Alternative stellen, entweder Ehemann oder Führungsposition. Ich wünsche mir, daß in Entscheidungen, in die Männer nicht gedrängt werden, auch Frauen zukünftig nicht mehr gedrängt werden, denn sonst werden wir unsere Zukunftsgestaltung nicht schaffen.

(Beifall)

Lassen Sie mich im Anschluß an den heutigen Morgen noch einmal sagen: Ich wünsche mir eine CDU, die sich zum Vorreiter einer Politik und einer Bewegung macht, die sagt: Wir haben in der Vergangenheit Zukunftsfragen gelöst, wir tun es auch heute und morgen. Und das Allerwichtigste: Die Aufgaben lösen wir gemeinsam, Frauen und Männer. Partnerschaft bedeutet, daß wir Frauen in allen Bereichen brauchen - in der Familie, in Wissenschaft und Technik, im Finanzwesen, in der Raumplanung. Ich wünsche mir vor allen Dingen familienfreundlicheres Wohnen mit

vielen Frauen in der Bauplanung, damit wir endlich dahin kommen, das Menschenverträgliche an allererste Stelle zu setzen. Dann führen vielleicht auch andere Probleme zu weniger Belastungen.

(Beifall)

Nun steht die Frage an, wie wir das machen. Wir haben noch einmal zwei Themen herausgegriffen: Wie sieht es mit der Familienarbeit und der Aufwertung der Familienentätigkeit aus? Ich sage in diesem Zusammenhang: Über die Erziehungszeiten hinaus brauchen wir dringend die Anerkennung der Pfl egetätigkeit in den Familien. Das ist längst überfällig, gerade auch dann, wenn wir an die soziale Sicherung der Frauen im Alter denken.

(Beifall)

Wer sich jetzt als unfähig erweist, die Pflegeversicherung hier und jetzt in diesen Tagen zu entscheiden, der darf sich nicht wundern, wenn die heutige Zahl von 1,1 Millionen, die zu Hause gepflegt werden, immer geringer wird, weil eben diese Tätigkeit nur zu Benachteiligungen führt und sich die Frauen am Ende sagen müssen: Hättest du Erwerbsarbeit geleistet, wärest du im Alter auch nicht auf Sozialhilfe angewiesen. Das ist nicht christlich-demokratische Politik. Das wollen wir nicht.

(Beifall)

Deswegen muß denen Gerechtigkeit widerfahren, die Arbeit für Kinder, Kranke, Behinderte und Pflegebedürftige leisten.

Denn bisher haben wir es trotz aller Anstrengungen nicht geschafft - ich sage es hier nachdrücklich -, insbesondere den Müttern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die zunächst Kinder erziehen, dann kranke, behinderte und ältere Menschen pflegen.

Für sie muß ein selbstverständliches Ziel der CDU sein, daß sie auch dann, wenn sie selbst erkranken, wenn sie selbst auf die Unterstützung der Gesellschaft angewiesen sind, eine ausreichende soziale Absicherung haben.

(Beifall)

Das zweite betrifft den Bereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf, den Wiedereinstieg in den Beruf. Es kann doch nicht sein: Wir bringen alles mögliche fertig, schaffen es aber nicht, familienfreundliche Arbeitszeiten durchzusetzen. Ich nenne noch einmal das Stichwort Teilzeit für Mann und Frau. Viele Familien kommen mit einer Wochenarbeitszeit von 56 Stunden sehr viel besser mit ihren Familienbelangen und dem Einkommen hin, als wenn sie vollerwerbstätig sind, und die Spannungen und Belastungen immer größer werden.

Weiter: Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ist überfällig. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Was wir davon halten, ist gar nicht mehr relevant, sondern das Bundesverfassungsgerichtsurteil zum § 218 würde in sich zusammenfallen, wenn wir hinter den Rechtsanspruch zurückgingen. So steht es im Urteil des Bundesverfassungsgerichtes und das erfordert die Glaubwürdigkeit des Lebensschutzes und des Ja zum Kind.

(Beifall)

Und ich wünsche mir gerade in der Diskussion um den Schutz des Lebens, des ungeborenen und des geborenen, daß wir gemeinsam Verantwortung übernehmen. Und ich appelliere noch einmal an die Männer und Väter: Dies ist keine Frauenange-

legenheit, indem man zunächst einmal sagt, schwanger mag sie ja werden, aber dann geht es mich nichts mehr an. Dies betrifft Mütter und Väter, Frauen und Männer in gleicher Weise.

(Beifall)

Und die Verantwortung setzt bei einer verantwortlichen Sexualerziehung ein. Es ist besser zu verhüten, als mit Abbrüchen konfrontiert zu sein.

(Beifall)

Ich wünsche mir diese Verantwortung auch dann, wenn es um das schwierige Problem der Scheidung geht. Wir bleiben füreinander über den Tag der Scheidung hinaus verantwortlich. Und das gilt gerade auch für die Kinder. Wenn sich Partner trennen, dann haben die Kinder trotzdem weiterhin Anspruch auf Eltern. Wie sollen sie denn die Erfahrung von Zuverlässigkeit, von Geborgenheit machen, wenn sie höchst unsicher sind, wie lange sie mit der Verlässlichkeit von Eltern rechnen können?

Das sind Urerfahrungen des Vertrauens oder des vorenthaltenen Vertrauens. Deswegen gilt Verantwortung von Müttern und Vätern.

(Beifall)

Lassen Sie mich im letzten Punkt etwas zum Familienleistungsausgleich sagen. Ich rate uns zunächst der Empfehlung der Grundsatzprogrammkommission zu folgen, daß wir neue Wege gehen müssen. Es hilft auch nicht, bei jedem Problem Einzelinterventionen vorzunehmen, die sich gegeneinander aufheben. Einzelmaßnahmen sind von begrenzter Reichweite: Wenn wir Erziehungsgeld zahlen, - so meinen viele - werden wir mehr Kinderwünsche verwirklichen. Was wir brauchen ist ein abgestimmtes Konzept von Wohnungsangebot, über den Familienleistungsausgleich, die Berücksichtigung in der Rente, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und den Wiedereinstieg in den Beruf.

Lassen Sie mich sagen: Ein Parteitag ist überfordert, wenn er die Instrumente: Abschmelzung des Ehegattensplitting, Familiensplitting oder Familienrealsplitting oder Steuererhöhungen entscheiden soll. Die Instrumente müssen wir getrennt beraten, aber die Grundsätze müssen stimmen.

(Beifall)

Es muß grundlegend gelten: Wer Kinder hat, bezahlt weniger Steuern als der, der keine Kinder hat.

(Beifall)

Zweiter Grundsatz: Da wir größtenteils nur umbauen können, müssen wir erstens beachten: Wir haben das Verfassungsurteil zum steuerfreien Existenzminimum eines Kindes umzusetzen. Das gilt bis spätestens zum 1. Januar 1996. Wir haben zum anderen einkommensabhängig gerade den unteren und mittleren Einkommen durch Kindergeld - und ich schlage vor: Bündelung von Kindergeld und Kindergeldzuschlag - Entlastungen zu schaffen. Das heißt, dieser Familienleistungsausgleich muß sozialverträglich gestaltet sein. Es kann keine Regelung kommen, bei der die oberen Einkommen erhebliche Vorteile haben und wir für die unteren Einkommen wieder kein Geld haben.

(Beifall)

Ich bin der Meinung, daß wir die Kinder gerecht behandeln müssen und auch die Verteilungsgerechtigkeit stimmen muß. Dazu gehört dann, daß wir auch im Rentenrecht diesen Tatbestand berücksichtigen und die Rentenbeiträge nach Kindern staffeln, denn Familien zahlen doppelt. Sie zahlen zum einen die Rentenbeiträge und zum anderen die Kinderkosten. Denn wir wissen heute, eine Familie mit drei Kindern wird nicht einmal zu einem Drittel von den Kinderkosten entlastet. Dabei schweige ich ganz von der Zeit, die Familien investieren. Deswegen brauchen wir eine höhere Gerechtigkeit in der Entlastung der Familien.

(Beifall)

Es ist hier im Verlauf der Debatte gesagt worden, wir gewähren den Behinderten nur ein Lebensrecht. Ich möchte hier noch einmal sagen: Wir haben die Behinderten ausdrücklich in unser Grundsatzprogramm aufgenommen. Warum? - Weil die Gefahr immer größer ist, daß bei fortschreitender Genforschung das selbstverständliche Lebensrecht der Behinderten in Frage gestellt wird. Das ist nicht unsere Politik; um so dringlicher ist es, das selbstverständliche Lebensrecht von Behinderten ausdrücklich noch einmal zu nennen, und nicht nur zu sagen: Du hast ein Recht, Dich im Rahmen Deiner Möglichkeiten frei zu entfalten, sondern wir müssen sagen: Du hast auch die berechtigte Erwartung, daß wir Dich als Gesellschaft unterstützen und daß wir die Familie mit dem Behinderten nicht allein lassen.

(Beifall)

Deswegen schließe ich mit diesem Gedanken. Trennen wir nicht die einzelnen Gruppen voneinander, so daß wir immer mehr einzelne Zielgruppen haben, sondern sehen wir uns Menschen im Verbund. Dem Einzelnen sind zum Teil erst spät Persönlichkeits- und Bürgerrechte erwachsen. Wir Frauen haben erst seit 75 Jahren das Stimmrecht. Deswegen geht es nicht um weniger Freiheits- und Persönlichkeitsrechte, sondern es geht darum, daß insgesamt in der Gesellschaft Verantwortung wieder ihren festen Platz für ein menschliches Miteinander hat.

Wenn Familie wieder etwas Modernes ist - für mich ist sie das -, dann habe ich weniger Angst um die Zukunft unseres Landes. - Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Frau Süßmuth, der Parteitag dankt Ihnen sehr herzlich für Ihr engagiertes und überzeugendes Eintreten für eine menschliche und partnerschaftliche Gesellschaft und für eine bessere Förderung der Familie. Ganz herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Ich komme jetzt zur Beratung und Beschlußfassung über die Anträge zum Kapitel II. Es handelt sich um die Anträge mit dem Kennbuchstaben B.

Zunächst rufe ich die allgemeinen Anträge zum Kapitel II auf, und zwar die Anträge B 1 und B 2, die auf den Seiten 106 und 107 der Antragsbroschüre zu finden sind. Mir liegen dazu keine Wortmeldungen vor. Deshalb können wir direkt in die Abstimmung eintreten.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zu den vorliegenden Anträgen B 1 und B 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthal-

tungen? - Damit sind die Anträge B 1 und B 2 bei zwei Neinstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Ich rufe jetzt die Ziffer 39 des Antrags des Bundesvorstands auf. Sie finden den Text auf der Seite 107 der Antragsbroschüre. Es gehören dazu die Anträge B 3 bis B 33, jeweils auf den Seiten 107 bis 114 der Antragsbroschüre und die Anträge B 633 und B 634. Auch hier liegen mir keine Wortmeldungen vor. Deshalb können wir direkt abstimmen.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe jetzt die Ziffern 40 bis 42 auf. Sie finden diese Anträge auf den Seiten 114 bis 127. Auch hierzu habe ich keine Wortmeldungen. Deshalb stimmen wir auch hier direkt ab. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag, die Ziffern 40 bis 42, einstimmig angenommen.

Ich bedanke mich für die zügige Abwicklung gerade dieses Teils, der Gleichberechtigung, und übergebe jetzt die Leitung an Frau Dr. Hellwig.

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidentin: Meine Damen und Herren, ich rufe die Ziffer 43 des Antrags des Bundesvorstands auf. Den Text finden Sie auf Seite 127 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge B 95 bis B 116, Seite 127 bis 130, und die Anträge B 637 und B 638.

Mir liegen folgende Wortmeldungen vor: Zur Ziffer 43 spricht als erste Frau Dr. Klingbeil aus Nordrhein-Westfalen.

Dr. Irmgard Klingbeil: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich danke Frau Professor Süßmuth ausdrücklich für ihre detaillierten Ausführungen zum Antrag B 95 zum Thema „Familie“. Dieses Thema sollte viel öfter mit all diesen Einzelheiten erörtert werden, und wir sollten sie uns genau merken.

Ich möchte noch einmal auf den finanziellen Aspekt zu sprechen kommen. Wenn wir unser heutiges System der sozialen Sicherung nicht in Frage stellen wollen, dann ist das nur möglich, wenn erstens Beiträge eingezahlt werden und zweitens - das ist der für mich noch wichtigere Punkt - Kinder aufwachsen, die später das Sozialprodukt erarbeiten, aus dem die Altersversorgung der dann Alten bezahlt wird.

Kinderlose Ehepaare und Einzelpersonen leisten indirekt über die Steuern einen nur verhältnismäßig geringen Anteil an den Kosten des Aufziehens der Kinder. Kinder erarbeiten in der Zukunft das Sozialprodukt, aus dem ihren eigenen Eltern an Altersruhegeld oft nur die Hälfte von dem zugeteilt wird, was ein kinderloses Ehepaar erhält, wenn beide berufstätig waren. Das heißt: Kinderlose Ehepaare haben die Möglichkeit, uneingeschränkt berufstätig zu sein. Sie können ihren Lebensstandard dadurch deutlich anheben und zugleich die Alterssicherung wesentlich verbessern. Dabei sind Kindererziehung und Beitragszahlung gleichgewichtige Faktoren, damit unser System der Alterssicherung überhaupt funktionieren kann.

Die Voraussetzung für die künftige Altersversorgung wird ausschließlich durch das Nachwachsen von Kindern geschaffen. An den dazu erforderlichen heutigen Aufwendungen der Eltern für die Versorgung und Erziehung ihrer Kinder beteiligen sich die

Kinderlosen so gut wie nicht und die Ein-Kind-Eltern unterproportional zu ihren späteren Versorgungsansprüchen.

Seit sich die Zahl der kinderlosen Ehepaare, Paare und Einzelpersonen erheblich gesteigert hat, hat eine gewaltige Umverteilung finanzieller Mittel zu Lasten von Eltern mit Kindern stattgefunden. Die bisherigen familienpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung sind zwar Schritte in die richtige Richtung, bleiben aber weit hinter dem zurück, was als sozial gerechter Ausgleich nötig wäre. Die große finanzielle Belastung von Eltern mit Kindern verletzt zutiefst die soziale Gerechtigkeit.

Das dem Grundgesetz zugrunde liegende Leitbild einer weitgehenden Identität der Schutzgüter Ehe und Familie - d. h. Ehe bedeutete in der Vergangenheit in der Regel auch Kinder und damit Familie - geht heutzutage wie eine Schere auseinander, da immer mehr Einzelpersonen und Paare kinderlos bleiben. So ist eine Diskrepanz zwischen Ehe und Familie und genauso eine Diskrepanz zwischen Altersversorgungsansprüchen und Kosten für Kinder und dann eben entsprechend minimierter Altersversorgung entstanden. Das heißt: Die entstandene Diskrepanz zwischen erbrachter Leistung und geforderter Gegenleistung in der Altersversorgung stellt einen schweren Verstoß gegen die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerten Prinzipien der Gleichheit vor dem Gesetz, des sozialen Rechtsstaates und besonders des Schutzes der Familie durch den Staat dar.

Diese Entwicklung zu Lasten der Familie mit Kindern hat inzwischen zu tiefgreifenden Störungen des sozialen und wirtschaftlichen Gleichgewichts geführt. Ich nenne in diesem Zusammenhang nur einige Stichpunkte: die Abnahme der Bindungsfähigkeit junger Leute, die zunehmenden Suchterscheinungen, Kriminalität und Gewalt unter Kindern und Jugendlichen. Das heißt: Wir brauchen dringend eine Korrektur des gegenwärtigen Systems zugunsten von Familien, insbesondere von Familien mit Kindern. Wir brauchen eine solche Korrektur nicht nur, wie ausgeführt, unter dem finanziellen Aspekt, sondern eben auch unter dem moralisch-ethischen Aspekt.

Um noch einmal zu wiederholen: Wir brauchen erstens die Beiträge zur Rentenversicherung. Zweitens müssen die Kosten der Kindererziehung gerechter verteilt werden.

Die Familie ist die Institution, die in der Erziehung der Kinder die geistig-moralischen Grundlagen für die Zukunft, d. h. für die nächste Generation, legt. Sie muß in Relation zu Kinderlosen finanziell und auch im öffentlichen Ansehen ihrer Bedeutung angemessen endlich den ihr zustehenden Rang einnehmen können.

Wir, der Kreisverband Gütersloh, haben bereits beim 37. Bundesparteitag in Bremen 1988 einen Antrag in dieser Richtung gestellt. Dieses Thema ist seitdem auch in der Diskussion. Ich denke, es wird Zeit, daß wir in diesem Zusammenhang nun auch konkretere Vorhaben angehen. Dr. Göhner sagte: Wir streben eine bessere finanzielle Ausstattung der Familien an. Im Text des Bundesvorstandes heißt es: „Deshalb setzen wir uns ... ein.“ - Das sind für mich zu schwache Absichtserklärungen.

Ich beantrage deshalb, den Satz im Antrag des Bundesvorstandes: „Deshalb setzen wir uns für ihre“ - der Familie - „finanzielle Unterstützung und die gesellschaftliche Anerkennung der Familienarbeit ein“ zu streichen und dafür den Satz: „Die finanzielle Unterstützung und die gesellschaftliche Anerkennung der Familienarbeit ist vorrangiges Ziel unserer Politik“ einzufügen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Als nächste hat Frau Minister Rönsch das Wort.

Hannelore Rönsch: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir, die Christlich Demokratische Union, sind die Partei der Familie. Wir haben dies immer wieder deutlich gemacht, ganz besonders nach der Regierungsübernahme 1982. Wir haben unsere Konzeption unmittelbar umgesetzt: Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub. Wir haben ferner den Familienlastenausgleich ausgebaut. Wir haben den Kinderfreibetrag von 432 DM auf aktuell 4 104 DM erhöht, und wir haben das Kindergeld kontinuierlich erhöht.

Die Familienlandschaft in der Bundesrepublik Deutschland ist wesentlich pluraler geworden. Es gibt die unterschiedlichsten Familienformen; auch diese gilt es zu unterstützen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen wir uns nicht irremachen! Junge Männer und Frauen sagen ja zur Familie. Sie sehen in der Familie den zentralen Rang in ihrer Lebensplanung. So wollen 86 % der jungen Männer und Frauen heiraten. 97 % sagen: Kinder machen das Leben erfüllter. 56 % der jungen Männer und Frauen allerdings wollen zwei Kinder, aber nur 26 % haben zwei Kinder.

Hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, gilt es, nachdenklich zu werden. Junge Männer und Frauen wollen offensichtlich Familie. Aber sie merken: Wenn sie ein Kind haben, sind sie in einem erheblichen Wettbewerbsnachteil gegenüber allen anderen Lebensgemeinschaften. Hier sind wir aufgefordert zu handeln.

Wir haben in der Politik Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub ausgebaut. Wir haben die Möglichkeit der Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rente ausgebaut. Wir haben die Möglichkeit der Freistellung von der Arbeit bei Krankheit der Kinder ausgebaut, und wir haben mit dazu beigetragen, daß Familie und Beruf wesentlich besser vereinbart werden können.

(Vereinzelter Beifall)

Aber für die Zukunft reicht dies nicht aus.

Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir den eben angesprochenen Wettbewerbsnachteil abbauen und wie wir Familien wirkungsvoll unterstützen können. Dazu sind wir auch durch das Bundesverfassungsgericht aufgefordert. Wir müssen die wirtschaftlichen Benachteiligungen von Familien mit Kindern gegenüber Kinderlosen abbauen.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist eine Aufgabe von Verfassungsrang. Das Verfassungsgericht hat uns dazu mehrfach aufgefordert. Ich denke, wir müssen neue, auch unkonventionelle Wege finden. Der Bundesvorsitzende hat uns in seiner Ansprache gestern sehr deutlich gesagt: Wer die Zukunft sichern will, muß auch scheinbar Unbequemes aussprechen.

Ich habe, meine sehr geehrten Damen und Herren, einen Beitrag dazu geleistet. Ich habe Unbequemes ausgesprochen. Sie mögen fragen: Warum heute und warum jetzt? Ich denke, wenn wir die Grundsätze unserer Politik hier und heute diskutieren, müssen wir auch in der Familienförderung Wege für die Zukunft aufzeigen.

(Beifall)

Wir haben in unserem Programm den Familienleistungsausgleich, unterschiedliche Formen des Familiensplitting. Ich denke aber, daß all diese Modelle noch nicht

gerechnet sind. Hier gilt es gerade in einem Wahljahr darüber nachzudenken: Wie sieht es konkret mit der Familienförderung in der Zukunft aus?

Ich schlage deshalb vor, daß wir all die unterschiedlichen Gedanken, die bisher geäußert wurden, in eine Kommission einbringen, die sich unmittelbar nach diesem Parteitag hinsetzt und mit spitzem Bleistift rechnet. Denn einig müssen wir uns darüber sein: Die Leistungen, die wir Familien momentan, aktuell geben, sind nicht mehr als das, was uns das Bundesverfassungsgericht vorgeschrieben hat.

Wer echte Familienunterstützung will, muß darüber hinausgehen. Ich will mit meinem Beitrag dazu anregen, daß wir diese Diskussion auch jetzt noch aufnehmen, daß wir darüber nachdenken: Wie bauen wir in der nächsten Legislaturperiode Kindergeld und Familienlastenausgleich generell aus?

Ich stelle mir vor, daß das Existenzminimum, das wir jetzt über den Kinderfreibetrag steuerfrei stellen, plus einem Kindergeld von 70 DM in Zukunft generell steuerfrei stellen, so daß z. B. der Kindergeldzuschlag komplett wegfallen kann. Dann soll Kindergeld zielgenau für die Familien eingesetzt werden, die eine größere Kinderzahl haben und deren Einkommen niedriger ist. Bei diesem Modell kann Kindergeld als zusätzliche Transferleistung des Staates bei Besser- und Bestverdienenden komplett wegfallen. Jedoch müssen wir uns gerade den Familien zuwenden, die mehr Kinder haben und die mehr Kinder haben wollen und die ein geringes Einkommen haben. Hier gilt es darüber nachzudenken: Wie soll das finanziert werden?

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin der Meinung, daß wir nicht umhin kommen, in der Zukunft für Erstkinder ein Kindergeld von 200 DM, für Zweitkinder ein Kindergeld von 300 DM und ab dem dritten Kind ein Kindergeld von 400 DM zu zahlen, aber zielgenau für die Familien, die es durch eigenes Einkommen nicht erwirtschaften können, und für die Familien, die eine große Kinderzahl haben.

(Vereinzelt Beifall)

Männer und Frauen in der Bunderepublik wollen Familien, und sie wollen Kinder. Nur müssen wir sie unterstützen. Wir dürfen sie nicht ins finanzielle Abseits drängen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen auch darüber nachdenken - diese Idee ist keineswegs neu; sie ist beim Bundesverfassungsgericht schon angekommen, und sie ist in unserer Partei bereits diskutiert worden -, wie wir in Zukunft diejenigen beteiligen, die leider keinen eigenen Beitrag für die Zukunftssicherung erbringen können. Es soll unter gar keinen Umständen eine Strafsteuer eingeführt werden. Aber ich denke schon, daß diejenigen Männer und Frauen, die eine andere Lebensplanung haben, die Familien unterstützen müssen und daß nicht die bestraft werden dürfen, die bereit sind, Kinder großzuziehen. Hier haben wir eine besondere Verpflichtung.

(Beifall)

Familien sind heutzutage dreifach belastet. Sie zahlen als Erwerbstätige selber ihren Rentenbeitrag für die Altersabsicherung. Sie erziehen ihre Kinder und bringen die finanziellen Leistungen dafür auf. Ihre Kinder wiederum sichern die Rente und das Alter von anderen ab. Ich möchte niemanden bestrafen, der bewußt kinderlos ist oder durch Schicksal kinderlos bleiben muß, unter gar keinen Umständen. Aber ich möchte auch nicht Familien bestrafen, wenn sie bereit sind, die Zukunft abzusichern und

Kinder zu haben. Hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen wir einsetzen.

(Beifall)

Ich schlage vor, daß wir eine Kommission einrichten, die sich unmittelbar nach diesem Parteitag mit den unterschiedlichsten Modellen befaßt. Wir sind uns in dem, was wir erreichen wollen, einig, nämlich eine bessere wirtschaftliche Absicherung der Familie. Auf dem Weg dahin müssen wir noch trefflich streiten. Ich bin sicher, die Christlich Demokratische Union wird eine gute Lösung finden.

(Beifall)

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Hannelore Rönsch. Es war ein überzeugender Beitrag zur Identität der CDU, die die Familienpolitik und den Familienlastenausgleich als wichtigen Teil ihres Selbstverständnisses sieht. Nur findet das Thema Familienlastenausgleich, Hannelore, erst in Ziffer 46 statt. Wir stimmen jetzt erst über Ziffer 43 ab.

Ihnen liegen die Anträge und der Vorschlag der Antragskommission vor. Wir empfehlen Ihnen, die Fassung der Antragskommission in der Form des Antrags B 95 anzunehmen. Wer stimmt dafür? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? Dieser Antrag ist einstimmig ohne Gegenstimmen angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 44. Dazu liegt eine Wortmeldung vor. Herr Kannengießer, Sie haben das Wort.

Christoph Kannengießer: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf den Antrag B 130 des CDU-Kreisverbandes Bonn lenken und zugleich einen Beitrag zu der Diskussion leisten: Woher nehmen wir das Geld zur Verbesserung des Familienlastenausgleichs?

Es gibt in der Partei einen breiten Konsens darüber, mehr für die Familien zu tun, insbesondere Familien steuerlich zu entlasten. Einige haben aber vor lauter gutem Willen offenbar die Orientierung verloren. Frau Ministerin Rönsch, Ihnen gebührt Dank, daß Sie das mit Ihrem Vorschlag einer Sondersteuer für sogenannte Kinderlose für jedermann augenfällig gemacht haben. Sie haben dabei nur vergessen, daß die Kinderlosen von heute zu einem großen Teil die Eltern von morgen oder gestern sind.

Tatsächlich aber ist der Vorschlag der Grundsatzprogramm-Kommission, Ehepaare schärfer zu besteuern, um zusätzliche Geldquellen für die Entlastung der Familien zu erschließen, gesellschaftspolitisch viel schlimmer als der Vorschlag, den Frau Rönsch gemacht hat. Beidem sollte dieser Parteitag eine klare Absage erteilen.

(Zuruf von Dr. Reinhard Göhner)

Herr Göhner, ausgerechnet Sie sollten diese Frage nicht stellen. Denn Sie haben sich in der Presse dazu geäußert und eine Kappung des Ehegattensplittings vorgeschlagen. Es wäre ein Gebot der Ehrlichkeit, wenn Sie diesen Vorschlag schon machen, ihn auch in Ihren Entwurf zu schreiben. Ansonsten können wir schnell Konsens darüber erzielen, diese Dinge nicht zu tun, und dem Antrag B 130 zustimmen.

(Zurufe: Wir hören nichts! Mikrofön!)

Ich bin nicht ein so routinierter Parteitags- und Mikrofonredner wie manche andere. Ich hoffe, Sie sehen mir das nach.

(Beifall)

Was bedeutet die Einschränkung des Ehegattensplittings konkret? Entlastet werden durch das Splitting Ehepaare, bei denen zwischen Mann und Frau große Einkommensunterschiede bestehen: Ein-Verdiener-Ehepaare, Ehepaare, bei denen ein Partner Teilzeitarbeit macht. Entlastet werden Arbeitnehmer mit kleinen und mittleren Einkommen; denn Freiberufler, Selbständige und gut verdienende Angestellte können die Splittingeffekte durch legale Übertragung von Einkunftsquellen selbst herbeiführen.

Es überrascht mich daher, daß ausgerechnet die CDA gemeinsam mit der SPD und Reinhard Göhner die Kappung des Splittings fordert. Sie fordern Steuererhöhungen für verheiratete Arbeitnehmer, und zwar nicht für Doppelverdiener, sondern in erster Linie für Einverdiener. Wer ist das? Es sind die Ehepaare, bei denen ein Partner auf Erwerbstätigkeit verzichtet, weil er sich der Kindererziehung widmet. Sie sollen, weil sie als Verheiratete Kinder erziehen, die Verbesserung des Kinderlastenausgleichs zu einem großen Teil selbst bezahlen, während Unverheiratete ungeschoren davonkommen. Das kann nicht richtig sein, meine Damen und Herren.

Einschränkung des Splittings bedeutet Steuererhöhung für Ehepaare, bei denen der Partner, der die Hauptlast der Erziehung getragen hat, den Anschluß an den Beruf nicht mehr gefunden hat. Das sind vor allem die Frauen der mittleren und älteren Generation - von denen Frau Professor Süßmuth eben gesprochen hat -, die nach der Erziehung der Kinder vielfach auch die Pflege der Älteren übernommen haben. Das kann nicht das Ziel christlich-demokratischer Familienpolitik sein.

Einschränkung des Splittings heißt Steuererhöhung für Ehepaare, die ohne steuerliche Freibeträge, ohne Erziehungsgeld und ohne angemessenes Kindergeld in den letzten 20 bis 30 Jahren Kinder erzogen haben. Wollen wir diese Mütter und Väter heute erneut schröpfen? Und schließlich: Wollen wir wirklich, Herr Göhner, Ehe und Familie gegeneinander ausspielen?

Ausbau der Förderung der Familie durch Abbau des Schutzes der Ehe privilegiert zwangsläufig nicht auf der Ehe gegründete Familiengemeinschaften. Sie werden an der Finanzierung des verbesserten Kinderlastenausgleichs nicht beteiligt.

Wenn unsere Gesellschaftspolitik - wie es der Parteivorsitzende gestern gesagt hat - Halt, Heimat und Orientierung bieten soll, dann dürfen wir den Schutz der Ehe nicht zur Disposition stellen. Deshalb Ja zu Steuerensenkungen für alle, die Kinder erziehen, Nein zu Steuererhöhungen für Kinderlose und insbesondere Nein zu Steuererhöhungen für Ehepaare. - Bitte stimmen Sie dem Antrag B 130 zu. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Kannengießer. Wir sind allerdings immer noch bei Ziffer 44. Die große Schlacht wird erst gleich, nämlich bei Ziffer 46 geschlagen. Insofern war das sozusagen nur ein vorsorglicher Antrag, den wir sowieso an die Bundestagsfraktion überweisen müssen; denn es ist logisch, daß wir, wenn wir etwas ändern, die Gesamtsumme errechnen und dann ein neues Konzept entwickeln müssen.

Wir stimmen jetzt zunächst einmal über die Ziffer 44 in der Form ab, wie es die Antragskommission empfohlen hat. Wer für diese Fassung der Ziffer 44 ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei 1 Gegenstimme und wenigen Enthaltungen angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 45. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor.

Wer für die Annahme der Ziffer 45 in der von der Antragskommission empfohlenen Form ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Wir kommen jetzt zur Ziffer 46. Meine Damen und Herren, mir liegen jetzt schon 15 Wortmeldungen vor. Nach unserer Planung liegen wir schon zwei Stunden in der Zeit zurück. Ich glaube, es ist daher der Zeitpunkt gekommen, die Redner eindringlich darum zu bitten, ihre Redezeit auf 3, maximal 5 Minuten zu beschränken. Das gilt um so mehr, als auch zu den weiteren Ziffern eine große Zahl von Wortmeldungen vorliegt.

Als erste hat zu Ziffer 46 Frau Merkel das Wort. Bitte sehr.

Dr. Angela Merkel: Frau Präsidentin! Ich mache es kurz. Ich möchte nur noch einmal auf den Kern des Antrags und das zu sprechen kommen, was die Grundsatzprogrammkommission insoweit vorschlägt.

Ich glaube, wir sind uns alle einig, daß die Leistungen, die Familien heute erbringen, nicht in ausreichendem Maße gewürdigt werden. Wir sind uns auch einig - das hat die Familienministerin, Frau Rönsch, ja schon gesagt -, daß wir in Zukunft - das steht im ersten Teil der Ziffer 46 - mit einem vollständig einkommensabhängigen und dynamisch anzupassenden Kindergeld insbesondere Entlastungen jener Familien vornehmen wollen, die durch steuerliche Begünstigungen gerade nicht erreicht werden. Das sind die Familien, die in besonderer Weise der Unterstützung des Staates bedürfen. Sie wollen wir durch dieses feste und in Zukunft dynamisch anzupassende Kindergeld Jahr für Jahr besserstellen.

Der zweite Punkt - jetzt kommt das „sowie“ in dem Antrag -: Wir wollen mit der Einführung einer differenzierten Besteuerung des Familieneinkommens unter Berücksichtigung der Zahl der Familienangehörigen konsequent auch die Familien steuerlich entlasten. Das wird heute noch nicht in jedem Falle gemacht. Wir haben aber als Union mit dem Grundfreibetrag für bestimmte Familien den Einstieg gefunden. Wir wollen also jeder Familie in Abhängigkeit von der Zahl der Kinder in einem bestimmten Umfang einen Steuerfreibetrag dafür gewähren, daß sie Kinder erzieht.

Das bedeutet natürlich für die Familien, die mehr verdienen und einen höheren Steuersatz haben, eine größere Erleichterung. Das haben wir heute schon, und das wird von der SPD immer wieder kritisiert. Aber wir haben uns dazu bekannt. Ich glaube, es ist richtig, daß wir uns dazu bekennen; denn wir haben ja heute folgende Tatsache: Wir haben die Benachteiligung der Familien, die wenig verdienen und keine Steuern zahlen. Wir haben aber auch die Benachteiligung jener, die in einer mittleren Einkommensklasse liegen. Da ist festzustellen, daß die einen keine Kinder haben und sich relativ viel an Wohnraum, Ferienzeit usw. leisten können, während die anderen mit dem gleichen Einkommen - sagen wir einmal: das eines Gymnasiallehrers - drei Kinder haben und in ihrem Lebensniveau erhebliche Einbußen

hinnehmen müssen, weil sie Kinder haben. Nur deshalb müssen sie sich im Grunde eine kleinere Wohnung nehmen, nur deshalb fällt es ihnen schwerer, einen Ferienaufenthalt zu finanzieren und vieles mehr.

Mein Gefühl von Gerechtigkeit sagt mir, daß wir Menschen aus der gleichen Einkommensschicht nicht deshalb benachteiligen dürfen, weil sie Kinder haben. Vielmehr muß der Staat sagen: Wer drei, vier oder fünf Kinder hat, muß für die Erziehungsleistung entlastet werden, selbst dann, wenn er über dem Minimalverdienst liegt.

(Beifall)

Das war auch immer die Politik der Union; sonst hätten wir die Steuerfreibeträge nie einführen dürfen. Weil wir dieser Meinung sind, sagen wir: Wer Kinder hat, soll entsprechend weniger Steuern zahlen. Wir sagen nicht genau, wie das zu machen ist. Das müssen wir in einer Kommission tun, wie die Familienministerin das vorgeschlagen hat.

Jetzt geben wir der ganzen Sache, weil es kompliziert ist, einen Namen. So wie jeder weiß, was das Ehegattensplitting ist, sagen wir jetzt: Wir sind für das Familiensplitting. Wer mehr Kinder hat, soll steuerlich mehr entlastet werden.

Ich bitte Sie alle, diesem Antrag zuzustimmen. Ich finde, es ist gut, wenn wir Begriffe haben, mit denen wir argumentieren und den Menschen das verständlich machen können, was wir wollen. Ich halte diesen Antrag für vernünftig und richtig. Ich bitte Sie um Annahme.

(Beifall)

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Walter Link, bitte.

Walter Link: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, es ist gut, daß die Familienpolitik vor diesem Parteitag und auch heute auf unserem Parteitag in den Mittelpunkt gerückt ist. Unser Fraktionsvorsitzender im Bundestag, Wolfgang Schäuble, hat vor einigen Wochen gesagt: Im Wahlkampf 1994 werden insbesondere die Fragen innere und äußere Sicherheit, Arbeitsmarkt, Finanz- und Wirtschaftspolitik und die Familienpolitik Schwerpunkte sein.

Ich denke, es ist gut, wenn wir auf unserem Parteitag auch noch einmal feststellen, daß Familienpolitik im Grunde genommen erst 1982/83 mit der Übernahme der Regierung durch Helmut Kohl in Deutschland begonnen hat.

(Beifall)

Ich erinnere noch einmal daran, wie damals Heiner Geißler, Rita Süßmuth, Ursula Lehr und heute Hannelore Rönsch immer wieder die Fragen der Familienpolitik und auch der Finanzierung der kinderreichen Familien in den Mittelpunkt gestellt haben.

Nun sind wir seit einigen Tagen dabei, verschiedene Modelle unserer Partei zu diskutieren, und wir sprechen, wie soeben die Frau Ministerin, vom Familiensplitting, von der Veränderung des Ehegattensplittings, vom Bürgergeld und von der Negativsteuer. Die Ministerin, Frau Rönsch, hat soeben selbst zu ihrem Vorschlag gesprochen.

Ich denke, wir sind in dieser Stunde nicht soweit, daß wir in unserem Grundsatzprogramm festschreiben sollten, daß das Familiensplitting nun die ideale Finanzierung der Zukunft sei.

(Beifall)

Ich will das auch einmal begründen. Wir wollen, möglichst im nächsten Jahr, wenn es finanziell schaffbar ist, sagen, daß das Existenzminimum für Kinder in allen Familien anerkannt ist und nicht besteuert wird. Dann haben wir den Auftrag - Frau Süßmuth hat davon gesprochen - des Bundesverfassungsgerichts erst erfüllt.

Dann wollen wir gezielt, wie es Frau Rönsch soeben hier gesagt hat, die kinderreichen Familien - das erste, das zweite, das dritte und weitere Kinder - finanziell unterstützen, und zwar nach ihrer Einkommenslage, nach ihrer Einkommenssituation.

Nun weiß jeder von uns, daß wir in diesen Tagen, Wochen und Monaten und auch in den nächsten Jahren unseren Sozialstaat umgestalten müssen und derzeit keine Finanzmasse zur Verfügung haben, die kinderreichen Familien zu finanzieren. Darum die Frage: Wie schaffen wir das? Mit dem Ehegattensplitting, mit dem Familiensplitting oder aber den anderen Punkten, die ich soeben genannt habe?

Ich denke, wir sind eigentlich gut beraten. Frau Merkel, Sie müssen mir aber das Ehegattensplitting noch einmal erklären und auch, wie das mit den hohen Einkommen aussieht. Hier werden doch die Großverdiener immer mehr belastet. Oder wollen Sie eine Einkommensgrenze? Das zumindest müssen wir an dieser Stelle noch einmal hören.

Ich denke, und ich will mit dem aufhören, mit dem ich begonnen habe: Wir, die CDU, sind die Partei der Familie, und wir sollten in den nächsten Wochen und Monaten alles daransetzen, deutlich zu zeigen, wie wir gute Familienpolitik der 80er Jahre in den 90er Jahren fortsetzen.

(Beifall)

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Frau Rita Gerdemann, Sie haben das Wort.

Rita Gerdemann: Frau Merkel, ich möchte Ihnen ausdrücklich danken, daß Sie auch einmal die Verdienner mittlerer Einkommen angesprochen haben. Ich bin nämlich eine der Betroffenen. Ich habe ein mittleres Einkommen und drei heranwachsende Kinder. Ich kann Ihnen sagen, daß kostet alles verflucht viel Geld. Wir müssen auf verflucht viel verzichten, wenn ich das mit anderen Ehepaaren vergleiche, die keine Kinder haben.

(Beifall)

Bedanken möchte ich mich auch bei der Antragskommission ausdrücklich für die Formulierung in Ziffer 46, Abschnitt 4, daß im Interesse des Schutzes von ungeborenem Leben jetzt einmal ein Rechtsbewußtsein und eine entsprechende Verhaltensorientierung gebildet werden soll. Ich kann für unsere Gesellschaft nur hoffen, daß dies auch geschieht; denn solange in unserer Gesellschaft weiterhin die Abtreibung als Kavaliersdelikt betrachtet wird, die Frau jedoch, die ihr ungewolltes Kind austrägt, es aber aus irgendwelchen Gründen - aus welchen auch immer - zur Adoption freigibt, als Rabenmutter abgestempelt wird, muß man wohl von einem sehr großen und sehr gestörten Rechtsbewußtsein sprechen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Herr Fell, Sie haben das Wort.

Dr. Karl H. Fell: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich stimme ausdrücklich den Überlegungen zu, die Frau Rönsch zu einer besseren Entlastung der Familien vorgetragen hat. Ich rede auch nicht als Blinder von der Farbe. Als Vater von sechs Kindern weiß ich, was das bedeutet.

(Beifall)

- Den Beifall gebe ich meiner Frau weiter. Den habe ich weniger verdient.

Ich weiß, wovon ich rede. Aber, die Entlastungsüberlegungen sollten wir genauso, wie Frau Süssmuth das in der Einführung dargestellt hat, nicht mit bestimmten Instrumenten hier und heute schon festlegen wollen, sondern wir sollten uns auf die Grundsatzertläuterungen beschränken.

(Beifall)

Gegen diese Überlegungen, liebe Parteifreunde, wird im ersten Spiegelstrich der Ziffer 46 durch das Wort „Familiensplitting“ verstoßen. Alle die, die von Steuerrecht oder Steuertechnik etwas verstehen, wissen, daß mit dem Wort Familiensplitting der Divisor gemeint ist, der beim Ehegattensplitting zwei ist. Das bedeutet, daß das Einkommen durch zwei dividiert wird, und an das halbe Gesamteinkommen wird die Steuertabelle angelegt.

Beim Familiensplitting würde dieser Divisor um die Kinderzahl oder jedenfalls einen Bruchteil der Gesamtkinderzahl erhöht, und damit vermindert sich natürlich das Einkommen, an das die Steuertabelle angelegt wird.

Ich will es einmal plastisch machen, damit Sie die groteske Folge auch nachvollziehen können: Unterstellt, meine sechs Kinder wären steuerlich noch alle berücksichtigungsfähig, unterstellt, ich hätte - was ich leider nicht habe - ein Jahreseinkommen von 1 Million DM, dann würde die Steuertabelle nicht an 500 000 DM angelegt und der Steuerbetrag mal zwei genommen, sondern an 1 Million DM, durch 8 dividiert, was gleich 125 000 DM wäre. Dann kommt, auf das Gesamteinkommen berechnet, eine Steuerbelastung heraus, meine Damen und Herren, die im Ergebnis gegenüber der bisherigen Regelung eine Steuerersparnis von rund 300 000 DM brächte. Das kann nicht unser Wille sein.

(Beifall)

Deswegen sollten wir von Familiensplitting, weil der Begriff Gesetz ist, nicht reden.

(Beifall)

Unser Vorschlag heißt von daher - Antrag B 660 -, diesen Spiegelstrich umzuformulieren und auf das Wort Familiensplitting zu verzichten. Wir ändern nichts an unserer Aussage zu den Grundsätzen, wir ändern nichts daran, daß wir sagen, wer Kinder hat, soll weniger Steuer zahlen, aber wir verhindern, daß das Verhetzungspotential des politischen Gegners ins Unermeßliche gesteigert wird; denn die SPD und andere würden uns ständig vorwerfen, daß wir durch ein Familiensplitting die Besserverdienenden unangenehm begünstigten. Das kann und darf uns nicht passieren.

Deshalb: Befreien wir uns selbst aus einer sonst notwendigen Abwehrschlacht, indem wir auf das Wort „Familiensplitting“ verzichten.

(Beifall)

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Udo Haschke, Sie haben das Wort.

Udo Haschke: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Freunde! Natürlich kosten Kinder Geld, und wir haben uns zu überlegen, wie wir die Familien entlasten, aber das ist nicht das einzige, was Kinder bedeuten. Kinder sind vor allem ein Reichtum. Deshalb steht im Antrag unter der Ziffer 46 der gute Satz: Eltern leisten einen unersetzlichen Beitrag für das Gemeinwohl und den Fortbestand in unserer Gemeinschaft.

(Beifall)

Kinder kosten Geld, aber ihr Wert ist ungleich höher. Kinder sind potentielle Arbeitskräfte, aber ihr Wert ist ungleich höher.

Deshalb, verehrte Frau Präsidentin und verehrte Antragskommission: Man wird manchmal erst aufmerksam, wenn man die etwas komische Presse liest. Ich möchte dringend darum bitten, daß wir in unserem Grundsatzprogramm den Satz 2 der Ziffer 46 streichen. Der klingt wie in Zeiten, als tatsächlich in der damaligen DDR Geburtenprämien bezahlt wurden, weil man fürchtete, die Bevölkerung könnte am Kollaps ersticken. Das geht nicht. Wir können nicht argumentieren: Weil Kinder den Generationenvertrag zu erfüllen haben, müssen wir die Familien unterstützen. Nein, weil Kinder ein Wert in sich sind, müssen wir die Familien unterstützen.

Ich denke, dies wird umso bedeutender, weil eben ein Chefredakteur der „Wirtschaftswoche“ jetzt auch formulieren darf und kann und sich nicht schämt zu schreiben - ich zitiere -: Nicht nur der geschundenen Umwelt - und das heißt ja nichts anderes als unser aller Gesundheit - würden weniger Menschen hierzulande gut tun. Wie weit sind wir denn gekommen, wenn wir solche Sätze zulassen und wenn wir es indirekt leider noch in unserem Grundsatzprogramm unterstützen.

Ich habe selbst fünf Kinder. Ich habe die Geburtsanzeigen immer mit dem schönen Satz - ich weiß nicht, von wem er ist - losgeschickt: „Mit jedem Kind erneuert Gott sein Ja an seine Schöpfung.“ Wir als Christdemokraten sollten auf dieses Ja zur Schöpfung und nicht auf die Renten von morgen setzen.

(Beifall)

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Udo Haschke. Maria Böhmer!

Dr. Maria Böhmer: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein Kind zu erziehen kostet heute so viel, wie ein Haus zu bauen. Wer Kinder erzieht und Durchschnittsverdiener ist, hat heute in der Regel kein Haus. Aber diejenigen, die zwei Verdienste haben und keine Kinder erziehen, haben nach 18 Jahren meistens ein Haus gebaut. Das ist eine Ungerechtigkeit, die wir ändern müssen. Hier geht es nicht darum, Herr Haschke, Geburtenprämien zu zahlen, sondern darum, die Ungerechtigkeit, die bei uns für Familien mit Kindern gegenüber denjenigen, die keine Kinder haben, existiert, zu beseitigen.

(Vereinzelt Beifall)

Unser Anliegen muß aber auch Lösungen zugeführt werden. Es kann nicht angehen, daß wir Entscheidungen immer wieder hinauszögern. Wir sind heute und hier gefordert, als CDU Farbe zu familienpolitischen Vorschlägen zu bekennen und die Weichen zu stellen, wohin wir mit der Familienförderung gehen wollen.

Es gibt, meine ich, zwei Wege. Der eine Weg ist beschrieben worden und verbindet sich damit, daß Steuern erhöht werden. Ich sage, wir können unsere Bürger und Bürgerinnen nicht mit noch mehr Steuern belasten. Das geht in der heutigen Zeit nicht mehr.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb brauchen wir eine aufkommensneutrale Regelung. Diese Chance bietet sich mit dem Familiensplitting. Ich will gleich einem Mißverständnis vorbeugen, das die Diskussion über das Familiensplitting immer wieder belastet. Es geht nicht um das alte Modell der 80er Jahre. Es geht nicht mehr um das Divisorenmodell, bei dem das Einkommen der Familie durch die Zahl der Familienmitglieder dividiert worden ist. Insofern, Herr Kollege Fell, kämpfen Sie einen Kampf gegen ein Modell, das überhaupt nicht mehr zur Debatte steht.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht um eine neue Form des Familiensplittings, eine Form - so haben wir es in den Empfehlungen der Antragskommission deutlich ausgedrückt, die sozial verträglich, die sozial gerecht ist. Dafür gibt es neue Ansätze.

Einen Weg beschreibt das Familienrealsplitting, bei dem jedes Familienmitglied, also Ehepartner, Eltern, oder Kinder, vom Unterhaltsbetrag freigestellt werden. Dieser Weg, kombiniert mit einer Neugestaltung auch des Einkommensteuertarifs, vermeidet genau das, was wir hier kritisieren, nämlich daß ein Familiensplitting sozial ungerecht ist. Deshalb sollten wir uns diesem neuen Weg zuwenden, einem Weg, der mehr Gerechtigkeit für Familien birgt, einem Weg, der gerade eine Berücksichtigung der Kinder darstellt, einem Weg, der Alleinerziehenden eröffnet, daß sie steuerlich besserstellen. Es ist ein Weg, der für uns von der CDU deutlich macht: Wir verschieben unsere Entscheidungen nicht auf morgen. Wir wollen heute Ja sagen zu einer Familienförderung neuer Art, zu einem Familiensplitting, das sozial ausgewogen und gerecht ist. Dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Jetzt hat Reinhard Wolters das Wort.

Reinhard Wolters: Liebe Freunde! Es wäre jammerschade, wenn der Begriff „Familiensplitting“, weil er unzureichend definiert ist, draußen zu Mißverständnissen führen würde und damit der gute Ansatz, auch draußen deutlich zu machen, daß die CDU die wirtschaftliche Situation der Familien verbessern wird, kaputtgemacht würde. Wir haben in der Debatte gerade erlebt, daß der Begriff „Familiensplitting“, weil er nicht präzise definiert ist, automatisch zu solchen Diskussionen führt, es sei denn, wir würden hier konkretere Ergänzungen einführen.

Ich darf Ihnen an einem Beispiel deutlich machen, wie groß die Folgen wären, wenn das Familiensplitting wie ein Ehegattensplitting konstruiert würde und das auch auf die Kinder übertragen würde. Die steuerliche Entlastung würde sich, je nachdem, ob man sich in der unteren Proportionalzone oder im Bereich des Spitzensteuersatzes von 53 % befindet, um bis zum Faktor 30 unterscheiden. Das entspricht überhaupt nicht mehr der Größenordnung der Unterhaltsleistungen für Kinder.

Während ich beim Ehegattensplitting und der zugrunde liegenden Erwerbs- und Wirtschaftsgemeinschaft, bei deren interner Arbeitsteilung sich der Staat am besten heraushalten sollte, noch Gründe für ein lineares Splitting finde, so ist dies beim

Unterhalt für die Kinder nicht mehr zu rechtfertigen. Hier müssen Kappungsgrenzen oder degressive Formen gefunden werden. Wir sollten dies in der Formulierung deutlich machen.

Ich bitte die Antragskommission daher zu prüfen, ob nicht durch die Ergänzung „nichtlineares Familiensplitting“ deutlich gemacht werden kann, daß diese negativen Auswirkungen nicht gemeint sind. Wir würden dann Antrag B 220 des Kreises Steinfurt fallenlassen können.

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Als nächstes Cornelia Yzer.

Cornelia Yzer: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Immer mehr junge Menschen entscheiden sich gegen Kinder. Gleichwohl belegen alle Jugendstudien nicht nur, daß bei einer weit überwiegenden Mehrheit junger Erwachsener der Wunsch nach Familiengründung vorhanden ist, sondern auch, daß sich junge Erwachsene in der Regel mehrere Kinder wünschen. Aber die Verwirklichung dieses Wunsches scheitert häufig an materiellen Hürden, und zwar auch dann, wenn das Existenzminimum nicht berührt ist.

Wir werden sicherlich sehr schnell Einvernehmen darüber erzielen können, daß Familien in unteren Einkommensgruppen besonders zu fördern sind. Aber reicht das allein denn wirklich aus? Wir müssen doch auch an die mittleren und - ich sage dies hier bewußt und offensiv - auch an die höheren Einkommensgruppen denken. Wollen wir denn das Argument, das die SPD über Jahre gegen Kinderfreibeträge vorgetragen hat, für uns als Union übernehmen? Das kann doch wohl nicht der richtige Weg sein.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sage und frage: Wie sieht die Realität eigentlich aus? Da überlegt sich doch das Ehepaar, beide berufstätig und mit gutem Einkommen, ob sie ihren Lebensstandard bei einer Entscheidung für ein Kind halten können. Da fragen sie doch, ob sie mit ihren kinderlosen Bekannten noch mithalten können. Die Entscheidung lautet oft: kein Kind. Das mögen wir kritisieren, wir können vollmundig erklären, für Kinder muß man doch auch zum Verzicht bereit sein. Aber, meine Damen und Herren, ist es denn richtig, daß wir gerade von denen Verzicht verlangen, die durch die Wahrnehmung der Familienaufgaben bereit sind, die Zukunft unserer Gesellschaft zu sichern? Ich meine, nein. Wir brauchen also auch innerhalb der einzelnen Einkommensgruppen einen Ausgleich zwischen Kinderlosen und Eltern.

Das Familiensplitting weist hier den gerechtesten Weg. Denn dieses Konzept besagt doch nichts anderes als eine stufenweise Erhöhung der Entlastung mit der Anzahl der Familienmitglieder, d.h. höchste Entlastung bei kinderreichen Familien und geringste Entlastung bei kinderlosen. Dabei will ich sehr wohl zwischen nichtehelichen und ehelichen Lebensgemeinschaften differenzieren. Eine steuerliche Gleichstellung darf es auch in diesem Bereich nicht geben.

Aber wir müssen die Frage der steuerlichen Entlastung von Familien offensiv angehen. Wir müssen auch bereit sein, uns neuen Modellen zu stellen, auch wenn sie, wie das Familienrealsplitting, einen Umbau unseres gesamten Steuersystems bedingen. Aber lassen wir uns davon nicht abschrecken. Wir haben als Parteitag gestern meines Erachtens sehr eindrucksvoll deutlich gemacht, daß wir reformwillig und -fähig sind.

Nun lassen Sie diesen Reformwillen doch bitte auch zugunsten von Familien mit Kindern in Erscheinung treten!

(Beifall)

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Cornelia. - Renate Diemers!

Renate Diemers: Meine Damen! Meine Herren! Wir alle gehen davon aus, daß wir zu unserem Wort stehen und den Familienlastenausgleich dahin weiterentwickeln, daß eine steuerliche Gleichbehandlung von kinderlosen Steuerpflichtigen und Steuerpflichtigen mit Kindern erreicht wird; denn erst dann, wenn diese Voraussetzung gegeben ist, kann eine tatsächliche, aktive, also eine direkt sichtbare und spürbare Familienförderung beginnen. Lösen wir uns von der Begriffsverwirrung des Familiensplitting. Dieser Begriff ist, wie wir jetzt schon mehrmals gehört haben, negativ belegt, weil dabei einkommensschwache und kinderreiche Eltern nicht bedarfsorientiert gefördert werden.

(Zustimmung)

Einen Nutzen hätten nur die Bezieher hoher Familieneinkommen.

Wir befinden uns derzeit in der Phase der Umsetzung der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums für Kinder, die gemäß dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts bis 1996 auf alle Familien mit Kindern ausgedehnt werden muß. Das bedeutet: Der Betrag, der nicht der Steuerpflicht unterliegt, ist für alle Familien gleich hoch. Deshalb kann dann durch ein in seiner Höhe neu zu bestimmendes Kindergeld die Ausgestaltung der Familienförderung nach Bedarfsgesichtspunkten uneingeschränkt erfolgen. Das heißt, der tatsächliche Familienlastenausgleich in Form direkter Zahlungen kommt denen zugute, die Kinder haben und die nicht zu den Spitzenverdienern zählen.

Ebendiese zielgenaue Familienförderung, wie wir sie wollen, kann ein Familiensplitting nicht leisten. Das Familiensplitting ist von dem Begriff des Ehegattensplittings abgeleitet. Beide Begriffe kennen nicht die steuerliche Freistellung des Existenzminimums. Beide Begriffe begünstigen höhere und Höchsteinkommen. Meine Damen, meine Herren, diese Tatsache ist im Bewußtsein großer Teile unserer Bevölkerung verankert. Wenn wir jetzt den Begriff Familiensplitting unter dem Etikett der Familienförderung aufnehmen, dann wird man uns nicht verstehen und auch unser ehrliches Wollen nicht glauben. Deshalb können wir diesen Begriff nicht in unser Grundsatprogramm aufnehmen.

Ich bitte Sie um Annahme des Antrags B 177 des Bundesvorstandes der Frauen-Union.

(Beifall)

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Renate Diemers. Maria Herr-Beck!

Dr. Maria Herr-Beck: Frau Präsidentin! Liebe Freunde! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir, die CDU, sind die Partei der Familie. Alles, was für die Familie bisher getan wurde, haben wir, hat die CDU getan.

(Beifall)

Wir wissen, daß es noch viel zu tun gibt, und wir wissen insbesondere, daß eine Ungleichheit zwischen Familien mit mehreren Kindern und Familien ohne Kindern

besteht. Darum mühen wir uns heute. Ich glaube, daß auch diese Diskussion beweist, wie ernst es uns um die Familie ist.

Nun müssen wir sehen, daß wir für die Besserstellung von Familien mit Kindern Geld benötigen. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, eine Sterntaler-Lösung gibt es nun einmal nicht. Wir müssen also sehen, daß wir das Geld, das wir brauchen, woanders wegnehmen müssen. Darum geht es.

Ich möchte nun doch noch einmal für den Begriff Familiensplitting werben. Ich glaube, daß das, was hier unter dem Begriff Familiensplitting vorgetragen wurde, eine völlig einseitige Auslegung ist. Nach all dem, was wir in den vergangenen Jahren draußen verkündet haben, ist der Begriff Familiensplitting immer sehr gut angekommen, ohne daß die Bevölkerung sich im einzelnen darüber klar war, wie nun gesplittet werden soll. Familiensplitting bedeutet doch gar nicht, daß jeder - der Ehemann, die Ehefrau, die vier Kinder - vom Einkommen gleiche Teile bekommen. Splitten heißt doch nur, einen Teil vorweg abzurechnen und nicht zu versteuern. Meine Damen und Herren, wir haben hier den höchsten Bundesgenossen, den wir überhaupt haben können, nämlich das Bundesverfassungsgericht. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, daß ab 1996 das Existenzminimum, der Unterhaltsbedarf der Familienmitglieder zunächst beim Einkommen herausgerechnet werden muß und erst dann der Staat mit seiner Steuer einsetzen darf. Ich meine, dies sei eine wahrhaft gerechte Lösung, die auch überzubringen ist.

Ich bin nicht für eine Strafsteuer und meine auch nicht, daß wir jetzt Prämien mit unbequemen Aussagen gewinnen sollten. Wir sollten uns ganz sachlich bemühen, eine möglichst gerechte Lösung zu finden. Wir leben nicht in einem rechtsfreien Raum. Deshalb sind wir an diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gebunden. Meine Damen und Herren, wer hindert uns denn, diese Entscheidung Familiensplitting zu nennen? Dies ist ein guter Begriff. Mit diesem Begriff kann in einem Wort klargemacht werden, daß wir teilen wollen und daß wir die Familie mit Kindern begünstigen wollen. Das Ziel ist uns allen klar. Lassen Sie uns in sachlicher Diskussion um die beste Lösung ringen.

(Beifall)

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Maria Herr-Beck. Dieter Reinfried!

Dr. Dieter Reinfried: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche zum Antrag B 202. Bitte nehmen Sie Ihre Antragsbroschüre zur Hand, schlagen Sie die Seite 151 auf, und markieren Sie den Antrag B 202.

Ich möchte Sie zum Ungehorsam auffordern, nämlich dazu, der Empfehlung der Antragskommission nicht zu folgen. Warum? In unserem Antrag heißt es:

Wir ermutigen junge Menschen, sich zur Elternschaft zu entschließen. Nach dem Leistungsvermögen unserer Gesellschaft wollen wir dazu beitragen, die wirtschaftliche Schwelle für diese Entscheidung abzubauen.

Dieses sollte in Ziffer 46 des Grundsatzprogramms eingeordnet werden.

Wieso das? Was bisher Praxis in Deutschland ist, ist die Unterstützung der Familie auf dem Wege der Erziehung der Kinder, sozusagen die Unterstützung der Brutpflege. Wir möchten diese Systematik aber ergänzen, indem beim Startpunkt angesetzt wird und die Entscheidung, eine Familie zu gründen, erleichtert wird, indem Möglichkeiten

geschaffen werden, junge Menschen zu ermutigen, überhaupt eine Familie zu gründen. Frau Professor Süßmuth hat in ihrer Einführung eindeutig zum Kind gesagt. Diese Intention möchten wir durch diesen ergänzenden Antrag unterstützt wissen.

Wir wünschen vielen jungen Menschen - dies sage ich auch als Vater von vier Kindern -, daß sie die wunderbaren Erfahrungen machen können, die mit der Geburt und dem Aufwachsen von Kindern verbunden sind. Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Dieter Reinfried. Gunnar Uldall, bitte.

Gunnar Uldall: Frau Tagungspräsidentin! Meine Damen und meine Herren! Wer Kinder erzieht, muß weniger Steuern zahlen. Das ist der Leitgedanke unseres Programms, das wir heute verabschieden wollen, und dieses ist ein guter Gedanke. Muß dies aber unbedingt dadurch geschehen, daß wir uns bereits heute für den Weg des Familiensplittings entscheiden?

Rita Süßmuth hat in ihrer eindrucksvollen Rede davor gewarnt, daß wir uns bereits heute konkret festlegen, welche Instrumente gewählt werden sollen. Ich halte den hier vorgeschlagenen Weg über das Familiensplitting für falsch.

Ich möchte an einigen Beispielen zeigen, was das Ergebnis sein wird.

Zunächst möchte ich jedoch erläutern, was das Familiensplitting eigentlich ist. Beim Ehegattensplitting wird das Einkommen durch zwei geteilt und der Einkommensteuersatz, der sich dann ergibt, auf das Einkommen angelegt.

Beim Familiensplitting würde man je nach der Zahl der Kinder einen größeren Divisor wählen. Das heißt also: Während man beim Ehegattensplitting durch zwei teilt, würde man bei Ehepaaren mit zwei Kindern im Rahmen des Familiensplittings durch vier teilen. Entsprechend würde man z.B. bei drei Kindern auf 20 % des Einkommens runtergehen und den fälligen Einkommensteuersatz heranziehen.

Was bedeutet dieses in der Praxis, meine Damen und meine Herren? Dieses bedeutet, daß bei einem gutverdienenden Bundestagsabgeordneten - so wie ich es bin -, der drei Kinder hat, nur 2000 DM als die Grenze genommen werden, bei der der Einkommensteuersatz herangezogen wird. Dieses würde bedeuten, daß der Splittingvorteil, der durch die drei Kinder hervorgerufen wird, riesig groß wird. Also: Der Nachteil des Kinderfreibetrages würde immer größer werden, weil wir einen größeren Divisor eingebaut haben. Dieses ist nicht gerecht und würde eine unnötige Diskussion über die Gerechtigkeit in unserem Steuersystem eröffnen.

Ein weiteres Argument: Wenn ich einen Vater mit sechs Kindern nehme - wie z.B. Karl Fell -, stelle ich fest, daß der steuerliche Vorteil von Kind zu Kind geringer wird. Bei sechs Kindern würde man also durch acht teilen; dieses würde bedeuten, daß nur noch für das letzte Kind etwa 2 % Verbesserung gegenüber dem anderen Kind erzielt werden. Dieses kann doch wohl nicht im Sinne unserer Familienpolitik sein.

Ein weiteres Argument, meine Damen und Herren, lautet: Wenn wir ungekappt ein Familiensplitting durchführen würden, dann wäre das Familiensplitting überhaupt nicht zu bezahlen. Das heißt, man müßte irgendwo eine Kappung oder eine Deckelung einführen. Dieses bedeutet, daß das Ehegattensplitting für Ehepaare ohne Kinder

faktisch beseitigt werden würde, und zwar mit dem Ergebnis, daß junge Menschen erst dann heiraten würden, wenn sie Kinder bekommen. Dieses kann nicht im Sinne unserer Familienpolitik sein, weil wir gerade die jungen Menschen in die Ehe hineinbringen wollen.

Meine Damen und meine Herren, unser Ziel ist: Wer Kinder erzieht, muß weniger Steuern zahlen. Dieses sollten wir in unserem Programm festschreiben. Ich bin aber dafür, daß wir uns heute nicht auf den Begriff „Familiensplitting“ festlegen. Deswegen haben wir in dem Antrag B 660 alles so belassen, wie es die Antragskommission vorgegeben hat, und haben nur das Wort „Familiensplitting“ herausgenommen.

Ich bitte Sie deswegen, dem Antrag B 660 zuzustimmen; dann haben wir in ungetrübter Freude unseren guten Beschluß „Wer Kinder erzieht, muß weniger Steuern zahlen“ umgesetzt. - Vielen Dank.

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Gunnar Uldall. - Peter Rauhen.

Peter Rauhen: Frau Präsidentin! Liebe Parteifreunde! Wenn man sich die Anträge zu diesem Punkt anschaut, dann stellt man fest, daß es keinen einzigen Antrag gibt, der sich nicht dafür ausspricht, daß Familien mit Kindern entlastet werden müssen. Der Parteitag ist sich darüber völlig einig. Es wäre fatal, wenn durch diese Diskussion der Eindruck entstünde, als wenn es da einen Dissens innerhalb unserer Partei gäbe. Wir wollen eine deutliche Entlastung der Familien mit Kindern.

Wir sollten uns aber davor hüten - wie Frau Süßmuth das anfangs sagte -, Begriffe hier in das Grundsatzprogramm hineinzuschreiben, die verwirren. Ein solcher Begriff ist dieses „Familiensplitting“. Die steuerliche Konzeption, die damit verbunden ist, ist klar. Sie wurde von Herrn Uldall, sie wurde von Herrn Fell erläutert. Wenn man ein ureigenes Splitting machte, wäre das nicht zu finanzieren. Es müßten dann also Grenzen eingezogen werden; man spricht von dem „Realsplitting“. Aber wenn ich das tue, bin ich irgendwann wieder bei dem heutigen Kinderfreibetrag. Das heißt, das System, das wir haben - Kinderfreibeträge festzusetzen, die das Existenzminimum beinhalten, d.h. keine Steuern von dem zu erheben, was als Existenzminimum notwendig ist - ist in Verbindung mit dem Kindergeld ein probates Mittel, um die Lösung in diesem Feld wirklich zu schaffen.

Wenn dann gesagt wird, daß man die Mehrkosten des Familiensplittings durch eine Änderung beim Ehegattensplitting finanzieren wolle, dann meine ich, daß das wirklich fatal wäre. Denn was passiert heute beim Ehegattensplitting? Die Einkommen der beiden Partner werden addiert, durch zwei geteilt; jeder hat seinen Grundfreibetrag, und deshalb ist da die steuerliche Entlastung gegeben. Das heißt, wenn man daran etwas ändern wollte, würde man die Ehepartner schlechter stellen als zwei Partner, die ohne Trauschein zusammenleben. Das kann unsere Partei doch nicht wollen.

(Beifall)

Deshalb bitte ich wirklich eindringlich darum - auch die Antragskommission -, es bei dem ursprünglichen Vorschlag zu belassen. Darin stand der Begriff „Familiensplitting“ nicht. Man sollte diesen Begriff herausnehmen. Statt dessen verweise ich auf zig andere Anträge, die sich für eine Entlastung der Familien mit Kindern aussprechen, allerdings unter Vermeidung dieses Begriffes, der zu großer Verwirrung führt. Ich bitte, nach dem Antrag B 660 zu verfahren. - Schönen Dank.

(Beifall)

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Bruno Orth.

Bruno Johannes Orth: Frau Sitzungspräsidentin! Liebe Parteifreunde! Wenn ich mir die Beiträge, die zu diesem Thema gekommen sind, vor Augen führe, dann denke ich: Es wird hier um einen Begriff gestritten, der in der Bevölkerung schon einen ganz anderen Erwartungshorizont hat als bei den Fachleuten, bei den Spezialisten, wo fast jeder letzten Endes etwas anderes darunter versteht.

Ich denke vier Jahre zurück. Da wurde diese Diskussion schon einmal geführt; sie wurde auch schon auf den vergangenen Parteitagen geführt. Ich glaube, wir sollten uns klar sein - ich spreche aus Erfahrung; ich habe vier Kinder und bin Gymnasiallehrer, der zitiert worden ist -: Es ist in der Praxis doch so, daß wir zu einem Modell kommen müssen, egal wie es heißt. Der Begriff „Splitting“ ist bei Fachleuten schon besetzt. Aber wir sollten uns dazu durchringen zuzugeben, daß dieser Begriff in der Öffentlichkeit inzwischen einen Bedeutungswandel erfahren hat, der ein allgemeines Modell bezeichnet, das wir grundsätzlich befürworten und bei dem wir auch gar keine Meinungsverschiedenheiten haben.

(Beifall)

Daher meine ich: Begriffe, die in der Öffentlichkeit modifiziert vorhanden sind, müssen natürlich übernommen werden; aber sie müssen in der Ausgestaltung dann sowieso dem Gesetzgeber überlassen bleiben. Der kann die Dinge berücksichtigen, damit das kein Steuersparmodell wird, sondern eine echte Entlastung der Familien. Ich bitte darum, diesen Begriff zu übernehmen; Sie binden sich damit doch noch gar nicht an ein bestimmtes, konkretes Modell.

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Orth. - Herr Kannengießer.

Christoph Kannengießer: Frau Präsidentin! Liebe Freunde! Ich möchte mich zunächst bei der CDA entschuldigen. Ich habe sie vorhin für eine Position in Anspruch genommen, die sie offenbar nicht vertritt. Das tut mir leid. Das ist damit gestrichen.

Ich wollte hier an sich für den Antrag aus Bonn zu diesem Thema sprechen, der sich zu den Steuerfreibeträgen bekennt. Ich bin allerdings nach der Diskussion, die jetzt gelaufen ist, der Meinung, wir sollten uns tatsächlich auf eine Formulierung einigen, die neutral allen vorgeschlagenen Lösungen den Weg weist und nur das Bekenntnis enthält: Wer Kinder hat, der soll weniger Steuern zahlen; das bezieht sich auf den Antrag B 660.

(Beifall)

Es gibt einen entsprechenden Antrag der Frauen-Union. Wir müssen uns einen der Anträge aussuchen. Denn ich habe das Gefühl: Es hat keinen Zweck, hier über steuerpolitische und steuerrechtliche Details zu streiten.

Wir verhandeln hier kein Steuerprogramm, sondern unser Grundsatzprogramm. Es muß möglich sein, daß sich jemand zu den Grundsätzen der CDU bekennt, egal ob er für oder gegen Familiensplitting, für oder gegen Freibeträge, für oder gegen Negativsteuern ist, wie es in einigen Anträgen vorgeschlagen wird.

Deshalb: Wählen wir eine Konsenslösung, die uns hinterher die Möglichkeit eröffnet, den besten Weg für die Familien zu suchen. - Vielen Dank.

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Bitte, Herr Dr. Schultes.

Dr. Stefan Schultes: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach 15 Beiträgen zum Thema „Ehegattensplitting“ möchte ich auf den Punkt „Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz“ zu sprechen kommen, zu dem ich als Kommunalpolitiker und kleiner Delegierter vielleicht einen Beitrag leisten kann.

Wenn Sie das Wort „Kommunalpolitiker“ hören, erschrecken Sie bitte nicht. Da steht nicht jemand vor Ihnen, der die Möpse nicht rausrücken will oder der kein Herz für Kinder hat; meine Frau und ich, wir haben selber noch ein kindergartenpflichtiges Kind. Es geht aber darum, das Thema aus der realistischen Praxis zu sehen.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, wie ist heute die Situation? Ich komme aus einer Stadt, die den Anspruch auf einen Kindergartenplatz zumindest statistisch - wenn auch nicht im regionalen Ausgleich - bereits erfüllt hat. Sie hat im vergangenen Jahr Kindergärten gebaut, tut dies in diesem Jahr und wird es auch im nächsten Jahr tun. Ich möchte für diesen Antrag sprechen, auch wenn ich ein bißchen Wasser in den Wein gießen will.

Wenn wir diesen Rechtsanspruch verabschieden, dann muß uns klar sein, daß die Kommunen in der heutigen Situation nicht in der Lage sein werden, diesen Anspruch bis 1996 zu erfüllen. Da bin ich mit meinen Kollegen in Baden-Württemberg und sicherlich auch in ganz Deutschland einig. Vor allem die Großstädte werden hier noch einige Probleme haben. Denken Sie bitte daran, daß dafür über 20 Milliarden Mark ausgerechnet wurden, daß jede neue Kindergartengruppe immerhin 200 000 DM kostet und daß keine 10 % aus den Eigenbeiträgen der Eltern kommen. Eigentlich fehlt diesem Antrag ein zweiter Teil, nämlich derjenige, der sagt, wie dieser Anspruch auch finanziell realistisch verwirklicht werden soll.

Wir können diesen Schwerpunkt setzen, und dieser Parteitag möchte dies auch tun, aber wenn wir z. B. die Pflegeversicherung nicht erreichen, wird er bei den rapide steigenden Sozialhilfekosten auf der Strecke bleiben, und wir können ganz sicher auch nicht etwa die andere Kommunalpolitik - Umweltpolitik oder Politik für den Wohnungsbau - dagegen ausspielen. Ich bitte Sie, dies bei der Verwirklichung zu berücksichtigen. Das heißt, das Wort von der Verwirklichung muß bedeuten, daß wir diesen Anspruch zeitlich strecken und wohl auch etwas relativieren.

Worauf ich hinauswill, liebe Freunde, ist folgendes: Es kann nicht sein, daß hier ein Anspruch vom Bund ohne eine finanzielle Regelung statuiert wird. Wenn wir eine finanzielle Regelung nicht treffen, bleibt dieser Anspruch eine Worthülse und bleibt damit auch die Glaubwürdigkeit, von der heute vormittag die Rede war, auf der Strecke. Wir müssen den Bundesgesetzgeber auffordern, hierfür auch eine Regelung zu treffen.

Noch ein kleiner Nachsatz, liebe Parteifreunde: Was machen Sie mit dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, wenn es Ihnen so geht wie meiner Frau und mir? Auf die Aufforderung an unseren vierjährigen Joachim, in den Kindergarten zu gehen, auf die Aufforderung „Komm, wir gehen in den Kindergarten“ antwortete er einfach: „Nein, den kenne ich schon, ich möchte wie meine großen Geschwister in die Schule.“ - Vielen Dank.

(Zustimmung)

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Als letzter hat Herr Dr. Göhner das Wort.

Dr. Reinhard Göhner, Antragskommission: Darf ich für die Antragskommission mit dem letzten Punkt beginnen, meine Freunde: Der gesetzlich fixierte Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz erfordert gewiß die zusätzliche Mobilisierung weiterer Anstrengungen, damit wir ihn einlösen. Aber wir hätten Tinte gesoffen, wenn wir in diesem Grundsatzprogramm die Aufhebung dieses Rechtsanspruchs oder seine Verschiebung verkünden würden.

(Beifall)

Damit wäre alles Makulatur, was wir zum Schutz des ungeborenen Lebens sagen würden!

(Beifall)

Liebe Freunde, ich will es am Beispiel meiner eigenen Heimatgemeinde und meines Bundeslandes sagen: Solange Freizeitbäder für 5 und 6 Millionen Mark von einer Gemeinde mit 10 000 Einwohnern mit 50 % Landeszuschüssen in Nordrhein-Westfalen gebaut werden können, aber die Zuschüsse für die Kindergärten gekürzt werden, ist jede Kritik an diesem gesetzlichen Rechtsanspruch unbegründet.

(Beifall)

Nun zurück zur Frage der steuerlichen Entlastung der Familien. Die Familienministerin hat recht: Wir brauchen eine Kommission, die bald einen konkretisierenden Vorschlag dazu macht, wie wir die Familien mit Kindern stärker entlasten wollen. Aber, liebe Freunde, wir können deshalb nicht grundsätzliche Wege ungeklärt lassen. Wir machen hier ein Grundsatzprogramm, keinen Gesetzentwurf zu einer komplizierten steuerlichen Frage.

(Zustimmung)

Die grundsätzliche Richtung müssen wir hier doch wohl vorgeben, und da haben wir im Grunde genommen drei unterschiedliche Möglichkeiten: Das alte System ist unzureichend. Die Sondersteuer für diejenigen, die derzeit keine Kinder erziehen, ist aus meiner Sicht völlig unpraktikabel. Drittens haben wir das Familiensplitting. Ich finde, Frau Herr-Beck hat hier den entscheidenden Punkt genannt: Familiensplitting gibt das Signal, daß wir innerhalb des Steuersystems teilen müssen, daß wir splitten müssen zugunsten der Familien mit Kindern.

Ich sage Ihnen - wir haben darüber mit Steuerexperten und mit Finanzwissenschaftlern intensivst diskutiert -: Allein das Familiensplitting gibt wirklich die Möglichkeit, daß wir Eheleute mit Kindern günstiger stellen und daß wir Alleinerziehende mit Kindern wirklich günstiger stellen, als hochverdienende kinderlose Eheleute heute allein auf Grund des Ehegattensplittings stehen.

(Zustimmung)

Wir müssen deshalb eine Steuerregelung finden, in der das Ehegattensplitting aufgeht, und das ist nur in einem solchen Familiensplitting möglich.

Ein bißchen entsetzt bin ich über das, was hier die Finanzexperten, meine Freunde aus der Fraktion, vorgetragen haben. Liebe Herren Uldall und Fell, was ihr hier als Modell eines Familiensplittings vorgetragen habt, ist ein Phantom. Ich kenne niemanden in der Wissenschaft, niemanden unter den Steuerexperten, niemanden aus der Politik, der ein Familiensplitting jeweils mit dem Faktor 1 pro Kind vorschlagen würde. Sie kennen doch das Gutachten, das die CDU-Fraktion zu dieser Frage vom Ifo-In-

stitut hat, in dem auch für ein Divisorensplitting eine sozial gerechte, mit Obergrenzen versehene Regelung vorgeschlagen wird, die eben keine unsoziale Wirkung hat.

Meine Freunde, beim progressiven Steuersystem bedeutet jede Steuerentlastung - auch die durch einen Freibetrag -, daß diejenigen, die mehr Steuern zahlen, von einer solchen steuerlichen Entlastung einen größeren Vorteil haben. Anders ausgedrückt: Wer keine Steuern zahlt, hat auch durch das Familiensplitting keinen Vorteil - aber auch nicht durch einen Freibetrag.

Was Sie, meine Freunde, verschweigen, ist folgendes: Heute, nach geltendem Recht, gibt es schon ein Splitting, aber wirklich nur für die Höchstverdienenden, nämlich bei denjenigen, die Einkünfte aus Kapital- und Gewerbevermögen auf ihre Kinder übertragen können. Die können davon Gebrauch machen! Wir wollen, daß die steuerliche Entlastung für Familien mit Kindern wirklich allen Familien mit Kindern zugute kommt, und deshalb bitte ich Sie, den Vorschlag der Antragskommission zu unterstützen.

(Beifall)

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Delegierten, Sie haben dazu eine sehr lange dramatische Debatte erlebt; sie ist das Spiegelbild der Debatte in der Grundsatzkommission und in der Antragskommission. Die CDU macht es sich also weiß Gott nicht leicht, aber wir sollten jetzt zur Abstimmung kommen, und logischerweise steht jetzt der Antrag der Antragskommission vor allen anderen zur Abstimmung.

Ich bitte nun um Ihre Stimmabgabe. Wer ist für den Antrag der Antragskommission?

(Zurufe: Die Mehrheit!)

Ich komme zu den Gegenstimmen. Wer ist dagegen? -

(Zurufe: Die Mehrheit!)

- Bei zahlreichen Gegenstimmen, aber mit eindeutiger Mehrheit ist der Antrag angenommen.

(Beifall)

Ich frage noch nach den Enthaltungen. - Vielen Dank.

Ich entschuldige mich ausdrücklich dort oben bei den Nordrhein-Westfalen. Sie sind bisher nicht ausreichend berücksichtigt worden, aber das lag daran, daß dort hinten die Türen offen waren, so daß wir die Stimmabgabe nicht sehen konnten. Jetzt berücksichtigen wir sie. - Ziffer 46 ist damit angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 47. Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Ich sehe keine Gegenstimmen.

(Widerspruch)

- Doch einige Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Ziffer 47 ist angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 48. Dazu liegen mir ebenfalls keine Wortmeldungen vor. Wer ist für den Antrag der Antragskommission? - Wer ist dagegen? - Einige Gegenstimmen. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Ziffer 48 ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 49. Es liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor. Wer ist für den Antrag der Antragskommission? - Wer ist dagegen? - Eine Gegenstimme! - Enthaltungen? - Keine Enthaltung. Damit ist die Ziffer 49 ebenfalls angenommen.

Wir haben damit das Familienkapitel abgeschlossen und kommen zum Kapitel Jugend. Ich gebe die Präsidentschaft an Christine Lieberknecht. Vielen Dank.

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den Themen Jugend sowie Bildung und Erziehung. Dazu gehört auch der Sport. Ich darf Ihnen zunächst bekanntgeben, daß mich soeben die Nachricht erreicht hat, daß die deutschen Skispringer in Lillehammer im Mannschaftsspringen die Goldmedaille errungen haben.

(lebhafter Beifall)

Zu einer Einführung in diese Thematik unseres Grundsatzprogrammes erteile ich jetzt dem Vorsitzenden der Jungen Union, Hermann Gröhe, das Wort.

(Beifall)

Hermann Gröhe: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Leitbild einer freien und verantwortlichen Gesellschaft, das auf unserem Menschenbild und den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit beruht und aufbaut, prägt auch die Aussagen des Programmentwurfs zur Bildung und Erziehung sowie zur Jugendpolitik, die ich Ihnen noch einmal kurz vorstellen möchte.

Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden zu helfen, den ihren Neigungen und Begabungen entsprechenden Platz in dieser Gesellschaft zu finden und in dieser Gesellschaft auch Verantwortung zu übernehmen, ist zunächst Aufgabe elterlicher Erziehung. Dabei haben - wir haben das gerade deswegen eben so intensiv diskutiert - die Eltern Anspruch auf die Unterstützung durch die Gemeinschaft.

Daneben bekennen wir uns aber ausdrücklich zu einem eigenen erzieherischen Auftrag, der der Schule in Partnerschaft mit den Eltern zukommt. Es sind eben Bildung und Erziehung, die die wesentlichen Voraussetzungen zur Wahrnehmung von Freiheitsrechten und Bürgerpflichten begründen.

So notwendig wie die Vermittlung von Grundlagenwissen und Allgemeinbildung ist, so notwendig ist auch die Vermittlung von Werten, die sich an der Verfassungsordnung des Grundgesetzes orientieren müssen.

Sicherlich haben die immer häufiger Schlagzeilen machenden Gewalttätigkeiten an Schulen eine Fülle von Ursachen. Sie sind aber auch das Resultat einer Relativierung von Wertvorstellungen wie dem Respekt vor dem anderen und vor dem Eigentum wie auch vor Autorität. Es war ausgerechnet die GRÜNE-Landtagsabgeordnete Beate Scheffler, die erklärte, statt der mündigen, sozial und ökologisch engagierten, politisch hochmotivierten Jugend hat unsere Erziehung eine Spezies hervorgebracht, die zum größten Teil egozentrisch, konsumorientiert und im schlimmsten Fall gewalttätig und fremdenfeindlich ist.

Man stelle sich einmal vor, jemand von uns hätte das gesagt. Er wäre sicherlich als bildungspolitischer Steinzeitmensch diffamiert worden.

Zu unserer klaren Bejahung einer Orientierung vermittelnden Erziehung gehört auch das Bekenntnis zu einem christlichen Religionsunterricht. Ausgehend von unserem Menschenbild, von dem Bekenntnis zur Verschiedenartigkeit, aber Gleichwertigkeit

der Menschen bekennen wir uns zu einem gegliederten Bildungswesen, das den unterschiedlichen Begabungen gerecht wird, dabei aber den Wechsel zwischen den unterschiedlichen Bildungsgängen ermöglicht. Grundlagen unserer Bildungspolitik sind dabei das Prinzip der Chancengerechtigkeit, das jedem eine seiner individuellen Begabung entsprechende Chance einräumen will, ohne gleichmacherisch Ergebnisgleichheit vorgaukeln zu wollen, und das humane Leistungsprinzip.

Wer politische Gesinnung - wie es in der früheren DDR der Fall war - oder soziale Herkunft und materiellen Besitz als Auswahl- und Differenzierungskriterium ablehnt, der muß erkennen, daß allein das Leistungsprinzip angemessen für eine offene und demokratische Gesellschaft ist.

Ausdrücklich bekennen wir uns zur Bildung von Eliten, die ihr Können im Bewußtsein und in Verantwortung für die Gemeinschaft einsetzen und die wir ebenso besonders fördern wollen wie diejenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind. Im Hinblick auf die Gleichwertigkeit der unterschiedlichen Bildungsgänge liegt uns besonders die Aufwertung der beruflichen Bildung am Herzen. Sie muß endlich den gleichen Stellenwert erhalten wie akademische Ausbildung. Notwendig ist dazu die Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Berufsschulen, der Hochschulzugang für besonders Begabte nach einer qualifizierten Berufsausbildung und eine höhere Attraktivität einer praktischen Berufsausbildung durch leistungsgerechte Bezahlung, Laufbahndurchlässigkeit und auch entsprechende Weiterbildungsangebote. Ich füge persönlich hinzu: Hier muß der Öffentliche Dienst endlich seine Vorbildfunktion übernehmen.

(Beifall)

Auf Antrag des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen und des Bundesfachausschusses Kulturpolitik schlägt Ihnen die Antragskommission eine Neuordnung der Ausbildungsförderung vor, die für praktische und akademische Bildungsgänge, einschließlich der Aufstiegsfortbildung, gleiche Chancen eröffnet. In der Tat ist es ja nicht einzusehen, daß die Ausbildung zum Ingenieur öffentlich gefördert wird, die zum Meister dagegen aus eigener Tasche mit erheblichen Opfern finanziert werden muß.

(Beifall)

Unsere hochschulpolitischen Vorstellungen beruhen auf unserem klaren Ja zur Freiheit und Einheit von Forschung und Lehre. Wir wollen die Autonomie der Hochschulen auch bei den notwendigen Studienzeiterkürzungen und Studienreformen stärken. Angesichts der dramatischen Überlast an den Hochschulen fordern wir aber Bund und Länder auch auf, weitere Anstrengungen im Bereich des Hochschulausbaus, besonders der Fachhochschulen, vorzunehmen. Es sind nicht zuletzt die Professoren, die sich heute teilweise wundern, mit welcher Ruhe Studentinnen und Studenten zum Teil katastrophale Lernbedingungen ertragen.

Wollen wir auch im Hinblick auf die Situation in anderen europäischen Ländern die Ausbildung in Schule und Hochschule insgesamt straffen, so wissen wir doch zugleich um die Notwendigkeit, Weiterbildung und Fortbildung während des Arbeitsprozesses zu stärken und auch hier den Schulen und Hochschulen neue Betätigungsfelder zu eröffnen.

Ausführlicher und konkreter als unser bisheriges Grundsatzprogramm befaßt sich der Programmwurf mit der Jugendpolitik. Die Jugendpolitik hat ja in den letzten Monaten aus dem zum Teil sehr traurigen Anlaß der Gewalttätigkeiten junger Menschen gegen Ausländerinnen und Ausländer verstärkt Beachtung gefunden. In einer

jüngst veröffentlichten Antwort der Bundesregierung auf eine jugendpolitische Große Anfrage der Koalitionsfraktionen heißt es - ich zitiere -:

Jugendhilfe und Jugendarbeit können sowohl zur Vorbeugung gegenüber Fremdenfeindlichkeit, Extremismus und Gewalt als auch zu deren Abbau beitragen.

So richtig dies ist, so verheerend wäre es doch, wenn wir der Jugendarbeit erst Aufmerksamkeit schenken, wenn Randalen uns dazu zwingt. Bei Jugendpolitik muß es um mehr gehen als um Krisenintervention - sei es jugendlichen Gewalttätern gegenüber oder Drogenabhängigen. Es muß insgesamt darum gehen, Kinder, Jugendliche und Heranwachsende zur Mitarbeit in unserer Gesellschaft einzuladen. Wir müssen der Erkenntnis Rechnung tragen, daß jede Generation neu für die Wertentscheidung unserer Verfassungsordnung gewonnen werden muß. Dabei benennt unser Entwurf ausdrücklich die Jugendarbeit als eigenständigen Erfahrungsbereich, in dem der Umgang mit Verantwortung gelernt werden kann. Klar heißt es auch: Jugendpolitik ist eine wesentliche Aufgabe der Kommunen. Damit wird deutlich gemacht, daß die Förderung der Jugendarbeit eben keine Luxusaufgabe ist, die man in Zeiten besserer Kassenlage vertagen darf.

Auf Antrag der Jungen Union schlägt Ihnen die Antragskommission vor, deutlicher das Subsidiaritätsprinzip in der Jugendpolitik zu betonen. Der Förderung des Engagements der Jugendlichen selbst in ihren unterschiedlichen Verbänden und Vereinen soll Vorrang vor staatlichen und auch kommunalen Angeboten zukommen.

In Zeiten knapper Kassen - und die Wahrheit ist immer konkret -, bedeutet das etwa, daß eher einmal das in eigener Regie durchgeführte Lieblingsprojekt des Jugendamtsleiters auf den Prüfstand gehört als die oft ohnehin nur geringen Zuwendungen an kirchliche, sportliche oder gewerkschaftliche Jugendarbeit.

Daß die unionsgeführte Bundesregierung das Subsidiaritätsprinzip in der Jugendarbeit ernst nimmt, macht das erfolgreiche Programm zum Aufbau freier Träger in der Jugendarbeit in den neuen Ländern deutlich.

Ich möchte den Augenblick nutzen zu betonen, daß wir als Junge Union uns sehr über die Aufwertung der Jugendpolitik durch die hervorragende Arbeit von Angela Merkel freuen. Vielen Dank von dieser Stelle.

(Beifall)

Weitere wichtige Stichworte in jugendpolitischen Aussagen sind die Jugendsozialarbeit, etwa Qualifizierungs- und Unterstützungsmaßnahmen für jene, die besondere Hilfe brauchen, aber auch der internationale Jugendaustausch. Die tolle Verständigungsarbeit, die das Deutsch-Französische Jugendwerk geleistet hat und immer noch leistet, kann Modell für eine derartige Verständigungsarbeit auch im Hinblick auf die Völker Mittel- und Osteuropas, etwa für die deutsch-polnischen Beziehungen, sein.

Wir betonen die Unersetzlichkeit des Dienstes junger Männer in der Bundeswehr, achten aber natürlich das Engagement der Zivildienstleistenden und das Recht auf Wehrdienstverweigerung. Wir begrüßen das Engagement im Rahmen des Freiwilligen Sozialen und Ökologischen Jahres.

Lassen Sie mich zum Schluß noch eine eher grundsätzliche Aussage des Entwurfstextes zitieren: „Unsere Demokratie lebt auch von den Anfragen und Ideen, der Beharrlichkeit und Ungeduld, der Begeisterung und dem persönlichen Einsatz sowie

der Kritik der Jüngerer“. Wir sollten das beschließen, wichtiger noch: Wir sollten diese Erkenntnis in unserer ganz alltägliche Arbeit leben. - Vielen Dank.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Der Parteitag dankt Hermann Gröhe für diesen grundsätzlichen Redebeitrag.

Wir kommen jetzt zu den Einzelziffern. Ich rufe die Ziffer 50 des Antrages des Bundesvorstands auf. Sie finden den Text auf Seite 164 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge B 264 bis B 310, auf den Seiten 164 bis 177 der Antragsbroschüre, sowie Antrag B 647 bis B 650. Dazu liegen uns zahlreiche Wortmeldungen vor. Ich rufe zunächst Herr Dr. Martin Klein, Nordrhein-Westfalen, auf.

Dr. Martin Klein: Frau Tagungspräsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich nehme auf Antrag 267 Bezug, den Sie auf Seite 166 der Antragsbroschüre finden, und zwar auf Satz 1.

Dort war von der Jungen Union ursprünglich beantragt worden, folgendes einzufügen: Wichtige Bestandteile der Jugendarbeit sind neben der verbandlichen Jugendarbeit auch die offene und mobile Jugendarbeit. Der zweite Satz ist dann in die Neufassung der Antragskommission übernommen worden.

Ich möchte darauf hinweisen, daß die Wichtigkeit der nichtverbandlichen Jugendarbeit auch in unserem Grundsatzprogramm deutlich herausgestellt werden muß. Jugendverbände und Jugendvereinigungen, die organisatorisch versumpft sind, leiden heute oft sehr unter ihren Repräsentanten. Das ist zum Teil auch systembedingt, da die Leitungsgremien oft nicht den Willen oder die Wünsche ihrer Mitglieder genügend deutlich machen, sondern dann in ihren jeweiligen Gremien gewissermaßen ihren Klüngel machen und die eigentlichen Interessen der Basis nicht hinreichend artikulieren.

Deshalb halten sich immer mehr Jugendliche zurück, in Jugendverbände einzutreten oder in Organisationen, auch Jugendorganisationen mitzumachen. Darunter leidet letztlich auch die Junge Union. Das ist auch eine Folge der zunehmenden Bindungslosigkeit, die auch heute vormittag in einigen Redebeiträgen betont wurde, also eine Folge der Individualisierung der Gesellschaft und der mangelnden Neigung gerade junger Leute, sich in Organisationen und Verbänden zu betätigen.

Andererseits gibt es nach wie vor und auch zunehmend Jugendinitiativen, die sich für bestimmte Ziele ganz konkret einsetzen, etwa für Jugendzentren und Jugendtreffs. Ich kann aus meinem Kreisverband, dem Kreisverband Euskirchen in Nordrhein-Westfalen berichten, daß sich dort Jugendliche zusammengetan haben und mit Hilfe der Jungen Union, die wir natürlich stark unterstützt und gefördert haben, erfolgreich ein Jugendzentrum gefordert und mit Hilfe der CDU-Fraktion gegen eine andere Stadtregierung, insbesondere gegen SPD und eine unabhängige Wählervereinigung dort durchgesetzt haben. Das macht deutlich, daß das Motto gelten muß: So viel Betreuung wie nötig, aber so viel Eigeninitiative und Selbstverwaltung wie möglich.

Die Förderung dieser Ansätze gehört meines Erachtens auch ins Grundsatzprogramm, so wie das ursprünglich auch gewollt war. Die Antragskommission sagte mir jetzt, daß die Formulierung „offene oder mobile Jugendarbeit fördern“ zu konkret sei, so daß ich folgenden Vorschlag als Ergänzung zu Abs. 2 nach Satz 1 von Ziffer 50 hätte: *In gleicher Weise unterstützen wir Initiativen und Projekte im gesamten Bereich*

nichtverbandlicher Jugendarbeit; oder aber die Kurzfassung: In gleicher Weise unterstützen wir den gesamten Bereich nichtverbandlicher Jugendarbeit.

Ich bitte dafür um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Wir fahren mit Herrn Volker Kauder, Baden-Württemberg, fort.

Volker Kauder: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir Baden-Württemberger legen einen Antrag zu einem ganz alten Thema hier in der Union vor, nämlich zur Frage, wie kann Wehrgerechtigkeit sichergestellt werden. Ich bin seit über 20 Jahren Mitglied in dieser Union, und seit dieser Zeit diskutieren wir über das Thema Wehrgerechtigkeit.

Vor wenigen Tagen ist in der FAZ ein bemerkenswerter Artikel zu diesem Thema erschienen, in dem Prof. Schäfer von der Bundeswehrhochschule hier in Hamburg schreibt: Mit sinkendem Personalstand der Bundeswehr ist die Fiktion der Wehrgerechtigkeit nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Zwei Dinge sind an diesem Satz richtig. Die Wehrgerechtigkeit war schon immer eine Fiktion, und diese Fiktion ist nicht mehr aufrechtzuerhalten. Es wird natürlich immer argumentiert, daß all diejenigen, die tauglich sind, auch zur Bundeswehr eingezogen werden oder einen Ersatzdienst leisten. Nichttauglich sind im Augenblick mit steigender Tendenz etwa 23 % der jungen Männer.

Die Frage, wer tauglich oder nichttauglich ist, wird zu einem ganz beachtlichen Teil von der Bundeswehrverwaltung und vom Bundesverteidigungsminister nach gewissen Kriterien festgelegt.

Die Frage der Tauglichkeit oder Nichttauglichkeit war natürlich auch ein gewisses Steuerungselement, um junge Männer zur Bundeswehr zu ziehen oder nicht. Heute sind es etwa 23 %, die als nichttauglich eingestuft sind und deswegen nicht zur Bundeswehr gezogen werden.

Nach einer Statistik der Jahrgänge 1962 und 1963 - das sind die abgeschlossenen Jahrgänge, weil sie jetzt über 30 Jahre alt sind - ergibt sich, daß 20 % der Tauglichen nicht herangezogen wurden. Es ist nicht so, wie immer gesagt worden ist, früher sei das Problem nicht da gewesen, sondern wir haben bei den Jahrgängen 1962 und 1963 20 % nicht gezogen.

Der Bundesverteidigungsminister hat nun auf Grund der aktuellen Situation in unserem Land angekündigt, daß auch in diesem Jahr über das ganze Jahr hinweg etwa 20 000 Wehrpflichtige, die tauglich eingestuft sind, nicht eingezogen werden können. So fragen sich viele, ob es Zufall ist, daß sie zur Bundeswehr kommen und der andere nicht zur Bundeswehr kommt. Von Gerechtigkeit kann keine Rede mehr sein.

(Beifall)

Der Dienst für die Bundeswehr ist eine Naturalsteuer - wenn man es so formulieren will -, die einen müssen diese Steuer erbringen und die anderen nicht.

Daraus ziehen wir nun die Konsequenz, daß wir eine Dienstpflicht für jeden jungen Mann verlangen. In bezug auf eine Reihe von Anträgen, die jetzt noch vorliegen,

gehen wir Baden-Württemberger von dem Grundsatz aus: Der Dienst für die Bundeswehr ist der Regelfall. So steht es auch in der Verfassung.

(Beifall)

Nur wenn wir an der Wehrpflicht festhalten, können wir auch an der Wehrpflichtarmee festhalten. Wir wollen die Wehrpflichtarmee in einer Zeit, in der Egoismus und Individualisierung immer mehr voranschreiten. Wir müssen das Bewußtsein aufrechterhalten, daß es wichtig und notwendig ist, daß junge Männer einen Dienst für ihr Vaterland leisten. Deswegen wollen wir an der Wehrpflichtarmee festhalten.

(Beifall)

Zu Überlegungen - auch von dem schon zitierten Professor Schäfer -, daß unter rein ökonomischen Bedingungen eine Berufsarmee vielleicht attraktiver sein könnte, sagt Professor Schäfer am Schluß seines Beitrages zu Recht: Aber davor steht noch die Politik; wir können die Frage, ob junge Männer Dienst für das Vaterland leisten sollen, nicht nur unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten sehen, sondern dabei spielen auch - das ist ganz klar - politische Überlegungen eine Rolle. - Deswegen wollen wir an der Wehrpflichtarmee festhalten.

Ich bin deshalb auch damit einverstanden, daß dieses Anliegen in unserem Antrag noch einmal verdeutlicht wird, in dem nach dem vorletzten Satz, in dem es heißt, daß wir den Dienst in einer ökologischen oder sozialen Einrichtung oder in der Entwicklungshilfe wollen, ergänzt wird: „Dies ändert nichts am absoluten Vorrang der Wehrpflicht“, damit gar keine Mißverständnisse aufkommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht also um folgendes: Wir wollen an der Wehrpflicht festhalten. Wer Wehrdienst leistet, leistet einen Dienst am Vaterland. Wer den Wehrdienst nicht ableistet, leistet einen Ersatzdienst. Wer keinen Ersatzdienst leistet, leistet einen Dienst in einer anderen Einrichtung. Aber jeder, der erwerbstätig ist, muß einen Dienst leisten. Jeder, der arbeiten kann, muß auch einen Dienst leisten. Es geht nicht an, daß die einen dienen, während die anderen verdienen.

(Beifall)

Ein Letztes. Die von mir sehr geschätzte Frau Minister Merkel hat in einem Zeitungsinterview gesagt: „Dienstpflicht ist kein Ausweg. Die Dienstpflichtigen dürfen nicht für Fachkräfte in sozialen Einrichtungen eingesetzt werden.“ - Liebe Frau Merkel, davon sind wir noch weit entfernt. Wir brauchen noch jede Menge Fachkräfte, aber wir brauchen noch jede Menge junge Leute, die einen Dienst in einer sozialen Einrichtung leisten. Wenn wir die Wehrpflicht abschaffen würden und nicht an der Wehrpflichtarmee festhielten, dann gäbe es auch keinen Grund mehr für eine Dienstpflicht in sozialen Einrichtungen im Rahmen des Ersatzdienstes. Dies alles hängt miteinander zusammen. Der Ersatzdienst ist auch kein Ersatzdienst für Fachkräfte. Der allgemeine, aus der Wehrpflicht abgeleitete Dienst junger Männer in sozialen Einrichtungen ist auch kein Ersatz für Fachkräfte, sondern eine notwendige und dringende Ergänzung.

Wir alle wollen, daß junge Menschen schon sehr frühzeitig erkennen, daß sie in dieser Demokratie, in diesem freiheitlichen Staat einen Dienst für ihr Vaterland leisten müssen. Deshalb plädieren wir für eine Dienstpflicht für Männer. Was die Frauen angeht, so wollen wir noch nicht an diese Frage herangehen, denn Frauen haben die Gleichberechtigung in vielen Fällen noch nicht erreicht. Wir wollen ja auch, daß sie

einen wichtigen Beitrag in der Familienphase leisten. Dann leisten sie auch einen wichtigen Beitrag für unser Vaterland.

Deswegen plädieren wir für die Annahme unseres Antrags gegen die Position der Antragskommission, die diesen Antrag an die Bundestagsfraktion überweisen will. Liebe Freunde, wir haben auf Parteitag und in der Fraktion schon oft über diese Frage diskutiert. Wir meinen, diese Frage muß nun auf einem Parteitag endgültig entschieden werden. Wir bitten um Annahme unseres Antrages.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Ich bitte Herrn Birk (Baden-Württemberg), das Wort zu ergreifen.

Dietrich Birk: Frau Präsidentin! Liebe Freunde! Meine Wortmeldung bezieht sich auf den Antrag der Jungen Union E 155, den wir gerne vorziehen würden, weil er in diesen Zusammenhang hineinpaßt. Es geht darin auch um die allgemeine Dienstpflicht.

Zunächst einmal stelle ich fest: Ich finde es erfreulich, daß wir dieses Thema auf einem Parteitag anders diskutieren als in den vergangenen Jahren. Wir sind nämlich so weit zu sagen: Es ist nicht mehr nur die Wehrpflicht, die im Vordergrund steht, sondern der allgemeine Dienst an unserer Gesellschaft. Ich denke, wer die jungen Menschen ernst nimmt, muß sie auch vor die Wahl stellen, entweder den Wehrdienst zu leisten oder einen anderen allgemeinen Dienst abzuleisten. Denn eines ist auch klar - das möchte ich an die Adresse von Herrn Kauder sagen -: In Zukunft werden wir die Wehrpflichtarmee sicherlich nicht abschaffen, aber wir werden neue Verbände bekommen, ein Stück weit vielleicht auch eine Berufsarmee. Dann ist es in bezug auf die Wehrgerechtigkeit nur recht und billig, wenn wir in die allgemeine Dienstpflicht einsteigen.

Ich möchte deshalb von einer allgemeinen Dienstgerechtigkeit sprechen, die wir in der Zukunft brauchen, damit jeder seinen Beitrag zugunsten des Gemeinwesens leisten kann.

Heute steht in der FAZ, daß in den 90er Jahren Jahr für Jahr 370 000 junge Männer im Alter von 19 Jahren grundsätzlich für einen militärischen oder zivilen Dienst zur Verfügung stehen. 15 % eines Jahrgangs werden sofort ausgemustert; einige werden zurückgestellt. Der Jahrgang der 25jährigen wird zu 22 % befreit. Hier müssen wir einsetzen. Das kann nur heißen: Wir brauchen eine allgemeine Dienstpflicht, nach der jeder verpflichtet ist, einen Dienst zu leisten. Wir sollten vor allem diejenigen erwischen, die sich mit Hilfe von Täuschungsmanövern am Dienst vorbeischmuggeln wollen. Das kann nicht angehen.

(Beifall)

Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der Jungen Union in dieser Form zu unterstützen. - Danke.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Frau Merkel, bitte.

Dr. Angela Merkel, Antragskommission: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es sind uns nacheinander zwei Anträge vorgestellt worden, die sich sehr wohl unterscheiden. Der zuletzt vorgestellte Antrag, der Antrag der Jungen Union, besagt: Wir wollen eine allgemeine Dienstpflicht. Dann wird, je nach Belieben, entschieden,

ob man zur Bundeswehr geht oder einen anderen Dienst leistet. Das ist das Ende der allgemeinen Wehrpflicht. Das muß man wissen. Ich glaube, dies wollen wir nicht.

(Beifall)

Wenn wir heute nach Hause gehen und sagen: Wir beschließen die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und wollen die Möglichkeit schaffen, einen beliebigen Dienst zu leisten, dann halte ich das für eine politische Katastrophe.

(Beifall)

Der zweite Antrag, der Antrag von Herrn Kauder aus Baden-Württemberg, beschäftigt sich mit etwas anderem. Er besagt: Wir wollen die allgemeine Wehrpflicht, so wie wir es in Artikel 12 a unseres Grundgesetzes festgelegt haben, weil wir eine Wehrpflichtigenarmee und keine Berufsarmee haben wollten. Dieser Antrag besagt aber auch: Dann gibt es aber immer noch einen bestimmten Prozentsatz von jungen Leuten, die den Wehrdienst aus bestimmten Gründen nicht leisten können.

In unserem Grundgesetz haben wir gesagt: Wir wollen, daß die jungen Männer zu einer ganz bestimmten Aufgabe, nämlich die Verteidigung unseres Vaterlandes, verpflichtet werden und dafür ein Jahr ihres Lebens aufwenden, und zwar nicht deswegen, weil wir Lust haben, alle jungen Leute für ein Jahr zu irgend etwas zu verpflichten, sondern weil wir sagen: Dies kann von keinem anderen gemacht werden, außer von unseren eigenen jungen Leuten. Deshalb haben wir uns für eine Wehrpflichtarmee entschieden, und zwar aus politischen Gründen.

Unter den fast 20 %, wie Herr Kauder sagte, die nicht zum Wehrdienst herangezogen werden, befinden sich ganz verschiedene Menschen. Einige sind behindert, einige haben eine Behinderung, die aber nicht so offensichtlich ist, welche sie aber ungeeignet macht, in eine Wehrdienstarmee zu gehen. Jetzt müssen wir überlegen: Was wollen wir mit diesen Leuten machen? Aus welchem Grund wollen wir sagen: Nur weil ihr in der Bundeswehr für die Verteidigung nicht zu gebrauchen seid, können wir euch auch sonst nicht gebrauchen? Aus welchem Grund wollen wir ihnen sagen: Ihr müßt jetzt aber irgend etwas anderes machen?

Ich nenne einmal ein eklatantes Beispiel. Wohin wollen wir jemanden stecken, der eine wirklich schwere Behinderung hat? Warum wollen wir ihn ein Jahr zu etwas verpflichten, nur weil wir sagen: Er kann ja nun einmal nicht in der Wehrdienstarmee mitmachen? Deshalb frage ich - ich als Jugendministerin bin für den Zivildienst verantwortlich -: Was wollen wir mit diesen jungen Menschen machen? Wer soll diesen Dienst organisieren? Mit welchem Recht und zu welchem Zweck sagen wir, daß sie dienen müssen? Wie wollen wir abstufen, wer wofür geeignet ist?

Ich kann Ihnen mitteilen, daß es auch im Zivildienst viele Leute gibt, die nicht im Krankenhaus arbeiten können, die nicht an einer bestimmten Beschäftigungsstelle arbeiten können, weil wir sie nicht zu diesen Tätigkeiten heranziehen können.

Jetzt frage ich mich wirklich: Wer soll das machen, wer soll es bezahlen, und aus welchem Grund sollten wir diese Menschen zwangsverpflichten, obwohl sie mit einer starken Behinderung sowieso schon Schwierigkeiten im Leben haben?

Hier ist meine ganz klare Devise: Lassen Sie uns die Wehrpflicht erhalten, und lassen Sie uns nicht über die Wehrpflicht diskutieren. Wir kriegen die Diskussion zum Schluß nicht mehr auseinander.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn das Signal der CDU Deutschlands bei allen Schwierigkeiten mit der Bundeswehr heute hier lautet: Wir machen eine allgemeine Dienstpflicht statt einer allgemeinen Wehrpflicht, dann sage ich nur: Das wird uns viel Skepsis und viele Nachteile im Wahljahr bringen. Ich bitte Sie darum: Lehnen Sie alle Anträge zur allgemeinen Dienstpflicht ab und lassen Sie uns bei der Wehrpflicht und beim Zivildienst bleiben.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Merkel. - Herr Michael Hahn, Junge Union.

Michael Hahn: Frau Tagungspräsidentin! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag B 271 beschreibt sehr richtig ein großes Problem, das derzeit in der Bundesrepublik bei der Heranziehung junger Männer zum Wehr- und Zivildienst besteht. Beinahe jeder dritte leistet keinen Dienst und das, Frau Merkel, nicht in erster Linie deswegen, weil sie schwer behindert sind und keinen Dienst leisten können,

(Vereinzelt Beifall)

nicht in erster Linie deswegen, weil sie nicht sehen oder nicht hören können oder vergleichbar schwere Behinderungen haben, sondern deswegen, weil in den letzten Jahren vom Bundesministerium der Verteidigung die Tauglichkeitskriterien höher und höher gesetzt wurden. Es gibt mittlerweile Leistungssportler, die für einen Wehr- oder Zivildienst nicht tauglich sind. Es gibt eine große Zahl von Ausnahmeregelungen.

Weswegen sollte der dritte Sohn einer Familie, wenn die ersten beiden Söhne Wehrdienst leisten, das nicht tun, auch wenn er tauglich ist? Das muß erklärt werden. Das sind die Ursachen, daß jeder dritte mittlerweile keinen Dienst leistet.

Ich denke, es müßte Einigkeit darüber bestehen, daß ein Dienst, der per Verfassung als gemeinschaftliche Pflicht dem einzelnen jungen Mann auferlegt wird, gerecht verteilt werden muß. Der einzelne junge Mann darf nicht das Gefühl haben: Ich muß zur Bundeswehr, meine Nachbarn, meine Freunde aus der Schule, die Freunde aus der Uni müssen das nicht tun; sie sind mir ein Jahr voraus.

Im Gegensatz zum vorliegenden Antrag aus Baden-Württemberg allerdings unterstützt die Junge Union Deutschlands in ihrem Antrag E 155, auf den vorhin schon hingewiesen wurde, eine allgemeine Dienstpflicht für Männer. Dabei soll die Dienstpflicht, die wir unterstützen, nicht eine dritte Säule neben dem Wehr- und dem Zivildienst sein, sondern ein Dach, unter dem Wehrdienst, Zivildienst im caritativen Bereich, ein Umweltdienst, eventuell sogar ein Entwicklungshilfedienst geleistet werden können. Die Wahlfreiheit entspricht nach unseren Vorstellungen auch der Forderung nach Freiwilligkeit bei erweiterten Aufgaben der Bundeswehr.

Um es klarzustellen: Wir wollen keine Berufsarmee. Wir wollen eine Bundeswehr, in der Wehrpflichtige Dienst leisten. Aber das eingangs beschriebene Problem der Wehr- und der Dienstungerechtigkeit und seine Verstärkung durch die diskutierte Gesamtstärkereduzierung der Bundeswehr in der Zukunft können die Wehrpflicht gefährden und in Frage stellen.

Ich hoffe darauf und bitte Sie darum, im weiteren Verlauf der Diskussion unserem Antrag E 155 zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Wir hören jetzt Herrn Bruno Johannes Orth.

Bruno Johannes Orth: Frau Sitzungspräsidentin! Liebe Parteifreunde! Ich habe schon bei der Diskussion im Abschnitt A deutlich gemacht, daß in drei Schwerpunkten die Frage der Dienstpflicht und der Wehrpflicht angesprochen ist. Ich hatte vorgeschlagen, das zu einem Schwerpunkt zusammenzufassen. Herr Göhner hat zugestanden, das in einer Schlußredaktion zu machen. Soweit ich die Reaktion des Plenums richtig verstanden habe, wurde dafür Zustimmung signalisiert.

Ich möchte zum Antrag B 271 vom Landesverband Baden-Württemberg sprechen und zu dem Antrag E 155, der von der Jungen Union kam.

Diese Anträge bedeuten in keiner Weise eine Verminderung des Wehrpflichtgedankens, sondern sind ganz klar eine Ergänzung zum Ist-Zustand. Der jetzige Zustand - das weiß jeder, der Söhne oder Töchter hat - ist unbefriedigend. Ich habe diese Dinge mehrfach mit jungen Leuten diskutiert, auch gestern beim Hamburger Abend in einer speziellen Variante. Ich habe in den Verkehrssystemen bei jungen Leuten, die inzwischen zu Zigtausenden auf den Straßen rumlungern, einen Test gemacht: Was haltet ihr von einer allgemeinen Dienstpflicht? Zu meiner Überraschung war auch in Hamburg die Grundreaktion nicht ablehnend. Sie war gerade bei jungen Leuten eher positiv. Sie haben die Ungerechtigkeit gespürt, die wir im Lande haben. Es geht nicht um die, von denen Frau Merkel sprach, die nicht eingesetzt werden können. Wer nicht eingesetzt werden kann, der braucht Hilfe. Es gibt sehr viele, gerade bei denen, die studieren, die sich mit Tricks und Beziehungen durchmogeln und den Dienst in einer Weise verweigern, die wir nicht tolerieren können.

(Beifall)

Hier müssen Ergänzungen her, die wirklich durchdacht sind. Die Anträge von Baden-Württemberg und von der Jungen Union sind daher berechtigt.

Ich bin auch dagegen, sie an die Fraktion zu überweisen. Ich möchte daran erinnern: Wir haben schon manches an die Fraktion überwiesen. Wir haben den Investivlohn mit Frist 1. Januar 1994 an die Fraktion überwiesen. Nichts ist geschehen. Heute wären wir froh, wenn inzwischen ein Modell da wäre. Das hier ist eine Sache, die nicht in die Fraktion gehört, sondern in die Partei. Wir sollten grundsätzlich entscheiden und den Anträgen Baden-Württembergs und der Jungen Union zustimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Volker Rühle, bitte.

Volker Rühle: Liebe Freunde! Ich möchte gern ein paar Worte zur Aufklärung sagen. Eigentlich ist es ein Thema, das wir später im Zusammenhang mit der Bundeswehr zu diskutieren haben, denn es hat natürlich gewaltige Auswirkungen auf unsere Streitkräfte.

Ich denke, wir sind uns einig, daß die Wehrpflicht zur Verteidigungskultur unseres Landes gehört, so wie das in Frankreich der Fall ist. Das letzte, was die Bundeswehr

gebrauchen kann, wäre es, wenn hier ein Fragezeichen gemacht würde: Ersatz durch eine allgemeine Dienstpflicht.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind uns auch einig, daß man die allgemeine Wehrpflicht nur aufrechterhalten kann, wenn es Wehrgerechtigkeit gibt. Wenn die Wehrgerechtigkeit gefährdet ist, ist auch die Akzeptanz der allgemeinen Wehrpflicht gefährdet.

(Vereinzelt Beifall)

Aber wie sehen jetzt die Tatsachen aus? Ich wundere mich manchmal, wie wenig sie zur Kenntnis genommen werden. Tatsache ist, daß es niemals zuvor soviel Wehrgerechtigkeit gegeben hat wie im Augenblick. Das will ich erläutern.

Wehrgerechtigkeit heißt: Wieviel Prozent derjenigen werden eingezogen, die erstens wehrwillig sind und keinen Ersatzdienst leisten und zweitens auch tauglich sind? Das sind im Augenblick nahezu 100 %. Das heißt, die Bundeswehr hat große Schwierigkeiten, eine ausreichende Zahl von jungen Männern zu bekommen, die wehrwillig und für den Dienst in der Bundeswehr tauglich sind.

Nun sagen einige: Wir haben jetzt das wiedervereinigte Deutschland, und die Jahrgangsstärke müßte um 20 % angestiegen sein. Denn 20 % mehr Deutsche sind dazugekommen. Aber wie sehen die tatsächlichen Zahlen aus?

In der Bundesrepublik West hatten wir in den 80er Jahren im Schnitt 480 000 junge Leute im Alter von 19 Jahren. Im wiedervereinigten Deutschland - das sind Zahlen, an denen man nicht vorbeigehen kann - werden wir es in den nächsten Jahren mit einem Jahrgangsdurchschnitt von 375 000 zu tun haben. Das heißt, trotz Wiedervereinigung sind die Jahrgangsstärken derjenigen, die für die Bundeswehr anstehen, um 100 000 geringer, als das vorher der Fall war. Das muß man zur Kenntnis nehmen, um zu begreifen, warum wir im Augenblick die umgekehrten Schwierigkeiten haben, nämlich eine ausreichende Zahl von jungen Leuten heranziehen zu können.

Wir brauchen und nehmen jeden verfügbaren jungen Mann, um den Bedarf der Streitkräfte von 170 000 bis 180 000 - einschließlich der Längerdienstler - wehrdienstfähigen jungen Männer jährlich zu decken. Uns steht aber nur die Hälfte eines Geburtsjahrgangs zur Verfügung.

Was machen die anderen? Weitere 20 % leisten Dienst bei der Polizei, beim Bundesgrenzschutz, im zivilen Katastrophenschutz, im Entwicklungsdienst - was sie für die Bundeswehr freistellt - oder als anerkannte Kriegsdienstverweigerer im Zivildienst.

12 % werden aus gesetzlichen Gründen vom Wehrdienst befreit, weil sie z. B. ein geistliches Amt bekleiden - ich weiß nicht, ob das jemand ändern will -, weil sie dritte Söhne oder Väter sind oder zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt sind.

Jetzt kommen wir zu dem Punkt, über den gesprochen werden muß. Die Dienstgerechtigkeit wird nämlich bei denjenigen in Frage gestellt, die wehrwillig sind, die sich der Musterung stellen, aber für nicht tauglich befunden werden. Hier muß ich zunächst einmal sagen: Wir haben unsere Tauglichkeitskriterien nicht geändert. Wenn Sie sich die Lage in den Streitkräften anschauen, werden Sie feststellen: Nachdem für tauglich Befundene eingezogen worden sind, verlassen Hunderte von ihnen nachträglich wieder die Bundeswehr, weil sie auf Grund der tatsächlichen Belastungen den

Anforderungen nicht gerecht werden. Man kann also nicht sagen, daß wir bei den Tauglichkeitskriterien falsch angesetzt hätten.

Etwa 20 % eines Geburtsjahrgangs sind allerdings nach den bisherigen Kriterien nicht wehrdienstfähig und leisten daher keinerlei Dienst. Ein großer Teil von ihnen - das ist der Punkt, über den wir zu Recht sprechen - geht aber uneingeschränkt seinem Beruf nach. Das wird vor allem von denen als ungerecht empfunden, die ihren persönlichen Beitrag für Staat und Gesellschaft durch den Wehrdienst oder durch den Ersatzdienst leisten. Warum soll z. B. ein junger Mann, der in seiner Firma einen Computer bedient, nicht auch bei der Bundeswehr einen Computer bedienen? Das ist eine Frage, mit der man sich auseinandersetzen muß.

(Beifall)

Hier genau setzt nun - unter den baden-württembergischen Delegierten sind ja auch einige Bundestagsabgeordnete - eine Initiative ein, die die Kollegen in der Bundestagsfraktion in Abstimmung mit dem Bundesminister der Verteidigung ergriffen haben, um von diesen 20 % noch diejenigen für die Bundeswehr zu gewinnen, die wir vernünftig einsetzen können. Dabei sollen die ausgespart bleiben, die - Frau Kollegin Merkel hat sie angesprochen - schwerbehindert oder schwer krank sind. Die will ja wohl niemand heranziehen. Es geht also um einen Teil innerhalb dieser 20 %.

Wie sieht unsere Initiative aus? Es handelt sich dabei um einen Gesetzentwurf, mit dem wir eine Ausweitung der Tauglichkeitskriterien vornehmen wollen. Alle Berufstauglichen sollen auch zu einem Dienst am Staat herangezogen werden; denn nur so können wir die Dienstgerechtigkeit erreichen.

Entscheidend sind die körperlichen Belastungen in der allgemeinen Grundausbildung. Das ist nämlich der Grund, warum so viele ausgemustert werden. Diese körperlichen Belastungen in der Grundausbildung sollen nicht mehr länger der Maßstab für die Dienstfähigkeit eines jungen Mannes sein.

Bei der Bundeswehr wird es für die eingeschränkt Tauglichen, die diesen Belastungen nicht gewachsen sind, eine eigene militärische Grundausbildung geben, die ihrem körperlichen Leistungsvermögen entspricht. Für die spätere Verwendung werden die Aufgaben in der Bundeswehr ermittelt - Stichwort: Einsatz am Computer -, die keine übermäßigen körperlichen Anstrengungen erfordern.

Wenn die neuen gesetzlichen Bestimmungen greifen, dann haben wir neben der vorhandenen Wehrgerechtigkeit auch ein hohes Maß an Dienstgerechtigkeit. Gleichzeitig bleiben Behinderte, Kranke und eine begrenzte Zahl von Wehrpflichtigen, deren Heranziehung nicht zu verantworten ist, von allen Diensten befreit. Dieser Personenkreis könnte auch nicht zu einer allgemeinen Dienstpflicht herangezogen werden.

Ich sehe also keinen weiteren Bedarf für Ergänzungen oder gar Alternativen zur allgemeinen Wehrpflicht.

Wir sollten uns auch entschieden gegen eine Art von Wahlfreiheit zwischen Wehr- und Sozialdienst aussprechen, wie das im Antrag der Jungen Union gefordert wird. Die allgemeine Wehrpflicht muß als ein herausgehobener Dienst am Staat mit Verfassungsrang erhalten bleiben und darf nicht gleichwertig neben andere Gemeinschaftsdienste gestellt werden.

Noch einmal: Das ist ein Teil unserer Verteidigungskultur. Daran sollten wir nicht herumschnippeln.

Ich meine, mit den Änderungen, die bereits in Form eines Gesetzentwurfs eingeleitet sind, rücken wir dem Problem der Wehrgerechtigkeit zu Leibe. Deswegen bitte ich Sie, den Empfehlungen der Antragskommission zu folgen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Volker Rühle. - Jetzt folgt Kunibert Saur, Baden-Württemberg.

Kunibert Saur: Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin! Meine Damen und Herren! Durch den Beitrag unseres Bundesverteidigungsministers Volker Rühle hat sich einiges geklärt. Ich ergreife trotzdem das Wort, weil ich diesen Punkt für wichtig halte.

Ich habe drei Söhne. Der erste, der Hochleistungssportler ist, hat keinen Bundeswehrdienst leisten müssen, weil er eine Verletzung hat. Der zweite ist von Geburt an behindert und wurde freigestellt. Der dritte hat Zivildienst geleistet. Er hatte sich verpflichtet, einen Schwerstbehinderten eineinhalb Jahre lang zu pflegen. Das habe ich ihm sehr hoch angerechnet.

Mein Anliegen ist: Wir sprechen in unserem Grundsatzprogramm von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Bisher ist die Gerechtigkeit eben nicht verwirklicht. Es ist bekannt, daß Hochleistungssportler als wehrdienstunfähig eingestuft wurden und

auch andere nicht zur Bundeswehr gehen mußten. Da bestand eine Ungerechtigkeit, die nicht zuletzt darin zum Ausdruck kam, daß diejenigen, die ihren Dienst geleistet haben, unzufrieden waren. Das Anliegen von Baden-Württemberg ist ja sehr richtig, daß man nämlich sagt: Hier muß Gerechtigkeit geschaffen werden.

(Beifall)

Wenn nun ein entsprechender Gesetzentwurf auf dem Weg ist, dann ist das sehr zu begrüßen. Hoffentlich wird der Gesetzentwurf im Parlament auch verabschiedet und bleibt nicht bloß Gesetzentwurf.

Wenn wir im Deutschlandlied „Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand“ singen, dann müssen wir das auch verwirklichen; sonst können wir nicht brüderlich zusammenstehen. Das möchte ich damit sagen.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Herr Klaus Schüle, bitte.

Klaus Schüle: Meine Damen und Herren! Ich spreche für den Antrag B 276, Bezirksverband Südbaden. Wir treten für die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für Männer ein. Wir haben vor kurzer Zeit Kapitel I unseres Grundsatzprogramms verabschiedet. Drei Säulen sind dort verankert: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Bei Gerechtigkeit heißt es wörtlich: „Gerechtigkeit bedeutet gleiches Recht für alle.“

Wir müssen die derzeit herrschende Wehrgerechtigkeit beseitigen, und zwar nicht irgendwann, sondern sehr rasch. Die Zeit drängt. Schon jetzt leisten über 20 % der wehrfähigen Generation keinen Dienst; Frau Merkel hat das bestätigt. Aus Sicht der Betroffenen herrscht eher das Zufallsprinzip, nicht Gerechtigkeit.

Wir haben es in erster Linie mit einem grundsätzlichen Gerechtigkeitsproblem zu tun. Aber das Problem hat auch eine juristische Facette. Der noch amtierende Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog, bezeichnet das Problem der Wehr-

ungerechtigkeit - Zitat - „als eines der empfindlichsten Gleichheitsprobleme, die sich dem Staat stellen und trotzdem ungelöst sind“. Ich meine, bevor das Bundesverfassungsgericht der Politik einmal mehr die Richtung weisen muß, sollte vorher gehandelt werden. Die Weichen müssen jetzt gestellt werden. Ein solches Problem kann bei allem Respekt vor der Antragskommission nicht sozusagen überwiesen werden.

Wir stehen vor zwei Alternativen, um die Wehrungerechtigkeit zu beseitigen: Entweder wir schaffen eine Berufarmee oder aber wir führen eine allgemeine Dienstpflicht ein. Ich meine, wir sollten uns für eine allgemeine Dienstpflicht entscheiden, vor allem auch deshalb, Frau Merkel, weil wir nur so die Wehrpflicht in geänderter Form erhalten können. - Vielen Dank.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Ich bitte jetzt Ministerpräsident Erwin Teufel, das Wort zu nehmen.

Erwin Teufel: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte für den Antrag Baden-Württemberg sprechen und darum bitten, daß der Antragskommission nicht gefolgt wird, diesen Antrag zu überweisen. Vielmehr sollte der Parteitag diese Frage entscheiden.

(Beifall)

Ich möchte zunächst sagen, daß ich für einen absoluten Vorrang der allgemeinen Wehrpflicht bin.

Das heißt: Wir müssen aus sachlichen und verfassungsrechtlichen Gründen an der allgemeinen Wehrpflicht festhalten. Das heißt für mich ganz konkret auf das, was der Bundesverteidigungsminister hier gesagt hat, daß der Bedarf der Bundeswehr absoluten Vorrang hat.

Ich bin gegen eine Wahlfreiheit und möchte die Freunde der Jungen Union bitten zu überlegen, ob sie die Anhänger der allgemeinen Dienstpflicht hier spalten und damit möglicherweise dazu beitragen wollen, daß beide Anträge abgelehnt werden.

Ich bin also für den Vorrang der Wehrpflicht, dann aber für eine allgemeine Dienstpflicht, und zwar unter Aspekten der Wehrgerechtigkeit. Der Staat ist zur Gerechtigkeit verpflichtet und das heißt, es muß Wehrgerechtigkeit beseitigt werden. Derzeit herrscht Wehrgerechtigkeit. Nur 74 % der jungen Männer eines Geburtsjahrganges leisten Wehrdienst, Zivildienst oder andere Hilfsdienste. 26 % leisten überhaupt keinen Dienst.

Herr Rühle, Sie haben andere Zahlen genannt. Deswegen bin ich schuldig zu sagen, woher ich meine Zahlen habe. Ich habe meine Zahlen von der Frau Bundesministerin Merkel, die gegen unseren Antrag ist. Auf diese Zahlen stütze ich mich. Das will ich sagen.

(Beifall)

74 % leisten irgendeinen Dienst, 26 % überhaupt keinen Dienst.

Ich fürchte, daß angesichts der Truppenreduzierung der Bundeswehr künftig ein noch geringerer Prozentsatz eines Jahrganges zum Wehrdienst einberufen wird.

Der Bundeskanzler hat gestern in seiner Rede gesagt: Es dürfen diejenigen nicht die Dummen sein, die Wehrdienst leisten. Aber es ist doch genau das Problem und die

Gefahr, daß diejenigen, die schließlich zur Bundeswehr gehen oder jetzt einen anderen Dienst leisten, die Dummen sind.

Ich halte es mit dem Bundesverteidigungsminister, der gesagt hat: Wehrgerechtigkeit muß hergestellt werden, und zwar gerade, weil wir für eine Wehrpflichtarmee und gegen eine Berufsarmee sind. Nur durch eine allgemeine Dienstpflicht retten wir die allgemeine Wehrpflicht und verhindern die Berufsarmee. Deswegen muß gerade derjenige, der eine Berufsarmee verhindern will, sich für die allgemeine Dienstpflicht aussprechen.

Nun, finde ich, hat Frau Ministerin Merkel überhaupt keine Gegenargumente gebracht, sondern sie hat die Frage gestellt: Wo sollen denn die jungen Leute eingesetzt werden? Die Frage kann ganz eindeutig beantwortet werden: zuerst und im notwendigen Umgang bei der Bundeswehr, dann aber auch in allen sozialen Diensten, in denen derzeit junge Wehrpflichtige im zivilen Ersatzdienst eingesetzt sind;

(Beifall)

schließlich in wichtigen und vergleichbaren Aufgaben der Ökologie und des Umweltschutzes und in der Entwicklungshilfe; dann, wie bisher, als Ersatz bei der Feuerwehr, beim Technischen Hilfswerk und beim Roten Kreuz und bei der Polizei. Auf dem Berliner Parteitag haben wir schließlich beschlossen, daß wir auch einen freiwilligen Polizeidienst haben wollen, und zwar als Ergänzung und Unterstützung des hauptamtlichen Polizeidienstes.

(Beifall)

Auch in diesem Bereich könnten junge Wehrpflichtige sinnvoll eingesetzt werden.

(Beifall)

Nun ist das einzige Gegenargument, das gekommen ist, die Frage, wo man eigentlich Schwerbehinderte einsetzen wolle. Schwerbehinderte brauchen gar nirgendwo eingesetzt werden. Das will kein Mensch. Aber mit dem geringen Prozentsatz sollte man nicht argumentieren, wenn man gegen eine allgemeine Dienstpflicht ist.

(Beifall)

Aber wir wollen, daß alle diejenigen - um es ganz präzise zu sagen -, die nicht schwerbehindert sind, die für einen der gerade genannten Dienste geeignet sind, auch tatsächlich unter Aspekten der Gerechtigkeit einen Dienst für die Gemeinschaft und für das Gemeinwohl leisten müssen.

Meine Damen und Herren, mit der Einführung der allgemeinen Dienstpflicht würde klargestellt, daß Bürger nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gegenüber einem Staat haben. Dies ist für das langfristige Verständnis der Bürger von der Rollenverteilung in einem demokratischen Gemeinwesen von existentieller Bedeutung.

(Beifall)

Nun, meine Damen und Herren, will ich auch offen aussprechen - obwohl es noch gar nicht genannt worden ist; ich habe mich darüber gewundert -, daß es ein gewichtiges Argument gegen eine allgemeine Dienstpflicht gibt, nämlich dasjenige, daß unter Aspekten der Gleichberechtigung Frauen ausgenommen sind und es nur eine allgemeine Dienstpflicht für Männer gibt. Ich will ganz klar meine Meinung am heutigen Tag und in dieser Situation sagen. Ich glaube, daß Frauen, auch junge Frauen, während ihres Lebens einen Dienst in der Erziehung, in sozialen Diensten und in

Pflegediensten - das ist heute die Realität in den allermeisten Familien - leisten, die weit mehr als das ausgleichen, was junge Männer für die Gemeinschaft leisten, wenn sie den Wehrdienst oder einen Ersatzdienst ableisten.

(Beifall)

Deswegen, glaube ich, daß heute unter Aspekten der Gerechtigkeit Frauen nicht einbezogen werden müssen. Aber ich sage ganz offen: Ich kann diese Frage nur für den heutigen Tag so beantworten. Ich weiß nicht, wie ich die Frage in zehn Jahren beantworte, wenn wir vielleicht in einen akuten Pflegenotstand geraten sein sollten. Dann muß man über eine solche Frage neu diskutieren. Heute sage ich ganz klar nein zu einer allgemeinen Dienstpflicht für Frauen. Aber ich bin für eine allgemeine Dienstpflicht für junge Männer, die alle erfaßt, und zwar mit einem klaren Vorrang der Bundeswehr und der allgemeinen Wehrpflicht.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Erwin Teufel. Es folgt Norbert Blüm.

Dr. Norbert Blüm: Meine lieben Parteifreunde! Ich mache kurz. Ich schließe mich dem Vorschlag von Baden-Württemberg an und bitte die Junge Union, diesem Vorschlag beizutreten.

(Beifall)

Ich trage das hier nicht so sehr unter dem Stichwort Gerechtigkeit vor. Das ist nicht mein Hauptansatzpunkt. Das hört sich nämlich so an, als sei das eine große Last. Ich finde, Dienst an der Gemeinschaft darf nicht unter dem Stichwort Last und Pflicht gesehen werden, sondern als eine Verwirklichung, für andere etwas zu leisten.

(Beifall)

Ich glaube, ein Grund für das, was kluge Leute für Frustrationen halten - ich sage das ganz einfach - ist: Enttäuschung liegt darin, daß wir den jungen Leuten zu lange den Ernstfall des Lebens vorenthalten,

(Beifall)

daß mancher bis 30 Jahre mit dem Gießkännchen auf dem Spielplatz der Universität herumfuhrwerkelt. Das kann nicht normal sein.

(Lebhafter Beifall)

Verkürzt die Schulzeit. Früher hat man gesagt: Soldatendienst ist Schule der Nation. Richtig. Aber es ist nicht die einzige Schule der Nation. Für Behinderte etwas zu leisten, die Umwelt zu schützen und in der Dritten Welt etwas zu leisten, das ist Schule des Gemeinsinns, und wir brauchen in dieser Gesellschaft zunehmenden Tralalas und in einer Zeit von Egoismus auch den Gemeinsinn. Mehr als alle Wort über Solidarität ist das Erlebnis von Solidarität.

Bert Brecht, wirklich kein Mitglied der CDU,

(Heiterkeit)

hat einmal gesagt: Der Appetit kommt beim Essen. Ich glaube auch, daß die Freude, für andere etwas zu leisten, nicht aus Schulbüchern erfahren wird, sondern daß man das in der Praxis erfahren muß. Gerechtigkeit hin, Gerechtigkeit her - auch ich bin

dafür. Aber ich betrachte dies nicht als Lastenverteilung, sondern als Chance für alle, nicht für sich zu leben, sondern gleich zu Beginn des Lebens, im ersten Drittel des Lebens, sich für andere bewähren zu müssen. Das könnte eine Quelle von Zuwachs und Gewinn sein, nicht aber von Last.

(Lebhafter Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Es folgt jetzt Frau Claudia Nolte aus Thüringen.

Claudia Nolte: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreunde! Bei dem Wunsch nach einer allgemeinen Dienstpflicht handelt es sich um eine Politik mit Bart; denn diese Forderung wird durch Wiederholung nicht besser, sondern sie bekommt im Laufe der Jahre, wie gesagt, einen Bart.

Zunächst ist festzustellen, daß sowohl unser Grundgesetz als auch internationale Vereinbarungen eine allgemeine Dienstpflicht, welcher Art auch immer, verbieten.

Wollen wir Entscheidungen treffen, die nach ihrer Durchsetzung mit Sicherheit in Karlsruhe landen würden? Entscheidend ist aber, daß eine allgemeine Dienstpflicht de facto das Ende der allgemeinen Wehrpflicht bedeuten würde.

(Vereinzelt Beifall)

Der Bundeskanzler und viele andere Redner haben ein klares Votum für die Bundeswehr ausgesprochen. Ich sehe überhaupt keinen Sinn darin, heute eine Forderung in unser Grundsatzprogramm aufzunehmen, die Geister ruft, die wir später möglicherweise nicht mehr loswerden.

Liebe Freunde, unstrittig ist doch, daß auch eine allgemeine Dienstpflicht eine hundertprozentige Heranziehung der jungen Männer eines Jahrgangs nicht gewährleisten würde. Tatsache ist aber, daß viele, viele junge Menschen freiwillig ein soziales oder ein Ökologisches Jahr vollbringen, leisten und auch ableisten wollen. Da stehen wir doch vor der Tatsache, daß wir von zehn Bewerbern beim ökologischen Jahr nur einen nehmen können, weil die finanziellen Mittel nicht reichen. Ich bin über die Leichtfertigkeit überrascht, mit der hier über Dinge diskutiert wird, ohne daß sich jemand Gedanken macht, wie wir sie später bezahlen wollen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Annahme, daß demgegenüber Kosten gespart werden könnten, vor allen Dingen im Pflegebereich, trägt. Zum einen haben die alten Menschen einen Anspruch darauf, von qualifizierten Pflegekräften betreut zu werden. Mit Hilfskräften läßt sich der Pflegenotstand nicht beseitigen. Im Gegenteil, der qualifizierte Beruf des Altenpflegers darf nicht ausgehöhlt werden.

Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung zu einer ausführlichen Beratung, in der sich Sachargumente und nicht einfach Emotionen, die sich im Lauf von zehn, zwanzig Jahren einfach aufgestaut haben, prüfen lassen. Bitte geben Sie diesem Antrag Ihr Votum. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Claudia Nolte. Es gab offensichtlich Unsicherheiten, ob Frau Nolte Delegierte ist. Sie ist ordnungsgemäße Delegierte von Thüringen. Jetzt hat Herr Paul Breuer, Nordrhein-Westfalen, das Wort.

Paul Breuer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich beschäftige in meinem Bundestagsbüro einen jungen Mann, der auf der Rangliste der deutschen Fechter derzeit an vierter oder fünfter Stelle, in Europa an sechster oder siebter Stelle steht, aber er ist wehruntauglich. Das ist ein Zustand, der unhaltbar ist. Das versteht in der Bevölkerung niemand.

(Vereinzelt Beifall)

Das heißt, die 22 bis 25 % der jungen Männer, die ausgemustert werden, sind zum Teil Leute, die nach dem normalen Empfinden des gesunden Menschenverstands Tätigkeiten übernehmen könnten, die gemeinschaftsdienlich sind. Wenn Sie, Herr Ministerpräsident Teufel, eben gesagt haben, es sind heute etwa 26 %, die gar nicht dienen, so kommen die zum größten Teil durch diejenigen zustande, die aus Gesundheitsgründen ausgemustert werden.

Nun beraten wir am kommenden Donnerstag im Deutschen Bundestag in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz, das vorsieht, daß etwa 5 % derer, die heute als untauglich gemustert werden, in Zukunft tauglich sind, d.h. zum Wehrdienst zur Verfügung stehen.

Eines, meine Damen und Herren, ist in dieser Diskussion natürlich sehr vordergründig, nämlich zu glauben, man könne denjenigen, der dann immer noch als untauglich gemustert wird, beispielsweise zu einem Ökologischen Jahr heranziehen. Sie können denjenigen, der beispielsweise eine Rückgratverkrümmung hat, nicht zum Dienst irgendwo im Wald oder sonstwo einziehen. Das heißt, das, was Norbert Blüm hier redegewaltig vordergründig darstellt, ist am Ende leider ein Windei. Wir werden am Ende nicht mehr Gerechtigkeit haben, sondern wir werden einen großen Erwartungshorizont aufbauen. Die Leute werden glauben, es zieht dann mehr Gerechtigkeit ein. Aber am Ende fällt es in sich zusammen.

Ich will auf ein zweites Problem hinweisen. Eine allgemeine Dienstpflicht stellt insofern tatsächlich ein Problem dar, als daß der Wehrdienst, die allgemeine Wehrpflicht, gleichrangig neben andere Pflichten gestellt wird. Es kann nicht so sein, daß die allgemeine Wehrpflicht, die den jungen Staatsbürger mit Leib und Leben existentiell mit unserem Gemeinwesen verbindet, beispielsweise neben einen ökologischen Dienst gestellt wird. Was hieße das denn? Das hieße, daß in dem Moment, wo beispielsweise der Verteidigungsfall eintritt und Landesverteidigung notwendig wäre, die Möglichkeit besteht, sich vor der Landesverteidigung nicht nur aus Gewissensgründen, sondern deshalb, weil ich Bäumchen pflanzen will, zu drücken. Wollen wir das denn? Ich glaube, das kann niemand ernsthaft wollen. Deswegen ist allgemeine Dienstpflicht auf den ersten Blick eine tolle Geschichte, auf den zweiten Blick höchst gefährlich.

Nun möchte ich sagen, wie dieses Problem zu lösen ist. Es ist zu lösen, indem wir von der allgemeinen Wehrpflicht andere Dienste ableiten können. Das tun wir beim Katastrophenschutz schon heute. Derjenige, der sich acht Jahre für den zivilen Katastrophenschutz oder den erweiterten Katastrophenschutz bei der Feuerwehr verpflichtet, braucht keinen Grundwehrdienst zu leisten. Wir haben z.B. die Möglichkeit, die Grenzschutzdienstpflicht zu aktivieren. Wenn ich richtig informiert bin, ist es heute so, daß der Bundesgrenzschutz nicht in der Lage ist, die deutschen Grenzen ordentlich zu bewachen. Was hindert den Bundesinnenminister daran, junge Wehrpflichtige über die Grenzschutzdienstpflicht einzuziehen, die im Wehrpflichtgesetz nach wie vor steht? Die Möglichkeit, Herr Ministerpräsident Teufel, die jungen Poli-

zeihilfskräfte zu gewinnen, ist nach unserem Rechtssystem heute möglich. Das heißt, ich brauche gar keine allgemeine Dienstpflicht. Vielmehr muß ich die Möglichkeiten, die mit der allgemeinen Wehrpflicht und Gesetzen, die nachrangig sind, verbunden sind, richtig nutzen.

Deswegen möchte ich Sie, meine Damen und Herren, dazu auffordern: Machen wir nicht so etwas wie eine Worthülse „allgemeine Dienstpflicht“, wecken eine große Erwartung und stellen dann fest, es gibt riesige Probleme. Gestalten wir stattdessen die allgemeine Wehrpflicht so aus, wie es heute gegeben und möglich ist. Deswegen bitte ich Sie: Folgen Sie dem Votum der Antragskommission auf Überweisung an die CDU-Bundestagsfraktion! Dann kann das ordentlich ausgestaltet werden. - Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Breuer. Es folgt für die Antragskommission unser Generalsekretär, Peter Hintze.

Peter Hintze, Antragskommission: Liebe Parteifreunde! Ich finde es gut, daß wir uns für dieses wichtige Thema gründlich Zeit genommen haben. Ich muß Ihnen sagen, daß wir in der Antragskommission bei der Vorbereitung dieses Parteitags die Materie sehr gründlich diskutiert haben. Es fällt bei allen Argumenten, die uns bewegen, auf, daß sowohl der Verteidigungsminister wie die Zivildienstministerin, wie der verteidigungspolitische Sprecher, unser Paul Breuer, hier klar sagen: Wer für die allgemeine Wehrpflicht ist, muß bei allen guten Argumenten, die es dagegen gibt, bei dieser Abstimmung der Antragskommission folgen.

Ich will versuchen, dies zu erläutern. Lassen Sie mich mit einem kurzen praktischen Beispiel einsetzen. Wir alle kennen den berühmten Spruch: Traue keiner Statistik, die du nicht selbst angefertigt hast.

(Zurufe)

Das ist auch klar. Wir sind hier mit vielen Zahlen konfrontiert worden. - Ich habe versucht, es freundlicher zu formulieren, Herr Ministerpräsident Seite.

Zur allgemeinen Wehrpflicht gehört - das hat der Verteidigungsminister hier ausgeführt -, daß die Bundeswehr den klaren und eindeutigen Vorrang beim Zugriff auf die jungen Wehrpflichtigen hat, die sie für den Wehrdienst braucht. Nun steht in den Anträgen, insbesondere in dem Würtemberger Antrag, dies sei nicht in Frage gestellt. Daraus ergibt sich aber die praktische Frage: Wann soll denn ein mit der Wehrpflicht konkurrierender Dienst ansetzen? Er kann im Rahmen unseres Systems erst dann ansetzen, wenn die gesetzliche Zugriffsmöglichkeit im Falle des Wehrdienstes erreicht ist, also nach dem 25. oder 28. Lebensjahr.

Es ist so, daß die Bundeswehr - Volker Rühle hat das ja dargestellt - schon jetzt Mühe hat, bei totaler Ausschöpfung der heute gegebenen Zahlen - wir können uns ja nicht mit Ärgernissen der Vergangenheit über die heutige Zahlensituation hinwegtäuschen - ihre Soll-Stärke zu erreichen.

Ich will mich aber von diesem Faktum abwenden und auf eine Frage zu sprechen kommen, die für den Wahlkampf aus meiner Sicht von einer entscheidenden Bedeutung ist. Ich will nicht darauf verweisen, daß keine Demokratie auf der Welt eine Dienstpflicht hat. Ich will auf etwas anderes verweisen. Wir haben eine gesellschaftliche Diskussion über die Frage der äußeren Sicherheit. Wir haben eine gesellschaft-

liche Diskussion über die Frage der Wehrpflicht. Von diesem Parteitag muß das klare und eindeutige Signal ausgehen, daß die CDU weiter zur Wehrpflicht steht, wie es Verteidigungsminister Volker Rühle hier angesprochen hat.

(Beifall)

Jede Dienstpflicht, wie immer man sie ausgestaltet, gerät praktisch und politisch in ein Konkurrenzverhältnis zur Wehrpflicht.

Ich bitte Sie nachdrücklich, dem Votum der Antragskommission zu folgen.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Hintze. - Herr Reul hat jetzt noch einmal um das Wort gebeten.

Herbert Reul, Antragskommission: Es geht hier um Ziffer 50. Ganz zu Beginn der Debatte ist von der Jungen Union ein Vorschlag gemacht worden, der noch eine Antwort der Antragskommission erfordert. Es ging um die Frage, ob in dem Bereich, in dem es um die Förderung von Verbänden und Vereinen geht, ein zusätzlicher Satz eingefügt werden könnte, der beinhaltet, daß neben der verbandlichen Jugendarbeit auch die offene Jugendarbeit unterstützt wird. Die Antragskommission schlägt vor, diesen Satz mit aufzunehmen und somit dem Anliegen der Jungen Union zu entsprechen. Wir müssen dies jetzt mit aufnehmen, weil ja insgesamt über Ziffer 50 abgestimmt wird.

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Reul. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe!

(Zurufe: Das ist die Mehrheit!)

- Nein, das ist nicht eindeutig.

(Widerspruch)

Enthaltungen? - Ich schlage vor, daß wir die Abstimmung schriftlich wiederholen, damit Eindeutigkeit besteht. Ich bitte die Stimmzählkommission, entsprechend tätig zu werden.

Für diese Abstimmung ist Stimmzettel Nummer 1 gültig. Vermerken Sie darauf bitte, ob Sie mit Ja - das würde bedeuten, daß Sie der Empfehlung der Antragskommission zustimmen - oder mit Nein stimmen oder sich der Stimme enthalten.

Ich bitte die Mitglieder der Stimmzählkommission, sich in Sitzungsraum 8 einzufinden. -

Darf ich fragen, ob alle ihre Stimmkarten abgegeben haben?

(Zurufe: Nein!)

- Das ist noch nicht der Fall. Ich bitte, die Stimmzettel zügig einzusammeln, damit wir die Wahlhandlung beenden können. - Sind nunmehr alle Stimmzettel eingesammelt? - Es sieht so aus, als ob wir den Wahlgang schließen können.

Die Zeit der Auszählung wollen wir nutzen, um mit der Beratung über die folgenden Ziffern zu beginnen.

Ich rufe Ziffer 51 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Sie finden den Text auf den Seiten 177 und 178 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge B 311 bis B 348 auf den Seiten 177 bis 190 der Antragsbroschüre sowie die Anträge B 651, B 652 und B 656.

Es liegen Wortmeldungen vor. Zunächst hat Johanna Gräfin von Westfalen das Wort.

Johanna Gräfin von Westfalen: Die Ziffer, zu der ich sprechen wollte, findet sich bereits auf Seite 107 der Antragsbroschüre. Jetzt möchte ich zu Antrag B 328 des CDU-Kreisverbandes Hochsauerland sprechen. Darin wird ein Bekenntnis zum Schutz der Behinderten mit folgendem Satz gefordert:

Würde und Leben des Menschen - auch des ungeborenen behinderten Menschen - sind unantastbar.

Es ist ein bißchen unvermutet, daß wir jetzt plötzlich über die Behinderten sprechen müssen; aber das ist, glaube ich, richtig so. Wir sind jetzt beim Kapitel „Behinderte“. Entschuldigung, das ist wirklich kaum mehr zu kapiieren.

Ziffer 50, die schon auf Seite 107 der Antragsbroschüre als angeblich neue Ziffer 50 zu finden ist, ist jetzt plötzlich Ziffer 51. Sie bekräftigt zwar das Lebensrecht behinderter Kinder - der Leitantrag des Bundesvorstandes ist da auch sehr schön -, aber sie läßt diesen winzig kleinen Satz, diese fünf Wörter - „auch des ungeborenen behinderten Menschen“ - aus, vielleicht sogar ganz bewußt.

Jetzt muß ich doch an das erinnern, was Herr Geißler heute morgen gesagt hat: Die Menschenwürde ist unteilbar. Weiter sagte er: geboren oder ungeboren, ob krank oder gesund, ob jung oder alt usw.

Bedenken Sie außerdem, daß zwei von drei als behindert diagnostizierte Ungeborene völlig gesund sind. Das sind belegte Zahlen.

Bitte nehmen Sie diese fünf entscheidenden, vielleicht lebensrettenden Worte an dieser Stelle im neuen Grundsatzprogramm - wie immer die Ziffer heißt - auf, und zwar die Worte „auch des ungeborenen behinderten Menschen“. Anderenfalls bleibt auch von seiten der Union nur die embryopathische Indikation übrig, die sich noch mit den Behinderten befaßt, nach der bis in den sechsten Monat hinein angeblich behinderte Ungeborene rechtmäßig abgetrieben werden dürfen, und zwar wenn der Koalitionsentwurf angenommen wird. Wenn der SPD-Entwurf durchkommt, ist es dasselbe in grün.

Wir haben uns heute hier aber bereits in den Ziffern 19, 21, 23, 26, 29 und noch einigen mehr dazu bekannt, für die Rechte der Schwachen einzutreten und Verantwortung für sie zu übernehmen.

So müssen wir auch in Ziffer 50 oder 51 - wie immer sie heißt - konsequent sein und dürfen diese Allerschwächsten nicht verleugnen.

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Ich gehe davon aus, daß Herr Göhner jetzt auf Gräfin von Westfalen antwortet.

Dr. Reinhard Göhner, Antragskommission: Liebe Freunde, alles, was Gräfin Westfalen vorgetragen hat, alles, was in dem Antrag steht, auf den Sie Bezug genommen hat, ist richtig und wichtig. Deshalb haben wir es in den Ziffern 7 - bei „Unser

Verständnis vom Menschen“ - und in der Ziffer 39 - also an vorderster Stelle - bereits berücksichtigt. Für uns war dieser Fragenkreis der behinderten Menschen nämlich so wichtig, daß wir sowohl bei „Unser Verständnis vom Menschen“ als auch zu Beginn dieses Kapitels diese Fragen diskutiert und mit einem entsprechenden Antrag aufgenommen haben. Deshalb ist es, glaube ich, richtig, daß dieser Antrag durch die Annahme der Ziffer 39 und durch das, was in Ziffer 7 steht, bereits erledigt ist.

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Göhner. - Es folgt Herr Worms.

Dr. Bernhard Worms: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich spreche zur Ziffer 51 auf Seite 177 der Antragsbroschüre und damit zu den Anträgen B 311 des Bundesvorstandes und B 656, das ist unser Initiativantrag von der Senioren-Union.

Ich möchte zunächst Reinhard Göhner ein herzliches Wort des Dankes sagen, da wir mit unseren Anliegen so gut angenommen und aufgenommen worden sind. Nunmehr erbitten wir von Dir, lieber Reinhard, noch einen letzten Sonnenstrahl. Unser Begehren ist, daß wir den ersten Satz und die drei Zeilen des zweiten Satzes in der Formulierung der Antragskommission ergänzen oder, korrekter gesagt, ersetzen durch das, was wir im Initiativantrag formuliert haben. Ich bitte Sie, liebe Parteifreunde, dem zu folgen.

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Von der Antragskommission spricht Frau Arlt-Palmer.

Christine Arlt-Palmer, Antragskommission: Die Antragskommission bleibt bei ihrem Votum und bei dem Vorschlag, wie er Ihnen bereits vorlag, und kann sich dem Antrag von Herrn Worms nicht anschließen, weil wir der Auffassung sind, daß alle die Punkte, die dort angeführt werden, inhaltlich schon in dem Antrag, wie er Ihnen vorliegt, vorhanden sind. Deswegen bleiben wir bei der alten Fassung.

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die Empfehlung ist mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe die Ziffer 52 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Sie finden den Text auf Seite 190 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge B 291 und B 349 bis B 366 auf den Seiten 190 bis 194 der Antragsbroschüre. Wortmeldungen dazu liegen mir nicht vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Sie ist, soweit ich das gesehen habe, einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffern 53 bis 61 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Sie finden diese Ziffern einschließlich der dazu gestellten Anträge in der Antragsbroschüre auf den Seiten 194 bis 232.

Es liegen Wortmeldungen vor. Ich erteile Herrn Dr. Georg Gölder, Rheinland-Pfalz, das Wort.

Dr. Georg Gölter: Frau Tagungspräsidentin! Meine Damen und Herren! Als Vorsitzender des Bundesfachausschusses Kulturpolitik bitte ich um eine kleine Ergänzung. Das Programm sieht zwar das Wort „Erziehung“ in der Ziffer 46 vor; dort heißt es:

Eltern leisten mit der Erziehung ihrer Kinder einen unersätzblichen Beitrag für das Gemeinwohl und den Fortbestand unserer Gemeinschaft. Die dramatische Veränderung der Bevölkerungsstruktur...

Aber der Erziehungsprozeß auch im Spannungsverhältnis zwischen Eltern und Staat, vertreten durch die Schule, ist nirgendwo in dem Programm angesprochen. Wir finden, das ist in der Tat eine grundsätzliche Frage. Wenn in dem Zusammenhang etwas ins Grundsatzprogramm hineingehört, dann das.

Deshalb bitte ich, den Antrag B 380 auf Seite 197 - ein kurzer Antrag, der das Spannungsverhältnis zwischen Elternrecht, Elternpflicht und staatlichem Auftrag beschreibt - dem Wortlaut der Ziffer 53 in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Form anzuhängen.

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Herr Dr. Gölter, haben Sie auch gleichzeitig zu Ziffer 60 gesprochen, oder fügen Sie das gleich noch an? Uns liegen nämlich keine weiteren Wortmeldungen vor, und wir stimmen dann über den gesamten Block ab. - Herr Dr. Gölter, wenn Sie möchten, können Sie jetzt also gleich zu Ziffer 60 sprechen.

Dr. Georg Gölter: Frau Tagungspräsidentin, ich hatte gemeint, wir seien bei Ziffer 53, und daher wollte ich nicht gleich zu Ziffer 60 sprechen, sondern die weiteren Abstimmungen abwarten.

(Zuruf: Es geht bis Ziffer 61!)

- Bis Ziffer 61? Gut, dann bitte ich gleich noch um eine kleine Ergänzung zu Ziffer 60. Es handelt sich um den Antrag B 521 auf der Seite 229.

Ziffer 60 sagt nichts oder wenig zu den Rahmenbedingungen von Forschung und Lehre. Sie sagt nichts zur kontinuierlichen Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und zum Abbau vorhandener Benachteiligungen. Deshalb bitten wir darum, den Text dieses Antrages B 521 in die Fassung der Antragskommission - Seite 223, rechte Spalte - einzufügen, und zwar nach dem Satz:

Das Abitur muß aber wieder eine verlässliche Aussage über die Studierfähigkeit machen.

Die zusätzliche Formulierung soll also ans Ende des zweiten Abschnitts rechts auf Seite 223; dorthin paßt sie nämlich.

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Gölter.

Eben ist noch eine Wortmeldung eingegangen, und zwar von Norbert Lammert zu Ziffer 59. Bitte!

Dr. Norbert Lammert: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich schlage nur eine Klarstellung vor. In der Ziffer 59 heißt es auch in der durch die Antragskommission veränderten Fassung zum Hochschulzugang für Berufstätige:

Für besonders qualifizierte Berufstätige muß in Zukunft auch der Hochschulzugang eröffnet werden.

Nun ist es nicht so, als gäbe es bisher keine gesetzlichen Möglichkeiten des Hochschulzugangs für Berufstätige. Es gibt sie durchaus, so daß wir nicht fordern müssen, daß sie eröffnet werden. Richtig ist aber, daß die ganz unterschiedlichen Regelungen, die dazu auf landesgesetzlicher Ebene bestehen, so weit auseinanderliegen, daß wir da dringend eine Verbesserung brauchen. Deswegen schlage ich in Anlehnung an eine Antragsformulierung von Nordrhein-Westfalen, die sich in ähnlicher Weise auch in anderen Texten findet, vor, daß wir dies folgendermaßen neu formulieren:

Für besonders qualifizierte Berufstätige muß besser als bisher der Hochschulzugang ermöglicht werden.

Das ist kein neuer Sachverhalt, aber es stellt klar, daß wir eigentlich nicht neue Möglichkeiten fordern, sondern das Verbessern bestehender Möglichkeiten. Ich glaube, daß wir damit auch dem Anliegen des Kreisverbandes Paderborn, der eine vergleichsweise präzise Formulierung vorgeschlagen hat, besser Rechnung tragen können als durch die bisherige Formulierung.

(Zustimmung)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidentin: Vielen Dank, Norbert Lammert. Es folgt Herr Jürgen Schreier, Saarland.

Jürgen Schreier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir wissen, daß Zukunft für die junge Generation nur dann möglich ist, wenn wir die Weichen für die Zukunft richtig stellen. An dieser Kreuzung stehen wir, und wenn wir im alten Trott weitermachen, werden die anderen uns bald überholt haben. Deshalb ist es wichtig, daß wir als CDU die Kraft aufbringen, neue Wege zu gehen, und jetzt im Wahlkampf die Leute auch davon überzeugen, daß wir mit Bildung und Erziehung als wichtigen Basiselementen den Wohlstand unseres Vaterlandes erhalten und mehren wollen.

Meine Damen und Herren, Bildung und Erziehung sind wichtige, ja herausragende Elemente dieser Wohlstandsgesellschaft. Als erstes müssen wir dabei, so glaube ich, den jungen Menschen wieder klarmachen, daß ein Meister nicht vom Himmel fällt, daß man sich zuerst anstrengen muß, um eine Leistung zu erbringen, und daß lernen nicht immer nur Spaß macht, sondern auch Mühe machen kann. Dazu sind wir als Lehrer, dazu sind wir als Eltern, dazu sind wir alle aufgefordert, und wir dürfen den Kindern nicht vormachen, als würde alles von selbst gehen.

Deshalb brauchen wir auch Bildung und Erziehung nicht - wie das Programm es in der Überschrift suggeriert - zu erneuern; vielmehr sollten wir überhaupt wieder bilden und erziehen und könnten uns dabei ruhig mehr auf die alten bisher verschrieenen Sekundärtugenden stützen, als es bisher der Fall war.

Meine Damen und Herren, wir müssen unsere Aufmerksamkeit nicht nur auf die allgemeine Bildung richten. Wir müssen dem Stiefkind berufliche Bildung wieder einen besseren Akzent geben. Denn diese berufliche Bildung ist überhaupt die Voraussetzung für ein erstklassiges weiteres Verfahren und ist auch die Voraussetzung für die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung.

Dabei sollten wir zweierlei mehr beachten. Zum einen müssen wir, so meine ich, den Elitebegriff überdenken. Es gibt nun einmal nicht nur eine akademische Elite, es gibt auch eine praktische Elite. Ich glaube, wir sollten den Leuten mehr sagen, daß es gerade die praktische Elite gewesen ist, die unser Land zu Wohlstand geführt hat.

Zweitens: Die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ist nur dann glaubwürdig, wenn dies kein Schlagwort bleibt, wenn sich die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung nachher auch auf dem Gehaltskonto realisieren läßt.

Ein Letztes: Ich möchte Ihnen zu bedenken geben - und das treibt uns alle, glaube ich, um -: Die schulischen Anforderungen werden immer größer, die Ausbildungsverordnungen immer theoretischer und immer schwieriger. Viele Schüler schaffen das nicht mehr, fallen durch das schulische Sieb und sind damit für ihre berufliche Zukunft abgestempelt. Hier muß etwas getan werden, wenn wir die jungen Menschen nicht von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit entlassen wollen. Wir brauchen, so meine ich, unterhalb der Gesellenprüfung eine praktisch orientierte Prüfung, eine Praktikerprüfung. Es kann doch nicht richtig sein, daß heute eine Elektrolehre von einem mittleren Hauptschüler fast nicht mehr bewältigt werden kann.

Ich meine, wenn wir uns an diesen Punkten wieder neu orientieren, wenn wir nicht nur akademische Bildung in den Vordergrund stellen, sondern auch berufliche Bildung, dann werden wir einen wichtigen Beitrag auch zum Umbau unserer Gesellschaft leisten. Das sind wir unserer Partei, das sind wir den Menschen auch aus christlich-sozialer Verantwortung schuldig.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Schreier. Für die Antragskommission nimmt jetzt Reinhard Göhner das Wort.

Dr. Reinhard Göhner, Antragskommission: Die beiden Anliegen, die Herr Gölter vorgetragen hat und die ja beide in der Sache berechtigt sind, haben wir aufgenommen, und zwar, was das Elternrecht angeht, zum einen in dem schon beschlossenen Text zur Familie, wo wir das vorrangige Erziehungsrecht und die Erziehungspflicht der Familie betonen, und zum zweiten beim Schulzugang noch einmal besonders in der Ziffer 59.

Das zweite Anliegen der besonderen Förderung auch des wissenschaftlichen Nachwuchses ist sicher genauso wichtig. Wir haben es ebenfalls an zwei Stellen aufgegriffen, einmal in der generellen Forderung nach Eliteförderung in der Ziffer 59 und zum anderen in der Ziffer 60.

Wir möchten Ihnen vorschlagen, der Empfehlung der Antragskommission mit der Ergänzung, die Norbert Lammert vorgetragen hat, für den Hochschulzugang derer, die aus der beruflichen Bildung kommen, also der Formulierung des nordrhein-westfälischen Antrages, zuzustimmen und im übrigen der Ihnen vorliegenden Empfehlung der Antragskommission zu folgen.

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Göhner. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer den jeweiligen Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenstimmen? - Keine.

(Widerspruch)

- Doch einige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen mit Mehrheit angenommen.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen jetzt das Ergebnis der schriftlichen Abstimmung zur Ziffer 50 mitteilen. Abgegebene Stimmen: 533. Davon gab es 7 Enthaltungen, keine ungültige Stimme. Dem Votum der Antragskommission folgten 290 Delegierte, die mit Ja gestimmt haben, mit Nein stimmten 236 Delegierte. Damit ist die Empfehlung der Antragskommission angenommen.

(Beifall)

Wir fahren mit den Einzelziffern fort. Ich rufe die Ziffer 62 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Sie finden den Text auf Seite 232 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge B 530 bis B 560 auf den Seiten 232 bis 239 der Antragsbroschüre.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Keine Gegenstimme! - Enthaltungen? - Bei einigen wenigen Enthaltungen mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe nunmehr die Ziffer 63 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Sie finden den Text auf der Seite 239 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge B 561 bis B 603 auf den Seiten 239 bis 259 der Antragsbroschüre.

Dazu liegen Wortmeldungen vor. Es hat Herr Dr. Erwin Vetter, Baden-Württemberg, das Wort.

Dr. Erwin Vetter: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieses Thema Medien, eingezwängt zwischen den Themen Kultur und Sport, behandelt die Macht im Staate, einer wichtigen Macht im Staate, die für unsere Demokratie existentiell notwendig ist, die aber auch für unsere Demokratie etwas bedeutet, was man kritisch betrachten muß.

Dieses Thema Medien ist zum zweiten ein Thema, das wie kein anderes ein Wachstumsfeld ist für neue Arbeitsplätze, das eigentlich auch beim Thema Wirtschaft behandelt werden müßte. Schließlich spielt sich dieses Thema Medien in einem Bereich ab, wo wir aufgrund der Entwicklungen in der neueren Zeit feststellen müssen, daß sich unter dem Ansturm der Vielfalt von medialen Entwicklungen die Menschen in unserem Land, in unserer Republik zu verändern beginnen. Die Kinder in den Kindergärten imitieren Dinge, die sie im Fernsehen gesehen haben.

Meine Damen und Herren, wenn wir in der Politik nunmehr kritisch von den Medien beachtet werden, dann kann ich nur sagen, wir sind alle dazu aufgerufen, auch unsererseits die Medien kritisch zu betrachten und aus Erfahrungen von Menschen, die uns jeden Tag schreiben und ansprechen, die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Normalerweise wird dieses Thema unter dem Aspekt der Freiheit beredet, der Freiheit des Journalismus. Wir stehen dazu. Denn jeder von uns weiß, daß von einem freien Journalismus der Bestand der Demokratie in gewissem Sinne abhängig ist. Ich falle auch überhaupt nicht ein in billige Medienschele, die behauptet, jeden Tag passierten da Ungerechtigkeiten. Man muß als Politiker eine dicke Haut haben, man muß auch Kritik ertragen können.

Aber, meine Damen und Herren, wenn wir das Thema Freiheit sagen, dann müssen wir auch das Thema Verantwortung hinzufügen. Da habe ich schon meine Probleme mit den Medien und zum Beispiel damit, daß tagtäglich auf unsere Menschen Blut-

Gewalt- und Sexszenen herniederrieseln, die die Menschen verändern können, daß menschenverachtend Darstellungen geschehen mit Reality-TV, in denen die Menschen im Sterben und in ihrem Leid entblößt werden, daß Menschen von gewissen Sensationsmedien gewissermaßen öffentlich hingerichtet und entmenschlicht werden und daß in unserer Demokratie auch durch Medien bisweilen das Thema Politikverdrossenheit so verwendet wird, daß daraus ein Thema Demokratieverdrossenheit entstehen könnte.

(Beifall)

Deswegen, meine Damen und Herren, Achtung auf diese Medien! Sie dürfen nicht als Punkt 63 ganz normal irgendwo dazwischengeschaltet sein. Deswegen möchte ich auch auf ein Thema noch abheben; das heißt, hier ist eine rasante Entwicklung im Gange, der - so glaube ich - der Antrag, den die Antragskommission jetzt formuliert hat, nicht gerecht wird.

Kaum ein Bereich, in dem wir rasanteren Entwicklungen gegenüberstehen, in dem wir näher an der Schwelle zum 21. Jahrhundert stehen als im Bereich der audiovisuellen Medien! Die Welt von morgen wird eine Medienlandschaft sein in bisher ungeahntem Ausmaß, in der viele zentrale Funktionen des Alltags über Fernsehen und Bildschirmgeräte abgewickelt werden. Daraus entstehen Risiken und Chancen gleichermaßen.

Das Zauberwort der Zukunft heißt digitale Kompression. Dank dieser Entwicklung werden wir in Deutschland bald bis zu 400 Fernsehkanäle haben. Schon im nächsten Jahr - 1995 - wird zum Zeitpunkt der Internationalen Funkausstellung in Berlin der ASTRA-Satellit 1 E auf Sendung gehen mit 20 Kanälen zu je 10 Programmen. Im nächstfolgenden Jahr 1996 wird ASTRA 1 F den Betrieb aufnehmen. Im Kabelbereich sind ab 1995 150 zusätzliche Programme geplant.

Aber damit nicht genug. Ein Blick ins Medienland USA zeigt: Der Trend zum sogenannten interaktiven Fernsehen steigt. Das heißt, daß die Verbraucher mit Hilfe eines kleinen digitalen Decoders vom Fernsehgerät Telefondaten, Abflugzeiten von Flugzeugen abrufen können, Hotelreservierungen und Hotelbuchungen, Einkäufe (Televersandhäuser) tätigen können, Computerspiele machen können.

Meine Damen und Herren, dies ist keine Zukunftsmusik, das ist ganz nahe Gegenwart - für den einen Horrorvision, für den anderen Zukunftschance. Daraus ergeben sich Folgerungen, die ich in dem, was die Antragskommission vorgelegt hat, noch nicht finde, obwohl ich ihre Arbeit sehr schätze. Die Entwicklungen hat Folgen für die Rundfunklandschaft. In der künftigen Vielfalt der Programmangebote wird es nur einige wenige gebühren- bzw. werbefinanzierte Vollprogramme geben. Man wird sich in Zukunft an einen elektronischen Kiosk begeben, und man wird Spartenprogramme mehr denn je haben. Daraus ergeben sich Schlußfolgerungen: Mehr Pay-TV, Abbau von Vollprogrammen, mehr Spartenprogramme.

Angesichts dieser Medienlandschaft will ich unserer CDU nur zurufen: Hier ist Leitfunktion der Politik wie noch nie gefordert. Politische Vorgaben sind notwendig. Hier muß es darum gehen, Wettbewerbsfähigkeit einerseits zu sichern und andererseits die ethischen Eckpunkte klar zu formulieren.

Wir müssen uns auch klar darüber sein, daß im Lichte der heutigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts eine Schelte zu Lasten der öffentlich-rechtlichen Anstalten immer mehr problematisch wird. Auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten sind

Standortfaktoren für unsere Republik. Wenn man zuweilen den Eindruck hat, daß in der CDU einseitig auf die Privaten gesehen wird, kann ich nur sagen: Das ist nicht das duale System, wie ich es verstehe. Unsere Medienlandschaft hängt davon ab, daß gleiche Wettbewerbschancen für die beiden Bereiche bestehen. Unsere Wettbewerbschancen bestehen darin, daß wir im Bereich von Standortpolitik Deregulierung vornehmen, unsere Chancen bestehen darin, daß wir in Deutschland als erste deutlich machen, daß die Ethik in diesem Bereich eingefordert wird. Das bedeutet ganz klar:

Erstens. Gleiche Wettbewerbschancen für die Öffentlich-Rechtlichen. Deswegen darf in unserem Programm meines Erachtens nicht formuliert werden, daß die öffentlich-rechtliche Seite eine ausgehende Einrichtung sein könnte.

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Darf ich um Einhaltung der Redezeiten bitten.

Dr. Erwin Vetter: Medienethische Fragen müssen in den Vordergrund gestellt werden. Das, was Gewalt in den Medien bedeutet, muß reguliert werden. Ich sagen Ihnen: Wenn jetzt die Ministerpräsidenten gesagt haben, Selbstkontrolle wird eingefordert, dann kann ich nur sagen: Selbstkontrolle, ja, aber es ist eine Bewährungsprobe. Wenn die Selbstkontrolle nicht funktioniert und dieses Gewaltthema zu Lasten unserer Kinder nicht eingestellt wird, müssen schärfere Maßnahmen erfolgen.

(Beifall)

Unter diesen Gesichtspunkten sind der Antrag, den die Landesverbände Baden-Württemberg und Bremen eingebracht haben und auch die Anträge der Senioren-Union und der Frauen-Union besser formuliert als der Antrag der Antragskommission. Ich bitte in diesem Fall, unseren Anträgen zu folgen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank Herr Dr. Vetter. Ich möchte noch einmal nachdrücklich auf die fortgeschrittene Zeit hinweisen und die nachfolgenden Redner bitten, sich kurz zu fassen und die Redezeit einzuhalten. Es folgt Herr Dr. Herbert Schattke aus Schleswig-Holstein.

Dr. Herbert Schattke: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich darf Sie herzlich bitten, Seite 249 aufzuschlagen und den Antrag B 575 des Landesverbandes Schleswig-Holstein zu betrachten.

Leider hat die Antragskommission aus systematischen Gründen Ablehnung empfohlen. Diese systematischen Gründe hat die Antragskommission nicht benannt. Deswegen möchte ich Sie herzlich bitten, so schwer es offenbar für viele Beteiligte fällt, auch einmal Kritik nicht nur anzuhören, sondern auch zum Durchbruch zu verhelfen, wenn wir vorschlagen, diesmal nicht der Antragskommission zu folgen.

(Beifall)

Wir wollen nämlich das Persönlichkeitsrecht, den Persönlichkeitsschutz, um drei Bereiche ganz konkret erweitern. Der Bundesvorstand hat in der Ziffer 63 selbst gesagt: Zur Medienfreiheit gehört auch die Medienverantwortung. Genau darum geht es. Um diese Medienverantwortung deutlich zu machen, erheben wir drei Forderungen.

Erstens. Wenn wir den Persönlichkeitsschutz ernst nehmen wollen, dann muß jeder Bürger einen Auskunftsanspruch über die über ihn gesammelten Informationen und

Daten den Medien gegenüber haben. Es ist nämlich ein rechtlicher Skandal - das sage ich sehr deutlich -, daß alle möglichen Behörden, staatliche Institutionen und auch die Wirtschaft dem Datenschutz unterliegen. Nur ein Bereich ist gesetzlich ausdrücklich ausgenommen. Das sind die Medien.

Ich frage Sie: Ist der Einzelne in seiner Persönlichkeit nicht viel stärker bedroht, wenn über ihn z.B. beim STERN, beim SPIEGEL, beim NDR oder WDR Informationen gesammelt werden, als wenn das das Einwohnermeldeamt macht. Gegenüber dem Einwohnermeldeamt habe ich einen ganz konkreten Anspruch darüber, daß meine Informationen korrekt sein müssen, aber nicht gegenüber dem SPIEGEL, nicht gegenüber dem STERN, nicht gegen NDR und nicht gegen den WDR.

(Beifall)

Darum geht es meine Damen und Herren.

(Beifall)

Zweitens. Ich mache es sehr kurz, Frau Präsidentin. Das Gegendarstellungsrecht hat sich in der Praxis - jeder kennt das - als stumpfes Schwert erwiesen, und zwar deshalb, weil die Redaktionen immer - ich muß dieses Wort gebrauchen, das ist der technische Ausdruck - den sogenannten Redaktionsschwanz vornehmen. Das bedeutet, daß nach der Gegendarstellung immer noch eine inhaltliche Anmerkung kommt, in der gesagt wird, die Redaktion habe dennoch recht.

Wenn wir das Gegendarstellungsrecht als wirklich scharfes Schwert haben wollen, dann müssen wir erreichen, daß Gegendarstellungen ohne inhaltliche Anmerkungen, ohne Glossierungen, einfach nackt dargestellt werden können und dargestellt werden müssen.

(Beifall)

Drittens. Das ist der letzte Bereich, zu dem ich hier sprechen möchte. Es geht darum, daß jeder Bürger einen gesetzlich geregelten Schadenersatzanspruch gegen Presseorgane, Rundfunk und Fernsehen für den Fall erhalten muß, daß gegen ihn eine negative Tatsachenbehauptung öffentlich verbreitet worden ist, es sei denn, daß die behauptete Tatsache nachweislich wahr ist.

Es geht darum: Wer soll das Risiko einer falschen Behauptung tragen, und insbesondere einer negativen Behauptung? Ich meine, dieses Risiko kann nicht von den Opfern der Medien getragen werden, sondern dieses Risiko muß von demjenigen getragen werden, der ganz konkret eine negative Behauptung über irgendeinen Menschen vorgenommen hat.

(Beifall)

Darum geht es. Deshalb bitte ich Sie ganz herzlich: Stimmen Sie dem Antrag des Landesverbands Schleswig-Holstein ausnahmsweise einmal entgegen dem Vorschlag der Antragskommission zu. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Als nächster spricht Herr Axel Tantzen. Ich weise noch einmal auf die Einhaltung der Redezeit hin.

Axel Tantzen: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf den Antrag B 576 des Kreisverbandes Bonn lenken und gleichzeitig an

meinen Vorredner anschließen. Die von der Antragskommission vorgelegte Fassung der Ziffer 63 reicht mir nicht aus. Medienfreiheit heißt - wie es in der Überschrift richtig lautet -, auch Verantwortung zu übernehmen. Doch nur auf die Freiwilligkeit zu hoffen, wie das im Vorschlag der Antragskommission deutlich wird, ist meiner Überzeugung nach verfehlt.

Wenn man heutzutage Verantwortung in Politik, Kirche und Gesellschaft übernimmt, trägt man mittlerweile das sehr große Risiko, irgendwann auch kaputt gemacht zu werden. Das gleiche gilt mittlerweile übrigens auch im Leistungssport. Nur im Medienbereich - dazu hat mein Vorredner ja schon eingezwungen - scheint die Narrenfreiheit zu sitzen.

Damit wir uns recht verstehen: Der Kreisverband Bonn will keine Einschränkung der Medienfreiheit, und erst recht keine Zensur. Aber Rechtsstaatlichkeit - auch das ist ein Verfassungsprinzip - bedeutet, auch die zu schützen, die ihre Ehre zu verlieren drohen. Solche Personen sind Opfer, denen gilt es zu helfen. Ich denke, daß das auch in unser Grundsatzprogramm gehört.

(Beifall)

Deshalb bitte ich die Antragskommission und Sie, meine Damen und Herren, den Antrag B 576 des Kreisverbandes Bonn zu unterstützen. - Danke schön.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Es folgt Herr Roland Koch.

Roland Koch: Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche mich für das, was die schleswig-holsteinischen Kollegen zum Gegendarstellungsrecht gesagt haben aus. Ich will Ihnen nicht verhehlen, daß ich nicht ein naturgegebener Medienpolitiker bin und das auch nicht jeden Tag mache, sondern als Fraktionsvorsitzender in Hessen auch noch einige andere Punkte habe. Sie wissen, wir haben eine besonders gute Landesregierung.

Aber ich sehe in einem Vorabdruck, daß am Donnerstag dieser Woche, am Tag nach dem Parteitag, in dem Hamburger Organ, das am Donnerstag erscheint und das mit dem Himmel zu tun hat, das STERN heißt, ein Aufsatz steht, in dem mein Bild veröffentlicht wird, und die Überschrift lautet: Sieben gegen Kohl. Unter anderem sind Peter Hintze und Christian Wulff dabei, mit denen ein Journalist einmal gesprochen hat. Ich kann Ihnen aber - wie bei Peter Hintze und anderen sicher leicht nachvollziehbar - sagen: Nicht ein einziges Wort davon ist wahr, und doch wird es am Donnerstag in der deutschen Medienlandschaft stehen, und zwar mit dem einzigen Ziel, der Christlich Demokratischen Union auf dem Weg zum Wahlsieg zu schaden.

Da reicht Selbstkontrolle vielleicht nicht mehr. Deshalb nutze ich nicht nur die Gelegenheit des Parteitages, ein Feuerchen auszutreten, bevor die STERN-Jünger es angezündet haben, sondern auch noch dazu, zu sagen: Wir werden auf die deutschen Medien und ihre Verantwortung ein Stück aufpassen müssen. Das wollte ich hier bemerken. - Vielen Dank.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Ein klares Wort. Es folgt Reinhard Göhner.

Politik ohne Bart



SICHER IN DIE ZUKUNFT

Herzlich willkommen
zum

5. Parteitag der CDU Deutschland

CONGRESS CENTRU

SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

7.11

KRANZLER



SICHER IN DIE ZUKUNFT

CDU

M HAMBURG

Deutsch Wir packe



land n's an!

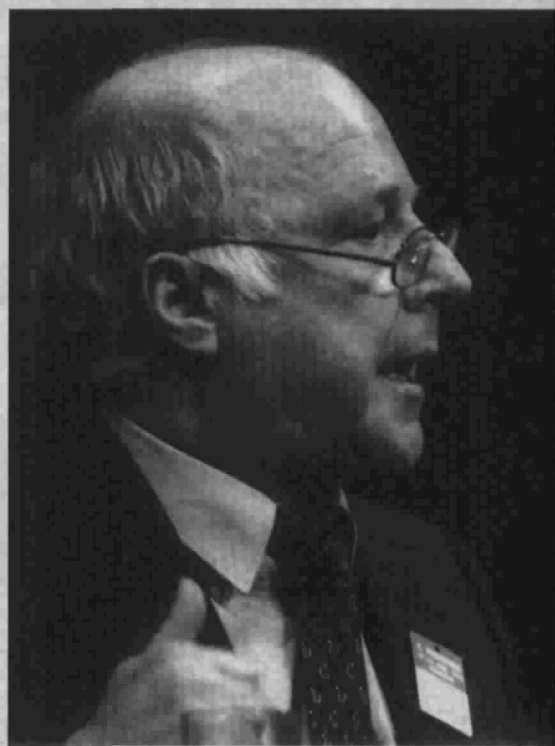


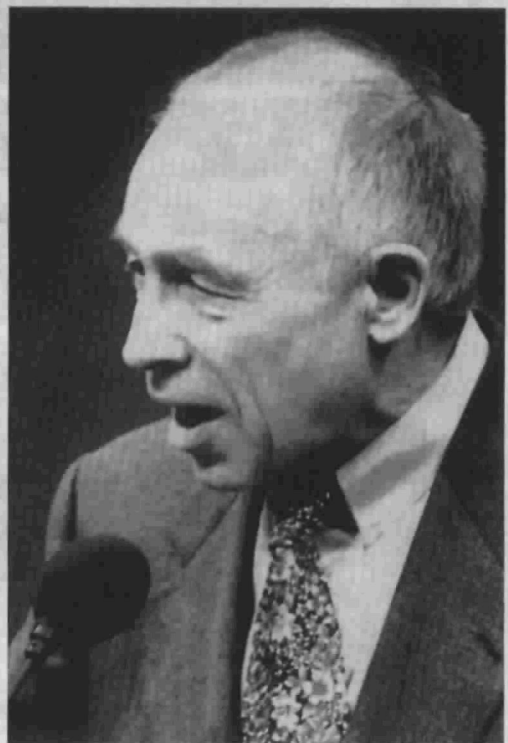
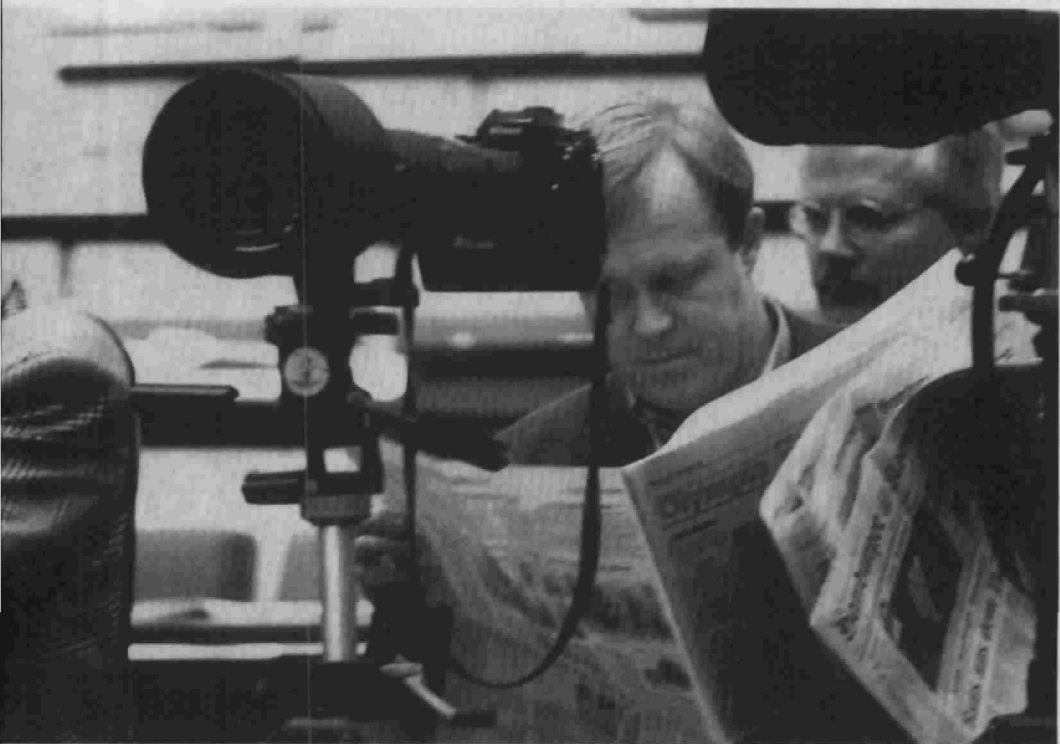
**Deutschland
Wir packen's an!**

SP



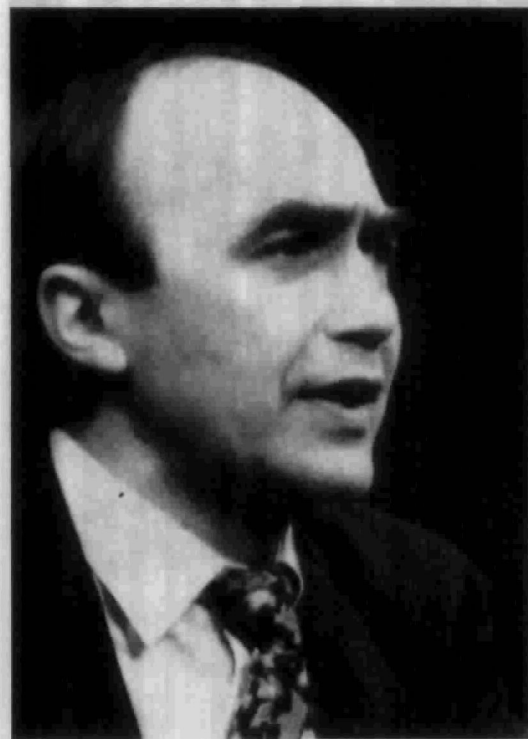






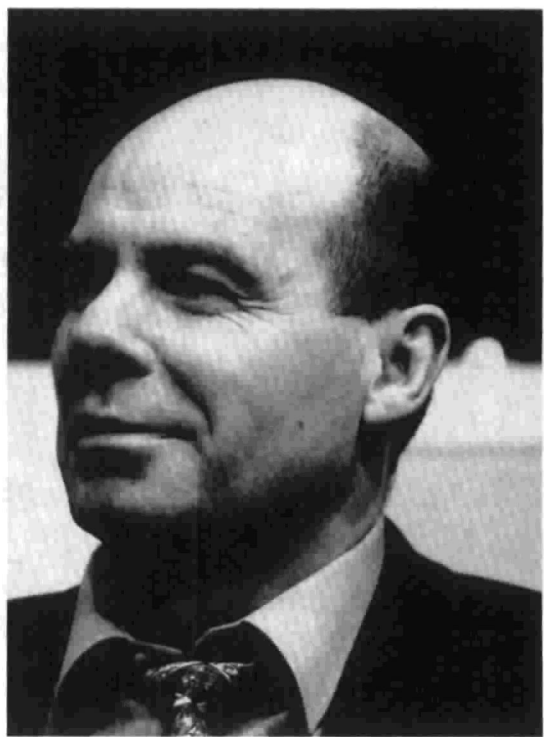
















Dr. Reinhard Göhner, Antragskommission: Liebe Freunde! Die Antragskommission hat aus dem Antrag Schleswig-Holstein bereits diese wichtige Anregung des Persönlichkeitsschutzes aufgenommen. Ich möchte Ihnen allerdings vorschlagen, die hier im Antrag genannten Einzelheiten - einen Schadensersatzanspruch, die Veränderung des Gegendarstellungsrechts, einen Löschungsanspruch bei elektronischen Medien, die Veränderung des Rechtes des Berichtigungsanspruches - der Bundestagsfraktion zu überweisen, ebenso wie den Bonner Antrag B 576.

Darin geht es um wichtige gesetzgeberische Einzelfragen. Es geht darum, die Grundidee des Persönlichkeitsschutzes auszubauen. Dies haben wir aufgenommen.

Was den Antrag aus Baden-Württemberg und von der Senioren-Union angeht, so ist er identisch mit dem Antrag des Bundesfachausschusses Medien unter der Führung von Bernd Neumann, der uns verdienstvollerweise vorher für diese Antragsberatungen zur Verfügung stand. In diesen Antrag haben wir alle inhaltlichen Punkte - bis auf einen Punkt - aufgenommen. Dieser einzige inhaltliche Unterschied betrifft nur die Frage einer „Verschlankung“ des öffentlich-rechtlichen Systems. Wir sagen: Wir wollen das duale System erhalten. Aber es ist nicht zwingend erforderlich, daß jeder öffentlich-rechtliche Sender wie Hessen oder WDR gleich vier oder fünf Hörfunksender in Anspruch nimmt. Das ist der einzige Punkt, in dem der jetzige Text darüber hinausgeht. In Übereinstimmung mit dem Bundesfachausschuß Medien möchten wir Ihnen daher empfehlen, dieser Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen.

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Wir kommen zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der ausgedruckten Fassung. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission mit den Änderungen, die Reinhard Göhner betreffend den Antrag des Landesverbandes Schleswig-Holstein B 575 und den Antrag des Kreisverbandes Bonn B 576 genannt hat, zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Also noch einmal: Wer der Empfehlung der Antragskommission mit den von Reinhard Göhner soeben vorgetragenen Änderungen, nämlich den Antrag von Schleswig-Holstein und den Antrag des Kreisverbandes Bonn - B 575 und B 576 - an die Bundestagsfraktion zu überweisen, zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Darf ich um die Gegenprobe bitten. - Das ist die Mehrheit.

(Beifall und Zurufe)

- Moment! Ich frage zunächst: Wer der Empfehlung der Antragskommission ohne die von Reinhard Göhner vorgeschlagenen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen.

(Zurufe)

- Das ist nicht der Fall.

(Anhaltende Zurufe)

- Er kommt ja als nächster. - Also zunächst die Antragskommission. Ich darf diejenigen um das Stimmzeichen bitten, die der Empfehlung der Antragskommission zustimmen.

(Zurufe)

- Das ist nicht der Fall. - Bitte noch einmal Reinhard Göhner!

Dr. Reinhard Göhner, Antragskommission: Zur Abstimmung! Wir haben den besond-
eren Antrag Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Wenn ich das richtig verstehe, war das Votum so zu sehen, daß Sie die Zustimmung
zu dem Antrag Schleswig-Holsteins wollen.

(Beifall)

Deshalb schlage ich vor, daß wir wie folgt vorgehen: Annahme des Antrags der
Antragskommission plus Schleswig-Holstein! Das war soeben das Votum, wenn ich
es richtig verstanden habe. Dann würde der Antrag Schleswig-Holsteins von dem
Votum der Antragskommission aufgenommen. Das ist doch, wenn ich das richtig
verstehe, das Petikum.

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Zur Geschäftsordnung, bitte.

Dr. Herbert Schatke: Frau Präsidentin! Wenn ich es richtig sehe, ist die Geschäfts-
lage doch folgende: Die Mehrheit des Parteitages hat den allgemeinen Antrag zu
Ziffer 63 mit den entsprechenden Ergänzungen von Reinhard Göhner abgelehnt,

(Beifall)

und zwar, wenn ich es richtig sehe, wahrscheinlich aus den Gründen, die wir
Schleswig-Holsteiner vorgetragen haben.

(Beifall)

Wenn ich es recht sehe, dann bleibt jetzt doch nur eines übrig, damit wir verfahrens-
mäßig weiterkommen, nämlich über den Antrag von Schleswig-Holstein isoliert abzu-
stimmen. Ich glaube, dann bekommen wir auch eine Mehrheit dafür.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Dann frage ich noch einmal, welche
Einzelabstimmungen jetzt gewünscht werden. Wir haben Schleswig-Holstein gehört.
Dann stimmen wir jetzt einzeln ab über den Antrag Schleswig-Holstein B 557. Wer
diesem Antrag folgt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Jetzt die Gegenprobe! -
Wir sind in der Abstimmung. Enthaltungen?

Dr. Reinhard Göhner, Antragskommission: Frau Präsidentin! Das macht nichts. Es
gibt keinen Antrag B 557 von Schleswig-Holstein. - Der Antrag Schleswig-Holsteins
hat die Nummer 575.

(Beifall)

Er ersetzt ja nicht alles andere, sondern er hat einen schmalen Teil. Jetzt können wir
zunächst über die Annahme des Antrages Schleswig-Holstein abstimmen, und dann
müssen wir über den restlichen Teil zur Medienpolitik entscheiden.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Gut! Also der Antrag Schleswig-Hol-
stein B 575. Noch einmal: Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Stimmzei-
chen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag B 575 Schleswig-Holstein
angenommen.

(Beifall)

Damit haben wir aber nur einen Einzelantrag, noch nicht den Grundantrag. Ich gebe Herrn Göhner noch einmal das Wort.

Dr. Reinhard Göhner, Antragskommission: Der Antrag Schleswig-Holstein lautet: *Ziffer 63 am Ende ergänzen! Diese Ergänzung am Ende haben wir jetzt beschlossen.* Jetzt geht es darum, ob der Teil davor ebenfalls beschlossen wird. Wir empfehlen, den Teil davor ebenfalls zu beschließen.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Dann bitte ich um Abstimmung zu dem noch ausstehenden Teil. Das Ende haben wir jetzt bestimmt mit dem Antrag Schleswig-Holsteins. Wer für den davorstehenden Teil ist, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei einer Reihe von Gegenstimmen und einigen Enthaltungen mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe auf: Ziffer 64 des Antrages des Bundesvorstandes. Sie finden den Text auf Seite 259 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge B 604 bis B 620 auf den Seiten 259 bis 264 der Antragsbroschüre.

Es liegt eine Wortmeldung vor, aber zuvor eine Meldung zur Geschäftsordnung, bitte.

Albert Pfeilsticker: Der Landesverband Baden-Württemberg hat den Antrag B 567 zur Abstimmung gestellt. Er ist von unserem Staatsminister vorher begründet worden. Er ändert die Ziffer 63 ab, ist also weitergehend. Er hätte also vorher zur Abstimmung gestellt werden müssen. Dann hätte man den Antrag Schleswig-Holsteins anfügen müssen, aber das ist nicht gemacht worden.

(Vereinzelter Beifall)

Dr. Reinhard Göhner, Antragskommission: Frau Präsidentin, wenn ich das sagen darf; ich hoffe, zum letztenmal. - Die Geschäftsordnung des Parteitages, liebe Freunde, beantwortet die Verfahrensfrage ganz eindeutig: Es ist zunächst über die Empfehlung der Antragskommission abzustimmen. Diese war abgelehnt worden. Dann ist der Antrag Schleswig-Holsteins angenommen worden. Er lautete: Ziffer 63 plus eine Ergänzung am Ende. - Das haben wir jetzt beschlossen.

(Zurufe)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Es geht weiter. - Ziffer 64! Es liegt eine Wortmeldung vor, und zwar von Herrn Peter Lehnert aus Schleswig-Holstein.

Peter Lehnert: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche zur Ziffer 64, Thema: Freizeit und Sport, und hier zum Antrag B 609.

Ich halte es für sehr wichtig, daß das Thema Sport noch ausführlicher, als es von der Antragskommission vorgeschlagen ist, aufgenommen wird. In Deutschland sind über 18 Millionen Sportlerinnen und Sportler aktiv tätig. Wir haben in diesem Bereich fast 1 Million Ehrenamtler. Ich möchte an die Ausführungen erinnern, die unser Generalsekretär, Herr Hintze, heute morgen um 10.21 Uhr vor diesem Parteitag unter großem Applaus aller Delegierten vorgetragen hat. Er hat dazu aufgerufen, das Bürgerengagement und vor allem das Ehrenamt zu stärken. Ich glaube, daß der Sport einer der Bereiche ist, wo vorbildlich ehrenamtliche Tätigkeit geleistet wird und wo eine wichtige sozialpolitische Komponente für unseren Staat liegt.

Deswegen bitten wir darum, eine verkürzte Form des Antrages des Landesverbandes Schleswig-Holstein aufzunehmen. Sie lautet:

Ein besonderer Stellenwert kommt dem ehrenamtlichen Engagement in der Vereins- und Verbandsarbeit zu. Es bedarf der nachhaltigen Unterstützung aller gesellschaftsrelevanten Kräfte, um einem drohenden Motivationsverlust entgegenzuwirken. Wir setzen uns dafür ein, daß ein klares Bekenntnis zu den unterschiedlichsten Funktionen des Sportes deutlich wird. Neben dem spitzensportlichen Leistungsstreben kommt einer sinnvollen Freizeitbewältigung, aber auch den präventiven und rehabilitativen Aufgabenstellungen und damit der besonderen sozialpolitischen Komponente eine gleichrangige Bedeutung zu.

Darüber hinaus muß deutlich werden, daß der Sport mit seinen vielfältigen Angeboten ein besonderes Mittel zur Lösung gesellschaftlicher Problembereiche ist und vermehrt hierzu auch bewußt eingesetzt werden sollte.

Ich glaube, daß es diese kurze Zusammenfassung der wichtigsten Punkte unseres Antrages B 609 verdient hätte, aufgenommen zu werden. Ich bitte um Zustimmung. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Lehnert. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe die Ziffer 65 des Antrags des Bundesvorstands auf. Sie finden den Text ab Seite 264 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge B 621 bis B 632 auf den Seiten 264 bis 267 der Antragsbroschüre.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit einer großen Mehrheit angenommen.

Meine Damen und Herren, damit haben wir die Beratungen über das II. Kapitel des Entwurfs des neuen Grundsatzprogramms zu Ende gebracht. Ich danke für die engagierte und konstruktive Mitarbeit. Wir nehmen jetzt einen Wechsel im Tagungspräsidium vor.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen nun im Rahmen der Tagesordnungspunkte 15 zu Kapitel III des Entwurfs eines neuen Grundsatzprogramms. Dieses Kapitel gliedert sich in drei Abschnitte.

Wir hören zunächst eine kurze Einführung in die beiden ersten Abschnitte dieses Kapitels, „Prinzipien der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft“ und „Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland verbessern“ von unserem Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann.

Matthias Wissmann (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wenn wir heute neue programmatische Perspektiven auch für die Wirtschaftspolitik beraten, dann tun wir das nicht, weil das alte Programm schlecht war, sondern deswegen, weil sich seit 1978 auch für unsere Wirtschaft die Rahmen-

bedingungen grundlegend verändert haben: mit der ungeheuren Herausforderung der wirtschaftlichen Integration der neuen Bundesländer, mit der Veränderung in Europa durch den Binnenmarkt wie durch die notwendige Einbindung der mittel- und osteuropäischen Länder.

Durch den härteren Kampf in der Triade der Auseinandersetzung mit den großen Industrienationen Asiens sowie den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada wird für uns alle der weltweite Wettbewerb schärfer. Wie stark die weltweiten Bedingungen für unsere Wirtschaft sichtbar werden, kann an einer Zahl deutlich gemacht werden: Heute wird ein Auto in Deutschland in etwa 30 bis 35 Arbeitsstunden hergestellt, in Japan in 17 Arbeitsstunden.

Ich glaube, es kommt entscheidend darauf an - das versucht dieser Programmentwurf -, daß wir einerseits an die Tugenden der Idee Ludwig Erhards der Sozialen Marktwirtschaft anknüpfen und andererseits dieses Konzept ergänzen, beispielsweise durch die ökologische Dimension. Wer heute Wirtschaftspolitik ohne Umweltverantwortung machen würde, handelte nicht mehr zeitgemäß.

Meine Damen und Herren, wenn wir in der Überschrift sagen „Ökologische und Soziale Marktwirtschaft“, dann nehmen wir damit nichts von dem Begriff der Sozialen Marktwirtschaft weg, für den wir weiter einstehen. Wir machen aber gleichzeitig deutlich, daß wir soziale und Umweltverantwortung in die Marktwirtschaftsidee einbinden, ja, daß wir Umweltfragen marktwirtschaftlich lösen wollen und nicht in erster Linie mit Regulierungen, Bürokratie und mehr Staat.

(Vereinzelt Beifall) -

Ich glaube, daß wir das sagen und danach handeln müssen.

Liebe Parteifreunde, wir müssen die Tugenden der Marktwirtschaft zu neuem Leben erwecken. Jeder muß in unserem Land wissen, daß er für sich selbst verantwortlich ist. Keiner darf sich einbilden, daß staatliche Subventionen eine Lebens- und Überlebensgrundlage sind. Wir müssen in den 90er Jahren und im kommenden Jahrhundert den Markt und den Wettbewerb stärken und künstliche Hindernisse für die freie Entfaltung kreativer Unternehmungen beseitigen.

Unser neuer Programmentwurf stärkt den Staat nicht, wie die SPD es will. Der Programmentwurf stärkt den Markt und sorgt damit dafür, daß wir die kreativen Kräfte, die in unserem Volk vorhanden sind, viel besser zur Entfaltung kommen lassen.

Was auch in unserer Partei gelegentlich übersehen wird, ist: Wir schaffen die Bewältigung der großen Arbeitsmarktprobleme bei aller Notwendigkeit vorübergehender Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nur dann, wenn es uns gelingt, die kleinen und mittleren Betriebe, den vielfältigen Mittelstand in seiner Existenz zu stärken, seine Kreativität zu ermutigen, seine Kräfte zu entfalten.

Liebe Parteifreunde, neun von zehn Arbeitsplätzen, die seit 1984 in Westdeutschland neu entstanden sind, kommen aus kleinen und mittleren Betrieben. Ein neu gegründeter mittelständischer Betrieb schafft im Schnitt vier neue Arbeitsplätze. Wenn es uns gelingt, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine neue Existenzgründungswelle auslösen, dann schaffen wir damit mehr Arbeitsplätze als mit jedem staatlichen Programm.

Liebe Freunde, ich frage mich: Warum fördern wir in unserem Steuersystem eigentlich Beton mehr als Ideen? Es gibt Abschreibungsmöglichkeiten für den Bau, die sicher

notwendig sind. Aber wo sind die Steueranreize für Innovation und Forschung? Davon lebt unsere Wirtschaft. Daraus entstehen neue Arbeitsplätze.

(Vereinzelt Beifall)

Daraus kommt die Chance auf dem Weltmarkt, interessante Produkte zu haben und sie erfolgreich zu verkaufen.

Was tun wir eigentlich für die vielen kleinen Tüftler in mittelständischen Betrieben, an Universitäten und Fachhochschulen? Wir wissen doch, daß die Mehrzahl der Patente nicht aus den Großunternehmen kommt, sondern aus den kleinen Einheiten. Wir haben nicht nur politisches und wirtschaftliches Handeln, das zu sehr auf die Großen schaut, sondern auch immer noch eine weitverbreitete Mentalität, die die Subventionen für die Großen hinnimmt und vergißt, daß die Kreativität und die Erneuerung von den Hunderttausenden von kleinen und mittleren Betrieben mit Millionen von Arbeitsplätzen kommen. Auch darauf müssen wir setzen, wenn wir die Erneuerung der Marktwirtschaft ernst meinen.

Der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft hat kürzlich gesagt: In Zeiten knapper Kassen darf man alles tun, bloß nicht die Blutzufuhr zum Kopf abschneiden, sprich: die Investitionen für Forschung, Wissenschaft und Innovationen kürzen. Ich glaube, daran müssen wir uns gerade heute erinnern. Wir müssen klarmachen: Nur wenn wir die besten und modernsten, die kreativsten und intelligentesten Produkte der Welt anbieten, werden wir uns auch in Zukunft als Hochlohnland behaupten können. Dann werden wir beim Grand Prix der Weltmärkte auch dort, wo wir zurückgefallen sind, wieder an die Spitze zurückkehren.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, oft wird auch bei uns vergessen, daß Umwelttechnologien bereits heute einen der dynamischsten Wachstumsmärkte bilden. Die OECD rechnet mit einer Steigerung des Marktvolumens im Bereich der Umwelttechnologien um rund 50 % bis zum Jahr 2000. Das werden über 1,1 Millionen Arbeitsplätze sein.

In diesem Sektor sind wir in Deutschland in vielen Bereichen führend. Wir sollten diese Spitzenposition ausbauen. Wir sollten sie auch auf dem Arbeitsmarkt auf eine breitere Basis stellen.

Ich halte nichts von dem alten Denken, das Umweltschutz gegen Marktwirtschaft stellt. Die Antwort heißt: Umweltschutz mit marktwirtschaftlichen Mitteln lösen und nicht mit den Mitteln des Staates, der Bürokratie und der Auflagen. Vielmehr sind Anreize erforderlich, die die Kreativität mit Blick auf moderne Umweltlösungen ermöglichen.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, in dem Entwurf des neuen Parteiprogramms bekennen wir uns auch dazu, unselige und schädliche Verkrustungen im Wohlstandsland Deutschland abzubauen. Wir brauchen mehr Flexibilität im Denken und Handeln von Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften. Wir brauchen jetzt und nicht in ein paar Jahren eine Tarifpolitik, die nicht in erster Linie ausgerichtet ist auf die Sicherung des Bestands derer, die drin sind, sondern die sich mehr darauf konzentriert, daß mehr Leute die Chance bekommen, einen Arbeitsplatz zu erhalten.

(Beifall)

Die Tarifparteien haben eine große Verantwortung. Es wäre jetzt ein Signal für den Arbeitsmarkt, mehr Teilzeitarbeit zu ermöglichen. Es wäre jetzt ein Signal für den Arbeitsmarkt, mehr Flexibilität in den Tarifabschlüssen zu ermöglichen: für Regionen und Branchen, auch unter Berücksichtigung der schwierigen Lage einzelner Betriebe.

Das Rezept der Arbeitsmarktpolitik der 90er Jahre muß lauten: Alles Kreative, was Arbeitsplätze sichert und neue schafft, muß auch erlaubt sein. Gorbatschow hat in einem anderen Zusammenhang zu Recht gesagt: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Wenn das Kartell des alten Denkens in der Tarifpolitik weiter walten sollte, dann kommen wir zu spät. Wenn wir jetzt entsprechend dem Chemieabschluß etwas verändern, neue Strukturen aufbauen, mehr Flexibilität eröffnen, mehr Teilzeitarbeit ermöglichen, dann schaffen wir auch neue Arbeitsplätze. Diese Entscheidungen sind jetzt überfällig.

(Beifall)

Liebe Freunde, in einem weiteren Punkt ist dieser Programmentwurf ebenfalls ganz klar: Wir wollen den Staatsanteil reduzieren. Wir wollen mit aller Kraft Privatisierung auch dort durchsetzen, wo wir bisher nicht genügend vorangekommen sind. Das gilt für alle Ebenen, den Bund, die Länder und die Gemeinden.

Aber auch in einem anderen Punkt ist der Programmentwurf ganz klar: Wir wollen nicht alle wirtschaftlichen Probleme mit mehr Steuern und Abgaben lösen. Wenn man sich den Katalog der SPD ansieht, stellt man fest, daß die SPD eine neue Umweltsteuer, eine neue Energiesteuer, eine höhere Mehrwertsteuer, eine höhere Vermögensteuer, eine neue Erbschaftsteuer fordert. Und Scharping fügt hinzu: Jeder, der über 2 000 DM Steuern zahlt, gehört zu den sogenannten Besserverdienenden und soll zusätzlich geschöpft werden.

Ich will ganz klar sagen: Wenn wir diesen Programmentwurf heute verabschieden, dann wird sich jeder in unserem Kreise, dem zur Lösung der Probleme nur eine neue Steuer oder eine neue Abgabe einfallen sollte, nicht mehr entsprechend dem Programm der CDU Deutschlands verhalten. Auch wir müssen Schluß damit machen, ständig neue Belastungen zu erfinden. Wir müssen die Menschen in ihrer Gestaltungsfreiheit ermutigen, in ihrem Willen, aus den Schwierigkeiten unserer wirtschaftlichen Lage herauszukommen.

(Beifall)

Zusammengefaßt, liebe Parteifreunde: Dieser Entwurf für eine Ökologische und Soziale Marktwirtschaft enthält eine klare Handschrift für mehr Markt, für weniger Staat, für das Wahrnehmen der ökologischen Verantwortung, auch für eine soziale Verantwortung, für die die Volkspartei CDU immer gestanden hat. Aber eine soziale Verantwortung nach dem Motto: Es kann nur verteilt werden, was vorher erwirtschaftet worden ist. Wenn wir uns an dieses Konzept halten, dann werden wir verlorengegangene Kompetenz zurückgewinnen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Wir bedanken uns bei Matthias Wissmann für seine Einleitung.

Meine Damen und Herren, da wir jetzt über das Kapitel Marktwirtschaft reden, das nicht nur etwas mit Ökologie, sondern auch mit Ökonomie zu tun hat, bitte ich um Nachsicht, wenn ich versuche, in diesem Sinne die Verhandlungen zu führen. Ich habe

die große Bitte - weil das ökonomisch ist -, daß das, was hier schon gesagt worden ist, nicht durch weitere Beiträge wiederholt wird

(Beifall)

und daß sich diejenigen, die sich jetzt zu Wort gemeldet haben, wirklich auf die vorgesehene Zeit von drei bis fünf Minuten konzentrieren. Das garantiert, daß wir noch vor Mitternacht mit dem Gesamtprogramm fertig werden.

Wir verzichten auf eine allgemeine Aussprache. Ich möchte die Redner im übrigen daran erinnern, daß wir über die aktuelle Wirtschaftspolitik im Rahmen des gestern verabschiedeten Programmes diskutiert haben. Diese Beiträge brauchen nicht wiederholt zu werden. Hier geht es ausschließlich um das Grundsatzprogramm.

(Beifall)

In diesem Sinne rufe ich die Anträge auf, die nur redaktioneller Art sind. Hierbei geht es also nicht um den Begriff Ökologische und Soziale Marktwirtschaft. Es handelt sich um die Anträge C 17, C 23 bis C 25 und C 29. Ich gehe davon aus, daß wir darüber nicht diskutieren müssen. - Ich sehe keine Wortmeldung.

Ich komme zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - So angenommen.

Ich rufe jetzt die Anträge C 1 bis C 16, C 18 bis C 22, C 26 bis C 28 und C 30 bis C 32 auf. In diesen Anträgen wird die Formulierung Ökologische und Soziale Marktwirtschaft aufgenommen, die in der Überschrift dieses Kapitels verwandt wird.

Meine Damen und Herren, hierzu liegen bisher sechs Wortmeldungen vor. Ich gehe davon aus, daß damit die Bandbreite der Meinungen abgedeckt ist und wir nach Abwicklung dieser Wortmeldungen abstimmen können. - Als erster hat das Wort Herr Kollege Murmann.

Dr. Dieter Murmann: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In meinem Verständnis gehört es zu den Vorzügen unserer Volkspartei CDU, daß wir auch Gemeinsamkeiten haben. Wenn ich jetzt den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft verteidige, so steht der Wirtschaftsrat Seite an Seite mit den Sozialausschüssen. Gerade weil Begriffe auch Identitäten beschreiben, spreche ich mich gegen die Erweiterung dieses Begriffs aus, so wie sie soeben von Herrn Wissmann befürwortet wurde.

(Beifall)

Soziale Marktwirtschaft, meine Damen und Herren, ist seit Ludwig Ehrhard das hart erstrittene Gütesiegel der CDU. Sie ist gegen den Widerstand der Sozialdemokraten durchgesetzt worden -

(Beifall)

zunächst gegen den Begriff, aber schließlich auch gegen die Ordnungsvorstellung, die mit diesem Begriff verbunden ist.

Soziale Marktwirtschaft, liebe Parteifreunde, ist auch mehr als Marktwirtschaft plus Sozialpolitik. Sie bedeutet die Versöhnung des Marktes mit unseren Erwartungen von sozialer Gerechtigkeit und Solidarität, und Soziale Marktwirtschaft schafft einen Ausgleich zwischen Markt, Macht und Wettbewerb. Mir scheint die Erweiterung des

Begriffes Soziale Marktwirtschaft - auch wenn sich einige von Ihnen dafür ausgesprochen haben oder aussprechen werden - eine falsche Anpassung an den Zeitgeist zu sein.

(Beifall)

Wir alle wollen ja, meine Damen und Herren, da sind wir uns einig, den Umweltschutz mit marktwirtschaftlichen Mitteln erreichen und weiter verbessern.

(Beifall)

Wir wollen das ja auch nicht nur, sondern wir tun das; denn die CDU hat kein Defizit im Umweltschutz. Herr Töpfer ist Vorreiter. Die Bundesrepublik Deutschland ist durch ihn und durch uns Vorreiter in Europa. Wer gestern den Chef von Siemens, Herrn von Pierer, mit seinem Appell gehört hat, daß wir zu einem Gleichschritt in Europa kommen, der hat damit de facto auch die Botschaft gehört, daß wir uns nicht genieren müssen gegenüber anderen Forderungen, die uns noch mehr Umweltschutz verordnen wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer das Grundgesetz kennt, weiß, daß die Soziale Marktwirtschaft in diesem Grundgesetz nicht verankert war. Erstmals ist sie im deutsch-deutschen Vertrag sozusagen eine völkerrechtliche Bestimmung unseres gemeinsamen Verständnisses geworden, d.h. des Verständnisses von Bürgern in den neuen Bundesländern und in den alten Bundesländern.

Diejenigen von Ihnen, die im Europaparlament arbeiten, wissen, daß der Begriff Soziale Marktwirtschaft den Ordnungswillen Europas entscheidend bestimmt hat, und das gilt auch für die Verträge von Maastricht.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer etwas vom Marketing weiß, der weiß auch, daß man einen Markenartikel nicht ohne weiteres aufgibt, auch wenn sich die Inhalte und die Aufgaben ständig verändern. Auch diesen Veränderungen stellt sich unsere Partei - viel fortschrittlicher als die meisten unserer Gegner.

Wenn ich daran erinnere, daß wir mit dem Begriff Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft 1982 und 1983 die Bundestagswahlen gewonnen haben, so kann ich nur sagen: Geht auch 1994 mit diesem Begriff in die Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächste spricht Frau Tamara Zieschang.

Tamara Zieschang: Herr Tagungspräsident! Sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Ich möchte Sie nachdrücklich darum bitten, den vielen Änderungsanträgen zu folgen, die sich für die Beibehaltung des Begriffs der Sozialen Marktwirtschaft im Grundsatzprogramm -

(Beifall)

also gegen die neue Formulierung von der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft aussprechen. Der Entwurf gibt einen bewährten Begriff, die Soziale Marktwirtschaft, zugunsten einer zeitgeistorientierten, aber inhaltlich völlig unscharfen Formulierung auf.

(Beifall)

Die Erläuterung des Begriffs Ökologische und Soziale Marktwirtschaft ist nicht Gegenstand der Kritik. Es ist völlig unstrittig, daß wir die ökologische Herausforderung annehmen und bewältigen müssen. Auch der RCDS tritt nachdrücklich dafür ein, daß die Kräfte und Steuerungsmechanismen der Marktwirtschaft in der Umweltpolitik Eingang finden. Es ist aber nicht nachzuvollziehen, daß für diese Politik ein neuer Begriff eingeführt werden muß.

(Beifall)

Es kann nicht übersehen werden, daß der Begriff Ökologische und Soziale Marktwirtschaft im öffentlichen Bewußtsein anders als der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft nicht mit einem eindeutigen ordnungspolitischen Konzept, sondern mit einem Sammelsurium von Ideen, von widersprüchlichen Ideen, Erwartungen und Hoffnungen verbunden ist. Die CDU - seit Ludwig Ehrhard die Partei der Sozialen Marktwirtschaft - gibt auf diese Weise ein Stück Identität auf, ohne dafür eine ähnliche unverwechselbare Prägung zu erhalten.

(Beifall)

Schlimmer noch: Es wird der Eindruck erweckt, als würde es sich um ein fundamentales Mißverständnis der Sozialen Marktwirtschaft handeln. Sozial steht in dem Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft nicht für sozialpolitisch korrigierte Marktwirtschaft, sondern vielmehr für gesellschaftlich geordnete Marktwirtschaft. Das heißt - wie auch gerade schon Dr. Murmann sagte -: Soziale Marktwirtschaft bedeutet nicht Marktwirtschaft plus Sozialpolitik. Soziale Marktwirtschaft in diesem Sinne ist eine an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientierte Gesellschaftsordnung, in der dem Staat die Aufgabe zukommt, die für die Marktwirtschaft essentiellen Rahmenbedingungen zu gewährleisten.

Die neue Begriffsbildung ist deshalb überflüssig, falsch und politisch gefährlich.

(Beifall)

Sie ist etwa so sinnvoll, als wenn man aus ähnlichen Beweggründen die Christlich Demokratische Union in Ökologisch und Christlich Demokratische Union umbenennen würde.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Kommen Sie bitte zum Schluß.

Tamara Zieschang: Ich bin gleich am Schluß. Ich will aber noch einmal einen ganz kurzen Blick zu unseren österreichischen Partnern werfen, zur ÖVP, die nämlich schon vor Jahren geglaubt haben, mit dem Schlagwort Ökosoziale Marktwirtschaft sei die Zukunft zu gewinnen. Inzwischen unterhält sich in der ÖVP keiner mehr über die Ökosoziale Marktwirtschaft, sondern man denkt darüber nach, wie man bei den nächsten Wahlen nicht unter die 30 %-Hürde fällt. So hatte ich eigentlich gestern den Bundeskanzler nicht verstanden, als er den Wahlkampf eröffnete.

(Beifall)

Schärfen wir also gemeinsam das Profil der CDU - gerade in einem Superwahljahr -, und bleiben wir bei dem Begriff der Sozialen Marktwirtschaft. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster spricht Herr Rachel.

Thomas Rachel: Liebe Parteifreunde! Worum geht es eigentlich bei dem Streit? Wir haben in Nordrhein-Westfalen intensiv über die beiden Begriffe diskutiert, und mein Eindruck ist, daß gerade die Arbeitnehmerbewegung in unserer Partei die Sorge hat, daß bei dem Verändern des Begriffs Soziale Marktwirtschaft, indem ein weiterer Begriffsteil hinzukommt, der Anteil des Sozialen ein Stück in den Hintergrund gerückt werden kann oder könnte. Aber, ich meine, wir dürfen bei der Diskussion um diese Begrifflichkeit nicht in alten Denkstrukturen verhaften. Letztlich kann es doch nicht darum gehen, daß wir die Fragen der sozialen Sicherheit gegen den Umweltschutz ausspielen.

(Beifall)

Was nutzt ein Arbeitsplatz, wenn gleichzeitig Wälder und Seen zerstört würden? Was nützt es auf der anderen Seite, wenn wir unberührte Felder und Wiesen haben, die Menschen aber nicht ihr Brot verdienen können und eine Selbstbestätigung im Beruf finden? Beides gehört zusammen. Aber, das Grundsatzprogramm von 1994 kann nicht das gleiche von 1978 sein; denn wir wollen mit einem eigenen Programmteil dem Schutz der Schöpfung ein besonderes Gewicht verleihen. Wir brauchen ein neues Denken, und das heißt: Soziale Marktwirtschaft und Schutz der Umwelt und Schutz unserer Schöpfung müssen zusammengehören.

(Beifall)

Ich möchte deshalb für den Antrag des Kreisverbandes Düren plädieren. Er lautet, die Begrifflichkeit wie folgt zu formulieren: Wir wollen eine Soziale Marktwirtschaft - damit bleibt der alte Begriff mit dem großen „S“ erhalten -, und zwar in ökologischer Verantwortung. So wird beidem gerecht, aber der Begriff, der unser Markenzeichen in der Welt ist, wird nicht verwässert. - Danke schön.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich bitte Frau Thoben, hier an das Pult zu kommen. Wir haben jetzt allein inzwischen zu dieser Thematik - nur zur Überschrift - acht Wortmeldungen.

Ich hoffe, Sie sind damit einverstanden, daß dann, wenn diese Damen und Herren geredet haben, wir die Rednerliste schließen?

Christa Thoben: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was hier bisher an Argumenten für das Beibehalten des Begriffs vorgetragen worden ist, ist gut und richtig. Der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ soll nicht aufgegeben werden, vielmehr plädieren wir dafür, ihn zu ergänzen. Das Ergebnis wäre „Ökologische und Soziale Marktwirtschaft“.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist kein Zugeständnis an den Zeitgeist, wie es manche diskreditieren möchten, sondern es geht um die Frage, ob wir Inhalte, die in diesem Kapitel stehen, tatsächlich wollen oder ob sich hinter dem begrifflichen Streit inhaltliche Auseinandersetzungen verbergen. Dann müßten wir über diese reden.

(Vereinzelt Beifall)

Ich darf aus dem Jahr 1955 Müller-Armack zitieren. Nach zehn Jahren Sozialer Marktwirtschaft hat er damals vorgetragen:

Nach der Erprobung eines Jahrzehnts sollten wir uns nicht mit unbestreitbaren Erfolgen zufriedengeben, sondern die Soziale Marktwirtschaft mit neuen Ansätzen in eine neue zweite Phase hinüberführen.

Meine Damen und Herren, wir reden jetzt über diese Phase, über sehr viel neue Wege und Inhalte.

Ist es denn nicht so, daß wir wissen, daß die Marktwirtschaft, auch die Soziale Marktwirtschaft, unter Dauerverdacht des politischen Gegners steht, sie sei schuld, zumindest mit schuld, an unzureichender Bewältigung von Umweltproblemen? Wie gewinnen wir diese Auseinandersetzung, wenn wir das Feld nicht auch begrifflich besetzen?

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen ehrgeizige marktwirtschaftliche Lösungen für Umweltprobleme. Wenn man das auch begrifflich ausdrückt, ist das für die politische Auseinandersetzung kein Nachteil, sondern ein ausgesprochen wesentlicher Vorteil.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist doch auffällig, daß Wirtschaftsrat und Sozialausschüsse beide darüber reden wollen, daß sie diesen Begriff nicht wollen, aber nicht klarmachen, daß es ganz, ganz unterschiedliche Motive sind, aus denen heraus sie das nicht wollen. Nun reden wir doch einmal darüber, was denn für die jeweilige Gruppe bei dieser begrifflichen Position ausschlaggebend ist. Die einen befürchten, daß sich, wenn man den Begriff „ökologisch“ mit in den Begriff aufnimmt, daraus aus der Sicht der Wirtschaft immer neue Umweltaforderungen ableiten ließen; dem wolle man durch Festhalten am alten Begriff vorbeugen. Das ist ein Kern der Debatte. Die anderen, die Sozialausschüsse, argumentieren aus einer anderen Ecke heraus, nämlich - ich kenne auch diese Position, Herr Vogt -, daß es dann eine Konkurrenz zwischen Ansprüchen als sozialen Gründen an etwas, was entsteht und produziert wird, und Ansprüchen aus ökologischen Bedürfnissen gibt.

Meine Damen und Herren, ich hätte es deshalb begrüßt, wir hätten zunächst die Inhalte dieses Kapitels verabschiedet und beschlossen und danach gefragt: Ist denn der eine Begriff der bessere für das, was wir jetzt beschlossen haben, als der andere? So wird ein Stück der inhaltlichen Debatte in die Begrifflichkeit verlagert.

Mit meinen Vorstellungen befinde ich mich in ausgesprochen guter Gesellschaft. Frau Zieschang, wenn Sie vortragen, mit Sozialer Marktwirtschaft sei ursprünglich nicht der Begriff „sozial“ im heutigen Verständnis gemeint, sondern eher „gesellschaftlich geordnet“: Glauben Sie, daß diese - das will ich gar nicht anzweifeln - möglicherweise richtige Feststellung Ihrerseits in der politischen Auseinandersetzung mit Leuten, die marktwirtschaftliche Lösungen unter Dauerverdacht stellen, wirklich hilft? Wir brauchen für die politische Auseinandersetzung auch Begriffe, die das mit einfangen, was wir wollen.

Ich befinde mich in guter Gesellschaft. Ich nenne den Bundesverband Junger Unternehmer, ich nenne einen unverdächtigen Kreis, den Kronenberger Kreis, einen Kreis ausgesprochen liberaler Ökonomen, die sich dafür einsetzen, uns mit einem anderen Wirtschaften nicht nur vertraut zu machen, sondern dafür zu gewinnen. Ich plädiere

deshalb nachdrücklich dafür, daß wir den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ in den Begriff „Ökologische und Soziale Marktwirtschaft“ erweitern. - Danke schön.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster Wolfgang Vogt.

Wolfgang Vogt: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Thoben, ich glaube, daß es nicht dem Niveau dieses Parteitags entspricht, wenn Sie in dieser Frage den Versuch unternehmen, zwei Partner, die zu dieser Volkspartei gehören und sachlich übereinstimmen, gegeneinander auszuspielen.

(Beifall)

Der Vorschlag des Bundesvorstands, „Soziale Marktwirtschaft“ in „Ökologische und Soziale Marktwirtschaft“ umzubenennen, mag gut gemeint sein, aber er ist nicht gut gedacht.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind jetzt im 45. Jahr, nachdem wir in die Soziale Marktwirtschaft gestartet sind. Wer die Soziale Marktwirtschaft nach 45 Jahren jetzt umbenennen will, erweckt den Eindruck, die CDU habe das Ökologische, die Bewahrung der Schöpfung, bisher übersehen. Das stimmt weder aus der Praxis, noch stimmt das gedanklich.

(Beifall)

Ich habe mich in den letzten Wochen gefragt, was denn einer der Väter der Sozialen Marktwirtschaft, nämlich Müller-Armack, denken würde, wenn er diese Debatte miterlebte. Ich sage, er würde von unserem Tun nichts halten, und zwar, Frau Thoben, deshalb: Mit Alfred Müller-Armack haben wir - ich hoffe, jetzt sagen zu können: wir Christdemokraten - das Soziale immer als eine anthropologische Kategorie verstanden, als Bezug auf den Menschen. Die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen, die Wirtschaft hat Maß am Menschen, an der Person zu nehmen. Die Güter dieser Erde haben allen Menschen zugute zu kommen. Deshalb ist Soziale Marktwirtschaft eben eine Werteordnung. Wenn wir da von den Menschen sprechen, an denen Maß genommen werden muß, dann meinen wir mit Müller-Armack eben nicht nur die Menschen, die heute leben, sondern auch die Menschen, die nach uns leben werden; auch für sie tragen wir die Verantwortung.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb gehört zum Sozialen von Anfang an, anthropologisch begründet, auch die Bewahrung der Schöpfung.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb ist der Vorschlag überflüssig. Er ist schädlich. In diesen Tagen und Wochen hat die Soziale Marktwirtschaft einen Siegeszug durch die Welt angetreten. In diesem Moment wollen wir dieses Markenzeichen abgeben? Ich frage, wo da der politische Sinn liegt. Bernhard Vogel hat gefordert, wir sollten Profil haben. Jawohl, durch die Soziale Marktwirtschaft haben wir Profil, und dabei soll es bleiben.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster kommt Axel Rodert, NRW.

Axel Rodert: Herr Präsident! Ich spreche für den Kreisverband Köln, Antrag C 21, nämlich die Überschrift zu ersetzen und das Wort „ökologisch“ zu streichen. Das hört sich so an, als wenn wir hier ein Programm verkünden wollen. Nein, wir wollen ein bewährtes Programm behalten.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben uns ganz bewußt nur an die Überschrift gehalten, weil wir mit den Überlegungen des Bundesvorstands und der Antragskommission im wesentlichen übereinstimmen.

Liebe Frau Thoben, auch ich spreche hier als jemand, der aus Köln kommt und der Herrn Müller-Armack erlebt hat. Ich glaube nicht, daß wir die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft in dieser Form erweitern können. Herr Wissmann, Ihre Worte sind verräterisch, wenn Sie sagen, daß wir eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft brauchen.

(Beifall)

Herr Wissmann, wir brauchen keine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, sondern in vielen Fällen die Durchführung der Sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall)

Herr Wissmann, Sie meinen, wir wollten weg von dem Bild, daß die Ökologie, der Schutz der Schöpfung durch staatliche Maßnahmen zu gewährleisten sei. Für uns sind jedes ökologische Denken und der Schutz der Schöpfung ein Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft. Wenn das draußen nicht klar wird, müssen wir es draußen deutlicher machen.

(Beifall)

Ich bin, wie einige von Ihnen wissen, Jurist und übe diesen Beruf auch gerne aus. Es ist bedauerlich - um noch einmal auf das zurückzukommen, was Herr Murmann eben sagte -, daß manchmal auf die Leute, die mit Marketing etwas zu tun haben, nicht gehört wird. Herr Wissmann, in Ihrem Bereich gab es zwei Schokoladenfabriken. Was davon übriggeblieben ist, war das Markenzeichen Waldbaur und Eszet. Das hat der Kölner Schokoladenfabrikant aus der Konkursmasse übernommen, sonst nichts. Volkswagen hat versucht, VAG durchzusetzen. Was blieb? VW! Coca-Cola hat versucht, Coke durchzusetzen. Was blieb? Coca-Cola! Die CDU muß an ihrem Begriff Soziale Marktwirtschaft festhalten. Darum bitte ich Sie.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Kurt-Dieter Grill das Wort.

Kurt-Dieter Grill: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist sicherlich in dieser Stimmung nicht ganz einfach, deutlich zu machen, daß wir, die wir für den Begriff Ökologische und Soziale Marktwirtschaft eintreten, der CDU nichts wegnehmen wollen, ihr nichts stehlen wollen. Wir wollen vielmehr - ich will hier einige Argumente aufnehmen - das, was wir tun, auch im Titel unserer Politik deutlich werden lassen.

Ich wehre mich ganz heftig dagegen, daß hier an dieser Stelle der Eindruck erweckt wird, wir redeten über den Zeitgeist. Wer heute, in dieser Zeit nach Rio und den Erklärungen des Bundeskanzlers noch davon redet, daß die globale ökologische Dimension eine Frage des Zeitgeistes sei, hat nach meiner Auffassung noch nicht

begriffen, daß wir nicht nur über Ökologie, sondern auch über die Frage reden, wie wir ökonomisch in einer Umwelt überleben, die uns Wirtschaften noch gestattet.

(Beifall)

Ich denke, daß die Kollegin Thoben nur deutlich machen wollte, warum unterschiedliche Ansätze, unterschiedliche Motive zu einer Ablehnung führen. Daran kann ich - im Gegensatz zu der Rede von Frau Zieschang - nichts Unehrenwertes entdecken. Meine Damen und Herren, Herr Kollege Vogt, Müller-Armack heute zu zitieren, heißt doch auch, ins Bewußtsein zu rufen, daß Müller-Armack in seinen Schriften die Bewältigung der Umweltprobleme viel früher angesprochen hat, als die CDU es sich getraut hat - das war in den 70er Jahren -, Umweltpolitik auch in ihre Programmatik aufzunehmen.

(Beifall)

Wir wollen auch einmal über einiges reden, was in diesem Zusammenhang genannt werden müßte. Ich denke beispielsweise daran, daß es Umweltpolitiker gegeben hat, die die CDU verlassen haben.

Ein Teil der ökologischen Bewegung ist nicht vom Sozialismus geprägt, sondern von zutiefst konservativen Wertvorstellungen, die wir auch in die Partei zurückholen können, wenn wir es denn richtig anfangen.

(Beifall)

Ein Drittes: Ich denke, daß es schon interessant ist, daß wir über die Inhalte dessen, was in diesen Anträgen steht, wie die Soziale Marktwirtschaft mit ihrem ökologischen Gesicht gestaltet werden soll, überhaupt keinen Streit haben. Wenn wir aber keinen inhaltlichen Streit haben, frage ich mich, warum wir nicht eine entsprechende Überschrift wählen und sagen: Wir haben eine Soziale Marktwirtschaft, deren ökologischer Teil von uns vollends getragen wird, also eine Ökologische und Soziale Marktwirtschaft.

(Beifall)

Lassen Sie mich am Schluß noch einmal auf den Zeitgeist zurückkommen. Ich denke, wer in dieser Zeit nach der deutschen Wiedervereinigung noch davon redet, daß Ökologie ein Sammelsurium und nicht im Sinne einer Herausforderung zu verstehen sei, der muß sich einmal den Unterschied zwischen den westdeutschen und den ostdeutschen Ländern vor Augen führen. Dann wird er begreifen, daß die nicht rechtzeitige Berücksichtigung der ökologischen Herausforderung nicht nur eine Zerstörung der Umwelt, sondern auch eine langfristige Gefährdung unserer ökonomischen Basis bedeutet. Auf dieser Grundlage sollten wir uns für die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft entscheiden.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Minister Töpfer das Wort.

Prof. Dr. Klaus Töpfer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist wirklich sehr genau zu überlegen, ob man einen Markenbegriff ändert. Wer will das bestreiten?

(Zustimmung)

Wer dieses leichtfertig tut, setzt sich leicht dem Vorwurf aus, daß er dem Zeitgeist gefolgt ist. Keiner kann das wollen.

Richtig ist sicherlich auch: Die Soziale Marktwirtschaft ist nie nur eine Wirtschaftsordnung gewesen. Dann hätte sie nicht diesen Erfolg gehabt. Sie ist immer ein Gesellschaftsmodell gewesen, auf das wir hingearbeitet haben und das wir zum Erfolg gebracht haben. Niemand wird das auch nur im entferntesten in Frage stellen.

Ja, es ist richtig: Diese Soziale Marktwirtschaft hat die Welt verändert, bis zu dem Punkt, an dem wir die Koordinaten dieser Welt völlig neu ziehen können. Diese Welt ist glücklicherweise nicht mehr zweigeteilt nach den Ideologien der Freiheit und der Unfreiheit, der Sozialen Marktwirtschaft und der zentralen Planwirtschaft. In diesem Kalten Krieg von Systemen und von Wirtschaftsordnungen, die daraus abgeleitet wurden, haben wir gewonnen.

Was aber steht vor uns? Die Frage ist doch nicht, ob wir eine richtige Ordnung für das schaffen, was geleistet worden ist. Es geht vielmehr darum, was zu leisten ist.

(Beifall)

Ich will einmal Revue passieren lassen, was wir in Rio de Janeiro erlebt haben, als wir den Begriff der nachhaltigen Entwicklung, einer Entwicklung, die mit den Rahmengrößen der Natur in Einklang steht, weltweit zum Handlungsauftrag gemacht haben. Wir waren ganz nah an dem Punkt - und wir sind es heute noch -, daß wir, aus dem einen Kalten Krieg mit dieser großartigen Bestätigung freiheitlicher Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft herausgekommen, eventuell am Anfang eines neuen Kalten Krieges stehen, diesmal eines Kalten Krieges zwischen Nord und Süd, zwischen Arm und Reich. Von denen aus dem Süden wurde uns gesagt: Ihr habt eigentlich auf unsere Kosten gelebt, und ihr tut dies heute noch. Ihr lebt auf unsere Kosten, weil ihr Auswirkungen auf die Umwelt auf uns abwälzt. - Deswegen ist es so wichtig, daß wir mehr tun, als nur darüber nachzudenken - so wichtig das auch ist -: Was ist denn dieses Signal nach innen, in die Bundesrepublik Deutschland? So wie Ludwig Erhard mit der Sozialen Marktwirtschaft die Sprengkraft zur Überwindung des totalitaristischen kommunistischen Systems vermittelt hat, so sollten wir mit einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft einen Exportartikel schaffen, der die Diskrepanzen zwischen Nord und Süd überwindet und eine nachhaltige Entwicklung möglich macht. Das bedeutet eine Chance für dieses Land, eine Chance für diese Partei, nicht nur im Erfolg zu verbleiben, sondern auch die Voraussetzungen für kommende Erfolge zu schaffen.

(Beifall)

Das ist eine Perspektive.

Viele haben heute von Visionen gesprochen, Frau Zieschang. Es war auch von Utopien die Rede. Lassen Sie uns ein Stück neue Vision schaffen, wie es Ludwig Erhard einmal gewagt hat, als er dem Zeitgeist widerstanden und Soziale Marktwirtschaft betrieben hat. Lassen wir die Perspektive der Zukunft sich auch im Begriff unserer Zukunft, unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung niederschlagen. - Ich danke Ihnen sehr herzlich.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster spricht Erich Fritz.

Erich G. Fritz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Diese Diskussion ist mehr als der Streit um Begriffe. Soziale Marktwirtschaft, das Erfolgsrezept der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts, ist nicht ausreichend für das, was bei

der Bewältigung der ökologischen Seite vor uns steht. Es geht darum, das Bild für das 21. Jahrhundert zu prägen.

(Beifall)

So wie es unter Ludwig Erhard gelungen ist, zwei an und für sich gegensätzliche Elemente - das soziale und das ökonomische - in einem Modell der Gesellschaft zu integrieren, das beidem gerecht wurde und der Schlüssel für den Erfolg dieser Bundesrepublik war, so muß jetzt die große Herausforderung der nächsten Jahrzehnte in dieses System eingebaut werden. Deshalb müssen die drei Komponenten Ökonomie, Soziales und Ökologie in diesem Begriff zusammengefaßt werden; es geht um den Inhalt: Ökologische und Soziale Marktwirtschaft.

(Beifall)

Das ist ein Signal für eine Veränderung auch dessen, was wir bisher Umweltpolitik nennen.

Es ist mit Recht gesagt worden, daß das, was Klaus Töpfer macht, natürlich ein enormer Schritt nach vorne war und der Bedeutung des Themas gerecht wurde. Wir müssen aber dennoch aufpassen, daß aus dem, was wir tun - nämlich jedem einzelnen Stoff hinterherzujagen, jeder Angst um eine Umweltgefährdung zu begegnen, den Schadstoff der Woche durch Vorschriften, Verordnungen, Erlasse, Gesetze zu regeln -, in Wirklichkeit nicht eine Genehmigungswirtschaft, eine Umweltbürokratie entwickeln.

Jetzt kommt es darauf an, durch eine Ökologische und Soziale Marktwirtschaft die Ökologie in die Wirtschaft einzubauen und auch Umweltschutz mit marktwirtschaftlichen Instrumenten zu betreiben.

(Beifall)

Das ist der eigentliche Ansatzpunkt. Es geht nicht darum, daß Soziale Marktwirtschaft auf der einen Seite steht und Umweltpolitik auf der anderen Seite durch Verordnungen da hinein regiert. Das ist genau das, was alle Vertreter der marktwirtschaftlichen Ansätze in den letzten Jahren beklagt haben. Deshalb müssen wir es jetzt schaffen, diese Elemente zusammenzubauen. Deshalb müssen wir den neuen Begriff als Formel für diesen Inhalt wählen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster spricht Christian Wulff, Ministerpräsident für Niedersachsen.

(Beifall)

Christian Wulff: *Meine Damen und Herren! Liebe Freunde!* Ich bin ein klein wenig über diese Diskussion mit sehr guten Argumenten irritiert, wobei wir niemanden hinsichtlich des Argumentes des Zeitgeistes diffamieren sollten.

Wenn ich die vergangenen Tagungen der Grundsatzprogramm-Kommission sehe und den Beifall aus den neuen und aus den alten Ländern und den Beifall derer, die beteiligt waren, für diesen Begriff höre, wenn ich sehe, wie viele Jugendverbände Initiativen aus dem Bereich der Kirchen diese Neuorientierung der CDU auf einen höheren Stellenwert der Ökologie begrüßt haben, dann irritiert mich doch diese

Starrheit, um nicht zu sagen: Sturheit des einen oder anderen, der sagt: Nur weil vor Jahrzehnten etwas kreierte wurde, darf es nicht ergänzt werden.

(Beifall - Vereinzelt Pfiffe)

Meine Damen und Herren, Ludwig Erhard, Müller-Armack und andere haben Kreativität und Innovationsfähigkeit bewiesen. Sie haben der Union aus Kapitalismus und Sozialismus mit der Sozialen Marktwirtschaft einen Weg aufgezeigt, den wir mit diesem Terminus, an dem wir hängen, „Ökologische und Soziale Marktwirtschaft“, ergänzen wollen. Wir bleiben bei dem Begriff der Sozialen Marktwirtschaft. Wir fügen aber die ökologischen Gesichtspunkte hinzu, weil wir wissen, daß wir mit nachsorgender Umweltschutzpolitik allein nicht ins nächste Jahrtausend gehen können, sondern wir müssen die Umweltbelastungen des Wirtschaftens bereits in den Produktionsprozeß mit einbeziehen, weil unsere Ressourcen endlich sind, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Unser Bekenntnis zur Marktwirtschaft ist nicht durch das Bekenntnis zur sozialen Gerechtigkeit geschmälert worden. Unser Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft wird in keiner Form geschmälert, wenn wir uns auch zur Ökologie bekennen und die Ökologie in das Wirtschaften mit einbeziehen.

Wir beschließen hier heute ein Grundsatzprogramm unter dem Titel „Freiheit und Verantwortung“. Die Ökologische Soziale Marktwirtschaft ist eben ein umfassendes Verständnis von Verantwortung; sie nimmt Rücksicht darauf, daß Ressourcenverbrauch die Umwelt nicht ruinieren darf, sondern beim Wirtschaften berücksichtigt werden muß.

Eine Partei mit dem „C“ im Namen muß die Bewahrung der Schöpfung ebenso einbeziehen wie die Gedankengüter derer, die die Union programmatisch vorgebracht haben.

Warum machen wir ein neues Grundsatzprogramm? Wir machen es deshalb, weil wir Konsequenzen ziehen aus dem Prozeß der deutschen Einheit, weil wir Konsequenzen ziehen aus einer Individualisierung unserer Gesellschaft und weil wir Konsequenzen daraus ziehen, daß die 6000 Millionen Menschen unserer Erde nicht überleben könnten, wenn sie so wirtschaften würden wie wir, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Es ist eine unbestreitbare Wahrheit, daß wir anders leben müssen, damit diese Welt überleben kann, und daß wir darüber nachdenken müssen, wie wir unser Leben und unser Wirtschaften so organisieren, damit diese Erde, diese zusammenwachsende Welt eine Zukunft hat. Das soll durch den Begriff, durch die Ergänzung der „Ökologie“ hier erreicht werden. Das wird nichts daran ändern, daß wir uns auch weiterhin zur Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards bekennen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster Redner folgt Jürgen Doss für die Mittelstandsvereinigung.

Hansjürgen Doss: Meine Damen, meine Herren! Wenn es einer Begründung für unseren Antrag, daß wir die bewährte Soziale Marktwirtschaft als Markenzeichen der Union erhalten wollen, bedurft hätte, dann ist es diese Diskussion.

(Beifall)

Wir sind hier nicht in der Lage zu erläutern, was damit eigentlich gewollt wird. Auch ich möchte, daß durch die Soziale Marktwirtschaft mehr Ökologie bei uns Platz greift - mit Leidenschaft, das unterschreibe ich sofort. Das ist unsere Chance und unsere Möglichkeit.

Aber wie würde denn ein Mensch von einem bewährten Begriff, der ein Markenzeichen der Union ist, ohne Not abrücken, meine Damen und Herren, der das Gegenteil - so sagt man bei uns, in meiner Region - von gut ist? Das war wirklich nur gut gemeint.

(Beifall)

Matthias Wissmann hat eine beeindruckende Rede gehalten. Der Inhalt dieses Papiers ist vorzüglich. Ich sage das, damit das nicht untergeht. Ich bin mit Frau Thoben der Auffassung, daß es bedauerlich ist, daß wir jetzt über diese Begriffe streiten, ohne daß wir dabei in die Sachdiskussion, die uns weiterführt, eintreten. Das ist aber nicht die Schuld derer, die hier warnen, sondern das ist die Schuld derer, die mit einer bestimmten Instinktilosigkeit diesen Zusatz zu dem Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ vorschlagen. Das ist doch ein Zungenbrecher. Der Maßstab unseres Tuns vor Ort ist doch, was unser Mitbürger von dem versteht, was wir ihm vortragen.

Ich meine, meine sehr verehrten Damen und Herren: Sagen wir klar, was wir wollen. Wir wollen mehr Ökologie durch die Soziale Marktwirtschaft. Soziales Verhalten bedeutet, auch auf die Umwelt zu achten. Das wollen wir als Markenzeichen der Union erhalten wissen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich höre gerade, daß man darüber diskutiert, daß nach Herrn Schwarz-Schilling noch drei weitere Wortmeldungen aufgenommen worden sind. Ich habe vorhin nicht darüber abstimmen lassen, sondern ich habe gesagt, daß wir das dann möglichst als Wortmeldung ansehen wollen, so daß ich erst dann einen formalen Beschluß herbeiführen müßte.

Mir ist es auf Grund dieser Intervention gelungen, nach Herrn Schwarz-Schilling mit nur noch drei Meldungen sowie zum Schluß mit dem Vorsitzenden der Antragskommission auszukommen. Ich finde, wir sollten so verfahren.

Ich bin der Auffassung, daß wir uns jetzt endgültig darüber einig werden sollten, wer noch sprechen soll. Ich lese vor, wer noch kommt: Herr Schwarz-Schilling, Herr Heiner Geißler, Thomas Stritzl, Roland Koch und zum Schluß der Vorsitzende der Antragskommission. Sind Sie einverstanden, daß wir dann zu diesem Punkt die Rednerliste endgültig schließen?

(Beifall)

Ich höre große Zustimmung. Wir werden dann so verfahren.

Dr. Christian Schwarz-Schilling: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns vom Berliner Parteitag an zwischen Mittelstandsvereinigung, Wirtschaftsrat und Sozialausschüssen oft mit Argumenten in den Haaren gelegen, aber diese Vereinigungen haben immer gewußt, daß wir in dem Wort „sozial“ kein

Adjektiv haben, sondern daß das Wort „Soziale Marktwirtschaft“ das Zentrum unseres Denkens in anthropologischer, in gesellschaftspolitischer und in jeder Hinsicht gewesen ist.

(Beifall)

Unser Prinzip ist „Freiheit und Verantwortung“, und das Wort „Verantwortung“ ist hier im Begriff des Sozialen allumfassend begründet.

Wir könnten sonst in den nächsten Jahren und Jahrzehnten natürlich weitere Adjektive hinzufügen. Vielleicht sollten wir, wenn wir an die GATT-Verhandlungen denken, dann in weltpolitischer Hinsicht auch sagen: liberale Marktwirtschaft. Vielleicht sollten wir auch sagen: privatisierte oder deregulierte Marktwirtschaft. Aber das alles sind doch nur Untergrößen gegenüber diesem Begriff, der damals geschaffen wurde. Ludwig Erhard hat - das möchte ich hier doch auch einmal sagen - dazu aufgerufen, diesen Begriff mit neuen Inhalten zu füllen, aber doch nicht dazu, ihn als Begriff zu verändern.

(Beifall)

Nun fangen wir mit dem neuen Begriff sozusagen damit an, zu behaupten, wir müßten hier eine völlige Veränderung vornehmen. Aber es war doch unsere große Volkspartei und insbesondere dieser Umweltminister, der die Umweltpolitik erstrangig und beispielgebend für die ganze Welt eingeführt hat, und zwar unter dem Markenzeichen, unter dem wir angetreten sind. Da brauchen wir doch keinen neuen Namen!

(Beifall)

Nein, wir wollen das klug fortsetzen!

Meine Damen und Herren, ich erinnere nur noch an eines: In den 70er Jahren hatte ich den Vorzug, auch der Grundsatzkommission anzugehören, und da hatten wir einen erbitterten Streit. Da wollte man die Soziale Marktwirtschaft abschaffen und den Begriff „soziales Wohlbefinden“ einführen. Gott sei Dank haben wir das verhindert. Wir würden heute mit diesem Begriff nur Schiffbruch erlitten haben. Bleiben wir also bei dem Markenbegriff „Soziale Marktwirtschaft“!

(Lebhafter Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Heiner Geißler das Wort.

Dr. Heiner Geißler: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bereits auf dem Stuttgarter Parteitag, als wir über die Soziale Marktwirtschaft diskutiert haben, haben wir, Christian, den Begriff der Solidarität entsprechend den Erfordernissen einer modernen Gesellschaft neu definiert und ausgeweitet. Soziale Marktwirtschaft ist die Verbindung von Freiheit und Solidarität, und die Solidarität haben wir verstanden als modernen Ausdruck der Nächstenliebe, die sich heute nicht in Lazaretten und warmen Suppen äußert, sondern in sozialer Gerechtigkeit, Mitbestimmung, Miteigentum, Krankenversicherung und Rentenversicherung.

Inzwischen sind wir viel weiter. Unsere Solidarität bezieht sich heute gleichermaßen auf die gesamte Schöpfung,

(Beifall)

im übrigen auch in einem modernen Sinne des christlichen Menschenverständnisses. Im letzten Jahr ist eine Fläche der Brandrodung zum Opfer gefallen, die größer ist als

Dänemark, Benelux, die Schweiz und Österreich zusammengenommen. Jeden Tag gehen bis zu 50 Pflanzen- und Tierarten zugrunde, und jede Sekunde blasen die Menschen 1 000 t Treibgase in die Luft. Zum erstenmal in der Milliarden Jahre währenden Geschichte des Lebens kann eine Spezies, nämlich der Mensch, die gesamte Biosphäre, das gesamte Leben vernichten. Wie Parasiten können wir den Wirt, auf dem und von dem wir leben, nämlich den Planeten Erde, zerstören; nur können wir im Gegensatz zu anderen Parasiten unsere Kinder nicht auf einen anderen Wirt schicken, wenn der jetzige stirbt.

(Beifall - Zuruf: Das ist gar nicht das Thema!)

Deswegen müssen wir, wenn wir eine moderne Partei bleiben wollen, in unsere Solidarität die gesamte Schöpfung mit einbeziehen, und deswegen: Soziale und Ökologische Marktwirtschaft!

(Lebhafter Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster wird Herr Stritzl sprechen. - Meine Damen und Herren, ich bitte die wenigen, die draußen sind und die Verhandlungen über den Fernseher verfolgen, doch in den Saal zu kommen, und bitte die Landesgeschäftsführer, darauf zu achten, daß ihre Verbände vollzählig sind, denn es ist nicht auszuschließen, daß es eine spannende Abstimmung wird. - Bitte schön!

Thomas Stritzl: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Instinktos sei der neue Begriff, so war zu hören, weil man doch einen Begriff, der sich bewährt hat, nicht ändern soll. Wahr ist, daß sie Soziale Marktwirtschaft sich bewährt hat, weil Müller-Armack und Ludwig Erhard erkannt haben, daß Wohlstand nur dann zu erwirtschaften ist, wenn sozialer Friede herrscht, und das haben wir als CDU im wesentlichen mit bewerkstelligt.

Richtig ist aber auch - und darauf hat Heiner Geißler hingewiesen -, daß wir mit der Zunahme der Erkenntnis heute wissen, daß Wohlstand nur dann zu sichern ist, wenn unsere Umwelt uns trägt.

(Beifall)

Es ist unstrittig so, daß die Umwelt nicht wegen der Naturkatastrophen bedroht ist; die sind schrecklich, aber damit kann das Ökosystem Welt umgehen. Unsere Umwelt ist deshalb bedroht, weil unser Wirtschaften nach wie vor darauf ausgerichtet ist, daß wir zuviel von den Ressourcen verbrauchen, die wir für nachfolgende Generationen eigentlich erhalten sollten.

(Zustimmung)

Die Auswirkungen sind mittlerweile so - das hat die Konferenz von Rio ja nun gezeigt -, daß die Menschheit zum erstenmal im Begriff steht, die Lebensgrundlagen so zu verändern, daß auch das Ökosystem sich verändert: Es wird ein Ökosystem geben, aber vielleicht keines mehr mit dem Faktor Mensch.

(Zustimmung)

Diese neue Herausforderung, die ja niemand hier bestreitet, müssen wir annehmen. Wir wollen auch den wirtschaftlichen Nutzen mehren, der sich daraus ergibt. Die Umwelttechnologie ist der Bereich, in dem die Bundesrepublik Deutschland mit 30 % der internationalen Patentanmeldungen vor den USA und vor Japan liegt. Nennen Sie mir einen anderen Bereich, in dem das so beispielhaft gelingt! Nutzen wir deshalb die

wirtschaftliche Kapazität, die wir haben, nutzen wir den wirtschaftlichen Sachverstand, den wir haben, um das zu erreichen, was wir wollen: die Natur schützen und die Umwelt für die Zukunft sichern. Vorhin hat jemand gesagt, Coca Cola habe auch nicht „Coke“ durchgesetzt. Dazu kann ich sagen: Nur dort, wo Umwelt draufsteht, ist auch Umwelt drin. Wir sollten uns als ökologische Kraft profilieren! - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster Roland Koch aus Hessen, dort Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag.

Roland Koch: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der hessische Landesverband repräsentiert verschiedene Generationen, auch durch die eigenwillige Methode, daß er mich als den Sohn, aber auch meinen Vater zu Delegierten für diesen Parteitag gemacht hat. Mein Vater wird - da bin ich sicher - dafür stimmen, daß „Soziale Marktwirtschaft“ als Begriff erhalten bleibt,

(Zustimmung)

und ich habe in der Grundsatzprogrammkommission mit dafür gestritten, daß die Ökologie hinzugefügt wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, deshalb will ich nur in zwei Sätzen sagen, warum ich glaube, daß beide Positionen gut zu verstehen sind, und warum ich trotzdem zu meiner komme. Mein Vater und die Generation derer, die dort mitgewirkt haben, haben darum gestritten, ob in diesem Deutschland eine marktwirtschaftliche Ordnung errungen wird, und sie haben gegen die gestritten, die bestritten haben, daß eine marktwirtschaftliche Ordnung sozial sein könne. Sie haben dem den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft entgegengesetzt, und die Geschichte hat ihnen recht gegeben, wie die Bilanz unserer Bundesrepublik Deutschland zeigt.

(Beifall)

Wir streiten heute in meiner Generation mit denen, die jünger sind als ich und die wir für die Christlich Demokratische Union gewinnen wollen.

(Zustimmung)

Wir wollen sie für eine marktwirtschaftliche Ordnung gewinnen, und wir streiten heute darüber, ob diese Marktwirtschaft, die bewiesen hat, daß sie die sozialen Herausforderungen bewältigen kann, auch die ökologischen Herausforderungen bewältigen kann, die in der Vergangenheit nicht in gleicher Weise gesehen worden sind.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bin persönlich zutiefst davon überzeugt,

(Glocke des Tagungspräsidiums)

daß keine andere Ordnung als eben diese Marktwirtschaft die ökologischen Probleme der Zukunft lösen kann, und ich will, daß die Union mit diesem werbenden Markennamen die nächsten 40 Jahre so besteht, wie sie in den vergangenen 40 Jahren erfolgreich war. - Ich danke.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als letzter Redner kommt jetzt der Vorsitzende der Antragskommission, unser Generalsekretär Peter Hintze, zu Wort.

Peter Hintze, Antragskommission: Liebe Freunde, wir haben bei dieser Frage, die sich ja - wie wir alle gespürt haben - mitten im Herzen unserer CDU abspielt, wichtige Argumente ausgetauscht. Für uns im Vorstand, aber auch in der Antragskommission war ein Gedanke entscheidend, den ich Ihnen noch einmal nennen möchte. Als die Soziale Marktwirtschaft begründet wurde, zeitgleich als die Mütter und Väter des Grundgesetzes über unsere Verfassung nachdachten, da war die ökologische Fragestellung, das Wissen um den Zusammenhang von Mensch und Natur ein anderes, als es heute ist. Wir haben gesagt: Mit unserem heutigen Wissen und mit unserer heutigen Erkenntnis hätten die Mütter und Väter des Grundgesetzes auch 1949 bereits den Umweltschutz in das Grundgesetz aufgenommen - mit großer Sicherheit. Ich glaube, wenn Ludwig Erhard heute an unserer Debatte teilgenommen hätte, hätte er sich auch dafür ausgesprochen, den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft entsprechend zu erweitern, und zwar aus einem rein marktwirtschaftlichen Grund, den ich Ihnen auch nennen möchte. Die ökologischen Gründe sind genannt worden. Über die Generationen ist gesprochen worden. Aber wir müssen uns doch als politische Partei fragen, liebe Freunde, was unterscheidet uns von Sozialdemokraten und GRÜNEN in dieser Frage. Die Sozialdemokraten und die GRÜNEN verstehen Umweltpolitik in einem wirtschaftskritischen bis wirtschaftsfeindlichen Sinne, in einer Jagd nach Grenzwerten, in einer Technologiefeindlichkeit, die in Deutschland Arbeitsplätze, Wirtschaftsentwicklung und Zukunft gefährdet. Und wir sagen, wir haben eine Umweltpolitik mit einem marktwirtschaftlichen Ansatz, der die Umweltnutzung mit einem Preis versieht und damit Ökologie und Ökonomie zusammenführt.

(Beifall)

Ich weiß, daß es für viele ja auch mit Schmerz verbunden ist, wenn wir sagen, wir wollen eine solche Erkenntnis umsetzen und den uns vertrauten Begriff inhaltlich erweitern. Schließlich haben wir unser marktwirtschaftliches Programm immer gegen Einwendungen verteidigt. Die Sozialdemokraten haben Jahre gebraucht, bis sie die Soziale Marktwirtschaft begriffen haben. Und wenn wir uns heute richtig entscheiden, werden wieder Jahre vergehen, bis die SPD die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft versteht. Aber so, wie wir die Zeichen der Zeit damals erkannt haben, so sollten wir sie auch heute erkennen und uns klar für die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft aussprechen. Ich bitte Sie, stimmen Sie für die Vorlage der Antragskommission. - Danke schön.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich darf noch einmal sagen, daß wir über den Vorschlag der Antragskommission abstimmen, die die Formulierung „Ökologische und Soziale Marktwirtschaft“ empfiehlt. Wer den Begriff „Ökologische und Soziale Marktwirtschaft“, wie er im Antrag des Bundesvorstandes verwandt wird und wie ihn die Antragskommission vorschlägt, zustimmen will, den bitte ich um sein Kartenzeichen.

(Beifall)

Danke. - Wer ist dagegen?

(Beifall - Zuruf: Auszählen!)

- Meine Damen und Herren, ich schlage vor, daß wir, ehe wir jetzt noch Turnübungen mit Aufstehen und nicht Aufstehen machen, in dieser doch wichtigen Frage eine ordnungsgemäße Abstimmung vornehmen.

(Beifall)

Bei den Unterlagen haben Sie - dies unterscheidet sich von der Abstimmung von vorhin, weil das hier besser geht - die drei Blöcke mit Ja, Nein und Enthaltung. Jetzt geht es um den Stimmzettel 2 - nicht 1 verwenden! -, den ich noch einmal zeigen darf. Ich bitte, diesen dreigeteilten Zettel zu nehmen - weiß Ja, rosa Nein und gelb Enthaltung.

Wer nun - ich lasse ja über den Antrag des Bundesvorstandes abstimmen - diesem Antrag seine Zustimmung geben will, stimmt mit Ja, wer nicht, dementsprechend anders. - Ist der Wahlvorgang für jedermann klar? - Ich sehe, das ist erstaunlicherweise der Fall.

(Heiterkeit)

Ich sage es noch einmal, weil immer wieder andere Stimmzettel vorgezeigt werden: Es kann bisher nichts falsch gemacht worden sein, denn das, was Sie falsch gemacht haben, können Sie zur Seite legen.

Ich wiederhole: Bitte nicht den einheitlichen, sondern den dreigeteilten Block nehmen, Nummer 2. - Ist jetzt die Abstimmungslage klar? - Wenn das so ist, dann eröffne ich den Wahlvorgang und bitte die Stimmzähler, tätig zu werden.

(Es erfolgt die Stimmenabgabe.)

- Meine Damen und Herren, hatten alle die Gelegenheit, ihre Stimmzettel abzugeben?
- Ich frage noch einmal: Haben alle ihren Stimmzettel abgeben können? - Ich sehe, daß dies der Fall ist.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich wieder zu setzen. Ich schließe den Wahlvorgang. Die Stimmzähler werden jetzt die Stimmzettel auszählen.

Ich schlage Ihnen vor, daß wir aus zeitökonomischen Gründen weiterdiskutieren. Sind Sie damit einverstanden?

(Zustimmung)

Ich höre große Zustimmung.

Ich rufe die Ziffern 66 bis 69 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Sie finden die Ziffern zusammen mit den dazu gestellten Anträgen auf den Seiten 272 bis 311 der Antragsbroschüre. Dazu gibt es zwei Wortmeldungen. Zunächst hat Herr Arentz aus Nordrhein-Westfalen das Wort.

Hermann-Josef Arentz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, die Seiten 287 und 288 in der Antragsmappe anzuschauen. Es geht um die Frage der wirtschaftlichen Ordnung. Wir möchten, daß der Abschnitt über die wirtschaftliche Ordnung um zwei Abschnitte ergänzt wird, die präzise formulieren: nicht nur, was der Markt aus sich heraus kann, sondern daß der Markt natürlich auch Ergänzungen braucht, wie es dem System der Sozialen Marktwirtschaft zu eigen ist, wie es sich auszeichnet und daß die Soziale Marktwirtschaft Marktordnung und Ordnung der sozialen Leistungen zu einem ordnungspolitischen Ganzen zusammenschließt.

Ich glaube, wenn wir das in dieser Präzision beschließen würden, haben wir eine bessere Formulierung gewählt, als sie im ersten Abschnitt in der Mitte von Ziffer 67 auf der Seite 287 ausgedruckt ist. Das ist in diesem Zusammenhang unsere erste Bitte.

Der zweite Vorschlag ist, in den letzten Absatz unseres Vorschlages auf der Seite 288, der beginnt mit: „Die Freiheit des Einzelnen und die Offenheit der Gesellschaft sind Voraussetzungen für den Wettbewerb“, an dieser Stelle einzufügen: Er stammt aus dem Leitantrag, ist aber dort in einer späteren Ziffer formuliert.

Wir sind der Auffassung, daß der für die Frage der wirtschaftlichen Ordnung so konstitutiv wichtig ist, daß Wettbewerb auch geschützt und erhalten werden muß, daß wir gut daran tun, dies an dieser zentralen Stelle im Programm unterzubringen und nicht weiter hinten, wo er möglicherweise von keinem mehr gefunden wird.

Das ist der erste Teil, Herr Präsident. Wenn Sie einverstanden sind, würde ich in dem Zusammenhang gern auch gleich unsere Anmerkung zur Ziffer 68 vortragen.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Ersetzt das eine spätere Wortmeldung?

Hermann-Josef Arentz: Ja.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Bitte.

Hermann-Josef Arentz: Zu Ziffer 68 bitte ich Sie, auf den Seiten 294 und 295 sich die beiden Anträge der CDA anzuschauen. Es geht um die Frage: Was zeichnet unsere soziale Ordnung aus? Da gibt es zwei Bestandteile, von denen wir meinen, daß sie so wichtig sind, daß sie auch einen eigenen Absatz im Programm verdienen.

Das ist einmal ein positives Bekenntnis zur Sozialversicherung als Ausdruck der Solidarität der Generationen. Die CDU müßte mit dem Klammerbeutel gepudert sein, wenn wir, die die Sozialversicherungen politisch im wesentlichen geprägt und geschaffen haben, in unserem Programm nicht auch zu einer positiven Würdigung der Sozialversicherung als Ausdruck von Solidarität und Subsidiarität finden und wenn wir dabei auch unser eigenes Licht nicht unter den Scheffel stellen.

Deswegen denke ich, sollten wir auch im Grundsatzprogramm darauf hinweisen, daß wir mit der Politik von Norbert Blüm und Horst Seehofer unsere Kompetenz unter Beweis gestellt haben, den Sozialstaat auch in schwierigen Zeiten umzubauen und zu sichern.

Der zweite Absatz in diesem Bereich bezieht sich auf die soziale Partnerschaft. Unsere Wirtschaftsordnung und unser Wirtschaftserfolg wären ohne soziale Partnerschaft nie denkbar gewesen. Das ist das, was uns auszeichnet. Das ist einer der wichtigsten Standortvorteile der Bundesrepublik Deutschland.

Deshalb haben wir einen Absatz dazu formuliert, bei dem ich die Antragskommission herzlich bitten würde, noch einmal nachzudenken, ob man diesen Teil nicht ohne Beschädigung eines anderen Gedankens, aber unter Anreicherung des Programms hier in das zu beschließende Programm übernehmen kann. - Danke schön.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Nun spricht Manfred Kolbe zu Ziffer 69.

Manfred Kolbe: Liebe Delegierte! Ich möchte hiermit den Antrag C 114 der sächsischen Kreisverbände Döbeln, Muldental, Torgau-Oschatz begründen, der sich für

einen eigenständigen Absatz im Grundsatzprogramm ausspricht, wo auch selbständige Unternehmen und Existenzgründungen im Osten gefordert werden.

Warum dieser Antrag? Wir Christdemokraten setzen auf die schöpferischen Fähigkeiten der Menschen, sich in Freiheit und Verantwortung auch wirtschaftlich zu entfalten. Aber, so frage ich, haben wir in unserer dreijährigen Regierungszeit wirklich alles getan, um ehemaligen Bürgern der DDR ohne großes Eigenkapital, aber mit vielleicht guten Konzepten auch tatsächlich eine selbständige Existenzgründung zu ermöglichen?

Die Fakten sprechen leider nicht immer dafür. Im Osten Deutschlands gibt es heute mit einer Ausnahme kein einziges wirtschaftlich selbständiges Unternehmen mehr. Wir haben nur noch Tochtergesellschaften. Auch der Mittelstand tut sich schwer. Die Privatisierungspolitik der Treuhand hat viel zu sehr auf den schnellen Verkauf an etablierte Unternehmen und viel zu wenig auf selbständige Existenzgründungen gesetzt.

(Beifall)

Sie wird von über 90 % der ostdeutschen Bevölkerung abgelehnt, und die Treuhand ist leider zur Wahlkampflokomotive der PDS geworden.

(Beifall)

Wir haben so große Erfolge beim Aufbau im Osten aufzuweisen, daß wir auch einmal die Kraft und die Größe aufbringen sollten, eine Fehlleistung wie bei der Treuhand einzugestehen.

Kurt Biedenkopf hat gestern gesagt: Wenn immer weniger Menschen Arbeitgeber werden, bekommen wir Arbeitslosigkeit. Das gilt ganz besonders für den Ostteil unseres Landes. Wir brauchen dort mehr Arbeitgeber, also selbständige Unternehmer und Mittelständler. Deshalb darf ich Sie ganz herzlich bitten, dies auch im Grundsatzprogramm klar zu formulieren und den Antrag C 114 zu unterstützen. - Danke schön.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Jetzt spricht Herr Stritzl. Wir sind bei den Ziffern 66 bis 69. Anschließend wird die Antragskommission dazu Stellung nehmen, dann stimmen wir ab.

Thomas Stritzl: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Antrag C 37 des Landesverbandes Schleswig-Holstein geht es darum, daß sich der Bundesparteitag für eine Staatszielbestimmung Umweltschutz aussprechen und in das Grundsatzprogramm aufnehmen sollte, daß diese Staatszielbestimmung Umweltschutz in das Grundgesetz aufgenommen wird.

Die Antragskommission hat das abgelehnt. Das ist mir nicht ganz verständlich, wenn ich das sagen darf, denn ich habe die Redner heute gehört, unsere Führungsriege und den Generalsekretär, die gesagt haben: Sie soll kommen. Wenn sie kommen soll, dann bin ich der Meinung, daß wir das tatkräftig unterstützen. Deshalb bitte ich wirklich darum, daß dieser Parteitag eindeutig unserer Fraktion und unserer Bundesregierung mit auf den Weg gibt: Lassen Sie uns gar nicht zaudern. Laßt uns handeln. Laßt uns das Staatsziel Umweltschutz im Grundgesetz verankern. Tun wir es nicht, glaube ich, setzten wir ein falsches Signal.

Daß wir es uns in der jetzigen Situation eigentlich auch nicht erlauben können, ist, glaube ich, klar. Deswegen darf ich dringend darum bitten: Stimmen Sie zu, daß das Staatsziel Umweltschutz, daß der Schutz unserer Umwelt in das Grundgesetz hinein- kommt! - Danke schön.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission spricht Herr Göhner.

Dr. Reinhard Göhner, Antragskommission: Ich darf mit dem letzten Antrag beginnen, zu dem Herr Stritzl gesprochen hat. In der Tat, es ist unstreitig unter uns. Dazu gibt es Parteitagsbeschlüsse; dazu gibt es einen Beschluß der Bundestagsfraktion. Wir wollen das Staatsziel Umweltschutz in das Grundgesetz aufnehmen. Aber, liebe Freunde, eine solche Forderung ins Grundsatzprogramm hineinzuschreiben in der Erwartung, daß der Bundestag in wenigen Wochen positiv darüber entscheiden möge, heiße, das schon jetzt unaktuell zu machen. Deshalb bitten wir darum, diese selbstverständliche Forderung, die sowohl die Partei als auch die Fraktion schon aufgenommen hat, hier nicht noch ausdrücklich zu wiederholen. Im übrigen, die Staatsziele an sich werden im Staatskapitel behandelt, Thomas Stritzl; dort würden sie dann auch hingehören.

Den Antrag, den Herr Kolbe vorgestellt hat, haben wir aus systematischen Bedenken nicht berücksichtigt, denn auch er ist von einer sehr hohen Aktualität. Er betrifft die jetzige Übergangsphase. Ich denke, daß wir aus einem Grundsatzprogramm, das ja auf mittelfristige Sicht, eigentlich auf lange Frist angelegt ist, diesen eher Jetzt-und-hier-Ansatz herausnehmen sollten. Wir haben deshalb dafür plädiert, uns auf die Fragen zu beschränken, die sich mittel- und langfristig für den Aufbau der Wirtschaft in den neuen Ländern ergeben. Das war jedenfalls das Motiv der Grundsatzkommission für diese Empfehlung.

Nun zu den Anträgen der Sozialausschüsse, in bezug auf die ich Ihnen für die Antragskommission im Einvernehmen und mit Zustimmung des Antragstellers folgende Beschlußfassung empfehlen möchte:

In der Ziffer 68 möchten wir vor dem letzten Absatz, in dem die Tarifautonomie behandelt wird, aus dem Antrag C 73 der Sozialausschüsse den Text von Beginn an bis: „Die Tarifautonomie ist ein wesentliches Ordnungs-element der Sozialen Marktwirtschaft“ einfügen. Bis hierhin wollen wir den Text der Sozialausschüsse übernehmen.

Dann geht es weiter mit dem letzten Satz des CDA-Antrages: „Die Idee der Partnerschaft erfordert funktionsfähige Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände.“ Dann folgt der Text des letzten Absatzes des Antrags des Bundesvorstandes.

Ich bitte, so zu beschließen, wie ich es - im Einvernehmen mit den Sozialausschüssen - gerade vorgetragen habe.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen. Ich hätte die Ziffern 66 bis 69 zwar en bloc aufgerufen, aber wir haben sie einzeln behandelt. Es gibt auch einzelne Vorschläge. Deswegen lasse ich jetzt einzeln darüber abstimmen.

Ich rufe die Ziffer 66 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 33 bis C 56. - Dazu Herr Göhner.

Dr. Reinhard Göhner, Antragskommission: In Ziffer 67 - -

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Wir sind jetzt bei Ziffer 66.

Dr. Reinhard Göhner, Antragskommission: Zu Ziffer 67 muß ich etwas vortragen.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Ziffer 67 kommt nach Ziffer 66.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich lasse jetzt über die Ziffer 66 abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit so angenommen.

Jetzt rufe ich die Ziffer 67 auf. Dazu will Herr Göhner eine Bemerkung machen.

Dr. Reinhard Göhner, Antragskommission: Hierzu schlagen wir vor, aus der Empfehlung der Antragskommission, erster Absatz, den Satz: „Solidarität mit den Schwachen und die Bewahrung der Schöpfung bedürfen aber der politischen Gestaltung durch einen entsprechenden Ordnungsrahmen und folgen nicht aus dem Markt an sich“ durch die Formulierung des CDA-Antrags, zweiter Absatz, zu ersetzen. Antrag C 59 der Sozialausschüsse, zweiter Absatz, lautet:

Allerdings kann der Markt nicht allein aus sich soziale Gerechtigkeit bewirken. Die Leistungsgerechtigkeit des Marktes ist nicht identisch mit der sozialen Gerechtigkeit. Die Soziale Marktwirtschaft fügt deshalb Marktordnung und Ordnung der sozialen Leistungen zu einem ordnungspolitischen Ganzen zusammen.

Der Antragsteller hat erklärt, daß er dann auf den Rest des Antrages verzichtet.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben von Herrn Göhner den Vorschlag der Antragskommission gehört, über den ich - wie immer - zuerst abstimmen lasse. Wer der Ziffer 66 mit den Erläuterungen von Dr. Göhner zustimmt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit so beschlossen. - Ich rufe die Ziffer 68 auf.

Dr. Reinhard Göhner, Antragskommission: Herr Präsident! Hierzu machen wir den Vorschlag, den ich soeben vorgetragen habe. Die ersten Sätze plus der letzte Satz des Antrags C 73 sollen vor dem letzten Absatz des Antrags des Bundesvorstandes in der Fassung der Antragskommission eingefügt werden. Ich habe dies soeben in Übereinstimmung mit dem Antragsteller vorgetragen.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Dann kommen wir ebenfalls zur Abstimmung über Ziffer 68 in der durch Herrn Göhner für die Antragskommission vorgeschlagenen Form. Wer stimmt dem zu? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ziffer 69! Hier gilt die vorgelegte Fassung der Antragskommission als Beschlußvorlage. Wer stimmt diesem Vorschlag der Antragskommission zu? Bitte Handzeichen! - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das war ebenfalls eine große Mehrheit.

Ich rufe die Ziffern 70 bis 73 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Sie finden diese Ziffern zusammen mit den dazu gestellten Anträgen auf den Seiten 311 bis 327 der Antragsbroschüre.

Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Deswegen können wir darüber en bloc abstimmen. Wer den jeweiligen Empfehlungen der Antragskommission zu diesen

Ziffern zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Dann folgen die Ziffern 74 bis 76 des Antrags des Bundesvorstandes. Dazu liegen mir keine Wortmeldungen vor. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Dann folgt die Abstimmung über Ziffer 77. Dazu gehören die Anträge C 221 und C 291 bis C 301. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der vorgelegten Fassung. Wer stimmt dem zu? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ebenfalls einstimmig angenommen.

Ziffer 78! Keine Wortmeldungen. Wer stimmt der Empfehlung der Antragskommission zu? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ebenfalls einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffern 79 bis 80 auf. Hierzu liegt eine Wortmeldung von Elmar Pieroth, Senator aus Berlin, vor. Herr Pieroth hat das Wort.

Elmar Pieroth: Herr Präsident! Liebe Freunde! In Ziffer 79 steht: „Wir brauchen mehr Unternehmer.“ In Ziffer 80 steht: „Wir wollen breite Volksschichten am Produktivvermögen beteiligen.“ - Für mich ist dies das Herzstück der Sozialen Marktwirtschaft. Soziale Marktwirtschaft braucht Wettbewerb und Privateigentum als konstitutive, begründende Elemente. Aber Marktwirtschaft ist es auch, wenn in Südamerika 14 Familien über alles verfügen. Soziale Marktwirtschaft will viele Wettbewerber: Den breiten Mittelstand und breit gestreutes Privatvermögen. Ich will aus Anlaß der Behandlung dieser beiden Ziffern auf zweierlei hinweisen:

Wir müssen auf Grund dieser beiden Aufträge unsere Auseinandersetzung mit dem Sozialismus viel intensiver führen. Das ist nicht Vergangenheit; das hat noch gar nicht richtig begonnen.

Viele Unternehmer und breit gestreutes Eigentum: Das paßte nie in die Welt der Kommandowirtschaft. Aber die Soziale Marktwirtschaft braucht das. Deshalb ist es so verständlich, daß eine Gesellschaft mit mehr Freiheit zugleich den größeren Wohlstand bringt.

Ich will noch auf etwas anderes hingewiesen haben. Beim Wiederaufbau Westdeutschlands haben alle mitgemacht: Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Sie haben mit angepackt, und sie haben mit finanziert. Alle hatten in den 60er Jahren Arbeit. Aber die Unternehmen haben allein den Unternehmern gehört. Als wir das Ende der 60er Jahre korrigieren wollten, war es dafür zu spät.

Aber wir sind noch alle da. Norbert Blüm ist noch da, der das damals ändern wollte, auch der Fraktionsvorsitzende der CDU im rheinland-pfälzischen Landtag, Helmut Kohl. Heiner Geißler, Wolfgang Vogt und Winfried Pinger sind noch da. Sorgen wir jetzt dafür, daß wir den Aufschwung in Ostdeutschland nutzen, um eine breite Vermögensstreuung zu haben. Das 936-DM-Gesetz und Landesbürgschaften genügen nicht.

Ich will einen Vorschlag einbringen. Wir geben Investitionszuschüsse. Für Opel Eisenach bezahlt der Steuerzahler ein Drittel. Das ist auch Geld der Arbeitnehmer. Aber es gehört nachher der Adam Opel AG. Können wir nicht die Arbeitnehmer bei Opel Eisenach an diesen Investitionszuschüssen beteiligen? Das mit dem Eigenka-

pital bleibt unverändert. Nur die eine Hälfte gehört der Adam Opel AG als Aktionärin, die andere denen, die dort beschäftigt sind.

Entscheidend sind die Mitarbeiter des arbeitgebenden Unternehmens, weil wir kein funktionärgesteuertes Kollektiveigentum haben wollen. Das Kapital in der deutschen Wirtschaft wird gemeinsam erarbeitet: von Unternehmern, den Arbeitgebern, und Arbeitnehmern. Deshalb sagen wir seit Ludwig Erhard, daß wir die Arbeitnehmer an diesem Kapital beteiligen wollen. Wir haben hier eine neue Chance. Wir sollten sie auch nutzen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Wird dazu von der Antragskommission das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Wer den Empfehlungen der Antragskommission zu den Ziffern 79 bis 80 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die Empfehlungen sind mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe die Ziffern 81 bis 83 auf. Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die Empfehlungen sind so angenommen.

Jetzt folgen die Ziffern 84 bis 86. Die Empfehlungen der Antragskommission liegen vor. Wir haben eine Wortmeldung von Herrn Dr. Alexander Saftig, Rheinland-Pfalz.

Dr. Alexander Saftig: Liebe Parteifreunde! Mir geht es darum, daß der Antrag zur Verkehrspolitik vom Grundsatz her die Verteuerung des Verkehrs mit sich bringt. Hier wird verlangt, daß umweltverträglichere Verkehrsmittel bevorzugt werden und das Auto benachteiligt wird.

In diesem Bereich ist der ländliche Raum außen vor gelassen worden. So etwas kann ich mir in Städten gut vorstellen. So etwas kann ich mir gut vorstellen, wenn ich einen funktionierenden öffentlichen Personennahverkehr habe. So etwas kann ich aber nicht im ländlichen Bereich konstruieren - ich komme aus der Eifel -, weil dort ein öffentlicher Personennahverkehr nur schwer konstruierbar ist.

(Beifall)

Aus diesem Grunde halte ich es für wichtig, daß wir uns bewußt sind, was wir hier dem ländlichen Bereich antun. Wir müssen uns bewußt sein, daß wir mit diesen Ausführungen das Leben auf dem Lande verteuern.

Ich bitte darum, daß wir den Antrag der Frauen-Union C 383 annehmen und nicht, wie es die Antragskommission empfohlen hat, ablehnen. Diesen Antrag müssen wir annehmen, um deutlich zu machen, daß wir die besonderen Probleme des ländlichen Raumes erkannt haben. Bei Annahme müssen wir uns bewußt sein, daß dort, wo öffentlicher Personenverkehr nicht möglich ist, nämlich auf dem Lande, das Leben trotzdem finanzierbar bleiben muß.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Möchte die Antragskommission hierzu Stellung nehmen? - Das ist nicht der Fall. Weil ein differenzierter Beitrag zu einem Antrag vorlag, müssen wir über die Ziffern einzeln abstimmen lassen.

Ich rufe die Ziffer 84 des Antrags des Bundesvorstands auf. Der Vorschlag der Antragskommission liegt vor. Wer stimmt dem zu? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die Ziffer 84 ist damit mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe die Ziffer 85 des Antrags des Bundesvorstands auf. Die Empfehlung der Antragskommission haben Sie vorliegen. Wer dem Vorschlag der Antragskommission zu Ziffer 85 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist ebenfalls so beschlossen.

Jetzt kommt die Ziffer 86. Der Vorschlag der Antragskommission liegt vor. Wer stimmt dem zu? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das erste war die Mehrheit, aber es gab beträchtliche Gegenstimmen.

Meine Damen und Herren, uns liegt das Ergebnis der Abstimmung vor, wie dieses Kapitel betitelt werden soll. Der Vorschlag des Bundesvorstandes heißt: Ökologische und Soziale Marktwirtschaft. Zu diesem Vorschlag gibt es 359 Ja- und 277 Nein-Stimmen.

(Beifall)

Damit ist nach heißer und kontroverser Diskussion diese neue Überschrift Programm.

Ich rufe nun die Ziffer 87 des Antrags des Bundesvorstands auf. Sie finden den Text auf Seite 366 f der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge C 392 bis C 425 und der Antrag C 734. Dazu liegen fünf Wortmeldungen vor.

Das Wort hat zunächst Frau Staatssekretärin Carmen Stange.

Carmen Stange: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte an dieser Stelle nochmals für den Antrag C 393 der Frauen Union werben. Landwirtschaftspolitik hat sicher einen wichtigen und gewichtigen Anteil an diesem großen Bereich des Grundsatzprogramms. Aber das muß auch für den ländlichen Raum gelten.

Ich bin meinem Vorredner sehr dankbar, daß er darauf schon hingewiesen hat. Sie wissen genausogut wie ich, daß viele Menschen im ländlichen Raum leben, die dort mit ihrer Familie ihr Zuhause gefunden haben, und in den Städten arbeiten.

Wir sollten uns diesen Menschen mehr zuwenden. Wir sollten uns nach Meinung der Frauen Union stärker mit den erheblichen Infrastrukturmängeln befassen und den Leistungen, die sich daraus ergeben, mehr Beachtung schenken. Deshalb muß sich die CDU für den ländlichen Raum einsetzen. Wir müssen versuchen, gleichwertige Lebens- und Entwicklungschancen zu schaffen.

Aus diesem Grunde sind die Ausführungen der Frauen Union in dem Antrag C 393 sehr konkret gefaßt. Ich denke, das ist auch sehr wichtig; denn wir brauchen auch im ländlichen Bereich familienfreundliche Infrastrukturen.

Landwirtschaftspolitik bedeutet für mich EG-Politik, GATT-Verhandlungen. Das sind starke Faktoren der wirklich produzierenden Bereiche. Ländlicher Raum dagegen ist weich. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, es sind unsere Wählerinnen und Wähler in diesem Bereich, die die CDU wählen. Deswegen bitte ich ganz herzlich, dem Antrag der Antragskommission nicht zu entsprechen und dem Antrag C 393 der Frauen-Union zuzustimmen. - Schönen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Peter Jensen-Nissen.

Peter Jensen-Nissen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn der Bundeskanzler gestern in seiner großartigen Rede auf die Schwierigkeiten der Landwirtschaft hingewiesen hat, dann ist es, denke ich, zulässig, wenn ich ein Stück für unseren Antrag C 395 werbe. Wir wollen gerne unterscheiden zwischen dem, was ist - EU-Agrarreform mit den marktentlastenden Elementen und den Stabilisierungsfaktoren für die landwirtschaftlichen Einkommen -, und dem, was wir langfristig wollen. Das, was in Ziffer 87 steht, ist nicht falsch, aber es enthält keine ausreichende Definition für die agrarpolitischen Ziele in unserem Sinne. Und die wollen wir doch für unsere Landwirtschaft, für unsere ländlichen Räume. Deshalb lassen Sie uns das in unserem Grundsatzprogramm deutlich formulieren.

Unsere Agrarpolitik muß sich in Zukunft stärker als bisher an den Prinzipien - ich sage das hier ganz deutlich; das erste Mal offiziell - an der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft orientieren. Das heißt Ja zum Leistungsprinzip, Ja zu Einkommen, die überwiegend aus den Erträgen der Produktpreise erzielt werden, und Ja zu weniger Bürokratie; denn wer tagtäglich als engagierter Kämpfer für die Agrarpolitik über die Lande zieht, dem stehen die Haare zu Berge angesichts der Auswüchse der bürokratischen EG-Agrarreform. Das müssen wir im Sinne der Landwirtschaft ein Stück zurückdrängen.

(Beifall)

Das läßt sich aber nur dann machen, wenn wir die zentralen Elemente der EU-Agrarreform, wie im GATT-Abkommen festgeschrieben, umsetzen und somit zu einem vernünftigen Außenschutz unserer Landwirtschaft in Deutschland und der EU kommen.

Dafür steht unser Antrag C 395, der sich auf den zweiten Absatz der Ziffer 87 bezieht. Ich bitte Sie in diesem Sinne um ausreichende Unterstützung. - Recht herzlichen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Nächster Redner ist Franz Sauter aus Baden-Württemberg.

Franz Sauter: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst bei der Frauen Union dafür bedanken, daß sie das Thema ländlicher Raum angesprochen hat; denn in dem, was die Grundsatzkommission dazu erarbeitet hat - das haben wir in der nächsten Ziffer zu behandeln -, steht lediglich drin: Wir wollen den ländlichen Raum fördern. Das scheint mir doch ein bißchen wenig zu sein.

Ich will zur Ziffer 87 einige Bemerkungen machen; dabei beziehe ich die Anträge C 406, C 407 und C 412 ein. Im Leit Antrag heißt es: „Unser Leitbild ist der eigenverantwortliche unternehmerische Landwirt. Land- und Forstwirtschaft ist im Familienbetrieb, aber auch in anderen rechtlichen und wirtschaftlichen Formen möglich.“

Ich finde, daß der bäuerliche Familienbetrieb allmählich zu kurz kommt. Ich erinnere mich noch: Wenn wir früher Versammlungen durchgeführt haben und prominente Gäste vor die Vertreter der Landwirtschaft getreten sind, haben sie zwei Dinge gesagt. Das erste: Meine Eltern oder Großeltern stammen aus der Landwirtschaft; meine

Großtante hat noch Landwirtschaft gehabt. Und das zweite: Wir treten für den bäuerlichen Familienbetrieb ein. Das haben die Politiker wie eine Monstranz vor sich her getragen.

Wir sollten uns nicht so leicht vom bäuerlichen Familienbetrieb verabschieden. Ich bin daher etwas erschrocken über meinen Freund Jochen Borchert, der erklärt hat, ihm sei es gleichgültig, wie groß der Betrieb sei und in welcher Betriebsform er geführt werde. Ich glaube, daß sich der Familienbetrieb auch in der neuen Situation insgesamt bewährt hat. Deshalb schlagen wir in Antrag C 406 vor einzufügen: „Landwirtschaft ist vorzugsweise im Familienbetrieb, aber auch in anderen rechtlichen und wirtschaftlichen Formen möglich.“

Ich möchte gleich noch einen zweiten Punkt anfügen. Ich denke, daß es gegen den Antrag C 407 keine Einwendungen gibt. Wir verzichten jedoch auf den Antrag C 408 und schlagen statt dessen vor, daß der Antrag C 412 des Kreisverbandes Göppingen übernommen wird: daß nicht nur die besonderen Leistungen der Landwirtschaft für die Erhaltung der Kulturlandschaft, sondern daß Leistungen für die Erhaltung der Kulturlandschaft insgesamt honoriert werden. Wir möchten auch morgen und übermorgen gern einen ländlichen Raum haben, so wie wir ihn bisher von Generation zu Generation übernommen haben, wo es sich lohnt zu leben und wo sich auch die Menschen erholen können. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Herr Hake, Landesverband Oldenburg.

Georg Hake: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche für den Antrag C 425 des Kreisverbandes Vechta. Das ist ein sehr kurzer Antrag, und deswegen will ich mich auch sehr kurz fassen. Der Antrag bezieht sich auf den letzten Satz der Ziffer 87. In diesem letzten Satz ist von der Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen in der Europäischen Union die Rede. Wenn wir unter diesem Kapitel den Begriff Europäische Union aufgreifen, dann sollten wir diese Ziffer um den Antrag des Kreisverbandes Vechta ergänzen, der lautet: „Hier ist dafür Sorge zu tragen, daß alle EU-Länder diese Umgestaltung gleichermaßen nachvollziehen.“

Ich möchte diesen Antrag kurz begründen - wir haben uns im Kreisverband Vechta schon lange vorher Gedanken darüber gemacht - wegen der Aktualität. Wir haben in Süddoldenburg zur Zeit die Schweinepest. Die Landwirte in diesem Raum haben das Gefühl, daß sie von der Politik im Stich gelassen werden. Sie haben das Gefühl, daß die Bekämpfung der Schweinepest in der Europäischen Union nicht einheitlich geregelt ist. Hieraus resultiert eine Verdrossenheit. Diese Verdrossenheit der Landwirtschaft richtet sich, so merken wir es, gegen die CDU.

Ich möchte, daß unsere Landwirte dem Programm deutlich entnehmen können, daß wir für gleiche Rahmenbedingungen der Landwirtschaft in der EU sorgen wollen. Ich bitte daher um Annahme des Antrages C 425. - Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als letzte Rednerin zu dieser Ziffer hat Frau Elisabeth Jeggle das Wort.

Elisabeth Jeggle: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche für den Antrag C 394 des Landesverbandes Baden-Württemberg. Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, Wein- und Gartenbau sowie Fischerei sind bedeu-

tende Wirtschaftsfaktoren. Aber - und dazu schlagen wir folgenden Satz vor -: „Sie sind auch Teil der kulturellen Tradition im ländlichen Raum.“

Lassen Sie mich begründen, warum gerade mir als Bäuerin dieser Satz wichtig ist. Unsere Betriebe, d.h. Landschaft und Tiere, sind natürlich Wirtschaftsfaktoren, aber eben nicht nur. Zur kulturellen Tradition - das ist mehr als die bäuerliche Tradition - gehört das Wissen, daß mir diese Wirtschaftsfaktoren nur vorübergehend anvertraut sind, daß ich primär Verantwortung habe für Geschöpfe und für intakte Lebensräume für uns und für kommende Generationen.

Kulturlandschaft, so wie Sie sie heute erleben können, meine Damen und Herren, von Flensburg bis zu meiner Heimat, dem Bodensee, ist Ergebnis einer über Generationen in Verantwortung vor der Schöpfung immer wieder weitergegebenen kulturellen Tradition. Es würde den Grundwerten dieser unserer Partei widersprechen, die Arbeit der Bäuerinnen und Bauern in diesem Land auf Wirtschaftsfaktoren zu beschränken. Deswegen bitte ich, nicht der Antragskommission zu folgen, sondern den Antrag C 394 des Landesverbandes Baden-Württemberg anzunehmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsident: Für die Antragskommission spricht Reinhard Göhner.

Dr. Reinhard Göhner, Antragskommission: Mein Herz schlägt für die Landwirtschaft. Ich komme aus der Landwirtschaft und möchte deshalb diesen Antrag des Landesverbandes Baden-Württemberg unterstützen und namens der Antragskommission zur Annahme empfehlen.

1. Es ist wahr, das, was wir hier an Land- und Forstwirtschaft beschreiben, das ist nicht nur Wirtschaftsfaktor, sondern auch Teil der kulturellen Tradition im ländlichen Raum. Deshalb sollten wir diesen Antrag des Landesverbandes Baden-Württemberg annehmen.

(Beifall)

2. Wir möchten Ihnen vorschlagen, den Antrag 395 des Landesverbandes Schleswig-Holstein anzunehmen und damit den zweiten Absatz zu ersetzen,

(Beifall)

und zwar deshalb, weil er durchaus, wie wir finden, in zutreffender Weise eingehender beschreibt, wie wir uns die Fortentwicklung der europäischen Agrarpolitik vorstellen. Auch der Bundeslandwirtschaftsminister hat für diese Formulierung Unterstützung erklärt. Wir bitten Sie daher, diese beiden Anträge - 394 und 395 - aufzunehmen und im übrigen dann der vorliegenden Empfehlung der Antragskommission zu folgen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag von Herrn Göhner jetzt ganz zum Schluß, wie im Hinblick auf die Ziffer 87 zu verfahren ist, und zwar mit zwei Änderungen, die er soeben genannt hat, gehört. Wenn ich jetzt über die Fassung der Antragskommission abstimmen lasse, dann beziehe ich diese beiden Ergänzungen ein.

Wer unter dieser Maßgabe dem Vorschlag der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen ist das dann so beschlossen.

(Beifall)

Ich rufe die Ziffern 88 bis 89 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Es gibt zwei Wortmeldungen zur Ziffer 88. Das ist einmal Hermann Schnipkoweit vom Landesverband Niedersachsen und dann Dietmar Kansy, ebenfalls aus dem Landesverband Niedersachsen.

Hermann Schnipkoweit: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche hier für den Antrag der Jungen Union - C 427. Ich hätte auch für den Antrag der Sozialausschüsse und auch für den Antrag der Frauen-Union sprechen können. Aber ich meine, der Antrag der Jungen Union wird am ehesten das Wohlwollen der Antragskommission finden, und deshalb spreche ich dafür.

In Ziffer 88 geht es um folgendes Problem. Im Leitantrag steht: Wir streben an, die Objektförderung im Wohnungsbau zu vermindern - jetzt kommt das entscheidende Wort - und konsequent zur Subjektförderung überzugehen. Meine Damen und Herren, wer das will, der verläßt natürlich den Boden der Union, wenn es um das Problem geht, Vermögensbildung zu regeln.

Man muß doch die Frage hier stellen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wer hat es in dieser Gesellschaft am schwersten, wenn es darum geht, eine entsprechende Wohnung zu finden. Das ist doch eindeutig die kinderreiche Familie. Wenn jemand, der zwei Hunde hat, eine Wohnung sucht, dann kriegt er sie. Aber eine Familie mit vier Kindern bekommt die Wohnung nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wenn dieser Antrag Wirklichkeit wird - konsequent zur Subjektförderung zu gehen -, dann werden die SPD-regierten Länder - in Niedersachsen ist das schon so - sagen: Okay, dann brauchen wir den Wohnungsbau für kinderreiche Familien nicht mehr zu fördern. Wir haben, als wir an die Regierung kamen, den öffentlich geförderten Wohnungsbau konsequent umgestellt von Mietwohnungs- auf Eigentumsbau, und wir haben Zehntausende Wohnungen gefördert, und zwar für kinderreiche Familien: damals 30 bis 40 %; in diesem Jahr - bei SPD-regierten Ländern - drei Prozent, meine Damen und Herren. Wenn man das weiß, und wenn man weiß, wie schwer es die Familien haben, dann, glaube ich, sollten Sie unserem Antrag folgen.

Wenn vorhin bei dem Thema Familie gesprochen wurde, wir müßten mehr Steuerbefreiungen haben, wir müßten mehr Kindergeld haben, wir müßten mehr Kindergartenplätze haben, dann sage ich Ihnen eines: Wenn eine Familie mit vier oder fünf Kindern auf 50 qm wohnt, dann nutzt der ganze Kindergartenplatz, dann nutzen auch 100 DM Wohnungsgeld mehr nichts mehr. Das entscheidende für mich ist eine vernünftige Wohnung für die kinderreiche Familie, meine Damen und Herren. Deshalb plädiere ich dafür, daß dieses erhalten bleibt.

(Beifall)

Der zweite Punkt, meine Damen und Herren. Vorhin hat Herr Pieroth gesagt: Wir wollen Vermögensbildung. Wir haben immer gesagt: Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand. Das war ein Kernstück christlich-sozialer Politik. Wenn wir dies aufgeben und Subjektförderung machen, dann können wir im Grunde genommen unsere

Thesen zur Vermögensbildung „Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand“ abschreiben.

Ich bin dafür, daß das, was so erfolgreich gewesen ist, auch in Zukunft erhalten bleibt. Deshalb bitte ich darum, daß Sie dem Antrag der Jungen Union zustimmen. - Ich bedanke mich.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster Redner spricht Dietmar Kansy, Landesverband Hannover.

Dr. Dietmar Kansy: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Auch ich spreche zu dem Punkt 88 und zu den beiden Anträgen 452 und 453 des Bundesfachausschusses für Städte- und Wohnungsbaupolitik und spreche dort für alle Kolleginnen und Kollegen dieses Bundesfachausschusses. Genauso spreche ich für die Kolleginnen und Kollegen der entsprechenden Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die ich leite.

Ich habe die gleichen Befürchtungen wie Hermann Schnipkoweit. Ich will es nur ein wenig anders einleiten. Natürlich stehen wir vor neuen Herausforderungen auch im Wohnungsbau. Wir können uns als Union nicht hinstellen und sagen: So schön, wie es bisher war, machen wir weiter. Wir brauchen nur ein paar Milliarden staatliches Geld mehr. Dies haben wir weder im Bund, noch haben wir es in den Ländern, noch werden es in absehbarer Zeit die Gemeinden haben.

Deswegen ist es eine wichtige Kernaussage und mutig, daß bei gestiegenen Wohnansprüchen die privaten Haushalte einen wachsenden Anteil ihres verfügbaren Einkommens für Wohnraum aufwenden müssen.

Aber dann kommt hinsichtlich des sozialen Wohnungsbaus, der neben der Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums und verbesserten Rahmenbedingungen des freifinanzierten Wohnungsbaus unsere dritte Säule ist, dieser Satz: „konsequent zur Subjektförderung überzugehen“.

Meine Damen und Herren, das heißt übersetzt, in dieser wohnungspolitischen Situation mit 2 bis 2 1/2 Millionen fehlender Wohnungen in Ost und West konsequent vom sozialen Wohnungsbau Abstand zu nehmen. Ich sage Ihnen: Das ist derzeit nicht möglich. Das ist blanke Theorie. Wir müssen das Instrumentarium umgestalten. Dies ist unser zweiter Antrag.

Aber wir bitten Sie dringend um Zustimmung, diesen Satz so zu formulieren, daß da steht: Wir streben an, die Objektförderung im Wohnungsbau zu vermindern - was richtig ist; wir schaffen es nicht mehr - und schrittweise zur Subjektförderung überzugehen, und zwar bei einer grundlegenden Überprüfung und Umstrukturierung des staatlichen Förderungsinstrumentariums. Das ist dringend notwendig; denn zum einen ist der soziale Wohnungsbau in vielen Bereichen nicht mehr sozial, und zum anderen ist die Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums nicht mehr zielgerichtet im Sinne der Union. Dort müssen wir Hand anlegen, aber bitte nicht zu diesem Zeitpunkt ein Totalausstieg aus dem sozialen Wohnungsbau programmieren. Das können wir und derzeit nicht leisten.

Ich bitte um Unterstützung für unsere beiden Anträge.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Wir haben noch eine Wortmeldung von Herrn Josef Merkel aus dem Landesverband Baden-Württemberg.

Josef Merkel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es wurde gerade davon gesprochen, daß man einen verstärkten sozialen Wohnungsbau will und haben sollte. Wenn man den will, dann muß man zur Subjektförderung übergehen, und zwar möglichst schnell. Wir tun so, als wenn wir nicht davon wüßten, daß eine ganze Reihe von Fehlbelegern die Wohnungen belegen, die wir an sich für sozial Schwache und kinderreiche Familien wollen. Wenn wir wirklich den Kreis unterstützen wollen, dem Wohnungen zur Verfügung gestellt werden sollen, dann müssen wir diesen Weg gehen. Ich bitte deshalb - ich spreche für den Antrag des Bundesvorstands -, daß wir das in aller Form und Deutlichkeit sagen, und nicht nur sagen, sondern auch in Bälde verwirklichen.

Ich will noch auf etwas anderes hinweisen. Im Antrag des Bundesvorstands wird davon gesprochen, daß wir den Wohnungsbau verstärken müssen und daß wir soviel wie möglich jeglicher Hindernisse beseitigen wollen. Tun wir das. Wer hindert uns daran, das zu tun? Jeder redet davon, daß wir die Dinge beschleunigen müssen, und jeder Inspektor einer Baugenehmigungsbehörde sagt genau das Gegenteil. Tun wir das Richtige, und tun wir das schnell.

(Vereinzelt Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als letzter für die Antragskommission Reinhard Göhner.

Dr. Reinhard Göhner, Antragskommission: Im Sinne des Anliegens von Herrn Schnipkoweit möchte ich vorschlagen, daß wir das, was Herr Kansy vorgetragen hat, nämlich die Anträge des Bundesausschusses Städte- und Wohnungsbaupolitik, C 452 und A 453, annehmen. Dann ist diesen Anliegen in vollem Umfang Rechnung getragen.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir haben zwei Ziffern, über die wir abstimmen. Bei Ziffer 88 beziehe ich das ein, was Kollege Göhner eben noch angemerkt hat. Ich wiederhole das jetzt nicht; Sie haben es alle gehört. Noch einmal zur Klarstellung: Wir kommen zu den Anträgen C 452 und C 453 zu Ziffer 88. Das war die vorgeschlagene Ergänzung. Wer mit diesem Vorschlag der Antragskommission einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist es so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 89 auf. Das ist die letzte Ziffer aus dem Bereich Wirtschaft und Ökologie. Wer für die Vorlage der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist auch dies so, wie die Antragskommission es vorsieht, beschlossen.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Sehr geehrte Damen und Herren, wir kommen innerhalb des dritten Kapitels jetzt zu dem Abschnitt 3, der unter der Überschrift „Soziale Gerechtigkeit sichern - Den Sozialstaat umbauen“ steht. Einführen wird hier der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Norbert Blüm. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Dr. Norbert Blüm: Meine lieben Freunde! Wenn jetzt jemand denkt, jetzt kommt die Sanitätsabteilung namens Sozialpolitik, die mit dem Verbandskasten hinter der wirtschaftlichen Entwicklung herläuft, dann hat er sich getäuscht. So verstehe ich Sozi-

apolitik nicht. Wenn es stimmt, daß Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik eine Einheit sind, dann läßt sich das auch nicht auseinanderreißen. Dann müssen im wirtschaftlichen Ansatz soziale Gesichtspunkte bereits berücksichtigt sein, und dann müssen andererseits innerhalb der Sozialpolitik sowohl die wirtschaftlichen Voraussetzungen wie die wirtschaftlichen Folgen bedacht werden.

Die Erwartung einer Arbeitsteilung, erst reden die Wirtschaftspolitiker für Wachstum und Konjunktur, und anschließend kommen diese kleinkarierten Verteilungspolitiker und verteilen das, kann und will ich heute abend nicht erfüllen, und zwar nach alter Volksweisheit: Man deckt einen Brunnen besser ab, bevor man das Kind, das hineinfällt, herausholt. Genauso ist es mit einer sozialen Wirtschaftspolitik, die soziale Schäden vermeidet und nicht erst nachträglich repariert. Das ist teurer und inhumaner. Andererseits - auch dafür eine Volksweisheit -, besonders für den Mittelstand: Man kann die Kuh nicht schlachten, die man anschließend melken will. So dumm ist kein Bauer - ich grüße alle Bauern -, und so dumm sind auch die Sozialpolitiker nicht.

Was die Soziale Marktwirtschaft in dem Wort „sozial“ vorzutragen hat, ist nicht so ein bißchen sozialer Klimbim zum Kapitalismus, nicht das Lametta zur Marktwirtschaft, nicht die Vanillesoße zur Wettbewerbswirtschaft, sondern integraler Bestandteil. So habe ich die Soziale Marktwirtschaft auch immer verstanden: gleich weiten Abstand zum Kapitalismus wie Sozialismus halten. Verloren hat der Sozialismus. Gewonnen hat nicht der Kapitalismus. Beides, alles Ladenhüter aus dem 19. Jahrhundert, haben die großen Sehnsüchte der Menschen nach Freiheit und Gerechtigkeit nicht erfüllen können. Die großen Enttäuschungen des 19. Jahrhunderts waren, daß weder der Sozialismus noch der Kapitalismus die Erwartungen erfüllt hat. Deshalb hat die Soziale Marktwirtschaft auf den Trümmern der Schlachtfelder des 19. Jahrhunderts eine Chance wie nie zuvor. Gleichwohl gebe ich zu, daß es in den Schützengräben immer noch Leute gibt, die durch die Gegend ballern, und es ist gar kein Gegner mehr da.

Die Fehler des Kapitalismus wie Sozialismus basieren auf einem falschen Menschenbild. Sie erklären eine Teilwahrheit für die ganze Wahrheit. Der Kapitalismus und die ihm zugrundeliegende Idee des Uraltliberalismus erklärt das Individuum zum ein und alles. Der Sozialismus macht den entgegengesetzten Fehler. Er erklärt das Sozialwesen, das Kollektiv zum ein und alles. Beides sind Teilwahrheiten.

Unser Menschenbild integriert den Menschen als unverwechselbar einzelnen - das ist die individuelle Seite -, aber ebenso seine soziale Verpflichtung. Kein anderes Lebewesen, kein Tier ist so auf Soziales und Kultur angewiesen wie der Mensch. Er wird ohne Kultur und ohne Soziales überhaupt nicht Mensch.

Insofern ist sehr richtig, daß das Programm, das wir hier vortragen, schon in den Einleitungskapiteln nicht mit dem Entweder-Oder arbeitet. Vielmehr heißt das Binde-
wort der Sozialen Marktwirtschaft „und“: Leistung u n d soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb u n d Solidarität, Eigenverantwortung u n d soziale Sicherheit.

An Hand der - ich bin ganz taufrißlich auf der Höhe des Beschlusses dieses Parteitag - von Ihnen gerade beschlossenen gleichen Grundlagen für Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik versuche ich jetzt, einige aktuelle Probleme im Grundsatzprogramm darzustellen. Um es ganz deutlich zu machen: Ich weigere mich, die Sozialpolitik als Anhängsel an die Wirtschaftspolitik darzustellen. Sie hat die gleichen Prinzipien wie die Wirtschaftspolitik: Leistung und soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb und Solidarität, Eigenverantwortung und soziale Sicherheit.

Fangen wir mit dem Wort „Leistung“ an. Da komme ich mit dem häufig verwendeten und schon fast abgelutschten Slogan „Leistung muß sich wieder lohnen“. Den wollen wir jetzt einmal von diesem abgeschmirkelten Verständnis herunterholen und einmal fragen, was es bedeutet. Es muß bedeuten, daß Anstrengung einen Anreiz braucht. Wenn sie keinen Anreiz hat, kann man nur mit Strafen arbeiten. Man hat nur zwei Möglichkeiten: entweder die Leistung anzureizen oder die Nichtleistung zu bestrafen.

Da bleibe ich bei dem alten pädagogischen Grundsatz, der schon bei mir wie auch bei meinen Kindern mehr gefruchtet hat: Mit Belohnung kann man eher etwas erreichen als mit der Androhung von Strafen. Mit Strafen haben mich meine Mutter und mein Vater nie in Bewegung gesetzt, wohl aber mit einem kleinen Versprechen. Auf diese Weise bin ich ein relativ anständiger Mensch geworden.

Diesem doch eigentlich optimistischen Menschenbild folgt die Soziale Marktwirtschaft. Es gibt nur die Möglichkeit, entweder Leistung zu belohnen oder mit Zwang zu arbeiten. Was ist euch lieber? Uns, der CDU, ist Belohnung lieber. Deshalb muß im Sozialstaat Lohn immer höher sein als Lohnersatz, muß Lohnersatz immer höher sein als Fürsorge.

(Beifall)

Wenn ein Lohnersatz, abgeleitet von der Entlohnung, durch Beiträge finanziert - Arbeitslosengeld, Krankengeld, Rente -, höher als der Lohn ist, brauche ich mich auch nicht anzustrengen. Dann kann ich mich gleich in die soziale Sicherheit begeben und dort zur Ruhe setzen. Diesen Abstand haben wir auch auf Grund, wie ich zugebe, harter Konsolidierungsmaßnahmen einigermaßen gehalten.

Der Abstand zwischen Lohnersatz und Sozialhilfe hingegen stimmt nicht. Es gibt eigentlich nur eine einzige Konstellation, bei der die Sozialhilfe niedriger ist als das Arbeitslosengeld. Das ist bei den Alleinstehenden ohne Kinder so. Ich gebe zu, daß der Defekt auch darin besteht, daß die Sozialhilfe die Familienleistungen höher bewertet, als es in der allgemeinen Familienpolitik der Fall ist, was aus meiner Sicht eine schreiende Ungerechtigkeit ist.

(Beifall)

Ich füge auch hinzu, warum ich - wiederum traditionell christlich - das Leistungsprinzip, die Leistungsgerechtigkeit so betone. Es handelt sich dabei um ein ungeheuer emanzipatives Element. Es bewahrt uns davor, den Staat zu bitten, uns zu helfen. Leistungen mit Ansprüchen zu verbinden, die auf eigenen Leistungen basieren, ist etwas anderes als staatliche Zuteilung.

Damit bin ich gleich bei einem aktuellen Thema. Bei Grundrente oder lohnbezogener Rente geht es in erster Linie nicht um einen Unterschied, in Mark und Pfennig. Es ist ein prinzipieller Unterschied, ob ich meine Rente als Alterslohn für Lebensleistung oder als staatliche Zuteilung, als Schlag aus der staatlichen Gulaschkanone beziehe. Ich verteidige mit Zähnen und Klauen die leistungs- und lohnbezogene Rente.

(Beifall)

Gerechtigkeit und Barmherzigkeit sind zwei angesehene christliche Sozialprinzipien. Eine Welt ohne Barmherzigkeit wäre schlimm. Ich warne aber davor, die Gerechtigkeit vorschnell durch Barmherzigkeit zu ersetzen. Zunächst geht es darum, den Anspruch des einzelnen, den er sich durch Arbeit erworben hat, zu erhalten. Es ist allen Versuchungen, selbst wenn sie aus den eigenen Reihen kommen, zu widerstehen,

eine Grundrente einzuführen. Machen wir es kurz: Eine Grundrente gibt es nur über meine politische Leiche.

(Beifall)

Sie brauchen keine Angst zu haben: Ich begehe keinen Selbstmord. Ich habe von einer politischen Leiche gesprochen. Ich sage das nur, damit es zu keinen Falschmeldungen kommt. 1 200 DM Grundrente - „hurra“ scheien die Leute. Ich frage: Wieso „hurra“? Soll diese Grundrente jeder bekommen, auch die Millionäre? - Nein, um Gottes willen, die Millionäre nicht! - Also nehmen wir eine Bedürfnisprüfung vor. Das haben wir schon bei der Sozialhilfe.

Rente hat mit Armut und Existenzsicherung nichts zu tun. Rente hat sich jemand durch Beitrag und Arbeit erworben.

(Beifall)

Für 1 200 DM Rente muß ein Durchschnittsverdiener 27 Jahre lang arbeiten. Ich frage Sie: Warum sollte er 27 Jahre lang arbeiten und Beitrag zahlen, wenn er auch ohne Arbeit 1 200 DM Rente bekommt? Das ist eine Aussteigerprämie. Gegen so etwas bin ich.

(Beifall)

Sie müssen immer nach Anreiz oder Strafe fragen. Wenn Sie keinen Anreiz geben, müssen Sie strafen, müssen Sie Zwang anwenden. Das lohnbezogene System gilt in guten wie in schlechten Zeiten. Nettolohnbezogene Rente heißt: Die Rente folgt den Nettolöhnen des vorhergehenden Jahres. Alt und jung sitzen dabei in einem Boot. Wenn die Steuern und die Abgaben steigen, kann auch die Rente nicht so hoch sein. Bei der nettolohnbezogenen Rente - insofern besteht ein Unterschied zur Staatsrente - hat der Staat nichts hereinzufummeln. Wie es ist, wenn der Staat in die Rente hereinfummelt, konnten unsere Mitbürger in der früheren DDR erleben. Wenn Honcker gute Laune hatte, hat er Apfelsinen verteilt oder die Renten erhöht. So ist das Gott sei Dank in unserem gemeinsamen Sozialstaat nicht. Die Rente folgt ohne staatliche Intervention - keine Willkür, keine Lust und Laune - den Löhnen. Wenn die Rente aus dem Staatshaushalt finanziert wird, müssen die Rentner jedes Jahr Angst haben, ob für sie auch etwas übrigbleibt. Sie müssen sich in den Verteilungskampf mit Straßenbau, Bildung und anderen Bereichen hineinbegeben.

Es bleibt bei der lohnbezogenen Rente. Hier ist unter Beifall gesagt worden, man dürfe kein Tabu errichten. Ich errichte kein Tabu. Es bleibt einfach bei unserer Zusage. Ich verstehe unter Kreativität nicht, daß wir alle 24 Stunden einen neuen Vorschlag machen und erst zufrieden sind, wenn wir alle in Unsicherheit gestürzt haben. Diese Feuerwerkspolitik mache ich nicht mit.

(Beifall)

Es ist nämlich wie beim Feuerwerk: Raketen schießen in die Höhe, es folgt ein großes Aaah, es knallt, aber es bleibt nichts übrig als ein schlechter Geruch. Die Nacht ist danach so dunkel wie vorher. Ich bleibe dabei: In der Sozialpolitik muß es Berechenbarkeit und Ausdauer geben.

(Beifall)

Es hat nichts mit Tabuisieren zu tun, wenn man sein Versprechen hält. Liebe Freunde, die Welt ist in Umbrüchen. Wir müssen nicht alles auf den Kopf stellen. Es muß

Verlässlichkeit geben. Wir haben es mit einer Generation zu tun, in der manche zwei Weltkriege mitgemacht haben. Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in den neuen Bundesländern haben zwei Diktaturen erlebt. Laßt die Rentner in Ruhe. Für uns gilt: Die lohnbezogene Rente bleibt erhalten. Für mich ist das ein Versprechen. Für mich ist das eine Position, an der die CDU nie rütteln darf.

(Beifall)

Wir reden immer von Leistung und Gerechtigkeit. Freilich, wenn es um Gerechtigkeit geht, sind auch die Belastungen zu prüfen. Die Gerechtigkeit beginnt nicht erst bei der Ausgabe. Sie beginnt schon bei der Einnahme. Das leistungsbezogene System der Sozialversicherung - Rente, Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Unfallversicherung, so Gott will, demnächst auch Pflegeversicherung - muß schon daraufhin geprüft werden, was alles in es hineingehört. Es läßt sich durchaus die Frage stellen, ob wir der Sozialversicherung nicht zuviel aufgepackt haben, ob nicht manches vom Steuerzahler finanziert werden müßte. Die Bekämpfung der Armut ist, wie ich finde, die Aufgabe aller Staatsbürger. Deshalb hat Armutsbekämpfung nichts mit den Beitragszahlern, sondern etwas mit den Steuerzahlern zu tun. Deshalb muß Sozialhilfe sauber von Rente getrennt werden. Ich füge hinzu: Im Zeitalter der Computer kann man die Bänder austauschen und braucht nicht die Menschen von Schalter zu Schalter zu schicken. Organisatorisch kann man besser kooperieren. Finanziell muß aber sauber zwischen beitragsfinanzierten Leistungen und Steuermitteln getrennt werden.

Ich will auch einmal die Frage stellen, ob die bei der Bundesanstalt für Arbeit angesiedelte berufliche Bildung tatsächlich von den Beitragszahlern finanziert werden muß. Die akademische Bildung ist noch nie von Beitragszahlern finanziert worden. Wieso dann eigentlich die Bildung der Arbeitnehmer? Wieso ist die akademische Bildung etwas anderes als die berufliche Bildung?

(Beifall)

Wenn der Werkzeugmacher Norbert Blüm zum Bauzeichner umgeschult wird, bezahlt das der Beitragszahler. Wenn der Akademiker Norbert Blüm umschult und als Medizinstudent ein Zweitstudium beginnt, zahlt es der Steuerzahler. Erklären Sie mir das einmal! Welche Ratio steht dahinter? Deshalb bin ich dafür, daß wir auch bei der Bundesanstalt für Arbeit eine schärfere Trennung im Blick auf die allgemeinen Aufgaben vornehmen. Im Zusammenhang mit der deutschen Einheit hat die Bundesanstalt für Arbeit Aufgaben übernommen, die eigentlich die Allgemeinheit zu übernehmen hätte. Wir hätten dann heute - dies sei denen gesagt, die sich über die Beitragslast beschweren - um 3 % niedrigere Beiträge in der Sozialversicherung. Trotzdem handelt es sich um eine solidarische Leistung. Ich verteidige sie. Wenn ein Schiff untergeht, kann man nicht lange diskutieren, ob man die Besatzung mit Schlauchbooten oder mit einem Motorboot rettet. Sie muß einfach gerettet werden. Die Sozialversicherung war schnell, hilfsbereit und solidarisch. Sie hat damit eine ihrer größten Leistungen in den letzten hundert Jahren erbracht.

Gerechtigkeit ist ein großes Wort aus der christlichen Soziallehre. Deshalb verstehe ich mancherorts die Berührungsängste nicht. Gerechtigkeit hat nichts mit Gleichmacherei zu tun. Jedem das Seine. Es gibt in dieser Welt viel Ungerechtigkeit. Christen müssen beim Kampf gegen Ungerechtigkeit an der Spitze stehen. Die Verteilung der Güter auf dieser Erde, so wie sie ist, kann mit Sicherheit nicht als gerecht bezeichnet werden.

Zur Lohnpolitik: Solange die Gewerkschaften und Arbeitgeber in ihren Tarifverhandlungen nur über den konsumtiven Teil des volkswirtschaftlichen Ergebnisses streiten, solange kann die Idee des gerechten Lohnes nicht erfüllt werden. Denn ein Teil des volkswirtschaftlichen Ergebnisses kann gar nicht verfüttert werden. Würde es verfüttert, handelte man wie der Bauer, der das Saatgut verfüttert. Dann wäre man dumm. Also muß für die Investitionen zurückgelegt werden. Ich frage: Wieso sollen die Arbeitnehmer nicht an den Investitionen beteiligt werden, die sie mit ihrer Arbeit erwirtschaftet haben?

Der eigentliche Kontrast zum sozialistischen Kollektiveigentum ist nicht die kapitalistische Vermögenszusammenballung, sondern der eigentliche Unterschied ist die breite Streuung in Arbeitnehmerhand.

(Glocke des Tagungspräsidenten)

- Sie brauchen nicht zu schellen - ich habe trotzdem recht: breite Streuung in Arbeitnehmerhand.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich komme zum Thema Wettbewerb und Solidarität. Nur soviel zum Wettbewerb: Er ist ein klassisches, wirtschaftspolitisches Thema.

Für die Sozialpolitik füge ich hinzu: Freie Gewerkschaften gibt es nur in einer Wettbewerbsgesellschaft. In einer Staatsgesellschaft sind Gewerkschaften der Transmissionsriemen des Staates. Nur in einer Sozialen Marktwirtschaft haben Tarifautonomie und Gewerkschaften überhaupt ihren Platz.

Solidarität werden wir beweisen müssen, gerade gegenüber denjenigen, die weder die Wahlen entscheiden noch protestieren können. Ich habe schon von den Pflegebedürftigen gesprochen. Sie haben sich heute zur Ökologie erklärt. Auch das ist ein Solidaritätsbegriff, nämlich Solidarität mit der Zukunft. Das ist in der Demokratie relativ schwierig; denn die Zukunft hat keine Stimme, sie erscheint nicht an der Wahlurne. Es ist eine große Leistung, die Solidarität nicht nur auf die jetzt Lebenden, sondern auch auf die zukünftig Lebenden zu verteilen. Denen stellvertretend solidarisch zu helfen, das ist, finde ich, christliche Solidarität im besten Sinne.

(Beifall)

Wir unterscheiden unsere Solidarität von der sozialistischen durch Subsidiarität. Das ist das Gliederungsprinzip der Solidarität. Nicht die Einheitsgesellschaft, sondern die Gliederungen haben Vorfahrt. Die kleine Gemeinschaft hat Vorfahrt vor der großen Gemeinschaft. Meine Damen und Herren, ich glaube, daß die Subsidiarität, gewachsen auf dem Boden der christlichen Soziallehre, das modernste Sozialprinzip überhaupt ist. Die zentralen Gesellschaften sind nicht mehr steuerungsfähig. Wir brauchen Gliederungen, wir brauchen Selbstverwaltung. Subsidiarität ist das Steuerungs- und Gliederungsprinzip des zusammenwachsenden Europas. Die kleine Gemeinschaft hat Vorfahrt. Der Fortschrittsbegriff „Je größer, um so besser“ hat uns hundert Jahre gequält; er hat uns in die Sackgasse manövriert. Wir brauchen die kleine, überschaubare Gemeinschaft. Das ist auch der Sinn eines neuen Aufbruches für die Familienpolitik.

Den letzten Punkt, Eigenverantwortung und soziale Sicherheit, fasse ich kurz. Diese Balance muß immer wieder eingependelt werden. Das, was gestern unter sozialer Sicherheit abzudecken war, muß heute der Eigenverantwortung übergeben werden.

Umgekehrt: Was der Eigenverantwortung übergeben war, muß von der sozialen Sicherung abgedeckt werden.

Ich habe es immer als eine Schizophrenie verstanden, was wir in der Krankenversicherung alles versichern: z. B. den Zuschuß zur offenen Badekur in Höhe von 30 DM. Das ist die Spaßkur, die ich jedem gönne. Als wir die einmal um 15 DM kürzen wollten, gab es in Deutschland einen Aufstand, das abendländische Bäderwesen ist fast zusammengebrochen - wegen 15 DM Zuschuß zur offenen Badekur. Die hat der Badegast in vielen Fällen bereits um 16 Uhr mit seinem Kurschatten mit einem Pikkolo vertrunken.

(Beifall)

Darüber hat sich die Gesellschaft aufgeregt. Aber nach den 120 DM Tag für Tag im Pflegeheim kräht kein Hahn. Wegen 15 DM Geschrei, und wegen 200 DM im Pflegeheim macht niemand den Mund auf.

(Beifall)

Seid ihr eigentlich übergeschnappt? Ist diese Gesellschaft eigentlich wirklich außer Rand und Band geraten? Wir müssen die Kraft haben, neu zu bestimmen, was solidarisch ist und was in die Eigenverantwortung muß.

(Beifall)

Das verstehe ich unter Umbau.

Ich warne alle, das Wort Umbau mit „Ab“ zu schreiben; es heißt nicht Abbau. Es heißt, an einer Stelle etwas zurückzunehmen, um es an anderer Stelle - dort, wo die Not vorhanden ist - zu geben. Eigenverantwortung halte ich für ein Gebot der Stunde, weil ich glaube, daß die neue Unterdrückung nicht mehr als Befehlshaber daherkommt. Sie kommt durch einen Betreuungsstaat daher, der den Menschen alle Fragen abnimmt, der alle Probleme nach außen leitet, fremdbestimmt löst.

(Glocke des Tagungspräsidenten)

- Das ist sehr schön. Für Frau Laurien mache ich noch den Aufruf an die Eigenverantwortung gegen eine Expertengesellschaft, die dem gesunden Menschenverstand keinen Raum mehr läßt, gegen eine Expertengesellschaft, deren Credo lautet: Du bist dumm. Wir bestimmen, was deine Probleme sind. Was wir nicht als deine Probleme bestimmen, sind auch keine Probleme. Wir lösen deine Probleme. Amen. - Das ist die neue Unterdrückung. Traut euch wieder mehr zu.

(Beifall)

Deshalb ist die Arbeit für die Familie und für die Vereine angewandte Sozialpolitik. Insofern sind wir die modernste Partei, die Sozialpolitik betreibt.

(Anhaltender Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Norbert Blüm, für die engagierten, klaren Worte, und vor allen Dingen auch herzlichen Dank für die gute Politik. Er ist zwar nicht der größte, aber der beste Sozialminister, den Deutschland je hatte.

(Heiterkeit)

Dafür möchten wir uns ganz herzlich bedanken; er ist nämlich einer von uns.

(Beifall)

Gerade zu dem, was er vom Umbau gesagt hat, möchte ich sagen: Viele reden darüber, aber es gibt eben wenige, die dann, wenn die Entscheidungen anstehen, die Entscheidungen auch treffen und den Kopf dafür hinhalten. Herzlichen Dank dafür, Norbert Blüm.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bevor wir mit den Beratungen fortfahren, darf ich einen Gast begrüßen. Wir freuen uns, daß wir einen großen Musiker, einen großen Dirigenten, einen großen Pianisten, daß wir Justus Frantz hier zu Gast haben. Wir fühlen uns sehr geehrt.

(Anhaltender Beifall)

Herr Frantz, wir begrüßen Sie als Vater, als Ideengeber, als Manager des Schleswig-Holstein-Musikfestivals und als einen großen Musiker. Wir freuen uns, daß Sie hier sind. Wir empfinden das als eine große Ehre. Wir empfinden es auch als einen wichtigen Beitrag dafür, daß Kunst und Politik nicht nebeneinander agieren, sondern daß vielleicht der eine von dem anderen noch etwas lernt. Ich denke, wir können noch ein bißchen an Kreativität, Ideen, neuem Denken lernen. Wir haben versucht, uns da in diesen Tagen ein Stückchen weiterzuentwickeln.

Wir freuen uns sehr, daß Sie hier sind. Wir danken Ihnen für das, was Sie für die Musikszene in Deutschland geleistet haben. Wir wünschen Ihnen alles Gute für Ihre zukünftigen Projekte. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Jetzt hoffen wir, daß das harmonische Ablaufen im Orchestersaal auch unser Handeln bei den Beratungen begleitet. Das ist nicht immer so gesichert.

Ich rufe die Ziffern 90 bis 91 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Sie finden die Anträge auf den Seiten 385 bis 403. Es gibt dazu keine Wortmeldung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Beides ist nicht der Fall. Damit ist die Empfehlung einstimmig beschlossen.

Wir kommen zu Ziffer 92 des Antrages; das ist Seite 403 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge C 87, C 95, C 527 bis C 536 auf den Seiten 403 bis 406 der Antragsbroschüre. Es gibt keine Wortmeldungen. Dann kommen wir auch hier zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es möglicherweise Enthaltungen? - Beides ist nicht der Fall. Dann ist auch diese Empfehlung einstimmig beschlossen.

Wir kommen zu den Ziffern 93 bis 94. Sie finden diese Anträge auf den Seiten 406 bis 417 der Broschüre. Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich bitte um Abstimmung. Wer dem zustimmt, was die Antragskommission vorschlägt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen damit zu den Anträgen der Ziffern 95 bis 96 auf den Seiten 417 bis 423. Auch hier gibt es keine Wortmeldungen. Wir können also abstimmen. Wer stimmt dem zu, was die Antragskommission hier vorschlägt? - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen damit zu den Ziffern 97 und 98 auf den Seiten 423 bis 432 der Antragsbroschüre. Dazu gibt es zwei Wortmeldungen, erstens die von Frau Schnieber-Jastram aus Hamburg, zweitens die von Herrn Christoph Kannengießer aus Nordrhein-Westfalen. Ich darf zunächst Frau Schnieber-Jastram das Wort geben.

Birgit Schnieber-Jastram: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, einmal die Seite 424 aufzuschlagen. Dort können Sie den dritten Absatz der Empfehlung der Antragskommission lesen. Dazu gibt es auf Seite 429 einen Antrag des Bundesfachausschusses Sozialpolitik, für den ich hier sprechen möchte, den Sie sich vielleicht auch einmal anschauen sollten. Ich möchte hier beantragen, daß wir im Text der Antragskommission nicht auf den zweiten Satz des Bundesfachausschusses verzichten:

Die Sozialversicherung ist Ausdruck solidarischer Eigenvorsorge.

Ich denke, in einer Zeit der Entsolidarisierung kann man gar nicht oft genug auf Solidarität hinweisen. Im Zusammenhang mit der Diskussion um den Fortbestand der Sozialversicherung ist dies im übrigen ein, wie ich denke, unentbehrlicher Hinweis.

Zum zweiten hat die Antragskommission hier einen Text vorgelegt, der nach unserer Meinung wirklich allzuviel Raum für Spekulationen läßt. Ich frage einmal: Wollen wir hier wirklich eine Diskussion um Beitragsbemessungsgrenzen eröffnen? Lassen Sie uns doch aufhören mit schwammigen Begriffen, lassen Sie uns keinen Anlaß zu Spekulationen geben. Ich beantrage, daß wir hier den Text des Bundesfachausschusses Sozialpolitik übernehmen, und bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Danke sehr. - Jetzt Herr Christoph Kannengießer, bitte.

Christoph Kannengießer: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Das mit dem „Frau Vorsitzende“ geht zu weit!

Christoph Kannengießer: Entschuldigung!

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Ich mache ja fast alles mit, aber das geht zu weit.

Christoph Kannengießer: Das war die Macht der Gewohnheit. Es haben heute so viele Damen dem Präsidium vorgesessen, daß ich mir einfach diese Formulierung angewöhnt habe.

Also: Lieber Herbert Reul! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der CDU-Kreisverband Bonn hat Probleme mit einer Formulierung in Abs. 1 der Ziffer 97, die wir für etwas mißverständlich halten. Da heißt es:

Wir treten dafür ein, grundsätzlich alle Dauerarbeitsverhältnisse der Sozialversicherungspflicht zu unterwerfen.

Was ist die Konsequenz dieses Satzes? Das heißt, wir lassen beispielsweise alle Versicherungspflichtgrenzen fallen. Das heißt, wir beziehen auch solche mit in die Solidargemeinschaft der Sozialversicherung ein, die ihrer nicht bedürfen. Das widerspricht dem Prinzip der Subsidiarität, für das Norbert Blüm vorhin so überzeugend geworben hat.

Der andere Punkt betrifft das Thema der geringfügigen Beschäftigung. Da ist das Anliegen der Antragskommission aus meiner Sicht berechtigt. Aber die Formulierung

schießt für meine Begriffe über das Ziel hinaus. Die Formulierung der Antragskommission deutet nämlich darauf hin, man wolle alle geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse zukünftig der Sozialversicherungspflicht unterwerfen. Das kann uns nicht überzeugen, denn es werden in vielen Bereichen Arbeitsplätze vernichtet, wenn wir dieser Formulierung zustimmen, Arbeitsplätze in Haushalten, wo die Arbeiten eben tatsächlich nebenher geleistet werden und wo es eine anderweitige Absicherung gibt.

Norbert Blüm, die andere Befürchtung, die es ja gibt, ist, daß die geringfügig Beschäftigten keine Beiträge zahlen und somit der Sozialhilfe zur Last fallen. Norbert Blüm möge uns hier aber einmal erklären, was 35 Jahre geringfügige Beschäftigung an Rentenanspruch bringen. Ich glaube, da bleibt man deutlich unterhalb der Sozialhilfegrenze, und deshalb denke ich, daß die Grundsatzprogrammkommission hier etwas übers Ziel hinausgeschossen ist. Wir sind daher für die Streichung dieses Satzes und machen mit dem Antrag C 603, was die geringfügige Beschäftigung angeht, einen anderen Vorschlag.

Es ist richtig, daß in gewissen Branchen das geringfügige Beschäftigungsverhältnis mißbraucht wird. Ich denke an die Gebäudereinigungswirtschaft, und ich denke auch an das sympathische Unternehmen, das uns hier mit „Kanzlerburgern“ versorgt. Hier werden natürlich in breitem Umfang geringfügige Beschäftigungsverhältnisse ausgeübt und fördern so die Wettbewerbsunfähigkeit anderer Unternehmen. Da wollen wir ein Zeichen setzen, daß dies nicht gewollt ist, und wir appellieren an den Gesetzgeber, Quotenregelungen einzuführen, d.h. in großen Unternehmen eben nur in einem bestimmten Umfang geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zuzulassen. In diesem Sinne bitten wir um Zustimmung zum Antrag C 603 des Kreisverbandes Bonn. - Vielen Dank.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Dann möchte ich zunächst für die Antragskommission Reinhard Göhner das Wort geben. Es geht also um die Anträge C 618 und C 603.

Dr. Reinhard Göhner, Antragskommission: Die Frage der Sozialversicherungspflicht und der sozialversicherungsfreien Arbeitsverhältnisse ist eine inhaltliche Streitfrage. Hier hat die Antragskommission festgelegt, daß wir dafür eintreten, grundsätzlich alle Dauerarbeitsverhältnisse der Sozialversicherungspflicht zu unterwerfen.

(Zustimmung)

Da kann man anderer Auffassung sein; das räume ich ein. Wir meinen aber, daß es auch im Sinne der Einforderung von Solidarität notwendig ist, dies doch zu fordern, wie es hier - das gebe ich zu - mit einiger Rigorosität geschieht.

Was den Antrag des Bundesfachausschusses Sozialpolitik angeht, möchte ich darauf hinweisen, daß wir ihn teilweise übernommen haben. Der Antrag C 618 beginnt ja mit der Feststellung:

Wir halten an der gegliederten sozialen Sicherung fest, weil sie sich bewährt hat.

Das finden Sie wörtlich im dritten Absatz der Empfehlung der Antragskommission. Und die Schlußfeststellung, nämlich daß wir die Sozialversicherung finanziell von den Aufgaben befreien, die gesamtstaatlicher Natur sind, finden Sie in Ziffer 98. Deshalb

meinen wir, daß diesen beiden Belangen bereits in vollem Umfange Rechnung getragen ist.

Liebe Freunde, den Satz

„Die Sozialversicherung ist Ausdruck solidarischer Eigenvorsorge“

halte ich für mißverständlich. Wo wir von Eigenvorsorge reden, meinen wir nicht die gemeinschaftlich-kollektive im Sozialversicherungssystem. Deshalb bitte ich Sie, der Empfehlung der Antragskommission zu folgen, die in den beiden anderen Punkten diesem Anliegen bereits Rechnung getragen hat.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! - Dann darf ich Ziffer 97 und die beiden Anträge dazu sowie den Vorschlag der Antragskommission in der Formulierung, die Reinhard Göhner jetzt vorgeschlagen hat, zur Abstimmung stellen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Fünf Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine. Damit ist mit großer Mehrheit so beschlossen worden.

Wir kommen zu Ziffer 98 in der Fassung der Antragskommission auf den Seiten 429 und 430. Es gibt dazu keine Wortmeldungen. Darf ich fragen, wer dem zustimmt? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Keiner. Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 99 auf Seite 433 der Antragsbroschüre auf. Es liegt eine Wortmeldung von Dr. Hans Geisler, Sachsen, vor. Ich darf ihm das Wort geben.

Dr. Hans Geisler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte im Zusammenhang mit Ziffer 99, die jetzt aufgerufen ist, kurz einiges zu dem Antrag C 649 auf Seite 435 sagen. Der Leitantrag hält an der Beitragsbezogenheit der Rente fest. Die Rentenanwartschaft wird durch den in Mark und Pfennig erbrachten Beitrag begründet. Damit ist vorgezeichnet, daß die von uns allen beabsichtigte stärkere Anerkennung der Erziehungszeiten und der Erziehungsleistung nicht integraler Bestandteil des Rentenrechts werden kann, sondern strukturell doch eher ein Fremdkörper bleibt, der dem Rentenrecht angeheftet würde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jede stärkere Anerkennung der Erziehungszeiten ist ein Fortschritt. Wir gehen einen Schritt weiter, als der Leitantrag in diesem Punkt vorsieht. Bei oberflächlicher Betrachtung enthält unsere Formulierung eine minimale Änderung. In Wirklichkeit geht es uns darum, zum Ausdruck zu bringen, daß der Mehrgenerationenvertrag durch Beitragszahlung allein nicht erfüllt werden kann. Gleichzeitig, neben der Beitragszahlung, besteht der Beitrag darin, daß eine neue Beitragszahlergeneration heranwächst. Unser Vorschlag nimmt der elterlichen Erziehungsleistung den Charakter eines Attributs, eines schmückenden Beiwerks. Es soll die Erziehungsleistung im Rentensystem integriert werden.

Sie wird wie die Beitragszahlung zu einem essentiellen Bestandteil der Rentenversicherung. Wenn dies umgesetzt wird, wenn Erziehungszeit wie der in Geld erbrachte Beitrag die Vorleistung ist, die die Rentenanwartschaft sichert, dann erst wird die Erziehungsleistung auch im Bewußtsein der Versichertengemeinschaft richtig eingeordnet - so wie wir es alle wünschen.

Meine Damen und Herren, die Formel lautet: „Die Rente folgt dem Lohn.“ Ich möchte die Formel bringen: „Die Rente folgt dem Beitrag.“ Dabei verstehe ich unter Beitrag zum einen Geld, den Prozentsatz vom Bruttoverdienst, und zum anderen Beitrag durch Kindererziehung, Sorge für die künftigen Beitragszahler. Mit anderen Worten:

Kindererziehung soll nicht nur stärker als bisher als Beitragsleistung anerkannt werden, sie soll ohne Wenn und Aber als Beitragsleistung gelten.

Ich bitte deswegen, unserem Antrag C 649 zu folgen und nicht dem von der Antragskommission veränderten Wortlaut.

(Glocke des Tagungspräsidiums)

Mir ist gesagt worden, daß diesem unter Umständen von der Antragskommission entsprochen würde. Wenn das der Fall sein sollte, würde ich den Antrag dahingehend ergänzen, daß im ersten Satz des zweiten Absatzes das Wort „damit“ gestrichen wird. Dann würde es lauten: „Die Rentenversicherung muß beitrags- und leistungsbezogen bleiben.“

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Danke. - Als nächster hat Christian Schwarz-Schilling das Wort.

Dr. Christian Schwarz-Schilling: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Bei einem Grundsatzprogramm sprechen wir über die langfristige Politik. Es ist richtig, wir sollen bei unseren Überlegungen immer daran denken, daß die Rentner von heute nicht verunsichert werden. Das will keiner, das braucht auch keiner. Ein völlig anderer Punkt ist, wie wir den Leuten, die heute zwischen 20 und 40 Jahre alt sind, klarmachen, daß sie, wenn sie in das Pensionsalter kommen, in der Lage sein werden, entsprechend ihren Beitragsleistungen Renten zu beziehen.

Wir sehen sehr deutlich, daß wir durch die demographische Entwicklung plötzlich eine riesige Delle bekommen, weil wir eben in Wirklichkeit zwei Beitragsleistungen haben - die monetäre Beitragsleistung, die durch die entsprechenden Arbeitsverhältnisse geschaffen wird, und die generative Beitragsleistung, die durch Kinder geschaffen wird. Solange man davon ausgehen konnte, daß die Generationen in etwa gleich sind, brauchte man über diesen zweiten Beitrag nicht zu reden, aber wenn es sich so dramatisch verändert, daß zu Beginn dieses Jahrhunderts eine Familie noch vier Kinder im Durchschnitt hatte und heute eine Familie statistisch 1,1 Kinder hat, dann ändert sich etwas in diesem Generationenvertrag; denn dieses statistische 1,1 Kind wird nicht in der Lage sein, das entsprechende Aufkommen aus Arbeitsleistungen zu erbringen, das die ältere Generation als Anspruch sich selbst erarbeitet hat.

Wenn man das sieht, dann darf man nicht so lange warten, bis sozusagen die Lokomotive auf den Puffer gestoßen ist, sondern man muß von vornherein die nächsten 20, 30 Jahre sehen. Man kann auch nicht sagen, darüber braucht man nicht nachzudenken. Weiß man, was in den 20 Jahren alles passiert? Bei drei Generationen ist die Frage, wie einer, der im Jahre 2015 oder 2020 Rente bezieht, bereits für den heute 40jährigen, 45jährigen, 50jährigen eine aktuelle Frage.

(Glocke des Tagungspräsidiums)

Von daher gesehen würde ich den Antrag sowohl der Jungen Union als auch den, für den eben mein Vorredner gesprochen hat, lebhaftest unterstützen, denn er ist die Weichenstellung, die der jungen Generation eine Aussicht gibt, daß die Ungerechtigkeit, daß diejenigen, die heute viele Kinder haben, dadurch sehr stark zu leiden haben,

weil sie ganz andere Ausgaben haben, und dann auch noch für diejenigen aufkommen müssen, die ohne Kinder die höchsten Rentenansprüche erworben haben.

(Beifall)

Das kann doch wohl nicht die Wahrheit sein.

Ich möchte hier zum Abschluß nur noch ein Wort an den Arbeitsminister sagen. Ich möchte endlich zwei Dinge hier klarstellen: Diesem Vorschlag liegt nicht eine Trennung von der Beitragsleistung zugrunde, weil es eine Fiktion ist, daß die Beitragsleistung nur eine monetäre ist. Das ganze System funktioniert nur durch beide Beitragsleistungen. Wir brauchten über die zweite solange nicht zu reden, als sie selbstverständlich den statistischen Durchschnitt erbrachte. Da sich dies aber gravierend geändert hat und sich auch nicht mehr reparieren läßt, weil die ganze Tendenz bleibt, muß dieser zweite Beitrag in entsprechender Weise berücksichtigt werden. Wenn wir das schon etwas früher gemacht hätten, hätten wir uns heute auch nicht über den Vorschlag von Frau Rönsch aufregen müssen, denn dann wäre dieses Problem innerhalb der Situation gelöst worden.

(Glocke des Tagungspräsidiums)

Ich habe ja hier auch von der Bundestagspräsidentin gehört, daß die Frage der Kinder in bezug auf das Rentensystem durchaus als eine offene Frage angesehen wird. Ich wäre froh gewesen, wenn wir im Jahre 1988 das grundsätzlich angepackt hätten, denn dann brauchten wir uns heute darüber nicht mehr zu unterhalten.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Christian Schwarz-Schilling. Das Wort hat jetzt Bundesminister Blüm.

Dr. Norbert Blüm: Der Klarheit wegen widerspreche ich diesen Vorschlägen mit großer Energie. Die Kinder spielen in der Rentenversicherung bei den Erziehungszeiten eine Rolle. Gott sei Dank haben wir diese Erziehungszeiten eingeführt und mit der Rentenreform pro Kind auf drei Jahre ausgedehnt. Diese Kindererziehungszeiten werden aus dem Bundeszuschuß von allen Steuerzahlern finanziert. Wenn man an der Beitragsseite beginnt, hat man gar nicht die Gewähr dafür, daß die Kinder der Eltern, die ihrer Kinder wegen einen niedrigeren Beitrag zahlen, anschließend auch Beitragszahler in der Rentenversicherung werden. Die werden vielleicht Beamte oder werden Selbständige. Dieser Kreis ist überhaupt nicht geschlossen.

Zweitens. Es ist relativ schwer, von der Lohnbezogenheit Abstand zu nehmen. Sie ist das Einfallstor für Manipulation. Es muß festgesetzt werden. Ich bleibe dabei: So wie es keinen Familienlohn gibt - kein Arbeitgeber zahlt nach Kinderzahl -, so bin ich auch nicht für eine Beitragsstaffelung nach Kindern. Das wäre allerdings voller Schwierigkeiten: Was machen wir, wenn beide Elternteile Beitrag zahlen? - Bekommt es dann nur der eine. Wenn ja, dann muß der andere um so mehr bezahlen. Wie ist es: Zahlen wir von der Geburt des Kindes an? - Dann - so würde ich sagen - ist es am besten, mit 15 Jahren Kinder zu bekommen. Das ist also voller Komplikationen. Und es ist das Ende der Lohnbezogenheit, die jedoch die größte Verlässlichkeit für Rentner ist.

Ich bin wie Sie für eine intensive, starke Familienpolitik, aber nicht für alles auf den Lastesel Rentenversicherung. Der bricht sonst nämlich zusammen.

(Beifall)

Deshalb bin ich für Klarheit, für die Lohnbezogenheit der Rente, für die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten, bezahlt von den Steuerzahlern durch den Bundeszuschuß und nicht von den Beitragszahlern.

Was im übrigen die Zukunftsentwicklung anbelangt, so hat unsere Rentenversicherung in 100 Jahren alle Katastrophen überstanden - zwei Weltkriege, zwei Inflationen. Im übrigen spielt - lieber Christian Schwarz-Schilling! - nicht nur die Kinderzahl für die Rentensicherheit eine Rolle, denn sonst müßte man im Senegal eine hervorragende Alterssicherheit haben. Die Frage, ob Arbeit für alle da ist, spielt die entscheidende Rolle. Die entscheidende Frage ist, ob wir Arbeit für alle haben. Und richtig ist auch, daß allein die Erhöhung des Lebensalters, also der Beitragszeit, der Lebensarbeitszeit, allein bei einem Jahr 16 Milliarden DM Mehreinnahmen bringt.

(Glocke des Tagungspräsidiums)

Richtig ist auch, daß die „Altersverschrottung“, die die Gesellschaft heute betreibt - mit 55 Jahren in Rente gehen -, inhuman ist, gegen die Rentensicherheit ist. Deshalb ist das der falsche Weg.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Weil keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Ziffer 99. Dazu gehören die Anträge B 182, C 71, C 82, C 86, C 88, C 93, C 96 und C 639 bis C 676. Die Fassung der Antragskommission liegt Ihnen vor. Wer dieser Fassung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Das sind wenige Gegenstimmen. - Gibt es Enthaltungen? - Keine! - Damit ist der Antrag in der Form beschlossen.

Wir kommen zu den Ziffern 100 bis 102. Sie finden das auf den Seiten 439 bis 449 der Antragsbroschüre.

Zur Ziffer 100 liegt eine Wortmeldung vor, und zwar von Herrn Prof. Dr. Henningsen.

Prof. Dr. Bodo Henningsen: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Ziffer 100, und zwar auf den ersten Absatz richten. Ich tue das mit der Hoffnung, daß wir zusammen unsere Grundsatzkommission überzeugen können, einige kleine Änderungen, die aber doch Inhalt haben, hier vorzunehmen, damit der Antrag ansonsten angenommen werden kann.

Zunächst einmal zum Satz 4: Der Satz 4 im ersten Absatz lautet: „Die Krankenversicherung selbst kann grundsätzlich von privaten Trägern übernommen werden“. Die Antragskommission hat einen dazu vorliegenden Antrag abgelehnt.

Ich meine mit Recht, und wir sollten in diesem Punkt der Antragskommission folgen. Denn wer Konkurrenz unter den Leistungsanbietern will, wird dies durch private Träger besser erreichen können. Im übrigen Programm sprechen wir davon, daß wir Konkurrenz wollen. Also folgen Sie bitte für Satz 4 dem Votum der Antragskommission.

Zu den anderen Sätzen: Zu Abs. 1 haben wir im Landesarbeitskreis Gesundheit in Schleswig-Holstein eine andere Meinung gebildet. Der zweite Satz fängt sehr schlagkräftig an: „Die Chancen, gesund zu bleiben oder zu werden, müssen für jeden gleich

groß sein“. Das hört sich toll an, aber aus medizinischer Sicht ist das schlichtweg nicht erreichbar.

Das geht biologisch gar nicht. Die Chancen, gesund zu bleiben oder gesund zu werden, sind schon genetisch unterschiedlich. Wir können das so nicht stehen lassen. Jeder wird uns sagen: Ihr folgt dort utopischen Vorstellungen. Denken Sie nur an Bluthochdruck, Gallensteinleiden, erbliche Faktoren. Das wird immer von Mensch zu Mensch unterschiedlich sein.

Wir haben deshalb einen anderen Satz vorgeschlagen, der lautet: Medizinisch sinnvolle und notwendige Behandlung muß in allen Lebensstufen unabhängig von Einkommen usw. sichergestellt werden. Ich meine, das ist logisch, und dem müßte man folgen können.

Der nächste Satz zum staatlichen Regelungsbedarf lautet im Text der Kommission: „Hierdurch ergibt sich staatlicher Regelungsbedarf“.

Der Bundeskanzler hat gestern überzeugend davon gesprochen, daß wir Überregulierungen abschaffen müssen. Herr Hintze hat heute vehement die Verkleinerung der Verwaltung und der Apparate gefordert.

Ich bitte Sie, sorgen Sie dafür, daß die Initiative derjenigen, die im Gesundheitswesen tätig sind, nicht gefesselt wird. Wir haben deshalb den Satz vorgeschlagen: Staatlicher Regelungsbedarf bezieht sich vorrangig auf die Rahmenbedingungen.

Nun zu einem letzten Punkt. Ich spreche zu mehreren Anträgen. Ich glaube, ich darf deswegen noch eine Minute Ihrer Zeit beanspruchen. Der letzte Satz lautet: „Freie Arztwahl und freiberufliche Ärzte gehören zum Kern eines freiheitlichen Gesundheitswesens“. Wir meinen: Angemessene Handlungsfreiheit für Ärzte, Zahnärzte und Apotheker sollte hier genannt werden. Denn unser Gesundheitswesen, so wie es ist, ist weltweit anerkannt.

Es ist dadurch erfolgreich geworden, daß die private Initiative frei war, und zwar die Initiative von Ärzten, Zahnärzten und Apothekern. Erhalten Sie diesen die Möglichkeiten.

Die genannten Berufsgruppen sind Angehörige des Mittelstandes, den unser Bundeskanzler gestern erst wieder in seiner Bedeutung beschrieben hat. Es kann nicht falsch sein, sie, die landauf und landab die Leistung bringen, auch in unserem Programm einmal zu benennen. Bitte unterstützen Sie die Anträge des Landesverbandes Schleswig-Holstein. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Es waren zwei Vorschläge, C 680 und C 681. Ich gebe jetzt dem Vorsitzenden der Grundsatzkommission das Wort.

Dr. Reinhard Göhner, Antragskommission: Wir möchten Ihnen empfehlen, den Satz 2 des Antrags C 680, staatlicher Regelungsbedarf, zu übernehmen, anstelle des Satzes in der Ziffer 100, Abs. 1, der Empfehlung der Antragskommission. Dieser Satz heißt bisher: „Hierdurch ergibt sich staatlicher Regelungsbedarf“. Der Vorschlag Schleswig-Holsteins lautet: Staatlicher Regelungsbedarf bezieht sich vorrangig auf die Rahmenbedingungen.

In der Tat war der Zusammenhang des Satzes der Antragskommission mißverständlich. Wir bitten um Annahme in dieser Form.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Wir stimmen über die Ziffer 100 in der Fassung der Antragskommission, ergänzt durch das, was Reinhard Göhner vorgeschlagen hat, ab. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist so beschlossen.

Ziffer 101, Ziffer 102 und Ziffer 103: Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Wir können dann, so schlage ich vor, alle drei Ziffern gemeinsam verabschieden. Wer dem in der Fassung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Das ist dann so beschlossen.

Damit haben wir das Ende der Beschlußfassung über das Kapitel III unseres neuen Grundsatzprogramms erreicht. Das ist schon etwas. Ich will Ihnen eine gute und eine schlechte Nachricht mitteilen. Wir haben damit zwei Drittel des Programms beschlossen, allerdings auch noch ein Drittel vor uns. Das sollte uns dazu zwingen, noch ein Stück engagierter und kürzer zu diskutieren. Ich danke allen, die bisher mitgemacht haben. Damit der nächste Redner nun sein Recht bekommt, und die Präsidentin ansprechen kann, übergebe ich das Präsidium an Cornelia Yzer.

Cornelia Yzer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, im Rahmen des Tagesordnungspunkts 15 kommen wir jetzt zum Kapitel IV des Entwurfs. Das Kapitel trägt die Überschrift: „Für einen freiheitlichen Staat“. Zu einer Einführung in den grundlegenden Abschnitt, die Demokratie festigen, erteile ich jetzt Herrn Prof. Dr. Rupert Scholz das Wort.

Prof. Dr. Rupert Scholz: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes verfügt Deutschland über einen voll souveränen, nicht mehr geteilten Staat, zu dem es sich bekennen heißt. Bekenntnis zu unserem Staat heißt Bekenntnis zur staatlich politischen Verantwortung der Bürger, heißt Bekenntnis zur staatlichen Identität der Deutschen in ihrem Staat und heißt zugleich Bekenntnis zur Offenheit gegenüber supranationaler, das heißt europäischer Integration, und auch gegenüber internationaler Verantwortung, die Deutschland heute in ungleich höherem Maße als früher solidarisch im Rahmen unserer Bündnissysteme mit wahrzunehmen hat.

Der Staat ist nicht nur eine Dienstleistungsagentur der Gesellschaft. Jeder demokratische Staat beruht auf der Gemeinschaft freier und mündiger Bürger, ohne daß dem Staat Allmacht zukäme und ohne daß die Gesellschaft den Staat und die staatliche Verantwortung für das Gemeinwohl infragestellen oder gar paralysieren dürfte.

In diesem Sinne bekennt sich der Entwurf unseres neuen Grundsatzprogramms zum freiheitlichen Staat und zur Sicherung der Freiheitsrechte der Bürger. Das Programm bejaht und bekennt sich zum demokratischen Rechtsstaat, zur Sicherung der Grundrechte, zur Gewaltenteilung, zur Unabhängigkeit der Gerichte, zur Unabhängigkeit der Justiz und insgesamt zur Gesetz- und Verfassungsmäßigkeit aller Staatsgewalten.

Nur der demokratische Rechtsstaat schützt die Schwächeren vor der Willkür der Stärkeren und alle gemeinsam vor der Allmacht des Staates, vor jedem Übermaß staatlicher Zuständigkeiten und vor allem vor jeder Form totalitärer Herrschaft. In diesem Sinne bedingt der freiheitliche Rechtsstaat nach unserem Verständnis das Gewaltmonopol des Staates. Dazu wird Manfred Kanther nachher noch einiges deutlich, wie es nötig ist, sagen.

Rechtssicherheit und Handlungsfähigkeit eines aktiven und wehrhaften Rechtsstaates und, danebenstehend, die prinzipielle Subsidiarität aller staatlichen Zuständigkeiten im Verhältnis zur Freiheit, im Verhältnis zur gesellschaftlichen Selbstverantwortung: Das sind die Grundprinzipien dieses Staatsverständnisses der Union.

Bürgerliche Selbstverantwortung und staatliche Sozialverantwortung, verstanden vor allem als Hilfe zur Selbsthilfe sowie als staatliche Unterstützung des sozial Schwächeren, bedingen einander wechselseitig. Auch dies ist für die Union seit jeher selbstverständlich. Deshalb ist die Union sowohl liberale, als auch soziale Volkspartei.

Gerade hierin unterscheiden wir uns von den Sozialdemokraten, die nach wie vor den sozialistischen - oder nennen wir sie: postsozialistischen - Träumereien vom allmächtigen, alleinseligmachenden Staat nachhängen und die es also nach wie vor nicht verstanden haben, verfassungsgarantierte Liberalität und ebenso verfassungsgarantierte Sozialität in ein politisch tragfähiges, leistungsfähiges, überzeugendes Verhältnis des Miteinander zu bringen. Liberalität und Sozialität: Sie bestimmen unser Staatswesen, sie bestimmen unser Staatsbild.

Sozialität bedeutet aber nicht, daß der Staat den Bürger bevormunden, daß er beanspruchen darf, letztendlich über alle Perspektiven individueller wie gesellschaftlicher Selbstentfaltung, Selbstverwirklichung zu entscheiden. Dies alles liegt nach unserem Verständnis zunächst beim Bürger selbst, liegt in der gesellschaftlichen Autonomie eingeschlossen. In diesem Sinne bedeutet auch Sozialstaatlichkeit nach unserem Verständnis Subsidiarität überall dort, wo gesellschaftliche Selbstverantwortung leistungsfähig ist, und Solidarität aller für die Schwächeren, wo es nottut, wo es ebenso gefordert ist.

Liebe Freunde, unser staatliches Gemeinwesen in unserem Verständnis eröffnet jedem Bürger die Chance und das Recht auf Teilhabe und Identifikation. Gerade gegenüber einer freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft, wie es unsere Gesellschaft ist und wie wir sie bejahen, bedarf es der staatlichen Verantwortung, der staatlichen Integration und der entsprechend übergreifenden gemeinwohlgebundenen Identifikation aller Bürger in und für ihren Staat.

Der Staat ist der Freiheit seiner Bürger verpflichtet. Freiheit bedeutet aber ebenso gemeinschaftsgebundene wie sozialetisch verantwortliche Liberalität und nicht bindungslose, verantwortungslose Libertinage, wie sie vor allem von jenen verfochten wird, die nach wie vor den Staat zu diskreditieren, ja zu paralysieren suchen. Vieles vom Erbe der 68er Generation bestimmt nach wie vor die Politik und die Programmatik der SPD. Für die Union ist dies alles weder politisch noch rechtlich und letztendlich auch ethisch nicht akzeptabel.

Gerade nachdem wir unsere staatliche Einheit über die großartige friedliche Revolution der Menschen in der ehemaligen DDR erreichen konnten, erreichen durften, dürfen wir das Geschenk eines wirklich freiheitlichen und demokratischen Staates deutscher Nation und deutscher Einheit nicht verschenken, nicht in kleiner tagespolitischer oder gar ideologischer Münze verspielen. Heute geht es ganz entscheidend darum, die Position der Union in und für den Staat Bundesrepublik Deutschland, für unseren Verfassungsstaat, für unser freiheitlich-demokratisches und sozialstaatliches Gemeinwesen zu bestimmen und dies in klarer und überzeugender Form programmatisch festzuschreiben. Nur so geben wir den Bürgern in unserem Land die Antwort, die sie von unserem Programm erwarten. Nur so eröffnen wir als wirkliche und übergreifende Volkspartei den Bürgern die Chance, sich mit unserem demokra-

tischen Rechtsstaat, mit unserer pluralistischen Demokratie und mit unserem System parlamentarischer und vor allem repräsentativer Demokratie zu identifizieren.

Deshalb an dieser Stelle ein Wort zur parlamentarisch-repräsentativen Demokratie. Sie alle kennen die Diskussion - sie hat kürzlich auch die Verfassungsdebatte bestimmt -, in der unter der trügerischen und vielfältig mißdeutenden Formel von mehr partizipatorischer Demokratie, von mehr Bürgerbeteiligung, von Betroffendemokratie und wie immer das alles so genannt wird für plebiszitäre Elemente vor allem auch auf Bundesebene gefochten wird. Wir suchen eine demokratische Ordnung mit Bürgernähe, aber auf der anderen Seite - das gilt vor allem für die Bereiche, wo die unmittelbare Betroffenheit eben nicht vergleichbar gegeben ist, d. h. für die Bundesebene - halten wir am absoluten Primat der parlamentarischen, der repräsentativen Demokratie fest.

(Beifall)

Nur über die parlamentarische Demokratie ist die Integrations- und Steuerungsfähigkeit einer pluralistischen Gesellschaft, einer pluralistischen Demokratie zu gewährleisten, nicht über Volksentscheide. Sie polarisieren; sie kennen nur Ja oder Nein, sie kennen nur schwarz oder weiß. In einer pluralistischen Demokratie dagegen ist es oft mühsam, aber sie muß immer wieder den Weg zum Kompromiß suchen. Sie muß immer wieder den Weg zum Konsens finden. All dies ist aber nur im Verfahren der parlamentarischen Demokratie zu erreichen, wohlgernekt im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie - auch dazu bekennen wir uns -, die eine parteienstaatliche ist.

Wer das Wort von der sogenannten Parteienverdrossenheit gegen die parlamentarische Demokratie wendet, der tut nichts anderes, als einen Sargnagel in unsere Demokratie zu schlagen.

(Beifall)

In diesem Sinne ist für uns - ich darf das noch einmal unterstreichen - das Bekenntnis zum Primat der parlamentarischen, der repräsentativen Demokratie entscheidend. Nur über unseren freiheitlich-demokratischen Rechts- und Sozialstaat schaffen wir auch die politischen, die psychologischen, die ökonomischen, die kulturellen und auch die nötigen bewußtseinsmäßigen Voraussetzungen der inneren Einheit unseres wiedervereinigten Vaterlands. Im Bekenntnis zum gemeinsamen Staat und seiner identitätsstiftenden Verfassungsstaatlichkeit nach innen wie nach außen liegt die Grundlage auch der inneren Einheit Deutschlands insgesamt.

Innere Einheit Deutschlands bedeutet auch ein Bekenntnis zum Föderalismus, zur Vielfalt und zu einer Absage an jeden übersteigerten Zentralismus. Zentralismus ist in aller Regel der Einstieg in den bürgerfernen und letztendlich in den nicht demokratischen Staat. In diesem Sinne ist die Union immer die Partei des Föderalismus gewesen, und in diesem Sinne bekennt sich auch unser Grundsatzprogramm zum Föderalismus, zum Verfassungsstaat föderativer Struktur, der uns mehr Demokratie, mehr Bürgernähe, mehr Freiheit, mehr Dezentralität gewährleistet.

Meine Damen und Herren, das geteilte Deutschland verfügte bekanntlich über keine volle souveräne Staatlichkeit. Dennoch ist es uns gelungen, in der alten Bundesrepublik sehr rasch den Weg - er wurde heute oft beschrieben - zum Wiederaufbau, zum Neuaufbau eines freiheitlichen demokratischen Gemeinwesens zu finden, wie es in unserer deutschen Geschichte einmalig ist. Konrad Adenauer, Ludwig Erhard: Sie

waren die ersten großen Namen, die für diesen Aufbau standen und die damit auch für die Konstituierung unseres freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens standen. Sie waren die Väter der CDU. Sie prägten unsere Politik. Sie prägten unsere Programmatik, und sie tun es mit diesen Grundwerten bis auf den heutigen Tag.

Verfassungspatriotismus: Dies war der tragende Begriff im geteilten Deutschland, das seine Rechte auf Demokratie, auf Rechtsstaatlichkeit und Selbstbestimmung nach innen wie nach außen mit Recht einzufordern mußte. Verfassungspatriotismus in diesem grundlegend identitätsstiftenden Sinne gilt es auch heute zu pflegen und zu bewahren.

Das Staatskapitel im neuen Grundsatzprogramm steht für solchen Verfassungspatriotismus. Aber Verfassungspatriotismus und wiedervereinigte gesamtdeutsche Staatlichkeit fordern und bedingen - lassen Sie mich auch dies sagen - auch die Identifikation des Bürgers. Sie bedingen auch auf seiten der Bürger Staatsbewußtsein und Verfassungsbewußtsein. Auf eine kurze, sehr saloppe Formel gebracht: Kein freiheitlich-demokratischer Staat, kein Verfassungsstaat wird auf Dauer bestehen, wenn seine Bürger ihm die Treue, die Loyalität und die Identifikation verweigern.

(Beifall)

Deshalb gehört es zu den grundlegenden, maßgebenden programmatischen Aufgaben gerade der CDU, über unser neues Grundsatzprogramm auch zur Festigung des Staats- und Verfassungsbewußtseins unserer Bürger beizutragen, sie zur aktiven Teilnahme und Mitgestaltung unseres Gemeinwesens einzuladen, sie hierfür zu gewinnen und über diesen Weg auch selbst eine ebenso attraktive wie offene, engagierte und auch immer wieder erneuerungsfähige Volkspartei zu sein.

(Beifall)

In diesem Sinne, liebe Freunde, möchte ich uns alle einladen, das Kapitel IV im neuen Grundsatzprogramm, das - gerade gemessen am letzten Grundsatzprogramm, das noch unter den Bedingungen des geteilten Deutschlands geschrieben wurde - eine wirkliche Neuheit darstellt und auch darstellen muß, in ebenso offener wie engagierter Manier zu diskutieren, wie wir es heute schon den ganzen Tag über tun, und ihm im Ergebnis die Unterstützung zu geben, die es meines Erachtens verdient hat. Vielen Dank.

(Beifall)

Cornelia Yzer, Tagungspräsidium: Herr Professor Scholz, wir danken Ihnen sehr herzlich für Ihre Einführung in den Abschnitt „Die Demokratie festigen“.

Vor Eintritt in die ziffernweise Beratung des IV. Kapitels rufe den Antrag D 1 auf, den Sie auf Seite 453 der Antragsbroschüre finden. Der Antragsteller fordert eine völlige Neuformulierung dieses Kapitels. Die Antragskommission empfiehlt dagegen die Überweisung des Antrags an den Generalsekretär. Gibt es hierzu eine Wortmeldung? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Ersteres war die Mehrheit.

Ich rufe die Ziffer 104 des Antrags des Bundesvorstands auf. Sie finden den Text auf Seite 454 f der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge D 2 bis D 22 auf den Seiten 454 bis 458. Hierzu liegen bislang keine Wortmeldungen vor. - Ich sehe, das Wort wird auch jetzt nicht gewünscht. Wir kommen dann zur Abstimmung. Die

Antragskommission empfiehlt die Annahme in der Ihnen vorliegenden Fassung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist es einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 105 des Antrags des Bundesvorstandes auf Seite 458 f. Dazu gehören die Anträge D 18 und D 23 bis D 35. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wir treten in die Abstimmung ein. Wer der Fassung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist es einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 106 des Antrags des Bundesvorstandes. Sie finden den Text auf den Seiten 461 ff. Hierzu liegt eine Wortmeldung vor. Herr Dr. Hähle, Sie haben das Wort.

Dr. Fritz Hähle: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche für den Antrag D 42 zu Ziffer 106 im Kapitel IV auf der Seite 464 der Antragsbroschüre. Im Antrag des Bundesvorstandes zur Ziffer 106 steht am Ende des ersten Absatzes:

Volksentscheide auf Bundesebene lehnen wir dagegen ab.

(Vereinzelt Beifall)

Sie werden mich vielleicht prügeln. Aber der Vorstand des Landesverbandes Sachsen hat beantragt, eben diesen Satz zu streichen. Ich will das begründen.

(Beifall)

Wir wollen damit keinesfalls einen Glaubenskrieg entfachen. Natürlich sind auch wir in Sachsen der Überzeugung, daß die repräsentative Demokratie nicht zur Disposition stehen darf. Wenn wir unsere Demokratie aber als eine dynamische, fortzuentwickelnde politische Ordnung verstehen, dann ist es wenig einsichtig, warum wir uns mit dem erwähnten Satz im Grundsatzprogramm ohne Not auf viele Jahre binden sollen.

Wir bitten mit unserem Antrag - es ist keine Forderung, es ist lediglich eine Bitte -, daß den neuen Bundesländern in einer so wichtigen Frage etwas Zeit eingeräumt wird, um nochmals gründlich darüber zu diskutieren, vielleicht ebenso lange, wie die Diskussion bei Ihnen im Westen gewesen ist. Vielleicht steht am

Ende der Debatte auch die Erkenntnis, daß Volksentscheide auf Bundesebene so problematisch sind, daß sie abzulehnen sind.

Im Moment erscheint uns die Möglichkeit jedoch durchaus verlockend, daß in Fällen, in denen sich die Parteien und Fraktionen über einen sehr langen Zeitraum hinweg nicht einigen können - das soll in Deutschland schon vorgekommen sein -, z. B. mit einer Volksbefragung ein Ausweg aus einer Sackgasse oder einer Blockade möglich wird. Vielleicht könnte eine solche Vorschrift schon allein durch ihre Existenz dazu beitragen, den parlamentarischen Gang der Dinge wesentlich zu beschleunigen. Ich darf vermuten, daß wir so die Pflegeversicherung schon längst hätten.

Wir wollen gemeinsam die „Politik ohne Bart“ machen. Das setzt voraus, daß wir ab und an zum Rasiermesser greifen. Denn Bärte haben die Eigenschaft nachzuwachsen. - Danke schön.

(Beifall)

Cornelia Yzer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Ich erteile Herrn Professor Scholz das Wort.

Prof. Dr. Rupert Scholz, Antragskommission: Liebe Freunde! Ich mache einige Bemerkungen im Sinne dessen, was wir hier gesagt haben. Dazu gehört der Satz, wie wir ihn vorgeschlagen und wie ihn die Antragskommission aufgenommen hat: „Der Volksentscheid auf Bundesebene ist nicht zu empfehlen.“

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe Verständnis für das, was soeben gesagt worden ist. Aber ich möchte noch einmal mit Nachdruck deutlich machen, was das bedeutet.

Glauben Sie bitte nicht daran, daß vor allem auf der Bundesebene der Volksentscheid mehr Demokratie schafft. Er schafft auch nicht mehr Entscheidungsfreiheit.

(Vereinzelt Beifall)

Woran liegt es manchmal, wenn die Entscheidungsfindung auf Bundesebene schwierig wird? Es liegt genau genommen - das erleben wir in der momentanen parteipolitischen Konstellation - zwischen Bundestag und Bundesrat. Aber das ist auch gewollt. Wir wollen ein System föderativer Demokratie haben. Wer den Volksentscheid auf Bundesebene einführt, der schwächt in elementarer Form die föderative Demokratie, den Föderalismus insgesamt.

(Vereinzelt Beifall)

Dann entscheidet künftig immer dann, wenn es irgendwelche Geister - es können auch legitime sein - ausrufen, das Bundesvolk in seiner Gesamtheit. Wo das Bundesvolk in seiner Gesamtheit entscheidet, gibt es das - zugegeben - manchmal mühsame, aber dennoch bewährte Mit- wie Gegeneinander zentraler Interessen, repräsentiert durch den Deutschen Bundestag, und föderativer Interessen, repräsentiert durch den Bundesrat. Die Union ist immer die Partei der föderativen Demokratie gewesen.

Ich komme auf die ach soviel zitierte und diskutierte Parteienverdrossenheit. Es wird so gerne - vor allem von der SPD - davon gesprochen, daß man nur über den Volksentscheid die Parteienverdrossenheit überwinden könnte. Liebe Freunde, wenn der Volksentscheid eingeführt wird, ist die Konsequenz legitimermaßen die, daß dann auch die Parteien das Mittel des Volksentscheids haben. Auch Volksentscheide, Volksbegehren und Volksbefragungen müssen organisiert werden. Das ist nicht nur das Geschäft von Bürgerinitiativen. Das ist legitimerweise das Geschäft der Parteien.

Mit anderen Worten: Wer von Parteienverdrossenheit spricht, die er über den Volksentscheid überwinden will, der tut genau das Gegenteil. Denn die Macht der Parteien wächst damit. Sie haben die Möglichkeit, immer dann, wenn es ihnen opportun erscheint - das werden oft die Fälle sein, wo es populistisch, wo es attraktiv erscheint -

(Vereinzelt Beifall)

die Flucht aus dem parlamentarischen Mandat antreten, manchmal mit Scheinheiligkeit und unter dem Motto: Das ist so wichtig, das muß - in Wahrheit heißt es dann: das darf - das Volk selber entscheiden. Auch Volksentscheide muß man ernst nehmen. Es gibt nur ein Entweder/Oder.

Last not least, gestatten Sie mir noch ein Argument, weil hier gerade von einem Freund aus Sachsen für den Volksentscheid plädiert worden ist. Es wird vor allem von den Sozialdemokraten gern so argumentiert: Der Volksentscheid, das Plebiszit, ist ein

Stück Befindlichkeit der Menschen in den neuen Bundesländern. Es sei ein Stück Erbe der friedlichen Revolution, die wir alle so dankbar aufgenommen, so dankbar empfunden haben, mit dem Wort: „Wir sind das Volk“.

Nur, meine Damen und Herren: Was bedeutet es, wenn man das Wort „Wir sind das Volk“ hier überträgt? „Wir sind das Volk“ war die Sprache des Volkes, die Durchsetzung unmittelbarer Demokratie gegen ein totalitäres System.

(Vereinzelt Beifall)

Worum geht es hier bei uns? Die Situation des „Wir sind das Volk“ kann ich nicht mit einem repräsentativen, parlamentarischen, demokratischen System gleichsetzen. Das heißt nicht nur Birnen mit Äpfeln verwechseln. Das heißt genaugenommen - das werfe ich auch den Sozialdemokraten mit ihrem trügerischen Spiel vor - Diskreditierung unserer parlamentarischen Demokratie.

(Beifall)

Liebe Freunde, mit der Demokratie sollte man nicht spielen. Wir haben die Weimarer Erfahrung. Es ist kein Zufall, daß sich Männer wie Theodor Heuss, Carlo Schmid und Konrad Adenauer darüber einig waren - weil sie das Scheitern der Weimarer Demokratie erlebt haben: Jedenfalls auf Bundesebene kann eine stabile Demokratie nur eine parlamentarisch-repräsentative sein.

Theodor Heuss hat es einmal sehr schön formuliert: Den Volksentscheid entscheidet der, der die abzustimmende Fragestellung formuliert.

(Zustimmung)

So ist es. Nehmen wir doch einmal das Beispiel Maastricht. Viele haben gesagt, das sei so wichtig, darüber müsse das Volk entscheiden. Wenn man die Deutschen fragt, ob sie für die Europäische Union und damit für das Vertragswerk von Maastricht sind, sagen bekanntlich über 70 % ja. Wenn man dieselben Bürger fragt, ob sie für das Vertragswerk von Maastricht, für die Europäische Union mit der Maßgabe sind, daß die D-Mark durch den Ecu ersetzt wird, sagen 85 % nein.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Das ist ein typisches Beispiel. Es kommt nur darauf an, wie man die Fragestellung formuliert. Die Zahl der Beispiele läßt sich vergrößern.

Ein Letztes einmal rückblickend. Stellen Sie sich vor, wir hätten im Zusammenhang mit der Nachrüstung auf Bundesebene den Volksentscheid gehabt. Dann hätte diese, wie wir heute wissen, fundamentale Entscheidung als Voraussetzung für die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes, für die Einheit unseres Vaterlands nicht stattgefunden.

Deshalb: Lassen Sie uns hier vorsichtig und zurückhaltend sein.

(Beifall)

Cornelia Yzer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Als nächster hat das Wort Friedbert Pflüger.

Dr. Friedbert Pflüger: Auch ich möchte gegen den Antrag aus Sachsen sprechen. Ich glaube, daß plebiszitäre Elemente, zumal auf Bundesebene, in der Tat große Gefahren mit sich bringen. Ich möchte zu den Argumenten, die Herr Professor Scholz völlig zutreffend vorgetragen hat, zwei weitere nennen.

Das erste ist: In der Geschichte hat sich gezeigt, daß plebiszitäre Elemente, soweit sie in der Demokratie eine Rolle gespielt haben - angefangen von der Kommune in Paris über die verschiedenen Räte, Regierungen, die wir als Experimente gehabt haben, bis hin zu Vollversammlungen in Universitäten -, immer dazu geführt haben, daß nach kurzer Zeit aktive Minderheiten die Mehrheiten majorisiert und später manchmal auch terrorisiert haben.

(Beifall)

Ich glaube, es ist ganz wichtig, daß wir in unserem Grundsatzprogramm ganz eindeutig sagen: Wir wollen die repräsentative Demokratie, weil wir den Parlamentarismus, nämlich die Vermittlung des Volkswillens zu den Regierenden über gewählte Vertreter bewerkstelligen wollen und nicht durch den illusionären Versuch, das auf direkte Weise durchzuführen. Diesem Versuch ist immer die Gefahr inhärent, daß damit Mißbrauch betrieben wird.

Wir haben in der Weimarer Republik doch ein großes Problem gehabt: daß das Parlament keine Legitimität besaß. Dem Parlament ist nicht geglaubt worden. Es gab einen starken Reichspräsidenten, der vom Volk direkt gewählt war und dieses direkte Mandat gegen das Parlament ausgespielt hat. Außerdem gab es die Entscheidungen des Volkes direkt durch Volksentscheid und Volksbegehren. Der Effekt war, daß eine Entscheidung, die das Parlament getroffen hatte, kaum noch Autorität hatte, weil es andere Formen der Äußerung von Volkswillen gegeben hat.

Wenn wir in der jetzigen Phase eines nicht benötigen, dann ist es eine weitere Schwächung von Parlament und Parteien, die in diesem Parlament bestimmen. Ich glaube deshalb, es ist wichtig - auch wenn ich verstehe, daß weiterer Diskussionsbedarf besteht -, daß wir in unser Grundsatzprogramm ein klares Votum gegen den Ausbau plebiszitärer Elemente auf Bundesebene aufnehmen.

(Beifall)

Cornelia Yzer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der Ihnen vorliegenden Fassung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ersteres war eindeutig die Mehrheit.

Ich rufe Ziffer 107 auf. Sie finden den Text auf Seite 465. Dazu liegt eine Wortmeldung aus Hamburg vor. Herr Hesse.

Klaus-Peter Hesse: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich habe mich sehr gefreut, als ich lesen konnte, daß die Antragskommission den Antrag des Landesverbandes Hamburg D 55 für eine direkte Beteiligung der Mitglieder an der innerparteilichen Willensbildung angenommen hat. Doch in der Textfassung der Antragskommission konnte ich unseren Antrag beim besten Willen nicht finden. Ich frage mich: Wo ist er geblieben?

Die Antragskommission spricht an dieser Stelle lediglich von „tatsächlichen Mitwirkungsmöglichkeiten an politischen Entscheidungen“. Diese Formulierung ist schwammig und beschreibt lediglich den Ist-Zustand der Partei. Wir müssen aber klar und deutlich sagen, wohin wir wollen.

Warum mir so viel daran liegt, daß wir gerade diesen Antrag vollständig ins Grundsatzprogramm übernehmen, will ich Ihnen gerne darlegen. Meine Damen und Herren, 1993 war für die CDU das Jahr der Partei. Ich frage mich: Was hat sich geändert? In

Kommissionen erarbeitete Vorschläge, die CDU insbesondere für Jüngere attraktiver zu machen und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Mitglieder zu stärken, wurden eingemottet, anstatt sie ausführlich zu diskutieren und umzusetzen.

Die Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft letztes Jahr haben deutlich gemacht, daß sich immer mehr junge Wähler für andere Parteien entscheiden. In Hamburg wurde die CDU bei den bis zu 45jährigen nur noch drittstärkste Partei. Umfragen bestätigen diesen erschreckenden Trend leider auch bundesweit. Woran liegt das, meine Damen und Herren? Der Grund liegt u. a. darin, daß die Mitglieder das berechtigte Gefühl haben, nicht ausreichend an der politischen Entscheidungsfindung beteiligt zu sein.

Zuwenig Mitwirkungsmöglichkeiten führen zu Parteienverdrossenheit und zu Verlust an Glaubwürdigkeit auch in der Öffentlichkeit. Auch die parteiinterne Demokratie gehört zu den elementaren Prinzipien unserer Partei. Wir wollen hier und heute die Möglichkeit direkter Beteiligung in Sach- und Personalentscheidungen in unser Grundsatzprogramm aufnehmen. Sorgen wir dafür, daß wir nicht nur Politik ohne Bart, sondern auch Politik ohne alte Zöpfe machen können.

Ich hoffe, daß es sich bei der Nichtberücksichtigung unseres Antrages nur um ein Versehen handelt und die Antragskommission unseren Antrag D 55 für direkte Beteiligung der Mitglieder an der innerparteilichen Willensbildung in ihrer Textfassung redaktionell berücksichtigt. Für eine Stellungnahme von Ihnen hierzu wäre ich sehr dankbar. - Vielen Dank.

(Beifall)

Cornelia Yzer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Für die Antragskommission dazu Herr Linssen.

Dr. Helmut Linssen, Antragskommission: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antragskommission hat, wie richtig vorgetragen wurde, einen Satz aufgenommen, den ich auf Seite 465 im zweiten Absatz der Ziffer 107 nachzulesen bitte. Dort steht: „Die Mitgliedschaft in der CDU muß tatsächliche Mitwirkungsmöglichkeiten an politischen Entscheidungen eröffnen.“

Wir sind der Meinung, daß wir dem Antragsteller recht geben und seine Formulierung aufnehmen sollten. Der von mir zitierte Satz muß also ersetzt werden durch den Antrag D 55 des Landesverbandes Hamburg auf Seite 467: „Wir wollen neue Wege der innerparteilichen Demokratie beschreiten. Insbesondere soll angestrebt werden, daß sich alle Mitglieder an der innerparteilichen Willensbildung direkt beteiligen können.“

Damit schreiben wir auch fest, was einige Landesverbände bereits praktizieren. Ich erinnere daran, daß z.B. der Landesverband Nordrhein-Westfalen das satzungsgemäß schon festgeschrieben hat. Ich meine daher, wir sollten dem Wunsch des Antragstellers entsprechen und das so ersetzen.

(Beifall)

Cornelia Yzer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Gegen wenige Stimmen so beschlossen.

Ich rufe die Ziffern 108 und 109 auf. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir treten direkt in die Abstimmung ein. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - So beschlossen.

- Ich bedauere, hier liegt keine Wortmeldung zu Ziffer 107 vor. Wir haben inzwischen auch schon 108 und 109 abgehandelt. Ich bedauere.

Damit sind wir beim nächsten Kapitel, meine Damen und Herren, und zwar kommen wir jetzt zu den Abschnitten: Den föderalen Rechts- und Sozialstaat sichern und Menschen unterschiedlicher Nationalität integrieren.

Zu einer Einführung in diese Abschnitte erteile ich jetzt das Wort dem Bundesminister der Innern, Herrn Manfred Kanther.

Manfred Kanther (mit Beifall begrüßt): Frau Präsidentin! Verehrte Damen, meine Herren! Dieses Thema sieht die CDU in sehr großer Einmütigkeit - die Union aus CDU und CSU desgleichen. Die Papiere erweisen dies auch - auch die Anträge in vielfältiger Hinsicht.

Ich will mich deshalb auf einige thesenartige Bemerkungen zum Thema Innere Sicherheit beschränken und dann gegebenenfalls in der Debatte noch einmal Stellung nehmen.

Zur Inneren Sicherheit: Ihre Gewährleistung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und das Gelingen setzt eine positive Einstellung zum Staat und zu seinen Institutionen voraus. Die Bürger selbst, Familien, Bildungseinrichtungen und Medien sind gefragt, den Gedanken der Inneren Sicherheit in unserem Land zu transportieren und positiv zu bewerten. Wir als Politiker müssen klarmachen, daß wir nicht alles in dieser Gesellschaft reparieren können, was zuvor schiefgelaufen ist.

Amerikanische Psychologen haben ausgerechnet, daß ein zwölfjähriger amerikanischer Junge 18 000 Morde auf der Mattscheibe gesehen hat. Ich untersuche nicht, welche Folgen das im einzelnen hat. Ich sage: Es hat verheerende Folgen auf die Psyche dieses Kindes.

(Beifall)

Deshalb müssen wir dazu aufrufen, die Phänomene gesamtgesellschaftlich anzupacken. Hinter jeder Gewaltdarbietung im Fernsehen steht eine journalistische Entscheidung. Hinter der Suche nach Einschaltquoten zu bester Sendezeit, erreicht über Gewaltdarstellungen, stehen kaufmännische Entscheidungen. Das ist wichtig zu betonen. Da ist nichts politisch zu vergeben. Da gehts um sehr persönliche Verantwortung.

Der Staat ist Adressat vielfältiger Forderungen, und gerade in unserer Zeit wird er nicht selten in seinen ökonomischen Ressourcen überfordert. Aber im Bereich der Inneren Sicherheit hat er eine Bringschuld an die Bürger. Diese Bringschuld spiegelt sich auch wieder in finanziellen Anforderungen, so wie wir im Haushalt 1994 des Bundes das Thema Innere Sicherheit großgeschrieben haben - trotz Sparrwängen -, so muß das auch weiterhin sein. Der wehrhafte Staat, der die Sicherheit seiner Bürger gewährleistet, ist nicht zum Nulltarif zu haben. Der wehrhafte Staat ist auch eine Voraussetzung für die Abwehr von billigen rechtsradikalen Parolen und dem vermeintlichen Ordnungsangebot, das von dieser Seite kommt.

Im demokratischen Rechtsstaat liegt das Gewaltmonopol beim Staat. Deshalb trifft jede Form von Gewalttätigkeit auf die entschiedene Reaktion des Staates. Damit ist

auch klar, daß die Kriminalitätsbekämpfung durch die Polizei erfolgen muß und nicht freihändig durch „Bürgerwehren“, so verständlich oft der Unmut über Einbruchserien sein kann.

Zusätzlich ist Kreativität gefordert. Die Arbeit eines zuverlässigen privaten Sicherheitsgewerbes ist positiv einzuschätzen; Polizeireserven zu bilden, und zwar in der Verantwortung der Polizei, lohnt unterschiedliche Versuche.

Ich werbe dafür, nicht mehr zu versprechen im Bereich der Inneren Sicherheit, als wir werden leisten können. Es gibt keine kriminalitätsfreie Gesellschaft. Vielmehr muß der demokratische Rechtsstaat ständig den Balanceakt zwischen der Abwehr von Straftätern und der Freiheitsphäre des Bürgers leisten, und er muß sich hüten vor den falschen Metaphern - so wie einige „im Zweifel für die Freiheit“ unterwegs waren. Meine Freunde, das ist eine unbrauchbare Formel, denn sie lautet auch: im Zweifel gegen Sicherheit. Ganz falsch. Der demokratische und wirksame Rechtsstaat muß Freiheit und Sicherheit gewährleisten, keinen künstlichen Widerspruch!

(Beifall)

Fehlentwicklungen der 70er und 80er Jahre mit der Auflösung von Rechtsbegriffen bis hin zur Diffamierung „sekundärer Tugenden“ haben Folgen für den gesamtgesellschaftlichen Ansatz zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit gehabt. Es ist deshalb heute sehr erforderlich, daß wir neue und weiterführende Ansätze in möglichst großer gesellschaftlicher und auch politischer Gemeinsamkeit angehen.

Ich plädiere dafür, daß wir bei „Innerer Sicherheit“ immer mitbedenken, daß sie etwas zu tun hat mit „Innerem Frieden“. Im Zusammenhang mit der Asyldebatte haben wir ja erlebt, wie die Suche nach mehr innerer Sicherheit mit unserem richtigen Konzept durch mehrjährige Verweigerungshaltung anderer politischer Kräfte zu einer nachhaltigen Störung des inneren Friedens geführt hat. Das ist nach Kräften zu vermeiden - ganz davon abgesehen, daß man Sicherheitspolitik im föderativen Staat nur durch Zusammenwirken von Bund und Ländern gewährleisten kann. In elf von sechzehn Ländern regieren Sozialdemokraten und verantworten Polizei und Justiz; daß muß bedacht bleiben, auch im Pulverdampf der Wahlkämpfe. Deshalb ist die Suche nach Innerer Sicherheit auch eine gesamtpolitische und parteienübergreifende Aufgabe.

Verbrechensbekämpfung ist nie ein abgeschlossener Vorgang. Der Staat muß sich auf den sich ständig verändernden „Markt“ dieses Unwesens einrichten. Die Öffnung der östlichen Landesgrenzen hat gezeigt, wie schnell er reagiert und gegen die Sicherheit wächst. Es gibt keinen Königsweg zur Verbrechensbekämpfung, sondern nur sehr viele, wechselnde, ständig anpassungsbedürftige Maßnahmen. Politik für die Innere Sicherheit setzt deshalb hohe Kreativität voraus und auch die Fähigkeit, Antworten, die man gestern selbst gegeben hat, bei einer veränderten Gefährdungslage neu zu bedenken. Das ist der Grund, weshalb wir in dem jetzt vorgelegten Verbrechensbekämpfungsgesetz eine Kronzeugenregelung im Bereich der organisierten Kriminalität für unentbehrlich halten - auch wenn zuzugeben ist, daß sie im Bereich der politisch motivierten Gewalttäter beim Kampf gegen den Linksextremismus, keinen überwältigenden Erfolg erbracht hat.

So muß sich der Staat offensiv auf die ständig wachsende Gefährdungslage einrichten, Eigentum, körperliche Unversehrtheit, Leib und Leben seiner Bürger zu schützen.

Es ist falsch, an mögliche Teilmaßnahmen die ganze Elle zu legen und damit zu erklären: Wenn das Phänomen nicht ganz beseitigt werden kann, taugt eine Maßnah-

me gar nichts. Das ist ein Teil des Problems der elektronischen Wohnraumüberwachung. Meine Damen, meine Herren, es ist doch ganz klar, daß gegen Handtaschenraub, oder Vandalismus in öffentlichen Verkehrsbetrieben in der Regel Abhörmaßnahmen nicht wirken. Aber deshalb ist es doch nicht falsch, sie vorzusehen im Kampf gegen das internationale Verbrechen, bei Rauschgiftdelikten, Geldfälschungen, Waffenschmuggel oder bei der Bekämpfung des Schleuserunwesens an der Grenze.

(Beifall)

Ich bin ganz sicher, daß diese Maßnahme notwendig ist, daß sie kommen wird und daß unsere Partner dies auch einsehen werden. Heute tun wir mit dem Verbrechensbekämpfungsgesetz das, was wir können. Es wäre falsch, nur weil man nicht alles haben kann, auf das, was im Konsenswege möglich ist - das sind mit diesem Gesetz zwei Dutzend wichtige Maßnahmen - zu verzichten.

(Beifall)

Die allgemeine Kriminalität, die organisierte und Bandenkriminalität, gewalttätiger politischer Extremismus und grenzüberschreitende Kriminalität sind Verbrechenskomplexe, die sowohl Verknüpfungen als auch ganz unterschiedliche Antworten von Polizei, Sozialverwaltungen und Kommunen erfordern. Insbesondere erfordern sie auch das ständige Mitdenken der Justiz, in welchem sich ständig verändernden Raum sie stattfindet. Justiz ist in unserem Staat Gott sei Dank nicht der Direktion durch Politiker im Einzelfall unterworfen, aber sie findet natürlich nicht im gesellschaftlich freien Raum statt. Vielmehr muß sie auf die jeweilige Gefährdungslage reagieren. Etwa im Bereich des Schlepperunwesens an unseren Grenzen mit Tausenden von kriminellen Delikten pro Jahr ist dies noch nicht hinreichend der Fall.

Mir liegt viel daran, daß der repressive Sektor von Justiz und Polizei bei der Gewährleistung der inneren Sicherheit nicht allein gesehen wird. Zur Grenzsicherheit können die richtige Bewältigung des Asylproblems, kann Außenpolitik, zur Abwehr bandenmäßiger Kriminalität beim Kraftfahrzeugdiebstahl, bei der Geldfälschung, beim Kreditkartenmißbrauch kann modernste Technik präventiv helfen.

(Beifall)

Verbrechensbekämpfung in unserer Zeit ist unter den geopolitischen und ökonomischen Verhältnissen in Deutschland zunehmend auch eine internationale Aufgabe. Auf diesen Tatbestand trifft sowohl die Bekämpfung des organisierten Verbrechens in bandenmäßiger Form wie auch die bedrückende Kriminalität von Ausländern mit kurzzeitigem Verweilstatus in Deutschland. Es ist nicht nötig, daß wir bei diesem Thema die Stimme heben, aber wir müssen den Tatbestand zutreffend umschreiben. Das Kriminalitätsverhalten der eingewanderten ausländischen und deutschen Bevölkerung unterscheidet sich so gut wie nicht; das Thema Jugendkriminalität lasse ich einmal beiseite. Aber die Ausländerkriminalität unter denjenigen, die sich nur kurze Zeit in Deutschland aufhalten, ist beängstigend hoch und verlangt von uns Antworten,

(Beifall)

wie wir sie z.B. im Verbrechensbekämpfungsgesetzes und im Kampf gegen Rauschgiftdealer geben. Wer im Gastland Rauschgift verkauft, muß es nach Möglichkeit verlassen. Das ist eine ganz einfache Forderung.

(Beifall)

Die Gewährleistung von Grenzsicherheit bedarf zunehmend internationaler Absprachen ebenso wie das Vorgehen gegen Rauschgift- und Waffenhandel oder Schleuseraktivitäten. Der Ausbau des rechts- und innenpolitischen „dritten Beins von Maastricht“ ist eine herausragende Aufgabe in der europäischen Einigungspolitik des Jahrzehnts.

Aus alledem ist zu folgern, daß CDU-Politik für die innere Sicherheit entschieden, zielführend, sachlich und kreativ auf wechselnde Situationen eingehend vor die Bürger tritt. Es ist eine Politik, die langfristige Ergebnisse in der Verbesserung der Situation und nicht tagespolitische Aufregungen will. Mit dem Verbrechensbekämpfungsgesetz und weiteren Gesetzgebungsvorhaben, die wir für diese Legislaturperiode noch planen - Ausländerzentralregister, Bundesgrenzschutz, Bundeskriminalamt -, machen wir diese Legislaturperiode zu einem Erfolg. Weiterreichende Notwendigkeiten der Innenpolitik und der Bemühungen der Bundesregierung und der Union um die innere Sicherheit werden dann in neuen Absprachen für die nächste Legislaturperiode zu vereinbaren sein. Dazu werden auch die Beratungen dieses Parteitags einen wesentlichen Beitrag leisten.

(Beifall)

Cornelia Yzer, Tagungspräsidium: Herr Minister Kanther, der Parteitag dankt Ihnen für diese Einführung zu den Themenbereichen Recht und Sozialstaat, insbesondere für Ihre Ausführungen zum Themenbereich innere Sicherheit, der so viele Menschen in unserem Land bewegt.

Meine Damen und Herren, ich rufe dann die Ziffern 110 bis 112 des Antrags auf. Sie finden diese auf den Seiten 474 bis 486 der Antragsbroschüre. Hierzu erteile ich zunächst Herrn Johannes Gerster das Wort.

Johannes Gerster: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin der Antragskommission sehr dankbar, daß sie das Antragspaket unseres CDU-Landesverbandes Rheinland-Pfalz en bloc übernommen hat. Ich glaube, daß die Aussagen zur inneren Sicherheit im Grundsatzprogramm damit ein stärkeres Profil bekommt.

Ich will die Beratungen nicht aufhalten. Ich möchte nur auf einen Gesichtspunkt hinweisen. Wir haben mit den Sozialdemokraten und weiten Teilen der FDP eine unterschiedliche Bewertung der Gefahren der inneren Sicherheit. Wir haben ein unterschiedliches Verständnis, auf das ich Sie aufmerksam machen will. Sozialdemokraten und Teile der FDP glauben immer noch, sie müßten den Bürger vor allen Dingen gegen die Willkür des Staates in Schutz nehmen. Das war die Hauptfragestellung des 19. Jahrhunderts, als sich der mündige Bürger mehr und mehr gegenüber Staat und Gesellschaft emanzipiert hat. Beide Parteien übersehen bei dieser Aufgabe, die natürlich auch heute noch aktuell ist - natürlich wird es im liberalen Rechtsstaat Fehlverhalten von staatlichen Stellen geben -, in weiten Teilen, daß die Gefahren für den Bürger durch eine mafiose Nebengesellschaft, sprich das organisierte Verbrechen, heute bedeutend größer ist als die Gefahren, die durch Willkür einzelner Beamten entstehen kann.

(Vereinzelt Beifall)

Das heißt, wir sind in Deutschland nicht nur Hauptabsatzmarkt, sondern inzwischen auch längst Standort des organisierten Verbrechens geworden. Ich bin dem Bundesinnenminister sehr dankbar. Mit dem Verbrechensbekämpfungsgesetz wird ein ganz entscheidender Beitrag geleistet, um innere Sicherheit zu garantieren, die für uns kein

Selbstzweck ist, sondern letzten Endes die Voraussetzung friedlichen Zusammenlebens und die Voraussetzung für die Freiheit des einzelnen Bürgers. Wenn sich ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger bei Dunkelheit nicht in die S-Bahn oder an den Bahnhof einer Großstadt trauen, dann ist ihre Freiheit eingeschränkt.

(Beifall)

Dies muß für uns heißen, Herr Innenminister: Natürlich brauchen wir bei der starken Regierungsbeteiligung der SPD, um Gesetze durchzusetzen, um den Vollzug zu garantieren, die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. Aber, meine Damen, meine Herren, wir sollten deutlich zur Kenntnis nehmen, daß die Sorge der Bürgerinnen und Bürger wegen mangelnder inneren Sicherheit ein zentrales Thema ist. Ich bin der Meinung, wir sollten uns hier auch nicht von der Presse einschüchtern lassen, die behauptet, wir würden nur wegen des Wahlkampfes künstlich ein Thema hochziehen.

Nein, die Diskussion um den richtigen Weg in der inneren Sicherheit - weit über das Verbrechensbekämpfungsgesetz hinaus - muß auch im Wahlkampf angesprochen werden.

(Beifall)

Es ist ein politisch falsches Verständnis zu glauben, daß in einer besonders sensiblen Zeit - das sind Wahlkampfzeiten - für Volksparteien wie die Union eine wichtige Frage wie die Sicherung der Freiheit des einzelnen keine Rolle spielen könnte. Ich bin deshalb der Meinung, daß wir als Christlich Demokratische Union ebenso wie die Christlich Soziale Union den Mut und die Entschlossenheit haben müssen, in der Sache deutlich zu machen: Wir machen in Bonn derzeit das, was mit dem Koalitionspartner möglich ist. Darüber hinaus muß die Linie der Union von uns klar herausgestellt werden, und zwar mit Bezug auf sämtliche Lücken in der Gesetzgebung und im Vollzug sowie auch im Blick auf die Schwierigkeiten, die wir bei der Polizei tagtäglich erleben. Wir treten ein für mehr innere Sicherheit, für bessere Gesetze, für eine besser ausgebildete und auch besser besoldete Polizei und für einen konsequenten Vollzug der Gesetze auch in SPD-regierten Ländern für die innere Sicherheit und damit für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Ich bitte Sie herzlich, in der Auseinandersetzung keinen Bogen um dieses Thema zu machen, sondern zentral deutlich zu machen: Wir, die CDU Deutschlands, sind die Partei der inneren Sicherheit und sind damit die Partei der Bürgerinnen und Bürger, die wir vor den Großgangstern und Großverbrechern schützen. - Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Cornelia Yzer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Gerster. Zu Ziffer 112 liegt eine weitere Wortmeldung von Frau Arlt-Palmer vor.

Christine Arlt-Palmer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihr Augenmerk auf den Antrag D 146 der Jungen Union lenken. Er hat die Drogenproblematik zum Gegenstand, die bisher nicht im Grundsatzprogramm aufgetaucht ist. Erfreulicherweise schlägt die Antragskommission vor, den Antrag der Jungen Union weitgehend zu berücksichtigen. Uns fehlen allerdings zwei Punkte. Die Formulierung, der die Antragskommission zugestimmt hat, beinhaltet bislang eine stark repressive Tendenz. Die repressive Tendenz ist sicherlich auch wichtig und wurde auch von der Jungen Union so aufgeführt. Allerdings meinen wir, daß wir das Augenmerk auch auf

die anderen Maßnahmen im Bereich der Drogenpolitik lenken müssen. Das sind die Therapieangebote und die Vorsorgeangebote.

Wir schlagen deshalb vor, noch zwei kurze Sätze aufzunehmen, damit das Mißverhältnis beseitigt wird. Wir schlagen vor, nach dem ersten Absatz, der mit den Worten „sinnvoll ergänzen“ endet, folgende Formulierung einzufügen:

Wir Christliche Demokraten setzen uns dafür ein, die vorbeugenden Maßnahmen erheblich zu intensivieren und den Drogenabhängigen die Rückkehr in ein drogenfreies Leben zu ermöglichen. Dazu bedarf es eines ausreichenden und differenzierten Entzugs-, Therapie- und Nachsorgeangebotes.

Ich denke, das ist ein fairer Vorschlag, der zudem eine kurze Fassung beinhaltet. Ich bitte die Antragskommission, dieser Änderung zuzustimmen.

(Beifall)

Cornelia Yzer, Tagungspräsidium: Wünscht die Antragskommission dazu das Wort? - Die Antragskommission stimmt zu.

(Beifall)

Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einer Nein-Stimme ist es so beschlossen.

Wir kommen dann zu Ziffer 113. Die Antragskommission hat dazu um das Wort gebeten. Herr Dr. Göhner hat für die Antragskommission das Wort.

Dr. Reinhard Göhner, Antragskommission: Hierzu gibt es einen sehr umfassenden Antrag der Sozialausschüsse. Wir haben im Einvernehmen mit dem Antragsteller vereinbart, einen in der Tat mißverständlichen Begriff in Ziffer 113 zu ändern. Es heißt dort jetzt:

Unser Sozialsystem garantiert dem einzelnen in den existentiellen Risiken des Lebens die Sicherung der Grundbedürfnisse ...

Wir wollen den Begriff „existentiellen Risiken“ durch den Begriff „Grundrisiken“ ersetzen. Alterssicherung z. B. ist natürlich nicht für jeden existentiell. Dennoch wollen wir natürlich, wie wir es im Kapitel über die Sozialpolitik beschrieben haben, an einer beitrags- und leistungsbezogenen Rente festhalten. Deswegen schlagen wir, wie gesagt, vor, den Begriff „Grundrisiken“ zu wählen. Der Antragsteller zieht dann im übrigen den Antrag D 150 zurück.

Cornelia Yzer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei wenigen Nein-Stimmen und wenigen Enthaltungen ist es so beschlossen.

Wir kommen nun zu Ziffer 114. Ich erteile Frau Renate Hellwig das Wort.

Dr. Renate Hellwig: Meine Damen und Herren! Liebe Delegierte! Ich bitte Sie, aus dem Antrag D 167 des Kreisverbandes Ludwigsburg folgenden Satz in den Text der Ziffer 114 aufzunehmen:

Dabei muß sichergestellt sein, daß auch zukünftig die Aufgaben, die im gesamtdeutschen Interesse liegen, in der Zuständigkeit des Bundes verbleiben.

Was meine ich damit? Wenn Sie die Ziffer 114 lesen, merken Sie, daß sie doch sehr einseitig von der Sorge getragen ist, die Länder und Kommunen könnten nicht genügend Zuständigkeiten haben. Wenn Sie die Diskussion um die Verfassungsänderung verfolgen, werden Sie feststellen, daß die Verfassungskommission des Bundestages einen Vorschlag aufgenommen hat, nach dem ein einzelnes Land dagegen klagen kann, daß irgend etwas in Bundeszuständigkeit geregelt ist. Meine Sorge im Hinblick auf diesen Vorschlag habe ich auch schon in der letzten Woche in der Bundestagsfraktion anläßlich der Einbringung der Verfassungsänderungen geäußert. Die endgültige Entscheidung ist noch nicht gefallen. Das Thema ist hochaktuell und wird in der Diskussion des Bundestages noch eine sehr große Rolle spielen.

Wenn wir tatsächlich zu einer solchen Verfassungsänderung kommen sollten, haben wir das Gerippe unserer föderalen Ordnung in ein Gummigerippe verwandelt, über dessen Fortbestand im wesentlichen dann nicht in politischen Auseinandersetzungen zwischen Bundestag und Mehrheit des Bundesrates, sondern wieder durch das Bundesverfassungsgericht auf Antrag einzelner Länder entschieden wird. Ich erwähne nur, wie schwer wir uns jetzt schon tun, in Fragen der bundesstaatlichen Ordnung, wenn es um wirklich wichtige Entscheidungen geht - ich erinnere die Baden-Württemberger an die Auseinandersetzung um das Asylrecht; ich erinnere an die Probleme, wenn im Bundesrat die andere Partei, sprich: die SPD die Mehrheit hat -, überhaupt noch vernünftige Bundesgesetze zu schaffen.

Meine Damen und Herren, wir sollten bei der Diskussion um Subsidiarität und Föderalismus nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Wenn wir Bundesgesetze in ihrem Bestand tatsächlich so extrem gefährden, dann sehe ich allerdings eine Gefahr für unsere bundesstaatliche Ordnung, die die Vertretung der Interessen der Länder wohlausgewogen in einer Mehrheitsvertretung vorsieht, die bisher nicht einzelne Länder Bundesgesetze zerstören läßt, sondern verlangt, daß sich in der Auseinandersetzung zwischen Bundesinteresse und Landesinteresse sozusagen eine Mehrheit der Länder für Landesinteressen ausspricht. Stellen Sie sich einmal vor, ich würde unserem Bundeskanzler Helmut Kohl vorschlagen, der Bundestag sollte das Recht bekommen, beim Europäischen Gerichtshof gegen jedes vorhandene europäische Gesetz zu klagen. Stellen Sie sich vor, alle anderen EG-Mitgliedstaaten hätten auch das individuelle Recht, durch Klage beim Europäischen Gerichtshof europäische Gesetzgebung außer Kraft zu setzen. Der europäische Gesetzgebungsprozeß würde dann noch undurchschaubarer und noch weniger kontrollierbar durch die Bürger. Dadurch würde der Europafrust eher erhöht als vermindert. Wir haben jetzt im Bundestag eine Stärkung unserer Kontrollfunktion. Ich hoffe, meine Kollegen werden sich die Mühe machen, diese Aufgabe, die wir durch die Verfassung jetzt haben, auch tatsächlich wahrzunehmen, nämlich im Interesse der Subsidiarität vorbeugend tätig zu werden, bevor europäische Gesetze geschaffen werden.

Einzelne Klagen der Mitgliedstaaten wären praktisch ein zerstörerisches Element in der europäischen Struktur. So etwas auf Bundesebene vorzusehen halte ich für einen Wahnsinn. Sie helfen mir zu verhindern, daß dieser Bundestag eine falsche Verfassungsänderung beschließt, wenn Sie diesen einen Satz aus dem Antrag des Kreisverbandes - dabei muß sichergestellt sein, daß auch zukünftig die Aufgaben, die im

gesamtdeutschen Interesse liegen, in der Zuständigkeit des Bundes verbleiben - als Mahnung und Gegengewicht erhalten. - Vielen Dank.

(Beifall)

Cornelia Yzer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Abstimmung über die Ziffer 114. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen Nein-Stimmen und wenigen Enthaltungen ist die Empfehlung so beschlossen.

Ich rufe die Ziffern 115 und 116 auf. Hier liegt eine Wortmeldung von Herrn Orth vor.

Bruno Johannes Orth: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich spreche zum Antrag 192. Er ist sehr kurz und beinhaltet eigentlich nur eine Wortänderung.

Vielleicht hat die Antragskommission gemeint, es handle sich hier nur um eine Wortklauberei. Ich möchte diesen Irrtum beseitigen, indem ich auch im Namen der *Jungen Union* und des *Rhein-Neckar-Kreises* vortrage, worum es geht.

Es geht darum, in Absatz 3 eine Wortänderung vorzunehmen. Die Antragskommission hat dieses abgelehnt. In dem Absatz heißt es, wir sollten die Möglichkeit der Einbürgerung erleichtern. Wir schlagen vor, daß wir es so, wie es bisher war und insbesondere seit 1990 ist, beibehalten.

Ich möchte die Damen und Herren daran erinnern, daß 1990 u. a. auf Grund der Initiative des Rhein-Neckar-Kreises im Bundestag ein Beschluß gefaßt worden ist, nach dem z. B. die Kosten einer Einbürgerung ganz erheblich ermäßigt worden sind, nämlich auf 100 DM pro Person. Das konnten vorher immerhin bis zu 5000 DM pro Person sein. Das wissen Sie. Das Problem ist damals öffentlich gemacht worden.

1995 läuft diese Regelung aus. Sie ist auf diese Zeit befristet. Wir wissen noch nicht, was der Bundestag dann beschließt, ob er sie verlängert.

Auch die Kriterien, unter denen eine Einbürgerung nach bisherigem Zustand stattfinden kann, sind hier genannt. Ich kann mir darunter nicht vorstellen, die Möglichkeit noch einmal zu erleichtern. Ich glaube, die Möglichkeit beizubehalten ist ein guter Zustand, mit dem wir uns sehen lassen können, auch international.

Wir möchten die Kommission hier bitten, sich diesem Vorschlag des Rhein-Neckar-Kreises anzuschließen, die Möglichkeit beizubehalten, so daß sich damit eine weitere Diskussion erübrigt. Der Ist-Zustand ist gut. Wir brauchen hier keine falschen Hoffnungen zu wecken.

(Beifall)

Cornelia Yzer, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen hierzu nicht vor.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! Enthaltungen? - Bei wenigen Nein-Stimmen ist die Empfehlung so beschlossen.

Damit, meine Damen und Herren, haben wir die Beratung und die Beschlußfassung über das vierte Kapitel unseres neuen Grundsatzprogramms abgeschlossen. Ich

bedanke mich herzlich bei Ihnen, daß Sie eine so zügige Beratung ermöglicht haben und gebe den Vorsitz im Tagungspräsidium an Herrn Hennig weiter.

(Beifall)

Dr. Otfried Hennig, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Delegierte! Im Rahmen des Tagesordnungspunktes 15 kommen wir jetzt zu Kapitel V. Das Kapitel trägt die Überschrift: „Für eine freie und friedliche Welt“.

Zu einer Einführung in den Abschnitt „Deutschlands Rolle in der Welt“ erteile ich jetzt dem Bundesminister der Verteidigung, unserem Freund Volker Rühle, das Wort.

(Beifall)

Volker Rühle: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Lassen Sie mich einige einführende Bemerkungen zum Kapitel Außen- und Sicherheitspolitik machen. Die Sicherheitslandschaft in Europa hat sich dramatisch gewandelt. Deutschland hat dabei am meisten an Sicherheit gewonnen. Unser Land hat am meisten davon profitiert, daß die Teilung Europas überwunden ist.

Aber die Einheit und die Souveränität bedeuten für Deutschland jetzt auch neue Verantwortung und mehr Verantwortung. Kein Land kann mehr zum Zusammenwachsen Europas beitragen. Amerika und auch unsere östlichen Nachbarn setzen in erster Linie auf uns für die Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union und auch für die Öffnung einer reformierten NATO.

Der Entwurf zum Grundsatzprogramm unserer Partei beweist, daß die CDU zukunftsfähig ist. Wir verbinden die bewährten Konstanten unserer Politik mit den notwendigen Schlußfolgerungen aus einer grundlegend veränderten Lage.

Europäische Einheit und atlantische Bindung gehören seit Jahren zusammen. Über 40 Jahre haben die USA die Hauptlast für die westliche Sicherheit getragen. Künftig muß Europa auch strategisch handlungsfähig, muß ein gleichgewichtiger Partner Amerikas werden. Unser Land muß ein Schrittmacher für die europäische Einheit und für eine starke Gemeinschaft mit Amerika bleiben.

Eine der wichtigsten Aufgaben, die vor uns liegen, ist die Stabilisierung der neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa. Wenn manche im Zusammenhang mit der Diskussion über die Öffnung der NATO für diese Staaten davon sprechen, daß es eine Provokation für andere sei, wenn wir Polen, der tschechischen Republik, Ungarn und anderen die Perspektive einer Mitgliedschaft eröffnen, so muß ich sagen, daß das der europäischen Geschichte widerspricht; denn nur in einem kurzen Teil der europäischen Geschichte hat es diese Trennung gegeben. Diese Länder gehören zur Familie der europäischen Demokratien. Europa wächst eigentlich nur wieder zusammen, wenn die Länder die Perspektive einer Mitgliedschaft in NATO und Europäischer Union haben.

(Beifall)

Als ich vor einiger Zeit in Prag war und an der Karls-Universität gesprochen habe, bin ich dort auf lateinisch begrüßt worden. Ich weiß nicht, ob das an irgendeiner Hochschule in Deutschland möglich wäre. Ich bin jedenfalls der Meinung: Prag, Budapest und Warschau, das sind mindestens so europäische Städte wie Hamburg, München,

Paris und London. Es ist keine Provokation, wenn wir uns für die Mitgliedschaft dieser zutiefst europäischen Staaten öffnen.

(Beifall)

Es gibt andere, die sagen: Laßt uns möglichst lange abwarten und sehen, ob die Demokratie in Polen wirklich stabil ist und ob sich die Wirtschaft zuverlässig entwickelt. Da sollten wir uns an unsere eigene Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg erinnern.

Ich glaube, daß die Stabilität der deutschen Nachkriegsdemokratie und die schnelle und positive Wirtschaftsentwicklung sehr viel mit der Tüchtigkeit der Deutschen zu tun hat, aber mindestens zur Hälfte auch damit, daß Deutschland frühzeitig die Mitgliedschaft in westlichen Bündnissen, die Mitgliedschaft in der Europäischen Vereinigung geöffnet worden ist. Stabilität kommt auch von außen, nicht nur von innen. Das gilt auch für Polen und für andere in der jetzigen historischen Situation.

(Beifall)

Deswegen sollten wir nicht mit der Kälte von Punktrichtern beim Eiskunstlauf Wertungen darüber durchführen, wie sich diese Staaten entwickeln; sondern so, wie wir die Staaten im südlichen Europa stabilisiert haben - die neuen Demokratien: Spanien, Portugal und Griechenland -, sollte Deutschland jetzt eine führende Rolle bei der Stabilisierung der neuen Demokratien in der Mitte und in Osteuropa spielen.

(Beifall)

Der Balkan zeigt eindringlich, daß unser Kontinent kein Hort des Friedens ist. Es hat lange gedauert, bis sich die Allianz entschlossen hat zu handeln.

Die letzten Tage haben gezeigt: Nicht Reden, sondern entschlossenes Handeln setzt den Greuelthaten von Gewalttätern, wenn sie weder friedensfähig noch friedenswillig sind, ein Ende.

(Beifall)

Ohne das Ultimatum der NATO wäre es wohl nicht zu ersten Zeichen des Einlenkens in der Belagerung Sarajevos gekommen. Unsere Botschaft lautet deswegen: Wir erkennen keine gewaltsam veränderte Grenze an. Die Angegriffenen müssen sich wirksam verteidigen können. Es wird keine Mark Aufbauhilfe für Aggressoren und Verbrecher geben. Das müssen die Grundsätze im Umgang mit diesem Konflikt sein.

(Zustimmung)

Das ehemalige Jugoslawien gibt aber einen Vorgeschmack auf die Krisen, mit denen wir künftig rechnen müssen. Wir haben in Europa noch lange nicht die Stabilität erreicht, die es für seinen Aufbau braucht.

Dauerhafte Stabilität und Sicherheit können wir allerdings nur mit und nicht gegen Rußland bekommen. Deshalb gibt es keine Alternative zur Unterstützung der Reformen und der Kräfte, die sie tragen. Wir werden weiter unseren Teil dazu beitragen, aber Rußland muß vor allem durch sein eigenes Handeln das Vertrauen seiner Nachbarn und Partner erhalten. Dazu gehört die Achtung der Souveränität der Nachbarn und die Unverletzlichkeit der Grenzen. Wir müssen alles tun, daß Rußland in schwieriger Lage den richtigen Weg geht, aber wir müssen auch dagegen gefeit sein, daß dort die falschen Kräfte die falschen Entscheidungen treffen.

Deswegen brauchen wir ein modernes, ein starkes Bündnis und eine Bundeswehr, die auch die neuen Aufgaben erfüllen kann. Die Bundeswehr trägt entscheidend dazu bei, die Handlungs- und Bündnisfähigkeit Deutschlands zu erhalten. Dafür braucht sie die notwendigen Mittel, denn ich denke, niemand kündigt die Feuerversicherung, wenn es längere Zeit nicht gebrannt hat. Das sollte auch für die äußere Sicherheit unseres Staates gelten.

(Beifall)

In der NATO und der WEU herrscht Einigkeit, daß die strategische Lage nicht nur wie in der Vergangenheit die Fähigkeit zur kollektiven Verteidigung verlangt, sondern vor allem auch die Fähigkeit zum internationalen Krisenmanagement. Die Bundeswehr muß daher künftig auf zweierlei vorbereitet sein. Sie muß kurzfristig zusammen mit Verbündeten und Partnern Krisen und Konflikte bewältigen. Sie muß zum anderen zur Verteidigung Deutschlands und des Bündnisses fähig sein. Die Bedürfnisse der Krisenreaktion und der Verteidigung werden in erster Linie Struktur und Umfang der künftigen Bundeswehr bestimmen.

Die Sicherheitspolitik, der Auftrag der Bundeswehr sowie das verfügbare Geld und das Personal bilden einen unauflöslichen Zusammenhang, in den man nicht wahllos eingreifen kann. Bevor man an einer Stellschraube dreht, muß man wissen, welche Auswirkungen an anderer Stelle auftreten.

Nach der Vereinigung Deutschlands kam es für die Bundeswehr zunächst darauf an, die Nationale Volksarmee zu übernehmen und aufzulösen und die Bundeswehr im Osten Deutschlands aufzubauen. Ich denke, daß weiterhin der Satz gilt: Nirgendwo wächst Deutschland mehr zusammen als gerade unter den jungen Männern, die sich in der Bundeswehr, in der Armee der Einheit, treffen und begegnen.

(Zustimmung)

Wir mußten die gesamtdeutschen Streitkräfte um fast die Hälfte reduzieren, sie teilweise neu stationieren und gleichzeitig bereits auf neue Aufgaben ausrichten. Mit der Rückführung der Streitkräfte auf die vertraglich vereinbarte Obergrenze von 370 000 Soldaten in diesem Jahr wird die erste Phase dieses Prozesses abgeschlossen. Unsere Soldaten haben dies hervorragend gemeistert, und ich denke, dafür gebührt ihnen auch unser Dank.

(Beifall)

Es kommt nun darauf an, die künftig notwendigen Fähigkeiten und Zielstrukturen der Streitkräfte zu definieren. Die Bundeswehr muß trotz begrenzter Ressourcen ihren künftigen Aufgaben gerecht werden. Sie ist heute unterfinanziert. Es gilt also, Auftrag und Mittel wieder zur Deckung zu bringen. Was die Bundeswehr jetzt braucht, ist eine konsolidierte finanzielle Basis für den Rest des Jahrhunderts. Ich beabsichtige, im Frühjahr ein Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheit Deutschlands und zur Entwicklung der Bundeswehr vorzulegen. Es ist Bilanz und Programm zugleich. Jeder soll wissen, was wir geleistet haben und welchen Kurs wir in den nächsten vier Jahren unserer Regierung steuern werden.

Europa ist auf den aktiven Beitrag Deutschlands angewiesen. Es ist erschreckend, daß die Sozialdemokraten nicht erkennen wollen, daß in der NATO, aber auch in der Westeuropäischen Union nichts ohne unseren Beitrag geht. AWACS-Flugzeuge, scheinbar nur ein technischer Begriff, sind das beste Beispiel: Zwölf Bündnispartner

betreiben ein gemeinsames Flugzeug. Man schafft gegenseitige Abhängigkeiten, die gewollt sind; man verläßt sich aufeinander. Dann muß man aber auch gemeinsam fliegen, wenn die Situation da ist, und deswegen ist es wichtig, daß die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß Deutschland ohne Einschränkungen an solchen NATO-Aufträgen teilnimmt.

(Beifall)

Mit uns gibt es keinen Ausstieg aus der militärischen Integration.

Im übrigen besteht, wenn nicht gemeinsam gehandelt wird, die Gefahr einer Renationalisierung. Wir müssen auch aus Gründen der Ressourcen stärker von dem Gedanken einer Universalarmee abrücken. Ich habe z. B. mit den niederländischen Kollegen besprochen, daß wir eine gemeinsame U-Boot-Flotte betreiben. Ich denke, daß das politisch eine ganze Menge für sich hat, aber auch was das Einsparen von Ressourcen angeht.

Es gibt dort eine große Bereitschaft hierzu, aber der Kollege hat mich gefragt: Laufen die denn auch gemeinsam aus, wenn es notwendig ist? Ich habe ihm gesagt: Im Prinzip ja, aber vielleicht muß ich noch einmal nach Karlsruhe. - Hieran können Sie erkennen, wie lebenswichtig es ist, daß sich Deutschland in gleicher Weise beteiligt wie unsere Nachbarn und Freunde in der NATO. Deswegen müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden!

(Beifall)

Die Frage der internationalen Einsätze ist deshalb keine militärische Frage, sondern eine zentrale politische Frage, die über unsere Europafähigkeit und unsere Glaubwürdigkeit gegenüber den Bündnispartnern entscheidet. Man kann eben nicht nur von Menschenrechten reden, sondern muß Solidarität praktizieren, und das geht nur, wenn man gemeinsam mit anderen handelt.

Gestern sind wieder 140 deutsche Soldaten aus Somalia zurückgekommen. Ich denke, wir sollten diesen Soldaten ein Wort des Dankes sagen,

(Beifall)

daß sie trotz der ungeklärten rechtlichen und politischen Situation in Deutschland ihren Auftrag so großartig durchgeführt haben. Es ist richtig, wir haben auf die Inder gewartet, aber es ist mir immer noch lieber, auf Inder zu warten, als daß noch einmal auf die Deutschen gewartet worden wäre.

(Zustimmung)

Wir haben gezeigt, daß wir zur Solidarität fähig sind!

(Beifall)

Die Bundeswehr verdient unser Vertrauen, sie muß aber auch selbst auf die Politik vertrauen können. Ich denke, bei der CDU war, ist und bleibt die Sicherheit unseres Landes gut aufgehoben, und das sollten wir uns von niemandem streitig machen lassen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, lieber Volker Rühle, für diese Einführung in ein wichtiges Kapitel, herzlichen Dank für die Arbeit an der Spitze unserer Bundeswehr.

Wir kommen damit zu den Anträgen E 1 und E 2 auf Seite 500 der Antragsbroschüre. Wortmeldungen dazu gibt es nicht. Ich gehe auch davon aus, daß die Anträge des Kreisverbandes Mark sich jetzt in geeigneter Form in der Fassung der Antragskommission widerspiegeln.

Ich kann also gleich zur Abstimmung über die Ziffern 117 und 118 kommen. Sie finden sie einschließlich der dazu gestellten Anträge auf den Seiten 501 bis 507 der Antragsbroschüre. Darf ich fragen, wer mit seiner Stimmkarte diesen beiden Ziffern seine Zustimmung gibt? - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ich stelle offensichtlich einstimmige Annahme fest.

Wir kommen dann im Entwurf zum zweiten Abschnitt „Europa - Einheit schaffen, Vielfalt bewahren“. Hierzu gibt uns jetzt der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, unser Freund Prof. Dr. Rinsche, eine Einführung.

(Beifall)

Prof. Dr. Günter Rinsche: Herr Tagungspräsident! Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ein politisches Programm muß Antwort geben auf die Fragen: Was ist erforderlich? Was ist möglich? Wie können wir das Erforderliche möglich machen?

Konrad Adenauer hat auf diese Fragen die Feststellung getroffen: Europa, das war der Traum von wenigen; Europa, das wurde zur Hoffnung der vielen, und Europa ist heute die Notwendigkeit für uns alle.

Das Kapitel „Europa - Einheit schaffen, Vielfalt bewahren“ befaßt sich mit den Existenzbedingungen und mit den Entwicklungserfordernissen einer neuen und dauerhaften Friedensordnung für ganz Europa. Es geht - und das ist keine Übertreibung - um die Weichenstellung für die Geschichte Europas im 21. Jahrhundert. Es geht darum, die leidvollen, aber auch die hoffnungsvollen Erfahrungen aus der Geschichte Europas im 20. Jahrhundert in unsere Politik einer Zukunftssicherung der Europäer einzubeziehen.

Unsere europäische Konzeption - auch das sollte einmal gesagt werden - steht in einer faszinierenden Übereinstimmung mit den Ideen und Konzeptionen großer europäischer Philosophen und Staatsmänner. In den Entwürfen und Anträgen unseres Grundsatzprogramms verwirklicht sich die europäische Idee, die sich in den Schlüsselnbegriffen Freiheit, Ordnung, Menschenwürde und Vielfalt zum Ausdruck gebracht wird. Aus dieser europäischen Idee ergeben sich die Baugesetze der Europäischen Union, die Rechtsstaatlichkeit als Grundlage der Humanität, die parlamentarische Demokratie auf allen politischen Entscheidungsebenen, der föderalistische Gemeinschaftsaufbau und das unverzichtbare Prinzip der Subsidiarität, das ebenfalls für alle Entscheidungsebenen gilt, und schließlich die Soziale Marktwirtschaft und das dazugehörige Prinzip der Solidarität.

Meine Freunde, ein Grundsatzprogramm kann wesensgemäß nicht populistisch sein. Ein Architekt kann die Statik eines soliden Bauwerkes nicht durch Meinungsumfragen ermitteln. Die Architekten und Baumeister des gemeinsamen Hauses Europa dürfen die Festigkeit der Fundamente und die Zweckmäßigkeit der Baukonzeption nicht an den wechselnden Moden und Stimmungen messen, sondern an den Erfordernissen, die sich aus dem Baugrund, aus dem Bedarf der Bewohner und aus den mit dem Bau verbundenen langfristigen Zielsetzungen ergeben.

Die Geschichte dynamischer Gemeinschaften enthält immer auch eine Wandlung der Problembereiche und eine Wandlung der Bedeutung von Worten. Wir stehen daher manchmal in der Gefahr, an den Gegebenheiten von gestern zu kleben, um mit den Begriffen von vorgestern über die Probleme von heute zu diskutieren.

Deshalb haben wir auf dem 3. Parteitag 1992 in Düsseldorf folgende Feststellung getroffen: Das Ziel der europäischen Verfassung läßt sich nicht mit herkömmlichen Begriffen fassen. Die CDU Deutschlands strebt jedoch insgesamt eine bundesstaatliche Lösung an. Entscheidend - so heißt es dort - ist die Handlungsfähigkeit in der Gemeinschaft dort, wo sie handelt. Die Ihnen heute vorgelegten Anträge entsprechen diesem Düsseldorfer Beschluß und führen ihn weiter.

Meine Damen und Herren, das sind Überlegungen, die heute zur Beschlußfassung vorliegen. Unsere europapolitische Konzeption ist ein starkes Stück der Zukunftssicherung. Unsere Kinder und Kindeskiner werden uns eines Tages fragen: Habt Ihr weit genug gedacht? Habt Ihr unsere Erfordernisse beachtet? Habt Ihr entschlossen gehandelt?

Meine Freunde, diskutieren und beschließen wir so, daß wir diese Fragen dann mit einem klaren Ja beantworten können. - Ich danke.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, lieber Prof. Rinsche, für diese präzise und fundierte Einführung und für Ihre Arbeit im Europäischen Parlament.

Wir kommen jetzt zunächst zu einer kurzen allgemeinen Aussprache, in der als erster unser Freund Alfred Dregger, der Ehrenvorsitzende unserer Bundestagsfraktion, das Wort hat.

(Beifall)

Dr. Alfred Dregger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir Christlichen Demokraten sind die Deutschland-Partei und zugleich die Europa-Partei unseres Landes. Das waren wir immer, und das wollen wir bleiben. Bisher hat uns nicht nur in der Deutschland-Politik, sondern auch in der Europa-Politik ein hohes Maß innerer Übereinstimmung ausgezeichnet.

Dieser Konsens ist ein hohes politisches Gut, das jetzt nicht in einem Streit um Rechtsbegriffe verloren werden darf.

(Beifall)

Um was geht es? Im alten Grundsatzprogramm von 1978 stand: Unser Ziel ist die Herausbildung eines demokratischen europäischen Bundesstaates.

In dem Entwurf des neuen Programms ist das bundesstaatliche Element nicht mehr in gleicher Bestimmtheit zum Ausdruck gebracht. Warum? - Es ist klar, daß durch den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu einem europäischen Bundesstaat unsere jetzige verfassungsmäßige Ordnung tiefgreifend verändert würde. Nicht mehr die Organe der Bundesrepublik Deutschland würden zum Beispiel über die Außen- und Sicherheitspolitik unseres Landes zu entscheiden haben. Diese Kompetenzen würden auf die Organe der Europäischen Union übergehen.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Maastricht-Urteil eine solche Lösung als verfassungswidrig bewertet. Ob es uns gefällt oder nicht, das können wir nicht ignorieren.

Ich zweifele im übrigen daran, daß die große Mehrheit von uns eine solche Kompetenzverlagerung von Deutschland nach Europa, wenn sie denn möglich wäre, wirklich wollte. Ich jedenfalls will sie nicht.

Ich bin fest davon überzeugt, daß die anderen europäischen Völker sie ebenfalls nicht wollen.

Frankreich wird immer Frankreich bleiben und nicht darauf verzichten wollen, als Frankreich an der Weltpolitik teilzunehmen. Für Großbritannien gilt das gleiche. Auch Italien wird immer Italien bleiben. Da kann auch Deutschland nichts anderes, als Deutschland zu bleiben - was ich nicht bedauere.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, was für die größeren Nationalstaaten gilt, gilt auch für die kleineren. Deren Nationalgefühl ist ungebrochen. Wir sollten das bedenken, wenn wir als Deutsche Vorschläge für Europa machen. Das vereinte Europa wird jedoch mehr sein als ein lockerer Staatenbund. Das Bundesverfassungsgericht spricht in seinem Europaurteil bewußt weder vom Bundesstaat noch vom Staatenbund. Um die Beispiellosigkeit der Europäischen Union zu verdeutlichen, hat es den neuen Begriff Staatenverbund geprägt.

Ein zweiter Gesichtspunkt kommt zu den verfassungsrechtlichen Erwägungen hinzu. Natürlich können wir hier als deutsche Partei ein nationales Europaprogramm beschließen, auch wenn wir nicht Rücksicht nehmen würden auf die Meinungen, Wünsche und Ziele unserer europäischen Partner. Klug wäre das aber nicht, auch nicht europäisch; denn es würde ja vom gemeinschaftlichen Handeln wegführen.

Was wir auf lange Sicht brauchen, sind ja nicht nationale Europaprogramme, sondern ist ein europäisches Europaprogramm, das von allen europäischen Partnern ausgearbeitet und getragen wird.

(Beifall)

Was wollen die anderen? Das ist doch die wichtigste und interessanteste Frage.

Es ist unbegreiflich, daß sie fast nie gestellt wird. Was wollen sie also? Keiner unserer Partner hat bisher zu erkennen gegeben, er wolle für Europa einen Bundestaat nach deutschem oder amerikanischem Muster. Die meisten Europäer werden sich auf Grund ihrer völlig anderen Traditionen unter einem Bundestaat ohnehin nichts Konkretes vorstellen können.

Um so wichtiger ist es, daß wir deutsche Alleingänge vermeiden und uns so häufig und so eng wie möglich mit unseren Freunden im europäischen Ausland abstimmen.

Ich möchte dazu einen großen Kenner der europäischen Szene und dazu Vorkämpfer für ein vereintes Europa zitieren. Es ist mein Freund Max Kohnstamm, Niederländer und Jahrzehnte hindurch engster Mitarbeiter von Jean Monnet. In einem kürzlich in Deutschland erschienenen Interview erklärte er: „Es gibt eine europäische Identität, aber das bedeutet nicht, daß es so etwas wie ein europäisches Volk gibt oder geben sollte“.

Was bedeutet das? Staatsqualität setzt neben Staatsgebiet und Staatsgewalt ein Staatsvolk voraus. Daß es in Europa mehrere Staatsvölker gibt, aber kein europäisches Staatsvolk, kann selbst ein noch so begeisterter Europäer nicht bestreiten.

Vielleicht bildet sich im Laufe der Zeit - wie lange es auch dauern mag - ein europäisches Staatsvolk heraus; aber gewiß dann nicht, wenn ausgerechnet wir den europäischen Völkern eine solche Konstruktion aufzudrängen versuchen.

Ein weiteres Zitat von Max Kohnstamm sollte gerade uns Deutschen zu denken geben. In diesem Interview sagte er: „Nun hat es in Deutschland nach dem Untergang des Dritten Reiches vielleicht deutsche Europäer gegeben, die in der europäischen Gemeinschaft ein neues Vaterland sahen. Die damaligen Umstände machten das sehr verständlich“. Max Kohnstamm sagte dann aber in aller Entschiedenheit: „Ich halte diesen Gedanken nicht für richtig“; auch ich nicht, darf ich hinzufügen.

Ähnliche Stimmen sind aus anderen Partnerstaaten zu zitieren, z.B. bei unserem wichtigsten europäischen Partner Frankreich. Ich will nur eine Stimme nennen, den ehemaligen Premierminister und Parlamentspräsidenten der französischen Republik, der jetzt als Vorsitzender des Aktionskomitees für Europa, dem auch ich angehöre, eine wichtige Rolle spielt. Es ist mein Freund Jacques Chaban-Delmas, viele von Ihnen werden ihn kennen. Seine Ansichten unterscheiden sich in nichts von denen, die ich soeben vorgetragen habe.

Meine Freunde, ich glaube, daß wir die Stimmen von gewichtigen ausländischen Partnern, die das vereinigte Europa wollen und dafür jahrzehntelang mit Erfolg gearbeitet haben, ebensowenig ignorieren können, wie den Spruch des Verfassungsgerichts. Diese Erkenntnisse kommen bei der Neuformulierung des Grundsatzprogrammes zur Geltung. Ich meine, sie konnten nicht unberücksichtigt bleiben.

Diese Veränderung ist keine Niederlage für Europa, im Gegenteil. Realismus ist auch für die Vollendung Europas förderlich. Statt uns in einer Begriffsauseinandersetzung zu verzetteln, sollten wir uns auf die weiterführende Arbeit konzentrieren. Dafür spricht auch die Tatsache, daß wir vor entscheidenden Wahlen stehen, vor der Europawahl am 12. Juni und vor der Bundestagswahl am 16. Oktober. In der Europapolitik zertritten vor die Wähler zu treten, wäre kein Erfolgsrezept.

Wir müssen das Europathema innen- wie außenpolitisch mit Klugheit, Sachkunde und Kompromißbereitschaft angehen. Dazu gehört auch die Einsicht, daß europäische Union und Nationalstaaten keine Gegensätze sind, wie der Bundeskanzler z. B. auf dem Bundesparteitag in Berlin unterstrichen hat. Nur zusammen sind sie das Zukunftsmodell für Europa.

Vor der ersten freien Wahl in Ungarn habe ich auf einer Kundgebung der Forumspartei des leider inzwischen verstorbenen Ministerpräsidenten Antall gesprochen. Ich sah dabei zwei junge Männer mit dem Transparent „Ungarn kehrt heim nach Europa“. Sie fühlten sich als Europäer, weil sie sich als Ungarn fühlten und damit als Angehörige eines Volkes mit einer zutiefst europäischen Geschichte. Bei uns ist es nicht anders. Europa und Nation gehören zusammen. Wer kein guter Ungar, Deutscher oder Franzose ist, kann daher auch kein guter Europäer sein.

(Beifall)

Zwischen den Nationen Europas wird es auch in Zukunft Meinungsverschiedenheiten und Interessenkonflikte geben, aber keine Feindschaft. Wettbewerb ohne Krieg und enge, institutionell verankerte Zusammenarbeit wird ihr künftiges Verhältnis kennzeichnen, nach einem Jahrtausend der Bruderkriege eine großartige Vision, wie ich meine; nicht nur eine Vision, sondern seit dem Maastrichter Vertrag auch ein Pro-

gramm, auf das sich die Mitgliedsstaaten verpflichtet haben. Lassen Sie es uns mit Würde, mit Selbstachtung und im brüderlichen Geist in die Tat umsetzen.

Aus alle diesen Gründen stimme ich der Vorlage zu.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, lieber Herr Dr. Dregger. Der Parteitag ist Ihnen dankbar, daß Sie gerade zu diesem besonders wichtigen Kapitel uns noch eine Wegweisung aus Ihrer reichen Erfahrung mitgegeben haben. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Ich rufe jetzt die Ziffer 119 auf. Sie finden den Text auf der Seite 507. Dazu gehören die Anträge E 30 bis E 34 auf den Seiten 507 bis 508. Dazu gibt es eine Wortmeldung von Friedrich Merz, Mitglied des Europäischen Parlaments.

Friedrich Merz: Herr Tagungspräsident! Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Alfred Dregger hat in seinem Wortbeitrag schon viel gesagt, und ich kann mich deswegen auf wenige Bemerkungen beschränken und konzentrieren. Lassen Sie mich trotzdem eine Vorbemerkung machen.

Ich hätte mir gewünscht, daß wir nicht nur in der CDU, nicht nur in der Union, sondern in der gesamten Bundesrepublik Deutschland diese Diskussion um Europa nicht erst im Jahre 1993 und 1994 geführt hätten, sondern daß wir diese wichtige Diskussion zu einem Zeitpunkte geführt hätten, wo der Maastrichter Vertrag noch nicht unterzeichnet gewesen ist. Das wäre zur Klarstellung unserer politischen Position in Deutschland besser gewesen.

Trotzdem ist diese Diskussion auch heute wichtig. Ich denke, wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, als ob die CDU Deutschlands mit dem Entwurf dieses Grundsatzprogramms von 1994 auf dem Weg ist, ihre ursprüngliche Position in der Europapolitik zu verlassen, dann ist dieser Eindruck falsch. Niemand in der Christlich Demokratischen Union Deutschlands will - jedenfalls kann das niemand aus der Antragslage entnehmen - eine Veränderung unserer europapolitischen Position, wie wir sie von Konrad Adenauer über Helmut Kohl bis zum heutigen Tage haben.

(Beifall)

Niemand von uns stellt in Frage, daß wir an dem Ziel einer vertieften und erweiterten Europäischen Politischen Union festhalten wollen. Niemand von uns stellt in Frage, daß die Europäische Union in Zukunft mehr Kompetenzen in Fragen der inneren Sicherheit, in Fragen der Wirtschafts- und Währungspolitik und in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik braucht.

Deswegen bleibt die Diskussion um die Begriffe „Bundesstaat“ und „bundesstaatliche Ordnung“ trotzdem wichtig, denn diese Diskussion muß deutlich machen, daß es uns nicht um die Frage der Qualität, sondern um die Frage der inneren Ordnung der Europäischen Union geht. Wenn wir das Adjektiv „bundesstaatlich“ im Zusammenhang mit der inneren Ordnung der Europäischen Union verwenden, dann wollen wir damit ein inneres Organisationsprinzip zum Ausdruck bringen und nicht etwa den Anspruch erheben, als ob der Bundesstaat Europa in Zukunft so etwas wie eine große Bundesrepublik Deutschland sei.

Lassen Sie uns deswegen in der Diskussion und auch in der Abstimmung über diesen wichtigen Abschnitt den Initiativantrag des Bundeskanzlers, der stellvertretenden Bundesvorsitzenden und des Generalsekretärs, der im Antrag E 262 vorliegt, als Leitlinie nehmen!

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eine Bemerkung dazu machen! Der Antrag lautet: „Die Europäische Union muß freiheitlich, demokratisch, föderal, subsidiär und bundesstaatlich gestaltet werden.“ - Für mich ist diese Aufzählung offengestanden etwas beliebig. Für mich ist diese Aufzählung offengestanden auch etwas diffus. Wo liegt eigentlich der Unterschied zwischen „föderal“ und „bundesstaatlich“? Nach meinem Verständnis ist das dasselbe, liebe Freunde.

(Beifall)

Deswegen wäre es gut, wenn wir diesen Satz übernehmen, uns aber auf das konzentrieren, was wir meinen, indem wir schreiben: „Die Europäische Union muß freiheitlich, demokratisch und bundesstaatlich gestaltet werden.“ - Das meinen wir, und dabei muß es bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Herr Merz. Wir sind allerdings noch nicht bei Ziffer 124, sondern im Moment bei Ziffer 119.

Dazu liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Wer ihr zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann haben wir die Ziffer 119 einstimmig beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 120 des Antrags auf. Der Text findet sich auf den Seiten 508ff. Dazu gehören die Anträge E 35 bis E 48 auf den Seiten 508 bis 511 und E 250.

Dazu gibt es eine Wortmeldung von Professor Hornhues.

Prof. Dr. Karl-Heinz Hornhues: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will zuvor sagen, was ich im Kern will: Ich will den Kreisverband Karlsruhe bitten, den letzten Satz seines Antrages nicht im Antrag der Antragskommission untergehen zu lassen, weil er darin gar nicht steht.

Ich möchte meine Meinung begründen. Der Bundeskanzler hat gestern in seiner großen Rede, und Volker Rühle hat in seiner Einführung soeben deutlich gemacht, welch zentrale Bedeutung die Entwicklung in Mittelosteuropa für die Sicherheit und die Stabilität unseres Landes hat. Auch bei dem, was wir soeben schon beschlossen haben, ist deutlich geworden, wie entscheidend es ist, daß wir diesen Ländern die Chance geben, mit uns zusammenzuleben, was sie wollen. Dies wird in der hier zur Beratung anstehenden Ziffer 120 angesprochen.

Es heißt dort: Wir müssen offen sein für die Beitrittsländer. - Ich gestehe, das ist mir ein wenig zu schwach, vor allen Dingen angesichts der Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl mit sechs dieser Länder Verträge geschlossen hat, in denen wir uns vertraglich verpflichtet haben, diesen Ländern zu helfen, Mitglied der Europäischen Union zu werden. Ich halte dies für wichtig, weil ich weiß, wie stabilisierend das Element, ihnen wirklich die Hand zu

geben, ihnen zu helfen, in unser Europa zu kommen, für die demokratische Entwicklung in diesen Ländern ist.

Deswegen habe ich die herzliche Bitte an Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Einfügung des letzten - kurzen - Satzes im Antrag des Kreisverbandes Karlsruhe zuzustimmen. Es heißt im Antrag des Bundesvorstandes:

Die Gemeinschaft muß offen sein für neue Mitglieder, welche die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Beitritt erfüllen.

Ich hätte gern, daß danach der letzte Satz im Antrag des Kreisverbandes Karlsruhe eingefügt wird: „Dabei wird ein Beitritt zum frühestmöglichen Zeitpunkt angestrebt.“

(Beifall)

Viele unserer Freunde vermissen diesen Satz. Sie fragen: Ist das andere im Grunde nicht ein Vertrösten, eine Konditionierung, auf den Sankt-Nimmerleins-Tag?

Dies ist mein Begehren. Ich würde mich freuen, wenn Sie mir zustimmen würden.

Herr Vorsitzender, ich will mein Rederecht etwas mißbrauchen. Der Bundesverteidigungsminister hat den Soldaten gedankt, die aus Somalia zurückkommen. Ich hoffe nicht, daß es die Menschen in Somalia bitter bereuen müssen, daß wir gehen, weil wieder Not und Elend über sie hereinbrechen. Deswegen auch mein Dank an die Soldaten.

Ich möchte in diesen Dank auch unsere Soldaten einschließen, die heute nacht wieder im humanitären Auftrag über Bosnien unterwegs sind,

(Beifall)

die Hilfsgüter abwerfen und die morgen nach Sarajevo fliegen. Sie wissen genau, daß die Serben unten in unserer feinen Verfassungsdiskussion nicht zwischen „humanitär“ und „Kampf“ und ähnlichem mehr unterscheiden können. Auch an unsere Soldaten sollten wir denken, und wir sollten ihnen herzlich für das danken, was sie tun. - Danke schön.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Danke schön! - Für die Antragskommission Elmar Brok.

Elmar Brok, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß Professor Hornhues auf einen wichtigen Punkt hingewiesen hat. Die Antragskommission schließt sich seiner Argumentation an. In dem Antrag steht ausdrücklich: „zum frühestmöglichen Zeitpunkt“. Aber das muß individuell entschieden werden entsprechend der politischen und ökonomischen Entwicklung dieser Länder. Dies macht Differenzierungen in einer sinnvollen Weise möglich, aber es verdeutlicht auch die politische Verantwortung, die wir gegenüber diesen Ländern zu tragen haben.

Deswegen bittet die Antragskommission, dem Vorschlag zu folgen und dem Antrag Karlsruhe stattzugeben.

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Danke schön! - Wir kommen damit zur Abstimmung über die von der Antragskommission vorgeschlagene Fassung. Ich bitte diejenigen, die dem mit der Änderung, die von Elmar Brok soeben vorgetragen worden

ist, zustimmen können, um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Eine Enthaltung. Dann war auch dies ansonsten einstimmig.

Wir kommen zu den Ziffern 121 bis 124.

Zunächst die Ziffer 121! Sie finden den Text auf der Seite 511. Dazu gehören die Anträge E 49 bis E 64 sowie E 251 bis E 252. - Dazu liegt keine Wortmeldung vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Ich bitte um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 122. Der Text befindet sich auf der Seite 515. Dazu gehören die Anträge E 65 bis E 88 sowie E 253 bis E 254.

Zu Ziffer 122 gibt es eine Wortmeldung von Herrn von Wogau, Mitglied des Europäischen Parlaments.

Dr. Karl von Wogau: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren zur Zeit über die Begriffe „Bundesstaat“, „Staatenbund“, „Staatenverbund“. Dem einen oder anderen könnte das als ein reiner Begriffsstreit erscheinen. Deswegen glaube ich, daß es interessant ist, wenn wir uns einmal ganz kurz vor Augen führen, was in der Europäischen Gemeinschaft in den letzten zehn Jahren tatsächlich geschehen ist und wie sich die Gemeinschaft in dieser Zeit tatsächlich weiterentwickelt hat.

Es war doch so, daß wir uns hier zunächst einmal Ziele gesetzt haben und daß wir erst danach die institutionellen Folgerungen aus der Verwirklichung dieser Ziele gezogen haben. Ich will ein Beispiel nennen: die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarkts. Wir haben uns zuerst das Ziel gesetzt, ein Europa mit gemeinsamen Grenzen nach außen und offenen Grenzen nach innen zu schaffen. Wir haben dann festgestellt, daß alle zwölf Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft inklusive Großbritannien damit einverstanden gewesen sind.

Dann haben wir aber gesehen, daß dafür 300 Beschlüsse notwendig sind und daß diese 300 Beschlüsse nach dem alten Verfahren der Einstimmigkeit etwa dreißig Jahre gedauert hätten. Darum war die institutionelle Folgerung daraus, daß die Mehrheitsabstimmung zugelassen wurde und daß erstmals das Europäische Parlament an dieser Beschlußfassung stärker beteiligt wurde. Das heißt, die Einheitliche Europäische Akte war erst die Folgerung aus dem Ziel des europäischen Binnenmarktes.

Im Jahre 1996 wird sich das in der gleichen Weise abspielen. Das Ziel ist die gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik. Aber man muß zuerst definieren, was das genau sein soll, und dann daraus die notwendigen institutionellen Schlußfolgerungen ziehen. Dabei entsteht etwas Neues, was mit den alten Begriffen nicht richtig beschrieben werden kann.

Auf diesem Weg brauchen wir Wegweiser. Ein Wegweiser könnte der Begriff der Subsidiarität sein. Aber den versteht draußen niemand. Der richtige Wegweiser ist der des Bundesstaates. Ich kenne keinen besseren Weg, deutlich zu beschreiben, wie eine Gemeinschaft von unten nach oben aufgebaut werden soll und aufgebaut werden kann. Deswegen brauchen wir den Begriff des europäischen Bundesstaates.

(Vereinzelt Beifall)

Zum dritten: die Signalwirkung. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß hier von außen sehr sorgfältig beobachtet wird. Wir haben uns in der Vergangenheit immer zum europäischen Bundesstaat bekannt. Wenn wir das jetzt streichen würden, würde das so verstanden, als wäre bei uns der Wille zur europäischen Einigung in Wirklichkeit erlahmt.

Deswegen möchte ich Sie eindringlich dazu auffordern, zu dem Begriff des europäischen Bundesstaates und des Bundesstaatlichen zu stehen und den Antrag E 262 zu unterstützen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr von Wogau.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die Ziffer 122. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Ich bitte um das Stimmkartenzeichen, wer dem zustimmen kann. - Gegenprobe! - Eine Gegenstimme. Enthaltungen? - Keine Enthaltung. Damit ist die Ziffer 122 angenommen.

Ich rufe die Ziffer 123 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Sie finden den Text auf den Seiten 520ff. Dazu gehören die Anträge E 89 bis E 106 sowie E 255. Darüber hinaus gibt es eine geänderte Empfehlung der Antragskommission in der Sammlung der Initiativ-Anträge II, Seite 16. Das ist der Antrag E 89 des Bundesvorstandes, wo eine geringfügige Änderung gemacht worden ist.

Wortmeldungen dazu gibt es nicht. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Formulierung der Antragskommission seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Keine Gegenstimme. Enthaltungen? - Auch keine. Damit ist die Ziffer 123 angenommen.

Ich rufe die Ziffer 124 auf. Der Text steht auf Seite 525 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge E 105 und E 107 bis E 131 sowie E 256. Darüber hinaus gibt es eine geänderte Empfehlung der Antragskommission auf Seite 16 der Sammlung der Initiativ-Anträge II.

Dazu gibt es Wortmeldungen. Die erste stammt von Stephan Eisel.

Dr. Stephan Eisel: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde!

Entsprechend dem neuartigen Charakter des Einigungsprozesses wird sein Ergebnis historisch neuartig sein. Das Ziel der Europäischen Verfassung läßt sich mit herkömmlichen Begriffen nicht fassen. Die CDU Deutschlands strebt jedoch insgesamt eine bundesstaatliche Lösung an.

Das haben wir alle beim Bundesparteitag in Düsseldorf vor nicht einmal zwei Jahren fast einstimmig beschlossen. Ich muß Ihnen sagen: Ich habe nicht verstanden, warum die Grundsatzprogramm-Kommission so große Schwierigkeiten hatte, die damals gefundenen Formulierungen in den ersten Entwurf des Grundsatzprogramms aufzunehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube auch, daß wir uns keinen Gefallen getan haben, den an sich positiven Begriff „bundesstaatlich“ durch eine völlig überflüssige Diskussion negativ zu reden. Das haben wir nicht nötig. Es ist gut, daß dieser Begriff mit der europäischen Einigung verbunden wird.

Ich glaube auch, daß die europäische Diskussion schwieriger geworden ist. Aber für die CDU hat es sich immer bewährt, in schwierigeren Zeiten nicht Nebelkerzen zu werfen, sondern das Profil klarer werden zu lassen. Wir wollen kein allmächtiges Europa, wir wollen aber auch kein ohnmächtiges Europa. Wir wollen ein Europa, in dem die Dinge entschieden werden, die nur grenzübergreifend geregelt werden können.

Mir ist Regierungszusammenarbeit zuwenig. Denn Regierungszusammenarbeit ist allzuoft Bürokratiezusammenarbeit. Es fehlt dabei das Demokratieprinzip.

Ich freue mich sehr, daß die Delegierten Dr. Kohl, Dr. Merkel, Hintze und 27 weitere diese Argumentation in ihrem Initiativantrag aufgriffen und der Grundsatzprogramm-Kommission geholfen haben, diese Formulierungen in das Programm hineinzubekommen. Wir ziehen deshalb unseren Antrag seitens des Kreisverbandes Bonn mit der Beschlußfassung von Düsseldorf zurück und bitten Sie, diesen Initiativantrag des Bundesvorstandes zu unterstützen.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Eisel. - Als nächster spricht Herr Jarzembowski, Mitglied des Europäischen Parlaments.

Dr. Georg Jarzembowski: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Damen und Herren! Auch ich glaube, daß mit dem Vorschlag des Bundesvorstandes der Konflikt völlig entschärft ist und wir wieder auf einer Linie liegen, wo wir hoffentlich immer lagen. Eine Zeitlang sah es jedoch so aus, als ob die CDU Deutschlands gegen die Bundesstaatlichkeit gewesen wäre. Das wäre natürlich eine Katastrophe gewesen. Denn das ist das, womit wir seit Adenauers Zeiten den Sozialdemokraten voraus waren. Wir waren in der Gefahr, von den Sozialdemokraten europäisch überholt zu werden, hätten wir die Bundesstaatlichkeit fallenlassen. Insofern bin ich froh, daß wir uns klar dazu bekennen.

Zweitens. Ich glaube auch, wir sollten von der Brunner-Gruppierung keine ernsthafte Notiz nehmen. Aber wenn sie die Debatte mit uns zu Fragen der Bundesstaatlichkeit haben wollen, dann sollten wir sie mit aller Schärfe und Härte gegen die Truppe um diesen Herrn Brunner führen. Wir sollten uns nicht verstecken.

(Beifall)

Ich will zwei Gründe anführen, warum wir für die Bundesstaatlichkeit sind. Bundesstaatlichkeit hat für uns nie ein zentralistisches Europa bedeutet. Es hat immer ein Europa bedeutet, in dem die Kompetenzen zwischen Städten und Gemeinden, zwischen Regionen, Ländern, Nationalstaat und europäischer Ebene aufteilt wurden. Man hatte dabei stets zwei Aspekte: Auf welcher Ebene kann die beste Lösung gefunden werden? Und: Wie können wir die Lösung möglichst bürgernah finden? Das ist dem Bundesstaatsprinzip immanent. Nichts anderes haben wir immer gewollt.

Wenn es um Demokratie geht und dieser berühmte Herr Brunner immer von Demokratie redet, dann müssen wir eines einsehen: Bei rein intergouvernementaler Zusammenarbeit funktioniert die parlamentarische Kontrolle nur ungenügend - wir können das im Bereich der inneren Sicherheit sehen -, weil zwölf nationale Parlamente überhaupt nicht in der Lage sind, allein eine effektive Kontrolle auszuüben. Deshalb sind wir immer für die Bundesstaatlichkeit gewesen. Denn wir wollen auf der europäischen Ebene ein starkes Parlament, das für die Bürger die Gesetzgebung und die

Verwaltung kontrolliert. Insofern müssen wir den Bundesstaat offensiv vertreten und verteidigen.

Lassen Sie mich zum Schluß sagen: Die Weisheit der Formulierer war großartig. Sie haben einerseits gesagt, die Europäische Union muß föderal gestaltet sein, und gleichzeitig muß sie bundesstaatlich gestaltet sein. Ich habe mir lange überlegt, was das bedeutet, und bin zu zwei Schlußfolgerungen gekommen.

Erstens. Wir sind besonders deutlich, nämlich doppelt für die Bundesstaatlichkeit. Zweitens machen wir als Christdemokraten in Deutschland und als Teil der europäischen Volkspartei für die Deutschen besonders deutlich, daß wir für die Bundesstaatlichkeit sind. Weil die englischen Kollegen bei den Tories das nicht ganz so verstehen, haben wir noch „föderal“ gesagt. Insofern haben wir einen Beitrag zur europäischen Politik geleistet - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Schönen Dank. - Wir haben noch drei Wortmeldungen. Die Rednerliste zu diesem Punkt war bereits geschlossen. Als nächster spricht Peter Paziorek.

Dr. Peter Paziorek: Herr Tagungspräsident! Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Es ist für uns Christdemokraten völlig unstrittig, daß es viele existentielle Probleme in Europa gibt, die nicht mehr allein von den Nationalstaaten gelöst werden können.

Wir benötigen ein Mehr an Europa, und wir wollen dieses vergrößerte Europa.

Im Gegensatz zu meinem Vorredner kann ich der Empfehlung der Antragskommission aber nicht zustimmen, die sich dafür ausspricht, die rechtliche Ausgestaltung Europas bundesstaatlich vorzunehmen. Zwar wird richtig ausgeführt, daß durch eine solche Formulierung die Nationalstaaten nicht aufgelöst werden. Aber gleichzeitig wird gesagt, daß sich die Nationalstaaten wandeln müssen. In welche Richtung muß sich der Nationalstaat wandeln, und wie tief werden diese Wandlungen und Veränderungen Auswirkungen auf die bisherige Gestaltung des Nationalstaates haben? Das ist jetzt die Frage.

Ich warne davor, diese Fragestellung zu gering zu erachten und sie nur lösen zu wollen - wie es gerade mein Vorredner getan hat - in der Abgrenzung zu irgendwelchen bürgerlichen Splittergruppierungen. Denn noch immer ist der Nationalstaat auch für die überaus große Mehrheit der Deutschen der politische Rahmen, der über Jahrhunderte historisch gewachsen ist und daher einen vertrauten politischen Rahmen abgibt. Der Nationalstaat stiftet Identität. Wer Veränderungen will, muß diese deutlich benennen, um eine gefährliche politische Orientierungslosigkeit zu verhindern.

Das Europa, das ich mir vorstelle, ist ein Europa, das in wichtigen politischen Handlungsfeldern geschlossen agiert, das aber auch so aufgebaut ist, daß es die Vielfalt der Nationen und der regionalen Gruppierungen in ihrem Bestand akzeptiert und damit auch politisch schützt. Ich habe große Zweifel, ob eine solche Vorstellung von Europa, die die Nationalstaaten weder abschaffen noch in ihrem Rang aushöhlen will, mit einer Zielvorstellung vom europäischen Bundesstaat vereinbar ist. So ist auch in unserer staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Diskussion in den letzten Jahren

der Begriff europäischer Bundesstaat deckungsgleich verwandt worden mit dem Begriff Vereinigte Staaten von Europa.

Ich halte es gerade vor dem Hintergrund dieser Diskussion in den letzten Jahren für falsch, nun in unserem Grundsatzprogramm den Begriff bundesstaatliche Gestaltung für das innere Organisationsprinzip Europas festzuschreiben. Ich habe z.B. keine Bedenken gegen die Aufführung des föderalen Prinzips. Der Begriff Bundesstaat setzt nämlich ein Staatsvolk voraus. Es gibt aber noch kein einheitliches europäisches Staatsvolk. Befrachten wir somit unsere Vorschläge zu Europa nicht mit Detailüberlegungen, die von unseren europäischen Partnern auch in dieser Form nicht akzeptiert würden.

Die Nationalstaaten sind letztlich Träger eigenständiger Kulturen, und sie haben sowohl historische als auch aktuelle Bedeutung. Deshalb schlage ich vor: Es wäre für die Durchsetzung unserer europapolitischen Vorstellungen nichts gefährlicher, als wenn unsere Vorstellungen von der Bevölkerung abgehoben und letztlich auch weltfremd formuliert würden.

Deshalb sollten wir zu der inneren Ausgestaltung Europas klar und deutlich sagen: Wir wollen uns für einen föderalen Aufbau einsetzen. Die Nationalstaaten sollen ihren Rang behalten,

(Zustimmung)

auch wenn das in einer reduzierten Form in der Europäischen Union passiert.

Europäische Union und Nationalstaat schließen sich gegenseitig nicht aus. Europa sollte daher auch als eine Union der Nationalstaaten organisiert und verstanden werden. Aus diesem Grunde bin ich dafür, den Begriff „föderal“ herauszustellen, aber auf das Grundprinzip „bundesstaatliche Ordnung“ zu verzichten.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Als nächster spricht Axel Tantz.

Axel Tantz: Herr Tagungspräsident! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Liebe Parteifreunde! Der Zerfall des kommunistischen Systems in Osteuropa hat den Menschen die erhoffte Freiheit gebracht. Aber der Krieg im ehemaligen Jugoslawien führte schnell zur Ernüchterung. Die Welt ist zwar freier geworden, aber auch unberechenbarer. Es kann deshalb gar nicht häufig genug darauf hingewiesen werden, daß die Frage der europäischen Integration eine Frage von Krieg und Frieden ist. Meine Damen und Herren, Maastricht statt Sarajevo - so muß die Zukunft in Europa aussehen.

(Beifall)

Ich spreche hier auch als Mitglied des RCDS, der sich für Menschenrechte überall in der Welt eingesetzt hat. Herr Bundeskanzler, Sie haben gestern unter großem Beifall gesagt: Wir werden gewinnen, wenn wir vor niemandem in die Knie gehen. Die CDU darf sich von ihrem europapolitischen Kurs nicht abbringen lassen. Wir lassen es nicht zu, daß die Schönhubers und Brunners die zukünftige europäische Integration prägen.

(Beifall)

Wir lassen es nicht zu, daß die Europadebatte in Deutschland auf die Angst vor einem Verlust der D-Mark oder auf französische Bananen verkürzt wird.

(Beifall)

Die CDU war und ist die Europapartei. Jedem, der den Saal betritt und auf die große Europafahne im Hintergrund sieht, wird dies unmißverständlich deutlich. Wir vom RCDS erwarten von einer christdemokratischen Europapolitik aber mehr als bloße Symbole. Deshalb haben wir uns bereits auf dem Düsseldorfer Parteitag mit Nachdruck für den europäischen Bundesstaat ausgesprochen.

Die CDU muß sich heute mehr als sonst von all denen distanzieren, die in der Europäischen Union nicht mehr als nur eine Freihandelszone sehen. Herr Bundeskanzler, wir danken Ihnen deshalb, daß Sie an der bundesstaatlichen Ausgestaltung der Europäischen Union festhalten.

(Beifall)

Damit kämpfen Sie mit uns, der jungen Generation, gemeinsam für die Verwirklichung einer christdemokratischen Vision.

Meine Damen und Herren, seien auch Sie visionär. Stimmen Sie mit großer Mehrheit für den Antrag E 262. Stellen Sie jetzt die erforderlichen Weichen für die Zukunft, die Zukunft meiner Generation. Darum: Packen wir's an, bekennen wir uns zur Europäischen Union, die freiheitlich, demokratisch, subsidiär und bundesstaatlich ausgestaltet ist. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Danke sehr. - Die letzte Wortmeldung stammt von Klaus Herrmann. Bitte schön.

Klaus Herrmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es hat im Vorfeld dieses Parteitags verschiedene Irritationen gegeben. 1978 war, wie es vorher Dr. Dregger zitiert hat, in unserem Grundsatzprogramm das Ziel des europäischen Bundesstaats enthalten. Im Entwurf zum heutigen Grundsatzprogramm war das plötzlich verschwunden. Das war eine bedauerliche, eine falsche Entscheidung der Grundsatzprogrammkommission.

(Beifall)

Es ist aber leider so, daß in der Bevölkerung und auch in Teilen der Union Tendenzen da sind - wir haben das vorher von dieser Stelle aus auch gehört -, von der Linie Bundesstaat Europa abzuweichen. Ich möchte hier für die große Mehrheit der Jungen Union ausdrücklich erklären, daß wir zur Europapolitik der Union stehen, wie sie von Konrad Adenauer, Helmut Kohl, Franz Josef Strauß und vielen anderen erarbeitet und immer vertreten worden ist.

(Beifall)

Wir wollen nicht die Vereinigten Staaten von Europa mit einer Sprache und mit der Vereinheitlichung vieler Bereiche, sondern wir wollen das friedliche Zusammenleben verschiedener Nationen, die gewachsene kulturelle Vielfalt erhalten und die Einigung in einer föderalen, bundesstaatlichen Ordnung erreichen.

Wir sind Ihnen, Helmut Kohl, sehr dankbar dafür, daß Sie in der Europapolitik Kurs halten, daß Sie sich nicht irritieren lassen, so wie Sie sich Anfang der 80er Jahre bei

der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses nicht haben irritieren lassen und ihn gegen viele Widerstände durchgesetzt haben - heute müssen die Gegner auch anerkennen, daß Sie damals richtig gehandelt haben - und so wie Sie die Verwirklichung der deutschen Einheit 1990 mit großem Elan und Schwung vorangetrieben haben.

Ich möchte Sie als jüngerer Delegierter ausdrücklich auffordern, auch heute gegen den Widerstand in den eigenen Reihen europapolitisch Kurs zu halten und mitzuhelfen, daß Europa in einer bundesstaatlichen Ordnung verwirklicht wird. Die Junge Union steht dabei aus voller Überzeugung und mit großer Mehrheit hinter Ihnen.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Abstimmung über Ziffer 124. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Es erübrigt sich angesichts der Harmonie dieser Aussprache auch der Hinweis auf das Gewicht der Erstunterzeichner Kohl, Merkel und Hintze.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt Ziffer 124 zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das mit einer Gegenstimme und keiner Enthaltung so angenommen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, nachdem wir durch Einzelabstimmungen zu den Ziffern 121 bis 124 die endgültigen Textfassungen festgelegt haben, müssen wir jetzt noch über die von der Antragskommission vorgeschlagene Umstellung dieser Ziffern befinden. Die Antragskommission empfiehlt auf Seite 511 folgende Reihenfolge: Ziffer 121, 124, 122, 123.

Zu dieser Umstellung gibt es keine Wortmeldungen. Die Antragskommission hat ebenfalls keinen Wortbeitrag angemeldet.

Ich bitte diejenigen um das Stimmzeichen, die der Empfehlung der Antragskommission zustimmen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann haben wir die Umstellung einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf Ziffer 125 des Antrags des Bundesvorstandes. Der Text ist auf Seite 530. Dazu gehören die Anträge E 132 bis 143 auf den Seiten 530 bis 532 sowie E 257 bis E 260. Dazu gibt es zwar keine Wortmeldungen, aber eine kurze Stellungnahme der Antragskommission. Elmar Brok hat das Wort.

Elmar Brok, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie auf den Antrag E 133 aus Nordrhein-Westfalen hinweisen. In dem Text, wie er von der Antragskommission vorgelegt worden ist, ist irrtümlicherweise entgegen der Bundesvorstandsvorlage nur noch von „den Parteien in Europa“ und nicht mehr „von den europäischen Parteien und Zusammenschlüssen“ die Rede. Wir meinen, um das vollständig zu machen, den Antrag von Nordrhein-Westfalen zur Besserung hier einführen zu müssen, der sagt, daß diese Aufgaben von den europäischen Parteien und ihren nationalen und regionalen Mitgliedsparteien wahrgenommen werden sollen. Wir meinen, daß dies nach dem Empfang unserer Vorsitzenden von EDU und EVP gestern nur die sinnvolle Konsequenz ist.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Dann kommen wir zur Abstimmung in der soeben von Elmar Brok vorgeschlagenen Fassung. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Wenn nicht hinter dem Generalsekretär noch Gegenstimmen und Enthaltungen waren, so war dies offensichtlich einstimmig.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Mitarbeit bei einem schwierigen Kapitel. Ich übergebe jetzt das Präsidium an Renate Hellwig.

(Beifall)

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir kommen damit zum dritten Abschnitt des Kapitels V: Unsere Verantwortung für die eine Welt. Es handelt sich um die Ziffern 126 bis 139.

Zu diesen Ziffern liegen mir insgesamt nur drei Wortmeldungen vor. Ich mache Ihnen deswegen einen Verfahrensvorschlag und bitte um Zustimmung. Ich schlage vor, daß wir alle anderen Ziffern im Sinne der Antragskommission summarisch abstimmen. Wer ist damit einverstanden? - Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe die drei Redner auf. Ich bitte Sie, sich zum Podium zu begeben. Herr Sauer spricht zu Ziffer 126. Herr Sauer, Sie haben das Wort.

Helmut Sauer: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreunde! Ziffer 126 endet mit dem Postulat: Völkervertreibungen jeder Art müssen international geächtet werden. Dem stimmen wir sicher alle zu. Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung hat jedoch mit dem Antrag E 146 noch einen Zusatz beantragt, nämlich daß die verletzten Rechte anerkannt werden. Wir halten dies für besonders erforderlich.

Denn, liebe Parteifreunde, was haben Heimatvertriebene, was haben die Opfer der ethnischen Säuberung im ehemaligen Jugoslawien davon, wenn das Unrecht der Vertreibung lediglich auf dem Papier international geächtet wird? Diese Opfer der ethnischen Säuberungen wollen die Durchsetzung ihres Selbstbestimmungsrechts, die Durchsetzung des Rechts auf die angestammte Heimat, die Durchsetzung des Rechts, daß sie in ihre Häuser zurückkommen, also die Repatriierung, und wenn dies nicht möglich ist, dann wenigstens Entschädigungslösungen.

Diese Ergänzungsformulierung finden Sie wieder in einem UNO-Dokument, und zwar in dem Kodex der Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschen. Genau diese Formulierung, die in dem Antrag E 146 formuliert worden ist, ist von der Völkerrechtskommission der Vereinten Nationen in der ersten Lesung am 19. Juli 1991 bereits angenommen worden. Sie finden diese Formulierung auch in Papieren der KSZE und auch jetzt aktuell bei der Interparlamentarischen Union.

Aus diesem Grunde bitte ich für die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung, diesen Antrag E 146 anzunehmen. - Ich bedanke mich.

(Beifall)

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Herr Bundeskanzler, Sie haben das Wort.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! liebe Freunde! Ich will Sie nicht lange aufhalten, aber aus vielerlei Gründen, die ich in

der Kürze der Zeit nicht begründen will, schlage ich vor, daß wir diesen Vorschlag mit diesen paar Worten der Erweiterung annehmen.

(Beifall)

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag der Antragskommission in der durch den Bundesvorsitzenden veränderten Fassung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das bei einer Gegenstimme so angenommen. - Zu Ziffer 127 hat sich Herr Rauscher gemeldet.

Jörg Rauscher: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in den Ausführungen unseres Verteidigungsministers gehört, daß die 370 000 Soldaten genug und keine weiteren Reduzierungen vorgesehen seien. Die Worte höre ich wohl, jedoch mir fehlt der Glaube.

Ich weiß, daß schon verschiedene Recherchen gemacht worden sind, die Soldaten zunächst auf 350 000 und dann noch weiter zu reduzieren. Unsere Bündnispartner wollen eine klare Linie von uns sehen. Sie wollen sehen, daß man sich auf uns verlassen kann.

Die UN-Einsätze ohne die Deutschen wären schlecht. Wir meinen, der Weg zum Sicherheitsrat führt nicht darüber, daß wir die Truppenstärke reduzieren und uns dem Wohlverhalten hingeben. Die Klärung in Karlsruhe dauert viel zu lange. Die CDU sollte endlich einmal konkret durchsetzen, was unser Wille ist. Sie sollte dies nicht der SPD überlassen.

Jetzt komme ich zu einem Punkt, der noch nicht angesprochen wurde, und zwar zur Einsparung von Reservisten. Ich selbst bin Oberstleutnant der Reserve und weiß, wovon ich rede.

(Beifall)

Wenn Wehrübungsplätze im zweiten Halbjahr 1994 gestrichen wurden, dann ist das schlecht. Aber wenn 1 000 Wehrübungsplätze nur vorhanden sind, ist das noch schlechter. Wenn dann noch der Herr Verteidigungsminister, mein oberster Dienstherr, sagt, 1,2 Milliarden DM streichen wir jetzt, und wir werden das überall, auf jeder Ebene, tun, dann ist das ganz schlecht. Dafür gibt es keinen Ausdruck mehr. Die Truppe versteht nicht, warum erneut Streichungen kommen.

Kürzlich beim Neujahrsempfang der Amerikaner in Karlsruhe - ich komme aus Karlsruhe - hat mir ein hoher Militär gesagt: Ja, wenn der Schirinowski in Rußland noch einige Dummheiten macht, dann bleiben wir Amerikaner vermehrt in Deutschland. Ja brauchen wir Schirinowski, um zu begreifen, wie die Lage momentan ist? Die CDU muß für die Bundeswehr auch wählbar bleiben.

Deswegen mein Appell an den Minister: Sorgen Sie für eine klare Linie in der Truppe. Ohne Wehrpflicht sind die Aufgaben künftig nicht zu bewältigen. Dazu sollten wir auch ruhig Mittel nehmen, wie dies im Antrag E 159 steht: Frauen als Soldatinnen in die Bundeswehr.

Ich meine, wenn die Gleichberechtigung bei uns überall da ist, dann sollte es auch hier eine Gleichberechtigung für die Damen geben. Ich weiß, nicht nur Ärztinnen sind gern bei der Bundeswehr, sondern auch sonstiges Personal.

Geben wir uns doch einen Ruck und greifen auch hier zu, wenn das Angebot von Frauen kommt! Getrennte Klos und getrennte Duschen können wir einrichten. Das sind bauliche Veränderungen. Aber auch hier muß der Geist herrschen: Wer zur Bundeswehr will, ob Mann oder Frau, der sollte hingehen. Auch hier sollte die CDU Vorreiter sein für eine klare Linie: Auch Soldatinnen an die Front. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Wir stimmen wie immer zunächst über die Empfehlung der Antragskommission ab. Wer stimmt dem Empfehlung der Antragskommission zu Ziffer 127 zu? - Wer ist dagegen? - Niemand. - Wer enthält sich der Stimme? - Bei wenigen Enthaltungen so angenommen.

Zu Ziffer 128 liegen keine Wortmeldungen vor. Wer ist für die Annahme in der Fassung der Antragskommission? - Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. - Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Somit ist Ziffer 128 angenommen. Zu Ziffer 129 hat Herr Konrad das Wort.

Dr. Christoph Konrad: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Textempfehlung der Antragskommission zu Ziffer 130 zum Thema Osterweiterung der NATO veranlaßt mich für den Antragsteller des Antrags E 167, den Kreisverband Bochum, ein paar Bemerkungen zu machen.

Antrag E 167 enthält im Kern eine klare Aussage. Es wird ganz deutlich gesagt, wir müssen den Staaten Ost- und Südosteuropas Optionen zum Eintritt offenhalten. Die Antragskommission sagt zu diesem Antrag ja, formuliert aber, daß man durch Partnerschaft zu einer möglichen Zusammenarbeit kommen will. Wenn es richtig ist, daß wir hier keine Regierungserklärung im Kommunikuéstil formulieren, sondern ein Grundsatzprogramm der Partei formulieren wollen, dann ist es, glaube ich, nur vernünftig, hier zu einer klareren Aussage der Partei zu kommen. Deswegen bitte ich darum, im Anschluß an Ziffer 130 Abs. 2 den Satz hinzuzunehmen: „Wir müssen ihnen Optionen zum Beitritt offenhalten.“ Ich glaube, daß das auch den Ausführungen des Bundesverteidigungsministers an dieser Stelle nahekommt.

Zur Begründung möchte ich nicht viel vortragen, nur eines: Die Hoffnung etwa der Visegrad-Staaten an dieser Stelle zu enttäuschen, entspräche nicht dem Interesse Deutschlands, sicherlich nicht dem Interesse der NATO und mit Sicherheit auch nicht dem Interesse Europas. - Vielen Dank.

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Die Antragskommission empfiehlt, in der vorgeschlagenen Fassung darüber abzustimmen. Wer ist für Ziffer 129 in der vorgeschlagenen Fassung? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen so angenommen.

Wir haben zu den Ziffern 130 bis 134 keine Wortmeldungen. Unser summarisches Verfahren kann somit Platz greifen. Wer diesen Ziffern in der Fassung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Keine sichtbaren Gegenstimmen. - Enthaltungen? - Bei wenigen Enthaltungen so angenommen. Zu Ziffer 135 hat Herr Gröhe das Wort.

Hermann Gröhe: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, Ihre Aufmerksamkeit dem Antrag E 214 der Jungen Union zuzuwenden. Dort beantragt die Junge Union als Ziel die Aufwendung von 1 % des Bruttosozialprodukts für die Entwicklungshilfeszusammenarbeit, ein Anliegen, das wir auch dem Düsseldorfer

Parteitag vorgelegt haben und das dort Ihre Mehrheit fand, inzwischen also Beschluß eines CDU-Bundesparteitags ist.

Uns ist es wichtig, in einem Grundsatzprogramm auch mit so einem konkreten Ziel etwas von der Bedeutung deutlich werden zu lassen, die Entwicklungspolitik, die wirtschaftliche Zusammenarbeit für uns Christliche Demokraten haben muß. Natürlich geht es bei Entwicklungspolitik ganz wesentlich um Rahmenbedingungen, um wirtschaftliche Zusammenarbeit, um faire Welthandelsbeziehungen. Aber es geht eben auch darum, die öffentliche Entwicklungshilfe entscheidend zu erhöhen. Wir sind noch immer weit unter 0,4 %. Sie, Herr Bundeskanzler, haben in Rio de Janeiro 0,7 % so bald wie möglich in Aussicht gestellt.

Natürlich wissen wir, daß die Umsetzung eines solchen längerfristigen Ziels nicht leicht ist. Aber ich sage an uns als Christliche Demokraten: Uns dürfen die 40 000 Kinder, die auch an diesem Tag wieder verhungert sind, genausowenig ruhen lassen wie uns anderes Elend und entsetzliche Dinge auf der Welt nicht ruhen lassen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich füge hinzu: Wem es nicht reicht, moralisch empört daranzugehen, etwas ändern zu wollen, dem soll das Eigeninteresse, das wir selbst daran haben, daß Armut Menschen nicht zur Flucht, zum Raubbau an der Natur zwingt, veranlassen, Entscheidendes zu tun.

Es bleibt natürlich die Frage: Ist das alles machbar? Wir wenden in diesem Bereich heute 8,2 Milliarden DM auf. Ich erlaube mir den Hinweis, daß es 9,8 Milliarden DM waren, die wir zu Recht gegen den Weltfriedensfeind Saddam Hussein mobilisiert haben. Ich frage mich, ob wir den Welthunger zunehmend nicht als ebenso gefährlichen Weltfriedensfeind entdecken müssen, mit dem wir den Kampf genauso entschieden aufnehmen.

Ich will ein Letztes nennen, wenn es um die Machbarkeit geht. Wir haben 1992 in Deutschland in Bund, Ländern und Gemeinden für ausländische Flüchtlinge ungefähr 8 Milliarden DM ausgegeben. Ich entsinne mich noch an viele Beratungen und Debatten um das Asylrecht, in denen gesagt wurde, wir wollen das einsparen, weil wir es sinnvoller in den Herkunftsländern zur Vermeidung von Fluchtursachen einsetzen wollen. Nachdem ich jetzt überall gehört habe, daß die Zahl der Flüchtlinge um die Hälfte zurückgegangen ist, hätte ich eigentlich mit der ersten Überweisung gerechnet. Stattdessen ist vor einem Monat in diesem Haushalt noch einmal eine Kürzung um 145 Millionen DM erfolgt.

Ich glaube, wir sollten uns einen Ruck geben. Ich schlage vor, in Ziffer 135 nach dem Satz über die „kontinuierliche Entwicklungshilfe“ - von der ich sage: nach jahrelangem Beharren auf unter 0,4 % ist uns „kontinuierlich“ zuwenig - den Satz aufzunehmen: „Unser Ziel ist es, ein Prozent des Bruttosozialprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden.“

Ich bitte Sie: Bleiben Sie der Beschlußfassung des Düsseldorfer Bundesparteitags treu. Stimmen Sie uns zu! - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Es ist zwar spät, aber es geht um eine wichtige Sache. Ich habe mich vor allem

deswegen zu Wort gemeldet, weil ich finde, wir sollten einen Teil der Argumentation in der Öffentlichkeit, die ich für nicht gerecht halte, hier nicht aufnehmen.

Ich bin ausdrücklich gegen diesen Antrag. Ich bin für Entwicklungshilfe und auch sehr gern bereit, bei nächster nur denkbarer Gelegenheit, wenn es unsere Finanzlage zuläßt, speziell auf diesem Feld etwas zu tun. Aber, Herr Gröhe, was ich nicht gut finde, ist, daß wir uns den Sprachgebrauch vieler zu eigen machen, die über Entwicklungshilfe reden, dabei an die klassischen Länder der Entwicklungshilfe denken, aber nicht an das, was wir für die Länder in Mittel-, Ost- und Südosteuropa tun.

(Vereinzelt Beifall)

Wir tun hier mehr als alle anderen.

Ich muß Ihnen ganz einfach sagen: Wenn ich die Not in einem Teil dieser Länder mit jener in einem Teil der Länder vergleiche, die im Verständnis der Vereinten Nationen Entwicklungsländer sind, dann gibt es Regionen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, wo die Not viel gewaltiger und unsere Hilfe sehr viel wichtiger ist.

Ich habe vor ein paar Tagen auf der Wehrkundetagung in München Zahlen bekanntgegeben, die nicht wir, sondern die kanadische Regierung über die Leistungen der G7-Staaten, der großen Industrienationen, pro Einwohner zusammengestellt haben. Da lagen die Deutschen bei der Hilfe für die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas pro Einwohner bei fast 200 Dollar. Das Land mit dem geringsten Beitrag pro Einwohner war Großbritannien mit 1 Dollar.

Wenn wir über Entwicklungshilfe reden, Herr Gröhe, dann bitte ich schon, daß wir auch die Leistungen berücksichtigen, die wir - das ist der Gegensatz zum Düsseldorfer Parteitag - jetzt für Mittel-, Ost- und Südosteuropa erbringen.

Ich habe mich auch deswegen gemeldet, weil Sie im Fernsehen beim Besuch der Sternsinger im Kanzleramt zum Teil beobachtet haben, daß der Bundespräsident der Katholischen Jugend genau die These aufgenommen hat, wir würden unsere Mittel für die Entwicklungshilfe reduzieren. Das ist nicht wahr. Vielmehr muß ich die Gesamtmittel betrachten. Ich kann angesichts einer dramatisch veränderten Weltlage die Menschen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa - auch das sind unsere Brüder - jetzt nicht einfach abschreiben nach dem Motto: Die waren damals kommunistisch, und jetzt geht es uns nichts an.

Deswegen bitte ich Sie herzlich, dem Antrag der Antragskommission zu entsprechen.

(Beifall)

Dr. Renate Hellwig, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Abstimmung über die Ziffer 135. Wer stimmt der Fassung der Antragskommission zu? Ich bitte um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Einige Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? - Einige Enthaltungen. Mit großer Mehrheit angenommen.

Zu den Ziffern 136 bis 139 liegen keine Wortmeldungen vor. Ich mache nach Ihrer Zustimmung von dem summarischen Verfahren Gebrauch und lasse über diese Ziffern insgesamt abstimmen. Wer ist für die Ziffern 136 bis 139 in der Fassung der Antragskommission? - Wer ist dagegen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Eine Enthaltung. Es ist so beschlossen.

Damit sind wir mit den Beratungen zu Kapitel V am Ende. Ich darf mich bei Ihnen ausdrücklich für die Zustimmung zur Beschleunigung des Verfahrens bedanken. Das gibt uns die Chance, noch heute fertig zu werden.

(Beifall)

Ich übergebe das Tagungspräsidium nun an meine Kollegin Frau Böhmer.

Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Renate Hellwig. Wir machen einen fliegenden Wechsel in der Präsidenschaft. Es ist jetzt kurz nach 23 Uhr. Nur durch die großartige gemeinschaftliche Leistung war es möglich, jetzt so zügig voranzukommen.

Wir kommen nun zum letzten Kapitel des Grundsatzprogramms. Ich rufe Kapitel VI auf: Für die Bewahrung der Schöpfung. Wenn wir in der bisherigen Art und Weise weiter verfahren wollen, muß ich auch an diejenigen, die eine Einführung in das Kapitel geben, appellieren, sich kurz zu fassen. Wir wollen in konzentrierter Art und Weise weiter beraten. Als erstem erteile ich zur Einführung Herrn Umweltminister Arnold Vaatz das Wort. Ich darf Sie bitten, zu uns zu sprechen.

Arnold Vaatz: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Vielen Dank dafür, daß Sie noch ausgehalten haben. Die Wichtigsten sind am Ende immer noch da.

(Beifall)

Nachdem mich jetzt insgesamt sieben Leute aufgefordert haben, mich kurz zu fassen, will ich das auch wirklich tun. Ich sage aber nicht lediglich: Schauen Sie sich das Kapitel an und stimmen Sie ab, sondern ich möchte doch einiges mehr dazu sagen.

Meine Damen und Herren, als wir in Ostdeutschland 1989 allmählich unserer selbst innewurden, als wir unsere Kraft entdeckten und den ganzen geistigen Schrott abschüttelten, der jahrelang auf uns abgeladen worden war, war eines der ganz wesentlichen Motive für den Aufbruch, daß wir das Siechtum unserer Umwelt nicht länger mit ansehen konnten.

(Beifall)

Wir konnten es nicht mehr länger mit ansehen, daß unsere Städte in Ruß und Schmutz erstickten, daß unsere Straßen in Smog und in Auspuffgasen verschwammen. Es war dann gerade im Osten faszinierend zu beobachten, wie ausgerechnet in Zeiten bislang unbekannter Arbeitslosenzahlen, schier unüberschaubarer Anlaufprobleme, dramatischer innenpolitischer Auseinandersetzungen und kompliziertester Lernprozesse dokumentiert wurde, daß wir an dem Ziel eines ökologischen Umbaus festhalten wollten. Das ist auch ein Teil der ostdeutschen Demokratieleistung.

Meine Damen und Herren, was damals für die neuen Bundesländer gegolten hat, muß natürlich nun in unserem vereinten Deutschland seine Fortsetzung finden. Auf dem Gebiet der früheren DDR können Sie, wenn Sie sich einmal dorthin begeben, alle studieren, welche Folgen es hat, wenn man aus kurzfristigen tagespolitischen Rücksichten heraus beginnt, die Forderungen der Umwelt an uns Menschen zu überhören.

Umweltpolitik kann nur dann erfolgreich sein, wenn die heute lebenden Generationen aus dem Rahmen ihrer eigenen Daseinsfürsorge ausbrechen und die Daseinsfürsorge für kommende Generationen als eine wichtige politische Aufgabe anerkennen. Damit durchbricht die Umweltpolitik die sonst gültigen Regeln des politischen Interes-

senausgleiches. Sie hat keine herkömmliche Lobby und ist wie keine andere politische Disziplin auf unsere Bereitschaft zur Selbstbegrenzung angewiesen.

Nun ist es aber gerade eine der zentralen Hoffnungen christlich-demokratischer Politik, daß wir uns eine solche Selbstbegrenzung nicht nur vornehmen, sondern daß wir sie auch schaffen. Gleichwohl ist es natürlich nötig, das politische Instrumentarium zu benennen, welches zur Durchsetzung von ökologischen Zielen geeignet ist. Hier setzen wir auf ordnungspolitische Wege. Wir treten aber auch dafür ein, das Steuerrecht in den Dienst der Umwelt zu stellen.

Meine Damen und Herren, die Sie vielleicht den Begriff Ökologische und Soziale Marktwirtschaft heute abgelehnt haben, Ordnungspolitik heißt für uns nicht, daß wir den Regulierungswahnsinn zum Exzeß treiben wollen. Ordnungspolitik heißt auch nicht, daß wir uns das teilweise überzogene Risikobewußtsein, das augenblicklich besonders im Westen Deutschlands um sich greift, zu eigen machen wollen. Wir brauchen vielmehr ein objektives Risikobewußtsein. Wenn wir einräumen, daß die Gesetze von heute die Reaktionen auf die Katastrophen von gestern sind, müssen wir versuchen, mit den Gesetzen von heute die Katastrophen von morgen zu verhindern.

(Beifall)

Via Abgabenrecht instrumentalisiert man das sehr diesseitige Interesse, finanzielle Lasten zu vermeiden, für weitgreifende Absichten, die Umwelt zu schützen. Es wird nun oft gefragt, ob es von der Logik her eigentlich richtig ist, das Interesse des Staates an Einnahmen durch die Bindung an eine ökologisch falsche Handlungsweise zu konkretisieren, oder ob man von der Steuer überhaupt eine echte Lenkungswirkung erhoffen dürfe. Das Grundsatzprogramm geht davon aus, diese Möglichkeit zu eröffnen. Es wäre zu untersuchen, ob nicht eigentlich jede Steuer benutzt werden sollte, um zu Verhaltensänderungen anzuregen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ein solches neues Verständnis der Steuer- und Abgabenpolitik ist eines der wichtigsten umweltpolitischen Ziele der nächsten Jahre.

Wir haben Umweltpolitik und Umweltsanierung in unserem Grundsatzprogramm als gesamtgesellschaftliche Aufgabe definiert. Das heißt z.B., daß wir im Westen keine Nanogramm-Diskussion führen können, während man in Ostdeutschland eine Kilogramm-Diskussion und in Rußland eine Tonnen-Diskussion, was die Verschmutzung der Umwelt betrifft, führt.

(Beifall)

Die Einlösung unseres Grundsatzes der Solidarität im Umweltbereich ist für mich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Meine Damen und Herren, nur wenn es uns gelingt, innerhalb Deutschlands die Umweltsanierung zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu machen, haben wir überhaupt ein Recht, davon zu erzählen, daß es uns gelingen könnte, auch global eine Wende im Umweltbereich herbeizuführen.

(Beifall)

Ich glaube, hier steht uns eine Nagelprobe bevor. Wir müssen uns daran messen lassen, ob uns diese Nagelprobe gelingt.

Meine Damen und Herren, am Ende sagen wir, wir brauchen ein neues Verständnis von Wachstum, ein neues Verständnis von Wohlstand und ein neues Verständnis von Fortschritt. Dieses neue Verständnis muß die Verpflichtung für die Generation unserer Kinder einschließen. Wir können keinem kurzfristigen politischen Lustprinzip huldigen. Umweltpolitik ist eines der zentralen Gebote der politischen Disziplin von heute.

(Beifall)

Ihr gebührt daher auch ein zentraler Platz in den programmatischen Aussagen meiner Partei.

Meine Damen und Herren, ich danke meiner Großmutter, daß sie einige meiner ersten Zeichnungen aufbewahrt hat, die ich in der Schule angefertigt habe. Wenn ich diese Zeichnungen mit den Zeichnungen vergleiche, die meine Kinder heute mit nach Hause bringen, sage ich: Die Zeichnungen der Kinder sind pessimistischer geworden. Weil das so ist und weil wir zur Verwirklichung unserer politischen Aufgaben zur Fortschreibung unserer Demokratie auf das Vertrauen der Jugend in die Politik setzen müssen, deshalb müssen wir diese wesentliche Sorge der nachfolgenden Generationen ernst nehmen und müssen sie zu einem glaubwürdigen Bestandteil unserer Politik machen.

(Beifall)

Dazu soll das Kapitel, in das ich einführe, Anlaß geben. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich sehr herzlich bei dem Umweltminister des Landes Sachsen, unserem Freund Arnold Vaatz, für die Einführung und für die Umweltsanierung, die er in einem der neuen Bundesländer so lebhaft vorantreibt. Herzlichen Dank, Herr Vaatz.

(Beifall)

Zu Ziffer 146 liegt mir eine einzige Wortmeldung vor. Deshalb denke ich, daß wir im gemeinsamen Interesse die summarische Abstimmung bis zur Ziffer 146 vornehmen können, und zwar mit folgender Einteilung: zunächst die Abstimmung über die allgemeinen Anträge F 1 bis F 4, die Sie auf den Seiten 558 und 559 finden. Ich darf die, die dem zustimmen wollen, um das Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Beides sehe ich nicht. Damit sind diese allgemeinen Anträge einstimmig angenommen.

(Beifall)

Ich komme jetzt zur Abstimmung über die Ziffern 140 bis 145. Auch hier machen wir die summarische Abstimmung. Wer dafür ist, den darf ich um das Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Beides sehe ich nicht. Auch hier haben wir ein einstimmiges Abstimmungsergebnis.

Wir kommen damit zur Ziffer 146. Hier liegt mir eine Wortmeldung vor. Herr Professor Merbach, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Wolfgang Merbach: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Antrag F 46 des Bundesvorstandes zu Ziffer 146 finden Sie in dem dicken Buch auf den Seiten 567 und 568 im Zusammenhang mit dem Schutz des menschlichen Erbgutes vor Manipulationen folgenden Satz - er befindet sich genau auf der Grenze zwischen diesen beiden Seiten -: „Das Wissen um die Daten des eigenen Genoms ist un-

veräußerliches Recht jedes einzelnen.“ Meines Erachtens ist dieser Satz so nicht haltbar, weil das Wissen um die Daten des eigenen Genoms - eigenes Genom heißt die Gesamtheit der menschlichen Erbanlagen - detaillierte Analysen der detaillierten und individuellen Genkarten oder sogar der Basissequenzen voraussetzen würde. Das halte ich derzeit nicht für möglich, und ich halte es auch nicht für wünschenswert. Deswegen meine ich, daß ein unveräußerliches Recht darauf nicht bestehen kann.

Mein Vorschlag ist, daß wir wie folgt formulieren: Die Unverletzlichkeit des eigenen Genoms ist unveräußerliches Recht jedes einzelnen. Wenn Sie dem nicht folgen können, so würde ich auch mit dem Antrag F 54 leben können, der vom Bundesausschuß Umweltpolitik auf der Seite 568 aufgeführt ist und der die Aussage, die man im Antrag des Bundesvorstandes findet, wenigstens etwas entschärft. - Danke schön.

Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Professor Merbach. Wir stimmen jetzt über die Ziffern 146 bis 148 ab. Wir praktizieren also wieder das summarische Verfahren. Wer mit Ja stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist mit einigen Gegenstimmen angenommen. - Bitte, Herr Professor Merbach.

Prof. Dr. Wolfgang Merbach: Ich hatte einen Antrag gestellt. Ist die Änderung mit inbegriffen? Denn Sie haben einfach ohne Einfügung abstimmen lassen.

Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Wir stimmen entsprechend den Empfehlungen der Antragskommission ab. Das ist eine ganz eindeutige Regelung, die wir den ganzen Tag über praktiziert haben. Wir haben stets entsprechend den Empfehlungen der Antragskommission abgestimmt. Wer anderer Auffassung war, konnte mit Nein stimmen. Wir haben die Nein-Stimmen registriert. Die Mehrheit war für die Empfehlungen der Antragskommission.

Ich darf damit weitergehen. Wir kommen zu dem Abschnitt 3.

(Unruhe)

Ich bewundere, wie munter Sie alle noch sind. Das spricht dafür, daß dieser Parteitag auch zu fortgeschrittener Stunde durchaus lebhaft sein kann.

Wir kommen zu dem Abschnitt „Für die Bewahrung der Schöpfung“.

(Zuruf: Wir sind das Volk!)

- Das sind wir immer. - Herr Göhner hat das Wort.

Dr. Reinhard Göhner, Antragskommission: Frau Präsidentin, darf ich vorschlagen, daß wir über diesen Ergänzungsantrag ergänzend abstimmen?

(Beifall)

Damit alle wissen, worüber sie abstimmen, bitte ich, das noch einmal kurz zu benennen.

Prof. Dr. Wolfgang Merbach: Ich hatte vorgeschlagen, den fünften Satz, der jetzt in dem Antrag des Bundesvorstandes heißt „Das Wissen um die Daten des eigenen Genoms ist unveräußerliches Recht jedes einzelnen“, zu ändern in folgende Fassung: Die Unverletzlichkeit des eigenen Genoms ist unveräußerliches Recht jedes einzelnen. Das war mein Vorschlag.

(Beifall)

Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Ich erteile der Antragskommission das Wort. Bitte, Herr Vaatz.

Arnold Vaatz, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag anzunehmen.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Ich sehe noch eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Bitte.

Georg von Weichs: Frau Präsidentin! Es ist sehr freundlich, daß Sie uns auf diese mitternächtliche Stunde hinweisen. Aber ich halte es nicht für angebracht, daß wir in dieser von Ihnen vorgetragenen freundlichen Weise so abgeburstet werden. Für diesen Zweck kommen wir nicht von so weit her. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag 146, und zwar mit der Änderung, die vorgeschlagen worden ist. - Ich sehe eine weitere Wortmeldung zur Geschäftsordnung.

Rita Waschbüsch: Ich möchte nichts zur Geschäftsordnung sagen. Ich meine, in der Sache geht es doch um die Daten des eigenen Genoms und nicht um die Unverletzlichkeit des Genoms. Das, nehme ich an, ist auch vom Antragsteller gemeint.

(Beifall)

Ich möchte diese Klarstellung haben, daß wir die Unverletzlichkeit des eigenen Genoms hier aufnehmen.

Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herr Vaatz, bitte.

Arnold Vaatz, Antragskommission: Meine Damen und Herren, bitte sehen Sie es der Antragskommission nach, daß sie jetzt in einen schwierigen Prozeß der Meinungsbildung eingetreten ist.

Wir möchten folgenden Kompromißvorschlag machen. Wir möchten gern beide Komponenten einführen, d.h. sowohl den Schutz der Daten über das eigene Genom als auch den Schutz vor dem Eingriff, so wie es der Antragsteller gewollt hat, so daß wir eine entsprechende Formulierung redaktionell erstellen würden. Einverstanden?

(Beifall)

Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Ich darf noch einmal fragen: Ist damit dem Anliegen so weit Rechnung getragen, daß wir jetzt zur Abstimmung kommen können? - Dann lasse ich jetzt entsprechend dem Votum der Antragskommission abstimmen. Einverstanden? - Gut. Dann darf ich Sie um Ihr Handzeichen bitten, wenn Sie dem zustimmen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit diesen Änderungen einstimmig angenommen. Ich sehe ein Zeichen der Munterheit in diesem Parteitag.

Wir gehen jetzt zu den Ziffern 147 und 148 über. Bisher liegen mir keine Wortmeldungen vor. Ich schaue mich um, ob weitere Wortmeldungen kommen könnten. Das ist nicht der Fall. Damit setze ich einmal voraus, daß wir über diese beiden Ziffern gemeinsam abstimmen können. - Kein Widerspruch. Dann bitte ich diejenigen, die den Ziffern 147 und 148 zustimmen wollen, um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Damit kommen wir zum dritten Abschnitt: Für die Bewahrung der Schöpfung sorgen. Hierzu darf ich unserem Spitzenkandidaten Christian Wulff das Wort erteilen.

(Beifall)

Christian Wulff: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Unter Bezugnahme auf die exzellente Rede unseres Freundes Arnold Vaatz, die hervorragende Debatte über die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft und die fortgeschrittene Zeit möchte ich es sehr kurz machen.

(Zustimmung)

Es ist so, daß Ihnen ein Kapitel zur Bewahrung der Schöpfung vorliegt, das vor allem auf einen Generationenvertrag abhebt, um die Existenzbedingungen für kommende Generationen zu erhalten und damit einen wirksamen Beitrag zur Nutzung der Erde zu leisten. Hier gibt es für die Union drei Orientierungspunkte, bei denen wir uns nachhaltig von anderen Parteien und vom politischen Gegner unterscheiden:

Erstens halten wir die Nutzung von Technologien und Technik für unvermeidbar und notwendig zur Lösung der gewachsenen Umweltprobleme. Es ist unbestreitbar, daß sechs Milliarden Menschen auf dieser Erde nicht leben können, wenn sie in einer Wegwerfgesellschaft leben, weil sie dann im Müll versinken würden. Es können sechs Milliarden Menschen auf dieser Erde nicht in einer traditionellen Industriegesellschaft leben, weil sie dann so täten, als seien Luft, Boden und Wasser in unbegrenzter Menge vorhanden. Wir müssen vielmehr einsehen, daß sich unsere Wirtschaftsweise verändern muß, damit wir für die heutige Erdbevölkerung Bedingungen schaffen, unter denen alle überleben können. Hier spricht sich das Kapitel VI - Bewahrung der Schöpfung - für eine globale Umweltpartnerschaft aus.

Zweitens wollen wir die anderen politischen Parteien durch dieses Grundsatzprogramm zwingen, bei der Abwägung von Chancen und Risiken immer auch die Konsequenzen zu bedenken, die dann eintreten, wenn man Techniken und neue Technologien nicht nutzt. Ökologische und Soziale Marktwirtschaft heißt dann eben ein umfassendes Verständnis von Verantwortung.

Ein ideologiebedingter Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie hätte unabsehbare negative Folgen für das Erdklima, für die Erdatmosphäre. Auch dies muß denen deutlicher vor Augen geführt werden, die uns das als Rezept empfehlen.

Die dritte Grundposition der Union ist, daß in der Nutzung neuer Technologien große Chancen für den Arbeitsmarkt liegen. Wir müssen diese Chancen dadurch nutzen, daß wir Innovationspotentiale freisetzen. In der Zukunft werden die Länder weltweit führen und neue Arbeitsplätze schaffen, die die besten Abwasserbehandlungsanlagen, die besten Trinkwasseraufbereitungsanlagen und die besten Abfallbehandlungsanlagen erzeugen, die beim Produktionsprozeß darauf achten, welche Umweltbelastungen entstehen, die neue Verkehrsträger, neue Verkehrsleitsysteme entwickeln und damit auch Arbeitsplätze schaffen. Es sind heute in der Bundesrepublik Deutschland bereits 700 000 Menschen im Bereich des Umweltschutzes beschäftigt, so daß die gegenwärtige Strukturkrise, die diesen Parteitag unter dem Gesichtspunkt der Massenarbeitslosigkeit zu Recht so nachhaltig bestimmt, eine Chance bietet, Ökologie und Ökonomie zu verbinden.

Die Japaner sind längst angetreten, uns als weltweitem Spitzenreiter im Bereich der Umwelttechnologien nachzufolgen. Wir sollten diesen Angriff in fairem Wettstreit

abwehren und uns nicht erneut wie bei der Gentechnik und der Datenverarbeitung abhängig lassen; wir müssen uns an der Spitze des Fortschritts bewegen.

Durch konsequente Anwendung des heute beschlossenen Konzepts für eine Ökologische und Soziale Marktwirtschaft werden wir das leisten, was anderen wegen ihrer Grundsätze eben gerade nicht gelingt, nämlich Ökonomie und Ökologie zusammenführen, und deshalb bitte ich Sie, dieses Kapitel einmütig zu beschließen.

(Beifall)

Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich ganz herzlich bei Christian Wulff.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich würde Ihnen gerne vorschlagen, daß wir summarisch über die Ziffern 149 bis 153 abstimmen. Einverstanden? - Danke. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit sind diese Ziffern einstimmig angenommen.

Wir kommen jetzt zu Ziffer 154, und ich kann Herrn Göhner das Wort erteilen.

Dr. Reinhard Göhner, Antragskommission: Bei der Abfassung des Textes der Antragskommission ist ein Fehler unterlaufen. Es heißt dort, daß die unverzichtbaren Leistungen der Landwirtschaft honoriert werden sollen. Es geht natürlich um die Leistungen der Landwirtschaft zum Landschafts- und Naturschutz, die besondere Leistungen sind, die also über das generell gesetzlich einzuhaltende Maß hinausgehen, etwa in einem Naturschutzgebiet. Deshalb bitten wir darum, zu der alten Formulierung des Antragstextes des Bundesvorstandes mit den Worten „besondere Leistungen“ zurückzukehren.

Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Göhner.

Wir stimmen dann über die Ziffer 154 mit dieser eben genannten Änderung „Besondere Leistungen der Land- und Forstwirtschaft ...“ ab. Wer dafür ist, den darf ich um das Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist diese Ziffer bei zwei Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen angenommen.

Wir kommen jetzt zu den Ziffern 155 bis 161. Es liegen mir keine Wortmeldungen vor, so daß wir über diese Ziffern insgesamt abstimmen können. Wer dafür ist, den darf ich um das Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Keine. Damit sind diese Ziffern gegen zwei Stimmen angenommen.

(Beifall)

Ich danke Ihnen ganz herzlich und darf jetzt dem Bundeskanzler das Wort erteilen.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Ich habe dieses gewaltige Opus nicht mitgebracht, um Sie zu erschrecken, sondern um Ihnen zu danken. Das sind jetzt immerhin über 600 Seiten, und seit heute früh 9 Uhr hat der Parteitag - wie ich finde - mit großem Ernst und großer Intensität diese Anträge diskutiert und verabschiedet. Ich bin vor allem ans Rednerpult gegangen, um Ihnen zu danken, und zwar vor allem denen, die hier sind.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich finde es ganz richtig, daß wir jetzt gemeinsam geklatscht haben, weil der Beifall uns allen gilt, und er ist von Herzen gekommen.

Zweitens. Mein Vorschlag ist, daß wir uns jetzt vertagen und die Schlußabstimmung morgen früh nach etwa einstündiger Beratung - so denke ich - der anderen allgemeinen Anträge, die noch vorliegen, vornehmen, daß wir dann die Rede des Fraktionsvorsitzenden und die Rede des bayerischen Kollegen haben werden und um die Mittagszeit den Parteitag abschließen können.

Ich finde, dieses große Werk verdient es wohl, nicht nur in einem großen Kreis, sondern auch in einer großen Presseöffentlichkeit entsprechend gewürdigt zu werden.

(Beifall)

Denn man kann leichter über eine Sache schreiben, wenn man nicht dabei ist.

(Heiterkeit)

Morgen haben wir dann die Möglichkeit, daß alle dabei sein können. Deswegen mache ich, Frau Präsidentin, den Vorschlag, daß wir uns einen Bonus gönnen und nicht um 9 Uhr, sondern um 9.30 Uhr beginnen.

(Heiterkeit und Beifall)

Diejenigen, liebe Freunde, die jetzt nicht da sind und ausnahmsweise pünktlich sein werden, können dann eine halbe Stunde warten.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich wiederhole also den Vorschlag, Frau Präsidentin, daß wir um 8.30 Uhr beginnen

(Heiterkeit und Zurufe: 9.30 Uhr! 9.30 Uhr!)

- um 9.30 Uhr beginnen. Die vorgerückte Stunde verlangt auch bei mir ihren Preis. Wir können dann die allgemeinen Anträge konzentriert beraten und dann die Schlußabstimmung machen. Das bedeutet nur Abstimmung. Damit morgen keine Zweifel daran von denen aufkommen, die jetzt nicht hier sind, sollten wir das jetzt zur Geschäftsordnung formell so beschließen.

(Beifall)

Wir können dann die Reden von unserem Freund Wolfgang Schäuble und von Theo Waigel hören. Das Schlußwort wird ganz kurz sein, so daß wir zu einer christlichen Mittagszeit nach Hause fahren können. Gute Nacht.

(Beifall)

Dr. Maria Böhmer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Bundeskanzler. Ich kann diesen Beifall als eine Zustimmung zum Verfahren werten.

Allen, die jetzt nach Hause strömen, noch einen Hinweis: Wer seine Materialien nicht auf den Tisch legt oder sie nicht mitnimmt, wird sie morgen nicht mehr vorfinden, weil eifrige Frauen und Männer alles säubern werden. Das heißt, wer sorgsam mit seinen Materialien umgehen will, sollte sie bitte auf den Tisch legen oder mitnehmen. - Ich bedanke mich ganz herzlich und schließe die Sitzung für heute abend.

(Schluß: 23.34 Uhr)

Mittwoch, 23. Februar 1994

Dritte Plenarsitzung

Beginn: 9.35 Uhr

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf Sie zur dritten Plenarsitzung willkommen heißen. Vereinbarungsgemäß rufe ich jetzt Tagesordnungspunkt 17 auf:

Sonstige Anträge

Unter diesem Tagesordnungspunkt 17 verbergen sich die restlichen Initiativanträge, die wir bisher noch nicht behandelt haben. Wenn wir diesen Teil abgehandelt haben, werden wir die Schlußabstimmung zum Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands vornehmen.

Ich rufe den als nächsten zu behandelnden Initiativantrag S 33 auf der Seite 1 der Sammlung der Initiativanträge unter III auf. Das müßten Sie vor sich liegen haben. Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Mir liegen dazu keine Wortmeldungen vor. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zum Antrag S 33 zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig beschlossen.

Ich rufe den Initiativantrag S 34 auf Seite 1 der Sammlung der Initiativanträge auf. Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag abzulehnen. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zum Antrag S 34 zustimmt, den bitte ich um sein Stimmzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Bei einer Reihe von Gegenstimmen ist das mit Mehrheit beschlossen.

Ich rufe den Initiativantrag S 36 auf Seite 1 der Sammlung dieser Anträge auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag anzunehmen. Dazu liegt mir eine Wortmeldung von Christian Schwarz-Schilling vor.

Dr. Christian Schwarz-Schilling: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als vor zweieinhalb Wochen die furchtbaren Bilder aus Sarajevo über das Massaker auf dem Marktplatz gekommen sind, da ist unter dem Druck der öffentlichen Meinung endlich Bewegung in die westliche Welt und vor allen Dingen in das NATO-Bündnis gekommen. Man ist zur Aktion übergegangen. Man hat das getan, was viele schon seit vielen Monaten erhofft hatten.

Man hat ein Ultimatum gestellt. Erste Erfolge dieser Strategie, der Brutalität mit Entschlossenheit entgegenzutreten, sind sichtbar geworden. Einer derjenigen, der hier im Zentrum der Willensbildung gestanden hat und unaufhörlich dafür gewirkt hat, ist unser Freund Manfred Wörner.

(Beifall)

Wir wissen alle, daß das nur der Anfang ist und noch schwere Wegstrecken vor uns liegen. Zur gleichen Zeit, zu der wir hier sitzen, finden in Mittelbosnien bis herauf nach Bihac schrecklichste Kämpfe vorwiegend gegen die Zivilbevölkerung statt. Insoweit kann es nur ein Anfang gewesen sein, der mit Entschlossenheit und Entschiedenheit fortgesetzt werden muß.

Wir können sicher sein, daß mit diesem Generalsekretär der NATO alles nur Erdenkliche getan wird, damit dieser Weg konsequent fortgesetzt wird. Ich glaube, es ist ein Zeichen des Respekts, ein Zeichen der Anerkennung, daß er von der politischen Heimat, aus der er kommt, hier aus unserer Partei, von diesem Parteitag die Grüße des Respektes und des Dankes empfängt, insbesondere, wo er in fast übermenschlicher Kraftanstrengung gleichzeitig eine schwere Krankheit bekämpfen muß. Wir wünschen ihm zu diesen Dingen alles Gute.

(Lebhafter Beifall)

Ich glaube, er wird sich freuen, wenn er hier von diesem Parteitag der CDU dieses Zeichen empfängt. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Wird dazu noch das Wort von der Antragskommission gewünscht? Das ist nicht der Fall. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag anzunehmen.

Ich komme damit zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den Initiativantrag S 36 anzunehmen, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig beschlossen.

Ich rufe dann den Initiativantrag S 38 auf. Sie finden ihn auf Seite 2 der Sammlung der Initiativanträge. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag anzunehmen.

Wird dazu das Wort gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission, den Initiativantrag S 38 anzunehmen, zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so angenommen.

Ich rufe dann den Antrag S 39 auf den Seiten 2f. der Sammlung der Initiativanträge auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir auch hier zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind alle sonstigen Anträge beraten. Der Tagesordnungspunkt 17 ist erledigt.

Bevor ich die Tagungsleitung an den Präsidenten Dirk Fischer weitergebe, möchte ich einem Geburtstagskind gratulieren. Es kommt aus Schleswig-Holstein, ist Mitglied des Landtages und Delegierte und heißt Silke Haas. Herzlichen Glückwunsch zu Ihrem heutigen Geburtstag!

(Beifall)

Wir haben ein weiteres Geburtstagskind heute. Es ist in dem Falle jemand aus Sachsen, Finanzminister. Ich gratuliere sehr herzlich dem Kollegen Professor Milbradt zu seinem heutigen Geburtstag.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es werden noch weitere Meldungen für Geburtstagskinder entgegengenommen.

(Heiterkeit)

Wir haben soeben zwei weitere Delegierte gemeldet bekommen, die heute Geburtstag haben. Beide kommen aus dem Landesverband Hessen. Ich gratuliere Frau Wolff und Herrn Brückmann sehr herzlich zum Geburtstag.

(Beifall)

Norbert Blüm legt Wert darauf, daß er im Juli Geburtstag hat, aber wir werden ihm jetzt noch nicht gratulieren.

(Heiterkeit)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Delegierte! Wir haben gestern abend die Einzelberatung unseres neuen Grundsatzprogramms abgeschlossen. Wir kommen jetzt noch zur Schlußabstimmung über unser neues Grundsatzprogramm. Ich möchte daher alle Delegierten, die mit dem neuen Grundsatzprogramm der CDU in der durch die Einzelabstimmung festgelegten Fassung einverstanden sind und ihm zustimmen wollen, bitten, sich jetzt von ihren Plätzen zu erheben und die Stimmkarte deutlich sichtbar zu erheben. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ich darf dann feststellen, daß wir das neue Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands bei einer Stimmenthaltung, aber ansonsten einmütig beschlossen haben.

(Lebhafter Beifall)

Im Namen des Parteivorsitzenden und im Namen des Tagungspräsidiums danke ich allen, die in den zurückliegenden Monaten und Jahren für dieses neue Programm gearbeitet haben. Mein besonderer Dank gilt Ihnen, den Delegierten des 5. Parteitag. Sie haben diese Beratungen durch Ihr Engagement und Ihre konstruktive Mitarbeit sowie durch Ihre große Konzentration zum Erfolg geführt. Nunmehr hat die CDU Deutschlands als erste politische Partei im wiedervereinigten Vaterland auch ein gesamtdeutsches Grundsatzprogramm.

(Beifall)

Herzlichen Dank, daß Sie durch Ihre Arbeit und Ihre konzentrierte Beratung daran mitgewirkt und es ermöglicht haben.

Ich möchte nunmehr Frau Michalk bitten, die Tagungsleitung zu übernehmen.

Maria Michalk, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Ich bitte den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, unseren Freund Dr. Wolfgang Schäuble, um seinen Bericht.

Dr. Wolfgang Schäuble (mit Beifall begrüßt): Frau Tagungspräsidentin! Meine lieben Parteifreunde! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt ein weiteres Geburtstagskind in unserer Mitte: Es ist der baden-württembergische Delegierte und Mitglied des Bundestages Andreas Schockenhoff, dem ich herzlich gratulieren möchte.

(Beifall)

Der Bericht, den ich für ihn und für alle 317 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dem Parteitag erstatten darf, liebe Freunde, ist vermutlich der letzte in dieser Legislaturperiode, in der ersten Legislaturperiode im wiedervereinten Deutschland. So ist er Gelegenheit zur Bilanz und zum Ausblick. Das ist gut in einer Zeit, in der das Große manchmal kaum noch vom Kleinen unterschieden wird.

Wir haben die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit erreicht. Die „Zeit“ hat kürzlich ein Symposium aus Anlaß des 75. Geburtstages von Helmut Schmidt veranstaltet. Dabei sprach der frühere Bürgermeister von Dohnanyi auch über Helmut Kohl. Weil dieses Urteil nach Anlaß, nach Medium und nach Sprecher nicht im Verdacht der positiven Voreingenommenheit stehen kann, will ich Ihnen dieses Zitat nicht vorenthalten:

Ich wüßte nicht viele, die die Sicht, das Auge, den Mut, die Entscheidungskraft gehabt hätten, im richtigen Augenblick die Frage der deutschen Einheit nicht nur anzusprechen, sondern auch zu machen.

Wo Dohnanyi recht hat, hat er recht.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Hinterlassenschaft von 40 Jahren Teilung und Sozialismus ist trostlos. Das ist wahr. Die Schwierigkeiten, sie zu überwinden, sind größer. Sie dauern länger, als wir 1990 vorausgesehen und vorhergesagt haben.

So ist es kein Wunder, daß nach drei Jahren noch mancherlei Mißmut herrscht: angesichts der Veränderungen und Verunsicherungen, angesichts von im Westen so nicht gewohnten Belastungen und angesichts der Wechselbäder im Osten zwischen der Euphorie der ersten Stunde und der Mühsal des Alltags.

Aber wir sind gut vorangekommen - im Osten mit dem Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur, der Umwandlung einer veralteten Planwirtschaft in dynamische Marktwirtschaft und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze, im Westen mit der Bewältigung der wirtschaftlichen und finanziellen Lasten ohne Preisgabe unserer Währungsstabilität. Wir sind insgesamt gut vorangekommen in der Integration der beiden so lange getrennten und dabei so unterschiedlich gewordenen Teile unseres Vaterlandes. Der Solidarpakt, die Überleitung der Renten, das SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, die großartige Integrationsleistung der Bundeswehr seien nur als Beispiele für konkrete Schritte, die Folgen der Teilung zu überwinden, genannt. Selbst der Umzug nach Berlin und der faire Ausgleich für Bonn nehmen Gestalt an. Liebe Freunde, in aller

Bescheidenheit: Ohne die Führungs- und Integrationsleistung der CDU/CSU wäre der Bundestag bis heute nicht zu einer Entscheidung gekommen.

(Beifall)

Der Aufholprozeß im Osten schreitet voran. Nicht nur in der Baubranche, bei Handel und Dienstleistungen, auch in der verarbeitenden Industrie verzeichnen wir inzwischen Produktionszuwächse in zweistelliger Größenordnung. In der ostdeutschen Industrie wurde im vergangenen Jahr pro Beschäftigten mehr als doppelt soviel investiert wie im Westen. Wenn man alle paar Wochen und Monate durch die neuen Länder fährt, kann man diese Fortschritte fast mit Händen greifen. An jeder Ecke werden neue Geschäfte eröffnet, es werden die Häuser renoviert, Fabrikationshallen entstehen, es wird gebuddelt und gebaggert, daß es den Menschen häufig schon zuviel wird.

Die „Wirtschaftswoche“ schrieb zu Beginn des Jahres, daß die blühenden Landschaften, die Bundeskanzler Helmut Kohl einst versprochen habe, drei Jahre später zwar noch langsam, aber doch unverkennbar Gestalt annehmen. Das ist wahr: Die Landschaften und Regionen blühen auf, die Menschen spüren das, und, liebe Freunde, wir sollten nicht die letzten sein, die davon sprechen.

(Beifall)

Die Union, liebe Freunde, hat die Kraft zur Einheit, weil wir ein gemeinsames Wertefundament besitzen. Das haben wir bei der Beratung unseres Grundsatzprogramms gestern wieder eindrucksvoll bestätigt. Mich hat in diesen Wochen schon sehr berührt, daß bei dem Ringen in der Fraktion um die Umsetzung des von uns zum Schutze des ungeborenen Lebens erstrittenen Urteils des Bundesverfassungsgerichts nach jahrelangen Debatten jetzt eine Teilung zwischen Abgeordneten aus dem Osten und Abgeordneten aus dem Westen nicht mehr zu erkennen war.

(Vereinzelt Beifall)

Alle diese Erfolge sollen nicht über die Größe der Aufgaben und Probleme hinwegtäuschen, die noch vor uns liegen. Aber die Erfolge, liebe Freunde, können uns Mut machen. Mut zur Zukunft, Zuversicht, braucht Deutschland mehr als Mißmut, Nörgelei und Larmoyanz, mit denen Rot-Grün sein Süpplein am Kochen halten will.

(Beifall)

Die Linke in Deutschland, in Ost und in West, hatte die Einheit längst aufgegeben. Wer wie wir von der Wiedervereinigung sprach, galt als Revanchist. Wiedersehen - statt Wiedervereinigung -, das fiel ihnen nach dem Fall der Mauer ein. Als es dabei nicht bleiben wollte, sollte die Aufnahme von Übersiedlern beendet werden, so als wollte man mit Paragraphen und Bürokratie das Loch in der Mauer möglichst schnell wieder stopfen.

Dann war es zu schnell, zu überstürzt, als ob man nach 45 Jahren gewaltsamer Teilung gar nicht lange genug vor Herstellung der Einheit hätte prüfen können. So, liebe Freunde, hätten wir die Einheit nie bekommen. Deswegen war sie uns weder zu schnell noch zu teuer.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn die Sozialdemokraten immer noch und in diesem Jahr mehr den Mißmut über manche Veränderungen und Belastungen als Folge von langer Teilung

und schneller Einheit im Wahlkampf gegen uns schüren, dann müssen wir dem entgegensetzen, daß das auch der Preis für die Einheit in Frieden und Freiheit ist, an die die Linke nicht mehr geglaubt und die sie zum Teil gar nicht mehr gewollt hatte.

(Beifall)

Es ist wahr: Die Veränderungen und Herausforderungen sind größer geworden, als wir in der alten Bundesrepublik nach 40 Jahren wachsenden Wohlstandes gewohnt waren, wo wir Verteilungskonflikte immer aus dem Zuwachs lösen konnten, so daß jeder Besitzstand tabuisiert wurde und wir schon mit der Einführung eines Dienstleistungsabends die Grenzen der Reformfähigkeit fast erreicht zu haben schienen. Aber wahr ist auch, daß viele der strukturellen Probleme, denen unsere Wirtschaft in einem härter gewordenen Wettbewerb ausgesetzt ist, eher mit Bequemlichkeit und Schwerfälligkeit als mit der Wiedervereinigung zu erklären sind. Wahr ist wohl auch, daß wir uns - wie übrigens alle westlichen Demokratien - nach dem Wegfall der Bedrohung aus dem Ost-West-Konflikt des inneren Zusammenhalts unserer freiheitlichen Ordnung neu vergewissern müssen.

Wir haben in diesen Tagen von Hamburg mit dem Programm für Wachstum und Beschäftigung und mit dem neuen Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands Grundlagen für eine gute Zukunft gelegt. Die Bundestagsfraktion wird gemeinsam mit Regierung und Koalition diesen Weg konsequent weitergehen. Wir dürfen dabei Widerstände nicht scheuen, und wir brauchen sie auch nicht zu scheuen. Denn die Menschen haben sehr viel besser begriffen als die Vertreter organisierter Besitzstände, daß wir nur mit mehr Leistungsbereitschaft, mehr Eigenverantwortung und freiwilliger Solidarität im weltweiten Wettbewerb bestehen und Wohlstand und soziale Sicherheit bewahren können und eben nicht mit immer noch mehr Freizeit und Ansprüchen an andere und an die Gemeinschaft.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb dürfen wir die Verantwortung für unser Gemeinwesen nicht den Sozialisten überlassen, denen bei jedem Problem immer nur der Ruf nach noch mehr Staat und noch mehr Bürokratie einfällt.

(Beifall)

Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft, Freiräume für Privatinitiative: Deshalb, liebe Freunde, haben wir die Gesundheitsreform gegen alle Widerstände durchgesetzt, die Bahnreform und die Postreform. Auch im Bundesfernstraßenbau und in vielen Bereichen insbesondere der Kommunalverwaltung brauchen wir privatwirtschaftliche Lösungen, wenn der gewaltige Investitionsbedarf zu Wachstumsdynamik und nicht zu einer lähmend hohen Staatsquote führen soll.

(Vereinzelt Beifall)

Die Staatsquote, die wir in den 80er Jahren durch eine konsequente Politik der Ausgabenbegrenzung und des Wirtschaftswachstums zugleich von über 50 % auf unter 46 % zurückgeführt haben und die jetzt durch die Übernahme der SED-Altlasten wieder auf 51 % hochgeschwungen ist - was zu hoch ist, aber was, liebe Freunde, nicht höher ist als am Ende der SPD-Regierungszeit ohne Wiedervereinigung -, muß im Laufe dieses Jahrzehnts wieder auf den vor der Wiedervereinigung erreichten Stand zurückgeführt werden.

(Beifall)

Deshalb gibt es zu unserer Sparpolitik keine Alternative. Wir haben bewiesen, daß wir das können: in den 80er Jahren wie bei den noch schwierigeren Haushalten seit 1990.

Entgegen vielen Befürchtungen - auch in der internationalen Fachwelt - ist es gelungen, den Wert unserer D-Mark stabil zu halten. Das ist die wichtigste Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit; denn die Inflation ist der Feind der Schwachen.

Die Zinsen sind so nieder wie selten, was übrigens beweist, daß die Sozialdemokraten auf dem Holzweg sind, die meinen, mit Verzicht auf die Stabilität könne man die Wirtschaft beleben. Nein, liebe Freunde, für uns bleibt Stabilität die Grundlage für Wachstum und soziale Sicherheit zugleich.

(Beifall)

Gleichzeitig haben wir die Unternehmensteuern gesenkt; immerhin um 11 Prozentpunkte in einem Fünfjahreszeitraum auf den niedersten Stand in der Geschichte der Bundesrepublik.

Helmut Kohl hat einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, daß das GATT-Abkommen endlich doch zustande kam, indem der Streit zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten beendet wurde. Weil das gut gelungen ist, redet ja kaum noch einer davon. Aber, liebe Freunde, all das trägt dazu bei, daß es wirtschaftlich wieder bergauf geht.

Die Debatte um die Zukunft des Standorts Deutschland, seine Probleme und seine Anforderungen, die Helmut Kohl initiiert hat, beginnt zu greifen, wie auch manche Entwicklungen bei manchen Tarifverhandlungen und -abschlüssen zeigen. Mehr und mehr Menschen erkennen, daß wir nicht einfach so weitermachen können, wenn wir unsere Zukunft nicht verspielen wollen.

Nur die Sozialdemokraten haben nichts gelernt. Sie kritisieren zwar zu hohe Steuern und zu hohe Neuverschuldung, aber zugleich lehnen sie jeden Sparvorschlag ab. Rechnen kann sich das nicht, aber vielleicht ist das das magische Dreieck sozialdemokratischer Oppositionsdemagogie.

Ihr wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher Lafontaine, der ja zumindest in eigenen Versorgungsangelegenheiten des Rechnens mächtig zu sein scheint

(Heiterkeit und Beifall)

- na ja, das läßt ja immerhin hoffen; Ansätze sind vorhanden, die Gesamtschulen haben noch nicht alles kaputtgemacht -, deutet zwar nebulös an, daß man noch mehr sparen müsse, aber wo sagt er vor der Wahl ausdrücklich nicht. Ob für ihn auch Ehrlichkeit nur eine entbehrliche Sekundärtugend ist?

(Beifall)

Und Scharping, liebe Freunde, hat in einem Interview angekündigt, bei ihm werde jeder auf Granit beißen, der höhere Steuern fordere, um genau zwei Sätze weiter im selben Interview höhere Abgaben für Besserverdienende zu fordern. Ob er weiß, was Granit ist?

(Heiterkeit und Beifall)

Besserverdienende - das sind ja immer die anderen. Spätestens hier, liebe Freunde, kommt der Neid ins Spiel. Neid heißt: Statt jedem das Seine allen dasselbe; oder: Wer mehr leistet, ist selber schuld.

Neid ist gewiß eine mächtige Stimulanz sozialdemagogischer Agitation, aber schon Spinoza sagte: Neid hat eine lähmende Wirkung auf den Menschen, weil er dann seine eigene Situation nicht mehr zu verbessern sucht, sondern immer mehr auf den anderen schießt. Neid treibt die Menschen auseinander, er wirkt spaltend und nicht versöhnend. So ist Neid keine gute Grundlage für einen gemeinsamen Aufbruch, für mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze. Und weil die Sozialdemokraten immer nur auseinandertreiben, können sie unser Land nicht zusammenhalten.

(Beifall)

Liebe Freunde, wer Arbeitsplätze sucht, muß Arbeitgeber finden. Deshalb brauchen wir mehr Unternehmer und mehr Selbständige. Deshalb setzen wir in unserem Programm für Wachstum und Beschäftigung auf Eigenkapitalhilfe, auf Förderung des Mittelstands, auf Fortzahlung von Arbeitslosengeld bei Gründung selbständiger Existenzen, auf besseren Zugang kleinerer Gesellschaften zum Kapitalmarkt und auf Zinsverbilligung für innovative Investitionen. Nur mit dem Fortschritt von Wissenschaft und Technik können wir unseren Spitzenplatz halten. Ohne Fortschritt von Wissenschaft und Technik werden sich die ökonomischen, die sozialen und die ökologischen Probleme von demnächst 6 Milliarden Menschen auf unserem so wenig teilbar gewordenen Globus friedlich nicht bewältigen lassen.

Fortschritt muß aber auch konkret möglich bleiben. Nirgends auf der Welt dauern Genehmigungsverfahren für öffentliche wie private Investitionen so lange wie bei uns. Und die Kosten dieser hypertrophen Bürokratie verschlechtern die Wettbewerbsposition des Standorts Deutschland.

(Beifall)

Wir haben erste Schneisen geschlagen mit dem Planungsvereinfachungsgesetz, mit dem Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz. Wir haben diese Schneisen gegen den heftigen Widerstand der SPD im Bundesrat geschlagen. Aber diese Schneise muß breiter werden. Alle Klagen über Verkehrsbelastungen oder Müllberge nützen doch nichts, wenn jede Umgehungsstraße über Jahrzehnte blockiert wird und für moderne, emissionsarme Müllverbrennungsanlagen Standorte nicht mehr durchzusetzen sind.

Wir haben das Gentechnikgesetz novelliert, damit pharmazeutische, biologische Forschung und Produktion auch in Zukunft in Deutschland betrieben werden kann.

(Beifall)

Die SPD muß endlich ihre Blockade einer verantwortbaren Energiepolitik aufgeben.

(Beifall)

Ohne die friedliche Nutzung der Kernenergie, liebe Freunde, ist auf absehbare Zeit der Weltenergiebedarf nicht zu decken, wenn wir dramatische Klimaverschlechterungen ebenso vermeiden wollen wie brutale Verteilungskämpfe zu Lasten der Ärmern vor allem in der Dritten Welt. Und ohne einen vernünftigen Energiemix aus Kohle und Kernenergie ist in Deutschland, wo wir ohnedies höhere Strompreise als viele europäische Mitbewerber haben, die teure Ruhrkohle auch übergangsweise nicht mehr

zu verkräften. Die Energieblockade der SPD ist Verrat an der Ruhrkohle und am Wirtschaftsstandort Deutschland zugleich.

(Beifall)

Herr Scharping brüstet sich damit, daß das längst fertiggestellte Kernkraftwerk Mühlheim-Kärlich, schräg gegenüber seinem Wohnort Lahnstein auf der anderen Rheinseite gelegen, bis heute nicht ans Netz gegangen ist. Seine Landesregierung verweigert die Inbetriebnahme mit der Begründung, es gäbe kein Endlager. Das Endlager aber wiederum wird von seinem Kollegen Schröder in Niedersachsen verhindert. So etwas nennt man Arbeitsteilung unter Genossen. Währenddessen wird Rheinland-Pfalz mit Atomstrom aus Nachbarländern mitversorgt.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir müssen aber auch ehrlich sagen: Selbst wenn wir wieder nachhaltig mehr wirtschaftliches Wachstum haben, wird bei der unausweichlichen Rationalisierung der industrielle Bereich die notwendigen Arbeitsplätze für alle alleine nicht bereitstellen können. Deshalb ist der tertiäre Bereich - Handel, Handwerk, Dienstleistungen und auch private Haushalte - so wichtig. Manchmal scheinen mir Heimwerkerbedarfsmärkte mit die größte Wachstumsbranche zu sein. Nichts gegen „do it yourself“, aber wirtschaftlicher Fortschritt, Wachstum entsteht immer aus Arbeitsteilung und Leistungsaustausch. Deshalb müssen wir auch private Haushalte wieder stärker als Arbeitgeber gewinnen.

(Beifall)

Wer reguläre, sozialversicherungs- und steuerpflichtige Arbeitsplätze schafft, der soll dies auch umgekehrt von der Steuer absetzen können.

(Beifall)

Ich verstehe die Polemik dagegen überhaupt nicht. Wenn wir Arbeit für alle schaffen, dann geht es doch nicht um Privilegien. Allein bei Einführung der Pflegeversicherung erwartet die Bundesanstalt für Arbeit mindestens 150 000 zusätzliche Arbeitsplätze im privaten Bereich. Also: Packen wir es an!

(Beifall)

Übrigens: Mehr Arbeitsplätze, auch im privaten Bereich, mehr Arbeitgeber, das scheint mir die marktwirtschaftliche und richtige Form von Arbeitsteilung zu sein.

Die Linke dagegen kann immer nur den Mangel verwalten. Die Zahl der Arbeitsplätze aber ist nicht eine vorgegebene Größe, die man nur gerecht verteilen muß - nein, die Zahl der Arbeitsplätze ist das Ergebnis des dynamischen Prozesses von Angebot und Nachfrage, und dabei spielen eben Preise und Kosten eine entscheidende Rolle. Wer die Arbeit immer mehr verteuert, indem er sie scheinbar gerecht verteilt, der wird immer weniger zum Verteilen haben, bis am Ende alle nichts haben. Aber vielleicht ist das ja der Traum von Gerechtigkeit, dem man im real existierenden Sozialismus bis zur historischen Wende in Deutschland und in Europa ja schon recht nahegekommen war.

(Beifall)

Karl Schiller hat diese Verteilungsmentalität zu Recht, wie ich finde, einen „Fehlschluß biedermeierlicher Hauswirtschaftslehre“ genannt. Er hat gesagt, hier werde das Tor

zum „Arbeitsamtssozialismus“ aufgestoßen. Ach, wenn Scharping doch nur auf seine Berater hören würde!

(Heiterkeit)

Wir haben, liebe Freunde, nicht einen Mangel an Arbeit, sondern wir haben mangelnde Nachfrage nach regulär bezahlter Arbeit zu dem Preis, den sie kostet, und deshalb nehmen Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft überhand.

Und natürlich muß die Arbeit, die angeboten wird, auch angenommen werden. Es ist doch ein Unfug, daß bei Millionen von Arbeitslosen ganze Branchen - von der Bauwirtschaft über die Gastronomie, das Handwerk bis zur Landwirtschaft - kaum eine Chance haben, offene Stellen mit heimischen Arbeitskräften zu besetzen. Deshalb müssen wir den Menschen sagen, daß neben allen solidarischen Anstrengungen der Politik, neben aller sozialer Sicherung jeder auch für sich selbst Verantwortung trägt. Dazu muß Arbeit und Leistung auch lohnen.

„Soziale Sicherung darf für die Erwerbsfähigen nicht einen Lebensstand garantieren, der nahe an demjenigen der tatsächlich Arbeitenden liegt“, sagte Helmut Schmidt bei dem schon erwähnten Symposium zu seinem Geburtstag. Deshalb, liebe Freunde, fördern wir saisonale Beschäftigung, Gemeinschaftsarbeit für Empfänger von Sozial- und Arbeitslosenhilfe, Teilzeitarbeit und zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse. Ich sage: Lieber kurzfristig teilzeit- oder saisonal beschäftigt, als dauerhaft arbeitslos zu sein.

(Beifall)

Dieser Kampf um Arbeit für alle darf von der Linken nicht als Sozialabbau diffamiert werden.

Liebe Freunde, ich habe von dem gesprochen, was wir in der Politik als Rahmenbedingungen gestalten können. Aber es muß auch immer wieder gesagt werden, wir müssen es sagen, daß in der freiheitlichen Demokratie und in der Sozialen Marktwirtschaft der Staat allein Wohlstand, Beschäftigung und soziale Sicherheit nicht garantieren kann. Die Verantwortung aller ist gefragt, der Unternehmer wie der Gewerkschaften, der großen Verbände und jedes einzelnen. Wer immer nur nach dem Staat ruft, der überfordert nicht nur den freiheitlichen Staat, sondern, schlimmer noch, er täuscht die Menschen über ihren eigenen Anteil an Verantwortung hinweg, über ihre Verantwortung für das eigene Schicksal und für die Gemeinschaft.

(Beifall)

Im übrigen: Auch Solidarität darf nicht zur Forderung immer nur an andere und an die Gemeinschaft verkommen. Zuwendung zum Mitmenschen, liebe Freunde, ist eine Grundbedingung menschlicher Existenz. Keiner lebt für sich allein. Nach der Entlarvung der sozialistischen Utopie als menschenfeindlich wird ja mehr und mehr darüber nachgedacht, geredet und geschrieben, ob wir im Westen noch die unerläßliche Balance zwischen Individualismus und Gemeinschaftsbezogenheit ausreichend bewahren. Das Zusammentreffen von steigender Lebenserwartung und gesunkenen Geburtenzahlen hat zu einem dramatischen Alterungsprozeß unserer Bevölkerung geführt, und dieser Prozeß belastet nicht nur unsere sozialen Sicherungssysteme und unsere wirtschaftliche Leistungskraft.

Ich fürchte, daß die Folgen für die innere Vitalität unserer Gesellschaft, für Solidarität zwischen den Generationen, Mitmenschlichkeit zwischen jung und alt, gegenüber

Kranken und Schwachen oder auch die Folgen für Zukunftsmut, Innovationsfreude und tolerante Gelassenheit gegenüber anderen im In- und Ausland noch viel dramatischer sein können als die für das soziale Sicherungssystem.

(Beifall)

Deswegen müssen wir die Familie stärken. Weil keiner für sich alleine lebt und leben kann, ist eine intakte Familie unerzichtbare Grundlage freiheitlicher Lebensform.

(Beifall)

In Ein-Personen-Haushalten - immerhin 30 % aller Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland - kann Solidarität zwischen den Generationen nur unvollkommen gelebt werden. Die Aufeinanderfolge der Generationen, auch das Miteinander der Generationen, liebe Freunde, läßt den Menschen die Endlichkeit unserer irdischen Existenz ertragen. Deshalb können alle möglichen anderen Formen menschlichen Zusammenlebens den institutionellen Wert von Ehe und Familie für Freiheit und Humanität nicht ersetzen.

(Beifall)

So gewinnt in einer Zeit, in der berufliche Erfüllung für Frauen wie Männer gleich selbstverständliche Lebenserwartung ist, der Familienlastenausgleich - in der Steuer wie in der Rente - eine ganz neue Bedeutung. Dem werden wir uns stellen.

Auch aus diesem Grunde sind übrigens Teilzeitarbeitsplätze so wichtig, und aus diesem Grunde bin ich auch dafür, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz nicht wieder aus dem Gesetz zu streichen.

(Beifall)

Wenn ein Teil der Länder und Gemeinden Schwierigkeiten hat, diesen Rechtsanspruch kurzfristig zu erfüllen, dann, finde ich, sollen sie lieber für eine Übergangszeit die Richtlinien lockern, was die Ausstattung von Kindergartenplätzen mit sachlichen und personellen Mitteln anbetrifft.

(Beifall)

Aus demselben Grunde, liebe Freunde, muß übrigens die Pflegeversicherung kommen; denn das Ziel der Pflegeversicherung ist doch vor allem die Stärkung der Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen.

(Beifall)

Weil die Gemeinschaft ohne freiwilligen Einsatz nicht lebensfähig sein kann, ist für uns die Arbeit in den Sport- und kulturellen Vereinen, in sozialen und kirchlichen Diensten, in der Freiwilligen Feuerwehr wie beim Technischen Hilfswerk, in Bürgerinitiativen und Nachbarschaftshilfen so wichtig, übrigens auch in den politischen Parteien, ohne die freiheitliche Demokratie nicht möglich ist. Wir alle haben zu dienen, und Dienst an der Gemeinschaft ist nicht altmodisch, sondern lebensnotwendig.

(Beifall)

Nur durch freiwilligen Dienst am anderen und an der Gemeinschaft gedeihen menschliche Wärme und Zuwendung, nur so wächst Freiheit. Der Staat allein kann das alles nicht leisten. Er kann nur den Rahmen für Wohlstand und soziale Sicherheit, für Frieden und Freiheit nach innen und außen schaffen. Diesen Rahmen aber muß er auch sichern.

Deshalb darf der Rechtsstaat nicht verkommen. Recht sichert die Freiheit, und der Rechtsstaat schützt den Schwachen. Aber das Recht muß auch durchgesetzt werden. Hier in Hamburg kapituliert der Rechtsstaat seit mehr als einem Jahrzehnt in der Hafensstraße.

(Beifall)

Wer wundert sich noch, daß man sich jetzt nicht einmal mehr traut, hier gegen die Androhung von Gewalt ein Fußballspiel durchzuführen. Die Sozialdemokraten haben die Vorstellung, Verbrechen dadurch zu beseitigen, daß man die Strafbarkeit aufhebt - von der Drogenpolitik bis zur sogenannten Alltagskriminalität - oder die Strafbarkeit nicht mehr durchsetzt, gegebenenfalls unter dem Stichwort „Deeskalation“. So geschehen bei der Asyldebatte im Deutschen Bundestag oder bei neonazistischen Ausschreitungen in Hessen, die die Polizei auf Anweisung des zuständigen Innenministers nicht unterbunden hat. So, liebe Freunde, verkommt der innere Frieden.

(Beifall)

Damit er nicht verkommt, müssen wir dem Staat, der Polizei, die für uns den schweren Dienst für inneren Frieden und Sicherheit leistet, die nötigen Mittel an die Hand geben, um mit Gewalt und Kriminalität besser fertig zu werden. Das ist das Ziel unseres Verbrechensbekämpfungsgesetzes, mit dem wir die Strafverfahren beschleunigen und dafür sorgen, daß Gewalttäter auch hinter Schloß und Riegel kommen. Es ist nicht zu ertragen, wenn Steine- und Brandsatzwerfer nach Feststellung der Personalien von der Polizei wieder freigelassen werden müssen, weil Fluchtgefahr nicht besteht - die kommen ja am nächsten Abend wieder -, und die strafrechtliche Aburteilung folgt Monate später. Wenn die Strafe auf dem Fuß folgt, erfüllt sie ihre Aufgabe als Individual- wie Generalprävention.

(Beifall)

Ich denke, unsere Polizisten müssen auch wieder stärker auf die Straße und weniger hinter die Schreibtische,

(Beifall)

und sie brauchen wenigstens Waffengleichheit im Kampf gegen organisiertes Verbrechen. Ich glaube übrigens nicht, daß sich unsere Mitbürger heute von zuviel staatlicher Allmacht und Kontrolle bedroht fühlen. Ich fürchte eher, daß sie mehr Schutz und Sicherheit von staatlicher Autorität erwarten.

(Beifall)

Liebe Freunde, wer den Menschen die Gewißheit nimmt, daß der Staat sie auch schützt, der fördert eben nicht Liberalität, sondern Radikalismus und Gewalt. Bei den Aktenfunden über die Wahlkampfhilfe der SED für die Sozialdemokraten ist auch wieder sichtbar geworden, daß wir schon Mitte der 80er Jahre eine Asylrechtsänderung für notwendig gehalten und gefordert haben. Liebe Freunde, wenn man daran denkt, daß das damals, vor zehn Jahren, und nicht erst zum 1. Juli vergangenen Jahres gelungen wäre und was dann unserem Land an Verunsicherung der Menschen, auch an ausländergefeindlichen Exzessen erspart geblieben wäre, dann könnte man heulen. Die Verantwortung für das, worüber man heulen kann, trägt die sozialdemokratische Verweigerungsblockade.

Im übrigen wird an dieser Erfahrung auch deutlich, daß eben ein Staat, der seine Schutzfunktion wahrnimmt, die unerläßliche Voraussetzung für Liberalität und Toleranz gerade auch gegenüber Schwachen und Minderheiten ist. Wenn wir einen starken Staat haben, dann ist das die beste Voraussetzung, daß die Schwachen in diesem Land auch geschützt werden.

(Beifall)

Wir müssen Frieden und Freiheit auch nach außen immer neu sichern. Zum Schrecklichsten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts gehört doch, daß Krieg mitten in Europa wieder möglich geworden ist. Das, liebe Freunde, zeigt, daß es zur europäischen Einheit und zur atlantischen Gemeinschaft für uns keine Alternative geben kann. Wir werden Frieden nur sichern, wenn jeder, der zur Durchsetzung seiner politischen, wirtschaftlichen, religiösen Ziele militärische Mittel anwenden will, wieder weiß, daß er auf den entschiedenen und überlegenen Widerstand der zivilisierten Völkergemeinschaft stoßen wird, damit er es bleiben läßt.

(Beifall)

Das vereinte Deutschland, liebe Freunde, in der Mitte Europas gelegen, von allen Auseinandersetzungen in Europa immer unmittelbar betroffen, muß sich um unseres eigenen Friedens willen an den Bemühungen, Frieden zu sichern, wo nötig, auch wiederherzustellen, mit gleichen Rechten und Pflichten beteiligen, sonst wird der Friede nicht sicher. Die Zeiten jedenfalls, in denen unsere Verbündeten für uns Frieden und Freiheit sicherten und wir notfalls dagegen demonstrierten, sind vorbei.

(Beifall)

So schlecht war das nicht gewesen: Amerikaner, Briten, Franzosen haben für uns den Frieden gesichert, und wir haben im Zweifel dagegen demonstriert, im schlimmsten Fall haben wir einmal sogar Karneval ausfallen lassen. Liebe Freunde, ist Ihnen eigentlich einmal aufgefallen, warum in Deutschland nicht mehr für den Frieden demonstriert wird? Offenbar, weil man damit nicht mehr gegen die Amerikaner demonstrieren kann. Einen anderen Grund finde ich nicht.

(Beifall)

Diese Arbeitsteilung ist vorbei. Wer den Frieden will, muß seinen Dienst dazu leisten und seinen Anteil an Verantwortung übernehmen.

Nun hat Herr Scharping kürzlich in München gesagt, es gebe keine Unterschiede der SPD zur Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung. Das ist gegenüber der Bundesregierung, gegenüber dem Bundeskanzler zunächst einmal nicht unfreundlich. Aber der amerikanische Senator Cohen, der bei dieser Tagung dabei war, hat geantwortet, das klinge gut, nur glaube er ihm nicht. Auch ich denke, da ist er wieder, Scharpings Granit.

(Beifall)

Liebe Freunde, es hilft nichts, darüber kann auch nicht hinweggetäuscht werden: Solange die SPD die gleichverpflichtende Teilnahme Deutschlands an der Friedenssicherung verweigert und blockieren will, so lange besteht ein fundamentaler Unterschied in der Grundfrage jeder staatlichen Politik, der Frage von Krieg und Frieden. Darüber darf Scharping nicht hinwegtäuschen.

(Beifall)

Im übrigen ist Scharpings Strategie leicht zu durchschauen. Sie ist gleichwohl nicht ungefährlich. Er versucht, jede klare Festlegung in der Sache zu vermeiden und damit jede politische Auseinandersetzung um Alternativen zu verweigern, in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik so sehr wie in der Außen- und Sicherheitspolitik. Bei der inneren Sicherheit hat er zwar einen Beschluß für den Einsatz elektronischer Mittel vorgelegt, aber wenn man einmal genauer hinschaut, dann ist dieser Beschluß mit so vielen Kautelen versehen, daß er in der Praxis nichts bewirken kann. Straftäter werden der Justiz kaum den Gefallen tun, ein konspiratives Treffen Wochen im voraus anzukündigen.

Das aber wäre notwendig, damit der Staatsanwalt noch rechtzeitig vorher die Zustimmung einer Parlamentskommission einholen kann, was wiederum die Voraussetzung dafür sein soll, daß der Staatsanwalt dann anschließend bei einem Kollegialgericht einen Überwachungsantrag stellen kann. Dann sollte man einfach eine Meldepflicht für Gangstertreffs vorschreiben. Das wäre dann klarer.

(Heiterkeit und Beifall)

Wenn man den sozialdemokratischen Papierwust genauer anschaut, stellt man auch an diesem Beispiel wieder fest: Es geht nicht darum, in der Sache eine Alternative oder eine Lösung aufzuzeigen. Nein, es geht um etwas anderes. Es geht darum, ein für die Sozialdemokraten unangenehmes Thema für den Wahlkampf, wie man so schön in der Funktionärssprache sagt, „abzuräumen“, also unter den Teppich zu kehren. Liebe Freunde, die demokratische Auseinandersetzung lebt aber von den Alternativen. Diese bleibt die SPD mit Scharping schuldig. In Bonn ist ihm der Umzug zu früh; dann fährt er nach Berlin und verkündet dort, als Kanzler werde er früher umziehen. Der Mann ist kaum zu fassen.

(Heiterkeit)

Wie er sich aus allen Festlegungen herauswindet, wie er jedem Versuch, ihn beim Wort zu nehmen, ent schlüpfen will, das würde einem Entfesselungskünstler alle Ehre machen. Scharpings Granit - mir kommt es eher wie Pudding vor, und nageln sie den mal an die Wand!

(Heiterkeit und anhaltender Beifall)

Liebe Freunde, wir sollten ganz einfach darauf aufmerksam machen: Wer - wie die SPD und Scharping - zu einem klaren Standpunkt nicht fähig ist, taugt nicht zur politischen Führung.

(Beifall)

Ich gebe ja zu - das ist in diesen Tagen auch gesagt worden -, daß die SPD ihre Oppositionsaufgabe schlecht erfüllt. Aber als Begründung dafür, sie mit Regierungsverantwortung zu betrauen, reicht das nicht aus.

(Beifall)

Gleichzeitig wird unter Mißbrauch der Bundesratsmehrheit blockiert und verzögert, wo immer es nur geht, nicht nur bei der Pflege, obwohl es bei der Pflege besonders skandalös ist. Ich will das doch einmal sagen.

(Beifall)

Das Grundgesetz sieht ja aus guten Gründen vor, daß für bestimmte Gesetze die Zustimmung des Bundesrates notwendig ist. Wenn nämlich Interessen der Länder

berührt sind, muß die Vertretung der Länder zustimmen. Sonst kommt das Gesetz nicht zustande. Bei anderen Gesetzen ist die Zustimmung des Bundesrates nicht notwendig. Dort kann er Einspruch einlegen. Dieser Einspruch kann von der Mehrheit des Bundestages zurückgewiesen werden. Das Gesetz kommt dann zustande. Das ist vom Grundgesetz aus guten Gründen der föderalen Ordnung so gewollt, damit dort, wo Länderinteressen betroffen sind, nicht gegen den Widerstand der Länder ein Gesetz zustande kommen kann. Über die Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat wird durch die Wähler entschieden. Die Mehrheit im Bundestag gefällt mir besser als die im Bundesrat, aber wir haben beide zu respektieren.

Nun ist es so: Das Pflegegesetz bedarf nach der Ordnung des Grundgesetzes der Zustimmung des Bundesrates. Das Entgeltfortzahlungsgesetz bedarf nach der Ordnung des Grundgesetzes der Zustimmung des Bundesrates nicht. Beim Pflegegesetz sind wir in allen Punkten einig. Es gibt keine sachliche Nuance mehr, die eine Verweigerung der Zustimmung der Bundesratsmehrheit zum Pflegegesetz rechtfertigen kann.

(Beifall)

Nun sagen die Sozialdemokraten: Wir möchten aber das Entgeltfortzahlungsgesetz verhindern. - Das verstehe ich ja, weil sie eine falsche Auffassung haben. Daß sie dazu aber das Instrument der Verweigerung der Zustimmung zum Pflegegesetz nutzen, ist nun wirklich ein verfassungspolitischer Mißbrauch der Mehrheit im Bundesrat. Diesen Mißbrauch müssen wir brandmarken und geißeln, und die SPD muß ihn aufgeben.

(Beifall)

Ich fürchte, hinter sozialdemokratischer Rechthaberei und Wahlkampfmätzchen steckt noch etwas anderes. Ich fürchte, daß mit dieser Blockade- und Verzögerungspolitik im Bundesrat der Eindruck von Handlungsunfähigkeit der Politik allgemein genährt werden soll, wobei man wohl spekuliert, daß die so geschürte Mißstimmung eher zu Lasten der Regierung gehen könnte. Warum wohl, liebe Freunde, will Lafontaine eine Rentendiskussion vom Zaun brechen? Doch nur, um die älteren Mitbürger zu verunsichern. Dabei weiß jeder, daß die Renten der Lohnentwicklung folgen. Das ist doch der Sinn unserer dynamischen Rente, daß die ältere Generation am wirtschaftlichen Fortschritt teilhaben soll. Jetzt weiß auch jeder - vor allen Dingen ältere Mitbürger verstehen das besser als manche jüngere sozialdemokratischen Funktionäre -, daß die Lohnerhöhungen geringer werden müssen, damit wir die Grundlagen unseres Wohlstands und unserer sozialen Sicherheit bewahren. Deshalb verstehen unsere älteren Mitbürger gut, daß genau dies zur Sicherung der Renten das Beste ist.

Das Schüren von Verunsicherung und Mißstimmung durch die SPD ist nicht verantwortungsvoll, und es stärkt im übrigen die Kräfte, die aus Unbehagen über diese Art von Politik ihr Heil am rechten oder linken Rand des politischen Spektrums oder vielleicht auch bei diffusen Grüppchen und Gruppen suchen, die zur programmatischen Gestaltung weder willens noch fähig sind, sondern die lediglich aus der Artikulation von Unbehagen und Protest Honig saugen wollen.

Liebe Freunde, so wird Demokratie aber nicht stabil. Daß Bonn nicht Weimar geworden ist, verdanken wir nicht zuletzt der Integrationskraft der großen Volksparteien.

Wer sie schwächen will, muß wissen, was er tut. Wir wollen eine starke Demokratie auch in Zukunft.

(Beifall)

Unsere Zeit ist voller Veränderungen. Verunsicherungen sind die fast zwangsläufige Folge. Auch Demokratie braucht Führung, und in Zeiten der Ungewißheit tut sie besonders not. Die Union ist gut gerüstet. Wir haben mit Helmut Kohl in den 80er Jahren einen dauerhaften Aufschwung in Stabilität geschaffen. Wir haben das Atlantische Bündnis gestärkt, und wir sind auf dem Weg zur Einheit Europas gut vorangekommen. Wir haben die Wiedervereinigung des Vaterlandes in Frieden und Freiheit erreicht. Wir haben ein klares Wertegerüst, das menschenwürdiges Leben in Freiheit ermöglicht. Wir setzen auf menschliches Miteinander in freier Gemeinschaft, und wir setzen auf einen Staat, der Frieden und Freiheit nach außen und innen schützt. Im Miteinander der Generationen wächst Verantwortung für soziale Gerechtigkeit wie für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Die Kräfte, die aus freiwilliger Initiative, aus freiwilliger Leistungsbereitschaft und freiwilliger Solidarität erwachsen, sind von den Kollektivistern immer unterschätzt worden.

Uns ist vor der Zukunft nicht bange. Große Herausforderungen machen uns Mut, und Krisen sind immer auch Chancen. Mit der Union und mit Helmut Kohl wird Deutschland sie nutzen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall und Bravo-Rufe -
Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen)

Waria Michalk, Tagungspräsidium: Lieber Herr Dr. Schäuble, Ihr beeindruckender Bericht, Ihre zum Nachdenken anregende Rede und Ihre korrekte Analyse, was die SPD betrifft, zeigen, daß die CDU ihre Beschlüsse in der praktischen Politik Punkt für Punkt umsetzt.

Die vergangenen Monate waren sehr arbeitsreich. Die Bilanz kann sich sehen lassen. Der Parteitag dankt Ihnen für Ihre sehr weitsichtige Führung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Ihren bewundernswerten, unermüdlichen persönlichen Einsatz zur konsequenten Umsetzung der politischen Aufgaben in unserem vereinten Deutschland, und zwar in oftmals sehr engem zeitlichen Rahmen. Herzlichen Dank und nochmals alles Gute - auch für die Fraktion.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Delegierte! Ich unterbreche den Parteitag für wenige Minuten. Ich bitte Sie, sich bereitzuhalten für das Grußwort des CSU-Vorsitzenden Dr. Waigel. Ich werde diesen Tagesordnungspunkt nach wenigen Minuten aufrufen.

Der Parteitag ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 10.42 bis 10.46 Uhr)

Meine Damen und Herren! Liebe Delegierte! Ich bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen.

Ich möchte einem weiteren Geburtstagskind gratulieren. Theo Surmann, Delegierter des Kreisverbandes Recklinghausen, Stadtverbandsvorsitzender von Waltrop, wird heute 44 Jahre alt. Wir gratulieren herzlich zum Geburtstag.

(Beifall)

Ich bitte darum, die Plätze möglichst rasch einzunehmen, damit der Parteitag fortgesetzt werden kann.

Meine Damen und Herren! Liebe Delegierte! Der Parteitag wird fortgesetzt.

Ich freue mich, auf unserem Parteitag den Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union, unseren Freund, den Bundesminister Dr. Theo Waigel begrüßen zu dürfen.

(Beifall)

Ferner möchte ich einen weiteren Vertreter der CSU sehr herzlich willkommen heißen, nämlich unseren ersten stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe des Deutschen Bundestages, Michael Glos.

(Beifall)

Ich begrüße den Generalsekretär der Christlich-Sozialen Union, Erwin Huber.

(Beifall)

Ich begrüße den Landesgeschäftsführer der Christlich-Sozialen Union, Erich Schmid.

Meine Damen und Herren, ich erteile nunmehr zu einem Grußwort dem Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel das Wort.

(Beifall)

Dr. Theo Waigel, Vorsitzender der CSU: Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Freunde von der CDU. Ich bitte um Verständnis: Der Wintereinbruch in Köln/Bonn hat den Abflug verzögert. Sie wissen, daß die CSU sonst nie zu spät kommt, wenn es um wichtige Fragen geht. Aber für solche winterlichen Verhältnisse sind wir in Bayern natürlich etwas besser gerüstet, als die Rheinländer es sind. Darum war es etwas schwieriger, rechtzeitig nach Hamburg zu kommen.

(Beifall)

Ich erinnere mich hier gern an große Parteitage, an den Vereinigungsparteitag, aber auch an frühere Begegnungen in der Jungen Union, an Deutschlandtage der Jungen Union. Schon damals war die Zusammenarbeit mit meinem jetzigen Parlamentarischen Staatssekretär Echternach eine wichtige und eine fruchtbare. Ich bin ihm auch heute dankbar für die Unterstützung, die er mir in den schwierigen Fragen der Finanzpolitik gewährt.

(Beifall)

Hier in Hamburg, meine lieben Freunde, gibt es eine sogenannte Statt Partei. Was hat diese Statt Partei erreicht? Sie hat der CDU Stimmen weggenommen, um etwas Neues zu kreieren. Erreicht wurde die absolute Herrschaft der SPD von Herrn Voscherau, der sich ins Fäustchen lacht. Ich möchte sehen, wann die Hafestraße endlich geräumt wird.

Eine Statt Partei hat nichts bewegt - außer der absoluten Herrschaft der SPD. Das sollten sich die Herrschaften gut überlegen.

(Beifall)

Es genügt nicht, sich am Wahlabend um 18.45 Uhr, wenn die erste Hochrechnung kommt, ein „Ätsch!“ abzuzwingen und zu sagen: Denen habe ich es jetzt gezeigt. Die entscheidende Frage lautet vielmehr: Was ist am Tag danach? Die entscheidende Frage lautet: Was ist vier Jahre danach? Die entscheidende Frage ist: Was geschieht nach solchen Wahlen, was wird aus solchen Statt-Wahlen, aus solchen Protestwahlen, aus solchen Denkartwahlen, wenn dann in einer entscheidenden Stunde deutscher Politik - und im Jahre 1994 sind entscheidende Stunden deutscher Politik, auf Landesebene, auf Bundesebene und in europäischer Hinsicht - Entscheidungen fallen, die man als Bürger eigentlich schon am nächsten Tag vor sich, vor seinem Gewissen und vor der nächsten Generation nicht verantworten kann?

(Beifall)

Was haben die Republikaner in Baden-Württemberg erreicht? Sie haben erreicht, daß sich ein so tüchtiger Ministerpräsident wie Teufel in eine Große Koalition begeben mußte, und in all den Punkten, für die er vorher entschieden und kompromißlos streiten konnte - ich denke an die Asylregelung und an vieles andere mehr -, war er dann partiell handlungsunfähig. Wollten das jene Wähler der Repts, die nicht alle Antidemokraten sind, wo manche nur unzufrieden waren? Wollten die, daß anschließend mit einer Großen Koalition die politische Willensbildung gelähmt wird?

Jeder Protestwähler, jeder Nichtwähler, jeder Statt-Wähler, jeder Splitterparteiwähler muß sich überlegen, was durch seine Stimme oder durch seine Nichtwahl geschieht. Meistens kommt es dann zu einem Ergebnis, das ihm und seiner Intention sehr viel weniger gelegen kommt, und zu einer verhängnisvollen Entwicklung für Deutschland. Wir können uns Weimarer Verhältnisse zum Ende dieses Jahrhunderts nicht noch einmal leisten!

(Beifall)

64 Parteien haben sich beim Bundeswahlleiter angemeldet. In anderen Ländern mag eine Minderheitsregierung eine Zeitlang tragbar sein, wenn die Opposition verantwortungsvoll ist. Bei uns in Deutschland, angesichts der Herausforderungen, angesichts der Schicksalsfragen, ist weder eine Minderheitsregierung noch eine Widerspruchskoalition noch eine Ampelkoalition noch Rot-Grün im Interesse Deutschlands vertretbar, und das ist es, was wir jedem Bürger in diesem Jahr unnachlässig und mit aller Klarheit deutlich machen müssen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben Freunde, Sie haben ja vorgestern die Rede Ihres Bundesvorsitzenden gehört und auch gewürdigt. Zweimal in der deutschen Geschichte der neueren Zeit wurde ein deutscher Kanzler zu früh abberufen. Das war Bismarck, und das war Adenauer. Ein drittes Mal kann sich Deutschland das nicht leisten! Darum muß auch 1995 Helmut Kohl Bundeskanzler sein!

(Lebhafter Beifall)

In einer solchen Zeit kann sich Deutschland einen Lehrling als Bundeskanzler, dessen Name in den anderen Hauptstädten erst buchstabiert werden muß, nicht leisten.

(Beifall)

Helmut Kohl - gegen dieses Mannsbild, gegen diesen Baum, gegen diesen Fels, da kann ich nur sagen, wenn ich Scharping und seine Genossen sehe: Nun naht ihr wieder, schwankende Gestalten.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir haben ja von Bayern aus längst vor dem Parteitag der CDU das Notwendige getan und haben Helmut Kohl mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet.

(Heiterkeit und Zustimmung)

Dies war eine Herzensangelegenheit des Bayerischen Ministerpräsidenten, weil er sich in seiner Liebe und Freundschaft zu Helmut Kohl von niemandem übertreffen lassen wollte.

(Heiterkeit und Beifall)

Helmut Kohl, CDU und CSU, die Koalition der Mitte, das sind stabile Garanten in bewegter Zeit, in einer Welt des Umbruchs, in einer Welt der Unsicherheit.

Meine lieben Freunde, dies ist - das ist ja auch in diesen Tagen sichtbar geworden - kein Jahr für politische Softies. Wer nicht daran glaubt, daß wir gewinnen können, wer nicht daran glaubt, daß wir die Dinge wenden können, wer nicht daran glaubt, daß wir auch in den nächsten Jahren das Schicksal Deutschlands bestimmen können, wollen und werden, der soll daheim bleiben und seine Kandidatur zurückgeben.

(Beifall)

Wir leben ja in einer merkwürdigen Stimmungsdemokratie. Noch nie seit 1951 waren so viele Deutsche mit ihrem persönlichen Schicksal zufrieden: Von 10 Befragten erklären 9, sie seien mit dem Erreichten zufrieden. Das ist der höchste Prozentsatz seit 1951! Wenn man dann die gleichen Leute fragt „Und wie beurteilen Sie so allgemein die Lage?“, dann sagen 7 von den 10: „schlecht“. Ja, meine Damen und Herren, es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn es uns nicht gelänge, 5 von den 9 davon zu überzeugen, daß ihre persönliche Zufriedenheit auch mit unserer Arbeit in den letzten zwölf Jahren zu tun hat und daß sie dieses Schicksal seit 1982 nicht der SPD verdanken.

(Zustimmung)

Das ist politische Führung, das ist politische Aufklärung!

(Beifall)

Dennoch gibt es Sorgen, Ängste und Unsicherheiten. Es gibt Ärger, und es gibt Wut. Wir müssen all das bei den Bürgern verdammt ernst nehmen. Das heißt nicht, daß wir jedem nach dem Munde reden können und wollen oder dürfen, aber den Bürger ernst nehmen, wenn er sich artikuliert, wenn ihm - auch in der politischen Landschaft - etwas nicht paßt, das ist unsere verdammt Pflicht und Schuldigkeit.

(Beifall)

1994 ist nicht das Schicksalsjahr der Politiker und der Parteien, sondern das Schicksalsjahr der Bürger, und wir sind für den Bürger da. Deshalb geht es darum, Vertrauen zu gewinnen und Respekt, nicht immer Liebe und Begeisterung, sondern Respekt und Vertrauen. Dann wird sich auch die Stimmung ändern, und sie wird sich im Sinne der Verantwortung für die Zukunft in positive Stimmen ummünzen lassen.

Wir müssen den Menschen die Herausforderungen nicht nur der Jahre 1994 und 1995, sondern auch des Jahres 2000 aufzeigen. Dazu gehört es auch, optimistisch zu sein. Cassandra wählt man nicht. Als wir in den 70er Jahren die Nörgler waren und überall herumkritisiert haben, haben uns zwar viele recht gegeben, aber gewählt haben sie uns nicht.

Wir haben Anlaß, auf die Risiken, aber auch auf die Chancen unserer Politik und der Geschichte hinzuweisen. Wenn der alte Karl Popper Optimismus zur Pflicht erklärt, dann ist es auch uns in der Politik nicht verwehrt, optimistisch in die Zukunft zu sehen.

Martin Walser, der große Dichter vom Bodensee, der sich mehr als alle anderen der Einheit verpflichtet gefühlt hat, hat erst vor einigen Tagen erklärt: Die Einheit mißlingt nicht.

Wenn wir in Ost und West etwas mehr über das reden würden, was wir positiv erreicht haben, wenn wir darstellen würden, daß in drei Jahren mehr passiert ist als vorher in 40 Jahren, dann wäre das auch nicht schlecht, weil nämlich die Menschen drüben zum Teil zufriedener sind als die Publizisten und ein Teil der politischen Klasse.

(Beifall)

Wahrhaftigkeit hat die SPD zu ihrem Wahlthema erklärt, dabei lügt keiner wie sie.

(Beifall)

Nein, Herr Scharping hat erklärt, man muß Personal kürzen, Ministerien reduzieren und Kosten zurückführen. Er hat in seiner Zeit zwei Ministerien neu etabliert, 100 Mitarbeiter neu eingestellt und, was mich am meisten ärgert, beim Länderfinanzausgleich hat er 225 Millionen DM für politische Führung bekommen. Das heißt, ich bezahle aus meiner Kasse noch die Kosten dafür, daß der Kerl uns permanent angreift. Das finde ich nun wirklich eine große Ungerechtigkeit.

(Beifall)

Aber zu fordern, unsere Gehälter sollten eingefroren werden, im Wissen darum, daß sie seit zwei Jahren eingefroren sind und mit Sicherheit auch im nächsten Jahr nicht erhöht werden, sich selber aber pro Jahr 10 000 DM mehr zu genehmigen, das ist der Gipfel der politischen Verlogenheit und Heuchelei par excellence. Darüber muß man endlich einmal reden.

(Lebhafter Beifall)

Nun haben sie soeben eine Lektion in Humor verpaßt. Im Archiv der SPD haben sie eine Arbeit von Schumpeter aus dem Jahre 1942 ausgegraben, in der er sagte: Eher legt ein Hund einen Wurstvorrat an, als daß eine parlamentarische Demokratie Geld sparen könnte. Die Geschichte hat Franz Josef Strauß vor 20 Jahren entdeckt, er hat sie 10 Jahre verwandt und dann aufgegeben. Dann dachte ich mir, ich könnte sie noch einmal drei Jahre fortsetzen. Das habe ich dann aber auch aufgegeben, weil Politik und Witze mit Bart auf die Dauer nicht weiter verfolgt werden können.

(Beifall)

Ich muß immer vorsichtig sein, wer gerade mit Bart danebensitzt.

Jetzt haben sie den Scharping auf locker trainiert und haben ihm diesen Witz auf mich gemünzt aufgeschrieben. Die Genossen in Bayern, die nicht verwöhnt sind, haben

sich fünf Minuten auf die Schenkel geklatscht. Wenn man auf die Art und Weise Freude bereiten kann, warum nicht?

Es ist aber schon ein starkes Stück, wenn Scharping, Lafontaine und andere durchs Land reisen und mir die Schulden mit langen Fingern vorhalten und dabei ihre eigenen Schulden, Sanierung von Saarland und Bremen, Kommunalschulden, Länderschulden, 400 Milliarden DM Erblast für die DDR, Bahn, Post und alles andere zusammenzählen und uns das auferlegen. Das ist unseriös.

Ich lasse mir das von denen nicht gefallen. Wir brauchen uns das auch als Ganzes von denen nicht gefallen zu lassen.

(Beifall)

Noch etwas zum Thema Wahrhaftigkeit: Unser gemeinsamer Kandidat für den Bundespräsidenten, Professor Roman Herzog, hat klipp und klar erklärt, daß er sich mit den Stimmen von Rechtsradikalen nicht zum Bundespräsidenten wird wählen lassen. Seit Wochen fragen wir Herrn Rau unaufhörlich, einen Mann, der sonst um keinen Witz verlegen ist, wie er es mit den Stimmen der PDS hält, oder ob er sich vielleicht auch mit den Stimmen der PDS zum Bundespräsidenten würde wählen lassen.

Es wäre für uns, liebe Freunde, unerträglich, wenn ein Bundespräsident mit den Stimmen dieser Salonbolschewiken zum Bundespräsidenten gewählt würde.

(Lebhafter Beifall)

Aber wir wollen nicht nur von der Vergangenheit reden, sondern von dem, was wir tun und was wir tun müssen. Ich kann nur sagen: Wir bewältigen die Einheit. Der größte Solidarpakt in der deutschen Geschichte, fünf Prozent des Bruttosozialprodukts, allein im Bundeshaushalt über 130 Milliarden DM gehen in den Aufbau unseres Vaterlandes, unseres gemeinsamen Vaterlandes.

Wir haben eineinhalb Jahre, bevor es notwendig wurde, einen umfassenden Bund-Länder-Finanzausgleich auf den Weg gebracht. Wir haben rechtzeitig, ein Jahr, bevor es fällig wurde, einen Erblastentilgungs-Fonds etabliert und bewältigen damit die Probleme, die uns die Defizite der Treuhand, Kreditabwicklungsfonds, Wohnungsschulden und ähnliches mehr aus der Wiedervereinigung bringen.

Wir finanzieren die Umstrukturierung der Volkswirtschaft in den neuen Bundesländern. Wenn die so viel gescholtene Privatisierung der Treuhandanstalt' Investitionszusagen von über 180 Milliarden DM mit sich bringt, dann kann ich nur sagen: Das war mit Sicherheit eine erfolgreiche und notwendige Politik, zu der es trotz mancher Kritik auch keine Alternative gibt.

(Beifall)

Wir haben diese Finanzierungsfragen in einem Kraftakt gelöst. 70 Milliarden DM Einsparungen pro Jahr: Mehr ist noch nie seit 1949 gespart worden. Bei einem Volumen des Bundeshaushalts von etwa 480 Milliarden DM ist das ein Siebtel, das eingespart und umgeschichtet wurde.

Wenn wir die notwendige und unverzichtbare Erhöhung der Steuern und Abgaben mit dazu nehmen, dann ist ein relativ kleines, strukturelles Defizit aus der Wiedervereinigung übrig geblieben.

Die ungeheuren Infrastrukturleistungen, die sich in den neuen Bundesländern, in den Städten, in den Kommunen vollziehen, sprechen für sich.

Es war für mich interessant, daß sich vor einigen Monaten bei der Grundsteinlegung des Gebäudes der Oberfinanzdirektion in Magdeburg der dortige SPD-Oberbürgermeister in aller Form für das bedankt hat, was die deutsche Bundesregierung für den Aufbau im Osten erbringt. Es gehört zu den bewegenden Augenblicken des letzten Jahres, als ich in Titschendorf in Thüringen dabei war, als der letzte Beobachtungsturm der Grenze von damals geschleift wurde. Der Landrat sagte: Sagen Sie den Menschen im Westen, wie dankbar wir für das sind, was geschehen ist.

(Beifall)

Alle Fernsehstationen waren dabei; nur, diesen Satz hat keiner gebracht. Er paßt nämlich nicht ins Abendprogramm.

(Lebhafter Beifall)

Wenn nämlich das Dankeschön in West und Ost öfter gesagt und transportiert würde, dann würden viele, die über hohe Steuern und Abgaben klagen, etwas leichter und lieber Steuern zahlen. Dabei sage ich noch einmal: Die Menschen im Osten sagen es einem, wenn man sie trifft; es wird nur nicht übergebracht, und es steht nicht in den Zeitungen und wird auch nicht über das Fernsehen transportiert.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, w i r schaffen den Aufschwung, nicht die SPD. Wir werden in diesem Jahr ein Wirtschaftswachstum von etwa 1,5 % haben. Die Kapazitätsauslastung ist erstmals gestiegen, und der Preisanstieg hat sich entscheidend verlangsamt. Es würde mich nicht wundern, wenn Ende dieses Jahres eine Zwei vor dem Komma stünde. Die Zinsen sind gesunken. Wir haben fast ein historisches Tief bei den Zinsen. Es ist hundertmal besser, vernünftiger, wenn wir durch eine ganz konsequente, wenngleich harte Konsolidierungspolitik die Voraussetzung dafür schaffen, daß die Bundesbank die Zinsen senkt, anstatt mit Geld, das wir nicht haben, über *deficit-spending sinnlose Konjunkturprogramme* anzukurbeln. Die Zinssenkungen der Bundesbank in den letzten Monaten bringen allein ein Investitionsvolumen von fast 30 Milliarden DM auf die Beine. Das ist, wie ich meine, der entscheidende Anstoß für die Konjunktur, für die Investitionen.

(Beifall)

Wir haben die Voraussetzungen für mehr Wachstum und für mehr Arbeitsplätze geschaffen. Eine ganz entscheidende Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ist Voraussetzung dafür. Im Jahre 1995 wird sich die Beanspruchung des Kreditmarkts durch die öffentliche Hand gegenüber den Vorjahren um 30 % reduzieren. Allerdings trägt der Bund die Hauptlast der Reformen und auch die Hauptlast der Einigung. Wir tragen mehr als 80 % der Einigungskosten, und wir haben auch die Kosten für die Schuldenübernahme bei der Bahn - Reichsbahn und Bundesbahn - übernommen. Wir haben einen Teil der Wohnungsbauschulden und noch vieles andere übernommen. Aber insgesamt wird die Nettokreditaufnahme im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt 1995 bei den öffentlichen Händen insgesamt entscheidend zurückgehen.

Trotz dieser Engpässe haben wir Steuersenkungen für Investitionen durchgesetzt. Erstmals seit 1949 ist der Körperschaftsteuersatz auf 45 % reduziert worden, bei

gewerblichen Einkünften auf 47 %, und es sind wichtige Ansparabschreibungen für den Mittelstand verabschiedet worden.

Natürlich muß dies durch Subventionsabbau im Steuerbereich und durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage finanziert werden. Wir haben allein in den letzten zehn Jahren über 40 Milliarden DM an Subventionen im Steuerbereich abgebaut. Auch in den anderen Bereichen der Subventionen haben wir die Summe zurückgefahren. Daß sie insgesamt in die Höhe gehen mußte, hängt allein mit den Zulagen und mit den Hilfen für den Aufbau in Ostdeutschland zusammen.

Was uns in Deutschland fehlt, sind mehr Arbeitgeber. Wir haben keine Gerechtigkeitslücke, sondern wir haben eine Arbeitgeberlücke. Wir brauchen mehr selbständige Existenzen, damit mehr Arbeitsplätze in Deutschland entstehen. Dazu ist es sinnvoll und notwendig, das Eigenkapitalhilfeprogramm auch im Westen wieder aufzulegen. Deswegen ist es notwendig und sinnvoll, zwei Programme über die Kreditanstalt für Wiederaufbau für innovative Unternehmen, für junge Unternehmensgründer und vor allen Dingen für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen zu initiieren und auf den Weg zu bringen.

Was wir insbesondere brauchen, ist folgendes: weg mit mancher Verkrustung! Wir brauchen kürzere Genehmigungsverfahren. Wenn wir in Deutschland zehn oder zwanzig Jahre für große Bauvorhaben benötigen, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Aufträge für bestimmte Projekte dann ins Ausland gehen und nicht mehr in Deutschland bleiben.

(Beifall)

Wir treten für eine gerechte Verteilung der Lasten ein. Aber dazu gehört auch der ganz einfache und schlichte Satz: Leistung muß sich lohnen. Meine Damen und Herren, ich bleibe dabei - ich nehme an, auch die CDU ist auf meiner Seite -: Wer arbeitet, muß mehr bekommen als derjenige, der nicht arbeitet. Wer arbeitslos ist, aber in die Sozialversicherung einbezahlt hat, muß mehr bekommen als derjenige, der Sozialhilfe bezieht. Das scheint mir ein ganz natürliches und einleuchtendes Prinzip zu sein.

(Beifall)

Wenn ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei Kindern in München mit einem Bruttoeinkommen von 3 900 DM nach Abzug der Miete und allem, was dazugehört, beim verfügbaren Einkommen noch um 150 DM über dem Einkommen des Verheirateten mit zwei Kindern liegt, der Sozialhilfe bezieht, dann darf man sich nicht wundern, wenn eine ganz miserable und negative Stimmung nicht nur an den Bier- und Stammtischen entsteht.

(Beifall)

Das alles hat mit sozialem Kahlschlag überhaupt nichts zu tun. Wir liegen mit unseren Sozialleistungen weit über dem Stand des Jahres 1982, und zwar auch prozentual. Will die SPD vielleicht behaupten, daß das Jahr 1982 unter ihrem „gloriosen“ Kanzler Helmut Schmidt ein sozial kaltes Jahr gewesen sein soll? Nein, den Schuh ziehen wir uns nicht an.

In den letzten zwölf Jahren ist mehr Sozialpolitik, mehr Familienpolitik, mehr für die ältere Generation geschehen als je zuvor in der deutschen Geschichte.

(Beifall)

Wir stehen zur Freundschaft zwischen den Generationen. Dazu gehört eine aktive Familienpolitik, und dazu gehört eine gute Politik für die älteren Menschen, die es angesichts ihrer Leistungen für uns und für das Gemeinwohl verdient haben.

Aber auch für die Familien haben wir viel erreicht. Jedermann weiß, wie die SPD zu Kinderfreibeträgen steht. Wir haben 1982 Kinderfreibeträge in Höhe von 0 DM vorgefunden und sind jetzt schrittweise bei 4100 DM und bei Berücksichtigung des erhöhten Erstkindergeldes bei einem Gesamtfreibetrag von 6200 DM pro Kind angelangt. Wir wollen - auch zur Vermeidung unnötiger Steuerkomplizierung und um keine Unsicherheiten in die Familien hineinzutragen - auf dem bewährten dualen System von Kinderfreibetrag und Kindergeld weiter aufbauen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen es aber es auch im finanzwirtschaftlich Möglichen weiterentwickeln. Wir wollen die Kinderfreibeträge schrittweise so anheben, daß sie das Existenzminimum ganz abdecken, und im Gegenzug das Kindergeld auf die sozial schwächeren Bevölkerungskreise konzentrieren, die von der Steuerentlastung nichts haben. Unbestritten ist die Notwendigkeit, auch in Zukunft Familien mit Kindern nach Kräften zu fördern. Nur - Sie haben das ja leidenschaftlich diskutiert -: Der Preis einer Zukunftssteuer für Kinderlose wäre zu hoch.

(Vereinzelt Beifall)

Dieser mit mir nicht abgestimmte Vorschlag ist finanzpolitisch nicht akzeptabel und familienpolitisch problematisch.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben zu unserer Oppositionszeit der SPD immer vorgehalten, daß ab einem bestimmten Zeitpunkt von jeder zusätzlich erwirtschafteten und verdienten Mark nur noch 40 und dann 38 Pfennig beim Bürger selber geblieben sind. Wenn sich das durch eine eigene Steuergesetzgebung bei uns einstellen würde, dann wäre das der falsche Weg, den wir nicht beschreiten sollten.

(Vereinzelt Beifall)

Übrigens: Zu den Kinderlosen sollen auch Steuerzahler gehören, die Kinder wollen oder Kinder gehabt haben.

(Vereinzelt Beifall)

Man stelle sich einmal vor, welcher Ärger bei denen entsteht, die mehrere oder sogar viele Kinder gehabt haben und dann auch unter eine solche Steuer fallen würden.

(Beifall)

Auch über das Familiensplitting müssen wir noch miteinander sprechen. Da gibt es erheblichen Sprengstoff. Man braucht sich nur die extreme Spannung der Entlastungswirkung zwischen niedrigen und hohen Einkommen anzusehen. Aber ich nehme an, dafür wird noch Zeit bestehen.

Meine Damen und Herren, zur Steuerpolitik vielleicht noch eine Bemerkung: Es ist schon ein starkes Stück der SPD und jetzt wieder von Herrn Scharping, durchs Land zu ziehen und zu sagen, man sei gegen eine Erhöhung der Mineralölsteuer. Bei jedem Vermittlungsbegehren, bei der Frage Bahnreform und Regionalisierung, schleichen sich jedesmal die SPD-Finanzminister und -Ministerpräsidenten an einen heran und

suggestieren einem: Wie wäre es, wenn wir noch ein oder zwei Pfennig bei der Mineralölsteuer heraufsetzen würden? Wir wissen, es ist unpopulär, aber wir würden uns an deine Seite stellen. Nun weiß ich, wenn ein SPD-Mann einem zur Seite steht, wie kräftig man dann ist. Darum warne ich auch vor jeder großen Koalition, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Ich hoffe, daß der Bedarf nach großer Koalition in den Unionsparteien für den Rest dieses Jahrhunderts gedeckt ist.

(Lebhafter Beifall)

Es ist schon ein starkes Stück, jetzt durchs Land zu gehen und zu sagen: Keine Mineralölsteuererhöhung!, damit man bei den Pendlern die Stimmen holt, aber zuvor zu sagen: Gehen wir nochmals rauf, damit wir da und dort noch drauflegen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Freundschaft zwischen den Generationen gehört eine Forderung von CDU und CSU, die für uns ganz unabdingbar ist, nämlich die Pflegeversicherung. Das ist eine neue Herausforderung an die Solidarität, die wir lösen müssen. Wir wollen und werden alles daransetzen, daß niemand sagen kann, so etwas sei am guten Willen von CDU und CSU gescheitert. Jedermann weiß, es war unsere Idee, und keiner hat dafür so gekämpft wie Norbert Blüm.

(Beifall)

Wir wissen aber genauso, daß eine Kompensation in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation völlig unverzichtbar ist und daß deswegen ein Umbau des Sozialsystems und eine Gegenfinanzierung notwendig sind.

Meine Damen und Herren, ich kann mich eines bestimmten Eindrucks nicht erwehren. Die SPD möchte in der Außenpolitik keinen Wahlkampf machen; die SPD will auch in der Verteidigungspolitik keinen Wahlkampf machen. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß sie Oskar Lafontaine als Subventionskiller darstellen will. Eher wird ein Bernhardiner zum Vegetarier, als daß Oskar Lafontaine auch nur eine Subvention abbaut.

(Beifall)

Darum glaube ich - oder vielmehr: ich befürchte -, daß die SPD bewußt sagen möchte: Hier ist ein Thema nicht bewältigt worden, und alle unbewältigten Themen lasten wir der Regierung an. Das dürfen wir nicht durchgehen lassen. Darum müssen wir nochmals mit aller Kraft dafür kämpfen. Wir haben vieles an Vermittlung und an Entgegenkommen gezeigt, Norbert Blüm, nicht zuletzt bei der Anschubfinanzierung für den Osten, was für den Bundeshaushalt, für Sie und für mich, nicht einfach ist.

Aber jetzt darf es für die SPD und für die Länder, wenn sie an die Interessen der älteren Menschen und an die Interessen der Kommunen denken, keinen Grund mehr geben, zu dem, was bisher erreicht wurde, nicht ja zu sagen. Darum müssen wir diesen Versuch noch einmal unternehmen. Nur muß irgendwann, meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, Ende der Diskussion sein.

(Vereinzelt Beifall)

Wir können nicht das ganze Jahr quälende Hängepartien haben. Man muß auch einmal sagen, wer das nicht gewollt hat und wer die Verantwortung älteren Menschen gegenüber auf sich nehmen muß. Hier gibt es kein Verschweigen. Diese Herrschaften

fordern, man müsse einen Wahlkampf führen, ohne den anderen zu beschuldigen. Das ist lachhaft. Politik besteht aus Neuem und aus Altem Testament. Das hat der Bundeskanzler immer wieder unter Beweis gestellt. Deshalb muß man auch an die vergangenen Sünden der SPD denken und darf sie nicht verschweigen.

(Beifall)

Wir wollen und wir werden das Jahr 1994 zum Jahr der inneren Sicherheit machen. Ich beglückwünsche den Bundesinnenminister Kanther zu der Vorlage des Verbrechensbekämpfungsgesetzes 1994.

(Vereinzelt Beifall)

Darin sind großartige Elemente enthalten, mit denen wir uns sehen lassen können. Aber als CDU und vor allen Dingen als CSU werden wir nicht verschweigen, daß noch etwas fehlt. Die Wohnung von Herrn Kanther, auch die meine, wie ich hoffe, und die Wohnung von Herrn Kinkel sollen heilig sein, wie Herr Kinkel einmal gefordert hat: Die Wohnung ist heilig. Aber die Wohnung des Drogenkönigs, des Dealers, des Gangsters, von dem man weiß, daß er in seiner Wohnung das nächste Verbrechen bestimmt, braucht nicht heilig zu sein. Dort muß auch abgehört werden können, damit wir den Gangstern endlich das Handwerk legen.

(Beifall)

98 % der deutschen Bevölkerung denken so. Und wegen 2 % Spinnern, von denen vielleicht die Hälfte potentielle FDP-Wähler sind,

(Heiterkeit)

lassen wir uns den Wahlsieg 1994 nicht kaputtmachen.

(Beifall)

Europa sichert den Frieden, die Stabilität und den Wohlstand. Ich weiß, meine lieben Freunde, es genügt nicht, nur von der Vergangenheit zu reden. Nur, was 1990 erreicht wurde, ist nicht Vergangenheit. Daß Helmut Kohl im Kaukasus nicht eingeknickt ist, daß er nicht bereit war, die NATO-Zugehörigkeit der neuen Bundesländer aufs Spiel zu setzen, daß er vielmehr in all den Tagen unnachgiebig dafür gefochten hat, daß ganz Deutschland seine Bündnisfreiheit erhält und ganz Deutschland zur NATO gehört, die Art. 5 und 6 des NATO-Statuts für ganz Deutschland gelten, das ist unser Verdienst. Was würden heute die Menschen in Thüringen, in Sachsen, in Mecklenburg-Vorpommern sagen, wenn sie den Sicherheitsstatus von Polen hätten? Und was würden heute die Polen, die Tschechen, die Ungarn trotz ihrer persönlichen Not geben, wenn sie in der NATO und in der EG wären?

Das sind die Dinge, die wir erreicht haben, und zwar nicht 1990, sondern für 1994 und für 2000, und die Herr Lafontaine und die SPD damals geopfert hätten. Darüber müssen wir im Jahr 1994 reden.

(Lebhafter Beifall)

Wir brauchen die europäische Integration in der Wirtschaftspolitik, in der Außen- und Sicherheitspolitik, in der Umweltpolitik, bei der Bekämpfung des Asylmißbrauchs und bei der Kriminalitäts- und Drogenbekämpfung. Vertiefung und Erweiterung Europas sind für uns kein Gegensatz.

Wir unterstützen die Aufnahme der EFTA-Staaten, die ebenfalls Nettozahler sein werden. Das freut mich als CSU-Vorsitzender, weil wir dann über Österreich natürlich einen völlig ungehinderten Zugang zu Südtirol haben.

(Heiterkeit)

Aber es freut mich natürlich vor allen Dingen auch als Finanzminister, daß endlich wieder einmal ein paar Nettozahler dazukommen. So haben wir nicht gewettet: daß ein Teil der europäischen Länder das, was die vier Länder an Nettozahlungen einbringen, sofort wieder verbraten. Nein, das dient auch einmal dazu, daß unser Beitrag etwas zurückgeht, der ohnehin eine Idee zu hoch ist, meine lieben Freunde.

(Beifall)

Wir stehen zu Europa, aber wir wollen keine Vereinigten Staaten von Europa. Wir wollen ein Europa mit nationaler Identität, wo Sprache, Kultur und nationale Kompetenzen gewahrt bleiben. Der Vertrag von Maastricht setzt mit der Verankerung des Subsidiaritätsprinzips ein deutliches Signal gegen alle zentralistischen Tendenzen.

Herr Bundeskanzler, wir sollten wie zweimal in den letzten zwei Monaten dann und wann eine Richtlinie auch einmal wieder nach Europa zurückgeben, indem wir sagen: Sie ist überhaupt nicht notwendig und nur im Gehirn einiger Bürokraten erfunden worden. Es schadet gar nichts, wenn da auch einmal wieder etwas zurückgeht.

(Beifall)

Der Unionsvertrag begründet keinen Bundesstaat. Darauf hat das Bundesverfassungsgericht hingewiesen. Das bereits klug voraussehend, haben wir in unser Grundgesetzprogramm hineingeschrieben: Wir streben keinen europäischen Bundesstaat, sondern ein Europa der Nationen an.

(Beifall)

Das scheint mir die richtige Antwort angesichts der gegenwärtigen Situation zu sein.

Europa ist nicht nur im ökonomischen Bereich darstellbar. Wir werden die Menschen nicht gewinnen, wenn wir ihnen vorrechnen, für dich ganz persönlich ist das soundso viel wert, obwohl auch das notwendig ist. Es gilt, eine weitere Dimension in die europäische Debatte zu bringen. Wir müssen den Menschen vor allen Dingen sagen: Das, was sie so befürchtet haben Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre, haben wir minimiert oder sogar ausgeschaltet.

Daß heute ein Teil der amerikanischen Raketen nicht mehr auf deutschem Boden steht und - was viel wichtiger ist - daß die russischen Raketen nicht mehr auf uns gerichtet sind, das haben nicht die 1,5 Millionen erreicht, die in Bonn im Hofgarten und anderswo damals protestiert haben. Das haben wir durch unsere Politik erreicht. Wir haben den Frieden für jeden Menschen in Deutschland jetzt und auch in der Zukunft sicherer gemacht.

(Beifall)

In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts waren wir Deutsche Verlierer der Geschichte. Wenn jeder von Ihnen das Schicksal seiner Familie, seiner Eltern oder seiner älteren Brüder von 1900 bis 1950 verfolgt, wird er feststellen, daß keine Familie von ganz bitteren, schmerzlichen Heimsuchungen verschont geblieben ist.

Seit 1950 und insbesondere im letzten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts sind wir Gott sei Dank ohne Krieg, Gott sei Dank ohne Schuß, Gott sei Dank ohne eine blutige Revolution Gewinner der Geschichte. Meine Damen und Herren, was hätten die 16 000 Gefallenen, die auf dem Kriegsgräberfriedhof in Niederbronn, darunter mein damals 18jähriger Bruder, gegeben, wenn sie in einem deutsch-französischen Friedenskorps für Europa hätten Dienst tun können, anstatt gegen ihr Nachbarland schießen zu müssen, um dann erschossen zu werden?

(Beifall)

Die SPD ist nicht bereit, Verantwortung zu übernehmen. Das hat sie in den 50er Jahren nicht getan mit ihrem Nein zur Wiederbewaffnung, mit ihrem Nein zur NATO, mit ihrem Nein zu Europa. Auch jetzt klammert sie ja ganz bewußt diese Fragen aus, damit sie nicht zum Wahlkampfthema werden. Nur, meine Damen und Herren, man kann nicht jeden Abend erschüttert vor dem Fernseher sitzen, aufspringen und sagen, es müsse endlich etwas geschehen, und dann den deutschen Beitrag zum Frieden in der Welt verweigern. Das geht nicht.

(Beifall)

Man kann sich nicht in dem deutschen Sessel zurücklehnen und sagen, was um uns herum passiert, geht uns nichts an. Deswegen habe ich für den kommenden Samstag die G-7-Finanzminister nach Kronenberg/Taunus eingeladen, um nicht nur über die Weltwirtschaft, sondern auch darüber zu reden, wie die Hilfe nach Mittel- und Osteuropa und wie vor allen Dingen die Hilfe nach Rußland fortgesetzt, koordiniert und gestaltet werden kann.

Wer sagt, was wir bisher getan hätten, sei hinausgeworfenes Geld, der muß sich einmal die Frage stellen: Was wäre passiert, wenn wir nicht gehandelt hätten, und was würden wir bezahlen, wenn Tschernobyl noch einmal passiert, und was würden wir bezahlen, wenn ein Mann wie Schirinowski oder andere dort die Macht bekämen? Darum gibt es zu diesem Friedens-, Demokratisierungs- und Aufbauprozeß keine Alternative. Wir müssen ihn selber gestalten, und das haben wir bisher auch getan.

(Beifall)

Manchmal muß man sich kurz überlegen, was seit 1990 passiert ist. Wenn geklagt wird, die Entscheidungsprozesse in der Koalition dauerten zu lange, dann ist das richtig. Das ärgert auch uns; auch wir hätten lieber manches schneller und kürzer.

Dennoch behaupte ich: Seit 1949 ist doch in keiner Legislaturperiode mehr geleistet und mehr getan worden als von 1990 bis 1994.

(Beifall)

Denken Sie einmal: die Einheit in Freiheit erreicht; Wohlstand und soziale Sicherheit erhalten und auf 16 Millionen Menschen übertragen; gleichzeitig die europäische Einigung vorangetrieben und langfristig den Frieden gesichert; die Erblastenfinanzierung der DDR geregelt; Bund-Länder-Finanzausgleich geklärt; Reformen und Privatisierung von Bahn und Post in die Wege geleitet - das wäre früher allein ein Jahrhundertwerk für eine Legislaturperiode gewesen -; durch die Gesundheitsreform die Krankenversicherung erhalten; aus einem Defizit von 10 Milliarden DM einen Überschuß von 4 oder 5 Milliarden DM gemacht; im Asyl - dank Wolfgang Schäuble und Edmund Stoiber; alle haben zusammen geholfen - endlich den Durchbruch.

Meine Damen und Herren, wir müssen schon der Bevölkerung sagen: Wer hat denn das die letzten fünf oder zehn Jahre verhindert und damit auch einen Teil der Fremdenfeindlichkeit und des Ärgers erzeugt? Es war die SPD, und die haben uns immer gesagt, das bringe nichts. Die personifizierte Unwissenheit in Bayern namens Renate Schmidt hat noch 1991 gesagt: Nicht ein Asylant weniger. Jetzt sind es 60 % weniger durch diese Regelung. Herr Gott, solchen Leuten kann man doch nicht das Geschick Bayerns oder Deutschlands in die Hand geben.

(Beifall)

Von Macchiavelli stammt der Satz: Ich wage zu behaupten, daß es schädlich ist, milde, treu, menschlich, aufrichtig und fromm zu sein und stets danach zu handeln; dagegen nützlich, sich den Anschein zu geben, als besäße man diese Tugenden.

Unsere Haltung, meine lieben Freunde, kann das nicht sein. Ich halte es mit dem Satz von Josef Bernhard: Es gilt, die Ordnung der Dinge zu erkennen und sich selbst in Ordnung zu bringen. Es ist eine unaufhörliche Forderung, die Ordnung der Dinge zu erkennen und sich selbst in diese Ordnung zu begeben. Die Anforderungen an die Politiker haben sich geändert. Ohne Zweifel werden wir einem schärferen, strengeren Maßstab ausgesetzt als andere. Aber die in letzter Zeit immer populärer werdende Sportart „Politikerjagd“ schießt im warsten Sinne des Wortes über das Ziel hinaus. Es gilt auch hier, die richtigen Maßstäbe wiederzugewinnen.

Es wird das Ziel eines Teils der Medien sein zu suggerieren, als ob wir in Deutschland italienische oder andere Verhältnisse haben. Das, meine Damen und Herren, ist eine grobe Ungerechtigkeit gegenüber einer großen Demokratieleistung aller demokratischen Parteien in Deutschland, und auch darüber gilt es zu reden.

(Beifall)

Aber zur Überwindung der momentanen Orientierungskrise müssen die Parteien politische und geistige Führung zeigen. Dazu gehört auch, aufzuzeigen, wie nach unserer Meinung das Jahr 2 000 aussehen kann und soll und was wir in dieser Zeit zum Standort Deutschland ökonomisch beitragen können, aber auch jenseits von Angebot und Nachfrage.

Angesichts der Bilanz, angesichts der Herausforderungen, und angesichts dessen, was wir uns zutrauen, sind Ängstlichkeit, Zaudern und Verzagtheit fehl am Platz. Mit Mut und mit Fleiß, mit Ideenkraft und mit Eigenverantwortung, mit Glaubwürdigkeit und dem notwendigen Optimismus, den uns der große Philosoph Sir Karl Popper erst kürzlich wieder zur Pflicht gemacht hat, werden wir die Zukunft erfolgreich gestalten und dafür sorgen, daß man in Deutschland ohne und gegen CDU und CSU nicht regieren kann. Ich wünsche Ihnen dazu alles Gute.

(Anhaltender Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Lieber Theo Waigel, der Parteitag hat Ihnen mit sehr, sehr starkem Beifall für Ihre wirklich aufrüttelnde Rede gedankt, und eine redliche Berichterstattung wird vermitteln, daß Sie hier in Hamburg auf unserem Bundesparteitag sehr, sehr gut angekommen sind.

(Beifall)

Wir danken Ihnen nicht nur dafür, daß Sie nach Hamburg gekommen sind und zu uns gesprochen haben, sondern daß Sie mit Ihrem Beitrag auch die enge persönliche und politische Verbundenheit von CDU und CSU unter Beweis gestellt haben.

Wir danken Ihnen insbesondere auch für Ihre Arbeit zur Konsolidierung der Staatsfinanzen bei gleichzeitiger Förderung von Wachstum, Preisstabilität und einer starken Währung. Wir wünschen Ihnen und allen Freunden der CSU eine erfolgreiche Arbeit in und für Bayern und hoffen mit Ihnen gemeinsam auf einen Erfolg bei der bayerischen Landtagswahl in diesem Jahr. Schönen Dank, daß Sie bei uns waren.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Delegierte, bevor ich unserem Bundesvorsitzenden das Wort zu einem Schlußwort erteile, lassen Sie mich zunächst allen danken, die zum erfolgreichen Verlauf unseres Parteitages beigetragen haben. Herzlichen Dank an alle Delegierten, die mit großer Konzentration und Disziplin diesen Parteitag mitgestaltet haben. Herzlichen Dank auch an meine Kolleginnen und Kollegen im Tagungspräsidium für die gute Zusammenarbeit.

Mein Dank gilt den Vertretern von Presse, Rundfunk und Fernsehen, die uns hier begleitet haben und viel Gutes über unseren Parteitag berichten werden.

(Beifall)

Ich bedanke mich sehr bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Congress Centrums Hamburg,

(Beifall)

die, meine Freunde, in den letzten Tagen nahezu Tag und Nacht im Einsatz waren.

Mein besonderer Dank gilt auch allen Beamten der Hamburger Polizei

(Beifall)

für die Sicherungs- und Schutzmaßnahmen, die sie für unseren Parteitag in Hamburg geleistet haben.

Ich danke den Helferinnen und Helfern des Deutschen Roten Kreuzes für ihren Einsatz.

(Beifall)

Besonders herzlich danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den ehrenamtlichen und hauptamtlichen gleichermaßen, die aus unserer Bundesgeschäftsstelle, aber die auch aus unserer Hamburger CDU hier für Vorbereitung und Durchführung dieses Parteitages gewirkt haben und - ich sage einmal - für einen reibungslosen und hervorragenden Ablauf gesorgt haben. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 18 auf:

Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Ich erteile zum Schlußwort unserem Vorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, das Wort.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: So, liebe Freunde, jetzt setzen wir uns alle noch einmal hin, damit wir die letzten zehn Minuten noch in einer würdigen Weise miteinander verbringen.

(Beifall)

- Ich habe alle gemeint.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst will ich hier auch von mir aus ein herzliches Wort des Dankes an Theo Waigel sagen.

(Beifall)

Ich sage dieses Dankeschön dem Vorsitzenden der CSU, dem Vorsitzenden unserer Schwesterpartei, mit der wir nun in vielen Jahrzehnten gemeinsam einen wichtigen Teil des Weges unserer Bundesrepublik Deutschland geprägt haben. Bei all dem, was es da gelegentlich an Unterschieden geben mag - das ist auch ganz normal und in Ordnung -: Wir verstehen uns als Schwesterparteien, wir verstehen uns als eine große Gesinnungsgemeinschaft, wir verstehen uns als Männer und Frauen, die vom gleichen Koordinatensystem nicht zuletzt unserer Glaubensüberzeugung in die Politik gegangen sind und versuchen, Politik aus christlicher Verantwortung zu wagen. Das bleibt so.

Dafür, lieber Theo, will ich dir und all unseren Freunden in Bayern, auch der Landesgruppe im Bundestag, sehr, sehr herzlich danken. Wenn es da gelegentlich Reibereien gibt, ist auch das ganz natürlich. Wir sollten das weder leugnen noch dramatisieren. Zur Gemeinsamkeit gehört das Ringen um die beste Möglichkeit des gemeinsamen Wegs. Das ist das eine.

Aber das andere will ich gleich hinzufügen: Ein herzliches, ganz persönliches Dankeschön von mir an den Finanzminister Theo Waigel.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, milde Gaben mit großen Sprüchen im Land verteilen kann jeder. Aber für einen soliden Haushalt einzustehen, in einer schwierigen Zeit „nein“ auch dort sagen zu müssen, wo es dem, der dieses Nein spricht, auch persönlich nicht leichtfällt, weil er manche Sorge, auch manche Not sehr wohl begreift, ist eine ganz andere Sache. Deswegen, lieber Theo, danke ich dir sehr persönlich dafür, daß du das machst, daß du es erträgst, manchmal mit einer bayerisch-schwäbisch-mürrischen Miene, aber manchmal aber auch mit so einer Laune, wie wir sie heute früh erlebt haben. Das ist prima.

(Beifall)

Ich will ein Wort des Dankes auch an Wolfgang Schäuble sagen, der heute früh gesprochen hat.

(Beifall)

Diese Rede hat diesen Mann in seiner ganzen Persönlichkeit gezeigt, mit Humor, mit Hintersinn, mit dynamischer Schlagkraft, aber auch in der ganzen Nachdenklichkeit, die Wolfgang Schäuble in sich trägt. Genau das brauchen wir. Wir brauchen Männer und Frauen, die angreifen können, die sich nicht scheuen, sich vorne hinzustellen und auch die Pfeile der Gegner auf sich zu ziehen, aber die auch einen Moment innehalten und sagen: „Könnte der andere nicht auch recht haben?“ Wir reden häufig von politischer Kultur und pflegen sie eigentlich recht wenig; sie wird mehr in akademi-

schen Zirkeln beschrieben, als im wirklichen Leben gelebt. Heute haben wir bei Wolfgang Schäuble wieder ein Beispiel für politische Kultur erleben dürfen. Dafür, aber vor allem für seinen täglichen Dienst an unserer Sache, danke ich ihm. Das ist ein großartiges Beispiel für uns alle.

(Beifall)

Wir sind damit am Ende dieses Hamburger Parteitags angelangt. Es waren drei gute Tage.

(Beifall)

Wir haben miteinander diskutiert, wir haben miteinander gerungen, im besten Sinne des Wortes miteinander gestritten. Wir haben von gestern früh 9 Uhr bis kurz vor Mitternacht über das Grundsatzprogramm diskutiert und entschieden. Die ganze Breite der Probleme deutscher Politik ist dabei deutlich geworden. Aber was noch wichtiger ist: Es ist der Urgrund deutlich geworden, auf dem wir stehen, wo immer wir herkommen mögen - aus welcher Landschaft unseres Vaterlandes, mit welcher unterschiedlicher Vita. Aber der Wille zur Gemeinsamkeit und zur gemeinsamen Grundüberzeugung ist deutlich geworden.

Da gab es hie und da - schon vor Monaten bis in diese Wochen hinein - gelegentlich die Frage: Ist es nicht eigentlich unsinnig, im Wahljahr ein Grundsatzprogramm verabschieden zu wollen? Ich habe immer die Position vertreten - ich bin glücklich, daß dieser Parteitag das bestätigt hat -: Man kann keinen Wahlkampf überzeugt und kämpferisch führen, wenn man keine Grundsätze hat und diese nicht auch in einem Wahljahr deutlich werden läßt, wenn sich Zeiten geändert haben und das eine oder andere neue Antworten braucht.

(Beifall)

So danke ich sehr herzlich allen, die sich an der Debatte beteiligt haben, vor allem denen, die bis zuletzt dageblieben sind. Wer halt nicht dabei war, soll sich jetzt das Seine denken. Vor allem danke ich denen, die die Vorarbeit in der Grundsatzprogrammkommission geleistet haben. Ich nenne für viele Reinhard Göhner, der einen vorbildlichen Job gemacht hat.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Freunde, er steht für eine ganze Gruppe von jüngeren Männern und Frauen, die diese Arbeit vor allem getragen haben und sozusagen die Stafette von einer Generation zur anderen in unserer Partei weitertragen. Daß Reinhard Göhner als Westfale nicht immer einfach und pflegeleicht ist, ist auch wahr. Deswegen bin ich auch froh, daß die Arbeit beendet ist. Auch das sage ich einmal.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich sage ein herzliches Wort des Dankes an das Parteitagspräsidium. Da gestern spätabends das eine oder andere noch kritisch angemerkt wurde: Meine Damen und Herren, setzen Sie sich erst einmal Stunde um Stunde da hin und ertragen jede Stimmung in einem großen Saal!

(Beifall)

Denn es ist leichter zu kritisieren, als etwas selbst zu machen. Ich habe viel Dank zu sagen, daß das so gut gelaufen ist.

(Beifall)

Ich habe allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Adenauer-Haus und hier in Hamburg, die zum guten Verlauf unseres Parteitages beigetragen haben, zu danken. Ich nenne besonders unseren Freund Peter Hintze.

(Beifall)

Lieber Peter Hintze, ich danke Ihnen auch für die Vorbereitung in der Programmkommission, für die ganze Arbeit jetzt im Wahljahr, für eine engagierte Arbeit, für eine Arbeit mit großer Leidenschaft zur Sache. Daß Sie dabei kritisiert werden, ist ganz normal. Ich habe es früher auf einem Parteitag schon einmal gesagt: Als Otto von Bismarck noch Gesandter beim Bund in Frankfurt war, sprach er von der preußischen Regierung in Berlin immer als vom „Zentralrindvieh“. Als er dann selbst in der preußischen Regierung an der Spitze saß und ein preußischer Gesandter in London das gleiche Wort benutzte, hat er den in die Wüste geschickt.

(Heiterkeit)

Sie tragen natürlich viel Kritik von Amts wegen. Sie tragen manchmal auch die Kritik, die den Generalsekretär nennt und den Parteivorsitzenden meint. Auch das gehört zum Umgang unter Parteifreunden.

Auch das sage ich hier einmal ganz offen.

(Beifall)

Sie haben unseren besonders herzlichen Dank verdient. Wenn Sie gelegentlich dieses oder jenes lesen, dann trösten Sie sich: Frühere Generalsekretäre werden immer besser behandelt als die amtierenden. Auch das ist die Wahrheit.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, dieser Parteitag hat deutlich gemacht, daß wir, die CDU Deutschlands, gemeinsam mit unseren Freunden in der CSU entschlossen sind, um jede Stimme zu kämpfen. Kämpfen heißt: Wir setzen auf Sieg und nicht auf Platz. Es geht uns nicht um Machterhalt, um irgendwelche Pfründen, sondern es geht uns um das Wahrnehmen jener Verantwortung und jener Pflicht, die wir sehen, weil wir eben davon überzeugt sind, daß der Weg, den wir eingeschlagen haben, der richtige ist.

Hier in Hamburg haben wir offen und für jedermann erkennbar diskutiert, wie eine Volkspartei zu diskutieren hat. Dabei wurde einmal mehr deutlich, was mir immer wichtig war und wichtig ist: daß die Christlich Demokratische Union als große Volkspartei nicht irgendein Interessenverband, sondern politische Heimat ist. Heimat heißt, daß sich dort auch Menschen mit ganz unterschiedlichen Denkansätzen zu Hause fühlen können, daß gegenseitiger Respekt und Achtung selbstverständlich sein müssen, daß in einer Zeit des dramatischen Umbruchs, wo viel Ängstlichkeit unter den Leuten ist und viele sich die Frage stellen, was sich jenseits des Berges am Horizont verbirgt, auch der Wertkonservative weiß: Das, was sich in unserem Land, in der Geschichte unseres Volkes bewährt hat, hat in der Christlich Demokratischen Union Heimat. Derjenige, der die Bürgerfreiheit schätzt, der liberal im besten Sinne des Wortes ist, hat in der Christlich Demokratischen Union genauso eine Heimat wie der Christlich-Soziale, der weiß, daß Wirtschaft nicht Selbstzweck ist, daß Soziale

Marktwirtschaft immer auch in Hinsicht und mit Rücksicht auf die zu verstehen ist, die sich selbst nicht helfen können, die unsere Unterstützung brauchen.

In diesem Sinne haben wir versucht - und wir werden es auch weiterhin versuchen -, die großen bewegenden Fragen unserer Zeit anzusprechen, Beschäftigung zu sichern, Arbeitslosigkeit zu stoppen und neue Arbeitsplätze zu schaffen, das gewaltige Werk der inneren Einheit voranzubringen, Frieden und Freiheit nicht nur für uns, sondern auch für kommende Generationen zu sichern. All das läßt sich nur verwirklichen, wenn wir dabei an Deutschland und Europa denken - so wie ich es in diesen Tagen mit Ihnen gemeinsam immer wieder begründet habe.

Es wird oft gefragt: Habt ihr eine Vision? Ich antworte ganz einfach: ja. Wir haben die Vision, daß die kommende Generation ein Deutschland von uns Heutigen übernimmt, von dem Friede und Freiheit, Weltoffenheit und Menschenfreundlichkeit auf alle unsere Nachbarn und die Welt ausgehen. Unsere Vision ist, daß wir als deutsche Europäer und europäische Deutsche unseren Weg gehen.

(Beifall)

Liebe Freunde, dies ist eine Botschaft der Zuversicht, einer Zuversicht, die uns auf unserem Weg gemeinsam trägt. Theo Waigel hat zweimal den großen alten Denker unserer Zeit, Karl Popper, erwähnt. Ich möchte mit einem Zitat von ihm schließen. Es könnte diesem Parteitag und uns Deutschen im Februar 1994 ins Stammbuch geschrieben sein. Es heißt wörtlich:

Es hat niemals vorher in der Geschichte Staaten gegeben, in denen die Menschen so frei leben konnten und in denen sie die Möglichkeit hatten, ein ebenso gutes oder besseres Leben zu führen. Ich weiß, daß viel zu wenige Menschen diese Meinung teilen. Ich weiß, daß es dunkle Seiten des Lebens in unserer Welt gibt: Verbrecher, Grausamkeit, Drogen. Wir machen viele Fehler; und obwohl viele von uns aus ihren Fehlern lernen, so bleiben leider manche in ihnen stecken. So ist die Welt. Sie stellt uns Aufgaben. Wir können zufrieden mit ihr sein und glücklich. Aber das muß man auch aussprechen! Ich höre es fast nie. Statt dessen hört man täglich Gejammer und Geraunze über die angeblich so schlechte Welt, in der wir zu leben verdammt sind. Ich halte die Verbreitung dieser Lügen für das größte Verbrechen unserer Zeit, denn es bedroht die Jugend und versucht, sie ihres Rechts auf Hoffnung und Optimismus zu berauben.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Freunde, ich finde, besser kann man es gar nicht formulieren, als dieser große 92jährige Mann es auch uns Deutschen ins Stammbuch geschrieben hat. Nehmen wir dieses Wort nach den Erfahrungen, Erlebnissen, Gesprächen und Begegnungen auf diesem Parteitag mit nach Hause in unsere Orts-, Kreis- und Landesverbände. Treten wir dann gemeinsam zu den vielen Wahlen in diesem Jahr an, in wenigen Tagen in Niedersachsen und in der Folge dann zu den Kommunal-, Landtags-, Europa- und Bundestagswahlen.

Wenn wir das in der Weise tun, daß wir offen auf die Bürger zugehen und mit ihnen sprechen - nicht mit einem verkrampften Gesicht, sondern mit der Freude derer im Gesicht, die wissen, daß sie etwas schaffen können, etwas schaffen wollen und etwas

schaffen werden -, dann wird das Jahr 1994 ein gutes Jahr für die Deutschen und für die Christlich Demokratische Union.

Wir schließen diesen Parteitag mit dem Lied der Deutschen: Einigkeit und Recht und Freiheit.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne -
Langanhaltender lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, ich wünsche alles Gute und eine gute Heimkehr. Bei aller Freude über diesen Schluß - dieser Satz gilt: Deutschland, wir packen's an.

Liebe Freunde, damit ist der Parteitag geschlossen.

(Schluß: 12.11 Uhr)

+ + +

ANHANG

Beschlußprotokoll des 5. Parteitages der CDU Deutschlands 21.-23. Februar 1994 in Hamburg

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl einer Stimmzählkommission
7. Grußworte
8. Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands
9. Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands
10. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
11. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments (Schriftliche Vorlage)
12. Aussprache zu den Berichten
13. Bericht der Mandatsprüfungskommission
14. Beratung und Beschlußfassung über den Antrag des Bundesvorstandes „Für Wachstum und Beschäftigung“
15. Beratung und Beschlußfassung über das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands
16. Beratung und Beschlußfassung zu Anträgen auf Änderungen des Satzungsrechts der CDU, u.a. Finanz- und Beitragsordnung (FBO der CDU)
17. Sonstige Anträge
18. Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Zu TOP 2: Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des Parteitages am 21.02.1994 in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Tagungspräsident:

Dirk Fischer MdB

Beisitzer:

Dr. Renate Hellwig MdB	Klaus Landowsky MdA
Thomas Klein	Bernd Neumann MdB
Otti Geschka	Andrea Köster
Josef Stock MdL	Christian Wulff
Horst Hормann MdL	Manfred Carstens MdB
Irmgard Karwatzki MdB	Herbert Reul MdL
Cornelia Yzer MdB	Dr. Maria Böhmer MdB
Peter Jacoby MdL	Maria Michalk MdB
Dr. Karl-Heinz Daehre MdL	Dr. Otfried Hennig MdL
Christine Lieberknecht MdL	Jochen Borchert MdB
Annemarie Engelhardt	Hermann Gröhe
Pia-Madeleine Garitz	Klaus E. Bregger
Helmut Sauer MdB	Dr. Bernhard Worms
Antje Blumenthal MdHB	Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP

Zu TOP 3:

Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

Zu TOP 4:

Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 (3) GO-CDU eingesetzte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:

Peter Hintze MdB

Stellv. Vorsitzender

Hans-Joachim Reck

Weitere Mitglieder:

Hermann-Josef Arentz MdL	Christine Arlt-Palmer
Dr. Christoph Bergner MdL	Prof. Dr. Josef-Th. Blank MdB

Dr. Maria Böhmer MdB	Christoph Böhr MdL
Jochen Borchert MdB	Klaus E. Bregger
Elmar Brok MdEP	Jürgen Echternach MdB
Rainer Eppelmann MdB	Rudolf Friedrich MdL
Dr. Reinhard Göhner MdB	Kurt-Dieter Grill MdL
Hermann Gröhe	Dr. Fritz Hähle MdL
Carola Hartfelder	Dr. Renate Hellwig MdB
Dr. Ottfried Hennig MdL	Volker Kauder MdB
Roland Koch MdL	Dr. Paul Krüger MdB
Karl Lamers MdB	Dr. Norbert Lammert MdB
Christine Lieberknecht MdL	Dr. Helmut Linssen MdL
Erich Maaß MdB	Dr. Angela Merkel MdB
Maria Michalk MdB	Dr. Dieter Murmann
Bernd Neumann MdB	Claudia Nolte MdB
Doris Pack MdEP	Anton Pfeifer MdB
Elmar Pieroth MdA	Prof. Dr. Winfried Pinger MdB
Peter Rauen MdB	Herbert Reul MdL
Hannelore Rösch MdB	Birgit Schnieber-Jastram MdHB
Prof. Dr. Rupert Scholz MdB	Rudolf Seiters MdB
Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB	Christa Thoben
Prof. Dr. Klaus Töpfer MdB	Arnold Vaatz MdL
Rüdiger von Voss	Gabriele Wiechatzek MdB
Matthias Wissmann MdB	Dr. Bernhard Worms
Christian Wulff	Tamara Zieschang

Zu TOP 5: In die **Mandatsprüfungskommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Vorsitzender

Wulf Rüdiger Brocke

Beisitzer:

Günther Feldhaus

Helmut Pflugradt MdB

Klaus Preschle

Hans-Georg Rosenstock

Siegbert Seitz

Friedrich Claudius Schlumberger

Zu TOP 6:

In die **Stimmzählkommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Vorsitzender:

Hans-Joachim Woelke

Beisitzer:

Winfried Adams	Carl Andresen
Sabine Appel	Michael Arntz
Waldemar Bartels	Renate Baum
Hans Bender	Mechthild Besserer
Matthias Biergans	Georg Brokelmann
Günter Brummundt	Joachim Burth
Rainer Deppe	Paul Friedrich
Harry Glawe	Brigitte Hasche
Harald Hempel	Christoph Jähn
Eduard Jantos	Wolf-Joachim Kühne
Karl-Ferdinand Kinting	Monika Kothe
Hajo Lübben	Hanswalther Lüttgens
Eckart Lesch	Hermann Müller
Roswitha Machel	Peter J. Mehringer
Matthias Meyer	Peter Nowaczyk
Gerd Pahlke	Rudolf Patzenhauer
Hans-Georg Pelzer	Dieter Ramm
Kathrin Reichel	Josef Reichl
Ludger Samson	Edgar Schmerbauch
Margit Seehaus	Bernhard Tremmel
Thomas Walter	Werner Warzecha
Günther Weber	Paul Westeppe
Erich Zimmermann	

Zu TOP 8/12:

Der 5. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 9/12: Der 5. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des Generalsekretärs, Peter Hintze MdB, zustimmend zur Kenntnis. Dem Bericht waren 3 Anlagen beigelegt.

Zu TOP 10/12: Der 5. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Wolfgang Schäuble MdB, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11/12: Der 5. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den schriftlichen Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 13 Bericht der Mandatsprüfungskommission

Die Mandatsprüfungskommission des 5. Parteitages der CDU Deutschlands erstattete am **Montag, den 21. Februar 1994**, folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.000 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 12.50 Uhr von den 1.000 voll stimmberechtigten Delegierten des 5. Parteitages 915 anwesend.

Der Parteitag ist beschlußfähig.“

gez. Wulf Rüdiger Brocke	gez. Hans-Georg Rosenstock
gez. Günther Feldhaus	gez. Siegbert Seitz
gez. Helmut Pflugrath	gez. Klaus Preschle
gez. Friedrich Claudius Schlumberger	

Der 5. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht der Mandatsprüfungskommission zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 14: Der 5. Parteitag der CDU Deutschlands faßte über den Antrag des Bundesvorstandes **„Für Wachstum und Beschäftigung“** in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut des Antrages G 1 des Bundesvorstandes ist in der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“

des 5. Parteitages der CDU Deutschlands oder zusammen mit den Initiativanträgen von mindestens 30 Delegierten in der „Sammlung der Initiativ-Anträge I und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

- G 1 – Annahme
- G 2 – Annahme
- G 3 – Annahme
- G 4 – Annahme idF der AK
- G 6 – Annahme
- G 7 – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- G 8 – Annahme idF der AK

In der Schlußabstimmung wurde der Antrag des Bundesvorstandes „Für Wachstum und Beschäftigung“ in offener Abstimmung bei wenigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen mit sehr großer Mehrheit angenommen.

(Die Abstimmungsergebnisse im einzelnen ergeben sich aus dem Wortprotokoll dieses Parteitages.)

(Die endgültige Fassung des Beschlusses „Für Wachstum und Beschäftigung“ ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 5. Parteitages der CDU Deutschlands.)

Zu TOP 15:

Der 5. Parteitag der CDU Deutschlands faßte über das **Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)** in offener Abstimmung zahlreiche Beschlüsse.

(Der Wortlaut des Antrages des Bundesvorstandes (Ziffern 1 - 161) sowie der dazugehörigen Anträge der Landes-, Bezirks- und Kreisverbände der CDU sowie der Bundesvereinigungen und der Bundesfachausschüsse ist in der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ des 5. Parteitages der CDU Deutschlands zusammen mit den Initiativanträgen von mindestens 30 Delegierten in der „Sammlung der Initiativ-Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheiten wurden jeweils erreicht. Die Ergebnisse der Einzelabstimmungen sind in einer Liste enthalten, die dem Original des Beschlußprotokolls beigelegt ist und im Justitiariat der CDU-Bundesgeschäftsstelle eingesehen werden kann.

(Die Abstimmungsergebnisse ergeben sich auch aus dem Wortprotokoll dieses Parteitages.)

In der offener Gesamtabstimmung (Erheben von den Plätzen) wurde das Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Die endgültige Fassung des Grundsatzprogramms der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 5. Parteitages der CDU Deutschlands.

Zu TOP 16: Der 5. Parteitag der CDU Deutschlands faßte über die **Anträge auf Änderungen des Satzungsrechts der CDU, u.a. Finanz- und Beitragsordnung der CDU (FBO)**, in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge H 1 - H 4 ist in der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ des 5. Parteitages der CDU Deutschlands zusammen mit den Initiativanträgen von mindestens 30 Delegierten in der „Sammlung der Initiativ-Anträge III und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

- H 1 – Annahme
- H 2 – Annahme idF der Ak
- H 3 – Annahme idF der AK
- H 4 – Überweisung an die Bundesfinanzkommission der CDU

(Die Anträge H 5 und H 6 wurden zurückgezogen.)

Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheiten wurden jeweils erreicht.

(Die Abstimmungsergebnisse im einzelnen ergeben sich aus dem Wortprotokoll dieses Parteitages.)

Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 5. Parteitages der CDU Deutschlands.

Zu TOP 17: Der 5. Parteitag der CDU Deutschlands faßte über die **Sonstigen Anträge** in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge S 1 - S 39 ist in der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ des 5. Parteitages der CDU Deutschlands zusammen mit den Initiativanträgen von mindestens 30 Delegierten in der „Sammlung der Initiativ-Anträge III und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

- S 1 – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- S 2 – Annahme
- S 3 – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die CDU-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern
- S 4 – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- S 5 – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

- S 6 – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - S 7 – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - S 8 – Überweisung an den Bundesfachausschuß Medienpolitik
 - S 9 – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die CDU-Fraktionen in den Landtagen
 - S 10 – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die CDU-Fraktionen in den Landtagen
 - S 11 – Annahme
 - S 12 – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - S 13 – Ablehnung
 - S 14 – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - S 15 – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - S 16 – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - S 17 – Überweisung an den Bundesarbeitskreis Christlich- Demokratischer Juristen (BACDJ)
 - S 18 – Überweisung an die CDU-Fraktion im Landtag des Freistaates Sachsen
 - S 19 – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - S 20 – Annahme idF der AK
 - S 21 – Behandlung bei Ziff. 75 des Antrages des Bundesvorstandes zum Grundsatzprogramm
 - S 22 – Annahme
 - S 23 – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - S 24 – Erledigung durch Beschluß des Bundesvorstandes „Für Wachstum und Beschäftigung“ vom 15. Januar 1994
 - S 25 – Erledigung durch Beschluß des Bundesvorstandes „Für Wachstum und Beschäftigung“ vom 15. Januar 1994
– Überweisung der Ziff. II.1 und II.2 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - S 26 – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - S 27 – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - S 28 – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - S 29 – Überweisung an den Bundesvorstand zusammen mit B 48, B 55, B 62, B 66 und B 89 zwecks Ausarbeitung eines konkreten Vorschlages für den nächsten Parteitag
 - S 30 – Ablehnung
 - S 31 – Ablehnung
 - S 32 – Überweisung an die Bundesfinanzkommission der CDU
 - S 33 – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - S 34 – Ablehnung
 - S 36 – Annahme
 - S 37 – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - S 38 – Annahme
 - S 39 – Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheiten wurden jeweils erreicht.

(Die Abstimmungsergebnisse ergeben sich aus dem Wortprotokoll dieses Parteitages.)

Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 5. Parteitages der CDU Deutschlands.

FREIHEIT IN VERANTWORTUNG

KAPITEL I

WIR CHRISTLICHE DEMOKRATEN

1. WER WIR SIND

1. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist eine Volkspartei. Sie wendet sich an alle Menschen in allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott.

Für uns ist der Mensch Geschöpf Gottes und nicht das letzte Maß aller Dinge. Wir wissen um die Fehlbarkeit des Menschen und die Grenzen politischen Handelns. Gleichwohl sind wir davon überzeugt, daß der Mensch zur ethisch verantwortlichen Gestaltung der Welt berufen und befähigt ist.

2. Wir wissen, daß sich aus christlichem Glauben kein bestimmtes politisches Programm ableiten läßt. Aber das christliche Verständnis vom Menschen gibt uns eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Aus der Berufung auf christliche Überzeugungen folgt für uns nicht der Anspruch, nur innerhalb der Christlich Demokratischen Union sei Politik aus christlicher Verantwortung gestaltbar. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Dies ist die Grundlage für das gemeinsame Handeln von Christen und Nichtchristen in der CDU.

3. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands wurde von Menschen gegründet, die nach dem Scheitern der Weimarer Republik, den Verbrechen des Nationalsozialismus und angesichts des kommunistischen Herrschaftsanspruchs nach 1945 die Zukunft Deutschlands mit einer christlich geprägten, überkonfessionellen Volkspartei gestalten wollten. Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, Jakob Kaiser und Helene Weber, Andreas Hermes und Gebhard Müller, Hermann Ehlers, Eugen Gerstenmaier und Karl Arnold, Elisabeth Schwarzhaupt und Heinrich von Brentano haben gemeinsam mit vielen anderen die CDU geprägt und eine christlich-demokratische Tradition in Deutschland begründet. So entstand eine neue Volkspartei, in der sich katholische und evangelische Christen, Konservative, Liberale und Christlich-Soziale, Frauen und Männer aus verschiedenen Regionen, aus allen sozialen Schichten und demokratischen Traditionen zusammenfanden. Die CDU hat damit einen neuen Anfang in der deutschen Parteiengeschichte gesetzt. Ihre geistigen und politischen Wurzeln liegen im christlich motivierten Widerstand gegen das nationalsozialistische Terrorregime, in der Sozialethik der christlichen Kirchen und in der liberalen Tradition der europäischen Aufklärung.

4. Auf der Grundlage gemeinsamer Wertüberzeugungen haben sich die Mitglieder der CDU ihrer Verantwortung gestellt und die politischen Grundentscheidungen im

freien Teil Deutschlands durchgesetzt - für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale Marktwirtschaft und die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas.

5. Es gehört zur Tragik der deutschen Nachkriegsgeschichte, daß Deutschland geteilt wurde und die Menschen im Osten Deutschlands erneut den Diktaturen eines totalitären Systems unterworfen wurden. Von aufrechten Frauen und Männern gegründet, geriet die CDU in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR zunehmend in das Mahlwerk des totalitären Regimes. An die Stelle demokratischer Prinzipien traten die Mechanismen des sozialistischen Zentralismus. Vielen Menschen, die den christlich-demokratischen Werten nahestanden, war so der Weg zur Mitarbeit versperrt. Andere blieben trotz innerer Zweifel in der Partei. Trotz Benachteiligungen und persönlicher Risiken haben viele Mitglieder ihre innere Unabhängigkeit bewahrt. Sie konnten jedoch nicht verhindern, daß Bequemlichkeit, Opportunismus und Kollaboration bis hin zur persönlichen Skrupellosigkeit einzelner das Bild der Partei prägten. Die CDU nimmt die ganze Geschichte Deutschlands und damit auch die der eigenen Partei an und stellt sich dem notwendigen Prozeß der Aufarbeitung und Erneuerung. Wir wollen dabei auch das Erbe der Bürgerbewegungen in der ehemaligen DDR aufnehmen und fortführen.

6. Das christliche Verständnis vom Menschen ist unser geistiges Fundament und der historische Ausgangspunkt unserer Partei. Zu ihr gehören wertkonservative Gedanken ebenso wie christlich-soziale und liberale Überzeugungen. Diese Parteitradition wollen wir fortschreiben und dabei Bewährtes erhalten und Neues entwickeln. Die CDU will unterschiedliche Standpunkte durch gemeinsame Werte und Ziele verbinden. Unterschiede der Meinungen und Interessen sollen offen, in gegenseitiger Achtung und Toleranz ausgetragen werden.

Unser Verständnis vom Menschen

7. Wir bekennen uns zur Würde des Menschen. Würde und Leben des Menschen - auch des ungeborenen - sind unantastbar. Wir achten jeden Menschen als einmalige und unverfügbare Person in allen Lebensphasen. Die Würde aller ist gleich - unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nationalität, Alter, Behinderung, von religiöser und politischer Überzeugung, von Gesundheit und Leistungskraft, von Erfolg oder Mißerfolg und vom Urteil anderer.

8. Aus der Würde des Menschen erwächst das Recht eines jeden auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Die Freiheit gibt dem Menschen die Möglichkeit zur sittlichen Entscheidung. Jeder Mensch trägt dafür die Verantwortung vor seinem Gewissen und nach christlichem Verständnis vor Gott.

9. Jeder Mensch ist auf Gemeinschaft mit seinen Mitmenschen angelegt und angewiesen. Die Freiheit des einzelnen verwirklicht und bewährt sich in der Zuwendung zum Nächsten und in der Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens. Das bedeutet, daß der einzelne Verantwortung für sich und seine Mitmenschen tragen muß.

10. Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. Die Unvollkommenheit und Endlichkeit des Menschen, die Begrenztheit seiner Planungs- und Gestaltungsfähigkeit, setzen auch der Politik Grenzen. Die Einsicht in diese Begrenztheit bewahrt uns

vor ideologischen Heilslehren und einem totalitären Politikverständnis und schafft Bereitschaft zur Versöhnung. Bei allem Engagement können wir die vollkommene Welt nicht schaffen.

11. Wir Christliche Demokraten verstehen den Menschen als Teil der Schöpfung. Die Natur ist nicht nur Voraussetzung und Instrument unseres Lebens, sondern Schöpfung Gottes, der eine Eigenbedeutung zukommt. Es steht uns nicht zu, nach Belieben über die Schöpfung zu verfügen. Sie ist dem Menschen zur Gestaltung und Bewahrung anvertraut.

Die Grundwerte unserer Politik - Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit

12. Unser Gemeinwesen lebt von geistigen Grundlagen, die nicht selbstverständlich und für alle Zeiten gesichert sind. Es ist die besondere Selbstverpflichtung der CDU, die christlich geprägten Wertgrundlagen unserer freiheitlichen Demokratie zu bewahren und zu stärken. Dies unterscheidet uns Christliche Demokraten wesentlich von sozialistischem, nationalistischem und liberalistischem Denken.

Grundlage und Orientierung unseres politischen Handelns sind das christliche Verständnis vom Menschen und die daraus abgeleiteten Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Die Grundwerte erfordern und begrenzen sich gegenseitig. Keiner erfüllt ohne die anderen seinen Sinn. Ihre Gewichtung untereinander richtig zu gestalten, ist Kern der politischen Auseinandersetzung.

Die Grundwerte sind als unteilbare Menschenrechte nicht auf nationale Grenzen beschränkt und sind verpflichtende Grundlage für unsere Außenpolitik.

Freiheit

13. Wir Christliche Demokraten treten für das Recht des einzelnen auf freie Entfaltung der Person ein. Als sittliches Wesen kann der Mensch vernünftig und verantwortlich entscheiden und handeln. Es ist Aufgabe der Politik, den Menschen den notwendigen Freiheitsraum zu sichern. Freiheit umfaßt Rechte und Pflichten. Wer Freiheit für sich fordert, muß die Freiheit seines Mitmenschen anerkennen. Die Freiheit des einzelnen findet ihre Grenzen in der Freiheit des anderen und in der Verantwortung für die zukünftigen Generationen und für die Bewahrung der Schöpfung.

14. Der Mensch entfaltet sich in der Gemeinschaft. Freiheit verwirklicht sich durch Selbstverantwortung und Mitverantwortung. Jeder Bürger soll im geeinten Deutschland Freiheit in Familie, Nachbarschaft, Arbeitswelt und Freizeit sowie in Gemeinde und Staat erfahren und verwirklichen können. Die Verwirklichung der Freiheit des einzelnen ist ohne die Übernahme von Verantwortung für sich und die Gemeinschaft ethisch nicht möglich. Wir wenden uns gegen einen falsch verstandenen Individualismus auf Kosten anderer. Wir wollen den Sinn für Verantwortung und Gemeinwohl, für Pflichten und Bürgertugenden stärken.

15. Recht, das die personale Würde des Menschen schützt, sichert Freiheit. Es regelt das geordnete und friedliche Zusammenleben der Menschen in Freiheit.

Die Verwirklichung der Freiheit bedarf der sozialen Gerechtigkeit. Die Verhältnisse, unter denen der Mensch lebt, dürfen der Freiheit nicht im Wege stehen. Aufgabe der Politik ist es daher, der Not zu wehren, unzumutbare Abhängigkeiten zu beseitigen

und die materiellen Bedingungen der Freiheit zu sichern. Persönliches Eigentum erweitert den Freiheitsraum des einzelnen für seine persönliche Lebensgestaltung.

16. Die Verwirklichung der Freiheit bedarf der eigenverantwortlichen Lebensgestaltung. Aus ihr ergibt sich für die Ordnung des gesellschaftlichen Lebens das Prinzip der Subsidiarität, nach dem Staat und Gemeinden auf die Übernahme von Aufgaben verzichten, die von den einzelnen Bürgern oder jeweils kleineren Gemeinschaften erfüllt werden können.

Was der Bürger allein, in der Familie und im freiwilligen Zusammenwirken mit anderen ebensogut leisten kann, soll ihm vorbehalten bleiben. Der Grundsatz der Subsidiarität gilt auch zwischen kleineren und größeren Gemeinschaften sowie zwischen freien Verbänden und staatlichen Einrichtungen. Zur Verpflichtung des Staates und der Gemeinschaft gehört es, die subsidiäre Aufgabenwahrnehmung zu erleichtern und zu fördern.

Das Prinzip der Subsidiarität verlangt aber auch, daß die größeren Gemeinschaften, zuletzt auch die staatliche Ebene, tätig zu werden haben, wenn gesellschaftspolitische Erfordernisse die Leistungskraft der einzelnen oder der kleineren Gemeinschaften überfordern.

17. Aus der Freiheit des einzelnen folgt das gleiche Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit für Frauen und Männer in allen Bereichen. Ein partnerschaftliches Miteinander ist der beste Weg zur Verwirklichung der Gleichberechtigung.

18. Der freien Entfaltung der Person entspricht unsere plurale Gesellschaft. Sie ist Ausdruck der Vielfalt der Meinungen, Bedürfnisse und Interessen der Bürger und damit Grundlage unserer freiheitlichen Demokratie. Nur eine freiheitliche, solidarische und gerechte Gesellschaft und ein nach diesen Grundwerten handelnder Staat werden der Würde des Menschen gerecht.

19. Die eigene Leistung gehört zur freien Entfaltung der Person. Unsere Gesellschaft ist auf die Leistungsbereitschaft ihrer Mitglieder angewiesen. Sie ist eine der wesentlichen Grundlagen für Wohlstand und sozialen Frieden. Wir wollen den persönlichen Leistungswillen und die Initiative einzelner anerkennen und fördern. Seine Würde und sein Recht hat der Mensch unabhängig von jeder Leistung.

20. Zur Freiheit gehört die Bereitschaft, sie nach außen und innen zu schützen und für sie zu kämpfen. Wir bekennen uns zum Prinzip der wehrhaften Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wer frei ist, hat die Pflicht, für die Freiheit derer einzutreten, denen Freiheit vorenthalten wird. Wir wollen Freiheit für alle, nicht nur für wenige. Sie darf nicht auf wenige Völker oder gesellschaftliche Gruppen beschränkt sein. Wir wollen dazu beitragen, unzumutbare Abhängigkeiten und Not zu beseitigen sowie weltweit für Recht, soziale Gerechtigkeit und Demokratie eintreten.

Solidarität

21. Solidarität heißt füreinander da sein, weil der einzelne und die Gemeinschaft darauf angewiesen sind. Solidarität ist Ausdruck der sozialen Natur des Menschen und folgt aus dem Gebot der Nächstenliebe. Ihren ethischen Maßstab gewinnt sie aus der Würde des Menschen. Das Ziel, ein menschenwürdiges Leben für alle zu ermöglichen, verpflichtet uns zu solidarischem Handeln. Solidarität muß deshalb vor allem den Menschen gelten, die ihre Rechte nicht selbst vertreten können.

22. Der einzelne und die Gemeinschaft sind auf die solidarische Mitwirkung aller angewiesen. Jeder hat das Recht auf und die Pflicht zur Solidarität und trägt mit seiner Arbeit und Leistung dazu bei, daß die Gemeinschaft aller für die einzelnen eintreten kann. Wir bekennen uns zu dieser wechselseitigen Verantwortung des einzelnen und der Gemeinschaft. Elementare Formen der Solidarität sind Hilfe und Unterstützung im unmittelbaren persönlichen Miteinander - in der Familie, unter Nachbarn und in privaten Gemeinschaften. Dort aber, wo die Kräfte des einzelnen, von freien Verbänden oder Gruppen überfordert sind, müssen die Gemeinschaft und der Staat helfen. Er muß die verantwortliche Selbsthilfe im Rahmen des Möglichen erleichtern und zumuten. Die CDU bekennt sich zu dieser wechselseitigen Verantwortlichkeit, die gleich weit entfernt ist vom ungebundenen Individualismus wie vom Kollektivismus.

23. Die soziale Sicherung beruht auf den Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität. Durch die soziale Sicherung werden gemeinschaftlich die Risiken abgesichert, die der einzelne allein nicht bewältigen kann. Die soziale Sicherung hat befriedende und befreiende Wirkung. Solidarität verbietet den Mißbrauch des Systems der sozialen Sicherung. Durch die soziale Sicherung werden keine widerruflichen Almosen, sondern es wird für den einzelnen ein Recht auf Sicherheit begründet.

Solidarität ist ohne Opfer nicht denkbar. Wer Hilfe und Solidarität von anderen erwartet, muß selbst bereit sein, anderen zu helfen. Wer sich davon ausschließt und nur für seinen persönlichen Vorteil wirtschaftet und lebt, entzieht der Gemeinschaft die Grundlage für den sozialen Frieden. Solidarität verbindet nicht nur Interessengruppen in der Wahrnehmung ihrer berechtigten Anliegen, sondern greift über die widerstreitenden Interessen hinaus. Solidarität verpflichtet die Starken zum Einsatz für die Schwachen und alle im Zusammenwirken für das Wohl des Ganzen.

24. Gelebte Solidarität ist das Kennzeichen der Menschen eines Volkes im Umgang miteinander. In Deutschland ist die Solidarität nach der Wiedervereinigung besonders gefordert. Wir werden die innere Einheit nur finden, wenn sich alle Deutschen als solidarische Gemeinschaft verstehen.

25. Solidarität verpflichtet uns auch gegenüber den künftigen Generationen. Alle politischen Entscheidungen müssen dieser Verantwortung gerecht werden. Wir dürfen nicht weiter auf Kosten unserer Kinder und Kindeskiner leben. Der Eigenwert der Schöpfung und unsere Verantwortung für die kommenden Generationen verpflichten uns, die Lebensgrundlagen der Menschheit zu erhalten und die Schöpfung zu bewahren. Wir setzen uns für eine weltweite Solidarität in der Völkergemeinschaft ein. Ohne sie ist die Überwindung der Kluft zwischen Arm und Reich in unserer Welt und die Bewahrung der Schöpfung nicht möglich.

Gerechtigkeit

26. Grundlage der Gerechtigkeit ist die Gleichheit aller Menschen in ihrer von Gott gegebenen Würde und Freiheit. Gerechtigkeit bedeutet gleiches Recht für alle. Recht schützt vor Willkür und Machtmißbrauch. Es sichert Freiheit auch für den Schwächeren und schützt ihn.

27. Gerechtigkeit fordert die Anerkennung der persönlichen Leistung und Anstrengung ebenso wie den sozialen Ausgleich. Gerechtigkeit verlangt, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Chancengerechtigkeit ist die notwendige Ergänzung der Gleichheit vor dem Recht. Sie soll jedem die Möglichkeit geben, sich in

gleicher Freiheit so zu entfalten, wie es seiner persönlichen Eigenart entspricht. Wir setzen uns dafür ein, daß jeder Mensch seine Lebenschancen frei und verantwortlich wahrnehmen kann. Deshalb treten wir für eine Politik ausgleichender Gerechtigkeit ein. Chancengerechtigkeit wächst auf dem Boden möglichst gerecht verteilter Lebenschancen; dazu gehört ein offener Zugang zu den Bildungseinrichtungen unter Ausgleich nachteiliger Vorbedingungen ebenso wie die Möglichkeit der Mitsprache und Mitverantwortung, die Nutzung lebenswichtiger Güter und der Erwerb persönlichen Eigentums.

28. Absolute Gerechtigkeit ist nicht erreichbar. Auch politisches Handeln stößt wegen der Unzulänglichkeit des Menschen an Grenzen. Aber wir setzen uns mit äußerster Anstrengung für mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft und eine gerechtere Welt ein.

29. Gerechtigkeit schließt die Übernahme von Pflichten entsprechend der Leistungsfähigkeit des einzelnen zum Wohle des Ganzen ein. Soziale Gerechtigkeit verlangt, vor allem denjenigen Menschen zu helfen, die nur unzureichend zur Selbsthilfe fähig sind und allein ihre Belange nicht wirkungsvoll vertreten und durchsetzen können. Wir fühlen uns den Schwachen und sozial Benachteiligten besonders verpflichtet. Für uns gilt, niemanden fallen zu lassen und jedem in unserer Gesellschaft menschenwürdige Lebensverhältnisse zu sichern.

30. Jede Bürgerin und jeder Bürger in Deutschland soll Recht finden, soll Chancen wahrnehmen und durch Leistung verbessern können, soll Eigentum und Bildung erwerben und mit der eigenen Kraft zur ausgleichenden Gerechtigkeit beitragen. Im geeinten Deutschland ist es unsere besondere Aufgabe, uns um Gerechtigkeit für die Bürger zu bemühen, denen sie über Jahrzehnte vorenthalten wurde. Auch wo Gerechtigkeit nicht mehr erreichbar ist, muß Hilfe für die Opfer und Förderung der einst Benachteiligten im Zentrum stehen. Unter Unrechtsbedingungen erworbene Besitzansprüche bedürfen einer Überprüfung. Der feste Wille zur Gerechtigkeit muß die innere Einheit unseres Landes bestimmen und ihre Gestaltung leiten.

31. Wo das Recht der Menschen auf ein menschenwürdiges Leben mißachtet wird, wo die Freiheit einzelner, bestimmter Gruppen oder ganzer Völker unterdrückt wird, herrschen Gewalt und Unfrieden. Wir treten ein für die Achtung der Menschen- und Bürgerrechte und die Überwindung sozialer und wirtschaftlicher Not. Damit leisten wir unseren Beitrag zum Frieden zwischen den Völkern und für eine gerechtere Welt.

2. DIE CHANCEN DES UMBRUCHS NUTZEN - DIE EINHEIT DEUTSCHLANDS IN FREIHEIT UND VERANTWORTUNG GESTALTEN

32. Mit dem Scheitern des Sozialismus, dem Ende des alten Ost-West-Konfliktes und der Wiedervereinigung Deutschlands sind wir in eine neue Epoche der Geschichte eingetreten. Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert steht vor grundlegend veränderten Bedingungen. Wir Christliche Demokraten stellen uns den Herausforderungen dieser Umbruchszeit. Mit der Fortschreibung unseres Grundsatzprogramms für das vereinte Deutschland nehmen wir auf der Grundlage bewährter Prinzipien eine Neubestimmung unserer Politik für Deutschland, Europa und die Welt vor.

33. Die CDU ist die Partei der deutschen Einheit. Wir haben an der staatlichen Einheit Deutschlands in Freiheit stets festgehalten und in einer historisch einmaligen Situation dieses Ziel mit Einverständnis unserer Nachbarn und Partner verwirklicht. Der Wille

der Menschen in Ostdeutschland zur Freiheit und Einheit ist in der friedlichen Revolution zum Durchbruch gekommen. Mit der Einheit ist eine Vision Wirklichkeit geworden: die Freiheit für alle Bürger in Deutschland.

34. Die Einheit Deutschlands in Freiheit ist Teil der neuen Freiheit und des Zusammenwachsens unseres ganzen Kontinents. Die europäische Einigung fortzuentwickeln, die Freiheit in ganz Europa dauerhaft zu sichern und die jungen Demokratien zu stärken, ist Aufgabe und Chance für unsere gemeinsame europäische Zukunft. Deutschland in der Mitte Europas ist dabei besonders gefordert.

Die Globalität der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklungen verbindet die Menschen in einer neuen Dimension über Grenzen und Kontinente hinweg. Deutschland muß sich seiner gewachsenen Verantwortung in der internationalen Politik stellen und seinen Teil zur friedlichen Bewältigung von internationalen Konflikten und zur Bewahrung der Schöpfung beitragen. Angesichts der weltweiten Verflechtungen und veränderten Bedingungen ist auch unsere wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit, die Zukunft von Arbeit und sozialer Sicherheit vor neue Herausforderungen gestellt.

35. Die innere Einheit weiter zu verwirklichen ist die wichtigste Aufgabe in unserem vereinten Land. Die Schaffung der inneren Einheit Deutschlands verlangt von allen Deutschen großen Einsatz im persönlichen und geistigen, im finanziellen und materiellen Bereich. Der wirtschaftliche, soziale und ökologische Neuaufbau der neuen Bundesländer hat Vorrang. Die Herausforderungen und Anstrengungen, die mit der Vollendung der Einheit verbunden sind, zwingen nicht nur zur Überprüfung eingefahrener Wege und gewohnter Denkweisen, sondern fordern Kreativität und mobilisieren neue Kräfte für die Gestaltung unseres Landes. Der Aufbau in den neuen Ländern bietet deshalb die Chance zur Modernisierung in ganz Deutschland. Fehlentwicklungen in den alten Ländern treten angesichts neuer Bedingungen und zusätzlicher Anforderungen deutlicher hervor, und die notwendigen Erneuerungen sind dringender geworden. Die Einheit wird ganz Deutschland moderner machen, indem wir veraltete Strukturen aufbrechen, Besitzstandsdenken überwinden, Solidarität und Gemeinsinn neu zur Geltung bringen.

36. Unsere Nation ist geprägt durch die gemeinsame Geschichte, Sprache und Kultur und das Bekenntnis zu unserer Verfassungsordnung. Als Nation tragen wir gemeinsam Verantwortung für unsere Vergangenheit und für die Gestaltung unserer Zukunft. Die Gemeinsamkeit unseres kulturellen und geschichtlichen Erbes und unser gemeinsamer Wille zur Freiheit und Einheit sind Ausdruck nationaler Identität und Grundlage für das Zusammenwachsen der Menschen in unserem wiedervereinigten Volk und Staat. Die Einheit ist eine gemeinsame Herausforderung für alle Deutschen und eine neue Chance der Geschichte für unser Land. Als Bürger mit gleichen Rechten und Pflichten sind wir gemeinsam aufgerufen, unseren freiheitlichen und sozialen Staat zu festigen, unsere Demokratie zu verteidigen und weiterzuentwickeln und uns zu einem weltoffenen Patriotismus zu bekennen. Demokratisches Nationalbewußtsein fördert die Bereitschaft, Pflichten und Verantwortung für das Gemeinwesen wahrzunehmen.

37. Für viele Menschen in den neuen Ländern bedeutet das Ende der sozialistischen Diktatur und die Wiedervereinigung Deutschlands einen tiefgreifenden Einschnitt in ihre persönliche Lebensgestaltung. Sie müssen grundlegende Veränderungen im persönlichen Miteinander, in Gemeinde, Staat und Arbeitsleben vollziehen und sich

in einer freiheitlichen Gesellschaft neu orientieren. Dafür brauchen sie eigenständige Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume.

Im Westen Deutschlands erfordert die Gestaltung der inneren Einheit vor allem die Besinnung auf Tugenden und Werte, die im Zuge der Wohlstandsmehrung und eines einseitigen Freiheitsverständnisses zurückgedrängt worden sind. Es gilt, die Entwicklung eines falsch verstandenen Individualismus auf Kosten anderer und des Rückzugs aus der Verantwortung für das Gemeinwohl umzukehren.

Wir können die innere Einheit nur verwirklichen, wenn die Menschen im Osten und Westen mit ihren unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Lebensprägungen aufeinander zugehen. Jeder muß bereit sein, die Erfahrungen und Lebensleistungen des jeweils anderen zu respektieren und als Grundlage für die gemeinsame Zukunft zu nutzen. Die Bundeshauptstadt Berlin bietet in diesem Prozeß exemplarische Erfahrungen.

Auch nach dem Ende der sozialistischen Gewaltherrschaft darf die geistige Auseinandersetzung mit der ihr zugrunde liegenden Ideologie nicht beendet sein. Wir Christliche Demokraten sehen es als besondere Aufgabe an, die falschen Denksätze des Kommunismus und Sozialismus offenzulegen. Zugleich müssen wir für den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft nachdrücklich werben.

38. Die Aufgaben an der Schwelle zum 21. Jahrhundert sind weder von heute auf morgen noch mit einfachen Lösungen zu bewältigen. Die Chancen dieser Umbruchszeit zu nutzen, fordert die Bereitschaft aller zum Wandel im Denken und Handeln. Wir Christliche Demokraten sind davon überzeugt, daß wir den Wandel nur auf der Grundlage von Freiheit und Verantwortung erfolgreich bewältigen können. Das Prinzip verantworteter Freiheit gilt sowohl für die Innen- als auch für die Außenpolitik. Unser Leitbild ist eine freie und verantwortliche Gesellschaft. Sie dient der Verwirklichung unserer Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Dafür setzen wir uns ein:

- Für eine Gesellschaft des Gemeinsinns. Wir treten für eine solidarische Gesellschaft ein und wenden uns gegen Egoismus, Entsolidarisierung und Anspruchsdenken, gegen soziale Kälte und Ellenbogenmentalität. Wir wehren uns gegen die zunehmende Gewaltbereitschaft. Wir fordern die Verantwortung und das Engagement des Bürgers für die Gemeinschaft. Wir wollen die Familie als Fundament der Gesellschaft stärken und uns für eine kinderfreundliche Gesellschaft nachdrücklich einsetzen. Wir brauchen eine wertorientierte Erneuerung von Erziehung und Bildung und treten ein für gemeinsame Wertorientierungen als unverzichtbare Grundlage einer freien und verantwortlichen Gesellschaft.
- Für eine Gesellschaft der Freiheit. Jeder einzelne, ob Frau oder Mann, ob jung oder alt, soll in unserer Gesellschaft möglichst viele Chancen der Entfaltung nutzen können. Wir wollen die Freiheitsrechte und die Verantwortungsbereitschaft des einzelnen für sich und die Gemeinschaft stärken. Wir wollen gemeinsam die Freiheit sichern, die nach Deutschland und Europa zurückgekehrt ist. Wir wollen, daß der Staat sich auf seine wesentlichen Aufgaben besinnt, um die Freiheit und Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, und wenden uns gegen ein Übermaß an Bürokratisierung und Reglementierung. Wir wollen Leistungsfähigkeit stärken, Initiative und Risikobereitschaft fördern und die Grundlagen für den sozialen Ausgleich sichern.

- Für eine Gesellschaft der Verantwortung. Wir wenden uns gegen eine Gesellschaft, die ihre Verantwortung auf nachfolgende Generationen abwälzt. Wir treten dem Raubbau an der Natur und der Verschwendung natürlicher Ressourcen entgegen. Wir wollen die wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten in ethischer Verantwortung nutzen, um unseren Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung national wie international zu leisten.
- Für eine Gesellschaft der Offenheit. Wir wenden uns gegen Diskriminierung und Rassenhaß. Wir setzen uns für ein friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Nationalität ein und wenden uns gegen einen Rückfall in Nationalismus und Fundamentalismus jeglicher Art. Wir wollen die Vervollständigung der Europäischen Union vorantreiben. Wir wenden uns gegen Armut und Hunger in der Welt und setzen uns für Menschen- und Bürgerrechte und für eine dauerhafte Friedensordnung in Europa und der Welt ein.

Deutschland wird für die Bewältigung des europäischen Umbruchs eine zentrale Rolle spielen müssen. Alle politischen Aufgaben müssen in ihrer Bedeutung dieser Zielsetzung unter- und nachgeordnet werden. Um der neuen Verantwortung gerade für die Völker Mittel- und Osteuropas gerecht werden zu können, bedarf es einer Rückbesinnung auf die Verantwortung des einzelnen Menschen im Inneren unserer Gesellschaft. Wenn wir diese nicht so umbauen, daß die Verantwortung des einzelnen gestärkt wird, kann unser Gesellschaftsbild weder Glaubwürdigkeit behalten, noch können wir die materiellen Mittel freisetzen, die wir brauchen, um unseren Nachbarn im Osten tatkräftig zu helfen. Nur wenn es uns nicht gelingt, die Verantwortung des Bürgers zu stärken, wird an den Staat nicht mehr wie an eine Vollkaskoversicherung appelliert werden. Anderenfalls wird eben jenes Menschenbild zerstört, auf das eine freiheitliche Gesellschaft so sehr angewiesen ist, daß seiner Zerstörung ihr eigener Untergang folgen muß.

Staatliches Handeln muß zukünftig einem neuen Selbstverständnis folgen: nämlich nicht mehr in erster Linie zuständig zu sein für die Sicherung aller denkbaren individuellen Lebensrisiken. Statt dessen muß der Staat eine größere Eigenverantwortung des Bürgers voraussetzen können, nicht zuletzt deshalb, um so den finanziellen Spielraum zurückzugewinnen, der es erlaubt, den neuen politischen Prioritäten die notwendige Aufmerksamkeit zukommen zu lassen: also vorrangig an der Lösung der Probleme mitzuwirken, um die sich das geteilte Deutschland in der Nachkriegs-epoche nicht zu kümmern brauchte, weil es im Windschatten der Weltpolitik verharrte. Dieser neu zu erkämpfende Handlungsspielraum des Staates ist aber die Voraussetzung dafür, daß Deutschland auch in seiner Außenpolitik dem Leitbild von Freiheit und Verantwortung folgen kann, also mit ganzer Kraft seine Möglichkeiten auf das Ziel der inneren Einheit Europas konzentriert.

Auf dem Weg zur inneren Einheit Deutschlands und Europas gibt dieses Leitbild der verantworteten Freiheit gleichermaßen Orientierung für die Gestaltung der Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarn wie für die soziale Ordnung des Zusammenlebens von Menschen in einer Gesellschaft. Wer den freiheitlichen und nicht den betreuenden Staat will, muß Strukturen begründen, die Freiheit und Verantwortung in allen Bereichen des Gemeinwesens zur Entfaltung kommen lassen.

Diese Aufgabe stellt sich allen europäischen Völkern in vergleichbarer Weise, sie stellt sich ebenso im Blick auf die Neuordnung der Beziehung zwischen den Staaten in Europa.

KAPITEL II

FÜR DIE FREIE ENTFALTUNG DER PERSON IN UNSERER GESELLSCHAFT

39. Wir bekennen uns zum Recht jedes Menschen, sein Leben selbst zu gestalten. Auf der Suche nach Sinn und Lebensglück muß jeder die Chance haben, sich so zu entwickeln, wie es seinen Begabungen, Wünschen und Neigungen entspricht. Der Freiheit der Person entspricht die Verantwortung, die jeder einzelne für sich selbst, für seine Angehörigen und die Gemeinschaft insgesamt zu übernehmen hat.

1. GLEICHBERECHTIGUNG UND PARTNERSCHAFT VON FRAU UND MANN

40. Gleichberechtigung bedeutet für uns, daß das Recht auf freie Entfaltung der Person unabhängig vom Geschlecht gilt. Ziel unserer Politik ist es, die Gleichberechtigung von Frau und Mann in einer partnerschaftlichen Gesellschaft zu verwirklichen. Wir wollen bestehende Benachteiligungen von Frauen in Familie, Arbeitswelt, Politik und in allen übrigen gesellschaftlichen Bereichen beseitigen. Wir wollen, daß Frauen und Männer sich so in Freiheit und Verantwortung entfalten können, wie es ihren Neigungen, Begabungen und Wünschen entspricht. Partnerschaft bedeutet, daß Frau und Mann sich gegenseitig in ihrem Eigenwert anerkennen, füreinander verantwortlich sind und ihre Aufgaben innerhalb und außerhalb der Familie gleichberechtigt vereinbaren.

41. In unserem Jahrhundert hat sich ein neues Rollenverständnis von Frau und Mann entwickelt. Rationalität und soziale Tugenden sind ebenso wie Sachkönnen, Kreativität und Zuwendungsbereitschaft in allen Bereichen des Lebens gefordert und nicht nach Geschlechtern zu trennen. Wir treten dafür ein, daß Staat und Gesellschaft entsprechend dem grundgesetzlichen Auftrag die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung fördern. Über das Erreichte hinaus bedarf es gleicher Berufschancen und Aufstiegsmöglichkeiten im Erwerbsleben, der Aufwertung der Familienarbeit und der besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben.

Wir brauchen mehr gesellschaftliche Mitwirkung von Frauen in Parteien und anderen Organisationen, damit Frauen ihre spezifischen Sichtweisen und Erfahrungen einbringen. Darum fördern wir Christliche Demokraten auf allen Ebenen unserer Partei nachhaltig die Mitwirkung von Frauen. Partnerschaft in der Politik verlangt, daß Frauen und Männer sich gegenseitig in ihren fachlichen Kenntnissen, ihrer Lebenserfahrung und ihrem Urteilsvermögen anerkennen und dies als unverzichtbar für die politische Entscheidungsfindung begreifen.

42. Wir setzen uns ein:

- für die erweiterte Anerkennung der Familienarbeit und ihre Anbindung an das soziale Sicherungssystem,
- für die Chancen- und Lohngleichheit sowie den Abbau von Benachteiligungen im Berufs- und Erwerbsleben,
- für bessere Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf,

– für die umfassendere Teilhabe von Frauen an Führungsaufgaben, politischen Mandaten und Ämtern sowie in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Wir fördern das gleichberechtigte Miteinander von Frau und Mann in unserer Gesellschaft. Unsere Gleichberechtigungspolitik richtet sich daher an Frauen wie Männer. Auch für Männer müssen in der Berufs- und Arbeitswelt mehr Möglichkeiten bestehen, sich an der Familienarbeit zu beteiligen, die Kindererziehung als eine gemeinsame Aufgabe zu betrachten und den Kindern ein partnerschaftliches Miteinander vorzuleben.

2. DIE FAMILIE - FUNDAMENT DER GESELLSCHAFT

Ehe und Familie unterstützen

43. Die Familie ist die beständigste Form des Zusammenlebens in der Gesellschaft. In der Familie erfahren Menschen Geborgenheit und Zuwendung. Hier erleben sie die Solidarität zwischen den Generationen. In Familien können am besten die Eigenschaften und Fähigkeiten entwickelt werden, die Voraussetzung und Grundbestandteil einer freien und verantwortlichen Gesellschaft sind: Liebe und Vertrauen, Toleranz und Rücksichtnahme, Opferbereitschaft und Mitverantwortung, Selbständigkeit und Mündigkeit. Für uns ist die Familie das Fundament der Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns für ihre finanzielle Unterstützung und die gesellschaftliche Anerkennung der Familienarbeit ein. Der Zusammenhalt in unseren Familien ist Voraussetzung für die Solidarität in unserer Gesellschaft.

44. Die Ehe ist das Leitbild der Gemeinschaft von Frau und Mann. Sie ist die beste Grundlage für die gemeinsame Verantwortung von Mutter und Vater in der Erziehung der Kinder. Nach wie vor wünschen die meisten Frauen und Männer die Verlässlichkeit, Liebe und Partnerschaft in einer Ehe. Ehe und Familie brauchen unsere besondere Unterstützung, gerade weil Bindungen in unserer offenen Gesellschaft mehr denn je vom Scheitern bedroht sind. Wir halten daran fest, daß die Ehe als Institution einer auf Lebenszeit angelegten Beziehung in unserer Verfassungsordnung geschützt bleibt. Wir respektieren nichteheliche Partnerschaften und die bewußte Entscheidung, ohne die rechtlichen Bindungen einer Ehe zu leben. Wir sind gegen die rechtliche Gleichstellung solcher Partnerschaften mit der Ehe.

45. Jedes Kind braucht persönliche Zuwendung, Begleitung, Liebe, Vorbild und Autorität der Eltern. Die Entwicklung der personalen Eigenständigkeit und der Gemeinschaftsfähigkeit, des Werte- und Verantwortungsbewußtseins hängt wesentlich von der Erziehung in der Familie ab. Erziehung ist Elternrecht; wer sich für Kinder entscheidet, übernimmt Rechte und Pflichten, denen er sich nicht entziehen darf.

Die Zahl der Alleinerziehenden, der Geschiedenen und der Wiederverheirateten mit Kindern hat zugenommen. Wo Kinder umsorgt, erzogen und betreut werden, müssen wir diese Erziehungsleistung anerkennen und unterstützen. Auch das nichteheliche Kind hat ein Recht auf eine persönliche Beziehung sowohl zur leiblichen Mutter als auch zum leiblichen Vater. Wir wollen die Rechte nichtehelicher Kinder denen ehelicher gleichstellen.

46. Eltern leisten mit der Erziehung ihrer Kinder einen unersetzlichen Beitrag für das Gemeinwohl und den Fortbestand unserer Gemeinschaft. Die dramatische Verände-

rung der Bevölkerungsstruktur gefährdet die Sicherung des Generationenvertrages. Dem entgegenzuwirken, ist nicht nur eine Aufgabe der Politik, sondern auch der Gesellschaft mit einer veränderten Einstellung zum Kind und zur Familienarbeit. Wir wollen zu einer kinderfreundlichen Gesellschaft beitragen, die Kinder als Bereicherung versteht und in der Kinder unbeschwert aufwachsen. Familien brauchen zur Bewältigung ihrer Aufgaben angesichts vielfältiger Anforderungen verschiedene Formen der Entlastung und Begleitung, der Unterstützung und Ermutigung:

- Wir streben an, den bisherigen Familienlastenausgleich weiter zu verbessern und durch einen Familienleistungsausgleich neu zu gestalten: mit einem vollständig einkommensabhängigen, bedarfsgerechten und dynamisch anzupassenden Kindergeld sowie mit der Einführung einer differenzierten und sozial ausgewogenen Besteuerung des Familieneinkommens unter Berücksichtigung der Zahl der Familienangehörigen. Wer Kinder hat, soll entsprechend weniger Steuern zahlen. Ein solches Familiensplitting wird Familien mit Kindern stärker als bisher entlasten und dient der Steuergerechtigkeit. Derartige Umschichtungen zugunsten von Familien mit Kindern müssen auch im Sozialversicherungsrecht stärker Eingang finden.
- Wir setzen uns dafür ein, daß unsere Gesellschaft die Erziehung und Entwicklung von Kindern fördert und erleichtert. Wir wollen den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz verwirklichen, damit Kinder Anregungen, Förderung und Kontakte mit anderen Kindern finden. Dabei fördern wir insbesondere private Initiativen und Kindergärten in freigemeinnütziger Trägerschaft. Kinder brauchen gleichermaßen Freiraum und Schutz. Genügende kinderfreundliche Wohnungen und kindgerechte Wohnumgebungen sind dringend nötig. Für Kinder ist es wichtig, unabhängig von Leistung und Erfolg angenommen zu sein. Ihre andere Sicht auf unsere Welt ist für die Erwachsenen wichtig, denn auch dadurch können sie die Notwendigkeit von Toleranz und Verständnis erfahren.
- Wir treten nachdrücklich für den Schutz des Lebens ungeborener Kinder ein. Wir wollen die Grundlagen dafür verbessern, daß jedes ungeborene Kind, auch unter erschwerten Bedingungen, angenommen wird. Schwangere in Not- und Konfliktlagen brauchen neben finanziellen Hilfen und einem bedarfsgerechten Betreuungsangebot auch für Kleinstkinder die volle Unterstützung vom Vater des Kindes, von ihrer Familie und der Nachbarschaft, von Arbeitgebern und Vermietern. Der Schutz des Lebens ungeborener Kinder muß in der Rechtsordnung unseres Staates verankert bleiben. Das Recht muß dazu beitragen, daß im Interesse des Lebensschutzes Recht und Unrecht unterschieden sowie ein Rechtsbewußtsein und entsprechende Verhaltensorientierungen erhalten und gebildet werden.

47. Es ist eine wichtige Aufgabe der Gemeinschaft, die Erziehungsfähigkeit der Familie zu stärken; dies zeigen die zahlreichen erschreckenden Fälle von Gewalt in der Familie, von Kindesmißhandlung und Kindesmißbrauch. Eltern, Verwandte und Nachbarn, Erzieher und Lehrer, Justiz und Polizei tragen große Verantwortung. Wir halten vorbeugende und nachbetreuende Hilfen ebenso für erforderlich wie Hilfen in akuten Notsituationen. Deshalb wollen wir das Netz der Anlauf- und Beratungsstellen für Eltern, Kinder und Jugendliche ausbauen. Wir treten für bedarfsgerechte Angebote an Frauenhäusern und flächendeckende Notrufsysteme ein.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

48. Wir treten dafür ein, daß Frauen und Männer Familie und Beruf besser vereinbaren können. Frauen haben den gleichen Anspruch wie Männer, Familie und Beruf zu vereinbaren. Viele Frauen und zunehmend auch Männer widmen sich vorübergehend oder ganz der Arbeit in der Familie und der Kindererziehung. Dies bedeutet Sicherheit und Geborgenheit für Kinder. Die vielfältigen Anforderungen in diesem Bereich bringen persönliche Bereicherung, aber auch eine große Arbeitsbelastung und noch immer finanzielle Nachteile mit sich.

Jährlich werden mehr Stunden Haus- und Familienarbeit als Erwerbsarbeit geleistet. Wir Christliche Demokraten setzen uns dafür ein, daß ihre Leistung stärker anerkannt wird. Die in Haus- und Familienarbeit erworbenen Kompetenzen müssen als Qualifikation bewertet werden. Auch Mütter und Väter, die ihre Kinder alleine erziehen, müssen stärker als bisher die Unterstützung der Gesellschaft erfahren. Das Erziehungsgeld, der Erziehungsurlaub sowie die Anerkennung von Erziehungs- und Pflegezeiten in der Rentenversicherung sind Schritte zur Verwirklichung unseres Ziels der sozialen Anerkennung und Absicherung von Familienarbeit und müssen weiter ausgebaut werden. Es ist eine Aufgabe sowohl der Tarifpartner in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung als auch der Politik, die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit zu verbessern. Betriebe und Gemeinden müssen mehr und flexiblere Betreuungseinrichtungen für Kinder der verschiedenen Altersgruppen bereitstellen. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf liegt auch im Interesse der Entwicklung der Kindergeneration.

49. Wir treten für eine Ausweitung des Elternurlaubs und unbezahlte Freistellungszeiten, auch für die Pflege von Angehörigen, ein. Es müssen mehr qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze und flexiblere betriebliche und tarifvertragliche Arbeitszeitregelungen für Frauen und Männer geschaffen werden. Wir wollen dazu beitragen, daß die Arbeitswelt familiengerechter wird. Erziehungsarbeit bedeutet nicht den endgültigen Verzicht auf Erwerbsarbeit. Wir wollen Wahlfreiheit auch dadurch ermöglichen, daß wir den Wiedereinstieg in den Beruf erleichtern. Wir setzen uns für ein breites Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten ein, damit auch während der Familienphase der Kontakt zum Berufsleben erhalten bleibt.

Menschen mit Behinderung - gleiches Recht auf Entfaltung

50. Wir verstehen es als unsere besondere Pflicht, für behinderte Menschen einzutreten. Behinderte sind Teil unserer Gesellschaft; sie und ihre Familien brauchen unsere Solidarität und Unterstützung. Der Erfahrungsaustausch zwischen Behinderten und Nichtbehinderten ist eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Integration statt Isolation ist der richtige Weg. Wir setzen uns nachdrücklich für das Lebensrecht behinderter Kinder und ihre frühzeitige Förderung ein. Wir wollen das schulische Angebot im Sonder- und Förderschul- und im integrativen Bereich, die Ausweitung familienentlastender Dienste, den Zugang zur Arbeitswelt und eine behindertengerechte Gestaltung des privaten und öffentlichen Umfeldes verbessern.

Jugend - Zukunft unserer Gesellschaft

51. Jugendpolitik ist Politik für die Zukunft. In der Jugend werden Entscheidungen getroffen, welche Wertvorstellungen, Ideen und Vorbilder Orientierung für das weitere Leben geben. Für die Demokratie und die dem Grundgesetz zugrundeliegenden

Wertentscheidungen muß jede Generation neu gewonnen werden. Dazu will unsere Politik beitragen und jungen Menschen den Weg zu einem selbstverantwortlichen Leben ermöglichen.

Unsere Demokratie lebt auch von den Anfragen und Ideen, der Beharrlichkeit und Ungeduld, der Begeisterung und dem persönlichen Einsatz sowie der Kritik der Jüngeren. Den unterschiedlichen Initiativen und Verbänden von Kindern und Jugendlichen kommt als eigenständiger Erfahrungsbereich eine besondere Bedeutung zu. In der Jugendarbeit können Jugendliche freiwillig und nach ihren Vorstellungen Erfahrungen gewinnen und lernen, mit Verantwortung umzugehen. Wir wollen das Engagement und die ehrenamtlichen Aktivitäten von Jugendlichen in Kirchen und Verbänden, in Parteien und Vereinen sowie in anderen demokratischen Organisationen fördern. Jugendpolitik ist eine wesentliche Aufgabe der Kommunen. Sie müssen dazu beitragen, daß sich junge Menschen in der Gemeinschaft mit Gleichaltrigen entwickeln sowie Aufgaben und Verantwortung übernehmen können. In der Jugendpolitik hat die Förderung des Engagements der Jugendlichen selbst Vorrang vor kommunalen und staatlichen Angeboten. Wichtige Bestandteile der Jugendarbeit sind neben der verbandlichen auch die offene und mobile Jugendarbeit. Internationaler Jugendaustausch leistet einen wichtigen Beitrag zur Völkerverständigung.

Wir übersehen nicht diejenigen Jugendlichen, die sich durch gewachsene Anforderungen und schnelle Veränderungen überfordert fühlen. Unsere Politik will sie durch Qualifizierungs- und Unterstützungsmaßnahmen fördern. Die Gewaltbereitschaft kleiner radikaler Gruppen fordert uns alle heraus. Dieser Entwicklung müssen wir begegnen, indem wir die Ursachen erforschen und bekämpfen, die Wertgrundlagen unserer Gemeinschaft verdeutlichen und die Fähigkeit zur friedlichen Konfliktlösung stärken.

Wir alle sind auf den unersetzlichen Dienst angewiesen, den junge Männer als Bundeswehrsoldaten für den Frieden leisten. Wir achten das Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen und anerkennen die Leistung der Zivildienstleistenden für das Gemeinwohl. Wir begrüßen ausdrücklich das Engagement junger Männer und Frauen im Rahmen des freiwilligen sozialen und ökologischen Jahres.

Senioren - Lebenserfahrung anerkennen

52. In der Lebensperspektive des einzelnen und im Bewußtsein der Gesellschaft gewinnt die dritte Lebensphase zunehmende Bedeutung. Wir setzen uns dafür ein, daß die Rahmenbedingungen für ein eigenverantwortliches Leben und Handeln der älteren Menschen verbessert werden; wir verstehen die moderne Seniorenpolitik als eine Querschnittsaufgabe, die frühzeitig in andere gesellschafts-, wirtschafts-, sozial-, familien-, kultur- und bildungspolitische Felder eingreift.

Wir treten ein für eine Politik der Partnerschaft der Generationen nicht nur untereinander, sondern auch miteinander. Junge und ältere Menschen können gleichermaßen voneinander lernen, indem sie ihre jeweiligen Erfahrungen austauschen und im Miteinander der Generationen Werte wie Toleranz und Kompromißfähigkeit, Verantwortung und Solidarität erfahren und vertiefen. Altersbezogene Diskriminierungen und Beschränkungen sind zu verhindern und abzubauen.

Damit ältere Menschen selbstverantwortlich leben und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, wollen wir die Rahmenbedingungen hierfür verbessern

und dadurch zur Lebensqualität im Alter beitragen. Wir wollen allen älteren Menschen ein gesichertes und sinnerfülltes Leben ermöglichen. Wir wollen die Kompetenz älterer Menschen für unsere Gemeinschaft nutzen und erhalten sowie ihre Lebensleistung, die sie für die Gesellschaft erbracht haben, besser anerkennen. Wir unterstützen ihr ehrenamtliches Engagement. Denjenigen, die über das gesetzliche Rentenalter hinaus beruflich tätig sein möchten, soll dazu die Möglichkeit gegeben werden. Viele ältere Menschen übernehmen wichtige Aufgaben in der Familie und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Generationensolidarität. Sie unterstützen oftmals ihre Kinder in vielfältiger Weise und helfen sowohl bei der Betreuung ihrer Enkelkinder als auch bei der Pflege des Partners und anderer Familienangehöriger. Umgekehrt sind viele ältere Menschen auf Hilfe durch ihre Familie, durch Nachbarn oder Freunde angewiesen. Sie müssen von uns die Solidarität erhalten, wie sie diese für unsere Gemeinschaft leisten und geleistet haben.

Die meisten älteren Menschen bevorzugen ein Leben im eigenen Haushalt und stehen dabei in vielfältigen Kontakten zu ihren Kindern und Angehörigen. Ziel unserer Politik ist es, daß ältere Menschen so lange wie möglich in der von ihnen gewünschten Wohnform leben können. Wir setzen uns für Wohnstrukturen ein, die es alten Menschen ermöglichen, vielfältige Sozialkontakte zu pflegen.

Unsere Politik hat dazu geführt, daß ältere Menschen materiell weitgehend abgesichert sind und ihnen im Krankheitsfall ein modernes Gesundheitssystem zur Verfügung steht. Das von uns initiierte Netz von Sozialstationen leistet wichtige Dienste und ist ebenso unverzichtbar wie stationäre und teilstationäre Einrichtungen. Verbesserungen - vor allem im Bereich der Rehabilitation - sind weiterhin notwendig. Pflegeberufe müssen gesellschaftlich stärker anerkannt werden. Wir sind für eine Politik, die die Pflegeleistung der Angehörigen unterstützt und für die Absicherung des Pflegefalles Vorsorge trifft. Sterbende müssen in jeder möglichen Weise betreut werden, damit sie eines friedlichen und würdigen Todes sterben können; Euthanasie scheidet aus ethischen Gründen als Lösung aus.

3. UNSERE KULTUR - AUSDRUCK NATIONALER IDENTITÄT UND WELTOFFENHEIT

53. Unsere Kultur prägt die Identität unseres Landes und seiner Menschen. Kultur ist sowohl historisch gewachsene Tradition als auch Lebensäußerung von Menschen der Gegenwart. Sie entfaltet sich in den verschiedensten Formen und Institutionen und bestimmt die Art und Weise unseres Zusammenlebens.

Wir Deutschen haben auf der Grundlage der europäischen Zivilisation im Laufe der Geschichte unsere nationale Identität und Kultur entwickelt, die sich in unserer Sprache und den Künsten, in unseren Sitten und Gebräuchen, in unserem Verständnis von Recht und Demokratie, von Freiheit und Bürgerpflicht niederschlägt. Die Kultur des deutschen Ostens und der aus ihrer Heimat vertriebenen Deutschen ist ein Bestandteil des Erbes der ganzen deutschen Nation, das wir pflegen und erhalten wollen. Deutschland gehört zur Wertegemeinschaft des christlichen Abendlandes. Wir sind Teil der europäischen Kulturgemeinschaft. Die Völker Europas haben in der Offenheit füreinander und in wechselseitigem Austausch untereinander ihre jeweiligen kulturellen Eigenarten entwickelt. In unserer Kultur werden vielfältige Einflüsse anderer Kulturen sichtbar. Wir wollen das friedliche Miteinander der unterschiedlichen Kulturen Europas und der Welt erhalten und fördern.

Wir achten, schützen und fördern die kulturelle Identität der seit langem in Deutschland in geschlossenen Siedlungsgebieten lebenden Volksgruppen und nationalen Minderheiten deutscher Staatszugehörigkeit.

Erziehung und Bildung erneuern

54. Erziehung und Bildung sind wesentliche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Person und für die Wahrnehmung von Freiheitsrechten und Bürgerpflichten. Sie müssen zur Persönlichkeitsbildung beitragen, soziale Fähigkeiten und fachliche Kenntnisse vermitteln und den Anforderungen unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung gerecht werden. Die freiheitliche Demokratie ist auf selbständig urteilende Bürgerinnen und Bürger angewiesen, die zur Übernahme von Verantwortung bereit sind. Erziehung und Bildung zielen auf die Bejahung des demokratischen und sozialen Rechtsstaates und die im Grundgesetz verankerte Wertordnung. Weltanschauliche Parteilichkeit oder wertneutrale Beliebigkeit sind mit dem Bildungswesen des demokratischen Staates unvereinbar.

55. Vielfalt und Leistungsfähigkeit, Wettbewerb und Förderung müssen wesentliche Elemente unseres Bildungs- und Ausbildungssystems sein. Grundlagen unserer Bildungspolitik sind das Prinzip der Chancengerechtigkeit und das humane Leistungsprinzip: Chancengerechtigkeit erfordert, die Verschiedenheit der Menschen in ihren Begabungen, Leistungen und ihrem sozialen Herkommen zu berücksichtigen. Sie kann nicht durch Nivellierung oder durch die Einschränkung der Chancen anderer erreicht werden, sondern nur durch die Förderung der Anlagen jedes einzelnen. Das Leistungsprinzip verlangt, daß die Leistungsmöglichkeiten der einzelnen gefordert und gefördert werden und daß alle für ihre Leistung die gebührende Anerkennung erhalten. Leistung ist das sozial gerechteste Aufstiegs- und Differenzierungskriterium in einer demokratischen Gesellschaft. Die gemeinsame Erziehung und Bildung von Mädchen und Jungen bildet die Grundlage für ein partnerschaftliches Miteinander; sie darf jedoch nicht die spezifischen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen außer acht lassen.

56. Wir treten dafür ein, Lehrinhalte und Ausbildungsgänge zu straffen, Ausbildungszeiten zu kürzen und das Angebot zu differenzieren. Nur so können wir den gewachsenen und neuen Anforderungen, auch im internationalen Vergleich, gerecht werden. Die Verbindung von Bildungs- und Beschäftigungssystem muß ständige Aufgabe von Politik und Wirtschaft sein. Die Länder stehen in der besonderen Verantwortung, ein vergleichbares Niveau in den Bildungsabschlüssen sicherzustellen und auf diese Weise Qualität und Mobilität zu fördern. Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft sind ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Bildungswesens. Sie müssen von Ländern und Kommunen gleichberechtigt mit öffentlichen Bildungseinrichtungen gefördert werden.

57. Im zusammenwachsenden Europa sind Kenntnisse der anderen Kulturen, Sprachen und Lebensbedingungen unverzichtbar. In Schulen, praktischer und akademischer Ausbildung tragen sie zur Urteilsfähigkeit, zu Toleranz und Völkerverständigung bei. Wir wollen den europäischen Austausch auf allen Ebenen fördern.

58. Unser Gemeinwesen braucht in allen Bereichen und auf allen Ebenen Eliten, die ihr Wissen und Können im Bewußtsein der Verantwortung für andere und im Dienst an der Sache einsetzen. Wir setzen uns für die Förderung besonders Begabter ein.

Gleichzeitig gilt für uns, daß wir diejenigen besonders fördern wollen und müssen, die sich überfordert und den gesellschaftlichen Anforderungen nicht gewachsen fühlen. Wir müssen ihnen helfen, daß sie ihr Leben selbstverantwortlich gestalten können. Wir treten für eine Neuordnung der Ausbildungsförderung ein, die für praktische und akademische Bildungsgänge einschließlich der Aufstiegsfortbildung vergleichbare Chancen eröffnet.

59. Wir treten für ein gegliedertes Schulsystem ein, das die Verschiedenartigkeit von Neigungen und Begabungen berücksichtigt und den Wechsel zwischen verschiedenen Bildungsgängen ermöglicht. Deshalb halten wir an der Hauptschule neben der Realschule und dem Gymnasium als selbständigen Bildungsgängen mit unterschiedlichem Profil und jeweils eigenen Abschlüssen fest. Um den Schülern eine ihren Begabungen und Leistungen gerechte Ausbildung zu ermöglichen und die Vielfalt und Qualität der Schulformen zu sichern, muß beim Übergang zu einer weiterführenden Schule neben dem Wunsch der Eltern die Empfehlung der Schule ein stärkeres Gewicht erhalten.

Auftrag der Schule ist die Vermittlung von Allgemeinbildung und Grundlagenwissen, von Kulturtechniken, der deutschen Sprache und von Werten. Wir setzen uns für den gesetzlich geschützten evangelischen und katholischen Religionsunterricht an unseren Schulen ein. Daneben muß auch die religiöse Erziehung für Angehörige anderer Religionsgemeinschaften möglich sein.

Die Schule hat auch den Auftrag, auf die Zeit nach der Schule vorzubereiten. Die Schulen sollen über den Unterricht hinaus Raum lassen für die Entwicklung eines sozialen und kulturellen Gemeinschaftslebens. Schüler und Eltern müssen entsprechende Mitwirkungsrechte besitzen. Wir treten dafür ein, daß Ganztagsangebote auf freiwilliger Grundlage in allen Schulformen eingerichtet werden. Die Schule hilft bei der Eingliederung von Kindern und jungen Menschen in unsere Gesellschaft und Kultur; besonders Kinder anderer Nationalität und Sprache sind darauf angewiesen. Lehrern kommt in Partnerschaft mit der Familie ein eigener erzieherischer Auftrag zu.

60. Unser duales Bildungssystem mit Betrieb und Schule hat sich bewährt und ist eine wesentliche Grundlage für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit. Betriebe, öffentliche Verwaltung und Tarifpartner müssen die Attraktivität einer praktischen Berufsausbildung durch leistungsgerechte Bezahlung, Durchlässigkeit der Laufbahnen und qualifizierte Fort- und Weiterbildung stärken, um so die Gleichwertigkeit der beruflichen mit der akademischen Ausbildung zu verwirklichen.

Die berufliche Bildung bedarf in Betrieb und Schule stärkerer Differenzierung mit Zusatzangeboten für besonders Begabte ebenso wie für leistungsschwächere Jugendliche. Wir wollen die Berufsschule durch die Verbesserung ihrer Arbeitsmöglichkeiten und ihres Ansehens stärken. Für besonders begabte Absolventen einer praktischen Berufsausbildung muß besser als bisher auch der Hochschulzugang eröffnet werden.

Frauen und Männer in handwerklichen und sozialen Berufen leisten einen unersetzlichen Beitrag für die wirtschaftliche und soziale Leistungskraft sowie für das Ansehen Deutschlands in der Welt. Wir setzen uns nachdrücklich dafür ein, daß neben der gesellschaftlichen Anerkennung auch die Verdienstmöglichkeiten, insbesondere in den sozialen Berufen, deutlich verbessert werden. Wir wollen, daß der Dienst am Menschen nicht schlechter bezahlt wird als die Arbeit an der Maschine.

61. Einheit und Freiheit von Forschung und Lehre bleiben eine notwendige Voraussetzung für die hohe Qualität akademischer Ausbildung und für die wissenschaftliche Leistung. Der Ausbau der Hochschulen ist hinter den stetig steigenden Studentenzahlen zurückgeblieben; die damit verbundene Überlastung gefährdet die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen. Dieser Entwicklung müssen die Länder und der Bund durch den weiteren Ausbau, insbesondere der Fachhochschulen, Rechnung tragen und zugleich durch neue Ausbildungsformen überzeugende Alternativen zum Studium schaffen. Deshalb müssen Verwaltungs-, Wirtschafts- und Berufsakademien weiterentwickelt werden.

Die Autonomie der Hochschulen muß sich ebenso bei der notwendigen Verkürzung der durchschnittlichen Studienzeiten und der erforderlichen Neuordnung der Studiengänge und Studienabschlüsse bewähren wie bei der Beteiligung an der Auswahl der Studienbewerber, insbesondere in solchen Fächern, in denen die Zahl der Bewerbungen die der vorhandenen Studienplätze übersteigt. Wir wollen am Abitur als allgemeiner Hochschulzugangsvoraussetzung festhalten. Das Abitur muß aber wieder eine verlässliche Aussage über die Studierfähigkeit machen. Wir wollen, daß die Hochschulen vermehrt selbstverantwortlich über ihren Haushalt verfügen können, um ihnen so einen wirtschaftlichen Einsatz der stärker nach Leistungskriterien zu vergebenden Finanzmittel zu ermöglichen. Zur Stärkung von Wettbewerb und Leistungsfähigkeit in und zwischen den Hochschulen sowie zur Förderung der notwendigen Mobilität zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung müssen die Möglichkeiten der Anstellung von Hochschullehrern außerhalb eines Beamtenverhältnisses auf Lebenszeit, insbesondere bei Erstberufungen, stärker als bisher in Anspruch genommen werden.

62. Die dauernden und tiefgreifenden Veränderungen der Arbeitswelt bedingen in allen Berufen sich wandelnde und neue Qualifikationen. Die Anforderungen, denen sich der einzelne sowohl im privaten und persönlichen als auch im öffentlichen und beruflichen Leben gegenübersehen, machen umfassende Angebote zu kontinuierlicher Fort- und Weiterbildung notwendig. Weiterbildung muß mit gleichem Rang und Gewicht als vierter Bildungsbereich neben die Schul-, Berufs- und Hochschulausbildung treten. Sie stellt ein noch unausgeschöpftes Aufgabenfeld sowohl der Bildungs- als auch der Tarifpolitik dar. Arbeitsmarkt und Bildungssystem können dadurch wieder stärker miteinander verbunden und auch die Rückkehr ins Berufsleben nach der Familienphase erleichtert werden. Die Hochschulen sollen zukünftig auf diesem Feld mit berufsbegleitenden Aufbaustudien zusätzliche Aufgaben übernehmen. Wir wollen ihre Angebote und das der freien Träger, der Wirtschaft und der öffentlichen Bildungseinrichtungen fördern. Die schulische wie außerschulische politische Bildung hat für uns einen besonderen Stellenwert. Wir treten für eine Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten für ältere Menschen ein.

Kirchen und Religionsgemeinschaften

63. Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland gehört einer der christlichen Kirchen in Deutschland an. Indem diese von Gott künden, weisen sie über die Endlichkeit unserer Existenz hinaus und tragen für viele Menschen zur Sinngebung ihres Lebens bei. Den Kirchen und Religionsgemeinschaften kommt eine besondere Bedeutung für die Wertorientierung der Gesellschaft zu. Darüber hinaus leisten sie auf sozial-karitativem Feld und im erzieherischen Bereich vorbildliche Dienste.

Das Recht der Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihre eigenen Angelegenheiten autonom zu ordnen, muß ebenso gewahrt bleiben wie ihre Freiheit, ihrem Verkündigungsauftrag in der Gesellschaft nachzukommen. Um diese Selbständigkeit und die Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen, treten wir dafür ein, das System der Kirchensteuer beizubehalten. Wir unterstützen nachdrücklich den Beitrag der Kirchen, ihre Mitverantwortung und ihre Mitgestaltung für das Gemeinwohl. Wir sehen in der Bewahrung der christlichen Wertgrundlagen unserer freiheitlichen Demokratie, insbesondere in der Unantastbarkeit der Würde der Person, das gemeinsame Anliegen der CDU Deutschlands und der christlichen Kirchen.

Wir sind dankbar, daß sich nach den nationalsozialistischen Verbrechen wieder jüdische Gemeinden in Deutschland gegründet haben. Juden und Christen sind durch unauflösliche Gemeinsamkeiten an Werten und Traditionen miteinander verbunden. Die jüdischen Gemeinden sind Teil unserer Kultur und ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie tragen mit ihrem gesellschaftlichen Engagement zugleich zum Ansehen Deutschlands in der Welt bei. Unter uns leben viele Menschen anderer Religionszugehörigkeit. Wir achten ihre religiöse Überzeugung. Unsere freiheitliche Rechtsordnung garantiert das unveräußerliche Recht auf freie Religionsausübung. Wir erwarten von den Staaten und Regierungen in aller Welt, daß sie in ihren Ländern Religionsfreiheit gewähren.

Medien - Freiheit in Verantwortung wahrnehmen

64. Wir treten für die Freiheit und Vielfalt der Medien ein. Freie Medien ermöglichen die Bildung einer öffentlichen Meinung und tragen durch einen verantwortlichen Gebrauch der Pressefreiheit zur wirksamen Kontrolle staatlicher Macht bei. Sie wirken mehr denn je zuvor auf die Meinungsbildung ein. Die Medien sind selbst ein politischer Faktor und tragen angesichts ihrer vielfältigen Einflußmöglichkeiten ein hohes Maß an Verantwortung für unser Gemeinwesen. Dieser Bedeutung müssen sie im Umgang mit Informationen und in der Art ihrer Vermittlung gerecht werden.

Freiheit und Unabhängigkeit gelten gleichermaßen für die gedruckten wie für die elektronischen Medien. Das Grundrecht der Meinungs- und Pressefreiheit ist ein konstituierendes Element der Demokratie. Zu dieser Freiheit gehört die Verantwortung; der Wahrung der verfassungsmäßigen Ordnung, insbesondere des Persönlichkeitsschutzes, sowie der Rücksichtnahme auf sittliche, religiöse und weltanschauliche Überzeugungen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Unser Land hat die Pflicht, sich dem weltweit gewachsenen Interesse an Deutschland, seiner Sprache und Kultur zu stellen. Deshalb treten wir dafür ein, die Informationen über Deutschland zu verstärken.

Freiheit und Unabhängigkeit bestimmen die privatwirtschaftliche Organisationsform der gedruckten Medien wie Zeitung, Zeitschrift und Buch. Wir lehnen Aushöhlungen des Tendenzschutzes ebenso ab wie die Beeinträchtigung der bestehenden publizistischen Freiheit.

- Wir setzen uns für die Einführung medienkundlicher Unterrichtsinhalte an den Schulen ein. Zu einem wirksamen Jugendschutz gehört eine qualifizierte Medienerziehung bereits vom Kindergartenalter an. Ziel ist, daß der einzelne den eigenverantwortlichen Umgang mit den Medien lernt und ihre positiven Impulse nutzen kann.
- Wir wenden uns gegen eine verharmlosende und immer hemmungslosere Darstellung von Gewalt in Massenmedien, in Videofilmen und Computerspielen, gegen

Pornographie sowie entwürdigende Darstellungen in der Werbung. Vor allem bei Kindersendungen muß auf Gewaltdarstellungen verzichtet werden. Wir fordern die Verantwortlichen im Bereich der Medien auf, sich einer wirksamen freiwilligen Selbstkontrolle, die bestehende Aufsichtsgremien ergänzt, zu unterziehen. Darüber hinaus sind alle Aufsichtsmöglichkeiten auszuschöpfen, die sowohl für den öffentlich-rechtlichen als auch für den privaten Rundfunk vorhanden sind. Entsprechend ihrer Verantwortung muß die Ausbildung in journalistischen und anderen Medienberufen hochwertig sein. Einer auf den Dienst am Menschen bezogenen Medienethik ist in der Aus- und Fortbildung ein erhöhter Stellenwert beizumessen.

Wir treten für die Beibehaltung des dualen Systems von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk ein. Unverzichtbare Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist es, seiner besonderen kulturellen, föderalen und gesellschaftspolitischen Verantwortung gerecht zu werden und dadurch einen Beitrag für die Qualität unserer Medienkultur zu leisten. Zur Erfüllung dieses Auftrages ist nicht die Beibehaltung der Vielzahl von öffentlich-rechtlichen Sendern und Programmen notwendig, sondern mehr Wirtschaftlichkeit und die Bereitschaft zur Reform durch effiziente und kostengünstige Organisationsformen.

Private Sender stehen ebenso in der Verantwortung für die Demokratie. Wir sind für ein plurales Angebot und lehnen deshalb jede Form von Übermacht in Druck- und elektronischen Medien ab. Wir wenden uns gegen Medienkonzentrationen im nationalen und internationalen Bereich, welche die Pluralität der Meinungen und den Erhalt des Wettbewerbs gefährden. Neue technische Entwicklungen werden bei den elektronischen Medien die Programmangebote in Zukunft noch vergrößern. Der Satellitenrundfunk überwindet Ländergrenzen, läßt die Welt enger zusammenkommen und führt zu einem erhöhten Wettbewerb auf internationaler wie europäischer Ebene. Diese Entwicklung enthält Chancen, aber auch Gefahren. Der gemeinsame europäische Markt für Rundfunk-, Fernseh- und neue Informationssysteme muß durch das Prinzip des freien Informationsflusses und der wechselseitigen Anerkennung von Sende- und Einspeisungsgenehmigungen gestaltet werden. Dabei sind der Schutz der Menschenwürde, der Jugend und des fairen Wettbewerbs der Programme sicherzustellen.

Wir fordern und unterstützen eine gesellschaftliche Verständigung über eine Medienethik. In ihrem Mittelpunkt muß die Ehrfurcht vor dem Leben, die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, Toleranz und Bereitschaft zum Dialog stehen. Eine so verstandene Medienethik fordert Unparteilichkeit, Offenheit, Selbstkritik, Fairneß und Wahrhaftigkeit. Sie machen den Kern publizistischer Verantwortung bei der Wahrnehmung der Dienstleistungsaufgabe Information aus.

Zur Wahrung des Persönlichkeitsschutzes setzen wir uns ein:

- Jeder Bürger muß einen gesetzlich geregelten Auskunftsanspruch gegen Presseorgane, Rundfunk und Fernsehen über die ihn betreffenden gesammelten Informationen erhalten. Bei nachgewiesener Unrichtigkeit muß er einen Berichtigungsanspruch haben, der im Extremfall in einen Lösungsanspruch übergehen kann.
- Das Gegendarstellungsrecht der Betroffenen ist zu erweitern. Kommentierende, glossierende oder inhaltliche Anmerkungen der Redaktion sind gesetzlich zu verbieten.

- Jeder Bürger muß einen gesetzlich geregelten Schadensersatzanspruch gegen Presseorgane, Rundfunk und Fernsehen für den Fall erhalten, daß über ihn eine Tatsachenbehauptung öffentlich verbreitet worden ist, es sei denn, daß die behauptete Tatsache erweislich wahr ist.

Freizeit und Sport

65. Zur freien Entfaltung der Person braucht der Mensch Muße und Entspannung. Es gibt vielfältige Möglichkeiten, außerhalb des Arbeitslebens schöpferische Fähigkeiten zu entfalten, sich politisch und gesellschaftlich zu engagieren oder künstlerischen und sportlichen Neigungen nachzugehen. Wir treten dafür ein, die Freizeit und den Sport nicht in erster Linie der Freizeitindustrie zu überlassen. Wir unterstützen ausdrücklich die ehrenamtliche Tätigkeit in Verbänden, Vereinen, in der Nachbarschaft und in anderen gesellschaftlichen Bereichen, die zu mehr menschlichem Miteinander beitragen. Unser Bildungswesen muß zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung befähigen.

Sport, insbesondere der Breitensport in den Vereinen, dient der Gesundheitserhaltung und Leistungsförderung in jedem Lebensabschnitt und ist wichtig für Erziehung und Freizeit. Er verbindet spielerisch die Freude an der eigenen Leistung mit der Begegnung und dem Einsatz in einer Gruppe. Der Sport leistet einen wesentlichen Beitrag zur Persönlichkeitsbildung und trägt zur Integration in die Gemeinschaft bei. Die Förderung des Breiten- und Spitzensports bleibt verpflichtende Aufgabe der öffentlichen Hand. Der Spitzensport muß seiner Vorbildfunktion gerecht werden.

Freiheit der Kunst

66. Wir bekennen uns zur Freiheit der Kunst und zum Grundsatz öffentlicher Kulturförderung. Kunst ist eine eigene Weise der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit. Sie hat Bedeutung für die Entfaltung der schöpferischen Kräfte des Menschen und damit für die Kreativität unserer ganzen Gesellschaft; in der Begegnung mit ihr gewinnt der Mensch ein vertieftes Verständnis vom Leben. Das kulturelle Leben unserer Demokratie reicht von der Vergegenwärtigung unseres kulturellen Erbes über die traditionelle Volkskunst bis hin zu neuen Formen des künstlerischen Schaffens und ist Gradmesser für den geistigen Reichtum unseres Gemeinwesens. Wir wollen allen die aktive und passive Teilhabe am kulturellen Leben ermöglichen und unsere vielfarbige Kulturgesellschaft fortentwickeln. Förderung von Spitzenbegabungen und qualifizierte Breitenförderung ergänzen sich.

Kulturförderung ist nicht allein staatliche Aufgabe. Die Grundsubstanz institutioneller Kultur zu gewährleisten und die Kunst unserer Gegenwart zu unterstützen ist Pflicht der öffentlichen Hand. Die subsidiäre Förderung von einzelnen Initiativen, von Künstlerinnen und Künstlern muß in Zukunft verstärkt werden. Wir wollen die Rahmenbedingungen für private Fördervereine, Künstlerinitiativen, Mäzene und Sponsoren verbessern.

Kommunen und Länder haben nach den Prinzipien von Föderalismus und Subsidiarität die Hauptzuständigkeit der öffentlichen Kulturförderung und können mit unterschiedlichen Akzentsetzungen ihr eigenes kulturelles Profil prägen. Die Kulturförderung des Bundes muß angesichts der Wiedervereinigung den Erfordernis-

sen der Kulturnation Rechnung tragen. Mit der auswärtigen Kulturpolitik tragen wir zum Ansehen Deutschlands in der Welt bei.

KAPITEL III

FÜR EINE ÖKOLOGISCHE UND SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

1. PRINZIPIEN DER ÖKOLOGISCHEN UND SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

67. Die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm für alle. Sie hat ihr geistiges Fundament in der zum christlichen Verständnis des Menschen gehörenden Idee der verantworteten Freiheit und steht im Gegensatz zu sozialistischer Planwirtschaft und unkontrollierten Wirtschaftsformen liberalistischer Prägung. Wir treten für die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft ein, weil sie wie keine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit verwirklicht. Ihre Grundlagen sind Leistung und soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb und Solidarität, Eigenverantwortung und soziale Sicherung. Sie verbindet den Leistungswillen des einzelnen mit dem sozialen Ausgleich in unserer Gesellschaft und schafft im Rahmen ihrer ökologischen Ordnung die Voraussetzungen für die Bewahrung der Schöpfung.

Wir vertrauen auf die schöpferischen Fähigkeiten des Menschen, sich in Freiheit und Verantwortung zu entfalten. Wir wissen, daß der Mensch seine Fähigkeiten mißbrauchen und ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Belange wirtschaften kann. Deshalb muß unser Staat Rahmenbedingungen setzen, um die Kräfte der Selbstregulierung in der Wirtschaft zu stärken und alle am Wirtschaftsleben Beteiligten auf die Beachtung sozialer und ökologischer Erfordernisse zu verpflichten. Dabei sind die Prinzipien des Wettbewerbs und der sozialen sowie ökologischen Ordnung miteinander verbunden und bedingen sich wechselseitig. Wir wollen die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft so fortentwickeln, daß die persönliche Initiative gestärkt, immer mehr Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt verwirklicht und die Umwelt wirksam geschützt wird.

Markt und Wettbewerb

68. Markt und Wettbewerb sind zentrale Elemente unserer Wirtschaftsordnung und ermöglichen Freiheit durch Dezentralisation von Macht. Der freiheitlichen Demokratie entspricht der Markt als Organisationsform der Wirtschaft. Wettbewerb fördert den Leistungswillen des einzelnen und dient damit zugleich dem Wohl des Ganzen. Markt und Wettbewerb ermöglichen eine effiziente und preisgünstige Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, sorgen für eine auf die Wünsche der Konsumenten ausgerichtete Produktion, fördern Innovationen und zwingen zur ständigen Rationalisierung. Mehr Staat und weniger Markt führen demgegenüber vielfach zur Verminderung der Leistungsbereitschaft der Leistungsfähigen und damit zu weniger Wohlfahrt und weniger Freiheit für alle. Allerdings kann der Markt nicht allein aus sich soziale Gerechtigkeit bewirken. Die Leistungsgerechtigkeit des Marktes ist nicht identisch mit der sozialen Gerechtigkeit. Die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft fügt deshalb

Marktordnung und Ordnung der sozialen Leistungen zu einem ordnungspolitischen Ganzen zusammen. Dabei muß der Grundsatz gelten: Soviel Markt wie möglich, um Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft und Selbstverantwortung des einzelnen zu stärken, und soviel Staat wie nötig, um Wettbewerb und die soziale und ökologische Ordnung des Marktes zu gewährleisten.

Zu einer freiheitlichen und sozialen Wirtschaftsordnung gehört das sozial verpflichtete Privateigentum. Privateigentum an Produktionsmitteln ist Bedingung für die wirtschaftliche und sorgsame Nutzung knapper Güter sowie für die Leistungsfähigkeit und Produktivität der Wirtschaft. Die Vertrags-, Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit sowie die Freiheit der Berufswahl sind ebenso grundlegende Voraussetzungen für freie wirtschaftliche Betätigung wie die Chance des Gewinns und das Risiko des Verlustes.

Soziale Ordnung

69. Wirtschafts- und Sozialordnung sind untrennbar miteinander verbunden. Sie begrenzen und ergänzen sich gegenseitig. Eine Wirtschaftspolitik ohne soziale Gerechtigkeit gefährdet den sozialen Frieden und führt zugleich zu volkswirtschaftlichen Verlusten und gesellschaftlicher Instabilität. Unsere soziale Ordnungspolitik verbindet die Prinzipien der Humanität und Wirtschaftlichkeit sowie der Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit. Sie zielt auf die Stärkung der Eigenverantwortung, auf persönliche Hilfe und aktive Solidarität.

Wir gestalten unsere soziale Ordnungspolitik nach den Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität. Wir wollen gemeinschaftlich die Risiken absichern, die der einzelne nicht allein und aus eigener Kraft tragen kann. Grundlegende Elemente unserer sozialen Ordnung bleiben Versicherungspflicht und Leistungsgerechtigkeit sowie Dezentralisierung und Selbstverwaltung in den Sozialversicherungen.

Unsere Sozialordnung beruht zu einem erheblichen Teil auf der Solidarität zwischen den Generationen. Angesichts der tiefgreifenden demographischen Veränderungen dürfen wir diesen Generationenvertrag nicht überlasten. Es entspricht unserem Verständnis von Solidarität und Subsidiarität, angesichts des gewachsenen Wohlstandes die Absicherung von zumutbaren Risiken in die Eigenverantwortung des einzelnen zu übertragen.

Von besonderem Wert für unsere soziale Ordnung und für den Erfolg unserer Wirtschaft ist die soziale Partnerschaft. Ein Vergleich mit vielen anderen Industrieländern zeigt, wie hoch die produktive Kraft des sozialen Friedens einzuschätzen ist. Zur sozialen Partnerschaft in der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft gehören vor allem Mitbestimmung, Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Tarifautonomie.

Die Tarifautonomie ist ein wichtiger Faktor unseres sozialen Friedens. Die Idee der Partnerschaft erfordert funktionsfähige Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Die Tarifpartner tragen besondere Verantwortung für Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Wachstum und damit für das Gemeinwohl. Zu den grundlegenden Elementen unserer sozialen Ordnung gehören ferner ein wirksamer Arbeitnehmerschutz, die Mitbestimmung und Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer und die soziale Partnerschaft ebenso wie die Gleichberechtigung von Frau und Mann.

Ökologische Ordnung

70. Wir Christliche Demokraten erweitern die Soziale Marktwirtschaft um eine ökologische Dimension. Stärker als bisher wollen wir die Kräfte und Steuerungsmechanismen der Marktwirtschaft einsetzen, um einen schonenden Umgang mit Natur und Umwelt zu erreichen. Ziel der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft ist es, eine Synthese von Ökonomie, sozialer Gerechtigkeit und Ökologie zu schaffen.

Unsere Verantwortung für die Schöpfung muß auch unser wirtschaftliches Handeln leiten. Wir müssen die Vernetzung von Mensch, Natur und Umwelt zum Prinzip unseres Handelns machen. Grundlage der ökologischen Ordnung sind das Verursacher- und das Vorsorgeprinzip. Wir wollen, daß in Zukunft jeder die Kosten unterlassener Umweltvorsorge und der Inanspruchnahme von Umwelt tragen muß, die aus seinem Verhalten als Produzent oder Konsument entstehen. Das ist nur dann gewährleistet, wenn sich diese Kosten in ökologisch ehrlichen Preisen niederschlagen. Damit setzen wir Signale und schaffen Anreize zu umweltschonendem Verhalten.

Marktwirtschaftliche Anreize und das gesetzliche Ordnungsrecht sind die Instrumente zur Verwirklichung dieser Ziele. Über beide Instrumente kann die Knappheit der Naturgüter erfaßt werden. Ausgehend von der Verantwortung des einzelnen in der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft treten wir dafür ein, zunächst alle Chancen zur Kooperation zu nutzen, bevor staatliche Regelungen eingesetzt werden müssen. Wir werden auch künftig das ökologische Ordnungsrecht mit gesetzlichen Ge- und Verboten, Grenzwerten, Auflagen und Genehmigungserfordernissen zur wirkungsvollen Abwehr von unmittelbaren Gefahren für Mensch und Umwelt benötigen. Um die Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der Wirtschaft verstärkt in den Dienst der Umwelt zu stellen, wollen wir aber mehr als bisher ökologische Ordnungselemente im Steuerrecht, Umweltafgaben, Kompensationsmöglichkeiten, Zertifikats- und Haftungsregelungen einsetzen. Indem wir durch solche marktwirtschaftlichen Anreize die Umweltschonung belohnen und die Inanspruchnahme von Umwelt mit Kosten belegen, verfolgen wir den Weg zu ökologisch ehrlichen Preisen und stärken die Eigeninitiative zu mehr Umweltschutz.

Wir Christliche Demokraten werben für ein neues Verständnis von Wohlstand und Wachstum. Wesentlicher Bestandteil des Wohlstandes ist eine gesunde und lebenswerte Umwelt. Wachstum bedeutet weitaus mehr als nur die Mehrung von Gütern und Dienstleistungen. Unser neues Verständnis von Wachstum schließt die schonende Nutzung der natürlichen Ressourcen durch den Einsatz modernster Produktionsmethoden und den Weg ökologisch ehrlicher Preise für die Inanspruchnahme von Umwelt ein.

2. DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES WIRTSCHAFTSSTANDORTES DEUTSCHLAND VERBESSERN

71. Wir Christliche Demokraten haben die Soziale Marktwirtschaft politisch entwickelt, gegen heftige Widerstände durchgesetzt und in Jahrzehnten der Regierungsverantwortung ausgestaltet. Weltweit gilt dieses Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell als Vorbild. Auf der Grundlage von Freiheit und Demokratie ist in der Bundesrepublik eine beispiellose wirtschaftliche Entwicklung und der Ausbau des Systems der sozialen Sicherheit gelungen. Wir halten an dem Ziel fest, die Lebensverhältnisse in ganz Deutschland einander anzugleichen, Wohlstand für alle in ganz Deutschland zu

schaffen und den sozialen Ausgleich zwischen Schwachen und Starke zu verwirklichen.

72. Unser Wirtschaftsstandort steht durch die Veränderungen in Deutschland, Europa und der Welt in wirtschaftlicher, technologischer und sozialer Hinsicht vor neuen Herausforderungen. Angesichts des Europäischen Wirtschaftsraumes und des zunehmenden Austauschs mit den mittel- und osteuropäischen Staaten, der Internationalität von Märkten und des wachsenden internationalen Standortwettbewerbs und vor allem angesichts der grundlegend veränderten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen nach der Wiedervereinigung Deutschlands müssen wir unsere wirtschaftliche Konkurrenz- und Leistungsfähigkeit verbessern, für die soziale Sicherheit und die Lebensgrundlagen künftiger Generationen nachhaltig sorgen.

73. Die sozialistische Planwirtschaft hat in den neuen Ländern in Deutschland große ökologische und ökonomische Zerstörungen hinterlassen und den Menschen schweren Schaden zugefügt. Im wiedervereinigten Deutschland ist es daher eine Aufgabe aller Verantwortlichen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Neuaufbau in den neuen Bundesländern voranzutreiben. Mit dem Aufbau einer hochmodernen Infrastruktur, durch Investitionen in Arbeitsplätze und innovative Produkte, durch die Verbesserung des Bildungs- und Ausbildungswesens und durch die Stärkung von Forschung und Entwicklung schaffen wir die Voraussetzungen für eine leistungsfähige Wirtschaft. Mit der Wiedervereinigung sind wir gemeinsam auch wirtschaftlich an Zukunftschancen reicher geworden. Bei unseren Ansprüchen müssen wir aber unsere veränderte gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtigen. Wir müssen aufhören, das bisherige Wachstum des Wohlstandes im Westen einfach fortschreiben zu wollen.

Die Wiedervereinigung bietet uns die Chance, unsere Wirtschafts- und Sozialordnung in ganz Deutschland zu erneuern und Fehlentwicklungen in den alten Bundesländern zu korrigieren. Wir wollen die Leistung und die Risikobereitschaft des einzelnen fördern, bürokratische Hemmnisse abbauen, wo immer möglich deregulieren, privatisieren und Subventionen abbauen sowie die Beteiligung breiter Volksschichten am Produktivkapital fördern. Wir wollen ökologische Erfordernisse stärker als bisher durch marktwirtschaftliche Mittel berücksichtigen. Wir wollen unseren Sozialstaat umbauen, um die Folgen der demographischen Veränderungen zu bewältigen und auch in Zukunft soziale Gerechtigkeit verwirklichen zu können.

74. Als rohstoffarmes Land mit hohen Arbeitskosten ist Deutschland besonders auf die Leistungs- und Innovationsfähigkeit seiner Menschen und der Wirtschaft angewiesen. Wir müssen uns mit unserer Fähigkeit zu Spitzenleistungen auf Produkte und Produktionstechniken mit Spitzenqualität konzentrieren. Technologischer Fortschritt vollzieht sich in immer kürzeren Zyklen und erfordert eine Beschleunigung von Innovationen. Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes hängt deshalb wesentlich von einem hohen Leistungsstand bei Forschung und Entwicklung sowie bei der Anwendung neuer Technologien wie Bio-, Gen-, Informations- und Umwelttechnologien ab. Umweltfreundlichen Produkten und Technologien gehört die Zukunft. Mit der Weiterentwicklung unserer Wirtschaftsordnung zu einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft können wir nicht nur unsere führende Rolle im Bereich der Umwelttechnologien ausbauen, sondern auch einen wesentlichen Standortvorteil für die Zukunft sichern.

Zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland treten wir ein für:

- die Rückführung des Staatsanteils und die Senkung von Steuern und Abgaben,
- die Verbesserung von Aus- und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung und deren Infrastruktur,
- die Förderung von Zukunftstechnologien und des Umweltschutzes,
- Privatisierung und Abbau von Subventionen,
- Deregulierung und Verringerung bürokratischer Vorschriften und Auflagen sowie die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren,
- flexiblere Arbeits- und längere Maschinenlaufzeiten sowie deren Entkopplung,
- die Verbesserung der Informations- und Verkehrsinfrastruktur
- und insbesondere die Sicherung unseres sozialen Friedens und der sozialen Partnerschaft.

Als exportorientierte Industrienation ist Deutschland auf einen freien Welthandel angewiesen. Protektionismus blockiert die Dynamik der Wirtschaft und verhindert Innovationen. Mit dem Europäischen Wirtschaftsraum entsteht in Europa ein großer integrierter Markt, der sich auch den mittel- und osteuropäischen Staaten öffnen muß. Um den Wirtschaftsstandort Deutschland und Europa zu sichern und zu verbessern, streben wir eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion an und treten für offene Märkte nach innen und außen ein.

Finanz- und Steuerpolitik

75. Die Rahmenbedingungen der Finanzpolitik haben sich durch den Aufbau der neuen Bundesländer für eine längere Übergangszeit stark verändert. Damit das Zusammenwachsen Deutschlands zügig vorangebracht wird, haben wir vorübergehend eine höhere Staatsverschuldung, ein Ansteigen des Staatsanteils, der Steuerbelastung und der Staatsausgaben in Kauf nehmen müssen. Im Anschluß daran muß jedoch die Verschuldung konsequent rückgeführt, alle öffentlichen Haushalte konsolidiert, der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt vermindert und mittelfristig die Steuerbelastung gesenkt werden. Der Abbau der Staatsquote bei konsolidierten Staatshaushalten ist die Meßlatte aller finanzpolitischen Entscheidungen. Die Voraussetzung zur Senkung der Verschuldung schaffen wir, indem wir die Aufgaben des Staates neu bestimmen. Wir müssen neu festlegen, welche öffentlichen Leistungen Vorrang haben, was der Staat und die Sozialversicherungssysteme leisten können, welche öffentlichen Dienstleistungen über Marktbeziehungen geregelt werden können und auf welche Leistungen wir verzichten müssen.

Erforderlich sind Strukturveränderungen und Umschichtungen, Ausgabenvermindierungen und Effizienzsteigerungen. Indem wir deregulieren, entbürokratisieren und privatisieren, wollen wir erreichen, daß öffentliche Aufgaben effizienter und kostengünstiger wahrgenommen werden. Wir wollen mehr als bisher einen Teil der öffentlichen Aufgaben durch besondere Entgelte wie Preise und Gebühren und durch Selbstbeteiligungsanteile finanzieren. Dies erhöht die Kostentransparenz öffentlicher Angebote, begünstigt den Wettbewerb und führt zu einem kostengünstigeren und sparsameren Umgang mit öffentlichen Leistungen.

Um die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, ist ein nachhaltiger Subventionsabbau notwendig. Dauerhafte Subventionen lähmen die Marktkräfte, verzerren den Wettbewerb, behindern den Strukturwandel und die Wirtschaftsdynamik. Wir wollen Finanzhilfen, Steuervergünstigungen und sonstige subventionsähnliche Ausgaben weiter reduzieren. Subventionen sollten grundsätzlich befristet und degressiv gestaltet werden. Subventionsbetrag und Steuerhinterziehung müssen mit aller Konsequenz bekämpft werden.

76. Der Grundgedanke der sozialen Gerechtigkeit ist nicht nur bei den Empfängern staatlicher Leistungen, insbesondere bei Sozialleistungen, zu berücksichtigen, sondern auch bei der Belastung der Steuer- und Beitragszahler. Es geht nicht nur um Verteilungs-, sondern gleichermaßen auch um Leistungsgerechtigkeit. Steuern und Abgaben dürfen weder die private Initiative noch die Leistungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmern lähmen.

Zur Erhöhung der Transparenz und der Gerechtigkeit sowie zur Verwaltungsvereinfachung streben wir an, das Steuersystem und die nicht auf Beiträgen beruhenden Sozialleistungen so weit wie möglich zu integrieren.

Wir wollen deshalb mittelfristig sowohl die Steuerbelastung insgesamt reduzieren als auch unser Steuersystem neu strukturieren. Die Belastung der produktiven Faktoren Kapital und Arbeit durch die direkten Steuern ist zu hoch. Wir wollen niedrigere direkte Steuersätze, aber eine breitere Steuerbemessungsgrundlage mit weniger steuerlichen Vergünstigungen und Ausnahmetatbeständen. Das dient zugleich der Vereinfachung und damit der Steuergerechtigkeit. Zugleich werden wir den Konsum, insbesondere bei Energieverbrauch und Umweltbelastungen, steuerlich stärker belasten müssen. Indem wir das Steuersystem ökonomisch und ökologisch neu orientieren, stellen wir wichtige Weichen zur Fortentwicklung der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft. Dies entspricht auch den Erfordernissen im internationalen Wettbewerb der Unternehmensbesteuerung, da in vielen Staaten die direkten Steuersätze niedriger sind als in Deutschland. Das Sachkapital darf künftig steuerlich gegenüber dem Finanzkapital nicht benachteiligt sein. Ertragsunabhängige Steuern wollen wir vermindern und die EG-Steuerharmonisierung weiter vorantreiben.

Währungspolitik

77. Geldwertstabilität ist für eine solide wirtschaftliche Entwicklung und als Grundlage sozialer Gerechtigkeit von entscheidender Bedeutung. Stabilität dient den Sparern und Verbrauchern. Voraussetzung für den Erfolg der Geld- und Währungspolitik ist, daß alle Beteiligten im Wirtschaftsleben einschließlich der Tarifpartner und der öffentlichen Gebietskörperschaften ihren Stabilitätsbeitrag leisten.

In Europa ist es unser gemeinsames Anliegen, die Geldwertstabilität zu sichern. Einzelne Währungen und nationale Notenbanken allein können in zusammenwachsenden Märkten auf Dauer nicht für Währungsstabilität sorgen. Gerade das exportorientierte Deutschland benötigt die stabile Kaufkraft des europäischen Marktes. Wir streben eine Wirtschafts- und Währungsunion an, deren Voraussetzung die strikte Einhaltung der im Vertrag von Maastricht festgelegten Konvergenzkriterien ist. Beim Eintritt in die Währungsunion werden hohe Maßstäbe an die wirtschaftlichen Voraussetzungen der teilnehmenden Länder, vor allem hinsichtlich niedriger Inflationsraten

und ihrer Haushaltsdisziplin, angelegt. Diese Maßstäbe dürfen nicht verändert werden.

Die geldpolitische Verantwortung soll in der Wirtschafts- und Währungsunion auf die Europäische Zentralbank übertragen werden, die - wie die Deutsche Bundesbank - unabhängig und vorrangig der Preisstabilität verpflichtet ist. Wir wollen mit der Europäischen Währungsunion die notwendigen Voraussetzungen für eine konsequent am Ziel der Geldwertstabilität ausgerichtete gemeinsame europäische Währung schaffen, die ebenso stabil sein muß wie die D-Mark.

Wettbewerbspolitik

78. Die Freiheit des einzelnen und die Offenheit der Gesellschaft sind Voraussetzungen für Wettbewerb. Der Wettbewerb ist seinerseits Grundlage für Chancenvielfalt. Wir wollen individuelle Chancengerechtigkeit sichern, Märkte offen halten und unlauteren Wettbewerb unterbinden. Wo die Konzentration wirtschaftlicher Macht das Prinzip des Wettbewerbs verletzt, ist die Wahlvielfalt der Bürger und die Wirkung des Marktes beeinträchtigt. Der Staat muß deshalb der Konzentration wirtschaftlicher Macht entgegenwirken.

Wir treten dafür ein, wettbewerbsrechtliche Sonderregelungen für die Bereiche Verkehr, Versicherung, Banken, Energie- und Versorgungswirtschaft, Arbeitsvermittlung und freie Berufe grundsätzlich den allgemeinen Wettbewerbsregelungen anzupassen.

Die Aufgaben der Wettbewerbspolitik verlagern sich zunehmend auf die europäische Ebene. Dabei dürfen die wettbewerbsorientierten Grundsätze des deutschen Kartellrechts nicht in Frage gestellt werden. Wir wollen, daß die EU-Fusionskontrolle institutionell abgesichert und ein unabhängiges europäisches Kartellamt geschaffen wird. Neben der Fusionskontrolle verstehen wir es als weitere Elemente unserer Wettbewerbspolitik, staatliche Subventionen zu begrenzen und abzubauen, Wirtschaftsbetriebe mit staatlicher Beteiligung zu privatisieren und eine offensive Verbraucherpolitik zu vertreten, durch die der Verbraucherschutz gewährleistet ist.

Strukturpolitik

79. Beim Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft in den neuen Bundesländern gibt es zu einem marktwirtschaftlichen Kurs und einer weiteren Privatisierung keine Alternative. Die besondere Situation in den neuen Bundesländern erfordert aber für eine längere Übergangszeit im Interesse der Menschen eine aktive Strukturpolitik. Dabei hat die Errichtung einer neuen und modernen Infrastruktur Priorität. Im gesamten Bereich der Wirtschaft streben wir eine möglichst weitgehende Privatisierung an. Nur durch den wirtschaftlichen Strukturwandel hin zu Unternehmen, die im Wettbewerb bestehen können, sind gleiche Lebensbedingungen in ganz Deutschland zu erreichen. Um diesen Wandel und eine industrielle Zukunft zu sichern, ist eine weitgehende - im Zeitablauf abnehmende - Flankierung durch staatliche Hilfen erforderlich. Um industrielle Kerne zu erneuern und industriell leistungsfähige Regionen als Wachstums- und Entwicklungspole zu gewinnen, wollen wir sanierungsfähige, aber noch nicht privatisierte Unternehmen an die Wettbewerbs- und damit Privatisie-

rungsfähigkeit heranzuführen. Ziel dieser aktiven Strukturpolitik ist es, in den neuen Bundesländern eine zukunftsfähige, breit strukturierte Wirtschaft zu entwickeln.

Mit einer engeren Verknüpfung von Struktur- und Arbeitsmarktpolitik wollen wir den Zeitraum zwischen dem Wegbrechen alter, unrentabler und dem Entstehen neuer, wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze überbrücken und verkürzen sowie soziale Härten vermeiden und abschwächen. Zugleich soll erreicht werden, daß die vorhandenen qualifizierten Arbeitskräfte nicht abwandern, ihre Qualifikation verbessert wird und sie in ihrer Heimat eine tragfähige Beschäftigungsperspektive erhalten.

In den alten Bundesländern sind industrielle Beteiligungen und sonstige privatwirtschaftliche Unternehmen der öffentlichen Hand konsequent zu privatisieren. Außerdem können die Einrichtung und der Betrieb von Infrastrukturen im Bereich Verkehr, öffentlichen Planungsleistungen, Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie in der Energie- und Abfallwirtschaft soweit wie möglich privatisiert werden. Privatwirtschaftliche, durch Markt und Wettbewerb gesteuerte und kontrollierte unternehmerische Tätigkeit gewährleistet am besten wirtschaftliche Freiheit, ökonomische Effizienz und Anpassung an sich verändernde Marktverhältnisse. Soziale Flankierungen erfolgen durch die Ausgleichs- und Förderinstrumente der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, grundsätzlich dagegen nicht durch die unternehmerische Betätigung des Staates.

Ein kontinuierlicher Strukturwandel ist unverzichtbar, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Dieser Strukturwandel muß grundsätzlich der wettbewerblich geordneten Marktsteuerung überlassen werden. Staatliche Wirtschaftslenkung ist dazu nicht in der Lage. Aufgabe der Strukturpolitik kann es nur sein, die Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten nach Kräften zu fördern und den Strukturwandel sozial abzusichern. Wo sektorale oder regionale Hilfen dazu notwendig sind, müssen sie zeitlich befristet, degressiv gestaltet und mit anpassungsorientierten Auflagen verbunden sein.

Mittelstandspolitik

80. Die Leistungsfähigkeit der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft beruht auf einer ausgewogenen Struktur von Klein-, Mittel- und Großbetrieben. Wir brauchen die Wirtschaftskraft eines breiten Mittelstandes und den Ideenreichtum und Erfolgswillen mittelständischer Unternehmer mit ihrer großen Innovations- und Entwicklungsdynamik. Die mittelständische Wirtschaft ist von großer Bedeutung, um Arbeits- und Ausbildungsplätze erhalten und schaffen zu können. Der Mittelstand ist unverzichtbar für die Aufrechterhaltung des Wettbewerbs. Er gibt die ständige Chance des Wechsels von der abhängigen Beschäftigung in die Selbständigkeit und ist Voraussetzung für die Dezentralisierung wirtschaftlicher Macht. Für den Aufbau der Wirtschaft in den neuen Bundesländern kommt dem Mittelstand eine Schlüsselfunktion zu.

Mittelständische Unternehmen haben besondere Vorteile, weil sie vielfach flexibler sind, schneller entscheiden können und weniger bürokratisch sind. Sie sind aber im Wettbewerb teilweise gegenüber Großunternehmen benachteiligt. Für mittelständische Unternehmen sind deshalb Erleichterungen, insbesondere im Steuerrecht und bei der Bildung von Eigenkapital, erforderlich. Um die im internationalen Vergleich beispielhafte mittelständische Struktur unserer Wirtschaft zu erhalten, treten wir dafür ein, den Generationenwechsel von Familienunternehmen durch entsprechende steuerliche Regelungen zu erleichtern.

Wir brauchen mehr Unternehmerinnen und Unternehmer und wollen deshalb den Schritt in die berufliche Selbständigkeit erleichtern. Unsere Wirtschaft muß leistungsbewußten und risikobereiten Unternehmern die Chance zur Selbständigkeit bieten. Deshalb halten wir daran fest, in den neuen Bundesländern den Mittelstand verstärkt zu fördern. Eine konsequente Mittelstandspolitik ist die beste Voraussetzung, um unsere marktwirtschaftliche Ordnung zu stabilisieren und weiterzuentwickeln.

Eigentums- und Vermögenspolitik

81. Privates und sozial verpflichtetes Eigentum, einschließlich des Erbrechts, ist ein Grundpfeiler der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft. Es gibt dem einzelnen mehr Entscheidungsmöglichkeiten und erhöht damit seine persönliche Freiheit. Auch für den wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern ist ein möglichst breit gestreutes Privateigentum an Unternehmen und Grundstücken von zentraler Bedeutung. Privatisierung und Reprivatisierung müssen vorangetrieben werden, auch im Bereich des Wohneigentums. Privateigentum ist eine entscheidende Bedingung dafür, daß Investitionen getätigt und damit die Grundlage für rentable Arbeitsplätze und selbsterwirtschaftete Arbeitseinkommen und Gewinne geschaffen werden. Der Staat hat die Pflicht, privates Eigentum zu schützen. Unter den Bedingungen des Sozialismus konnte nur wenig Kapital gebildet werden; es fand vielmehr ein gewaltiger Kapitalverzehr statt. Deshalb sind die Chancen zu neuer privater, breiter Kapitalbildung für die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern wirksam zu fördern.

Die Bildung von Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand ist eine soziale Notwendigkeit und ein Weg, um den Arbeitnehmern Mitverantwortung zu übertragen und eine gerechte Einkommensverteilung zu sichern. Wir werden eine breite Vermögensbildung am Produktivkapital nur dann erreichen, wenn der Staat die notwendigen Rahmenbedingungen schafft und die Tarifpartner entsprechende Tarifverträge abschließen.

Die Eigenkapitalbildung kann verbessert werden, indem die Arbeitnehmer an den Erträgen der Unternehmen beteiligt und ihre Ersparnisse in Form von Miteigentum nutzbar gemacht werden. Nicht nur in den alten, sondern gerade auch in den neuen Bundesländern sollten die Tarifpartner die bestehenden Fördermöglichkeiten ausschöpfen. Wir wollen die rechtlichen und finanziellen Bedingungen dafür verbessern.

Wissenschaft, Forschung und Technik

82. Wissenschaft, Forschung und Technik sind für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes von entscheidender Bedeutung. Die Exporterfolge der deutschen Wirtschaft werden zu einem erheblichen Teil mit technologieintensiven Gütern erzielt. Die industrielle Beschäftigung wird von den technologieintensiven Branchen getragen. Wir wollen deshalb alle Anstrengungen unternehmen, damit ganz Deutschland ein international führendes Land für Forschung und Technik bleibt.

Der Stellenwert von Forschung und Technologie muß stärker in das Bewußtsein der Gesellschaft gerückt und damit ein forschungs- und technikfreundliches Klima geschaffen werden. Eine hohe Qualität der Grundlagenforschung ist die Ausgangsbasis für die Entwicklung des Forschungs- und Technologiestandortes Deutschland. Bei

der erkenntnisorientierten Grundlagenforschung hat Deutschland im internationalen Vergleich auf vielen Gebieten eine Spitzenposition, die es auszubauen gilt. Grundlagenforschung bildet die Basis für neue Technologien und ist unverzichtbarer Teil staatlicher Forschungsförderung. Die Grundlagenforschung in Hochschulen und Instituten hat vorrangigen Anspruch auf staatliche Hilfe, zumal sie durch die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses als Träger von Wissen und Können eine wichtige Zukunftsinvestition darstellen.

Die anwendungsorientierte Grundlagenforschung gewinnt immer größere Bedeutung, weil sie uns neue Erkenntnisse, neue Materialien und Verfahren für künftige und innovative Produkte und ein besseres Verständnis komplexer Systeme wie Verkehr, Klima und Ökosysteme ermöglicht.

Die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Forschung mit der Wirtschaft in Deutschland ist insbesondere durch eine stärkere Umsetzung von Grundlagenerkenntnissen in konkrete Anwendungen, insbesondere marktfähige Produkte und Dienstleistungen, zu verbessern. Die Wirtschaft ist aufgerufen, sich neben der produktorientierten Forschung verstärkt der Grundlagenforschung zuzuwenden. Nur so können die deutschen Spitzenleistungen in der Grundlagenforschung mehr als bisher zu einem technologischen Vorsprung führen, der in Wettbewerbsvorteile auf Märkten umzusetzen ist. Dabei hat die Informationstechnologie eine besondere strategische Bedeutung für Wirtschaft und Wissenschaft. Schnelle und leistungsfähige Datennetze sind eine wichtige Infrastrukturinvestition für unseren Standort.

Notwendig ist ein kontinuierlicher, langfristig angelegter Zieldialog zwischen Staat, Wirtschaft und Wissenschaft über Forschungsschwerpunkte und die Einschätzung längerfristiger technologischer Entwicklungslinien mit dem Ziel, Kräfte zu bündeln, längerfristige Perspektiven zu erarbeiten und arbeitsteilig umzusetzen.

83. Der Staat kann und soll technologische Innovationen nicht verordnen. Unternehmen können den Forschungsbedarf zur Entwicklung neuer Techniken und Produkte aufgrund der Marktentwicklung selbst am besten beurteilen. Deshalb sind anwendungsbezogene Forschungen und Innovationen originäre Aufgaben der Wirtschaft. Sie kann durch ein langfristiges technologisches Engagement die Voraussetzungen für ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit und ihren wirtschaftlichen Erfolg sichern. Dabei ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Innovationen häufig wirkungsvoller als der Einsatz öffentlicher Fördermittel. Entbürokratisierung und Deregulierung sind daher von besonderer Bedeutung, damit sich Wissenschaft, Forschung und Technik entfalten.

Wissenschaft und Wirtschaft wachsen international immer weiter zusammen. Staatliche Grenzen werden durch transnationale Forschungs Kooperationen und Unternehmen aufgehoben. Wir müssen die Kräfte auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene bündeln, damit wir in der Lage sind, die weltweiten Herausforderungen zu bestehen. Wir brauchen auch in der Forschungs- und Technologiepolitik die europäische Kooperation.

84. Forschungs- und Technologiepolitik geht weit über die Fragen des Wirtschaftsstandortes Deutschland hinaus. Wissenschaft und Technik prägen unsere Gesellschaft als Ganzes und sind ein wichtiges Gestaltungspotential für die Zukunft. Auftrag und ethische Grenzen ergeben sich aus unserer Verantwortung für die Würde des Menschen und die Bewahrung der Schöpfung.

Energie und Rohstoffe

85. Eine sichere und umweltfreundliche Energie- und Rohstoffversorgung ist Grundlage unserer Wirtschaftsentwicklung und von erheblicher Bedeutung für unsere Standortqualität. Die Industriestaaten tragen aufgrund ihres hohen Energie- und Rohstoffverbrauches auch international eine besondere Verantwortung. Deutschland ist ein rohstoff- und energiearmes Industrieland und deshalb auch aus diesen Gründen besonders auf eine funktionierende weltwirtschaftliche Arbeitsteilung im Rahmen offener Märkte angewiesen. *Wir treten dafür ein, daß in Deutschland mit modernsten Produktions-, Steuerungs- und Kommunikationstechniken der Rohstoff- und Primärenergieverbrauch optimiert und die verschiedenen Primärenergien in einem vernünftigen Energiemix eingesetzt werden. Dabei spielt der Klimaschutz und die Verminderung von CO₂-Belastungen eine besondere Rolle.*

Wir wollen ein Höchstmaß an Effizienz erreichen, damit der Primärenergieeinsatz gesenkt werden kann. Wir wollen die Energiesparmöglichkeiten in Industrie, Verkehr und privaten Haushalten konsequent nutzen. Das ist der beste Weg, um Energieresourcen zu schonen und Umweltbelastungen zu vermeiden. Wir setzen uns ferner dafür ein, die Umweltbelastungen aus der Nutzung fossiler Energieträger zu vermindern. Wir brauchen mehr Nutzenergie bei vermindertem Einsatz von fossilen Primärenergieträgern. Der Preis muß auch hier entscheidender Regelungsfaktor sein.

86. Wir fördern die Erforschung, Entwicklung, Erprobung, Nutzung und Markteinführung neuer regenerativer sowie umweltfreundlicher Energieträger und Energiesysteme. Sie sollen einen möglichst hohen Anteil an der Energiegewinnung erreichen. Wir setzen uns für die verantwortliche Nutzung der Kernenergie ein. *Wir können aus der Nutzung und Erforschung der Kernenergie nicht aussteigen, weil es auf absehbare Zeit keine Energiequellen gibt, die effektiver und klimaschonender arbeiten. Im Rahmen internationaler Umweltpartnerschaft wollen wir das technische Wissen einsetzen, um Kernkraftwerke zu sanieren und ihre Sicherheit zu erhöhen sowie die Abfallstoffe umweltverträglich und sicher zu entsorgen.*

Unsere nationale Rohstoff- und Energiepolitik muß in den Europäischen Binnenmarkt integriert und die Energieversorgung in den neuen Bundesländern an den europäischen Standard herangeführt werden. Durch internationale Verträge abgesichert, müssen wir den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas ebenso wie den Entwicklungs- und Schwellenländern bei der Modernisierung und Entsorgung ihrer energie-technischen Anlagen helfen. Der Technologietransfer in diese Länder ist im Interesse des Umweltschutzes und der internationalen Sicherheit, der Ressourcenschonung und einer nachhaltigen Entwicklung besonders notwendig.

Verkehrspolitik

87. Die Verkehrspolitik hat entscheidenden Einfluß auf die Lebensqualität der Menschen und ihre Mobilität, auf die Belastungen von Natur und Umwelt, auf die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Steigendes Verkehrsaufkommen in den neuen Bundesländern, die Überlastung in den alten Bundesländern, der Europäische Wirtschaftsraum und die Öffnung Mittel- und Osteuropas stellen steigende Anforderungen an die Verkehrswege in Deutschland. Ein leistungsfähiges und vernetztes Verkehrssystem von Schiene, Straße, Wasserstraße und Luftfahrt ist Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und Mobilität. Eine effiziente Verkehrsinfrastruktur ist des-

halb für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland von größter Bedeutung.

Wir wollen die umweltverträglichen Verkehrsmittel Bahn, Schifffahrt und öffentlichen Personennahverkehr ausbauen und stärker als bisher am wachsenden Verkehrsaufkommen beteiligen; zugleich wollen wir die Umweltverträglichkeit des Individualverkehrs fördern. Wir streben auch im Verkehrsbereich ökologisch ehrliche Preise an: Jedes Verkehrsmittel muß so weit wie möglich die Kosten seiner Verkehrswege, aber auch die Kosten der von ihm verursachten Umweltbelastungen tragen. Wir wollen die Anreize und Vorgaben für die Verminderung des Energieverbrauches und der Emissionen stufenweise verschärfen. Wir wollen die vorhandene Verkehrsinfrastruktur durch Vernetzung der Verkehrsträger und Systeme intelligenter Verkehrssteuerung besser nutzen. Diese Maßnahmen dienen auch dem Ziel, verstärkt Verkehr zu vermeiden. Wir wollen den öffentlichen Personennahverkehr weiter ausbauen und fördern. Die Regionalisierung der Planungs- und Finanzverantwortung des öffentlichen Personennahverkehrs verbessert die Voraussetzungen für ein attraktives, bürgernahes Angebot.

Der hohe Investitionsbedarf, insbesondere für die Bereiche Schiene, Straße und Wasserwege, kann nicht allein durch den öffentlichen Haushalt abgedeckt werden. Daher müssen Möglichkeiten der privaten Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur und der Refinanzierung über Nutzungsentgelte genutzt werden. Wir setzen uns für eine europäische Regelung der Verkehrswegekosten ein.

Landwirtschaftspolitik

88. Land-, Forst-, und Ernährungswirtschaft, Wein- und Gartenbau sowie Fischerei sind bedeutende Wirtschaftsfaktoren. Sie sind auch Teil der kulturellen Tradition im ländlichen Raum. Wir wollen eine leistungsfähige, vielfältig strukturierte und umweltverträgliche Landwirtschaft mit bäuerlicher Tradition. Der deutschen Landwirtschaft muß im gemeinsamen europäischen Markt eine wettbewerbsfähige Entwicklung ermöglicht werden. Der sich vollziehende Strukturwandel muß sozial abgefedert und zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit genutzt werden. Unser Leitbild ist der eigenverantwortliche unternehmerische Landwirt. Land- und Forstwirtschaft ist im Familienbetrieb, aber auch in anderen rechtlichen und wirtschaftlichen Formen möglich. Dabei wollen wir ein breit gestreutes Eigentum an Grund und Boden sichern.

Die Reform der EU-Agrarpolitik ist darauf ausgerichtet, die Märkte nachhaltig zu entlasten und die Einkommen der Landwirte zu stabilisieren. Die künftige Agrarpolitik soll sich stärker an den Prinzipien einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft orientieren. Wir setzen auch hier auf das Leistungsprinzip und lehnen Bürokratisierung und übermäßige Einschränkungen der unternehmerischen Freiräume ab.

Die Verankerung der tragenden Elemente der Agrarreform im GATT ist die Voraussetzung für die Zukunftssicherung einer multifunktionalen Landwirtschaft in Europa. Als zentrales Instrument globaler Steuerung kann Europa auch in Zukunft nicht auf einen wirksamen Außenschutz seines Agrarmarktes verzichten.

Die soziale Absicherung der Landwirte und ihrer Familien hat für uns einen hohen Stellenwert. Dabei muß die individuelle Leistungsfähigkeit, eine größere Eigenverantwortung sowie die Mitarbeit der Bäuerin berücksichtigt werden.

Die Landwirtschaft hat auch in Zukunft die primäre Aufgabe, gesunde und hochwertige Nahrungsmittel umweltverträglich zu erzeugen. Neue Chancen und Märkte können für die Land- und Forstwirtschaft bei nachwachsenden Rohstoffen, Freizeitangeboten, Direktvermarktungen oder anderen Marktnischen eröffnet werden. Eine unverzichtbare öffentliche Aufgabe erfüllt die Land- und Forstwirtschaft bei der Pflege und Erhaltung unserer Kulturlandschaft. Besondere Leistungen für einen intensiven Natur- und Landschaftsschutz müssen honoriert und sollten vorrangig über vertragliche Vereinbarungen gestaltet werden.

Wir setzen uns dafür ein, daß die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Tier-, Natur- und Umweltschutz wie andere Wettbewerbsbedingungen auch im gemeinsamen europäischen Markt harmonisiert werden.

Wohnen und Städtebau

89. Ein angemessener Wohnraum für alle ist eine Grundvoraussetzung für den sozialen Frieden. Bei gestiegenen Wohnansprüchen werden die privaten Haushalte einen wachsenden Anteil ihres verfügbaren Einkommens für Wohnraum aufwenden müssen. Öffentliche Hilfe ist dort nötig, wo der Markt für einkommensschwache Haushalte zu wenig oder zu teuren Wohnraum bereithält. Wir wollen durch das einkommensabhängige Wohngeld denen helfen, die marktgerechte Mieten für einen angemessenen Wohnraum nicht aus eigenem Einkommen zahlen können. Die Kommunen müssen die Wohnungsbestände nutzen, die ihnen zur Verfügung stehen, und im übrigen durch Ankauf oder Anmietung von Belegungsrechten an sonstigen Wohnungen ihrer sozialpolitischen Pflicht nachkommen. Die soziale Gerechtigkeit verlangt, daß die Fehlbelegung von Sozialwohnungen abgebaut und abgeschöpft wird.

Der private Wohnungsbau muß als Kapitalanlage wieder interessant werden. Wir streben an, die Objektförderung im Wohnungsbau zu vermindern und schrittweise zur Subjektförderung überzugehen bei einer grundlegenden Überprüfung und Umstrukturierung des staatlichen Förderinstrumentariums.

Dabei wollen wir insbesondere für Familien mit Kindern die Schaffung von Wohneigentum weiterhin fördern und sozial gerecht gestalten.

Wir verkennen nicht die Probleme, die bei der marktwirtschaftlichen Neuorientierung der Wohnungswirtschaft in den neuen Bundesländern entstanden sind. Die notwendige Anpassung der Mieten an die tatsächlichen Wohnkosten muß schrittweise geschehen und wo nötig sozial wirksam unterstützt werden. Daneben darf der Wohnungsneubau nicht vernachlässigt werden. In den neuen Bundesländern besteht bei der Wohneigentumsbildung großer Nachholbedarf. Neben der Schaffung neuer Eigenheime muß auch die Privatisierung vorhandener Mietwohnungen vorangetrieben werden.

Wir brauchen für den Wohnungsbau mehr Bauland, abgesenkte Baustandards und Bauvorschriften, verkürzte Fristen und Genehmigungserleichterungen. Wir treten der Spekulation mit Grund und Boden entschieden entgegen; besonders in Ballungsräumen und innerstädtischen Gebieten erfordert die Sozialpflichtigkeit des Eigentums Maßnahmen, vorhandenes Bauland verfügbar zu machen. Für den Bau neuer Wohnungen ist ein marktwirtschaftliches Konzept notwendig, das durch eine hinreichende Wirtschaftlichkeit für Investitionen und verfassungsrechtlich abgesicherte Verfügbarkeit über das Eigentum gekennzeichnet sein muß.

90. Deutschland weist eine große Vielfalt an städtischen und ländlichen Lebensräumen auf. Wie sich unser Wirtschaftsstandort behaupten wird, hängt auch davon ab, ob unsere Städte und Regionen attraktive Angebote für Unternehmen, ihre Mitarbeiterschaft und deren Familien machen können. Wir wollen die eigenständige Entwicklung des ländlichen Raumes fördern. Die großen Städte und die Ballungszentren stehen vor erheblichen Belastungen. Unsere Städtebaupolitik will die Lebensqualität für die Menschen verbessern, mit überschaubaren Lebensräumen der Anonymität entgegenwirken und das Zusammenleben der Generationen erleichtern. Dazu gehören auch familien- und altersgerechter Wohnraum sowie eine kinderfreundliche Umfeld-Gestaltung.

Für den Ausgleich zwischen sozialen und ökologischen Belangen ist die Ausgewogenheit von bebauten Flächen und Grünanlagen, Wohngebieten und Einkaufsbereichen, Durchgangsverkehr und verkehrsberuhigten Zonen, Arbeits- und Freizeitangeboten notwendig. Denkmalschutz und Denkmalpflege sind selbstverständliche Teile unserer Städtebau- und Kulturpolitik. Die Instandsetzung und Modernisierung der Infrastruktur sowie die Sanierung der Städte in den neuen Bundesländern muß Vorrang haben, damit dort die städtischen Lebensbedingungen verbessert und gleichzeitig der wirtschaftliche Aufbau unterstützt werden.

3. SOZIALE GERECHTIGKEIT SICHERN - DEN SOZIALSTAAT UMBAUEN

Aufgaben und Prinzipien einer erfolgreichen Sozialpolitik

91. Die Sozialpolitik hat seit dem 19. Jahrhundert beeindruckende Erfolge erzielt. Sie stand zunächst im Banne des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit. Durch sozialpolitische Maßnahmen wurde dieser entschärft und die Lage der Arbeitnehmer wesentlich verbessert. Wir Christliche Demokraten haben die soziale Ordnung unseres Landes maßgeblich mitgestaltet und geprägt. Die Lösung sozialer Probleme ist und bleibt für uns zentrale Verpflichtung.

Wir haben uns mit der Neuen Sozialen Frage als erste politische Kraft der Herausforderungen angenommen, die sich in unserer Gesellschaft aus dem Konflikt zwischen organisierten und nichtorganisierten Interessen, zwischen Erwerbstätigen und nicht im Berufsleben Stehenden ergeben. Die nichtorganisierten - alte Menschen, Eltern, Kinder, Alleinerziehende, Behinderte, Pflegebedürftige, Arbeitslose, nicht mehr Arbeitsfähige und andere - unterliegen häufig im Verteilungskampf den organisierten Interessen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind in mächtigen Verbänden organisiert. Sie haben wesentlich zum sozialen Frieden und zur Leistungsfähigkeit unserer Wirtschafts- und Sozialordnung beigetragen. Sie treten aber nicht nur gegeneinander an, sondern behaupten ihre spezifischen Interessen auch gegen andere, schwächere Bevölkerungsgruppen und die Gemeinschaft. Der Staat als Anwalt des Gemeinwohls hat die Aufgabe, die Machtlosen und Minderheiten im Wettstreit um die materiellen und immateriellen Güter zu schützen und ihre Rechte wahrzunehmen.

92. Zu den wichtigsten Aufgaben unserer Sozialpolitik gehören:

- der Schutz vor Armut und Not, um allen ein menschenwürdiges Leben zu sichern;
- eine durch Solidargemeinschaften gesicherte Vorsorge und Absicherung von existenziellen Risiken, die der einzelne nicht tragen kann;

- die Stärkung der Eigenverantwortung und die Hilfe zur Selbsthilfe;
- die Bewahrung des sozialen Friedens und die Förderung von Gerechtigkeit und sozialem Ausgleich.

Ziel unserer Sozialpolitik ist es, nach den Prinzipien Solidarität und Subsidiarität den einzelnen in den Stand zu setzen, aus eigener Kraft sein Leben in die Hand zu nehmen und über seinen Lebensweg in Freiheit und eigener Verantwortung zu bestimmen.

Zukunftsorientierte Sozialpolitik will vorbeugen, will Wirtschaftlichkeit und Humanität verbinden. In den vergangenen Jahrzehnten sind der Gemeinschaft viele Leistungen aufgebürdet worden, die der einzelne heute selbst erbringen kann. Staatliche Sozialleistungen müssen auf die wirklich Hilfsbedürftigen konzentriert werden. Deshalb treten wir dafür ein, soziale Leistungen, die nicht durch eigene Beiträge, sondern aus Steuermitteln finanziert werden, künftig grundsätzlich nur noch einkommens- und vermögensabhängig zu gewähren und im gesamten Bereich der Sozialpolitik stärker Eigenvorsorge, Eigenverantwortung und Selbstbeteiligung zu verwirklichen. Durch eigene Leistungen oder Aufopferung für die Gemeinschaft erworbene Rechtsansprüche verdienen besonderen Schutz. Wie in allen Bereichen der Politik muß auch in der Sozialpolitik die Frage nach den Prioritäten immer wieder neu gestellt werden. Wer neuen Aufgaben nachkommen will, muß Altleistungen auf den Prüfstein stellen. Um neue Aufgaben erfüllen und die Folgen der demographischen Entwicklung bewältigen zu können, brauchen wir neuen Handlungsspielraum, den wir nicht durch Beitrags- oder Steuererhöhungen, sondern durch Umschichtungen gewinnen wollen. In diesem Sinne ist nicht der Ausbau, sondern der Umbau des Sozialstaates unsere Aufgabe.

Mit der Vollendung der Europäischen Union wird nicht nur die Wirtschafts- und Währungsunion, sondern auch die europäische Sozialunion verwirklicht. Das bedeutet, daß in wichtigen Bereichen der Sozialpolitik einheitliche Mindeststandards europaweit verankert werden müssen. Dies bietet allen Mitgliedsstaaten die Chance, im Wettbewerb untereinander darüber hinausgehende Verbesserungen und differenzierte Lösungen zu entwickeln. Wir streben dabei an, unseren hohen Standard sozialer Sicherung auch innerhalb der Europäischen Union zu bewahren.

93. Viele wichtige Leistungen werden in unserer Gesellschaft ehrenamtlich erbracht. Ehrenamtliche Leistungen und Selbsthilfeinitiativen tauchen zwar nicht im Bruttosozialprodukt auf, sie sind aber dennoch von wichtiger Bedeutung für das Zusammenleben in unserem Land. Auch die beste staatliche Sozialordnung kann auf die Zuwendung und Hilfe von Mensch zu Mensch, auf praktizierte Nächstenliebe nicht verzichten. Verbände, Vereine und Initiativen können in der Tradition der deutschen Wohlfahrtspflege soziale Aufgaben besser und bürgernäher erledigen.

Deshalb werden wir Christliche Demokraten eine neue Kultur des Helfens fördern. Die Bereitschaft zu Selbsthilfe und Ehrenamt kann der Staat nicht „produzieren“. Allerdings kann und muß der Staat die Bereitschaft zu Selbsthilfe und Ehrenamt wecken und unterstützen. Dazu muß klar sein, daß Selbsthilfe und Ehrenamt der qualitativen Verbesserung des Sozialstaates und nicht einem Abbau von Leistungen dienen. Zur Unterstützung des Ehrenamtes sind alle politischen Ebenen gefordert.

Ein besonderes, weites Feld öffnet sich hier für eine gemeindenahe Sozialpolitik. Durch Unterstützung von Selbsthilfegruppen sowie durch Treffpunkte der Hilfsbereitschaft, Sozialstationen und andere Einrichtungen kann sie dafür sorgen, daß Hilfsbedürftige und Hilfsbereite leichter zueinander finden. Wir wollen die Voraussetzungen

verbessern, um die Bereitschaft und die Fähigkeit der Menschen zur solidarischen Unterstützung des Nächsten zu fördern. Hierzu gehört auch eine bessere Anerkennung ehrenamtlich geleisteter Dienste.

Arbeitsmarktpolitik

94. Der untrennbare Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Sozialordnung erweist sich vor allem bei dem Bestreben, möglichst vielen Menschen Arbeit zu ermöglichen. Arbeit ist die Grundlage individueller und gesellschaftlicher Existenz, damit ein wesentlicher Bestandteil des menschlichen Lebens und Möglichkeit der personalen Entfaltung. Deshalb streben wir Vollbeschäftigung an. Sie ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Ziel, dem der Staat durch Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen und die Tarifpartner in besonderer Verantwortung verpflichtet sind.

Arbeitslosigkeit bedeutet für viele Betroffene nicht nur Verlust beim Einkommen, sondern häufig soziale Isolierung und Verlust an Perspektiven. Insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit bedeutet für viele Menschen einen Verlust an Selbstwertgefühl, Lebensstandard und Lebensqualität. Die beste Politik für den Arbeitsmarkt ist die Schaffung dauerhafter und wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze durch Investitionen. Um Arbeitslosigkeit zu verringern, muß sich die Entwicklung der Löhne und Gehälter an der Entwicklung der Produktivität orientieren. Wir brauchen eine differenzierte Tarifpolitik in Branchen und Regionen sowie Möglichkeiten, im Rahmen von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen stärker den betrieblichen Besonderheiten und Bedürfnissen Rechnung tragen zu können. Wir treten für die Förderung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze in privaten Haushalten ein. Wir brauchen mehr Teilzeitarbeit. Hierbei müssen betriebliche Erfordernisse und familiäre Bedürfnisse berücksichtigt werden.

95. Die grundlegende Umstellung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern nach den Jahrzehnten sozialistischer Mißwirtschaft, verschleppter Strukturwandel, Starrheiten im Beschäftigungssystem und unzureichende Innovationen haben zum dauerhaften Verlust vieler Arbeitsplätze, insbesondere für Frauen, geführt. Um den Strukturumbuch zu begleiten, müssen arbeitsmarktpolitische Instrumente verstärkt eingesetzt werden. Dabei ist Maßnahmen, die zu volkswirtschaftlicher Wertschöpfung führen, gegenüber rein konsumptiven Transferleistungen der Vorzug zu geben. Besonderes Augenmerk muß der Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen gelten.

Strukturwandel und Arbeitsmarktpolitik gehen Hand in Hand. Eine erfolgsorientierte Arbeitsmarktpolitik ist dezentral und flexibel. Sie verlangt eine ständige Koordination der eingesetzten Instrumente.

Bei allen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen muß das Ziel verfolgt werden, einer möglichst großen Zahl von Arbeitslosen eine Beschäftigungsmöglichkeit zu geben und die Anreize für einen Wechsel in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis zu stärken. Eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung des Strukturwandels kommt den Unternehmern zu. Die Tarifpartner sind aufgefordert, dem besonderen Charakter von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Rechnung zu tragen und spezielle niedrigere Tarife dafür zu vereinbaren. Das gilt auch zur Verbesserung der Chancen von Langzeitarbeitslosen; dazu sind Einstiegstarife erforderlich, die eine Bezahlung unterhalb der regulären Tarife ermöglichen. Wir treten ferner dafür ein, Arbeitslosen Beschäftigungsmöglichkeiten auf freiwilliger Basis zu eröffnen, wobei Arbeitslosen-

geld bzw. Arbeitslosenhilfe fortgezahlt und ein angemessener Zuschlag für Mehraufwendungen gewährt wird.

Mitbestimmung

96. Mitbestimmung und Mitwirkung der Arbeitnehmer in Betrieben und Unternehmen sind für uns eine unverzichtbare Grundlage unserer Wirtschafts- und Sozialordnung und Ausdruck christlich-sozialen Gedankenguts. Die Würde des arbeitenden Menschen verlangt seine Teilhabe an Entscheidungen, die die Bedingungen für seine Arbeitswelt setzen. Die Mitverantwortung der Beschäftigten hat wesentlich zum Erfolg der deutschen Wirtschaft sowie zu Stabilität und sozialem Frieden beigetragen. Die in Deutschland bewährte Mitbestimmung soll in der Europäischen Union beibehalten werden. Die zunehmende internationale Verflechtung der Wirtschaft erfordert, daß in den europaweit tätigen Unternehmen im Ausland grenzüberschreitende Arbeitnehmervertretungen mit Unterrichts- und Beratungsrechten gebildet werden.

Humanität und Flexibilität im Arbeitsleben

97. Im Mittelpunkt des Arbeitsprozesses steht der Mensch. Deshalb müssen menschenwürdige Arbeitsbedingungen sowie der Arbeits- und Umweltschutz ständig weiterentwickelt werden. Technischer Fortschritt bietet neue Möglichkeiten für die Humanisierung der Arbeitsbedingungen. Der Mensch ist für uns nicht Diener der Maschine. Gruppen- und Teamarbeit ermöglichen menschliche Kontakte und eröffnen neue Mitwirkungschancen. Humane Arbeitsbedingungen, Arbeitsschutz und Mitwirkungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz müssen verstärkt als wichtige Voraussetzungen für den Unternehmenserfolg begriffen werden.

Wir erwarten von den Tarifpartnern eine neue Flexibilität in der Gestaltung der Arbeitszeiten. Hierbei müssen betriebliche Erfordernisse ebenso berücksichtigt werden wie die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir wollen mehr Flexibilität bei der Bestimmung der Tages-, Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit ermöglichen und die Übergänge zwischen den Lebensbereichen und -phasen fließender gestalten. Der öffentliche Dienst muß seine Vorbildfunktion im Angebot und der Gestaltung flexibler Arbeitszeiten wahrnehmen. Sonn- und Feiertage sind grundsätzlich arbeitsfrei zu halten.

Soziale Sicherungssysteme

98. Unser Sozialversicherungssystem hat großen Anteil am sozialen Frieden und an der Verwirklichung der sozialen Einheit in unserem Land. Wir treten dafür ein, grundsätzlich alle Dauerarbeitsverhältnisse der Sozialversicherungspflicht zu unterwerfen. Wir lehnen eine allgemeine Staatsbürgerversorgung ab. Sie widerspricht dem Grundprinzip der eigenen Vorsorge durch Beiträge und macht den einzelnen unzumutbar von den Entscheidungen des Staates abhängig. Grundlage der Beitragsbemessung bleibt das Arbeitseinkommen.

Wir werden auch in Zukunft die Versorgung derer sichern, die für die Gemeinschaft ihr Leben eingesetzt und Schaden an ihrer Gesundheit genommen haben. Dieses gilt auch für deren Hinterbliebene und Angehörige. Auch die Sozialhilfe ist ein unentbehrlicher Bestandteil der sozialen Sicherung. Sie tritt dort ein, wo andere Institutionen unserer sozialen Sicherung Schicksalsfälle des Lebens nicht abdecken können. Aufgabe der Sozialhilfe ist es, dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht.

Wir halten an der gegliederten sozialen Sicherung fest. Sie verbindet Solidarität und Subsidiarität. Neben der Sozialversicherungspflicht muß künftig mehr Raum für eigenverantwortliche Sicherungen, insbesondere privater und betrieblicher Art, geschaffen werden. Deshalb darf die Fähigkeit zur Eigenvorsorge nicht durch übermäßige Belastung der Einkommen mit Steuern und Sozialabgaben beeinträchtigt werden. Wir wollen alles tun, um die Beitragsbelastung für die Sozialversicherungen unter Ausschöpfung aller Wirtschaftlichkeitsreserven und Einsparmöglichkeiten zu begrenzen.

99. Um die Funktionsfähigkeit unserer sozialen Leistungssysteme langfristig zu erhalten und die soziale Sicherung des einzelnen gewährleisten zu können, müssen wir grundlegende Korrekturen vornehmen. Nicht jedes Lebensrisiko kann gemeinschaftlich abgesichert werden. Nicht der Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, sondern der Umbau muß daher unser Ziel sein. Neben der stärkeren Förderung und Forderung von Eigenverantwortung, Eigenvorsorge und Selbstbeteiligung wollen wir das Versicherungsprinzip stärken; unsere Sozialversicherung muß schrittweise von den Aufgaben finanziell befreit werden, die gesamtstaatlicher Natur sind und über Steuermittel finanziert werden müssen.

100. Unser Rentenversicherungssystem beruht auf der Solidarität zwischen den Generationen. Um den Mehrgenerationenvertrag zu sichern, treten wir für eine familienfreundliche Gesellschaft und familienfreundliche Maßnahmen, insbesondere im Steuer- und Sozialversicherungsrecht, ein; wir wollen die durch die Kindererziehung entstehenden Mehrfachbelastungen von Eltern ausgleichen und Zeiten der Kindererziehung als Beitragsleistung im Rentensystem stärker als bisher anerkennen.

Die Rentenversicherung muß beitrags- und damit leistungsbezogen bleiben. Sie schafft Rechtspositionen und damit ein Stück Freiheit für jeden. Die Rentenbezüge sind gebunden an die Leistungskraft der im Erwerbsleben stehenden Generation. Wir halten an der Kopplung der Renten an die Entwicklung des verfügbaren Lohnes der Arbeitnehmer und damit des Wohlstandes in unserem Lande fest. Voraussetzung für eine verlässliche Altersversorgung sind eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, ein hoher Beschäftigungsstand und eine leistungs- und sachgerechte Ausgestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung.

Aufgrund der demographischen Entwicklungen werden weitere Anpassungen im Rentenrecht notwendig sein. Die erworbenen Rentenansprüche bleiben gesichert; die wirtschaftliche Entwicklung und die Zahl der Erwerbstätigen sind entscheidend dafür, welchen Beitrag das bisherige Rentensystem für die nächste Generation zur Alterssicherung leistet. Wachsende Bedeutung kommt der privaten Altersvorsorge zu, darunter der betrieblichen Vorsorge; wir wollen sie fördern. Auch die schrittweise Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist ein Element, um der demographischen Entwicklung und der zunehmenden Lebenserwartung der Bevölkerung Rechnung zu tragen.

Gesundheit und Pflege

101. Die Gesundheit ist ein hohes Lebensgut. Die Chancen, gesund zu bleiben oder zu werden, müssen für jeden gleich groß sein, ohne Rücksicht auf seine finanzielle und soziale Situation. Staatlicher Regelungsbedarf bezieht sich vorrangig auf die Rahmenbedingungen. Die Krankenversorgung selbst kann grundsätzlich von privaten Trägern übernommen werden. Freie Arztwahl und freiberufliche Ärzte gehören zum Kern eines freiheitlichen Gesundheitswesens.

Gesundheitspolitik soll dazu beitragen, Krankheiten zu verhüten. Wir setzen daher auch auf die Weiterentwicklung der Vorsorge und der Gesundheitserziehung, denn die Erhaltung der Gesundheit liegt vorrangig in der Verantwortung des einzelnen. Durch Information und Anreize im Versicherungssystem wollen wir zu einer gesundheitsbewußten Lebensführung, zur frühzeitigen Nutzung von Vorsorgemaßnahmen und zur aktiven Beteiligung an Therapie und Genesung beitragen. Große Bedeutung kommt der Rehabilitation zu, die der Wiederherstellung der Gesundheit und Selbständigkeit des Patienten dient und Vorrang vor der Pflege hat. Suchtprävention ist eine gemeinsame Aufgabe der Gesundheits-, Sozial-, Familien- und Schulpolitik, der wir neben dem Ausbau von Therapieangeboten hohe Bedeutung zumessen.

Neue medizinische Möglichkeiten der Diagnose und Therapie eröffnen bessere Hilfe und mehr Lebensqualität für viele Menschen. Wir setzen auf den Fortschritt der Medizin bei der Bekämpfung noch unheilbarer Krankheiten und Leiden. Wir müssen die Entwicklung wirksamer Verfahren, Instrumente und Heilmittel fördern und für den breiten Zugang zu den medizinisch-technischen Möglichkeiten sorgen. Wir treten auch für die Anerkennung und Förderung von Naturheilverfahren und Naturheilmitteln ein, die das herkömmliche ärztliche Fachwissen sinnvoll ergänzen.

102. Wir dürfen nicht vergessen, mit Krankheit, Leiden und Sterben in unserer Gesellschaft human umzugehen. Sie gehören zum menschlichen Leben in seiner Endlichkeit und Unvollkommenheit, die wir nicht verdrängen dürfen. Falsche Machbarkeitsvorstellungen entsprechen einem verzerrten Bild vom Menschen. Für uns gilt die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens auch an seinem Beginn und seinem Ende. Wir begrüßen und unterstützen die Hospiz-Bewegung und die sozialen Dienste, die durch ihre Begleitung Menschen ein Sterben in Würde ermöglichen.

Unser Gesundheitssystem lebt von den Menschen, die in den medizinischen und pflegerischen Berufen ihren Dienst am Nächsten und für die Gemeinschaft leisten. Die Ausübung dieser Berufe erfordert eine hohe Qualifikation, Verantwortungsbeußtsein und Zuwendungsbereitschaft. Wir setzen uns für eine Ausbildung ein, die auch die ethische Dimension verstärkt einbezieht.

103. Die gesetzliche Krankenversicherung gehört zu den unverzichtbaren Institutionen der sozialen Sicherung. Die zunehmende Lebenserwartung sowie der demographische Wandel, aber auch noch bestehende Fehlsteuerungen erfordern weitere Maßnahmen zur Begrenzung ihrer Ausgaben. Dabei muß die gewachsene Fähigkeit der Versicherten zur Selbstverantwortung stärker in Anspruch genommen werden. Eine Neuordnung des Leistungskataloges wird stärker differenzieren müssen, welche Leistungen weiterhin aus gesundheits- und sozialpolitischer Sicht durch die gesetzliche Krankenversicherung und welche vom einzelnen übernommen werden und in welchem Umfang Selbstbeteiligungen notwendig sind. Zugleich wollen wir mehr Möglichkeiten zur eigenverantwortlichen Gestaltung des Versicherungsschutzes schaffen und die Strukturen des Gesundheitssystems so gestalten, daß alle Beteilig-

ten ein Eigeninteresse an einer humanen, effizienten und kostengünstigen Gesundheitsversorgung haben. Der Wettbewerb sowohl zwischen den Krankenversicherungen als auch zwischen den Leistungsanbietern muß gestärkt werden.

104. Wir Christliche Demokraten setzen im Rahmen des Umbaus des Sozialstaates mit der Pflegeversicherung einen weiteren Meilenstein in der Sozialpolitik. Pflegebedürftigkeit ist ein Risiko, das jeden betreffen kann, ohne daß jeder in der Lage wäre, die entsprechende Vorsorge leisten zu können. Deshalb ist die solidarische Absicherung dieses Risikos durch eine allgemeine Pflegeversicherung erforderlich. Die Leistungen der Pflegeversicherung sollen insbesondere die häusliche Pflege fördern. Ergänzende private Vorsorgeleistungen auf freiwilliger Basis sind notwendig und staatlich zu begünstigen. Bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit ist die Wahrung der Würde des Menschen oberstes Gebot.

KAPITEL IV FÜR EINEN FREIHEITLICHEN STAAT

1. DIE DEMOKRATIE FESTIGEN

Die Handlungsfähigkeit des Staates sichern

105. Der Staat dient der Freiheit und Würde des Menschen. Er bezieht seine Autorität aus seiner Bindung an die unveräußerlichen Grundrechte der Bürger. Unser freiheitlicher, demokratischer und sozialer Rechtsstaat bildet die Grundlage für die Sicherung der Freiheitsrechte aller Deutschen. Damit unser Staat seine

eigentlichen Aufgaben erfüllen kann, darf er weder mit Anforderungen überfrachtet werden noch Aufgaben behalten oder an sich ziehen, die andere gemäß dem Subsidiaritätsprinzip ebensogut erfüllen können. Seine Aufgaben sind vor allem:

- die Grundrechte des Bürgers zu schützen und Mißbrauch von Macht zu verhindern;
- den Bürger vor Gefährdungen von innen und außen zu schützen und der internationalen Verantwortung für Freiheit und Frieden nachzukommen;
- die Schwachen zu schützen und für die solidarische Absicherung von Risiken zu sorgen, die der einzelne nicht tragen kann;
- die für das menschliche Zusammenleben unerläßliche Ordnung zu erhalten und fortzuentwickeln;
- die freiheitliche Vielfalt der gesellschaftlichen Kräfte zu wahren und Minderheiten zu schützen;
- die natürlichen Lebensgrundlagen für uns und zukünftige Generationen zu erhalten und zur Bewahrung der Schöpfung beizutragen.

Wo immer möglich, sollten öffentliche Aufgaben durch Private und freie Träger erfüllt werden. Wir wollen das Prinzip der Subsidiarität wieder stärker zur Geltung bringen. Nur so können wir die Handlungsfähigkeit des Staates stärken und zugleich mehr Freiräume der Selbstverantwortung und Mitverantwortung von einzelnen und Gruppen ermöglichen.

Wir lehnen einen Staat ab, der alle Lebensbereiche der Menschen reglementiert. Wir wenden uns gegen die Überbürokratisierung der Verwaltung und die Überregulierung durch Gesetze und Verordnungen. Ein funktionierender bürgernaheer Staat ist ohne loyalen öffentlichen Dienst nicht denkbar. Das Miteinander von Beamten und Arbeitnehmern hat sich bewährt. Das Berufsbeamtentum bleibt für die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben unverzichtbar. Das öffentliche Dienstrecht muß aber flexibler und leistungsorientierter gestaltet werden.

Staatsbürgerbewußtsein im demokratischen Gemeinwesen

106. Unser freiheitlicher Staat kann nur durch das Engagement seiner Bürger bestehen. Aus Rechten, die nur der Staat garantieren kann, folgen Pflichten des Bürgers gegenüber dem Gemeinwesen. Loyalität, Rechtsgehorsam und friedliches Miteinander zeichnen den Staatsbürger ebenso aus wie Mündigkeit, Urteilstärke und freie Mitwirkung.

Jeder einzelne trägt Mitverantwortung für das Gemeinwohl. Bürgersinn und Verantwortungsbewußtsein erweisen sich am Arbeitsplatz, in der Familie und Nachbarschaft, im Dienst am Nächsten, im Einsatz auf politischer, karitativer und sozialer Ebene sowie in gemeinnützigen Vereinen. Ehrenamtliche Tätigkeiten sind ein unverzichtbarer Beitrag zum Gemeinwohl. Solches Engagement darf nicht zu unzumutbaren finanziellen Belastungen führen. Wir wollen möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zum verantwortungsbewußten Engagement für unser demokratisches Gemeinwesen ermutigen.

Grundlage für das Zusammenleben der Menschen in unserem Staat ist das Grundgesetz, das sich bewährt hat. Auf diesem Fundament hat sich die staatlich geteilte Nation in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat vereint. Das Grundgesetz beruht auf gemeinsamen Wertüberzeugungen, die christlichen Ursprungs sind. Sie im Bewußtsein zu halten und zu schützen, verstehen wir als eine vorrangige Aufgabe von Staat und Bürgergemeinschaft. Der Staat hat die Pflicht, Angriffe auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung entschieden abzuwehren.

Unsere parlamentarische Demokratie braucht Volksparteien

107. Wir verstehen unsere Demokratie als eine dynamische, fortzuentwickelnde politische Ordnung, die aus der Mitwirkung der Bürger erwächst und ihre Freiheit durch die Verteilung und Kontrolle der Macht sichert. Die parlamentarische Demokratie ist ein System des Interessenausgleichs, der friedlichen Konfliktregelung und des Ausbalancierens politischer Kräfte. Sie verbindet politische Führung mit der Rechenschaftspflicht gegenüber dem Volk, das in den Wahlen Vertrauen ausspricht oder entzieht. Die repräsentative Demokratie hat sich bewährt und wesentlich zur Stabilität unseres Gemeinwesens beigetragen. Sie schließt Elemente unmittelbarer Demokratie nicht aus. Diese können das repräsentative System vor allem auf den regionalen Ebenen sinnvoll ergänzen. Volksentscheide auf Bundesebene lehnen wir dagegen ab.

Die politischen Parteien tragen eine besondere Verantwortung für Gesellschaft und Staat. Sie sind unersetzbare Elemente jeder parlamentarischen Demokratie: Sie greifen gesellschaftliche Anliegen und politische Fragen auf, tragen zur politischen

Willensbildung bei und bringen die Ergebnisse in die Parlamente ein; sie stellen Kandidaten für Parlament und Regierung. Politische Parteien erfüllen ihren Auftrag in einer pluralen Gesellschaft, wenn sie im Wettbewerb um die Regierungsverantwortung klare sachliche und personelle Alternativen zur Entscheidung stellen. Parteien und Politiker haben für den erfolgreichen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland einen unverzichtbaren Beitrag geleistet. Wer sich in einer demokratischen Partei für unser Gemeinwesen engagiert, verdient Anerkennung. Ohne dieses Engagement kann unsere Demokratie nicht verwirklicht werden.

In der Volkspartei CDU finden sich Frauen und Männer aus verschiedenen Landesteilen, Berufen und Altersgruppen mit unterschiedlichen Belangen und Perspektiven aufgrund gemeinsamer politischer Grundüberzeugungen und Ziele zusammen. Als Volkspartei sind wir in der Lage, die unterschiedlichen Interessen aus allen Schichten unseres Volkes zu bündeln und auf das Wohl aller hin auszurichten. Der Prozeß der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in der Volkspartei, der sich nach den Grundsätzen innerparteilicher Demokratie vollzieht, erleichtert den demokratischen Prozeß insgesamt und entschärft drohende Konflikte in der offenen Gesellschaft. Parteien, die sich als bloße Interessenvertretung bestimmter Schichten oder Gruppen verstehen, sind dazu nicht in der Lage.

108. Wie alle gesellschaftlichen Organisationen tendieren auch Parteien zur Verfestigung ihrer Strukturen und zur Ritualisierung ihrer Entscheidungsvorgänge. Wir sehen die Gefahr, daß sich Parteien und Bürger entfremden, wenn politische Fragen nur noch unter dem Gesichtspunkt des Machterhalts oder Machtgewinns beurteilt werden. Für uns ist die sachlich und ethisch verantwortete Entscheidung wichtiger als der Gewinn von Gremienmehrheiten und Machtpositionen. Die politische Willensbildung muß von Fairneß und Toleranz, von Kompromißfähigkeit und Transparenz, aber auch von Grundsatztreue getragen sein. Politische Glaubwürdigkeit beruht letztlich auf Verlässlichkeit und Offenheit.

Wir in der CDU verstehen es als eine ständige Aufgabe, unsere Partei so zu gestalten, daß unsere Mitglieder und alle interessierten Bürger gute Mitwirkungschancen haben. Wir wollen neue Wege der innerparteilichen Demokratie beschreiten. Insbesondere soll angestrebt werden, daß sich alle Mitglieder an der innerparteilichen Willensbildung direkt beteiligen können. Wir werben auch um die Mitarbeit von Persönlichkeiten, die nicht Parteimitglied sind und die wegen ihrer Integrität, ihrer Kompetenz und Einsatzbereitschaft anerkannt sind. Wir wollen die Bürger auch für projektbezogene, zeitlich und thematisch begrenzte Mitwirkungsmöglichkeiten innerhalb der CDU gewinnen. Wir erwarten von unseren Amts- und Mandatsträgern eine eigenständige Position und Unabhängigkeit von Interessengruppen, geistige Selbständigkeit, Urteilsfähigkeit und Widerstandskraft gegen jeden Opportunismus ebenso wie Ehrlichkeit und Integrität. Um eine politische Mitwirkung möglichst vielen zu gewährleisten, muß eine sachlich ungerechtfertigte Anhäufung von Ämtern und Mandaten ausgeschlossen werden.

Wir treten für eine bürgernahe Politik ein und wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken. Wir anerkennen und unterstützen das ehrenamtliche politische Engagement vieler Frauen und Männer in Städten, Gemeinden und Kreisen, die ihre Freizeit opfern. Kommunalpolitische Entscheidungen sollen - soweit wie möglich - das Votum der Bürger einbeziehen. Wir suchen das Gespräch und die Zusammenarbeit mit den gesellschaftlich bedeutenden Kräften wie Vereinen, Verbänden und Kirchen. Wir

wollen verstärkt mit freien Gruppen und Initiativen zusammenarbeiten, die sachkundig und verantwortungsbewußt das öffentliche Leben mitprägen, und sie ermuntern, Mandate und Ämter in Verantwortung für die CDU zu übernehmen.

Wir wollen, daß sich die politischen Parteien aus Institutionen und Gremien zurückziehen, für die ihnen kein politisches Mandat und kein Auftrag zur demokratischen Legitimation zukommen. Zu unserem Verständnis von Politik gehört es, auch ihre Grenzen anzuerkennen. Wir wollen unsere Kraft auf die Aufgaben konzentrieren, bei denen wir als politische Partei gefordert sind.

Politik für das Gemeinwohl

109. Unsere plurale Gesellschaft ist durch eine Vielfalt von Meinungen und Interessen geprägt. Wir bejahen und fördern den Pluralismus, der Freiheit und Vielfalt bedeutet und eine Grundbedingung für unsere lebendige Demokratie ist. Wir verstehen es als Aufgabe der Politik, die berechtigten Belange von einzelnen und Gruppen gegeneinander abzuwägen, die Leistungsfähigkeit des Ganzen zu berücksichtigen und die politischen Interessen und Ziele des Gemeinwesens zu bestimmen.

Politisches Handeln darf nicht bestimmt sein von der kurzfristigen Befriedigung von Einzel- und Gruppeninteressen, deren Summe nicht schon das Gemeinwohl ergibt, sondern muß geleitet werden von der dauerhaften Gesamtverantwortung für unser Volk. Nur so kann es auch den Belangen von nichtorganisierten Gruppen und der zukünftigen Generationen gerecht werden. Eine verantwortungsbewußte Politik muß notwendige Entscheidungen auch gegen Widerstände in der öffentlichen Meinung zu treffen bereit sein.

Wir Christliche Demokraten sind dem Gemeinwohl verpflichtet. Das Gemeinwohl ist keine von vornherein feststehende Größe, sondern muß im gerechten Ausgleich der Interessen aller immer wieder neu ermittelt werden. Die Rückkoppelung von Meinungen und Interessen an die leitende Idee des Gemeinwohls ermöglicht es, die verschiedenen Bedürfnisse zu prüfen, in politisches Handeln umzusetzen oder auch zurückzustellen.

110. Verbände gehören zu einer freien Gesellschaft. Sie bestimmen ihre Aufgaben im Rahmen der Verfassung selbständig. Die Prinzipien der Demokratie müssen auch für die innerverbandliche Verfassung gelten. Wir bejahen die Freiheit der gesellschaftlichen Vereinigungen und Verbände auch dann, wenn sie tief in die Belange des ganzen Volkes eingreifen. Verbandsmacht findet aber am Gemeinwohl ihre Grenze. Für die Sozialpflichtigkeit aller Formen von gesellschaftlichen Machtpositionen Sorge zu tragen, verstehen wir als Aufgabe des demokratischen Staates.

2. DEN FÖDERALEN RECHTS- UND SOZIALSTAAT SICHERN

Der inneren Sicherheit im Rechtsstaat Priorität geben

111. Der demokratische Rechtsstaat schützt jeden Bürger vor Willkür. Im Rechtsstaat kann sich auch der Schwächere behaupten, weil Konflikte nicht nach dem Willen des Stärkeren, sondern nach Gesetz und Recht entschieden werden. Freiheitlichkeit und

Autorität unseres Staates sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Leib, Leben, Eigentum und die natürlichen Lebensgrundlagen müssen als zentrale Rechtsgüter wirkungsvoll geschützt werden.

Die Wahrung der inneren Sicherheit gehört zu den zentralen Aufgaben und Grundlagen des freiheitlichen Rechtsstaates. Die CDU tritt deshalb für eine konsequente Politik zum Schutz des Bürgers ein. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der sich die Menschen frei bewegen und sicher fühlen können. Kriminalität und Gewalt sind mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entschieden zu bekämpfen.

Wir stehen ein für die wehrhafte Demokratie. Die Wahrung des inneren Friedens ist Grundlage menschlichen Zusammenlebens in jeder Gemeinschaft und unabdingbare Voraussetzung für Freiheit und Entfaltung der Bürger. Das staatliche Gewaltmonopol gehört zu den Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates. Es bedeutet nicht staatliche Allmacht, sondern ist Voraussetzung für die Rechtssicherheit des Bürgers.

Der Staat hat die Pflicht, das Recht wirksam durchzusetzen. Die Rechtsordnung ist für alle gleichermaßen verbindlich. Davon darf es keine Ausnahme geben. Die demokratisch legitimierte und rechtlich verfaßte Staatsgewalt und die sie ausübenden staatlichen Organe dürfen weder konkurrierende Macht noch rechtsfreie Räume dulden. Die Verbrechensbekämpfung muß den veränderten aktuellen Herausforderungen gerecht werden. Ausmaß, Anstieg und neue Formen von Kriminalität fordern neue gesetzliche Grundlagen und Ermittlungsmöglichkeiten. Dabei halten wir daran fest, daß der Bürger vor einem Mißbrauch seiner persönlichen Daten geschützt wird. Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden.

Wir unterstützen Polizei und Justiz im Kampf gegen das Verbrechen nachhaltig. Unsere Polizisten müssen gut ausgebildet und ausgerüstet, angemessen bezahlt und öffentlich anerkannt werden. Der Verfassungsschutz ist wichtiger Bestandteil der inneren Sicherheit. Er behält seine unverzichtbare Aufgabe im Kampf gegen den politischen Extremismus in seinen verschiedenen Formen und Organisationen. Neuen Herausforderungen muß er wirksam begegnen können.

Polizei und Justiz sind bei der Bewältigung ihrer schwierigen Aufgabe auf die Unterstützung der Bürger angewiesen. Die Bürger können und sollen ihrer Eigenverantwortung und Mitwirkungspflicht bei der Gewährleistung der inneren Sicherheit durch Vorbeugung, Wachsamkeit und Gemeinsinn verstärkt nachkommen.

Internationale Verbrecherorganisationen im Menschen-, Drogen- und Waffenhandel können nur in engster übernationaler Zusammenarbeit bekämpft werden. Wir wollen mit der Europäischen Union auch die innere Sicherheit in Europa verbessern und eine europäische Polizei einrichten.

Die Unabhängigkeit der Justiz ist elementarer Bestandteil des Rechtsstaats. Wir setzen uns dafür ein, daß Rechtsbrüche rasch und konsequent geahndet und die Belange der Opfer von Straftaten stärker berücksichtigt werden. Jahrelange Prozeßdauer untergräbt die Rechtssicherheit. Deshalb wollen wir die Prozeßordnungen vereinfachen und die Rechtswege straffen.

112. Prävention geht alle an. Gewalt und Verbrechen zu verhindern ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Gefordert sind nicht nur Polizei und Justiz, sondern insbesondere auch Familien, Schulen, Kirchen, Gewerkschaften, Wirtschaft, Verbände, Medien und Öffentlichkeit.

Das Rechtsbewußtsein zu fördern, jede Form von Gewalt zu ächten und das Bekenntnis zu Freiheit und Menschenwürde zu verdeutlichen muß Ziel der Erziehung und Wertevermittlung in unserer politischen Kultur sein. Für die Wertgrundlagen des demokratischen Verfassungsstaates müssen alle gemeinsam eintreten.

113. Das Drogenproblem hat sich im letzten Jahrzehnt weltweit verschärft. Um die Rauschgiftsucht wirksam bekämpfen zu können, benötigen wir die Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte. Prävention, Therapieangebote und repressive Maßnahmen müssen einander sinnvoll ergänzen. Wir Christliche Demokraten setzen uns dafür ein, die vorbeugenden Maßnahmen erheblich zu intensivieren und den Drogenabhängigen die Rückkehr in ein drogenfreies Leben zu ermöglichen. Dazu bedarf es eines ausreichenden und differenzierten Entzugs-, Therapie- und Nachsorgeangebotes.

Die Freigabe von weichen und harten Drogen lehnen wir entschieden ab. Eine Legalisierung verharmlost den Drogenkonsum und setzt die Hemmschwelle zum Einstieg in den Rauschgiftgebrauch besonders bei jungen Menschen erheblich herab. Ein Anstieg der Abhängigenzahl wäre die Folge. Die CDU tritt deshalb dafür ein, nicht die resignative Flucht in die 'Legalisierung' anzutreten, sondern den Kampf gegen die Drogen, gegen die Drogenbosse und -kartelle noch konsequenter und systematischer zu führen. Gegen Drogendealer muß härter vorgegangen werden.

114. Die Opfer des kommunistischen Regimes zu rehabilitieren und die Straftaten seiner Handlanger zu verfolgen, ist eine Herausforderung für den Rechtsstaat. Dabei wissen wir um die Grenzen des Strafrechts. Unsere Auseinandersetzung mit dem Unrechtsstaat muß umfassender sein und vor allem seine politische Ächtung einschließen.

Freiheitlicher Rechtsstaat und Sozialstaat ergänzen sich

115. Unser Sozialsystem garantiert dem einzelnen in den Grundrisiken des Lebens die Sicherung der Grundbedürfnisse und damit die Rahmenbedingungen eines menschenwürdigen Daseins. Sozialstaatliche Daseinsvorsorge darf weder in Entmündigung durch den Staat ausarten noch die eigene Leistungsfähigkeit des einzelnen und das solidarische Engagement hemmen. Der Sinn des Sozialstaatsgebots besteht darin, subsidiär die Voraussetzungen für eine selbstverantwortliche Lebensführung zu sichern. Soziale Gerechtigkeit hat sich insbesondere gegenüber den Schwachen zu bewähren. Sie verpflichtet den Staat zum sozialen Ausgleich. Das Sozialstaatsgebot ist ein permanenter Konkretisierungsauftrag für den Gesetzgeber.

Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung prägen unseren Bundesstaat

116. Die deutsche Einheit hat den Föderalismus neu belebt. Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung verteilen die staatliche Macht und schaffen zusätzliche Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung. Die Vielfalt ermöglicht den Wettbewerb und die Berücksichtigung regionaler Eigenarten. Das Prinzip der Subsidiarität muß auch im Verhältnis der Europäischen Union zu den Regionen und lokalen Gebietskörperschaften zur Geltung gebracht werden. Wir wollen Zuständigkeiten und Kompetenzen für die Aufgaben auf die Europäische Union übertragen, die nur gemeinsam effektiv wahrgenommen werden können.

Bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben der Union, des Bundes und der Länder soll die Zuständigkeit soweit wie möglich bürgernah im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung liegen. Die Fähigkeit von Gemeinden und Ländern zur Erfüllung ihrer Aufgaben muß gesichert sein. Zugleich muß die Kooperation zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verbessert und ein ausgewogenes Kräfteverhältnis hergestellt werden. Die Finanzverfassung muß den Ländern und Kommunen Spielraum lassen, damit sie handlungsfähig bleiben und gleichwertige Lebensbedingungen in allen Ländern hergestellt werden können. Wie der Bund und die Länder müssen auch die Kommunen sparsamer haushalten. Länderegoismen und Solidaritätsverweigerung zwischen Bund und Ländern sowie der Bundesländer untereinander widersprechen unserem Verständnis der bundesstaatlichen Ordnung Deutschlands.

3. MIT MENSCHEN ANDERER NATIONALITÄT ZUSAMMENLEBEN

117. Mit dem Prozeß der europäischen Einigung und mit der internationalen Verflechtung Deutschlands werden mehr Deutsche in anderen Ländern und mehr Menschen aus anderen Ländern in Deutschland leben. Wir setzen uns für das friedliche Zusammenleben von deutschen und ausländischen Mitbürgern ein. Wir wollen den Zuzug von Menschen aus Ländern außerhalb der Europäischen Union begrenzen und regeln sowie die Integration der ausländischen Mitbürger fördern, die bei uns längerfristig leben. Integration heißt für uns, daß Menschen anderer Herkunft die Erfordernisse des Zusammenlebens, -wohnens und -arbeitens in unserer Gesellschaft erfüllen, und daß der Wunsch, die eigene Identität in Kultur, Sprache und Lebensform zu bewahren, als ein menschliches Grundanliegen geachtet wird. Alle müssen zu Integration und Toleranz bereit sein.

Wir bekennen uns zum verfassungsmäßig garantierten Recht auf Asyl für politisch Verfolgte; der Mißbrauch dieses Rechts muß aber verhindert werden. Wir wollen eine gemeinsame europäische Politik, die Fluchtursachen bekämpft und Asyl sowie Zuwanderung wirksam regelt. Die europäische Regelung einer begrenzten Zuwanderung muß sich an den Interessen, besonderen Situationen und der Integrationsfähigkeit der Mitgliedsstaaten orientieren. Die Freizügigkeit der EU-Bürger und die verfassungsmäßigen Rechte deutscher Aussiedler müssen Vorrang haben.

Wir wollen die Möglichkeit zur Einbürgerung ausländischer Mitbürger erleichtern, soweit sie sich zu den Wertgrundlagen unserer Verfassungs- und Gesellschaftsordnung bekennen, den Willen und die Möglichkeiten zu einer dauerhaften Existenz in der Bundesrepublik Deutschland haben und gute Sprachkenntnisse vorweisen. Mehrfach-Staatsangehörigkeiten müssen Ausnahme bleiben.

Viele Menschen aus armen, unterentwickelten Ländern verlassen ihre Heimat, um für sich und ihre Kinder sorgen zu können, und hoffen auf eine neue Chance in den westlichen Industriestaaten. Deutschland und die Europäische Union können aber nicht allen Zuwanderungswilligen eine Heimat geben. Wir wollen vielmehr durch wirkungsvolle Hilfe zur Selbsthilfe und Kooperation im Rahmen unserer Möglichkeiten dazu beitragen, daß die Menschen in ihren Heimatländern ein menschenwürdiges Dasein führen können.

118. Ausländische Mitbürger bereichern mit ihren Beiträgen unser Leben. Die Gemeinschaft mit Menschen aus anderen Kulturkreisen bringt aber auch Probleme und Ängste mit sich, die zu Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhaß führen können. Wir

müssen die Ursachen der Gewalt zwischen Ausländern und Deutschen bekämpfen. Wir wenden uns entschieden gegen jede Form der Diskriminierung und Gewalt gegen Ausländer und stellen uns schützend vor alle Menschen, die bei uns leben. Das Hineintragen gewaltsamer Konflikte aus den Heimatländern in die Bundesrepublik kann jedoch nicht toleriert werden. Deutsche und Ausländer können voneinander lernen, wenn sie sich im gegenseitigen Respekt und mit Achtung vor dem jeweils Fremden begegnen. Dafür sind der persönliche Kontakt und Austausch notwendig. Wir wollen dazu beitragen, ein Klima wechselseitiger Partnerschaft und Toleranz zu schaffen, in dem sich das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern positiv entwickeln kann.

KAPITEL V FÜR EINE FREIE UND FRIEDLICHE WELT

1. DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER WELT

119. Die staatliche Einheit und die volle Souveränität haben für Deutschland eine gewachsene Verantwortung in Europa und der Welt mit sich gebracht. Wir wollen die Bundesrepublik Deutschland in die sich entwickelnde Europäische Union integrieren.

Wir sind bereit, unsere Rechte und Pflichten in vollem Umfang wahrzunehmen. Angesichts der Globalität und Vernetzung vieler Aufgaben und Herausforderungen über Erdteile hinweg können wir nur noch in internationaler Zusammenarbeit Freiheit, Frieden, Entwicklung und Wohlstand sichern sowie die Schöpfung bewahren.

120. Wir arbeiten im Rahmen unserer Möglichkeiten am Aufbau einer stabilen internationalen Ordnung, die allen Menschen die Chance eines menschenwürdigen Lebens in Freiheit und Frieden ermöglicht. Unsere Ziele sind die weltweite Achtung der Menschen- und Bürgerrechte und grundlegender ethischer Normen, die Durchsetzung von Freiheit und Demokratie, die Verbesserung wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungsmöglichkeiten, die Sicherung von Frieden und Recht sowie die Bewahrung der Schöpfung.

Dabei müssen wir, ausgehend von unseren Grundwerten, die außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands benennen und sie in Abstimmung mit unseren Partnern und Nachbarn verfolgen:

- Wir haben ein besonderes Interesse an der politischen Einigung Europas. Wir verstehen es als Lehre und Auftrag der Geschichte, Deutschland in eine Gemeinschaft europäischer Staaten zu integrieren, die sich zu den Werten der freiheitlichen Demokratie bekennt und die an die Stelle des Gegeneinanders das Miteinander setzt. Wir brauchen eine gemeinsame Politik der Europäischen Union, um dauerhaft Frieden und Freiheit, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zu sichern. Im Bewußtsein, daß die deutsch-französische Freundschaft eine wesentliche Grundlage der europäischen Einigung ist, wollen wir die Partnerschaft mit den europäischen Staaten ausbauen und festigen.
- Wir haben ein besonderes Interesse an der engen Zusammenarbeit zwischen den USA, Kanada und Europa. Wir sind durch gemeinsame demokratische Werte und Interessen miteinander verbunden. Zusammen kommt uns eine entscheidende

Bedeutung für die internationale Entwicklung und die Sicherung von Frieden und Freiheit in der Welt zu. Die politischen und strategischen Aufgaben der NATO haben sich durch die Veränderungen in Europa erweitert. Es ist unser deutsches Interesse, die gewachsenen freundschaftlichen Beziehungen zu unseren Partnern und Freunden, insbesondere zu den USA, zu sichern und weiter zu vertiefen.

- Wir haben ein besonderes Interesse an einer dauerhaften demokratischen und friedlichen Entwicklung der Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas. Aufgrund der Mittellage Deutschlands liegt es in unserem politischen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Interesse, daß unsere östlichen Nachbarn zu vergleichbarer Stabilität finden wie das westliche Europa. Wir wollen dazu beitragen, ihren demokratischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aufbau zu sichern. Anderenfalls sind schwerwiegende Rückwirkungen für Deutschland und ganz Europa möglich. Die Zusammenarbeit mit diesen Staaten ist deshalb ein Schwerpunkt unserer Außenpolitik.
- Wir haben ein besonderes Interesse an einer nachhaltigen Entwicklung der armen Länder. Im Bewußtsein der Einen Welt wollen wir dazu beitragen, eine Partnerschaft zwischen den Staaten und Völkern der Erde zu schaffen und im Rahmen unserer Möglichkeiten bestehende Ungerechtigkeiten zwischen Arm und Reich abzubauen, die Massenarmut zu vermindern und die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit zu sichern. Dies ist nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit und Solidarität, sondern dient auch unseren Interessen, weil so Konfliktpotentiale, Fluchtursachen und globale Umweltbelastungen verringert werden können.

2. EUROPA - EINHEIT SCHAFFEN, VIELFALT BEWAHREN

Die europäische Idee verwirklichen

121. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes haben Freiheit und Demokratie in den Staaten des ehemaligen Ostblockes eine Chance bekommen. Der Aufbau einer europäischen Friedensordnung, der Ausgleich der nationalen Interessen, die Entwicklung rechtsstaatlicher und marktwirtschaftlicher Strukturen und sozialer Absicherungen sowie effektive Maßnahmen zur Bewahrung der Schöpfung sind die grundlegenden Voraussetzungen für die Zukunft Europas in Freiheit und Frieden.

Das Verständnis der geschichtlich gewachsenen kulturellen Besonderheiten der Völker und Staaten und die Besinnung auf die tragenden Gemeinsamkeiten Europas sind von besonderer Bedeutung. Europa ist durch Einheit in Vielfalt geprägt. Die gemeinsamen Traditionen und ideen- und geistesgeschichtlichen Fundamente unseres Kontinents verbinden seine Völker über nationale und regionale, politische und wirtschaftliche Unterschiede hinweg. Wir verstehen Europa als Kultur- und Wertegemeinschaft mit einem gemeinsamen geschichtlichen Erbe, einer gemeinsam erlebten Gegenwart und einer vereint zu gestaltenden Zukunft.

122. Europäische Gemeinschaft und Europäische Union haben sich als Kern einer stabilen Friedens- und Freiheitsordnung hervorragend bewährt. Für Deutschland gibt es keine Alternative zur europäischen Integration. Die europäische Einigung ist die Grundlage dafür, daß die Nationen und Völker in Europa ihre Zukunft gemeinsam gestalten und nicht in kriegerischen Nationalismus zurückfallen. Die Europäische Gemeinschaft ist für viele Menschen im östlichen Teil des Kontinents zum Leitbild eines solchen friedlichen Miteinanders der Völker geworden. Sie muß ihrer besonde-

ren Verantwortung gegenüber den souveränen Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas gerecht werden. Die Gemeinschaft muß offen sein für neue europäische Mitglieder, welche die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Beitritt erfüllen. Dabei wird ein Beitritt zum frühestmöglichen Zeitpunkt angestrebt. Wir wollen, daß der Weg in die Europäische Union diesen Ländern zugleich Zugang zu den westlichen Sicherheitsstrukturen, zur Westeuropäischen Union und zur NATO eröffnet. Auf dem Weg zur vollen Integration sind Assoziierungsverträge und der Europäische Wirtschaftsraum sinnvolle Zwischenschritte.

Die Europäische Union vollenden

123. Unser Ziel ist die Vollendung der Europäischen Union. Wir Deutschen sind auf die Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses angewiesen. Wir wollen die Politische Union, um:

- Freiheit und Frieden in ganz Europa zu sichern,
- die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung zu fördern,
- die europäischen Interessen auf internationaler Ebene zu behaupten,
- die Bekämpfung der international organisierten Kriminalität zu verstärken,
- unseren Beitrag zur Durchsetzung der Menschenrechte und zur friedlichen Lösung von Konflikten in der Welt zu leisten.

124. Wir wollen ein starkes Europa, das die Zukunft der Nationen sichert. Europa muß dort handeln können, wo die Nationalstaaten allein nicht mehr in der Lage sind, die existentiellen Probleme ihrer Völker zu lösen. Daher wollen wir die zur Bewältigung dieser wachsenden Aufgaben erforderlichen Befugnisse, Zuständigkeiten und politischen Souveränitätsrechte auf die Europäische Union übertragen. Die Europäische Union muß freiheitlich, demokratisch, föderal, subsidiär und bundesstaatlich gestaltet werden. Der Nationalstaat wird sich im Zuge dieser Entwicklung wandeln, aber nicht auflösen.

Weil Europa die Zukunft der Nationen sichert, sichert es auch ihre Identität. Mit der Erfahrung gemeinschaftlichen Handelns wächst auch die europäische Identität. Sie ist in der Gemeinsamkeit der kulturellen Wurzeln der Völker und in der Schicksalhaftigkeit ihrer Interessen zugrunde gelegt. Heimatliche Verwurzelung, nationale Identität und europäische Gemeinsamkeit ergänzen und bedingen sich.

125. Wir Christliche Demokraten arbeiten für ein geeintes Europa, das demokratisch, föderal und bürgernah organisiert ist:

- Wir wollen die Demokratie in der Europäischen Union stärken. Die Rechte des Europäischen Parlaments müssen weiterentwickelt werden und auf Dauer den Rechten entsprechen, die den Parlamenten der europäischen Demokratien zukommt, einschließlich des vollen Budget-Rechtes. Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union müssen gleichberechtigt an der Gesetzgebung im Sinne eines Zweikammersystems mitwirken. Das Parlament kontrolliert die Europäische Kommission als europäische Exekutive. Es wählt den Präsidenten der Europäischen Kommission auf Vorschlag des Rates; Rat und Parlament bestätigen die Kommissionsmitglieder.

- Wir wollen den Föderalismus in der Europäischen Union stärken. Als Element der Gewaltenteilung sichert er die Kontrolle von Macht und verhindert die Bildung eines europäischen Zentralismus. Zudem sichert der Föderalismus die kulturelle Vielfalt, die auch künftig das Leben Europas prägen soll. Nach dem Prinzip der Subsidiarität soll die politische Verantwortung zunächst von lokalen, dann von regionalen und nationalen sowie schließlich von gemeinschaftlichen Organen getragen werden. Die Europäische Union braucht eine Verfassung, die einen Grund- und Menschenrechtskatalog enthält, die Entscheidungsverfahren zwischen den Institutionen der Europäischen Union festlegt und die Zuständigkeiten zwischen der Union und den Mitgliedsstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip regelt. Die Union muß eine Rechtsgemeinschaft mit eigener Gesetzgebung und Rechtsprechung sein.
- Wir wollen das Zusammenwachsen Europas für die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar erfahrbar machen. Da Europa an den Grenzen zusammenwächst, muß die nachbarschaftliche Zusammenarbeit an den nationalen Grenzen der Union auf allen Gebieten der kommunalen und regionalen Zuständigkeit weiter ausgebaut werden.

126. Wir treten dafür ein, daß die Europäische Union die notwendigen Zuständigkeiten für die Asyl-, Zuwanderungs- und Entwicklungshilfepolitik, für die Umwelt-, Energie- und Forschungspolitik, für den Bau der internationalen Verkehrswege sowie für die Bekämpfung der international organisierten Kriminalität wahrnimmt. Dabei muß die Union administrativ und finanziell in den Stand versetzt werden, diese Aufgaben erfolgreich und effizient zu erfüllen.

Wir wollen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Die Westeuropäische Union (WEU) muß als verteidigungspolitische Komponente der Europäischen Union ausgebaut und vollständig integriert werden.

Die Europäische Union muß über Möglichkeiten des eigenen militärischen Handelns verfügen können. Wir setzen uns daher für eine Integration nationaler Einheiten in europäische Sicherheitsstrukturen ein.

Ziel der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik ist die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion. Eine unabhängige, der Geldwertstabilität verpflichtete Europäische Zentralbank trägt dazu bei, die Stabilität einer künftigen europäischen Währung zu sichern. Staaten, die der Währungsunion beitreten wollen, müssen die Anforderungen einer stabilitätswahrenden Wirtschafts- und Finanzpolitik erfüllen. Eine gemeinsame Währung stärkt die wirtschaftliche Kraft der Mitgliedsländer. Mit ihr werden wir weltwirtschaftlichen Turbulenzen besser widerstehen und den Wirtschaftsstandort Europa stärken können.

Mit der Vollendung der Europäischen Union wird nicht nur die Wirtschafts- und Währungsunion, sondern auch die Europäische Sozialunion verwirklicht. In allen wichtigen Bereichen der Sozialpolitik müssen europaweit einheitliche Mindeststandards verankert werden, die Sozialdumping verhindern und keinen Mitgliedsstaat überfordern. Sie erlauben jedem Mitgliedsstaat, sein soziales Leistungsniveau beizubehalten und entsprechend seiner Wirtschaftskraft fortzuentwickeln.

127. Parteien, Kirchen, Verbände, Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Gruppen haben eine besondere Verantwortung für die Förderung des europäischen Einigungsprozesses sowie für die politische und gesellschaftliche Gestaltung des gemeinsamen Europa. Den europäischen Parteien und ihren nationalen und regiona-

len Mitgliedsparteien fällt eine entscheidende Rolle bei der politischen Willensbildung in Europa und der Ausgestaltung des Gemeinwohls zu. Wir Christliche Demokraten erfüllen diesen Auftrag als Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP) und wollen die Zusammenarbeit mit weiteren gleichgesonnenen Parteien in Europa ausbauen. Wir fördern Initiativen, die in und außerhalb der Partei für die Einigung Europas eintreten und durch ihr Engagement zur Zusammenarbeit der Völker Europas beitragen.

3. UNSERE VERANTWORTUNG FÜR DIE EINE WELT

Zu Frieden und Sicherheit beitragen

128. Oberstes Ziel unserer Friedens- und Sicherheitspolitik ist es, Freiheit und Frieden als Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben zu sichern und zu fördern. Internationaler Dialog, Konfliktverhütung und Krisenmanagement, Ausbau der internationalen Rüstungskontrolle und weltweite Verminderung der Rüstungspotentiale sind zentrale Elemente unserer Politik.

Sicherheit bedeutet für uns mehr als militärische Sicherung. Unser Verständnis von Sicherheitspolitik richtet sich auf alle politischen, wirtschaftlichen, ökologischen, militärischen und kulturellen Anstrengungen, die das friedliche Zusammenleben der Völker zum Ziel haben. Hierzu gehören der völkerrechtliche Schutz der Menschen- und Bürgerrechte, die Beilegung religiöser und ethnischer Konflikte, die Verhinderung ökologischer Zerstörungen und die Bekämpfung der international organisierten Kriminalität.

Die wirtschaftliche Entwicklung und die Überwindung sozialer Spannungen sind wichtige Voraussetzungen zur Lösung von Nationalitätenkonflikten. Eine wesentliche Bedingung für den Frieden ist die allseitige Bereitschaft zum Gewaltverzicht und zur unbedingten Achtung der Menschen- und Bürgerrechte ebenso wie der Schutz von ethnischen und religiösen Minderheiten. Wir treten für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und im Rahmen dessen für ein internationales Volksgruppen- und Minderheitenrecht, das Recht auf die Heimat, eigene Sprache und Kultur ein. Völkerverreibungen jeder Art müssen international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden.

129. Wir Deutschen sind bereit und in der Lage, unserer gewachsenen außenpolitischen Verantwortung gerecht zu werden. Deutschland muß wie alle anderen Partner an der europäischen Verteidigung und den gemeinsamen Aufgaben im Rahmen des NATO-Bündnisses teilnehmen und die Rechte und Pflichten, die es mit dem Beitritt zu den Vereinten Nationen übernommen hat, in vollem Umfang wahrnehmen können. Wir wollen, daß sich Deutschland im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen an Aktionen der UNO, NATO, WEU und KSZE zur Wahrung und Wiederherstellung des Friedens beteiligen kann.

130. Wir sind uns des hohen Beitrages bewußt, den unsere Bundeswehr zum Erhalt des Friedens und der Freiheit leistet. Die Bundeswehr trägt entscheidend dazu bei, die politische Handlungs- und Bündnisfähigkeit Deutschlands zu erhalten. Ihr Verfassungsauftrag spiegelt die Wertgrundlage deutscher Sicherheitspolitik wider. Die Bundeswehr schützt Deutschland und seine Staatsbürger vor politischer Erpressung und äußerer Gefahr; sie fördert die militärische Stabilität und die Integration Europas. Die Bundeswehr verteidigt Deutschland und seine Verbündeten, sie dient dem Frieden

und der internationalen Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen; sie hilft bei Katastrophen und unterstützt humanitäre Aktionen. Die Bundeswehr muß mit ausreichenden Mitteln ausgestattet sein, um ihren Auftrag erfüllen zu können. Wir treten für die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht ein. Dies setzt Wehrgerechtigkeit voraus. Es ist Bürgerpflicht, für Freiheit und Sicherheit einzutreten. Als Bürger in Uniform verdienen die Soldaten der Bundeswehr unsere volle Unterstützung.

131. Wir wollen, daß die Europäische Union künftig eine größere Verantwortung im Rahmen der europäischen Friedenssicherung übernimmt. Bei der Wahrung von Sicherheit und Frieden in und für Europa bleiben wir auch in Zukunft auf die Partnerschaft mit unseren nordamerikanischen Verbündeten und deren militärische Präsenz in Europa angewiesen. Wir wollen mit unseren Freunden und Partnern ein Netz europäischer Sicherheit knüpfen, in dem sich NATO, WEU und KSZE ergänzen.

132. Die Verteidigung der Mitgliedsstaaten der NATO bleibt auch in Zukunft der primäre politische und militärische Zweck des Bündnisses. Dazu gehört die Beibehaltung der nuklearen Schutzgarantien für die Mitgliedsstaaten. Deutschland bleibt als nicht-nuklearer Staat auch weiterhin auf den Schutz durch die westlichen Nuklearstaaten, vor allem die USA, angewiesen. Der Schutz vor nuklearer Erpressung ist durch die weltweite Verbreitung von Technologien, die auch anderen Staaten die Verfügungsgewalt über Massenvernichtungsmittel ermöglicht, für Deutschland und Europa von großer Bedeutung.

Die NATO ist zum Partner der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und der Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas geworden. Wir wollen, daß auch durch eine aktive Partnerschaft für den Frieden den mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten eine Zusammenarbeit mit der NATO einschließlich der langfristigen Perspektive einer Mitgliedschaft im Einzelfall möglich und die Kooperation mit Rußland zu einer strategischen Partnerschaft vertieft wird. Die NATO muß durch kollektives Krisenmanagement - auch mit ihren Partnern - dazu beitragen, Krisen und Konflikte zu verhüten und zu lösen, die eine Gefahr für die europäische Sicherheit und Stabilität werden können.

Wir wollen den europäischen Pfeiler des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses stärken, indem wir die WEU ausbauen. Sie wird in enger Verknüpfung mit den Institutionen des Nordatlantischen Bündnisses die Atlantische Allianz stärken und fortentwickeln. Wir brauchen europäische Streitkräfte mit der nötigen Handlungsfähigkeit, auch um im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen zur Friedenssicherung und Konfliktregelung beitragen zu können.

Unsere Partnerschaft mit den USA liegt auch angesichts der stark gestiegenen Bedeutung der internationalen Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik in deutschem Interesse. Die Fortentwicklung der Institutionen Weltbank, Internationaler Währungsfonds und GATT erfordert die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den USA.

133. Das geeinte Deutschland muß in den Vereinten Nationen mehr Verantwortung übernehmen. Wir wollen, daß die UNO zukünftig wirksamer zur Konfliktvermeidung und -verhütung beitragen kann und daß ihre Eingreifmöglichkeiten zur Sicherung und Wiederherstellung des Friedens verbessert werden. Deshalb müssen wir die Vereinten Nationen stärken und ihre Handlungsfähigkeit ausbauen. Insbesondere müssen die völkerrechtlichen Voraussetzungen für das Eingreifen der UNO bei schweren Verletzungen der individuellen und kollektiven Menschenrechte und bei schweren Umweltverbrechen weiter entwickelt werden. Dazu gehört auch eine internationale, mit Sanktionen ausgestattete Gerichtsbarkeit für Verbrechen gegen den Frieden,

Kriegsverbrechen, schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen und gewaltsame Veränderungen international anerkannter Grenzen.

Zugleich muß die institutionelle Stärkung zu einer größeren Wirksamkeit der UNO und ihrer Unterorganisationen bei der Katastrophenbekämpfung, der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit und bei der Lösung von Flüchtlingsproblemen genutzt werden. Als Regionalorganisation der UNO hat die KSZE wichtige ergänzende Funktionen in Europa.

134. Zentraler Bestandteil von Friedens- und Sicherheitspolitik ist die weltweite Abrüstung, Rüstungskontrolle und wirksame europäisch koordinierte Einschränkung der Rüstungsexporte. Waffenlieferungen müssen der Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens dienen. Die Verbreitung moderner Massenvernichtungswaffen zu verhindern ist die wichtigste Aufgabe internationaler Rüstungskontrolle. Die Ächtung der biologischen und chemischen Waffen muß durchgesetzt werden. Wir treten für die unbefristete Verlängerung und weltweite Durchsetzung des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages ein. Dieser muß auch eine Verpflichtung zur Erfassung des weltweit verfügbaren waffenfähigen Nuklearmaterials beinhalten.

Entwicklungspartnerschaft - Hilfe zur Selbsthilfe leisten

135. Entwicklungszusammenarbeit heißt für uns Entwicklungspartnerschaft. Wir respektieren unterschiedliche religiöse und kulturelle Wertvorstellungen sowie politische und soziale Traditionen. Erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit setzt aber Eigenanstrengungen der betreffenden Länder für die Einhaltung der Menschenrechte, Rechtssicherheit, Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen, eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung und eine Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns voraus; ebenso fordern wir Abrüstung, soziale Reformen und Umweltschutzmaßnahmen. Wo solche Eigenanstrengungen nicht erbracht werden, kann Hilfe von außen keine dauerhaften Veränderungen bewirken, sondern bestenfalls akute Notlagen mildern. Wir treten ein für Hilfe zur Selbsthilfe, die dazu beiträgt, die eigenen Kräfte der Bevölkerung zu mobilisieren, dauerhafte selbsttragende Strukturen zu bilden und ausreichende Freiräume für privates Handeln und Selbsthilfeorganisationen zu schaffen.

136. Wir sehen in einer freiheitlichen und sozial verpflichteten marktwirtschaftlichen Ordnung, die die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, den besten Weg, die Entwicklung in den armen Ländern zu fördern. Wir betrachten die Entwicklungspartnerschaft zugleich als Teil der globalen Umweltpartnerschaft und damit auch als eine Aufgabe der Umweltaußenpolitik. Die reichen Industriestaaten müssen bereit sein, ihr Verhalten dort zu ändern, wo es zu Ungerechtigkeiten in der Welt beiträgt. Wir werden unseren Beitrag zur Lösung der internationalen Schuldenkrise leisten und Schuldenrelaß mit Umweltschutz verbinden.

Ein Welthandelssystem mit freiem Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr bringt Vorteile für alle. Wir setzen uns deshalb für den Abbau des Protektionismus und die Öffnung der Märkte ein. Die Entwicklungsländer werden aber im internationalen Wettbewerb nur dann eine Chance haben, wenn wir ihre wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Innovationsfähigkeit fördern. Ohne die Öffnung der Märkte und ohne die Chance, zu marktgerechten Preisen Produkte abzusetzen, muß Entwicklungspartnerschaft erfolglos bleiben. Für viele Entwicklungsländer ist die Stärkung

ihrer Binnenmärkte eine vordringliche Aufgabe, damit die Bevölkerung langfristig ihr Auskommen durch produktive Arbeit selbst erwirtschaften kann.

137. Wir wollen eine kontinuierliche Entwicklungshilfe, die ihre finanzielle, technische und personelle Hilfe vorrangig auf die ärmsten Länder und Bevölkerungsschichten konzentriert. Eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit muß gezielt dazu beitragen, daß Frauen gleichberechtigt und selbstbestimmt an der wirtschaftlichen, kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung ihrer Länder teilnehmen und aus ihr Nutzen ziehen können. Das Bevölkerungswachstum wird nur durch bessere Bildung und Ausbildung, höheren Lebensstandard und verantwortliche Familienplanung reduziert werden können.

Ein wesentliches Anliegen jeder Entwicklungszusammenarbeit müssen auch die Interessen der Kinder sein. Wir setzen uns dafür ein, daß Kinder nicht mehr Kinderarbeit leisten müssen, und wenden uns dagegen, daß Jugendliche unter 18 Jahren zum Kriegsdienst herangezogen werden.

138. Entwicklungszusammenarbeit ist aus Verantwortung für die Eine Welt, in der wir alle leben, Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Nicht-Regierungsorganisationen, wie die der Kirchen und die politischen Stiftungen, haben in den vergangenen Jahrzehnten in hervorragender Weise bewiesen, daß sie in der Lage sind, der Bevölkerung in den Entwicklungsländern unmittelbar zu helfen. Ihr Engagement ist eine unverzichtbare Ergänzung staatlicher Maßnahmen und besonders unterstützenswert. Dem Staat kommt die subsidiäre Aufgabe zu, private Initiativen zu fördern. Auch das private Engagement von Einzelpersonen verdient Unterstützung. Die hohe Zahl freiwilliger Spenden zeigt die Bereitschaft der Menschen zum Teilen.

Kulturaustausch und deutsche Minderheiten im Ausland unterstützen

139. Wir wollen den internationalen Kulturaustausch fördern, der für das umfassende Wissen um die Lebensumstände, Wünsche und Interessen, Mentalitäten und Sitten anderer Menschen und Völker notwendig ist. Auswärtige Kulturpolitik ist ein notwendiger Beitrag zum friedlichen und solidarischen Zusammenleben der Völker und integraler Bestandteil unserer Außen-, Entwicklungs- und Europapolitik. Eine der Aufgaben muß es sein, deutsche Sprachkenntnisse und Kultur sowie ein Bild von Deutschland im Ausland zu vermitteln. Ebenso können wir durch das Erlernen fremder Sprachen, Auslandsaufenthalte und Patenschaften andere Kulturen verstehen lernen.

140. Die Heimatvertriebenen und deutsche Volksgruppen im Ausland erfüllen eine wichtige Brückenfunktion zwischen den Nationen. Insbesondere die Deutschen, die in ihrer Heimat im Osten geblieben sind, können bei der Zusammenarbeit mit unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn helfen, so wie die Heimatvertriebenen für den Wiederaufbau in Deutschland und die Versöhnung zwischen den Völkern einen unverzichtbaren Beitrag geleistet haben. Die Deutschen, die einst dort gelebt haben, haben besondere Bedeutung in der Pflege gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu diesen Völkern. Wir haben gegenüber den deutschen Volksgruppen im Ausland aufgrund der deutschen Geschichte eine besondere Verantwortung. Durch Verträge mit den betreffenden Staaten und durch vielfältige direkte Hilfe tragen wir dazu bei, die Lebensbedingungen der deutschen Minderheiten, ihre Volksgruppenrechte und kulturelle Eigenständigkeit zu verbessern. Unsere Politik kann dazu beitragen, ihnen

ein Bleiben zu ermöglichen, sofern sie dies wünschen. Wir fördern die Pflege ihrer Sprache, Lebensformen und kulturellen Traditionen und setzen uns für den Erhalt der in Jahrhunderten gewachsenen deutschen Kultur in diesen Regionen ein.

KAPITEL VI FÜR DIE BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG

1. UNSERE VERANTWORTUNG FÜR DIE SCHÖPFUNG ANNEHMEN

141. Die Bewahrung der Schöpfung ist zur vorrangigen Aufgabe der Menschheit geworden. Ohne den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ist eine tragfähige menschliche Entwicklung nicht möglich. Unsere Verantwortung für die Schöpfung erstreckt sich auch auf die Mitwelt Natur im ganzen Reichtum ihrer Erscheinungen. Wir Christliche Demokraten wenden uns gegen die These, der Mensch sei einer ethischen Steuerung des von ihm in Gang gesetzten technischen Fortschritts nicht fähig. Zwischen seiner moralischen und technischen Vernunft klappt kein unüberbrückbarer Abgrund. Der Mensch hat die Kompetenz und die Pflicht, moralisch verantwortlich mit dem umzugehen, wozu er technisch in der Lage ist. Dies zu leisten gehört zur Größe seiner Bestimmung als Geschöpf Gottes. Diese Erkenntnis gibt uns die Kraft und Motivation, technische Fortschritte zu erzielen, die auch sozialen und umweltpolitischen Anforderungen immer besser genügen.

142. Technisches Können entspringt der schöpferischen Gabe des Menschen. Um seiner Verantwortung gerecht zu werden, bedarf es sowohl eines Höchstmaßes an technischen Sicherheitsstandards als auch der moralischen Integrität der Menschen, die Technik anwenden und kontrollieren. Zudem verlangt der Umgang mit Technik eine Absicherung durch ein wirksames Umweltrecht, das wir weiterentwickeln wollen. Wir Christliche Demokraten verdrängen nicht die Risiken, denen menschliches Leben ausgesetzt ist. Wir sind bereit, unsere Entscheidungen immer wieder auf den Prüfstand moralischer Verantwortbarkeit und neuer Erkenntnisse zu stellen. Wir fordern alle Verantwortlichen in Wissenschaft und Technik sowie in Politik und Wirtschaft auf, sich dieser Prüfung zu stellen.

143. Die gesamte Menschheit steht vor einer einzigartigen Herausforderung: Wir müssen erkennen, daß wir durch die Art unseres wirtschaftlichen Handelns, unseren Lebensstil sowie das weltweite Bevölkerungswachstum die Lebensbedingungen im Ökosystem Erde so verändert haben und weiter verändern, daß menschliches Leben und Überleben gefährdet sind. Die immer länger werdenden roten Listen von bedrohten und bereits ausgestorbenen Tieren und Pflanzen, die Veränderung des Klimas auf unserer Erde sowie die Vernichtung großer Teile der Wälder sind unübersehbare Zeichen unseres Fehlverhaltens. Sie machen ebenso wie ständig wachsende Müllberge, die Altlasten in unseren Böden, der ansteigende Verbrauch von Boden und Landschaft sowie die Verschmutzung von Luft und Wasser deutlich, daß wir in den vergangenen Jahrzehnten zu Lasten von Natur und Umwelt gelebt und unseren Wohlstand mit hohen ökologischen Hypotheken erkaufte haben.

Wir brauchen einen weltweiten Entspannungsprozeß zwischen Mensch und Natur. Wirksamer Umweltschutz beginnt im eigenen Land. Er kann aber nur dann erfolgreich

sein, wenn es darüber hinaus gelingt, möglichst alle Staaten der Erde für die Bewahrung der Schöpfung zu gewinnen.

144. Wir Christliche Demokraten wollen unseren Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung leisten. Im Mittelpunkt steht für uns dabei ein Verständnis von Schöpfung, das Mensch, Natur und Umwelt als Einheit begreift. Der Mensch ist eingewoben in das Netzwerk der Natur; sein Handeln muß dem Rechnung tragen. Dafür ist es notwendig, unsere Prinzipien um ein neues zu ergänzen: das Prinzip der Gesamtvernetzung - die Rückbindung all unseren Handelns und Wirkens in das tragende Netzwerk der Natur. Bewahren heißt für uns Gestalten, damit die Zusammenhänge und Wechselseitigkeiten im Netzwerk von Mensch, Natur und Umwelt erhalten werden.

2. WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND TECHNIK IN VERANTWORTUNG FÜR DIE SCHÖPFUNG FÖRDERN

145. Mit den ständig wachsenden Einsichten in die Konstruktionsmuster der Natur, die uns Wissenschaft und Forschung vermitteln, steigt auch unsere Verantwortung für Mensch, Natur und Umwelt. Die Folgen der technischen Umsetzung dieser Erkenntnisse sind heute weitreichender und weniger umkehrbar als in der Vergangenheit. Die Fortschritte vor allem in der Bio- und Gentechnologie, aber auch in der Medizin eröffnen uns neue Erkenntnisse über die Zusammenhänge und Wirkungsweisen der Natur. Sie erlauben uns, Krankheiten zu erkennen und zu heilen, die früher hingenommen werden mußten. Sie geben uns die Chance zu erheblicher Steigerung der Nahrungserzeugung, damit Armut und Hunger in der Welt überwunden werden können. Wir müssen lernen, Kosten und Nutzen abzuschätzen, und bereit sein, auf Anwendungsmöglichkeiten zu verzichten, wenn die Risiken und Gefahren ethisch nicht vertreten werden können.

146. Freiheit und Freiraum für Wissenschaft, Forschung und Technik zu gewährleisten, gehört zum Grundverständnis unserer Politik. Wir wollen der Wissenschaft und Forschung die nötigen Freiräume durch Abbau von Bürokratie und eine ausreichende Finanzierung schaffen und sie zu Leistung, Kreativität und Wettbewerb ermutigen. Der Erfolg von Forschung ist dabei nicht allein eine Frage der Finanzausstattung, er hängt auch wesentlich vom Einfallsreichtum, Unternehmungsgeist und der Beharrlichkeit des einzelnen Wissenschaftlers sowie der gesellschaftlichen Akzeptanz der Forschung ab. Forschung und ihre technische Umsetzung erfordern hochqualifizierte und zugleich verantwortungsvolle Persönlichkeiten.

147. Wissenschaft lebt aus der Freiheit. Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung findet ihre Grenzen dort, wo die Würde des Menschen berührt oder die Schöpfung insgesamt gefährdet ist. Menschliches Leben - ob geboren oder ungeboren - ist unverfügbar und schutzwürdig. Wir treten für den Schutz des menschlichen Erbgutes vor Manipulationen ein. Die Unverfügbarkeit des eigenen Genoms und der Schutz seiner Daten ist unveräußerliches Recht jedes einzelnen. Grenzen ergeben sich aus dem Prinzip der Gesamtvernetzung aber auch dort, wo Forschungsverfahren oder die Anwendung von Forschungsergebnissen mit Folgen verknüpft sind, die sich der Kontrolle des Menschen entziehen und damit zu einer Gefährdung seiner natürlichen Lebensgrundlagen führen können.

148. Verantwortung bedeutet für uns auch, für die Zukunft vorzusorgen. Dies verpflichtet uns, Wissenschaft, Forschung und Technik weiter voranzutreiben, um neue

Lösungen für die Bewältigung der großen Menschheitsaufgaben zu finden. Hierbei gilt es, jede Form von ungerechtfertigter Reglementierung auszuschließen. Nur so ist eine umfassende und zugleich präzise Erkenntnis jener grundlegenden Bedingungen erreichbar, die einen ethisch verantwortlichen Umgang mit der Natur sicherstellen. Wir wollen das umfassende Gespräch mit den Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften, mit Technikern und Ingenieuren, aber auch mit den Kirchen fördern, um uns der Grenzen menschlichen Handelns immer wieder neu bewußt zu werden. Wir brauchen verstärkt eine ethische, ökologische und soziale Technikfolgenabschätzung in Kommissionen und Gremien sowie in Einrichtungen der öffentlichen Hand.

149. Eine neue Art von Wachstum wird erkennbar, das nicht zunehmend Rohstoffe, Energie und Umwelt verbraucht, sondern endliche Ressourcen schont und regenerative Ressourcen nutzt. Es ist gegründet auf menschliche Intelligenz, auf Wissenschaft, Forschung und Technik: die neuen Mikrotechnologien, die Informationstechnik, die Bio- und Gentechnologie sowie die neuen Materialwissenschaften. Angesichts der vor uns liegenden Herausforderungen zur Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen sind die ökologische Forschung und Umwelttechnik, Energie-, Gesundheits- und Verkehrsforschung von besonderer Bedeutung.

3. FÜR DIE BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG SORGEN

Umweltpolitik in Deutschland fortsetzen

150. Umweltpolitik ist Überlebenspolitik und muß verstetigt betrieben werden, unabhängig von Konjunkturschwankungen und Meinungsmoden. Wir Christliche Demokraten erkennen unsere Verantwortung für unseren Planeten an und verpflichten uns zum ökologischen Generationenvertrag. Eine wirkungsvolle Umweltpolitik braucht überzeugende Strategien. Nur dann kann sie langfristig wirksame Anreize zur Entwicklung und zum Einsatz umweltverträglicher Techniken geben sowie Grundlage für Verhaltensänderungen des einzelnen wie in der Gesellschaft sein. Dem Prinzip der Vernetzung entspricht es, Umweltpolitik als Querschnittsaufgabe in den verschiedensten politischen Bereichen zu gestalten.

151. Die sozialistische Mißwirtschaft, die sich auf eine rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Natur stützte, hat zu schweren ökologischen Zerstörungen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen geführt. Durch die Wiedervereinigung haben wir die Chance, diese ökologischen Schäden zu beheben, indem wir modernste Sanierungstechniken zum Einsatz bringen und zugleich funktionsfähige marktwirtschaftliche Strukturen aufbauen. Da die Verursacher der Schäden oft nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden können, ist die Sanierung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nach dem Gemeinlastprinzip von der Gemeinschaft zu finanzieren ist. Die Sorge für eine lebenswerte Heimat und der Aufbau einer modernen Wirtschaft in den neuen Bundesländern sind nur möglich, wenn wir der Sanierung der schweren ökologischen Schäden Priorität einräumen.

152. Mit der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft wollen wir den Umweltschutz in Deutschland zum selbstverständlichen Handlungsprinzip für alle machen. Wir wollen, daß die Kosten unterlassener Umweltvorsorge und der Inanspruchnahme von Umwelt konsequent vom Verursacher getragen werden müssen. Diese klare Bindung an das Verursacherprinzip wird nur dann gewährleistet, wenn sich diese Kosten in ökologisch ehrlichen Preisen niederschlagen. Die konsequente Anwendung des

Verursacherprinzips stärkt die Umweltvorsorge. Umweltschutz wird um so teurer, je später er einsetzt.

153. Das Umweltordnungsrecht ist für die Rahmenbedingungen der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft weiterhin unverzichtbar. Die Statik des Ordnungsrechtes wollen wir aber durch weitere marktwirtschaftliche Instrumente ergänzen, um das Eigeninteresse an Innovation und Verhaltensänderung zu stärken:

- Wir wollen verstärkt steuerliche Anreize wie eine abgasbezogene Kfz-Steuer, Abschreibungsvergünstigungen für umweltentlastende Investitionen sowie Abgaben zur Vermeidung von Abfällen, Treibhausgasen und Schadstoffen einsetzen.
- Wir wollen vermehrt Möglichkeiten zur Kompensation schaffen. Dabei werden den Unternehmen und Betrieben Umweltziele und Umweltentlastungen vorgeschrieben, ohne festzulegen, wie und wo diese Vorgaben im einzelnen erfüllt werden.
- Wir wollen das Umwelthaftungsrecht wirkungsvoll ausgestalten, um damit zugleich einen Anreiz für mehr Umweltvorsorge zu schaffen.
- Wir wollen die Aufklärung und Information über umweltfreundliches Verhalten, umweltverträgliche Produkte und Verfahren verbessern und die national und international anerkannten Umweltzeichen weiterentwickeln. Umweltbildung und -beratung sind für eine erfolgreiche Umweltpolitik unverzichtbar.

154. Das Umweltbewußtsein der Bürgerinnen und Bürger ist ebenso gewachsen wie ihre Bereitschaft, sich persönlich für ein umwelt- und gesundheitsbewußtes Leben zu entscheiden. Ihr Einsatz in Bürgerinitiativen, Umweltverbänden und Vereinen stellt eine wichtige Bereicherung für die Gestaltung von Umweltpolitik dar. Ihre positiven Beiträge können jedoch nicht die notwendigen politischen Entscheidungen in den parlamentarischen Gremien ersetzen. Wir setzen uns dafür ein, daß neue Möglichkeiten zur Aufklärung und Mitgestaltung geschaffen werden, damit die Bewahrung der Schöpfung fester Bestandteil des gesellschaftlichen Bewußtseins wird. Wir müssen zunehmend in Kreisläufen denken und bei unseren Entscheidungen die Folgekosten einbeziehen. Dies entspricht der Erkenntnis und dem Wissen um unsere Vernetzung mit dem Ganzen der Natur.

155. Unsere Natur- und Kulturlandschaften sind geprägt durch die Vielfalt der Lebensräume von Menschen, Tieren und Pflanzen. Sie gilt es zu schützen und zu bewahren. Unsere Verantwortung für das Mitgeschöpf Tier ist eine ethische Grundnorm, die es allgemein bewußt zu machen gilt. Besondere Leistungen der Land- und Forstwirtschaft zur Erhaltung unserer Kulturlandschaft müssen honoriert werden. Dies muß auch im Naturschutzrecht verankert werden. Im Bereich der Landschaftspflege entstehen neue Berufsmöglichkeiten, insbesondere auch für Landwirte, die wir fördern wollen. Wir setzen uns für einen sorgsamen Umgang mit Boden, Fläche und Natur in der Siedlungs- und Landschaftsplanung ein.

Wir wollen eine Verkehrsstruktur fördern, die die ökologisch optimale Vernetzung aller Verkehrsträger sicherstellt. Durch intelligente Steuerungskonzepte muß es uns gelingen, unnötigen Verkehr zu vermeiden und erzwungene Mobilität abzubauen. Schienen- und Wasserwege sind auszubauen, weil sie weniger umweltbelastend sind. Die Preise unserer Mobilität müssen die Kosten der Umweltbelastung und Naturnutzung widerspiegeln.

156. Wir streben ein integriertes Abfallwirtschaftskonzept an, in dem die Vermeidung von Müll Priorität vor der Wiederverwendung und Verwertung sowie der Müllverbrennung einnimmt und in dem an die Entsorgung hohe Sicherheitsanforderungen gestellt werden. Produktion, Verteilung, Nutzung und Entsorgung müssen soweit wie möglich in geschlossenen Kreisläufen erfolgen. Wir brauchen abfallarme Produktionsverfahren und Produkte. Wir treten dafür ein, daß sich in den Preisen für Produkte und Verpackungen auch die Kosten für Wiederverwertung und Entsorgung niederschlagen.

157. Die Gefahren einer weltweiten Veränderung des Klimas verpflichten uns zu einer beispielgebenden Strategie bei der Bekämpfung der Treibhausgase. Wir werden neben dem Verbot von Fluorchlorkohlenwasserstoffen vor allem die Emissionen von Kohlendioxid und Methan vermindern. Wir müssen mit modernen Techniken die fossilen Energieträger in allen Verwendungsbereichen mit wesentlich höheren Wirkungsgraden nutzen und alle Anstrengungen zur Umsetzung energiesparender Techniken vorantreiben. Darüber hinaus wollen wir die Entwicklung und Nutzung regenerativer Energien mit gleichem Nachdruck betreiben, wie wir in der Vergangenheit die Kernenergie entwickelt haben. Die entscheidenden Anreize zur Erhöhung der Wirkungsgrade sowie zur Einsparung von Energie werden über die Ausgestaltung der Preise erfolgen, die schrittweise auch die ökologischen Kosten umfassen müssen.

158. Umweltbelastungen und Umweltschäden fallen grenz- und regionenüberschreitend an; das erfordert eine enge Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in Ost und West. Zugleich treten wir dafür ein, die EU-weite Zusammenarbeit im Bereich der Umweltpolitik zu verstärken. Normen, Richtlinien und Förderprogramme sollen im gesamten EU-Raum gleichermaßen gelten.

Globale Umweltpartnerschaft schaffen

159. Die globale Umweltbelastung hat in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch zugenommen. Die Verschmutzung von Luft und Gewässern, die Ausdünnung der Ozonschicht, die Zerstörung der Wälder, Bodenerosion und Wüstenausbreitung sowie der steigende Energieverbrauch stellen eine Gefahr für unseren Planeten Erde dar. Die in den Industriestaaten vorgelebte ressourcenaufwendige Wirtschafts- und Konsumweise kann nicht Maßstab für eine nachhaltige Entwicklung sein. Wir können die Zukunft der Menschheit nur dann sichern, wenn wir in den Industrieländern unsere Lebensweise ändern und damit zum Vorbild für andere Staaten werden. Zunehmend ist sichtbar geworden, daß alle Menschen bei der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen in einer weltweiten Risikogemeinschaft leben.

160. Wir Christliche Demokraten sehen die Notwendigkeit des Umdenkens und setzen uns für eine Weiterentwicklung unserer Industriegesellschaft ein, die den ökologischen Erfordernissen Rechnung trägt:

Wir treten für das neue Verständnis von Wachstum ein, indem wir mit der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft über den Weg zu ökologisch ehrlichen Preisen die Kosten für die Inanspruchnahme von Umwelt und unterlassener Umweltvorsorge einbeziehen.

Wir treten für das neue Verständnis von Wohlstand ein. Er muß künftig auch den Erfordernissen der Natur Rechnung tragen. Nur so können wir den heutigen und

nachfolgenden Generationen ein menschenwürdiges Dasein sichern. Wohlstand ist für uns ohne eine gesunde und lebenswerte Umwelt nicht denkbar.

Wir treten für ein neues Verständnis von Fortschritt ein. Als Fortschritt kann nur das bezeichnet werden, was von den Bedingungen der Natur mitgetragen wird. Wirtschaftliches Handeln, das die natürlichen Ressourcen unverhältnismäßig verbraucht und unser Ökosystem gefährdet, kann nicht als Fortschritt bezeichnet werden.

161. Der weltweiten Zunahme der Umweltbelastung und dem gedankenlosen Umgang mit der Schöpfung stellen wir unser Konzept einer globalen Umweltpartnerschaft entgegen. Globale Umweltpartnerschaft bedeutet für uns nicht, daß wir die Entwicklungsländer aus ihrer eigenen Verantwortung entlassen, sondern daß arme und reiche Staaten der Erde einen gemeinsamen Weg zur Bewahrung der Schöpfung gehen. Mit unserer Umweltaußenpolitik wollen wir ein weltumspannendes Handlungsprogramm entwickeln, bei dem den reichen Ländern eine besondere Verantwortung zukommt. Sie müssen diese auch durch die Fortentwicklung der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft wahrnehmen. Wir müssen den inneren Zusammenhang von Armut, Bevölkerungswachstum und fortschreitender Umwelterstörung aufbrechen. Globale Umweltvorsorge und die Überwindung von Entwicklungsproblemen gehören untrennbar zusammen.

Deshalb müssen wir den Entwicklungsländern beim Aufbau marktwirtschaftlicher, sozial und ökologisch verantwortbarer Wirtschaftsstrukturen helfen. Durch die Öffnung unserer Märkte für ihre Produkte und eine veränderte Exportpolitik erhalten sie eine Chance zur Entwicklung ihrer Volkswirtschaften. Wir müssen ihnen die notwendigen wissenschaftlichen und technischen Kenntnisse zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung stellen. Um unsere eigenen ökologischen Schulden in den Entwicklungsländern zu tilgen, müssen wir den Weg der Entschuldung dieser Länder konsequent fortsetzen. Der Schuldenerlaß der Entwicklungsländer darf aber nicht zur Honorierung einer unverantwortlichen Politik führen. Die unterschiedlichen Ursachen, Strukturen und Größenordnungen der Verschuldung erfordern flexible Einzellösungen für die jeweiligen Länder.

162. Eine ökologisch tragfähige wirtschaftliche Entwicklung kann nur in internationaler Partnerschaft verwirklicht werden. Unsere Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern hat gleichermaßen die Armutsbekämpfung, die Bildungsförderung sowie die umweltschonende Wirtschaftsentwicklung zum Ziel. Wir müssen in den Entwicklungsländern eigenverantwortliches Handeln ermöglichen und fördern.

Anders leben, damit wir alle überleben - diesem Ziel dient unsere Politik der Bewahrung der Schöpfung.

POLITIK DER GLAUBWÜRDIGKEIT

Das Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands beschreibt die Grundsätze und Ziele christlich-demokratischer Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Wir Christliche Demokraten verpflichten uns darauf als Maßstab und Orientierung unserer Politik.

Unser Programm wird in den kommenden Jahren durch die Mitglieder und Funktionsträger der CDU auf allen politischen Ebenen umzusetzen sein. Dies schließt nicht

aus, daß neue Entwicklungen Korrekturen erzwingen und neue Aufgaben in den Vordergrund rücken.

Wir stellen uns der Überprüfung unserer Politik. Die Christlich Demokratische Union wird Rechenschaft über die Verwirklichung des Programmes geben und in Zwischenberichten Partei und Öffentlichkeit über die Ergebnisse informieren.

Politische Glaubwürdigkeit beruht auf Verlässlichkeit und Offenheit. Wir Christliche Demokraten rufen alle Interessierten, ob Mitglieder oder Nichtmitglieder, dazu auf, mit uns über die Zukunft unseres Landes nachzudenken. Wir werben um Anregung und Kritik, um Unterstützung und Mitarbeit. Wir wissen, daß es sich lohnt, gemeinsam für eine freie und verantwortliche Gesellschaft in Deutschland zu arbeiten.

+ + +

Für Wachstum und Beschäftigung

I. Den Standort Deutschland sichern

1. In den vergangenen elf Jahren sind auch durch die Politik der CDU-geführten Bundesregierung im Westen unseres Landes über drei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze entstanden. Die wirtschaftliche Entwicklung war von einem stetigen Wachstum, beträchtlichen Reallohnsteigerungen, Leistungsverbesserungen für Familien und sozial Schwache sowie beachtlichen Unternehmensgewinnen geprägt. Die auf eine schnelle Vollendung der Einheit Deutschlands gerichtete Politik erhielt dadurch ihre ökonomische Grundlage und führte zu einer durch die Nachfrage aus den neuen Ländern belebten Sonderkonjunktur. So konnte Deutschland für zwei Jahre aus den Strudeln der weltweiten Rezession herausgehalten werden. Außerdem trafen uns die wirtschaftlichen Konsequenzen der Öffnung Osteuropas zunächst nicht mit voller Härte.

Daß die konjunkturelle Schwäche nun auch in Deutschland spürbar ist, hat seine Ursachen jedoch nicht nur in äußeren Faktoren, die durch die deutsche Politik schwer zu beeinflussen sind. Unsere gegenwärtige Krise läßt sich auch wesentlich auf strukturelle Defizite des Wirtschaftsstandortes Deutschland zurückführen. Offensichtlich hat die deutsche Volkswirtschaft nicht ausreichend auf die sich schnell ändernden Rahmenbedingungen des Weltmarktes reagiert:

- Neue Technologien bestimmen die Zukunft

Moderne Technik ist heute nahezu überall verfügbar - die Welt ist enger zusammengerückt. Der in Westdeutschland erworbene technologische Vorsprung schmilzt angesichts hervorragender Leistungen in anderen Teilen der Welt ab. Sind aber die Produkte aus anderen Teilen der Welt mit den unseren qualitativ vergleichbar, bestimmt im Wettbewerb zunehmend der Preis die Nachfrage.

Länder wie die USA und Japan haben auf die neue industrielle Revolution, in der Zukunftstechnologien nahezu alle Branchen durchdringen und radikal verändern, mit enormen Anstrengungen im Hochtechnologiebereich reagiert. Europa und Deutschland haben mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten.

- Die Standortkonkurrenz verschärft sich

Mit der Öffnung der Grenzen nach Mittel- und Osteuropa ist in unserer unmittelbaren Nachbarschaft neue Konkurrenz für Investitionen und Beschäftigung entstanden. Die bisher nur in sehr bescheidenem Wohlstand lebenden Menschen in den Staaten Mittel- und Osteuropas sind bereit, zu konkurrenzlos niedrigen Löhnen und bei lediglich geringer sozialer Absicherung hochmotiviert zu arbeiten. Dabei sind auch dort viele gut qualifiziert.

Neue Konkurrenz entsteht auch in vielen Schwellenländern Südostasiens. Die Stärken dieser Länder sind ebenfalls niedrige Lohnkosten, Marktnähe sowie flexible und motivierte Arbeitskräfte.

- Die Märkte wachsen zusammen

Die gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten und Vernetzungen in der Welt nehmen zu. Deutschland sucht als exportorientiertes Land Märkte auf allen Kontinenten. Wir müssen daher besonders auf faire Bedingungen und die Einhaltung der Spielregeln des Welthandels drängen, denn freier Welthandel schafft Vorteile für alle.

Zusätzlich hat Deutschland die große Herausforderung der Vollendung der inneren Einheit zu bewältigen. Der Übergang von einer unproduktiven zentralen Planwirtschaft zu einer produktiven Volkswirtschaft ist ohne Beispiel. Der vollständige Umbau der sozialistischen Kommandowirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft in den neuen Ländern erfordert auch am Arbeitsmarkt Anpassungen, wie sie nach Art und Ausmaß bisher unbekannt waren.

Verdeckte Arbeitslosigkeit in Ost-Betrieben, die unter der Diktatur der SED ihr Plansoll an Beschäftigung erfüllen mußten, auch wenn dies unwirtschaftlich war, tritt offen zu Tage. Früher durch den Plan gesicherte Produktionszahlen in veralteten Betrieben sind in der Konkurrenz der Produkte auf dem freien Markt nicht mehr zu realisieren. Die Erneuerung der veralteten Maschinenparks, wo auf Kosten der Menschen und der Umwelt produziert wurde, erfordert immensen Kapitaleinsatz. Um den technologischen Rückstand aufzuholen, bedarf es auch erheblicher Qualifizierungsanstrengungen. Vor allem aber mangelt es in den neuen Ländern immer noch an einem breiten, leistungsfähigen Mittelstand. Nachdem er in den vierzig Jahren der DDR systematisch zerstört und diskriminiert worden ist, kann er sich nur schrittweise entwickeln.

Grundsätzlich haben sich die Knappheiten der Produktionsfaktoren geändert: Knapp ist nicht die Arbeitskraft, die zudem mit hohen Kosten belastet ist, knapp sind vielmehr neue technische Ideen, kaufmännischer Sachverstand und unternehmerischer Wagemut, aber auch die ökologischen Ressourcen.

2. Mit dem Beschluß des CDU-Bundesausschusses vom 18. Juni 1993: „Thesen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“ wurde die Strategie zur Bewältigung dieser Herausforderung entwickelt. Die Politik der CDU ist dabei insgesamt darauf ausgerichtet, Wachstums- und Innovationskräfte der Wirtschaft zu stärken und so mittel- und langfristig einen Beitrag für dauerhaft sichere Arbeitsplätze in Deutschland zu leisten. Denn in der Sozialen Marktwirtschaft können nur Unternehmer dafür sorgen, daß durch Innovationen neue Produkte für neue Märkte entstehen und damit Beschäftigung gesichert und geschaffen wird.

3. Der Standortbericht der Bundesregierung hat wesentliche Aussagen des CDU-Beschlusses aufgegriffen, die Bundesregierung hat einige wichtige Folgerungen bereits im Rahmen eines Standortsicherungsgesetzes und zahlreicher anderer Gesetze sowie durch internationale Vereinbarungen umgesetzt:

– Von zentraler Bedeutung für die Steigerung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland ist die Entlastung der Unternehmen von Abgaben in Form von Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen und Gebühren. Die Absenkung des Spitzensteuersatzes im Rahmen der Steuerreform 1990 und die Erleichterungen bei der Gewerbe-, der Vermögens- und der Erbschaftssteuer waren erste wichtige Schritte zur Senkung der Unternehmensbelastung.

- Mit dem Standortsicherungsgesetz wird die Besteuerung von einbehaltenen Unternehmensgewinnen und gewerblichen Einkünften auf das niedrigste Niveau seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland gesenkt.
- Die Kompensation der Mehrbelastung für die Unternehmen bei Einführung der Pflegeversicherung ist ein Signal an Unternehmer, in Deutschland zu investieren. Denn dadurch wird deutlich: Der Umbau des Sozialstaates muß nicht mit Belastungen der Wirtschaft einhergehen.
- Mit dem neuen Arbeitszeitrechtsgesetz stellt die Bundesregierung die Weichen für eine Flexibilisierung und bessere Entkopplung von Maschinenlaufzeiten und Arbeitszeiten zur Förderung der Produktivität und der Lebensqualität.
- Endlich konnte das Gentechnik-Gesetz so geändert werden, daß diese moderne Technologie auch in Deutschland entwickelt und für die Produktion und den Absatz neuer zukunftsfrüchtiger Güter besser genutzt werden kann.
- Die Reform der Deutschen Bahnen ist unter Dach und Fach. Die in der Folge entstehenden, privat geführten Bahnunternehmen werden den öffentlichen Personen- und Güterverkehr schneller und preiswerter machen.
- Auch die Postreform macht Fortschritte. Ziel ist die Schaffung leistungsfähiger Kommunikationsunternehmen, die sich auch am Weltmarkt behaupten können.
- Mit dem Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz ist es zukünftig einfacher, in Deutschland Investitionen zu tätigen und hierfür die notwendige Infrastruktur zu schaffen.
- Die maßgeblich auch von Deutschland vorangetriebene Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes verstärkt die Wirtschaftsbeziehungen innerhalb dieses größten zusammenhängenden Wirtschaftsraums der Welt. Dies wird mittelfristig eine wichtige Quelle unseres Wohlstandes sein und neue Arbeitsplätze schaffen.
- Für den erfolgreichen Abschluß der GATT-Verhandlungen war die deutsche Bundesregierung mit Helmut Kohl an der Spitze der Motor. Wie die Wirtschaftsinstitute übereinstimmend feststellen, werden auch hiervon wertvolle Impulse für Wachstum und Beschäftigung in unserem Land ausgehen.

4. Die CDU ist davon überzeugt, daß ihre Strategie des Wachstums zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland richtig ist und Wohlstand sowie hohe Beschäftigung in Zukunft sichert. Vor allem dazu müssen die politischen Kräfte gebündelt werden. Um die sozialen Folgen des wirtschaftlichen Wandels zu mindern und Anpassungsprozesse am Arbeitsmarkt zu beschleunigen, ist es notwendig, diesen Prozeß der Stärkung der Wirtschaftskraft durch eine geeignete Arbeitsmarktpolitik zu begleiten.

Darüber hinaus ist ein massiver Vorstoß in neue Technologien, industrielle Felder und zukunftsorientierte Dienstleistungen notwendig. Wir müssen in Deutschland erheblich mehr in die Technologien investieren, in denen wir noch führend sind oder in denen Rückstände aufgeholt werden können.

In dieser Situation gilt es aber auch, den Bürgern zu sagen, daß die Rezession und der Umbau der Wirtschaft für einige Zeit Belastungen mit sich bringen und gemeinsame Anstrengungen notwendig machen. Denn wenn einerseits ineffizient gewordene Strukturen abgebaut werden und andererseits neue leistungsfähige Strukturen

entstehen, verursacht dies vorübergehend besondere Anpassungskosten und verminderte Beschäftigung. Deshalb bedarf es der Mitwirkung und des solidarischen Eintretens eines jeden einzelnen für die sozialverträgliche Bewältigung der Strukturkrise. Der Wandel fordert den Unternehmer und Arbeitnehmer, den Gewerkschafter und Arbeitgeber, den Politiker und alle gesellschaftlichen Gruppen. Eine Aufbruchstimmung ist notwendig, in der überkommene Gewohnheiten in Frage gestellt werden, damit neue Ziele erreichbar sind.

II. Die Wirtschaftskraft entfalten

5. Eine gesunde und zukunftsorientierte Wirtschaft als Quelle des Wohlstands, als stabiles Fundament für soziale Gerechtigkeit und im Einklang mit einer lebenswerten Umwelt kann in Deutschland dauerhaft nur geschaffen und erhalten werden, wenn wir die Herausforderung des notwendigen Strukturwandels annehmen und die sich bietenden Chancen nutzen. Hierzu bedarf es der Förderung der Forschung und innovativer Techniken, der Qualifikation der Menschen, solider Staatsfinanzen, weiterer Deregulierung und Privatisierung, der Sicherung und weiteren Entwicklung unserer Position auf den Weltmärkten, der aktiven Unterstützung des Mittelstandes, der weiteren Förderung der Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern und der Erschließung neuer Beschäftigungsfelder.

Doch der politische Rahmen allein kann mehr Wachstum und Beschäftigung nicht sicherstellen. An den Werkbänken und Schreibtischen, in Fabrikhallen und Chefetagen müssen motivierte und qualifizierte Menschen den Wandel wollen und gestalten.

Vordringlich ist die Schaffung eines politischen Klimas, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer Eigeninitiative und Selbständigkeit entfalten können. Aus Selbständigkeit erwachsen Kreativität, Verantwortung und Flexibilität, sie muß deshalb wieder zu einem bestimmenden Faktor unserer Gesellschaft werden. So können wir der Gefahr begegnen, daß uns nicht die Arbeit, sondern die Arbeitgeber ausgehen.

Eine Schlüsselstellung beim Umbau der Wirtschaftsstruktur kommt dem selbständigen Unternehmer zu. Durch seine Entscheidungen werden Arbeitsplätze geschaffen oder vernichtet, Innovationschancen genutzt oder verspielt. Er entscheidet maßgeblich über Erfolg oder Mißerfolg, Expansion oder Niedergang. Wir wollen, daß wieder mehr Menschen den Schritt in die Selbständigkeit wagen und daß diese Existenzgründer engagiert und verantwortungsvoll ihre Aufgabe wahrnehmen können.

Innovative Techniken fördern

6. Wir brauchen eine Rückbesinnung auf die Fähigkeit und Bereitschaft zur Innovation. Die CDU steht an der Seite der Unternehmer, Arbeitnehmer und Wissenschaftler, die sich dieser Herausforderung stellen. Sie wendet sich gegen alle Tendenzen, technischen Fortschritt pauschal als Gefahr für die Menschheit zu diffamieren. Auf unserer Welt leben täglich 280.000 Menschen mehr. Hieraus erwächst eine besondere Verantwortung für die Industrienationen. Nur durch die Nutzung neuer Technik können die weltweiten Engpässe bei der Energieversorgung, bei der Ernährung, in der Gesundheitsvorsorge, bei den Rohstoffen und bei den natürlichen Lebensgrundlagen beseitigt werden. Wer sich der Innovation verweigert, verspielt die Chancen zur

besseren Bewältigung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit.

Unser Platz an der Spitze der Weltwirtschaft und das Ziel, unseren Lebensstandard zu erhalten, verpflichten uns, in wichtigen Bereichen technologisch und organisatorisch besser zu sein als andere. Nur wenn wir am weltweiten Austausch von Technologien als führender, leistungsfähiger Partner teilnehmen, werden wir weiterhin eine bedeutende Rolle in der zunehmend arbeitsteiligen Welt einnehmen. Angesichts der Anstrengungen in anderen Ländern bedarf es bei uns eines neuen Aufbruchs:

- Mit Wissenschaft und Wirtschaft wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, in Forschung und Entwicklung erzielte Ergebnisse beschleunigt in marktfähige Produkte umzusetzen. Der Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis verstärkt werden. Es darf nicht so bleiben, daß in Deutschland entwickelte Patente überwiegend im Ausland genutzt werden.
- Zur Unterstützung und Bündelung der privaten und staatlichen Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen in den wichtigen Zukunftsbranchen, z.B. in der Bio- und Gentechnik, bei neuen Werkstoffen sowie bei neuen Energie-, Umwelt- und Verkehrstechniken, soll ein Nationaler Technologierat geschaffen werden. Er soll als Instrument des öffentlichen Dialogs über technische Entwicklungsrichtungen Vorschläge unterbreiten, wie Forschungsvorhaben und Fördermittel auf bestimmte zukunftssträchtige Bereiche konzentriert werden können und wie der Technologietransfer beschleunigt werden kann.
- Zukunftssträchtige Entwicklungen dürfen nicht am Mangel von Risikokapital scheitern. Am regulären Kapitalmarkt stehen unter den Bedingungen der normalen Kreditvergabe keine ausreichenden Mittel für risikobehaftete Personal- und Sachinvestitionen zur Verfügung. In Zusammenarbeit mit den Banken wollen wir sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern steuerbegünstigtes Venture-Capital bereitstellen. Die CDU erwartet, daß die im Solidarpakt zugesagte Milliarde der Kreditwirtschaft vor allem risikobereiten Existenzgründern in den neuen Ländern zur Verfügung gestellt wird.
- Auch im Interesse der Exportchancen der deutschen Wirtschaft müssen die Weichenstellungen in der Energiepolitik schnell vorgenommen werden. Die CDU bekennt sich zu Deutschland als Standort einer kostengünstigen, sicheren und ökologisch verantwortbaren Energieerzeugung unter Einbeziehung der Kernkraft. Zukunftsweisende Verfahren der Energieerzeugung, wie z.B. die Nutzung alternativer Energieträger, effizientere Energieausschöpfung, aber auch inhärent sichere Kernkraftwerke, sowie energiesparende Produkte vom Drei-Liter-Auto bis zum Niedrig-Energie-Haus sollen in Deutschland entwickelt, erprobt, eingesetzt und damit zugleich exportfähig gemacht werden.
- Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur muß zügig vorangetrieben werden, hierfür werden zunehmend auch private Finanzierungsquellen erschlossen. Gerade im Bereich des schienengebundenen Transports eröffnen sich durch die beschlossene Privatisierung der Bahn neue Chancen für innovative und umweltgerechte Verkehrskonzepte. Auch für den Betrieb und Neubau von Straßen soll privates Kapital mobilisiert werden. Insbesondere ist zu prüfen, wo notwendige neue Straßentunnel und Brückenbauwerke privat gebaut und betrieben werden können.

Beim Neu- und Ausbau von Straßen- und Schienenwegen und bei der Entwicklung neuer Verkehrsleitkonzepte für die Straße sollen verstärkt Technologien zur Anwendung kommen, bei denen die deutsche Industrie eine Vorreiterrolle in der Welt hat. Der Bau einer Referenzstrecke der Magnetschwebbahn „Transrapid“ ist daher ebenso unverzichtbar wie der verstärkte Einsatz des Hochgeschwindigkeitszuges ICE.

Die Schnittstellen von individuellem und öffentlichem Verkehr müssen besser miteinander verknüpft werden, damit sich die Leistungsvorteile der einzelnen Verkehrsträger optimal ergänzen.

- Die Kommunikationstechnik ist der weltweit bedeutendste Wachstumsmarkt. Die zu privatisierenden Unternehmen der Post machen die Kommunikation in Deutschland schneller und preiswerter. Dies verbessert nicht nur die Aussichten, auch zukünftig leistungsfähige Unternehmen in Deutschland anzusiedeln, sondern fördert auch den Absatz und Export hochwertiger Anlagen. Darüber hinaus werden sich nur moderne und leistungsfähige Kommunikationsunternehmen im internationalen Wettbewerb, besonders auch in Mittel- und Osteuropa, behaupten können.
- Die Luft- und Raumfahrtindustrie ist eine Schlüsseltechnologie mit mittel- und langfristig großen Wachstumschancen. Wir wollen die Rahmenbedingungen für diese Zukunftstechnologie verbessern, indem wir die staatliche Förderung neu strukturieren und die europäische Kooperationsfähigkeit der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie fördern.
- Die CDU will auch zukünftig den Einsatz moderner Technologien im Umweltschutz vorantreiben. Der Bereich des Umweltschutzes ist zu einem expandierenden Betätigungsfeld insbesondere für mittelständische Unternehmen geworden. Insgesamt 680.000 Arbeitnehmer finden dort eine Beschäftigung. Bei der Weiterentwicklung der Umweltpolitik ist verstärkt darauf zu achten, daß daraus keine einseitigen Belastungen der deutschen Wirtschaft resultieren. Deutschland muß gerade bei der gegenwärtig angespannten Konjunkturlage sowie angesichts der strukturellen Herausforderungen des Wirtschaftsstandortes Deutschland nachhaltig darauf drängen, daß andere europäische Mitbewerber ihre jeweiligen Umweltschutzstandards entsprechend anpassen. Durch die Errichtung eines internationalen Umweltechnologiezentrums in den neuen Ländern könnte dem umweltpolitischen Fortschritt gerade auch in Mittel- und Osteuropa Nachdruck verliehen werden.

Bildung und Qualifizierung

7. Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung sind wesentliche Grundlagen der Zukunftssicherung des Standortes Deutschland. Unser Bildungswesen entscheidet maßgeblich darüber, wie wir die Probleme unserer Gesellschaft von morgen lösen. Wissenschaft und Forschung entscheiden über Wohlstand und Arbeitsplätze der Zukunft. Unübersehbare Fehlentwicklungen in Bildung, Wissenschaft und Forschung müssen deshalb jetzt angegangen werden. Die CDU hat hierzu im September 1993 ein bildungspolitisches Programm beschlossen:

- Die Umsetzung des Konzeptes einer humanen, die persönlichen Begabungen unterstützenden und Leistung fördernden Schule soll unser Schulsystem verbessern. Das Abitur soll nach zwölf Jahren absolviert werden.

- Das duale Ausbildungssystem muß attraktiver werden. Es muß einerseits leistungsstärkeren Jugendlichen noch mehr Alternativen zum Studium bieten; andererseits muß es mehr praktisch begabten Jugendlichen über eigene Ausbildungsordnungen zu einem beruflichen Abschluß verhelfen.
- Berufsakademien als duale Ausbildungsform im tertiären Bereich sollten bundesweit eingeführt und anerkannt werden.
- Zur Verwirklichung der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung bedarf es sowohl der Veränderung in der Personalpolitik der Unternehmen als auch struktureller Änderungen im Dienst- und Besoldungsrecht des öffentlichen Dienstes. Die formale Berufsqualifikation darf gegenüber der tatsächlichen fachlichen Eignung nicht überbewertet werden. Laufbahnen sind also zu öffnen.
- Die Leistungsfähigkeit des Hochschulsystems muß gestärkt werden. Die Selbstverwaltung der Hochschulen ist zu erweitern, die Lehre ist zu verbessern, Leistungsanreize für ein kurzes Studium sind einzuführen, die Studienzeiten sind durch eine Studienstrukturreform zu verkürzen, mehr Wettbewerb zwischen den Hochschulen ist zu verwirklichen, außerdem sind die Mitwirkungsrechte der Hochschulen bei der Zulassung der Studenten zu erweitern. Die Hochschulen sollten sich auch verstärkt in der Weiterbildung engagieren.
- Die Bedeutung der Fachhochschulen muß erhöht werden.
- Zur Sicherung von Zukunftschancen ist auch das gemeinsame Eintreten von Wissenschaft, Wirtschaft, Bildungseinrichtungen und Staat für mehr Wirtschafts- und Technikfreundlichkeit sowie Forschungsakzeptanz in unserer Gesellschaft notwendig.
- Zur Verbesserung von Ausbildung und Qualifizierung gehört auch, herausragende Fähigkeiten zu erkennen und zum Beispiel auch in Eliteschulen zu fördern. Denn wir brauchen eine geistige Elite, um vor den großen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu bestehen.
- Lebenslange berufliche Weiterbildung ist eine eigenverantwortliche Aufgabe für jeden einzelnen. Staat, Kommunen, Freie Träger, Unternehmen und Organisationsstellen der Wirtschaft müssen die notwendigen Angebote bereitstellen und ausbauen.

Rahmensetzung der Haushalts- und Finanzpolitik

8. Das Investitionsklima in der Bundesrepublik Deutschland wird maßgeblich auch durch den wirtschafts- und finanzpolitischen Rahmen des Staates bestimmt. Wenn die staatlichen Kassen und die Sozialversicherungen den überwiegenden Teil des in Deutschland Erwirtschafteten in Anspruch nehmen, verlieren unternehmerische Eigeninitiative und Marktmechanismen zunehmend an Bedeutung. Der Staat muß sich deshalb auf die Erfüllung von Aufgaben beschränken, die nicht vom privaten Sektor mindestens genauso gut erledigt werden können. Bei Erledigung öffentlicher Aufgaben durch Private sorgt er aber dafür, daß diese Aufgaben in Verantwortung für das Gemeinwohl erfüllt werden.

Der erhebliche Anstieg der Staatsquote war aufgrund der deutschen Einheit erforderlich. Umso notwendiger sind jetzt gezielte Maßnahmen der Rückführung auf das Normalmaß:

- Die Staatsquote sollte nach 1995 bis zum Jahr 2000 schrittweise wieder auf das Niveau vor der Vereinigung gesenkt werden. Damals lag sie bei etwa 46 Prozent.
- Zum Kurs der konsequenten Haushaltskonsolidierung mit einer wirksamen Rückführung der Netto-Neuverschuldung gibt es keine Alternative. Ein hochverschuldeter Staat wird auf Dauer immer ein sozial ungerechter Staat sein, da er zusätzliche Steuern auf Arbeitseinkünfte und Verbrauch erheben muß.
- Die nach Einführung der Pflegeversicherung bei den Kommunen verbleibenden neuen Finanzierungsspielräume müssen neben der Verbesserung der sozialen Infrastruktur vor allem auch zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte genutzt werden.
- Die Eckpunkte für weitere Unternehmensteuerentlastungen sind zügig festzulegen.
- Die Politik einer Vereinfachung des Steuer- und Subventionsrechts ist konsequent fortzuführen, auch, um Steuer- und Subventionsbetrug zu verhindern.
- Neben den staatlichen Haushalten leisten auch die Kassen der Sozialversicherungen einen wichtigen Beitrag zur Vollendung der sozialen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Es ist anzustreben, daß versicherungsfremde Leistungen künftig nicht mehr von den Beitragszahlern, sondern aus Steuermitteln finanziert werden. Insbesondere das Finanzierungskonzept der Bundesanstalt für Arbeit sollte in diesem Sinne reformiert werden.
- Viele Unternehmen haben sich im Umstrukturierungsprozeß auf Kosten der Sozialkassen entlastet. Diese Kosten müssen zukünftig nach der Sanierung an die sozialen Sicherungssysteme zurückgegeben werden.
- Jede Form staatlicher Förderung muß dem Prinzip Rechnung tragen, Zukunft zu ermöglichen anstatt Vergangenheit zu erhalten. Dies wird den Bürgern mehr und mehr bewußt. Deshalb ist eine stärkere Umschichtung von Finanzmitteln aus bisher subventionierten Bereichen in zukunftssträchtige Projekte der Infrastruktur und moderner Technologien vorzunehmen. Dabei sind Subventionen zu begrenzen und degressiv auszugestalten, um das Subventionsniveau insgesamt zu senken.
- Die Deutsche Bundesbank bleibt aufgefordert, die Politik der Bundesregierung im Rahmen des stabilitätspolitischen Auftrags nachhaltig zu unterstützen, denn auch die Geld- und Zinspolitik hat großen Einfluß auf die Konjunktur und den Strukturwandel in Deutschland.

Deregulierung und Privatisierung

9. Die CDU tritt für die Durchforstung des Gestrüpps gesetzlicher Regelungen und für Privatisierung ein. Dadurch werden Finanzierungs-, Rationalisierungs- und Kreativitätspotentiale geweckt; für mittelständische Eigeninitiative und neue Dynamik an der Stelle schwerfälliger staatlicher Bürokratie und Lenkung bieten sich große Chancen. Deshalb hält die CDU folgende Schritte für notwendig:

- Zum Aufbrechen gewachsener Verkrustungen und zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit gehört auch eine vorbehaltlose Prüfung der gewachsenen Aufgabenteilung zwischen Staat und Privaten. Von Leistungen, die auch private Anbieter bei gleicher Qualität und Sozialverträglichkeit ebenso bereitstellen können, hat sich die öffent-

liche Hand zurückzuziehen. Die entsprechenden öffentlichen Bereiche sind in Unternehmen umzuwandeln und in private Hand zu überführen, die Haushaltssatzungen sind entsprechend zu ändern. Dort, wo das öffentliche Interesse rein marktwirtschaftliche Lösungen nicht erlaubt, sollen entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip möglichst freigemeinnützige Träger diese Aufgaben wahrnehmen. Auf allen Ebenen ist dafür Sorge zu tragen, daß private und öffentliche Anbieter steuerlich gleichbehandelt werden.

- Ausstattungsstandards sind daraufhin zu überprüfen, ob sie eine Privatisierung behindern.
- Der Bund muß die Privatisierung der Bahn und der Post zügig abschließen, sowie Bundesbeteiligungen, etwa an der Deutschen Lufthansa, veräußern. Dort, wo noch Monopole bestehen, müssen für den Übergang zügig Maßnahmen der Deregulierung und Lizenzierung für Freiräume sorgen.
- Auf kommunaler Ebene und Landesebene sollen Ver- und Entsorgungseinrichtungen, z.B. für Energie und Wasser, sowie Verkehrs- und weitere Infrastruktureinrichtungen privatisiert werden. Wo privatisiert wird, muß allerdings auch der Wettbewerb sichergestellt werden, Pseudoprivatisierungen, bei denen die öffentliche Hand Mehrheitsteilhaber des Unternehmens bleibt, verfehlen das Ziel.
- Auch im Bereich der sozialen Aufgaben und der Bildungseinrichtungen kann durch Überführung an freigemeinnützige Träger ein Privatisierungseffekt erzielt werden.
- Im Wohnungsbau wie bei der Erstellung neuer Anlagen und Betriebsteile muß das staatliche Genehmigungswesen in der Regel zu einem reinen Abnahmewesen zurückentwickelt werden. Die Einhaltung der einschlägigen Rechtsvorschriften ist dann Sache des Bauherrn, er haftet auch bei eventuellen Schäden. Dort, wo Genehmigungsverfahren auch weiterhin unerlässlich sind, müssen Laufzeiten deutlich verkürzt und Verfahren wesentlich vereinfacht werden. Es ist zu prüfen, wo hoheitliche Genehmigungstätigkeit an Selbständige übertragen werden kann.
- Deregulierung im Wohnungsbau muß durch eine weitere Stärkung der subjektbezogenen Wohnbau- und Mieterförderung begleitet werden, um bezahlbaren Wohnraum auch für geringverdienende Haushalte bereitzustellen.
- Vorschriften, die ohne schwerwiegenden Grund Behinderungen der wirtschaftlichen Tätigkeit und Beschäftigung verursachen, müssen abgeschafft werden. Die Erfahrungen anderer Industriestaaten sind dafür umfassend auszuwerten. Eine solche bewertende Analyse sollte auch für das Ladenschlußgesetz gelten; es muß nach Anhörung der Betroffenen, also Verbrauchern, Arbeitnehmern und Einzelhändlern, *gelockert und damit an die veränderten Bedingungen angepaßt werden*. Das Rabattgesetz ist abzuschaffen.

Sicherung der deutschen Position auf den Weltmärkten

10. Die deutsche Wirtschaft ist in hohem Maße exportabhängig; jeder dritte Beschäftigte arbeitet bereits für den Export, davon allein 70 Prozent für den Binnenhandel in der Europäischen Union. Die Bedeutung des Außenhandels wird in Zukunft noch zunehmen. Neben der Sicherung und Pflege bestehender Märkte müssen deshalb über den Wirtschaftsraum des Europäischen Binnenmarktes hinaus auch die Wirt-

schaftsbeziehungen mit der übrigen Welt nach einem strategisch abgestimmten Konzept ausgebaut werden.

Sprachbarrieren, unterschiedliche Rechtsordnungen und voneinander abweichende technische Standards bilden häufig gerade für mittelständische Unternehmer unüberwindbare Hürden, sich im Export zu engagieren. Durch den Ausbau deutscher Handelsvertretungen im Ausland könnten mit den Gepflogenheiten des Landes vertraute Unternehmer sowie Mitarbeiter staatlicher Organisationen z.B. durch Schulung und Ausbildung sowie auch durch die Bereitstellung von Infrastruktur verstärkt Starthilfe leisten. Bei der Konzeption von Großprojekten im Ausland ist eine aktive Exportförderung (Information und Kontaktvermittlung) durch die deutschen Repräsentanzen unerlässlich.

Ziel muß es sein, daß sich deutsche Unternehmen oder Bietergemeinschaften grundsätzlich an jeder größeren Ausschreibung im Ausland beteiligen. Eine wichtige Voraussetzung dafür, in allen Betätigungsfeldern im Ausland auch anbieten zu können, ist die Privatisierung bisher staatlicher Leistungen.

Einen wertvollen Beitrag für die Exportförderung leisten die Initiativen der Wirtschaftsorganisationen und der Bundesregierung, etwa im Rahmen der Arbeit des Asien-Pazifik-Ausschusses, und die Exportkooperationen mittelständischer Unternehmen. Die Zusammenarbeit hier ist zu vertiefen, strategisch auszurichten und entsprechend auf Lateinamerika und Afrika auszuweiten.

Die Öffnung der Grenzen für Arbeit, Kapital, Waren und Dienstleistungen erfordert längere und schwierige Anpassungsprozesse bei uns und in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas. Die Europäische Union hat Abkommen geschlossen, um die berechtigten Interessen in Deutschland und Europa zum Ausgleich zu bringen. Die Abkommen dürfen sich jedoch nicht zu einem protektionistischen Instrument auf Dauer entwickeln.

Die Ergebnisse des erfolgreichen Abschlusses der Uruguay-Runde des GATT müssen weiterentwickelt werden, um auch nicht-tarifäre Handelshemmnisse auszuräumen.

Eine enge Verzahnung nationaler Maßnahmen mit der Wachstumsinitiative der Europäischen Union ist unerlässlich. Sie darf nicht allein auf die Fortentwicklung der Arbeitsteilung innerhalb der Union ausgerichtet sein, sondern muß sich am Leitbild des handelsoffenen Europas orientieren.

Förderung des Mittelstandes

11. Breite, vielfältige und damit relativ konjunktur- und strukturstabile Beschäftigung wird vom Mittelstand getragen. Über vier Jahrzehnte war der wirtschaftliche Erfolg und die technische Entwicklung in unserem Land maßgeblich durch den Unternehmer geprägt, der seinen Betrieb selbst aufgebaut, geleitet und entwickelt hat. 2,1 Millionen kleine und mittlere Unternehmen beschäftigen zwei Drittel aller Arbeitnehmer der privaten Wirtschaft im Westen.

Eine mittelständische Wirtschaftsstruktur kann jedoch nur erhalten werden, wenn wieder verstärkt risikofreudige und leistungsbereite Menschen das Wagnis der Selbständigkeit auf sich nehmen und neue Marktchancen nutzen. Die Förderung von Existenzgründungen ist daher auch im Westen unseres Landes wieder zu intensivie-

ren. Wir brauchen eine Existenzgründungsoffensive, insbesondere bei der Eigenkapitalbildung.

In besonderer Weise gilt dies für außergewöhnliche Innovationen, die ein hohes Risiko, aber auch hohe Chancen bergen. Oft mangelt es am notwendigen Startkapital, ohne das die Entwicklung oder Produktionsaufnahme unmöglich ist. Venture-Capital kann hier helfen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern hängt nicht zuletzt vom Aufbau eines leistungsfähigen Mittelstandes ab. Bereits heute stellen die kleinen und mittelständischen Betriebe den weit überwiegenden Teil der Ausbildungsplätze in den neuen Ländern bereit. Bei Mittelständlern vollzieht sich darüber hinaus der deutlichste Beschäftigungsaufbau.

Das beste und zugleich kostengünstigste Mittelstandsprogramm ist die zügige Privatisierung in West und Ost. Hier können private Initiative und privates Kapital mobilisiert sowie Zeitgewinne und höhere Effizienz bei Produkten und Produktionsverfahren erzielt werden.

Förderung der Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern

12. Der Umbau der sozialistischen Kommandowirtschaft zu einer modernen und leistungsfähigen Sozialen Marktwirtschaft in den neuen Ländern macht unübersehbare Fortschritte. Die Treuhandanstalt kommt mit der Privatisierung gut voran, obwohl ihre Aufgabe schwierig und undankbar ist. Von den über 13 000 Staatsbetrieben sind nahezu 90 Prozent in private Hand überführt. Über 2 500 Ausgründungen, 4 000 Unternehmensrückgaben und 20 000 Privatisierungen im Handel bilden eine wichtige Grundlage für den Aufbau eines breiten Mittelstandes. Zusagen für fast 1,5 Millionen Arbeitsplätze und Investitionen in Höhe von 180 Mrd. DM allein bei den ehemaligen Treuhandbetrieben sind eine solide Basis für den Aufbau Ost.

Der tiefgreifende politische und wirtschaftliche Umbruch in Osteuropa bedeutete jedoch für viele ostdeutsche Unternehmen auch den Verlust angestammter Absatzmärkte. Die Erschließung neuer Absatzmärkte mit Produkten, die in Qualität und Preis dem Weltstandard entsprechen, ist deshalb von herausragender Bedeutung für die wirtschaftliche Zukunft Ostdeutschlands. Die westdeutsche Wirtschaft bleibt dabei zu aktiver Mithilfe aufgefordert. Die CDU begrüßt nachdrücklich die Zusage der westdeutschen Wirtschaft, im Rahmen ihrer „Einkaufsoffensive neue Bundesländer“ ihr Einkaufsvolumen trotz der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Situation in den neuen Bundesländern von 1992 bis 1995 auf 50 Mrd. DM zu verdoppeln. Einen weiteren wichtigen Beitrag zur Absatzstützung leisten die von der Bundesregierung beschlossenen Präferenzregelungen für ostdeutsche Betriebe bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Inzwischen werden fast 20 Prozent der öffentlichen Aufträge des Bundes an ostdeutsche Unternehmen vergeben. Die alten Bundesländer bleiben weiterhin aufgefordert, ihr Einkaufsvolumen bei ostdeutschen Produkten entsprechend auszuweiten.

Die Erneuerung und Sicherung industrieller Kerne ist, wie im Solidarpakt verabredet, eine eigenständige politische Aufgabe. Dies bedeutet insbesondere, daß für Unternehmen, die nach gemeinsamer Auffassung der Treuhandanstalt und des jeweiligen Landes sanierungsfähig sind, für die jedoch mangels Interessenten der Weg derzeit

nicht über die Privatisierung gegangenen werden kann, ein Sanierungsweg über entsprechende Programme gefunden werden muß.

Die Politik der Erneuerung industrieller Kerne und die Gewinnung industriell leistungsfähiger Regionen als Wachstums- und Entwicklungspole bieten auch dem Mittelstand neue Betätigungsfelder.

Erneuerte industrielle Kerne und infrastrukturell attraktiv ausgestattete und ökologisch sanierte Regionen sind darüber hinaus ein wichtiger Ausgangspunkt für den Aufbau einer konkurrenzfähigen Industrie in den neuen Bundesländern, insbesondere im Blick auf die Entfaltung einer exportorientierten Produktion.

Erschließung neuer Beschäftigungsfelder

13. In Deutschland eröffnen sich neue Beschäftigungsmöglichkeiten durch den konsequenten Vorstoß in neue Technologien und industrielle Felder und durch zukunfts-trächtige Dienstleistungen. Die gesellschaftlichen Veränderungen, insbesondere der veränderte Altersaufbau, lassen neue Arbeitsplätze auch in Bereichen entstehen, die bisher in der Familie oder zwischen den Generationen ausgefüllt wurden. Deshalb muß der, der hier sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schafft, wie etwa der Privathaushalt, verstärkt als Arbeitgeber anerkannt werden.

- Die Pflegeversicherung, die wir weiterhin unbedingt wollen, wird viele Pflegebedürftige in die Lage versetzen, Angebote häuslicher Pflege nachzufragen und zu bezahlen. Dieser Nachfrage muß durch qualifiziertes Personal entsprochen werden. Viele Pflegeheime suchen jetzt schon Pflegekräfte auch deshalb, weil die Verweildauer in diesem Beruf durchschnittlich nur fünf Jahre beträgt. Andererseits müssen Pflegekräfte aus der Erwerbstätigkeit ausscheiden, weil die Arbeitsbedingungen familienfeindlich sind und Kinderbetreuung fehlt. Familienfreundliche Arbeitszeiten ermöglichen gut ausgebildeten Pflegekräften, im Beruf zu bleiben oder in den Beruf zurückzukehren. So können enorme Beschäftigungspotentiale erschlossen werden.
Besonders sind auch die Arbeitslosen angesprochen, sich auf Aufgaben im Bereich der Pflege vorzubereiten. Dafür müssen verstärkt entsprechende Kurse und Ausbildungsgänge angeboten werden.
- Um Beschäftigung in der Familie zu fördern, sollen künftig Pflege-, Haushalts- und Erziehungshilfen im Rahmen regulärer Beschäftigung steuerlich absetzbar sein, sofern nicht direkte staatliche Zuschüsse gewährt werden. Neben einem zusätzlichen Bedarf an Erzieherinnen durch den Ausbau von Kindergartenplätzen kann durch die Schaffung von Möglichkeiten der Kinderbetreuung und -erziehung, etwa von Tagesbetreuungsplätzen in häuslicher Umgebung bei Tagesmüttern, für ein breites und dabei kostengünstiges Angebot gesorgt werden.
- Moderne Kommunikationstechnik schafft neue Chancen auch für Arbeitsplätze zu Hause, denn viele Tätigkeiten, die früher ausschließlich im Betrieb ausgeführt werden konnten, sind heute auch in der häuslichen Umgebung des Beschäftigten durchführbar. Gerade für Arbeitnehmer, die neben der Erwerbstätigkeit auch Kinder erziehen, bietet sich hier die Möglichkeit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Hier sind Ideen gefragt und von den Betriebsräten und Unternehmensleitungen in die Praxis umzusetzen.

- Bereits heute entsteht in großem Umfang Beschäftigung im Freizeitsektor, denn bei mehr Freizeit und steigenden Einkommen wächst auch das Interesse an neuen Formen der Freizeitgestaltung. Beispiele in anderen Ländern zeigen, daß bei uns noch große Entwicklungsmöglichkeiten bestehen.

Gerade in diesen neuen Beschäftigungsfeldern können Mütter und Väter, die nach Zeiten der Kindererziehung den Wiedereinstieg in den Beruf suchen, eine echte Chance erhalten. Auch hierauf sind Ausbildungs- und Qualifizierungsanstrengungen auszurichten.

III. Die Beschäftigung fördern

14. Die mittel- und langfristig angelegte Strategie der Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland bedarf gerade in dieser historischen Umbruchsituation der Begleitung durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Ziel ist es hierbei, Arbeitslosigkeit zu vermeiden, die Folgen von Arbeitslosigkeit zu mindern und möglichst vielen Menschen zu neuer Beschäftigung zu verhelfen.

Ursachen der Arbeitslosigkeit

15. Hohe Arbeitslosigkeit darf dauerhaft nicht hingenommen werden. Vor allem auf folgende Entwicklungen müssen Politik und Tarifpartner jetzt reagieren:

- Das Arbeitskräfteangebot in den alten Bundesländern ist aufgrund der demographischen Entwicklung und der Zuwanderungen kräftig gestiegen. Außerdem haben verbesserte Ausbildung, geringerer Umfang der Familienpflichten sowie die zunehmende Teilnahme der Frauen am Erwerbsleben zu erhöhter Nachfrage nach Arbeitsplätzen geführt. So ist die Arbeitslosigkeit von 1984 bis 1992 nur um 600.000 Personen gesunken, obwohl die Beschäftigung um mehr als 3 Millionen zunahm und im Jahr 1992 mit 29,5 Millionen ihren bisherigen Höhepunkt erreichte.
- Steigende Lohnkosten insbesondere in den unteren Lohngruppen haben zahlreiche Beschäftigungsformen und Arbeitsplätze unrentabel gemacht. Sie wurden durch den Einsatz von Technik ersetzt oder in Niedriglohnländer verlagert.
- Die Lohnstückkosten sind auch dadurch gestiegen, daß Arbeitszeitverkürzung in der Vergangenheit überwiegend mit direktem oder indirektem Lohnausgleich verbunden war und so nur einen geringen Beitrag für mehr Beschäftigung geleistet hat.
- In den neuen Ländern existierten nur sehr wenige wettbewerbsfähige Arbeitsplätze. Das hohe Tempo des vollständigen Umbaus führt zu besonderen Problemen für die Arbeitnehmer. Viele von ihnen müssen sich innerhalb kurzer Zeit völlig umstellen. Die Anforderungen an ihre Qualifikation und Mobilität sind beträchtlich.
- Mit hohen Lohnnebenkosten und Tarifen, starren arbeitsrechtlichen Regelungen sowie sinkenden Arbeitszeiten wächst auch die Schwarzarbeit, die reguläre Beschäftigung verdrängt. Durch die Schattenwirtschaft gehen dem Staat Steuern und dem Sozialsystem Beiträge verloren, ohne daß sich gleichzeitig auch die Ansprüche an die Gemeinschaft und die Sozialversicherung entsprechend verringern.

Herausforderungen an die Tarifpartner

16. Diese Feststellungen können nicht ohne Konsequenzen bleiben und erfordern Lösungen auch jenseits eingefahrener Gleise in der Arbeitsmarktpolitik. In der Bevölkerung wächst die Bereitschaft, für Investitionen in den Erhalt und die Zukunft des Arbeitsplatzes auch auf vorhandene Besitzstände zu verzichten. Ein Schlüssel zur Vermeidung, zumindest aber zur Verringerung von Arbeitslosigkeit liegt bei Arbeitgebern und Gewerkschaften. Die Tarifpartner sind in der Pflicht, nicht nur über bestehende Beschäftigungsverhältnisse zu verhandeln, sondern auch für mehr produktive Beschäftigung zu sorgen.

Neue Wege in der Lohn- und Gehaltspolitik

17. Die Lohnabschlüsse der nächsten Jahre müssen besonders an der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen orientiert sein. Die Tarifpartner sollten daneben auch neue Wege in der Lohnpolitik beschreiten. Die CDU Deutschlands schlägt hierzu vor:

- Die vorhandene Differenzierung der Tarifverträge muß besser als bisher genutzt werden. Es ist zu prüfen, wo weiter differenziert werden kann.
- Im Rahmen tariflicher Vereinbarungen kann neben dem zu zahlenden Standard-Bruttolohn eine zweite Lohnkomponente vereinbart werden, die sich am wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens orientiert. Durch diesen Kombi-Lohn kann erreicht werden, daß die Entwicklung der Personalkosten zumindest teilweise an die wirtschaftliche Entwicklung der laufenden Periode gekoppelt bleibt.
- Statt einer Erfolgsbeteiligung als zweiter Lohnkomponente kann Lohn steuerbegünstigt auch in Form von Unternehmensbeteiligungen bezahlt werden (Investivlohn). Die Tarifpartner sind aufgefordert, bereits bestehende Möglichkeiten auszuschöpfen und neue Wege zu gehen. Die Finanzpolitik soll für diese Art der Lohnzahlung, die gleichzeitig Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand darstellt, die Steuerbegünstigungen verbessern, z.B. durch eine Erhöhung des Freibetrages bei Überlassung von Beteiligungen.
- Die Tarifpartner sind aufgefordert, für weniger leistungsfähige Arbeitnehmer und Langzeitarbeitslose gesonderte Einstiegstarife vorzusehen und auch anzuwenden, um deren geringerer Arbeitsproduktivität Rechnung zu tragen.

Flexibilisierung der Arbeitszeit

18. Schon in der Vergangenheit hat die Flexibilisierung von Arbeitszeiten entlastend auf den Arbeitsmarkt gewirkt. Die CDU hat bereits auf ihrem Bundesparteitag in Stuttgart 1984 klare Aussagen zu flexiblen Arbeitszeiten und Arbeitszeitverkürzung gemacht. Hiervon ausgehend stellt die CDU fest:

- Je mehr Dauer und Formen der Arbeitszeit den individuellen Wünschen der Arbeitnehmer entsprechen, desto mehr Arbeitsplätze werden geschaffen. Eine flexibler gestaltete Arbeitszeit sollte daher Vorrang vor einer generellen Verkürzung haben.

- Arbeitszeitverkürzungen müssen auf die Organisations- und Produktionsstrukturen in den unterschiedlichen Bereichen und bei unterschiedlichen Betriebsgrößen Rücksicht nehmen, wenn sie dem Abbau der Arbeitslosigkeit dienen sollen.
- Arbeitszeitverkürzungen dürfen nicht zu erhöhten Kosten für die Unternehmen führen, weil damit als Folge erhöhter Arbeitskosten weitere Arbeitsplätze gefährdet wären.
- Die Kosten der Arbeitszeitverkürzung können aber auch nicht dauerhaft zu Lasten der Kassen der Sozialversicherung gehen.
- Für die CDU hat eine flexible Gestaltung der Lebensarbeitszeit Vorrang, weil sie dem Bürger ein größeres Maß an Wahlfreiheit einräumt.
- Über Vereinbarungen zur Verkürzung der Arbeitszeit haben die Tarifvertragsparteien gemeinwohloverantwortlich, unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen, der branchenspezifischen und einzelbetrieblichen Rahmenbedingungen und Gegebenheiten zu entscheiden.

Bei der Gestaltung neuer Arbeitszeitmodelle und bei der Schaffung von mehr Teilzeitarbeit ist deshalb die Kreativität der Tarifpartner besonders gefordert, der Staat kann diese Bemühungen nur unterstützen:

- Bereits heute gibt es vielfältige Modelle flexibler Tages-, Wochen-, Monats- und Jahresarbeitszeiten, die den Wünschen der Arbeitnehmer und den Interessen der Arbeitgeber gleichermaßen entsprechen. Das zügig zu verabschiedende Arbeitszeitrechtsgesetz des Bundes schafft hier weitere neue Möglichkeiten, Maschinenlaufzeiten zu verlängern und Arbeitsabläufe mit technischen Erfordernissen zu harmonisieren.
- Eine besondere Form der für Unternehmen und soziale Sicherungssysteme kostenneutralen Arbeitszeitverkürzung ist die Teilzeitarbeit. Sie ist ein Weg zur Schaffung neuer und Sicherung bestehender Arbeitsplätze. Denn wäre die Teilzeitarbeit bei uns so weit verbreitet wie zum Beispiel in den Niederlanden, gäbe es 2 Millionen Arbeitsplätze mehr. Über Teilzeitarbeit im Einzelfall zu entscheiden, ist Sache der Betriebspartner.
- Teilzeitarbeit muß Erwerbstätigen mit Familienpflichten mehr Freiraum gewähren: Mütter und Väter und erwerbstätige Großeltern, die mehr Zeit für ihre Kinder oder ihre Enkelkinder brauchen oder die Pflegebedürftige in der Familie oder in der Nachbarschaft versorgen, sollen nicht länger zur Vollzeitarbeit verpflichtet werden. Ihnen sollen verstärkt Angebote auf Teilzeitarbeit eröffnet werden. Teilzeitarbeit ist sowohl gesellschaftspolitisch als auch mit Blick auf die Gleichstellung von Frauen und Männern von großer Bedeutung.
- Der Staat kann insbesondere Teilzeitarbeit dadurch fördern, daß Umsteiger von Vollzeit- zu Teilzeitarbeit für eine begrenzte Anzahl von Jahren Bestandsschutz für die Leistungen der Arbeitslosenversicherung erhalten, wenn sie eine bestimmte Anzahl von Jahren vollerwerbstätig waren. So braucht ein Umsteiger nicht zu befürchten, im Falle von Arbeitslosigkeit schlechter gestellt zu sein als vorher. Gleiches gilt für früher längere Zeit vollzeitbeschäftigte Arbeitslose, die Vollzeitarbeit anstreben, aber Teilzeitarbeit annehmen.

- Entsprechend der Regelung der Bundesregierung soll der gesamte Öffentliche Dienst seiner Vorreiterrolle gerecht werden und alle Arbeitsplätze bis hin zu Leitungsfunktionen grundsätzlich als teilbar betrachten. Bei Ausschreibungen und internen Umbesetzungen müssen Stellen auch als Teilzeitstellen angeboten werden. Die CDU will eine neue Offensive für mehr Teilzeitarbeit.
- Die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Teilrente ab dem 60. bzw. 63. Lebensjahr (Frauen/Männer) wird bisher nur unzureichend genutzt. Teilrente ist jedoch nicht nur ein humanes Instrument zur Gewährleistung des gleitenden Übergangs aus dem Erwerbsleben in den Ruhestand, sondern auch ein Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes. Zur Förderung der Inanspruchnahme von Teilrente sollen deshalb berechnete Arbeitnehmer zukünftig gegenüber dem Arbeitgeber einen Rechtsanspruch auf Teil-Erwerbstätigkeit bei gleichzeitiger Inanspruchnahme von Teilrente haben.
- Darüber hinaus sollten private und betriebliche Alterssicherungssysteme ebenfalls die Teilrente vorsehen. Eine Harmonisierung ist hier überfällig.

Schärfung der Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik

19. Die Begleitung der wirtschafts-, finanz- und tarifpolitischen Maßnahmen zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik ist angesichts der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation unerlässlich. Sie bildet eine Brücke, bis die Wirtschaft wieder mehr zukunftssichere Arbeitsplätze bereitstellt und soll auf bewährten Instrumenten des Arbeitsförderungsgesetzes, des Beschäftigungsförderungsgesetzes und anderer gesetzlicher Regelungen aufbauen sowie neue Instrumente miteinbeziehen. Die Wirksamkeit solcher Instrumente ist in erster Linie danach zu bewerten, ob das Ziel einer anschließend dauerhaften regulären Beschäftigung erreicht werden kann. Gleichzeitig sind die Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik auch mit den Instrumenten der Förderung der Wirtschaft und dem Ziel der Entlastung öffentlicher Haushalte zu verbinden.

20. Im einzelnen schlägt die CDU vor:

- Das Beschäftigungsförderungsgesetz ist über 1995 hinaus zu verlängern.
- Die Bestimmungen der Zumutbarkeitsanordnung für Arbeitssuchende sind konsequent anzuwenden. Insbesondere ist verstärkt von Arbeitslosen zu verlangen, mobil zu sein.
- Die Modellversuche zur Öffnung der Arbeitsvermittlung für private Anbieter sind auszudehnen, die Ergebnisse zügig auszuwerten und umzusetzen. Für Tätigkeiten, die in der Regel einen akademischen Abschluß voraussetzen oder spezieller Natur sind, ist wie bei Führungspersonal die Vermittlung schon heute generell jedem Interessierten freizustellen.
- Die Möglichkeiten der Beschäftigung von Ausländern aus Ländern außerhalb der Europäischen Union sind zurückzuführen. Im Jahr 1993 haben immerhin fast 180 000 dieser Ausländer in Deutschland Saisonarbeit ausgeführt. Insbesondere ist die Genehmigung von Saisonarbeit für Arbeitnehmer von außerhalb der Europäischen Union dort zu versagen, wo hierfür jüngere inländische Arbeitslose zur Verfügung stehen. Ist diese Saisonarbeit für Arbeitslose unabhängig vom erlernten

oder ausgeübten Beruf zumutbar, kann die Arbeitslosenunterstützung bei Arbeitsverweigerung für 12 Wochen gesperrt und im Wiederholungsfall entzogen sowie die Sozialhilfe eingeschränkt werden. Für die mit der Aufnahme der Saisonarbeit verbundenen besonderen Aufwendungen erhält der so vermittelte Saisonarbeiter eine angemessene pauschalierte Beihilfe.

- Mißbrauch von Sozialleistungen und Hinterziehung von Sozialversicherungsabgaben und Steuern sowie die Erschleichung von Subventionen muß weiterhin entschieden bekämpft werden. Die in den letzten Monaten bereits erzielten Erfolge belegen, daß Betrug in diesen Bereichen nicht auf wenige Einzelfälle beschränkt ist. Verstärkt sollte zusätzliches Personal der Zollverwaltung im Kampf gegen illegale Beschäftigung eingesetzt werden. Als Tatbestandsmerkmal für Schwarzarbeit soll zukünftig die Ausführung von Dienst- und Werkleistungen in erheblichem Umfang ausreichen. Wird Schwarzarbeit in einem Betrieb festgestellt, der als Subunternehmer für den Hauptauftragnehmer tätig ist, soll auch gegen den Hauptauftragnehmer ein Bußgeld verhängt werden können. Wer Arbeitnehmer illegal beschäftigt hat, soll außerdem auf Zeit von öffentlichen Ausschreibungen ausgeschlossen werden.
- Darüber hinaus ist dafür Sorge zu tragen, daß zwischen Erwerbseinkommen und Sozialeinkommen ein ausreichender Abstand besteht.
- Für alle staatlich subventionierten Arbeitsverhältnisse soll gelten, daß Zuschüsse zum Lohn nur noch gewährt werden, soweit 80 Prozent des vergleichbaren Entgeltes für ungeforderte Arbeit nicht überschritten werden. Auch bei höherwertigen Tätigkeiten darf der allgemeine Durchschnittslohn als Obergrenze nicht überschritten werden. Die Tarifparteien sind aufgefordert, für in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigte Personen gesonderte Tarife zu diesen Bedingungen zu vereinbaren.
- Zur Abrundung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums können in den nächsten fünf Jahren Lohnkostenzuschüsse für bestimmte Arbeiten nach dem Vorbild des in Ostdeutschland geltenden § 249 h AFG auch in jenen Regionen der westlichen Bundesländer gewährt werden, die von strukturellen Krisen besonders stark betroffen sind. Auch hier gilt die 80 Prozent-Regelung. Träger von Maßnahmen des Umweltschutzes, der Jugendhilfe und der sozialen Dienste sollen in den neuen Bundesländern und in Krisengebieten im Westen Zuschüsse in Höhe des eingesparten pauschalierten Arbeitslosenentgelts erhalten, wenn sie Personen beschäftigen, die vorher Bezieher von Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit waren. Diese Arbeiten müssen in den alten Bundesländern zusätzlich zu Tätigkeiten anfallen, die im Rahmen regulärer Beschäftigung ausgeführt werden. Sie sind wo immer möglich auszuschreiben. Zur Mitfinanzierung dieser Arbeitsverhältnisse sollen auch Mittel verwendet werden, die seitens der Arbeitgeber als soziale Komponente bei Entlassungen vorgesehen sind.
- Für Empfänger von Sozialhilfe soll „Hilfe zur Arbeit“ gemäß § 19 BSHG im Rahmen von Sozialrechtsverhältnissen durchgeführt werden. Darüber hinaus können öffentliche Arbeitgeber oder freigemeinnützige Träger Empfänger von Arbeitslosenhilfe im Rahmen von freiwilligen Gemeinschaftsarbeiten beschäftigen, wenn sie den Beschäftigten hierfür einen angemessenen Zuschlag zur Arbeitslosenunterstützung zahlen. Diese Sozialrechtsverhältnisse können beiderseitig jederzeit aufgehoben werden, wenn der Arbeitslose in reguläre Beschäftigung vermittelt wird.

- Wir wollen, daß Sozialhilfeempfänger ermutigt werden, auch niedrig bezahlte Arbeit anzunehmen. Zur Förderung von Beschäftigung in niedrigqualifizierten Tätigkeiten soll deshalb im Rahmen der Rechtsverordnung zum § 76 III BSHG der Mehrbedarfzuschlag auf den Regelsatz der Sozialhilfe in einen prozentualen Freibehalt des beschäftigten Arbeitnehmers von seinem selbst erzielten Erwerbseinkommen umgewandelt werden. Hierdurch kann erreicht werden, daß sich auch die Aufnahme einer niedrigbezahlten Tätigkeit selbst dann lohnt, wenn der Anspruch des Beschäftigten auf Sozialhilfe das eigene Einkommen übersteigt.
- Bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach dem § 91 ff AFG ist zukünftig zu verlangen, daß der Arbeitgeber die Verpflichtung zu Weiterbeschäftigung bereits ab dem zweiten Jahr der Beschäftigung abgibt und auch einhält. Entsprechende Konventionalstrafen zugunsten des Haushalts der Bundesanstalt für Arbeit sind anderenfalls unverzüglich zu verhängen.
- Fortbildung und Qualifizierung im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen muß verstärkt darauf gerichtet sein, jungen Arbeitskräften aus nicht mehr wettbewerbsfähigen Branchen neue Berufschancen zu eröffnen. Denn es ist sinnvoller und gegenüber den Betroffenen ehrlicher, ältere Arbeitnehmer in diesen Betrieben in regulärer Beschäftigung zu halten, statt jungen Menschen in alten Strukturen den Eindruck zu vermitteln, ihr Arbeitsplatz sei sicher.
- Um die überproportionale Zunahme der Frauenarbeitslosigkeit, vor allem in den neuen Bundesländern zu verhindern, müssen bei Entlassungen Auswahlverfahren angewandt werden, die dem Gleichberechtigungsgebot nicht widersprechen. Betriebsrat und Personalrat sollen dafür Sorge tragen, daß beim Abbau von Arbeitsplätzen Frauen nicht stärker als Männer betroffen sind.
- Für Frauen im ländlichen Raum sollen besondere Förderkonzepte, z.B. in der Landschaftspflege, im Fremdenverkehr oder in der häuslichen Pflege entwickelt werden, die auf die Region zugeschnitten sind.

+ + +

Beschluß H1:

Finanz- und Beitragsordnung (FBO)

unveränderte Einleitung

§ 1 (Ausgabendeckung): unverändert

§ 2 (Rechenschaftsbericht)

(1) Der Rechenschaftsbericht besteht aus einer Einnahmen- und Beschleurechnung sowie einer Vermögensrechnung. Er ist nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung unter Berücksichtigung des Gesetzeszweckes zu erstellen. In den Rechenschaftsbericht der Gesamtpartei sind die Rechenschafts-

berichte jeweils getrennt nach Bundesverband und Landesverband sowie die Rechenschaftsberichte der nachgeordneten Gebietsverbände je Landesverband aufzunehmen. Die Landesverbände und die ihnen nachgeordneten Gebietsverbände haben ihren Rechenschaftsberichten eine lückenlose Aufstellung aller Zuwendungen je Zuwender mit Namen und Anschrift beizufügen*). Die Landesverbände haben die Teilberichte der ihnen nachgeordneten Gebietsverbände gesammelt bei ihren Rechenschaftsunterlagen aufzubewahren.

(2) Die Kreis-/Bezirksverbände sind verpflichtet, jährlich bis zum 31. März eines jeden Jahres zusammen mit dem Rechenschaftsbericht gemäß Parteiengesetz Zuwendungen des Vorjahres dem Landesverband anzuzeigen.

*) Abweichend von § 24 Abs. 1 Satz 4 PartG brauchen in den Rechenschaftsberichten für die Jahre 1994 und 1995 die Namen und Anschriften der Zuwender bei Zuwendungen bis zur Höhe von 200 Deutschen Mark nicht angegeben zu werden, wenn versichert wird, daß die Zuwendungen je Zuwender die Grenzen der steuerlichen Abzugsfähigkeit nicht überschreiten.

(3) Die Einnahmenrechnung umfaßt:

1. Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge,
2. Spenden von natürlichen Personen,
3. Spenden von juristischen Personen,
4. Einnahmen aus Vermögen,
5. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit,
6. staatliche Mittel,
7. sonstige Einnahmen,
8. Zuschüsse von Gliederungen,
9. Gesamteinnahmen nach Nummern 1 bis 8.

(4) Die Ausgabenrechnung umfaßt:

1. Personalausgaben,
2. Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebes,
3. Ausgaben für allgemeine politische Arbeit,
4. Ausgaben für Wahlkämpfe,
5. Zinsen,
6. sonstige Ausgaben,
7. Zuschüsse an Gliederungen,
8. Gesamtausgaben nach Nummern 1 bis 7.

(5) Die Vermögensrechnung umfaßt:

1. Besitzposten
 - I. Anlagevermögen

1. Haus- und Grundvermögen,
2. Geschäftsstellenausstattung,
3. Finanzanlagen.

II. Umlaufvermögen

1. Forderungen an Gliederungen,
2. Forderungen auf staatliche Mittel,
3. Geldbestände,
4. sonstige Vermögensgegenstände.

III. Gesamtbesitzposten

2. Schuldposten

I. Rückstellungen:

1. Pensionsverpflichtungen,
2. sonstige Rückstellungen.

II. Verbindlichkeiten:

1. Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen,
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten,
3. sonstige Verbindlichkeiten.

III. Gesamte Schuldposten

3. Reinvermögen (positiv oder negativ)

(6) Im übrigen sind bei der Erstellung des Rechenschaftsberichts die Vorschriften des § 24 Abs. 5 - 8 PartG zu berücksichtigen.

(7) Öffentliche Zuschüsse, die den politischen Jugendorganisationen zweckgebunden zugewendet werden, sind im Rechenschaftsbericht nachrichtlich auszuweisen und bleiben bei der Einnahme- und Ausgaberechnung der Partei unberücksichtigt.

(8) Bei den in § 24 Abs. 2 Nr. 4 und 5 PartG genannten Einnahmequellen ist der Reinertrag einzusetzen. Die Ausweisungspflicht nach § 24 Abs. 2 Nr. 2 und 3 und Abs. 5 PartG bleibt unberührt. Sonstige Einnahmen nach § 24 Abs. 2 Nr. 7 PartG sind aufzugliedern und zu erläutern, soweit sie bei einer der in § 24 Abs. 1 PartG aufgeführten Gliederungen mehr als 5 vom Hundert der Summe der Einnahmen aus den Nummern 1 bis 6 ausmachen.

(9) Den Wirtschaftsprüfern steht auf allen Ebenen der Partei ein uneingeschränktes Prüfungsrecht im Rahmen der Rechenschaftslegung zu. Die Prüfungen können stichprobenartig erfolgen.

§ 3 (Spenden)

(1) Die Partei ist berechtigt, Spenden anzunehmen. Ausgenommen hiervon sind:

1. Spenden von politischen Stiftungen, Parlamentsfraktionen und -gruppen.
2. unverändert

3. Spenden von außerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes, es sei denn, daß

a) diese Spenden aus dem Vermögen eines Deutschen im Sinne des Grundgesetzes, eines Bürgers der Europäischen Union oder eines Wirtschaftsunternehmens, dessen Anteile sich zu mehr als 50 vom Hundert im Eigentum von Deutschen im Sinne des Grundgesetzes befinden, unmittelbar einer Partei zufließen,

b) entfällt

c) unverändert, wird b)

4. unverändert

5. Spenden, soweit sie im Einzelfall mehr als 1.000 Deutsche Mark betragen und deren Spender nicht feststellbar sind, oder bei denen es sich erkennbar um die Weiterleitung einer Spende eines nicht genannten Dritten handelt.

6. unverändert

(2) Spenden an die Partei oder einen oder mehrere ihrer Gebietsverbände, deren Gesamtwert in einem Kalenderjahr (Rechnungsjahr) 20.000 Deutsche Mark übersteigt, sind unter Angabe des Namens und der Anschrift des Spenders sowie der Gesamthöhe der Spende im Rechenschaftsbericht zu verzeichnen.

(3) unverändert

§ 3 a (Spendenrichtlinien)

(1) unverändert

(2) unverändert

(3) 1. Abs. unverändert

2. Abs.: ersetzen Spendenquittungen durch Spendenbescheinigungen
sonst unverändert

(4) unverändert

(5) unverändert

§ 3 b (Unentgeltliche Sach-, Werk- und Dienstleistungen)

Die Mitarbeit von Bürgern in Parteien erfolgt grundsätzlich unentgeltlich. Sach-, Werk- und Dienstleistungen, die die Mitglieder außerhalb eines Geschäftsbetriebes üblicherweise unentgeltlich zur Verfügung stellen, bleiben als Einnahmen unberücksichtigt. Ein Kostenersatz bleibt hiervon unberührt.

§ 3 c (Behandlung von Sach-, Werk- und Dienstleistungen)

(1) Spenden an Parteien können auch als Sachspenden geleistet werden (§ 25 Abs. 1 i.V.m. § 26 Abs. 4 und § 27 Abs. 3 PartG). Sie sind grundsätzlich wie Barspenden zu behandeln, jedoch unter Beachtung der nachstehenden Besonderheiten.

(2) Aus der Spendenbestätigung müssen Wert und die genaue Bezeichnung der Sachspende ersichtlich sein (Abschnitt 112 Abs. 2 Satz 4 EStR).

(3) Bei Sachspenden (Sachleistungen), die im Rahmen eines Geschäftsbetriebes gespendet werden, ist der sogenannte Teilwert = Entnahmewert (§ 6 Abs. 1 Nr. 4 EStG) als Wert anzusetzen. Dieser Wert ist vom Spendenempfänger beim Spender zu erfragen und in die Spendenquittung einzusetzen mit der Bemerkung „nach Angaben des Spenders“.

(4) Bei Sachspenden (Sachleistungen), die außerhalb eines Geschäftsbetriebes gespendet werden, ist der gemeine Wert bzw. der Wert, der der Sachspende verkehrsüblich beizumessen ist, als Wert der Spende anzusetzen.

(5) Bei Sachspenden (Werk- und Dienstleistungen) kann eine Spendenbestätigung nur erstellt werden, wenn ein Anspruch auf Erstattung der Aufwendungen durch Vertrag oder Satzung eingeräumt und auf die Erstattung verzichtet worden ist. Der Anspruch darf nicht unter der Bedingung des Verzichts eingeräumt worden sein. Der Ausfall von Einnahmen (Verdienst) ist nicht bestätigungsfähig, da der Leistende insoweit auch keine steuerpflichtigen Einnahmen hat.

(6) Die übrigen Vorschriften über die Entgegennahme und Behandlung von Spenden und Beiträgen bleiben unberührt.

§ 4 (Mitgliedsbeiträge)

(1) Mitgliedsbeiträge sind nur solche regelmäßigen Geldleistungen, die ein Mitglied auf Grund satzungsrechtlicher Vorschriften entrichtet. Spenden sind darüber hinausgehende Zahlungen, insbesondere Aufnahmegebühren, Sonderumlagen und Sammlungen sowie geldwerte Zuwendungen aller Art, sofern sie nicht üblicherweise unentgeltlich von Mitgliedern außerhalb eines Geschäftsbetriebes zur Verfügung gestellt werden.

(1) unverändert, wird (2)

(2) unverändert, wird (3)

(4) Beschlüsse von Vereinigungen und Sonderorganisationen, Beiträge von ihren Mitgliedern zu erheben, sowie Beschlüsse über deren Höhe bedürfen der Zustimmung des Bundesausschusses.

§ 5 (Sonderbeiträge)

Die Landesverbände regeln in eigener Verantwortung durch Satzung, ob und in welcher Höhe die Amts- und Mandatsträger der CDU weitere Beiträge leisten.

§ 6 (Aufnahmegebühren)

unverändert

§ 7 (Öffentliche Sammlungen)

(1) unverändert

(2) unverändert

§ 7 a (Parteiinterner Finanzausgleich)

Die Bundespartei regelt im Benehmen mit den Landesverbänden den parteiinternen Finanzausgleich (§ 22 PartG).

§ 8 (Abführung von Beitragsanteilen)

(1) unverändert

(2) unverändert

§ 9 (Umlagen)

(1) unverändert

(2) unverändert

§ 10 (Hausverein)

(1) unverändert

(2) Diese Regelung gilt für die nachgeordneten Verbände entsprechend.

§ 11 (Wirtschaftsbetriebe)

(1) Dem Betrieb von wirtschaftlichen Unternehmungen durch die Bundespartei dienen Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

(2) Der jeweilige Gesellschaftsvertrag muß vom Bundesvorstand genehmigt werden.

(3) Die jeweilige Gesellschafterversammlung beruft einen oder mehrere Geschäftsführer.

sonst: unverändert

(4) entfällt

§ 12 (Vermögensträger nachgeordneter Organisationen)

(1) unverändert

(2) unverändert

(3) unverändert

(4) unverändert

§ 13 (Bundesschatzmeister)

(1) Soweit das Statut der CDU und diese Finanz- und Beitragsordnung nichts anderes bestimmen, führt der Bundesschatzmeister die finanziellen Geschäfte im Rahmen einer vom Bundesvorstand auf Vorschlag der Bundesfinanzkommission zu erlassenden Geschäftsordnung.

(2) Widerspricht der Schatzmeister Ausgaben oder Kreditaufnahmen, die für das laufende Jahr nicht vorgesehen waren, dürfen diese nur getätigt werden, wenn der Vorstand sie mit Zweidrittelmehrheit einschließlich des Vorsitzenden und des Generalsekretärs beschließt.

(3) Den Schatzmeistern der nachgeordneten Verbände steht das gleiche Recht gegenüber ihren Verbänden zu.

§ 14 (Bundesfinanzkommission)

(1) Die Bundesfinanzkommission wird durch den Bundesvorstand berufen.

Ihr gehören an:

1. der Bundesschatzmeister,
2. je ein Vertreter der CDU in den Ländern,
3. der Bundesgeschäftsführer.

Den Vorsitz führt der Bundesschatzmeister.

(2) Die Vertreter der CDU in den Ländern werden von den Landesverbänden dem Bundesvorstand vorgeschlagen.

(3) Die Rechnungsprüfer nehmen an den Sitzungen der Bundesfinanzkommission teil.

(3) alt, entfällt

§ 14 a (Rechnungsprüfer)

(1) Der Bundesparteitag wählt die Rechnungsprüfer (§ 29 Abs. 6 Statut) für eine Amtszeit von vier Jahren.

(2) Aufgabe der Rechnungsprüfer ist die uneingeschränkte Mitwirkung bei der Sicherstellung des finanzwirtschaftlichen Gleichgewichts der Bundespartei, insbesondere die ständige Überprüfung der Finanzwirtschaft der Bundespartei daraufhin, ob sie den Grundsätzen wirtschaftlicher und sparsamer Haushaltsführung folgt (§ 46 Abs. 1 Statut der CDU). Die Rechnungsprüfer sind berechtigt, vom Bundesschatzmeister und vom Bundesgeschäftsführer jederzeit alle Auskünfte zu verlangen, die nach ihrem Ermessen zur ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Sie sind ferner berechtigt, jederzeit alle auf die Finanzwirtschaft der Bundespartei bezogenen Unterlagen, einschließlich der Buchhaltung, einzusehen.

(3) Die Rechnungsprüfer sind zur Erfüllung ihrer Aufgaben insbesondere berechtigt,

1. bei der Aufstellung des ordentlichen Etats und der Nachtragsetats der Bundesgeschäftsstelle sowie aller Wahlkampfetats der Bundespartei durch Information, Beratung und Empfehlungen mitzuwirken,
2. sich jederzeit über den Vollzug der in Ziffer 1. genannten Etats zu unterrichten und bei Beanstandungen Empfehlungen für deren Beseitigung zu geben,
3. vor finanzwirtschaftlich besonders bedeutsamen Entscheidungen der Bundespartei, soweit diese nicht in einem Etat enthalten sind, gehört zu werden,
4. alle Abschlüsse der CDU-Bundesgeschäftsstelle, insbesondere die Jahresabschlüsse, in einem von ihnen selbst zu bestimmenden Umfang, insbesondere auch hinsichtlich der Angemessenheit und Wirtschaftlichkeit der Ausgaben, zu prüfen,
5. aus wichtigem Grund unmittelbar dem Bundesvorstand Bericht zu erstatten und Empfehlungen zu geben.

§ 15 (Etatbeschlüsse)

(1) Der Etat wird vom Generalsekretär und dem Bundesschatzmeister mit Zustimmung des Vorsitzenden aufgestellt und vom Bundesvorstand beschlossen.

(1) unverändert, wird (2)

(2) unverändert, wird (3)

§ 16 (Einvernehmen bei Etats der Vereinigungen)

(1) unverändert

(2) unverändert

§ 17 (Beschaffung von Finanzmitteln)

(1) unverändert

(2) Der Bundesschatzmeister kann im Benehmen mit der Bundesfinanzkommission Maßnahmen ergreifen, die notwendig sind, um ein optimales Spendenaufkommen zu gewährleisten.

(3) unverändert

§ 18 (Etat der Bundesgeschäftsstelle)

(1) unverändert

(2) unverändert

(3) unverändert

(4) unverändert

§ 19 (Rechenschaftsberichte)

(1) unverändert

(2) Der Rechenschaftsbericht der Partei muß den Vorschriften des Fünften Abschnittes des Parteiengesetzes sowie etwaigen weiteren gesetzlichen Bestimmungen entsprechen.

(3) unverändert

(4) unverändert

§ 20 (Rechnungslegung)

(1) unverändert

(2) Die Berichte an den Bundesschatzmeister müssen ihm bis zum 30. Juni zugegangen sein.

(3) Der Bundesschatzmeister kann im Einvernehmen mit der Bundesfinanzkommission nähere Einzelheiten bestimmen hinsichtlich

1. unverändert

2. unverändert

(4) Die Rechnungsunterlagen sind sechs Jahre, Bücher, Bilanzen und Rechenschaftsberichte zehn Jahre aufzubewahren.

§ 21 (Abschlußprüfung)

Die jährlichen Berichte der Bundespartei, der Landesverbände und von Kreisverbänden in der gesetzlichen Mindestanzahl müssen von einem Wirtschaftsprüfer oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft sein.

§ 22 (Unterrichtungsrechte)

(1) unverändert

(2) unverändert

§ 23 (Widerspruchsfreie Finanz- und Beitragsordnungen)

(1) unverändert

(2) Verstößt ein nachgeordneter Verband, eine Vereinigung oder eine Sonderorganisation gegen diese Finanz- und Beitragsordnung, gegen einen zu ihrer Ausführung ergangenen Beschluß eines Bundesorganes oder eine Vereinbarung, so kann der Bundesschatzmeister alle Maßnahmen ergreifen, um den Verstoß zu unterbinden. Zu diesem Zweck kann er die Erfüllung von Verbindlichkeiten verweigern. Die Bundesfinanzkommission ist von dem Verstoß und den ergriffenen Maßnahmen unverzüglich zu unterrichten.

§ 24 (Inkrafttreten)

Diese Finanz- und Beitragsordnung tritt mit ihrer Verabschiedung in Kraft.

Beschluß H2/H3

1.) In § 4 Abs. 2 Statut der CDU wird in Satz 1 der Ausdruck „deutsche Staatsangehörigkeit“ ersetzt durch Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union“;

2.) In § 4 Abs. 3 Statut der CDU wird hinter dem Wort „Partei“ eingefügt: „innerhalb des Tätigkeitsgebietes der CDU“;

3.) in § 6 Abs. 2 Statut wird der letzte Satz (“Nur deutsche Mitglieder können ...“) ersatzlos gestrichen

Sonstige Beschlüsse:

Beschluß Nr. S2

In der Lehrerausbildung zu allen Schulformen an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen sind stärker als bisher die Fächer Pädagogik und Psychologie zu Schwerpunkten des Studiums zu machen. Das vorliegende fachwissenschaftliche Berufsverständnis ist zugunsten von Pädagogik und Psychologie zu korrigieren. Der Erziehungsauftrag der Schule muß deutlicher als bisher definiert werden.

Beschluß Nr. S11

Die Bundesregierung und die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag werden gebeten, weitere Maßnahmen zur Stabilisierung der Sicherheit an den EG-Außengrenzen, insbesondere durch die Erhöhung des Personalbestandes des Bundesgrenzschutzes, zu ergreifen. Des weiteren muß die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern Republik Polen und Tschechische Republik zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität verbessert werden.

Beschluß Nr. S20

Die CDU befürwortet die Durchführung eines Forschungsvorhabens zur Untersuchung des Deponieverhaltens unter Beteiligung des Bundesministers für Forschung

und Technologie. In dieses Forschungsprojekt soll die Deponie Schönberg mit einbezogen werden.

Beschluß Nr. S22

Der 5. Parteitag möge beschließen, daß alle Möglichkeiten auszuschöpfen sind, um noch in der 12. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages die Pflegeversicherung durchzusetzen.

Beschluß Nr. S36

Der Bundesparteitag sendet dem Generalsekretär der NATO, unserem Freund Manfred Wörner, Dank und Anerkennung für seine erfolgreiche Arbeit. Die aktive Rolle, welche die NATO in den letzten Wochen zur Beendigung des Völkermords auf dem Balkan gespielt hat, hat nicht zuletzt durch seine umsichtige und entschlossene Haltung zu einem ersten Erfolg geführt.

Die Hoffnung vieler Menschen, insbesondere in Bosnien-Herzegowina und Kroatien knüpft sich an die künftige Rolle der NATO und die enge Zusammenarbeit mit Rußland zur Beilegung dieses Konfliktes.

Auch dazu wünschen wir dem Generalsekretär der NATO Erfolg.

Der Parteitag wünscht Manfred Wörner Kraft und Gottes Segen, auch in seinem bewundernswerten Kampf um seine körperliche Gesundheit.

Beschluß Nr. S38

20 Jahre ist über die Lösung der Pflegebedürftigkeit diskutiert worden. Die Entscheidung für die Einführung einer sozialen Pflegeversicherung ist längst überfällig. Der CDU-Bundesparteitag fordert alle politisch Beteiligten auf, jetzt die soziale Pflegeversicherung endgültig durchzusetzen.

+ + +

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP

Vor 15 Jahren begann mit der ersten Direktwahl eines multinationalen Europäischen Parlaments ein neuer Abschnitt in der Geschichte der europäischen Integration. Die CDU/CSU-Abgeordneten haben im Juni 1979 die Zielsetzung ihrer parlamentarischen Tätigkeiten mit folgenden Worten beschrieben:

- die europäische Integration dynamisieren,
- die europäischen Institutionen demokratisieren,
- die Deutschen in Europa repräsentieren.

Diese Zielsetzungen wurden verwirklicht.

Die Europäische Gemeinschaft - eine Erfolgsgeschichte

Nach einer Phase europapolitischer Stagnation und Selbstblockade in den 70er Jahren entstand mit der 1. Direktwahl 1979 und vor allem mit dem Amtsantritt der Bundesregierung Helmut Kohl 1982 eine neue Dynamik der europäischen Einigungspolitik, die durch die nachstehenden - historisch zu nennenden - Ereignisse und Errungenschaften geprägt wurde:

- 17.-19.6.1983:** Unter Leitung des EG-Ratspräsidenten Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl proklamieren die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfeltreffen in Stuttgart die „Feierliche Deklaration zur Europäischen Union“.
- 1.7.1987:** Die „Einheitliche Europäische Akte“ (EEA), das wichtigste Reformwerk der Europäischen Gemeinschaft seit den „Römischen Verträgen“ (1957) tritt in Kraft.
- 11.-12.2.1988:** Der EG-Sondergipfel unter Leitung des EG-Ratspräsidenten Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl verabschiedet das „Delors-Paket“ über die Reform des Finanzierungssystems und schafft neue Grundlagen für eine Weiterentwicklung der Gemeinschaft.
- 9./10.11.1989:** Öffnung der Grenze in Berlin („Fall der Mauer“).
- 28.4.1990:** Der EG-Sondergipfel in Dublin erklärt seine Unterstützung für den deutschen Einigungsprozeß und stellt fest, daß die Integration der DDR in die EG ohne Änderung der EG-Verträge erfolgen kann.
- 3.10.1990:** Wiedervereinigung Deutschlands. Die frühere DDR wird damit Teil der Europäischen Gemeinschaft.
- 9.-11.12.1992:** Der EG-Gipfel in Maastricht verabschiedet den „Vertrag über die Politische Union“ und den „Fahrplan“ zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU).
- 1.1.1993:** Beginn des EG-Binnenmarktes.

1.11.1993: Der Vertrag von Maastricht tritt in Kraft. Beginn der „Europäischen Union“.

Schon diese Auswahl wichtiger Entscheidungen und Etappen der europäischen Integration läßt die Schlußfolgerung zu: Noch nie in der Geschichte Europas hat es in einem solch kurzen Zeitlauf eine derartige Fülle zukunftsorientierter Entscheidungen für Frieden, Freiheit und soziale Wohlfahrt in Europa gegeben. Im Licht des historischen Überblicks verblassen die kleinkarierten Mäkeleien über europäische Tagesprobleme (wie z.B. das „Reinheitsgebot“ beim Bier, usw.) ebenso wie die sterilen Aufgeregtheiten über „europäische Unvollkommenheiten“.

Die Geschichte der Europäischen Union der letzten 15 Jahre wird als eine Geschichte ihrer Krisen bezeichnet. Richtig ist vielmehr, daß einige zweifellos vorhandene Krisen durch entschlossenes und unbeirrbares Handeln europäischer Staatsmänner und Politiker bewältigt und als Antriebskraft für Fortschritt genutzt wurden. Allen „Katastrophen-Szenarien“ zum Trotz: Die Geschichte der Europäischen Gemeinschaft ist eine Erfolgsgeschichte. Die seit 1982 neu gewonnene Attraktivität der Gemeinschaft, ihre politische Stabilität und ihre sozialökonomische Prosperität haben 1989 entscheidend dazu beigetragen, daß die Überwindung der Ost-West-Spaltung und damit die Wiedervereinigung Deutschlands und Europas möglich wurden. Die europäische Konzeption Konrad Adenauers und die zielstrebige sowie umsichtige Weiterentwicklung und Verwirklichung dieser Konzeption durch Helmut Kohl haben wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen, daß Millionen Europäer die ersehnte Freiheit erringen konnten. Die Europäische Union wurde zum Magnet für Millionen Menschen und zum Modell für das friedliche Zusammenleben der Völker.

Seit 1979 haben sich die CDU/CSU-Abgeordneten des direkt gewählten Europäischen Parlaments mit zahlreichen Impulsen, Initiativen und Aktivitäten am europäischen Aufbauwerk beteiligt. Als ein Beispiel für viele kann hier der „Entwurf einer Verfassung der Europäischen Union“ genannt werden, der von den CDU/CSU-Abgeordneten am 13.9.1983 (EP-Dok. 1-653/83) vorgelegt wurde und der bereits viele Elemente und Vorschläge enthält, die zehn Jahre später in die Reformwerke der EG Eingang fanden und die aktuelle Verfassungsdiskussion des Europäischen Parlaments maßgeblich prägen. In diesem CDU/CSU-Dokument von 1983 wird bereits der „Ausschuß der Regionen“ („Unionsregionalrat“) ebenso vorgeschlagen wie eine unabhängige Währungs- und Notenbank. Viele Anregungen von Mitgliedern der CDU/CSU-Gruppe des Europäischen Parlaments sind in Berichte und Stellungnahmen eingebracht worden, die dann wiederum die Gesetzgebung der EG entscheidend beeinflußt haben. Die konkreten Anliegen und Sorgen ihrer Mitbürger in Deutschland standen immer im Mittelpunkt aller parlamentarischen Aktivitäten der CDU/CSU-Abgeordneten. Die Bürger-Abgeordneten-Kommunikation durch tausende von Gesprächen, Briefen und Versammlungen ist und bleibt eine unverzichtbare Voraussetzung für den dauerhaften Erfolg der europäischen Integration.

Bei all ihren europapolitischen Initiativen hat sich die CDU/CSU-Gruppe schon seit 1979 strikt an den Grundsatz der Subsidiarität gehalten. Im Unterschied zu anderen politischen Gruppierungen im EP sind die CDU/CSU-Abgeordneten gefeit gegen die „Versuchungen eines europäischen Dirigismus“, denen vor allem jene sozialistisch geprägten Parteien erliegen, die sich nicht aus den zentralistisch-dirigistischen Ideologien befreien können und immer noch an die vermeintliche „Wohlfahrtswirkung“ ideologisch beeinflusster Regulierungen glauben.

Neue Probleme - neue Aufgaben

Die Wertordnung und politische Tradition der CDU/CSU-Abgeordneten sowie das im christlich-demokratischen Gedankengut fest verankerte Subsidiaritätsprinzip sind wesentliche Erfolgsvoraussetzungen für die Gestaltung einer neuen Ordnung für ganz Europa. Es ist unübersehbar, daß die gegenwärtige Situation in Europa neue Probleme und Schwierigkeiten enthält, die nur durch Konsens und Effizienz in der europäischen Politik zu überwinden sind. Tiefgreifende Strukturveränderungen in Ost- und Südosteuropa sowie die riesigen ökologischen, sozialökonomischen und psychosozialen Schadensfolgen des sogenannten realen Sozialismus lassen sich weder durch Knopfdruck-Sofortmaßnahmen noch durch angebliche Patentrezepte beseitigen. Erforderlich ist vielmehr eine gemeinsame europäische Politik, die mit neuen Mitteln und Möglichkeiten für eine neue und dauerhafte Ordnung arbeitet. Hast, Hektik und sterile Aufgeregtheit sind schlechte Arbeitsweisen für gute Politik. Hilfreich sind aber die Tugenden der Geduld, Genügsamkeit und Gelassenheit, die ursächlich für den Aufstieg jener dynamischen asiatischen Volkswirtschaften sind, die viel von der EG gelernt haben und die ihrerseits den Europäern heute beachtenswerte Erfolgsgrundsätze vermitteln können. Wegweisend für die europäische Politik heute ist auch der Hinweis, den Konrad Adenauer vor 40 Jahren gab: „Stetigkeit in der Politik ist die Grundlage für das Vertrauen und damit auch die Grundlage für den Erfolg. Man muß Entwicklungen voraussehen und Geduld haben“.

Perspektiven und Erfordernisse der künftigen Arbeit des Europäischen Parlaments

In den nächsten fünf Jahren werden die Weichen gestellt für das nächste Jahrhundert der europäischen Geschichte. Das neu zu wählende Europäische Parlament hat neue und erweiterte Rechte, damit aber neue Pflichten und eine große Verantwortung für die Zukunft der Europäer. Verantwortung heißt: die richtige und rechtzeitige Antwort geben auf die existentiellen Fragen der Gegenwart und Zukunft. In einer „Ortsbestimmung der Gegenwart“ sind u.a. drei Gefährdungspotentiale erkennbar:

1. Re-Nationalisierung und Fragmentierung,
2. Politische und soziale Instabilität,
3. Gefährdung der sozialen Sicherheit durch sinkende Wettbewerbsfähigkeit und zunehmende Ressourcenvergeudung.

Die Gefährdungen Europas stehen in einem weltweiten Zusammenhang mit den gegenläufigen Tendenzen der Globalisierung durch zunehmende weltweite Verflechtung und einer Fragmentierung durch den Zerfall von Staaten und Suche nach ethnischer Identität durch Abgrenzung und Ausgrenzung. Eine spezifische deutsche Gefährdung ist die irrije Vorstellung, daß die europäische Integration durch die deutsche Wiedervereinigung weniger wichtig geworden sei. Sprüche aus den 30er Jahren werden wieder aufgewärmt: „Wir sind wieder wer!“, „Der Starke ist am mächtigsten allein!“, usw.. Würden die wiedervereinigten Deutschen diesen Parolen der Neonationalisten verschiedenster Prägung folgen und sich aus der europäischen Integration ausklinken, so wäre das Ergebnis nicht die Einsamkeit des Mächtigen, sondern die Einsamkeit des Aussätzigen, der bald auch bettelarm sein würde.

Aus der Interaktionsfunktion des Europäischen Parlaments (d.h. Bürger-Abgeordneten-Kommunikation) ergibt sich die Aufgabe, die europäische Einheit als Lebensgrundlage der Europäer sichtbar zu machen.

„Straßburg oder Sarajevo?“ Diese Alternative zu deuten, heißt Antwort zu geben auf die Herausforderung durch Fragmentierungstendenzen. Die europäische Existenzformel lautet auch hier:

Integration = Information + Kommunikation + Motivation.

In einem Kommentar zum Leitthema: „Europa im Jahr 2000“ schrieb Pierre Lellouche: „Die Hälfte Europas steht auf Treibsand. Es ist schwierig, ein neues Haus auf solchem Terrain zu bauen.“

Es ist schwierig, aber es ist möglich und es ist notwendig, ein gemeinsames Haus Europa zu bauen, das ein „Haus der Freiheit“ sein soll, so wie Konrad Adenauer das zu Beginn der 60er Jahre gefordert hat.

Politische und soziale Stabilität durch die Realisierung der europäischen Idee - Freiheit, Ordnung, Menschenwürde - ist eine vorrangige Zielsetzung der Europäischen Union, die nicht zuletzt auch durch Beiträge des Europäischen Parlaments erreicht werden kann. Mehr als bisher müssen die Aktivitäten des Parlaments auf lebenswichtige Ziele konzentriert werden. Eine Verzettelung und Vergeudung unserer begrenzten Kräfte und Ressourcen durch blinden Aktivismus, durch Deklamationen-Inflation und UNO-Imitation können wir uns nicht mehr erlauben. Ohne eine klar erkennbare Rangordnung unserer Ziele und Aufgaben wird alles gleich gültig, d.h. gleichgültig. Das Europäische Parlament hat keine „globale Allzuständigkeit“, schon gar nicht als Oberlehrer oder Weltgericht; seine Hauptaufgabe besteht vielmehr darin, als Vertretung der europäischen Bürger für deren Zukunftssicherung zu arbeiten und durch Stärkung der politischen und sozialen Stabilität in ganz Europa einen Beitrag zum Weltfrieden zu leisten.

Da das Europa des 21. Jahrhunderts weder Paradies noch Schlaraffenland sein wird, sind Leistung und hohe Arbeitsergiebigkeit unverzichtbar, wenn die zentralen Aufgaben gesamteuropäischer Politik gelöst und die damit verbundenen Ausgaben finanziert werden sollen. In einer Zeit knapper Ressourcen und eines zunehmenden weltweiten Wettbewerbs müssen die EP-Abgeordneten aller Nationen klar erkennen, daß die Europäische Union keine Kuh ist, die im Himmel gefüttert und auf Erden gemolken werden kann. Die Zukunft der Europäer ist nicht nur durch tendenzielle Instabilität, sondern auch durch eine gravierende sozialökonomische Ineffizienz gefährdet. Wichtig ist hier die historische Erkenntnis: Unternehmen, Volkswirtschaften und ganze Kulturen sind - ebenso wie Organismen - durch parasitäre Wucherungen (Karzinom) und durch Erstarrung (institutionelle Sklerose) existentiell gefährdet. Unter diesen Aspekten wird eine vorrangige Aufgabe des neu zu wählenden Europäischen Parlaments darin bestehen, Beiträge zur Lösung des Optimierungsproblems und des Koordinierungsproblems zu erbringen, d.h. fundierte Antworten zu geben auf die Fragen:

1. Wie erreicht man in Europa den bestmöglichen Ertrag menschlicher Arbeit, d.h. des Denkens und Handelns von Individuen? (Optimierungsproblem)
2. Wie können die Bemühungen und Tätigkeiten von Menschen und Institutionen in Europa so koordiniert werden, daß eine bestmögliche Verwirklichung der berechtigten Ziele aller Beteiligten erreicht wird? (Koordinierungsproblem)

Die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments wird sich bei der Erarbeitung der Antworten auf diese Grundfragen der europäischen Zukunftssicherung von den Erkenntnissen und Forderungen des Hamburger Grundsatzprogramms der Christlich Demokratischen Union Deutschlands leiten lassen. Die in den zahlreichen Anträgen zum Grundsatzprogramm enthaltenen kreativen Anregungen und Impulse für die Verbesserung von Konsens, Effizienz und Transparenz der Europäischen Union werden aufgegriffen und in die Politik des Europäischen Parlaments eingebracht.

Die zukunftsorientierte Politik der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament bedarf der Fortsetzung einer effizienten Zusammenarbeit mit den Entscheidungsträgern der CDU/CSU auf allen politischen Ebenen, vor allem aber mit der Bundesregierung Helmut Kohl, an deren europaweit anerkannte Problemlösungskompetenz - auch als Ratsmacht der Europäischen Union in der zweiten Jahreshälfte 1994 - hohe Anforderungen gestellt werden. Der von allen europäischen Partnern immer wieder zum Ausdruck gebrachte Wunsch nach einer „Kontinuität der Köpfer“ in der deutschen Politik beweist die europapolitische Bedeutung der Wahlentscheidungen des Jahres 1994 in Deutschland. Die Europäische Union ist unentbehrlich, um zentrale Probleme Deutschlands zu lösen. Deutschland braucht Europa. Europa braucht Deutschland.

+ + +

Namensverzeichnis

Alber 140
Arentz 41, 297
Arlt-Palmer 265, 338
Asche 106
Austermann 126

Bartsch 117
Baumeister 156
Berend 84
Bergner 191
Biedenkopf 120
Birk 250
Blüm 61, 69, 259, 310 ,322
Böhmer 217ff., 233, 365ff.
Böhr 216
Bonnie 162
Bregger 47
Breuel 109
Breuer 261
Brocke 41
Brok 352ff.
Burkert 215

Daehre 215ff.
Dautzenberg 200
Diemers 236
Doss 146, 292
Dregger 347

Eggert 53
Eisel 207, 354
Engelhardt 49ff.

Eppelmann 63
Escher 62
Fell 232
Fischer 12ff., 17, 80ff., 186, 375, 388ff.
Fritz 289

Gallandt 82
Garitz 67ff.
Geisler 320
Geißler 192, 293
Gerdemann 231
Gerster 75, 337
Geschka 117ff.
Göhner 180, 208, 211, 216, 242, 264, 268, 274ff., 300ff., 339
Gölter 136, 266
Grill 287
Gröhe 51, 244, 362

Hähle 329
Hahn 252
Hake 306
Hansen 167
Haschke 233
Haungs 135
Hellwig 158, 169, 223ff., 339, 360ff.
Hennig 342ff.
Henningsen 323
Herr-Beck 236
Herrmann 57, 358
Hesse 332
Hintze 166, 170, 204, 205, 262, 296
Hörskén 66, 114
Hornhues 351

Jacoby 191ff.

Jarzembowski 355

Jeggle 306

Jensen-Nisse 305

Kannengießer 227, 240, 318

Kansy 309

Kanther 334

Kauder 248

Klein 247

Klingbeil 223

Körtner 59

Koch 273, 295

Kohl 9, 19, 90, 163, 170, 360, 363, 371, 403

Kolbe 298

Konrad 362

Krüger 111

Lammert 266

Landowsky 151ff.

Laschet 87

Lehnert 276

Lennartz 81, 202

Lieberknecht 244ff.

Link 230

Linssen 333

Lorenz 83

Merbach 132, 367

Merkel, Angela 42, 211, 229, 250

Merkel, Josef 310

Merz 350

Michalk 375ff.

Murmann 67, 281

Neumann 91ff., 156ff., 277ff., 373f.

Niedergesäß 85
Nolte 260
Orth 209, 240, 253, 341
Ostermann 58

Paziorek 356
Pfeilsticker 276
Pflüger 331
von Pierer 98
Pieroth 302
Pietzsch 80
Pinger 140

Rachel 284
Rauen 134, 239
Rauscher 361
Reinfried 237
Renner 74
Reul 45, 135ff., 263, 310ff.
Rinsche 58ff., 346, 506
Rönsch 225
Rodert 287
Rühe 253, 342
Rüsenberg 165

Saftig 303
Sauer 360
Saur 256
Sauter 305
Schäuble 376
Schattke 271, 275
Scheffold 142
Schill 83
Schnieber-Jastram 318
Schnipkoweit 138, 303

Scholz 325, 330
Schreier 267
Schüle 256
Schultes 241
Schwarz-Schilling 292, 321, 373
von Schwerin 89
Seite 49
Stange 304
Stock 15ff.
Stritzl 294, 299
Süssmuth 151, 164, 217

Tantzen 272, 357
Teufel 128, 198, 257
Thoben 91, 153, 284
Töpfer 147, 288

Uldall 238

Vaatz 365, 369
Vette 206
Vetter 269
Vogel 187
Vogt 286
Voscherau 15

Waigel 389
Waschbüsch 88, 369
von Weichs 369
von Westphalen 264
Wissmann 103, 277
von Wogau 144, 353
Wolters 234
Worms 206, 265
Wulff 77, 290, 370

Yzer 235, 325ff.

Zieschang 55, 282

